Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

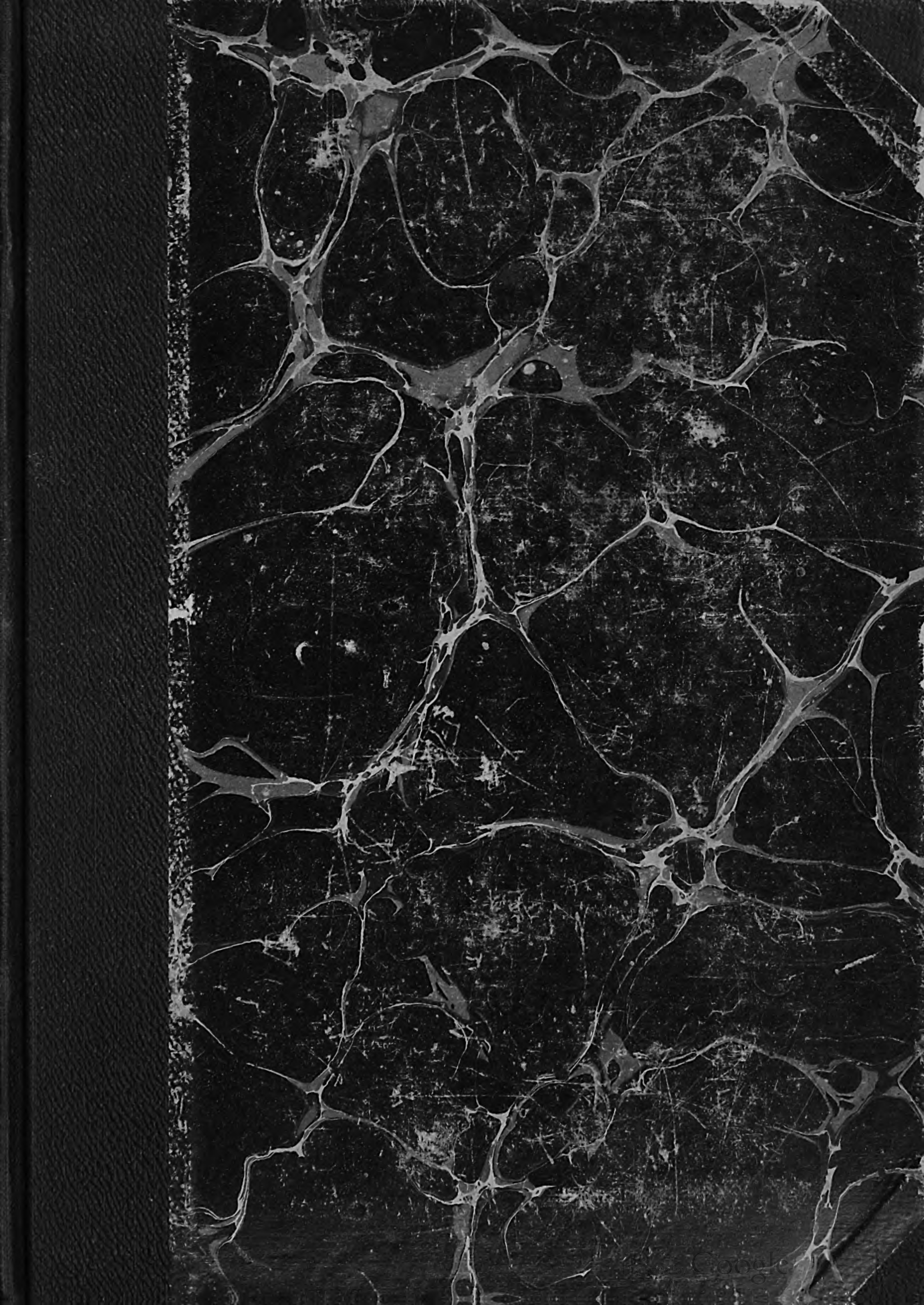
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.



Google

MDCCCXX

INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY

Deutſche Politik

Wochenſchrift für Welt- und Kulturpolitik

◆

Herausgeber:
Ernſt Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein

Schriftleitung:
Theodor Heuß, Axel Schmidt

1006

Vierter Jahrgang

Januar/Juni 1919

Inventar Zentralbibliothek.
Seite 1292
Nr. 7982

Deutſche Verlags-Anſtalt, Stuttgart-Berlin

9143

D1
.D45
v.4

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

Inhalts-Verzeichnis

I. Hauptartikel

Seite
Anſchütz, Gerhard, Bundesrat oder Staatenhaus 111
Bencke, Albert, Indien während des Krieges 523
Bergſträſſer, Hochſchulen und politiſche Bildung 86
Bernath, M., Die Herkunft des Bolſchewismus 281
Biensfeldt, Johannes, Zur Beamtenreform 604
Bonn, M. J., Der Kampf um den Völkerbund 423
Braatz, Carl, Die Nöte der Revolutionsregierung 238
Brandes, Georg, Die heilige Allianz 451, 483
Brandt, Livlands und Rigas Untergang 63
Brinkmann, Carl, Das Ergebnis der engliſchen Wahlen 54
Buetz, G., England in Turkeſtan 19
Burckhardt, O. H., Brief an die „Deutſche Politik" 639
Deißmann, D. Adolf, „Briefe aus Deutſchland" (1916) 666
— Herolde des Wiederaufbaus in Amerika 468
Dresdner, Albert, Eine nordiſche Stimme über den Völkerbund 360
Dyes, Wilh. A., Wirtſchaftliche Aufklärung oder Bankrott 275
Eulenburg, Franz, Von Staatsregie, Sozialiſierung und anderem . . 340, 380
Fabricius, W., Die geſchichtlichen Beziehungen des Saargebiets und Lothringens zu Frankreich 206
Fabrizius, Viktor, Der nationale Kampf um Schleswig 683
Foehr, Eugen, Der Glaube an die Macht 42
— Die Prinzipien des Siegers 552
Frantz, G., Rußlands Vorbereitungen für den großen Krieg 780
Glaſerfeld, Bruno, Die ärztliche Verſorgung des zukünftigen deutſchen Heeres 758
Goetz, Walter, Der Leipziger Generalſtreik 402
Hahn, K., Zur Frage des Gymnaſiums 251
Haſſell, Revolution und Verwaltungsreform 372
Hempel-Chuchul, Forderungen der Auslandsdeutſchen 572
Hennig, Richard, Der Kampf ums Selbſtbeſtimmungsrecht im engliſchen Weltreich 595
Herre, Paul, Spanien und der Ausgang des Weltkrieges 217
Heuß, Theodor, Bayern und das Reich 464
— Bürgerkrieg 327
— Die Wahl zur Nationalverſammlung 131
— Die Wahlen in Deutſchöſterreich 264
— Rätekongreß 521
— Verſailles 611

Seite
Heywang, E., Zur elſäſſiſchen Frage 442
Hohenlohe-Langenburg, Prinz Max und die Abdankung des Kaiſers 560
Hoffmann, Georg, Die Reichsverfaſſung der Paulskirche 13
Hohmann, Georg, Die Reinigung Bayerns 694
Hüpeden, Th., Die volkswirtſchaftliche Bedeutung des Heeres 472
Jagow, G. v., Die deutſche Kriegserklärung gegen Rußland 1914 743
Janſſon, Wilhelm, Das Räteproblem und die Gewerkſchaften 437
Jaſtrow, J., Die „Sozialiſierung der Betriebe" 118
Koch, Georg, Die deutſche Volkshochſchule und die Wirklichkeiten des Lebens . 22
Kolbe, Franz, Die Entente und die deutſchen Kolonien 202
— Was hat England im Intereſſe der Eingeborenen getan? 364
— Wilſon und die deutſchen Kolonien 267
Kötſchke, H., Die Schuld des Pazifismus 94
Kuczynski, R., Die Urſachen unſerer Finanznot 720, 750
Landmann, L., Die Großſtadtfinanzen und der Krieg 696
Laurila, K. S., Die Rückwirkung der deutſchen Umwälzungen auf Finnland . 181
Lindenau, Heinrich, Die öffentliche Unſicherheit in Deutſchland 538
Linter, Die kleine Aktie 286
— Die Verſklavung Deutſchlands 414
— Die wirtſchaftlichen Forderungen unſerer Gegner 668
— Neue Sozialiſierungsformen 475
— Staatsbankerotte 541
— Vom Kriegsanleihemarkt 158
— Währungsfragen im ehemaligen Habsburger Reich 350
Marx, Erich, Der gefährdete Anſchluß Deutſchöſterreichs 188
Maſſow, W. v., Die neueſte Entwicklung der polniſchen Frage 71
— Zur Lage in Polen 632
Meinecke, Friedrich, Bemerkungen zum Entwurf der Reichsverfaſſung . 135, 176
Meleſchka, Joh. v., Die weißrutheniſche Frage 496
Michael, Rudolf, Das Problem „Groß-Hamburg" 376
Moos, Ferdinand, Die Abſichten Frankreichs 527
Moritzen, J., Die Kriſis aller Kriſen 601
— Innere Politik als weltpolitiſche Waffe 48
Müller-Loebnitz, Die Wehrfrage 305
Münſterberg, Oscar, Bildungsreform 584
Peycke, R., Südafrika 728
Rade, Martin, Drei Monate Preußiſche Landesverſammlung 795
Riegner, Heinrich, Zur ſozialen Demokratie 313
Rieß, Ernſt, Betrachtungen zum Entwurf des Geſetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs 316
Rohrbach, Paul, Alliierte und aſſoziierte Politik 355
— Der deutſche Gedanke der Zukunft 579
— Der Friede der Revolution 643
— Der Prozeß Deutſchlands 483
— Der Untergang des Abendlandes 227
— Der Weg zum Weltfrieden? 515
— Die deutſchen Friedensgrundlagen 707
— Die Friedenskriſis 387
— Die Schuldfrage 195
— Die Wiedergeburt Deutſchlands 141
— Eine Aufgabe unſerer auswärtigen Leitung 99
— Eine politiſche Alternative 771
— Fragen an die Verantwortlichen 614
— Polengefahr und Oſtpolitik 419
— Regierung, Parteien und Wahl 35
— Ruſſiſche Politik in Deutſchland 323
— Trennung von Kirche und Staat 4

Seite
Rohrbach, Paul, Verantwortung und Friedensſchluß 739
— Vingt millions de trop! 675
— Völkerbund und Rechtsfriede 259
— Wer treibt ſataniſche Politik 291
Roloff, G., 1807 und 1919 566
Röttinger, Karl, Zur Frage der Kriegsſchuldentilgung 89
Rühlmann, Paul, Der Völkerbund als pädagogiſches Problem 531
— Zur franzöſiſchen Trennungsgeſetzgebung 76
Saenger, Alwin, Bayern 409
Salz, Arthur, Der Volksſtaat und die auswärtige Politik 392
— Verfall 715
Seber, Max, Der alte und der neue Pazifismus 244
— Die Zukunft des Internationalismus 82
Secker, Fritz, Wünſche der Chinadeutſchen 701
Sering, M., Die Ziele des ländlichen Siedlungswerkes 146
Sieger, Robert, Deutſchöſterreich vor den Wahlen 211
Sosnosky, Theodor, Die Größenwahnpolitik der Südſlaven 334
Schiemann, Paul, Die Revolution der Geiſtigen 184
Schmidt, Axel, 1806 — 1848 — 1918 67
— Breſt-Litowſk und Verſailles 683
— Kontinentalpolitik 557
— Korrektheit 792
Schrameier, W., Der ferne Oſten auf der Friedenskonferenz 659
Schremmer, Wilhelm, Die tſchechiſche Gefahr 400
Schulze-Gaevernitz, G. v., Wie es kam — Oktober 1918 233
— Wie es kam — November 1918 329
Schwering, Leo, Kontinentalpolitik 746
Stackelberg, Eduard v., Nichtterritoriale Staaten 59
Stens, Hermann, Das Vorbild der ruſſiſchen Räterepublik 590
Thimme, Friedrich, Bürgerſchaft und Arbeiterſchaft 8
— Das erſte Memoiren-Trio 688
— Das preußiſche Kabinett 432
— Um Preußens Schickſal 170
— Weimarer Kultusdebatten 502
— Weltbürgertum und Nationalſtaat 106
Treuherz, Walter, Die ſoziale Revolution in England 426
Triepel, Heinrich, Die Auslieferung des Kaiſers 299
Ullmann, Hermann, Der tſchechoſlovakiſche Staat und das Angebot v. St. Germain 775
— Deutſchböhmen und der tſchechiſche Staat 458
— Ein Reichsamt für das Auslandsdeutſchtum 15
Wehberg, Hans, Der Völkerbundsentwurf der deutſchen Regierung 547
Weißler, F., Brief an die „Deutſche Politik“ 255
Wentzcke, Paul, An der Wiege der Rheiniſchen Republik 712
— Einem neuen Rheinbund entgegen? 154
Wolzendorff, Kurt, Der Völkerbundsgedanke und die deutſche Staats- und Rechtsidee 163
Zache, Hans, Lettow zur Heimkehr 311
Zaſtrow, v., Engliſche Eingeborenenbehandlung in Deutſch-Südweſt-Afrika 784
Zimmermann, Waldemar, Das Lohnproblem in der Revolutionswirtſchaft 506
* * * Bismarcks auslandspolitiſches Erbe 562
* * * Die wirkliche Urſache des Weltkrieges 649
* * * Parteidarſtellung und Geſchichte 249
* * * Zwei Kaiſerbriefe zum Potsdamer „Kronrat“ 621

II. Sachregiſter

Seite

- Auswärtige Politik . . . 705
  - Bismarcks auslandspolitiſches Erbe (* * *) 562
  - Brockdorff-Rantzau . 1, 34, 225, 321
  - Der alte Schlendrian (Bergſtraeſſer) 821
  - Der Volksſtaat und die auswärtige Politik (Salz) 392
  - Die wirkliche Urſache des Weltkrieges (* * *) 649
  - Eine Aufgabe unſerer auswärtigen Leitung (Rohrbach) 99
  - Fragen an die Verantwortlichen (Rohrbach) 614
  - Zwei Kaiſerbriefe zum Potsdamer „Kronrat“ (* * *) 621
  - 1806 — 1848 — 1918 (Axel Schmidt) 67
  - 1807 und 1919 (Roloff) . . . 566
- Baltiſche Provinzen 65, 66, 513, 610
  - Baltenhilfe 319
  - Lettland 3
  - Livlands und Rigas Untergang . 63
  - Nichtterritoriale Volksſtaaten (Stackelberg) 59
- Bayern 257, 290, 482, 641
  - Bayern (Saenger) 409
  - Bayern und das Reich (Heuß) . 464
  - Die Reinigung Bayerns (Hohmann) 694
  - Kurt Eisner . . . 130, 162, 257, 290
  - Räteregierung in München . 514, 578
  - Verfall (Salz) 715
- Blockadewirkung
  - „Briefe aus Deutſchland“ (1916) (Deißmann) 666
  - Vingt millions de trop! (Rohrbach) 675
  - Wer treibt ſataniſche Politik? (Rohrbach) 291
- Bolſchewismus 130
  - Der Weg zum Weltfrieden (Rohrbach) 521
  - Die Herkunft des Bolſchewismus (Bernath) 281
  - Ruſſiſche Politik in Deutſchland (Rohrbach) 323
- Deutſch-Böhmen
  - Deutſche Irredenta in Nordböhmen 3
- Deutſchland
  - Danzig 449
  - Einem neuen Rheinbund entgegen? (Wentzcke) 154
  - Verfall (Salz) 4
  - Weltbürgertum und Nationalſtaat (Thimme) 106
  - Geſchichtliche Parallelen
  - 1806 — 1848 — 1918 (Axel Schmidt) 67
  - 1807 und 1919 (Roloff) 566

Seite

  - Der alte und der neue Pazifismus (Seber) 244
- Deutſch-Öſterreich 225, 610, 705
  - Der gefährdete Anſchluß Deutſchöſterreichs (Marx) 188
  - Deutſchöſterreich vor den Wahlen (Sieger) 211
  - Die Wahlen in Deutſch-Öſterreich (Heuß) 264
- Elſaß-Lothringen . . . 225
  - Die elſaß-lothringiſchen Parteien und die Autonomiefrage (Koenig) 817
  - Zur elſäſſiſchen Frage (Heywang) 442
- England 738
  - Das Ergebnis der engliſchen Wahlen (Brinkmann) 54
  - Der Kampf ums Selbſtbeſtimmungsrecht im engliſchen Weltreich (Hennig) 595
  - Die ſoziale Revolution in England (Treuherz) 426
  - Die Wahlen in England . . . 127, 418
  - England in Turkeſtan (Buetz) . 19
  - Indien während des Krieges (Bencke) 523
  - Irland 162
  - Südafrika (Pencke) 728
  - Was hat England im Intereſſe der Eingeborenen getan? (Kolbe) . 365
- Finnland
  - Die Rückwirkung der deutſchen Umwälzungen auf Finnland . 181
- Frankreich 737
  - Der franzöſiſche Vernichtungswille 447
  - Die Abſichten Frankreichs (Moos) 527
  - Zur franzöſiſchen Trennungsgeſetzgebung (Rühlmann) 76
- Innere Politik
  - Die Auslieferung des Kaiſers (Triepel) 299
  - Die Wiedergeburt Deutſchlands (Rohrbach) 141
  - Innere Politik als weltpolitiſche Waffe (Moritzen) 48
  - Kabinett Bauer 801
  - Korrektheit (Axel Schmidt) . . 792
  - Prinz Max und die Abdankung des Kaiſers (Hohenlohe-Langenburg) 560
  - Revolution u. Verwaltungsreform (v. Haſſell) 372
  - Zur Beamtenreform (Biensfeldt) . 604
- Internationale 162
  - Die Zukunft des Internationalismus (Seber) 82

Seite

- Italien 34, 354, 546, 802
  - „Annessione, Annessione" (Müller) 626
  - Fiume — im Brennpunkte der Ententepolitik 478
  - Trieſt (K. B.) 190
- Kolonialpolitik
  - Die Entente und die deutſchen Kolonien (Kolbe) 202
  - Engliſche Eingeborenenbehandlung in Deutſch-Südweſt-Afrika (Jaſtrow) 784
  - Lettow zur Heimkehr (Zache) . . 311
  - Südafrika (Pencke) 728
  - Was hat England im Intereſſe der Eingeborenen getan? (Kolbe) . 364
  - Wilſon und die deutſchen Kolonien (Kolbe) 267
- Kontinentalpolitik
  - Kontinentalpolitik (Axel Schmidt) 557
  - Kontinentalpolitik (Schwering) . 746
- Kulturpolitik
  - Bildungsreform (Münſterberg) . 584
  - Der deutſche Gedanke der Zukunft (Rohrbach) 579
  - Der Untergang des Abendlandes (Rohrbach) 227
  - Die deutſche Volkshochſchule und die Wirklichkeiten des Lebens (Koch) 22
  - Die Kriſis aller Kriſen (Moritzen) 601
  - Die Revolution der Geiſtigen (Schiemann) 184
  - Hochſchulen und politiſche Bildung (Bergſträſſer) 86
  - Politiſche Erziehung (v. Berg) . 575
  - Trennung von Kirche und Staat (Rohrbach) 4
  - Weimarer Kultusdebatten (Thimme) 502
  - Zur Frage des Gymnaſiums (Hahn) 251
  - Zur franzöſiſchen Trennungsgeſetzgebung (Rühlmann) 76
- Nationalverſammlung 129, 193, 225, 226, 289
  - Die Wahl zur Nationalverſammlung (Heuß) 131
  - Die Wiedergeburt Deutſchlands (Rohrbach) 141
  - Regierung, Parteien und Wahl (Rohrbach) 41
  - Weimarer Kultusdebatten (Thimme) 502
  - Gemeindewahlordnung für Preußen 161
  - Nationalwahlen 1, 99
- Orient 673
- Oſtaſien
  - Der ferne Oſten auf der Friedenskonferenz (Schrameier) . . . 659
  - Japan 578
- Partikulariſtiſche Beſtrebungen 737
  - An der Wiege der rheiniſchen Republik (Wentzcke) 712
  - Das Problem „Groß-Hamburg" (Michael) 376
  - Die geſchichtlichen Beziehungen des Saargebiets und Lothringens zu Frankreich (Fabricius) . . 206
  - Rheinlande 418, 449, 737
- Pazifiſmus 802
  - Der alte und der neue Pazifiſmus (Seber) 244
  - Die Schuld des Pazifiſmus (Kötſchke) 94
- Polen 194, 290, 354, 386, 577, 642, 674
  - Bündnis der Polen mit den Bolſchewiſten 830
  - Die neueſte Entwicklung der polniſchen Frage (v. Maſſow) . . 71
  - Polengefahr u. Oſtpolitik (Rohrbach) 419
  - Zur Lage in Polen (v. Maſſow) . 632
- Räteweſen
  - Das Räteproblem und die Gewerkſchaften (Janſſon) . . . 437
  - Das Vorbild der ruſſiſchen Räterepublik (Stens) 590
  - Ein Weg zum ſozialen Frieden (Wingen) 29
  - Rätekongreß (Heuß) 521
  - Soldatenräte 193
- Revolution, deutſche . . . 161
  - Emil Barth 769
  - Brief an die „Deutſche Politik" (Weißler) 255
  - Brief an die „Deutſche Politik" (Burckhardt) 639
  - Bürgerkrieg (Heuß) 327
  - Bürgerſchaft und Arbeiterſchaft (Thimme) 8
  - Der Leipziger Generalſtreik (Goetz) 402
  - Die Nöte der Revolutionsregierung (Braatz) 238
  - Die Revolution der Geiſtigen (Schiemann) 184
  - Innere Politik als weltpolitiſche Waffe (Moritzen) 48
  - Liebknecht 642, 706
  - Nationalfeiertag 482
  - Radek 33
  - Regierung, Parteien und Wahl (Rohrbach) 35
  - Revolution und Verwaltungsreform (v. Haſſell) 372
  - Revolutionsregierung . . 1, 2, 33, 65
  - Spartakusbund . . 2, 33, 34, 97, 98
  - Streikbewegung . . 193, 258, 290, 450
  - Unabhängige Sozialdemokratie 2, 34, 610
  - Verfall (Salz) 715
  - Was brachte uns die Revolution, was muß ſie uns noch bringen? 125

Seite

- Schleswigſche Frage 417
  - Der nationale Kampf um Schleswig (Fabrizius) 683
- Schuldfrage 258, 354, 706
  - Bethmann Hollwegs „Betrachtungen zum Weltkriege" (Thimme) 811
  - Das erſte Memoiren-Trio (Thimme) 688
  - Der Glaube an die Macht (Foehr) 42
  - Der Prozeß Deutſchlands (Rohrbach) 483
  - Die deutſche Kriegserklärung gegen Rußland 1914 (v. Jagow) 743
  - Die Schuldfrage (Rohrbach) 195
  - Die wirkliche Urſache des Weltkrieges (* * *) 649
  - Fragen an die Verantwortlichen (Rohrbach) 614
  - Parteidarſtellung und Geſchichte (* * *) 249
  - Rußlands Vorbereitungen für den großen Krieg (Frantz) 780
  - Verantwortung und Friedensſchluß (Rohrbach) 739
  - Wer treibt ſataniſche Politik? (Rohrbach) 291
  - Wie es kam — Oktober 1918? (v. Schulze-Gaevernitz) 233
  - Wie es kam — November 1918? (v. Schulze-Gaevernitz) 329
- Schweiz
  - Der ſchweizer Weg zum Weltmarkt (Buſch) 224
- Sowjetrußland 194, 450, 674, 738
  - Die weißrutheniſche Frage (v. Meleſchka) 496
  - Ruſſiſche Politik in Deutſchland (Rohrbach) 323
- Spanien
  - Spanien und der Ausgang des Weltkrieges (Herre) 217
- Südſlavien
  - Die Größenwahnpolitik der Südſlaven (Sosnosky) 334
- Tſchechiſcher Staat 737, 770
  - Der tſchechoſlovakiſche Staat und das Angebot von St. Germain (Ullmann) 775
  - Deutſchböhmen und der tſchechiſche Staat (Ullmann) 458
  - Die „Nationaliſierung der Induſtrie" 767
  - Die tſchechiſche Gefahr (Schremmer) 400
- Ukraine 31, 226, 322, 323, 354, 546, 610, 642
  - Die deutſchen Truppen in der Ukraine 96
- Ungarn 578
- Vereinigte Staaten 22
  - Herolde des Wiederaufbaus in Amerika (Deißmann) 468
  - **Rooſevelt 66**
  - Wilſon 66, 257, 267, 356, 386, 770
  - Wirtſchaftsimperialismus der Vereinigten Staaten (Treuherz) 824
- Verfaſſungsfragen 290, 353, 705
  - Bemerkungen zum Entwurf der Reichsverfaſſung (Meinecke) 135, 176
  - Bundesrat oder Staatenhaus (Anſchütz) 111
  - Das preußiſche Kabinett (Thimme) 432
  - Die ärztliche Verſorgung des zukünftigen deutſchen Heeres (Glaſerfeld) 758
  - Die volkswirtſchaftliche Bedeutung des Heeres (Hüpeden) 472
  - Die Wehrfrage (Müller-Loebnitz) 305
  - Drei Monate Preußiſche Landesverſammlung (Rade) 795
  - Reichsverfaſſung der Paulskirche (Hoffmann) 13
  - Um Preußens Schickſal (Thimme) 170
  - Zur ſozialen Demokratie (Riegner) 313
- Völkerbundsfragen 257
  - Der Kampf um den Völkerbund (Bonn) 423
  - Der Völkerbundsentwurf der deutſchen Regierung (Wehberg) 547
  - Der Völkerbund als pädagogiſches Problem (Rühlmann) 531
  - Der Völkerbundsgedanke und die deutſche Staats- und Rechtsidee (Wolzendorff) 163
  - Die heilige Allianz (Brandes) 451, 490
  - Eine nordiſche Stimme über den Völkerbund (Dresdner) 360
  - Völkerbund u. Rechtsfriede (Rohrbach) 259
- Waffenſtillſtands- und Friedensfragen 98, 129, 193, 322, 386, 481, 514 (Saargebiet), 545 (Adria), 546, 609, 641, 770, 802
  - Alliierte und aſſoziierte Politik (Rohrbach) 355
  - Belogen — betrogen — entehrt (Rohrbach) 803
  - Breſt-Litowſk und Verſailles (Axel Schmidt) 680
  - Das Femgericht (* * *) 809
  - Der Friede der Revolution (Rohrbach) 643
  - Die deutſchen Friedensgrundlagen (Rohrbach) 711
  - Die Friedenskriſis (Rohrbach) 387
  - Die Prinzipien des Siegers (Foehr) 552
  - Die Reichseinheit in Gefahr? (Heuß) 807
  - Eine politiſche Alternative (Rohrbach) 771
  - **Erzberger 98**
  - **Verſailles (Heuß) 611**

Seite
Vingt millions de trop! (Rohrbach) 675

Weltpolitik

Forderungen d. Auslandsdeutſchen (Hempel-Chuchul) 572
Nichtterritoriale Volksſtaaten (Stackelberg) 59
Reichsamt für das Auslandsdeutſchtum (Ullmann) 15
Rückwandererhilfe 767, 768
Weltbürgertum und Nationalſtaat (Thimme) 110
Wünſche der Chinadeutſchen (Secker) 701

Wirtſchafts- und Sozialpolitik

Betrachtungen zum Entwurf des Geſetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs (Rieß) 316
Das Lohnproblem in der Revolutionswirtſchaft (Zimmermann) . 506
Die Großſtadtfinanzen und der Krieg (Landmann) 696
Die kleine Aktie (Linter) . . . 286
Die Sozialiſierung der Betriebe (Jaſtrow) 118
Seite
Die Urſachen unſerer Finanznot (Kuczynski) 720
Die Verſklavung Deutſchlands . 414
Die wirtſchaftlichen Forderungen unſerer Gegner (Linter) . . . 668
Die Ziele des ländlichen Siedlungswerkes (Sering) 146
Ein Weg zur Neuordnung unſerer Finanzen (Kuczynski) 750
Neue Sozialiſierungsformen (Linter) 475
Öffentliche Unſicherheit in Deutſchland (Lindenau) 538
Sozialiſierung 353, 578
Staatsbankerotte (Linter) . . . 541
Vom Kriegsanleihemarkt (Linter) 158
Von Staatsregie, Sozialiſierung und anderem (Eulenburg) . . 340, 380
Währungsfragen im ehemaligen Habsburger Reich (Linter) . . 350
Wirtſchaftliche Aufklärung oder Bankrott (Dyes) 275
Zur Frage der Kriegsſchuldentilgung (Röttinger) 89

III. Neuerſcheinungen

Seite
Bolſchewismus 480
Das Zeitalter des Imperialismus (Heinrich Friedjung) 128
Die „Warſchauer Tafeln" . . . 607
Finnland 448
Seite
Grundlagen des Völkerrechts (Kohler) 640
Reichsverfaſſung 320
Von Feinden und Freunden . . 31

2571

Deutſche Politik

Wochenſchrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber
Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

...entar Zentralbibliothek
Seite 1292
Nr. 7982

STÄDT. ZENTRALBIBLIOTHEK MANNHEIM
L 1006

Inhalt:

Politiſche Gloſſen 1
Rohrbach, Trennung von Kirche und Staat 4
Thimme, Bürgerſchaft und Arbeiterſchaft 8
Hoffmann, Die Reichsverfaſſung der Paulskirche 13
Ullmann, Ein Reichsamt für das Auslandsdeutſchtum 15
Buetz, England in Turkeſtan 19
Koch, Die deutſche Volkshochſchule und die Wirklichkeiten des Lebens . 22
Notizen/Neuerſcheinungen 29

Preis 50 Pfennig

4. Jahrgang 3. Januar 1919 Heft 1

Deutſche Verlags-Anſtalt, Stuttgart-Berlin

EINE NEUE PLATO-AUSGABE

Übersetzt und erläutert von **Otto Apelt**

Bisher liegen vor:

ALKIBIADES. I/II (4.—)
CHARMIDES/LYSIS/MENEXENOS (Im Druck)
EUTHYDEMOS (3.—)
GORGIAS (2.40)
GASTMAHL. Übertragen von Kurt Hildebrandt (2.—, Hpgt. 4.—)
GESETZE (15.—)
HIPPIAS. I/II / **ION** (4.—)
KRATYLOS (4.50)
LACHES / EUTHYPHRON. Übers. v. G. Schneider (3.50)
MENON (1.80)
PARMENIDES. Übersetzt von J. H. v. Kirchmann (1.50)
PHAIDON (1.80)
PHAIDROS. Übersetzt von C. Ritter (2.40)
PHILEBOS (2.80)
POLITIKOS (3.50)
PROTAGORAS (4.—)
SOPHISTES (3.—)
STAAT (7.50)
THEÄTET (3.40)

Sämtliche Bände sind noch auf Friedenspapier gedruckt

Apelts Übersetzungen beruhen auf langjähriger ernster Arbeit an der sprachlichen Form wie am philosophischen Gehalt dieser Werke. Eine philologisch unantastbare Übertragung der Hauptwerke Platos war nachgerade Bedürfnis geworden, wo die nur ästhetische, wissenschaftlich etwas leichtherzige Übersetzungsliteratur täglich mehr heranwuchs. *Lit. Jahresbericht des Dürerbundes.*

Man wundert sich immer wieder, wie getreu es Apelt gelingt, die Dynamik der griechischen Sätze ins Deutsche zu übertragen, dasselbe Tempo einzuhalten, das der Text besitzt, nicht zu flüssig, nicht zu schwerfällig. Das ist noch mehr als philologische Treue. Wir können uns freuen, den ganzen Plato allmählich Band um Band in dieser Übertragung vorgelegt zu bekommen. Möge er auch seine Leser finden! *Frankfurter Zeitung.*

Teuerungsaufschlag 20%

VERLAG VON FELIX MEINER IN LEIPZIG

Bei der Deutſchen Verlags-Anſtalt in Stuttgart und Berlin
erſchien ſoeben:

Florentiniſche Erinnerungen

von

Iſolde Kurz.

3. und 4. Auflage. Geheftet M. 6.—, gebunden M. 8.—

„In vollen begeiſterten Akkorden beſingt ſie die Stadt, die ſie ſo liebgewonnen hat, den Geiſt der Vergangenheit, der um ihre Paläſte und Denkmäler ſchwebt. . . . Farbenſprühende Schilderungen wechſeln mit humorvollen pſychologiſchen Darlegungen. . . . Alles in allem ein reifes, gehaltvolles Buch der Dichterin.“ (Staatsanzeiger, Stuttgart)

4. Jahrgang * 3. Januar 1919 * Heft 1

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

27. Dezember.

Graf Brockdorff-Rantzau, deſſen Kandidatur bisher die alldeutſche Meute ſtets zur Strecke brachte, weil er ihr zu pazifiſtiſch geſinnt war, iſt jetzt an Stelle Solfs zum Staatsſekretär des Äußeren ernannt worden. Damit iſt ihm das unendlich ſchwere Erbe zugefallen, den unglücklichen Krieg zu liquidieren. Vorbedingung für eine ſolche Arbeit aber iſt, daß die geſamte Regierung endlich ihren Zickzack-Kurs aufgibt und klare Ziele erfaßt. Ohne eine ſolche feſte Grundlage iſt es auch der geſchickteſten Hand nicht möglich, politiſche Ziele zu erfaſſen.

*

Nach Naumann hat das demokratiſche Bürgertum bei den Nationalwahlen die Aufgabe, die 35 Prozent der ſozialdemokratiſchen Stimmen der letzten Reichstagswahl nicht auf 50 Prozent anſchwellen zu laſſen. Daß die Sozialdemokratie bei der Ausarbeitung der Verfaſſung die Rolle der Nationalliberalen vom Jahre 1871 ſpielen werde, unterläge ſchon heute keinem Zweifel. Es käme aber ſehr darauf an, die bürgerliche Demokratie ſo ſtark zu machen, daß ſozialiſtiſche Experimente verhindert werden könnten. Das wird ſie können, wenn es ihr gelingt, den Freiheitsgedanken mit dem Nationalgedanken, den die Regierung Ebert-Haaſe nicht mit genügender Kraft erfaßt hat, in eine organiſche Verbindung zu bringen.

*

Am Weihnachtstage iſt es zum erſtenmal zu einem Kampfe zwiſchen Truppen der Regierung und der Matroſendiviſion gekommen, die den Spartakusleuten zuneigt. Der Ausgang iſt für die Regierung Ebert-Haaſe wenig erfreulich. Der „Vorwärts" der noch Tags vorher einen geharniſchten Artikel gegen die „Verbrecherherrſchaft" veröffentlicht hatte, muß zugeben, daß durch dieſen Kompromiß ein „idealer Zuſtand nicht erreicht ſei". Das Blatt hat auch mit der Behauptung nur zu Recht, daß es „nicht zu dem Matroſenaufſtande gekommen wäre, wenn die Regierung nicht ſtets darauf bedacht geweſen wäre, ein Blutvergießen zu vermeiden". Die Spartakusleute beſitzen ein Ziel — die Beſeitigung der Regierung Ebert-Scheidemann. Der Regierung dagegen mangelt eine aktive Loſung. Auf die Dauer iſt das ein unhaltbarer Zuſtand. Jede Truppe wird ſchließlich den Händen der Führer entgleiten, wenn ihr Angriffswille mit Vorbehalten umſtellt wird.

*

Am wenig erfreulichen Ausgang des Kampfes, der zu einer Regierungskriſis geführt hat, ſind die Mehrheitsſozialiſten ſelbſt ſchuld. Ihrer Unentſchloſſenheit iſt es zu danken, daß ſich die Truppen, die ſich wie ein Mann hinter ſie geſtellt hatten, durch vierzehntägige ſpartakiſtiſche Bearbeitung irregeführt, nicht mehr als abſolut zuverläſſige Waffe erwieſen haben. Die Folgen können ſehr ſchlimm ſein. Wir ſind jetzt im Begriffe, den Militarismus der Straße kennen zu lernen. Hemmte früher Ludendorff jede politiſche Aktion, ſo jetzt Liebknecht. Der leidtragende Teil iſt beidemal die Zivilregierung, mag ſie Bethmann Hollweg oder Ebert heißen.

*

Daß die Spartakusleute trotz des Friedensſchluſſes am Weihnachtstage nicht Ruhe halten wollen, beweiſt die „Eroberung des Vorwärts". Schon lange war den Radikalen die mutige und geſchickte Leitung des Parteiblattes der Mehrheitsſozialiſten ein Dorn im Auge. Unfähig, ihrer „Roten Fahne" eine Bedeutung zu geben, zogen ſie es vor, den „Vorwärts" zu expropriieren, um dadurch Verwirrung in die Reihen der ſozialiſtiſchen Mehrheit zu tragen. Es hat wieder nur Verhandlungen mit Spartakus gegeben, die den Frieden nicht wollen. Jetzt rufen Ebert und Scheidemann zwar nach „Macht", aber ihre bisherige Taktik hat nur die Gegenſeite geſtärkt.

*

In der „Unabhängigen Sozialdemokratie" ſucht man nach den ruſſiſchen Millionen des Herrn Joffe. „Ich weiß von nichts — mein Name iſt Haaſe", ſagt der eine Volksbeauftragte; der andere, Barth, ſtottert einiges Ungenaue zum Ruhm ſeiner revolutionären Verdienſte, aber das Geld hat er irgendwo bekommen. Eine Revolution, zur finanziellen Peinlichkeit, wie wir jetzt reichlich erfuhren, nicht verpflichtet, nimmt das Geld, wo es ſich anbietet. Non olet — die Ruſſen haben's ja wohl auch ſo gemacht. Herr Oskar Cohn, der ja der Zwiſchenträger in den dunkeln Geldſchiebungen war, iſt inzwiſchen zu einem Hüter des deutſchen Rechtsgedankens geworden, Unterſtaatsſekretär im Reichsjuſtizamt. Joffe iſt böſe, weil man ihn in Berlin nicht haben will, und droht, ſeine Freunde, weil ſie den bolſchewiſtiſchen Anſprüchen nicht mehr genügen, in Enthüllungen auffliegen zu laſſen. Liebknecht iſt doch zuverläſſiger. Und die Unabhängigen laufen aufgeſtört hin und her, wo ſie ein wenig Schutz und Abhängigkeit finden können.

*

Die „Deutſche Tageszeitung" iſt eine Hüterin deutſcher Gemütswerte. Ihre illuſtrierte Weihnachtsbeilage zeigt es. Im ſchmalen Band ſpannt ſich der Sternenhimmel, freundlich heitere Engelköpflein ſchweben im Rund, die bekränzten Glocken hallen, Kerzen flackern von Tannenzweigen — nun, man kennt ja das Gefühlsleben unſerer Ornamentzeichner. So begrüßt die „Deutſche Tageszeitung" ihre Leſer zum Feſt, in die Mitte des ſchmückenden Weihnachtsrahmens aber ſetzt ſie das Fakſimile der Abdankungsurkunde von Kaiſer Wilhelm II! Weihnachtsgruß für Tauſende deutſcher Bauern — freue, freue dich, o Chriſtenheit! Wenn die „Bilder zur Zeitgeſchichte" nicht vor uns liegen würden, könnten wir dieſe Miſchung von Roheit und Taktloſigkeit ſelbſt dieſem Blatt, das für Leute mit feſten Nerven beſtimmt iſt, nicht zutrauen.

*

Präſident Maſaryk hat die Unterjochung der zweieinhalb Millionen Deutſchen in Nordböhmen unter die dort zerſtreut lebenden 120 000 Tſchechen verkündet. Schafft hierin die Friedenskonferenz nicht Wandel, ſo wächſt in Nordböhmen eine deutſche Irredenta hoch, gegen die die elſaß-lothringiſche und die Trentinofrage Geringfügigkeiten ſind. Wird dieſe Sünde gegen den Geiſt der Wilſonſchen 14 Punkte geduldet, ſo heißt der nächſte Krieg: der Nordböhmiſche. Denn auf die Dauer läßt ſich ein 70-Millionen-Volk, mag es auch augenblicklich noch ſo gedemütigt ſein, ſolch eine nationale Vergewaltigung nicht gefallen.

*

Auf dem lettiſchen Volkstag in Riga iſt es zu einer intereſſanten Debatte über Lettlands Stellung zu den Großmächten gekommen. Während ſich das Miniſterium Ullmann für eine Annäherung an die Entente ausſprach, beanſtandete der Sozialdemokrat Mender im Namen der Linken die ententiſtiſche Orientierung der Regierung, da dieſe eine Verkoppelung mit dem verwerflichen Imperialismus Großbritanniens bedeute. Die Annäherung an die Entente ſei auch inſofern als kurzſichtig zu bezeichnen, als ſie für Lettland die Gefahr heraufbeſchwöre, an Rußland zurückzufallen. Auch die Verherrlichung Wilſons ſei durchaus unangebracht. Die Sozialdemokratie verwerfe daher dieſe Orientierung, dagegen ſei ſie bereit, die Freundeshand dem demokratiſchen, revolutionären Deutſchland zu reichen.

Trennung von Kirche und Staat

Von Dr. Paul Rohrbach

Wer ſich bei der Frage, wie das Verhältnis von Staat und Kirche zueinander gedacht und geſtaltet werden ſoll, über die gewöhnlichſte Oberflächlichkeit zu erheben verſucht, der kommt alsbald bis auf das Urproblem der Religion. Alles wahrhaft Religiöſe iſt geiſtig und ſpottet von Natur der Form. Reiner Geiſt aber iſt die Religion nur in ihren Heroen. Nur zu bald geht ſie die Miſchung mit dem Bedingten, Geſchichtlichen ein, und dieſe Miſchung wird immer ſtärker, je weiter ſich die Religion von ihrem Urſprung in den großen Perſönlichkeiten entfernt.

Das gilt freilich nur von den höchſten und reifſten Erſcheinungen der Religion, die für unſere Kulturgemeinſchaft in Betracht kommen, vor allem vom Chriſtentum. Dieſes iſt ſeinem Weſen nach nicht eine in irgendwelchen Formen verfaßte Organiſation, ſondern eine Gemeinſchaft der Geſinnung in Hingabe an das perſönlich gute, überweltliche Prinzip, das wir Gott nennen. So alt das Chriſtentum iſt, ſo iſt es ihm freilich nicht gelungen, ſeine geſchichtliche Erſcheinung von mehr oder weniger ſtarken Reſten der primitiven Religion zu befreien. Dieſe nennen wir Naturreligion, und der Weſensunterſchied zwiſchen Naturreligion und geiſtiger Religion beſteht darin, daß die eine heilige oder geweihte Dinge kennt, die andere aber nur eine Heiligkeit, d. h. eine Hingabe an das Göttliche, die der Geſinnung innewohnt.

Das Chriſtentum hat ſich in einem faſt tauſendjährigen Entwicklungsprozeß durch den Prophetismus aus der alten israelitiſchen Naturreligion emporgearbeitet; aber kaum war die chriſtliche Idee in ihrer Reinheit ans Licht getreten und wurde von den Völkern des alten griechiſch-römiſch-orientaliſchen Kulturkreiſes aufgenommen, ſo wurden wiederum von allen Seiten naturhafte Religionsvorſtellungen aus dem früheren religiöſen Erbe dieſer Völker an ſie herangebracht und in immer größeren Maſſen mit ihr vermengt. Als das Chriſtentum im 4. Jahrhundert Staatsreligion wurde, da war es nach einem berühmt gewordenen Gleichnis nur noch wie die Farbe, die einem anders gearteten Stoff, der ſeine fremde Natur innerlich bewahrt hatte, den Anſchein gab, als ob er eine Weſensänderung erfahren hätte. In der römiſchen wie in der griechiſchen Theologie der ſpäteren Jahrhunderte und noch viel mehr in dem Volksglauben ſind die Elemente des antiken philoſophiſchen Denkens und der vorchriſtlichen Religioſität weit ſtärker vertreten, als die des Evangeliums Jeſu, wenngleich dieſe Quelle ſelbſt nie ganz verſchüttet wurde und jedem, der bis zu ihr vordrang, zu trinken erlaubte. Davon ſind im Laufe der Jahrhunderte alle Reaktionen gegen die Weſensveränderung des Chriſtentums durch die fremden Stoffe gekommen.

Kein Gedanke iſt chriſtentumsfremder als der, daß religiöſe, d. h. geiſtige Wirkungen in irgendwelche Stoffe gebannt werden oder von ihnen ausgehen könnten. Daß ein Ort, eine Kirche, ein Gerät, ein Stück Stoff, Metall oder Knochen, oder daß ein Wort, eine Formel, ein Sakrament, das an eine materielle Unterlage gebunden iſt, heilig ſein, daß ſolche Dinge irgendetwas mit der Umwandlung des menſchlichen Herzens zur Gottesgemeinſchaft zu tun haben könnten, iſt eine innerlich ſogar ganz antichriſtliche Vorſtellung; ſie iſt nicht chriſtlich, ſondern heidniſch, ein Erbſtück aus dem Zeitalter der Naturreligion, wo die Menſchen daran gewohnt waren (für primitive Völker iſt es heute noch ſelbſtverſtändlich), in irgendwelchen Naturdingen oder künſtlich geſtalteten Objekten übernatürliche Kräfte zu ſuchen und zu verehren. Das hat nichts mit Religion in höherem Sinne zu tun, ſondern das iſt Magie.

Die katholiſche und die griechiſche Kirche ſind voll von ſolch primitiv-religiöſem, magiſchem Vorſtellungsmaterial. Auch der Proteſtantismus iſt nicht frei davon. Der ganze Sakramentsbegriff iſt nicht chriſtlichen, ſondern magiſchen, d. h. heidniſchen Urſprungs. Je ſtärker aber eine „chriſtliche" Kirchengemeinſchaft ihre Bekenner außer mit dem Ideengehalt der urſprünglichen chriſtlichen Verkündigung auch durch den Glauben an magiſche, im Beſitze der Kirche befindliche Gewalten zu beeinfluſſen vermag, deſto ſtärker iſt ihre Herrſchaft über die Geiſter. Die katholiſche Kirche hat aus dem Erbe des römiſchen Weltſtaates außerdem den machtvollen Gedanken übernommen und bis heute bewahrt, daß die Geſamtheit der Chriſten zugleich einen monarchiſch-hierarchiſch verfaßten, zum Gehorſam gegen die geiſtliche Obrigkeit verpflichteten Organismus bilden müſſe. Dieſer Gedanke, verbunden mit dem anderen, magiſchen oder religiös primitiven, daß Heilsgut und Unheil, Seligkeit und Verdammnis, von den magiſch geweihten kirchlichen Gewalten verwahrt, geſpendet und verhängt werde, iſt trotz ſeiner Herkunft aus der uralten, vom Chriſtentum überwundenen heidniſchen Naturreligion noch heute aufs höchſte wirkſam, wirkſam nicht nur auf die Maſſen, ſondern auch auf viele, die im übrigen eine moderne geiſtige Schulung durchgemacht haben. Zur vollkommenen inneren Freiheit von der bannenden Gewalt des Glaubens an die Magie ſteigen nur verhältnismäßig wenige Menſchen empor, oder, wenn dieſer Glaube durch andere elementare Wirkungen zertrümmert wird, dann geſchieht es leicht ſo, daß überhaupt eine Verödung des Seelenlebens eintritt.

Wie ſtark eine Kirchengemeinſchaft dem Staate gegenüber iſt, hängt davon ab, wie kräftig ihre Angehörigen die kirchliche Autorität der ſtaatlichen gegenüber empfinden — und das werden ſie in der Regel um ſo entſchiedener tun, je ſtärker ſie noch im Glauben an die magiſchen Kräfte der Kirche in betreff der Austeilung von Heil und Unheil für die Seele ſtehen. Der populäre Spruch drückt das ſo aus: Die katholiſche Kirche vermag eine gültige Anweiſung auf die Seligkeit zu geben, der orthodoxe Proteſtantismus eine gewichtige Empfehlung, der liberale nur einen freundlichen Wunſch auf den Weg. Da nun Kirche und Staat beide das Bedürfnis haben, Autorität über die Maſſen auszuüben, ſo liegt es nahe, daß ſie ein Bündnis eingehen, deſſen Charakter davon abhängt, welcher Teil als der ſtärkere imſtande iſt, ſich des anderen mit zu bedienen, um ſeine prinzipiellen Ziele zu verfolgen. Auf der Höhe des Mittelalters war die Kirche drauf und dran, den Staat zu verſchlingen; in neuerer Zeit hatte der Staat, wenigſtens der proteſtantiſchen Kirche gegenüber, eine ähnliche Übermacht gewonnen. Die Gründe erklären ſich leicht aus dem, was eben über den Charakter der kirchlichen Autorität geſagt wurde. Als Kirche wie als Lehrgebäude iſt eben der geſchichtliche Proteſtantismus nichts anderes als ein Katholizismus, der der Magie zwar noch nicht ganz, aber doch ſoweit entleert iſt, daß er einen ſelbſtändig zwingenden Einfluß auf die Maſſen nicht mehr auszuüben vermag, ſeit neue geiſtige Kräfte auf dieſe wirken.

Aus dem alten Verhältnis zum Staat, das im Laufe der Zeit ſich äußerlich und innerlich nach verſchiedenen Richtungen hin verändert, aber im ganzen doch ohne Bruch weiterentwickelt hatte, ſind der katholiſchen Kirche wie den proteſtantiſchen Kirchengemeinſchaften ſtarke äußere Vorteile erhalten geblieben. Dieſe ſind einerſeits materieller Natur. Der Staat, der den einſt großen weltlichen Beſitz der Kirche bei der Säkulariſierung der Kirchengüter einzog, gewährte teils deshalb, teils weil er ſich erfahrungsgemäß eine Erziehung der Maſſen zum Autoritätsgefühl von den Kirchen verſprechen konnte, dieſen einen großen Teil ihrer materiellen Bedürfniſſe und ſchützte ſie in ihrem Anſehen. Die wertvollſte Leiſtung des Staates aber erblickten die Kirchen darin, daß er, womöglich mit zwingender Verpflichtung, mindeſtens aber durch ſein praktiſches Verhalten, dem Volk ein gewiſſes Mindeſtmaß von Kirchenglauben oder kirchlicher Betätigung auferlegte. Man braucht nur an den obligatoriſchen Religionsunterricht in der Schule, an die geiſtliche Schulaufſicht, und an die durchgehende Begünſtigung der kirchlichen Korrektheit von der Regierungsſeite her zu erinnern.

Allerdings tat das der Staat, der ſelber noch ein Erbe und Nachfolger, ſei es auch ein entfernter, des alten, kirchlich ſehr ſtark beeinflußten Ständeſtaates und Obrigkeitsſtaates vergangener Jahrhunderte war. Im modernen Staat iſt ein anderes, von Natur antikirchliches Prinzip mächtig geworden: das der Aufklärung, in deren Namen die franzöſiſche Revolution die Vereinigung der kirchlich-religiöſen mit der ſtaatlichen Idee und die ganze Begründung der Herrſchergewalt auf den Glauben in der Geſtalt des Gottesgnadentums, zerbrach. Weil die konſervativen Gewalten, Staat und Kirche, vereint den Glauben zu Hilfe riefen, um die Maſſen zu beherrſchen, ſetzte ihnen die Revolution, heute wie damals, die Aufklärung entgegen. Dieſe iſt von der wahren geiſtigen Religion ungefähr ebenſo verſchieden und enthält ebenſowenig geiſtige Schöpferkraft in ſich, wie die Magie.

Die Aufklärung iſt ſeicht, die Magie iſt trübe; die wahre Religion verderben ſie alle beide.

Welche Antwort ſollen alſo nun die Kirchen auf die Frage ihrer Trennung vom Staat finden? Darauf iſt zu ſagen: Die Kirchen mögen eine Antwort finden, wie ſie wollen und können; im Namen der Religion aber gibt es nur eine Antwort, nämlich den Kampf des religiöſen Prinzips gleichmäßig gegen die Aufklärung und gegen die Magie. Wenn die Revolutionäre von heute der Kirche ihre bisherige Verbindung mit dem Staat und damit die Vorteile kündigen wollen, die ſie aus ihr genoſſen hat, ſo kann das nur dazu beitragen, daß innerhalb der Kirchen der Kampf zwiſchen wahrer Religion und Magie ſchärfer entbrennt. Die Kirche wird die Maſſen verlieren und wird ſehen, wie arm und klein ſie zunächſt daſteht, wenn ſie auf ſich allein geſtellt iſt. Bei den proteſtantiſchen Kirchen wird das ohne weiteres der Fall ſein, da dieſe bei ihrer verhältnismäßigen Armut an Magie (allerdings auch an religiöſer Kraft) den Maſſen wenig zu bieten haben. Merkwürdigerweiſe ſcheint ſich aber auch die katholiſche Kirche wenig aus eigenen Kräften zuzutrauen und ſtarke Verluſte zu befürchten, falls alle Einflüſſe der öffentlichen Gewalt im Sinne kirchlicher Betätigung fortfallen.

Wer ſich nicht ſelbſt täuſchen will, der muß geſtehen, daß die Kirchen, und am meiſten die proteſtantiſchen, in ihrer jetzigen Geſtalt nur noch geringe, wahrhaft religiöſe lebendige Kräfte beſitzen. Das Chriſtentum in ſeiner kirchlichen Geſtalt wird immer wirkungsloſer. Eine religiöſe Erneuerung erſcheint faſt nur noch denkbar, wenn zuvor die Kirchen zerbrochen werden und Raum geſchaffen wird für eine chriſtliche Prophetie, die den Erweis des Geiſtes und der Kraft in ſich trägt. Die Trennung von Staat und Kirche wird die Kirchen — zunächſt gilt das alles vornehmlich von den proteſtantiſchen — entweder vollends verkümmern laſſen, und dann kann man das dürre Holz abhauen und in den Ofen werfen, oder es wird ſie mit neuem, von innen quellendem Leben erfüllen. Auch im erſteren Falle aber wird die Religion einen ſtarken Antrieb erhalten, denn es ſind im deutſchen Volk religiöſe Kräfte und ein religiöſes Sehnen, das ſich ſeiner ſelbſt bewußt zu werden ſtrebt, am Werk. Wenige mögen davon wiſſen, aber was zur Kraft gelangen ſoll, braucht, wenn ſeine Zeit ſonſt gekommen iſt, nicht immer vorher in der Leute Mund geweſen zu ſein. Das Chriſtentum als Religion, das heißt als geſinnungbewegende geiſtige Kraft, hat nur ſoweit eine Zukunft, wie es der gegenwärtigen Menſchheit Antwort auf Fragen zu bieten vermag, die ſie als brennende Lebensfragen empfindet. Wir meinen, gerade unter dieſem Geſichtspunkte wird die Trennung von der Staatskrippe und Staatskrücke das beſte, vielleicht das einzige Mittel ſein, einem religiöſen Zeitalter den Weg zu bereiten.

Bürgerſchaft und Arbeiterſchaft

Von Dr. Friedrich Thimme

Während des Krieges war es ziemlich ſtill geworden von dem durch Marx und Engels im kommuniſtiſchen Manifeſt mit ſolcher Schärfe herausgearbeiteten und ſeither von der Sozialdemokratie hartnäckig feſtgehaltenen feindlichen Klaſſengegenſatz zwiſchen der Bourgeoiſie und dem Proletariat, dem beſitzenden Bürgertum und der beſitzloſen Arbeiterſchaft. Allzudeutlich hatte der Krieg der Theorie des Klaſſenkampfes die Tatſache von der nationalen Solidarität aller Volksklaſſen, von dem gemeinſamen Intereſſe der Unternehmer und der Arbeiter gegenübergeſtellt. Die weitgehende Umſchichtung der ſozialen Klaſſen, die der Krieg heraufführte, hatte zudem den Unterſchied zwiſchen den beiden Grundklaſſen der Bevölkerung, der ſich ohnehin in dem ſozial führenden Deutſchland keineswegs in der von den Vätern des Marxismus prophezeiten Richtung des Abſtiegs der arbeitenden Klaſſe zum Pauperismus vergrößert, vielmehr in der des wirtſchaftlichen und politiſchen Aufſtiegs verringert hatte, vielfach verwiſcht; in der Kriegsinduſtrie wenigſtens waren die Arbeiter vielfach beſſer daran als die Schichten des kleinen Mittelſtandes, des Beamtentums und der Angeſtellten. Zu einer inneren Annäherung der ſozialdemokratiſchen Arbeiterſchaft an die übrigen Schichten der Bevölkerung trug nicht wenig bei, daß offiziell der Gegenſatz zwiſchen den nationalen und den antinationalen Parteien, der ſo erbitternd auf die ſozialdemokratiſche Arbeiterſchaft gewirkt hat, fallen gelaſſen wurde. Noch ſtärker und nachhaltiger würde es gewirkt haben, wenn die verheißenen freiheitlichen Reformen, die die ſchon 1890 verſprochene volle Gleichberechtigung der Arbeiterſchaft durchgeführt hätten, raſch und glatt ins Leben getreten wären. Nichts hat der von einſichtiger bürgerlicher und ſozialiſtiſcher Seite bewußt und ſyſtematiſch in Angriff genommenen Syntheſe zwiſchen den beiden großen Klaſſen ſo viel Eintrag getan, hat der ſchon ganz zurückgetretenen Klaſſenkampfſtimmung ſo viel neue Nahrung zugeführt, als der Widerſtand, den die rechtsſtehenden bürgerlichen Parteien den berechtigten, auch von der Monarchie rückhaltlos anerkannten Anſprüchen der Arbeiterſchaft beſonders in der Frage des preußiſchen Wahlrechts entgegenſetzten. Auch die vielfach gehäſſige Art, in der die Kriegs- und Friedensziele der ſozialdemokratiſchen Arbeiterſchaft — die ſich in der Folge als die einzig vernünftigen erwieſen haben — bekämpft wurden, mußte von unſeliger Wirkung ſein. Durch ihr törichtes Verhalten hat ein Teil der bürgerlichen Parteien den Aſt, auf dem ſie ſaßen, ſelbſt abſägen helfen.

Bei einem klügeren und weitſichtigeren Verhalten der bürgerlichen Klaſſen wäre es ſchwerlich überhaupt zur Revolution, ſicherlich nicht zu einem Abſchwenken der geſamten ſozialdemokratiſchen Arbeiterſchaft zu der von ihrem Gros keineswegs erſtrebten und vorbereiteten Revolution gekommen. Man kann es mit voller Beſtimmtheit ſagen: Bis in das Jahr 1918 hat der größte Teil der deutſchen Arbeiterſchaft trotz des aufreizenden ruſſiſchen Vorbildes nicht an einen Umſturz gedacht. Unzählige Male iſt während des Krieges die revolutionäre Kataſtrophentheorie von ſozialdemokratiſcher Seite ſelbſt verſpottet und verhöhnt worden. In ſeinem ausgezeichneten Buche „Marxismus, Krieg und Internationale" (1917) bezeichnet es der heutige öſterreichiſche Staatskanzler *Karl Renner* als eine Wahnvorſtellung, die Eroberung der politiſchen Gewalt durch das Proletariat werde oder könne ſich vollziehen durch ein plötzliches Umſchlagen des Syſtems, durch einen politiſchen Handſtreich der Maſſen oder einen Kopfſturz der Bourgeoiſie! Auch ein Führer der unabhängigen Sozialdemokraten, *Julian Borchardt*, erklärte noch im Juli 1917 denjenigen für einen Tor, der die Hoffnung auf Revolution als Faktor in ſeine Rechnung einſetze.*) Wir leſen bei Borchardt, er habe ſeit Monaten die verſchiedenſten Genoſſen gefragt und habe keinen einzigen gefunden, der wirklich glaube, daß die deutſchen Arbeiter Revolution machen würden; vielmehr ſeien vom Gegenteil alle überzeugt. Borchardt geht ſoweit zu ſagen: Fänden ſich wirklich ein paar Führer, die zur Revolution aufriefen, ſo würden ihnen die Volksmaſſen nicht folgen, weil ſolch ein Geiſt gar nicht in ihnen lebe. Ja, er glaubt nicht einmal an den Beſtand einer etwa wider alles Erwarten dennoch eintretenden Revolution. „Dann würde nach der Revolution," ſo lautet die intereſſante Prophezeiung, „der Rauſch alsbald verfliegen, und die nicht von eigenem Willen beſeelten Volksmaſſen würden die Beute irgendwelcher Abenteurer werden, wie ſie es in der Jahrtauſende alten Geſchichte der Revolutionen ſchon ſo oft geweſen ſind."

In der Tat iſt es ja auch nicht das von Marx einſt als die einzige wirklich revolutionäre Klaſſe geprieſene Proletariat geweſen, das die Revolution gemacht hat. Vielmehr iſt es das *Heer und die Marine* ſelbſt geweſen, die des langen Krieges müde und durch eine pſychologiſch vielfach fehlgreifende Behandlung gereizt, zum militäriſchen Streik und darüber hinaus zum Aufruhr gegriffen haben. Es iſt auch keineswegs an dem, daß nur die Arbeitermaſſen in Uniform ſich erhoben hätten; der Revolutionsbazillus hatte vielmehr Matroſen und Soldaten ohne Unterſchied ihrer Zugehörigkeit zur Bürger- oder Arbeiterklaſſe ergriffen. Soldaten und Matroſen ſind es auch bis auf den heutigen Tag geweſen, die der Revolution ihre Kraft und Nachhaltigkeit verliehen haben, während die „klaſſenbewußteſten Proletarier" drauf und dran ſind, die Prophezeiung

---

*) Revolutionshoffnung! Von Julian Borchardt. Berlin-Lichterfelde, Verlag der Lichtſtrahlen. Juli 1917.

Borchardts zu erfüllen, daß ſie die Beute irgend welcher Abenteurer werden würden.

Natürlich hat das Klaſſenbewußtſein der ſozialdemokratiſchen Arbeiter, obwohl ſie es nicht in erſter Linie geweſen ſind, die der Revolution zum Erfolg verholfen haben, durch den raſchen und faſt unblutigen Sieg der Revolution eine ungeheure Stärkung erfahren. Man kann es der Sozialdemokratie nicht verdenken, wenn ſie in der abſoluten Widerſtandsloſigkeit des Bürgertums, deſſen ganze Weisheit in der Befolgung der klaſſiſchen Parole „ducken! ducken! ducken!" beſtand, einen Beweis für die von Marx ſo oft betonte innere Miſere und Charakterloſigkeit des Bürgertums und für die geiſtige Superiorität der Arbeiterklaſſe erblickte, und wenn die ſozialiſtiſchen Machthaber über die Köpfe der bürgerlichen Parteien hinweg die ſozialiſtiſche Republik ausriefen. Wäre das Bürgertum wirklich, wie es nur zu ſehr den Anſchein hat, eine träge, energieloſe, eines ſittlichen Aufſchwunges unfähige Maſſe, ſo trüge es ſelbſt die Schuld daran, wenn der Ruf nach einer bleibenden Diktatur des ungeſtüm vorwärtsdrängenden Proletariats immer größere Kraft entfaltete.

Alles kommt jetzt darauf an, ob das Bürgertum, das ſich zur Entſchuldigung ſeines Verſagens auf die doppelte Überraſchung des 4. Oktober und des 9. November berufen mag, ſich aus ſeiner Lethargie zu einem wirklichen Klaſſenbewußtſein aufzuraffen vermag. Bisher hat es an einem ſolchen Klaſſenbewußtſein, das irgend in Konkurrenz mit dem Klaſſenbewußtſein der Arbeiterſchaft treten könnte, ſo gut wie ganz gefehlt. Nichts charakteriſiert dieſen Mangel ſchärfer als die Tatſache, daß ſich aus den Reihen des Bürgertums bei den Wahlen unzählige Mitläufer der Sozialdemokratie zur Verfügung geſtellt haben, während der umgekehrte Fall, daß ein Sozialdemokrat par dépit ſich dem Bürgertum angeſchloſſen hätte, faſt undenkbar erſcheint. Es fehlte dem Bürgertum, dem es ein Leichtes hätte ſein müſſen, die gehobenen Schichten der Arbeiterſchaft zu ſich heranzuziehen und an ſich zu feſſeln, an der Werbekraft einer eigenen Ideenwelt, die der ungeheuren Suggeſtion der ſozialiſtiſchen Idee Widerſtand zu leiſten vermochte. Das Bürgertum verließ ſich zu ſehr auf die Machtmittel des Staates, der in der Tat ſein Möglichſtes tat, um ein Übergreifen der Sozialdemokratie auf die von ihm abhängigen Maſſen des Beamtentums und der Staatsarbeiterſchaft zu verhindern. Jetzt, wo dem Bürgertum die Krücken des alten Obrigkeitsſtaates aus der Hand geſchlagen ſind, bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als ſich auf ſeine eigenen inneren Werte zu beſinnen und nachzuweiſen, daß es über fruchtbare und ſchöpferiſche Ideen verfügt. Es iſt ja gar keine Frage, daß ſich aus dem Prinzip des Sozialismus an ſich entgegengeſetzten Prinzip des Individualismus, das ſich darum der Befruchtung durch die ſozialiſtiſche Ideenwelt keineswegs zu entziehen braucht, ein politiſches Programm aufbauen ließe, das an Reiz kaum viel hinter dem

Sozialismus zurückſtände. Nicht umſonſt ſucht das Dichterwort das größte Glück der Erdenkinder in der freien Entfaltung der Perſönlichkeit!

Leider merkt man in den Programmen der neugebildeten bürgerlichen Parteien bisher noch blutwenig von einer ſpezifiſch *bürgerlichen Ideenwelt*. An Abſagen und Kritiken an dem ſozialiſtiſchen Programm fehlt es nicht, zu einem poſitiven, aus einem Prinzip abgeleiteten eigenen Programm hat ſich noch keine bürgerliche Partei erhoben. Auch von einer Vereinheitlichung des bürgerlichen Parteiweſens, einem Zuſammenſchluß des ganzen Bürgertums, aus dem ein bürgerliches Klaſſenbewußtſein Nahrung ziehen könnte, iſt kaum die Rede. Nicht einmal der bürgerliche Liberalismus hat ſich zu der hier befürworteten liberalen Einheitspartei zuſammenzufinden vermocht. Auch der Zuſammenſchluß der rechtsſtehenden Parteien in der Deutſchnationalen Volkspartei iſt nur ein ſcheinbarer; weder hat die konſervative, noch die freikonſervative Partei ihre bisherige Organiſation aufgegeben, und es iſt heute ſchon klar, daß der neue Sammelbegriff nicht von Beſtand ſein wird. Im großen und ganzen betrachtet, bietet das bürgerliche Parteiweſen noch den gleichen Zuſtand der Zerfahrenheit und Verworrenheit, wie vor der Revolution; ja im Grunde genommen iſt die Verwirrung nur noch größer geworden, da die breiten Maſſen des Volkes ſich in den neuen Parteibezeichnungen und den neuen Programmen noch nicht zurechtzufinden vermögen.

Dabei ſtehen die Wahlen zur *Nationalverſammlung*, die über das künftige Schickſal auch des Bürgertums entſcheiden müſſen, vor der Tür. Die Landtagswahlen in Anhalt, Mecklenburg-Strelitz, Braunſchweig lehren mit eindringlichſter Deutlichkeit, daß das Bürgertum, wenn es nicht in den wenigen Wochen bis zur Wahl zu größerer Geſchloſſenheit, zu ſyſtematiſcher Verſtändigung auch über die gegenſeitige Verbindung der Liſten gelangt, beſtenfalls nur die Ausſicht hat, in annähernd gleicher Stärke wie die Sozialdemokratie in die Nationalverſammlung einzuziehen. Bleibt das Bürgertum, wie faſt zu beſorgen ſteht, in der Minderheit, ſo muß es mit Sicherheit darauf rechnen, von den revolutionären Gewalten auch weiterhin als quantité négligeable behandelt und von aller politiſchen Mitwirkung ausgeſchloſſen zu werden. Gelingt es ihm dagegen, eine wenn auch nur ſchwache Majorität zu behaupten, ſo darf es erwarten, ſein Wort trotz ſeiner Zerſplitterung entſcheidend in die Wagſchale werfen zu können. Auch dann wird ja, nachdem einmal die Revolution dem Sozialismus ein materielles und geiſtiges Übergewicht in die Hand gegeben hat, nicht die Rede davon ſein können, wieder ein einſeitiges bürgerliches Regiment einzuführen. Die Partei der Mehrheitsſozialiſten wird, das liegt in der Natur der Dinge, auf irgend abſehbare Zeit hinaus das Zentrum der Regierung ſein und bleiben. Aber entſchloſſen, wie die Sozialiſten ſind, das demokratiſche Prinzip, den in den Wahlen ausgedrückten

Mehrheitswillen des deutſchen Volkes zu achten und zu reſpektieren, werden ſie nicht umhin können, ſich mit der oder den ihnen zunächſt benachbarten, gleich ihnen offen und klar auf demokratiſchem Boden ſtehenden bürgerlichen Parteien, d. h. der Deutſchen demokratiſchen Partei und allenfalls dem Zentrum zu einer feſten Mehrheitsbildung zuſammen zu finden. Unter dieſem Geſichtspunkt muß man die Bildung der Deutſchen demokratiſchen Partei, die ihrerſeits bereit iſt, ein gut Stück Weges mit der Sozialdemokratie zuſammenzugehen, für eine Notwendigkeit und für ein Glück erachten, einerlei ob man ſich im übrigen zu ihren Grundſätzen bekennt oder nicht. Man darf ihre Gründung in den unmittelbar auf die Revolution folgenden Tagen als einen Beweis nehmen, daß der politiſche Sinn im Bürgertum doch nicht ganz erſtorben iſt. Denn die Syntheſe zwiſchen Bürgertum und ſozialdemokratiſcher Arbeiterſchaft, richtiger geſagt der Arbeiterklaſſe ſchlechthin, iſt heute notwendiger wie je, und der gemeinſame Boden iſt der *deutſche freiheitliche und ſoziale Staat*, der mit aller Behutſamkeit und Vorſicht dem ſozialiſtiſchen Ideal nähergeführt werden mag. Unſere ganze deutſche Zukunft beruht auf dieſer Syntheſe!

Es iſt kein innerer Widerſpruch, wenn hier in einem Atem ein ſtarkes und klaſſenbewußtes Bürgertum auf der einen und ein Kompromiß zwiſchen ihm und der Arbeiterklaſſe, das deren *einſeitige* Klaſſendiktatur ausſchließt, auf der anderen Seite gefordert wird. Ein ehrliches und aufrichtiges Verſtändnis, eine fortſchreitende Syntheſe zwiſchen zwei Klaſſen iſt eben nur möglich, wenn beide ſich in ihrer Eigenart immer klarer ausprägen, beide ſich mit ſtolzem Klaſſenbewußtſein erfüllen, beide ſich in ihrem Klaſſenbewußtſein achten und ehren.

Wir wollen es hoffen, daß die blutigen Ereigniſſe der letzten Tage, ſo trübe Ausſichten ſie eröffnen, doch die beiden großen Poſtulate, die wir hier aufgeſtellt haben, ein klaſſenbewußtes Bürgertum und eine Syntheſe desſelben mit einer klaſſenbewußten Arbeiterſchaft der Erfüllung näherbringen werden. Der Terrorismus des linken ſozialdemokratiſchen Flügels *muß* doch dem Bürgertum die Augen öffnen über die ganze furchtbare Größe der Gefahr, die ihm droht, wenn es ſich nicht in letzter Stunde über ſich ſelbſt erhebt und ſeine äußerſten Kräfte zur Selbſtbehauptung zuſammennimmt. Er *muß* auch der Partei der Mehrheitsſozialiſten lehren, daß ihr Heil und das Heil Deutſchlands nur in ihrem Zuſammengehen mit den bürgerlichen Parteien, mit denen ſie den demokratiſchen Boden gemeinſam haben, liegen kann. Man verſteht, daß ſie ſo lange wie irgend möglich in erſter Linie ein geſchloſſenes Zuſammengehen der ganzen ſozialiſtiſchen Arbeiterklaſſe erſtrebt haben. Dieſes geſchloſſene Zuſammengehen hat ſich bei dem Wüten des linken Flügels der Sozialiſten gegen ihre eigenen Genoſſen von den Rechtsſozialiſten als unmöglich erwieſen; das Reſultat war und iſt die völlige Ohnmacht und Schwäche der Regierung. An ſeine Stelle muß ſchon jetzt, noch vor der

Nationalverſammlung, das Zuſammengehen zwiſchen dem Gros der ſozialiſtiſchen Arbeiterklaſſe und dem demokratiſch gerichteten Teil der Bürgerklaſſe treten. Es iſt das Gebot der aufs äußerſte geſpannten Stunde. Wird es nicht befolgt, ſo iſt unſer aller Untergang ſo oder ſo gewiß.

Die Reichsverfaſſung der Paulskirche

Von Reichsgerichtsrat a. D. Georg Hoffmann

Vermutlich wird die demnächſt zuſammentretende verfaſſunggebende deutſche Nationalverſammlung an das am 28. April 1849 vollendete Verfaſſungswerk der Frankfurter Nationalverſammlung anzuknüpfen ſuchen. Es iſt deshalb nicht ohne Intereſſe, ſich die hauptſächlichſten Beſtimmungen jener Verfaſſung wieder in das Gedächtnis zu rufen.

Die Paulskirche ließ das Staatenſyſtem des bisherigen deutſchen Bundes ſowie die in den einzelnen Staaten beſtehenden Regierungsformen unangetaſtet und ſtellte ſich ſelbſt auf monarchiſchem Boden, indem ſie — freilich nur mit einer Mehrheit von 267 gegen 263 Stimmen — die Würde des Reichsoberhauptes als „Kaiſer der Deutſchen" einem der regierenden deutſchen Fürſten mit Vererblichkeit im Mannesſtamme nach dem Rechte der Erſtgeburt übertragen wiſſen wollte. Nicht deutſche, mit deutſchem Lande nur durch die Perſon des Staatsoberhauptes verbundene Lande ſind von der Zugehörigkeit zum Deutſchen Reiche ausgeſchloſſen. Die Reichsgewalt wird vom Kaiſer als Träger dieſer Gewalt ausgeübt, ſoweit nicht dem Reichstage beſondere Rechte und Befugniſſe zugewieſen ſind. Alle Regierungshandlungen des Kaiſers bedürfen aber zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigſtens einem der von ihm ernannten Reichsminiſter, der dadurch die Verantwortung übernimmt. Der Reichstag beſteht aus zwei Häuſern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus. Das Staatenhaus ſetzt ſich zuſammen aus 192 Mitgliedern als den Vertretern der deutſchen Staaten (damals 39), wobei auch den kleinſten Einzelſtaaten noch je ein Mitglied zugedacht iſt. Solange die deutſch-öſterreichiſchen Lande an dem Bundesſtaate nicht teilnehmen, erhöht ſich entſprechend die Stimmenzahl der größeren Einzelſtaaten. Die Mitglieder des Staatenhauſes werden zur Hälfte durch die Regierungen und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Bundesſtaaten, in den größeren Ländern durch die Provinzialſtände, und zwar je auf ſechs Jahre, mit Erneuerung zur Hälfte nach drei Jahren, ernannt. Das Volkshaus beſteht aus Abgeordneten des deutſchen Volkes, die nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten, in einem beſonderen Geſetze geregelten Wahlrecht auf je drei Jahre gewählt werden. Zum

Zuſtandekommen eines Geſetzes gehört Übereinſtimmung beider Häuſer des Reichstages und Zuſtimmung der Reichsregierung. Aber auch ohne dieſe Zuſtimmung erlangt ein Reichstagsbeſchluß Geſetzeskraft, wenn er in drei aufeinanderfolgenden Sitzungsperioden unverändert gefaßt worden iſt. Beim Reichshaushalt wird zwiſchen ordentlichem und außerordentlichem Budget unterſchieden. Nur im Rahmen des ordentlichen Budgets genießt das Volkshaus eine Vorzugsſtellung vor dem Staatenhaus. Niemand kann gleichzeitig Mitglied beider Häuſer ſein, die Reichsminiſter dürfen dem Volkshaus, nicht aber dem Staatenhaus angehören. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöſt werden. Dies hat gleichzeitige Vertagung des Staatenhauſes bis zur Wiedereinberufung des Reichstages zur Folge. Das Reichsgericht iſt mit der eigentlichen Zivil- und Strafgerichtsbarkeit faſt gar nicht befaßt. Wohl aber iſt es als Staatsgerichtshof berufen, zur Entſcheidung von Verfaſſungsſtreitigkeiten zwiſchen Einzelſtaaten und Reichsgewalt, zwiſchen dem Staaten- und dem Volkshauſe, von Streitigkeiten der Einzelſtaaten untereinander oder von inneren Streitigkeiten über die Landesverfaſſungen, ſowie über Miniſteranklagen und über Klagen von Staatsbürgern über Verletzung verfaſſungsmäßiger Rechte. Für beſondere Fälle bleibt auch beim Reichsgericht die Urteilsfällung durch Geſchworene vorbehalten.

Zur ausſchließlichen Zuſtändigkeit des Reiches gehört die völkerrechtliche Vertretung nicht bloß Deutſchlands, ſondern auch der einzelnen deutſchen Staaten. Ihnen iſt verboten, ſtändige Geſandte und Konſule zu halten oder zu empfangen. Verträge der einzelnen deutſchen Regierungen nicht rein privatrechtlichen Inhalts ſind der Reichsverwaltung zur Kenntnisnahme und nach Befinden Beſtätigung vorzulegen. Im übrigen iſt die Zuſtändigkeit des Reiches auf den Gebieten des Heer- und Flottenweſens, der Verkehrs-, Zoll- und Wirtſchaftspolitik, des Finanzweſens, des privaten und öffentlichen Rechts im großen und ganzen ſo wie in der bisherigen Reichsverfaſſung geregelt. Die Reichsgewalt iſt jedoch allgemein befugt, wenn ſie im Geſamtintereſſe Deutſchlands gemeinſame Einrichtungen und Maßregeln notwendig findet, die zu ihrer Begründung erforderlichen Geſetze in den für Verfaſſungsänderungen vorgeſchriebenen Formen (Zweidrittelmehrheit in beiden Häuſern des Reichstags) zu erlaſſen.

Bekannter ſind die in 60 Paragraphen niedergelegten „Grundrechte des deutſchen Volkes". Sie ſollten den Verfaſſungen der deutſchen Einzelſtaaten zur Norm dienen und keine Verfaſſung oder Geſetzgebung eines deutſchen Einzelſtaates ſollte ſie je aufheben oder beſchränken können. Von den Grundrechten ſind manche inzwiſchen geſetzgeberiſch feſtgelegt und ausgebaut worden. Andere bilden, ergänzt in ſozialem Geiſte, deſſen Hauch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts noch wenig zu ſpüren war, noch heute wichtige Forderungen in den Programmen der politiſchen Parteien. Aus der Frankfurter Verfaſſung ſeien nur hervorgehoben: Aufhebung aller Standesunterſchiede. „Alle Titel, inſoweit ſie nicht mit einem Amte verbunden ſind, ſind aufgehoben und dürfen nie wieder eingeführt werden.“ Beſeitigung der Todesſtrafe, ausgenommen für das Kriegsrecht und den Fall der Meuterei im Seerecht, vollſte Preßfreiheit, Aburteilung von Preßvergehen durch Schwurgerichte, Glaubens- und Gewiſſensfreiheit, freie Religionsübung, Selbſtändigkeit der Religionsgeſellſchaften, Freiheit der Wiſſenſchaft und ihrer Lehre, Unterrichtsfreiheit unter ſtaatlicher Aufſicht, kein Schulgeld in den Volksſchulen, freies Verſammlungsrecht und Vereinsrecht auch für Heer und Kriegsflotte, inſoweit die militäriſchen Dienſtvorſchriften nicht entgegenſtehen, Unverletzlichkeit des Eigentums, Aufhebung der Familienfideikommiſſe, keine Strafe der Vermögenseinziehung, Beſchränkung der Militärgerichtsbarkeit auf Aburteilung militäriſcher Verbrechen und Vergehen ſowie der Militär-Diſziplinarvergehen, Schwurgerichte bei allen politiſchen Vergehen, Beſeitigung der Verwaltungsrechtspflege, über alle Rechtsverletzungen entſcheiden die Gerichte.

Ein Reichsamt für das Auslandsdeutſchtum

Von Dr. Hermann Ullmann

Die Frage des Auslandsdeutſchtums ſteht mit der ganzen falſchen Grundrichtung unſeres außenpolitiſchen und unſeres politiſchen Denkens überhaupt zwiſchen der Gründung des Reiches und dem Weltkriege in engſtem Zuſammenhange. Dasſelbe Gemiſch von Schwäche und Auftrumpfen am falſchen Orte, das uns ſo unendlichen Schaden auf allen Gebieten unſeres ſtaatlichen Lebens eingetragen hat, derſelbe Mangel an Sinn für die Wirklichkeit kennzeichnet auch unſer Verhältnis zu den Volksgenoſſen außerhalb unſerer Reichsgrenzen. Da wir kein Volksſtaat waren, vielmehr einerſeits Angehörige fremder Völker in unſeren Reichsgrenzen beherbergten, anderſeits dreißig Millionen Volksangehörige außerhalb des Deutſchen Reiches hatten, da wir ferner mit einem Völkerſtaate blindlings auf Gedeih und Verderb verbündet waren, zögerten wir allzulange, das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker, das die Feinde gegen uns ins Feld führten, ſelbſt auch zu unſeren Gunſten geltend zu machen. Wir Auslandsdeutſchen, die wir uns in erſter Linie als Volksdeutſche fühlten, und Preußen-Deutſchland, das kleindeutſche Deutſche Reich, in erſter Linie als die Vertretung des Geſamtvolkes gewürdigt ſehen wollten, verlangten von Anbeginn des Krieges an, daß neben den Kriegszielen des Deutſchen Reiches, die ſo unheilvolle Wirkung im ganzen Volke geſtiftet haben, die klaren und einigenden Kriegsziele des deutſchen *Volkes* verfochten würden. Dieſe hätten nicht nur uns innerlich vereinigen und uns über den innerpolitiſchen Jammer hinweghelfen können, ſie wären auch den Feinden und den Neutralen verſtändlicher geweſen, als etwa das Eintreten für die morſche und nicht mehr lebensberechtigte Habsburger Monarchie. Während die Kriegsziele des Deutſchen Reiches umſtritten und unklar waren, den einen zu weit, den anderen zu nahe geſteckt waren, hätten die Kriegsziele des deutſchen Volkes dem Streit der Parteien entrückt werden können. Konnte ſich darüber Streit erheben, ob es rätlich ſei, den Reichsboden nur zu verteidigen oder ihn zu erweitern, konnte man hinter den Beſtrebungen auf Ausdehnung des Reichsgebietes Beſtrebungen von Intereſſentenſchichten wittern und andererſeits den bloßen Verteidigern des Reichsgebietes vorwerfen, daß ihren Zielen die werbende Kraft fehle, ſo wäre die Forderung: daß alle Volksgenoſſen die Möglichkeit haben ſollten, ſo weit ſie es wollten, ihrem Volkstum anzugehören, nicht ohne Werbekraft und dabei weit ab von allem unvolkstümlichen Verdacht geweſen. Die Feinde und Neutralen aber, die im Gegenſatz zu uns nicht nur als Staaten, ſondern vor allem als Völker im Kampfe ſtanden, oder ihn verfolgten, hätten eine ſolche Volksforderung beſſer verſtanden als die ausgeklügelten Theorien unſerer offiziöſen Profeſſoren, die mit allem Aufwand ihres Gelehrtentums nachwieſen: Staatsverband gehe vor Volksverband.

So waren wir auch während des Krieges wie vor dem Kriege nicht darauf eingeſtellt, Ziele des Volkes vor denen des Staates anzuſtreben. Wie es vor dem Kriege geweſen war, ſo blieb es während des Krieges in verſtärktem Maße. Die Ziele unſeres Staatsſyſtems, überdies noch mit dem unſeligen Bleigewicht des Bündniſſes mit der nirgend mehr geachteten Monarchie verſehen, belaſteten unſeren Kredit in der Welt ſo ſtark, daß für ein Eintreten zugunſten der Volksdeutſchen der Mut der Ämter und der Parteien nicht mehr ausreichte. Die Aufmerkſamkeit des Volkes und ſeine privaten wie amtlichen Kräfte waren durch die „Weltpolitik“, die wir ſchon damals Allerweltspolitik nannten, von den weſentlichen Aufgaben des deutſchen Staatslebens abgelenkt: von der Obſorge für die deutſche Volkskraft, die ſich jetzt nach dem Zuſammenbruch von künſtlichen Syſtemen, Verträgen und Beziehungen als das einzig ſichere Beſitztum der Nation erweiſt. Teils wußte man von den Auslandsdeutſchen nichts, und wo man etwas von ihnen pflichtgemäß wiſſen ſollte, bei den Ämtern und bei den politiſchen Führern, da galt jeder Hinweis auf ſie als unangenehme Ablenkung vom Gewohnten, als Beläſtigung, faſt als eine Art von Querulantentum. Eben wegen ihrer falſchen Stellung ſcheute ſich unſere Reichspolitik, die ſich ohnehin im Geruche des unerſättlichſten Imperialismus wußte und dabei doch nichts wollte als leidliche Handelsmöglichkeiten und erträgliche Beziehungen, ſich kräftig der Auslandsdeutſchen anzunehmen, die ihrerſeits allzu wenig Verbindung mit der Heimat hatten, um eine fruchtbare und richtige Zuſammenarbeit zu ermöglichen. Die feindliche Propaganda erkannte ſehr bald dieſen ſchwachen Punkt und bezeichnete jeden Deutſchen außerhalb der Reichsgrenze, der den Zuſammenhang mit ſeinem Volkstum ſuchte, als Anhänger des deutſchen Imperialismus, als deutſchen Spion oder als deutſchen Irredentiſten. Und während das Deutſche Reich ſo wenig Werbekraft entfaltete, daß es wirkliche Deutſche unmittelbar vor ſeinen Toren abſtieß, wucherte in der Welt die Legende von der alldeutſchen Eroberungsgier, wurde jedes Zeichen von Treue gegen die Heimat als Vorbereitung zur Machterweiterung des Reiches gedeutet, bekam jede Arbeit für das Deutſchtum im Auslande einen Anſtrich von heimlichem Imperialismus, auch wenn ſie in den ehrlichſten, rein kulturellen Formen geſchah, nicht im mindeſten etwa mit der Arbeit der „Alliance Français" zu vergleichen war. Verbeſſert wurde dieſer Zuſtand freilich nicht durch die Torheiten und Taktloſigkeiten radikaler Redner und Schreiber, die, ohne irgend welche wirkliche Verantwortung zu tragen, die Gebärden von Imperialiſten annahmen, wo nichts zur Frage ſtand, als ein klares und unbeſtreitbares Volksrecht, und die andererſeits dort auf Rechten beſtanden, wo es ſich wirklich nicht um Forderungen des ganzen Volkes handeln konnte.

Das falſche Syſtem iſt zuſammengebrochen, jeder leiſeſte Verdacht von Imperialismus über die Kräfte hinaus iſt von einem geſchwächten und um ſein Leben ringenden deutſchen Volke genommen. Selbſt der Boden des Reiches iſt nicht unbeſtritten, unbeſtritten bleibt nur noch das Recht des Volkes auf eigenes Leben, dieſes urſprünglichſte und eigenſte Recht, das nur durch Verbrechen, nicht aber mehr durch den geſchichtlichen Kampf um die Macht zerſtört werden kann. Die alten Gedanken vom Volksſtaat leben wieder auf, vom Staat, an deſſen Leitung nicht nur alle Schichten des Volkes beteiligt ſind, ſondern der auch alle Angehörigen des Volkes umfaßt, vom Staat, der der Vertreter ſeines Volkes vor der Welt iſt. Jetzt, nachdem die Belaſtung der deutſchen Reichspolitik mit anderen fremden und der Welt ſchlecht verſtändlichen Zielen geſchwunden iſt, hat ſie doppelt die Pflicht, ſich für dieſes eine klare und unbeſtreitbare Ziel einzuſetzen: für das *Selbſtbeſtimmungsrecht des deutſchen Volkes*.

Da ſtellt ſich denn heraus, daß keines Volkes Selbſtbeſtimmungsrecht ſo ſchwer zu verteidigen iſt, wie das des deutſchen. Während alle anderen Völkerſchaften, von den kleinen Völkern des Oſtens und Südoſtens abgeſehen, klar umriſſene Siedlungsgebiete und Grenzen zur Verfügung haben, wohnen die Deutſchen, die ſeit Jahrhunderten als Koloniſatoren den Oſten und Südoſten für das geſchichtliche Leben reif gemacht haben, in unzähligen Sprachinſeln zwiſchen fremden Völkern zerſtreut, die ganze Oſtgrenze des Deutſchtums iſt durchbrochen und zerſtückelt. Und es erweiſt ſich, daß das Volk, das in dem Ruf eines unerſättlichen Imperialismus ſtand, als Volk die meiſten unfreien und in ihrem Kulturleben beſchränkten Angehörigen zählte unter allen europäiſchen Kulturvölkern. Die Aufgabe, all die Deutſchen außerhalb des Reiches in Verbindung mit dem Geſamtdeutſchtum zu halten und ihnen ein Leben in ihren eigenen Kulturformen, Pflege ihrer Sprache, Erhaltung ihrer Schulen, Volksbildungs-Einrichtungen uſw. zu ſichern, geht weit über die Kräfte einzelner Vereinigungen, wie etwa des „Vereins für das Deutſchtum im Ausland", der älteſten und volkstümlichſten, hinaus. Mußte man vordem unterſcheiden zwiſchen Aufgaben, die der Staat hatte und ſolchen, die der privaten Initiative überlaſſen waren, war es z. B. dem Staate unmöglich, für die Deutſchen im „verbündeten" Öſterreich einzutreten, ſo fällt jetzt jene Scheidung weg. Ein Staat, deſſen Unternehmungen von jedem Verdachte des Imperialismus frei ſein müſſen, hat deſto mehr die Pflicht und das Recht, für die Volksangehörigen und für kulturelles Leben zu ſorgen. Die bisherigen Reichsbehörden bieten nirgend die Möglichkeit einer ausreichend ſachlichen Behandlung der hierher gehörigen Fragen. Das Auswärtige Amt wird immer durch andere Aufgaben abgelenkt ſein, auch wenn es etwa jene vollſtändige Erneuerung an Perſönlichkeiten und Methoden erfahren ſollte, die ihm ſchon ſo lange nottut. Einzelne Zweige, wie die Fürſorge für die Rückwanderer und Auswanderer, waren dem Reichsamt des Innern und anderen Stellen angegliedert, ſie können aber nicht ohne Fühlung mit Behörden, welche die Bildungs- und Erziehungsarbeit leiten, arbeiten. Wir brauchen eine Stelle, an der die Fürſorge für die Auslandsdeutſchen vereinigt und ſachgemäß beſorgt wird: *ein Reichsamt für das Auslandsdeutſchtum.* Es hätte nicht nur die unendlich mannigfaltigen Zuſtände und Verhältniſſe, in denen die Auslandsdeutſchen leben, zu erforſchen, es hätte vor allem für Schulen, Fürſorgeanſtalten, Jugendpflegeeinrichtungen, Volksbildungsvereinigungen, Büchereien, Vortragsweſen, Krankenhäuſer, Volksheime bei den Auslandsdeutſchen zu ſorgen. Dieſer Kulturarbeit wäre jeder Schein des Politiſchen zu nehmen, ſie hätte im vollen Lichte der internationalen Öffentlichkeit vor ſich zu gehen — wenn dieſe den Hoffnungen entſpricht, die von den Verfechtern des Völkerbundes auf der feindlichen wie auf unſerer Seite erweckt worden ſind. Denn dieſe neue Völkergerechtigkeit muß an erſter Stelle die Rechte eines jeden auf Pflege ſeiner Mutterſprache und ſeiner Volkskultur feſtſetzen und gerade den in fremden Völkern Eingeſprengten dieſe Rechte doppelt ſichern. Gerade die Anwendung des Selbſtbeſtimmungsrechts auf die vielen kleinen Völker des Oſtens, die Neuordnung Europas, wie ſie vom Verbande angeſtrebt wird, wenn ſie überhaupt Dauer erlangen und einen Krieg aller gegen alle verhüten kann, wird zahlreichen deutſchen Enklaven das politiſche Selbſtbeſtimmungsrecht nehmen. Deſto mehr muß ihr kulturelles durch Einrichtungen jeder Art, nötigenfalls auch durch die Möglichkeit der Rückwanderung geſichert werden. Soll der Völkerbund nicht, wie die eben erſt von Wilſon erzogenen und ſchon ſeiner Schule entlaufenen Tſchechen behaupten, eine ſchöne Phraſe ſein, ſo muß er neben der politiſchen Selbſtändigkeit größerer, zuſammenhängend wohnender Volksgemeinſchaften die kulturelle Autonomie der Verſprengten und gerade dem deutſchen Volke die Möglichkeit des Zuſammenhanges mit ſeinen Genoſſen in der Fremde verbürgen.

England in Turkeſtan?

Von G. Buetz, Deſſau

Aus Petersburg kommt die Meldung, daß England anfängt ſich im reichſten Maße für Turkeſtan zu intereſſieren. In Taſchkent ſollen Verhandlungen mit den Vertretern der turkeſtaniſchen Regierung gepflogen werden. Wir haben allen Grund die Richtigkeit dieſer Nachricht nicht zu bezweifeln, denn Turkeſtan hat einen recht hohen Wert für England. Nicht die Baumwolle in Turkeſtan lockt die Engländer, Baumwolle hatte man genug in Indien, Baumwolle bringt ja Ägypten; Turkeſtan bedeutet für England nicht mehr und nicht weniger als eines der zwei ruſſiſchen Ausfallstore nach Indien. Sie zu ſchließen iſt die Aufgabe, welche England reſtlos erfüllen möchte, iſt England doch ſtets großzügig genug, in ſeinen Handlungen möglichſt auf zwei Generationen vorzuſorgen. Das Programm des Weltkrieges iſt für England neben einigen anderen Kleinigkeiten den Landweg nach Indien endgültig ſicher zu ſtellen. Dieſem Programm war das alte zariſtiſche Rußland durchaus nicht geneigt. Man erinnert ſich wohl, daß, als Caprivi Bismarck folgte, die Annäherungspolitik dieſes zweiten deutſchen Reichskanzlers an England auf der Tatſache der engliſch-ruſſiſchen Spannung beruhte. Rußland zeigte unzweideutig ſeine Abſicht, ſich nach dem perſiſchen Golfe hin einerſeits und nach Afghaniſtan andererſeits auszudehnen. In dieſem Streben mußte England eine ſchwere Gefährdung Indiens erblicken. Wiederholt haben die engliſch-ruſſiſchen Reibungen in Perſien und Afghaniſtan bis zu einer drohenden Kriegsgefahr zwiſchen beiden Ländern geführt. Wenn man 1907 die engliſch-ruſſiſche Verſtändigung über Perſien, Afghaniſtan und Tibet einging, ſo zeigt das nur, wie ſchwer die Konflikte waren, die hier beſtanden. Sie mußten zu einem Teile erſt aus der Welt geſchafft werden, um das große Ententebündnis zu ermöglichen. Rußland war damals geneigt, England entgegen zu kommen, weil man der Anſicht war, auf dieſe Weiſe Konſtantinopel gewinnen zu können. Im Beſitze Konſtantinopels und damit — was für Großrußland ſtillſchweigend ſicher ſtand, auch des Hauptteiles von Kleinaſien, — glaubte man ſich kräftig genug, trotz des Vertrages von 1907 ſeine Pläne weiterzuführen, hatte man ſich doch ohnehin durch das Abkommen ruſſiſcherſeits nicht eben in ſeinen Plänen weiter ſtören laſſen. Die ſtrategiſchen Bahnen gegen Perſien wurden von Petersburg genau ſo fortgeführt, wie jene in Turkeſtan nach Afghaniſtan zu.

Es iſt England ſicherlich nicht leicht geworden, den ruſſiſchen Verbündeten wanken zu ſehen, als aber Großrußland ſich durch einen Friedensſchluß im letzten Augenblick zu retten ſuchte, hat England ſeinen kühnſten und glücklichſten Schachzug getan: es ſtieß nach dem, was fallen wollte! Wenn Rußland nicht mehr bereit war oder bereit ſein konnte, England zu helfen, konnte ein zerſchmettertes Rußland nur ein Glücksumſtand für England ſein. Man muß bedenken: Großbritannien hat den Vernichtungskrieg gegen Deutſchland zu einem Hauptteile darum geführt, weil die Bagdadbahn, die deutſchen Pläne, die Türkei in Syrien und Arabien erneut zu feſtigen, in England als eine Gefahr für Indien erkannt wurde. Wie viel mehr hatte man Rußland da zu fürchten! Rußland, deſſen Kräfte ſo bei weitem jene Deutſchlands überſtiegen, Rußland, deſſen Grenzen an den von England umworbenen Gebieten mündeten. Nichts kann England heute lieber ſein, als ein zerſchmettertes Rußland, nichts wird England rühriger betreiben, als Rußland in Ohnmacht zu halten, auch wenn es jetzt den Bolſchewismus niederwerfen will. Nie wird England ehrlich Rußlands Erſtarken, Rußlands Neugeſundung fördern. Was hätte ein ehrlicher engliſcher Makler ſonſt in Turkeſtan zu ſuchen?

Als Rußland unter General Kaufmann ſeine Unterjochung Chivas und Bucharas begann, als man Ferghana einverleibte, begann man in England mit allen Mitteln Afghaniſtan unter britiſche Kontrolle zu bringen. Afghaniſtan iſt ein wunder Punkt Englands in ſeiner Indien-Politik. Nachdem man 1824, 1839—42, 1878—80 vergeblich verſucht hatte, in Feldzügen Afghaniſtan zu unterwerfen, mußte man ſich bereit finden, das kriegeriſche und wilde Volk durch diplomatiſche Mittel zu unterjochen. Da Afghaniſtan keine Fremden in das Land hineinließ, war die Aufgabe außerordentlich ſchwer. Die Schwierigkeiten wurden teilweiſe unüberwindlich, weil Rußland, nachdem es Herr von afghaniſch Turkeſtan geworden, mit Gewalt und Lockungen einen Einfluß in Afghaniſtan zu erzwingen ſuchte. Da den klugen Afghanen das nahe und mächtige Rußland ſtärker erſchien als das ſeines indiſchen Beſitzes nie ganz ſichere ferne England, hielt man bei aller Zurückhaltung England von zwei Übeln für das kleinere. Man nahm von England die notwendigen Subſidien und bahnte mit britiſcher Hilfe die Reorganiſation des Heeres an. Die mit Englands Hilfe zur Macht gelangten Emire zogen es aber ſtets vor, das Maß ihrer Abhängigkeit durch heimlich betriebene Aufſtände gegen Englands indiſche Grenzen weiſe einzuſchränken. England war ſich keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß es ohne kriegeriſche Entſcheidung eine Machtſtellung in Afghaniſtan nicht erreichen konnte, da Rußland aber eine Unterwerfung des Gebietes durch England nie zugegeben hätte, hieß die Entſcheidung, welche herbeizuführen war, nicht eine ſolche gegen Afghaniſtan, ſondern — gegen Rußland. Beide Staaten haben auf dieſen Austrag hin gerüſtet. England legte an der Südgrenze ſeine ſtärkſte Militärſtation, Quetta, an, es verband Quetta mit den leiſtungskräftigſten Militärbahnen Indiens und ſammelte in Quetta Eiſenbahnmaterial zu Bahnbauten nach der Afghaniſchen Grenze. Es baute eine Militärbahn am Khyberpaß, führte ſie nach der afghaniſchen Oſtgrenze und verband ſie mit dem Schienenweg nach Kalkutta. Rußland ſeinerſeits antwortete mit dem Bau von Feſtungen in Turkeſtan, mit einem Anſchluß der turkeſtaniſchen Linien an die ſibiriſche Bahn und an die kaſpiſchen Linien. Es hatte feſte Militärſtationen in Afghaniſch-Turkeſtan.

Heute will England nun für alle Zukunft den ruſſiſchen gefährlichen Nachbar aus Turkeſtan drängen. Einerſeits iſt ein ſchwaches von der afghaniſchen Grenze abgedrängtes Rußland keine Gefahr mehr für England, andererſeits iſt Afghaniſtan, im Norden und Süden von England erfaßt, ſo zu bearbeiten, daß man dem engliſchen Machthaber über kurz oder lang ausgeliefert iſt. England hat ſchon vor dem Kriege die Abſicht gehabt, einen britiſchen Vizeregenten in Afghaniſtan neben der Scheingeſtalt eines Emir einzuſetzen.

Nun würde Rußland nicht nur durch den Verluſt Turkeſtans England als Grenznachbar bekommen, es würde nicht nur für eine ſeiner hauptſächlichſten Induſtrien ſeinen Rohſtoff verlieren, wir müſſen uns auch vollkommen klar machen, daß mit Turkeſtan aſiatiſch Rußland *vom Süden her geöffnet wird*. Von Kokant über Taſchkant geht die Militärbahn nach Orenburg, alſo an die Linie der ſibiriſchen Bahn Omsk—Moskau. Von Kokant über Buchara gehen die Linien zum Kaſpiſchen Meere hinüber nach Tiflis und Aſow. Welch eine Lage für Rußland, welche eine ſchwere und ſtändige Bedrohung! Man wohnt in einem Hauſe ohne Tür.

Wie gut der Plan! Im Süden legt England in Turkeſtan die Breſche, im Oſten öffnet Japan nach Sibirien, das Tor, im Norden bei Kola liegen England und Amerika auf der Lauer, — und dann tritt die Entente für den Wiederaufbau, für die Staats- und Machtreorganiſation Rußlands ein! Wie ſelbſtlos und zielſicher iſt die Weiſe, in der man Rußland helfen will! Ein Großrußland, das noch nicht vernichtet iſt, wird es auf dieſe Art wenigſtens ſicher.

Die deutſche Volkshochſchule und die Wirklichkeiten des Lebens

Von Pfarrer Dr. Georg Koch-Langd (Oberheſſen)

Man mag Fichtes „Reden an die deutſche Nation" als Gelehrter noch ſo kritiſch betrachten, geſchichtlich angeſehen bleiben ſie uns ein koſtbares Erbe, in ihrer ſtarken Wirkung auf die Zeitgenoſſen ein hehres Sinnbild der Gewalt des Geiſtes in der Völkergeſchichte. Geiſt iſt wirkſame Kraft, machtvoll eingreifend in das Getriebe mechaniſchen Geſchehens. Es war die Not, die damals beten, nach unſichtbaren Tiefen ſchauen und greifen gelehrt hatte. So iſt es kein Zufall, wenn auch heute in der Not des Weltkrieges wieder ein ſtarkes Verlangen nach Entbindung geiſtiger Kraft durchs Volk geht, und wenn auch wir ſolche Kraft erwarten von vertiefter Menſchenbildung, von einer neuen Erziehung, die das Volk als Ganzes ergreift und den in ihm ruhenden Keimen geiſtigen und ſittlichen Wachstums zur Entfaltung verhilft. Wie Fichte nach der deutſchen Volksſchule, ſo ſchauen wir aus nach einer deutſchen Volkshochſchule, wie er auf Peſtalozzi, den warmherzigen ſchweizer Kinderfreund, ſo blicken wir auf deſſen großes Gegenbild im Norden unſeres Vaterlandes, den Dänen Grundtvig, den begeiſterten Freund und Erwecker mannbarer Jugend.

1. Aber enthält der Plan einer deutſchen Volkshochſchule wirklich etwas ſo Neues, daß er es wagen darf, neben Fichtes hohe Entwürfe zu treten? Wurde nicht ſchon lange vor unſeren Tagen auch bei uns freie Volksbildungsarbeit getrieben, und wertvollſte Arbeit von berufenen Kräften? Nur Unkenntnis wird die großen Verdienſte der bisherigen Volksbildungsbeſtrebungen gering achten. Iſt doch größtenteils auf ihrem Boden auch der neue Volkshochſchulgedanke erwachſen, der jetzt mit einem Male wie durch geheime Verabredung in ſo vielen Geiſtern zugleich eine Gewalt geworden iſt. Aber was iſt das Neue in dieſem Gedanken? — Es wird ſich uns erſchließen durch die Beobachtung, daß die deutſche Volksbildung alter Art im weſentlichen ein Kind der Aufklärung war, philoſophiſcher im 18. und naturwiſſenſchaftlicher im 19. Jahrhundert. Aufklärung will Fortſchritt über das Alte, das Beſtehende hinaus. So mußte es das Beſtreben auch jener Volksbildung ſein, grundſätzlich Neues an die Vorſtellungswelt des ungelehrten Menſchen heranzubringen, ſeinen Geſichtskreis, ſoweit irgend tunlich, zu erweitern. Man hat von anderer Seite oft genug auf die Gefahr hingewieſen, der ſolche Bildungsarbeit leicht erliegt. Der neue Bildungsſtoff droht ſich an die alte Vorſtellungswelt anorganiſch gleich einem Balggeſchwulſt anzuſetzen und mit ſeinem Gewicht den geiſtigen Organismus unnatürlich zu verſchieben. Wir reden dann von „Halbbildung", der mit Recht gefürchteten. Und ſo war es doch wohl nicht immer geiſtige Trägheit oder gar Bildungsfeindſchaft, ſondern

vielfach ein geſundes, tiefer gegründetes Empfinden, das weite Kreiſe, beſonders auf dem Lande, die Bemühungen der herkömmlichen freien Volksbildungsarbeit mit vorſichtiger Zurückhaltung oder gar ausgeſprochenem Mißtrauen betrachten ließ. Man witterte das Anorganiſche.

An die Stelle ſolch einſeitig fortſchrittlichen Verfahrens, das Wort natürlich nicht politiſch, ſondern rein pſychologiſch verſtanden, ſetzt die Volkshochſchule eine grundſätzlich konſervative Methode. Sie erweiſt ihre Herkunft aus einem Zeitalter vertieften geſchichtlichen Sinnes darin, daß ſie klarer in der Volksſeele die überaus reichen und tiefen Bildungsgrundlagen ſieht, an denen die Jahrhunderte und Jahrtauſende gearbeitet haben, und die dem ſehenden Auge wundervoll ſich offenbaren in den meiſt unbewußten Kräften des Volkstums, in Sprache, Sitte und Brauch, in Volkslied und Volksglaube, in Überlieferung und Sage, in geſellſchaftlichen Anſchauungen und eingewurzeltem Rechtsgefühl. Dieſes uralte geiſtige Erbgut iſt, nicht bloß im Bauerndorfe, unendlich reicher als die neben ihm kümmerliche Zutat aller in einem kurzen Menſchenleben möglichen Neubelehrung. Aber es iſt ein Schatz, der größtenteils noch in den dunkeln Kellern des Unbewußten ruht, der ungehoben und ungemünzt ſeine volle Kraft noch nicht zu entfalten vermochte. Daß verborgenes Erbgut zu hellem Tagesbeſitz und leuchtendem Bildungsgut werde, gilt es, das Unbewußte ins Bewußtſein erheben, den gereifteren Menſchen erſt einmal ſchauen lehren, was Urmutter Geſchichte als Familiengeſchichte, Heimatgeſchichte, Volksgeſchichte, Menſchheitsgeſchichte in ihn gelegt hat. Erſte Forderung tieferer Menſchenbildung darf nicht wahlloſes Vermehren ſein, ſondern planvolles Klären des Vorhandenen, Verdeutlichen der geſchichtlichen Kräfte, die das Leben auch des einfachen Menſchen geſtalten, der mannigfaltigen Zuſammenhänge, in die es ihn geſtellt hat, des koſtbaren Geiſteserbes, das vergangene Zeiten über ſeine Väter her in ihn geſenkt haben und das hier nur der Stunde ſeiner Entdeckung harrt. Nicht Syntheſe, ſondern Analyſe iſt das mathematiſche Gleichnis ſolcher Volksbildung. Was ſie erſtrebt, iſt Selbſterkenntnis unſerer volkstümlichen Kultur, iſt Innenſchau. Aus Innenſchau und Innerlichkeit hat ja deutſche Bildung noch immer ihre tiefſten Schätze gehoben. Eine ſo in ihren Grundlagen analytiſche, konſervative Bildungsarbeit wird dabei den Geſichtskreis nicht weniger erweitern als jene einſeitig ſynthetiſche, naiv fortſchrittliche. Aber die neuen Vorſtellungen werden möglichſt reſtlos einem geſchloſſenen Bildungsziele dienen und organiſch ſich verknüpfen mit Vorhandenem, die neuen Zellen nicht zum Anhängſel zuſammenſchießen, ſondern den Organismus zu geſundem Wachstum durchdringen und beleben. So nimmt die Volkshochſchule alle jene bildungskonſervativen Beſtrebungen, die ſich ſeit einem Menſchenalter um „Heimatpflege“, „Volkskunde“ und verwandte Loſungen ſammeln, nicht nur mit hinein in ihre Entwürfe, ſondern zum methodiſchen Ausgangspunkt ihrer ganzen Arbeit. An ihrer Wiege ſteht der Geiſt des alten Wilhelm Heinrich Riehl mit ſeinem tiefen und feinen Sinn für die geſchichtlich gewordenen Wirklichkeiten des Volkslebens. — Bei ſolcher geſchichtlichen Einſtellung der Volkshochſchularbeit braucht uns vor den Abwegen altertümelnder Spielerei oder rückwärtsgewandter, doch wieder wirklichkeitsfremder Romantik ſo lange nicht bange zu ſein, als nur das Ziel feſtſteht, daß alle Verſenkung in die Vergangenheit zuletzt lediglich dem Verſtändnis lebendiger Gegenwart zu dienen berufen iſt. Solche Beziehung zwiſchen einſt und jetzt aber wird in einer Schule, die ihre Schüler mitten aus dem tätigen Leben nimmt, ganz von ſelbſt ſchon viel ſtraffer ſich geſtalten als in jeder Unterweiſung von Kindern oder auch im akademiſchen Unterricht.

2. Von hier aus ergibt ſich nun eine zweite Abgrenzung der neuen Volkshochſchule gegen die Volksbildung alten Stils. Der naive Fortſchrittsgedanke der Aufklärung iſt geneigt, den Hebel geiſtiger Entwicklung einſeitig in der Erkenntnis zu ſuchen und die ſelbſtändige Bedeutung von Gefühl und Willen zu verkennen. Das brachte in die Volksbildungsarbeit jenen profeſſoralen Zug, der ſie lange Zeit nicht recht volkstümlich werden ließ. Erſt als man unter dem Einfluß neuerer Kunſterziehungsgedanken und verwandter Strebungen mit Volkskunſtabenden und ähnlichen Veranſtaltungen den Bedürfniſſen des „Gemütes" mehr entgegenkommen lernte, als man gelegentlich gar ſich nicht ſcheute, in Volkslied und Volksfeſt nach Wandervogelweiſe den Geiſt einer neuen Romantik zu Hilfe zu rufen, kündete ſich ein Aufſchwung an. So ließ der Volksbildner ſich vom einfachen Mann ſelbſt darüber belehren, daß es nicht nur Verſtand, ſondern auch „Seele" war, was in ihm nach Förderung und Pflege verlangte. Hatten doch die Begründer der däniſchen Volkshochſchule ſchon lange die Entdeckung gemacht, daß zur Aufnahme ernſterer Belehrung nur der ſeeliſch aufgeweckte, der „begeiſterte" Menſch fähig war, daß alſo nicht Belehrung, ſondern gefühls- und willensmäßige „Belebung" in jeder tiefer dringenden Bildungsarbeit das erſte ſein mußte. So hat ſich die deutſche Volksbildungsarbeit etwa der letzten zwei Jahrzehnte ſuchend und taſtend einer Erkenntnis genähert, die heute in der Idee einer deutſchen Volkshochſchule in derſelben Klarheit vor uns ſteht, mit der ſie vor zwei Menſchenaltern den Vätern der nordiſchen Volkshochſchule aufleuchtete. An dem Erbgut der Jahrtauſende, das dieſe Schule ihrem Zögling ins Bewußtſein heben will, haben ja ſichtbar genug alle Seelenkräfte des Menſchenweſens gearbeitet, nicht bloß nüchterner Verſtand. Was in einer ſtürmiſch bewegten Menſchheitsgeſchichte nicht Wagnerſche Verſtändigkeit, ſondern fauſtiſcher Drang an Bildungsgut hat erſtehen laſſen, ſpottet der Einengung in populär-wiſſenſchaftliche Aufklärung und Belehrung. Mit der klaren Erkenntnis des geſchichtlichen, kulturkonſervativen Ausgangspunktes tieferer Volksbildung hat ſo der neue

Volkshochſchulgedanke die Entwicklungsſtufe einer einſeitigen Wiſſens- und Verſtandespflege endgültig überwunden. Nicht Gelehrte oder Halbgelehrte will die Volkshochſchule ins Leben ſchicken, ſondern verinnerlichte, in ihrem Denken, Fühlen und Wollen zugleich vertiefte Menſchen, junge Männer und Frauen, deren Augen leuchten können wie in neuer Erkenntnis ſo in tatfroher Begeiſterung, deren Lippen zu reden vermögen in ſchlichter Klarheit und zu ſchweigen in ſtiller Ehrfurcht. Auch in ſolchem Umſpannen aller geiſtigen und ſeeliſchen Kräfte und Eindringen bis in ihre innerſte Verwurzelung auf dem Grunde der Perſönlichkeit offenbart die neue Volkshochſchule ihren vertieften Wirklichkeitsſinn.

Damit enthüllt ſich uns nun auch die entſcheidende Bedeutung, die *Grundtvig* im Unterricht der Volkshochſchule dem „*lebendigen Wort*“ beimißt. Je mehr eine harmoniſche Bildung nicht einſeitig vom Verſtand, ſondern von allen Geiſtes- und Seelenkräften zugleich aufgenommen ſein will, um ſo weniger wird die Volkshochſchule auskommen mit der akademiſchen Vorleſung oder einem ſchulmäßigen Lehrverfahren in Frage und Antwort, um ſo dringender fordert ſie die freie, zu Herzen gehende, weckende und zündende Rede. So iſt denn auch nach dem Dänen M. *Pontoppidan* („Süddeutſche Monatshefte“, Januar 1916), auf die Lehrart geſehen, „die däniſche Volkshochſchulbewegung nicht als eine Erweiterung der Univerſität, ſondern eher als eine Erweiterung der Kirche entſtanden . . . Die Art zu belehren und zu beleben, die im Laufe der Zeit durch die Männer der Kirche entwickelt wurde, kam durch den Unterricht in den Hochſchulen auf weiteren Gebieten in Gebrauch.“ Auf dem Katheder der däniſchen Volkshochſchule hat ſich ſo im Laufe zweier Menſchenalter eine beſondere und eigenartige Sprache herausgebildet. „Dieſe Männer“, ſagt *Hollmann*, wohl der beſte deutſche Kenner der Verhältniſſe, „ſprechen ohne Ekſtaſe, ohne allen Schwulſt oratoriſcher Ornamentik, aber es geht durch den Vortrag ein tiefer Unterſtrom von Gefühl, der zu Herzen dringt und die Aufmerkſamkeit gefangen hält.“ Als tauglich zum Lehrer an der Volkshochſchule gilt nur, wer mit den anderen perſönlichen Vorausſetzungen, zu denen ſelbſtverſtändlich gründliche Sachkenntnis gehört, dieſe Gabe des „lebendigen Wortes“ vereinigt. Das mahnt auch uns Deutſche bei Gründungen zu peinlicher *Sorgfalt in der Auswahl der Lehrkräfte*. Nichts könnte der großen Sache empfindlicher ſchaden, als Maſſengründungen und hohe Zahlen, hinter denen nicht überall kraftvolle perſönliche Wirklichkeit ſtände. Wie eine rechte Volkshochſchule ihre Grundmauern tief hineinſenkt in die geſchichtlichen Wirklichkeiten des Volkslebens, ſo darf ihr Aufbau einzig ſich formen aus der gediegenen Wirklichkeit perſönlicher Eignung und Leiſtung, ſelbſt auf die Gefahr hin, daß über hohen Anſprüchen das ganze Werk zunächſt nur langſam wachſen ſollte. Von heute auf morgen baut man Wellblechbaracken, aber keine gotiſchen Dome.

3. Aufklärung zerſetzt, löſt Gemeinſchaft auf. Das war ja eine ihrer großen geſchichtlichen Aufgaben, erſtarrte Bindungen zu löſen, Zünfte und Abhängigkeiten zu zerſchlagen. Aber die freien Elemente ſuchten neue, lebendige Bindung, und der in der Menſchennatur nun einmal unausrottbare ſoziale Trieb iſt in unſeren Tagen daran, ein neues, noch reicheres Einigungsweſen zur Entfaltung zu bringen. Dabei aber gewinnt neben dem bloßen Zweckverband zunehmende Bedeutung ein Zuſammenſchluß ſo perſönlicher Art, daß wir uns, kaum zufällig, wohl an die „Bruderſchaft" des Mittelalters erinnert fühlen mögen.

Die Volksbildung alter Art verrät ihre Abkunft vom Zeitalter der Aufklärung auch in ihrem *individualiſtiſchen Gepräge*. Sie hat ſich im weſentlichen damit begnügt, den einzelnen mit Buch und Zeitſchrift zu verſehen oder für eine lehrreiche Stunde in den Vortragsſaal einzuladen. Anders die neue Volkshochſchule, die ihren tiefen Zuſammenhang mit innerſten Strebungen der Volksgegenwart auch in der Wertung *gemeinſamen Lebens* offenbart. Wo irgend die äußeren Verhältniſſe es zulaſſen, ſollen Lehrende und Lernende mindeſtens für einen vollen Winter zu enger Lebensgemeinſchaft zuſammengeſchloſſen werden. Es liegt auf der Hand, wie in ſolchem Schulheim nicht nur die Perſönlichkeit des Leiters, zumal des verheirateten, in ganz beſonderem Maße ſich auswirken, ſondern auch die Gemeinſchaft ſelbſt zu einer bedeutſamen Macht der Erziehung und Bildung ſich entwickeln wird. Um nur eines herauszuheben: welch ſchöner Geiſt *ſozialer Verſtändigung* kann aus ſolchem Zuſammenleben und -ſtreben Angehöriger der verſchiedenſten Volksſchichten und Berufe erwachſen! Welche einzigartige Gelegenheit gerade für Glieder gehobener Stände, beſonders für angehende Volkserzieher aller Art, für Lehrer jeder Gattung und Pfarrer, für Richter und Verwaltungsbeamte, für Offiziere, Schriftſteller und Künſtler, durch nächſte und dauernde perſönliche Berührung mit dem einfachen Manne die Volksſeele an der Quelle kennen zu lernen und ſich tiefer durchdringen zu laſſen von dem ſozialen Brudergeiſt, der allein ihnen das innere Recht verleihen kann, als Führer dereinſt in ihrem Volke zu ſtehen. Der Verfaſſer dieſer Zeilen, der zur Zeit in der Front mitarbeitet an einer volkstümlichen „*Feldhochſchule*" mit ſolch enger Lebensgemeinſchaft der Teilnehmer vom Offizier bis zum Gemeinen, vom Akademiker bis zum Bauernſohn und Fabrikarbeiter, könnte viel davon erzählen, wie hier gerade der Geiſt ſozialer Verſöhnung und Kameradſchaft ſich mächtig erwies, Menſchen innerlich zu erfaſſen und über ſich ſelbſt hinauszuheben in gemeinſamem geiſtigen und ſittlichen Streben. Mit ihrem gemeinſamen Leben rührt die Volkshochſchule in ganz anderem Maße als die alte Volksbildung an wirkliche Bedürfniſſe und Kräfte, ſetzt ſie den Hebel an im Herzpunkt gerade des heutigen Volkslebens.

Wir dürfen überhaupt nicht vergeſſen, daß die Begründer der erſten, der däniſchen Volkshochſchule letzten Endes ja nicht eine Schule für den „gemeinen Mann" im Auge hatten, ſondern eine einheitliche nationale Bildungsſtätte im weiteſten Sinne. In der „erweiterten Volkshochſchule" zu Askov iſt eine ſolche in der Verwirklichung begriffen, und es wird nach Hollmann „immer häufiger, daß auch Angehörige der höheren Berufe, Akademiker, Beamte, Offiziere, den Weg nach Askov ſuchen, um hier das zu finden, was ihnen in der fachlichen Ausbildung vorenthalten blieb, eine völkiſche Allgemeinbildung". Auch in Deutſchland wäre ein Askov ſehr wohl denkbar, auch bei uns erweiſt ſich die innere Gemeinſchaft zwiſchen den Volksſchichten bei geiſtiger Regſamkeit auf allen Seiten jetzt ſchon weit größer, als unſere Oberſchicht heute noch im allgemeinen anzunehmen geneigt iſt. Und ſo mag denn auch eine deutſche Volkshochſchule noch einmal, wenn auch nur ein Stück der nationalen Einheitsbildung verwirklichen helfen, an der in Dänemark bereits mit offenkundigem Erfolg gearbeitet wird. Nur ein flüchtiger Ausblick kann das ſein in mögliche Zukunft. Er ſoll uns gewiß nicht den klaren Blick trüben für die ſo viel beſcheidenere Aufgabe nächſter Gegenwart, wohl aber darf er uns einmal für einen kurzen Augenblick mit dem ſtolzen Bewußtſein erfüllen, daß es ſich auch in der deutſchen Volkshochſchule nicht um eine Winkelſache handelt, ſondern um ein Werk von vielleicht weittragender Bedeutung für die Zukunft deutſcher Bildung überhaupt.

4. Aber verlangt denn unſer Volk überhaupt nach der tieferen Bildung, die ihm hier angeboten wird? Will es überhaupt eine ſolche Schule ohne alle Prüfungen, Berechtigungen und Verſorgungsſcheine, ohne fachliche Weiterbildung oder ſonſt greifbare wirtſchaftliche und ſoziale Förderung, eine Schule für Erwachſene mit rein idealen, innerlichen Zielen? Werden nicht doch nur wenige geneigt ſein, ihrem Bildungsverlangen alle die Opfer an Zeit und Geld zu bringen, ohne die es doch einmal nicht gehen wird ?

Ich verſage mir den ausführlicheren Hinweis auf Dänemark, in dem nach etwa 70jährigem Beſtehen der Volkshochſchule etwa jeder dritte junge Mann und jedes vierte junge Mädchen vom Lande dieſe dort hochangeſehene Anſtalt beſucht. Wir verkennen nicht, daß in Deutſchland die Dinge in mancher Hinſicht anders liegen. Hier mag uns lieber ein Wort Lagardes den Weg weiſen: „Die Nation beſteht nicht aus der Maſſe, ſondern aus der Ariſtokratie des Geiſtes." Ariſtokraten des Geiſtes aber gibt es in den unteren Volksſchichten wie in den oberen. Ihnen zunächſt, die ihrem Stande, ihrer Schicht einmal Führer zu werden beſtimmt ſind, möchte die deutſche Volkshochſchule ihre Tore auftun. Sie ſind das Volk, denn ſie ſind es, die die Maſſe geiſtig formen. Iſt es nicht eine immer wiederkehrende Beobachtung, daß drei bis vier geiſtig höherſtehende, in gleicher Richtung ſtrebende Männer einem ganzen Dorf ſein Gepräge verleihen können? Die deutſche Volkshochſchule gründet ſich auf jenen echt ariſtokratiſchen

Führergedanken, der gerade in unſeren Tagen ſteigende Bedeutung zu gewinnen ſcheint, und dem zum mindeſten niemand die Anerkennung verſagen wird, daß er tieferem Einblick in die Wirklichkeiten menſchlichen Gemeinſchaftslebens entſpringt als die Schlagworte naiv maſſendemokratiſcher Gewöhnung. Echt ariſtokratiſche mit echt demokratiſcher Betrachtung zu höherer Einheit verbindend, möchte die deutſche Volkshochſchule zunächſt den Beſten aus dem Volke eine Stätte geiſtiger und perſönlicher Klärung und Vertiefung bieten, von der ſie, zur Führerſchaft gründlicher ausgerüſtet, fröhlich zurückkehren in die alte Arbeit unter den Berufs- und Standesgenoſſen. Denn das muß ſtets zu den oberſten Ehrentiteln der deutſchen wie dort der däniſchen Volkshochſchule gehören, daß ſie ihrem Zögling den alten, ſchlichten Beruf nicht verleidet, ſondern ihn in ſeiner ſittlichen Größe verſtehen lehrt und damit erſt recht wert macht. So wird ſie, um nur dies eine zu berühren, nicht etwa das Bauerndorf weiter entvölkern helfen, ſondern weit eher dem alten Übel der Landflucht entgegenarbeiten, indem ſie auch dem Begabteſten die Möglichkeit und Anleitung gibt, ſein tieferes Bildungsverlangen in der ländlichen Heimat zu befriedigen. Jenem echten Bildungstrieb wird ſie entgegenkommen, der jüngſt aus der Frage eines wackeren rheinheſſiſchen Bauern ſprach: „Gibt es denn nirgends eine Schule, in der mein Sohn ſich weiter bilden und doch Bauer bleiben kann?" „Freie Bahn dem Tüchtigen", ja, aber nicht nur möglichſt bald aus dem Geleiſe zu ſpringen, ſondern auch dazu, um im alten guten Geleiſe weiterzukommen, um aus dem alten Berufe etwas zu machen, darin ebenſo gut wie in jedem anderen ein geiſtiges Leben ſich führen läßt. Schönſtes Ziel der Volkshochſchule wird es bleiben, ihren Zögling mit vertiefter Achtung vor der ſchlichten Wirklichkeit ſeines heimatlichen Berufes ins Leben zurückzuſenden.

5. Wenn die deutſche Volkshochſchule darin, daß ſie von einer unmittelbaren Einwirkung auf die Maſſen abſieht, zunächſt ein ariſtokratiſches Gepräge tragen wird, ſo darf ſie überzeugt ſein, gerade mit ſolcher Haltung einen um ſo tiefer gehenden Einfluß auch auf die breiten Volksſchichten auszuüben. Peinlich wird ſie ſich freilich hüten müſſen vor jeder Einwirkung im Sinne irgend welcher politiſchen Partei oder Richtung. Dazu muß ihr die Wahrheit, der ſie ſelbſtlos dienen will, zu heilig ſein, und die Menſchenſeele, die ſie nicht um dinglicher Zwecke, ſondern allein um ihrer ſelbſt willen zu bilden ſucht, ein zu koſtbares Gut. Nicht dazu iſt ſie berufen, Urteile zu züchten, die doch nur Vorurteile ſein können, ſondern zur Fähigkeit ſelbſtändigen Urteilens zu erziehen, vorerſt jene Ausleſe der Beſten, durch ihre Vermittlung aber dann auch die breite Maſſe. Solche Hebung der Urteilsfähigkeit in der Maſſe aber erweiſt ſich in einer Zeit wachſender Volksrechte deutlich genug zugleich als dringende Staatsnotwendigkeit. Dem Volke erweiterte Rechte am Staat einzuräumen, ohne gleichzeitig

auf ſeine tiefere Bildung bedacht zu ſein, hieße Volk und Staat zugleich verraten. So wurzeln die Ziele der Volkshochſchule tief in den Wirklichkeiten und Notwendigkeiten auch unſeres Staatslebens.

Es iſt in einer kurzen Betrachtung nicht entfernt möglich, die überaus vielſeitige Bedeutung unſeres Gegenſtandes auch nur annähernd zu umſchreiben. Wer ſich in der Frage der Volkshochſchule ein begründetes Urteil bilden will, wird nicht umhin können, das grundlegende Buch von A. H. Hollmann über „die däniſche Volkshochſchule" (Berlin, Parey 1909. 3 Mark) durchzuarbeiten. Hier kam es uns vorwiegend nur darauf an, an einzelnen Beobachtungen den Nachweis zu führen, wie der Volkshochſchulgedanke gegründet iſt in ehrfürchtiger Achtung vor den tieferen Wirklichkeiten des Lebens, des Seelen-, Volks- und Staatslebens, wie er klarerem Einblick in dieſe Wirklichkeiten ſeine Entſtehung verdankt als alles Bemühen, mit bloß mechaniſchen Mitteln unſeres Volkes Zukunft zu ſichern. Denn letzte Wirklichkeit auch des Volkslebens iſt und bleibt doch der lebendige Menſch mit allen ſeinen äußeren und inneren Kräften, wie er, in ſeinen edlen Anlagen entwickelt, hervorgeht aus der Hand des Erziehers. Es iſt dieſelbe Wirklichkeit, vor die jenes Wort Fichtes uns ſtellt: „Dasjenige Volk, welches bis in die unterſten Schichten hinein die tiefſte und vielſeitigſte Geiſtes- und Gemütsbildung beſitzt, wird zugleich das mächtigſte und glücklichſte ſein unter den Völkern ſeiner Zeit, unbeſiegbar für ſeine Nachbarn, beneidet von den Zeitgenoſſen und ein Vorbild der Nachahmung für ſie."

Notizen

Ein Weg zum ſozialen Frieden. Auf der Verſammlung der Berliner Soldatenräte, die in der erſten Dezemberhälfte d. J. ſtattfand, hat der Volksbeauftragte Barth Mitteilung von einer geplanten Verordnung gemacht, wonach jedem Arbeiterrat das Recht zuſtehen ſoll, in die Betriebsleitungen der einzelnen Induſtriebetriebe zwei Arbeiter zur Einſichtnahme in den Betrieb zu entſenden. Manchem Unternehmer wird dieſe „Beaufſichtigung" gewiß nicht willkommen ſein, aber bei vernünftiger Handhabung und feſter Umgrenzung der Rechte dieſer Arbeiterdelegierten kann ſich hier ein guter Weg zur Überbrückung des ſozialen Gegenſatzes zwiſchen Arbeitnehmer und Arbeitgeber öffnen. Beſſer als tauſend noch ſo wohl begründete theoretiſche Widerlegungen der Ausführbarkeit gewiſſer ſozialer Theorien wird dieſe praktiſche Mitarbeit dem Arbeiter zeigen, wo die Grenzen ſeiner Forderungen gegenüber den Verhältniſſen in der Wirklichkeit zu ziehen ſind. Hier iſt die Möglichkeit gegeben, ſich menſchlich kennen und verſtehen zu lernen, vielen Märchen über das „Drohnendaſein" oder die „Sklavenhalterallüren" der Unternehmer für immer das Waſſer abzugraben und den Arbeiter Verſtändnis gewinnen zu laſſen für die Bedeutung des Unternehmertums und ſeine Stelle im Wirtſchaftsleben des Volkes. Einſichtigen Unternehmern bietet ſich hier die Möglichkeit, einmal rückhaltlos den Arbeiter in die ungeheure Kompliziertheit eines großen Betriebes mit aller damit verbundenen Verantwortlichkeit einzuführen, ihm klar zu machen, daß auch der Unternehmer bei Gefahr des Unterganges beſtimmten wirtſchaftlichen Geſetzen nicht entgegenhandeln darf, daß auch er nicht nur „treibt", ſondern ebenſoſehr „getrieben" wird von Kräften, die außerhalb ſeines Machtbereiches liegen. Der Eintritt der Arbeiter in die Verwaltungsmaſchinerie hat hier nach anfänglicher Verachtung des „Intellektuellen" doch ſchnell zu der Erkenntnis geführt, daß der vielgehaßte Beamte nicht nur als „Schmarotzer" bezeichnet werden kann, daß die Bedeutung des intellektuellen Elementes ungeheuer iſt und daß die Ausſchaltung des „Bourgeois" nicht ohne eigene Schädigung erfolgen kann. Das beſte Mittel gegen wirtſchaftspolitiſche Ideologien iſt die harte Wirtſchaftspraxis mit ihrem Kampf ums Daſein! Darum komme man den Arbeiterdelegierten mit Verſtändnis und gutem Willen entgegen, man zeige ihnen rückhaltlos, wie viele Dinge in Wirklichkeit ausſehen gegenüber den ſchönfärberiſchen Darſtellungen in Reden und Flugblättern. Der deutſche Arbeiter iſt in ſeiner Mehrzahl ſo hoch gebildet, ſo ruhig und innerlich gerecht, daß der Unternehmer ſich furchtlos ſeiner Mitarbeit freuen darf, da nur durch Mit-Arbeiten, nicht durch Gegeneinander-Arbeiten die Möglichkeit zur Schlichtung des wirtſchaftlichen Chaos ſich bietet. Als aufmunterndes Beiſpiel kann hier die Entwickelung der Induſtrie-Kartellbildung dienen. Aus den urſprünglich einander totfeindlichen Unternehmern iſt hier in Erkenntnis der gemeinſamen Intereſſen ein Zuſammenarbeiten entſtanden, das zwar einſchneidend in das „Hausrecht" des einzelnen Kartellmitgliedes eingreift, aber ſchließlich ſo viele und bedeutſame Vorteile bringt, daß heute niemand mehr den alten Zuſtand des Kampfes Aller gegen Alle herbeiwünſchen möchte. So gilt es ſich auch gegenüber der „Mitregierung" des Arbeiters zu ſtellen, nicht hemmen ſoll ſie, ſondern das Höchſte des wirtſchaftlich Erreichbaren zu erlangen helfen, der deutſchen Induſtrie den für die Zukunft ſo überaus wichtigen inneren Frieden bringen. Dazu iſt gewiß eine tiefgehende Geſinnungsänderung in der Seele des Unternehmers notwendig, er muß den Herrenſtandpunkt verlaſſen und ſeine Tätigkeit in ſozialem Sinne erfaſſen lernen als eine Art Amt der Gemeinſchaft der Volksgenoſſen gegenüber. Guter Wille muß von beiden Seiten das Werden des Neuen erleichtern helfen, Verſtändnis und Achtung ſind die unerläßlichen Bedingungen, die die Schließung eines „Kartells zwiſchen Arbeitgeber und Arbeitnehmern" allein ermöglichen. Auf dem Wege dazu ſind wir, gehen wir ihn mit dem entſchloſſenen Willen zur Zukunft, mit dem Willen zur Mit- nicht zur Gegeneinander-Arbeit, dann wird die Welt zu ihrem Staunen erleben, welche Rieſenkräfte einem Volk aus ſeiner tiefſten Not wachſen können und wie der furchtbare Krieg uns zuſammengeſchweißt hat zu einer einigen und freien Nation! Oskar Wingen.

Die Zukunft des deutſchen Handels mit dem Oſten. Die deutſch-ukrainiſche Geſellſchaft gibt eine eigene Zeitſchrift „Die Ukraine" heraus, der wir folgende intereſſante Ausführungen entnehmen:

Wird nach dem Kriege der deutſche Handel in der Ukraine noch ein Betätigungsfeld finden können, da die Entente drauf und dran iſt, ſich in Großrußland und der Ukraine politiſch feſtzuſetzen? Auf dieſe Frage hat ein Vortrag des Profeſſors Grinewezki in Kijew eine Antwort gegeben, die für uns von um ſo größerem Intereſſe iſt, weil ſie aus feindlichem Munde ſtammt. Das Zeugnis für die guten Ausſichten des deutſchen Handels in der Ukraine verdienen daher die größere Beachtung ſeitens der deutſchen Induſtrie und des deutſchen Handels.

Prof. Grinewezki begann damit, daß Rußland und die Ukraine für die beiden kriegführenden Mächtegruppen ein gleichwichtiges Intereſſengebiet darſtellten. Während aber Deutſchland an den beiden Ländern mehr vom Geſichtspunkte des Warenaustauſches intereſſiert ſei, ſtellte ſie für England, Amerika und Frankreich faſt ausſchließlich ein Betätigungsfeld für kapitaliſtiſche Beſtrebungen dar. Die Abſicht der ehemaligen ruſſiſchen Verbündeten, den Oſten zu einem ſtarken blühenden Wirtſchaftsſtaat umzuwandeln, findet einzig und allein in den Wünſchen Englands und Amerikas ſeine Erklärung, Rußland für ſeine kapitaliſtiſchen Produktionszwecke auszunutzen. Auf dem Gebiet des Warenaustauſches und insbeſondere der Ausfuhr nach Rußland und der Ukraine können England und Amerika mit Deutſchland nicht erfolgreich konkurrieren, da die günſtige geographiſche Lage Deutſchlands dieſem einen Vorſprung gibt, den die beiden Weſtmächte durch keinerlei Maßregeln wettmachen können. Infolgedeſſen wird für ſie die Intereſſiertheit am ruſſiſchen und ukrainiſchen Warenaustauſch immer ein begrenzter ſein, weil eben der Oſten für ſie nur ein Markt zweiter Ordnung darſtellt und in Übereinſtimmung hiermit nicht genügend intenſiv organiſiert und bearbeitet werden wird.

Ganz anders ſteht es mit Deutſchland. Abgeſehen davon, daß es ſchon vor dem Kriege an hervorragender Stelle als Lieferant und Bezieher für Rußland daſtand, werden ſeine Blicke ſich jetzt, wo der anglo-amerikaniſche Weſten wahrſcheinlich für Deutſchland aufgehört haben dürfte als Intereſſengebiet erſter Ordnung in Frage zu kommen, in verſtärktem Maße auf den Oſten richten. Die in einzelnen Kreiſen Rußlands und der Ukraine verbreitete Anſchauung, als ob die deutſche Induſtrie durch den Krieg für längere Zeit in ihrer Leiſtungsfähigkeit herabgebracht worden iſt, und im Oſten keinerlei größere Aufgaben mehr erfüllen könne, ſei ein kindlicher Gedanke, denn es unterliegt keinem Zufall, daß die deutſche Induſtrie ſich verhältnismäßig leicht und ſchnell auf die Bedürfniſſe der Friedenszeit einſtellen wird. Jedenfalls muß der Oſten damit rechnen, daß die Erſtarkung des wirtſchaftlichen Einfluſſes Deutſchlands, insbeſondere innerhalb der Gebiete des ehemaligen Ruſſiſchen Reiches, eine Erſcheinung iſt, die für unumſtößlich hingenommen werden muß, eine Entſcheidung ferner, die durch keine politiſchen Maßnahmen mehr rückgängig gemacht werden kann und mit der man ſich deshalb allerſeits ausſöhnen muß.

Neuerſcheinungen

Von Feinden und Freunden.

Rabindranath Tagore ſpricht ſich in einer Schrift des „Neue-Geiſt-Verlag" (Leipzig) über den „Geiſt Japans", ſein Verhältnis zu dem des Oſtens und zu Europa aus. Er ſagt über das Verhältnis Japans zu Aſien: „Das moderne Japan iſt aus dem uralten Oſten entſproſſen wie die Lotusblume, die ſich leicht und anmutig in der Luft wiegt und doch feſt und tief in dem Boden wurzelt, dem ſie entſprungen." „Japan hat uns gelehrt, daß wir die Loſung unſerer Zeit lernen müſſen, um ihrer Schildwache antworten zu können; ſonſt werden wir vernichtet. Japan hat Aſien die Kunde gebracht, daß der alte Same den Lebenskeim in ſich birgt, daß er nur in den Boden der neuen Zeit geſenkt zu werden braucht." Wegen des Verhältniſſes zu Europa wendet er ſich an Japan unmittelbar: „Von allen Ländern in Aſien habt ihr in Japan die Freiheit, das, was ihr vom Weſten bekommen habt, nach eurem Sinn und eurem Bedürfnis zu nutzen." „Der Oſten wird das Bild der modernen Ziviliſation ändern, indem er da Leben einhaucht, wo ſie Maſchine iſt, an Stelle kalter Berechnung menſchliches Gefühl ſetzt, nicht ſo ſehr nach Macht und Erfolg fragt, als nach harmoniſchem und lebendigem Wachstum, nach Wahrheit und Schönheit." Bemerkenswert iſt die Auslegung des Begriffes modern: „Das wahrhaft Moderne iſt Freiheit des Geiſtes, nicht Sklaverei des Geſchmacks. Es iſt Unabhängigkeit des Denkens und Handelns, nicht Unmündigkeit unter der Vormundſchaft europäiſcher Schulmeiſter. Es iſt Wiſſenſchaft, aber nicht ihre verkehrte Anwendung im Leben, eine bloße Nachahmung unſerer Lehrmeiſter in der Naturwiſſenſchaft, die ſie zum törichten Aberglauben herabwürdigen, indem ſie ihre Hilfe zu allen möglichen und unmöglichen Zwecken anrufen". Darum muß „Japan bedenken, daß die wahre Macht nicht in den Waffen ſelbſt liegt, ſondern in dem Mann, der dieſe Waffen ſchwingt; und wenn er in ſeinem eifrigen Streben nach Macht ſeine Waffen auf Koſten ſeiner Seele vervielfältigt, ſo iſt er ſelbſt in größerer Gefahr als ſeine Feinde." „Wenn man den Geiſt eines ganzen Volkes mit maßloſer Eitelkeit auf ſeine Überlegenheit erfüllt, wenn man es lehrt, ſtolz zu ſein auf ſittliche Stumpfheit und auf ſeinen durch Unrecht erworbenen Reichtum, wenn man die Demütigung beſiegter Völker dauernd macht, indem man Siegestrophäen zur Schau ſtellt und ſie in den Schulen benutzt, um im Herzen der Kinder Verachtung für andere großzuziehen, ſo ahmt man dem Weſten da nach, wo er eiterndes Geſchwür iſt, das immer weiter um ſich frißt, bis in ſeinen Lebenskern." So beantwortet Tagore die Frage, von der er ausging: „Hat der Inſtinkt des Weſtens recht, der ſein nationales Wohl aufbauen will hinter einer Mauer von Mißtrauen gegen die ganze Menſchheit? Man müßte die Schrift ausſchreiben, um alle die richtigen Sätze zitieren zu können, mit denen er eine Antwort im einzelnen begründet.

K. Hönn.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend * Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei
Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 10. Januar 1919 * Heft 2

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

5. Januar 1919.

Der neue Leiter des Auswärtigen Amtes, Graf Brockdorff-Rantzau, hat in ſeiner erſten Kundgebung als Handwerkszeug zur Erzielung eines Friedens des Rechtes „Wahrheit und Offenheit“ bezeichnet. Erfreulicherweiſe hat er aus dieſer Formel für Deutſchland nicht nur Pflichten, ſondern auch Rechte abgeleitet: „Wenn der Grundſatz gelten ſoll, der Balkan den Balkanvölkern, ſo wird es auch heißen müſſen: Deutſchland den Deutſchen.“

*

Die Wiederholung des Wunſches der deutſch-öſterreichiſchen Regierung nach Zuſammenſchluß mit dem bisherigen Deutſchland hat dem neuen Staatsſekretär des Auswärtigen Amtes Gelegenheit gegeben, die Unterlaſſungsſünde des bisherigen Volksbeauftragten Haaſe wieder gutzumachen, der es für „diplomatiſch“ hielt, die großdeutſche Frage auf die lange Bank zu ſchieben.

*

Das Auftauchen Radeks auf dem Parteitag der Spartakusleute war ſelbſt für Berlin eine Senſation ungewöhnlicher Art. Sein Vorſchlag an das deutſche Volk, zuſammen mit den Truppen der Sowjetrepublik am Rhein dem Kapitalismus eine Niederlage beizubringen, fiel ſelbſt der Roſa Luxemburg auf die Nerven, die eben erſt den Spartakusbund als ewigen Frieden ausgelobt hatte. Je länger die Regierung der Mehrheitsſozialiſten damit zögert, ihr Verhältnis zum bolſchewiſtiſchen Rußland klarzuſtellen, um ſo ſchwieriger wird ihre Lage. Ohne radikalen Trennungsſchnitt wird ſie nicht auskommen, ſchon weil Deutſchland ſonſt ſeitens der Entente neue Schwierigkeiten erwachſen dürften.

*

So unglaublich es klingen mag, die Bekämpfung der „antirevolutionär verſeuchten Mehrheitsſozialiſten" durch das Parteiorgan der Unabhängigen Sozialiſten iſt gänzlich in den Hintergrund gerückt. Die Männer der „Freiheit" ſind ſelbſt durch den Spartakusbund in die Verteidigung gedrängt worden. Damit nicht genug, hat ihr Vorſitzender Ledebour die Fahne der Empörung im eigenen Lager entrollt, weil er unter keinen Umſtänden mit dem Spießbürger Haaſe auf einer Wahlliſte ſtehen will. Im Parteiorgan wird ihm dafür „ſein parteizerſtörendes Vorgehen" öffentlich beſcheinigt. Aber auch beim Spartakusbunde kann der Revolutionstribun Ledebour keinen Anſchluß finden, weil die neugegründete Partei gegen den Willen Liebknechts und Roſa Luxemburgs die Teilnahme an der Nationalverſammlung ablehnte. Die äußerſte Linke befindet ſich demnach in völliger Auflöſung und beſäße keinerlei Bedeutung, wenn die Regierung in Berlin die Energie aufbrächte, mit dem Terror dieſer Elemente aufzuräumen.

*

Endlich haben ſich auch die preußiſchen Miniſter von der Unabhängigen-Partei entſchloſſen, ihre Poſten zur Verfügung zu ſtellen. Damit hat auch der Konflikt Häniſch-Adolf Hoffmann ſeine Löſung gefunden. Jedoch nicht nur Adolf Hoffmann iſt jetzt ſeine reichszerſtörende Kirchenpolitik unmöglich gemacht, ſondern auch Herr Cohn, der Vermittler der ruſſiſchen Millionen, mit denen Barth die deutſche Revolution finanziert hatte, iſt erledigt.

Der Kampf geht jetzt um das Berliner Polizeipräſidium, das der Söldling der bolſchewiſtiſchen Telegraphenagentur und Waffenlieferant der Spartakusleute nicht freiwillig räumen will. Ihm zu Ehren hat Spartakus die Berliner großen Blätter nebſt dem Wolffſchen Telegraphen-Büro beſchlagnahmt.

Noske, der neue Volksbeauftragte, wird jetzt zeigen müſſen, ob er in der Lage iſt, wieder Ruhe und Ordnung in Berlin zur Herrſchaft zu bringen, oder ob in Berlin die Revolution zur Anarchie ausarten wird.

*

In Italien iſt es zu einer Regierungskriſe gekommen. Der kriegeriſche Flügel der Sozialdemokratie unter Biſolati iſt aus der Regierung ausgeſchieden und hat ſich wieder dem kriegsfeindlichen Flügel genähert. Beide gemeinſam fordern die Einberufung einer konſtituierenden Verſammlung. Wenn auch dieſe Bewegung ohne Zweifel nicht unbeträchtlich iſt, ſo ſind doch wieder Orlando und Sonnino mit der Kabinettsbildung betraut worden, weil ſie noch eine wenn auch verminderte Majorität beſitzen.

Regierung, Parteien und Wahl

Von Dr. Paul Rohrbach

Wenn in der Regierung oder in der politiſchen Lage bis zu den Wahlen für die Nationalverſammlung keine Wunder geſchehen, ſo wird vermutlich die Regierung für ihre bisher bewieſene Unfähigkeit, Deutſchland in dieſer Zeit zu führen, eine ſo deutliche Quittung erhalten, wie ſie nur je Regierenden erteilt worden iſt. Als bei Ausbruch der Revolution die Sozialdemokratie die Staatsleitung übernahm, lagen zwar die Schwierigkeiten vor ihr, die ſich aus der militäriſchen Niederlage und dem inneren Zuſammenbruch ergaben, aber im übrigen konnte ſie mit Verhältniſſen rechnen, die günſtiger waren als ſie irgend ſonſt hätte erwarten dürfen. Entſcheidend wirkte, daß im Augenblick der Umwälzung der monarchiſche Gedanke ſo gut wie alle Kraft verloren hatte. Wäre das nicht der Fall geweſen, hätte in weiten Kreiſen der Nation noch ein ſtarkes, auf die Dynaſtien und vor allem auf die Hohenzollern gerichtetes Empfinden beſtanden, ſo wäre das republikaniſche ſozialdemokratiſche Regime ſchon an der Klippe des Widerſtrebens gegen die Beſeitigung des Kaiſertums und des preußiſchen Königtums geſcheitert. Nichts dergleichen aber gab es. Die Staatsform der Republik wurde faſt widerſpruchslos hingenommen, von den einen gleichgültig, von den anderen zuſtimmend, und ſelbſt ihre Gegner fühlten, daß Widerſtand äußerlich und innerlich gleich unmöglich war. So beiſpiellos leicht wäre es in dieſer Beziehung der Sozialdemokratie unter keinen anderen Umſtänden geworden.

Der zweite große Vorteil, den ſie genoß, war der, daß die Übernahme der Regierung durch die ſozialdemokratiſchen Parteiführer in der Form, wie es geſchah, zunächſt von jedermann als Befreiung von weit größeren Sorgen, von der Furcht vor Terror, Anarchie und Hungersnot empfunden wurde. Die ganze Nation, alle Stände und Schichten, ſelbſt die alten grundſätzlichen und ſcharfen Gegner der Sozialdemokratie, kamen ihr mit momentaner Dankbarkeit und relativ gutem Willen entgegen. Auch der ſtaatliche und kommunale Apparat ſtellte ſich ihr zur Verfügung und mit einer unter ſolchen Umſtänden beiſpielloſen Loyalität erwarteten alle Behörden ihre Order von der neuen Regierung. Die verſchwindend wenigen Fälle, in denen perſönlicher Widerſtand auftrat, illuſtrieren erſt recht, wie geſchloſſen im ganzen die Bereitwilligkeit ihr gegenüber war. Dazu kam noch, daß durch den Krieg auch dem eigentlichen ſozialdemokratiſchen Prinzip der Sozialiſierung des Staats- und Wirtſchaftslebens, ſowohl tatſächlich als auch im öffentlichen Bewußtſein weitgehend vorgearbeitet war. Zugeſtändniſſe, um die unter anderen Verhältniſſen die Sozialdemokratie erſt den erbittertſten Kampf hätte beſtehen müſſen, wurden ihr von der allgemeinen Stimmung teils fertig entgegengetragen, teils waren die Widerſtände ſo gelockert, daß ſie beim erſten

Anſtoß fallen mußten. Was haben wir nun trotz dieſer für das neue Regime ſo günſtigen Vorausſetzungen erlebt? Was hat die Sozialdemokratie geſchafft? Wie ſteht ſie nach ihren Leiſtungen, nach ihrem Anſehen und nach den Erwartungen, die man von ihr hegen kann, da?

Die Antwort auf dieſe Frage iſt kritiſch für die Regierung. Die deutſche Induſtrie treibt, durch die aufgehetzten, raſend gegen die Werke und gegen ſich ſelbſt wütenden Arbeiter, der drohenden Vernichtung in Kürze entgegen. Der Kohlen- und Eiſenbergbau, der Lebensnerv des induſtriellen Deutſchland, ſteht in wichtigen Zentren vor dem Erliegen. Eine ſinnlos gewordene Maſſe zertrümmert die letzten materiellen Hilfsmittel, die Deutſchland in ſeiner furchtbaren Lage noch geblieben ſind. In den Großſtädten und in den Induſtriebezirken ſteht der anarchiſche Terrorismus auf dem Sprunge, die Gewalt an ſich zu reißen. Er verfügt über Maſchinengewehre und Handgranaten, über reichliche Munitionslager und millionengefüllte Kaſſen.

Überall, wo gearbeitet wird, in den Staatswerkſtätten, wie in den privaten Betrieben, ſind die Qualität und die Gewiſſenhaftigkeit der Arbeit geſunken, zwei Arbeiter leiſten kaum noch ſoviel, wie früher einer. Was der Stolz des deutſchen Volkes war, ſein Pflichtgefühl gegenüber der Arbeit, iſt dahin. Ein deutſches Volksheer gibt es nicht mehr; die Polen reißen ſich Stücke aus dem Leibe Deutſchlands und die ruſſiſchen Bolſchewiſten drängen widerſtandslos gegen unſere Grenzen vor. Das Vertrauen des Auslandes und die deutſche Valuta fallen ins Bodenloſe. Schon ſpricht man draußen davon, es könne nötig werden, da Deutſchland doch in Anarchie verſinken werde, einen Kordon um Deutſchland zu ziehen und den deutſchen Brandherd bis zur Schlacke in ſich ausbrennen zu laſſen — ſo wie noch vor einem halben, vor einem viertel Jahr wir vom bolſchewiſtiſchen Rußland ſprachen. Nichts iſt geſchehen zur Wiederherſtellung des moraliſchen Anſehens der Deutſchen in der Welt. Nichts iſt geſchehen, um in der Frage der Schuld am Kriege, die für den Verlauf der Friedensverhandlungen in mehr als einer Hinſicht entſcheidend werden kann, die Stellung Deutſchlands zu verbeſſern: eine notwendige und eine durchaus mögliche Aufgabe, die, wenn ſie nicht rechtzeitig in Angriff genommen wird, mit dem Gewicht einer moraliſch vernichtenden Schuld auf die Verantwortlichen zurückfallen wird.

Die ſozialdemokratiſche Regierung verfügt über ehrliche und wohlmeinende Männer, aber dieſe ſelben Männer haben uns ungeachtet ihrer guten Abſichten politiſch und wirtſchaftlich ſchon bis an den Rand einer Kataſtrophe treiben laſſen. Ein Beiſpiel dafür, wie es bisher an feſter Führung und praktiſcher politiſcher Fähigkeit gefehlt hat, bilden die Vorgänge in Berlin. Jedermann weiß, und die beſonnenen Sozialdemokraten wiſſen es wahrſcheinlich noch beſſer als andere Leute, daß die ſchwerſte Gefahr von der Bewaffnung der unorganiſierten Maſſen droht, der dunklen anarchiſchen Exiſtenzen, und von dem Einfluß unſerer Bolſchewiſten, des ſogenannten Spartakusbundes, auf jene. Unausdenkbar, was über Deutſchland hereinbricht, wenn dieſe Hölle losgelaſſen wird! Nun kommen die Truppen aus dem Felde, die Regimenter ziehen in Berlin ein, ihre Stimmung iſt klar. Es bedarf nur eines kurzen Entſchluſſes in der Regierung, und die Entwaffnung iſt ſchnell und mit wenig Opfern durchgeführt. Der Entſchluß aber fehlt, das Wort kommt nicht rechtzeitig, ein großer Teil der Soldaten wird nach Hauſe entlaſſen oder entläßt ſich ſelbſt, der Reſt wird halb von den Bolſchewiſten infiziert, halb verfliegt bei ihm die von der ungebrochenen Front mitgebrachte Stimmung; dann, als es zu ſpät iſt, will man das Verſäumte nachholen, aber das Ergebnis iſt eine Vollniederlage. Natürlich kommt es davon, daß in der Regierung Gemäßigte, Radikale und Halb-Bolſchewiſten zuſammengeſpannt waren, aber die Idee, daß ein ſolches Geſpann den Volkswagen nach irgendeiner Seite hin vernünftig würde ziehen können, war eben unmöglich.

Noch kraſſer tritt die Unfähigkeit, rechtzeitig zu handeln, in den Oſtfragen hervor. Eine ſo entſchieden links gerichtete Perſönlichkeit, wie der frühere Oberſt Gädke, ſchreibt im „Vorwärts": „Ein Volk mag noch ſo ſehr durchdrungen ſein von dem Ideal eines ewigen Friedens, wenn ſeine Nachbarn nicht von dem gleichen Gedanken erfüllt ſind, muß es fechten oder untergehen. In dieſer Lage befinden wir uns an unſerer geſamten Oſtgrenze. Auch die deutſchen Arbeiter und die Berliner insbeſondere, werden ſchwer zu leiden haben, wenn das wirtſchaftliche Gebiet mehr und mehr verengt wird. Für uns handelt es ſich an unſerer Oſtgrenze um Leben oder Sterben, um unſere ganze Zukunft". Im Zuſammenhang hiermit fordert der Verfaſſer rein deutſche Truppenteile für Weſtpreußen, Oſtpreußen, Poſen und Oberſchleſien. Stadt und Feſtung Poſen müſſen unter allen Umſtänden wieder in deutſche Hand gebracht werden. „Geht mit dieſer Stadt, die bisher eine der ſtärkſten Grenzfeſtungen Deutſchlands war, die ganze Provinz Poſen verloren, dann liegt unſere Oſtgrenze nur noch 120 Kilometer von Berlin ab. Der ſtarke Verteidigungsabſchnitt der Warthe- und der Obraniederung iſt dann in den Händen der Polen; die deutſche Grenzverteidigung aberliegt fürderhin an der Oder bei Frankfurt und Küſtrin, 80 Kilometer von Berlin entfernt. Wir entſinnen uns aus der Beſchießung von Paris, daß die Rieſengeſchütze unſerer Zeit dieſen Raum ſpielend überwinden." Demgegenüber zeigt der Bericht des preußiſchen Miniſters Ernſt über Poſen, daß gerade an dieſer Stelle im Oſten die Regierung den furchtbarſten Bankerott gemacht hat, den man ſich denken kann. Er beſagte mit dürren Worten, vor zwei Wochen wäre es wohl noch möglich geweſen, mit einer mäßigen Kraftanſtrengung die deutſche Autorität aufrecht zu erhalten, jetzt aber genüge nicht einmal mehr „eine ganze Diviſion", die der Regierung in Berlin auch gar nicht zur Verfügung ſtände, um die Lage wiederherzuſtellen; die Polen ſeien entſchloſſen, die Provinz Poſen von Deutſchland abzutrennen, und man müſſe verſuchen, ſich gütlich mit ihnen zu verſtändigen. Kann ein Urteilsſpruch über eine Regierung noch vernichtender ausfallen, als die Worte ihres eigenen Mitgliedes?

Zu ſpät war es in Berlin, zu ſpät iſt es in Poſen. Zu ſpät wird es vielleicht auch in Oberſchleſien ſein, zu ſpät für die Rettung der Bergwerke und der Induſtrie, zu ſpät für die Sicherung der Wahlen gegen die Spartakusleute, zu ſpät für die Wiederherſtellung einer noch ſo beſchränkten brauchbaren deutſchen Wehrmacht, zu ſpät, um bei den Friedensverhandlungen durch Ausnutzung der moraliſchen Faktoren für Deutſchland zu retten, was noch gerettet werden könnte, und zu ſpät für die Regierung, etwas entſcheidendes für die Herſtellung ihrer moraliſchen wie ihrer tatſächlichen Autorität zu tun.

Wie ſteht es im weiteren Oſten, in der Ukraine und im Baltiſchen Gebiet? In der Ukraine iſt es nun glücklich ſoweit gekommen, daß etwa 200 000 Mann deutſche Truppen nicht vorwärts und nicht rückwärts wiſſen und hilfeflehende Telegramme ſchicken: der Rückweg in die Heimat zu Lande ſei ihnen abgeſchnitten, man möge Schiffe ſchicken! Dabei hat die Ukraine gegenwärtig eine ſozialdemokratiſche Regierung — in allen weſentlichen Punkten ihres ſozialiſtiſchen und politiſchen Programms eine Geſinnungsgenoſſin des deutſchen Sozialismus. Welch ein Maß von Unfähigkeit, die Dinge zu beherrſchen, hat dazu gehört, um es von der Erhebung der republikaniſchen ukrainiſchen Sozialiſten gegen die zum Großruſſentum abſchwenkende Hetmansdiktatur bis heute zu den blutigen Kämpfen zwiſchen den deutſchen Soldaten und denen der ukrainiſchen Republik, zur Verlegung der Transportwege, zur momentanen Feindſeligkeit der ukrainiſchen Volksſtimmung gegen Deutſchland und zur vollſtändigen Verfahrenheit der Lage kommen zu laſſen! Nur der beſcheidenſten Einſicht in die Verhältniſſe und weniger klarer Weiſungen hätte es bedurft, um alles in verhältnismäßiger Ordnung ſich abwickeln zu laſſen.

Im Baltikum iſt den Bolſchewiſten Riga und damit die Dünalinie preisgegeben worden. Der dortige Bevollmächtigte des Reiches, Winnig, hat mit äußerſter perſönlicher Hingabe getan, was möglich war, ſein Verdienſt iſt es, wenn es einem erheblichen Teil der Reichsdeutſchen und deutſchen Balten in Livland und Kurland gelingt, ſich wenigſtens perſönlich zu retten. Er iſt aber geſcheitert an der vollkommenen Auflöſung unſerer dortigen Truppen, die nur noch eine Herde beſinnungslos nach Hauſe drängender Menſchen ſind, ohne Verſtand und Gefühl für die furchtbaren Folgen, die aus ihrem Verhalten entſtehen können. Da die Düna gefroren iſt, ſo liegen jetzt auch Kurland und Litauen offen vor den Bolſchewiſten da. Dieſe ſind überraſchend gut diſzipliniert und bewaffnet und entſchloſſen geführt. In einigen Wochen können ſie von Johannisburg bis Memel an der oſtpreußiſchen Grenze ſtehen. In Berlin hat die Regierung keine Diviſion, um Poſen wiederzunehmen, das Kriegsvorräte genug für eine polniſche Invaſionsarmee nach Oberſchleſien und Weſtpreußen enthält, und in Allenſtein werden die heimkehrenden Truppen mit Maſchinengewehrfeuer begrüßt. Was iſt dann zu erwarten, wenn die Bolſchewiſten auf Königsberg und Gumbinnen marſchieren? Sollen ſich die Deutſchen in Oſt- und Weſtpreußen retten, indem ſie eine eigene Republik erklären und zwiſchen den A.- und S.-Räten im Rücken und den ruſſiſchen Bolſchewiſten in der Front eine hinreichende ſtarke Freiwilligenarmee bilden? Das Zeug dazu wird man dort wohl noch am eheſten haben. Mit welchen Ausſichten aber geht eine Regierung, die es zu ſolchen Möglichkeiten hat kommen laſſen, in die Wahlen!

Optimiſten verſichern, daß jetzt eine Ära größerer Energie in der Regierung bevorſtehe, und einige Anläufe ſcheinen in der Tat gemacht zu werden. Ohne eine ausreichende und diſziplinierte Truppenmacht aber muß es bei Anläufen, d. h. beim Unzulänglichen, bleiben. Man wird die Probe daran machen können, was im Oſten geſchieht. *Wenn die Regierung dort nicht wieder vollſtändig Herr der Lage wird, ſo iſt ſie moraliſch gerichtet als die Verderberin Deutſchlands.* Keine Deklamationen und Entſchuldigungen werden dies Brandmal von ihr nehmen können. Politik machen, heißt die gegebenen Verhältniſſe richtig beurteilen und das mögliche tun, um die Folgerungen, die ſich aus ihnen ergeben, zu verwirklichen. Was aber die Regierung gemacht hat, war überhaupt keine Politik, denn man kann es nicht Politik nennen, wenn jemand meint, mit dem Glauben an die magiſche Kraft irgendwelcher Prinzipien, mit Beſchwörungsformeln und mit gelegentlichen verſpäteten und verzagten Verſuchen zu irgend etwas, das wie Handeln ausſehen ſoll, eine verzweifelte Lage meiſtern zu können, wie die, in der Deutſchland ſich befindet.

Auch der wohlwollende leidenſchaftsloſe Beurteiler kann nur finden, daß die Regierung in den knapp zwei Monaten, die ſie am Ruder iſt, bisher überwiegend Beweiſe ihrer Nichtbefähigung erbracht hat, Deutſchland in ſchwerer Zeit zu lenken. Der Wirrwarr in der Ukraine, die Preisgabe des Vorgeländes zwiſchen der Düna und der deutſchen Grenze, das den Schutz Oſtdeutſchlands vor dem Einmarſch der ruſſiſchen Bolſchewiſten bildet, vor allem aber der klägliche und kopfloſe Verluſt von Poſen und die Gefährdung von Oberſchleſien und Weſtpreußen ſind Argumente, nach denen keine Diskuſſion möglich iſt. Sie ſtehen aber nicht am Anfang, ſondern am — vorläufigen — Ende einer langen Reihe von Zeugniſſen. Für einen großen Teil der öffentlichen Meinung in Deutſchland ſind ſie gleichſam die letzten Tropfen, die das Faß zum Überlaufen gebracht haben. Hiernach iſt es nicht mehr möglich, daß die Sozialdemokratie, auch die gemäßigte, noch eine innere Werbekraft für die Wahlen bei ſolchen Wählern entfaltet, die ihr nicht von vornherein parteimäßig feſt angehören. Wären die Wahlen zur Nationalverſammlung innerhalb der erſten vier oder fünf Wochen nach der Revolution erfolgt, was ſich bei einiger Energie hätte machen laſſen, ſo hätte die geeinigte Sozialdemokratie leicht über 50 Prozent der Stimmen bekommen können. Nicht wenige Bürgerliche waren bereit, ja manche vollzogen ſelbſt den Schritt, ſich ihr anzuſchließen, weil ihnen die Zukunft auf der Seite der ſozialiſtiſchen Idee und des unleugbar gewaltigen, äußeren Erfolges der Sozialdemokratie zu liegen ſchien. Das war in jedem Falle unbeſonnen gehandelt, erſtens, weil über die Leiſtungen der neuen ſozialiſtiſchen Regierung im voraus gar nichts feſtſtand, und zweitens, weil, je ſtärker durch ſolchen bürgerlichen Zuzug gegenüber den anderen Parteien die Sozialdemokratie im ganzen wird, deſto ſicherer vorauszuſehen iſt, daß ihr gemäßigter Flügel der Gefangene des radikalen wird. Hat die Sozialdemokratie in der Nationalverſammlung die Mehrheit, ſo zwingen die Radikalen die Gemäßigten immer weiter nach links; ſind die Bürgerlichen in der Mehrheit, ſo können die gemäßigten Sozialiſten zuſammen mit der bürgerlichen Linken poſitive politiſche Werte ſchaffen.

Die Kataſtrophe im Oſten, von Poſen bis Riga (die in der Ukraine wird das Gros unſeres Publikums noch begreifen) als Schuld der ſozialdemokratiſchen Regierung, das zu erwartende weitere Umſichgreifen der Polen, der Anmarſch der Bolſchewiſten gegen die deutſche Grenze und der jeden Tag drohende Verluſt Oberſchleſiens haben ſchon heute die ſichere Folge gehabt, daß die ſozialdemokratiſche Stimmenzahl bei der Wahl noch geringer ausfallen wird, als es nach der um ſich greifenden Zerrüttung aller unſerer Verhältniſſe, nach den Produktionen im Zirkus Hoffmann und nach den Berliner Weihnachtsereigniſſen ohnehin der Fall geweſen wäre. Gelingt es der Regierung, bis zu den Wahlen wenigſtens Poſen zurückzuerobern und den übrigen Oſten zu ſichern, ſo mag die Sozialdemokratie für die Nationalverſammlung noch mit einem blauen Auge davonkommen. Wo nicht, ſo hat ſie für alle diejenigen Wähler, die überhaupt noch ein Organ für das Intereſſe Deutſchlands und des deutſchen Volkes beſitzen, allen politiſchen Kredit verloren.

Die wahlpolitiſche Situation hat ſich dadurch, daß die Sozialdemokraten ſich in zunehmendem Tempo als regierende und regierungsfähige Partei diskreditieren, nach einer beſtimmten Seite hin vereinfacht. Auf Zulauf von rechts hat die Sozialdemokratie kaum noch zu rechnen. Was geſchieht, wenn die Spartakusleute eine gewaltſame Hinderung der Wahlen verſuchten, bleibt eine Sache für ſich. Abgeſehen hiervon aber laſſen ſich ziemlich klare Richtlinien für die Wahlpolitik geben. Ohne Zweifel wird eine ziemlich ſtarke Gruppe verſuchen (und durch das Verſagen der Sozialdemokratie an der Regierungsſtelle dabei profitieren), den antirevolutionären konſervativ-monarchiſchen Gedanken mehr oder weniger offen als Banner aufzupflanzen. Wen ſeine Überzeugung dorthin zieht, der wird es auch zu verantworten wiſſen. Vom Standpunkt des Volkswohls aus muß aber daran erinnert werden, daß auch alle agrariſchen und feudalen Klaſſenintereſſen nach dieſer Seite hin ihren Anſchluß ſuchen und den „Volks“-Charakter dieſer Partei in Wahrheit ſtark dämpfen werden. Unmittelbar links davon und in nahem Anſchluß ſteht die „Deutſche Volkspartei“, der rechte Flügel der einſtigen nationalliberalen Partei. In ihr haben ſich die Alldeutſchen, die einſtige Vaterlandspartei, die Schwerinduſtrie, die Befürworter des Bruchs mit Amerika und des uneingeſchränkten U-Bootkrieges, der Verein zur raſchen Niederkämpfung Englands uſw. mit einer Anzahl aufrichtig national beſorgter Patrioten, die von den alldeutſchen Schlagworten nicht loskommen, vereinigt. Im ganzen genommen aber iſt es ein Verband aller derjenigen Richtungen, deren politiſche Methoden und Ziele durch den Ausgang des Krieges in ſpezifiſchem Sinne bankerott gemacht haben und der deshalb ſeine Werbekraft ſchwerlich weit über den Kreis der gemeinſam Leidtragenden hinaus entfalten wird.

Auf der breiteſten Grundlage nächſt der Sozialdemokratie ſtehen die „Deutſche demokratiſche Partei“ und die „Chriſtliche Volkspartei“, das bisherige Zentrum, die Demokraten, die die alten Fortſchrittler und die linken Nationalliberalen in ſich aufgenommen haben, enthalten aber in ſich ein „Ferment der Dekompoſition“, inſofern ſie in ihrem heutigen Beſtande ſowohl entſchieden national gerichtete Kräfte als auch vaterlandsſchwache Pazifiſten und Internationaliſten umfaſſen. Das Gegenſtück dieſer Gruppe, die einſtigen alldeutſchen Scharfmacher, hat ſich in der deutſchen Volkspartei ziemlich rein herauskriſtalliſiert, während der tatſächlich demokratiſch gerichtete nationalliberale Flügel ſich lostrennte und nach links Anſchluß fand. Die Alldeutſchen und die national ſchwächlich empfindenden Pazifiſten ſind durch den politiſchen Unverſtand, den ſie während des Krieges gezeigt haben, die beiden am ſtärkſten diskreditierten Richtungen in Deutſchland. Eine hat der andern an Fehlern und Torheiten in der Beurteilung der Gegner und an Verantwortlichkeit für das gegenwärtige Unheil Deutſchlands nichts vorzuwerfen. Wenn dieſe Art von Pazifismus und Internationalismus bei den deutſchen Demokraten dauernd willig gewährten Unterſchlupf findet, wird man an der Partei keine reine Freude empfinden können. Gerade darum aber kann von unſerer Seite nur der Rat gegeben werden, bei den Wahlen für die Demokraten zu ſtimmen und bei ihnen das Übergewicht der zielbewußt nationalen Kräfte zu ſtärken. Gelingt es, das pazifiſtiſche Gegenelement zu neutraliſieren, ſo werden die Demokraten ohne Zweifel die ſtärkſte Anziehungskraft auf dem ganzen Raum zwiſchen der Sozialdemokratie und der reaktionären Rechten entfalten und den ſtärkſten poſitiven Einfluß auf die deutſche Zukunft ausüben. *Für die Wahl empfiehlt ſich ein möglichſt durchgehendes Bündnis mit der Chriſtlichen Volkspartei und hernach prinzipielle Fühlung mit der gemäßigten Sozialdemokratie, ſoweit dieſe ſich fähig zeigt, dem nationalen Gedanken den notwendigen Spielraum zu verſtatten.*

Der Glaube an die Macht

Ein Beitrag zur Schuldfrage

Von Dr. *Eugen Foehr*

Das Unglück, das im Oktober 1918 über Mitteleuropa hereinbrach, traf das deutſche Volk unvorbereitet. Wohl waren in Deutſchland weite Kreiſe längſt von banger Sorge um die Zukunft erfüllt; an die Möglichkeit eines ſo plötzlichen militäriſchen Zuſammenbruches, wie wir ihn dann erleben mußten, hatte niemand geglaubt. Noch im September, als der Befehl zum allgemeinen Rückzug im Weſten bereits gegeben war, hatte die Oberſte Heeresleitung feierlich erklärt, daß die militäriſche Front jedem Anſturm gewachſen ſei und bis zum Friedensſchluß aushalten werde. Wie war es möglich, daß ſchon bald danach der Zuſammenbruch erfolgte, und zwar ſo vollſtändig, daß er faſt ohne Parallele in der Geſchichte iſt?

Es gibt Schriftſteller in Deutſchland, die auf der Suche nach Schuldigen der deutſchen Heimat vorwerfen, ſie ſei der Armee in den Rücken gefallen, habe vor dem Feinde kapituliert und ſo den Zuſammenbruch verſchuldet. Als Zeuge für die Richtigkeit dieſer Auffaſſung wird neuerdings auch der frühere engliſche Generalſtabschef General Maurice zitiert, der in den „Daily News" und im „Star" *die Urſache des kataſtrophalen Zuſammenbruchs* der militäriſchen und maritimen Macht des Deutſchen Reiches unterſucht und zu dem Ergebnis kommt: die deutſche Armee und Marine ſind zuſammengebrochen, weil der Mut des deutſchen Volkes zermürbt war. Wir können es dem fremden Beobachter nachſehen, wenn er die Begriffe „Deutſches Heer" und „Deutſches Volk" voneinander trennt. Aber die einheimiſchen Kritiker ſollten doch wiſſen, daß es zum mindeſten in der zweiten Hälfte des Krieges, wo der urſprüngliche Beſtand des aktiven Heeres aufgebraucht war, einen Unterſchied zwiſchen Heer und Volk nicht mehr gab, daß das Heer nichts weiter war als das militäriſch organiſierte

Volk. Es iſt eine vollkommene Verkennung der Wechſelwirkung zwiſchen Heimat und Front, wenn behauptet wird, die Front ſei von der Heimat aus durchlöchert worden. Das iſt ebenſo wahr und ebenſo falſch wie das Gegenteil. Gewiß hat ſich in den vier Kriegsjahren in der Heimat manches zugetragen, was von ſchädlichem Einfluß auf die Stimmung an der Front war. Aber auch an der Front hatten ſich allmählich Zuſtände herausgebildet, deren Kenntnis die Stimmung in der Heimat ungünſtig beeinflußte. Der Zermürbungsprozeß war ein gegenſeitiger, und die Oberſte Heeresleitung, die auch in der Heimat alle Gewalt an ſich geriſſen hatte, verſäumte den pſychologiſchen Moment, wo es noch möglich geweſen wäre, zu einem ehrenvollen Abſchluß zu kommen.

In dem Zuſammenbruch der deutſchen Armee ſieht General Maurice einen neuen Beweis für die alte Erfahrung, daß eine Armee nicht kämpfen kann, ohne das Volk hinter ſich zu haben. Am 4. Auguſt 1914 hatten unſere Reichsleitung und Oberſte Heeresleitung ein gemeinſames militäriſch-politiſches Ziel, hinter dem das ganze Volk ſtand: die Verteidigung des Vaterlandes. Es gab den Truppen ihren unvergleichlichen Elan und der Heimat ihre beiſpielloſe Widerſtandskraft. Solange ausſchließlich dieſes Ziel uns vorſchwebte, waren der Heimat und der Front keine Opfer an Gut und Blut, keine Entbehrungen und Leiden groß genug, um es zu erreichen. Als aber dann der eigentliche Zweck des Krieges immer mehr hinter weit ausgreifende Eroberungspläne zurücktrat, und mit jedem militäriſchen Erfolge die Begehrlichkeit und der Übermut gewiſſer Kreiſe wuchſen, da begann der Streit um die Kriegsziele an der Einmütigkeit der Nation zu rütteln und den Glauben an die Notwendigkeit einer Fortſetzung des Krieges zu zerſtören. Schon vor zwei Jahren hatten Vertrauensmänner der Fronttruppen an maßgebenden Stellen die Anſicht vertreten, die Front würde unbedingt ſolange, aber auch nicht länger halten, als die Überzeugung herrſche, daß das deutſche Heer nur für die Verteidigung des Vaterlandes in den Kampf geführt werde. Dasſelbe galt für die Widerſtandskraft der Heimat. Vergebens bemühten ſich die ſogenannten Aufklärungsoffiziere der Oberſten Heeresleitung, an der Front eine andere Auffaſſung zu verbreiten. Vergebens wandte die unglücklichſte militäriſche Organiſation, das Kriegspreſſeamt, ihre ganze Macht und ihr ganzes Ungeſchick auf, um die Heimat in demſelben Sinne zu beeinfluſſen. Auch Parteigründungen, die zu dieſem Zwecke erfolgten, änderten an der Tatſache nichts, daß hinter dem Kriegsziel des 4. Auguſt 1914 das ganze Volk und hinter der Friedensreſolution des Reichstags vom Juli 1917 ſeine große Mehrheit, hinter der Politik des Erſten Generalquartiermeiſters der Oberſten Heeresleitung dagegen nur ein kleiner Bruchteil ſtand. Glänzende militäriſche Erfolge konnten das Bild vorübergehend verſchieben, aber nicht dauernd umgeſtalten. Das Volk in der Heimat wie an der Front wollte ſich weder für den Eigennutz von Kriegsgewinnlern und Kriegswucherern, noch für die phantaſtiſchen Eroberungsziele kleiner, aber einflußreicher Zirkel, noch für die ehrgeizigen Pläne der Dynaſtien aufopfern. Es hatte heldenmütig gekämpft und geduldet, um das Vaterland erfolgreich zu verteidigen, und es verlangte nach Frieden, ſobald dieſes Ziel erreicht ſchien.

Wenn ich nicht irre, iſt es Paul Rohrbach geweſen, der als erſter auf die Ideenarmut unſerer Kriegspolitik hingewieſen hat. Wohl haben unſere Hiſtoriker und Juriſten überzeugend, wenn auch ohne Kenntnis der Akten, das Recht Deutſchlands nachgewieſen, wohl haben unſere Philoſophen und Theologen den deutſchen Geiſt und das deutſche Weſen als die höchſte ſittliche Kraft der Menſchheit gefeiert, wohl haben unſere politiſchen Publiziſten in der Herabſetzung der Gegner und in der Verherrlichung des eigenen Volkes ihr Möglichſtes getan. Aber eine neue Idee, die unſer Volk über die Verteidigung des Vaterlandes hinaus zu verſtärktem Widerſtand und Opfermut begeiſtern konnte, iſt keinem eingefallen. Im Gegenſatz zu uns haben die Ententemächte bis zuletzt über wirkſame moraliſche Mittel verfügt. Ihr Aufruf zum Kreuzzug gegen den „Preußiſchen Militarismus“ und die „Deutſche Gewaltpolitik“ — mögen wir ihn nun für berechtigt halten oder nicht — hat immer wieder gezündet, und das Wilſonſche Programm einer neuen Weltordnung hat in Amerika die Begeiſterung für den Krieg geweckt, der Entente unzählige Hilfsvölker zugeführt und dem ſchon der Erſchöpfung nahen Frankreich neuen Mut eingeflößt. Auch die Forderung des Selbſtbeſtimmungsrechtes der Völker, zu der wir uns reichlich ſpät bekannten und die wir dann doch in dem Gewaltfrieden von Breſt-Litowſk verleugneten, ſtammte aus dem feindlichen Lager. Nachdem der Schutz unſeres Vaterlandes geſichert war, ſtanden wir der außerordentlich geſchickten Propaganda unſerer Gegner mit leeren Händen gegenüber. In den Augen der Welt hatten wir uns durch Worte und Taten ins Unrecht geſetzt, dem eigenen Volke konnten wir nur noch den Glauben an die Macht predigen. Seine Kraft war in den Tagen des Sieges groß; ob ſie aber ausreichte, unſer Volk auch in den Tagen der Niederlage nervenſtark und hoffnungsvoll zu erhalten, das war eben die Frage.

Die vornehmſte Stütze unſeres Machtglaubens war die militäriſche Diſziplin geweſen. Wir hatten ſie in langen Friedensjahren ausgebildet, ihr im Kriege das ganze Volk — auch das Volk der Heimat — unterſtellt, und verſprachen uns davon den Enderfolg. Gerade in dieſem Syſtem der Diſziplin ſieht nun aber General Maurice die Haupturſache des militäriſchen Zuſammenbruchs Deutſchlands. Um den Offizierſtand zu heben, hat der Kaiſer — ſo argumentiert der engliſche Kritiker — „eine ganz und gar künſtliche Militärariſtokratie“ geſchaffen, die mehr und mehr vom Volke und von den Mannſchaften getrennt worden iſt. „Die Diſziplin der deutſchen Armee wurde ſervil, und eine Sklavendiſziplin hat die Probe der Not nie ausgehalten und wird ſie nie aushalten. Die Stärke der deutſchen Armee hing von der künſtlichen Barriere ab, die die Offiziere von den Soldaten trennte. Solange die Berufsoffiziere in genügender Zahl blieben, machten ihre Ausbildung und ihre Tüchtigkeit aus der deutſchen Armee ein furchtbares Kriegsinſtrument. Als ſie infolge der Kriegsabgänge verſchwanden, und weniger tüchtige Leute das alte Syſtem fortzuſetzen ſuchten, begann es zu krachen und brach dann mit einem Gedröhn zuſammen, das noch zu hören iſt. Die Diſziplin des freien Mannes hatte die Sklavendiſziplin geſchlagen.“ General Maurice hätte noch hinzufügen können, daß dieſer Prozeß beſchleunigt wurde durch die Übertragung des Syſtems der militäriſchen Diſziplin auf das geſamte öffentliche Leben in der Heimat, daß es dort geradezu verheerend gewirkt und dadurch ſeinen Untergang auch in den Augen militärfrommer Staatsbürger zu einer unabweisbaren Notwendigkeit gemacht hat.

Die wahren Urſachen des militäriſchen Zuſammenbruchs konnten einem ſo recht klar werden, wenn man ihn im beſetzten Gebiete von Polen miterlebt hat. Solange die rein äußerliche Macht beſtand, hielt auch die Diſziplin. Die leitenden Männer pochten darauf und ſchlugen alle Warnungen, ſelbſt die offene Ankündigung der polniſchen Pläne, hochmütig in den Wind. Als aber dann in Berlin das alte Syſtem zuſammenbrach, war ſein Ende auch in Polen beſiegelt. Wer bisher unter der militäriſchen Diſziplin gelitten hatte, ſchüttelte ſie ſofort ab; die Diſziplin des freien Mannes dagegen bewährte ſich überall, wo ſie wirklich beſtanden hatte. Für die Zwangsdiſziplin gab es keinen Erſatz; ſie hatte nirgends — auch in den höchſten Stellungen nicht — die Bismarckſche „Zivilcourage“ aufkommen laſſen, und ſo ereignete ſich, was unter den gegebenen Umſtänden leider unvermeidlich war: die Schmach von Warſchau.

Der napoleoniſche Trieb, der den General Ludendorff verleitete, die Kräfte der Armee zu zerſplittern und über faſt ganz Europa zu verteilen, ſchweißte nicht nur unſere Gegner immer feſter zuſammen und veranlaßte die großartigen Kraftanſtrengungen Amerikas, ſondern verhinderte die deutſche Oberſte Heeresleitung auch, die warnenden Zeichen des Stimmungswechſels in der Heimat und an der Front rechtzeitig zu erkennen und daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Der Glaube an die Macht vertraute ſo feſt auf die Wirkung der ihm zur Verfügung ſtehenden Machtmittel, daß er bis zum Schluſſe an dem Wahne feſthielt, die ſtetig wachſende Beunruhigung der Heimat könnte durch die Vertuſchungs- und Täuſchungspolitik der publiziſtiſchen Organe der Oberſten Heeresleitung niedergehalten und die auch an der Front immer lauter ertönenden Zweifel könnten durch die ſogenannte „Aufklärung“ beſeitigt werden. Der Irrtum war groß, und die Erkenntnis kam zu ſpät.

Nun wird freilich behauptet, daß das Ziel des Machtglaubens, der unſeren Heerführern den Blick für das Erreichbare getrübt hatte, ſchon in greifbare Nähe gerückt geweſen ſei, als wir zuſammenbrachen. Wir hätten, ſo wird uns erzählt, nur noch wenige Wochen auszuhalten gebraucht, dann wäre der Zuſammenbruch auf der Gegenſeite erfolgt. Unſere Frontſoldaten, die bei jedem Vorſtoß den Reichtum der feindlichen Gräben bewundern konnten und fortgeſetzt die faſt täglich wachſende Macht des Feindes zu ſpüren hatten, glauben an dieſes Märchen nicht. Wer es dennoch tut, der unterſchätzt vor allem die ungeheuren Hilfsmittel Amerikas und den entſchloſſenen Willen der Vereinigten Staaten, den deutſchen Glauben an die Macht — unſere Feinde und viele Deutſche nannten ihn „Militarismus" — unter allen Umſtänden niederzukämpfen. Amerika war bereit, hunderte von Milliarden dieſem Zwecke zu opfern, aber nicht, wie man unſerem Volke eingeredet hatte, um dadurch die verhältnismäßig geringe Kriegsſchuld der Entente zu retten, ſondern um einer hohen ſittlichen Idee willen. Ihr Verkünder iſt der von uns vielgeſchmähte und nun doch als letzte Hoffnung begrüßte Präſident Wilſon geweſen. Wenn wir daran zweifeln, daß er alle amerikaniſchen Kräfte angeſpannt hätte, um ſein Programm gegen Deutſchland durchzuſetzen, dann müſſen wir auch daran zweifeln, daß er jetzt entſchloſſen iſt, entgegen den Forderungen engliſcher und franzöſiſcher Chauviniſten auf ſeinem Willen zu beharren, mit anderen Worten: wir müſſen unſere letzte Hoffnung auf einen halbwegs erträglichen Frieden fahren laſſen. Die Überſchätzung der eigenen und die Unterſchätzung der feindlichen Macht war das typiſche Merkmal unſeres Machtglaubens geweſen. Daß ſeine Anhänger ſich zu rechtfertigen ſuchen, kann man verſtehen; aber Vertrauen verdienen ihre Berechnungen heute ebenſo wenig wie vor dem Zuſammenbruch.

Das Goethewort: „Wer Großes will, muß ſich zuſammenraffen, in der Beſchränkung zeigt ſich erſt der Meiſter" hat Bismarck zum Meiſter gemacht. In dem Rate, der während des Weltkrieges über Deutſchlands Geſchicke entſchied, hatte es keine Geltung. Wenn das Wort des Generals Maurice, daß eine Armee nicht kämpfen könne, ohne das Volk hinter ſich zu haben, wahr iſt — und es iſt wahr —, dann mußte die deutſche Oberſte Heeresleitung in dem Augenblicke, wo ſie das Volk nicht mehr hinter ihren Zielen hatte, unbedingt den Frieden herbeiführen. Aber auch auf der Höhe unſerer militäriſchen Erfolge hätte die Beſchränkung den Meiſter gezeigt. Ein rechter Bismarckfriede wäre der von vielen einſichtigen Deutſchen verlangte Verſtändigungsfriede geweſen, der uns zwar keine flandriſche Küſte, kein Longwy und Brie gebracht, aber doch den Beſtand des Reiches — vielleicht mit Ausnahme Lothringens — geſichert und uns und der ganzen Welt neue Zukunftsmöglichkeiten eröffnet hätte. Auch König Wilhelm I. hatte den Nikolsburger Friedensvertrag, der neben der Einführung des Reichstagswahlrechts als die größte ſtaatsmänniſche Tat Bismarcks in der Geſchichte fortlebt, einen „ſchmachvollen Frieden" genannt. Kein Wunder, daß in den letzten Jahren die publiziſtiſche Gefolgſchaft des Generals Ludendorff und der ihn beeinfluſſenden Kreiſe einen Verſtändigungsfrieden als „Schmach- und Verzichtfrieden" ablehnte! Wir haben ja ſo viel Geſchichte, aber leider ſo wenig aus ihr gelernt. Es fehlte der Staatsmann, der den Generälen und ihrem Anhang ſeinen Willen aufzwang und, wenn es nicht anders ging, ſo viel „Zivilcourage" beſaß, daß er, wie Wilhelm I. im Jahre 1866 das drohende Entlaſſungsgeſuch Bismarcks bewertete, ſeinen König „vor dem Feinde im Stiche ließ". Wir hatten keinen ſolchen Staatsmann. Er fehlte uns, als der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg bevorſtand; er fehlte uns, als Wilſon im Januar 1918 ſeine vierzehn Friedenspunkte aufſtellte und im Juli desſelben Jahres ergänzte, und er fehlte uns auch noch im Auguſt, als Lloyd George erklärte, der Kaiſer und ſeine Regierung könnten morgen Frieden haben, wenn ſie das Programm Wilſons annähmen. Er fehlte uns vor dem Kriege, um den Krieg zu verhüten, und er fehlte uns während des Krieges, um dem Machtwillen zu trotzen und im geeigneten Zeitpunkte Frieden zu ſchließen. Statt dieſes einen Staatsmannes, den wir brauchten, hatten wir eine militäriſche Diktatur, die die ganze politiſche Macht an ſich riß, Reichskanzler und Staatsſekretäre abſetzte, den verantwortlichen Staatsleiter und den Reichstag ausſchaltete und dazu keine andere Legitimation beſaß als ihren Glauben an die Macht. Dieſer Glaube hatte auf dem Schlachtfelde Siege erfochten, wie die Geſchichte kaum ihresgleichen kennt; er hatte Länder erobert, wie ſie in ſolchem Umfange ſeit des großen Napoleon Tagen von keinem Volke der Erde beſetzt worden ſind; er war ſo von Kraftbewußtſein erfüllt, daß ihm kein Ziel unerreichbar ſchien. Aber der Glaube an die Macht erwies ſich auch in unſerem Falle nicht als ein moraliſches Moment, das in der Stunde der Not das heilige Feuer der Begeiſterung entfacht. Mit der Macht ſchwand auch der Glaube an ſie. *Das Waffenſtillſtandsangebot* zeigte der überraſchten Welt und einem in ſeinem Vertrauen ſchwer getäuſchten Volke, daß die deutſche Militärmacht bereits zuſammengebrochen war. Bis zu dieſem letzten Augenblick hatten die vor der Geſchichte verantwortlichen Männer mit dem Eingeſtändnis ihrer Ohnmacht gewartet. Das iſt es, was wir nie verzeihen können.

Und nun gibt es in Deutſchland Schriftſteller, die unſer Volk in ſeiner Geſamtheit anklagen, dieſes Volk, das in geradezu kindlichem Vertrauen zu ſeinen Führern aufgeſchaut und wie kein anderes heldenmütig gekämpft und gelitten hat. Es iſt wohl kein Zufall, daß es dieſelben Kreiſe ſind, die bis vor kurzem noch zu den ſtärkſten Stützen des zuſammengebrochenen Syſtems gehörten und die jetzt unſer Volk für den Zuſammenbruch verantwortlich machen wollen. Alle, die aus ihrer begreiflichen Herzensnot keinen anderen Ausweg finden als die Anklage gegen das eigene Volk, ſeien an die Worte erinnert, die der *Freiherr vom Stein* im Jahre 1812 der Zarin, einer württembergiſchen Prinzeſſin, auf ähnliche Vorwürfe antwortete: „*Ew. Majeſtät haben ſehr unrecht, ſolches hier auszuſprechen, und zwar über ein ſo großes, treues, tapferes Volk, welchem anzugehören Sie das Glück haben. Sie hätten ſagen ſollen, nicht des deutſchen Vol-*

kes ſchäme ich mich, ſondern meiner Brüder, Vettern und Genoſſen, der deutſchen Fürſten. Ich habe die Zeit durchlebt, ich lebte in den Jahren 1791, 1792, 1793, 1794 am Rhein; nicht das Volk hatte Schuld, man wußte es nicht zu gebrauchen: hätten die deutſchen Könige und Fürſten ihre Schuldigkeit getan, nimmer wäre ein Franzoſe über Elbe, Oder und Weichſel, geſchweige über den Dnjeſtr gekommen." Was der Freiherr vom Stein damals in gerechter Entrüſtung über einen ſeinem Volke angetanen Schimpf ſagte, gilt auch heute: „Nicht das Volk hatte Schuld, man wußte es nicht zu gebrauchen". Die Schuld der deutſchen Fürſten freilich iſt diesmal geringer als nach dem Zuſammenbruch von 1806, wo ſie noch abſolute Herren waren. Mit ihnen teilen ſich ihre Ratgeber und Miniſter, die Vertreter der Macht im Staate und alle, die zu Führern der Nation berufen waren oder ſich berufen fühlten, in die Schuld an dem Zuſammenbruch von 1918. Ein jedes Volk, auch das politiſch reifſte, braucht und hat Führer, auf deren Weisheit und Gerechtigkeit es in normalen wie in kritiſchen Zeiten bauen kann. Ob ſie nun von einer erblichen Krone oder vom Volke ſelbſt berufen werden, in jedem Falle ſind ſie es, die die Verantwortung tragen für das, was im Staate geſchieht. Wer von denen, die in den letzten 30 Jahren in Deutſchland ein öffentliches Amt bekleideten oder ſonſt im politiſchen Leben tätig waren, will ſich frei von Schuld ſprechen und die Anklage erheben gegen die Volksgemeinſchaft, die ihm vertraute? Vor einem wirklich unparteiiſchen Richter würde kaum einer Gnade finden. Letzten Endes waren ſie alle Götzendiener des Glaubens an die Macht.

Der Glaube an die Macht hat Schiffbruch erlitten und Deutſchland mit ſich in die Tiefe gezogen. Er war ein Teil jenes Syſtems geweſen, das trotz ſcheinbarer Selbſtverwaltung des Volkes in Wahrheit den aufgeklärten Abſolutismus zu verewigen ſuchte. Dieſes Syſtem gehörte längſt einer untergehenden Weltordnung an und hat nun auch in Deutſchland für immer Grund und Boden verloren. Als eines der letzten großen Völker tritt das deutſche in die Reihe der Nationen, die ihre Geſchicke ſelbſt beſtimmen. Ein neues Reich wird erſtehen, und in ihm wird auch ein neuer Glaube herrſchen. Als letzter Kanzler des alten Regimes hat Prinz Max von Baden den Glauben an das Recht verkündet. Es geſchah zu ſpät für dieſen Krieg, hoffentlich noch nicht zu ſpät für unſer Volk, ſicher nicht zu ſpät für die Menſchheit.

Innere Politik als weltpolitiſche Waffe

Von J. Moritzen (Jels)

Die Überſchrift dieſer Abhandlung wird zunächſt befremdend und gewagt anmuten. Innere Politik als weltpolitiſche Waffe. Doch wohl nicht unſere jetzige innere Politik! Iſt es nicht ſehr gewagt und mehr als ideologiſchprofeſſorenhaft, jetzt über innere Politik überhaupt etwas zu ſchreiben, wo wir doch jetzt gar keine innere Politik haben, ſondern ſtändig am Rande eines Chaos leben? Ich hoffe, die Überſchrift wird ſich im Nachfolgenden rechtfertigen.

Wir müſſen von der inneren Politik das Allergrößte erwarten. Wo hätten wir ſonſt irgend etwas zu erwarten? Dabei wollen wir uns gar keinen Illuſionen hingeben und uns bei dem einen Erwarten beſchränken: irgendwie werden doch die 60—70 Millionen Menſchen, die Deutſche heißen, leben und arbeiten können.

Zunächſt, es iſt nicht troſtbegierige Träumerei, die über die nächſten, vielleicht kataſtrophenreichen Wochen hinwegſchauen will. Wir müſſen das. Gerade bürgerliche Kreiſe, die am meiſten bedroht ſind, in Beſitzſtand und Einfluß auf Rechts- und Verfaſſungsfragen, müſſen politiſch arbeiten, denken. Die bisherige unpolitiſche Art des breiten Bürgertumes iſt eine ſich ſchwer rächende Schuld. Da haben wir gleich eine der Erkenntniſſe, die uns helfen, Sinn in all dies ſchreckliche Geſchehen zu bringen: es iſt ſchon viele Male in der Geſchichte ſo geweſen, daß Völker erſt durch Niederlagen politiſche Ziele ſtellen lernten und zu ſolchen Zielen zuſammengeſchweißt wurden.

Es iſt nötig, daß wir nach Sinn in dem Geſchehen ſuchen, daß wir von all dem dabei Zufälligen loskommen; das heißt eben die Vorgänge, die wir erlebten, innerlich verarbeiten. Wir müſſen frei werden von allem hin und her und verſuchen, eine Hauptlinie zu erkennen, die uns die Möglichkeit gibt, wirklich mit einem Ziel zu arbeiten.

War dieſe Revolution nötig, ſo fragt man. Mancher Menſchen Gedanken nennen ſie heimlich oder öffentlich die deutſche Schmach. Man hört von Gerüchten, nach denen England auch in ein paar Wochen vor dem Nichts geſtanden hätte. Man denkt an das gewiß in der Revolution mitſpielende ruſſiſche Gold. Man denkt daran, daß dieſe Revolution und die Abdankung des Kaiſers den Feinden hochwillkommen und deshalb wohl nie unſer Glück ſein kann. Niederlage und Revolution erſcheinen unlöslich verknüpft zu ſein. So ſpricht man, ſo denkt man. Abgeſehen davon, daß dies alles unfruchtbare Erwägungen ſind, weil ſie nur Schwermut, Haß, Klage- und Anklageſtimmungen nähren, ſo bleiben ſie auch bei Äußerlichkeiten ſtehen und dringen nicht durch zum Verſtändnis der wirklichen Notwendigkeiten, die ſich durchſetzen, durchſetzen mußten.

Die Revolution — es war ja eigentlich keine ſo gefährliche Sache, oder noch keine — und alles was damit unmittelbar verknüpft iſt, hat meines Erachtens inſofern eine innere Nötigung gehabt, als bei allen Wandlungen und Wendepunkten die Naturkraft der Geſchehniſſe zu viel Macht entfaltet und damit zu weit geht, übers Ziel hinausſchießt. Auch der Bolſchewismus, die Überſozialiſierungswut hat dieſe Art Nötigung in ſich. Es wird öfters bei Entwickelungen in überſtürzender Haſt, in Notreife vorweggenommen, was erſt langſam, allmählich reiſen kann. Es mußten die Revolutionsvorgänge als Begleiterſcheinungen kommen, mit zwingender Notwendigkeit mußte aber die Demokratiſierung und zwar die *abſolute* Demokratiſierung kommen. Das muß man ſich einmal *ganz* klar machen, um über die vielen betrüblichen Nebenerſcheinungen hinwegzukommen.

Ich glaube das in dem Folgenden, Gedanken, die ſchon vor der Revolution feſtlagen, beweiſen zu können.

Demokratie hat abſolut ſiegen müſſen! Wie liegen die Dinge und beſonders die pſychologiſchen Nötigungen?

Wir wehrten uns ſiegreich, ſagen wir mit Recht und mit Stolz. Die Maſſe überwältigte uns, es iſt nicht ſchimpflich, der Maſſe zu weichen. Die Maſſe des Materials, der Menſchen wurde gegen uns mobiliſiert, 10 fache Übermacht. Die Maſſe der Rohſtoffe wurde uns vorenthalten. Noch ein anderes, und das war viel gefährlicher, denn es macht uns vielfach irr und wirr, die Idee der Maſſe, der demokratiſche Gedanke, hat gegen uns mobil gemacht werden können.

Demokratie, Volksherrſchaft, hat Deutſchland das nicht auch erſtrebt, und zum großen Teil ſchon gehabt? Ja und Nein. Soviel iſt zunächſt zu ſagen: Niemand ſeufzte bei uns unter korrupten Verhältniſſen, egoiſtiſchen, beſtechlichen Beamten, erpreſſenden Miniſtern uſw. Im Staate der Pflicht gab es dieſe Dinge nicht, hatten wir Monarchie, Ariſtokratie, ſo war ſie nicht ſchlechthin moraliſch untergraben.

Aber doch veraltet, unmöglich. Dies zeigt ſich mit ſchmerzlicher Deutlichkeit. Unſer Reichstag, nach freieſtem Syſtem gewählt, hatte Einfluß auf die Regierung, die Entſchlüſſe der Regierung in Innen- und Außenpolitik waren ſtets von Rückſichtnahme auf die Volksſtimmung mitbeſtimmt. Man ſieht das von Anfang des Krieges an bis der Parlamentarismus ſelber die Macht ausübte. Wie kommt es aber, daß dies ſo langſam ging, richtiger, daß es ſo von der ganzen Volksmaſſe in ihrem Empfinden nicht verarbeitet und durchlebt wurde, ſondern vielfach halb unwillig, wie ein Fremdartiges, ertragen wurde? Und nun zuletzt die gewaltſame und doch ſo unnötig erſcheinende Revolutionierung? Weil wir ſo gewohnt waren und es liebten, regiert zu werden und auch da ſehr verwöhnt worden ſind. Weil wir dies demokratiſche Syſtem von unſeren Feinden lernten.

Das deutſche Volk in weiteſten Schichten und einflußreichen Kreiſen verſtand unter Demokratie entſprechend ſeiner hohen intellektuellen Bildung und ſeines ganz geringen politiſchen Inſtinktes etwas ganz anderes als die andern Nationen. Nämlich eine Zuſammenarbeit *aller Volkskräfte* in *Harmonie*, ſo daß Gebildete und Ungebildete, Fähige und Unfähige, Charaktervolle und Charakterloſe in rechtes Gleichgewicht gebracht, die höchſte Leiſtung ermöglichten. So gründlich (intellektuell) denkend, ſo idealiſtiſch arbeitete man. Abgeſehen von den Demokraten reinſten Waſſers, die auch vielfach lediglich aus Parteigründen anders urteilten.

Wir leiden an Kompliziertheit. Das Deutſche Reich tat es immer. Auch jetzt noch iſt das Reich ein kompliziertes Gebilde. Unſere Demokratie ſollte auch etwas kompliziertes werden.

Ideen ſind nie kompliziert, immer einfach und ſetzen ſich einfach durch. Ich denke an ein Beiſpiel. Die Idee von der Schändlichkeit des Sklavenhandels hat ſich, obwohl es immer Verhältniſſe gibt, die ſich damit berühren, abſolut durchgeſetzt; ihre abſolute Gültigkeit und Segen kann man in einzelnen Fällen vielleicht beſtreiten. Dieſe Idee ſteht feſt. Die Idee von der Toleranz religiöſer Weltanſchauungen iſt abſolut eingedrungen, beides findet ſich: praktiſche Intoleranz und Verhältniſſe, wo man ſich zum Beſtreiten der Notwendigkeit dieſer Idee genötigt fühlt.

Die Idee ſteht feſt. So die demokratiſche Idee, und zwar im abſoluten Sinne. Dieſe Idee gibt jedem Menſchen prinzipiell politiſch gleiche Rechte und Verantwortung und Macht. Dieſe Idee iſt durchgedrungen. Die Folgerungen ſind Parlamentarismus uſw. (nicht notwendig Republik).

Es hat uns ſchwer geſchadet, daß die Feinde dies an unſerem Staatsweſen tadeln konnten, daß wir nicht freie Verhältniſſe hatten. Damit haben ſie methodiſch zu unſern Ungunſten arbeiten können. Dieſer Geiſt der Maſſe hat ſehr dazu beigetragen, außer dem einfachen Machtdruck, die andern Völker, nacheinander in die Schreckniſſe des Krieges zu ſtürzen und zwar ſtets in bona fide, im Glauben, ſie täten es ſich ſelbſt zu Ehren und der Menſchheit zum Ruhm. Das ſind nicht Lügenkünſte allein geweſen, wie wir oft meinten, — eine alte Wahrheit gibt jedem Irrtum nur ſo viel Kraft wie das Körnchen Wahrheit, das doch drinſteckt — ſondern Kräfte der Idee, die ſiegen mußten. Man kann ſagen nach dem Geſetz der in ihnen wohnenden Schwere. Dieſe Gegenſätze unſerer kompliziert hiſtoriſchen Gebilde und kompliziert pſychologiſchen Empfindungen und die Vereinerleiung des Weſtens ſtritten ſich. Ja, wie in einen Religionskrieg kämpften Anſchauungen.

Unſere Methode iſt beſiegt. Der Geiſt der Maſſe mußte ſiegen. Da liegt Schuld, daß wir das erſt ſo ſpät erkennen. Dieſe Schuld iſt tragiſch, ſehr tragiſch; hängt ſie doch mit dem beſten, tiefſten in unſerem Weſen zuſammen. Deshalb aber kann ſie auch überwunden werden, und uns ſelber und der Welt dienen.

Wir erkannten die Erdenſchwere im Geiſt der Maſſe. Man vergleiche die Oligarchie in Rußland und Amerika. In dem einen Lande brachten Herkommen, vererbte Rechte, Traditionen und Gewöhnung die Macht an wenige. In dem anderen Staate die Macht des Geldes auf dem Wege durch Wahlkampf und Preſſe. In einem Staate naturgegebene Abhängigkeiten, im anderen ſelbſtgewählte. Vielleicht im letzteren einſuggerierte, aber doch immer mit dem Namen Freiheit verſchönte.

Demokratie kann in Händen weniger ſein, ſchützt nicht vor Ausbeutung, kann unſittlich ſein durch und durch. Monarchie kann gut und heilſam ſein..

Man muß aber wiſſenſchaftlich feſtſtellen, die Demokratie hat geſiegt. Demokratie in abſolutem Sinne: Jeder Menſch politiſch prinzipiell gleichen Wert und gleiche Verantwortung.

Das hat beides Vorteile und tiefe Gründe.

Vorteile: Das Volksleben reguliert ſich leichter, ſozuſagen automatiſch durch Mehrheitsprinzip, Miniſterwechſel uſw. Der Vorwurf äußeren Zwanges kann nie erhoben werden, obwohl die innere Nötigung und Abhängigkeit die freie Wahl oft genug zur Farce machen wird. In letzterem, dem fehlenden Zwang, liegt ein Fortſchritt. Jede neue Generation nimmt von neuem ihr Geſchick in die Hand. — Die Nachteile: die vielen, zu politiſchen Kämpfen verpufften Geiſteskräfte ſeien auch erwähnt.

Doch die Gründe, die ſind wichtiger zu erkennen. Wenn eine Sache *notwendig* iſt, ſo müſſen *doch* alle Luſt- und Unluſtgefühle ſich abfinden.

Der Sieg der Demokratie hängt zuſammen mit der Ausreifung unſerer chriſtlich-proteſtantiſchen Weltideale von der freien Perſönlichkeit, hängt tief zuſammen mit den heiligen Naturrechten des Individuums.

Überall begegnen wir dem Vorgang der Verkomplizierung des Lebens und des Durchbrechens des Einzelnen. Beiſpiel: Katholiſche Kirche, Proteſtantismus; Obrigkeitsſtaat, Revolutionierung. Beides, Kirche und Staat waren Geiſtes-, Kulturprodukte, beide auf Grund des Schaffens freier Perſönlichkeiten entſtanden. Es iſt nicht zu befürchten, daß dieſer Losreißungsprozeß zur völligen Auflöſung führt. Nicht zu hoffen, zum reinen Idealreich. Zu neuen Konſolidierungen voll Erdenſchwere und Fehlern.

Unſere Gegner hatten innerlich begründete Methode in ihrer Weltpolitik, was können wir da lernen, ſollen wir etwa nur nachkommen, nachahmen? Weit — weit gefehlt.

Wir haben aus Treue gegen die Wahrheit in ſittlich guten Zuſtänden, in Erkenntnis der Mängel der Demokratie, der abſoluten Demokratiſierung widerſtanden. Nicht eigentlich Mächtegruppe gegen Mächtegruppe um Vorteiles willen. Nicht gegen Freiheit haben wir uns gewehrt, ſondern gegen die andere Form des Zwanges, wir waren zu ſehr verſtandesmäßig, zu hoch in den Forderungen.

Wir müſſen das Prinzip der abſoluten Demokratie annehmen. Müſſen das vorbehaltlos.

Wir müſſen unſere tiefere Einſichtnahme, die wir beſitzen, nützen zur Geſtaltung der vollkommenſten Zuſammenarbeit aller Kräfte in Harmonie bei uns. Soll

Völkerbund eine Wirklichkeit werden und das iſt anzunehmen, denn der Gedanke liegt in zwingend logiſcher Folgerung des demokratiſchen Syſtemes, ſo wird die Zuſammenarbeit der Völker auf dem Gebiet der inneren Politik beginnen — nicht nur in Abrüſtungsfragen — und wird viel brennende Fragen aufwerfen. Da heißt es, die inneren Verhältniſſe methodiſch ausbauen und in den Dienſt der äußeren Politik ſtellen.

Es liegt die Gefahr vor, daß der Völkerbund eine Entwicklung nimmt ähnlich der des demokratiſchen Staates, ein Bund der Mehrheit gegen die Minorität. Ich ſage Gefahr, weil unſer Volk die Minorität iſt; wie groß dieſe Gefahr iſt, das zeigen alle feindlichen Preſſeſtimmen, die uns die allerhärteſten Friedensbedingungen auferlegen wollen. Aber unſer Volk hat Kräfte und Quellen, die es trotzdem mutig ſeinen Weg gehen laſſen werden.

Die Zukunft wird es lehren, daß kein Volk ſich ſo abſolut für eine Idee zu begeiſtern vermag, als gerade das deutſche. Auch die Geſchichte der deutſchen Sozialdemokratie beweiſt das; ſie war ſtets die an Idee reichſte, die prinzipiellſte und glaubenstreueſte. Die Waffe des geordneten Sozialismus iſt ein gefährliches Ding gegenüber kapitaliſtiſchen Staaten.

Ideen, große Völkerbewegungen, Krankheiten ziehen von altersher im Zuge von Oſten nach Weſten über die Erde. Bolſchewismus iſt ein krankhafter Zuſtand; die Idee des ſozialen Staates wird kommen und mächtig ſein gerade bei der beſtimmt immer mehr einſetzenden Internationaliſierung der Welt. Deutſchland hat einmal eine gewaltige Sendung gehabt in der Welt, die Reformation. Es wird wiederum eine Sendung haben, es hat Kräfte, Kräfte idealen Könnens. Es hat auch Quellen. Dabei ſei hier nur auf eine hingewieſen. Die vielen Millionen Auslandsdeutſchen, die von der Heimat und Heimatregierung bisher ſo bitter vernachläſſigt ſind. Die wiſſen, was Selbſthilfe bedeutet und wie ſie geſchafft wird. Durch Selbſthilfe haben ſie oft in rührender Treue ihr deutſches Weſen und die Liebe zur deutſchen Art hochgehalten und kundgetan. Sie werden das deutſche Volk auch nicht im Leid im Stich laſſen.

Es gilt, mit der Waffe der Idee zu kämpfen. Einen ſchüchternen Verſuch machten wir in der erſten Note an Wilſon, da wir unſere Vorzüge, Schutz der arbeitenden Klaſſen dem Völkerbund ins Herz ſchieben wollten. Solche Wege gilt es mit Geſchick zu gehen, nicht als Schulmeiſter der Welt.

Immer mehr iſt die Welt auf Zuſammenarbeit angewieſen. Diejenigen, die nur Gedanken hegen, die ſich innerhalb des eigenen Volkes bewegen, ſind Narren.

Der Weg durch die vier Jahre Krieg war ein Leidensweg, und den Leidensweg der Minorität werden wir gehen müſſen, aber wir haben doch Erkenntniſſe und Fähigkeiten, gerade weil wir ſolange der abſoluten Demokratie widerſtanden, die uns allen anderen voranſtellen können. Unſere Innenpolitik auf gleicher Baſis wie die der anderen Völker wird überhaupt erſt verſtanden werden.

Vom deutſchen Geiſt, der ſiegt, dem nichts widerſteht, träumten wir 1914. Was meinten wir? Eine Fülle von Schriften ſtellten ſich die Aufgabe, den Geiſt von 1914 feſtzuhalten. Und doch beobachten wir, daß ſich dort außerordentlich wenig Gedanken und viel Stimmungen finden. Jedenfalls, wie ſind die Gedanken betrogen worden! Was war der deutſche Geiſt 1914? War es nicht der Geiſt der Pflicht, der Geiſt der Treue, der Geiſt des Opfers. Dies iſt eine wahrhafte Größe, die unſer Volk zeigte. Wer wird jemals ſo würdelos werden, dieſe Tage zu vergeſſen.

Doch dieſem Geiſt widerſtand die Welt, die Maſſe. Dieſer Pflichtgedanke, wie ihn unſer Volk unvergleichlich darſtellte. war hohe Sittlichkeit; mögen die Kurzſichtigen und Schimpfluſtigen den Militarismus tadeln und kritiſieren. Er verdient Kritik, aber dieſe Seite war groß und wird es ewig bleiben. Sittlichkeit, doch — ohne Erkenntnis; Wille, ohne Ziel.

Erkenntniſſe verwandeln die Welt. Gehen wir getroſt den Leidensweg der Minorität, die wahre Erkenntnis wird immer Sieger bleiben, zuletzt.

Wir haben ein Ziel, das auch für ein ſo armes, geſchlagenes und gedemütigtes Volk wie unſer liebes Volk es jetzt iſt, nicht unmöglich iſt, oder unerreichbar, und zugleich das höchſte Ziel der Welt, das Ziel, der beſte ſoziale Staat zu ſein. Es kommt hierbei nämlich nicht in erſter Linie auf Maſſe, auf Geld, auf Glücksgüter an, ſondern auf Methode. Setzen wir unſer Ideal in Marſch, wenn wir auch arm ſind, wir werden es erleben, daß dieſem deutſchen Geiſt und Ziel nichts widerſteht.

Das Ergebnis der engliſchen Wahlen

Von Carl Brinkmann

Das Ergebnis der engliſchen Wahlen iſt eine Überraſchung, obwohl es in der Richtung liegt, die ich vor kurzem in dieſen Blättern angeben durfte. Der Sieg Lloyd Georges hat in der vom erſten Wahltag (14. Dezember) bis zur Verkündung des Ergebniſſes (28. Dezember) verfloſſenen Zeit einen Umfang erreicht, und die hervorragendſten unter den jetzt bekannten Einzeltatſachen dabei ſind von einer Seltſamkeit, daß der mit der Lage weniger Vertraute geradezu vor einem Rätſel zu ſtehen meint. Daß der alte Kern der liberalen Partei unter Asquiths Führung in einer Zeit, die ſogar in den Arbeiterkreiſen den Gedanken des Freihandels immer mehr in den Hintergrund gedrängt hat, eine Niederlage erleiden würde, war vorauszuſehen; kaum, daß weder Asquith ſelbſt, noch die Hauptführer des engliſchen Jungliberalismus, die während des Krieges die Freihandelsparole zu erneuern verſucht hatten, ihre zum Teil altangeſtammten Wahlkreiſe behauptet haben. Die zweitgrößte Überraſchung iſt wohl der Grad, in dem es der iriſchen Revolutionspartei, dem Sinnfein gelungen iſt, ſowohl Ulſterleute wie Nationaliſten auf ihrer Inſel zu ſchlagen. Der gegenwärtige Führer des iriſchen Nationalismus, Dillon, iſt perſönlich dem berühmten Führer der Sinnfeiner, De Valera, unterlegen. Die bekannte Barrikadenkämpferin des Dubliner Oſteraufſtandes von 1916, die Gräfin Markiewicz, iſt eine der wenigen Frauen, die die neu eingeführte Wählbarkeit ins Parlament bringt. Das bedeutet alſo: In Irland wie in England verſchwinden die urſprünglichen Stützen des Regiments, unter dem Großbritannien in den Krieg eintrat und unter deſſen maßgebender Beteiligung es ſeine erſte Koalitionsregierung bildete. Und daß in England der konſervative Reſt der Koalition unter Lloyd George, in Irland umgekehrt die Revolution, den Vorteil daraus zieht, kommt, ſo ſonderbar es ſcheinen mag, für den Augenblick ziemlich auf dasſelbe hinaus: ſelbſt wenn die Sinnfeiner den herkömmlichen Boykott gegen das Unterhaus aufgeben und in ihrer neuen Stärke von 70 Mann in Weſtminſter erſcheinen ſollten, wird es lange dauern, ehe ſie für die Zwecke einer geſchloſſenen engliſchen Oppoſition bündnisfähig werden.

Auch die engliſche Mehrheit Lloyd Georges, die die noch nicht dageweſene Höhe des Doppelten der geſamten anderen Abgeordneten erreicht, verdient nun aber auf Zuſammenſetzung und Färbung etwas näher angeſehen zu werden. Symboliſch iſt, daß ſtatt Asquith ein Mann wie der Führer der Hafen- und Werftarbeiter, Ben Tillett, gewählt wurde. Er ſteht ungefähr auf dem Schnittpunkt der verſchiedenen für Lloyd George verbündeten Strömungen und Intereſſen. Im Frieden ein gefürchteter und unermüdlicher Führer rieſenhafter Ausſtände, hat er im Kriege zwar nicht die geradezu jingoiſtiſche Haltung der Seeleute-Gewerkſchaft eingenommen, ſtets aber die Maſſen ſeiner Untergebenen in unzweideutig kriegsfreundlicher Weiſe geleitet. Man ſagt, daß die Stellung wie der Seeleute, ſo auch der Hafenarbeiter im Grunde auf den U-Boot-Krieg zurückzuführen ſei, der bei jenen die maßloſe Verhetzung durch die ſtändige Lebensgefahr, bei dieſen die hohen Gewinne durch die verwickelten Landungs- und Ladeverhältniſſe herbeiführte. Jedenfalls hat ein Mann wie Tillett auch als Helfer in der Organiſation der engliſchen Seeverſorgung einen gewaltigen Anteil an der Bekämpfung des U-Boot-Krieges gehabt. Solcher Säulen der Herrſchaft Lloyd Georges, die ja ſtets wenigſtens den Anſchein einer ſozialen Diktatur aufrecht zu erhalten verſtand, haben anſcheinend noch viele mit ihm und für ihn geſiegt. Frühere Miniſter, wie Barnes, ernten jetzt den Dank ihrer Arbeitergenoſſen dafür, daß ſie niemals miniſteriell genug waren, um ſich nicht wenigſtens ſcheinbar den Beſchlüſſen der Arbeiterpartei zu fügen. Dagegen iſt, wohl das größte perſönliche Ereignis nächſt der Niederlage Asquiths, der große Führer der unabhängigen Arbeiterſchaft, Henderſon, nicht gewählt, und von den etwa 400 eigenen Kandidaten, die die von ihm neueingerichtete Arbeiterpartei insgeſamt aufgeſtellt hatte, haben nur 65, alſo weniger als z. B. Sinnfeiner in Irland, ihre Wahl durchgeſetzt. Die Nachrichten darüber, daß gerade der radikalſte Flügel der

Arbeiterpartei, den der Miniſterpräſident noch kurz vor dem Wahltage als bolſchewiſtiſch heftig angegriffen hatte, völlig in die Enge getrieben ſei, werden trotz des Sturzes von Snowden und Macdonald zunächſt mit Vorbehalt aufzunehmen ſein. Immerhin iſt klar, daß die nach dem 14. Dezember beſonders aus dem Felde hinzukommenden Soldatenſtimmen gerade für dieſen Radikalismus einen Zuwachs nicht gebracht haben werden, ſo wenig ſie auf der anderen Seite die Hoffnung der Gegner Lloyd Georges erfüllt haben, das vorläufige Wahlergebnis zu ſeinen Ungunſten abzuändern.

Es ſind Anzeichen da, daß Lloyd Georges Wahlkampagne ſehr ſtark im Zeichen des radauluſtigen Siegestaumels geſtanden hat. Der berüchtigte Doppelgänger Northcliffes in der Londoner Vulgärpreſſe, der Herausgeber des „John Bull“ und „Sunday Pictorial“, Horatio Bottomley, iſt von den Londoner Cockneys mit Begeiſterung auf den Schild erhoben worden, und ſogar eine faſt noch mehr bloßgeſtellte Perſönlichkeit wie der Abgeordnete Pemberton Billing, der bekannte Dilettant im Flugweſen, Urheber von Lärmſzenen im Unterhauſe und Ankläger der Maud Allen, wurde anſtandslos wiedergewählt. Es war freilich von vornherein nicht zweifelhaft, daß Lloyd George in ſeinem Eroberungszug die ſchmutzigſten Hände gerade recht ſein würden, und er hat es auch während der Wahlvorbereitungen wieder glänzend verſtanden, die bedenklichſten Faktoren und Stichworte in die demokratiſche Form der allgemeinen Volksſtimme zu kleiden und ſich jede chauviniſtiſche Ungeheuerlichkeit erſt ſo und ſo oft vorſagen zu laſſen, ehe ſeine Wahlreden ſie aufnahmen.

Dennoch ſcheint es ſich bei dem Typus des jingoiſtiſchen Wählers von Lloyd George nicht um etwas ganz ſo einfaches zu handeln, als man auf dem Feſtlande vermuten könnte. Es iſt ein Jingoismus, der nicht nur zum Schein das Gepräge der ſozialen Anwaltſchaft trägt. Ein Mann wie Billing zog die Kräfte ſeiner Volkstümlichkeit ebenſoſehr wie aus allerlei ſchlechten Inſtinkten doch auch aus der Tatſache, daß ſeine Enthüllungen aus dem ſchwarzen Buch der engliſchen Geſellſchaft mit der verwahrloſten Plutokratie des Parlamentsliberalismus aufzuräumen verſprachen. Bottomley legte, auch darin ſeinem großen Vorbild Northcliffe ähnlich, ſtets Wert darauf, ſeine Patronage für Lloyd George in die rauheſten Formen des getreuen Eckart von der Straße zu kleiden, und war, wie jeder Leſer des „John Bull“ weiß und von deutſchen Erfahrungen aus beſonders beachtenswert finden wird, auch ſachlich vorſichtig genug, die rückſichtsloſe Vertretung der Mannſchaftswünſche in Heer und Flotte ſelbſt gegen die höchſten Behörden zu einer ſeiner journaliſtiſchen Hauptaufgaben zu machen. Sylvia Pankhurſt die Tochter, deren revolutionäre Gebärden in der deutſchen Preſſe vielfach ernſt genommen wurden, bediente ſich in Wirklichkeit dieſes Auftretens nur, um auch die breiteſten Maſſen proletariſcher Frauen für Lloyd George gewinnen zu können. Hat man dieſe Zuſammenhänge aber erſt einmal eingeſehen, ſo iſt die Klaviatur von Lloyd Georges Wahlpropaganda im Grunde nicht ſchwer zu überſehen. Am Ende von vier Kriegsjahren ſind auch die engliſchen Maſſen von dunklem und unbeſtimmtem Reſſentiment erfüllt. Lloyd George ſieht ſeine Hauptaufgabe darin, es auf ihm ungefährlich oder gelegen ſcheinende Ziele abzulenken. Das *Rachegefühl gegen den Deutſchen*, das im Durchſchnittsengländer durch den Krieg nicht ſo ſehr geſchaffen als bloß geſteigert wurde, geht dabei faſt unmerklich in den dumpfen Groll gegen den mancheſterlichen Kapitaliſten über, der, ſo ſagt die Jingopreſſe, hauptſächlich mit deutſchen Verbindungen und deutſcher Hilfe die engliſche Volkswirtſchaft zu Grunde gerichtet hat. Allerdings iſt die Gewalt der Gedanken- und Gefühlsſtröme, die der Miniſterpräſident ſo in Bewegung ſetzt, mit dieſen rohen Kliſchees nicht erſchöpft. Neben dem Reſſentiment ruhen in der Seele der europäiſchen Maſſen heute alle Grade des Begehrens von der primitivſten Bereicherungsſucht bis zu den ehrlichſten ſozialiſtiſchſten Träumen. Lloyd George will, und darauf ſollte ganz Europa achten, den geſchichtlich ſehr ſchweren Weg gehen, dieſen Wünſchen die Erfüllung nicht durch den bürgerlichen Liberalismus, ſondern durch eine neue Form von nationaliſtiſchem Imperialismus zu verheißen. Was außer in Rußland auf dem ganzen Feſtlande im Übergang vom Krieg zum Frieden verſucht wird und noch auf lange hinaus verſucht werden wird, die Rückbildung ſozialer Militarismen in mehr oder minder bürgerlich freie Wirtſchaftsſyſteme, ſtreicht Lloyd George entſchloſſen ganz von ſeinem Programm. Während jene Verſuche im weſentlichen den Arbeiter mit dem Mancheſtermann verſöhnen ſollen, will er umgekehrt den Arbeiter zum Bundesgenoſſen bei einer *Fortführung der Kriegswirtſchaft*.

Gewiß ſteht alſo zunächſt hinter der Erbitterung des unterlegenen Bürgertums die Furcht vor den unbefahrenen wirtſchaftlichen und ſozialen Meeren, auf die der Miniſterpräſident ohne und gegen einen Teil der alten Herrſcherklaſſe das engliſche Staatsſchiff hinausſteuert. Aber eine ſolche Anſicht wäre doch eine äußerſt einſeitige Übertreibung der Sachlage zu Lloyd Georges Gunſten. Man muß verſuchen, auch vom entgegengeſetzten Standpunkt die ganze Summe der Halbheiten und Gefahren zu ſehen, die ſeine Großzügigkeit in den Kauf nimmt. Auch in England bilden weder die Maſſen noch ihre einzelnen Führer und Straßenhelden eine politiſche Macht, mit der die Staatsmaſchine noch dazu in ganz neuer Richtung fortzutreiben wäre. Es iſt daher kein Wunder, daß im Augenblick, da Lloyd George die eine der beiden großen traditionellen Mächte im engliſchen Parlamentarismus ausſchaltet, ganz unabhängig von ſeinem oder irgendeinem anderen Willen die politiſche Vorherrſchaft der anderen, den ſchutzzöllneriſchen Unioniſten zufällt. Das iſt der Sinn der liberalen Prophezeiung, daß Lloyd George für ſeinen Triumph ſeine Seele verkauft habe und im Augenblick des Sieges ſchon heute ein verlorener Mann ſei. Das Miſchungsverhältnis zwiſchen dem Protektionismus, nach dem das engliſche Induſtriekapital verlangt und von dem die Arbeiter eine beſſere Zukunft erhoffen, wird nicht der Miniſterpräſident und nicht die Staatsgewalt, ſondern eine ſoziale Gewalt beſtimmen, die durch den Sieg ihrer Ideale im Kriege an lüſternem Machtſtreben dem alten Liberalismus tauſendfach überlegen iſt.

Und ſchon hat mitten in der Niederlage die liberale Gegenwehr gegen Lloyd George einen großen Erfolg errungen. Sie hat die außenpolitiſche Lage geklärt, die viel mehr als die kommende Staats- und Geſellſchaftsordnung die drängende Frage der unmittelbaren Gegenwart iſt. Denn es iſt ihr gelungen, den Punkt aufzuzeigen, an dem das ſchöne Syſtem von Lloyd Georges Friedensprogramm in naher Zukunft zur inneren Reibung und Exploſion kommen muß. Die Abſchaffung der allgemeinen Wehrpflicht iſt gewiß zunächſt eine der großen liberalen Forderungen. Ihr Hauptvertreter Sir John Simon iſt ſoeben im Wahlkampf unterlegen. Aber ſchon das Hauptereignis der Agitation gegen die Wehrpflicht, die Enthüllung des Eiſenbahnerführers Thomas über die Pläne des engliſchen Generalſtabs zur Beibehaltung eines ſtehenden Millionenheeres, zeigt, daß auch die Arbeiter dieſe Siege des Militarismus in Gemeinſchaft mit ihren feſtländiſchen Genoſſen unbedingt bekämpfen. Dennoch hat der Minſterpräſident über dieſe Frage bisher nur zögernde und unbeſtimmte Erklärungen abgegeben. Den Grund dafür haben die Liberalen und auch die Konſervativen, denen ja der Miniſterpräſident ebenfalls nicht weit genug geht, in gegenſeitiger Polemik klar herausgearbeitet: es ſind die leichtſinnigen Entſchädigungs- und Beſtrafungsforderungen, auf die ſich Lloyd George zur Populariſierung ſeiner Wahlmache einlaſſen mußte. Jeder Einſichtige in England durchſchaut heute den Zuſammenhang zwiſchen der Entſchädigungs- und Abrüſtungsfrage. Eine wirtſchaftliche Sklaverei des deutſchen Volkes zum Vorteil der Entente wäre nur unter einer ſtarken und dauernden Beſetzung Deutſchlands durch feindliche Truppen, d. h. einer gleichlangen militäriſchen Verſklavung der Ententevölker denkbar, die ſchon heute den Maſſen ihrer Heere vollkommen unerklärlich erſcheinen wird. Die goldenen Berge der deutſchen Kriegsentſchädigung müßte ſich alſo beſonders das engliſche Volk mit dem Opfer aller ſeiner alten bürgerlichen Freiheiten erkaufen. Man verſteht, weshalb ein großer Teil der Gegner Lloyd Georges trotz ſeines überwältigenden Sieges ſchon heute mit einer ſchnellen Ernüchterung der Wählermaſſen und einer entſprechend kurzen Lebensdauer des jetzt gewählten Unterhauſes rechnet. Das politiſche Experiment Lloyd Georges wäre ſchon in friedlichen Zeiten gewagt genug. Die Erregung des Kriegsausganges, die ihm auf der einen Seite ſicherlich zuſtatten kommt, könnte ſich ihm andererſeits gerade deshalb verhängnisvoll erweiſen, weil er ſelbſt, von ihr fortgeriſſen, die Verlegenheiten des Augenblicks überſah.

Nichtterritoriale Volksſtaaten

Von Eduard von Stackelberg.

Der Leidenskelch, den das Schickſal unſerem deutſchen Volke und jedem deutſchen Manne gereicht hat, wird dort zur Neige — bis zu den letzten tödlichſten Tropfen — geleert werden müſſen, wo der Deutſche unter Fremden wohnt.

Zur Entmutigung, Verarmung und ſittlichen Zerrüttung, zur Auflöſung feſtgefügter politiſcher und wirtſchaftlicher Gebilde von erprobter Tragkraft geſellt ſich dort Entrechtung, Verachtung, Verfolgung, Vertreibung von angeſtammten Wohnſtätten, Vergewaltigung an Eigentum und Leben.

Solch ein düſteres Bild entrollt ſich auch in den baltiſchen Ländern, ſeit dem Beginn des Rückzuges der deutſchen Truppen.

Den zeitweiligen Regierungen der beiden neuentſtandenen nationalen Republiken Eſtia und Latwia kam es zunächſt zugute, daß die bolſchewiſtiſchen Elemente der Eſten und Letten während der deutſchen Beſetzung des Gebietes aus dem Lande verdrängt oder geflohen waren. So konnten ſie ſich auf demokratiſcher Grundlage konſtituieren und die Anerkennung ſowohl der Entente als auch der deutſchen Reichsregierung als Vertretung der beiden Völker — nicht als ſelbſtändige ſtaatliche Gebilde — erlangen. Sie ſuchten zunächſt durch Anfachung eines gegen Deutſchland und die Deutſch-Balten gerichteten Chauvinismus eine Ablenkung von kommuniſtiſchen und anarchiſtiſchen Tendenzen zu ſchaffen. Es wurden Hochverratsprozeſſe gegen die Parteigänger Deutſchlands angekündigt, Maßnahmen gegen die Auswanderung von Deutſchen getroffen und eine Konfiskation des Großgrundbeſitzes in Ausſicht genommen. Die eſtniſche zeitweilige Regierung verlangte beſchleunigten Abmarſch der deutſchen Truppen. Den ſich zum Eintritt in die Bürgerwehr meldenden Deutſch-Balten wurde der Eintritt verweigert. Da aber die Hilfe der Entente auf ſich warten ließ, und da auf die Räumung der Städte Narwa und Pleskau ſofort ein verheerender Einfall der bolſchewiſtiſchen Banden folgte, ſahen ſich die beiden zeitweiligen Regierungen veranlaßt, einzulenken, um Verzögerung des Abmarſches zu bitten und in die Bildung einer Landeswehr unter Mitwirkung auch der Deutſch-Balten einzuwilligen.

Die Konfiskation der Rittergüter wurde vorläufig in eine „Kontrolle“ der Gutswirtſchaften zur Vorbeugung einer Devaſtation durch Inventarverkäufe umgewandelt.

In jedem Fall, iſt der beſtehende Zuſtand ein völlig labiler: greift die Entente in die Bekämpfung des Bolſchewismus tatkräftig ein, ſo kommt ſofort die verſchärfte nationaliſtiſch-chauviniſtiſche Richtung wieder zum Durchbruch und der baltiſche Deutſche iſt jeder Schikane, dem Boykott und der ſyſtematiſchen Benachteiligung und Bedrückung ausgeſetzt. Bleibt aber das Land ſich ſelbſt überlaſſen, ſo werden die neuerſtandenen gemäßigt-ſozialdemokratiſchen Republiken der Eſten und Letten vom großruſſiſchen Strudel erfaßt und fortgeſpült und mit ihnen auch der Reſt der Deutſch-Balten, von denen die wenigſten ſich rechtzeitig durch die Flucht werden retten können, da weder Geld noch Transportmittel genügend vorhanden ſind, um eine Abwanderung im Großen in die Wege zu leiten.

Dieſe Lage der Dinge drängt dazu, das Problem des Deutſchtums im Auslande auch für das baltiſche Gebiet ins Auge zu faſſen. Iſt es eine reine Machtfrage, ſo iſt es ſchnell erledigt: dann iſt eben der Deutſche hier wie überall machtlos und daher als ſolcher Objekt der Beraubung und Ausbeutung der ganzen gegen ihn verbündeten Außenwelt. Dann gibt es keine ihr Daſein verteidigende Deutſche Nation, keinen Zuſammenhang mehr unter ihren Teilen.

Iſt es eine Rechtsfrage aber, ſo muß für den Deutſchen dasſelbe Selbſtbeſtimmungsrecht gelten, wie für alle anderen Völker: dann gibt es auch eine Selbſterhaltungspflicht der deutſchen Sprachgemeinſchaft des deutſchen Volkes.

Für die Deutſch-Balten wären in dieſem Sinne die für den Einzelnen alternativ zu ſtellenden Anſprüche aufzuſtellen:

Unbehinderter Abzug aus der bisherigen Heimat und Erleichterung der Einbürgerung in Deutſchland, die bisher an den vorhergehenden Erwerb eines feſten Wohnſitzes in einem der Bundesſtaaten geknüpft war, und Zuſammenſchluß der Zurückbleibenden zu einem ſtaatsrechtlichen Nationalverbande, zu einem nichtterritorialen Volksſtaat.

Der Gedanke an die Löſung der verwickelten nationalen Probleme des Oſtens auf dem Wege der Anerkennung nationaler Autonomie iſt nicht neu. Er iſt von Otto Bauer in Wien und vom ruſſiſchen Profeſſor v. Nolde entwickelt worden. Noch führt er ein keimhaftes Daſein und doch iſt er vielleicht berufen, den im Gemenge lebenden Völkern einen dauernden gerechten Frieden zu bringen und die Probe auf ſeine Lebensfähigkeit in unſerer rauhen Wirklichkeit zu beſtehen.

In den baltiſchen Provinzen hätte dieſer Gedanke — rechtzeitig erfaßt und in entſchloſſene Tat umgeſetzt — dauernde Werte ſchaffen können. Doch kann er eben noch zu einer Rettung eines ſonſt zum Tode verurteilten Teiles des deutſchen Volkes führen.

Der baltiſche Deutſche hat notgedrungen ſeine geſchichtlich gewordene Herrſchaftsſtellung, ſeine Führung der Landesverwaltung verteidigen müſſen, da ihm ein Ausweg zu einer Gleichberechtigung verſperrt erſchien: Die Preisgabe ſeiner bevorzugten Stellung hätte keinen Gleichgewichtszuſtand geſchaffen, ſondern ein raſches Abgleiten und ein Aufgehen im Eſten- und Lettentum.

Das ſtarre Schema der territorialen politiſchen Gebilde hätte durchbrochen werden müſſen, um eine gerechte Löſung der Spannung zu finden. Für die auf einem Heimatboden wohnenden Nationen — für Deutſche, Eſten und Letten hätte zum mindeſten das geſchaffen werden müſſen, was die konfeſſionellen Verbände in verſchiedenen Ländern in verſchiedenem Umfange beſitzen: eine ſtaatlich anerkannte Selbſtverwaltung bis zum autonomen Selbſtbeſtimmungsrecht und Selbſtbeſteuerungsrecht. Eine nationale und kulturelle Autonomie alſo — ohne Mehrheitsherrſchaft der einen Nation über die andere.

Anſätze dazu waren im baltiſchen Gebiet vorhanden aus einer Zeit noch, wo die Landgemeinden rein eſtniſch oder lettiſch, die Städte rein deutſch waren. Jede Nation beſteuerte zu ihren Gunſten die ihr gehörigen Objekte. Die Rittergüter, die in deutſchen Händen waren, nicht aber die eſtniſch-lettiſchen Bauernhöfe waren für die deutſchen Schulen beſteuert.

Über dieſes Syſtem lagerte ſich aber die zwangsläufige Ruſſifikation. Es wurde in ſeiner Vorausſetzung auch hinfällig durch den Übergang des ſtädtiſchen Grundbeſitzes — bis zu mehr als der Hälfte — in eſtniſche und lettiſche Hände.

Als vor einem Jahre das Selbſtbeſtimmungsrecht der Nationen Rußlands anerkannt wurde und die politiſchen Anſprüche der Eſten und Letten ſich durchzuſetzen begannen, hätten die Deutſch-Balten dort anknüpfen ſollen und ſtatt eines Aufbaues des Baltenſtaates auf paritätiſcher Grundlage mit Hilfe eines Zenſualſyſtems einen neuen Weg beſchreiten ſollen: Selbſtbeſtimmungsrecht auch für den deutſchen Mann auf ſeiner angeſtammten Scholle fordern müſſen.

Nicht ſtändiſche Gliederung, Dreiklaſſenwahlſyſtem, Notablenverſammlung oder wie auch immer die Aushilfsmittel geheißen haben mögen, an die gedacht wurde, um der Unterdrückung des Deutſchen durch das Zahlenübergewicht der jungen Nationen vorzubeugen, ſondern:

drei nebeneinander beſtehende Nationalräte und drei Nationalverſammlungen, jedoch mit geſondertem Nationalvermögen und mit dem ausſchließlichen Beſteuerungsrecht dieſes Vermögens. Eigenes Schulweſen, eigene Wohlfahrtseinrichtungen, eigene innere Juſtiz. Und ein Bundesrat für das baltiſche Territorium, beſtehend aus den Delegationen der drei verbündeten Nationalitäten, die durch Matrikularbeiträge das Budget für die gemeinſamen Landeseinrichtungen aufbringen (Verkehrsweſen, Polizei und allgemeine Rechtspflege). Ein ſolches Gebilde war nicht nur unter deutſcher Schutzherrſchaft, ſondern iſt auch unter einem internationalen Weltſtaatenbund und einem dazu beſtellten Superarbitrium denkbar.

Ja, die Verhältniſſe ſind eben, wo die kaum geborenen lettiſch-eſtniſchen Republiken unter dem Druck des Bolſchewismus und unter dem paſſiven Verhalten beider bisher kriegführenden Mächtegruppen zuſammenzubrechen drohen, einer ſolchen Konſtruktion günſtiger wie je zuvor. Die neuen zeitweiligen Regierungen Lettlands und Eſtlands bewerben ſich — da die anglo-amerikaniſche Hilfe zu ſpät kommt und das Land langſam und unerbittlich einer fürchterlichen Verheerung anheimfällt — um den Schutz des Deutſchen Reiches, ja um Fürſprache der Deutſch-Balten nicht nur in Berlin, ſondern um Verwendung auch in Helſingfors, Stockholm — und London.

Es ſind in dieſen Schreckenswochen, die das baltiſche Land eben zu beſtehen hat, mehr Deutſch-Balten und freiwillig zurückbleibende Reichsdeutſche, die das Land vor der Verheerung zu ſchützen ſuchen, als Eſten und Letten, die unentſchloſſen, geſpalten und zaghaft ſind.

Was wäre für die Zukunft der Deutſch-Balten von der eſtniſch-lettiſchen Volksſeite zu fordern? — bloße Duldung deutſcher Schulen und deutſcher Vereine wäre keine Gewähr gegen Bedrückung durch Beſteuerung und durch tendenziöſe Geſetzgebung. Nur die Anerkennung einer deutſch-baltiſchen, nicht territorialen, ſondern völkiſcher Souveränität, eines freien Selbſtbeſteuerungsrechts, einer ſelbſtändigen Vertretung nach außen, alſo eines Eingehens auf den Gedanken eines ganz neuartigen Staatsgebildes würde eine Hoffnung auf Rettung und Neuſchöpfung des bereits zerſtörten gewährleiſten.

Freilich — es iſt ein ganz neuer Weg und die Zahl der Einwände und Bedenken dagegen iſt ſehr groß. Zunächſt ein theoretiſcher Einwand:

Jeder Staat iſt ein Zwangsverband und ſetzt eine „urſprüngliche Gewalt", die ihn ſchafft und erhält, voraus. Die konfeſſionellen Verbände, die als Analogie erwähnt worden ſind, und nationale Verbände dieſer neuen Art wären als bloße „Sozietäten" ohne phyſiſche Machtmittel nur innerhalb eines beſtehenden Staates möglich.

Das iſt zugegeben und daraus folgt, daß der angeſtrebte baltiſche Trialismus einer außerbaltiſchen Autorität bedarf, die über ſtaatliche Macht- und Zwangsmittel verfügt: alſo Weltparlament oder eine benachbarte größere Macht.

Dazu ein praktiſcher:

Wie ſind die Nationen völkiſch von einander abzugrenzen und wohin fallen die dazwiſchenhängenden Elemente: Polen, Schweden, Ruſſen, Juden? Die Antwort wäre auch hier die, daß volle Freiheit herrſchen ſoll. Es kann alſo niemand gezwungen werden, einem der Nationalverbände der drei gleichberechtigten Nationen beizutreten und dadurch die Rechte eines Inländers zu erlangen.

Den übrigen ortsanſäſſigen ſteht es ebenfalls frei, nationale Verbände zu bilden, doch kann ihre Stellung im Bundesrat erſt nachträglich, wenn dieſer erfolgt iſt, je nach der Leiſtungsfähigkeit der ſpäter entſtehenden Verbände beſtimmt werden.

Der Weg iſt gangbar. Aber er bedarf eines entſchloſſenen Willens. Er ſetzt voraus, daß die Partei- und Klaſſenkämpfe im Innern des Deutſchen Reiches den Gedanken an ein einiges und großes deutſches Volk nicht verkümmern laſſen.

Ob Arbeiter oder Bürger, Soldat oder Akademiker, Kommuniſt oder Kapitaliſt — wir werden als Deutſche in der ganzen Welt bedrängt, verleumdet und gehaßt. An uns liegt es, unſerem Volke — nicht nur in den Reichsgrenzen, ſondern in der ganzen deutchen Sprachgemeinchaft — die Stellung eines freien, gleichberechtigten Volkes zu erkämpfen und allem zuvor das niedergebrochene Volksbewußtſein aus Staub und Aſche wieder aufzurichten.

Notizen

Livlands und Rigas Untergang. Livland und Riga ſind verlorengegangen, ſind unter die Herrſchaft der öſtlichen Bolſchewiſtenhorden geraten. War der Feind, der das Land überfiel, ſo mächtig? Waren die Kräfte des Widerſtandes ſo ſchwach?

Über die Macht der Bolſchewiſten iſt in jüngſter Zeit viel gefabelt und gefaſelt worden. Bald ſollte es eine Armee ſein, mehrere Hunderttauſend ſtark, die von Witebſk bis zum Finniſchen Meerbuſen aufgeſtellt ſei. Dann hieß es wieder, es handele ſich nur um Banden, die vor jeder regulären Truppe davonlaufen. Beides iſt unrichtig. Es gibt eine Rote Armee, die diſzipliniert und ausgerüſtet iſt, die von Offizieren geführt wird, Artillerie, Panzerautomobile, Panzerzüge und dergl. beſitzt und als reguläre Truppe anzuſehen iſt. Dieſe Armee iſt aber nicht ſehr groß. Gegen die Oſtſeeprovinzen wurden davon etwa zwanzig- bis dreißigtauſend Mann in Marſch geſetzt. Da ſie aber ſowohl gegen Eſtland wie gegen Südlivland operierten, ſtand zum Anmarſch auf Südlivland eine Streitkraft von höchſtens 6000 Mann zur Verfügung. Dieſe Streitmacht hat Riga erobert. Vor dieſen 6000 Mann hat die geſamte ehemalige 8. Armee das Weite geſucht. Angehörige derſelben deutſchen Heere, die dem Anſturm von Millionen getrotzt haben, ſind kopflos auseinander gelaufen und haben Millionenwerte in den Händen ebenderſelben Bolſchewiſten gelaſſen, von denen ſie noch vor zehn Monaten das Land in 14 Tagen zu ſäubern verſtanden hatten. Es iſt wie ein häßlicher Traum, und man müht ſich vergebens, den Gang der Dinge zu begreifen. Das Heeresgut, das zurückgeblieben iſt, iſt unüberſehbar. Aber was ſchlimmer iſt: alle Achtung vor dem deutſchen Soldaten iſt verlorengegangen. Die als Herren ins Land kamen, ſind wie Diebe davongelaufen.

Aber hat denn überhaupt niemand die Hand gehoben, hat niemand widerſtanden? Ja, es haben einige widerſtanden. Aber weil alles ſie im Stich ließ, die Kameraden davonliefen, die Heimat keine Hilfe ſandte, ſo waren ſie ſchließlich an Zahl zu wenig und an Ausrüſtung zu ſchwach, um auch nur die 6000 Mann Sowjettruppen fernzuhalten. Wer waren dieſe, die ſtandhielten? Es war ein kleiner Teil der ſogenannten eiſernen Diviſion, die ſich bald in eine eiſerne Brigade umbenennen mußte, und die im Grunde genommen bei den Kämpfen um Riga nur 2 Kompagnien zur Verfügung hatte, — dieſe waren es, die wirklich ihre Kraft einſetzten. Und das waren dieſelben Kompagnien, die bereits ſeit Narwa in ſtändiger Gefechtsfühlung mit dem Feinde ſtanden, eine vollkommen ermattete und abgekämpfte Truppe. Was an Freiwilligen aus ſonſtigen Truppenteilen und hier und da auch aus der Heimat dazugekommen war, war meiſt geringwertiges Material. Diejenigen Truppen, welche die friſchgebackene lettiſche Republik aufzuſtellen in der Lage war, haben mit wenigen Ausnahmen vollſtändig verſagt. Eine Kompagnie mußte wenige Tage vor der Eroberung Rigas von anderen Truppen entwaffnet werden. Verläßliche Waffenbrüderſchaft fanden die kampfbereiten Teile der eiſernen Brigade nur in den Kompagnien der ſogenannten baltiſchen Landeswehr. Glänzend hat ſich im beſonderen die baltiſche Stoßtruppe geſchlagen. Sie beſtand vornehmlich aus Deutſch-Balten, die ſeiner Zeit freiwillig in die deutſche Armee eingetreten und nun zum Schutze der Heimat nach Hauſe geeilt waren. Sie wurden von deutſchen Offizieren geführt und haben den Bolſchewiſten manche Schlappe beigebracht. Aber die bildeten mitſamt den übrigen Kompagnien der Landeswehr nicht mehr als ein Bataillon. Abgeſehen von der Stoßtruppe, beſtand dieſes Bataillon dazu großenteils aus zwar williger, aber noch kaum ausgebildeter junger Mannſchaft. Die geſamte Artillerie der 8. Armee war abtransportiert. Ihre Geſchütze mögen auf irgendwelchen Kaſernenhöfen im Schnee und Regen ſtehen. Inzwiſchen mußten die Verteidiger Rigas ſich mit zwei Kanonen begnügen, die ihnen denn auch bei einem der letzten Treffen verloren gingen.

Das ganze iſt eine Tragikomödie, geſchrieben mit Blut und Tränen. Der Chroniſt hätte noch zu berichten, daß 14 Tage lang auch engliſche Schiffe im Hafen von Riga lagen, ſo daß die arme, vielgetäuſchte Bevölkerung bis zuletzt noch die Fata morgana einer engliſchen Landung vor ſich ſah, die in der Tat genügend geweſen wäre, die Stadt zu retten. Aber dieſe Landung erfolgte nicht. Als die Kämpfe ſich ihrem unſeligen Ende zuneigten, dampften die engliſchen Schiffe davon und überantworteten die unglückliche Stadt ihrem Schickſal.

In welcher Weiſe ſich dieſes Schickſal alsbald erfüllen ſollte, davon legte noch vor der Einnahme der Brand des deutſchen Stadttheaters Zeugnis ab: ein kennzeichnendes Fanal der neuen Herrſchaft.

So ging Riga verloren, und ſo iſt ganz Livland unter die Macht der Bolſchewiſten geraten. Man glaube aber nur nicht, es würde damit ſein Bewenden haben. Die Dünalinie iſt dahin und die bolſchewiſtiſche Flut bricht nach Kurland herein. Wenn es ſo weitergeht, wie bisher, ſo dürfte der Zeitraum, in der auch dieſes Land verloren ſein wird, ſich kaum noch nach Wochen, eher nach Tagen bemeſſen. Dann aber ſteht der Bolſchewiſt an der Schwelle Oſtpreußens. Meint man, er würde dieſe Grenze achten? Meint man, der Erfolg, der ihn ſo raſch vom Finniſchen Meerbuſen bis in die Nähe von Memel, Tilſit und Königsberg führte, werde ihn nicht weitertreiben? Iſt Kurland dahin, ſo geht der Vormarſch auf Oſtpreußen und nach Deutſchland hinein. Deutſches Volk, willſt du auch dieſes tatenlos erwarten?

Der bisherige preußiſche Juſtizminiſter hat uns folgendes Schreiben zukommen laſſen: „Heft 51 der „Deutſchen Politik" enthält auf Seite 1603 folgenden Satz: „Die Verhaftung der Thyſſen und Stinnes iſt eine der unerhörteſten Rechtsſkandale, die nicht ſo ſehr die Brutalität des Mülheimer A.u.S.-Rates belaſten, als den Polizeipräſidenten Eichhorn und den Juſtizminiſter Dr. Roſenfeld, die alles taten, um ein geordnetes Juſtizverfahren zu verſchleppen." Dieſe Darſtellung iſt tatſächlich unrichtig. Ein „Juſtizverfahren" hat bei keiner Juſtizbehörde geſchwebt, es lag auch für keine Juſtizbehörde ein Anlaß vor, ein Verfahren einzuleiten, da das von dem Mülheimer A.u.S.-Rat veranlaßte Ermittelungsverfahren, ehe es an eine Juſtizbehörde übergegangen war, die Nichtigkeit des entſtandenen Verdachtes ergeben hatte. Meine Tätigkeit in dieſer Angelegenheit beſtand dementſprechend darin, die mündlich und ſchriftlich an mich gelangten Vorſtellungen an das Miniſterium des Innern weiterzureichen, da bei dem polizeilichen Charakter des eingeleiteten Verfahrens nur dieſes Miniſterium als zuſtändig in Betracht kommen konnte. Ich erſuche, in der nächſten Nummer der „Deutſchen Politik" eine Berechtigung des von mir beanſtandeten Satzes zu veröffentlichen und die gegen mich erhobenen Vorwürfe zurückzunehmen." Dr. Roſenfeld.

Wir nehmen von dieſer Zurechtſtellung Notiz, erlauben uns aber nachſtehende Anfrage an den Herrn Juſtizminiſter: Nach deutſchem Reichsgeſetz (St.P.O.) darf kein deutſcher Bürger länger als 24 Stunden in Haft gehalten werden, ohne daß von der Juſtizbehörde ein Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde. Hat ſich der Mülheimer A.u.S.-Rat nur die Funktionen der Polizeibehörde angeeignet, ſo mußte die Staatsanwaltſchaft nach 24 Stunden die Angelegenheit in ihre Hände nehmen. Maßte ſich der A.u.S.-Rat auch ſtaatsanwaltliche Funktionen an, ſo war es Pflicht des Juſtizminiſteriums, gegen einen ſolchen Eingriff in die Aufgaben der Juſtiz zu proteſtieren. Unbeteiligter Dritter und eine Vermittlungsinſtanz, wie Herr Dr. Roſenfeld meint, iſt die Juſtizbehörde in keinem Falle.

Der Pazifiſtiſche Bankerott und die Revolution. Der Artikel von Dr. Rohrbach, der in Heft 51 der „Deutſchen Politik" unter dieſem Titel erſchien, iſt aus dem Leſerkreiſe der „Deutſchen Politik" wiederholt und dringlich als Flugblatt erbeten worden. Es ſind daher eine größere Anzahl von Sonderdrucken hergeſtellt und zum Preiſe von 10 Pf., über 10 Exemplare 5 Pf., vom Verlag gegen Einſendung des Betrages zu beziehen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei
Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 17. Januar 1919 * Heft 3

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

13. Januar 1919.

Vier Wochen ſpäter als geboten geweſen wäre, hat die Regierung den Entſchluß gefunden, der Deutſchland zugrunde richtenden Anarchie einen Zaum anzulegen. Was damals raſcher, ſicherer und mit weniger Blutvergießen hätte erledigt werden können, wächſt ſich jetzt zu einer verzweifelten Kraftprobe im äußerſten Augenblick aus, bei der es um Tod und Leben nicht nur für die Regierung, ſondern für Deutſchland im ganzen geht. Bis jetzt kann man hoffen, daß die Sache noch zum guten Ende gebracht wird. Wo nicht, ſo brechen das innere Chaos und die äußere Entmündigung der Nation auf Menſchenalter herein. Deutſchland erlebt die Revolution in einer ähnlichen Periode des Mangels an großen führenden Geiſtern, wie in dem halben Jahrhundert zwiſchen dem Freiherrn v. Stein und Bismarck. Auch in den Jahren gab es Redlichkeit und Tüchtigkeit, aber kein politiſches Genie. Die Rolle Friedrich Wilhelms IV., der aus doktrinärer Gläubigkeit an das Gottesgnadenprinzip die ihm vom Volke angetragene Kaiſerkrone ausſchlug, ſpielten bisher die Führer der Mehrheitsſozialiſten mit ihrer Bindung an das Dogma von der Sünde der bewaffneten Autorität. Nur wird es diesmal, wenn die Dinge unglücklich laufen, mehr koſten, als 20 Jahre Verzögerung für den Ausbau des Reiches.

*

Nachdem Riga von den Bolſchewiſten erobert worden, haben die deutſchen Truppen jetzt auch Mitau geräumt. Damit iſt bis auf Libau das geſamte Baltenland dem Anſturm der aſiatiſchen Horden preisgegeben. Nicht darauf kommt es aber an, daß dort jetzt ſiebenhundertjährige deutſche Kultur vernichtet wird, ſondern, daß damit für Oſtpreußen die ruſſiſche Gefahr wieder akut wird. Schon einmal während des Krieges hat Memel den Beſuch dieſer plündernden Horden über ſich ergehen laſſen müſſen. Wird jetzt rechtzeitig für einen Grenzſchutz geſorgt werden? Oder ſoll zum zweiten Mal ſich von dort der aſiatiſche Vernichtungswille über Oſtpreußen ergießen.

*

Winnig, der deutſche Reichskommiſſar für das Baltenland, der bis zum letzten Augenblick auf verlorenem Poſten ausgeharrt hat, meldet jetzt, daß lettiſche und ruſſiſche Bolſchewiſten in Riga eine Bartholomäusnacht veranſtaltet haben. Schon einmal, als Iwan IV. von Moskau das Baltenland mit ſeinen viehiſch rohen Horden durchzog, ſchien das baltiſche Deutſchtum zum Tode verurteilt, wurden doch aus Dorpat damals alle Deutſchen nach Moskau verſchleppt. Trotzdem hat es ſich wieder an die Spitze emporgearbeitet. Ob es ihm dieſes Mal gelingen wird, iſt freilich höchſt fraglich, weil jetzt nicht nur von außen, ſondern auch von unten der Vernichtungskampf gegen die Deutſch-Balten geführt wird. Die deutſchen Truppen haben, bis ſie zuſammenbrachen, ihre Pflicht gegen die Deutſch-Balten getan und die europäiſche Kultur gegen den Bolſchewismus geſchützt. England, der Schützer der kleinen Nationen, dagegen hat in Riga mit ſeiner Flotte nicht eingegriffen, ſondern tatenlos zugeſehen, wie ſich der Bolſchewismus aus wehrloſen Deutſch-Balten ſeine Opfer ausſuchte.

*

Mit Rooſevelt iſt einer jener amerikaniſchen Charakterköpfe verſchwunden, die imſtande ſind, Bedeutendes zu wollen, den Inſtinkt politiſcher Erfahrung und eine mächtige Energie beſitzen, mit ihrer unausbleiblichen perſönlichen Lebensreklame auch ein Stück wirklichen Idealismus verbinden und doch ſo wenig fruchtbar für die Welt im ganzen ſind. Der Grund dafür iſt der Mangel an geſchichtlicher Bildung und poſitivem Wiſſen um die nichtamerikaniſchen Dinge, der drüben auch die hervorragendſten Männer gefangen hält. Die letzten Amerikaner von allgemeiner geiſtiger Bedeutung waren die Väter der Unabhängigkeitserklärung, die noch in der univerſalen Bildung des Aufklärungszeitalters ſtanden. Der Raum nach ihnen iſt erfüllt mit Männern, deren Bedeutung nur mit beſchränkt amerikaniſchem Maßſtabe gemeſſen werden kann. Wilſon hat den Ehrgeiz und die Möglichkeit, es als erſter ſeit Waſhington wieder weiterzubringen. Der Weltfriedensſchluß wird zeigen, ob Amerika jetzt, anderthalb Jahrhunderte, nachdem aus ſeinem Schoß die Menſchenrechte geboren wurden, der Welt wirklich von neuem eine befreiende Idee von univerſaler Kraft zu bringen fähig iſt — den Völkerbund, der mehr iſt, als Name und Schein.

1806–1848–1918

Von Axel Schmidt

Bismarcks Schöpfung liegt zertrümmert am Boden. Daß das Deutſche Reich ſo reſtlos zuſammengebrochen, iſt nicht „Verdienſt“ der Revolutionäre, ſondern Schuld der Reaktion, die Bismarcks Erbe nicht zu bewahren verſtanden. Sein Wort von den Revolutionen, die gelingen, weil berechtigte Konzeſſionen zu ſpät gegeben werden, war prophetiſch auf die deutſche Revolution geprägt. Er ſelbſt hatte auf der Höhe des Erfolges das gleiche Wahlrecht für den deutſchen Reichstag „in die Pfanne gehauen“ und damit einer Generation das Ventil für die Unzufriedenheit geboten. Freilich ſpäter iſt er ſelbſt von dieſem Wege des klugen Vorbeugens abgewichen und hat mit Kulturkampf und Sozialiſtenbekämpfung der preußiſchen Reaktion Vorſpanndienſte geleiſtet. Namentlich das Stempeln ſeiner Gegner zu „Reichsfeinden“ hat das politiſche Leben Deutſchlands vergiftet, und noch heutzutage wirken bei der älteren Generation der unabhängigen Sozialdemokraten die Schrecken der Sozialiſtengeſetzes nach. Das Zeitalter Wilhelm II. hat dann dieſe Abſperrungspolitik der Maſſen von der aktiven Politik immer mehr geſteigert, bis der preußiſche Obrigkeitsſtaat mit ſeinem reaktionären Wahlrecht das Deutſche Reich mit ſeinem Volksparlament immer mehr lahm legte. Es wurde die Politik des „Sic volo sic jubio“ eingeführt, und in einem Menſchenalter das große Kapital an Vertrauen und Verehrung, das Wilhelm I. ſeinem Großſohn hinterlaſſen hatte, vergeudet.

Seitdem ſich der Weg, den Bismarcks Kleindeutſchland ging, im Weltkrieg als Sackgaſſe erwieſen hat, richten ſich unwillkürlich aller Augen auf die Jahre 1806 und 1848 zurück. Zwar der Kaiſergedanke, der noch 1848 die Gemüter aufs leidenſchaftlichſte in zwei Lager ſpaltete, iſt 1918 zugunſten der Republik erledigt. Ein Monarch, der ſich in Stunden der Gefahr ins Ausland flüchtet, hat der Kaiſeridee ſelbſt ſo tödliche Wunden geſchlagen, von denen ſie ſich nie mehr erholen kann. Das iſt auch der Grund, weswegen das am allermonarchiſchſten veranlagte Volk der Welt, die Deutſchen, es nicht einmal zu einer Vendée gebracht haben. Ohne Vendée kann es aber auch keine Rückkehr zum Kaiſertum geben. Hätte Kaiſer Wilhelm II. „moraliſche Eroberungen“ gemacht, wäre er der Träger des politiſchen und ſozialen Fortſchritts geworden, ſtatt Preußen zum Hort der Reaktion und des Klaſſenſtaates zu machen, ſo wäre es denkbar geweſen, daß zwar die Kleinſtaaterei jetzt zuſammengebrochen, die Kaiſerkrone aber als Symbol von Einheit und Freiheit, wie ſie noch den Männern von 1848 vorſchwebte, erhalten geblieben. Jetzt iſt die Frage der Einheitsmonarchie ſtets mit der Hypothek der Hohenzollernreaktion belaſtet und wird daher ſchwerlich wieder feſte Wurzeln im Volke ſchlagen können. Die monarchiſche Idee, die Wilhelm I. und Franz Joſeph II. durch ihre Perſönlichkeiten nach der revolutionären Welle von 1848 wieder zu Ehren gebracht hatten, iſt durch Wilhelm II. und Karl VI. in den Staub gezogen worden. Die Sozialiſten ſollten daher wirklich andere Sorgen hegen, als die Angſt vor einer Gegenrevolution. Schatten können nicht wieder den Monarchismus einführen, und Männer hat es in dieſem Jahrhundert auf deutſchen Thronen nicht gegeben. Brave Spießbürgerlichkeit konnte wohl zur Not Lippe-Detmold oder Reuß ä. L. betreuen, nicht aber dem Deutſchen Reich, deſſen wirtſchaftlicher Aufſchwung ihm mächtige Neider an allen Grenzen erſtehen ließ, Aufnahme in den Konzern der Weltſtaaten verſchaffen.

Iſt auch die Kaiſeridee tot, ſo leben die anderen Ideale von 1806 und 1848 um ſo kräftiger wieder auf. Als Preußen nach Jena am Boden lag, da hielt es Freiherr vom Stein, trotzdem Napoleons Heere noch im Lande ſtanden, für zeitgemäß, den Befreiungskampf nach außen durch eine Freiheitsgebung nach innen vorzubereiten. Der leibeigene Bauer wurde freier Mann auf eigener Scholle und der von der Obrigkeit gegängelte Städter, deſſen einzige Bürgerpflicht Ruhe war, erhielt das hohe Gut der Selbſtverwaltung. Freilich mußte Hardenberg die Aufhebung der Leibeigenſchaft bei den Junkern mit der Preisgabe der kleinen Bauernwirtſchaften erkaufen, die der Großgrundbeſitz ſchluckte. Erſt als damit in Stadt und Land der alte verzopfte Geiſt vertrieben war, ging man daran, das Joch des Korſen abzuſchütteln. Auch jetzt, wo Deutſchland nach unerhörten Siegen durch die größenwahnſinnigen Ziele Ludendorffs ſein Jena erlebt hat, muß in Stadt und Land ein neuer Geiſt einziehen, um Deutſchland zu retten, wie es 1806 Stein und Hardenberg durch Bauernbefreiung und Städteordnung taten. Die Sozialdemokratie glaubt in der Sozialiſierung das Heilmittel gefunden zu haben. Die Bürgerlichen dagegen ſtehen ohne poſitive Ideale da und fühlen ſich nur zum Hemmſchuh berufen, ſollte das Tempo des ſozialiſtiſchen Staatswagens gar zu eilig werden. Und doch müßten ſich gerade die Bürgerlichen poſitive Ziele ſtecken. Naumanns alter Ruf: „Bauerndorf an Bauerndorf bis zur ruſſiſchen Grenze“ beſäße werbende Kraft. Solch eine Befreiungstat kann aber nur gelingen, wenn ſie aus der Enge des Parteigetriebes herausgehoben und zur Herzensſache aller gemacht wird. Wie bei Aufhebung der Leibeigenſchaft oder bei Beſeitigung der Sklaverei in Nordamerika den Ausſchlag ſchließlich nicht der engbrüſtige Intereſſenſtandpunkt gab, ſondern die ſittliche Forderung der Unbeteiligten, ſo muß ſich auch die Frage der Zurückführung breiter Volksmaſſen aus der Enge der Großſtädte in die Weite des Landes zu einer völkiſchen Bewegung auswachſen, deren Nutzen nicht nach Prozenten berechnet werden darf. Erſt wenn dieſe Aufgabe dem Bürgertum neue ſittliche Pflichten auferlegt, wird es Werbekraft gegenüber der

Sozialdemokratie gewinnen, die es verſtanden hat, die Arbeitermaſſen mit den ſozialen Ideen, wie mit einer Religion, zu erfüllen. Knüpft die innere Koloniſation an die Ideale von 1806 an, ſo die andere Forderung an 1848. Kaiſertum oder Republik und Groß- oder Kleindeutſchland waren die beiden Streitfragen, die im „tollen Jahr" die Gemüter aufs heftigſte erregten. Damals wurde ſie gegen den Proteſt der Beſten (Uhland, Freiligrath, Dahlmann u. a. m.) im Sinne des Ausſchluſſes Öſterreich-Ungarns und damit auch der Deutſchöſterreicher entſchieden. Bismarck akzeptierte ſpäter dieſe Löſung und ſeitdem iſt mehr wie eine Generation Deutſcher herangewachſen, die ohne Nachdenken die Spaltung des deutſchen Volkes als Naturnotwendigkeit hingenommen. Der Krieg hat auch dieſe deutſche Frage erneut zur Diskuſſion geſtellt, und heute gibt es mit einem Male kaum einen Deutſchen, der nicht den großdeutſchen Zuſammenſchluß als den einzig möglichen Ausweg aus den Nöten des verlorenen Krieges erkennt.

Auch das Hineinbringen des deutſchöſterreichiſchen Brudervolkes in die deutſche Republik würde dieſe Staatsform um ſo feſter in den Herzen des Volkes verankern, als die dynaſtiſche Eiferſucht uns um unſer herrliches Elſaß hat kommen laſſen. Gerade dieſer belaſtende Poſten auf dem Schuldkonto der deutſchen Monarchie müßte der ſozialiſtiſchen Leitung der deutſchen Republik zur Warnung dienen, daß auf die Dauer ein Volk nur eine Regierung erträgt, die die nationalen Güter nicht verſchleudert, ſondern mehrt. Der Erhalt des preußiſchen Oſtens von Danzig bis Oberſchleſien iſt nicht nur Deutſchlands, ſondern auch Eberts und Scheidemanns Schickſalsfrage. Gelingt es ihnen nicht, den preußiſchen Oſten zu retten, ſo werden ſie ebenſo wie Wilhelm II. gewogen und zu leicht befunden werden, auch wenn es ihnen inzwiſchen gelingen ſollte, Berlin von der Spartakusgefahr zu befreien. Denn die Herſtellung von Ruhe und Ordnung in Berlin iſt kein poſitives Ideal, ſondern nur eine Vorbedingung für das Weiterbeſtehen des Deutſchen Reiches. Ein Volk aber verlangt nach mehr als nach der Lebensmöglichkeit. Es verlangt nach ſchöpferiſchen Zielen. Die aber kann Deutſchland nicht allein in der Sozialiſierung finden, die zudem nach einem verlorenen Kriege und in einer durch ſinnloſe Lohnforderung bedrohten Induſtrie nicht allzu ſchnell eingeführt werden kann, ſondern muß ſie auch in der inneren Koloniſation ſuchen. Ohne den latifundienreichen Oſten aber, der mit Menſchen aufgeforſtet werden kann, ſoll er nicht mehr, wie jetzt durch die Sachſengängerei verſlawen — wäre dieſer Plan zur Ausſichtsloſigkeit verurteilt. Es würde dann nichts weiter übrig bleiben, als Millionen von arbeitsloſen Menſchen zu exportieren, da wir, von den enorm geſtiegenen Löhnen ganz abgeſehen, ſchon wegen des Mangels an Rohſtoffen längere Zeit viel zu wenig Waren exportieren können, um unſerer geſamten Bevölkerung genügende Lebensmöglichkeiten zu verſchaffen. Solch ein Aderlaß an Volkskraft würde aber die ſo wie ſo ſchon ſchwierige Lage unſerer Volkswirtſchaft hart treffen und die Steuerſchraube müßte weiter empfindlich angezogen werden. Daher müßte die Regierung alles daranſetzen, um die preußiſchen Grenzgebiete vor der Gefahr aus dem Oſten zu retten. Ihre Bedrohung iſt aber doppelter Natur. Polen und Bolſchewiſten greifen beide mit hungrigen Händen nach deutſchem Kulturgebiet. Augenblicklich iſt die polniſche Flut, die ſchon in Preußen verheerend eingebrochen iſt, die akutere. Die größere Gefahr lebt aber im Bolſchewismus. Iſt es doch nicht unmöglich, daß ſich der polniſche Übermut über kurz oder lang ſelbſt von der bolſchewiſtiſchen Sündflut erfaßt ſehen wird. Aber wie dem auch ſei; beide, Polen wie Bolſchewiſten, ſind nicht mit Friedensreſolutionen und guten Worten abzuwehren, ſondern nur mit Taten, und über den Feind in Berlin darf der an der Grenze nicht vergeſſen werden.

Der Ausfall der Wahl zur badiſchen Landesverſammlung iſt der beſte Beweis dafür, daß das deutſche Volk ſchon jetzt zu erkennen beginnt, daß es nicht gut iſt, wenn die ſozialiſtiſchen Bäume in den politiſchen Himmel hineinwüchſen. Während die erſten Wahlen nach der Revolution in Anhalt und ſelbſt im agrariſchen Mecklenburg ſozialiſtiſche Mehrheiten erbrachten, iſt es in Baden ſehr anders gelaufen. Nicht nur ſind die radikalen ſozialiſtiſchen Elemente völlig unterlegen. Die Unabhängigen haben es nicht einmal auf einen Sitz gebracht. Aber auch die Mehrheitsſozialiſten haben nicht nur die abſolute Majorität nicht erhalten, ſondern ſie ſtehen nicht einmal an erſter Stelle. Sie ſind um 6 Mandate hinter dem Zentrum zurückgeblieben. Gewiß hat zu dieſem Ausgang nicht wenig Adolf Hoffmanns geſchmackloſe Kriegsanſage an die Kirche beigetragen, aber die Sozialdemokratie ſoll ſich nicht täuſchen. Nicht wenig Abbruch hat ihr auch ihr unentſchloſſenes Auftreten gegen den inneren und äußeren Feind getan. Ständen wir auf engherzigem Parteiſtandpunkt, ſo könnten wir uns freuen, daß die Sozialdemokratie ſolch gute Wahlpropaganda für die bürgerlichen Parteien betriebe, aber uns geht der Staat vor den Parteien. Das Reich aber muß leiden, wenn ſich nicht in der Stunde der Gefahr alle, auch die früher getrennten Glieder, unter dem ſchwarz-rot-goldenen Banner zuſammenfänden. Jetzt, wo ſich ſogar bisher ſtaatenloſe Völker, wie Tſchechen und Südſlawen, eigene Häuſer bauen, darf es nicht im Deutſchen Reiche wieder reſigniert heißen:

„Das Band iſt zerſchnitten,
War ſchwarz, rot und gold,
Und Gott hat es gelitten,
Wer weiß, was er gewollt.“

Die neueſte Entwicklung der polniſchen Frage

Von W. v. Maſſow

Die Verhältniſſe in unſeren Oſtprovinzen haben ſich derart entwickelt, daß man, um überhaupt davon reden zu können, die ſtärkſten Regungen der Scham und Empörung niederkämpfen muß. Unſere Reichsgewalt war in der erſten Periode der Revolution in der Hand einer Regierung, die durch unzweckmäßige Zuſammenſetzung jeder Fähigkeit des Handelns beraubt war und durch ihre über alles Erträgliche weit hinausgehende Untätigkeit in den Oſtmarken Dinge geſchehen ließ, die bei rechtzeitigem Eingreifen einer mit normalen Mitteln arbeitenden und mit natürlicher Autorität ausgeſtatteten Staatsgewalt ganz undenkbar geweſen wären. Verſäumtes iſt immer nur mit ſehr viel ſchwereren Opfern einzuholen, als bei rechtzeitiger Anſtrengung erforderlich geweſen wäre. Darum iſt es außerordentlich ſchwer, im gegenwärtigen Augenblick die Ausſichten einer Wiederherſtellung unſerer Rechte im Oſten abzuwägen, da wir das Maß der Machtmittel, die die Regierung aufwenden will und kann, nicht kennen. Jedenfalls muß alles geſchehen, was in unſeren Kräften ſteht, um die Oſtmarken zu retten und dadurch den ſichtbaren Beweis zu liefern, daß wir in dieſen Provinzen nicht einen Raub an polniſchem Volkseigentum, ſondern unſer Recht und unſere wichtigſten Lebensintereſſen verteidigen.

Man muß einen Unterſchied machen zwiſchen der „Oſtmarkenfrage“, die formell eine preußiſche, in Wirklichkeit aber eine deutſche Sache iſt, und der eigentlichen „Polenfrage“, die eine europäiſche Angelegenheit iſt. Beide hängen natürlich eng zuſammen, da es ſich in beiden Fällen um das Verhältnis zwiſchen Deutſchen und Polen handelt und das Gebiet der einen Frage in das der anderen hinüberreicht. Aber wir müſſen immer daran feſthalten, daß wir die Provinzen, auf die ſich jetzt das Begehren der Polen richtet und die ſie in Benutzung unſerer gegenwärtigen Schwäche vorläufig an ſich zu reißen verſuchen, nicht deshalb beſitzen, weil wir die eigene Exiſtenz des polniſchen Volkes vernichten wollen, ſondern weil dieſes Gebiet trotz ſeiner gemiſchten Bevölkerung, und obgleich in einigen Kreiſen des Regierungsbezirks Poſen ſogar die Polen eine Mehrheit haben, ſeinem ganzen Charakter nach deutſch und auch in ſeinen polniſchen Teilen ein Werk der deutſchen Kultur iſt. Es muß ferner in unſere Grenzen einbezogen bleiben, weil der preußiſche Staat ſonſt eine Oſtgrenze haben würde, deren unmögliche Geſtaltung ſich kein lebenskräftiges Volk von einiger Selbſtachtung gefallen laſſen kann. Der fehlerhafte Ausgangspunkt unſerer ganzen Polenpolitik liegt mehr als hundert Jahre zurück. Er iſt in der Haltung unſerer preußiſchen Vertreter auf dem Wiener Kongreß 1814-15 zu ſuchen, als Preußen, obwohl ihm der bei weitem größere Teil ſeines ehemaligen polniſchen Beſitzes auf Betreiben

Rußlands vorenthalten wurde, ſich dennoch in Reih' und Glied mit den anderen ehemaligen „Teilungsmächten" ſtellen ließ, anſtatt ſeine Anſprüche auf Weſtpreußen und Poſen auf eine ganz andere Begründung zu ſtellen und ſich dadurch in der eigentlichen „Polenfrage" eine freiere Stellung für die Zukunft zu wahren. Wäre dieſer Standpunkt unſeren Politikern bei Zeiten mehr in Fleiſch und Blut übergegangen, ſo wäre es bei Ausbruch des Weltkrieges nicht ſo ſchwer geweſen, für eine zweckmäßige und vernünftige Orientierung der Polenpolitik die Zuſtimmung der öffentlichen Meinung und die Mitwirkung aller in Betracht kommenden Stellen zu finden. Man muß anerkennen, daß die Reichsregierung wenigſtens die Grundlinien ihrer Politik richtig beſtimmt hat, wenn auch in der Ausführung Fehler begangen worden ſind.

Das muß hervorgehoben werden, weil man ſo häufig angeſichts der traurigen Entwicklung der Lage in Poſen der Meinung begegnet, das ſei die Folge unſerer verkehrten Politik, die den Polen geholfen habe, ihren Staat wieder aufzubauen, und nun den Dank dafür ernte. Für Leute, die dieſe ihnen ganz fremden Dinge nicht zu überſchauen vermögen, liegt ja dieſe Schlußfolgerung offenbar ſehr nahe. Sie iſt aber trotzdem irrtümlich. Sie beruht teilweiſe auch auf der Meinung, daß die neue polniſche Republik die von uns ausgebildeten Legionen gegen uns über die Grenze geſandt habe. Daß die polniſche Regierung in Warſchau das ſehr gern tun würde, läßt ſich wohl annehmen. Aber ſie kann es glücklicherweiſe einſtweilen noch nicht. Gegenwärtig handelt es ſich nur um einen natürlich von Warſchau aus ermunterten und moraliſch unterſtützten Aufruhr unſerer eigenen Polen.

Für unſere geſamte Polenpolitik konnte es nur folgende Richtlinien geben:

Erſtens in der Oſtmarkenfrage unbeugſames Feſthalten an der Wahrnehmung der durch die Polen ſtets bedrohten deutſchen Intereſſen und Forderung des Verzichts der Polen auf jedes Stück deutſchen Reichsbeſitzes.

Zweitens in der eigentlichen Polenfrage möglichſt weit entgegenkommende Erfüllung der berechtigten und mit unſeren Intereſſen vereinbaren Wünſche und Hoffnungen des polniſchen Volkes.

Was bedeutet dieſer zweite Programmpunkt? Es ſtanden uns überhaupt nur drei Wege offen, wenn wir die zwar möglichen, aber praktiſch ungangbaren von vornherein ausſchieden. Dieſe drei Löſungen waren: die Rückgabe Polens an Rußland, die ſogenannte auſtro-polniſche Löſung und die Wiederherſtellung eines ſelbſtändigen polniſchen Reiches. Weshalb wir die beiden erſten Löſungen verwerfen mußten, habe ich in der „Deutſchen Politik" im vorigen Jahre (Heft 34 vom 23. Auguſt 1918) auseinandergeſetzt. Es blieb alſo trotz aller Bedenken nur die dritte Löſung übrig.

Doch zurück zu den beiden Programmpunkten! Sie gehörten notwendig zuſammen. Die Wiederherſtellung Polens ließ im einzelnen ſehr verſchiedene Ausführungen zu. So konnte der erſte Programmpunkt zur Bedingung des zweiten gemacht werden. Aber unſere Regierung erwies ſich nicht ſtark und geſchickt genug, um der ſtörenden Einflüſſe auf ein Programm dieſer Art Herr zu werden. Unſere meiſt allzu einſeitig auf die innere Politik eingeſtellten „Oſtmärker" waren zu ſehr gewohnt, die Richtlinien der preußiſchen Oſtmarkenpolitik auf die ganze Polenfrage anzuwenden, als daß ſie ſich ſo ſchnell mit dem Gedanken einer Wiederherſtellung Polens hätten befreunden können. Dieſe ſahen ſie nicht ſo ſehr unter dem Geſichtspunkt einer politiſchen Notwendigkeit, als unter dem einer Wohltat und Befreiungstat für ein Volk, das ſolche Freundlichkeit nicht verdient hatte. Außerſtande, aus dem Kampf der Nationalitäten in der heimiſchen Oſtmark das Gefühlsmoment auszuſcheiden, trugen ſie es auch in die Frage der großen Politik hinein und erwarteten nun auch von polniſcher Seite eine Gefühlsregung, nämlich Dankbarkeit, wo doch im günſtigſten Falle nur ein allmähliches Schwinden des Mißtrauens und der Abneigung zu erwarten war. Dadurch wurde in dieſen Kreiſen unſere Polenpolitik auf ein falſches Geleiſe geſchoben, und die Pläne der Regierung ſtießen auf ſchroffe Ablehnung und ſchärfſte Kritik unſerer eigenen Leute gerade da, wo ſie hätten unterſtützt werden müſſen. Die Möglichkeit, die geeigneten Kreiſe aufzuklären und zu gewinnen, hatte ſich die Regierung ſelbſt verbaut durch die unſachgemäße und dilettantiſche Handhabung der politiſchen Zenſur.

Aber die Regierung unterließ es leider auch, ihrerſeits zwiſchen unſeren Oſtmarken-Intereſſen und unſeren Intereſſen in Kongreßpolen den nicht minder nötigen ſcharfen Trennungsſtrich zu ziehen. Im inneren Zuſammenhang damit ſtand es, daß es an einer klaren, rechtzeitigen Auseinanderſetzung mit unſerem Bundesgenoſſen Öſterreich-Ungarn fehlte. Man ließ es ſich ferner gefallen, daß die Erklärungen polniſcher Vertreter aus Kongreßpolen und Galizien ſich hinſichtlich der polniſchen Wünſche auf preußiſches Gebiet ſtets in Zweideutigkeiten bewegten, und obwohl der Weg der Wiederaufrichtung eines ſelbſtändigen Polens längſt vorgezeichnet war, ſchwankte man doch beſtändig zwiſchen dieſer und der auſtro-polniſchen Löſung, zu der man im ungeeignetſten Augenblick ganz und gar wieder abzuſchwenken ſchien. Dabei nahmen die Vertreter Öſterreich-Ungarns in Warſchau — davon kann man ja jetzt offen ſprechen! — durchaus nicht die zarten Rückſichten auf uns, wie wir auf den Bundesgenoſſen, und arbeiteten mit Hochdruck gegen die deutſchen Intereſſen in Polen. Dieſe Schwäche und Unklarheit unſerer politiſchen Stellungnahme in Polen war es vornehmlich, die alle unſere Bemühungen, die Polen für unſere politiſchen Pläne zu gewinnen, fruchtlos machte.

Um nicht ungerecht zu ſein, muß man freilich daneben auch hervorheben, daß die militäriſchen Forderungen ſich unſeren politiſchen Beſtrebungen als ſtarkes Hemmnis in den Weg legten. Solange wir Truppen in Weſtrußland und der Ukraine hatten, mußten wir im Intereſſe der Verpflegung und Sicherung dieſer Oſtfront Polen als beſetztes Kriegsgebiet behandeln und ausnutzen, vor allem im Sinne einer Entlaſtung unſerer ohnehin wirtſchaftlich ſchwer bedrängten Heimat. Aber allerdings erringt man auf dieſem Wege nicht gerade das Wohlwollen der Bevölkerung eines ſolchen Gebiets. Das iſt nicht zu ändern. Daher wurde von verſchiedenen Seiten vorgeſchlagen, die Frage der Zukunft Polens möglichſt lange offen zu laſſen und eine rein militäriſche Verwaltung bis zum Friedensſchluß einzurichten. Ich kann mich nicht überzeugen, daß dadurch etwas gebeſſert worden wäre, ganz abgeſehen von den abſchreckenden Erfahrungen, die uns die Verwaltung des ſogenannten „Gebietes Ober-Oſt" gebracht hat. Eine ſolche Behandlung Polens und der polniſchen Frage wäre gleichbedeutend mit einer politiſchen Propaganda für die Entente geweſen. So wurde wenigſtens die durch Kriegsrückſichten gebotene Ausnutzung des Landes für unſere Zwecke dadurch gemildert, daß wir uns den Polen gegenüber beizeiten verpflichteten, nach dem Kriege ihre Selbſtändigkeit anzuerkennen und ihnen die von uns geſchaffene Organiſation zur Verfügung zu ſtellen. Dieſe Organiſation hatten wir eingerichtet, um die Hilfskräfte des von Natur reichen, aber verwahrloſten, von den ruſſiſchen Behörden verlaſſenen, von der ruſſiſchen Truppenmacht bei der Räumung ſyſtematiſch verwüſteten Landes — man beachte den Unterſchied von Belgien! — in unſerem Intereſſe auszunutzen. Es muß das einmal offen ausgeſprochen werden, denn wir verraten damit den Polen kein Geheimnis, während bei uns von einer ſchlecht unterrichteten Kritik die dumme Legende verbreitet wird, wir hätten das alles getan, nur um den Polen „Wohltaten" zu erweiſen und ihnen ihren Staat aufzubauen, während ſie ſelbſt keinen Finger rührten.

Nun bleibt freilich immer noch der unwirſche Einwand, wir hätten von vornherein wiſſen müſſen, daß wir bei den Polen keine Gegenliebe finden würden, und daß ſie Verträge bei ihrem bekannten Irredentismus einfach nicht halten würden. Sie würden die Wiederherſtellung ihres Staates ſtets benutzt haben, um unſere Grenzen zu bedrohen. Darauf iſt zu erwidern, daß die Vereinigung Polens mit der wiederhergeſtellten ruſſiſchen Großmacht in der Eigenſchaft eines autonomen Beſtandteils, ſowie nicht minder die Anlehnung des um Galizien vergrößerten Polens an Öſterreich-Ungarn, — und das waren die beiden einzigen Möglichkeiten, zwiſchen denen wir ſonſt noch zu wählen hatten, — die Übelſtände noch verſchlimmert haben würden. Wir ſchufen wenigſtens klare Verhältniſſe, wenn wir aus Polen einen ſelbſtändigen Staat machten. Und ebenſo ſehe ich meine andere Behauptung nicht widerlegt: Gerade weil wir innerhalb unſerer anerkannten Grenzen den hochverräteriſchen Beſtrebungen der Polen in ſcharfer Abwehr entſchieden entgegentreten müſſen, konnten wir ihnen außerhalb unſerer Grenzen den Beweis liefern, daß wir zwar auch unſere Intereſſen wahrnehmen, ihnen aber ihr gutes Recht als Nachbarvolk nicht vorenthalten wollten. Dabei mußte natürlich von vornherein mit der polniſchen Unzuverläſſigkeit gerechnet werden, jedoch in dem Sinne, daß wir mit den uns zu Gebote ſtehenden Kräften Vorſichtsmaßregeln trafen und vor allem unter den Polen ſelbſt Gegengewichte gegen die uns unbequemen Seiten ihrer Eigenart ſchufen, nicht aber ſo, daß wir ſie auf Grund dieſer Eigenart überflüſſigerweiſe Unfreundlichkeit oder Geringſchätzung fühlen ließen oder da, wo nur die kühlen Forderungen der Politik in Frage kamen, als Moraliſten auftraten. Die von der deutſchen recht verſchiedene polniſche Mentalität können wir nicht ändern, am allerwenigſten indem wir uns über ihre unangenehmen Seiten entrüſten; wohl aber zeigt ſie gewiſſe Seiten, die wir uns hätten zunutze machen können. Ein guter Pädagoge weiß, daß die Lüge des Kindes nicht immer einer ſchlechten Anlage oder der Furcht, ſondern in ſehr zahlreichen Fällen einer unbeherrſchten und irregeleiteten Phantaſietätigkeit entſpringt. Demgemäß wird er als Erzieher handeln. Auch der gute Politiker darf, wenn er bei einem fremden Volk auf Unzuverläſſigkeit, Wankelmut und Hinterhaltigkeit ſtößt, nicht gleich mit den Begriffen „ſchlecht" und „feig" arbeiten. Auch die Polen ſind vorwiegend Phantaſie- und Gefühlsmenſchen, nicht Verſtandes- und Willensmenſchen. Wer etwas bei ihnen erreichen will, muß auf ihre Phantaſie wirken und dadurch erſt den Gemütszuſtand ſchaffen, in dem ſich auch der Pole der Vernunft öffnet und ſeinen Vorteil erkennt. Aber leider verſtehen wir Deutſchen nichts ſo ſchlecht wie eben das. Immerhin lag es im Bereich der Möglichkeit, und man kann den Grundgedanken einer Politik nicht für falſch erklären, weil die Ausführung fehlerhaft iſt.

Erinnern wir uns noch einmal kurz, wie ſich die inneren Verhältniſſe Polens während unſerer Beſetzung geſtaltet haben. Beſonders organiſiert hatten ſich die Sozialiſten und die Juden. Die nichtſozialiſtiſchen Polen gliederten ſich in Aktiviſten und Paſſiviſten; jede dieſer großen Gruppen beſtand aus kaleidoſkopartig wechſelnden Parteiorganiſationen. Die Aktiviſten wollten im Sinne eines politiſchen Anſchluſſes an die Mittelmächte mitarbeiten; die Paſſiviſten wollten ſich nur ſammeln, organiſieren und ſchulen, um ſich dann bei Ausgang des Weltkrieges dem Sieger anzuſchließen. Die Sozialiſten teilten ſich in eine Rechte und eine Linke. Die Linke begeiſterte ſich für die rote Internationale und liebäugelte mit dem Bolſchewismus; die Rechte verwarf den Bolſchewismus, war ſtreng national und lehnte den Anſchluß an Deutſchland nicht grundſätzlich ab, fürchtete ſich aber vor der Gegnerſchaft Deutſchlands gegen eine demokratiſche Republik in

Polen. Die Juden gingen zu einem Teil mit den Sozialiſten; die anderen waren teils infolge des wachſenden Einfluſſes des Zionismus englandfreundlich, teils auf Grund ihrer ſchon vor dem Kriege gewählten Stellung ruſſenfreundlich, in beiden Fällen alſo auf ſeiten der Entente. Unſere Gefolgſchaft in Polen war alſo ſehr klein, und wir konnten ſie infolge eigener Fehler und der eifrigen Gegenarbeit Öſterreich-Ungarns nicht vermehren. Was uns hätte helfen können, ein entſchiedenes und ſchnelles Vorgehen in der Erfüllung unſerer Zuſagen, unterblieb infolge der geſchilderten Hemmungen, namentlich auch infolge des unglückſeligen Gedankens der Annexion eines Grenzſtreifens, womit wir die Polen ohne ſorgfältig durchdachten Zweck ängſtigten und quälten und anſtelle der Eigenſchaften, die auch der feindſelige Pole am Deutſchen achtete, gerade die bewieſen, die wir den Polen vorwerfen, nämlich Doppelzüngigkeit und Umdeuten gegebener Verſprechungen. Trotzdem fingen die Paſſiviſten an, bei dem anfangs ſiegreichen Verlauf der deutſchen Frühjahrsoffenſive 1918 ihren Übergang in das mittelmächtefreundliche Lager vorzubereiten; da kam der Rückſchlag in einer auch für unſere Polenpolitik beſonders unglücklichen Zeit. Das Miniſterium wurde geſtürzt, und die aus den ſogenannten Nationaldemokraten beſtehende Mehrheit der Paſſiviſten orientierte ſich ſofort nach der Entente, was in ſtarken Forderungen und herausfordernden Erklärungen zum Ausdruck kam. Noch hielt uns unſere militäriſche Stellung im Lande. Als dieſe infolge der Revolution verſagte, brach für uns die letzte Stütze. Unſere Beſatzung mußte das Land verlaſſen, und auch in Polen war der Sozialismus ſiegreich, der den Regentſchaftsrat ſtürzte. Es war die Rechte der Sozialiſten, die die Gewalt an ſich riß und Pilſudski an die Spitze ſtellte.

Die Ereigniſſe zeigen, daß unſere Niederlage und die Revolution die gegenwärtigen Verhältniſſe und in ihrem Gefolge auch den Aufſtand in Poſen geſchaffen haben, nicht etwa der Grundgedanke unſerer Polenpolitik. Ohne die jähe Lähmung unſerer nationalen Kraft hätte die Wiederherſtellung Polens auf unſere Oſtmarken kaum nennenswerte ſchädliche Wirkung ausgeübt. Doch die nähere Beleuchtung dieſer Frage würde hier zu weit führen. Jetzt handelt es ſich für Deutſchland in ſeiner Oſtmark um ſeine Exiſtenz und ſeine Ehre. Darüber gibt es zur Zeit keine politiſchen Betrachtungen, ſondern nur die harte Forderung: Gewalt gegen Gewalt!

Zur franzöſiſchen Trennungsgeſetzgebung

Kriegsbeobachtungen von Profeſſor Dr. Rühlmann-Berlin

Trüb ſchauen heute viele Freunde der Kirche, auch der Religion in die Zukunft. Beſonders die kirchenpolitiſche Forderung des Tages, die Trennung von

Staat und Kirche, bereitet ihnen bange Sorge. Zu Unrecht! Gewiß war Adolf Hoffmann's Wirken bisher ein Fauſtſchlag jedem kirchlich Geſinnten, überhaupt jedem tiefer Empfindenden, ins Geſicht, doch ſeine kleine, eitle Perſönlichkeit iſt nicht mit der Trennungsforderung identiſch, dieſe braucht durchaus nicht religionsſtörend zu wirken, im Gegenteil, ſie wird der Kirche zum Heil ausſchlagen, denn ſie bringt ihr die Lebensluft aller Geſunden und Kräftigen, die Freiheit.

Dieſe Überzeugung gewann ich als Feldgrauer drüben in Frankreich. Frankreich iſt der erſte europäiſche Großſtaat, der die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt hat; nicht im einzelnen immer glücklich, wie ſich zeigen ſoll, doch grundſatztreu, wie ſo oft in der franzöſiſchen Geſchichte und durchaus entſprechend der unerbittlichen Logik ſeines Volksdenkens. Dieſer Kampf zwiſchen Kirche und Staat, der 1905 begann, hat die dritte Republik in ihren tiefſten Tiefen aufgerührt — Zolas Verité gibt uns eine erſchütternd wirklichkeitsechte Schilderung — und trotzdem ſah 1914 der Krieg ein beiſpiellos einmütiges Volk, ein Volk, das einmütig blieb ſelbſt unter den entſetzlichſten Blutopfern, einmütig bis zum endlichen Siege. Der Haupteinwurf, daß die Trennung von Kirche und Staat ſtets die nationale Einheit gefährden müſſe, eine in Deutſchland weit verbreitete Annahme, beſteht alſo durchaus nicht zu Recht.

Es war ein Reiz eigener Art für mich, in den Bauerndörfern der Champagne, des Aisne- und des Maastales den Spuren dieſes franzöſiſchen Kulturkampfes nachzugehen und beſonders unter den Ardennenbauern ſeine Wirkungen zu ſtudieren, deren hauptſtädtiſche Züge ich bereits aus eigener Beobachtung kannte.

Ein beſonderer Umſtand begünſtigte meine Beobachtungen: Längere Zeit verwaltete ich Sommer 1915 die Ortskommandanturgeſchäfte in dem lieblichen Vandy, einem reizend an den Uferhöhen der breiten Aisneebene in der Nähe von Vouziers gelegenen Bauerndorf. Hier betreute, unbekümmert um die ſeit September 1914 tobenden Kriegswirren ein rüſtiger Vierziger als Pfarrer den zurückgebliebenen Reſt ſeiner Gemeinde; da Lehrer und Maire geflohen waren, bildete er den alleinigen geiſtigen Halt der biederen, tüchtigen Ardennenbauern. 1918 wurde Vandy mehrmals in den amtlichen Heeresberichten des September genannt, ſein hochgetürmtes Kirchlein iſt wohl heute ſicher ein Opfer jener Rückzugskämpfe.

In Vandy hatte ich ſo manche Einzelzüge typiſcher Bauernfrömmigkeit beobachtet; denn der kirchliche Sinn war offenbar ſtark entwickelt, faſt jeder größere Bauer hatte ein buntes Kirchenfenſter geſtiftet, auf den Anhöhen oft kirchliche Erinnerungen, Meſſe und Beichte waren faſt ſtets vollzählig von Männlein und Weiblein beſucht. Da mich ſchon mehrmals die Dienſtgeſchäfte mit dem klugen Sutanenträger zuſammengeführt hatten, lockte es mich, ihm auch die mich ſo bewegende Frage, wie in dieſer dörflichen Sphäre das Trennungsgeſetz vom 11. Dezember 1905 gewirkt habe, vorzulegen. Ich hatte ſie nur angedeutet, als ich ſchon der überraſchendſten und entgegenkommendſten Bereitwilligkeit begegnete.

„Wie geſtaltete ſich hier die vermögensrechtliche Auseinanderſetzung zwiſchen Staat und Kirche? Gingen die berüchtigten „Zwangsinventariſationen" ohne Reibung vonſtatten?" fragte ich den Pfarrer zunächſt.

Mit reſigniertem Blick zeigte er mir in der Sakriſtei eine in die Wand gelaſſene ſchwarze Marmortafel, die nach franzöſiſcher Art die Namen der frommen Stifter enthielt. Dieſe Stiftungen fielen dem Staate anheim. Der alte Pfarrer, der Vorgänger des jetzigen, hatte verſucht, ſich dem Raubzuge des Staates zu entziehen — wie übrigens die meiſten Pfarrer. Er wollte die Kapitalien nicht herausgeben. Der Harmloſe hatte vergeſſen, daß dieſe Form des Widerſtandes vergeblich ſein mußte, da nach franzöſiſchem Recht alle „frommen Stiftungen" in Staatspapieren angelegt ſein mußten; der Staat brauchte alſo nur die betreffenden Zinsſcheine als ungültig zu kennzeichnen. Durch dieſen erſten Schritt verlor unſere Kirchengemeinde etwa 300 Franken alljährlich an Zinsgenuß. Hatte der erſte Schritt den Staat bereichert, ſo der zweite die Gemeinde: Alle liegenden Güter, hier beſonders Wieſen und Korbweidenkulturen, wurden der bürgerlichen Gemeinde überwieſen, und zwar der Armenkaſſe. Dies raubte der Kirche Vandy eine jährliche Pachteinnahme von 150—200 Frank. Endlich wurde inventariſiert, auch das „Kultgebäude", die Kirche mit den dazu gehörenden kirchlichen Gerätſchaften, wie Orgel, Paramenten, Meßbücher uſw. Dieſe Kultgebäude waren gemäß einem bereits in der Revolutionsgeſetzgebung ausgeſprochenen Grundſatz Eigentum der Gemeinde, die ſie aber unentgeltlich bis zum 12. Dezember 1916 ſich bildenden Kultvereinen zu „gottesdienſtlichen Zwecken" überlaſſen ſollte. „Und bildeten ſich ſolche Kultgemeinden?" Ich wußte von früher, daß dies die leidenſchaftlichſte Frage des ganzen Kulturkampfes war; denn würde man ſich den Kultvereinsbeſtimmungen unterwerfen, ſo drückte man die Kirche Gottes auf das Niveau eines vulgären Vereins herab. Weite Kreiſe des franzöſiſchen Klerus ſchwankten, die Haltung der Kurie blieb ſowohl in der Enzyklika „Vehementer" wie in der „Graviſſimo" einheitlich und klar, faſt verletzend logiſch in der Zurückweiſung jeglicher Konzeſſion an den franzöſiſchen Staat. Rom wußte, daß es hier in ſeinen Grundfeſten erſchüttert wurde; die Kultvereine mußten den hierarchiſchen Aufbau der Kirche und ſomit dieſe ſelbſt zerſtören. Und als ganz unmöglich empfand man, daß mit den Kultvereinen dem Laienelement ein ſo ſtark mitbeſtimmender Einfluß in rein innen-kirchlichen Verhältniſſen gewährt werden ſollte.

Auch der alte Pfarrer von Vandy ſchwankte einige Tage. Der Zwangsinventariſierung ſetzte er keinen ernſtlichen Widerſtand entgegen. Deshalb kam es hier auch nicht zu den anderwärts gemeldeten, von der franzöſiſchen Rechten organiſierten Zuſammenrottungen und Einſchlagen der verſchloſſenen Kirchentüren. Aber zur Bildung eines Kultvereins kam es auch nicht. Wohl aber war der Pfarrer anfänglich der „Anmeldepflicht“ für die kirchliche „Verſammlung“ nachgekommen, die der franzöſiſche Staat im Rückzugsgefecht als Erſatz für die mißglückten Kultvereine dann 1907 gefordert hatte. „Er hat dem Feldhüter hier in dieſem heiligen Raume der Sakriſtei zu Protokoll erklärt, wann er den Gottesdienſt abhalten will, und — denken Sie ſich — er hat den Maire um die Erlaubnis gebeten, die Glocken läuten zu dürfen. Das Alter hat ſeinen Sinn verwirrt, er iſt kurz darauf geſtorben,“ erzählte in verhaltenem Zorn ſein Nachfolger. Der junge Pfarrer war offenbar ein treuerer Sohn der Kurie. Gehorſam dem päpſtlichen Breve gab es für ihn weder Kultvereine, noch Anmeldepflicht, noch Mietvertrag. Er trotzte dem Staate und mit ihm faſt alle Kleriker. „Ich habe den erſten Montag und Dienstag die Meſſe um 3 Uhr in der Nacht gehalten, um der ſtaatlichen Anmelde- und Überwachungspflicht aus dem Wege zu gehen. Ich erwartete damals ruhig meine Verhaftung am Morgen, doch ſie erfolgte nicht.“

„Wie iſt nun gegenwärtig die finanzielle Lage der Kirche?“

„Da nach dem Trennungsgeſetz der franzöſiſche Staat keinen Kultus anerkennt, beſoldet oder unterſtützt, fiel natürlich unſere Beamtenſtellung. Seit 1906 haben die Pfarrer keine öffentlich-rechtliche Funktion in Frankreich mehr. Die Einziehung des Kirchenvermögens bereicherte den Staat gewaltig, über 400 Millionen Frank waren ihm mit einem Schlage zugefallen. Hier liegt ein ſtark mitſprechender Grund für die Tatſache, daß das demokratiſche Frankreich bis jetzt ohne die demokratiſchſte aller Steuern, die progreſſive Einkommenſteuer, ausgekommen iſt. Leicht war der Übergang für uns Geiſtliche aus zwar geſicherten, aber innerlich gefeſſelten Staatsdienern in ganz auf uns geſtellte, dafür aber freie Kirchendiener, nicht. Es geſchah überdies ſehr klug: 1906 und 1907 ſollten wir im Gehalt um ein Viertel, die beiden folgenden Jahre um die Hälfte, die nächſten um drei Viertel gekürzt werden, nach acht Jahren ſollte dieſe Umwandlung durchgeführt ſein, in größeren Gemeinden bereits nach vier Jahren. Da jedoch die Kirche jede Verſtändigung mit dem Staate grundſätzlich abwies, beſtimmte dieſer als Gegendruck, daß von 1909 kein Geiſtlicher mehr ſtaatliches Gehalt erhielt.

„Wer zahlt Ihnen denn Gehalt? Wovon und wie leben Sie denn?“

„Anfänglich, in den erſten Jahren nach 1909 war unſere Lage durchaus unklar. Die Biſchöfe hatten zwar ſofort nach dem Trennungsgeſetz von 1905 begonnen, kirchliche Kollekte zu ſammeln für die Ausbildung, Beſoldung und die Ruhegehälter der Geiſtlichen. Da es eben hierbei keine beſtimmte Taxe gab, gingen die Gelder gering und ganz unregelmäßig ein. Ich habe noch vor drei Jahren kaum über 100 Frank jährlich bezogen. Jetzt aber iſt die Gehaltsfrage weſentlich günſtiger geregelt, ſo daß ich jetzt etwa dasſelbe Einkommen beziehe, wie vor der

Trennung, wo ich vom Staate 900 Frank für Vandy und 200 Frank für die Filialleitung in Terron bezog. Ein weſentlicher, ja, der wichtigſte Punkt iſt, daß wir unſer Gehalt nicht von der Gemeinde empfangen wie die evangeliſchen Pfarrer in Frankreich, ſondern von der biſchöflichen Kaſſe. Jeder Diözeſane hat als Mindeſtbeitrag in den erſten Monaten des Kirchenjahres 1 Frank an die Kirche ſeines Ortes abzuführen; dazu kommen die freiwilligen Kollekten in der zweiten Hälfte des Jahres, von denen ich gegen 300 Frank nach Reims abführe, die Kirchenſtuhlmiete ergibt auch 300 bis 400 Frank, geiſtliche Handlungen ſind grundſätzlich unentgeltlich, doch gewiſſe reichere Ausſtattungen, beſonders bei Taufe und Hochzeit geben einen nicht geringen Ertrag. Die biſchöfliche Kaſſe zu Reims teilt nun die Einnahmen nach dem Grundſatz der ausgleichenden Gerechtigkeit, die ärmeren Gemeinden ſollen in der Seelſorge nicht hinter den reicheren zurückſtehen. Die Gemeinden zahlen faſt immer willig, ſchon aus Billigkeitserwägungen. Wo eine Gemeinde böswillig die Zahlungen verweigert, beruft der Biſchof den Pfarrer ab, doch dies erfolgt ſehr ſelten.

Iſt in der Beſoldungsfrage der Pfarrer nicht unmittelbar abhängig von der Gemeinde, ſo iſt in der Wohnungsfrage die Bindung etwas ſtärker. Nach dem Trennungsgeſetz ſind die Kultgebäude, auch das Pfarrhaus, zwar Eigentum der bürgerlichen Gemeinde, doch dieſe darf es keinem anderen als gottesdienſtlichem Zwecke zuführen. Iſt nun eine Gemeinde kirchen- und pfarrerfreundlich, ſo überläßt ſie dem Pfarrer das Pfarrhaus entweder unentgeltlich oder zu einem mäßigen Mietpreis. (180 Frank). Sitzen aber in der Gemeindevertretung viele Sozialiſten oder Radikale, ſo kann es vorkommen, daß man die Miete ſo ſteigert daß der Pfarrer ſie nicht mehr bezahlen kann und ſich nach einem anderen Miethauſe umſehen muß, was vom kirchlichen Geſichtspunkte aus nicht wünſchenswert iſt.

Auf dem gleichen Grundſatz der völlig vom Staate losgelöſten Selbſtändigkeit baut ſich auch die Vorbildung der Geiſtlichen auf. Die Kirche iſt freie Unternehmerin: Für jede Diözeſe unterhält ſie „Kleine Seminare", die der Bildung der künftigen Geiſtlichen dienen: die Lehrer ſind in der Regel Geiſtliche; für den naturwiſſenſchaftlichen Unterricht nimmt man auch einzelne Laienlehrer an; viele Freiſtellen, ermöglichen dem Begabten den Zugang zur Prieſterlaufbahn. Etwa ein Fünftel der künftigen Prieſter macht die Abiturientenprüfung, dieſe beſuchen dann die großen Seminare, die „freien" theologiſchen Hochſchulen zu Paris oder Nancy, denn ſtets hat man von kirchlicher Seite das Streben nach dem Doktorat gefördert. Neben den Söhnen der höchſten Ariſtokratie, die ſich wieder zahlreicher denn je zu den Prieſterſeminaren drängen, iſt in nicht kleiner Anzahl der Weinbauernſohn aus der Champagne oder das ſchlichte Waldkind der Ardennen zu finden. Es beſteht heute durchaus nicht mehr wie vor zehn Jahren die Gefahr, daß das wiſſenſchaftliche Niveau der Geiſtlichen ſinkt.

„Wie hat dieſe Trennung das kirchliche Leben beeinflußt?“ „Zunächſt hat ſie uns ein köſtliches Gut gegeben: die Freiheit. Wurde vor dem Geſetz in der Predigt irgend eine ſtaatliche Einrichtung kritiſiert, ſei e auch nur ganz leiſe, ſofort erfolgte eine Denunziation, und wir wurden zum Teil mit ganz empfindlichen Gehaltsſperren von den meiſt kirchenfeindlichen republikaniſchen Behörden belegt. Jetzt ſind wir vollkommen frei in der Lehre wie im Leben. Unſere Pfarrer, unſere Biſchöfe werden nach rein kirchlichen Geſichtspunkten gewählt und befördert. Die dem kirchlichen Leben ſtets abträglichen Konkordate gibt es nicht mehr. Wir möchten um keinen Preis wieder unter da ſtaatliche Bevormundungsjoch zurück.

Auch den Gemeinden gegenüber haben wir die Abhängigkeit durch das Einſchieben der biſchöflichen Kaſſen als Mittelglied glücklich vermieden. Wohl haben wir dem demokratiſchen Grundſatz zuliebe einen „Kirchenrat“ eingerichtet, doch er dient nur zu unſerer finanziellen Entlaſtung, ſelbſtändige Verwaltungsrechte ha er nicht. Ich, der Pfarrer, ernenne in Wirklichkeit die fünf Gemeindemitglieder der „Kirchenväter“; denn der Biſchof, dem eigentlich das Ernennungsrecht zuſteht, nimmt ja doch ſtets die erſten fünf der zwanzig aufgezählten Namen. Vernachläſſigt eines der Kirchenratsmitglieder ſeine katholiſchen Pflichten, ſo laſſ ich ihn durch den Biſchof abſetzen. Ich ernenne den Organiſten, die Kirchendiener ich vertrete in jeder Beziehung die Gemeinde und kann durch keine Vollmach des Kirchenrates gebunden werden. Kann man freier ſein?“ Die Stimme de Geiſtlichen klang ſiegerhaft.

„Wird der kirchliche Einfluß auch künftighin ſtark genu bleiben?“ Hier führte er mit weniger ſieghafter Stimmer aus: „In die Zukunft ſchaue ich nicht ſo ganz freudig; denn uns fehlt die Jugenderziehung. Hie iſt der Staat ſtärker als wir, er hat die Schule und damit die Zukunft. Noch gib es ja eine ältere Lehrergeneration (unſer Lehrer hier gehört zu ihr), die zwar ihre dienſtlichen Stellung nach, aber nicht perſönlich kirchenfeindlich iſt. Sie gehe zwar nicht zur Kirche, ſie ſehen es auch nicht gern, wenn ihre Namen auf di Liſte der kirchlichen Spender geſetzt werden und ſo ihr kirchlicher Sinn zur Kenntnis der kontrollierenden republikaniſchen Behörden kommt, wohl aber laſſen ſie durch Frau und Kinder an die kirchlichen Sammlungen zahlen. Sie wählen auc aus der Liſte der ſtaatlich genehmigten Lehrbücher faſt immer ſolche aus, die i Geſchichts-, Moral-, im bürgerkundlichen Unterricht der Kirche und der Religion ihre Rechte laſſen und nicht ausgeſprochen kirchenfeindlich ſind, wie dies von vielen der Lehrbücher nachgewieſen iſt. Aber ob dieſer Zuſtand von Dauer iſt, kann ic nicht ſagen; denn die jüngeren Lehrer haben auch für ihre Perſon und nicht nu für das Amt die Trennung von der Kirche vollzogen. Die Neutralität des weltlichen Unterrichtes wird nicht ſelten zur Kirchenfeindſchaft. Hier iſt noch ein

Verſtändigung anzuſtreben; denn die Schule hat die Zukunft. Ob die Kirche ſich überhaupt weiter als Maſſenerſcheinung, als die jeden einzelnen umfaſſende Volkskirche halten kann, muß ſich erweiſen. An Verſuchen unſererſeits, durch Unterhaltungsabende, durch kirchliche Zirkel, durch kirchliche Parteigründungen, durch Unterhaltungsblätter und kirchliche Kalender wieder zur allumfaſſenden Erziehungsträgerin unſeres Volkes zu werden, hat es bisher nicht gefehlt. Schließlich iſt die Kirche ewig, ſie wird auch dieſe Prüfung überwinden, Gott hat ſie ihr zur inneren Läuterung geſchickt.“

Drei inhaltsſchwere Jahre liegen hinter dieſer Unterredung mit dem klugen Prieſter. Nicht ahnte ich, daß ich mich ihrer ſchon ſo bald erinnern würde. Wenngleich das neue Deutſchland eins iſt mit dem Frankreich der dritten Republik in dem erſtrebenswerten Ziel, im Weg darf es nicht Frankreichs Spuren folgen eine ſich überſtürzende Kampfgeſetzgebung muß es ablehnen um des Staates und nicht zuletzt der Kirche willen.

Die Zukunft des Internationalismus

Von Dr. Max Geber-Dresden

Die Gefahren der bloß nationalen Lebensform ſind durch den Krieg ſo offenſichtlich geworden, daß der Wille und Wunſch nach internationalen Lebensformen der Völker und Staaten außerordentlich gewachſen iſt. Drei Vormarſchlinien ſcheinen der Entwicklung zum Internationalismus gegeben: die wirtſchafts- und verkehrstechniſche, die kulturorganiſatoriſche und die ſtaatspolitiſche. Über den Wert und das gegenſeitige Verhältnis dieſer Wege beſtehen nun unter den grundſätzlichen Verfechtern des Internationalismus — grundſätzliche Gegner gibt es nicht mehr allzu viele — Meinungsverſchiedenheiten, die auch für die praktiſche Politik der nächſten Zukunft von größter Wichtigkeit ſind.

Die verbreitetſte Anſicht erblickt in den wirtſchafts- und verkehrstechniſchen, ſowie den kulturorganiſatoriſchen Verknüpfungen das eigentliche Gemeinſchaftsband der Zukunft, während die ſtaatspolitiſchen Abmachungen reine Zweckgebilde darſtellen, die erſt durch die andern Gemeinſchaftsbeziehungen wärmere Temperatur erhalten. Dieſe Theorie iſt die rein pazifiſtiſche, wie ſie ſchon vor dem Kriege beſtand, und in der Ablehnung jedes vereinigten Staatengedankens und der Forderung unbeſchränkten Freihandels ihr beſonderes Kennzeichen hat. Ihr ſchließt ſich eng der ſozialiſtiſche Internationalismus an, der aber mehr die internationale Kulturorganiſation, internationale Sozialreform, beſonders Beſeitigung der kapitaliſtiſchen Wirtſchaftsweiſe fordert. Nicht ſo einheitlich ſind beide Richtungen in der Verneinung. Im Sozialismus finden ſich nicht wenige Stimmen, die für etappenweiſe Staatenförderation eintreten und einen bloß politiſchen allumfaſſenden Völkerbund den Stürmen des Staatenlebens nicht gewachſen halten. Dieſe Schule des Neu-Marxismus bildet ſo den Übergang zu einer dritten Gruppe, die ſich von der allumfaſſenden techniſchen und kulturpolitiſchen Gemeinſamkeit wenig verſpricht, ihr Augenmerk deshalb mehr der ſtaatspolitiſchen Gemeinſchaft beſchränkten Umfanges zuwendet, die nur gleichartig intereſſierte, in ihren wirtſchaftlichen und kulturellen Verhältniſſen ſich verwandte Staatsweſen umfaßt. Es iſt nicht ſchwer zu erraten, daß dieſe Strömung vor allem im mitteleuropäiſchen Bündnis die Hauptaufgabe deutſcher Politik ſieht, ohne deswegen die Idee des Völkerbundes und der mit ihm verbundenen Pläne von Schiedsgerichten, Vermittlungsämtern und Abrüſtungsvorſchlägen abzulehnen.

Aus dem Gewoge rein perſönlicher Meinungen und Voreingenommenheit kann uns bloß die Unterſuchung der Frage herausführen, ob denn die techniſchen und kulturorganiſatoriſchen Beziehungen ihrem Umfang und ihrem Weſen nach zur Bildung einer wahrhaften internationalen Lebensgemeinſchaft geeignet ſind. Muß dieſe Frage verneint werden, ſo genügt offenbar ein bloßer Zweckverband der Staaten zur Beſeitigung der Kriege auf keinen Fall, um auch nur dieſe Aufgabe zu erfüllen. Wir ſind dann gezwungen, nach außenpolitiſchen Lebensgemeinſchaften zu trachten. die natürlich nur beſchränkten Umfanges ſein können und die Herſtellung einer umfaſſenden internationalen Gemeinſchaft dem Laufe der Entwicklung, dem Zug nach weltumſpannenden Betriebsgemeinſchaften zu überlaſſen.

Der Hauptfehler der pazifiſtiſchen Richtung iſt die Überſchätzung der techniſchen Lebensverhältniſſe, die auf der Annahme fußt, daß die Seele ſich dem techniſchen Zwang, wenn auch nur langſam, fügt. Eine tiefere Betrachtung der innerkulturellen Entwicklung lehrt aber, wie äußerlich das bloße Techniſche am Menſchen haftet, wie wenig es in ſeine innerſten Lebensverhältniſſe einzudringen vermag. Trotz hochentwickelter Technik iſt der Stand unſerer geiſtigen und ſeeliſchen Perſonenkultur bedauerlich niedrig, ja früheren Zeiten gegenüber zurückgegangen. So vermochte denn die völkerverbindende Technik keineswegs höheres Gemeinſchaftsempfinden zu erzeugen, ſie vermochte die Hochflut des Nationalismus nicht zu dämmen, der gerade aus der engen Verbindung der nationalen Wirtſchaftsgebiete neue Nahrung ſog und es bewirkte, daß ſich Menſchen und Kapitalien, wie Ruedorffer ſchreibt, auf der ganzen Welt bekämpften. Ebenſo wird der Glaube an den Freihandel der tatſächlichen Verſchiebung nicht gerecht. Angeſichts der weit gediehenen wirtſchaftlichen Eigenentwicklung der Staaten läßt ſich der Gedanke der wirtſchaftlichen Arbeitsteilung der Erde nicht mehr durchführen. Allzuſehr hat man inzwiſchen die Vorteile eigner Ernährung und eigner Induſtrie kennen gelernt. Wäre der Freihandelsgedanke nicht in dem Wirtſchaftsgrundſatz des freien Spiels der Kräfte untergetaucht, der nur britiſchen Intereſſen entſprach, ſo wäre er vielleicht durchführbar geweſen und hätte die Welt vor der heutigen Kriſe bewahrt.

Aber ohne Regelung hätte der Freihandel zu einer Ausplünderung der unentwickelten Staaten durch die fortgeſchrittenen geführt, genau wie im innerſtaatlichen Wirtſchaftsleben. Aber dieſe Zeiten kehren kaum wieder. Der Gedanke der Selbſtverſorgung iſt nun erwacht und nicht mehr zu beſeitigen. Er iſt aber nicht wie der alte Merkantilismus ſtreng einzelſtaatlich, ſondern durchaus zu überſtaatlichen Zuſammenfaſſungen, zu Wirtſchaftsbündniſſen geeignet.

Höher als der unpolitiſche Pazifismus ſteht zweifellos der ſozialiſtiſche Pazifismus. Sein Grundgedanke, daß das Kulturorganiſatoriſche das eigentliche völkerverbindende Element ſei, überragt die pazifiſtiſche Gedankendürre denn doch um Haupteslänge. Hier iſt es nicht mehr bloße Technik, ſondern die Regelung von Lebensverhältniſſen, die dem Einzelnen deutlich fühlbar ſind. Nicht mehr rein materielle Intereſſen beherrſchen das internationale Sehnen, ſondern der Kulturhunger der Maſſen ſchwingt hier mit, Gefühle und Empfindungen hochſtehender Art. Fragt ſich nur, ob denn der kulturelle Reformeifer in allen Staaten gleichmäßig vorhanden und gleichtiefgehend iſt und ob die geplanten großen Reformen wirklich nur auf internationaler Baſis durchzuführen ſind. Würde dies nicht der Fall ſein, ſo würde ſich der Sozialismus ſeine Aufgabe ſelbſt ungeheuer erſchweren und ihre Durchführung verzögern. Ebenſo würden die erhofften Gemeinſchaftsempfindungen ausbleiben und die rein nationalen Gefühle, die in Sprache, Geſchichte, Kunſt, Heimatliebe, unverſiegliche Quellen beſitzen, die Oberhand gewinnen. Nun iſt die Verſchiedenheit des ſozialen Reformwillens und die verſchiedene Auffaſſungsweiſe vom Weſen des Sozialismus bekannt. Der deutſche Sozialismus iſt ein Gewächs eigner Art. Doch ſoll auf dieſen Geſichtspunkt weiter kein Wert gelegt werden, da die Verhältniſſe nach dem Kriege zunächſt unüberſchaubar ſind. Um ſo genauer müſſen wir es mit dem anderen Punkt nehmen: der angeblichen Unlösbarkeit der großen Kulturprobleme im nationalen Rahmen. Trifft dieſe ſo oft erhobene Behauptung wirklich zu?

Wir ſahen vor dem Kriege Länder wie Auſtralien und Neuſeeland mit vollen Segeln ins gelobte Land des Sozialismus hineinſteuern, wir ſehen jetzt Großrußland am Werk, die einſchneidendſten ſozialen Maßnahmen durchzuführen, ohne erſt auf internationale Abmachungen zu warten. Und hat nicht auch bei uns der Staatsſozialismus ſtändig an Boden gewonnen, ganz auf eigne Hand? Es iſt nicht einzuſehen, warum die Vergeſellſchaftung der Produktionsmittel, Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden, Beſchränkung der Erbfolge und der Erbmaſſen, ſtarke Beſteuerung der großen Einkommen und Vermögen, ausgedehnte innere Koloniſation, wirkſamer Arbeiterſchutz uſw., nicht ſchon im nationalen Rahmen durchzuführen ſein ſollen. Gewiß wird man ſich in mancher Beziehung mit anderen Staaten verſtändigen müſſen, gerade z. B. wegen der Beſteuerung hoher Vermögen, wegen des Arbeiterſchutzes uſw., aber ſolche einzelne Abmachungen ſchaffen noch keine Gemeinſchaft. Vollends unberechtigt erſcheint die Behauptung der Unlösbarkeit großer Kulturfragen im nationalen Staat, wenn man die Alkoholfrage, die Sexualfrage, die Bildungsfrage, die Frauenfrage, die Jugendfrage, die Frage ſozialer Rechtsgeſtaltung, die Weltanſchauungs- und religiöſe Frage in Betracht zieht. Richtig iſt natürlich, daß nur durch allgemeine Abrüſtung die Mittel zur Durchführung vieler Kulturaufgaben gewonnen werden könnten, aber dieſer indirekte Zuſammenhang der innerſtaatlichen Kulturfragen mit dem internationalen Problem genügt nicht, einen im Weſen der Sache verankerten internationalen kulturorganiſatoriſchen Zuſammenhang herzuſtellen. Daß die erwähnte Behauptung ſo widerſpruchslos aufgenommen wird, liegt wohl an einer Verwechſlung der bloß ideellen Kulturgemeinſchaft und der kulturorganiſatoriſchen. Gewiß beruht die Schnelligkeit unſerer Entwicklung auf der internationalen Geiſtes- und Arbeitsgemeinſchaft, dem gegenſeitigen Austauſch der Erfahrungen und Ideen, ſicherlich werden durch den Zwang gleichlaufender Urſachenreihen die nationalen Kulturen immer gleichartiger, obwohl ſich daneben dem ſchärferen Blick auch immer feinere Eigenarten zeigen. Aber dieſe Geiſtesgemeinſchaft hätte erſt dann tiefere Gemeinſchaftswirkungen, wenn ſie zur organiſierten Kulturgemeinſchaft würde, wenn alle einzelnen großen Kulturfragen im Internationalen mündeten und internationale Bearbeitung verlangten. Dann wäre in der Tat ein ſtarkes Gemeinſchaftsband geſchaffen, da ja die Frage organiſatoriſcher Maſſenkultur die Frage unſerer Zeit iſt. In Wirklichkeit aber erweiſt ſich die nationale Lebensgemeinſchaft als die wichtigſte Kulturgemeinſchaft, auch für die Fragen organiſatoriſcher Maſſenkultur, wogegen die internationale Lebensform an Bedeutung ſehr zurücktritt. Auch die Anſchauung iſt irrig, daß eine Vereinigung der Talente der ganzen Welt auf dieſelben Kulturfragen dem Kulturfortſchritt beſonders zugute käme. Wichtiger als ſolche quantitative Vereinigung, iſt eine qualitative. In den Gußformen der Nationen bilden ſich Eigenformen gleichartiger Geiſter aus, die vermöge der nationalen Abgeſchloſſenheit dieſe Eigenart rein und unverkürzt in der Behandlung der Kulturfragen auswirken können. So werden von den verſchiedenen Nationen verſchiedene Wege zu denſelben Zielen eingeſchlagen, wodurch eine Art experimenteller Kulturarbeit geſchaffen wird, die allein den internationalen Austauſch ſo fruchtbar macht und der Menſchheit im ganzen viele Umwege erſpart.

Sind nach dem Geſagten weder die internationale Wirtſchafts- und Verkehrsgemeinſchaft, noch die Kulturgemeinſchaft imſtande, eine wahre dauerhafte internationale Lebensgemeinſchaft zu begründen, ſo bleibt nur noch die politiſche Staatengemeinſchaft übrig. Dieſe kann aber offenbar nicht allumfaſſend ſein, und außerdem nicht bloß auf die Aufgabe der Friedensbewahrung geſtellt, ſondern muß ein größeres Gebiet wichtiger politiſcher Fragen umfaſſen. Alſo nicht ſo weitgreifend, aber tiefer faſſend. Ein ſolches Verhältnis läßt ſich aber nicht künſtlich und willkürlich ſchaffen, es muß von ſelber wachſen zwiſchen Staaten gleichartiger Intereſſen und Willensrichtungen. Dieſe Einſicht iſt auch der Grund, warum unſere Pazifiſten die Bündnisidee ſo energiſch ablehnen, weil eben ein allgemeines, alle wichtigen außenpolitiſchen Fragen umfaſſendes Bündnis eine offenſichtliche Utopie wäre. Deswegen preiſen ſie den bloßen, auf eine einzige politiſche Aufgabe beſchränkten Zweckverband. Es entgeht ihnen aber nicht, welch lockeres Gefüge ſie damit dem Spiel der Wellen ausſetzen, was ſie veranlaßt, die vereinende Wirkung der Intereſſen des Verkehrs, der Technik, der Kulturgemeinſchaft außerordentlich zu überſchätzen und als Erſatz einzuſtellen.

Die Zukunft des Internationalismus beruht aber nicht auf der Entwicklung der Technik und Kulturgemeinſchaft, ſondern auf dem Zuſammenwachſen der politiſchen Gemeinſchaften, der Staaten, auf dem Wege der Gruppenbildung. Nur ſo kann ein wetterfeſtes Gebilde entſtehen.

Hochſchulen und politiſche Bildung

Von Profeſſor Bergſträſſer-Greifswald.

Ein demokratiſcher Staat muß mehr wie irgend ein anderer getragen ſein von der Geſinnung und dem tätigen politiſchen Anteil weiteſter Kreiſe ſeiner Bürger. Schon deshalb, weil es zu ſeinem Weſen gehört, daß ſeine leitenden Männer zum großen Teil nicht, wie die des bürokratiſchen Obrigkeitsſtaates aus dem wiſſenſchaftlichen Spezialiſtentum hervorgehen, ſondern aus der politiſch-parlamentariſchen Praxis. Demgegenüber iſt in ganz Deutſchland nur eine Stimme, daß in keinem anderen Lande die politiſche Bildung ſo darniederliegt wie bei uns.

Auf die Frage, woher es kommt, daß zwiſchen dieſem Sonderteil und anderen Teilen der allgemeinen Bildung in Deutſchland ein augenſcheinlicher Abſtand iſt, kann man mancherlei Antworten geben; die bequemſte iſt die, unſer Volk ſei nun einmal unpolitiſch. Demgegenüber muß denn doch darauf hingewieſen werden, daß auch die Gelegenheiten, ſich politiſch zu bilden, daß die politiſche Bildungsarbeit bei uns unverhältnismäßig ſchwach entwickelt geweſen iſt. Die Schule bot ſo gut wie nichts; man hat die Jugend einſeitig mit dynaſtiſchen und kriegsgeſchichtlichen Darſtellungen gefüttert. Für ſpäter ſah ſich die Mehrzahl der Intereſſierten auf eigene Arbeit angewieſen. Und ihr haftet, wie allem Autodidaktentum, das an, daß dabei eine Menge wertvoller Zeit dadurch vertan wird, daß jeder die methodiſchen Irrgänge für ſich wiederholt, die eine einigermaßen vernünftige Anleitung erſpart. Am erfreulichſten war noch, was die politiſchen Parteien ſelbſt, beſonders Sozialdemokratie und Zentrum leiſteten.

Es genügte vielfach für die Maſſen, nicht aber für die zum Führer beſtimmt waren oder ſich zum Führer berufen fühlten; ſie blieben nach wie vor auf die eigene Arbeit angewieſen.

Für die Zukunft kann und darf das nicht bleiben. Das wichtigſte Mittel, dieſen Zuſtand zu ändern, wird ohne Zweifel ſein, daß man die Bildungsanſtalten die dazu berufen ſind, Führer auszubilden, in den Dienſt dieſer großen Aufgabe ſtellt, nicht nur nebenbei, ſondern bewußt und ſyſtematiſch. Das ſind unſere Hochſchulen, einerlei, ob ſie im großen und ganzen bleiben, was ſie ſind, oder ob ſie weſentlich, etwa nach der Seite der Volkshochſchule erweitert werden.

Gelegenheit zur politiſchen Bildung gab es bisher auf den techniſchen Hochſchulen faſt nicht; ſie hatten in ihren allgemeinen Abteilungen nur Profeſſuren für Volkswirtſchaft und manchmal für beſtimmte Teile des Rechts. Auf den Univerſitäten war die politiſche Bildung nur erreichbar, wenn man ſich durch irgend ein Spezialfach methodiſch durchwälzte; und dazu hat eben nur der Spezialiſt Zeit. Politik aber iſt die Sache aller. Auf den Handelshochſchulen lag es ähnlich, nur daß die wirtſchaftspolitiſchen Fragen vielfach eingehender behandelt wurden. Überdies haben wichtige, für die Politik ungemein fruchtbare Fächer, wie die Geographie und die neuere Geſchichte, die politiſche Seite oft, man kann ſagen zumeiſt, vernachläſſigt. Wo wird z. B. politiſche Geographie geleſen?

Darum iſt unbedingt und dringend zu fordern, daß die für die politiſche Bildung in Betracht kommenden Fächer — es ſind hauptſächlich Volkswirtſchaft, öffentliches Recht, Geographie und Geſchichte, — an allen Univerſitäten ſyſtematiſch in den Dienſt der politiſchen Bildung geſtellt, daß dieſe Fächer an allen techniſchen Hochſchulen und auch an den Handelshochſchulen unter dieſem Geſichtspunkt erweitert bezw. geſchaffen werden.

Für die Univerſitäten genügt dabei nicht, daß in den ſchon jetzt beſtehenden Vorleſungen das politiſche Moment, die Beziehung zu Gegenwart beſonders betont wird. Das Stoffgebiet muß erweitert werden. In der neueren Geſchichte z. B. muß eine Vorleſung: Das europäiſche Staatenſyſtem ſeit 1870 regelmäßig geleſen werden. Dazu Einzelvorleſungen über die äußere wie innere Geſchichte der wichtigſten Großmächte; natürlich nur für die neuere Zeit; eine franzöſiſche Geſchichte des Mittelalters iſt durchaus entbehrlich. Überhaupt wird es für alle in Rede ſtehenden Fächer wichtig ſein, daß Vorleſungen über einzelne politiſche Fragen regelmäßig gehalten werden, denn die können ſich auf weniger Stunden beſchränken, ſie können einſtündig ſein und darum doch ihr Thema eingehend behandeln, die politiſchen Probleme herausarbeiten. Etwa: Staat und Kirche, Balkanfrage, Theorien des Sozialismus, Geſchichte der politiſchen Parteien in Deutſchland, Grundlagen der politiſchen Geographie, Pazifismus uſw. Dieſe

Vorleſungen müſſen auch an den kleineren Univerſitäten reichlich und in jedem Semeſter geleſen werden, denn trotz der Zunahme der großen Univerſitäten hält ſich doch noch die Mehrzahl der Studierenden an den kleineren auf. Für die techniſchen und Handels-Hochſchulen iſt das gleiche zu verlangen und ebenſo darauf zu ſehen, daß nicht allzuviel in große vierſtündige Vorleſungen hineingepackt, ſondern möglichſt der Stoff in kleinere gegliedert wird, die zu beſuchen jeder Student die Zeit hat.

Es iſt ſelbſtverſtändlich, daß die durch eine ſolche Erweiterung geſtellten Aufgaben nicht oder nur in den ſeltenſten Fällen von den bisherigen Lehrkräften bewältigt werden können, Dazu ſind die Ordinarien zu ſehr mit Prüfungen und anderen Verwaltungsaufgaben überhäuft, die ſich bei dem Zuſammenſtrom der Studenten für die Jahre nach dem Kriege noch ſteigern werden. Es müſſen in größerem Maßſtabe jüngere Kräfte herbeigezogen werden. Dabei wird darauf zu achten ſein, daß nicht wahllos dieſer oder jener mit der neuen Aufgabe betraut wird, ſondern möglichſt Dozenten, die ſchon vorher ſich mit der politiſchen Seite ihres Faches oder mit Politik überhaupt befaßt haben; denn gerade politiſche Betrachtung wird nicht aus Büchern allein gelernt, ſondern iſt fruchtbar erſt, wenn ſie ſich auf eine längere Praxis aufbaut. Dem Einwande gegenüber, daß dann der politiſch ſelbſt tätige Dozent ſeine parteipolitiſche Auffaſſung mit in die Vorleſung hineinträgt, möchten wir entgegen halten, daß dies kein Schade iſt; Politik iſt eben nur von einem beſtimmten Standpunkte aus möglich und da der vernünftige Hörer ſich nicht auf einen Dozenten beſchränken wird, es auch bei den verſchiedenen Fächern gar nicht kann, ſo gleichen ſich die Einflüſſe von ſelbſt aus. Verlangen wird man nur, daß die Ausführungen wiſſenſchaftlich begründet ſeien.

Darüber hinaus wäre zu erwägen, ob es nicht nützlich ſein könnte neben den Univerſitätsdozenten, die ja ſelbſtverſtändlich die Hauptarbeit tragen müſſen, ſchon weil es am wichtigſten iſt, das regelmäßige Bedürfnis zu befriedigen, daß neben ihnen ab und an auch Männer der Praxis kürzere auf kleinere Friſten zuſammengedrängte, etwa 3—6ſtündige Vorleſungen aus ihrem Arbeitsgebiete hielten, etwa ein Handelskammerſyndikus, ein Gewerkſchaftsführer. Man hat während des Krieges an verſchiedenen Hochſchulen politiſche Wochen veranſtaltet, in denen beſtimmte Auslandsgebiete im Querſchnitt behandelt wurden; das Verfahren könnte nützlich auch auf die innerpolitiſchen Fragen angewandt werden.

Dies alles, ausgebaut, je nach Bedürfnis erweitert und den Zeitforderungen entſprechend umgemodelt, gibt dem Beſucher der Hochſchulen Gelegenheit, ſich eine breite Grundlage politiſcher Kenntniſſe zu ſchaffen. Auch das genügt noch nicht; es gilt dann erſt noch die Verbindung zur politiſchen Arbeit hinüber zu finden. Dazu könnten die Hochſchulen in gewiſſem Maße beitragen, indem z. B. journaliſtiſche Übungen veranſtaltet würden, die dem Studenten Gelegenheit geben, ſeine Feder für das Leben zu üben, nachdem er ſie in der Schule meiſt an lebensfernen und unintereſſanten Fragen hat verſuchen müſſen, die überdies oft weit über ſeinem Erfahrungsmaterial lagen. Auch und gerade der Journalismus verlangt Übung; es iſt gar nicht ſo leicht, etwa zu einer neuen wohlweiſen Verfügung eines Amtes einen Kommentar zu verfaſſen, der die Paragraphen wirklich dem Verſtändnis des Zeitungsleſers anpaßt; wer die offiziöſen Kommentare der Ämter einmal daraufhin geprüft hat, wird das ſofort zugeben. Eine ſolche journaliſtiſche Schulung weiterer Kreiſe hätte den Vorteil, daß Männer der Praxis, die ſehr oft gar mancherlei nützliches zu ſagen haben, nicht nur deswegen ſchweigen, wie es jetzt vielfach geſchieht, weil ſie die Scheu vor dem Schreiben überwinden müſſen, weil es ſie ohne Übung einfach zu viel Zeit koſtet, ihre Gedanken wirkungsvoll auszudrücken. Ebenſo liegt es mit dem Sprechen; alle, beſonders die bürgerlichen Parteien, klagen über Mangel an Rednern für Vorträge, noch mehr für Diskuſſionen; viel Akademiker müſſen im Beruf erſt eine ſchwere Lehrzeit durchmachen, wenn er freies Sprechen von ihnen verlangt. Auch hierin könnte abgeholfen werden durch politiſche Kolloquien, in denen Tagesfragen diskutierend behandelt würden oder durch politiſche Diskuſſionsübungen, an denen ein Dozent oder ein Student einen einleitenden, die Probleme herausarbeitenden Vortrag hielte; es könnte in dieſer Art im Laufe eines Semeſters ein größeres Problem von allen Seiten beleuchtet werden. Nach den bisherigen Bezeichnungen der Univerſitäten könnte man das politiſche Übungen oder politiſches Seminar nennen.

Man verſtehe dieſe Ausführungen nicht falſch, es handelt ſich nicht darum, Journaliſten zu züchten, noch weniger darum, politiſche Führer zu drillen, ſondern ganz einfach um das wichtige Problem: wie ſtellen wir die Hochſchulen in den Dienſt der großen Aufgabe, unſer geſamtes Volk mehr wie bisher zu politiſieren. Für die Hochſchulen ſelbſt wird es ein Vorteil ſein, dieſe Aufgabe zu übernehmen; die Kluft, die ſich bisher doch ziemlich ſtark zwiſchen ihnen und der übrigen Volkswelt aufgetan hat, wird ſich mindern, ſie werden wie früher wieder Anteil nehmen an dem praktiſchen Leben des ganzen Volkes.

Zur Frage der Kriegsſchuldentilgung

Von Finanzamtmann Karl Röttinger, Mannheim

Einer der größten Fehler unſerer Kriegsführung war zweifellos der Mangel an Pſychologie. Wir waren unpſychologiſch in der Behandlung unſerer Bundesgenoſſen, unpſychologiſch in der Behandlung der Gegner, unpſychologiſch aber auch in der inneren Politik. Hier haben wir es unternommen, gleichzeitig an die edlen Triebe und an die tieriſchen Inſtinkte zu appellieren. Auf der einen Seite verlangte man Opferwilligkeit bis zum Tode, auf der anderen Seite übte man Anreizpolitik, d. h. man ſtachelte die Gewinnſucht an mit dem Erfolg, daß immer weitere Kreiſe und ſchließlich das ganze Volk von einem Geiſt der Gier und Gewinnſucht erfaßt worden ſind, in dem jede Opferwilligkeit erſtickt iſt.

Ins Kapitel der Anreizpolitik gehört unſere mit Unrecht geprieſene Kriegsanleihepolitik. Man hat es für nötig gehalten, dem Zeichner im Kriege günſtigere Bedingungen, namentlich einen höheren Zinsfuß, zu gewähren als in Friedenszeiten, um ihn dadurch zu möglichſt reichlicher freiwilliger Zeichnung zu veranlaſſen. Alſo: ſtatt Opfer zu verlangen, wie es dem Weſen einer ſolidariſchen Volksgemeinſchaft entſpricht, hat man Gewinn in Ausſicht geſtellt. Es wird eingewendet, daß das Reich anders nicht das nötige Geld erhalten hätte. Wir fragen: hätte das Reich die nötigen Soldaten erhalten, wenn wir das Freiwilligenſyſtem gehabt hätten und hätte das Reich die nötigen Einkünfte gehabt, wenn ſeine Finanzen auf freiwillige Beträge aufgebaut geweſen wären? Dem Weſen des Staates als ſolidariſcher Volksgenoſſenſchaft entſpricht nicht die Freiwilligkeit der Leiſtung. Dieſe führt vielmehr dazu, daß ſich die ſchlechten Elemente ihren Verpflichtungen gegenüber dem Ganzen entziehen. Das Opferbringen muß allgemein ſein, ſonſt werden auch die opferwilligen Elemente an der Gerechtigkeit der Staatsordnung irre. Daher haben wir die allgemeine Wehrpflicht und die allgemeine Steuerpflicht. Dieſen geſunden Einrichtungen hätte es entſprochen, wenn das Reich ſeinen Anleihebedarf nicht im Wege der Freiwilligkeit, ſondern im Wege der Zeichnungspflicht, mit anderen Worten der Zwangsanleihe gedeckt hätte. Auf dieſem Wege wäre es möglich geweſen, im Kriege nicht teureres ſondern billigeres Geld zu erhalten als im Frieden.

Daß uns der Gedanke der Zwangsanleihe ſo fremd iſt, iſt ein Beweis für die materialiſtiſche Verſtrickung unſerer Denkungsart. Meiſt wird die Zwangsanleihe als das Mittel betrachtet, mit dem der Staat, der keinen Kredit mehr genießt, ſich Kredit erzwingt. Dieſe Vorſtellung mag hiſtoriſch begründet ſein. Auch die allgemeine Wehrpflicht iſt erſt eingeführt worden, als man mit der Freiwilligkeit nicht mehr ausgekommen iſt. Gleichwohl entſpricht die allgemeine Wehrpflicht dem Weſen der Volksgemeinſchaft beſſer als das Freiwilligenſyſtem. Das gleiche gilt auch von der Zwangsanleihe.

Allerdings hat die freie Anleihe, ſolange ſie die nötigen Mittel flüſſig macht, den Vorzug der leichteren Handhabung gegenüber der Zwangsanleihe. Die Zwangsanleihe ſetzt, wenn ſie als gerecht empfunden werden ſoll, eine umſtändliche Veranlagungstätigkeit voraus und iſt ohne hochentwickeltes Veranlagungsſyſtem überhaupt nicht denkbar. Denn es gilt, den Anleihebedarf ſo auf die Allgemeinheit umzulegen, daß jeder einzelne entſprechend ſeiner Leiſtungsfähigkeit herangezogen wird. Die Aufgabe iſt alſo dieſelbe wie bei der Beſteuerung. Auch von ihr wird verlangt, daß ſie nach der Leiſtungsfähigkeit erfolgt. Nun beſteht in der Theorie und Praxis des Steuerweſens Übereinſtimmung darüber, daß die Leiſtungsfähigkeit am beſten im Einkommen und Vermögen zum Ausdruck kommt, alſo nicht in einem von beiden allein, ſondern in der Kombination von beiden. Daher finden wir überall, wo das Steuerſyſtem mit der Entwicklung Schritt gehalten hat, ein kombiniertes Syſtem von Einkommens- und Vermögensſteuern. Genau entſprechend müßte die Umlegung des Anleihebedarfes nach Maßgabe des Einkommens und Vermögens erfolgen, nicht etwa nur nach der Höhe des Vermögens. Denn offenbar kann bei gleichem Vermögen der Pflichtige, der ein größeres Einkommen hat, mehr Anleihe übernehmen als ein anderer, der ein geringeres Einkommen hat.

Schwierigkeiten würden die Fälle machen, wo jemand bei hohem Einkommen ein geringes Vermögen hat, das nicht hinreicht, um den auf ihn entſprechend ſeiner Leiſtungsfähigkeit entfallenden Anteil der Zwangsanleihe bezahlen zu können. In dieſem Falle müßte die annuitätenweiſe Abzahlung gewährt werden. Sicherheit für die vollſtändige Abzahlung könnte durch Eingehen einer Lebensverſicherung in entſprechender Höhe geleiſtet werden. Die Schwierigkeit des immobilen Beſitzes, genügend Mittel mobil zu machen, um die Anleihe bezahlen zu können, könnte u. a. dadurch erleichtert werden, daß die Möglichkeit geſchaffen würde, durch Hingabe von Grundſtücken zu bezahlen.

Damit ſoll nur angedeutet werden, daß eine gerechte Umlegung der Zwangsanleihe techniſch durchführbar iſt. Auf Einzelheiten wollen wir uns hier nicht einlaſſen, da es uns lediglich darauf ankommt, den Grundgedanken klarzulegen.

Die Zwangsanleihe bedeutet aber nicht nur billige Geldbeſchaffung, ſondern bietet auch den weiteren Vorteil, daß die Schuldentilgung ſich leichter und einfacher durchführen läßt, als bei der freien Anleihe.

Es beſtehen zwei extreme Vorſtellungen der *Schuldentilgung*. Die einen ſtellen ſich auf den korrekten Standpunkt, daß das Reich ſeine Verpflichtungen gegenüber den Zeichner einfach erfüllen müſſe, koſte es was es wolle, und ſchlagen zu dieſem Zwecke die vollſtändige Wegſteuerung der Kriegsgewinne und außerordentliche Eingriffe in die Vermögensbeſtände vor. Die andern meinen, daß der Staatsbankerott unvermeidlich ſei, da das Reich, mit einer Schuld von 200 Milliarden beladen, nicht mehr lebensfähig ſei und das deutſche Volk die Mittel zur Verzinſung und Tilgung dieſer Schuld einfach nicht aufbringen könne.

Nun gehen natürlich die Anſichten darüber, was das deutſche Volk und die deutſche Volkswirtſchaft in ſteuerlicher Hinſicht ertragen können, ſehr weit auseinander. Soviel liegt aber auf der Hand, daß wir bei dem erſtgenannten Verfahren in die *Steuerknechtſchaft* gerieten, die das Leben in Deutſchland für ſehr viele unerträglich machen würde. Andererſeits würde der Staatsbankrott jedem Gerechtigkeitsgefühl Hohn ſprechen. Er würde die ſchädigen, die im Krieg ihrer Pflicht gegenüber der Geſamtheit genügt haben, indem ſie nach Kräften oder über die Kräfte hinaus Kriegsanleihe gezeichnet haben und würde die belohnen, die ſich dieſer Pflicht entweder ganz entzogen oder ſie nur ungenügend erfüllt haben. Außerdem würde die plötzliche Vernichtung großer Vermögenswerte durch den Staatsbankrott eine Kataſtrophe für das Wirtſchaftsleben bedeuten, die gerade beim Übergang in die Friedenswirtſchaft unter allen Umſtänden vermieden werden muß.

Es muß daher verlangt werden, daß die Laſtenabbürdung ſo vorgenommen wird, daß ſie als gerecht empfunden wird und außerdem das Wirtſchaftsleben möglichſt wenig erſchüttert. Beides kann durch die Zwangsanleihe ermöglicht werden. Wenn die Zwangsanleihe, wie wir es gezeigt haben, entſprechend der Leiſtungsfähigkeit umgelegt wäre, ſo könnte es nicht als ungerecht empfunden werden, wenn ſie ohne Zuhilfenahme von Tilgungsſteuern in der Weiſe getilgt würde, daß entweder der Schuldbetrag oder der Zinsfuß oder beides zugleich planmäßig von Jahr zu Jahr gekürzt werden, bis ſie auf den Nullpunkt angelangt ſind.

Man nennt dies Verfahren in der Literatur über den Staatskredit den verſchleierten oder latenten Staatsbankrott. Das unſchöne Wort darf uns aber nicht ſchrecken. In Wahrheit handelt es ſich dabei nicht um einen Bankrott, bei dem Gläubigerrechte verletzt werden, ſondern um ein durchaus gerecht wirkendes Tilgungsverfahren, zu deſſen Anwendung das Reich kraft ſeiner Finanzgewalt ebenſo berechtigt iſt, wie zur Erhebung von Steuern.

Unſer Vorſchlag zur Schuldentilgungsfrage geht nun dahin, die beſtehende Anleihe vollſtändig einzuziehen, eine entſprechende Zwangsanleihe zu einem weſentlich niedrigeren Fuß (3 Prozent) nach dem Verhältnis der Leiſtungsfähigkeit umzulegen und im Wege der planmäßigen Schuld- und Zinskürzung allmählich zu tilgen. Mit der Umlegung könnte zweckmäßig eine einmalige außerordentliche Tilgung verbunden werden. Dieſe entſpräche dem Vorſchlag einer einmaligen außerordentlichen Vermögensabgabe. Ebenſo könnte der Gedanke der Wegſteuerung der Kriegsgewinne damit verknüpft werden, indem man die Perſonen, die im Kriege ihr Vermögen und Einkommen beſonders ſtark geſteigert haben, bei der außerordentlichen Tilgung entſprechend ſtärker bedenkt.

Die Vorteile dieſes Verfahrens wären, um es zu wiederholen,

1. daß die Verteilung der Belaſtung die denkbar gerechteſte wäre,
2. daß der Staatskredit bedeutend verbilligt würde,
3. daß Tilgungsſteuern nicht notwendig würden und
4. daß die Tilgung unabhängig von wandelbaren Steueraufkommen planmäßig vor ſich gehen könnte.

Eingewendet wird werden, daß die Regierung und der Reichstag ſich darauf feſtgelegt haben, daß die Anleihezeichner keine Benachteiligung zu gewärtigen haben und daß die Einhaltung der Emiſſionsbedingungen unter allen Umſtänden ſicher ſei. Mit dieſer Zuſage ſtehe obiger Vorſchlag im Widerſpruch.

Er ſteht ſachlich betrachtet damit nicht im Widerſpruch. Er ſtünde damit im Widerſpruch, wenn die vorgeſchlagene Art der Tilgung vorgenommen würde, ohne daß vorher die Umlegung nach dem Verhältnis der Leiſtungsfähigkeit erfolgt wäre. Denn dann würden die geſchädigt, die reichlich Kriegsanleihe gezeichnet haben und die geſchont, die ſich enthalten oder zu wenig gezeichnet haben. Iſt aber die Zwangsumlegung nach dem Verhältnis der Leiſtungsfähigkeit vorgenommen, dann wirkt die vorgeſchlagene Tilgung genau wie eine Beſteuerung nach der Leiſtungsfähigkeit, alſo gerecht, und hat vor der Beſteuerung den Vorzug der größeren Einfachheit, leichteren Handhabung und geringeren Beläſtigung des Publikums.

Das Weſen der Zwangsanleihe bedingt natürlich, daß ſie ſich nur auf Perſonen erſtreckt, die der Reichsfinanzhoheit unterſtehen. Die im Ausland befindlichen Schuldtitel müßten wie die inländiſchen eingezogen und der entſprechende Betrag im Inland umgelegt werden.

Eine ernſt zu nehmende Schwierigkeit iſt lediglich darin zu erblicken, daß die Leiſtungsfähigkeit, nach der die Umlegung erfolgt, bei den einzelnen Pflichtigen von Jahr zu Jahr Schwankungen unterworfen iſt, ſo daß, ſtreng genommen, jedes Jahr eine neue Umlegung der Anleihe erfolgen ſollte. Dies iſt natürlich praktiſch nicht durchführbar. Dagegen müßte nach längeren Perioden, etwa alle 10 Jahre, eine neue Umlegung vorgenommen werden. Auch müßten für ſolche Fälle, wo die Änderung der Leiſtungsfähigkeit beſonders groß iſt, Erleichterungen innerhalb des zehnjährigen Zeitraumes vorgeſehen werden.

Die Umlegung ſetzt, wie geſagt, die Feſtſtellung des Einkommens und Vermögens voraus. Bei der ungeheuren Tragweite der vorgeſchlagenen Finanzaktion für jeden einzelnen Pflichtigen, müßte verlangt werden, daß alle denkbaren Mittel angewendet werden, um Einkommen und Vermögen vollkommen zu erfaſſen. Es wäre unerträglich, wenn der Ehrliche lebtäglich einer fortgeſetzten Beſchneidung ſeines Vermögens und Einkommens nach dem geſchilderten Verfahren unterworfen wäre, während der Unehrliche ſich von der Mitverantwortlichkeit drückt. Es müßte eine vollſtändige Perſonenſtandsaufnahme, wie ſie das Beſitz-St.Geſ. (§ 51) vorſieht, vorgenommen werden, ferner müßten die Erklärungen eidlich abgegeben werden, die Strafverfahren müßten öffentlich durchgeführt und die Namen der Beſtraften veröffentlicht werden. Ferner müßten alle Kreditanſtalten zur Auskunftserteilung auch außerhalb des Strafverfahrens verpflichtet werden. Die Rieſenaufgabe könnte natürlich nicht von dem vorhandenen Veranlagungsperſonal, das gerade für die Erledigung der laufenden Arbeiten ausreicht, noch nebenbei erledigt werden. Dieſes Perſonal müßte vielmehr durch Heranziehung von Finanzbeamten aus anderen Zweigen der Finanzverwaltung, von Juriſten, Verwaltungsbeamten, Lehrern uſw. um ein Mehrfaches verſtärkt werden, damit eine gründliche Prüfung aller Erklärungen gewährleiſtet wäre. Auf dieſe Weiſe würden viele Milliarden neuer Steuerwerte, die bisher verſchwiegen worden ſind, zur Veranlagung gebracht werden. Die Gewährung eines Generalpardons für frühere Verfehlungen würde dieſe Arbeit erleichtern und iſt daher ebenfalls zu empfehlen.

Brief an die „Deutſche Politik“

Die Schuld des Pazifismus?

Dr. Rohrbach urteilt im letzten Heft in ſeinem Aufſatz über den pazifiſtiſchen Bankerott und die Revolution ſehr ſcharf über die pazifiſtiſche Agitation. Unſeres Erachtens nur teilweiſe mit Recht. Er folgt einer weitverbreiteten Anſicht mit ſeiner Behauptung, daß die Pazifiſten die Auflöſung der Front betrieben und uns damit wehrlos gemacht hätten. Iſt das richtig?

Rohrbach betont mit Recht, daß Hindenburg und Ludendorff einen ſofortigen bedingungsloſen Waffenſtillſtand verlangt hätten. Das geſchah am 29. September. Damit war unſer Verderben beſiegelt. Ludendorff wollte unter Umſtänden nicht mal bis zur Bildung einer neuen Regierung warten. Binnen 24 Stunden ſollte ſich die Regierung entſchließen. Alles ſpätere kommt wenig in Betracht. Jedenfalls kann auch die ungenügende Haltung der Heimat die Truppen nicht allzu ungünſtig beeinflußt haben. Denn die Truppen haben ſich noch im Oktober viel beſſer gehalten, als die Oberſte Heeresleitung erwartet hatte. Denn ſie hat im Oktober ihr Urteil über die Truppen vom 29. September verbeſſert.

Aber, ſo ſagt man, die Pazifiſten haben geglaubt, die Feinde würden nach Abdankung des Kaiſers ihre Bedingungen ermäßigen. Das wäre eine ſchwere Täuſchung geweſen. Einer ſolchen mögen ſich manche hingegeben haben. Dieſe Täuſchung wäre aber nicht erfolgt, wenn die Front nicht zu ſchwach geworden wäre, ſondern wir uns noch lange ſtark gehalten hätten. Den Franzoſen und Engländern war es jetzt zu leicht gemacht, ihre Leidenſchaften an uns auszutoben, trotzdem eigentlich ihr Ziel, den Militarismus niederzuwerfen, mit der Beſeitigung des Kaiſers erreicht war. Ein Verſtändigungsfriede wird im allgemeinen nur zwiſchen zwei Gleichſtarken abgeſchloſſen. Einen ungünſtigen Einfluß auf den Gang der Dinge hat der Optimismus mancher Pazifiſten aber jedenfalls nicht gehabt.

Die Front löſte ſich ſchließlich völlig nach dem 9. November auf. Aber der bedingungsloſe Waffenſtillſtand wurde ſchon im Walde von Compiègne noch im Auftrage der Regierung des Prinzen Max geſchloſſen. Die Kenntnis von der Revolution kam erſt langſam nach dem Walde von Compiègne. Die *völlige Demobiliſierung* aber war eine der hauptſächlichſten Waffenſtillſtandsbedingungen. Man kann alſo dem Pazifismus keine beſondere Schuld an unſerer verzweifelten Lage beimeſſen. Sie lag ſchon im Angebot der Oberſten Heeresleitung vom 29. September.

Dabei ſoll es gar nicht in Abrede geſtellt werden, daß manche Pazifiſten eine recht unglückliche Haltung eingenommen haben und noch einnehmen. Wir leſen z. B. im letzten Heft der deutſchen Friedenswarte folgenden Tagebucherguß über Elſaß-Lothringen unter dem 18. November:

> In Paris fand geſtern unter größter Glanzentfaltung das Feſt zur Feier der Wiedererlangung der beiden Provinzen ſtatt. Vor der ſeit 48 Jahren mit Trauerkränzen umgebenen Straßburgſtatue ſtand die Rednertribüne. Ich beneide die Franzoſen um dieſes Erlebnis. Im Grund meines Herzens feiere ich mit ihnen. Man muß ein ganz bornierter Patriotarde ſein, um den Sieg einer Idee, die Erfüllung einer ſchon faſt verloren geglaubten Hoffnung nicht rein menſchlich mitzuempfinden. Ich fühle mit ihnen, ein Schauer der Erregung durchzittert mich bei der bloßen Vorſtellung dieſes Erlebniſſes. Wie mag es erſt jenen ergehen, die mit dabei ſein können! Ich bin nur von Trauer erfüllt darüber, daß ſo viel Blut fließen, ſo viel Glück vernichtet werden mußte, um den Franzoſen das nie vergeſſene Land wiederzugeben.

Und das ſchreibt ein Deutſcher, der Führer der Pazifiſten, Dr. Alfred H. Fried! Solche Urteile könnten allerdings den Pazifismus völlig in Mißkredit bringen, wenn ſie nicht ganz vereinzelt wären. Denn es iſt doch klar, daß nun das umgekehrte eintreten muß wie nach 1870. Jetzt iſt in Deutſchland eine unheimliche Revancheluſt geradezu unausbleiblich, wenn die unerhört freche Annektion Elſaß-Lothringens durch Frankreich, die ohne jede Rückſicht auf das Völkerrecht ſozuſagen ſchon jetzt erfolgt iſt, andauern ſollte. Und wir haben doch eine ganz andere Rechtfertigung dafür. Ein Pazifismus aber, der leichten Herzens nationale Rechte preisgibt, iſt das Zeichen einer furchtbaren Schlaffheit. Einen ſolchen lehnen wir mit der größten Entſchiedenheit ab.

Fried glaubt allerdings ſchreiben zu dürfen, man fängt in Deutſchland an, ſich ganz ruhig damit abzufinden, nämlich mit der Annektion Elſaß-Lothringens durch Frankreich. Dieſen Eindruck kann man wohl nur von der Schweiz aus haben. Trotzdem bedauern wir es unſererſeits allerdings ebenfalls, daß in der Tat das deutſche Volk über die inneren Wirren und Nöte Elſaß-Lothringen viel zu ſehr außer Acht läßt. Die Revolutionen ſind ſonſt Zeiten ſtärkſten Aufſchwungs. Wilſon muß wiſſen, daß das deutſche Volk eine Franzöſierung Elſaß-Lothringens nicht erträgt und nicht ertragen kann. Denn wir ſind doch wirklich im ganzen nicht ſchlaffer als die Franzoſen. Das einzig erträgliche wäre eine Neutraliſierung Elſaß-Lothringens.

H. Kötſchke.

Nachſchrift der Redaktion. Wir haben dieſen Ausführungen nichts hinzuzufügen als die Feſtſtellung, daß, weil „der Führer der Pazifiſten Dr. Alfred Fried" ſolch würdeloſes Zeug geſchrieben, der deutſche Pazifismus völlig mißkreditiert iſt. Dieſes feſtzunageln, war auch der Zweck der Rohrbachſchen Ausführungen.

Notizen

Die deutſchen Truppen in der Ukraine. In der deutſchen Preſſe werden vielfach Hilferufe deutſcher Truppen in der Ukraine veröffentlicht, die von den Ukrainern entwaffnet werden. Das erſcheint auf den erſten Augenblick wie ſchnöder Undank. Leider hat aber, wie die ukrainiſche Preſſe mitteilt, die deutſche militäriſche Leitung, wie ſtets bisher, die politiſche Sachlage völlig verkannt und ſelbſt viel zu dieſen betrüblichen Zuſtänden beigetragen. Sie hat ſich nämlich, auch nachdem ſich der Hetman völlig den Großruſſen in die Arme geworfen, als Gegner des ukrainiſchen Nationalverbandes betätigt und damit natürlich die Erregung der Ukrainer gegen die deutſchen Truppen aufs höchſte geſteigert. Was hilft es, wenn die deutſche Regierung die beſten Inſtruktionen nach Kiew ſendet, wenn das Militär Politik auf eigene Fauſt weiterbetreibt. Am 10. Dezember hat nämlich noch das deutſche Preſſebüro in Kiew eine Erklärung veröffentlicht, deren Punkt 2 lautet:

„Die Abwehr des Vormarſches Petljuras auf Kiew war nicht allein die Tat der Freiwilligen, ſie iſt durch das Eingreifen deutſcher Truppen erreicht worden. Bei aller Achtung vor den Handlungen der Freiwilligen muß anerkannt werden, daß ſie allein nicht imſtande geweſen wären, die Anhänger Petljuras zu zerſprengen; nur dank dem Aufmarſch bedeutender deutſcher Truppenteile und der Einnahme von Bjelhorodka iſt Kiew von dem auf ihm laſtenden Druck befreit worden.“

Die Folgen dieſer verkehrten Politik müſſen natürlich unſere armen Soldaten ausbaden. Es bleibt bei den vielen Unbegreiflichkeiten des Weltkrieges unſer entſcheidender Fehler, daß wir zu Hauſe, wie in den beſetzten Gebieten, nur *Untertanenpolitik* und niemals Volkspolitik zu betreiben verſtanden haben. Das iſt auch letzten Endes die Urſache für unſere Mißerfolge in der Ukraine. Unſere ſozialdemokratiſche Regierung ſollte aber doch endlich erkennen, welche Möglichkeiten ihnen dort auch jetzt noch offen ſtehen. Zu ihrem Nutzen und Frommen veröffentlichen wir folgenden Artikel des Parteiorgans der ukrainiſchen Sozialdemokraten:

Die volle nationale Unabhängigkeit des ukrainiſchen Volkes, ſeine Freiheit im Aufbau ſeines ſozialen Lebens, Kampf gegen jede Reaktion und Unterdrückung, — das ſind die Loſungen, unter denen unſer Aufſtand ſich entwickelt und geſiegt hat . . . . .

Die Neutralität der Ukraine — das iſt die wichtigſte Forderung der Stunde, weil wir ohne dieſelbe die durch das Blut der Bauern und Arbeiter errungene Staatsordnung nicht befeſtigen können. Wir können uns nicht in den Krieg zwiſchen den verſchiedenen Weltmächten verwickeln laſſen, welche an unſeren verſchiedenen Grenzen ſtehen, weil uns der Krieg aufs neue zugrunde richten und wieder der Reaktion ausliefern könnte.

Unſere Kraft liegt in unſeren Maſſen, in den Maſſen der Arbeiterſchaft und der Bauernſchaft. Und wer dieſe Kraft beſitzt, beſitzt auch die Macht . . .

Der allerenergiſchſte Kampf gegen die Klaſſen der Bourgeoiſie und der Gutsbeſitzer — das iſt unſere dringendſte Aufgabe.

Die ſofortige Erfüllung der ſozialen Forderungen der werktätigen Klaſſen, und vor allem die Übergabe des Landes zur Nutzung an das werktätige Bauernvolk, — das iſt das reale Programm der nächſten Tage.“ G. S.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. **Verlag Deutſche** Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: **Bei jeder Buchhandlung** oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn **und Luxemburg** M. 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 24. Januar 1919 * Heft 4

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

19. Januar.

Der Tod der beiden Spartakiſtenführer, Karl Liebknecht und Roſa Luxemburg zeigt ebenſo wie der erbitterte Straßen- und Häuſerkampf in Berlin, wie hoch durch das zu lange Zögern der Regierung mit dem Entwaffnungsbefehl, die Leidenſchaften geſtiegen waren. Was Liebknecht angeht, ſo hat ſich herausgeſtellt, daß er durch ſeinen Fluchtverſuch trotz Warnung ſeinen Tod ſelbſt verſchuldet hat. Über dem Ende Roſa Luxemburgs liegt noch Dunkel. Man weiß nicht, ob von Lynchjuſtiz einer Volksmenge im amerikaniſchen Sinne geſprochen werden kann oder ob nur einzelne ſich gewalttätig zu Vollſtreckern eines unberufenen Urteils gemacht haben. Dann trifft ſie das Verſchulden, zum erſten Male den bisher ſelbſt durch die Revolution nicht befleckten Ruf Deutſchlands, daß das deutſche Volk mehr als ein anderes auf der Welt die Sache der Geſetzlichkeit und Selbſtbeherrſchung als die ſeinige führt, in Frage geſtellt zu haben. Dazu kommt die Gefahr, daß falls es den Radikalen möglich wird, das Ende ihrer Führerin im Lichte einer Märtyrerin zu zeigen, die tote Roſa Luxemburg Deutſchland noch gefährlicher werden könnte, als es die Lebendige war.

*

Die Spartakusunruhen im Reich ſind eine viel bedenklichere und beſorgniserregendere Erſcheinung, als jemand, der von ferne zuſieht und das Syſtem und den Zuſammenhang nicht beobachtet, optimiſtiſcherweiſe glauben könnte. Vor allen Dingen iſt nicht daran zu zweifeln, daß der ruſſiſche Bolſchewismus mit Agitationskräften und Geldmitteln dahinterſteckt. Eine ſtarke, im verborgenen wirkſame Klammer war nach dieſer Seite hin Roſa Luxemburg. Ihr Tod wird in den ruſſiſch-bolſchewiſtiſchen, mit Deutſchland arbeitenden Kreiſen als ein noch ſchwererer Schlag empfunden werden, als im Spartakusbund. Man darf nie vergeſſen, daß in einem Punkt das ruſſiſche Weſen von einer geradezu unheimlichen Begabung und entſprechender Zähigkeit iſt: im Zerſtören jeder Art von Ordnung. Das iſt die einzige Aufgabe, der ſich der Ruſſe mit dauernder Leidenſchaft und Hingabe zu widmen imſtande iſt, und in dieſer Beziehung ſind auch Elemente des Oſtjudentums erfolgreich ruſſifiziert worden.

*

Wir haben in dieſen letzten Wochen unendliche Wahlaufrufe der verſchiedenen Parteien zu leſen bekommen. In zwei Dingen waren ſie bei aller ſonſtigen Gegenſätzlichkeit auffallend einander ähnlich: ſie verbeugten ſich ſamt und ſonders vor dem demokratiſchen Prinzip und ſie vergaßen ſo gut wie alle unter ihren Programmpunkten — Deutſch-Öſterreich! Wer bloß Wahlaufrufe las, von den Unabhängigen bis zu den Deutſchnationalen, hätte kaum in einem ſeltenen Ausnahmefall erfahren, daß dieſe Nationalverſammlung über mehr als zehn Millionen Deutſche außerhalb des heutigen Deutſchland mit zu entſcheiden hat. Ein merkwürdiger Beweis für den politiſchen Inſtinktmangel und für die gedankenlos ſchematiſch ausgefahrenen Gleiſe, in denen unſere Parteien denken.

*

Der Waffenſtillſtand iſt verlängert. Staatsſekretär Erzberger tritt aus der Waffenſtillſtands- nicht in die Friedenskommiſſion über; ſeine bisherigen Dienſte ſind aber in ſtark unterſtrichener Weiſe von der Regierung anerkannt worden. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß die Verantwortung für die eigentlichen Friedensverhandlungen die Sozialdemokratie mit dem Volksbeauftragten Scheidemann übernimmt, denn ſie trägt auch die Verantwortung dafür, daß Deutſchland durch die Revolution im kritiſchen Augenblick ſich ſelber auf Gnade und Ungnade dem Friedensdiktat der Feinde auslieferte. Die Bedingungen, unter denen General Foch den Waffenſtillſtand verlängert hat, ſind hart und die Zurückbehaltung unſerer Gefangenen iſt ebenſo eine auf bloße Quälerei berechnete Grauſamkeit, wie die Fortdauer der Blockade. Es ſcheint aber nicht, daß der würdigere und entſchiedenere Ton, den unſere Sprache im letzten Augenblick fand, uns die Bedingungen des Waffenſtillſtandes ſchlechter gemacht hat.

*

An der polniſchen Kampffront in Poſen ſtehen die Dinge nach wie vor ungünſtig. Ob eine Wendung zum Erträglichen bevorſteht, weiß niemand. Immer deutlicher wird hier die Schuld der Regierung, die, als es noch Zeit war, mit einem ſo ſträflichen Leichtſinn gehandelt hat, daß keine Verurteilung ſcharf genug ſein kann. Über Leben und Tod für Deutſchland iſt hier verfügt worden mit dem politiſchen Einblick einer Kaffeegeſellſchaft. Jetzt handelt es ſich darum, ob die Regierung oder die Nation die Buße zu zahlen haben wird.

Eine Aufgabe unſerer auswärtigen Leitung

Von Dr. Paul Rohrbach

Der neue Staatsſekretär, Graf Brockdorff-Rantzau, hat zu den Vertretern der deutſchen Preſſe geſagt, wir wollten eine neue Politik für das deutſche Volk, eine Politik der Verſöhnung mit dem Auslande, eine Politik, die den echten, von edlem Atem durchdrungenen Bund der Nationen bringt. Das deutſche Volk müſſe aber wieder zu einer inneren Einheit werden, wenn die Worte ſeiner Führer in der ganzen Welt Klang haben ſollen.

Eben dahin gehört der weitere Satz des Staatsſekretärs, daß der Gedanke des Völkerbundes von uns mit all dem Idealismus aufgenommen worden iſt, der das Erwachen des deutſchen Volkes zu einer neuen Staatsform kennzeichnet. Dieſe Worte ſind richtig, obwohl der Völkerbund zum Teil in der deutſchen Öffentlichkeit wie im vertrauten Kreiſe auch ablehnend behandelt wird. Einerſeits geſchieht das von denjenigen Leuten, denen die neue Staatsform und der neue Geiſt in Deutſchland nicht behagen. Sie ſind in der Minderheit, und ihre Zahl wird noch geringer werden, ſobald ſich zeigen ſollte, daß die aus der Nationalverſammlung hervorgehende zukünftige deutſche Regierung Kraft und Anſehen genug beſitzt, um mit der Anarchie fertig zu werden, die Deutſchland infolge der Revolution bedroht. Außer den Vertretern des alten und von uns bekämpften alldeutſchen Geiſtes können ſich aber viele auch darum ſchwer zum Glauben an den Völkerbund entſchließen, wenigſtens was ſeine praktiſche Verwirklichung angeht, weil vorläufig alle Beweiſe dafür zu fehlen ſcheinen, daß er im Sinn der Entente etwas anderes ſein ſoll, als eine beſondere Methode zur Verſklavung Deutſchlands.

Graf Brockdorff ſagt hierzu: Niemand kann uns durch Zwang und Gewalt dazu bringen, von der Überzeugung zu laſſen, daß die ſittlichen Kräfte in allen Ländern nach einem Neuaufbau der Ordnung zwiſchen den Staaten dürſten, und daß wir in dem Verlangen nach der Schaffung einer einigen großen Völkerfamilie uns der Zuſtimmung der edelſten Geiſter in der ganzen Welt ſicher fühlen. Aber — und die nun folgenden Worte finden ſich in der einen Tag früher veröffentlichten Proteſtnote des Staatsſekretärs an die Vertreter der Entente vom 13. Januar:

> In der Maſſe des deutſchen Volkes beginnt der Gedanke aufzudämmern, die Alliierten hätten die Wilſonſchen Punkte, nach denen Deutſchland als freies Volk unter den Völkern leben ſoll, nur angenommen, um Deutſchland erſt wehrlos zu machen und

es dann zu vergewaltigen. Die Beibehaltung der Blockade, die Hinausſchiebung der Verſorgung mit Lebensmitteln, die wirtſchaftliche und politiſche Abſperrung zwiſchen dem rechten und linken Rheinufer machen das deutſche Volk aufmerkſam. Im Vertrauen auf die Note des Staatsſekretärs Lanſing vom 5. November haben in Deutſchland Heimat und Heer einen weiteren Kampf als unnötig aufgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die alliierten und aſſoziierten Regierungen dadurch, daß ſie den Friedensſchluß hinauszögern und den Waffenſtillſtand als ein Inſtrument zu vorheriger wirtſchaftlicher Erdroſſelung Deutſchlands handhaben, ihrer in einem der feierlichſten Momente der Geſchichte gegebenen Erklärung entgegenhandeln, ſo vermag das deutſche Volk darin keine Kriegsliſt zu erblicken, ſondern ein ſolches Vorgehen erſcheint ihm als außerhalb jedes menſchlichen Verſtändniſſes und göttlichen Rechtes ſtehend. Es müßte jedes Gefühl für eine Verſöhnung der Völker erſticken, und es gäbe kein Verzeihen und Vergeſſen dafür.

In dieſen Sätzen ſind bedeutſam die Worte von der neuen deutſchen Auslandspolitik, die wir aufrichtigen Willens machen wollen, und von ihrer Erwürgung, noch bevor ſie ans Licht treten könne, durch das Verhalten der Entente. Die Zuſage, die am 5. November 1918 vom amerikaniſchen Staatsſekretär namens der Alliierten gegeben wurde, lautete dahin, die Wilſonſchen Punkte würden die Grundlagen des Friedensſchluſſes mit uns bilden. Nach ihnen ſollten wir zwar gehalten ſein, in der elſaß-lothringiſchen und polniſchen Frage und bezüglich der Wiedergutmachung der Kriegsſchäden uns dem Ergebnis der Friedenskonferenz anzubequemen; im übrigen aber bedeuteten ſie dem Sinne nach das unmißverſtändliche Verſprechen einer Behandlung, die es uns ermöglichen würde, „als freies Volk unter den Völkern“ fernerhin zu leben. Wenn uns ſtatt deſſen Wortbruch trifft, ſo mag unſere Lage es uns unmöglich machen, darauf die Antwort zu geben, die wir unter anderen Umſtänden fänden. Niemals aber dürfen wir Treuloſigkeit und Vergewaltigung ohne lauten Proteſt im Namen des Weltgewiſſens und ohne rückhaltloſe Kennzeichnung der Hinterliſt der Feinde hinnehmen.

Die Anrede des Staatsſekretärs an die Preſſevertreter darf man wohl als einen Anfang der Erziehungsarbeit betrachten, die dazu führen ſoll, ſeinen zu erhoffenden Bemühungen die nötige nationale Reſonanz zu geben. Dieſe Arbeit wird ſchwer ſein, hauptſächlich wegen der Sünden des alten Regimes in bezug auf die Propaganda im Kriege. Graf Brockdorff kennt ſie wahrſcheinlich, aber ſicher weiß er auch, wie ſchwierig es zunächſt jemand hat, moraliſche Inſtanzen anzurufen, wenn gegen ihn moraliſche Vorurteile beſtehen. Gerade hiermit haben wir zu kämpfen, dank der ſtupiden Unfähigkeit, mit der unter dem alten Regime die moraliſche Offenſive „geleitet“ wurde. Vor mir liegt einiges Engliſche aus neueſter Zeit, Dezember 1918, das die Früchte jener politiſchen Stumpfheit zeigt. Zunächſt einen Brief. Eine engliſche Schriftſtellerin, die während des Krieges von ihrem deutſchen Manne getrennt war, hat ihn an dieſen nach Deutſchland geſchrieben. Folgendes ſei daraus mitgeteilt:

> . . . Ich kann natürlich noch immer nicht frei ſchreiben und ebenſo wenig kannſt Du es. Ich bin außerordentlich geſpannt zu wiſſen, wie alles bei Dir geht, aber bevor die Zenſur nicht aufgehoben iſt, kann ich nicht erwarten, etwas zu hören. Um eins aber bitte ich Dich. Selbſt wenn die Zenſur einmal aufgehoben iſt, ſchreibe mir nichts über den Krieg, um keinen Preis. Wir können nicht hoffen, darin übereinzuſtimmen, Du wirſt immer mit Deinem Lande, ich mit dem meinigen fühlen. Warum alſo über Dinge diskutieren, die nur Bitterkeit erregen können und häßliche Gefühle?
>
> Auch um etwas anderes bitte ich Dich. Schicke Deine Briefe nicht von Deutſchland direkt hierher, ſondern wie früher über die Schweiz, bis ich Dir wieder diesbezüglich etwas anderes ſagen werde. Du kannſt Dir keinen Begriff davon machen, was für Gefühle hier herrſchen. Wenn es hier bekannt wäre, daß ich Briefe aus Deutſchland bekomme, ſo wäre meines Bleibens hier nicht länger und ich müßte wieder nach London zurückgehen. Ich vermute, es iſt ebenſo bei Dir. Ich will meine Briefe an Dich ſchicken, wie Du es für am beſten hältſt. Ich will nicht etwa verſuchen, meine Verbindung mit Dir abzubrechen, durchaus nicht. Ich verſuche mein möglichſtes, mit Dir in Verbindung zu bleiben, aber es muß in einer Weiſe geſchehen, daß es nicht noch weiteres Unglück für mich bedeutet.
>
> Natürlich ſind die Vorgänge in Frankreich und Flandern daran ſchuld, Vorgänge, von denen Du höchſtwahrſcheinlich nichts weißt, durch die Du und ich, unſchuldig wie wir daran ſind, leiden müſſen. Ich will keineswegs einen Kommentar darüber geben oder irgend etwas ausſprechen, das Dich ärgern könnte, aber wir ſtehen vor Tatſachen, deren Hauptſache für mich iſt, daß Leute, beſonders Frauen, ſich über ganz England zuſammengetan haben, ſich mit nichts, was deutſch heißt, zu befaſſen, mit keinem Deutſchen zu ſprechen oder ihm die Hand zu ſchütteln. Du ſagſt, in Deutſchland exiſtiert ein ſo ſchreckliches Gefühl nicht gegen uns. Ich kann mich aber nicht des Glaubens enthalten, daß auch dort ein ſolches Empfinden vorhanden ſein muß; allerdings iſt nicht die gleiche Urſache dafür vorhanden.
>
> Ich muß das erwähnen, weil es mich eben ſo furchtbar mitnimmt. Wenn man wüßte, daß ich in direkter Verbindung mit Deutſchland ſtehe, ſo dürfte ich eben nur noch in London leben, wo niemand meine Privatverhältniſſe kennt. Würden ſie bekannt, ſo würde kein Verleger es wagen, meine Erzählungen zu verlegen und kein Herausgeber würde es wagen, meine Bücher zu veröffentlichen. Ich lebe auf einem Torpedo, der durch ein zufälliges Wort jeden Augenblick explodieren kann. Ich kann nicht jede Chance, mein Brot zu verdienen, unter den Füßen verlieren. Verſtehſt Du es jetzt, warum ich Dich bitte, mir über die Schweiz zu ſchreiben?

Dieſe Briefſtellen zeigen, wie in England die durchſchnittliche Stimmung gegen die Deutſchen iſt: beſinnungsloſer Haß, gegründet auf eine ebenſo beſinnungsloſe moraliſche Verurteilung Deutſchlands. Zwiſchen einer ſolchen Volksſtimmung und einer Politik, wie Graf Brockdorff-Rantzau ſie an der Entente brandmarkt, beſtehen nur zu begreifliche Zuſammenhänge. Dieſe Stimmung aber konnte in der Geſchloſſenheit, in der ſie uns jetzt entgegentritt, von den Northcliffe und Genoſſen nur darum in England erzeugt werden, weil man es auf der deutſchen Seite mit hilflos unfähigen Gegenſpielern zu tun hatte. Die engliſche Frau, die ihr bekümmertes Herz in dem Briefe ausſchüttet, hat wahrſcheinlich nie daran gedacht, daß alles, was ſie ſchaudernd von „Frankreich und Flandern" andeutet, an Unmenſchlichkeit ſchon allein hinter dem Kindermord weit zurückſteht, der an mehr als Hunderttauſend Kleinen im zarten Alter durch die engliſche Hungerblockade bei uns verübt worden iſt. Und doch haben menſchlich und gerecht fühlende engliſche Politiker ſchon am Anfang des Krieges, als deutſche Schiffsgranaten auf die engliſche Oſtküſte fielen und die Deutſchen dafür Baby-Killer (Kindertöter) genannt wurden, zu ihren Landsleuten geſagt, man könne Babys ebenſo durch Hunger töten wie durch Granaten! Northcliffe hat für den ganzen Haßfeldzug gegen Deutſchland kein Wort von ſo durchſchlagender innerer moraliſcher Kraft zur Verfügung gehabt. Mit ihm allein hätte eine beſſere Staatskunſt als die unſrige den Eintritt Amerikas in den Kampf verhindern können, ſogar mit dem U-Boot-Krieg! Jede andere Diplomatie als die, mit der wir geſtraft waren, wäre imſtande geweſen, mit dem ihr zur Verfügung ſtehenden Material die beſonnenen Kreiſe mindeſtens in England zur Abkehr von der wilden und gewiſſenloſen Haßpropaganda zu bringen. Dann brauchten wir heute nicht die Vergewaltigungen des Waffenſtillſtandes zu ertragen, ja, dann wären wir nie in die Lage gekommen, einen ſolchen Waffenſtillſtand ſchließen zu müſſen.

Zu den perſönlichen Briefen noch ein Seitenſtück aus der großen engliſchen Tagespreſſe. Die „Weſtminſter Gazette" brachte neulich folgenden Artikel:

> Es hat bis jetzt immer als elementare Staatsweisheit gegolten, daß eine ſiegende Nation alles tun ſollte, was in ihrer Macht liegt, um die Auflöſung der Regierung in dem beſiegten Staate zu verhindern. Eine gewiſſe Nachſicht, eine gewiſſe Rückſicht, welche davor zurückhalten, den Beſiegten zur Verzweiflung zu treiben, eine Bereitwilligkeit, zu helfen, damit die ſchlimmſten Folgen der Niederlage gemildert werden, ſind bisher immer als empfehlenswerte Tugenden eines Siegers gelobt worden. Aber wir haben uns gewöhnt, Deutſchland als einen außergewöhnlichen Fall zu betrachten, welcher dieſe Maßregeln ausſchließt. Wir ſagen uns, daß es ſich durch ſeine Methode, den Krieg zu führen, ſein Eindringen in Belgien, ſeine ruchloſen Unterſeeboote, ſeine Giftgaſe, ſeine mutwilligen Verwüſtungen, ſeine Fortſchleppung von Geiſeln, ſowie andere Verbrechen gegen wehrloſe Bürger jedes Recht auf Menſchlichkeit verſcherzt hat. Es muß behandelt werden, ſo wie es uns behandelt hätte. Die Tatſachen rechtfertigen gewiß eine gerechte Empörung; aber zum Schluſſe müſſen wir daran denken, daß wir in den Krieg gingen, um zu beweiſen, daß wir beſſere Menſchen ſind, als die Deutſchen, und damit, daß wir in der Stunde des Sieges ihnen das antun, was ſie uns angetan hätten, beweiſen wir, daß wir gerade ſo ſchlecht ſind, wie ſie. Aber wenn Menſchlichkeitserwägungen uns nicht erlaubt werden, ſo bleibt uns noch das Argument der Vernunft. Und die Tatſachen ſind einfach die, daß, falls die ſchwache Regierung, welche jetzt verzweifelnde Verſuche macht, um Ordnung zu wahren, über Vermögen bedrängt wird, vielleicht bald keine Regierung mehr vorhanden ſein wird und damit unſere eigenen Schwierigkeiten und Bedrängniſſe ſich ins Unendliche vergrößern. Wenn wir alſo in der

aufgeregten Wahlenſtimmung verharren, welche es als Sünde betrachtet, Lebensmittel nach Deutſchland zu ſchicken, oder ſeinen Induſtrien die Rohſtoffe zu gewähren, ohne welche ſie die Arbeit nicht aufrecht erhalten und den zurückkehrenden Soldaten Arbeit bieten können, und wenn wir darauf beſtehen, daß das ganze geſchätzte Vermögen des Landes mit Beſchlag belegt wird, ſo müſſen wir uns auf Folgen gefaßt machen, die für jeden denkenden Menſchen beklagenswert ſind. Wir würden einer ordentlichen deutſchen Regierung jede Exiſtenz unmöglich machen und wir verſetzen damit, ſo wenig wir es auch wünſchen mögen, dem deutſchen Volke einen Stoß auf dem abwärtsführenden Wege zum Bolſchewismus und zur Anarchie . . .

Auch dieſe Ausführungen gehen von der zugeſtandenermaßen in England herrſchenden Überzeugung aus, Deutſchland habe ſich „jedes Recht auf Menſchlichkeit verſcherzt“. Wodurch? Durch ſein Eindringen in Belgien! Aber ein deutſcher Durchmarſch durch Belgien wurde ja noch in den 80 er Jahren von leitenden engliſchen Staatsmännern als ein keineswegs unerhörter Gedanke angeſehen, und 1807 ſagt der engliſche Miniſter des Auswärtigen, George Canning, England habe Dänemark gegenüber nicht in einem Augenblick unmittelbarer Gefahr auf ein Verfahren verzichten können, das Klugheit und Politik geboten, bloß um, falls es unter dem Andrang der Feinde geſunken wäre, den Troſt Pufendorfs (d. h. des Völkerrechts!) für ſich zu haben. Lord Palmerſton ſagte in derſelben Parlamentsdebatte, er ſei bereit, dem Völkerrecht den Tribut ſeiner Achtung zu zollen und ſeine Anwendung zu empfehlen, „ſo oft es die Umſtände erlaubten“, aber Dänemark gegenüber ſeien eben dieſe Grundſätze nicht ohne Not außer Kraft geſetzt, das heißt, ſie ſeien „angewendet worden in Gemäßheit des Naturrechts, welches Selbſterhaltung befiehlt“. Kein deutſcher Staatsmann, keine deutſche Zeitung hätte je Belgien erwähnen dürfen, ohne auf dieſe 100 Jahre zuvor von England einem neutralen Staat gegenüber verkündeten Grundſätze hinzuweiſen. Dann würde kein Engländer mehr wagen dürfen, das belgiſche Pferd zu reiten.

Die Weſtminſter Gazette ſpricht von den „ruchloſen Unterſeebooten“. Sind ſie ſo ruchlos wie der engliſche Kindermord? Von den Giftgaſen! Wer hat denn zuerſt ſolche Giftgaſe im Kriege angewendet? Deutſchland war es nicht. Von den „mutwilligen Verwüſtungen“! Warum ſollen denn nur die von den deutſchen Befehlshabern aus militäriſchen Gründen angeordneten Zerſtörungen mutwillig ſein? Was ſagt man auf Seiten der Entente von der Verwüſtung der Pfalz durch die Franzoſen unter Mélac, von der Schändung der Kaiſergräber im Dom von Speyer durch die franzöſiſchen Revolutionsſoldaten, von den — durch die militäriſche Notwendigkeit und den Erfolg begründeten — wahrhaft furchtbaren Verwüſtungen unter dem Befehl des Generals Sherman im nordamerikaniſchen Bürgerkriege, und was endlich von der totalen Verwüſtung der Burenfreiſtaaten?

Genug, es ließe ſich noch Unendliches ſagen, was alles ſeit Jahr und Tag im Munde oder im Gedächtnis der Welt ſein müßte, des feindlichen wie des neutralen Auslandes, ſo daß es den Gegnern heute unmöglich wäre, auf der einſtimmigen moraliſchen Verurteilung Deutſchlands und dem dadurch erregten Haß gegen Deutſchland zu fußen — *wenn wir eine Regierung und eine Heeresleitung gehabt hätten, die Ideen über moraliſche und politiſche Kriegführung, ſo wie die Feinde die Sache verſtanden, beſaßen!*

Die Aufgabe unſerer auswärtigen politiſchen Leitung iſt nun, alles zu verſuchen, was heute noch geſchehen kann, um wenigſtens nachträglich die Wahnvorſtellung von der abſoluten moraliſchen Schuld Deutſchlands und von der Reinheit der Kräfte, die den Einkreiſungsring um Deutſchland geſchloſſen hatten, zu zerſtören. Das Material, das vorliegt, um zu beweiſen, wie auf der Ententeſeite zum Kriege getrieben worden iſt, weit mehr und von weit maßgebenderen Stellen als bei uns von den Alldeutſchen, iſt unabſehbar. Eine ihrer Aufgabe gewachſene Regierung hätte von ſich aus dafür geſorgt, daß von Anfang des Krieges an die Fülle dieſer Zeugniſſe in allen zugänglichen Teilen der Welt in überzeugender Form ausgebreitet wurden. Was die Regierung hätte tun ſollen, habe ich mit einer Anzahl Mitarbeiter unter erſchwerenden Umſtänden und mit geringen Mitteln durchzuführen verſucht, und ſchon 1917 eine Materialſammlung über *die Brandſtifter der Entente* zuſammengebracht. Sie iſt erſt jetzt als erſter Band eines von mir herausgegebenen größeren Werks erſchienen.*) Ich habe verſucht, darin in 5 Kapiteln: über die *Kriegsdrohungen*, die ſeit Jahrzehnten von England, Frankreich, Rußland und Italien ausgingen, über die grundſätzliche *Verherrlichung des Krieges bei den Ententevölkern*, über die *Lehre vom auserwählten Volk*, in der ſich der engliſche, franzöſiſche, der ruſſiſche uſw. italieniſche nationale Hochmut auslebte, über den *Land- und Machthunger* der Ententegenoſſen und ihren von Anfang des Krieges an entfeſſelten *Vernichtungswillen gegen Deutſchland* eine im Vergleich zu der Geſamtmaſſe des Stoffes kleine Auswahl von Zeugniſſen dafür beizubringen, wie ſtark der Wille zum Angriffskrieg ſeit lange auf der Gegenſeite war.

Wo z. B. hat je in einem deutſchen Soldatenkatechismus ein Satz wie der aus Chapius, Catéchisme du Soldat (S. 19) geſtanden:

---

*) Chauvinismus und Weltkrieg. Herausgegeben von Paul Rohrbach. Erſter Band: Die Brandſtifter der Entente. Von Paul Rohrbach und Joachim Kühn. 373 Seiten. Preis 12 Mark. 1918. Verlag von Robert Engelmann, Berlin W. 15. Die Vorrede unterrichtet den Leſer auch über die eigentümlichen Gründe, aus denen das Werk nicht früher erſcheinen konnte.

> „Soldaten! Angenommen, man fragt euch, ob ihr wünſcht, daß Frankreich die größte Nation der Welt werde, daß man es die Herrin aller ziviliſierten Völker nenne; gewiß werdet ihr antworten: Ja?"

Kann man ſich ein zyniſcheres Bekenntnis zum Raubkrieg gegen Deutſchland denken als die Worte, die Ende 1916, bei der Generalverſammlung der London and Provincial Bank, der Vorſitzende, Oberſt Alfred Gilbey, ſprach:

> „Wir haben dieſen Krieg begonnen, um die induſtrielle Macht und den ſteigenden Einfluß Deutſchlands auf das internationale Bankweſen endgültig zu vernichten; wir bringen die ſchwerſten Opfer, um zu dieſem Ziel zu gelangen, und machen — wahrhaftig — Elend und Angſt genug mit, um den Plan zu vollenden, der uns vorſchwebt. Vor dem Kriege ſahen wir uns von den deutſchen Konkurrenten überall umſtellt. Ein erträgliches Daſein war nicht mehr möglich. Soll dieſer Zuſtand wiederkehren? Nein! Wir müſſen den Krieg fortſetzen bis zum endgültigen Siege. Wir müſſen die Macht Englands größer geſtalten, als ſie es jemals geweſen. Der Deutſche muß aus dem Wege geräumt werden. Das war unſere Abſicht, als wir den Krieg begonnen haben; das bleibt unſere Abſicht."

Norman Angel zitiert aus einem Buche von Major Murray über den zukünftigen angelſächſiſchen Frieden die Sätze:

> „Der europäiſche Papierkorb iſt der Platz, zu welchem alle Verträge ſchließlich ihren Weg finden, und ein Vertrag, der täglich zur Makulatur werden kann, iſt wohl ungeeignet, die nationale Sicherheit zu begründen. Aber es gibt dennoch viele Leute in dieſem Lande, welche Verträge ſo anſehen, als wenn ſie nie gebrochen werden könnten. Das ſind ſehr gutgläubige, aber auch ſehr gefährliche Leute — Idealiſten, zu gut und arglos für dieſe harte und grauſame Welt, deren Hauptgeſetz die Gewalt iſt. Auch im Parlament gibt es augenblicklich ſolche argloſen Leute, doch ſteht zu hoffen, daß wir ſie in Zukunft nicht mehr ſehen werden."

Das ſchrieb ein Engländer vor dem deutſchen Einmarſch nach Belgien, und in ſolchen Worten drückt ſich die Meinung weiter und einflußreicher Kreiſe des engliſchen Volkes über die Heiligkeit von Verträgen aus, wenn Englands Intereſſe dabei in Frage kommt. Welche entrüſteten Deklamationen über den deutſchen Kriegsgeiſt, die deutſche Verherrlichung des Krieges hat man in der Ententepreſſe geleſen! Franzoſen, Engländer und Italiener aber haben ſowohl was die Idealiſierung des Krieges als auch was das brutale Bekenntnis zu ſeiner Roheit betrifft, Größeres geleiſtet als je ein Deutſcher. Der Franzoſe Proudhon hat die Schönheit des Krieges in Wendungen gefeiert, die Nietzſches Zarathuſtra bei weitem in den Schatten ſtellen:

> „Der Krieg iſt das tiefſte, herrlichſte Problem unſeres ſittlichen Lebens"; ſchwärmt er in ſeinem großen Werk „La guerre et la paix", „kein anderes kann ihm an die Seite geſtellt werden, weder die eindrucksvollen Kulthandlungen der Kirche, weder die Auswirkungen der Herrſchergewalt, noch die rieſenhaften Schöpfungen der Induſtrie. Der Krieg, den nur eine irrige Philanthropie als furchtbare Geißel, als Ausbruch unſerer eingefleiſchten Bosheit und als Offenbarung des himmliſchen Zorns hinſtellte, der Krieg iſt der unbeſtechlichſte Ausdruck unſeres Gewiſſens, der einzige Akt, der uns trotz der

hineinſpielenden unreinen Einflüſſe vor der Schöpfung und vor dem Ewigen am meiſten ehrt.“

Auch der engliſche Dichter Swinburne hat den Frieden geradezu als Krebsſchaden gebrandmarkt, während er „die blutrote Ernte des Krieges“ in glühenden Farben verherrlichte. In Swinburnes Verſe miſcht ſich bereits jene perverſe Note, die heute gang und gäbe geworden iſt und in Kipling ihren Höhepunkt gefunden hat. Wie ein Franzoſe, der bekannte Soziologe Jaques Bardoux, betont hat, faſſen Kiplings Helden die Ermordung farbiger Eingeborener als Beſchäftigung und Zerſtreuung auf: der blinde Dick Helbar, der bei den Kämpfen im Sudan die Kanonen donnern hört, ruft in fanatiſchem Entzücken: „Laßt ſie das Feuer der Hölle ſchmecken!“, Nevin (in „A Conference of the Powers“) ſchießt einen Inder herunter und fühlt dabei nichts als Durſt und das Bedürfnis nach einer Zigarette, Learoyd (in „With the Main Guard“) ſingt, wenn er mit Kolbenſchlägen die Köpfe ſeiner Gegner zuſammenhaut, und „In the Matter of a Private“ enthält das ſchöne Geſtändnis:

> „Zuweilen wandelte ihn die Luſt an, ſich ſelbſt zu malen, wie er einem Gegner mit ſchweren Dienſtſtiefeln das Leben aus dem Leibe trampelte, wie er anderen mit dem Kolben ins Geſicht hieb und wieder anderen auf die Schulter ſprang und den Schädel ſo lange zurückbog, bis der Wirbel krachte.“

In „Heart of the Empire“ erläutert der Dichter kaltblütig, wenn es mit Hieb und Stich über die Afghanen hergehe, ſo klinge das, als würde auf einem Blocke Fleiſch gehackt. Der bekannte Spionagegeneral Baden-Powell gibt nur einer allgemeinen Anſicht Ausdruck, wenn er ſchreibt:

> „Der Fußball iſt ein ſchönes Spiel, aber noch ſchöner als jedes Spiel iſt die Jagd auf den Menſchen.“

Das ſind nur einige wenige Proben aus hunderten. Sie zeigen aber, von welcher Art das Material iſt, das man dem Schuldgeheul der Ententehetzer gegen Deutſchland entgegenhalten könnte und ſchon lange hätte entgegenhalten ſollen. Wir haben noch heute, weit über jene einzelne Buchſammlung von den Brandſtiftern der Entente hinaus, Waffen in Fülle, um uns gegen die moraliſche Verfemung zu wehren — wenn wir ſie nur kennen lernen und aufheben wollen! An der neuen Leitung im Auswärtigen Amt iſt es nun, zu zeigen, wie ſie die Aufgabe anfaßt.

Weltbürgertum und Nationalſtaat

Von Dr. Friedrich Thimme

Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Bau des tauſendjährigen alten Deutſchen Reiches unter dem Anſturm der franzöſiſchen Revolution zuſammenzubrechen drohte, warf Schiller in einem erſt neuerdings bekannt gewordenen Gedichtfragment, dem der Herausgeber den Titel „Deutſche Größe" gegeben hat, die Frage auf: „Darf der Deutſche in dieſem Augenblicke, wo er ruhmlos aus ſeinem tränenvollen Kriege geht, wo zwei übermütige Völker ihren Fuß auf ſeinen Nacken ſetzen und der Sieger ſein Geſchick beſtimmt — darf er ſich fühlen"? In aller Not und Ausſichtsloſigkeit der deutſchen Zukunft beantwortete der Dichterheros die Frage dennoch mit einem Ja! „Ja, er darf's. Der Deutſche geht unglücklich aus dem Kampfe, aber das, was ſeinen Wert ausmacht, hat er nicht verloren. Deutſches Reich und deutſche Nation ſind zweierlei Dinge. Die Majeſtät des Deutſchen ruht nie auf dem Haupt ſeiner Fürſten. Abgeſondert von dem Politiſchen hat der Deutſche ſich ſeinen eigenen Wert gegründet, und wenn auch das Imperium unterginge, ſo bliebe die deutſche Würde unangefochten. Sie iſt eine ſittliche Größe, ſie wohnt in der Kultur und im Charakter der Nation, der von ihren politiſchen Schickſalen unabhängig iſt . . . indem das politiſche Reich wankt, hat ſich das geiſtige immer feſter und vollkommener gebildet."

Dürfen auch wir in der heutigen Kataſtrophe des neuen Deutſchen Reiches, wo wiederum fremde Völker den Fuß auf unſeren Nacken ſetzen und uns noch weit tiefer zu demütigen drohen als vor 100 Jahren, uns als Deutſche fühlen, dürfen wir mitten in unſerer Erniedrigung den nationalen Gedanken hochhalten?

Ja, wir dürfen es nicht nur, wir müſſen es ſogar!

Zunächſt, wir gehen keineswegs wie das alte Deutſchland in Schillers Zeitalter ruhmlos aus dem tränenvollen Weltkriege hervor. Mehr als vier Jahre hindurch hat ſich die deutſche Nation gegen eine gewaltige feindliche Übermacht militäriſch und wirtſchaftlich unter den denkbar ſchwierigſten Umſtänden behauptet. Selbſt als es ſchließlich offenbar wurde, daß wir in unſerem nationalen Hochgefühl die eigenen Kräfte überſpannt hatten, als unſere Streitmacht im Weſten weiter und weiter zurückgedrängt wurde, iſt unſere Front nicht zuſammengebrochen. Unſer Heer hat kein Jena und kein Auerſtädt erlebt. Wir brauchen uns auch deſſen nicht zu ſchämen, daß wir ſolange unſere Kräfte und unſere Ausdauer gegenüber einer Welt von Feinden zu hoch angeſchlagen haben. Was Königin Luiſe einſt dem finſteren Korſen zurief: „Sire, der Ruhm Friedrichs des Großen hat uns über unſere Mittel getäuſcht", das dürfen auch wir unſeren höhnenden Feinden entgegenhalten: Der Ruhm des ſtolzen Bismarckſchen Reiches, das Bewußtſein der unermeßlichen Kräfte, die in dem Schoße eines ſeiner Einheit bewußt gewordenen Volkes ruhen, durfte uns zu der Täuſchung über unſere Mittel und über die auf die Dauer ſo viel größeren unſerer Feinde führen. Unverantwortlich freilich war es, daß uns die deutſche Heeresleitung in dieſer Selbſttäuſchung mit allen Mitteln künſtlich zu beſtärken und feſtzuhalten ſuchte; zeitige Selbſterkenntnis hätte uns wahrlich beſſer gefrommt, als das Beharren in einem Irrwahn, der ſchließlich zu einem Zuſammenbruch führen mußte. Was uns ſelbſt in unſerem Glauben und unſerer Zuverſicht beſtärkte, beſtärken durfte, war, daß wir bis faſt auf den letzten Volksgenoſſen gewiß waren, das ſittliche Recht auf unſerer Seite zu haben. Wir ſind ja heute nach allem, was ſeither über den Urſprung des Krieges bekannt geworden iſt, nicht mehr ganz ſo ſicher in dem Bewußtſein dieſes unſeres Rechts. Wir urteilen jetzt weit ſchärfer über die Fehler und Verſäumniſſe unſerer Staatsmänner und Diplomaten, und wir leugnen nicht mehr, daß es auch auf unſerer Seite an Kriegstreibern und Kriegsverlängerern nicht gefehlt hat. Aber neben unſeren Feinden dürfen wir doch unſer Haupt aufrecht und hoch tragen. Die größere Schuld liegt, was wir auch verſehen und gefehlt haben mögen, unzweifelhaft auf Seiten der Entente: die Tatſachen der Einkreiſung Deutſchlands, der franzöſiſchen Revanchepolitik, des panſlawiſtiſchen Eroberungsdranges, die Selbſtbekenntniſſe des Suchomlinowprozeſſes, die unverdächtigen Zeugniſſe der belgiſchen Diplomaten beweiſen es. Wir brauchen trotz Herrn Kurt Eisner und anderer Selbſtkaſtraten ein Welttribunal über die Schuldfrage, das unbefangen alle Beweisſtücke hüben und drüben prüft, ſo wenig zu ſcheuen, daß wir vielmehr wieder und wieder nach einem ſolchen verlangen ſollten. Mit aller Zuverſicht erwarten wir, daß die Weltgeſchichte uns einſt gerechter werden wird, als der Haß unſerer Feinde und unſer eigener unſeliger Hang zur Selbſtzerfleiſchung.

Wir brauchen denn auch keineswegs in unſerem Unglück unſeren Troſt allein darin zu ſuchen, daß der Deutſche ſich, abgeſondert von dem Politiſchen, einen eigenen unvergänglichen Wert gegründet habe, brauchen uns keineswegs auf unſer weltbürgerliches Bewußtſein, auf das, was nach Schiller die höchſte Beſtimmung des Deutſchen ausmacht: „Er verkehrt mit dem Geiſt der Welten“ zurückzuziehen. Im Gegenteil, wir wollen und wir müſſen den Wert unſerer *politiſchen* Individualität bei aller klaren Erkenntnis unſerer Mängel und Schwächen durchaus feſthalten. Wir haben allen Grund, mit Stolz auf unſere politiſche Vergangenheit zu ſchauen. Wir haben nach jener Zeit der Erniedrigung, die einem Schiller nur noch einen tröſtlichen Ausblick ins Kosmopolitiſche übrigließ, uns aus eigener Kraft in der Reformzeit und den Freiheitskriegen von neuem erhoben und das Joch der Fremdherrſchaft abgeſchüttelt. Wir haben im Laufe des 19. Jahrhunderts unſeren deutſchen Nationalſtaat ſo feſt gegründet, daß er auch jetzt der jähen Kataſtrophe, die über uns gekommen iſt, ſtandzuhalten verſpricht. Vieles von dem, was unſere Kraft und unſere Stärke ausmachte, haben ſich unſere Feinde im Laufe des Weltkrieges in einer oft ſklaviſchen Nachahmung ſelbſt anzueignen geſucht. So dürfen wir das Bewußtſein feſthalten, daß das deutſche Weſen, der deutſche Gedanke, auch in politiſcher und ſtaatsbildender Hinſicht ſeinen Wert und ſeine Bedeutung nicht allein für uns, ſondern auch für die Menſchheit gehabt hat und weiter behalten werde. Und erſt recht dürfen wir die Hoffnung und den Glauben feſthalten, daß wir uns aus der gegenwärtigen Erniedrigung von neuem zu politiſcher Kraft und zu einem ſtaatlichen Neubau erheben werden, der der ganzen Welt Achtung und Wertſchätzung abnötigt. Noch ringen wir, nachdem unſer früheres, bei allen ſeinen Mängeln glorreiches Staatsweſen zuſammengebrochen iſt, mit dem Chaos der Revolution. Aber nichts iſt uns gewiſſer, als daß wir uns aus dieſem Chaos wieder aufſchwingen werden, wie der Vogel Phönix aus der Aſche. Die geiſtige Erneuerung Deutſchlands, die der politiſchen voraufgehen muß, wird uns durch die Revolution erleichtert werden. Darin hat Schiller ja tauſendfach recht: die Majeſtät des Deutſchen ruhte nicht auf dem Haupte ſeiner Fürſten. Sie ruhte auch nicht auf dem deutſchen Militarismus, der Überſpannung des deutſchen Machtgefühls, die letzthin doch auf die Bismarckſche Theorie von Blut und Eiſen hinauslief. Aber ſie ruhte zum guten Teil auf dem Gedanken der ſozialen Fürſorge, den Deutſchland vor jedem anderen Staatsweſen mit der ganzen Kraft und Innerlichkeit des deutſchen Weſens ergriffen und propagiert hat. Sie wird in Zukunft noch mehr als bisher auf den Gedanken des ſozialen Fortſchritts und der politiſchen Freiheit beruhen, in denen Deutſchland, ſo hoffen wir, nach den gewaltigen Impulſen der Revolution erſt recht die Führung ergreifen wird. Vielleicht, daß jenes oft zitierte, oft mißbrauchte Geibelſche Wort von dem deutſchen Weſen, an dem noch einmal die Welt geneſen werde, nach unſerer Läuterung, die die Folge unſeres Unglücks ſein muß, doch noch zur Wahrheit wird.

Haben wir ſomit keinen Grund, auch nach unſerer Niederlage nicht, uns des nationalen Gedankens zu entſchlagen, ſo müſſen wir uns freilich mehr als bisher deſſen bewußt werden, daß unſere Zukunft auch auf unſerem Weltbürgertum beruht. Es iſt nun einmal an dem, daß das Nationalbewußtſein der Völker die ungeheure Kataſtrophe des Weltkrieges nicht fernzuhalten vermocht, ſie vielmehr erſt zum guten Teil herausgeführt hat. Mit dem Nationalbewußtſein muß ſich das Völkerbewußtſein, mit dem nationalen Gedanken der internationale verbinden. Wir Deutſchen haben ſeit der Reichsgründung unſeren nationalen Gedanken vielleicht zu ausſchließlich, jedenfalls zu laut und zu aufdringlich betont und uns dadurch viel Feindſchaft zugezogen, ohne daß die Kraft und Intenſität unſeres nationalen Bewußtſeins dem anderer Völker, die weniger Weſen von ihrem Volksbewußtſein machten, entſprochen hätte. Hatten wir dabei nicht ganz vergeſſen, daß wir Deutſche auch ein kosmopolitiſches Zeitalter gehabt und in der weltbürgerlichen Gedankenwelt geführt hatten? Nun, wo unſer Nationalgefühl einen ſo ſchweren Stoß erhalten hat, ſollten wir jene andere Seite unſeres Weſens und unſerer Geſchichte ſtärker hervorholen und betonen. Es bleibt uns und ebenſo auch den übrigen Völkern auch gar nichts anderes übrig, als uns mit aller Kraft der früher ſo viel verſpotteten Völkerbundsideen zu bemächtigen, und ſie aus ihrer Verſchwommenheit zu feſten Begriffen und klaren Syſtemen herauszuarbeiten.

Nicht in der einſeitigen Zuſpitzung auf den nationalen oder auf den internationalen Gedanken kann die Zukunft Deutſchlands, Europas, ja der Welt beſchloſſen liegen, ſondern in der Syntheſe von „Weltbürgertum und Nationalſtaat". Uns ſcheint dieſe Formel, unter der Friedrich Meinecke 1907 ſeine wunderbar tiefen und geiſtvollen Studien zur Geneſis des deutſchen Nationalſtaates veröffentlichte, von geradezu divinatoriſcher Bedeutung zu ſein, indem es jetzt allerding darauf ankommen muß, bei dem Suchen nach neuen Formen für dieſes Doppelideal das Weltbürgertum an erſter Stelle zu betonen. Daß wir alle national bleiben müſſen, das iſt heute eine Selbſtverſtändlichkeit, über die nicht erſt viel Worte verloren zu werden brauchen. Friedrich Theodor Viſcher pflegte zu ſagen: „das Moraliſche verſteht ſich immer von ſelbſt". Mit demſelben Rechte läßt ſich ſagen: „das Nationale verſteht ſich von ſelbſt". Daß wir aber auch weltbürgerlich empfinden, daß wir uns auf unſer Weltgewiſſen beſinnen, daß wir uns mit den Ideen eines innigeren Zuſammenhalts unter den Völkern vertraut machen, uns aufs ernſtlichſte der Völkerverſöhnung widmen müſſen, das muß uns erſt in Fleiſch und Blut übergehen und kann gar nicht nachdrücklich genug dem deutſchen Volke geſagt werden.

Möchten doch auch unſere Parteien deſſen eingedenk ſein, oder vielmehr werden, daß in unſerer Not uns mit der einſeitigen Betonung des nationalen oder des internationalen Gedankens nicht gedient iſt, daß das Heil nur aus der innigen Verbindung beider Begriffe entſtehen kann. Leider ſcheinen unſere Parteien mit rühmlicher Ausnahme des Zentrums, das überhaupt das ausgeglichenſte Programm aufweiſt, aus der einſeitigen Verfolgung des einen oder des anderen Gedankens einen Programmpunkt zu machen. Auf der einen Seite haben wir die Sozialdemokratie, bei der ja die vorwiegende Betonung des internationalen Gedankens von je gang und gäbe war, die dann nach dem Ausbruch des Weltkrieges ſich auch ausdrücklich zu ihrem Nationalgefühl bekannte, aber dieſes doch, zumal ſeit der Revolution, wieder mehr und mehr in den Hintergrund treten läßt. Der ſozialiſtiſchen Regierung wird man den Vorwurf nicht erſparen können, daß in ihren Bittgeſuchen an die Entente die nationale Würde nicht hinreichend gewahrt iſt. Auch der Deutſchen demokratiſchen Partei iſt es viel verdacht worden, daß ſie in ihren Aufrufen und ihrem vorläufigen Programm kein Wort über den nationalen Gedanken und die nationale Würde verloren hat. Manche Blätter, die auf dem Boden der demokratiſchen Partei ſtehen, müßten in der Tat mehr darauf bedacht ſein, jeden Anſchein einer Liebedienerei gegenüber dem Auslande von ſich fernzuhalten. Das deutſche Ehrgefühl ſollte in einer Zeit wie der jetzigen doppelt empfindlich ſein. Von allen Vorwürfen, die uns vom Auslande gemacht werden, brennt doch keiner ſo ſehr als der, daß Deutſchland ſich zur Würdeloſigkeit erniedrige.

Aber wenn wir der ſozialiſtiſchen Mehrheitspartei und der Deutſchen demokratiſchen Partei mehr Wärme in der Betonung des nationalen Gedankens wünſchen möchten, ſo müſſen wir die anderen Parteien, die den nationalen Gedanken als maß- und richtunggebend überall in den Vordergrund ſtellen und alles Internationale, was deutſche Art zurückdrängt und beeinträchtigt, ablehnen, vor allem die Deutſche Volkspartei mahnend darauf hinweiſen, daß ein ſolch einſeitiges Betonen des nationalen Gedankens nur zu leicht die Erinnerung an die Überſpannung nicht des nationalen Gedankens an ſich, wohl aber der nationalen Forderungen wachruft, die uns im Kriege ſo überaus verhängnisvoll geworden iſt. Wir haben allen Anlaß, jede nationaliſtiſche Überhebung, zu der uns in Wahrheit die Kriegslage niemals Veranlaſſung bot und die jetzt uns lächerlich machen würde, ſo fern wie möglich von uns zu halten. Wir haben umgekehrt nicht einmal das Recht mehr, irgendeinen Rettungsanker, der ſich aus den pazifiſtiſchen und Völkerbundsideen für uns ergeben könnte, zu verſchmähen, und dürfen uns nicht hochmütig von „verſchwommenem Idealismus" und von Utopien abwenden, deren völkerverbindende Kraft erſt noch erprobt werden muß, nicht aber im vornhinein geleugnet werden ſollte. Am wenigſten ſollte die Deutſche Volkspartei aus den internationalen Fragen einen Trennungsgrund gegen die Demokratiſche Partei herleiten. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieſe beiden Parteien, die in ihrer Geſamtheit das liberale Bürgertum verkörpern, nach den Wahlen zu der Nationalverſammlung ſich darauf beſinnen werden, daß nur die Syntheſe zwiſchen Weltbürgertum und Nationalſtaat zu einer neuen großen deutſchen Zukunft hinleiten kann und daß dieſe Syntheſe anerkennen, auch die Vereinigung beider Parteien durchführen heißt. Nicht wirkſamer können unſere Parteien den „Tag des Deutſchen", den unſer großer Dichter inmitten Deutſchlands tiefer Erniedrigung mit ſeinen Seheraugen ſchaute, in Wahrheit heraufführen, als wenn ſie ſich bewußt in den Dienſt dieſer Syntheſe ſtellen.

Bundesrat oder Staatenhaus

Von Dr. Gerhard Anſchütz

Die Hauptaufgabe der kommenden Nationalverſammlung wird es ſein, dem deutſchen Volke an Stelle des zuſammengeſtürzten ein neues, ſturmfeſtes Haus zu bauen, die über ihre vorübergehenden Formen erhabene Einheit dieſes Volkes in ein neues Gewand, eine neue Verfaſſung zu kleiden. Ein Werk, welches, wie Dr. Theodor Heuß in Nr. 52 (1918) dieſer Zeitſchrift, S. 1642, mit Recht bemerkt, „gründlicher geiſtiger Vorarbeit bedarf, damit ſeine Durchführung nicht in endloſen Ausſchußſitzungen lahm läuft." Ein treffliches Stück ſolcher Vorarbeit iſt in den Abhandlungen, denen dieſer Satz entnommen iſt, ſelbſt ſchon geleiſtet; weitere Stücke werden geliefert werden können, wenn auf Grund der Heuß'ſchen Abhandlungen in dieſen Blättern eine Diskuſſion über die künftige Reichsverfaſſung zuſtande kommt. In der Abſicht, eine ſolche Diskuſſion in Gang zu bringen, melde ich mich hier als Erſter zum Wort.

Aus der Fülle der den ſachkundigen Betrachter ſich zudrängenden Probleme ſei nur eines herausgegriffen: die Frage, in welcher Art und welchem Maße die Einzelſtaaten des Reichs bei der Willensbildung der Reichsgewalt beteiligt werden ſollen. Dieſe Frage ſtellen, heißt eine andere bejahen: die, ob im neuen Deutſchland neben und unter der nationalen Zentralgewalt überhaupt noch „Einzelſtaaten“, d. h. wahrhaft ſtaatliche Organiſationen des hiſtoriſchen oder irgend eines andern, neugeformten Partikularismus fortbeſtehen werden, fortbeſtehen ſollen. Hierüber zunächſt einige Worte. Wenn Heuß ſich für eine „möglichſte Zentraliſierung aller Staatsaufgaben“ ausſpricht, ſo bin ich mit ihm hierin nicht nur einig, ſondern gehe ſogar grundſätzlich noch weiter und möchte kein Hehl daraus machen, daß ich das Feſthalten an der ſtaatlichen Konſtituierung der Teilgebiete, welche unſer Vaterland — ich kenne nur eines, es heißt Deutſchland — zergliedern, unter allen Umſtänden für einen Schaden halte, dem ein ausgleichender oder höherer Nutzen nicht gegenüberſteht. Die Teilgebiete ſollten ſich mit der Rolle — ſie iſt groß und dankbar genug — *reichsunmittelbarer Selbſtverwaltungskörper* begnügen: kommunale Verbände, die, zugleich Verkörperungen landſchaftlichen und völkiſchen Sonderbewußtſeins, wirtſchaftlicher oder kultureller Eigenart, die Geſetze des Reichs unter deſſen Aufſicht zu vollziehen und für die Wohlfahrt ihres Gebietes und Volkes zu ſorgen, alles wahrhaft Staatliche aber, alle Politik im höheren und eigentlichen Sinne dem Reiche zu überlaſſen haben. Das iſt meine Meinung vom richtigen deutſchen Staatsrecht: *der nationale Einheitsſtaat mit viel regionaler Selbſtverwaltung und Dezentraliſation.* Aber ich bin mir bewußt, daß der Verwirklichung dieſes Gedankens Hinderniſſe entgegenſtehen, die ſelbſt von der Revolution nicht überwunden werden können (geſetzt, daß der zu ſolchem Können zuallererſt erforderliche Wille da wäre, was eine weitere Frage iſt). Die Mehrheit des deutſchen, namentlich des ſüddeutſchen Volkes hängt nun einmal zäh an dem Gedanken der Staatlichkeit des engeren Heimatlandes und wir werden nicht ſowohl demokratiſch als vor allem realpolitiſch genug ſein müſſen, um auf dieſe Stimmung Rückſicht zu nehmen. Hierzu kommt, daß *Deutſch-Öſterreich* ſich ſtaatsrechtlich wie politiſch leichter in ein föderaliſtiſches wie in ein rein unitariſches Deutſchland eingliedern laſſen wird und endlich ſprechen gegen den Einheitsſtaat auch noch andere, hier nicht zu erörternde Gründe, die dem Gebiete der auswärtigen Politik angehören. So werden wir uns beſcheiden und uns damit abfinden müſſen, daß der nationale Einheitsſtaat, wie er ſchon 1848 und 1866—71 nicht erreicht wurde, ſo auch 1919 nicht erreicht werden wird: wie damals, ſo wird auch jetzt ein grundſätzlich föderaliſtiſcher Aufbau des Reichs den Ausweg — Heuß hat Recht, es iſt nur ein Ausweg — darſtellen, der nach Lage unſerer inneren und äußeren Verhältniſſe lediglich beſchritten werden kann und deshalb auch beſchritten werden wird.

Föderalismus — das heißt nicht ſowohl Fortbeſtand der Einzelſtaaten (nicht notwendig der gerade jetzt beſtehenden, ſondern überhaupt von Einzelſtaaten) und Anerkennung ihres Selbſtbeſtimmungsrechts innerhalb eines gewiſſen, vom Reiche nicht zu betretenden, „reichsfreien“ Betätigungsſpielraums, ſondern das heißt vor allem Mitbeſtimmungsrecht der Einzelſtaaten in Reichsangelegenheiten, Anteilnahme der Staaten bei der Bildung des Reichswillens. Und damit gelangen wir zu dem bereits angegebenen eigentlichen Gegenſtand unſerer Betrachtungen.

Das Problem der Beteiligung der Glieder eines zuſammengeſetzten Staatsweſens bei der Bildung des zentralen Willens kann verſchiedenartig gelöſt werden. Zwei Möglichkeiten greife ich, ohne zu unterſuchen, ob es noch andere gibt, heraus, da vorausſichtlich nur ſie für das neue Deutſchland in Betracht kommen werden. Die eine beteiligt die Gliedſtaaten im weſentlichen nur bei der Geſetzgebung, nicht, oder doch nur in geringem Maße, bei der Verwaltung des Reichs, indem ſie Repräſentanten der Staaten (auf dieſe nach ihrer Bevölkerungsziffer repartiert, zu wählen von den Volksvertretungen oder vom Volke direkt) zu einer parlamentariſchen Verſammlung vereinigt und dieſer Verſammlung die Stellung einer föderaliſtiſchen zweiten Kammer des Reichsparlaments neben der erſten, unitariſchen, Volkskammer anweiſt. Es iſt der Weg, den — nach dem Vorbilde der amerikaniſchen und ſchweizeriſchen Verfaſſung — die Frankfurter Reichsverfaſſung vom 1849 gegangen iſt: wie in Amerika und in der Schweiz, ſo beſchränkt ſich auch nach der Verfaſſung der Paulskirche der Einfluß der Einzelſtaaten auf die Zentralgewalt darauf, daß ſie die eine Kammer des Zentralparlaments (Amerika: Senat, Schweiz: Ständerat, Paulskirche: Staatenhaus) beſetzen. Ich nenne dieſe Möglichkeit, dem Sprachgebrauch der Frankfurter Verfaſſung folgend, das Staatenhausſyſtem. Die zweite Möglichkeit iſt das der bisherigen Reichsverfaſſung zugrunde liegende Bundesratsſyſtem. Hier erſcheinen die Vertreter der Einzelſtaaten nicht als gewählte Repräſentanten, die in parlamentariſcher Weiſe frei, ſondern als (von den Regierungen) ernannte Bevollmächtigte, die nach Inſtruktion abzuſtimmen haben; ſie bilden ein Kollegium, welches ſowohl in bezug auf ſeine Formation als auch auf ſeine

Zuſtändigkeit und ſeine Geſchäftsformen nicht einem Parlamente ſondern vielmehr einem Regierungskörper gleicht.

Die Meinung derer, die über dieſe Dinge nachgedacht haben, neigt ſich jetzt, wie es ſcheint, überwiegend auf die Seite des Staatenhausſyſtemes: ſo Max Weber (Frankf. Ztg. v. 28. Nov. 1918), F. Meinecke (Neue Rundſchau, 1918, Heft 1 S. 6). Auch Heuß gehört hierher, geht er doch ſogar ſo weit, das Bundesratsſyſtem „oder irgend eine ähnliche Löſung" für „durch die Erfahrungen der Geſchichte ſachlich erledigt" zu erklären. Und Zeitungsnachrichten (für deren Richtigkeit ich nicht einſtehen kann) zufolge, wird der in der Entſtehung begriffene, der Nationalverſammlung vorzulegende Entwurf einer neuen Reichsverfaſſung gleichfalls auf dem Staatenhausſyſtem beruhen.

Ich bin demgegenüber anderer Anſicht und möchte dem Bundesratsſyſtem — ohne mich auf die Ausgeſtaltung feſtzulegen, die es gerade in der ſeitherigen Reichsverfaſſung gefunden hat — grundſätzlich den Vorzug geben. Gewiß iſt und wirkt dieſes Syſtem föderaliſtiſcher als das Staatenhausſyſtem. In einem Bundesrate, wo ſie durch inſtruierte Kommiſſare ihrer Regierungen vertreten werden, können die Partikularſtaaten ſich, ihren Willen und ihre Intereſſen ganz anders und viel ſtärker zur Geltung bringen, als in einem nach freier Überzeugung redenden und abſtimmenden Staatenhauſe im Frankfurter Stil, einem Staatenhauſe, welches in dem Duo des republikaniſchen Zweikammerſyſtems dem völlig übermächtigen Volkshauſe gegenüber durchaus auf die Rolle der zweiten Violine beſchränkt ſein dürfte. Das Bundesratsſyſtem iſt alſo föderaliſtiſcher, das Staatenhausſyſtem unitariſcher. Gleichwohl aber, oder vielmehr gerade deshalb bin ich, obzwar (wie bemerkt) überzeugter Unitarier, jetzt für das erſtere Syſtem. Es gilt eben auch hier, den beſtehenden Wirklichkeiten und Kräfteverhältniſſen Rechnung zu tragen. Der Stärkegrad der von den Einzelſtaaten, insbeſondere den Mittelſtaaten erhobenen föderaliſtiſchen Anſprüche iſt zur Zeit und für abſehbare Zeit ein ſehr hoher und man wird nicht umhin können, dieſen Anſprüchen entgegenzukommen: ſchon einfach deshalb, weil andernfalls die föderaliſtiſche Geſinnung der in Betracht kommenden Kreiſe leicht zu nacktem Partikularismus oder gar Separatismus verderben könnte. Noch immer iſt in zuſammengeſetzten Staatsweſen der Föderalismus das beſte Mittel gegen zentrifugale Strömungen geweſen.

Die deutſchen Staaten werden ſich, die Mittelſtaaten voran, ſchon aus Feindſchaft gegen Berlin mit all ſeinem Drum und Dran, mit dem Recht zum Mitreden in einem mehr oder minder ſekundären Staatenhauſe kaum begnügen; ſie werden nicht bloß durch losgelaſſene Abgeordnete, auf die ihre Regierungen und Landtage keinen Einfluß haben, mitparlamentieren, ſondern durch inſtruierte Vertreter im Reiche mitregieren wollen. Es wird ſich empfehlen, dieſem Wunſche in irgendeiner Weiſe zu entſprechen, ſonſt könnte man es erleben, daß der Ruf

„los von Berlin" ſich zu einem „los vom Reich" ſteigert; der Boden iſt, Gott ſei's geklagt, hierfür vielerorten nur allzu gut vorbereitet.

Geht man davon aus, daß den Einzelſtaaten mehr zu gewähren iſt als ein parlamentariſches Votum bei der Geſetzgebung, daß man ihnen vielmehr auch einen gewiſſen Anteil an der Regierung und Verwaltung des Reiches einräumen muß, ſo folgt daraus, daß das Organ, in dem ſich dieſer Verfaſſungsgedanke verkörpert, nicht als Parlament bzw. als die eine Kammer eines nach dem Zweikammerſyſtem eingerichteten Parlaments, ſondern mehr als eine Art Regierungskollegium auszubilden iſt. Hieran iſt feſtzuhalten, auch angeſichts des amerikaniſchen Senats, dem, obwohl er kein Regierungskollegium, ſondern ein Parlament iſt, doch gewiſſe Zuſtimmungsrechte auf Gebieten, die nicht der Geſetzgebung, ſondern der Exekutive angehören, zuſtehen (z. B. Mitwirkung beim Abſchluß von Staatsverträgen), und auch angeſichts der beachtenswerten Meinung von Heuß, wonach dem Staatenhauſe, falls ſeine Mitgliederzahl nicht zu groß iſt, „ein Teil der bisherigen bundesrätlichen Verordnungsrechte" (alſo gleichfalls nicht legislative, ſondern exekutiviſche Zuſtändigkeiten) übertragen werden könnte.

Der bisher vorſchwebende iſt nicht der einzige Grund, der für den Bundesrat und gegen das Staatenhaus ſpricht. Es läßt ſich in dieſer Hinſicht verſchiedenes geltend machen. Zunächſt: Der Bundesrat macht, da er im föderaliſtiſchen Sinne mehr leiſtet als das Staatenhaus, letzteres entbehrlich (wie wir ja auch im bisherigen Reich ein Staatenhaus weder hatten noch brauchten); dadurch erfährt der Aufbau des Reichsparlaments eine Vereinfachung — Einkammer- ſtatt Zweikammerſyſtem —, deren Nützlichkeit umſo höher anzuſchlagen iſt, als durch ſie die konſtitutionelle Stellung der Reichsregierung, die alsdann nur einer parlamentariſchen Verſammlung, nicht zweien (mit möglicherweiſe verſchiedenartigen Parteiverhältniſſen) verantwortlich iſt, an Klarheit gewinnt. Sodann eine mehr verwaltungstechniſche als politiſche Erwägung: bei der Beſetzung des Bundesrates wäre nicht auf die politiſche Parteiſtellung, ſondern auf die perſönliche Eignung, auf Sachkenntnis und Berufserfahrung innerhalb beſtimmter Staatstätigkeitsgebiete (z. B. Wirtſchafts- und Sozialpolitik, Finanzweſen, auswärtige Politik) zu ſehen, und der Bundesrat würde — im Gegenſatz zu einer parlamentariſchen Verſammlung — gerade in adminiſtrativer Hinſicht um ſo mehr leiſten, je mehr es gelingt, ihn, ebenſo wie es ſein Namensgenoſſe im ſeitherigen Reich war, zu einem Kollegium zu geſtalten, welches die Ausleſe des Beamtentums aller Einzelſtaaten in ſich vereinigt und die Geſchäftskenntnis, das Sachverſtändnis dieſes Beamtentums verkörpert. Schließlich ſoll auch nicht unbetont bleiben, daß das Bundesratsſyſtem ein Feſthalten am Gewohnten und Bewährten bedeuten würde. Ein Geſichtspunkt, der, ich gebe es zu, nicht „revolutionär" iſt. Aber handelt es ſich denn darum, alles Beſtehende umzuſtürzen.

nur weil es eben das Beſtehende iſt? Ich rechne auf die Zuſtimmung jedenfalls des beſonnenen Teils der heute herrſchenden Klaſſen und Mächte, wenn ich die Parole vorſchlage: Revolution nicht ſo weit als möglich, ſondern ſoweit als nötig. Die beſtehenden Reichsinſtitutionen müſſen ſo weit umgeſtaltet werden, als erforderlich iſt, um ſie mit dem politiſchen Grundprinzip des neuen Deutſchlands, dem Gedanken des Volksſtaates, der Demokratie, in Einklang zu bringen. Mit dieſer Maßgabe können ſie in die neue Ordnung der Dinge hinübergenommen werden, ſoweit ſie ſich bewährt haben.

Dies findet auch auf den Bundesrat Anwendung. Selbſtverſtändlich kann er, wenn man ihn, wie hier befürwortet wird, beibehält, nicht unverändert bleiben, weder in bezug auf ſeine Formation, noch auf ſeine ſtaatsrechtliche Stellung und Kompetenz. Auf die Frage der Formation möchte ich hier nicht näher eingehen. Der Bundesrat würde, wie bisher, aus Bevollmächtigten der einzelſtaatlichen Regierungen beſtehen, die von dieſen ernannt und inſtruiert werden. Der notwendig und dauernd mit der preußiſchen Stimme verbundene Vorſitz kommt — da an eine Fortdauer der hegemoniſchen Stellung Preußens nicht zu denken iſt — in Wegfall. Die Stimmgewichtsverteilung iſt neu zu regeln; das Wie hängt davon ab, welche Einzelſtaaten die Nationalverſammlung beſtehen laſſen bzw. neu bilden und wie ſie dieſelben begrenzen wird.

Auch die ſtaatsrechtliche Stellung und Zuſtändigkeit des Bundesrates kann nicht unverändert bleiben. Der alte Bundesrat ſtellte — allerdings mehr in der Idee als in der Wirklichkeit — das oberſte Reichsorgan, den „Träger der Reichsgewalt“, dar (man denke an Bismarcks Wort: „Die Souveränität ruht nicht beim Kaiſer, ſie ruht bei den verbündeten Regierungen“, d. h. eben beim Bundesrate). Damit iſt es ſelbſtverſtändlich vorbei. Das neue Reich wird nicht von einer Neuauflage der „verbündeten Regierungen“, ſondern von einer dem Willen des Reichsparlaments — nennen wir es wie bisher „Reichstag“ — gemäß zuſammengeſetzten, dem Reichstage und niemand ſonſt verantwortlichen Regierung geleitet ſein. Abgeſehen hiervon: der völlig unzweckmäßige Regierungsdualismus des bisherigen Reiches (es gab zwei Reichsregierungen ſtatt einer einzigen: den die „verbündeten Regierungen“ verkörpernden Bundesrat und die durch Kaiſer, Reichskanzler und Staatsſekretäre dargeſtellte „Reichsleitung“) darf auf keinen Fall in das neue Deutſchland hinübergenommen werden. Zwei Regierungen in einem Staat — davon iſt eine zuviel. Die Löſung iſt einfach: der neue Bundesrat darf nicht „die Reichsregierung“ vorſtellen wollen. Er regiert nicht ſelbſt, hilft aber beim Regieren und iſt imſtande, die Regierung des Reiches zu hemmen, indem er über — in der Verfaſſung zu bezeichnende — wichtige Maßnahmen der Regierung auf legislativem und adminiſtrativem Gebiete berät und beſchließt: einem föderaliſtiſchen Staatsrat vergleichbar, aber mehr als ein ſolcher, da er ja, wie nochmals betont ſei, nicht nur zu beraten, ſondern zu beſchließen hat, ſo zwar, daß die in Frage kommenden Regierungsmaßnahmen — zu denken namentlich an Verordnungen, insbeſondere Ausführungsvorſchriften zu Reichsgeſetzen, organiſatoriſche Anordnungen, aufſichtliche Verfügungen des Reichs an die Einzelſtaaten, gewiſſe Beamtenernennungen, Staatsverträge — an die Zuſtimmung des Bundesrats gebunden ſind oder nur auf Vorſchlag des Bundesrats (Beamtenernennungen!) ergehen dürfen. Sein früheres Recht der Geſetzesſanktion, welches ihn zum Hauptorgan der Reichslegislative machte, kann der Bundesrat unter den neuen, demokratiſchen Verhältniſſen natürlich nicht behalten. Beläßt man ihm — was ich befürworten würde — einen Anteil an der geſetzgebenden Gewalt, ſo kann dieſer nicht in einem abſoluten, ſondern nur in einem ſuſpenſiven Veto gegenüber legislativen Reichstagsbeſchlüſſen beſtehen, einem die Geſetzeskraft dieſer Beſchlüſſe auf gewiſſe Zeit (etwa die Dauer der Sitzungsperiode) hemmenden Widerſpruchsrecht, welches mit einem gleichartigen Recht der Reichsregierung konkurriert und unabhängig von ihm ausgeübt werden kann.*) Auch darf der Bundesrat das Recht behalten, Anträge im Reichstage zu ſtellen und durch ſeine Mitglieder dort vertreten zu laſſen; ebenſo wird gegen die Beibehaltung der bisherigen Einrichtung, wonach jedes Mitglied des Bundesrats im Reichstage gehört werden mußte, um die Anſichten ſeiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieſe Anſichten von der Mehrheit des Bundesrates nicht adoptiert worden ſind (Art. 9 Satz 1 RVerf.; ein nützliches föderaliſtiſches Sicherheitsventil!), nichts einzuwenden ſein.

Wie ſoll nun die Regierung geformt ſein, deren Tätigkeit, wie vorſtehend angegeben, der neue Bundesrat, teils unterſtützend, teils hemmend, begleitet? Hiervon zu reden habe ich mir für diesmal nicht vorgenommen. Nur einige Hauptgeſichtspunkte, Richtlinien für den Aufbau der Reichsregierung, ſeien hervorgehoben. Als erſte Richtlinie wird gelten müſſen: die Formation der Reichsregierung muß, im Gegenſatz zu dem föderaliſtiſch konſtruierten Bundesrat, rein und ſtreng *unitariſch*, mit anderen Worten, von den partikularen Gewalten, insbeſondere den Regierungen der Einzelſtaaten, unabhängig ſein. Dies nicht ſowohl deshalb, weil wir andernfalls zuviel Föderalismus im Reiche haben würden, als aus ſolgendem Grunde: der deutſche Volksſtaat kann nicht anders regiert werden als nach dem Willen und durch Beauftragte des Volkes, d. h. der deutſchen Nation als Einheit; die Reichsregierung kann demnach nur nach dem Willen dieſer Einheit oder ihrer parlamentariſchen Vertretung, des Reichstags, nicht aber nach dem Willen partikularer Faktoren zuſammengeſetzt ſein. Zweite Richtlinie: Organiſche Trennung zwiſchen ſtaatsoberhauptlichen und miniſteriellen Regierungsfunktionen. Alſo weder ein Reichsoberhaupt, welches zugleich ſein eigener Miniſterpräſident (Reichskanzler) iſt, noch ein Reichsminiſterium, welches, in Ermangelung eines ihm übergeordneten Reichsoberhauptes, ſelbſt das Reichsoberhaupt darſtellt. Vielmehr gehört an die Spitze des Reiches ein demokratiſches Oberhaupt, ein — vom Volke unmittelbar oder vom Reichstag auf beſtimmte Zeit gewählter — Präſident der deutſchen Republik, welcher, ſelbſt nicht oder nur in beſchränktem Maße verantwortlich, die ihm übertragene Regierungsgewalt durch verantwortliche Miniſter ausübt. Damit iſt eine dritte Richtlinie bezeichnet: Ausgeſtaltung des Regierungskörpers nach den Grundſätzen des parlamentariſchen Syſtems. Der Präſident regiert nicht ſelbſt, ſondern durch die Miniſter. Er ernennt und entläßt die Miniſter, kann ſie jedoch nur im Einvernehmen mit dem Reichstage ernennen und muß ſie entlaſſen, wenn der Reichstag es verlangt.

---

*) Vorſchlag einer Formulierung:

Beſchlüſſe des Reichstags, welche durch die Verfaſſung der Reichsregierung zur Ausführung überwieſen ſind, bedürfen der Zuſtimmung der Reichsregierung, geſetzgeberiſche Beſchlüſſe auch der Zuſtimmung des Bundesrats. Ein Beſchluß, welcher die hiernach erforderliche Zuſtimmung nicht erhalten hat, darf in derſelben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden.

Die Zuſtimmung gilt als erteilt:

1. wenn ſie nicht binnen zehn Tagen verweigert wird;
2. wenn nach Verweigerung der Zuſtimmung der betreffende Beſchluß in der nächſtfolgenden Sitzungsperiode des Reichstags wiederholt wird.

Die „Sozialiſierung der Betriebe“

Von Dr. J. Jaſtrow, Profeſſor an der Univerſität Berlin

Zündende Worte hat die deutſche Revolution von 1918 nicht hervorgebracht. Ihre „Volksbeauftragten“ und „Zentralräte“ ſind nüchterne Amtsbezeichnungen; der „Preußen-Ausſchuß“ weniger als das; in den „Arbeiter- und Soldatenräten“ ſind Name wie Sache bloße Entlehnungen, und dazu noch Entlehnungen von Rußland. Aber keine von der Revolution aufgebrachte Formulierung iſt wohl ſo unglücklich, wie die „Sozialiſierung der Betriebe“. Man muß zunächſt einmal etwas genauer feſtſtellen, was mit dieſem Schlagwort gemeint iſt.

Die „Sozialiſierung“ oder „Vergeſellſchaftung“ ſoll die Übertragung an die Geſamtheit bedeuten im Gegenſatz zu der bis jetzt beſtehenden Verfügungsgewalt des einzelnen. Dieſe Umwandlung iſt eine grundlegende Forderung des Sozialismus in der Geſtalt, die er durch Marx erhalten hat. Den Grund allen Proletarier-Elends erblickt Marx darin, daß der Arbeiter von ſeinen Produktionsmitteln getrennt worden iſt. Der Handwerker alten Schlages beſaß ſein Handwerkszeug. Der moderne Fabrikarbeiter iſt davon abhängig, daß ein anderer, der das Fabrikgebäude mitſamt den darin befindlichen Maſchinen, Werkzeugen, Rohſtoffen uſw. beſitzt, ihm Gelegenheit zur Arbeit gibt, und zwar zu Bedingungen, die unter dem Druck der Lebensnotwendigkeit erfolgen. Arbeiter und Kapitaliſten ſeien zwei verſchiedene Geſellſchaftsklaſſen geworden. Jene Klaſſe erhalte nicht mehr den vollen Ertrag ihrer Arbeit; dieſe ſei in der Lage, ihr Kapital beſtändig zu vergrößern. Hierbei ſei der am erfolgreichſten, der das größte Kapital zuſammenbringe: die kleinen werden von den großen verſchluckt, dieſe von den größeren, dieſe von den noch größeren uſw., bis nur einige wenige ganz große übrig bleiben und dann ſchließlich von dem Allergrößten, der Geſamtheit, die „Expropriateurs expropriiert" werden. So führt das Privateigentum an den Produktionsmitteln (Produktionskapital, „Kapital") zunächſt zur Zuſammenballung in immer weniger Händen und ſchließlich zu ſeiner Selbſtaufhebung, indem anſtelle des privaten das Geſamteigentum tritt. Dieſe Entwickelung iſt für Marx eine Naturnotwendigkeit. Um ſie herbeizuführen, bedarf es für ihn keiner Revolution. Wenn er trotzdem Revolutionär geweſen iſt, ſo nur, weil die Gefahr vorhanden iſt, daß in dem entſcheidenden Moment, wo das Kapital reif iſt zum Übergang an die Geſamtheit, dieſe ſich eine politiſche Verfaſſung geben könnte, die die Proletarier ebenſo zu Lohnſklaven eines neuen Geſamtheits-Organismus machen könnte, wie ſie bisher Lohnſklaven der einzelnen Kapitaliſten geweſen ſeien. Darum ſei vor dem letzten Akt der (wirtſchaftlichen) Umwandlung für eine kurze Übergangszeit eine (politiſche) „Diktatur des Proletariats" notwendig. Dieſe habe die Übertragung der Produktionsmittel an die Geſamtheit ſo vorzunehmen, daß jede neue Verknechtung ausgeſchloſſen ſei. Man fragt ſich, weswegen dieſe Übertragung nicht einfach Verſtaatlichung genannt wird. Auf dieſe Frage gibt es in der Tat keine vollkommen zureichende Antwort. Die abweichenden Ausdrücke hat man erſonnen, um den † † † Staat nicht in den Mund zu nehmen. Es ſoll angedeutet werden, daß man in keiner Weiſe an einen Staat, wie den heutigen, denke, ſondern an eine in allen ihren Mitgliedern ſich frei organiſierende Geſellſchaft. Aber die organiſierte Geſellſchaft iſt der Staat. Und mit der Übergabe der Produktionsmittel an die Geſellſchaft (Gemeinſchaft, Geſamtheit) iſt die Übergabe an den Staat gemeint. Als in den 80 er oder 90 er Jahren einmal eine Umfrage an bedeutende Männer aller Fakultäten gerichtet wurde, wie ſie vom Standpunkte ihrer Wiſſenſchaft ſich zu dem Programm der Sozialdemokratie ſtellen, antwortete ein Theologe: ihm ſei nicht erinnerlich, daß man vor der Verſtaatlichung der Eiſenbahnen ein Gutachten der Theologen eingeholt habe; ebenſowenig habe ſeine Theologie es zu begutachten, wenn nicht ein, ſondern alle Produktionsmittel verſtaatlicht werden ſollen. Dies bringt den Sachverhalt zu klarem Ausdruck. Was die Sozialdemokratie meint, iſt Verſtaatlichung aller Produktionsmittel (und damit aller Produktion). Die Ausdrücke „Vergeſellſchaftung“ oder „Sozialiſierung“ beſagen nichts anderes.

Noch unglücklicher iſt in dem Schlagwort der Ausdruck „Betriebe“. Ob nämlich, wenn es ans Sozialiſieren geht, gerade der Betrieb, d. h. das Betreiben der Produktion verſtaatlicht wird, iſt noch ſehr fraglich. In Rußland wenigſtens hat der radikalſte Bolſchewismus ſich nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten in Fabriken, Bankgeſchäften uſw. zumeiſt damit begnügt, das Eigentum zu verſtaatlichen und hat den Betrieb des Geſchäfts dem bisherigen Unternehmer nicht nur nicht genommen, ſondern ihn ſogar gezwungen, den Betrieb weiter zu führen. Tatſächlich gehen bei uns die Meinungen darüber ſehr auseinander, ob der Staat beſſer dabei fährt, wenn er die Produktion „in eigene Regie nimmt“ (wie er es nicht nur bei dem oben erwähnten Beiſpiel der Eiſenbahnen, ſondern von jeher bei Poſten und Telegraphen getan hat), oder wenn er den Betrieb den Privaten überläßt und ſeinerſeits ſich darauf beſchränkt, als Eigentümer das Fett abzuſchöpfen, oder in einer Art von Ober- und Miteigentum ſich mit dem bisherigen Beſitzer in den Gewinn zu teilen. Ja, es gibt unter den Befürwortern der Sozialiſierung eine Richtung, die ſogar beides den Privaten überlaſſen will: der Fabrikant ſoll ſeine Fabrik weiter betreiben und ſoll auch ihr Eigentümer bleiben; lediglich der Handel mit den Fabrikaten ſoll verſtaatlicht werden. Dieſer Weg wird hauptſächlich damit befürwortet, daß ſo der Anreiz zu techniſchen Verbeſſerungen erhalten bleibe. Zahlt der Staat für die Ware allein den gleichen Preis, ſo fällt der Vorteil einer verbeſſerten, d. h. verbilligenden Technik dem Fabrikanten zu. Andererſeits hat der Staat durch die Beſtimmung des Ankaufpreiſes es in der Hand, dieſen Gewinn in Schranken zu halten; ebenſo wie er durch den Verkaufpreis und ſeine Ausgeſtaltung nach geringeren oder beſſeren Qualitäten ſozialpolitiſche Unterſchiede in derſelben Art machen kann, als wenn er die Herſtellung ſelbſt betriebe.

Aber nicht einmal das Wörtchen „der“ können wir an unſerm Schlagwort unbeanſtandet laſſen. Ja, dieſes Wörtchen iſt vielleicht am meiſten irreführend. „Sozialiſierung der Betriebe“ kann nur bedeuten: aller Betriebe. Wenn das gemeint wäre, ſo würde die Formel nichts anderes beſagen als: Einführung des ſozialiſtiſchen Staates. Die Formel iſt aber gerade aus dem Gefühl hervorgegangen, daß die Sozialdemokratie jetzt, wo ſie zur Herrſchaft gelangt iſt, ſich außerſtande ſieht, ihr Programm mit einem Schlage zu verwirklichen. Falls es hierüber innerhalb der Elemente, die ſeit dem 9. November an der Regierung beteiligt waren, noch Meinungsverſchiedenheiten gibt (was nicht mit Sicherheit zu ſagen iſt), ſo fallen ſie jedenfalls nicht mit der Unterſcheidung von Rechts- und Links-Sozialiſten zuſammen, ſondern werden dadurch beſtimmt, daß die einen wirtſchaftliche Dinge zum Gegenſtand berufsmäßigen Nachdenkens gemacht haben, die anderen mehr es für ihre Aufgabe halten, die Idee, die ihnen am Herzen liegt, als ſolche zu verbreiten, und für ſie einzutreten. Kautsky hat ſtets auf dem äußerſten linken Flügel der Partei geſtanden; aber er hat keinen Zweifel darüber gelaſſen, daß er die Verſtaatlichung der Produktionsmittel durch ein Dekret der Regierung für glatt unausführbar hält. Unter den leitenden Kreiſen beider ſozialiſtiſchen Parteien beſteht Übereinſtimmung darüber, daß man zunächſt mit den Erwerbszweigen anfangen ſoll, in denen die Zuſammenballung und gleichförmige Ausgeſtaltung bereits einen ſolchen Grad erreicht hat, daß der Marx'ſche Zeitpunkt herangekommen iſt, wo die „Expropriateurs expropriiert werden" können. Das war gemeint, wenn noch die Regierung Ebert-Haaſe eine Kommiſſion einſetzte, die prüfen ſollte, welche Betriebe „ſozialiſierungsreif" ſind.

Die „Sozialiſierung der Betriebe" iſt alſo ein Übergangs-Programm. Sie will einen Anfang machen und feſtzuſtellen ſuchen, wo und wie der Anfang am zweckmäßigſten gemacht wird. Wie jedes Übergangs-Programm kann es auch von ſolchen mitgemacht werden, die das Ziel, zu dem übergegangen werden ſoll, nicht billigen. Verſtaatlichungen können von den einen angeſtrebt werden, weil ſie den ſozialiſtiſchen Staat anbahnen; von andern, weil ſie als beruhigende Abfindung ihm vorbeugen; von noch andern, weil ſie aus ganz andern Gründen Verſtaatlichungen wünſchen (z. B. zu Finanzzwecken) und die ſozialiſtiſche Bundesgenoſſenſchaft gern mitnehmen.

In der „Sozialiſierung der Betriebe" handelt es ſich alſo nicht um eine Frage, ſondern um ganze Fragenbündel. Zunächſt: was ſoll verſtaatlicht werden? Darüber ſcheint Übereinſtimmung zu herrſchen, daß unter „Sozialiſierungsreife" ein ſchon vorhandener hoher Grad von Konzentriertheit zu verſtehen iſt. Die Vorarbeit, die die Entſtehung von Rieſenbetrieben und umfaſſenden Syndikaten hier geleiſtet hat, iſt am größten in der Fabrikation von Rohſtoffen und Halbzeug, verhältnismäßig geringer in der Fertigfabrikation, und zwar deſto weniger ins Gewicht fallend, je mehr dieſe mit Geſchmacksrichtungen und Verſchiedenheit der Muſter und Qualitäten zu rechnen hat. Danach wurde der Bergbau, und zwar in erſter Linie der auf Kohle und Eiſen, als ſozialiſierungsreif bezeichnet: Kleinbetrieb faſt verſchwunden, Syndikate mächtig, ein Teil ſchon jetzt im Staatsbeſitz. Eingewandt wurde dagegen, daß mit Kohle und Eiſen die ganze Induſtrie in Abhängigkeit geraten würde, während man doch die Möglichkeit hätte, mit ſolchen Gewerben zu beginnen, die nicht mehr andere nach ſich ziehen. Dieſe Anſchauung würde alſo die Stellung zu Rohſtoffen und Fertigfabrikaten gerade umgekehrt geſtalten wollen. — Man hat dann Induſtrien empfohlen, in denen ſich die Einheitlichkeit aus der Natur der Sache heraus entwickelt und dann in den Händen der Allgemeinheit beſſer aufgehoben iſt, als in denen auf Privatgewinn arbeitenden Geſellſchaften. So alle Verkehrs-Unternehmungen, ferner die Verſorgung ganzer Ortſchaften und Landſchaften mit Licht und Kraft (Gas, Elektrizität). Aber die meiſten dieſer Unternehmungen befinden ſich bereits im Gemeinbeſitz, ſei es des Reiches, der Einzelſtaaten oder der Gemeinden; oder ſie ſind im Begriff, ihm zugeführt zu werden; neue große Ausſichten böte nur die Gewinnung elektriſcher Kraft aus Waſſergefällen mit großen Überland-Zentralen. Am eheſten wird man vielleicht über Induſtrien einig werden, deren ſich der Privaterwerb noch nicht bemächtigt hat. Das hervorragendſte Beiſpiel dafür iſt die im Kriege begonnene Gewinnung des Stickſtoffs aus der Luft, die im Intereſſe der Salpetergewinnung vom Kriegsminiſterium in die Hand genommen wurde und im Frieden als Erſatz des Chile-Salpeters für künſtliche Düngung eine hohe landwirtſchaftliche Bedeutung erlangen wird. Sonſt kann kaum ein Zweig zur Sozialiſierung empfohlen werden, ohne daß gewichtige Sachverſtändige dartun, er ſei dafür beſonders wenig geeignet. Wenngleich dieſe Literatur etwas an das Gebet erinnert: „O heiliger St. Florian, b'hüt unſer Haus, zünd' andre an!", ſo darf ſie doch nicht überſehen werden. In meinem Buche „Gut und Blut fürs Vaterland" habe ich die Erwerbszweige zuſammengeſtellt, die im Laufe der Zeit bei uns von der einen oder andern Seite einmal zur Verſtaatlichung empfohlen worden ſind. Ihre Zahl iſt ſo groß (Tabak, Getreide, Spiritus, Petroleum, Schlepp-Schiffahrt uſw.), daß eine reiche Auswahl und damit auch die Ausſicht vorhanden iſt, in Rede und Gegenrede irgendwo einen gemeinſamen Boden zu finden.

Wie ſoll verſtaatlicht werden? Nach dem eben Geſagten wird vor allem zu entſcheiden ſein, ob der Staat die Herſtellung ſelbſt übernimmt, oder nur das Eigentum ohne Selbſtbetrieb, oder beides in privaten Händen läßt und nur den Handel verſtaatlicht. In allen drei Fällen wird für die verſtaatlichte Sphäre die private Tätigkeit ausgeſchloſſen, und es entſtehen Monopole: Betriebs-, Eigentums- oder Handelsmonopole, (wie das im letzten Reichstage in Beratung genommene Getreidemonopol ein Getreide-Handelsmonopol ſein ſollte). Auf den Handel aber kann man jene Unterſcheidung von Betrieb und Eigentum nochmals anwenden: es können entweder die Handelsbetriebe verſtaatlicht werden, oder man kann die Händler in ihrer Tätigkeit belaſſen, den Staat aber als Handelsherrn über ihnen einſetzen, der ſie entweder zu Angeſtellten mit Gewinnbeteiligung macht oder ſich begnügt, ſelbſt nur einen Anteil am Gewinn einzuſtreichen. Auch ſonſt ſind hier viele Abflachungen möglich (bis herab zur „gemiſcht-wirtſchaftlichen Unternehmung"), die alle als Vorſtadien oder Nebenarten ſtaatlicher Tätigkeit betrachtet werden können. Ja, es braucht der Erwerbszweig nicht einmal wirklich monopoliſiert zu werden, ſondern der Staat kann mit den Privaten in Konkurrenz treten. So iſt vorgeſchlagen worden, die Eigentums-Verſtaatlichung nur da vorzunehmen, wo das Eigentum ſich in „reifer“ Form zuſammengeballt findet: in der Landwirtſchaft an den Latifundien, im Gewerbe an Aktiengeſellſchaften. Der Staat würde dadurch (wie übrigens jetzt ſchon) als Gutsbeſitzer neben Gutsbeſitzer als Großgewerbetreibender neben andere treten, — daß in allen Fällen eine Entſchädigung gezahlt werden müßte, darf mit Fug und Recht als ſelbſtverſtändlich bezeichnet werden. Selbſt vom ſtrengſten ſozialiſtiſchen Standpunkte aus könnte die entſchädigungsloſe Enteignung nur in Frage kommen (übrigens auch dann nur in Frage kommen), wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln als Rechtsinſtitution gänzlich abgeſchafft würde. Wenn es aber als rechtliche Einrichtung beſtehen bleibt und nur einigen Inhabern entzogen wird, ſo gibt es für den ſozialdemokratiſchen Staatsmann einen ſehr beſtimmten Grund, der es ihm unmöglich macht, von einer Entſchädigungspflicht abzuſehen. Dieſer Grund heißt: Laſſalles „Syſtem der erworbenen Rechte“. Damit iſt freilich nicht geſagt, daß die Entſchädigung nach der Höhe einer augenblicklichen Konjunktur, am wenigſten einer bloßen Kriegskonjunktur erfolgt. — Läßt das Wie der Sozialiſierung, wie wir geſehen haben, weiten Spielraum in der Ausführung, ſo iſt doch eine beſtimmte Grenze gegen Neuformungen zu ziehen, die davon zu unterſcheiden ſind. Die Beteiligung der Arbeiter an den Gewinnen ihrer Fabrik (oder auch eines landwirtſchaftlichen Gutsbetriebes; denn auch eine ſolche iſt praktiſch vorgekommen) mag eine löbliche Einrichtung ſein; aber in dieſen Zuſammenhang gehört ſie nicht. Und der Gedanke, der der optiſchen Anſtalt Zeiß-Jena zugrunde liegt, aus dem Unternehmen eine Stiftung zu machen, die ganz der Verwaltung der Arbeiter übergeben wird, beweiſt eine Großzügigkeit, die ſeinem Urheber Abbe neben ſeinen Ingenieur-Leiſtungen eine zweite Weltberühmtheit als Sozialpolitiker beſchafft hat. Aber von Verſtaatlichung iſt dieſe Geſtaltung das Gegenteil; denn ſie macht nicht die Geſamtheit (Staat, Gemeinde) zu Trägern des Unternehmens, ſondern die darin tätigen Arbeiter, die der Geſamtheit nicht anders, wie eine Aktiengeſellſchaft, gegenüberſtehen.

Endlich das Wann? Die Sozialdemokratiſche Partei Deutſchlands iſt (nach Vorläufern der 60er Jahre) im Jahre 1875 begründet worden. Ein halbes Jahrhundert hindurch iſt gepredigt worden, daß die Zeit kommen muß, wo das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeſchafft, wo der Staat, in dem die kapitaliſtiſche Produktionsweiſe die Staatsgewalt beſtimmt, durch eine neue Form geſellſchaftlichen Zuſammenlebens erſetzt wird, in der das Eigentum der Geſamtheit an ihren Produktionsmitteln die Ausbeutung des Menſchen durch den Menſchen unmöglich macht. Und nun, wo dieſelben, die das gepredigt haben, im Beſitze der Macht ſind, wo die „Diktatur des Proletariats“ Tatſache iſt, wie nur jemals eine Prophezeiung zur Wirklichkeit geworden iſt, — da geſchieht es unter Umſtänden, die den ſtets vorausgeſetzten entgegengeſetzt ſind. Marx hatte die Pyramide der zunehmenden Konzentration gezeichnet, in deren Spitze ſich ſchließlich die völlige Vereinigung in einer Hand vollziehen ſollte. Die Marxiſten hatten in einem Zeitalter blühender Geſchäftserfolge dieſe Konzentration in immer weniger Händen als eine Entwicklung zu ſteigenden und immer ſicherer werdenden Gewinnen erlebt, ſo daß ſie mit Augen zu ſehen glaubten, wie der Rieſenbetrieb und das Rieſenſyndikat ihre beſten Schrittmacher ſeien. Jetzt iſt der Tag der Erfüllung da. Aber die Induſtrie, an der ſich etwas erfüllen ſoll, iſt nicht da. „Das Schickſal gewährt uns unſere Wünſche, aber auf ſeine Weiſe!“

Das iſt der Grund der Zuckungen, die wir in dieſen Tagen durch die ſozialdemokratiſchen Parteien gehen ſehen. Die Revolution, die aus einem monarchiſchen Staatsweſen eine Republik machte, vollzog ſich kampflos. Die Revolution, die ſich gegen die Führer der ſozialdemokratiſchen Partei richtet, arbeitet mit Panzerautos und Maſchinengewehren und muß mit Bombardements bezwungen werden. Nicht nur, daß in der Partei der Unabhängigen ſich ähnliche Bewegungen zeigen, ſo daß deren Führer zeitweiſe nicht mehr Stellung zu nehmen wiſſen; auch im Spartakusbund ſind die Führer der Maſſe nicht ſchnell und entſchieden genug. In den Gewerkſchaften vollends geſchieht, was geſchieht, nur noch gegen, im beſten Falle ohne die Führer; die Arbeitseinſtellungen ſind „wilde“ Streiks. Die Maſſen fühlen ſich verraten, weil die „Diktatur des Proletariats“ da iſt und zu nichts von alledem gebraucht wird, wozu ſie ſo oft und ſo lange geweisſagt wurde.

In dieſem Gegenſatz iſt nur eines wunderbar: daß innerhalb der beiden ſozialdemokratiſchen Parteien die volkswirtſchaftlich geſchulten Kräfte ſich die Ruhe des Blicks bewahrt haben und ſehen, daß Deutſchland in dieſer Lage in ſeiner Induſtrie nicht eine Umwandlung vornehmen kann, die die ohnedies vorhandenen Gefahren der deutſchen Volkswirtſchaft ins Ungemeſſene vergrößern würde.

Vielleicht hat jene Schwierigkeit es bewirkt, daß die ausgegebene Parole die unbeſtimmte und vieldeutige Form der „Sozialiſierung der Betriebe“ annahm. Deutſchland muß jetzt und in nächſter Zukunft alle ſeine Kräfte anſpannen, um ſeine Produktivität ſo hoch wie möglich zu ſteigern. Jede vorgeſchlagene Änderung muß darauf hin geprüft werden: wird die Güterproduktion dadurch vermehrt oder vermindert? Es mag Induſtriezweige geben, in denen Egaliſierung, Normaliſierung, Einführung von Einheitstypen, durch die Verſtaatlichung gefördert werden und ſich als Kraftersparniſſe bewähren. Ob aber nicht die Verſtaatlichung, in weiterem Umfange durchgeführt, die Kraft, die in der Initiative des Individuums liegt, dem Volkswirtſchaftskörper gerade in dem Augenblick entzieht, in dem er ſie am nötigſten braucht, das iſt eine Frage, die kein Volkswirt ohne bange Beſorgnis erwägen kann. Der Gegenſatz iſt klar: *Die Maſſen ſehen nur, daß der geweisſagte Zeitpunkt für die Verſtaatlichung gekommen iſt; die Volkswirte halten dieſen Zeitpunkt für den denkbar ungeeignetſten.* Politiſch ſprach ſich dies in dem Kampfe um die Nationalverſammlung aus: dort das Verlangen, die Sozialiſierung perfekt zu machen, ſolange noch die Diktatur des Proletariats dauert; hier die Überzeugung, daß die Sozialiſierung, wenn überhaupt, ſo nur unter ſachkundiger Mitwirkung aller Beteiligten ins Werk zu ſetzen iſt, wie ſie eine freie gewählte verfaſſunggebende Verſammlung bietet.

Es gibt wohl manchen, der unter dieſen Umſtänden wünſcht, daß dieſer Kelch an uns vorübergehen möge. Wird dieſer Wunſch uns nicht etwa durch Schickſalsſchläge von einer Härte erfüllt, die ſchlimmer iſt als das, was ſie verhüten könnten, ſo müſſen wir ihn glatt als unerfüllbar anſehen. *Die Sozialiſierung kommt.* Wir alle haben ein Intereſſe, daß die Auswahl der Betriebe, die als „ſozialiſierungsreif" abgeſtempelt werden ſollen, tunlichſt ſachgemäß erfolgt. Was dazu Genaueres zu ſagen iſt, darüber ſollen demnächſt an dieſer Stelle erfahrene Kenner des gewerblichen Lebens ſich ausſprechen.

Brief an die „Deutſche Politik"

Was brachte uns die Revolution, was muß ſie uns noch bringen?

Was ſoll überhaupt eine Revolution, was bezweckt ſie? Sie ſoll das beſtehende Schlechte durch etwas Beſſeres erſetzen. Sie kommt dann zum Ausbruch, wenn ihre Ziele auf geſetzmäßigem Wege, in allmählicher Entwicklung nicht zu erreichen ſind, oder wenn es ſo den Anſchein hat. Es hat heute keinen Zweck, ſich zu überlegen, ob ſich die Ziele der Revolution nicht ohne Gewalt hätten erreichen laſſen. Jetzt kommt es nur darauf an, ſich die Fragen vorzulegen: „Was brachte uns die Revolution, und was muß ſie uns noch bringen?" Die erſte dieſer beiden Fragen hängt eng zuſammen mit der Frage: „Wie entſtand die Revolution?"

Gewiß hat bei ihrem Entſtehen feindliche Hetze und Propaganda eine große Rolle geſpielt, aber der weſentliche Grund für ihren großen und ſchnellen Erfolg war doch die Tatſache, daß im deutſchen Volke der Boden für dieſe feindliche Saat im Laufe des Krieges langſam aber ſicher reif geworden war. Ohne tiefere Gründe und auf leere Schlagworte hin macht kein Volk Revolution, beſonders das deutſche nicht! Das Volk war durch die lange Blockade zermürbt, es hungerte und darbte und mußte bei vielen einem Luxus und einer Schlemmerei zuſehen, ſchlimmer als in Friedenszeiten. Das Volk war erbittert über den ungeheuren Einfluß der Alldeutſchen, über den Militarismus, an dem doch etwas iſt, über die Zenſur, über die Verweigerung des gleichen Wahlrechts (denn darauf kommt ſchließlich die ewige Verzögerung hinaus) und über die rieſige Überſchätzung des Geldes und des Namens. Mit all dieſen Mißſtänden hat nun allerdings die Revolution zum Glück gehörig aufgeräumt. Aber ſie hat auch ihr Schuldkonto und zwar aus folgenden Gründen. Wird eine ſolche Umwälzung vom ganzen Volke ins Werk geſetzt, ſo iſt ohne weiteres klar, daß ſich alle Volksteile, alle Parteien und Klaſſen an der Neugeſtaltung des Staates beteiligen, und daß ſo die Revolution ganz von ſelbſt dem *geſamten Volke* eine Beſſerung der Verhältniſſe bringt. Geht aber die Revolution von einer Partei aus, wie in Deutſchland, ſo liegt eine einſeitige Entwicklung nicht nur nahe, ſondern ſie iſt ganz natürlich. Es müſſen Fehler und Ungerechtigkeiten zunächſt vorkommen, und es kommt nur darauf an, daß ſich die urſprünglich nicht revolutionierenden Volksteile im richtigen Moment an der Umwälzung beteiligen und daß das ganze Volk in gemeinſamem Handeln ſich ſein neues Heim zimmert. Alſo die Revolution hat auch ihr Schuldkonto. Sie macht uns in dem Augenblick, wo über unſere Zukunft für lange Zeit entſchieden werden ſoll, wehrlos unſeren beutegierigen, haßerfüllten Feinden gegenüber. Wir ſind ohnmächtig, die Feinde können mit uns machen, was ſie wollen. Selbſt der begeiſtertſte Pazifiſt muß doch zugeben, daß wir noch nicht wiſſen, ob Wilſon ſeine Grundſätze vom Frieden der Gerechtigkeit und ſeine Völkerbundpläne auch wird durchſetzen können. In den erſten Revolutionstagen ſind Plünderungen großer Depots vorgekommen, infolge des Zuſammenbruchs der Etappe ſind ungeheure, für das deutſche Volk unerſetzliche Werte in Feindeshand gefallen, in den Induſtriegebieten werden verbrecheriſche Streiks angezettelt. Aus all dieſen Gründen und noch vielen anderen, die zum Teil auch noch mit der Revolution zuſammenhängen, iſt die Lage unſerer Volksernährung, unſerer ganzen Volkswirtſchaft außerordentlich ernſt. Das Treiben der Spartakus-Leute rückt die Gefahr eines Bürgerkrieges nahe, und die ganze „Berliner Wirtſchaft" blamiert uns nicht nur unſterblich vor der ganzen Welt, ſondern droht auch noch das Reich auseinanderzuſprengen. Aber all dieſes, was uns die Revolution an Üblem und Bedenklichem gebracht hat, kann noch zum Guten gewendet werden, und hier kommen wir zu der zweiten und wichtigeren Frage: „Was hat uns die Revolution noch zu bringen?"

Sie muß dem deutſchen Volke die wahre Freiheit bringen, die Möglichkeit für jeden einzelnen, über die Geſtaltung ſeines Vaterlandes mitzubeſtimmen; alle müſſen ſich mit ganzer Kraft und heller Freude an dem großen Umbau beteiligen können. Die Errungenſchaften der Revolution müſſen in einer für die Geſamtheit nutzbringenden Weiſe ausgebaut werden. Von dieſer *Freiheit des deut-*

ſchen Volkes war bei den Sozialdemokraten ja wohl manchmal die Rede, aber in der Erledigung der Frage, was die Revolution dem deutſchen Volke außerdem zu bringen hat, haben ſie ſich wenig mit Ruhm bedeckt. Die anderen Parteien waren darin übrigens nicht viel beſſer. Es handelt ſich um die *Einheit des deutſchen Volkes*. Denn wir haben ſie noch nicht! Es gilt nicht nur, das bisherige Kleindeutſchland allen partikulariſtiſchen Regungen zum Trotz zu erhalten. O nein! In Deutſchöſterreich ſind die Augen von Millionen von Deutſchen auf uns gerichtet, und wir ſollten dieſe Millionen nicht mit offenen Armen empfangen? Wie begrüßt Frankreich die Rückkehr Elſaß-Lothringens und wie gleichgültig iſt die Maſſe des deutſchen Volkes in dieſer Frage ſeiner Einheit!! Wo iſt im deutſchen Volke das nachdrückliche, freudige, begeiſterte Eintreten für Deutſchöſterreichs Anſchluß an uns? Es iſt traurig und ein Armutszeugnis für uns alle, daß es fehlt! Hier muß ein großes Verſäumnis der Revolution raſch nachgeholt werden. Das iſt, ebenſo wie die Erringung der wahren Freiheit, nur möglich durch eine möglichſt ſofortige Nationalverſammlung. Erſt wenn die Revolution uns dieſes bringt, die Freiheit und Einheit des deutſchen Volkes, dann, aber auch nur dann kann nicht nur jeder Deutſche ſich mit ihr „abfinden", wie es jetzt noch ſehr häufig der Fall iſt, ſondern das ganze deutſche Volk kann ſich dann mit voller Kraft und hoher Begeiſterung der neuen Ära zuwenden.

Ein deutſcher Student.

Notizen

Die Wahlen in England. Lloyd Georges Koalition hat von den 700 Sitzen im engliſchen Parlament 470 erobert. Das war nur möglich, weil in England bekanntlich keine Stichwahlen exiſtieren, ſondern die relative Majorität ſchon genügt. Die Oppoſitionsparteien, die in Liberale, Arbeiterpartei, Unabhängige, Sinn Feiners, Iriſche Nationaliſten zerfallen ſind, vereinigten nur zu oft die Majorität der Stimmen auf ſich, trotzdem ging aber der Anhänger Lloyd Georges mit relativer Mehrheit aus den Wahlen hervor. Nach der „Morning-Poſt" haben 10,7 Millionen Menſchen an den Wahlen teilgenommen. Hiervon fielen auf die Koalition von Lloyd George 5,1 Millionen Stimmen, während die Oppoſition insgeſamt 5,0 Millionen Stimmen erhielt. Wenn in England nach dem Proportionalſyſtem abgeſtimmt worden wäre, ſo würde ſich das Bild völlig verſchoben haben:

Partei	Mill. Steuern	Mehrh.-Wahlen	Proport.-Wahlen
Unabhängige und iriſche Unioniſten	0,5	39	48
Koalition	5,1	472	338
Liberale	1,2	38	83
Arbeiterpartei	2,4	65	161
Unabhängige	0,5	6	38
Sinn Feiners	0,4	71	35
Iriſche Nationaliſten	0,2	7	15

Wie man aus dieſer Tabelle erſieht, würde Lloyd George, ohne die Unioniſten mit ihren 39 Sitzen, die rechts von ſeiner Koalition ſtehen, nur eine Majorität von 8 Stimmen beſitzen, während er jetzt über 472 Plätze verfügt, (ganz abgeſehen von den 39 Mandaten der Iriſchen Unioniſten) während die Oppoſition nur 196 Plätze inne hat.

Neuerſcheinungen

Heinrich Friedjung, das Zeitalter des Imperialismus, 1884—1914. Erſter Band. Erſtes bis dreißigſtes Tauſend. Verlag Neufeld und Hanius-Berlin, 1919. 464 Seiten.

Friedjungs Arbeit iſt zur Fortſetzung der Schloſſerſchen Weltgeſchichte beſtimmt; bis zum Erſcheinen der in Vorbereitung befindlichen Neuauflage des großen Werks ſteht ſie ſelbſtändig. Der erſte Band reicht bis zum Schluß des ruſſiſch-japaniſchen Krieges 1905. Das Buch iſt techniſch ſehr gut und flüſſig geſchrieben, mit klarer Hervorhebung der Zuſammenhänge und der entſcheidenden Punkte in der Entwicklung. Das Urteil über die deutſche Politik iſt mehrfach ſtreng, aber nicht ungerecht. So heißt es nach dem Krügertelegramm, in der Politik gegenüber Öſterreich-Ungarn, Italien und Rumänien hätten zwar die von Bismarck eingerammten Pfähle die Richtung gegeben: „Wo aber ohne deſſen großes Vorbild in den täglich ſich aufdrängenden Sorgen der Weltpolitik ſelbſtändige Entſchlüſſe zu faſſen waren, verſagte die deutſche Staatskunſt.“ Die Schwankungen und die dadurch bedingte Erſchütterung des Vertrauens in die deutſche Politik werden charakteriſiert und getadelt. Die Anregung Chamberlains zu einem engliſch-deutſchen Bündnis 1900/01 ſind kurz aber in den Hauptpunkten richtig berührt: Angebot der Teilung Marokkos in ein deutſches und engliſches Intereſſengebiet, was jetzt eben durch die neueſte Hammannſche Veröffentlichung im Einzelnen beſtätigt wird; außerdem Charakteriſierung der Lage dahin, daß es darauf ankam, ob die deutſche Regierung der Anregung entgegenkommen wollte oder nicht. „Unterließ ſie es, ſo mußte das britiſche Kabinett die Sache auf ſich beruhen laſſen.“ In jedem Kapitel ſpürt man den bedeutendſten Hiſtoriker Öſterreichs. Wir hoffen auf baldiges Erſcheinen des zweiten Bandes (er iſt für dieſes Jahr verſprochen) und empfehlen bis dahin den erſten aufs wärmſte unſeren Leſern.

Zur gefälligen Beachtung!

Dieſem Heft iſt ein Proſpekt der **Deutſchen Verlags-Anſtalt in Stuttgart und Berlin** über die „Politiſche Bücherei“ beigeheftet, den wir der beſonderen Aufmerkſamkeit unſerer Leſer empfehlen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend * Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 31. Januar 1919 * Heft 5

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Die Franzoſen wollen den Waffenſtillſtand offenbar ausnutzen, Deutſchlands Geſundung unmöglich zu machen — ſie verzögern deshalb alle Möglichkeiten, zu einem Vorfrieden zu kommen. In den Waffenſtillſtand werden von Monat zu Monat neue Gewaltmaßnahmen eingepackt, gegen die wir Proteſte abgeben, die aber dann von uns angenommen werden. Iſt nicht der Zeitpunkt da, wo dieſes Verfahren beendigt werden muß? Indem wir uns allen Demütigungen Fochs unterwerfen, befreien wir die Entente von der inneren Erörterung: was ſoll geſchehen, wenn die deutſche Regierung ſagt, daß ſie die weitere Verhandlung ablehnt. Wird ſie marſchieren? Sie hat viele Gründe, es nicht zu tun. Es iſt Gefahr in Verzug, daß die Zugeſtändniſſe, die wir bei den Wiederholungen des Waffenſtillſtands getan haben, beim Frieden uns zu Feſſeln werden.

*

Die politiſche Aufgabe der Nationalverſammlung heißt: Macht hinter die Regierung ſtellen, die wirtſchaftliche: Beſeitigung der wilden Streiks. Seit durch Fortfall der Kriegskredite der politiſche Gegenſatz der beiden ſozialdemokratiſchen Fraktionen hinfällig geworden iſt, beginnt ſich zwiſchen ihnen in wirtſchaftlicher Beziehung eine unüberbrückbare Kluft aufzutun. Die Mehrheitsſozialiſten ſind nach wie vor Anhänger der Gewerkſchaften, die Unabhängigen dagegen bilden ſich immer mehr zu Vertretern des Syndikalismus aus. Für erſtere iſt der Streik eine wirtſchaftliche Waffe zur Hebung des Lebenszuſchnittes der Arbeiter, wobei die Erhaltung der Leiſtungsfähigkeit der Induſtrie die natürliche Grenze ihrer Forderungen bildet, für letztere dagegen iſt er zu einer politiſchen Waffe zum „Vorwärtstreiben der Revolution" mit der

Loſung „je toller deſto beſſer“ geworden. Gelingt es nicht in letzter Stunde noch die Epidemie der wilden Streiks erfolgreich zu bekämpfen, ſo iſt Deutſchlands ſtaatliches Leben ruiniert, ſelbſt wenn es der Nationalverſammlung gelänge, politiſch wieder die Verhältniſſe in regelrechten Gang zu bringen.

*

Macht muß etwas ſehr Süßes ſein, beſonders in den Händen des Literaten. Kurt Eisner hat von Sonntag zu Sonntag erfahren, daß das Bayeriſche Volk ihn völlig ablehnt; er will aber nicht darauf verzichten, ſeine Beglückerrolle weiterzuſpielen und gerät nun auf die ſchiefe Ebene, aus Volksſchmeichlertum eine unſachliche, partikulariſtiſche Politik zu betreiben. Wann machen denn die Auer und Heim von ihrem freiſtaatlich bayeriſchen Selbſtbeſtimmungsrecht Gebrauch und ſetzen dieſen Dilettanten von Diktator an die Luft. Denn daß er ſich zurückziehe, erlaubt ihm ſeine Beſcheidenheit nicht.

*

Daß die bürgerliche Demokratie die „Vorfrucht der Sozialdemokratie“ ſei — dies Wort Bismarcks gehört zum eiſernen Beſtand aller Wahlagitation. Darf es nach den Wahlen zur Nationalverſammlung noch gebraucht werden? Blickt man auf die Bewegung der Wählerſtimmen, ſo wird dies deutlich: nicht die Städte, ſondern das platte Land hat der Sozialdemokratie den großen Stimmenzuwachs gebracht. Das iſt nicht nur eine Landarbeiterbewegung gegen den Gutshof, ſondern beim Kleinbauerntum die Auswirkung der agrariſchen Klaſſenkampfagitation des „Bundes der Landwirte“. Ein paar Jahrzehnte hat der mit materialiſtiſchem Geiſt Wind geſät, jetzt kommt die Ernte des ſozialiſtiſchen Sturmes.

*

Die Entente hat ihre kriegeriſche Frontſtellung gegen den Bolſchewismus abgebaut. Zuſammen mit den übrigen auf dem ruſſiſchen Territorium entſtehenden Staatsweſen iſt auch die Räterepublik auf die Prinzen-Inſeln im Marmarameer zu einem Stelldichein geladen worden. Selbſt Frankreich ſcheint dieſem Plan nicht mehr abſoluten Widerſtand entgegen zu ſetzen, ſeitdem die bolſchewiſtiſche Regierung die Möglichkeit durchblicken ließ, bei den franzöſiſchen Milliarden von ihrem Prinzip der Annullierung aller Schulden abzuſehen. Bei dieſen Verhandlungen kann um ſo leichter eine Anerkenntnis der Ukraine herausſpringen, als bekanntlich die dortige Regierung bereit iſt, den auf ſie entfallenden Teil der ruſſiſchen Schulden zu tilgen, wenn ihr dafür die politiſche Selbſtändigkeit zugebilligt würde.

Die Wahl zur Nationalverſammlung

Von Dr. Theodor Heuß

Der entſcheidende Unterſchied dieſer Wahl und der Wahlbewegung zu allen früheren iſt dies, daß Parteien und nicht Perſonen gewählt wurden. Die breite Maſſe der Wählerſchaft, die ehedem in Wahlkreisverbänden noch Einfluß beſaß auf die Nominierung der Kandidaten, und die in Wählerverſammlungen mit den paar Kandidaten in Gedankenaustauſch treten konnte, iſt in den Hintergrund gedrängt; bei den Parteizentralen liegt die Auswahl derer, die ſie in der Volksvertretung wünſchen, und der Bewerber kann bei der Ausdehnung der Bezirke nur in ein paar größeren Plätzen ſprechen. Die Wahlarbeit auf dem platten Land muß von freiwilligen oder bezahlten Kräften geleiſtet werden, ohne daß der Kandidat mitwirkt. Die Wähler lernen eine *Partei* zu wählen. Dieſe Verſachlichung des Wahlgeſchäfts iſt ein Gewinn, denn ſie befreit die Politik von den örtlichen Rückſichten, von der Kirchturmsperſpektive, die Entperſönlichung iſt aber auch ein Verluſt, denn ſie zerreißt die beiden Teilen erzieheriſch wertvollen Bindungen zwiſchen Wähler und Gewählten.

Wie iſt die Wirkung des Wahlverfahrens auf die qualitative Zuſammenſetzung des Parlaments? Wer die Leiſtungsfähigkeit einer Volksvertretung nicht nur nach der Arithmetik der Fraktionsziffern berechnet, ſondern nach der geiſtigen Energie und Schöpferkraft, die innerhalb der einzelnen Fraktionen ſich durchſetzt, wird hier zu einiger Skepſis gezwungen ſein. Theoretiſch gewährt zwar die Verhältniswahl allen Parteien die Möglichkeit, die Wahl ihrer beſten Köpfe zu ſichern und auch ſolche Leute zu entſenden, denen die beſonderen Kandidateneigenſchaften, Beredſamkeit, volkstümliche Art, Berufsverbindungen uſw. fehlen. Aber die Praxis verfährt nicht immer nach dieſem Rezept. Wenn man die Zuſammenſetzung der Nationalverſammlung durchlieſt, bekommt man, ungeachtet der vielen neuen Namen, die mit das Beſte ſind, weil ſie Überraſchungen enthalten können, nicht den Eindruck, daß die Konſtituante den alten Reichstag übertrifft oder daß ſie gar den geiſtigen Charakter der Paulskirche erreicht. In allen Parteien begegnet man ein paar Köpfen, von denen man weiß, daß ſie nur auf dieſem Weg zur parlamentariſchen Arbeit kommen konnten, aber daneben, in allen Fraktionen, die wachſende Zahl derer, die nicht ſo ſehr durch ihre perſönliche Qualifikation als durch den beruflichen Hintergrund, der Wählerſtimmen anziehen ſollte, in die Nationalverſammlung gekommen ſind. Bei der Sozialdemokratie, die eine rieſige Beamtenſchaft aus Partei, Gewerkſchaft, Konſumvereinen, Krankenkaſſen uſw. zur Verfügung und unterzubringen hat, iſt dieſer Zuſtand ja ſchon alt und er hat das geiſtige Niveau der Fraktion ſeit dem Wachstum nicht eben ſtark gehoben; jetzt frißt das weiter in die anderen Parteien. Gewählt wird, neben den alten Parlamentariern, die mit den Erfahrungen der Vergangenheit das Reich unſerer Kinder bauen ſollen, wer durch ſeine Berufsſtellung, ſei es als Verbandsſekretär oder ſonſtwie, ein Maximum von Stimmen aus den Kreiſen der Beamten, Angeſtellten, Handwerker, Arbeiter u. ſ. f. heranbringt. Das iſt eine offenbar unvermeidliche Entwicklung, wenn nicht die Nationalverſammlung ſelber den Entſchluß aufbringt, das Wahlrecht, aus dem ſie geworden iſt, wieder abzuändern, indem ſie zu einer Miſchung von Bezirks- und Proporzwahlen kommt. Dieſe Frage bleibt offen. Man wird aber nicht an der Tatſache vorbeigehen können, daß heute ſchon das verfaſſunggebende Parlament, das mit Berufsfragen nichts zu tun hat, mit berufsſtändiſchen Vertretungen durchſetzt iſt. Hoffentlich leidet darunter das Verfaſſungswerk ſelber nicht allzuſehr.

Die Hoffnung der einen, die Furcht der anderen, daß die Nationalverſammlung eine ſozialiſtiſche Mehrheit bringen werde, iſt nicht eingetreten. Man kann ſagen, daß die Spartakiſtentumulte in den Städten die Stimmen der rechtsſtehenden Kreiſe über Erwarten in die Höhe trieben, daß aber dann umgekehrt das Ende von Liebknecht und Roſa Luxemburg in Berlin und Sachſen den Unabhängigen, die ſonſt ſchlecht genug abgeſchnitten haben, auf Koſten der Mehrheitsſozialiſten Stimmen zuführten. Beobachtet man einzelne Landesteile nach ihrer Parteiverteilung, ſo kann man ſehen, das viel Kleinbauerntum von dem agrariſchen Klaſſenkampf des Bundes der Landwirte ſeit Jahrzehnten ſeeliſch dazu vorbereitet, unmittelbar ins rote Lager abſchwenkten, auch in bisher geſchloſſen katholiſchen Bauerngegenden — vor allem haben ſich viele Soldaten, denen es ſchwer fallen würde, ſozuſagen eine ſozialiſtiſche Weltanſchauung zu vertreten, mit dem roten Stimmzettel für das Ungemach in Feld und Kaſerne gerächt.

Die erſte Aufgabe der Nationalverſammlung wird ſein, bevor ſie das Verfaſſungswerk in die Hand nimmt, eine neue Regierung zu ſchaffen; es bleibt ihr natürlich auch der Weg, die gegenwärtigen „Volksbeauftragten" zu beſtätigen, wodurch deren Mandat von dem Zentralrat der A.- u. S.-Räte abgelöſt würde. Wie liegen die Mehrheitsverhältniſſe? Die „alte" Sozialdemokratie mit 163 Mandaten, iſt die bei weitem ſtärkſte Partei, aber auch mit den „Unabhängigen" reicht es zu keiner Mehrheit. Daß ſie die Zuſammenarbeit mit der Linksgruppe ſuche oder annehme, iſt aber nach den Dezembererfahrungen nicht wahrſcheinlich, wenn auch die Verſöhnungstendenzen in beiden Gruppen nicht völlig verſandet ſind — heute ſteht ja vor allem noch das ungelöſte Problem Eichhorn zwiſchen ihnen. — Dieſer verfloſſene Berliner Polizeipräſident und amtliche Putſchiſt wird durch einen Steckbrief verfolgt, iſt aber zugleich in die Nationalverſammlung gewählt.

Es bleibt alſo nur das Zuſammenwirken mit der Deutſchen Demokratiſchen Partei, die mit über fünfeinhalb Millionen Stimmen die zweitſtärkſte politiſche Bewegung geworden iſt — an der Stelle des alten Zentrums ſtehen in ähnlicher Stärke verſchiedene partikulariſtiſch abgetönte Gruppen, deren einheitliche Politik noch nicht geſichert iſt. Die „Deutſche Demokratie“ hat durch ihre Lage eine große Macht, aber auch eine große Verantwortung. Es wird ihre vaterländiſche Pflicht ſein, bei der Herſtellung einer vor allem auch nach außen aktionsfähigen Regierung mitzuhelfen, auf der anderen Seite ſoll ſie ihre Unentbehrlichkeit zu beſtimmten Reformen im Innern ausnutzen. Denn ſie kann unmöglich mit ihrem Namen die faſt fahrläſſige Gleichgültigkeit decken, mit der die derzeitige Regierung den zwangsläufigen Ruin unſerer Arbeitsverhältniſſe duldete. Man ſoll doch nicht ſo tun, als ob die Niederwerfung der Spartakiſtenumtriebe, die nicht Ebert-Scheidemann, ſondern der durchgreifenden Energie von Noske zu danken iſt, ein Befähigungsnachweis der mehrheitsſozialiſtiſchen Entſchlußkraft ſei. Weit gefährlicher als dieſe Tumulte, die ſich vermutlich wiederholen werden, iſt die Tatſache, daß heute in Deutſchlands Großſtädten Arbeitsloſigkeit zum Staatsrentnertum wird, wohin ſich auch viele Soldaten zurückziehen, weil die Zahlungen ein halbwegs erträgliches Daſein ohne Arbeit geſtatten. Währenddem brauchen die Bergwerke, die Zuckerinduſtrie, die Landwirtſchaft Hunderttauſende von Händen, die Deutſchland durch Arbeit aus der Not der nächſten Monate retten ſollen. Dieſes Problem anzupacken, iſt höchſt unpopulär, zumal unverſchuldete Erwerbsloſigkeit unſelig genug iſt. Aber Sentimentalität entbindet heute die Regierung nicht von der Pflicht zum Mut, und die „Deutſche Demokratie“ muß von den Mehrheitsſozialiſten verlangen, daß ſie dieſem Problem, Erneuerung der Arbeitsmoral, nicht ausweichen, indem ſie auf den Krieg und ſeine verwüſtenden Folgen ſchimpfen.

Offen bleibt die Frage, ob und wie weit das Zentrum an einer Regierungsbildung beteiligt ſein will und wird. Wahrſcheinlich ſteckt die Partei ſelber voll verſchiedener Strebungen. Von Erzberger darf nach ſeiner Haltung angenommen werden, daß er verſuchen wird, trotzdem er jetzt als Vertreter für die Friedensverhandlungen fallen gelaſſen wurde, in einer Regierungskombination beteiligt zu bleiben. Andererſeits iſt an den kirchlichen Fragen teilweiſe eine Verſchärfung des Gegenſatzes zwiſchen der klerikalen und der ſozialiſtiſchen Partei eingetreten. Das Zentrum wird ſich aber, zumal es ſich ſeines feudalen Flügels ziemlich entledigt hat, hüten, mit der deutſchnationalen Volkspartei eine Oppoſition der Rechten zu bilden; denn nur durch Demokratie können ſich ſeine Arbeiterführer gegenüber der ſozialiſtiſchen Konkurrenz behaupten. Daß das Zentrum, zum erſtenmal ſeit Jahrzehnten für parlamentariſche Mehrheitsbildung entbehrlich iſt, iſt die neue und für die Partei etwas ungewohnte Lage. Man wird gerade von dieſer Seite eine ſehr ſtarke und vielleicht ungeſunde Betonung des „föderaliſtiſchen“ Gedankens beim Verfaſſungswerk erwarten müſſen, denn das Zentrum hat im Süden, Oſten und Weſten aus Mangel an durchſchlagenden geiſtigen Argumenten ſeine Anhänger weſentlich unter partikulariſtiſchen Zielpunkten geſammelt. Adolf Hoffmann hatte ihm für die Rheinlande, Kurt Eisner für Bayern die erwünſchten Unterlagen gegeben.

Völlig unerheblich wird die Stellung der eigentlichen Rechten ſein. Wohin Streſemann mit dem Anhang der Gekränkten gehen wird, iſt noch unbeſtimmt — er hat früher immer Wert darauf gelegt, in den innerpolitiſchen Dingen einen ſcharfen Schnitt zu den Konſervativen zu ziehen. Aber ſeine Politik des Mandatsopportunismus hat ihm die Unterlage eines feſten Standpunktes geraubt. Die deutſchnationale Volkspartei wird die Oppoſition ſpielen — aber man kann ſich nicht recht denken, daß Männer wie Poſadowsky und Clemens Delbrück, deren Rat in den Verfaſſungsdingen nicht ohne Gewicht ſein könnte, die innere Bindung mit den Leuten eingehen, die, aus Ideenmangel, den ganzen Wahlkampf mit einem ziemlich rüden Antiſemitismus geſpeiſt haben. Der Zuſammenbruch der Rechten iſt die Quittung auf die preußiſche Wahlrechtspolitik und die illuſioniſtiſche Behandlung der auswärtigen Fragen — ſachlich, für eine ſcharfe Klärung der Verfaſſungsprobleme wäre eine ſtärkere, auch qualitativ wertvollere Vertretung in manchem ſicher zum Gewinn geworden. Denn die Grundprobleme unſerer künftigen Politik wären in der Reibung deutlicher zum Ausdruck gekommen.

Eine Regierung, die fähig iſt, mit den Feinden in Würde und geſtützt auf den Volkswillen nicht nur in ausweichender Paſſivität zu verhandeln, dieſe zu ſchaffen, iſt das erſte Werk der Nationalverſammlung. Dann aber ſoll ſie mutiger ſein als der Reichstag bei ſeinem Ende geweſen iſt und nicht ihre Arbeit in der Furcht vor der Straße beginnen. Daß man ſtatt Berlin Weimar gewählt hat, iſt die Folge der hohen Stimmenziffer, die die „Unabhängigen“ in Berlin auf ſich vereinigen konnten. Aber vielleicht iſt dieſe vorzeitige Flucht aus Berlin noch nicht das letzte Wort in dieſer Frage; kein Zweifel, daß die Angſt vor neuen Anſchlägen keine ſehr eindrucksvolle Weihe der großen Arbeit iſt, die auf die Verſammlung wartet.

Tapfer ſoll ſie auch ſein gegen den Anſturm des Partikularismus, der ſich jetzt meldet. Throne konnten in Deutſchland geſtürzt werden, ohne daß die Einheit des Reiches, wie man zunächſt fürchten mochte, gefährdet wurde, aber die Grenzpfähle ſcheinen in der Seele des Volkes tiefer Wurzel geſchlagen zu haben. Ehrfurcht vor der Geſchichte iſt etwas Schönes, ſoweit dieſe Geſchichte Ehrfurcht verdient — von der Territorialpolitik der deutſchen Mittelſtaaten kann man das keineswegs immer behaupten. Aber größer iſt der Wille, ſelber mit Phantaſie und Verantwortung eigener nationaler Geſchichte den Weg zu bahnen. Deſſen bedarf die deutſche Nationalverſammlung, wenn ſie ſich von der Erbſchaft der Jahrhunderte losreißen will und neue Fundamente unſeres künftigen Staates feſtlegen.

Bemerkungen zum Entwurf der Reichsverfaſſung

Von Prof. Dr. Friedrich Meinecke

I.

Jeder politiſch intereſſierte Deutſche kennt jetzt den Entwurf zur neuen Reichsverfaſſung, den der Staatsſekretär Dr. Preuß der Öffentlichkeit vorgelegt hat und über den die Nationalverſammlung zu beraten und zu entſcheiden haben wird. Vorbereitet und begleitet muß das Werk der Nationalverſammlung nun werden von einer regen und eindringlichen Mitarbeit aller politiſch Denkenden, — aber auch von einer möglichſt planmäßigen und gut organiſierten. Ich verſtehe darunter, daß wir bei der Erörterung der einzelnen Verfaſſungspunkte zunächſt einmal die großen Haupt- und Grundfragen unſeres neuen Verfaſſungszuſtandes herausheben und die feinere techniſche Durcharbeitung der einzelnen Beſtimmungen einem weiteren Stadium der Diskuſſion überlaſſen. Zuerſt gilt es, die unitas in necessariis, die Verſtändigung über das Notwendigſte und Wichtigſte zu erreichen.

Ich halte den Preußſchen Entwurf für eine durchaus benutzbare, wohl durchdachte, in vieler Hinſicht — das gilt namentlich auch von der einleitenden Denkſchrift — meiſterhafte Grundlage. Unabhängig von ihm ſchrieb ich ſchon Ende November v. J. meinen Aufſatz über Verfaſſung und Verwaltung der Deutſchen Republik (im Januarheft der „Neuen Rundſchau"), der ſich in vielen wichtigen Punkten mit dem Preußſchen Entwurfe berührt, und wiederum ganz unabhängig von uns und von einander haben Max Weber (in mehreren Aufſätzen der „Frankfurter Zeitung", Ende November und Anfang Dezember) und Erich Brandenburg in ſeiner Broſchüre „Wie geſtalten wir unſere künftige Verfaſſung?" in dieſelbe Kerbe gehauen. So beginnt ſich eine erfreuliche Übereinſtimmung in einigen Grundfragen ſchon zu entwickeln. Dennoch muß man auf ſchwere und leidenſchaftlich auszukämpfende Meinungsverſchiedenheiten gefaßt ſein.

Das gilt nun gleich ſchon von der Forderung, die Preuß, Batocki, ich und andere als Vorausſetzung des neuen Verfaſſungsbaues aufgeſtellt haben, die preußiſche Staatseinheit aufzulöſen und den preußiſchen Provinzen anheimzugeben, ſich zu neuen ſtaatlichen Gebilden von mittelſtaatlicher Größe umzubilden. Ein leidenſchaftlicher Widerſpruch aus den verſchiedenſten Parteilagern hat ſchon eingeſetzt, und ſelbſt die Deutſche demokratiſche Partei, der man am erſten eine unbefangene Würdigung unſerer ſo gänzlich neuen Lage zutrauen ſollte, hat ſich auf die Erhaltung Großpreußens feſtgelegt. Man glaube doch nicht, daß wir leichten Herzens und mit geſchichtlicher Reſpektloſigkeit unſere Forderung erhoben haben. Ich bin in preußiſcher Geſinnung, in Stolz und Liebe für meinen Heimatsſtaat groß geworden, und als ich die Geſchichte des preußiſch-deutſchen Problems und des Gedankens, Preußen zu zerſtückeln, ſchrieb, habe ich kein Hehl daraus gemacht, daß ich ihn für die Vergangenheit und Gegenwart ablehnte und zufrieden wäre, mit einer ſtarken Verringerung der Reibungsflächen zwiſchen Preußen und Deutſchland. Ich wünſchte im Herzensgrunde auch heute noch, daß man ſich damit begnügen könnte, und ich ſehe die Revolution und den Sturz der Monarchie, die mich auf andere Gedanken gebracht haben, als ein furchtbares und mindeſtens ebenſo großes Unglück, wie unſere Niederlage im Kriege an. Aber nun gilt es, mit feſtem Schritte den Weg zu gehen, auf den uns das Schickſal gezwungen hat, und im Konflikte mit ſtaatsmänniſcher Vernunft und ererbten Idealen und Gefühlen, den wir alle in uns auszutragen haben, ſtark und klar zu bleiben. Ich weiß ſehr wohl, daß dieſe ererbten Ideale ungeheuer ſtark noch ſind und daß ſie auch von ſehr realen Mächten noch geſtützt werden. Der geſchichtlich gewordene Einzelſtaat und voran unſer Preußen, dieſe große und heroiſche Schöpfung von Jahrhunderten, hat ſich tief eingegraben in Denken und Fühlen und nicht zum mindeſten auch in die Intereſſen ſeiner Angehörigen. Wieder wie im Jahre 1848 nach der erſten Sturzwelle der Revolution erhebt ſich heute, und nicht nur in Preußen, dieſe Macht der einzelſtaatlichen Geſinnungen. Aber diesmal iſt es doch anders wie damals. Der Bruch mit der Vergangenheit geht von vornherein jetzt viel tiefer, — die Wurzel des Einzelſtaates, die Dynaſtie, iſt zerſtört. Und während die übrigen Einzelſtaaten, von den kleinſten abgeſehen, auch in der neuen republikaniſchen Form ihren alten territorialen Umfang ohne Schädigung der deutſchen Geſamtrepublik behalten können, iſt der preußiſche Staatsgedanke durch den Sturz der Monarchie am ſchwerſten und, wie ich glaube, unheilbar getroffen worden. Denn er war ſchon viel zu eng verbunden mit dem deutſchen Reichsgedanken, um ohne ihn jetzt in republikaniſcher Geſtalt weiterleben zu können, — wenigſtens könnte er es nur zum Schaden des deutſchen Reichsgedankens. Das iſt der ſpringende Punkt. Deutſchland kann ſich nicht gedeihlich entfalten, wenn Großpreußen beſtehen bleibt.

Denn Preußen iſt ſo groß und mächtig, daß es entweder der Führer des deutſchen Bundesſtaates ſein muß, oder, wenn ihm dies nicht zuteil wird, der gefährlichſte Rival dieſes Führers werden muß. An dieſem Satze kann nicht gerüttelt werden. Führer des Bundesſtaates war Preußen bisher durch die Vereinigung des Kaiſertums mit der preußiſchen Königswürde und durch alle die Rechte und

Machteinflüſſe, die daraus floſſen. Soll der künftige deutſche Reichspräſident etwa auch Präſident der preußiſchen Republik ſein? Das iſt undenkbar, da Preußen ſich ſeinen Präſidenten allein wird wählen wollen und keine außerpreußiſchen Wählermaſſen über ſein Staatsoberhaupt mit abſtimmen laſſen kann. Ebenſowenig werden die nichtpreußiſchen Deutſchen ſich ihren Reichspräſidenten allein vom preußiſchen Volke wählen laſſen wollen. Wie denkt man ſich nun, das Verhältnis des preußiſchen Präſidenten zum Reichspräſidenten, des preußiſchen Parlamentes zum Reichsparlamente zu geſtalten? Es kann ja unmöglich damit gut gehen. Die preußiſche Regierung und Volksvertretung ſtützen ſich auf die 40 Millionen Deutſchen, die innerhalb der preußiſchen Grenzen wohnen, die Reichsregierung und der Reichstag ſtützen ſich auf dieſelben 40 Millionen nebſt 30 Millionen anderer Deutſchen dazu. Aber jene 40 Millionen Deutſchen ſtellen mit ihrer Regierung zuſammen einen gewaltigen Staatskörper dar, der notwendig und organiſch-geſetzlich ſeine eigene Individualität, ſeinen eigenen Willen, ſeine beſonderen Bedürfniſſe und Auffaſſungen hat auch in Fragen, die das ganze Reich angehen. Man trenne noch ſo ſäuberlich die Kompetenzen des Einzelſtaates von denen des Reichs, man drücke noch ſo ſehr durch das geſchriebene Verfaſſungsrecht die Kompetenzen des Einzelſtaates herunter, — aber man kann die Natur des Staates nicht mit der Gabel austreiben, und er wird immer ſeinen eigenen individuellen Willen haben, und um ſo mehr haben, je ſtärker er an Volks- und Wirtſchaftskraft iſt, und er wird wider den Stachel löcken, wenn ihm die Reichsgeſetzgebung einmal nicht gefällt, wenn die Reichstagsmehrheit einmal taub iſt für preußiſche Wünſche. Wir kannten ſchon bisher im reichen Maße dieſe Reibungen zwiſchen preußiſchem Intereſſe und Reichsintereſſe und litten ſchwer darunter. Aber dieſe Reibungen konnten doch bis zu einem gewiſſen Grade immer dadurch ausgeglichen werden, daß eine gemeinſame Spitze über Preußen und dem Reiche da war und daß ein perſönlicher Kontakt zwiſchen dem preußiſchen Staatsminiſterium und den Chefs der Reichsämter durch Berufung eines Teils derſelben in das preußiſche Staatsminiſterium hergeſtellt wurde. Dieſe Verzahnungen der Räderwerke ineinander fallen jetzt weg, und wenn ſie ſich jetzt miteinander berühren, müſſen ſie ſich ſtören und hemmen.

Man wird nun einwenden, daß die bisherigen Reibungen zwiſchen Preußen und dem Reiche weſentlich daher kamen, daß Preußen mit ſeinem Dreiklaſſenwahlrecht und ſeiner konſervativ-engherzigen Verwaltung und das Reich mit ſeinem demokratiſchen Wahlrecht und ſeinen freieren und weiteren Bedürfniſſen Kinder zu verſchiedenen Geiſtes geweſen ſeien, um ſich miteinander vertragen zu können; fortan aber werde der preußiſche Staatswille und der deutſche Reichswille genau auf der gleichen demokratiſchen Grundlage erwachſen, und die Stärkeverhältniſſe der Parteien werden in der preußiſchen und der deutſchen

Volksvertretung ungefähr die gleichen ſein. Darauf iſt erſtlich zu antworten, daß dieſe Vorausſetzung keineswegs ſicher iſt. Norddeutſchland iſt ſtärker induſtrialiſiert als Süddeutſchland. Einſt wetterte Treitſchke über die demokratiſche Zuchtloſigkeit der Süddeutſchen. Demokratiſch ſind ſie auch heute noch geſtimmt, aber der „zuchtloſe" Süden hat jetzt durch ſeine Wahlen zur deutſchen Nationalverſammlung ſehr weſentlich dazu beigetragen, uns vor einer ausgeſprochenen ſozialiſtiſchen Geſamtmehrheit zu bewahren. Und es iſt doch ſehr bezeichnend und ſollte zum Nachdenken veranlaſſen, daß die „Freiheit", das Organ der Unabhängigen, eine Zerſtückelung Preußens jetzt nicht wünſcht. Ein konſervatives Preußen hätten ſie ohne Zweifel mit Wonne zerſtückeln laſſen, aber von den künftigen preußiſchen Volksvertretungen erhoffen ſie ſich Dinge, die von den künftigen deutſchen Volksvertretungen nicht ſo leicht zu erreichen ſein werden. Wir dürfen uns in Zukunft weder eine rein bürgerliche, noch eine rein ſozialiſtiſche Majoritätsherrſchaft wünſchen. Die Verſuchung zum Mißbrauch der Macht, die Gefahr der Verſchärfung des Klaſſenkampfes, der Verewigung des Bürgerkrieges wäre dann zu groß. Wir können nur dann zum ſozialen Frieden kommen, wenn ſowohl für die reformwilligen bürgerlichen Parteien wie für die gemäßigten Sozialiſten ein Zwang zum Kompromiß, zu einer vernünftigen und beſonnenen Arbeitsgemeinſchaft beſteht. Eine Volksvertretung Großpreußens, die radikaler zuſammengeſetzt wäre als die Deutſchlands, würde, — genau wie das einſt ſchon im Jahre 1848 geſchehen iſt, — zum Störenfriede werden. Schon damals konnte man es erleben, daß der Radikalismus mit dem Partikularismus eine vergnügte Ehe einging, wenn er damit ein Stück Weges vorwärts zu kommen hoffte. Unſere deutſchen Einzelſtaaten ſind ja überhaupt nur alte feſte Gehäuſe, in die jetzt die neuen Inhaber der Macht hineinſchlüpfen; nun machen ſie es ſich wohnlich in ihnen und denken gar nicht daran, ſie niederzulegen. Kurt Eisners groteskes Bajuvarentum iſt für den geſchichtlich Denkenden gar nicht ſo erſtaunlich. Es geht eben ein gewaltig zwingender Bann von dieſen alten Staatsperſönlichkeiten aus; die Erben ihrer Macht werden auch die Erben ihrer Traditionen und immanenten Intereſſen. Die jakobiniſchen Konventskommiſſare ſetzten die Funktion der monarchiſchen Intendanten fort. Die äußere Form des Dreiklaſſenparlaments iſt zerbrochen, — aber der Berliner Vollzugsrat der erſten Revolutionswochen war nichts anderes als ein Dreiklaſſenparlament mit umgekehrten Vorzeichen.

Ich leugne alſo gar nicht, daß es ein hartes Stück Arbeit wäre, das aus Quadern gefügte Staatsgebäude Preußens niederzulegen. Ich verkenne auch nicht das Gewicht der Gründe, die von den preußiſchen Verwaltungsbeamten dagegen erhoben werden. Eine Maſſe poſitiver Kulturaufgaben und gerade heute dringender Arbeiten würde geſtört werden, wenn man vom Fleck weg heute Preußen zerteilen wollte. Das braucht ja aber auch nicht ſofort zu geſchehen. Man könnte eine lange Übergangszeit in Ausſicht nehmen, eine Reihe von Zweckverbänden organiſieren und allmählich die Einheit abbauen. Die adminiſtrative und techniſche Einheit könnte alſo noch lange erhalten bleiben, — aber die politiſche Einheit, die Möglichkeit, daß ein beſonderer preußiſcher Staatswille den allgemeinen deutſchen Reichs- und Volkswillen ſtört, müßte jetzt ſchon zerbrochen werden, Palliativmittel helfen da nicht viel. Ein ſolches milderes Mittel hat ſchon der Preuß'ſche Entwurf in Ausſicht genommen, indem er in § 33 beſtimmt: „Kein deutſcher Freiſtaat darf durch mehr als ein Drittel aller Abgeordneten im Staatenhauſe vertreten ſein." Danach wäre Großpreußen, wenn es mit ſeiner 4/7 geſamtdeutſchen Bevölkerung beſtehen bliebe, im Staatenhauſe ganz unverhältnismäßig ſchwach und ſchlecht vertreten. Würde es aber nach Verhältnis ſeiner Bevölkerung in ihm vertreten werden, ſo würde es wieder einen ganz unverhältnismäßigen und den übrigen Freiſtaaten ſehr unbequem werdenden Einfluß auf die Entſcheidungen des Staatenhauſes und damit auch der ganzen Legislative in die Hand bekommen. Ein echter Bundesſtaat, in dem kein Einzelglied übermäßig dominiert, iſt eben nicht möglich, ſolange Großpreußen als politiſche Einheit auch weiterhin beſteht. Im vorliegenden Falle könnte man ſich jetzt ſchon etwa dadurch helfen, daß die preußiſchen Abgeordneten zum Staatenhauſe nicht, wie in den übrigen Freiſtaaten, von der Geſamtvertretung des Staates, ſondern von den Landtagen der einzelnen Provinzen oder von Komplexen mehrerer Provinzen zu wählen wären. Das wäre ein erſter wichtiger Anfang zur Lockerung der politiſchen Einheit Großpreußens. Ein weiterer Schritt würde ſein, die Landesvertretung Großpreußens umzubauen, ſie gewiſſermaßen zu entpolitiſieren und zu kommunaliſieren. Das würde geſchehen, wenn man ihre Mitgliederzahl verringerte und ſie nicht aus direkten Volkswahlen, ſondern aus Delegationen der vom Volke zu wählenden Provinziallandtage hervorgehen ließe.

Und noch eines. Der Anſchluß Öſterreichs an Deutſchland würde ſehr erleichtert werden, wenn unſere Forderung verwirklicht würde. Ein Großpreußen drückt, nicht nur politiſch, ſondern auch kulturell zu ſtark auf Wien und das öſterreichiſche Deutſchtum. Friedrich Wilhelm Förſter hat kürzlich mit verſtiegener, aber nicht geiſtloſer Ideologie gemeint, daß Deutſch-Öſterreich durch Anſchluß an Deutſchland ſeinen eigentümlichen wertvollen Charakter verlieren und aufhören würde, „Empfangsſalon für aufſtehende Südoſtvölker" zu ſein; die „altöſterreichiſche Kulturwürde" werde dann dem „Arbeitskultus des Nordens" weichen. Nun, die Eigenart ſüddeutſcher Kultur zeigt ja genügend, daß die Gefahr, durch den norddeutſchen Geiſt nivelliert zu werden, noch nicht ſo groß iſt. Und der ganze Förſterſche Gedanke, einen deutſchen Volksſtamm, der zu uns hinſtrebt, mit Gewalt in der Umklammerung durch die ſlawiſche Welt zurückzuhalten, iſt ein Attentat gegen das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker. Aber ohne Zweifel würde das öſterreichiſche Deutſchtum innerhalb Deutſchlands freier atmen und Wien würde leichter gegen Berlin ankommen, wenn Großpreußen verſchwinden oder doch ſtark aufgelockert würde. Jede geſamtdeutſche Entſcheidung, die eine großpreußiſche Farbe trüge, würde in Zukunft die politiſche Verſchmelzung Deutſch-Öſterreichs mit Deutſchland erſchweren.

Es würde einen tiefen weltgeſchichtlichen Sinn haben, wenn Altpreußen und Altöſterreich, dieſe einſt faſt gleichzeitig in Europa emporgekommenen Großmächte, nachdem ſie durch zwei Jahrhunderte feindlich-freundlich nebeneinander gelebt und durch eine geheime Relation aufeinander angewieſen waren, nun auch gleichzeitig ihre alten Schalen zerbrächen und unter dem höheren Zeichen des allgemeinen Deutſchtums, dem ſie in gebrochener Weiſe ſchon immer dienten, ihre deutſchen Inhalte miteinander vereinigten. Die oſtdeutſche Koloniſierung des Mittelalters würde dann ihr letztes Ziel erreichen und Muttervolk und Kolonialvolk harmoniſch zuſammenfaſſen.

Auflöſung Preußens und Vereinigung Deutſch-Öſterreichs mit Deutſchland, das ſind die beiden großen geſchichtlichen Tendenzen, die ſich nach dem Zuſammenbruch unſerer bisherigen nationalen Formen mit innerſter Notwendigkeit erheben müßten, um eine neue, der Zukunft gewachſene nationale Form zu ſchaffen. Ich wage nicht zu behaupten und zu hoffen, daß ſie ſchon jetzt zum vollen Siege kommen, denn in den alten zuſammengebrochenen Formen iſt hüben und drüben noch ſo viel Leben übriggeblieben, daß ſie noch lange den Gang der Entwicklung retardieren können. In Zeiten der Kataſtrophe wie heute verlaufen die Dinge zu raſch, als daß das menſchliche Verſtändnis ihnen ſofort nachzukommen vermag. Falſch verſtandene Pietät und Tradition können vielleicht noch einmal obſiegen. Die Erhaltung Großpreußens, die ſie erzwingen könnten, würde nur dann einmal von dem Urteile der Geſchichte gerechtfertigt werden, wenn eine monarchiſche Reſtauration möglich wäre. Aber mag unſer altpreußiſches Herz ſie noch ſo ſehr wünſchen, Vernunft und Einſicht, hiſtoriſche wie politiſche Einſicht müſſen auf ſie verzichten. Wertvolle altpreußiſche Erinnerungen und Eigenſchaften können auch weiter bodenſtändig gepflegt werden, wenn, wie ich vorgeſchlagen habe, die altpreußiſchen Stammlande Brandenburg, Pommern, Oſt- und Weſtpreußen ſich zu einem Freiſtaat zuſammentun. — Und ebenſowenig kann verloren gehen, was Preußen für Deutſchland im ganzen geleiſtet hat. Die ruhmreiche Erinnerung an die nun zu Ende gegangene Epoche preußiſch-deutſcher Geſchichte wird herzlicher und reiner gepflegt werden, wenn ſie befreit wird von den bisherigen politiſchen Hemmungen. Bleiben dieſe aber beſtehen, ſo werden wir uns auch in Zukunft immer über ein preußiſch-deutſches Problem den Kopf zu zerbrechen haben.

Die Wiedergeburt Deutſchlands

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Wahlen zur Nationalverſammlung ſind abgeſchloſſen, und ihr nächſtes Ergebnis iſt, daß mit einer Reihe möglicher Gefahren, die von hier aus hätten drohen können, jetzt nicht mehr gerechnet zu werden braucht. Die eine und zwar die größte Gefahr, die überhaupt in Betracht kam, wäre geweſen, daß Regierungsſozialiſten und die Unabhängigen zuſammen die Mehrheit erhielten. Dann ſtand zu befürchten, daß durch das Drängen der Radikalen, die ſich auf die vorhandene Mehrheit berufen und damit überall agitieren konnten, Beſonnenheit und Ruhe endgültig zunichte gemacht wurden. Zunahme der Verwirrung, Unſicherheit nach allen Seiten, gefährliche ſozialpolitiſche Experimente und die Zerſtörung des letzten Reſtes von Vertrauen und Kredit, der in der Welt noch für uns vorhanden iſt, wären die Folge geweſen.

Die zweite gefährliche Möglichkeit beſtand in einer rein regierungsſozialiſtiſchen Mehrheit, bei der die herrſchende Partei ſich leicht hätte verſucht fühlen können, alle Rückſicht auf den nicht ſozialdemokratiſchen Teil des Volkes auszuſchalten.

Die dritte war die, daß die Rechte ſamt der Deutſchen Volkspartei und dem Zentrum mit der unabhängigen Sozialdemokratie ſtärker wurde, als gemäßigte Sozialiſten und Deutſche Demokraten zuſammen. Dann war der Bürgerkrieg ſo gut wie unausbleiblich. Die Unabhängigen hätten auch, um die Dinge zur Kriſis zu treiben, nach dem Rezept, das in Süddeutſchland ſchon von den Spartakiſten ausgegeben wurde, bei jeder möglichen Gelegenheit zuſammen mit der Reaktion ſtimmen und alle Politik nach innen und außen lahmlegen können.

Jetzt, ſo wie die Wahlen ausgefallen ſind, iſt auf der einen Seite eine Mehrheit aus allen bürgerlichen Parteien gegenüber den vereinigten Sozialdemokraten beider Richtungen da, und ſie reicht hin, um gefährliche radikale Maßnahmen abzuwehren. Auf der anderen Seite beſteht eine Mehrheit von genügender Stärke aus Regierungsſozialiſten und Demokraten, um eine Regierung von entſchloſſenem Reformwillen auf gemäßigter Grundlage zu führen. Damit iſt zunächſt allerdings nur geſagt, als daß eine tragfähige Baſis für die politiſche Arbeit geſchaffen iſt. Jetzt kommt es darauf an, ob die Arbeit auch wirklich geleiſtet wird. Sozialdemokratie und deutſche Demokraten können ſich zu einer ſolchen vereinigen, aber es gehören auf beiden Seiten Schwung des politiſchen Intellekts und ein ſtarker politiſcher Arbeitswille. Die Sozialdemokratie iſt eine grundſätzlich ſozialiſtiſche und eine Klaſſenpartei. Bei der jetzigen Wahl ſind zwar aus prinzipiellen und wohl noch mehr aus realpolitiſchen Gründen eine ganze Anzahl früher nichtſozialdemokratiſcher Stimmen „für die Regierung" abgegeben worden, aber der eigentliche Dammbruch iſt nicht gekommen. Er wäre eingetreten, wenn entweder die Wahlen gleich hinter der Revolution erfolgt wären oder die regierende Sozialdemokratie ſich imſtande erwieſen hätte, trotz der Revolution, Ordnung und Wirtſchaft in Deutſchland aufrecht zu erhalten. Die ſtarke politiſche Unfähigkeit, die ſie ſtatt deſſen gezeigt hat, war die oberſte Urſache dafür, daß ihre Wahlſtimmen nicht entſcheidend zunahmen. Bei aller Gerechtigkeit, ſelbſt bei ausgeſprochenem Wohlwollen gegen die Regierungsſozialiſten, kann nicht geleugnet werden, daß ſie doch überwiegend den Beweis vorläufiger Nichtbefähigung zum Regieren geliefert haben. Vor allen Dingen haben ſie durch das Zerfallenlaſſen des Heeres Deutſchland gegen Polen und Bolſchewiſten wehrlos gemacht und ſich unfähig gezeigt, die Arbeiter, für deren Intereſſe ſie vorher agitatoriſch gewirkt hatten, jetzt als Regierung ſoweit zu beeinfluſſen, daß keine ſinnloſen, das Wirtſchaftsleben ruinierenden Forderungen erhoben wurden. In dieſer und in anderer Hinſicht treibt das politiſche Schiff Deutſchlands ſteuerlos auf den Strudeln einer aufgeregter Flut daher. Dazu kommt als Sünde an unſerer nationalen Zukunft, die der Regierung überhaupt nie wird vergeben werden können, ihre Lauheit und Stumpfheit in der öſterreichiſchen Frage — falls ſich zeigen ſollte, daß hier Unwiederbringliches verſäumt iſt.

Die Demokraten können bei aller Bereitſchaft zum Zuſammenarbeiten die bisherigen ſozialiſtiſchen Minderleiſtungen nicht ignorieren. Sie nennen ſich außerdem Deutſche Demokratiſche Partei und betonen damit ihren nationalen Charakter. Das iſt erfreulich, aber auch notwendig, denn niemand kann ſich darüber täuſchen, daß ſich ihnen auch national ſehr lau geſinnte und in gefährlichem Sinn pazifiſtiſche Elemente angeſchloſſen haben. Ein Prüfſtein darauf iſt die Art, wie ſich dieſe Art von Demokraten dem nationalen Aufſchwung Deutſchlands beim Ausbruch des Weltkrieges 1914 gegenüberſtellt. Man mag alles zugeben, was nachher während des Krieges an Fehlern und Sünden begangen worden iſt, um Deutſchlands Stellung moraliſch und materiell zu verſchlechtern, aber zu Beginn war im ganzen deutſchen Volk mit Recht das Gefühl lebendig: wir wehren uns gegen feindlichen Überfall! Über die begeiſterte Vaterlandsliebe und den idealen Opfermut, die damals durch ganz Deutſchland aufflammten, jetzt mit hämiſchem, vaterlandsſchwachem Geſchreibſel als über ein ſinnloſes Kriegsdelirium zu geifern, iſt eine Beleidigung der Nation. Die demokratiſche Partei wird in nationaler Hinſicht nicht nur für die Unterdrückung der Vaterlandsſchwäche in ihren eigenen Reihen zu ſorgen haben, ſondern auch dafür, daß die Sozialdemokratie im Zuſammenarbeiten das nationale Pflichtmoment beſtimmter und vor allen Dingen bewußter aus ſich herausholt, als bisher. Es wäre falſch zu ſagen, daß es keine Sozialdemokraten mit deutſchem nationalen Bewußtſein gäbe. Wo dies Bewußtſein in der Sozialdemokratie aber vorhanden iſt, da gehört es nicht organiſch zur ſozialdemokratiſchen Weltanſchauung, ſondern gilt eher als eine Art geduldeter Konterbande oder als Überbleibſel einer noch unvollkommenen Gegenwart, das in einer konſeqenteren Zukunft von ſelber verſchwinden wird. Es genügt aber nicht, wenn die Stellung der Sozialdemokraten zur nationalen Frage beſtenfalls als eine glückliche Inkonſequenz gegenüber der parteipolitiſchen Lehre vom Internationalismus als der höheren Form des Empfindens bezeichnet werden kann. An dieſem Punkte muß vielmehr die Sozialdemokratie ſich bewußt ändern, und die demokratiſche Partei würde nichts anderes tun, als ſich ſelbſt ihr Grab ſchaufeln, wenn ſie ſich unter dem Einfluß ihrer eigenen vaterlandsſchwachen Mitläufer und unter dem der Sozialdemokratie nationale Rückgratloſigkeit zeigen wollte. Kehren die Demokraten hier nicht ſelbſt mit ſcharfem Beſen aus, ſo iſt es ſicher, daß ſie das nächſte Mal entſcheidend von denjenigen Parteien geſchlagen werden, die das nationale Banner feſt aufpflanzen.

Die Deutſche Demokratiſche Partei erlebt jetzt gleich beim erſten Auftreten ihre große Stunde, denn ſie iſt ausſchlaggebend zwiſchen rechts und links. Gegen ſie wird der Vorwurf erhoben, daß ſie nicht entſchieden genug als Bekämpferin des ſozialiſtiſchen Wirtſchaftsprinzips auftrete, ſondern ſelbſt bekenne, ihr Daſeinszweck erſchöpfe ſich nicht ſchon in der Funktion als Bremſe gegen die Sozialiſierung. Dieſen Vorwurf können die Demokraten ruhig zurückweiſen. Welches Maß von Sozialiſierung wir brauchen, um den inneren Friedensſchluß aller Volksklaſſen miteinander zu erreichen und unſerer nationalen Wirtſchaft die größtmögliche Geſamtenergie zu ſchaffen, das iſt ein Problem, das nicht nach ſozialiſtiſchen oder antiſozialiſtiſchen, ſondern nach rein praktiſchen Grundſätzen gelöſt werden muß. Geſchehen muß, was das Zweckmäßigſte iſt, um die ökonomiſche Kraft Deutſchlands nach innen und außen ſo wirkſam zu machen, wie möglich. Daß es eine große Partei gibt, die von vorn herein erklärt, auf dieſem Boden mit der Sozialdemokratie vorurteilsfrei zuſammenarbeiten zu wollen, iſt notwendig, umſomehr, als die Sozialdemokraten ſelbſt ſehen, daß ſie weit entfernt davon ſind, ihre theoretiſchen Ideale verwirklichen zu können und daß ſie auf die politiſche nicht die ſoziale Revolution folgen laſſen können, ſondern nur die ſoziale (d. h. vor allen Dingen die ſozial*wirtſchaftliche*) Reform. So wichtig das alles iſt, ſo iſt es aber doch noch nicht die Hauptſache. Dieſe iſt nicht wirtſchaftlicher, ſondern moraliſcher Natur, denn auch für die Völker gilt das Wort: der Menſch lebt nicht vom Brot allein. Daran werden ſich jetzt auch unſere Parteiprogramme, und vor allem das demokratiſche, auf das praktiſch jetzt am meiſten ankommt, zu erproben haben.

Das, worauf es jetzt in Deutſchland moraliſch am meiſten ankommt, iſt die Wiederherſtellung des Selbſtbewußtſeins und der Würde des deutſchen Volkes. Beides hat faſt noch eine ſchwerere Niederlage erlitten, als die kriegeriſche Kraft Deutſchlands. Über weite Kreiſe hat es ſich wie eine Betäubung des nationalen Selbſtgefühls gelegt, und bei Millionen iſt es offenbar geworden, daß ſie in ihrem Innern nie etwas dieſem Gefühl Ähnliches beſeſſen haben und jetzt ohne Schamgefühl die Schande des Volkes, die ſie ſelbſt ſind, zur Schau tragen. Dieſer verzweifelte geiſtige Krankheitszuſtand der Nation wird eines Tages aufhören und dann wird die Abrechnung mit denen kommen, die, obwohl ſie nach ihrer Stellung und ihren Anſprüchen Führer der Erneuerung hätten ſein ſollen, zu niedrig denkend oder zu träge waren, um mit Bewußtſein dafür zu arbeiten. Wenn die Mehrheit des deutſchen Volkes einmal aus ihrer Lethargie erwacht, ſo wird ſie ſich umſehen und fragen, wo die Männer und Frauen ſind, die in der ſchweren Zeit die Pflicht der perſönlichen Arbeit für die Wiedergeburt des Vaterlandes erkannt und auf ſich genommen haben. Dieſe Pflicht macht vor keinem Parteiprogramm halt, aber ſie läßt ſich auch durch kein Parteiprogramm erſetzen. Sie iſt überhaupt keine Sache der Programme und parteipolitiſchen Schulen, ſondern von ihr gilt das Wort der Apoſtelgeſchichte: wer in irgend einem Volk Gott fürchtet und Gerechtigkeit übt, der iſt ihm angenehm! Die „Gerechtigkeit" iſt hier der Gehorſam gegen die Stimme des nationalen Gewiſſens, und die iſt jeder ohne Unterſchied der Partei zu hören imſtande.

Wir fragen uns: wie wird die Nationalverſammlung auf dieſe Gewiſſensfrage reagieren, und wir ſehen der Antwort, die die Abgeordneten praktiſch darauf geben werden, nicht ohne einige Sorge entgegen. Unſere Sorge hängt mit einer Tatſache zuſammen, die man am beſten ſo ausdrücken kann: Es gibt zwei Deutſchlande, nämlich zwei innerlich verſchieden geartete deutſche Generationen, und nicht nur die Nationalverſammlung, ſondern überhaupt die offizielle Führerſchaft des Volkes in Amt, Beruf und Politik iſt überwiegend einſeitig aus der älteren Generation zuſammengeſetzt. Das iſt an ſich das Gewöhnliche, und in Zeiten normaler Entwicklung entſtehen daraus keine anderen Spannungen, als die natürlicherweiſe durch den Unterſchied von Lebensalter und Temperament bedingt ſind. Das Schlimme bei uns in Deutſchland iſt nur, daß die heute führende ältere Generation aufgewachſen iſt und ihre Bildungseinflüſſe empfangen hat in der allerſchlimmſten Zeit materialiſtiſcher Erfolgsanbetung und geiſtig kultureller Verödung, die wir erlebt haben. Das iſt für den einzelnen, den es getroffen hat, keine Schuld, aber für die Nation im ganzen kann es ein Unglück ſein, wenn gerade ein Geſchlecht, deſſen geiſtiges Bildungszeitalter an Schwungloſigkeit und Ideenarmut litt, in einer ſolchen Zeit, wie wir ſie erleben, die Führer in der Not ſtellen ſoll. Einzelne Perſönlichkeiten, die trotz allem fruchtbar geworden ſind, wird es immer geben, und ebenſo ſolche, die auch im vorgerückten Alter ſich eine jugendliche Kraft zur Aufnahme und Durchbildung neuer Vorſtellungen bewahren. Im ganzen aber iſt die Generation, die ſich am Ende der Bismarckzeit und während der Anfänge des neuen Deutſchland bildete, politiſch, moraliſch und kulturell ſteriler, als es die vorhergehende war, und auch als es die ihr folgende, jetzt emporkommende, zu werden verſpricht.

Wer viel mit unſeren jüngeren Leuten, Männern wie Mädchen und Frauen, zuſammen iſt, der empfindet es deutlich, daß hier im ganzen genommen neue, beſſere Wurzeln unſerer Kraft ſich bilden, als die alten. Wer an Deutſchlands Wiedergeburt arbeiten will, der muß vor allen Dingen die Jugend ſammeln. Es gibt Aufgaben, die ihrer Natur nach nur von gereiften Kräften mit langer Erfahrung in Angriff genommen werden können: ſo der große Gedanke, für Deutſchland eine Stellung in der Welt dadurch wiederzugewinnen, daß wir zuerſt das Ziel des fruchtbaren Ausgleiches zwiſchen der ſozialiſtiſchen Idee und dem alten Wirtſchaftsſyſtem verwirklichen, dadurch neue Kräftequellen für uns ſchaffen und die übrigen Völker nötigen, uns zu folgen. Was aber in der Tiefe daneben hergehen muß, iſt die Wiedergeburt des opferwilligen und idealiſtiſchen nationalen Sinnes, der keine nationale Phraſe mehr kennt, ſondern nur noch den nationalen Gedanken und die nationale Tat.

Wir brauchen einen Bund, d. h. ein organiſiertes Zuſammenhalten und Zuſammenarbeiten aller derjenigen, die entſchloſſen ſind, für den Aufbau ihrer politiſchen Weltanſchauung die Konſequenz aus den Lehren des Krieges zu ziehen. Zu dieſen gehören: Verabſchiedung des Militarismus, d. h. des Wahns, durch Gewalt und äußerliche Ordnungen ließen ſich Ideenkämpfe bekämpfen oder dienſtbar machen; Glaube an den Volksſtaat; Wiederherſtellung des moraliſchen Anſehens der Deutſchen in der Welt; und der Weltaufgabe des nationalen Gedankens eine richtige, auf Kenntnis der ausländiſchen Völker gegründete Behandlung des Auslandes und eine von hieraus ſicher fließende nationale Kontrolle unſerer auswärtigen Politik; Völkerbund, ſobald der Würde und der Tapferkeit des deutſchen Volkes darin Genüge geſchieht; endlich das Bekenntnis zur überragenden Kraft des volksgenoſſenſchaftlichen Empfindens gegenüber allen parteipolitiſchen Gegenſätzen.

Das ſind die Sätze, um die die Gemeinſchaft derer ſich ſammeln müßte, die entſchloſſen ſind, an der Wiedergeburt des Vaterlandes zu arbeiten. Es nützt aber wenig, wenn lauter einzelne da ſind, die jeder für ſich den beſten Willen haben, aber keiner weiß von den anderen im Vaterlande, die eines Sinnes miteinander ſind. Beeinfluſſung der öffentlichen Angelegenheiten, Erziehung des nationalen Urteils, Kontrolle der Parteien und Inſtitutionen, Eindruck auf das Ausland ſind nur möglich, wenn eine große Gemeinſchaft, ein Bund mit wirkſamen Organen und Achtung gebietender Stärke, ſich erhebt. Ein ſolcher Bund zur Wiedererneuerung des geſamten deutſchen Vaterlandes, ſoweit deutſche Stämme leben und in deutſcher Zunge geredet wird, das iſt es, was uns nottut. Es muß in planvoller, geduldiger Arbeit erbaut werden, bis er eine Macht im deutſchen

Leben wird, ſtark genug, die nationale Wiedergeburt geſchehen zu laſſen. Dieſe wird nicht von ſelbſt kommen, ſondern nur wenn bewußt von denjenigen an ihr gearbeitet wird, die die Natur der Aufgabe erkennen. Vor allem gehört das junge Deutſchland dazu. Ohne ein lebendiges Feuer in den Gemütern und ohne rückhaltloſe Bereitſchaft, Neues nicht nur aufzunehmen, ſondern auch zur Grundlage des Glaubens und Handelns zu machen, kommt die deutſche Erneuerung nicht zuſtande. Auf ſie vertrauen heißt daher auf die deutſche Jugend und auf die von den Alten vertrauen, die noch die innere Erneuerungskraft der Jugend beſitzen!

Die Ziele des ländlichen Siedlungswerkes

Von Prof. Dr. M. Sering

Als die Deutſchen im Jahre 1870 auszogen, um ihre Einheit und Unabhängigkeit von der franzöſiſchen Hegemonie zu erkämpfen, waren ſie ein Landvolk. 26 Millionen lebten in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. 13 Millionen in größeren Ortſchaften. Dann ſetzte unter dem Antrieb des Sieges jenes Wachstum ſtädtiſchen Weſens und ſtädtiſcher Wirtſchaft ein, das bis 1914 anhielt. Seit den achtziger Jahren verſiegte die Auswanderung, die viele Millionen in die neu erſchloſſenen Gebiete des weſtlichen Amerika geführt hatte. An Stelle der Menſchen lernten wir Waren zu exportieren, wurden zu Seefahrern und richteten eine Induſtrie auf, mit deren Entwicklung nur die nordamerikaniſche verglichen werden konnte. So wuchs die deutſche Bevölkerung von 1871 bis 1914 auf 67 Millionen an, und der ganze Zuwachs ſtrömte in die Städte. Das Landvolk wahrte mit 26 Millionen Köpfen mühſam ſeinen Beſtand. Den Städten mit mehr als 2000 Einwohnern gehörten 1871 36,1 %, 1910 60 % der Geſamtbevölkerung an; den Großſtädten mit mehr als 100 000 Einwohnern 1871 4.8 %, 1910 21,3 %. Von fünf Deutſchen ſind alſo jetzt mindeſtens drei Städter und ein Großſtädter. Schon daraus ergibt ſich das Künſtliche der Entwicklung. Sie ruhte auf einem unſichtbaren Reich, das die ganze Welt umſpannte und die Bodenſchätze aller Zonen in die deutſchen Häfen derart lenkte, daß der deutſche Unternehmungsgeiſt und das Geſchick einer hochgeſchulten Arbeiterſchaft eine Art von Handelsherrſchaft durch überragende Leiſtungen begründete. Gewiß haben in dieſer Zeit auch die Erträge des deutſchen Bodens eine bedeutende Steigerung erfahren, aber ſie hielten keineswegs Schritt mit dem Bedarf der ſtädtiſchen Bevölkerung. Der jährliche Einfuhrüberſchuß an Nährſtoffen für Menſchen, Tiere und Pflanzen ſchwoll auf mehr als 2 Milliarden Mark dem Werte nach an. Das Gleichgewicht zwiſchen landwirtſchaftlicher und gewerblicher Produktion ging verloren. Die Landwirtſchaft ſelbſt geriet in ſcharfe Abhängigkeit vom Auslande. Mehr als die Hälfte der genannten Zufuhr beſtand aus Futter- und Düngemitteln. Selbſt mit ihrer wichtigſten Produktionskraft, der menſchlichen Arbeit, wurde unſere Landwirtſchaft vom Auslande ins Schlepptau genommen. Denn eine wahre Landflucht entvölkerte das Gebiet der großen Güter von der Elblinie an öſtlich, ſo daß es in den meiſten Bezirken jetzt weniger Einwohner zählt, als im Jahre 1871. Die landwirtſchaftlichen Großbetriebe fanden einen nach Menge und Leiſtungen allerdings ungenügenden Erſatz durch fremde Wanderarbeiter. Vor dem Kriege war es faſt eine halbe Million Polen und Ruthenen — nicht viel weniger als die Hälfte der überhaupt im Großbetrieb Beſchäftigten. Nur die Hilfe der Fremden ermöglichte es, im Großen noch intenſiv zu wirtſchaften. Aber die Mehrzahl der großen Güter blieb aus Mangel an Menſchen weit zurück hinter dem techniſch erreichbaren Maximum der Bodenerträge. Das gleiche gilt für den Hauptteil der Großbauergüter, die die ſoziale Verfaſſung in den niederſächſiſch-frieſiſchen Landſchaften rings um die Nordſee und in den Vorlanden der Alpen beſtimmen, und auch im Oſten nach den Großbetrieben die Hauptrolle ſpielen. Dort umfaſſen beide 69 %, in ganz Deutſchland 51 % des landwirtſchaftlichen Bodens. Man kann demnach annehmen, daß etwa die Hälfte der deutſchen Anbaufläche ungenügend mit Arbeitskräften ausgeſtattet und außerſtande iſt, mit eigenen Mitteln ausreichend produktiv zu wirtſchaften.

Künſtlich und ohne Sicherheit der Dauer war unſere Entwicklung zum induſtriellen Exportlande auch deshalb, weil es eine vorübergehende Konjunktur der Weltwirtſchaft war, welche die Entwicklung trug. Hervorgerufen durch die raſche Erſchließung von bisher faſt unbevölkerten Erdteilen mit Hilfe der Eiſenbahnen herrſchte einige Jahrzehnte hindurch eine Überfülle an billigen Rohſtoffen und Nahrungsmitteln auf den mitteleuropäiſchen Märkten und der ſtärkſte Begehr nach Induſtriewaren in den Kolonialgebieten. Aber ſchon lange vor dem Kriege flaute dieſe Konjunktur ab, als die erſte Inbeſitznahme dieſer Gebiete vollendet, die Grenze der günſtigſten Produktionsbedingungen überall erreicht war, und die jungen Gemeinweſen zur Verarbeitung der eigenen Rohſtoffe im großen mit Hilfe von Hochſchutzzöllen übergingen.

Vor allem ergab ſich eine ungeheure politiſche Gefahr aus dem wachſenden Mißverhältnis zwiſchen unſerer Volkszahl und der geringen Eigenproduktion des heimiſchen Bodens. Exportinduſtrie, Schiffahrt und Auslandsunternehmungen konnten großen Volksteilen lohnende Arbeit nur ſolange verſchaffen, wie man Deutſchland als gleichberechtigtes Glied der Völkergemeinſchaft und Teilhaber an der Weltwirtſchaft überall anerkannte. Mit der Erſchließung der Kolonialgebiete waren aber Volkswirtſchaften und Reiche entſtanden, welche über die ſachlichen und perſönlichen Kräfte ganzer Erdteile verfügten. Daraus erwuchs ein Bewußtſein der Übermacht, das in immer ſchrofferen Widerſtreit gerade zu jenem Anſpruch der Gleichberechtigung trat und den Wettbewerb des unbequemen Außenſeiters zu dulden keineswegs geſonnen war. Die durch Eroberungskriege entſtandenen, aber nie geſättigten Weltreiche ſchloſſen ſich gegen die allzu lebenskräftigen Staaten der europäiſchen Mitte zuſammen, deren altes Siedlungsgebiet durch ſeine Kleinheit dem Koalitionskrieg einen ſicheren Erfolg in Ausſicht ſtellte. Sie teilten die wenigen ihrem Zugriff bisher entzogenen Gebiete politiſcher Depreſſion unter ſich auf, als gäbe es nur noch Engländer, Ruſſen, Franzoſen und Amerikaner auf der Welt, und trafen alle Vorbereitungen zu dem gemeinſamen Unterdrückungskriege, den dann der Mord von Serajevo und Rußlands Geſamtmobilmachung entfeſſelte. Das Ziel dieſes Krieges könnte jetzt auch dem Blindeſten ſichtbar werden. Es galt nicht, die „autokratiſche Regierung", die Trägerin des „Militarismus" zu vernichten, ſondern das fleißige und friedliche deutſche Volk aus der Reihe der gleichberechtigten Staaten auszuſchalten und die alte Raubpolitik zu erneuern, die einſt im Bunde mit England Ludwig XIV. ſo erfolgreich ins Werk geſetzt hatte. Wer könnte unter dem Eindruck der ſchmachvollen und erpreſſeriſchen Waffenſtillſtandsbedingungen noch an einen Völkerbund glauben, der mehr wäre als eine Sicherung und Draperie der gegen die Völker der europäiſchen Mitte ins Werk geſetzten Vergewaltigung? Die formale Rechtsgleichheit gibt keinen Schutz gegen die brutale Ausnutzung des politiſchen und wirtſchaftlichen Übergewichts der Weltreiche. So müſſen wir von vorn anfangen und uns dabei auf uns ſelber ſtellen.

Der Sieg der Feinde hat alle Lebensbedingungen unſeres Volkes mit einem Schlage verändert. Drei Viertel unſerer Eiſengewinnung und ein Viertel der Kohlengewinnung ſollen mit Lothringen und Oberſchleſien uns entriſſen werden — die einzige im eigenen Boden verankerte Induſtrie, die ſtolzeſte von allen, wird damit entwurzelt. Jetzt ſind die großen Reiche in der Lage, die Preiſe für faſt alle Rohſtoffe, die wir verarbeiten, und für die Nahrung unſerer Städte zu diktieren, die Bedingungen unſerer Exiſtenz vorzuſchreiben — und zwar ohne jedes Hemmnis. Denn unſer einziges natürliches Monopol, das uns gegen ſolche Ausbeutung einigen Schutz zu gewähren vermöchte, würde durch die franzöſiſche Annexion des deutſchen Elſaß mit ſeinen reichen Kalilagern zerſtört werden. Dabei hat der Krieg unſere Friedensrüſtung verſchliſſen, unſere Kapitalkraft wird durch Kriegsſchulden, Kriegsſteuern und Naturaltribute vernichtet, planmäßig hat der Feind unſere Auslandsunternehmungen zertrümmert und iſt nun im Begriff, unſere Handelsflotte ebenſo zu rauben wie unſere Kolonien. Gewiß können wir hoffen, in mühſamer Arbeit einen Teil der Auslandsbeziehungen wieder herzuſtellen. Aber es gibt für uns keinen anderen breiten Weg, der zu wirklicher Wiedererſtarkung führen könnte, als den wir ſchon vor dem Kriege — nur unter dem Druck kurzſichtiger Klaſſenintereſſen viel zu zaghaft — beſchritten hatten: *die Koloniſation des eigenen Landes*. Nicht anders können wir wenigſtens einem großen Teil der vielen Millionen, die in den Städten nun erwerbslos werden, die Möglichkeit eines Unter- und Vorwärtskommens geben, als daß wir die noch unvollkommen entwickelten Hilfsquellen des landwirtſchaftlichen Bodens zu ergiebigſter Nutzung bringen. Wir müſſen wieder mehr zu einem Agrarvolke werden und unſere Siedlungen dezentraliſieren. Was wir an äußerem Glanz des Lebens einbüßen, werden wir an Geſundheit des Leibes und der Seele, an innerer Kraft und ruhiger Sicherheit des nationalen Lebens gewinnen. Wir werden und müſſen das *Gleichgewicht von Induſtrie und Landbau* herſtellen, die bisher von außen bezogenen Bodenerzeugniſſe der gemäßigten Zone im eigenen Lande erzeugen, und zwar mit den Arbeitskräften der eigenen Volksgemeinſchaft.

Im Mittelpunkt dieſer Aufgabe ſteht die Maſſenbegründung neuer ſelbſtändiger, d. h. für den Abſatz arbeitender, ſpann- und maſchinenfähiger Bauergüter, die ihre Wirtſchaft mit den Kräften der eigenen Familie führen. Den kleinbäuerlichen Betrieben ſtehen im Durchſchnitt zwei- bis viermal ſo viel Arbeitskräfte auf der Flächeneinheit zur Verfügung als den mittleren und großen. Sie ſetzen auch mittelbar viel mehr Menſchen durch Handwerk und Induſtrie in Brot, weil ſie wie mit Perſonal, ſo mit Vieh, Gerät und Gebäuden am reichſten ausgeſtattet ſind; nur mit ihrer Hilfe wird ſich deshalb auch die erwünſchte Dezentraliſation der gewerblichen Bevölkerung vollziehen können. An die kleinbäuerlichen Betriebe gliedert ſich überall leicht und nach Maßgabe der Nachfrage eine hochſtehende Landarbeiterſchaft, weil ſolche Agrarverfaſſung jedem Tüchtigen die Möglichkeit des Aufſtieges zu ökonomiſcher Unabhängigkeit eröffnet. Die ſelbſtändige Kleinbauerwirtſchaft muß vor allem deshalb den Typus des Koloniſtengutes bilden, weil ſie ſich als die produktionstechniſch leiſtungsfähigſte Betriebsform erwieſen hat, die allen anderen, und zwar in allen Kulturländern allmählich mehr und mehr Raum abgewinnt. Sie verbindet Arbeitgeber und Arbeiter durch den Kommunismus der Familie zu einer Intereſſengemeinſchaft, deren Kraft des Zuſammenhalts und Einheitlichkeit der Zielſetzung durch keinerlei noch ſo raffinierte Lohnmethoden oder gar durch Produktivgenoſſenſchaften erreicht werden könnte. Die liebevolle Sorgfalt der Arbeit auf dem genau zu überſehenden Arbeitsfelde, die elaſtiſche Anpaſſung an die oft von Grundſtück zu Grundſtück wechſelnden Produktionsbedingungen befähigen den kleinbäuerlichen Betrieb dazu, die höchſten Erträge an Pflanzen und Tieren von der Flächeneinheit hervorzubringen. Es bedarf nur der gut organiſierten, bisher beſonders in Oſtdeutſchland aber ſehr unvollkommenen Unterweiſung, der Förderung durch eine großzügige ſtaatliche Produktionspolitik und genoſſenſchaftlicher Ergänzungen, um alle techniſchen Errungenſchaften dem familienhaften Betriebe nutzbar zu machen. Die im Laufe der nächſten zwanzig Jahre notwendige Verdoppelung der dem Boden abzugewinnenden Nährwerte muß durch allgemeinen Übergang zu intenſiver Fruchtwechſelwirtſchaft mit ſtarkem Hackfruchtbau bewirkt, und dieſer Übergang kann nicht anders, als durch Begründung von hunderttauſenden von Kleinbauerſtellen vollzogen werden. Die im Großbetrieb vollkommenere Ausnutzung der Spezialmaſchinen fällt gegenüber der in der intenſiven Wirtſchaft entſcheidenden Sorgfalt der Arbeit wenig ins Gewicht und gewährt für die Hackkultur überhaupt keinen Vorſprung. Doch paßt die reine Familienwirtſchaft nicht auf jeden Boden. Ganz ſchwerer Boden verlangt mehr Spannkraft, als der normale Anſiedler zur Verfügung hat, und größeres Betriebskapital. Dort findet der intenſive Mittel- und Großbetrieb die richtige Stätte, wie umgekehrt auf ganz leichtem Boden meiſt eine mehr extenſive Kultur auf größerer Fläche zweckmäßig iſt. Aber dieſe größeren Wirtſchaften müſſen ſich in und zwiſchen volkreiche Dorfſchaften eingliedern, wenn ihnen die nötigen tüchtigen Arbeitskräfte ſicher zur Verfügung ſtehen ſollen. So iſt das Ziel — ſchon rein produktionstechniſch betrachtet — nicht eine vollkommene Gleichmacherei, ſondern die Herſtellung einer gemiſchten, wenn auch mehr ausgeglichenen Beſitzverteilung.

Aus ſolchen Erwägungen iſt der von mir entworfene Siedlungsplan hervorgegangen, dem nach eingehenden Beratungen mit allen beteiligten Kreiſen und Zentralbehörden die Bundesregierungen nunmehr ihre Zuſtimmung erteilt haben.*) Es handelt ſich zunächſt um den Ausbau der vorhandenen Landgemeinden, wenn ſie nicht ſchon ihre Bevölkerungskapazität erreicht haben, wie in den Kleinbauergebieten am Mittel- und Oberrhein mit ihren Nebenflüſſen, in Franken und Thüringen. Dieſer Aufgabe dient ein Vorkaufsrecht der ſchon überall beſtehenden gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen für alle Grundſtücke mit 20 Hektar und mehr landwirtſchaftlichen Bodens. Nach den Aufzeichnungen über den Umfang des Beſitzwechſels iſt anzunehmen, daß mit Hilfe des Vorkaufsrechts im Laufe der nächſten zwanzig Jahre gegen 4 Millionen Hektar Kulturland erfaßt werden können, um darauf kleinbäuerliche Anweſen und Arbeiterſtellen zu begründen. Aber es gibt im Deutſchen Reich noch weite zuſammenhängende Flächen, die Raum genug für die Begründung von vielen Tauſenden neuer Landgemeinden bieten. Wiſſenſchaft und Technik haben ſichere Wege gewieſen, um die umfangreichen Moor- und Ödländereien in fruchtbare Äcker, Wieſen Weiden und Gärten zu verwandeln. Sie werden im großen entwäſſert und, wo notwendig, mit Bewäſſerungseinrichtungen verſehen, ebenſo im großen mit Maſchinen kultiviert, aber im kleinen durch ſelbſtändige Siedler bewirtſchaftet. Bekanntlich liegen große Hochmoore beſonders im Flußgebiet der Ems und Weſer, in Oſtfriesland, Oldenburg uſw., daran ſchließen ſich weite Ödlandsgebiete in den diluvialen Geeſt-Landſchaften, die von Schleswig-Holſtein durch das Lüneburgiſche bis zur holländiſchen Grenze ziehen. Mit Niederungsmooren iſt faſt ganz Norddeutſchland durchſetzt; vor den Toren Berlins liegen zehntauſende von Hektaren beſten Bodens noch faſt unbenutzt. Mindeſtens eine Million Menſchen können auf den bisher unbewirtſchafteten Moor- und Ödlandsflächen ihr reichliches Auskommen finden.

---

*) In letzter Stunde ſollen zwei ſüddeutſche Regierungen, denen die Einladung nicht rechtzeitig zuging, leider Einſpruch erhoben haben.

Das neue Geſetz bietet den öffentlichen Siedlungsunternehmungen ſtarke Handhaben, um ſolch unbewirtſchaftetes Land im Wege der Enteignung an ſich zu ziehen. Hier kommt der vom Bundesrat ſchon 1915 anerkannte Grundſatz zu erweiterter Anwendung, daß kein Eigentümer befugt iſt, anbaufähiges Land dem Anbau zu entziehen. Die Geſamtheit nimmt es in Anſpruch und entſchädigt den Eigentümer nur für den Ertrag, den es in unverbeſſertem Zuſtande (durch Torfnutzung, Brennkultur uſw.) gewährt.

Zur Siedlung müſſen ferner die menſchenarmen landwirtſchaftlichen Flächen der großen Gutsbezirke herangezogen werden. Mehr als neun Zehntel der Anbauflächen aller landwirtſchaftlichen Großbetriebe des Deutſchen Reiches liegen öſtlich der Elbe und in einem Übergangsgebiet in Mitteldeutſchland (Provinz und Bundesſtaat Sachſen, Anhalt, Braunſchweig). Es iſt, geſchichtlich betrachtet, zugleich das klaſſiſche Kolonialland der Deutſchen und das Gebiet der ehemaligen Gutsherrſchaft. Denn ſeit dem Abſchluß der Bauernkoloniſation am Ende des 14. Jahrhunderts unterwarf ſich die Ritterſchaft die Bauernſchaften und hat ihnen ſchweren Abbruch wie an ihrer Freiheit, ſo an ihrem urſprünglichen Beſitzſtande zugefügt. Auch nach Aufhebung der Gutsherrſchaft, in der Vorbereitungszeit der Befreiungskriege gegen Napoleon I. ſind durch die nach deren Abſchluß einſetzende reaktionäre Geſetzgebung und durch die Landentſchädigungen für die aus dem Titel öffentlicher Gewalt entſtandenen (!) Frondienſtpflichten der Bauernſchaft zugunſten der großen Güter noch gewaltige Flächen entzogen worden. Dieſes hiſtoriſche Unrecht will das neue Geſetz wieder gut machen. Es nimmt die Beſiedlung des dritten Teiles der Geſamtfläche der großen Güter innerhalb jedes der zu bildenden umfangreichen Siedlungsbezirke in Ausſicht. Auf dieſe Weiſe werden im Laufe der Zeit 2,1 Millionen Hektar Kulturland für die Anſiedlung verfügbar werden, und zwar zu dem gemeinen Wert, welchen die Ländereien als Beſtandteil der großen Güter unter Ausſchaltung der aus dem Kriege erwachſenen außerordentlichen Wertſteigerung beſitzen. Um einen ſo kräftigen Eingriff ohne Schädigung der produktiven Intereſſen zu ermöglichen und die Gutsbeſitzer ſelbſt in den Dienſt des Wiederaufbaues der deutſchen Volkswirtſchaft zu ſtellen, faßt das Geſetz die Eigentümer der großen Güter zu öffentlichen Selbſtverwaltungskörpern, ſogenannten Landlieferungsverbänden zuſammen. Sie ſind verpflichtet, den gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen Land nach Maßgabe der Nachfrage zu jenem billigen Preiſe zur Verfügung zu ſtellen. Dafür iſt ihnen aber auch die Handhabung der Zwangsmittel anvertraut, die das Geſetz vorſieht: des Vorkaufsrechts und vor allem der Enteignung. Für ihre Landerwerbs- und Enteignungspolitik gibt das Geſetz gewiſſe Richtlinien, die dafür ſorgen, daß wirtſchaftlich und ſozial vorbildliche Muſtergüter erhalten bleiben, für Siedlungszwecke dagegen in erſter Linie ſolche ergriffen werden, welche beſonders extenſiv oder ſchlecht bewirtſchaftet ſind, von Kriegsgewinnlern erworben wurden, als Spekulationsobjekt im Markte ſchwimmen, zu Latifundien gehören uſw.

Weitere Vorſchriften ſorgen für ein glattes Zuſammenarbeiten der Landlieferungsverbände und gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen. In der Neumark, in Vorpommern und Schleſien haben angeſehene Gutsbeſitzer mit beſtem Erfolge Aufrufe erlaſſen und Umfragen veranſtaltet, um die freiwillige Hergabe des nötigen Siedlungslandes herbeizuführen. So erſcheint die Hoffnung berechtigt, daß die Umgeſtaltung der öſtlichen Agrarverfaſſung ſich ohne zu große Reibungen vollziehen, und den Anſiedlern die ſchwer zu entbehrende freudige Hilfe der Gutsbeſitzer nicht fehlen werde.

Die Staatsdomänen müſſen zu einem beſonders niedrigen Preiſe (Ertragswert unter Ausſchaltung der Kriegskonjunktur) den Siedlungsunternehmen jeweils nach Ablauf der Pacht angeboten werden, wenn ihre Erhaltung als Großbetrieb nicht im öffentlichen oder volkswirtſchaftlichen Intereſſe liegt. Beſiedelt, kommen ſie auf das zu liefernde Landdrittel in Anrechnung. Ebenſo die von Privaten ohne Vermittlung der gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen begründeten Anſiedlerſtellen, und die vorausſichtlich bedeutenden Flächen, die in Anrechnung auf die aufzuerlegenden außerordentlichen Vermögensabgaben von Gutsbeſitzern für Siedlungszwecke ohne Entgelt hergegeben werden.

Wenn das ganze Werk vollendet iſt, wird der große Gutsbetrieb noch immer eine ſehr erhebliche Bedeutung beſitzen, etwa ein Viertel der geſamten landwirtſchaftlichen Fläche des Oſtens, ſtatt wie bisher zwei Fünftel umfaſſen, in manchen Landſchaften, wie in Mecklenburg, noch erheblich mehr. Dabei werden die verbliebenen Güter nunmehr zwiſchen volkreichen neuen oder ausgebauten alten Siedlungen liegen und von dort die ihnen bisher fehlenden Arbeitskräfte beziehen können.

Unterbliebe die Koloniſation, ſo würden die Großbetriebe infolge des zu erwartenden Ausbleibens der Wanderarbeiter aus dem zu ſtaatlicher Selbſtändigkeit und eigener Volkswirtſchaft durch uns erhobenen Polen entweder bankerott machen, oder — was in vielen Fällen dasſelbe bedeuten würde — zu ganz extenſiver Wirtſchaft überzugehen genötigt ſein.

Auf ehemaligen Gutsflächen werden wiederum wenigſtens eine Million Menſchen als Glieder von unabhängigen bäuerlichen Familien, glückliche Lebensbedingungen finden, und weitere Hunderttauſende werden in gewerblichen Betrieben den Bedarf der neuen wohlhabenden Landbevölkerung herſtellen. Die kleinen und mittleren Städte, die bis jetzt im Oſten das Schickſal des unaufhaltſamen Bevölkerungsniederganges mit den großen Gütern teilten, werden eine neue Blüte finden. Indem ſich gleichzeitig die zentraliſierten Menſchenanſammlungen zu Gartenſtädten auflockern, wird der Gegenſatz zwiſchen Stadt und Land ſehr zum Nutzen beider ſeinen Ausgleich finden.

Das von den Bundesregierungen angenommene *Geſetz zur Behebung der Wohnungsnot*, das für Stadt und Land in gleicher Weiſe Geltung hat, gibt dem Wohnungskommiſſar weitgehende Befugniſſe hinſichtlich der Beſchaffung von Baugrund und Baumaterialien. Ein Überteuerungsfonds von 500 Millionen Mark ſoll die Schwierigkeiten überwinden helfen, welche der Anſiedlung aus der jetzigen Koſtſpieligkeit der Baumaterialien erwachſen. Die einzelſtaatlichen Verwaltungen werden billiges Holz aus den öffentlichen Forſten zur Verfügung ſtellen. Eine neue Verteilung der Schullaſten iſt in Ausſicht genommen, derart, daß nicht, wie bisher, die menſchenproduzierenden Landdiſtrikte zugunſten der menſchenverbrauchenden Städte überlaſtet ſind. Eine wichtige Ergänzung findet das Wohnungsgeſetzes durch die Beſtimmungen des hier beſprochenen ländlichen Siedlungsgeſetzes in der Richtung, daß die Gemeinden und Gutsbezirke verpflichtet werden können, eine *Allmende* bis zu einem Zwanzigſtel der geſamten Feldmark zur Verfügung zu ſtellen, aus der ſtändig beſchäftigte Landarbeiter Land zu Pacht oder ſonſtiger Nutzung für die Zwecke ihres Haushalts erhalten. Die Gemeinden können ihrerſeits ſolches Land im Wege der Zwangspachtung und Zwangsenteignung in Anſpruch nehmen. Vorausſichtlich werden viele Arbeiter von dieſer Gelegenheit Gebrauch machen, weil ein ſehr allgemeiner Wunſch dahin geht, Frau und Kinder frei zu machen vom Zwange der Außenarbeit, ſie dem eigenen Haushalt und der höchſt produktiven Arbeit im eigenen Garten und Kleinviehſtalle vorzubehalten. Die Arbeiter gewinnen ein Sprungbrett, von dem aus viele ſich zur vollen ökonomiſchen Unabhängigkeit emporſchwingen werden.

Eine der großartigſten Aufgaben iſt durch die neuen Wohnungs- und Siedlungsgeſetze den deutſchen Baumeiſtern geſtellt: zu ſorgen, daß Millionen arbeitsfroher Menſchen in einer würdigen, und innerlich wahren Umgebung ſich betätigen, und unbedrückt von zu hohen Bauſchulden einen ſicheren Weg zur ökonomiſchen Freiheit finden.

Jeder der auf's Land hinausgehen will, muß freilich wiſſen, daß ſeiner mühevolle Arbeit harrt, und daß nur der einen eigenen landwirtſchaftlichen Betrieb zu führen vermag, der das ſchwierigſte von allen Gewerben gründlich erlernt hat. Aber viele der jetzigen Städter ſind noch auf dem Lande aufgewachſen, und das Kapitalabfindungsgeſetz hat den Kreis der Bewerber um ländlichen Grundbeſitz mächtig erweitert.

Doch ſind zwei Vorausſetzungen für das Gelingen des Siedlungswerkes gegeben: ein anderes Syſtem der Erwerbsloſen-Fürſorge und die Sicherung der Oſtgrenze.

Bisher wird das anſchwellende Heer der Arbeitsloſen auf allgemeine Koſten erhalten, und man ſcheut ſich, ſie auf's Land zu ſenden, obwohl die Zuweiſung „geeigneter Arbeit außerhalb des Berufs und Wohnorts" geſtattet iſt. Kein Wunder, daß nur wenige die ſich bietende ländliche Arbeitsgelegenheit unter ſolchen Umſtänden aufſuchen. Es iſt aber eine echte Bankerottpolitik, die wir da treiben; wir verbrauchen, ohne zu produzieren. Sogar die Anwerbung von Ausländern für die Landwirtſchaft nimmt notgedrungen ihren Fortgang. Erſt die raſche Verabſchiedung des ländlichen Siedlungsgeſetzes durch die Volksbeauftragten würde es geſtatten, in dem allen gründlich Wandel zu ſchaffen und mit der Umſiedlung zu beginnen.

Unſere Wehrlosmachung hat inzwiſchen neue Hinderniſſe und Gefahren heraufbeſchworen. Die Polen beanſpruchen bekanntlich rein deutſche Landſchaften, wie das ſeit dem 13. Jahrhundert von deutſchen Bauern und Bürgern beſiedelte Weichſeltal. Entreißen ſie uns aber auch nur endgültig die gemiſchtſprachigen Gebiete, ſo wird damit der Wiederaufbau der deutſchen Volkswirtſchaft und für alle Zukunft ein geſichertes politiſches Daſein unmöglich gemacht. Nicht nur weil in dieſen Gebieten ein volles Viertel der zu beſiedelnden Gutsflächen liegt. Ein fremdes Staatsweſen, das ſeine eigene Lebensfähigkeit erſt noch zu beweiſen hätte, nachdem es an der politiſchen Unfähigkeit ſeiner oberen Klaſſen zugrunde gegangen iſt, würde Millionen von Deutſchen ſich unterwerfen, die mit ihrem Beſitztum integrierende und unentbehrliche Beſtandteile unſerer Volksgemeinſchaft ſind. „Länder, die von einer unzweifelhaft polniſchen Bevölkerung bewohnt ſind," wie es in der 13. Friedensbedingung Wilſons heißt, gibt es überhaupt nicht, nur in ſchmalen Grenzſtücken, weil überall zwiſchen den polniſchen deutſche Dörfer, Güter und Städte liegen, und weil die polniſche Bevölkerung dieſer Landſchaften erſt durch die Deutſchen zu Freiheit und Wohlſtand erhoben worden iſt.

Einem neuen Rheinbund entgegen?

Von Archivdirektor Dr. Paul Wentzcke (Düſſeldorf)

Ob ſich die Berliner „Regierung" nach dem 19. Januar zu der Tatkraft aufraffen wird, die nicht nur Deutſchland, ſondern die ganze geſittete Welt von ihr erwartet? — Wir am rechten Rheinufer, von Lörrach bis hinunter nach Düſſeldorf und Emmerich haben dies Vertrauen auf ſolche Wandlung bereits verloren. Langſam, aber ſtetig zerfrißt der Zweifel das Band des Vertrauens, das eine gerade hundertjährige gemeinſame Geſchichte gewirkt hatte. Die militäriſchen, politiſchen und wirtſchaftlichen Intereſſen, die im 19. Jahrhundert von dem nationalen Gemeinſchaftsgefühl überwölbt wurden, ſind gefallen, und langſam ſinkt der ſtolze Bau des Reiches zuſammen. Noch wahrt Deutſchland nach außen hin ſeine territoriale Größe, aber die Grundpfeiler ſind unterhöhlt, und jeder Tag kann den Einſturz bringen, ſeitdem Elſaß-Lothringen rettungslos verloren iſt.

In der Tat: wie ſeit dreieinhalb Jahrhunderten ſind auch heute wieder Elſaß und Lothringen „Schickſalsländer" des Reiches geworden. Tagtäglich führen es uns die Berichte vom linken Rheinufer vor Augen! Nach dem Verluſt von Metz und Straßburg ſtehen ganz Süd- und Weſtdeutſchland dem Einfluß und dem Angriff der Weſtmächte offen. In ungeheurem Maße wiederholt ſich die Entwicklung, die uns die deutſche Geſchichte des Zeitalters vom dreißigjährigen Kriege bis zur Reichsgründung Bismarcks zeigt. Eine Rheinbundzeit ſteht uns bevor, wie ſie unſere Vorfahren von 1658 und von 1806 kaum zu ahnen vermochten.

Süddeutſchland wird bereits heute wie damals von den Kanonen von Straßburg beherrſcht. Der Beſetzung von Brückenköpfen bedarf es dort am Oberrhein nicht mehr. Ganz Baden iſt ja nichts anderes als das Glacis der elſäſſiſchen Feſtung, über das hinweg die modernen Geſchütze von 120 Kilometer Tragweite Stuttgart und Darmſtadt mit direktem Schuß bedrohen! Offen frohlocken die franzöſiſchen Regierungsblätter, daß auch das engliſche Kabinett nach dem Ausfall der jüngſten Wahlen bereits ſeine Zuſtimmung zur „ſtrategiſchen Abgrenzung" Frankreichs an der elſäſſiſchen Nordgrenze gegeben habe. Nicht nur Landau wird bereits heute amtlich zu Frankreich gezählt. In der ganzen Südpfalz iſt der franzöſiſche Sprachunterricht, zum Teil mit drei bis vier Stunden wöchentlich, in der Volksſchule durchgeführt. Und trotzdem ſtehen alle dieſe Vorbereitungen zur künftigen „Selbſtbeſtimmung" der Völker weit zurück gegen den Druck, den die Beſitznahme Lothringens moſelabwärts das ganze Mittel- und Unterrheintal entlang ausübt.

Als Ludwig XIV. den Rheinbund von 1658 ſchloß, erlangte er durch die Angriffsbaſtionen Straßburg und Metz, die nach dem treffenden Wort Richelieus die Pforten zum Einmarſch ins Innere Deutſchlands ſtets offen hielten, den überragenden militäriſchen, politiſchen und geiſtigen Einfluß im Reich. Dieſer Druck konnte nachlaſſen, als die militäriſche Kraft Frankreichs erlahmte. Das ancien régime der Bourbonen beſaß nicht die Fähigkeit, ſich auch die wirtſchaftlichen Schätze der unterworfenen Länder dienſtbar zu machen, ſolange Frankreich ſelbſt kein ſtraff zentraliſierter Einheitsſtaat war. Und noch weniger vermochte das ſchöngeiſtige, weltbürgerliche Zeitalter der Enzyklopädiſten die nationale Eigenart der Elſäſſer und Rheinländer zu entwurzeln. Erſt die große franzöſiſche Revolution hat bekanntlich dieſe Einheit erreicht und mit ihr das Elſaß gewonnen. Mit dem brutalen Machtſtreben der Richelieu und Ludwig XIV. verbündeten ſich die „Ideen von 1789“, und zugleich nutzte Napoleon I. rückſichtslos auch die wirtſchaftlichen Kräfte der Rheinbundſtaaten von 1806 aus. Die Kontinentalſperre gegen England richtete vor allem die rechtsrheiniſchen Lande zugrunde, die ſelbſt nicht ins franzöſiſche Zollgebiet einbezogen, ſondern ohne jeden Entgelt für die Intereſſen der napoleoniſchen Weltherrſchaft ausgeraubt wurden.

Was damals vernichtet worden iſt, konnte zunächſt nicht einmal der deutſche Zollverein erſetzen, deſſen hundertjähriges Beſtehen im Vorjahre klanglos vorüberging. Erſt die Wiedererwerbung von Elſaß und Lothringen ſtellte die wirtſchaftliche Einheit des Rheintals wieder her, die vor allem die wechſelſeitige Schutzzollpolitik Frankreichs und Deutſchlands völlig vernichtet hatte. Die Zeit mittelalterlicher Kaiſerherrlichkeit ſchien wieder zu erſtehen, als endlich die Rheinſchiffahrt von der Nordſee bis hinauf nach Straßburg und Baſel wieder aufgenommen werden konnte, und aufs engſte verband ſich mit dieſer uralten Verkehrsſtraße eine neue induſtrielle Gemeinſchaft, die ſich nach der Einführung des Thomasverfahrens zwiſchen Ruhrkohlengebiet und lothringiſcher Minette ausbildete.*) Auf die Gefahr hin, allen Leſern nur längſtbekannte Zahlen zu wiederholen, muß doch auch hier nachdrücklich darauf hingewieſen werden, daß zuletzt von der geſamtdeutſchen Eiſenerzeugung von 27 Millionen mehr als 21 Millionen Tonnen aus dem Minettegebiet ſtammten, und daß von den gewinnbaren Vorräten an deutſchen Eiſenerzen mehr als 76 v. H. in Lothringen lagen. Noch vor zwei Jahren konnte Otto Huë daher als Vertreter der Bergarbeiterſchaft betonen, daß die gewaltſame Lostrennung Elſaß-Lothringens für die Eiſen- und Stahlinduſtrie Deutſchlands und für die mit ihr verwandten Induſtrien einen tötlichen Schlag bedeute, Millionen und Abermillionen von Arbeitern brotlos mache.

Mit dieſer Waffe in der Hand marſchieren Frankreichs Heere heute aufs neue aus den Toren von Metz aus. Zu den Ideen vom ewigen Frieden und vom Völkerbund, die ſchon Ludwigs XIV. Raubſcharen voranſchritten, und zu den „Ideen von 1789“ geſellt ſich neben der militäriſchen Überlegenheit, die rein geographiſch ſchon auf dem Beſitz von Straßburg und Metz beruht, der gewaltigſte Helfer von allen, der Hunger: der Hunger nach Rohſtoffen und dahinter der Hunger nach dem täglichen Brot!

---

*) Ich darf hier auf meine Flugſchrift verweiſen: Was iſt Elſaß-Lothringen dem Reich? Straßburg, K. J. Teubner, die bereits kurz vor der Revolution erſchienen.

Unter dieſem Geſichtspunkt in erſter Reihe ſind die Bedingungen zu verſtehen, die ſchon am 15. Dezember der deutſchen Waffenſtillſtandskommiſſion geſtellt wurden: Fortſetzung der bisher üblichen Lieferung von Rohſtoffen nach Lothringen mit Kohlen, Koks, Manganerzen, Maſchinenerſatzteilen, Treibriemen und Motoren. Iſt das ganze Rheintal im letzten halben Jahrhundert ein einheitliches Wirtſchaftsgebilde geworden, ſo lockt unerbittlich die franzöſiſche Logik, ſo muß es nach der Beſetzung des Teilſtücks Lothringen eben vollſtändig von Frankreich und ſeinen Helfern abhängig werden. „Unerbittliche Ausbeutung der Rheinlande bis zu ihrer Abtrennung“ fordert ſchon heute offen die Pariſer Preſſe. Wenn ſie dabei auch ſcheinbar noch lediglich die linksrheiniſchen Gebiete im Auge hat: gerade am Niederrhein ſind die Induſtriezentren auf beiden Ufern ſo unmittelbar aufeinander angewieſen, daß eine Trennung nach Flußgrenzen ganz unmöglich erſcheint. Und ohne die Ruhrkohle darf Frankreich zudem gar nicht an wirkliche Ausbeutung ſeiner neuerworbenen Minetteſchätze denken, da es ſchon vor dem Weltkriege ſeine eigenen Erzlager nur zum geringſten Teil mit eigenem Brennſtoff verhütten konnte! Mit unerbittlicher Gewalt greift der künftige Rheinbund aufs rechte Rheinufer hinüber, ſeitdem die Linie Eſſen—Metz die ſtärkſte Lebensader Weſtdeutſchlands geworden iſt.

In dieſe militäriſchen, politiſchen und wirtſchaftlichen Zuſammenhänge ſpielt nun das Zentrum alte innerpolitiſche Wünſche und Hoffnungen hinein. Schon 1830 glaubten die Vorkämpfer der klerikalen Beſtrebungen im Rheinland im Anſchluß an die belgiſche Unabhängigkeitsbewegung die Zeit für ein neues, rein katholiſches Gemeinweſen gekommen. Im Jahre der erſten deutſchen Volksrevolution, 1848, wiederholten ſich dieſe Abſonderungsgelüſte vom „proteſtantiſchen“ preußiſchen Königtum, als das Staatsrecht wie heute „von den Dächern gepredigt“ wurde. Im Kranze der Heerſchilde und Verwaltungsbezirke, in die damals die Publiziſtik gern das künftige Deutſchland — nicht anders wie heute! — zu teilen liebte,*) erſchien die rheiniſch-weſtfäliſche Republik im gleichen Ausmaß und mit denſelben Tendenzen, wie ſie vor wenigen Wochen erſt die „Kölniſche Volkszeitung“ proklamierte. Wie es ſcheint, wird ein Volksreferendum ſchon in dieſen Wochen am linken Rheinufer vorbereitet. —

1. Wie ſtellen Sie ſich zu einer rheiniſch-weſtfäliſchen Republik im Anſchluß an Deutſchland?

2. Wie ſtellen Sie ſich zu einer rheiniſch-weſtfäliſchen Republik in voller Selbſtändigkeit?

3. Wie ſtellen Sie ſich zu einer Angliederung des Rheinlandes als Provinz an Frankreich?

So werden ſchon jetzt nach unwiderſprochenen Meldungen die Fragen an die

---

*) Zahlreiche Beiſpiele, die heute mehr als „aktuell“ anmuten, in meiner kritiſchen Bibliographie der Flugſchriften zur deutſchen Verfaſſungsfrage, 1848—51. 1911.

Bevölkerung formuliert. Wie die Antworten ausfallen werden, hängt nicht von nationaler Geſinnung ab, ſondern von dem wirtſchaftlichen Druck und von den wirtſchaftlichen Verſprechungen, die die Entente in der allernächſten Zeit verhängen und austeilen wird. Das einzige, was die Stimmung noch verbeſſern und zum Aushalten beim deutſchen Staatsleben mahnen kann, iſt und bleibt ein straffes Auftreten der Reichsleitung, das allen Kreiſen die Gewißheit gäbe, daß noch ein ſelbſtbewußtes Deutſchland hinter den Maſſen ſteht, die jetzt täglich mehr von Berlin abgeſtoßen werden.

Volk in Not! ſo tönt es laut und vernehmlich aus dem Berliner Blätterwald. Wird derſelbe Ruf Anklang und Widerhall finden, wenn er vom Rhein zur Weichſel zurückſchallt? Noch iſt es Zeit, zum wenigſtens das Selbſtgefühl der Rheinländer zu kräftigen, ihnen den Mut zum Widerſtand wiederzugeben. Aber es iſt die allerhöchſte Zeit! Der deutſche Agrarſtaat iſt durch die ſchmähliche Preisgabe ſeiner Oſtprovinzen bereits vernichtet. Soll das Herz ſeines Induſtriegebietes folgen? Will Berlin, will Mitteldeutſchland Trier, Aachen und Köln, Düſſeldorf und Eſſen, Straßburg und Metz folgen laſſen?

Vom Kriegsanleihemarkt

Bei all den ſchweren Schickſalsſchlägen, die auch in wirtſchaftlicher Beziehung über uns hereinbrachen, iſt ein erfreulicher Umſtand zu verzeichnen: das iſt die Kursentwicklung unſerer Kriegsanleihe. Als im November die Kataſtrophe allen klar geworden war, da ging ein ſchwerer Peſſimismus durch die Reihen derjenigen, die Kriegsanleihe gezeichnet hatten. Man verwies auf den gewaltigen Umlauf dieſes Typs in Höhe von etwa 100 Milliarden, auf die noch nicht fundierten ſchwebenden Schulden, auf die kommenden Entſchädigungsanſprüche der Feinde uſw. Wenn auch immer wieder darauf hingewieſen worden war, daß ein ſogenanntes Interventionskonſortium gebildet würde, das heißt alſo eine Gruppe von Banken ſich um den Verkauf der an den Markt kommenden Beträge kümmern und den Kurs einigermaßen halten würde, ſo ſchritt doch gar mancher zur Abſtoßung der von ihm gezeichneten Anleihe, ohne allzuſehr auf den Kurs zu ſehen. Die Folge davon war ein ſcharfer Rückgang. Zwar nahm das Reich durch ſeine Vertrauensſtellen zunächſt die Anleihen zu 96, ſpäter 95, 94 uſw. auf. Das war aber nur ein beſchränkter Betrag. Was darüber hinaus an den Markt kam, wurde im ſogenannten freien Verkehr von kleineren und mittleren Bankiers nur zu weſentlich niedrigeren Kurſen gekauft. Die Folge davon war, daß unſere Kriegsanleihen an den Börſen bis zu 87¾ Prozent heruntergingen.

Ganz zu ſchweigen von jenen Verkaufsvorgängen, die ſich abſeits der Börſen auf dem platten Lande abwickelten. Dort verſtanden es und verſtehen es vielleicht auch heute noch gewiegte Schwindler, den Bauern derartig Angſt zu machen vor dem kommenden Staatsbankerott uſw., daß dieſe unerfahrenen Leute froh ſind, wenn ſie 75 Prozent für die Anleihen bekommen.

Dieſe Abwärtsbewegung iſt jetzt endlich nicht nur zum Stillſtand gelangt, ſondern ſogar in das Gegenteil umgeſchlagen. Das iſt jenen Beſtimmungen zu danken, die man bei der Begebung der Anleihen feſtgelegt hatte. So wurde damals, wie erinnerlich, verſprochen, daß nach Beendigung des Krieges beim Verkauf von Heeresgut Kriegsanleihe zum Nennbetrag in Zahlung gegeben werden könne. Da es ſich hier um ſehr erhebliche Beträge handelt, ſo mußte das auf den Kurs ſelbſtverſtändlich günſtig wirken. Noch viel wichtiger aber ſind die Beſtimmungen in den ſo mannigfachen neuen Steuergeſetzen. Allenthalben ziehen dieſe die Zahlung der Steuern durch Kriegsanleihe vor. Bei manchen iſt ſogar die Ablieferung von 50 Prozent der zu zahlenden Beträge in Anleihen vorgeſchrieben. Derartige Beſtimmungen ſchaffen ſelbſtverſtändlich in ganz außerordentlichem Maße Käuferſchichten an der Börſe, und ſo darf es nicht wundern, wenn gegen Ende Januar die Kriegsanleihe auf einen Kurs von 91,20 ſich verbeſſert hat. Da auf der anderen Seite die Reichsbank den Kurs, zu dem die Banken beſchränkte Beträge aufnehmen dürfen, allmählich auf 92 heruntergeſetzt hat, ſo iſt wohl in abſehbarer Zeit zu hoffen, daß es am Anleihemarkte nur mehr einen Kurs gibt und nicht mehr wie früher zwei weit voneinander verſchiedene, von denen nur jene Elemente Vorteil haben, die von dieſer Einrichtung der Reichsbank wiſſen. Dieſe Abſicht, die Kurſe ſich gegenſeitig nähern zu laſſen, war ſchon ſeit geraumer Zeit von den zuſtändigen Behörden ausgeſprochen worden und iſt nunmehr annähernd erreicht.

An und für ſich würde vermutlich die Erholung des Kurſes noch ſchneller vor ſich gegangen ſein, wenn nicht die neuen Steuergeſetze das Vorzugsrecht der vollen Leiſtung der Steuer in Kriegsanleihe auf diejenigen beſchränken würde, die tatſächlich ſeinerzeit ſich bei den Zeichnungen beteiligt haben. Der Sinn dieſer Beſtimmung iſt der, daß man nicht etwa jenen, die unpatriotiſcherweiſe ſeinerzeit überhaupt keine Anleihen gezeichnet haben, heute es ermöglicht, zu einem weſentlich niedrigeren Kurſe, als er damals vorgeſchrieben war, ſich in Anleihen eindecken zu können. Leider hat dieſe Beſtimmung, wie häufig unſere Geſetze, eine große Lücke. Es wird nämlich nur der Nachweis verlangt, daß man Anleihe gezeichnet hat, nicht aber der Nachweis des Beſitzes gefordert. Somit können alle diejenigen, die ſeinerzeit große Beträge gezeichnet, ſie aber ſofort wieder verkauft haben — und das waren ſehr viele der Kriegslieferanten — heute mit außerordentlichem Gewinn ſich wieder eindecken. Was das unter Umſtänden bedeutet, ſei an einem Beiſpiel erörtert: Es iſt bekanntlich verfügt worden, daß niemand mehr als 200 000 Mark Vermögenszuwachs während des Krieges haben darf. Wenn nun etwa ein Kriegslieferant in den letzten viereinhalb Jahren ſich eines Vermögenszuwachſes von 10 Millionen erfreuen kann, ſo hat er 9,8 Millionen Steuer zu zahlen. Für dieſen Betrag kauft er ſich, ſofern er ſeinerzeit gezeichnet, aber inzwiſchen die Anleihen wieder abgeſtoßen hat, Kriegsanleihen. Dieſe koſten ihn höchſtens 9 Millionen Mark. Es verbleiben ihm trotz allem etwa 800 000 Mark Kriegsgewinn neben 200 000 Mark ſteuerfreiem.

Die außerordentliche Bevorzugung der Kriegsanleihen bei der Steuerzahlung bringt neben der Befeſtigung des Kurſes auch noch einen weiteren ſehr bedeutenden Vorteil. Sie bewirkt nämlich einen ſtarken Abbau der außerordentlich bedenklichen Überſchwemmung unſeres Landes mit Scheinkapital jeglicher Art. Es iſt ſchon häufig darauf hingewieſen worden, daß heute, wo wir ſo unendlich arm geworden ſind, eine Vermögensaufſtellung der einzelnen Wirtſchaften vermutlich ein ſehr überraſchendes Ergebnis bringen würde, nämlich die Tatſache, daß insgeſamt die Bewohner Deutſchlands kaum ärmer geworden ſind als ſeit Mitte 1914. Das kommt daher, daß wir durch die Schaffung der vielen Kriegsanleihe und durch andere ähnliche Maßnahmen neben dem wirklichen Kapital unzählige Milliarden von Scheinkapital hervorgezaubert haben, die nun jene Erſcheinung bewirken, die man als Inflation bezeichnet, es iſt in unglaublichem Maße zuſätzliche Kaufkraft geſchaffen worden, die nun jene unerträgliche Teuerung hervorgerufen hat, an der wir alle ſo empfindlich leiden. Der Abbau dieſer Inflation, dieſes Scheinkapitals, iſt eine der dringlichſten Notwendigkeiten. Wenn nun durch kräftige Steuergeſetze hier ein Anfang gemacht wird mit der Kriegsanleihe, ſo werden ſich die wohltätigen Wirkungen in abſehbarer Zeit zeigen, da gleichzeitig der Anleihekurs gehoben und die Steuerlaſt des Reiches gemindert wird, ſo kann man mit dieſen Maßnahmen der neuen Regierung ſehr wohl zufrieden ſein. **Linter.**

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 7. Februar 1919 * Heft 6

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Jetzt erſt beginnt in Deutſchland der Kampf um die Macht, und das Feldgeſchrei: Nationalverſammlung oder Räteregierung? erhält eine weit ernſthaftere Bedeutung, als bei den Redeſchlachten im Dezember. Denn nun iſt die Nationalverſammlung zuſammengetreten; aber die Berliner A.u.S.-Räte beantragen, daß gleichzeitig wieder ein deutſcher Rätekongreß einberufen werde. Gibt der „Zentralrat", gibt die Reichsleitung dieſem Erſuchen ſtatt, ſo haben wir in Deutſchland glücklich zwei Parlamente, von denen des demokratiſch-ernſthafte die Nation vertritt, das „revolutionäre" aber neben der Spartakiſtendrohung einen dauernden Kompetenzenſtreit bedeutet. Die Reichsleitung wird vermutlich den Wunſch haben, ernſthaft mit der Nationalverſammlung zu arbeiten, denn dieſe Arbeit iſt der einzige Weg zum Frieden; ſie muß dann aber auch die Kraft finden, ſich von dem Mandat des Zentralrats loszureißen und damit den Arbeiterräten ihren proviſoriſchen Charakter beſtätigen. Dazu gehört etwas Mut, denn wer Rentner der Macht geworden iſt, und ſeine mangelhafte Fähigkeit mit einer Legende von Verdienſten umwoben hat, weicht nicht gerne von der Stelle, die er an ſich geriſſen hat. Das gilt für das Reich, das gilt für Staaten und Gemeinden. Freilich, die Revolution hat ſich die Bequemlichkeit angewöhnt, alles, was gegen ihren Dilettantismus und die ſtaatliche Verantwortungsloſigkeit ihrer Unterorgane gerichtet iſt, als „gegenrevolutionär" auszuſchreien. Das ſtrengt die Gehirne wenig an. Wann wird hier ein Strich gezogen? Deutſchland iſt dabei, ſich die am meiſten demokratiſche Verfaſſung der Welt zu geben und mit den alten Gewalten abzubauen. Wird es damit ernſt, dann wollen wir uns aber auch kein Revolutions-Antiquariat anlegen. Dafür war der ganze Betrieb zu geiſtlos.

*

Die Ausſichtsloſigkeit, daß Preußen eine ſozialiſtiſche Mehrheit erhalte, hat die Regierung Hirſch veranlaßt, eine neue Gemeindewahlordnung für Preußen zu oktroyieren. Man ſchafft im großen Stil: die Wählerliſten der

Nationalverſammlung gelten auch für die Gemeinden. Nur nicht kleinlich ſein! Was an Soldaten noch in den Kaſernen ſteckt, was wegen der hohen Erwerbsloſenunterſtützung in den Großſtädten ſich ſammelt, wird im Februar noch Schickſal für die preußiſche Gemeindepolitik ſpielen. Nun iſt außer Zweifel: die preußiſche Gemeindeordnung iſt der Auffriſchung durch Demokratie dringend bedürftig. Aber dieſes Vabanque-Spielen mit einer Gewaltverordnung, knapp vor dem Zuſammentritt der geſetzgebenden Körperſchaft, bedroht die letzten Einrichtungen, die ſich gegenüber der Wirrung und Demagogie halbwegs intakt halten konnten. Die Maßnahme iſt nur erträglich, wenn ſie gleichzeitig zu einer Befreiung der Gemeinden von dem Hineinregieren unverantwortlicher Lokalgewalten führt.

*

In Bern werden die erſten Fäden der ſozialiſtiſchen *Internationale* neu geknüpft. Stockholm wiederholt ſich mit anderen Vorzeichen. Die deutſchen Sozialiſten ſind unſicher, ob ſie als Sieger, ob ſie Mitleid heiſchend auftreten ſollen, Die von der Mehrheit haben ernſthafte Männer, wie Molkenbuhr und H. Müller, entſandt, für die „Unabhängigen" hat ſich aus Wichtigtuerei Eisner eingefunden, und es iſt anzunehmen, daß er dem gefährlich werden kann, was poſitiv in Bern möglich iſt: Probleme der internationalen Sozialpolitik auf einen Nenner zu bringen. Im übrigen werden die nächſten Monate das zeigen müſſen, ob der weſtliche Sozialismus eine Macht geworden iſt oder werden wird. Heute zeigt er ſich noch als eine deklamierende Ohnmacht.

*

Immer wieder taucht in der holländiſchen Preſſe die Meldung auf, daß die *iriſche Frage* vor einer ſenſationellen Wendung ſtände. Die Sinn Feiner ſollen mit aller Macht an der Aufrichtung der iriſchen Republik arbeiten. Es iſt daher nicht unzeitgemäß daran zu erinnern, daß der ruſſiſche Exdiplomat und Journaliſt Brantſchaninow ſchon am 28. März 1914 (Nowoje Sweno Nr. 13) die Anſicht ausgeſprochen hat, daß „ein Krieg für die engliſche Regierung einen Ausweg aus den inneren Schwierigkeiten der Homerulfrage bedeute". „Und," fügte er hinzu, „iſt es nicht ſeltſam zu denken, *daß Europa wegen der irländiſchen Frage in anderthalb bis zwei Monaten einem allgemeinen Kriege entgegengeht.*" Dieſer Satz iſt der Schlüſſel zum Rätſel, warum England, das noch während des Balkankrieges den ruſſiſchen Kriegstreibern abgewinkt hatte, den ruſſiſchen Lockungen im Jahre 1914 nicht mehr Widerſtand leiſtete. Auch England hat damals das alte ruſſiſche Rezept, innere Gährungen nach außen hin explodieren zu laſſen, angewandt. Ob mit Erfolg, erſcheint fraglich, weil die Sinn Feiner-Bewegung, wie die Wahlen gezeigt haben, im Kriege rapid zugenommen hat und jetzt drauf und dran zu ſein ſcheint, eine Kraftprobe zu verſuchen.

Der Völkerbundsgedanke und die deutſche Staats- und Rechtsidee

Von Profeſſor Dr. Kurt Wolzendorff, Königsberg i. Pr.*)

Als vor hundert Jahren die deutſche akademiſche Jugend noch von dem heiligen Streben durchglüht war, auch auf politiſchem Gebiete dem Volke Pfadfinder zu ſein zum ideellen Ziel, da iſt ein herrlicher Vers gedichtet worden, den die Enkel noch heute ſingen:

Seid der Väter heiligem Brauche treu,
Doch denket der Nachwelt auch dabei.

Das Denken an die Nachwelt, an die Rettung unſerer Zukunft, iſt in der Gegenwart zu ſo unerbittlichem Zwange geworden, daß uns Heutige jene Mahnung faſt in umgekehrtem Sinne trifft: wie vereinen wir mit der realpolitiſchen Sorge für unſere Zukunft, der ja doch die Marſchroute gebunden iſt, die Treue gegenüber den ideellen Werten unſerer Volksgeſchichte?

Freilich: es handelt ſich hier um eine rein ideelle Frage, um die Frage grundſätzlicher geiſtiger Stellungnahme zu den Problemen menſchlicher Gemeinſchaftsordnung. Ob die Beſchäftigung mit ſolchen Fragen überhaupt und beſonders in Zeiten ſo ungeheurer Zuſammendrängung realer politiſcher Aufgaben irgendwelchen Wert hat, darüber wird man nun zwar verſchieden denken — aber nicht ſtreiten können. Denn das ſind einfach Dinge der Überzeugung, der Weltanſchauung. Es iſt reine Überzeugungsſache, ob man in die Frage nach dem politiſch „Richtigen" die Frage mit einſchalten will: können wir das mit unſeren Grundanſchauungen vom menſchlichen Gemeinleben vereinbaren? Eine Weltanſchauung, die den Glauben an die Rechtsidee in ſich birgt, muß jenen Überzeugungswillen haben. Für ſie — und nur für ſie kann ich dabei ſprechen — gibt es durchaus kein Ausweichen vor der Frage:

> Wie verhält ſich das deutſche Staats- und Rechtsdenken zur Idee des Völkerbundes?

Der Altmeiſter deutſcher Rechts- und Staatslehre, O. v. Gierke, hat ſchon vor

---

*) Dieſe Abhandlung iſt die Wiedergabe eines am 20. Dezember 1918 in einer öffentlichen Verſammlung zu Königsberg i. Pr. auf Einladung der dortigen Ortsgruppe der Deutſchen Friedensgeſellſchaft gehaltenen Vortrags. Eine eingehendere wiſſenſchaftliche Begründung ihrer Gedankengänge und Offenlegung der Quellen gibt die demnächſt erſcheinende Arbeit des Verfaſſers über „Deutſches Völkerrechtsdenken". — Seine Auffaſſung von der Eigenart der deutſchen Staats- und Rechtsidee hat der Verfaſſer dargeſtellt in ſeiner Studie „Vom deutſchen Staat und ſeinem Recht" (1917) und dem Buche „Staatsrecht und Naturrecht" (1916); vgl. ferner den demnächſt in der Zeitſchrift für deutſche Politik erſcheinenden Aufſatz „Zur Pſychologie des deutſchen Staatsdenkens".

Jahren geſagt, daß bei der mit der Beendigung des Weltkrieges einſetzenden großen Aufgabe des Wiederaufbaues des Völkerrechts das deutſche Volk das Beſte zu geben haben werde und daß es dies aus der Tiefe und Einheit ſeiner Rechtsidee geben müßte. Es iſt aber doch leider eine ebenſo traurige wie unumſtößliche Tatſache, daß in dem Bilde „deutſchen Weſens", das die „geiſtigen Führer der Nation" während vier Kriegsjahren ausgemalt haben, beim beſten Willen nichts von dieſer ſchöpferiſchen Kraft der deutſchen Rechtsidee zu erkennen iſt. Inzwiſchen iſt die Einſicht allgemein geworden, auf gar ſchmerzliche Weiſe allgemein geworden, daß dies Bild ein böſes Phantaſiebild war. Aber damit iſt wenig geholfen, daß wir nun dies falſche Bild wegwerfen. Denn wenn wir uns nun nach einem echten Bilde umſehen, dann bemerken wir mit wachſender Beklemmung, daß, ſolange wir auch die Ateliers unſerer modernen Meiſter durchgehen, wir nichts recht Klares und Anſchauliches finden. Doch kann das denjenigen, der ſich über die „ganze Richtung" unſeres Geiſteslebens und ihre „Geſinnungs"-Übertünchung im letzten halben Jahrhundert klar iſt, keine Enttäuſchung bedeuten. Denn er weiß, daß er die Erſcheinungsformen des deutſchen politiſchen Idealismus vor 1866 ſuchen muß, da mit dem Erfolge von Königgrätz Bismarck die letzten Wirkungsmöglichkeiten des klaſſiſchen deutſchen Idealismus in der Pſyche des deutſchen Bürgertums vernichtet hatte. Er weiß aber auch, daß wir ihren publiziſtiſchen Erſcheinungsformen die deutſche Denkweiſe in ſtaatlichen und rechtlichen Dingen das ſchwarz-rot-goldene Ideal von „Freiheit und Recht" aus dem Volksempfinden damals ebenſowenig ganz ausgelöſcht werden konnte wie 1817: „Der Geiſt lebt in uns allen".

Dieſen Geiſt gilt es zu erkennen. Es handelt ſich dabei einfach um gedankliche Klärung deſſen, was uns im Bewußtſein iſt. Wir wollen uns nicht künſtlich etwas zurechtmachen, ſondern nur pſychologiſche Realitäten in ihrer Erſcheinung aufdecken. Wo aber könnten wir deutſches Staatsdenken in klarerer und reinerer Erſcheinung zu finden hoffen, als in jenem ſtarken Hervorbrechen deutſchen Volksbewußtſeins, das vor hundert Jahren die Volkserhebung in den Freiheitskriegen brachte? Denn dort iſt der Staatsgedanke des neuen deutſchen Verfaſſungs- und Rechtsſtaates entſtanden, den das 19. Jahrhundert dann praktiſch ausgebildet hat — und deſſen Schickſalswende wir heute erleben.

Damals hatte mit der franzöſiſchen Revolution eine neue Epoche der Menſchlichkeitsgeſchichte begonnen. Das Programm der „grandes idées de 1789" hat zwar nicht die neuen deutſchen Staatsgedanken geſchaffen. Aber dieſe Ideen haben ihn ins Leben gedrängt; ins Leben gedrängt durch ihre Wirkung Die Volksheere der franzöſiſchen Revolution und ihres gewaltigen Sohnes hatten die Maſchinerie des abſolutiſtiſchen friderizianiſchen Staatsſyſtems über den Haufen geworfen. Nur mit gleichen Kräften konnte der preußiſche Staat der neuen Macht gegenüber ſich wieder durchſetzen: nur mit der Volkskraft. Er mußte die Organiſation ſeines Lebens auf das Volk gründen.

So iſt das preußiſche Volksheer entſtanden. Seine Bildung bedeutete die Staatenwende in der Geſchichte des deutſchen Volkes. Bewußt hatten ſeine Schöpfer mit dieſer militäriſchen Einrichtung ein organiſatoriſch-politiſches Prinzip zur Auswirkung gelangen laſſen, das in ſich ein Rechtsprinzip iſt.

Die Stellung des Staates auf die Lebenskraft des Volkes iſt das politiſch-organiſatoriſche Prinzip. In der Art ſeiner Verwirklichung iſt es ein Rechtsprinzip: das Prinzip der rechtlichen Pflicht aller gegen alle, die alle zu Genoſſen im Recht macht. Alle ſind der gleichen Rechtsordnung teilhaftig. Und in dieſer genoſſenſchaftlichen Teilhaftigkeit an der rechtlichen Ordnung der Gemeinſchaft iſt dieſe ſelbſt gegründet; rechtlich und politiſch. Das heißt: mit der Gründung des Volksheeres iſt anerkannt, daß der Staat Rechtsſtaat, ſeine Macht rechtlich gebunden iſt; daß er Volksſtaat, ſein Recht das des Volkes iſt. So war es von den Schöpfern des preußiſchen Volksheeres gedacht. Die Organiſation des Volksheeres ſollte die „Kriegsverfaſſung“ des Staates, eine Seite alſo nur der geſamten Verfaſſung des Staates ſein. Daher war die Bildung des Volksheeres unternommen worden als politiſch- und rechtsgedanklich einheitliche Aktion zuſammen mit der Einführung der Selbſtverwaltung in den Städten, der Bauernbefreiung (als Vorſtufe dazu auf dem Lande) und den Verheißungen einer konſtitutionellen Verfaſſung durch den König. Und ſo war es auch allgemein aufgenommen worden von der politiſchen Ideologie jener Zeit, von den Dahlmann, Welcker, Rotteck, Benzenberg, Görres und wie ſie alle heißen. Damit war ein neues deutſches Staatsdenken geweckt worden, in dem doch nur das uralte germaniſche Gemeinſchaftsdenken wieder auflebte.

Wenn die franzöſiſche Revolution die Grundprinzipien der neuen Staatsepoche aufgeſtellt hatte in den angeborenen „Rechten und Freiheiten der Menſchen und Bürger“, ſo ging das letzten Endes zurück auf das alte deutſche Denken. Die „angeborene Freiheit“, die 1789 proklamiert wurde, war ſchon wörtlich, aber in deutſcher Sprache und aus deutſchem Rechtsdenken proklamiert worden 1581 in jener „Haager Akte“, mit der ſich die Niederländer von der Herrſchaft des mächtigſten Monarchen der Welt um ihrer Glaubensfreiheit willen abſagten. Das war die alte deutſche Idee des Geburtsrechts (birthright), des „ererbten“ Rechts, von dem wir bei Schiller die Schweizer auf dem Rütli reden hören: das Recht ſeines Volkes haftet dem Menſchen an von der Geburt; es iſt ihm Perſönlichkeitseigenſchaft. Daher iſt es zugleich das Band, das alle Genoſſen zur Gemeinſchaft fügt, ſo in der Vielheit die Einheit bildend.

Einheit in der Vielheit iſt die deutſche Geiſtesform. Auf ihr beruht die aus den Einzelheiten heraus und über ſie hinaus zur einheitlichen Wölbung wachſende Architektur des gotiſchen Domes wie die alte deutſche Verfaſſungsidee des „ordre gotique", von dem Montesquieu ſprach. So lebt ſie noch heute in dem durch die „Aufrechten" Gottfried Kellers uns ſo vertrauten Schweizer Gemeinſchaftsideal. „Freundſchaft in der Freiheit".

Daher aber auch umgekehrt: Lebensprinzip der Gemeinſchaft iſt der rechtliche Wille der Genoſſen. Nicht das Intereſſenprinzip der „do ut des": Treue um Treue; ſondern das Rechtsprinzip: gleiche gemeinſame Treue gegenüber dem Recht, die Rechtstreue aus ſittlicher Pflicht. „Juſtitia" nannte das die mittelalterliche Rechtslehre. Und als jene Niederländer 1581 unter Berufung auf ihr „angheboren vryheidt" gegen den König von Spanien in den Kampf zogen, da ſangen ſie das Lied von „Wilhelmuß von Naſſouven", der Gott mußte „obvedieren in der gerechtigkeet". So hat in ſtärkſter Innigkeit Zwingli das einige Grundprinzip der ſozialen Ordnung für den einzelnen wie für die Gemeinſchaft genannt: „die lieb der gemeinen grechtigkeit".

Treue gegenüber dem Recht iſt das Lebensprinzip des Staates im deutſchen Denken. Nur nach dem Rechtsprinzip kann der Staat leben. Das muß ſeine Stellung auch gegenüber anderen Staaten beſtimmen. So iſt überhaupt nur ein Völkerrecht, ein Recht zwiſchen den Staaten denkbar: weil das Recht in dem einzelnen Staat lebt, verbindet es ihn allen anderen Staaten, in denen das gleiche Recht lebt, zum Genoſſen.

Tatſächlich iſt das Völkerrecht auch nichts anderes als eine rein genoſſenſchaftliche Rechtsordnung. Unſere Wiſſenſchaft hat das längſt erkannt; freilich ohne die Bedeutung des Zuſammenhangs mit der deutſchen Rechts- und Staatsidee zu erkennen. Das iſt das Weſen der rein genoſſenſchaftlichen Rechtsordnung: ſie hat ihre Garantie nicht in einer zur Selbſtändigkeit organiſierten Autorität, wie die Rechtsordnung im Staate, wo nur das materielle Lebensprinzip der formell zur Selbſtändigkeit ausgebildeten Autorität genoſſenſchaftlich iſt. Prägnanter hat man (G. Jellinek) deshalb das Völkerrecht als „anarchiſches Recht" bezeichnet. Es hat tatſächlich nicht nur ſeine ideelle Grundlage — wie auch das Staatsrecht — ſondern auch ſeine Garantie allein im Rechtswillen der Genoſſen der Gemeinſchaft. Deshalb hängen Rechtsſtaat und Völkerrecht zuſammen. Denn der Rechtsſtaat trägt das Prinzip rechtlichen Wollens in ſich.

Das Völkerrecht beruht auf der genoſſenſchaftlichen Rechts- und Gemeinſchaftsidee des deutſchen Denkens. Daher auch ſeine Geiſtesform, die jenes iſt, die Einheit in der Vielheit. In der Vielheit der Rechtsſtaaten wirkt das Recht, denn es lebt in den einzelnen. So zwingt es die Vielheit aus ſich ſelbſt heraus und über ſich ſelbſt hinaus zur Einheit der Völkerrechtsgemeinſchaft.

Damit iſt aber zugleich ſchon ein weiteres gegeben: wenn das Rechtsprinzip im Einzelleben durch ſein eigenes Weſen über ſich ſelbſt hinaus in der Vielheit zur Einheit ſtrebt, muß das zu immer feſterer Verwachſung der Genoſſen mit der Gemeinſchaft führen. Die Lebensfeſtigung der Wurzel muß die Triebkraft im organiſchen Wachstum ſtärken: mit der inneren Verdichtung des Rechtsprinzips im Staatsleben wird unmittelbar deſſen äußere Wirkung im Staatenleben, die völkerrechtliche Gemeinſchaftsbildung verſtärkt. Sehen wir näher zu.

Staaten, die — im Recht errichtet — auf das Volk gebaut ſind, können gegenüber anderen Staaten nur das Recht ihres Volkes wollen. Deshalb iſt der im Recht geordnete Volksſtaat unvereinbar mit dem reinen Machtprinzip. Der Machtſtaat kann keine Rechtsordnung wollen, denn er ſtellt ſein Machtintereſſe über die bindende Kraft des Rechts: „clausula rebus sic stantibus“. Für ihn muß „das ſoziale Ideal der ſiegreiche Krieg“ ſein (E. Kaufmann). Umgekehrt: das Rechtsprinzip muß den Frieden als das ſoziale Ideal erſcheinen laſſen. Denn das Recht iſt Gegenſatz zur Macht: gewollte Unabhängigkeit von der Macht. Recht- und Machtprinzip ſchließen ſich aus.

Macht bedeutet: Krieg; Recht bedeutet Frieden als ſoziales Ideal. Auch das iſt in der Überlieferung des deutſchen Rechts- und Gemeinſchaftsdenkens wieder beſonders lebendig.

Recht iſt Schutz gegen Gewalt; ſeine Wirkung daher „Freiheit“, „Friede“. Noch heute lebt dies Bewußtſein in unſerem Sprachgebrauch. Wenn meine Lebensſphäre gegen gewaltſamen Einbruch von außen geſchützt iſt, iſt ſie „befriedet“. Der „Burgfriede“, wie heute noch in manchen deutſchen Gauen (Bayern z. B.) der Stadtbezirk bezeichnet wird, kündet dem Wanderer: hier biſt du geborgen im Schutze des Rechts dieſer Stadt. Die Wirkung des Rechts, das Ziel des Rechts iſt dem deutſchen Denken: Friede. Das Völkerrecht iſt aber eine Rechtsordnung nach der deutſchen Rechts- und Gemeinſchaftsidee. So iſt als ſein Ziel nur der Friede zu denken.

Ziel des Völkerrechts wie allen Rechts muß ſein der Friede, d. h. Ausgleich der Intereſſen, ſtatt Machtkampf zwiſchen den Intereſſen. Daraus iſt zugleich die Forderung geſtellt an die Entwicklungsrichtung des Völkerrechts: Die Völkerrechtsordnung muß techniſche Mittel zum Ausgleich ſchaffen, die den Kampf der Macht unnötig und unmöglich machen. Sie muß eine Autorität ſchaffen, die den friedenbrechenden Willen eines einzelnen Staates Schranken zu ſetzen vermag. Nicht rechtliche Normen, ſondern rechtliche

Einrichtungen allein können ſie ſchaffen. Denn ſie müſſen eine Macht bilden, die ſtark genug iſt, den ſozialen Strebungen der einzelnen Staaten gegenüber die internationale Rechtsautorität zur Geltung zu bringen. Solche Macht kann die Völkerrechtsordnung nur ſchaffen, indem ſie real vorhandene Macht durch Rechtsſatzung dem Rechtswillen der Völkerrechtsgemeinſchaft zur Verfügung ſtellt. Das geht nur, indem die einzelnen Staaten, in denen das Recht lebt, durch Rechtsvereinbarung ihre reale Macht in den Rechtsdienſt der Gemeinſchaft ſtellen. Dazu gehört die Schaffung jener ganzen Organiſation, die wir als den Völkerbund zu bezeichnen gewöhnt ſind. Durch ſie wird die bisher anarchiſche Gewalt zwiſchen den Völkern zu einer rechtlichen: Recht iſt organiſierte Macht.

Wie die Organiſation im einzelnen auszugeſtalten iſt, gehört nicht hierher. Denn für uns handelt es ſich nur um die Idee, das Prinzip. Da iſt es nun aber doch ſehr intereſſant, daß das Prinzip der internationalen Organiſation, ſoweit ſie bis jetzt ausdenkbar iſt, ganz dem aus der deutſchen Rechtsidee erwachſenen Inſtitutionen-Syſtem des alten deutſchen Genoſſenſchaftsſtaates entſpricht: ſein Angelpunkt iſt die Pflicht der Genoſſen: „rechtes zu helfen“. Wie die Genoſſen der germaniſchen Volksſtaaten einander Rechtes halfen, indem ſie zum Rechtsſpruch über ſeine Anſprüche als Gericht zuſammentraten und den „Friedensbrecher“ auf das „Gerüſte“ des Angegriffenen gemeinſam bekämpften, ſo werden das auch die Genoſſen des Völkerbundes mit- und füreinander tun. Sie werden die „lantweri“ der Welt bilden zur Verteidigung des „Landfriedens“ der Welt.

Die Idee des Völkerbundes iſt nur die Folgerung aus der deutſchen Rechtsidee: die „Gemeinbürgſchaft“ für Recht und Friede.

Und ſo iſt es kein Zufall, daß vor 100 Jahren, als die deutſche Rechtsidee der Jungborn wurde für den deutſchen Staatsgedanken, überall auch die Idee des Völkerbundes auftauchte. Und damals dachte das deutſche Volk nach einem Siege ſo, denn es wußte, daß nur Völkerfreiheit und Völkerrecht die Staaten durch Vielheit zur Einheit verbinden können. „Alle Völker haben gleiches Intereſſe, jedem Volke das Recht der Selbſtbeſtimmung zu erhalten“, ſo ſagte man 1815 im Hinblick auf das beſiegte Frankreich, „und nie kann die Verſchuldung eines Volkes ſo groß werden, daß es dieſes Recht verwirke“.*) Solches Denken iſt es, das uns den moraliſchen Anſpruch gibt, auch heute als Beſiegte für einen auf wahrer Gerechtigkeit, als ſeiner allein denkbaren Grundlage, errichteten Völkerbund die Stimme zu erheben:

---

*) „Nemeſis“, V, 276.

Ein Völkerbund kann nur aus dem Recht, nie aus der Macht erſtehen und beſtehen. Nach der Rechtsidee aber kann die Gerechtigkeit als Lebensprinzip einer Gemeinſchaft ſelbſt nur Leben haben in und aus dem Leben des Rechts der einzelnen Genoſſen. Denn ihre Einheit beſteht nicht aus und in ſich, ſondern nur aus und in der Vielheit des Rechts des einzelnen. Löſt ſie ſich von dem Recht auch nur eines Gliedes, ſo löſt ſie ſich von ihrer Wurzel. Das Recht hört auf, in ihr zu leben, aber es lebt weiter in ſeiner eigenen Wurzel, in der Bruſt der Völker, wohin eine höhere Macht ſie gepflanzt hat. Wie über aller Gemeinſchaftsordnung ſteht daher auch über der des Völkerbundes jenes gewaltige Wort, das John Locke vor 2½ Jahrhunderten für immer in die Geſchichte des Menſchengeiſtes geſchrieben — und vor 100 Jahren Schiller uns überſetzt — hat: „where the people, or any single man, is depraved of his right, oder under the exercise of a power without right, and have no appeal an earch, then they have a liberty to appeal to heaven . . .“

Wir wiſſen nicht, was die nächſte Zukunft uns bringen wird. Wir wiſſen nicht, ob unſer deutſches Volk ſeiner Gemeinſchaftsidee noch die ſchöpferiſche Lebenskraft feſter Staatsbildung entnehmen und gegenüber inneren und äußeren Zerſetzungsbeſtrebungen wird zur Lebensgeltung bringen können. Wir wiſſen nicht, ob die angelſächſiſchen Staatsmänner noch des Rechtsidealismus John Lockes — und Woodrow Wilſons — eingedenk, die Franzoſen den Ideen ihrer größten Zeit treu ſein werden: „les entreprises contre la liberté d'un Peuple sont un attentat contre tous les autres“.

In alle Ungewißheit dringt ein weher Klang der Klage allzuſehr vergeſſener heiliger Ideale aus der Väter Erbe, doch aber auch ſeltſam verheißungsvoll wie Deutung heutiger Dinge zu uns ein Wort von 1815, kündend das Werden der Völkerbundsidee aus der Erfüllung der deutſchen Rechtsidee im deutſchen Lande, „wo zwiſchen beſſerer Menſchlichkeit und rohem Völkergewühle und knechtiſchem Geiſt der Kampf ſich entſcheiden ſoll:

„Es geht ein Morgen über Europa auf, feurig zugleich und trübe; noch ſieht niemand recht, wie der Tag werden wird. Dringt bei uns der Geiſt der Freiheit und des altväterlichen Rechts durch, und wird eine wahre Verfaſſung, nicht auf Papieren, ſondern auf der Kraft der Nation ſelbſt, auf einer wahren Einigung und allgemeinen Selbſtbeſtimmung und Selbſtverſtändigung gegründet, ſo muß die Wirkung davon ſpät oder früh Europa ergreifen . . . . .

So werde dem Geiſt Grund gegeben an einem Punkt, und er beſtimmt die Ordnung einer Welt.“

Um Preußens Schickſal

Von Dr. Friedrich Thimme

Es iſt von großem Intereſſe, das Ergebnis der Wahlen zur Nationalverſammlung mit dem der Wahlen zur preußiſchen Landesverſammlung zu vergleichen. Da Preußen im Durchſchnitt ſtärker induſtrialiſiert iſt, als Geſamtdeutſchland, ſo war die Beſorgnis nicht ohne Grund, daß die Sozialiſten bei den Wahlen am 26. Januar aufholen würden, was ihnen am 19. Januar noch an der abſoluten Majorität fehlte. Aber das Ergebnis iſt ein gegenteiliges: ein ſozialdemokratiſcher Rückſchritt anſtatt eines Fortſchrittes. In der Nationalverſammlung verfügen Mehrheitsſozialiſten und Unabhängige über 188 von 421 Sitzen, in der preußiſchen Landesverſammlung über 169 Sitze von 401; an der abſoluten Mehrheit fehlen ihnen dort 23, hier 32 Stimmen. Auch die Demokratiſche Partei hat gegenüber den Wahlen zur Nationalverſammlung vielfach eine Einbuße an Stimmen erlitten, die über den allgemeinen Stimmenrückgang hinausging. Dagegen hat die Deutſch-nationale Volkspartei in einer Reihe von Wahlkreiſen, vor allem in der Provinz Poſen unleugbare Fortſchritte erzielt.

Frägt man ſich, worauf dieſe Verſchiebung in den Wahlergebniſſen, die freilich das gleichmäßige Hauptreſultat beider Wahlen, die mehrheitsſozialiſtiſch-demokratiſche Majorität als Vorbedingung einer ebenſolchen Koalitionsregierung im Reiche wie in Preußen, nicht zu beeinträchtigen vermag, zurückzuführen iſt, ſo iſt klar, daß von einem in der Woche zwiſchen beiden Wahlen eingeſetzten oder verſtärkten Zug der Wählerſchaft nach rechts nicht die Rede ſein kann. Wohl aber iſt es kaum zweifelhaft, daß die unmittelbar nach den Wahlen zur Nationalverſammlung erfolgte Veröffentlichung des Entwurfs zur künftigen Reichsverfaſſung nebſt der Denkſchrift des Staatsſekretärs Preuß, den Rechtsparteien durch die ſofort mit voller Wucht ausgenutzte Wahlparole „Gegen die Zerſtückelung Preußens!" das Waſſer auf die Mühle geleitet hat. Freilich hat auch der geſchäftsführende Ausſchuß der Demokratiſchen Partei ſich zugunſten der Aufrechterhaltung eines einheitlichen und ungeteilten Preußens ausgeſprochen. Aber die Öffentlichkeit war vielfach geneigt, darin nur ein taktiſches Manöver zu erblicken, zumal da der Urheber des Verfaſſungsentwurfs und der Denkſchrift zu demſelben, Staatsſekretär Preuß, dem geſchäftsführenden Ausſchuß der Demokratiſchen Partei angehört. Auch hatte die Demokratiſche Partei ſich zumindeſt in dem Hannoverſchen, wo die Beſtrebungen zur Loslöſung von Preußen einen überaus ſtarken Reſonanzboden gefunden haben, die Parole für ein „freies Hannover in einem freien Deutſchland" zu eigen gemacht. Dieſe unklare Stellung der Demokratiſchen Partei in der grundlegenden Verfaſſungsfrage hat es verſchuldet, daß ſie genau wie die Partei der Mehrheitsſozialiſten, die ebenfalls eine offene Stellungnahme vermieden hat, ſtatt einer Fortſetzung ihres vielverheißenden Anfangserfolges vom 19. Januar einen nicht abzuleugnenden Rückſchlag zu verzeichnen hatte. Das ſollte Grund genug für ſie ſein, innerhalb ihrer eigenen Reihen die möglichſte Klärung über die Kardinalfrage Preußen-Deutſchland herbeizuführen. Den Luxus eines „Falles Preuß" kann ſich eine jungaufſtrebende Partei, die unendlich viel zu gewinnen, aber auch alles zu verlieren hat, nicht geſtatten.

Die vielen und gewichtigen Gründe, die für eine Auflöſung der preußiſchen Staatseinheit und für eine Umbildung der preußiſchen Provinzen zu neuen Staatsorganismen von mittelſtaatlicher Größe ſprechen, hat Friedrich Meinecke im vorigen Hefte dieſer Zeitſchrift mit eindringender Klarheit an der Hand der Preuß'ſchen Denkſchrift, die ihrerſeits bei dem unvoreingenommenen Leſer den ſtärkſten Eindruck hinterläßt, in der Preſſe aber längſt nicht nach Gebühr gewürdigt iſt, auseinandergeſetzt. Meinecke iſt ebenſo, und noch mehr wie Preuß, über den Verdacht einer Animoſität gegen das preußiſche Staatsweſen erhaben; im Gegenteil, wenige Hiſtoriker ſind mit ſolcher Liebe, ſolch ſpürendem Scharfblick den großen und ſtarken Eigenſchaften des alten Preußen nachgegangen. Er iſt zugleich der tiefſte Kenner des Problems Preußen-Deutſchland, dem er in ſeinem wundervollen Werke „Weltbürgertum und Nationalſtaat" eine eigene Darſtellung gewidmet hat. Sein Urteil fällt daher ſtärker in die Wagſchale, als das irgend eines anderen Staatsmannes und Gelehrten. Und doch kann ich mich der Empfindung nicht erwehren, als ob in ſeinen Ausführungen nicht die ebenfalls gewichtigen Gründe, die gegen eine Auflöſung Preußens ſprechen, und die großen Schwierigkeiten, die eine ſolche Auflöſung haben würde, genügend zur Geltung kämen. So mag es geſtattet ſein, dieſe Gegengründe und Schwierigkeiten, die bei der Bedeutung des Gegenſtandes doch auch voll gewürdigt ſein wollen, etwas näher zu beleuchten.

Ein gerade vom demokratiſchen Standpunkt aus mit voller Wucht gegen die Auflöſung der preußiſchen Staatseinheit geltend zu machender Grund iſt eben jetzt durch das Ergebnis der preußiſchen Wahlen augenfällig geworden: der preußiſche Volkswille. Es war in dieſen Wochen vielfach in den ſozialiſtiſchen Blättern zu leſen, daß Preußen, das nur durch die Dynaſtie der Hohenzollern zuſammengehalten ſei, nach deren Fortfall eigentlich nur noch ein geographiſcher Begriff ſei, daß es wohl einen preußiſchen Staat, nie aber ein preußiſches Volk im eigentlichen Sinne gegeben habe. Man berief ſich dabei wohl gar auf den Fürſten Bismarck, der in ſeinen, gerade heutigen Tages wieder höchſt leſenswerten Ausführungen über „Dynaſtien und Stämme" ſelbſt die Frage aufgeworfen hat, ob der ſtaatliche Zuſammenhang Preußens fortbeſtehen würde, wenn man ſich die

Dynaſtie Hohenzollern und jede, die ihr rechtlich nachfolgen könnte, verſchwunden denke. Aber Bismarck hat die gleiche Frage auch auf Bayern angewandt: würde Bayern, iſoliert gedacht, geſchloſſen zuſammenhalten, wenn die Wittelsbacher Dynaſtie ſpurlos verſchwunden wäre? Und mit voller Energie betont Bismarck: die geſchichtlich am ſtärkſten ausgeprägte Stammeseigentümlichkeit in Deutſchland ſei die preußiſche! Das trifft ja nicht auf alle preußiſchen Gebietsteile zu. In den 1866 zu Preußen hinzugekommenen Provinzen, insbeſondere in Hannover, iſt das Bewußtſein der inneren Zugehörigkeit zu dem preußiſchen Staatsweſen noch keineswegs tief durchgewurzelt; im Gegenteil hat hier die „Los von Preußen-Bewegung“ ſtarke Fortſchritte gemacht. Ein gleiches gilt von den Diſtrikten mit polniſcher Bevölkerung. Auch in der Rheinprovinz ſind die Erinnerungen an die Zeiten der geiſtlichen Fürſtentümer und ſelbſt an den Rheinbund noch keineswegs ganz erloſchen. Aber wenn in dem Rheinland und ſogar in Weſtfalen, beſonders dem Münſterländiſchen, Abſonderungsbeſtrebungen ſich geltend machen, ſo iſt das weniger auf eine Abneigung gegen Preußen, als auf das konfeſſionelle Moment zurückzuführen, das durch Adolf Hoffmanns geradezu unſinniges Vorgehen in den Vordergrund geſchoben worden iſt. Bei der Jahrhundertfeier der Zugehörigkeit der Rheinlande zu Preußen im Jahre 1915 haben jedenfalls auch die rheiniſchen Katholiken ihre preußiſche Staatstreue laut bekannt. „Die Rheinlande,“ ſo ſchrieb einer der beſten unter ihnen, Dr. Julius Bachem, „fühlen ſich heute als ein dem ſtaatlichen Organismus feſt eingefügtes Glied der preußiſchen Geſamtmonarchie, und wollen nichts anderes ſein, allerdings ein in jeder Beziehung völlig gleichberechtigtes Glied.“ Und wenn hierin ſeit dem Zuſammenbruch Preußen-Deutſchlands ein Wandel eingetreten ſein ſollte, ſo iſt doch in den altpreußiſchen Provinzen, einſchließlich Mindens, Ravensbergs uſw. das preußiſche Bewußtſein völlig ungebrochen. Es lebt nicht bloß in den Schichten der Gebildeten, ſondern auch beim Bürger und Bauern und ſelbſt in der Arbeiterſchaft. Es lebt vor allem in der preußiſchen Beamtenſchaft, die ſo viel zu der Größe des preußiſchen Staatsweſens beigetragen hat, bis hinauf zu der ſozialiſtiſchen Regierung Preußens, die eben erſt wieder, wie ſchon am 10. Dezember, allen Verſuchen, Teile von Preußen loszureißen, mit ſtärkſtem Nachdruck entgegengetreten iſt und betont hat, daß die künftige ſtaatsrechtliche Geſtaltung Preußens nur durch die preußiſche verfaſſunggebende Verſammlung beſtimmt werden könne. Kann jemand zweifeln, daß auch in der preußiſchen Landesverſammlung ſich eine große Majorität gegen eine Auseinanderreißung Preußens, die wie ein Schwert durch die Seele eines weit überwiegenden Teils der preußiſchen Bevölkerung gehen müßte, zuſammenfinden wird?

Über die Gründe, von denen ſich die preußiſche Regierung bei ihrer ablehnenden Haltung gegen eine Auflöſung Preußens leiten läßt, ſind wir durch das Communiqué über die Sitzung der Staatsregierung vom 24. Januar unterrichtet. Es ſind vor allem finanzielle und ſtaatspolitiſche Geſichtspunkte, die von dem Unterſtaatsſekretär Freund, als dem Referenten, geltend gemacht worden ſind: Es wäre eine Gefahr für das ganze Reich, wollte man an der breiten finanziellen Grundlage, die das jetzige Preußen darſtelle, rütteln und an die Stelle des ſtaatswirtſchaftlichen Großbetriebes Preußen eine Fülle von Kleinbetrieben ſetzen, deren jeder doch ſeine eigenen Miniſterien, Regierungen, Landratsämter und techniſchen Behörden haben müßte, was nicht nur eine Verteuerung, ſondern auch eine erhebliche Verſchlechterung der Verwaltung mit ſich bringen würde. Auf dieſem verengten Boden könnten die neuen Staatsgebilde keinesfalls den großen kulturellen und wirtſchaftlichen Aufgaben gerecht werden, die eben nur ein Staat auf breiter finanzieller Baſis im beſten Sinne löſen könne. Vor allem würde es den wirtſchaftlich zurückgebliebenen Landesteilen, wenn ſie auf eigenen Füßen ſtehen ſollten, unmöglich ſein, ihre kulturellen Aufgaben zu erfüllen.

Neben den finanziellen Geſichtspunkten führt die Regierung aber auch ſchwerwiegende nationalpolitiſche Gründe für ihre Anſicht ins Feld. Je größer die Zerſplitterung Deutſchlands durch eine Zerſchlagung Preußens werde, je ſchärfer ſich eine Trennung zwiſchen den weſtlichen und öſtlichen Gebietsteilen des ehemaligen Preußens herausbilde, um ſo leichter würde auf der einen Seite Frankreich, auf der anderen der neue polniſche Nachbar die neuen Teilſtaaten gegeneinander ausſpielen können und ſo Einfluß auf die innerdeutſchen Verhältniſſe gewinnen. Daß ein kleiner Oſtſtaat gegen die drohende Slawiſierung ſich nicht ſchützen könne, liege auf der Hand; er wäre ihr unrettbar verfallen. Nur das Zuſammenarbeiten auf breiter ſtaatlicher Grundlage könne ein Bollwerk gegen die einbrechende Slawenflut und eine wirkſame Germaniſierung ſchaffen. Von verhängnisvoller Wirkung müſſe es endlich in nationalpolitiſcher Beziehung ſein, wenn durch die Abtretung gewiſſer Provinzen von Preußen, die eine vorherrſchende Konfeſſion hätten, wie Rheinland und Weſtfalen, die konfeſſionelle Scheidewand zwiſchen evangeliſchen und katholiſchen Landesteilen verſchärft werde.

Das ſind doch ſehr ſchwerwiegende Bedenken, die gegen eine Aufteilung Preußens ſprechen. Dabei iſt noch gar nicht einmal der unſäglichen Schwierigkeiten gedacht, die eine Teilung in finanzieller und vermögensrechtlicher Hinſicht mit ſich bringen würde. Die Auseinanderſetzungskommiſſionen würden in einem ganzen Menſchenalter nicht fertig werden. Ebenſowenig iſt berückſichtigt, daß der vielberufene Paragraph 11 des Verfaſſungsentwurfs ein dauerndes Moment der Unruhe und der Zerſetzung in die deutſchen Verhältniſſe hineintragen würde. Wenn es jedem noch ſo kleinen Volksteil geſtattet ſein ſoll, ſich nach Belieben aus dem bisherigen Staatsverbande loszulöſen, um ſich mit einem oder mehreren anderen deutſchen Freiſtaaten zu vereinigen oder einen ſelbſtändigen Freiſtaat innerhalb des Reiches zu bilden, ſo iſt gar kein Ende einer itio in partes abzuſehen, und das Reſultat könnte nur zu leicht die volle Anarchie ſein. Man ſtelle ſich nur einmal vor, daß ſich Litauen aus Oſtpreußen, die Lauſitz aus Sachſen, die ehemaligen Fürſtentümer Ansbach und Bayreuth aus Bayern — warum ſollten dieſe Landſchaften nicht zu Preußen zurückſtreben, zu dem ſie ſo lange gehörten? — loslöſten, man erwäge die Möglichkeit, daß die einzelnen Freiſtaaten, um ſich abzurunden, nach dem Gute des Nachbarſtaates ſtreben und zu dieſem Zwecke eine wilde Agitation in ihn hineintragen, und man wird doch erſchrecken müſſen vor den Geiſtern, die ein gut gemeinter, aber in ſeinen möglichen Konſequenzen nicht überdachter Paragraph entfeſſeln könnte. Es iſt wirklich gut, daß der Entwurf zu einer proviſoriſchen Reichsverfaſſung dem möglichen Mißbrauch des Paragraphen 11 einen Riegel durch die Beſtimmung vorgeſchoben hat, daß der Gebietsbeſtand eines Freiſtaates nur mit ſeiner Zuſtimmung geändert werden kann.

Selbſtverſtändlich *müßten* alle dieſe Bedenken und Beſorgniſſe, ſo unendlich ſchwer ſie wiegen, überwunden werden, wenn es die Rückſicht auf den Zuſammenhalt der deutſchen Nation erforderte. Auch Fürſt Bismarck hat den Fall geſetzt, daß die vis major der Geſamtnationalität ſeine dynaſtiſche Mannentreue und perſönliche Vorliebe ſchonungslos vernichte. Er hat das prophetiſche Wort geſprochen: „Ich ſehe in dem deutſchen Nationalgefühl immer die ſtärkere Kraft überall, wo ſie mit dem Partikularismus in Kampf gerät, weil der letztere, auch der preußiſche, ſelbſt doch nur entſtanden iſt in Auflehnung gegen das geſamtdeutſche Gemeinweſen.“

In der Tat geht die Denkſchrift des Staatsſekretärs Preuß von der Vorausſetzung aus, daß gerade die Rückſicht auf die deutſche Einheit, auf die Herſtellung eines wirklichen deutſchen Volksſtaates, die Auflöſung Preußens in ſeine Teile, ſein Aufgehen in Deutſchland fordere. Er iſt der Anſicht, daß nur das Verſchwinden der preußiſchen Hegemonie in Deutſchland, das ohne das Verſchwinden des preußiſchen Einheitsſtaates unmöglich ſei, die partikularen Spannungen innerhalb Deutſchlands entkräften könne. Umgekehrt iſt die preußiſche Regierung der Anſicht, die logiſch allerdings begründeter erſcheint, daß die Bildung eines Dutzend neuer Partikularſtaaten aus dem preußiſchen Beſtande den ſchon beſtehenden Partikularismus nur noch vergrößern müſſe. Mit voller Energie beſtreitet die preußiſche Regierung auch den Satz des Staatsſekretärs Preuß, daß der Fortbeſtand einer einheitlichen Republik von 40 Millionen innerhalb einer Republik von zuſammen 70 Millionen Einwohnern ſchlechthin eine ſtaatsrechtliche, politiſche und wirtſchaftliche Unmöglichkeit ſei, und daß er, wenn er dennoch aufrechterhalten werde, einen ſtändigen Kampf zwiſchen dem Reiche und Preußen herbeiführen werde, der zur völligen Lähmung des Reiches führen müßte. Im Gegenteil vertritt die preußiſche Regierung die Anſchauung, daß von einer bedrohlichen Hegemonie

Preußens nicht mehr die Rede ſein könne, wenn ſie in demokratiſchem und nicht, wie früher, in reaktionärem Sinne ausgeübt würde.

Ich muß geſtehen, daß eine Entſcheidung über dieſe beiden, einander diametral gegenüberſtehenden Anſichten außerordentlich ſchwer fällt. Sicher iſt auf der einen Seite, daß zumindeſt wirtſchaftlich ein Großpreußen innerhalb Deutſchlands eine erdrückende Wirkung allerdings haben müßte, wenn nicht eine weitgehende, noch über den Rahmen des Verfaſſungsentwurfs hinausgreifende Zentraliſierung der wirtſchaftlichen Angelegenheiten von Reichs wegen ſtattfände. Ob auf der anderen Seite ſtaatsrechtlich und politiſch ein demokratiſch gerichtetes Preußen die hegemonialen Beſtrebungen des encien regime auch ohne ſeinen Willen wieder aufnehmen müßte, ſteht als eine Zukunftsfrage dahin. Aber einer ſolchen Entwicklung könnte doch wohl durch ſtärkere Palliativmittel, als ſie ſchon bei Preuß vorgeſehen ſind, vorgebeugt werden. Es verdiente vor allem die ſorgſamſte Überlegung, ob nicht bei gleichzeitiger möglichſter Dezentraliſierung in Preußen eine ſtärkere Zentraliſierung im Reiche möglich wäre, ohne damit die Gefahr einer Sprengung des Reichsverbandes heraufzubeſchwören. Mag auch der Einheitsſtaat noch auf lange hinaus ein Ideal bleiben, ſo ſollte doch nicht überſehen werden, daß in den Reihen der ſozialiſtiſchen Partei bis zu den Volksbeauftragten hinauf der Einheitsſtaat eine ſehr ſtarke Anhängerſchaft beſitzt. Es ließe ſich weiter erwägen, ob nicht ſchon eine Abtrennung derjenigen Provinzen, die erſt 1866 auf dem Wege der Gewalt und damit, ſagen wir es offen, des Unrechts, an Preußen gefallen ſind, und innerhalb deren eine wirkliche Volksbewegung zugunſten der Loslöſung beſteht — ſo viel ich ſehe, trifft das allein auf Hannover zu —, die Beſorgniſſe vor hegemonialen Tendenzen Preußens wirkſam zurückdrängen könnte. Alle dieſe Punkte werden der ſorgſamſten Erwägungen in der Nationalverſammlung bedürfen: lieber die Entſcheidung in einer ſo ungeheuer wichtigen Frage hinausziehen, als durch eine vorſchnelle Entſcheidung einen nie wieder gut zu machenden Schaden anrichten! Die von Meinecke befürchtete Gefahr, daß eine Volksvertretung Großpreußens, die radikaler zuſammengeſetzt wäre als die Deutſchlands, zum Störenfriede werden müßte, iſt ja durch den Ausfall der Preußenwahlen, der eine nahezu identiſche Zuſammenſetzung beider Verſammlungen gezeitigt hat, gegenſtandslos geworden. Zum erſten Male ſeit der Reichsgründung iſt das Feld frei für ein harmoniſches Nebeneinanderarbeiten und Zuſammenarbeiten des Reichsparlaments und der preußiſchen Landesverſammlung. Möge es gelingen, hier eine glückliche Löſung der Grundlage unſeres ganzen Verfaſſungslebens, des Problems Deutſchland-Preußen, zu finden. Es iſt eine Rieſenaufgabe; aber ſollte nicht eine Zuſammenfaſſung all der unendlichen geiſtigen Kräfte, die die Revolution entbunden hat, zu einer gedeihlichen, jeden Radikalismus vermeidenden Löſung reichen?

Bemerkungen zum Entwurf der Reichsverfaſſung

Von Prof. Dr. Friedrich Meinecke (Berlin)

II.

Man hat zuweilen jetzt den Eindruck, als ob die Erwägungen über die beſte Verfaſſung der deutſchen Republik und die Erwägungen über das, was unſerem Vaterlande in ſeiner jetzigen fürchterlichen, von Lebensgefahren aller Art bedrohten Lage Not tut, in zwei ganz verſchiedenen Regionen verlaufen. Verfaſſungsbeſtimmungen werden konſtruiert und diskutiert, als ob wir in leidlich ruhigen und geſetzten Verhältniſſen lebten, als ob der Einſturz unſeres alten ſtaatlichen Gebäudes nur eine willkommene Gelegenheit für tüchtige Architekten geliefert habe, einen modernen Neubau zu entwerfen. Und doch iſt nicht nur altes Gemäuer eingeſtürzt, ſondern der Boden ſelber wankt unter unſeren Füßen. Man muß das Elend, in das wir geraten ſind, rückſichtslos ausſprechen. Die Vorausſetzungen aller ſtaatlichen und ſozialen Neuordnung verſagen, der moraliſche Kitt des Volkslebens iſt brüchig geworden. Wir ſind bereit, dem Sozialiſierungsgedanken ſehr große Zugeſtändniſſe zu machen, — aber was hilft alle Sozialiſierung, wenn die ſozialgeſinnten Menſchen, die ſie vorausſetzt, nicht vorhanden ſind. Auf Gemeinſinn und Pflichtgefühl gründen ſich die Ideale des Sozialismus, — ſtatt deſſen ergehen ſich große Teile der Arbeiterſchaft in einem wilden und blinden Egoismus. Ihre unſinnigen Lohnforderungen und rückſichtsloſen Arbeitseinſtellungen bedrohen uns mit einer Kataſtrophe, die über alles bisher Erlebte hinausgeht. Unſer ſtolzes Volksheer iſt, von wenigen Anſätzen neuer Freiwilligen-Formationen abgeſehen, zu morſchen Trümmern zuſammengefallen. Wie bringen wir die Arbeiter wieder zur Arbeitspflicht, die Soldaten wieder zu Diſziplin und Subordination zurück? Wir ſind verloren, wenn jetzt die neue deutſche Demokratie verſagt, wenn ſich jetzt nicht der Wille der Volksgeſamtheit energiſch aufrafft und eine Regierungsform ſchafft, die wieder Halt und Zucht in unſere verlotterten Zuſtände bringt. Dies iſt die Grund- und Hauptforderung, die wir an das Verfaſſungswerk zu ſtellen haben.

Unſere Lage ſchreit nach einer aufgeklärten und energiſchen auf Volkswillen beruhenden Vertrauensdiktatur. Aber unſere heutigen Parteien haben, fürchte ich, nicht den politiſchen Weitblick und die entſagende Beſcheidenheit, um auf ein parlamentariſches Miniſterium, in dem ſie ihre verſchiedenen Führer unterbringen können, zu verzichten und ſich der Führung einer einzelnen Perſönlichkeit unterzuordnen. Ich ſchrecke nicht zurück vor dem Gedanken, daß dieſer Führer aus den Reihen der Mehrheitsſozialiſten entnommen werden könnte. Trägt er erſt die Laſt der ganzen Verantwortung und fühlt er ſich dabei frei von den täglichen Hemmungen des Parteizwanges, ſo wird er ſich nicht mehr als reiner Parteimann, ſondern als

Staatsmann fühlen und führen müſſen. Ihm wird es viel eher gelingen, als einem parlamentariſchen Miniſterium, das zu ſchaffen, was zunächſt von Nöten iſt: Eine kleine, aber zuverläſſige, ſtraff diſziplinierte bewaffnete Macht, die allem ſpartakiſtiſchen Unfug entgegengeworfen werden kann und unſere ſchwer bedrohten Oſtmarken ſchützt. Und nur eine ganz einheitliche und ſtarke Hand wird dann auch imſtande ſein, uns von der Mitregierung der Arbeiter- und Soldatenräte, dieſem Mauerſchwamm unſeres öffentlichen Lebens, dieſem Hohne auf alle echte und gerechte Demokratie zu befreien. Demokratie und Vertrauensdiktatur ſind auch keine Gegenſätze, die ſich ausſchließen, ſondern die Demokratie kann ſich heute nur dadurch durchſetzen und retten, daß ſie, indem ſie allen geſetzgeberiſchen Willen dem Volke und ſeiner Vertretung vorbehält, rückſichtslos dafür ſorgt, daß dieſer Wille auch ausgeführt und die geſetzliche Ordnung der Geſellſchaft wiederhergeſtellt werde. Mit freundlichem Zureden und wohlmeinend-nachgiebigen Verordnungen allein bringt man gewalttätige Minoritäten nicht dazu, ſich dem Mehrheitswillen des Volkes unterzuordnen. Sondern der Mehrheitswille braucht heute einen eiſernen Beſen, um ſich Reſpekt zu verſchaffen.

Das Problem der Exekutivgewalt iſt demnach das wichtigſte und dringendſte aller Verfaſſungsprobleme. Prüfen wir, wie es in dem Entwurfe der Reichsverfaſſung gelöſt wird. § 58 ſagt: „Der Reichspräſident wird vom ganzen deutſchen Volk gewählt.“ Gut und recht; nur dadurch erhält er die nötige Autorität gegenüber dem Volke und gegenüber etwaigen widerſtrebenden Minoritäten, mit denen wir auch in Zukunft leider werden rechnen müſſen. „Gewählt iſt“, heißt es weiter, „wer die Mehrheit von allen im Deutſchen Reiche abgegebenen Stimmen erhalten hat. Stellt ſich eine ſolche Mehrheit nicht heraus, ſo muß eine engere Wahl zwiſchen den beiden Bewerbern ſtattfinden, die die meiſten Stimmen erhalten haben.“ Gewiß iſt es zu wünſchen, daß der Reichspräſident ſich nicht bloß auf das Votum einer relativen, ſondern einer abſoluten Mehrheit des Volkes ſtützen kann. Aber Stichwahlen ſind und bleiben von Übel, verleiten zu unlauteren Geſchäften zwiſchen den Parteien, bringen kleine Parteien, die den Ausſchlag bei der Stichwahl geben können, zu ganz unverhältnismäßigem Einfluſſe, verfälſchen alſo letzten Endes das Wahlreſultat. Wir halten es für richtiger, die Wahl des Präſidenten durch einen Wahlgang, alſo möglicherweiſe auch nur durch eine relative Mehrheit (die aber nicht unter $^{2}/_{5}$ der abgegebenen Stimmen ſinken dürfte), entſcheiden zu laſſen. Das zwingt die Parteien dazu, von vornherein ſich untereinander zu verſtändigen und die Zahl der Kandidaten zu beſchränken.

Wichtiger aber noch iſt die Abſteckung der Rechte der Exekutivgewalt gegenüber dem aus Volkshaus und Staatenhaus zuſammengeſetzten Reichstage. Es iſt ganz in der Ordnung, daß die Geſetzgebung ſelbſt dem Reichstage, die Initiative aber, das Recht, Geſetze vorzuſchlagen, nicht nur beiden Häuſern des Reichstages, ſondern auch der Reichsregierung zuſteht (§ 51), — denn die wertvolle und unentbehrliche legislatoriſche Vorarbeit der Reichsämter darf nicht ausgeſchaltet, muß verfaſſungsmäßig anerkannt werden. Ein abſolutes Veto kann der Präſident einer Republik gegenüber dem übereinſtimmenden Willen der beiden geſetzgebenden Körperſchaften nicht beanſpruchen. Der § 60 gibt ihm nun für den Fall, daß eine Übereinſtimmung beider Häuſer über eine Geſetzesvorlage nicht zuſtande kommt, das Recht, eine Volksabſtimmung darüber herbeizuführen,. Man müßte ihm dieſes Recht auf jeden Fall, alſo auch gegen übereinſtimmende Beſchlüſſe beider Häuſer geben, damit in ernſten und ſchweren Fragen auch ſein gewichtiges Votum beim Volke, das die letzte Entſcheidung zu fällen hat, in die Wage falle. Mit den einzelnen Regierungsrechten, die dem Präſidenten durch §§ 59 und 60 bis 64 zufallen und mit den Einſchränkungen, die ſie dabei zugleich erhalten, bin ich einverſtanden. Aber die Einſchränkungen, die die Regierungsgewalt des Präſidenten im allgemeinen durch die §§ 68—71 erleidet, drohen uns um alle Vorteile einer ſtarken plebiszitären Exekutivgewalt zu bringen. Es handelt ſich um die Bildung der eigentlichen Reichsregierung, um die Ernennung der Miniſter. § 69 beſtimmt, daß der Reichskanzler und auf deſſen Vorſchlag die Reichsminiſter vom Reichspräſidenten ernannt werden, § 71 fordert, daß Reichskanzler und Reichsminiſter zurückzutreten haben, wenn ihnen das Volkshaus durch einen ausdrücklichen Beſchluß das Vertrauen entzieht. Zwei verſchiedene Syſteme ſind hier miteinander vermiſcht, das amerikaniſche und das franzöſiſche. Das amerikaniſche Syſtem, auf dem Gedanken der Gewaltentrennung aufgebaut, läßt die Exekutivgewalt geradlinig aus dem Volkswillen hervorgehen und konzentriert ſie im plebiszitären Präſidenten, der durch die von ihm ausgewählten, ihm verantwortlichen Staatsſekretäre regiert. Das franzöſiſche Syſtem gibt die Regierungsgewalt den aus der jeweiligen Mehrheit des Parlaments hervorgehenden Miniſterien. Wohl iſt nun zuzugeben, daß das amerikaniſche Syſtem die Exekutive und Legislative gar zu ſchroff trennt. Ein Kontakt zwiſchen beiden iſt durchaus wünſchenswert, kann aber ſchon dadurch hergeſtellt werden, daß der Präſident neben Nichtparlamentariern auch Parlamentarier in ſein Miniſterium beruft. Nicht aber iſt wünſchenswert, daß er ſein ganzes Miniſterium nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit des Volkshauſes bildet und wieder entläßt. Damit geht ſeine Macht ſofort verloren an das Parlament, — obgleich er doch auf einen ebenſo ſtarken Machtgrund im Volkswillen ſich berufen kann, wie das Parlament. Das Volk will aber, wenn es ſeinen Präſidenten direkt wählt, keinen ſchwachen, ſondern ſtarken Präſidenten, und jeder vom Volke gewählte Präſident muß den Ehrgeiz haben, dies Vertrauen zu rechtfertigen und ſo zu regieren, wie das Volk es will. Er wird es ſchon tun, um ſeine Wiederwahl zu ermöglichen. Und er wird freier und ungehinderter dem Geſamtintereſſe des Volkes dienen, feſter und ſicherer die große Linie des Handelns durchführen, als ein durch parlamentariſche Rückſichten auf Schritt und Tritt gebundenes Miniſterium. Wir haben nun einmal nicht jene feſten Mehrheitsverhältniſſe und jene politiſch geſchulten Parteien, die auch einem parlamentariſchen Miniſterium die nötige Stabilität geben können. Und wann wären ſie nötiger geweſen als heute?

Die Verbindung des amerikaniſchen und franzöſiſchen Syſtems bringt nun aber einen inneren Zwieſpalt in die Regierungsgewalt hinein und entfeſſelt zwangsläufig einen Kampf der Kräfte miteinander, eine Rivalität zwiſchen dem Reichspräſidenten und den wechſelnden Mehrheiten des Volkshauſes, die in unſerer Lage verhängnisvoll werden kann. Und dieſe Rivalität wird noch mehr verſchärft und zugleich kompliziert dadurch, daß zwiſchen den Reichspräſidenten und das vom Volkshauſe abhängige Miniſterium noch ein Reichskanzler eingeſchoben wird, der ebenfalls vom Vertrauen der Volkshausmehrheiten abhängen ſoll. Dieſer Reichskanzler iſt doch offenbar gedacht als ſtaatsmänniſche Perſönlichkeit erſten Ranges. Eine ſolche ſoll auch der Reichspräſident ſein. Sofort ſieht man nun, wie die Dinge ſich entwickeln werden. Der Reichspräſident, ſtark durch das Vertrauensvotum der Volksmehrheit, der Reichskanzler, ſtark durch das Vertrauen der ihn ſtützenden Volkshausmehrheit, werden ganz unmittelbar und perſönlich um die Macht miteinander ringen müſſen, wenn ſie beide die Kerle ſind, die wir brauchen. Es kann wohl auch einmal gut gehen, wenn es dem Reichspräſidenten bei der Auswahl des Reichskanzlers gelingt, eine Perſönlichkeit zu finden, die ihm das iſt, was ein guter Generalſtabschef ſeinem Generale iſt. Aber ein Reichskanzler, der an der Spitze eines Miniſteriums ſteht, will doch und muß mehr ſein als ein bloßer Generalſtabschef. Allein ſchon die ſtolze Tradition des Namens, den er trägt, muß ihn antreiben, das Heft ganz in die Hand zu bekommen und den Reichspräſidenten auf die beſcheidene Rolle eines dekorativen Repräſentanten zurückzudrängen. Da wird dann der Reichspräſident, um dem vorzubeugen, nur zu leicht der Verſuchung erliegen, eine möglichſt bequeme, gefügige und unſelbſtändige Perſönlichkeit zum Reichskanzler auszuwählen. Womit uns erſt recht nicht gedient iſt.

Alſo laſſe man den Reichspräſidenten getroſt ſeinen eigenen Reichskanzler ſein. Warum ſoll man ihm nicht auch, ſtatt des nüchternen Titels eines Reichspräſidenten, den für unſer deutſches Ohr voller tönenden und beziehungsreicheren eines deutſchen Reichskanzlers geben? Eine ſtarke und einheitliche Reichskanzlergewalt an der Spitze der deutſchen Republik, das wäre das richtige organiſche Band zwiſchen Vergangenheit und Zukunft unſeres nationalen Daſeins. Wir haben die monarchiſche und obrigkeitliche Baſis der Regierungsgewalt erſetzt durch die Baſis der Volksſouveränität, und wir müſſen dies, wenn wir alle Entwicklungskräfte und Machtverhältniſſe nationaler und univerſaler Art richtig einſchätzen, als ein endgültiges und unwiderrufliches Ereignis, ſei es mit Reſignation, ſei es mit innerer Zuſtimmung, buchen. Aber das heißt nun nicht, daß wir uns einen völlig neuen Staat ſchaffen könnten und müßten. Alle guten und bewährten Errungenſchaften unſerer monarchiſchen Vergangenheit haben wir, ſoweit ſie mit der neuen Baſis der Volksſouveränität zu vereinigen ſind, aufs ſorgfältigſte zu bewahren. Und zu dieſen gehört in allererſter der Bismarckſche Gedanke der kraftvollen Reichskanzlerſchaft. Er ſchuf ſie in dem Gefühle, daß die Geſchicke einer großen Monarchie nicht gar zu ſehr abhängen dürften von den guten oder ſchlechten Eigenſchaften des jeweiligen Monarchen, daß die Monarchie ſich ergänzen und ſtützen müſſe durch eine ſtärkere Premierminiſterſchaft. Unſere Monarchie iſt weſentlich mit daran zugrunde gegangen, daß ſie dieſe Stütze verfallen ließ, daß ſie das Reichskanzleramt ſich nicht frei und ungehindert auswirken ließ, daß ſie in ihren letzten Zeiten zwei Regierungen ſtatt einer walten ließ. Der neue demokratiſche Volksſtaat mag ſich hieraus eine Warnung entnehmen. Auch er bedarf einer Ergänzung ſeiner natürlichen Schwächen. Der ſchwache Punkt der Monarchie liegt in den Schwankungen, die durch die wechſelnden Fähigkeiten des Monarchen verurſacht werden. Der ſchwache Punkt der Republik liegt in den Schwankungen, die durch die wechſelnden Strömungen der Parlamentsmehrheiten verurſacht werden. Man kann ſolche organiſchen Schwächen niemals ganz aus der Welt ſchaffen, weil ſie untrennbar verknüpft ſind mit den Vorzügen der Syſteme. Aber man kann ſie einſchränken. Auch der demokratiſche Volkswille hat alle Veranlaſſung, ſich ſelbſt Schranken zu ſetzen durch eine von ihm gewählte ſtarke Exekutivgewalt. Auch dieſe iſt der Gefahr des Mißbrauchs ausgeſetzt, — aber auch dieſe Gefahr iſt in der Demokratie leicht einzuſchränken. § 73 des Preuß'ſchen Entwurfes ſagt: „Vor Ablauf der (ſiebenjährigen Amts-)Friſt kann der Reichspräſident auf Antrag des Reichstags durch eine Volksabſtimmung abgeſetzt werden. Für den Beſchluß des Reichstags gilt das gleiche wie für Verfaſſungsänderungen (Zweidrittelmehrheit). Nach dem Beſchluß iſt der Reichspräſident an der Ausübung des Amts verhindert. Die Ablehnung der Abſetzung durch die Volksabſtimmung gilt als Wiederwahl." Wir billigen es, daß der Reichstag dieſe wuchtige Waffe gegen den Reichspräſidenten in die Hand bekommt. Der Reichspräſident iſt dadurch ſchon völlig hinreichend gezwungen, im großen und ganzen homogen mit dem Parlamente zu regieren und ſchwerere Konflikte mit ihm zu vermeiden. Jede weitere Feſſel, die man ihm anlegt, hindert ihn, ſich frei und fruchtbar auszuwirken in ſeinem hohen und verantwortungsvollen Vertrauensamte.

Die Rückwirkung der deutſchen Umwälzungen auf Finnland

Von Dr. K. S. Laurila.

Der Zuſammenbruch Deutſchlands und die damit zuſammenhängenden Umwälzungen haben tiefgreifende Rückwirkungen auch in Finnland zur Folge gehabt. Allerdings nicht ſolche wie in einigen anderen Ländern, wo die Deutſchen nach ihrem Fall über Nacht aus hochgeachteten Beſchützern, Verbündeten und Freunden in läſtige Fremdlinge, wenn nicht gar in Feinde verwandelt worden zu ſein ſcheinen, denen ſchleunigſt ein Laufpaß und zum Abſchied womöglich noch ein Fußtritt gegeben wird. In Finnland iſt vielmehr die Volksſtimmung Deutſchen und Deutſchland gegenüber unverändert geblieben. Die Sympathie und Dankbarkeit für die von Deutſchland bei der Abwehr des Bolſchewismus geleiſtete Hilfe ſind nach dem deutſchen Zuſammenbruch nur noch mit beſonderer Stärke und Wärme zum Ausdruck gekommen, wie die zahlreichen überaus warmen Kundgebungen beim Abzug der deutſchen Truppen aus Finnland es ſo überzeugend dargetan haben. Aber das praktiſche Verhältnis zu Deutſchland konnte nach der total veränderten politiſchen Weltkonſtellation nicht mehr das alte bleiben. Es mußte anders werden, unabhängig von dem Willen und den Wünſchen des finniſchen Volkes ſchon deshalb, weil Deutſchland ſeinerſeits das alte Verhältnis zu Finnland nicht mehr aufrechterhalten konnte, nach der innerpolitiſchen Umwälzung vielleicht auch nicht wollte.

Die Rückwirkungen der deutſchen Umwälzungen in Finnland beſchränken ſich aber nicht allein auf die außenpolitiſche Stellung des Landes, ſondern haben mittelbar auch innerpolitiſche Änderungen hervorgerufen, u. a. auch eine Neugruppierung der politiſchen Parteien.

Die Parteigruppierung in Finnland war allerdings ſchon lange in wichtigen Punkten veraltet, auf überwundenen, ſchon vielfach bloß der Vergangenheit angehörenden Streitfragen beruhend. Dieſer Anachronismus wird nun durch die erfolgte Neugruppierung zu einem weſentlichen Teil beſeitigt.

Es gab ja in Finnland bis jetzt fünf politiſche Hauptparteien: die altfinniſche und die jungfinniſche, die ſchwediſche, die ſozialdemokratiſche und den Kleinbauernbund. Von dieſen bleiben die ſchwediſche und die ſozialdemokratiſche Partei, welche letztere bei dem roten Aufruhr eigentlich einen moraliſchen Selbſtmord begangen hat, von der Neugruppierung im weſentlichen unberührt. Auch der Kleinbauernbund dürfte nur verhältnismäßig wenig von der Neugruppierung berührt werden. Dieſe bezieht ſich hauptſächlich auf die altfinniſche und die jungfinniſche Partei, die beide jetzt aufgehört haben zu exiſtieren und nicht allein unter neuen Namen, ſondern auch in weſentlich neuer Zuſammenſetzung und mit neuen Programmen wieder auferſtanden ſind als nationale Koalitionspartei und nationale Fortſchrittspartei.

Die bis jetzt beſtandene Zweiteilung der finniſchen Partei ſtammte ja aus der Jahrhundertwende, der Periode der ſchlimmſten Ruſſifizierungspolitik. Allerdings war ja die finniſche Partei ſchon ſeit Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts in zwei Flügel geteilt, von denen der kleinere, linksſtehende, radikalere Neuerungen und überhaupt modernen Freiſinn vertrat, der größere rechte Flügel wiederum ſtärker für finniſch-nationale Beſtrebungen, für Wahrung der religiöſen Lebensgrundlagen und überhaupt für ſtaatserhaltende Politik eintrat. Dieſe Gruppierung wurde aber in den Stürmen der Ruſſifizierungsperiode während der brutalen Gewaltherrſchaft Bobrikows über den Haufen geworfen, und die verſchiedene Stellungnahme zu der Ruſſifizierungspolitik wurde zum entſcheidenden Grund der Parteibildung. Auf dieſer Grundlage gruppierten ſich damals zu der jungfinniſchen Partei alle die ſogenannten „Konſtitutionellen", d. h. diejenigen, die prinzipteu und unerſchütterlich an den Rechten Finnlands feſthalten und der Ruſſifizierung unerbittlichen, wenigſtens paſſiven Widerſtand, — denn ein aktiver Widerſtand war ja meiſtens ausgeſchloſſen, — leiſten wollten. Die altfinniſche Partei war wiederum zu Verhandlungen und Kompromiſſen geneigt und hoffte durch kluge Konjunkturpolitik die weſentlichen Daſeinsgrundlagen des finniſchen Volkes beſſer bewahren zu können.

Dieſer Trennungsgrund war nun ſchon ſeit geraumer Zeit hinfällig geworden, und es fehlte nur noch an einem äußeren Anſtoß, um die innerlich unhaltbar gewordenen Parteiformationen zu zerbrechen. Dieſen Anſtoß gaben der Zuſammenbruch Deutſchlands und die damit eingeleiteten Weltereigniſſe.

Die Neugruppierung der finniſchen Parteien iſt in der Weiſe erfolgt, daß zunächſt die jungfinniſche Partei auf ihrem Parteikongreß Anfang Dezember ſich in zwei ungefähr gleich große Hälften ſpaltete und ſich darauf auflöſte. Die eine Hälfte, deren Organ die Zeitung „Helſingin Sanomat" iſt, konſtituierte ſich nachher als nationale Fortſchrittspartei und erhielt einige wenige Zuzügler aus der altfinniſchen Partei. Die andere Hälfte ſchloß ſich mit der ungeteilten altfinniſchen Partei und mit, wie es ſcheint, ziemlich zahlreichen Zuzüglern aus dem Bauernbund und aus anderen kleinen Fraktionen zu der großen nationalen Koalitionspartei zuſammen.

Für dieſe Neugruppierung ſcheinen hauptſächlich drei Gründe maßgebend geweſen zu ſein. Der erſte und wohl der nächſte Trennungsgrund war die Verfaſſungsfrage. Der nationalen Koalitionspartei haben ſich alle diejenigen Kreiſe angeſchloſſen, die in der Verfaſſungsfrage für die Monarchie eingetreten waren. Die neuen Fortſchrittler dagegen ſind wohl ausnahmslos Republikaner. Weiter finden ſich in den Reihen der nationalen Koalitionspartei zuſammen alle entſchieden deutſchfreundlichen finniſchen Kreiſe, diejenigen, welche vom Anbeginn des Weltkrieges an die Rettung Finnlands durch den Sieg Deutſchlands gewünſcht und gehofft und in dieſem Sinne u. a. auch die Bildung der finniſchen Freiwilligenlegion in Deutſchland, des finniſchen Jägerbataillons 27 in der preußiſchen Armee, unterſtützt oder gar gefördert hatten. Zu der nationalen Fortſchrittspartei dagegen fühlen ſich offenbar angezogen alle diejenigen, welche ſich der Jägerbewegung und der ganzen deutſchen Orientierung gegenüber entweder ſkeptiſch oder mißbilligend verhielten und geheim oder offen ententefreundlich geſinnt waren.

Aber dieſe beiden Trennungsgründe, eine ſo große Rolle ſie auch bei der jetzt vollzogenen Parteigruppierung tatſächlich geſpielt haben mögen, könnten doch für die Zukunft keine haltbare Grundlage der Parteigruppierung bilden, weil ſie beide ſchon jetzt der Vergangenheit angehören oder ihr wenigſtens demnächſt angehören werden. Soll die neue Parteigruppierung beſtehen bleiben, ſo muß es alſo noch einen weiteren Trennungsgrund geben, der über den gegenwärtigen Zeitpunkt hinaus ſeine Gültigkeit behält. Einen ſolchen Trennungsgrund gibt es tatſächlich auch, und er beſteht in einer verſchiedenartigen Stellungnahme zum Bolſchewismus oder zum Umſturz überhaupt. Und hierin liegt tatſächlich der tiefſte Grund der jetzt vollzogenen Neugruppierung. Die Koalitionspartei möchte eine ſtarke geſchloſſene bürgerliche Front zum Schutz der geſellſchaftlichen Ordnung aufrichten und überhaupt energiſche ſtaatserhaltende und bewährte ſittliche und Rechtsgrundlagen ſtaatlichen Lebens bewahrende Politik führen, und mit dem Bolſchewismus nicht paktieren. Die Fortſchrittspartei wiederum ſcheint mehr zu Kompromiſſen und Verhandlungen geneigt, ſie möchte offenbar nicht den Demos vor den Kopf ſtoßen, ſondern glaubt durch Entgegenkommen und durch ein möglichſt weitgehendes Eingehen auf deſſen Forderungen und Wünſche ſeine „wilden Triebe" beſänftigen zu können. Den Gegenſatz einfach mit den alten Schlagworten konſervativ-liberal bezeichnen, trifft nicht ganz den Kern der Sache. Denn erſtens iſt es ja auch das Endziel der Fortſchrittspartei, den Staat und die Grundlagen einer geſunden ſtaatlichen Ordnung zu bewahren und zweitens iſt wiederum auch die Koalitionspartei durchaus nicht gegen Fortſchritt und Reformen. Vielmehr werden wohl die ſachlichen Reformprogramme im großen und ganzen ungefähr dieſelben ſein. Aber der Geiſt, in dem die Reformen vorgenommen werden, iſt verſchieden.

Wie großen Anhang die beiden Parteien gewinnen werden, iſt natürlich im Augenblick ſchwer zu prophezeien. Man kann nur feſtſtellen, daß die Koalitionspartei wenigſtens ihr Leben beginnt als große Partei, denn ſie umfaßt ja die ganze altfinniſche Partei, die ſchon ohnehin die größte bürgerliche Partei war, und ungefähr die Hälfte der aufgelöſten jungfinniſchen Partei nebſt Zuzüglern von verſchiedenen Seiten. Aber die Fortſchrittspartei kann darauf rechnen, Eroberungen in den Grenzgebieten der bürgerlichen und ſozialdemokratiſchen Welt, vielleicht ſogar in der augenblicklich desorganiſierten ſozialdemokratiſchen Partei zu machen. Jedenfalls kann ſie dieſe linksſtehenden Kreiſe als Reſervemacht benutzen, die man gelegentlich gegen andere bürgerliche Parteien ausſpielen kann.

Im Zuſammenhang der Neugruppierung der politiſchen Parteien iſt auch im Zeitungsweſen Finnlands eine bedeutungsvolle Änderung geſchehen. „Uuſi Suometar", die älteſte finniſche Zeitung Finnlands, die eben ihr 50. Lebensjahr vollendet hatte, hat aufgehört zu exiſtieren, ebenſo wie das vor erſt anderthalb Jahren gegründete Spezialorgan der finniſchen Selbſtändigkeitsbewegung „Uuſi Päivä", und beide ſind zuſammengeſchlagen zu einem großen, zweimal täglich erſcheinenden (bis jetzt gab es in Finnland keine zweimal täglich erſcheinende Zeitung) Blatte, das den Namen „Uuſi Suomi" (das neue Finnland) hat und das Hauptorgan der neuen Koalitionspartei ſein ſoll. Da die neue Zeitung über ungewöhnlich reichliche materielle und geiſtige Mittel verfügen ſoll, verſpricht ſie ein großes politiſches Blatt zu werden.

Die Revolution der Geiſtigen

Von Dr. jur. Paul Schiemann

Der Haß gegen das Bürgerliche ward nicht nur im Proletariat geſponnen, nicht nur im Drucke wirtſchaftlicher Verknechtung. Das Böſeſte, was über den Bürger geſprochen und geſchrieben wurde, entſtand in einer Auflehnung geiſtiger Unbürgerlichkeit im Caféhauſe der Bohème. Wie haben wir ihn gehaßt, den Satten, den Feiſten, den Selbſtzufriedenen, den Spießer! Sadiſtiſche Phantaſien ſchwelgten in Strafgerichten der Zukunft. Eine neue Zeit mußte anbrechen, die den Bürger aus ſeinem Lehnſtuhl werfen und mit ihm einer verlogenen Kultur und Geſellſchaftsordnung ein Ende machen würde.

Die neue Zeit iſt da. Der Bürger ſteht zitternd hinter ſeinem Lehnſtuhl, und derbe Arbeiterfäuſte rütteln an den Fundamenten, auf denen ſein Leben aufgebaut war.

Wo ſtehen nun wir?

Die bürgertumfeindlichen Arbeiter des Schrifttums, des Theaters, der Kunſt?

Die Revolutionäre des Caféhauſes. Die Umſtürzler aus Schwabing und Friedenau?

Die Revolution iſt nicht von den Geiſtigen gemacht. Das bißchen Einfluß, das einige Simpliziſſimus-Bilder und Geſchichten, ein paar Romane und Verſe auf die Revolutionierung des Volkes geübt haben mögen, läßt ſich mit dem Verdienſte nicht meſſen, das auch der kleinſte Gewerkſchaftsführer an den Ergebniſſen des

9. November ſich zuſchreiben darf. Das ſollten vor allem diejenigen ſich geſagt ſein laſſen, die ſtolz auf den eigenen, unentwegten Radikalismus das gut bürgerliche Verantwortlichkeitsgefühl verdienter proletariſcher Vorkämpfer, wie Ebert und Scheidemann, verhöhnen zu dürfen meinen.

Wenn irgendwer einen Grund hat, in der heutigen Zeit beſcheiden zu bleiben, ſo iſt es der revolutionäre Bohèmien, der Bürgerfeind aus der Literatur und aus der Kunſt. Ob er nun in Pazifismus oder in Futurismus oder in ſonſt irgendeinem der Bürgerlichkeit fremd gebliebenen Ismus Lorbeer gepflückt zu haben glauben möge. Dem Proletariat waren ſie alle fremd. Ja, man darf wohl ſagen, daß der Bohèmien, der ja nur eine Abzweigung des Bürgertums iſt, vom ſozialiſtiſchen Standpunkte aus eine im höheren Maße paraſitäre Erſcheinung iſt, als die des Bourgeois. Wenn deshalb der geiſtige Revolutionär im gegenwärtigen Augenblicke eine Aufgabe erfüllen zu können meint, ſo kann es jedenfalls nicht die ſein, ſich in die Reihe der Sieger zu ſtellen und die fortſchreitende Revolutionierung mit aufmunternden Bravorufen oder hetzeriſchen Spottreden zu begleiten. Er muß ſich vielmehr über die Gründe klar werden, die ihn zu der revolutionären Haltung gegenüber dem Bürgertume veranlaßten. Er muß ſich darauf beſinnen, daß es ganz beſtimmte geiſtige und ſittliche Güter waren, die unſerem Empfinden nach vom kapitaliſtiſchen Zeitalter nicht genügend gewertet wurden. Daraufhin wird er ſich fragen müſſen, ob denn die neue Zeit bereits genügende Sicherheit für eine richtigere Einſchätzung dieſer Güter bietet.

Aber das Spieleriſche unſeres Äſthetentumes beharrt in alter Gedankenloſigkeit, und wie es früher ſich gleichzeitig für Tolſtoi und Nietzſche, für Strindberg und Oskar Wilde zu erwärmen vermochte, ſo glaubt es heute Bolſchewismus mit Pazifismus, Räte-Regierung mit Freiheit, Bürgerhaß mit Selbſterhaltung verbinden zu können. Was in den letzten Wochen von unſeren Intellektuellen an Mißverſtändnis der aus Rußland her drohenden Gefahr für die Revolution geleiſtet worden iſt, überſchreitet bei weitem ſelbſt das Maß der im Caféhauſe üblichen Unbefangenheit. Der Gedankengang, der zu dieſer Koketterie mit dem Bolſchewismus geführt hat, liegt nahe. Jedermann ſpricht gegenwärtig von der ruſſiſchen Gefahr, jede Zeitung weiß von irgendwelchen Greueln aus Petersburg oder Moskau zu erzählen. Da muß der Nicht-Philiſter natürlich von Mißtrauen erfüllt werden und — das Gegenteil behaupten. Der ganz Strebſame ſchlägt etwa noch eine Broſchüre von Lenin oder Trotzki auf und findet darin, daß dieſe braven Leute nichts weiter wollen, als Marxſche Theorien in die Praxis umſetzen. Und wenn man in der Bohème auch Marx nicht zu leſen pflegt, ſo weiß man doch, daß er ein Mann gut revolutionären Geiſtes war, und man lacht der Wehleidigkeit, die ſich über das Bürgerblut entſetzt, das ihm zu Ehren gefloſſen iſt oder fließen ſoll.

Wer wirklich den Bolſchewismus als eine Strömung unſeres Jahrhunderts kennenlernen will, der muß Tolſtoi nicht nur als Dichter, ſondern auch als Prediger einer kulturfeindlichen Askeſe ſtudieren. Der muß das bolſchewiſtiſche Regiment in der Praxis als folgerichtiges Reſultat aſiatiſcher Denkweiſe kennenlernen. Der muß ſich in den Geiſt des ruſſiſchen Machtbegriffes verſenken, der zu allerletzt vor geiſtigen Werten Halt macht. Der muß den Unterſchied fühlen zwiſchen einer Deſpotie des Großen Kurfürſten und Peters des Großen, um zu verſtehen, was bolſchewiſtiſche Diktatur iſt und was ſie dem deutſchen Volke bringen muß.

Wenn der freie Künſtler und geiſtig Schaffende ſich mit Recht darüber beklagt, daß ihm das Beſte ſeiner Perſönlichkeit von oberflächlicher Genußſucht, Gleichgültigkeit und Verſtändnisloſigkeit des Philiſtertums verkümmert wurde, ſo ſoll er ſich deſſen bewußt ſein, daß die Diktatur des Proletariats ſeine Perſönlichkeit überhaupt nicht anerkennt, ſondern die willenloſe Anſchmiegung an den Gedankengang und die Geſchmacksrichtung der breiteſten Maſſe als ſittliche und ſoziale Pflicht fordert. Der bolſchewiſtiſche Kultusminiſter Lunatſcharski hat es als einzigen Wertmeſſer für die Kunſt hingeſtellt, ob ſie dem Proletarier etwas zu bieten vermöge oder nicht. Die Künſtler des proletariſchen Staates ſollen in Zukunft (für den Augenblick werden aus Opportunitätsgründen ebenſo wie beim Techniker noch Ausnahmen gemacht) auf das feſte Gehalt des Durchſchnittsarbeiters geſtellt werden. Dafür gehören ihre Werke dem Staat. Entſprechen die Leiſtungen nicht den Anſprüchen des Proletariats, ſo wird dem Genoſſen Künſtler gekündigt, und er muß in die Reihe der Handarbeiter zurückkehren. Wenn er als ſolcher nicht ſeine täglichen Arbeitsſtunden abdient, verliert er das Recht auf Ernährung und Wohnung, die ihm nach Ermeſſen und Wahl des proletariſchen Rates angewieſen wird.

Das Drama der Zukunft denkt Lunatſcharski ſich derart, daß einer Proletarierverſammlung ein beſtimmter literariſcher Stoff zur gemeinſamen Verarbeitung vorgelegt wird. Die Zuſammenſchweißung der aus dieſer Arbeit entſtehenden Szenen zum Theaterſtück iſt die Aufgabe des ſtaatlich gelohnten Dichters. Auch der Schauſpieler ſoll nach Möglichkeit vom Proletarier abgelöſt werden, oder zum wenigſten von ihm ſeine künſtleriſchen Richtlinien erhalten.

In allen Fragen der Wiſſenſchaft muß der proletariſchen Majorität von Laufburſchen, Scheuerfrauen und Schuldienern der vorherrſchende Einfluß eingeräumt werden.

Nur wer Rußland nicht kennt, kann an dem kulturzerſtöreriſchen Charakter des Bolſchewismus zweifeln. Nur wer Rußland und das Weſen ruſſiſcher Kultur lediglich aus einigen Literaturwerken kennengelernt hat, kann ſich durch die Tatſache, daß Maxim Gorki ſich von erbitterter Gegnerſchaft zum Anhänger Lenins durchgearbeitet hat, kopfſcheu machen laſſen. Was Gorki vom Bolſchewismus abſtieß, war die äußere Form, der blutrünſtige Aktivismus, die Unduldſamkeit und die kriminaliſtiſche Durchſetzung des bolſchewiſtiſchen Regimes. Es war nicht das Bangen um die Erhaltung der Gegenwartskultur. Er drückt das milde aus. In ſeinem Aufruf „An das ruſſiſche Volk und die Intellektuellen" ſagt er: „Wir Ruſſen ſind eine Nation, die mit Recht als in der Kultur zurückgeblieben gilt. Wir ſind eine Nation ohne Traditionen und daher kühner, vulgärer, nur wenig durch Schichtungen der Vergangenheit gebunden." Für das Verſtändnis des Europäers muß das deutlicher geſagt werden.

Die gegenwärtige Kultur Rußlands iſt der Geſamtheit des Volkes überhaupt fremd geblieben. Sie wurzelt weder im nationalen Empfinden der Intelligenz, noch in dem der Maſſen. Seitdem Peter der Große dem halbmongoliſchen Reiche die äußeren Formen der europäiſchen Kultur aufzwang, iſt es die Tragik der ruſſiſchen Nation geweſen, daß ſie in innerem Widerſpruch zu ihrer Kultur ſtand. Nach der kurzen Epoche einer ausſchließlich in den Händen der europäiſierten Ariſtokratie liegenden Literatur, deren Weſensart in Puſchkins und Lermontows Beyronismus zutage trat, war das ganze ruſſiſche Schrifttum von Bjelinski bis Doſtojewski nur ein einziger großer und ſchmerzensvoller Proteſtſchrei wider die Kultur Europas, die dem Seelenleben und der Gedankenrichtung des ruſſiſchen Volkes zuwiderlief. Und wenn es in den Jahren 1914 bis 1917 eine vom ruſſiſchen Volke mitempfundene Kriegsideologie gab, ſo war es die Ideologie einer Abſchüttelung des europäiſchen Kulturjoches, die ſich hinter dem Schlagworte einer „Befreiung von deutſcher Gewaltherrſchaft" barg. Dieſe Ideologie findet im Bolſchewismus ihre Krönung. Es muß die geſamte Kultur des Landes zerſtört werden, um den Boden frei zu machen für eine neue wahrhaft ruſſiſche Kulturſaat, die vom Volk ſelbſt, das vom Weſten noch nicht infiziert iſt, geſtreut werden ſoll.

Ob eine derartige Hoffnung erfüllbar iſt, ob Europa den Rückfall eines ſo gewaltigen Teiles der Welt in die Anfangsſtadien kultureller Entwicklung zulaſſen kann und wird, das iſt eine Frage, die hier nicht unterſucht werden ſoll. Es handelt ſich nur darum, zu erkennen, daß die niederreißende Arbeit des Bolſchewismus gerade aus der Sehnſucht nach eigener nationaler Kultur die beſte Kraft erhält.

Ganz anders liegt die Frage für Deutſchland, das doch zweifellos ſeine eigene im Volksleben wurzelnde Literatur, Kunſt und Lebenskultur ſchon hat, die vielleicht der Erneuerung, ſicher der Verbeſſerung, bedarf, die aber ganz zu vernichten ſelbſtmörderiſch wäre. Der aſiatiſche Drang nach Gewalt, der Rußland ebenſo wie ſeine mongoliſchen Vorgänger ſtets ausgezeichnet hat, ſtrebt nach einer Weltordnung, die nicht nur die Ruſſen, ſondern die ganze Welt nötigt, den Kulturaufbau neu zu beginnen und die geſamte Vergangenheit auszuſtreichen.

Es fragt ſich doch, ob unſere geiſtigen Revolutionäre ganz genau wiſſen, was ſie tun, wen ſie in bezug auf eine Bewegung, die planmäßig durch Mord und Gewalt Deutſchland auf die primitivſten Anfänge kulturellen Lebens zurückbringen will, den Standpunkt der Paſſivität empfehlen und über die „Bluthunde" zetern, die ſolchem Beginnen mit Waffengewalt entgegentreten. Es fragt ſich doch, ob gerade dieſer Strömung gegenüber es angebracht erſcheint, über die Stumpfheit und Geiſtesarmut deutſchen Bürgertumes zu ſpotten und zu wehklagen. Es fragt ſich, ob die Maler von Worpswede mit ihrer Unterſtützung der Bremer Räteregierung nicht mehr künſtleriſche Naivität als Verſtändnis für den Geiſt der neuen Bewegung bekunden. Und wenn Wilhelm Herzog in der „Republik" nur der Regierung Tolſtoiſche Paſſivität empfiehlt, ſo wird man ein ſolches Verhalten zum mindeſten einſeitig nennen können. Seine halbe Befürwortung des Bolſchewismus, die weder nach rechts noch nach links präziſe Stellung zu nehmen vermag, entſpricht gewiß nicht den Aufgaben, die dem geiſtigen Revolutionär von unſerer Zeit geſtellt werden.

Und doch glaube ich, daß es ganz beſondere, rein poſitive Aufgaben gibt, die gerade der geiſtige Freie zu erfüllen hätte.

Es iſt zu hoffen, daß der aſiatiſche Anſturm auch ohne Hilfe des Caféhauſes abgewehrt wird. Es iſt aber anzunehmen, daß auch die neue Geſellſchaftsordnung, die das deutſche Volk ſich ſelbſt errichten wird, für eine Geiſtigkeit um ihrer ſelbſt willen nur wenig Platz haben dürfte. Es iſt zu fürchten, daß die ſozialiſtiſche Republik nicht ganz die Gefahr einer geiſtigen Nivellierung und Mechaniſierung wird vermeiden können. Hier iſt das Betätigungsfeld unſerer geiſtigen Revolutionäre. Der Hochmut, mit dem ſie kraft eingebildeter oder tatſächlicher Überlegenheit über den Bürger hinwegſahen, muß in einen werktätigen Stolz gewandelt werden, der dem proletariſchen Gemeinweſen gegenüber die Bedeutung des Geiſtigen und ſein Recht auf die Individualität vertritt. Dann kann Oppoſition der Vergangenheit fruchtbare Arbeit der Gegenwart werden, die dafür Sorge trägt, daß das Kulturleben unſeres Volkes ſich nicht von oben nach unten, ſondern von unten nach oben aus richte.

Der gefährdete Anſchluß Deutſchöſterreichs

Von Dr. jur. et phil. Erich Marx, Charlottenburg

Es gab einen Augenblick, da war der Anſchluß Deutſchöſterreichs in einer einzigen ſtürmiſchen Aufwallung zu erreichen. Das war damals, als Habsburgs Reich in Trümmer fiel und die Reichsratsabgeordneten Deutſchöſterreichs, unter Viktor Adlers Führung, ſich zur Volksvertretung des neuen Staates Deutſchöſterreich zuſammenſchloſſen. Da rief man im erſten Sturme der Begeiſterung den Anſchluß an das Deutſche Reich aus. Einſtimmig! Alle waren ſie dafür; die Sozialiſten ebenſo ſtürmiſch wie die Deutſchnationalen, und ſelbſt die Chriſtlich-Sozialen wurden vom Rauſche des Augenblicks ergriffen.

Wenn damals Deutſchlands Regierung, Parlament, Preſſe und Volk mit einem Jubelruf dem Anſchluß Deutſchöſterreichs geantwortet hätten, dann war er vollzogen, dann konnte keine Macht der Welt das wiedervereinte deutſche Volk trennen. Die Miſere des Augenblicks hat den leidenſchaftlichen Zuruf nicht erklingen laſſen. Zu groß iſt die Erſchöpfung und die Not, zu groß der Eindruck der äußeren und inneren Geſchehniſſe geweſen; trotz Brockdorff-Rantzaus kluger Worte iſt ſelbſt von der Regierung das große, befreiende, führende Wort nicht erklungen. Und während wir in den Nöten des Augenblicks, ſcheinbar rettungslos, verſinken, ſcheint der große Augenblick verpaßt.

Schon iſt die Flut der Gefahren, welche die Wiedervereinigung bedrohen, zur Sündflut geworden. Von innen und außen ſind die Widerſtände maßlos gewachſen. Gewiß, Pichons Rede wäre wirkungslos verhallt, wenn das Bild des wiedervereinigten deutſchen Volkes tief in die Vorſtellung der Menſchheit gedrungen wäre. Dies Bild iſt nicht erſtanden. Während Deutſchland wie gebannt dem ferner und ferner entſchwindenden Münſter von Straßburg nachblickt, iſt auch der Stephansturm von Wien in die Ferne gerückt.

Ein neues Phänomen iſt den Völkern des ehemaligen Öſterreich-Ungarn erſtanden: Die Idee des „Donaubundes“, der wirtſchaftlichen Föderation aller ehemals öſtererichiſch-ungariſchen Völker einſchließlich ganz Polens, Serbiens, vielleicht auch Rumäniens. Maſaryk hat den Plan, unter jubelndem Zuruf der Entente, erdacht; er will der böhmiſchen Induſtrie den großen Markt erhalten, deſſen ſie bedarf. Gleich fiel der Chorus der größeren Induſtriellen Deutſchöſterreichs und Deutſchböhmens ein, die nichts mehr fürchten, als mit der reichsdeutſchen Induſtrie in ein Zollgebiet geſteckt zu werden; dann die Wiener Finanzkreiſe, die über das ganze Gebiet der alten Monarchie ihre Intereſſen verteilt haben und nun den mannigfachen, von ihnen beherrſchten Induſtrien das einheitliche Wirtſchaftsgebiet, ſich ſelbſt den vorherrſchenden Finanzeinfluß im Geſamtgebiet erhalten möchten. So iſt ein mächtiger Block für den „Donaubund“ entſtanden; ſeinen wachſenden Einfluß merkt man an der Haltung der Wiener Kapitaliſtenpreſſe.

Zwar dürften die eventuell im Entſtehen begriffenen Induſtrien Ungarns und des Südſlawenſtaates weniger von der Idee begeiſtert ſein als die leiſtungsfähigen Fabrikanten Deutſchöſterreichs und Böhmens. Namentlich Ungarn hatte daran gedacht, mit Hilfe von Schutzzöllen eine eigene Induſtrie hochbringen zu können. Aber derartige Sentiments wird die Entente bald überwinden.

Denn die Entente will den Donaubund. Sie will ihn, um den Anſchluß Deutſchöſterreichs an Deutſchland zu verhindern. Sie will ihn, um zu verhindern, daß Ungarn oder der Tſchechenſtaat oder noch weitere Staaten ſich auf die Dauer gezwungen ſehen könnten, ſich wirtſchaftlich an Deutſchland anzuſchließen, und ſo „Mitteleuropa" in gemäßigter Form wieder auflebte. Sie wird den Widerſtand einzelner Nationalſtaaten zu brechen verſuchen.

Mit ihr im Bunde ſteht alles, was ein *Neuaufleben der Zentraliſation* anſtrebt. Vor allem der Exkaiſer Karl, dann ein Teil des hohen Klerus. In Deutſchöſterreich aber auch ein großer Teil des niederen Klerus und der mit ihm in engſtem Konnex ſtehenden Kleinbürger- und Bauernſchichten. Von den drei deutſchen Parteigruppen des alten Reichsrats ſind unbedingte Anhänger des Anſchluſſes die Deutſchnationalen und die Sozialiſten. Die kleine Gruppe der Deutſchfreiheitlichen, d. h. die großſtädtiſche Intelligenz, möchte zur Zentraliſation zurück. Die Chriſtlich-Sozialen ſind zwar in der erſten Begeiſterung dem Anſchlußwunſch gefolgt, doch bald hat ſich in ihren Reihen eine ſtarke Abkühlung bemerkbar gemacht. Widerſprach ſchon die kapitaliſtiſch-großinduſtriell-ſozialiſtiſche Entwicklung Deutſchlands ſowie der proteſtantiſche und antikonfeſſionelle Einſchlag wenig ihren klerikal-kleinbürgerlichen Neigungen, ſo hat ſie die überradikale Tendenz, die ſich in Deutſchland neuerdings geltend macht, nun vollends vor den Kopf geſtoßen. In Tirol begann die Gegenaktion und überall in den Alpenländern macht ſich unter Bauern und Kleinbürgern eine entſchiedene Abneigung gegen den Anſchluß bemerkbar.

Nur noch ein Neuaufleben des nationalen Elans könnte den Anſchluß retten. Man möge in Deutſchland bedenken, daß auch wirtſchaftlich die *Einfügung der eiſenreichen Alpenländer* von fundamentaler Bedeutung iſt.

Notizen

Trieſt. Italien wäre wahrſcheinlich von der Teilnahme am Weltkriege abgehalten worden, würde im Jahre 1915 öſterreichiſcherſeits dieſem „Verbündeten" Trieſt überlaſſen worden ſein. Selbſt im allerletzten Moment wäre dieſes Anziehungsmittel *ſo ſtark* geweſen, daß es der italieniſchen Regierung durchführbar erſchienen wäre, ſich aus den Ententeengagements loszulöſen.

Jetzt iſt Trieſt *doch* italieniſch geworden, und wer die Verhältniſſe da unten kennt, wird nicht darüber im Zweifel ſein, daß auf gütlichem Wege der Italiener aus dem Trieſter Hafengebiet nicht mehr zu entfernen ſein wird, auch nicht durch einen Machtſpruch Wilſons oder eines ſolchen der Entente.

Wir haben mit der Tatſache zu rechnen, daß ebenſowohl Trieſt wie Fiume italieniſch iſt.

Freilich iſt dieſe Entwicklung im Gegenſatz zu den Ententegrundſätzen, die bekanntlich dahin gehen, daß jeder Staat einen Ausgang zum Meere haben ſoll. Will man doch jetzt, koſte es was es wolle, dem Polenreich einen deutſchen Hafen zubilligen, weil die anderen, in Litauen, Eſtland, im Baltikum eventuell verfügbaren Hafenſtädte den Herren Polen nicht konvenieren. Daß Serbien einen Hafen bekommt, ſteht auch feſt, dagegen ſchadet es anſcheinend nicht, wenn man Öſterreich des einzigen Hafens beraubt, über den es bisher verfügen konnte, und das gleiche mit Ungarn zutrifft.

Abgeſehen von den politiſchen Erwägungen, die mit der Beſitznahme Trieſts und Fiumes durch die italieniſche Regierung aufgedrängt werden, ſcheint es uns von beſonderer Wichtigkeit, die wirtſchaftlichen Ausſichten zu unterſuchen, die ſich jetzt den beiden Adriahäfen bieten.

Trieſt war in den Friedensjahren von einer Bevölkerung venetianiſcher Abſtammung Jahrhunderte hindurch okkupiert, wozu rund 50 000 aus dem „Regno" kamen und einige tauſend Slowenen. Die paar hundert Deutſche, d. h. Deutſch-Öſterreicher, zählen hier nicht mit, obgleich ſie, zur Oberſchicht gehörend, auf die Entwicklung Trieſts maßgebenden Einfluß namentlich in wirtſchaftlicher Hinſicht ausübten. Daß dieſe Bevölkerungszuſammenſetzung nach Italien gravitierte, liegt auf der Hand, ſo daß die von irredentiſtiſcher Seite gepflogene Agitation immer in Flammen blieb und das ganze Leben Trieſts und ſeiner Umgebung färbte. Trotz aller Hinneigung zu Italien, trotzdem geſellſchaftlich und kulturell Trieſt ebenſo italieniſch war wie Venedig oder Mailand, muß doch ein weſentlicher Unterſchied hervorgehoben werden, ſobald es ſich darum handelt, das Verhältnis zwiſchen Trieſt und Öſterreich von der wirtſchaftlichen Warte aus zu betrachten.

Trieſt als einziger öſterreichiſcher Hafen hatte die — man kann ſagen — reſtloſe Unterſtützung der öſterreichiſchen Regierung zur Seite. Nicht nur hat ſie für die Subvention großer Schiffsgeſellſchaften geſorgt (Öſterreichiſche Lloyd, Auſtro Americana uſw.) und Millionenbeträge hierfür ausgeworfen, ſondern noch viel höhere Inveſtitionen wurden für den Ausbau der Hafeneinrichtungen, für die Errichtung von enormen Lagerhäuſern aufgeboten. Dieſe immenſen Aufwendungen und die auch ſonſt in materieller Beziehung dem öſterreichiſchen Hafen zufließenden behördlichen Begünſtigungen haben es zuwege gebracht, daß die Trieſtiner Bevölkerung in geſchäftlichen Dingen keineswegs ablehnend der öſterreichiſchen Regierung gegenüberſtand.

Man denke beiſpielsweiſe an die im Jahre 1882 eingeführten Differentialzölle, die dazu führten, daß der ganze Kolonialwarenhandel Öſterreichs nach Trieſt auswanderte, womit die Etablierung Trieſts als internationaler Kaffeeplatz gewährleiſtet war.

Der Eigenhandel Trieſts war bedeutend und kann nur aufrecht erhalten werden, wenn Trieſt öſterreichiſch iſt. Das eine Beiſpiel der Differentialzölle, d. h. ermäßigter Zölle im Falle der Einfuhr über Trieſt, beweiſt ſchon, daß Trieſt als zu Italien gehörig von dieſer Begünſtigung keinen Gebrauch machen kann. Aber auch ſonſt iſt der Eigenhandel Trieſts für öſterreichiſche Bedürfniſſe zugeſchnitten, und kann, wie wir ſchon ſagten, nicht aufrecht erhalten bleiben, ſobald Trieſt dem italieniſchen Zollgebiet angegliedert wird.

Noch trauriger ſind die Ausſichten, ſobald Transportfragen behandelt werden. Italien hat für ſeine adriatiſchen Häfen nichts getan, weder Bari noch Ancona noch Venedig ſind irgendwie in den letzten Jahren vorwärts gekommen, denn die italieniſche Regierung litt ſtets an Geldſorgen und hat ſelbſt für den Welthafen Genua ſowohl wie für Neapel nur das Allernotwendigſte aufgewendet. Bekannt iſt, daß in Genua die Hafen- und

Eiſenbahnverhältniſſe äußerſt unbefriedigende waren und ſind, und daß trotz aller Bemühungen ſeitens der Genueſer Lokalbehörden die Regierung nicht dazu zu bewegen war, irgendwelche größere Geldbeträge für das Wohl dieſes Hafens aufzuwenden. Trieſt wird alſo von der italieniſchen Regierung kaum eine beſſere Behandlung zu erwarten haben wie die andern italieniſchen Häfen.

Inwieweit das Hinterland den „italieniſchen“ Hafen Trieſt benutzen wird, ſteht dahin. In der Hauptſache hängt das von den Schiffslinien ab, die in Trieſt ihre Kopfſtation haben werden. Ob der Öſterreichiſche Lloyd und die andern großen Reedereien von der italieniſchen Regierung übernommen werden, oder wie dieſes Problem gelöſt werden ſoll, läßt ſich heute nicht einmal annähernd entſcheiden.

Das induſtrielle Öſterreich gravitiert nach dem Norden. Hamburg hauptſächlich war für öſterreichiſche Rechnung in beiden Verkehrsrichtungen ſtark beſetzt. Die öſterreichiſche Südbahn, die die Strecke von Wien nach Trieſt beſitzt, hat in jahrzehntelanger Arbeit alles aufgeboten, um — ſei es durch tarifariſche Maßnahmen oder ſonſtwie — Güter über Trieſt heranzuziehen. Und wir wiſſen ja auch, daß beiſpielsweiſe der Öſterreichiſche Lloyd durch ſeine Linien nach Indien und nach dem fernen Oſten eine recht lebhafte Warenbewegung im Trieſter Hafen hervorgerufen hat, nicht zu ſprechen von dem ſehr intenſiven Verkehr, der zwiſchen Trieſt und der Levante, überhaupt mit dem öſtlichen Mittelmeer gepflegt wurde. Von Venedig gingen Konkurrenzlinien aus, die aber zur Bedeutung des öſterreichiſchen Verkehrs nicht herankamen.

Die in Trieſt etablierten Banken waren ausſchließlich öſterreichiſchen Urſprungs, in der Hauptſache Wiener Filialen. Dieſe Zweigniederlaſſungen ſind bei Ausbruch des Krieges aufgehoben und nach Wien verlegt worden. Ob ſich die Banken entſcheiden werden, nach Trieſt zu kommen, wenn dasſelbe italieniſch iſt, dürfte auch noch die Frage ſein.

Zuſammenfaſſend alſo präſentiert ſich die wirtſchaftliche Zukunft Trieſts äußerſt prekär. Zweifelsohne wird auch Deutſch-Öſterreich alles, was in ſeinen Kräften ſteht, tun, um ſeine Induſtrie und ſeinen Verkehr zugunſten der deutſchen Transportrouten auszunutzen. Damit wäre ein tödlicher Schlag für das kommerzielle Trieſt gegeben.

K. B.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei
Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 14. Februar 1919 * Heft 7

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

In Eberts Eröffnungsrede zur Nationalverſammlung war dies das Wichtige: daß die Reichsleitung die Grenze ihrer Unterwerfung gegenüber den Feinden betont. Das iſt heute zur politiſch entſcheidenden Frage geworden. Über die Arbeit der Waffenſtillſtandskommiſſion ein gerechtes Urteil zu fällen, iſt ſchwierig genug, denn ihre Entſchließungen ſtehen unter der härteſten Verantwortung. Aber der Eindruck, daß Erzberger voreilig nachgab, iſt nicht zu verwiſchen. Wir können unmöglich das Verfahren ſchweigend annehmen, daß Foch die Vernichtung unſeres Lebens erpreßt, bevor formal zum Frieden geſchritten wird. Wollen wir, daß Wilſons 14 Punkte als Unterlage nicht völlig entwertet werden, dann müſſen wir ſelber dem amerikaniſchen Präſidenten ſekundieren. Das geſchieht, indem wir unſere Unterſchrift zu Bedingungen verweigern, die den Geiſt der Gerechtigkeit verhöhnen. Die Feinde mögen ſich ſelber dann die Antwort auf die Frage ſuchen, vor die ſie durch die neue Sachlage geſtellt werden.

*

Der Zentralrat der A.- u. S.-Räte hat ſein „Mandat“, Kontrollorgan der Regierung zu ſein, unter Leitung von Cohen-Reuß loyal an die Nationalverſammlung abgetreten. Das „Staatsrecht“ der Revolution iſt damit formal erledigt. Aber nur formal. Denn die Soldatenräte, die ſich als eine „Errungenſchaft“ der Revolution empfinden, fühlen teilweiſe den geſchichtlichen Auftrag, die übrigen „Errungenſchaften“ zu ſchützen. Sie bleiben beieinander, auch wenn ihre Verbände bereits aufgelöſt ſind, ſie etablieren ſich teilweiſe in Städten, die nie eine Garniſon gehabt haben, denn ſie haben Angſt vor der Demokratie, die gegenüber täglich abbröckelnden Anſprüchen der Minderheiten dem Mehrheitswillen Geltung ſichern will. Wie Bremen, Hamburg, Cuxhaven zeigt, ſind ſie vielfach der Herd des unſinnigſten Separatismus, des örtlichen „Selbſtbeſtimmungsrechtes“ und der Verantwortung für Deutſchlands Schickſal bar. Man muß, damit der deutſche Einheitsgedanke nicht von ihnen mit dem läppiſchen Geſchrei der Gegenrevolution verdorben werde, wünſchen, daß Noske ſich noch eine Zeitlang „Bluthund" ſchimpfen und ſich nicht beirren läßt.

*

Die Revolution hat das Vaterland nicht ſofort ruiniert, weil die Beamten ihre Pflicht taten und weiter arbeiteten. Der Hiſtoriker der Revolution, wenn er gerecht iſt, wird ihnen das einmal danken müſſen. Sie müſſen jetzt dem Vaterland helfen, indem ſie ihre Arbeit da und dort einſtellen. Der Beamtenſtreik, das Schreckgeſpenſt von ehedem, iſt heute zu einer ſtaatserhaltenden Funktion geworden.

*

Die Polen, die den ſeeliſchen Zuſammenbruch des deutſchen Volkes nach den unerhörten Laſten von vier Jahren Krieg dazu benutzen, um deutſches Gebiet vor der Friedenskonferenz zu ſtehlen, haben ſich in Wilna als „Heldenvolk" gezeigt. Als die deutſchen Truppen Wilna aufzugeben begannen, erſchienen in dieſer zu Litauen gehörigen Stadt polniſche Legionäre in ſchönen Uniformen und annektierten die Stadt im Namen des polniſchen Volkes. Die „polniſche Herrſchaft" dauerte aber nur drei Tage. Als nämlich die Bolſchewiſtiſchen Truppen näher rückten, hielten es die polniſchen Legionäre doch für ratſamer, das ſo glühend erſtrebte Wilna nicht zu verteidigen, ſondern von den viel geſchmähten Deutſchen einen Extrazug gegen Abgabe der Waffen einzuhandeln und als erſte den Schauplatz ihrer Eroberung zu verlaſſen. Der politiſche Kredit der Polen iſt damit nicht nur bei den Deutſchen, ſondern auch bei den Litauern auf den Nullpunkt gefallen.

*

Das innerpolitiſche und wirtſchaftliche Fiasko hatte den Bolſchewismus in Rußland ſtark in Mißkredit gebracht. Es fingen von ihm ſchon ſeine eigentlichſten Anhänger, die Proletarier ,abzubröckeln. Der Verzicht der Entente auf Bekämpfung dieſer bisher verfehmten Bewegung hat ihn jetzt innerlich ſtark gefeſtigt. Weite ruſſiſche Volkskreiſe, die ſonſt mit ihm nichts zu tun hatten, ſind bereit, in Anbetracht dieſes äußeren Erfolges, zuſammen mit dem Vordringen der bolſchewiſtiſchen Truppen nach Weſten, ihm ſeine innerpolitiſchen Sünden zu verzeihen. Es ſteckt nun einmal in jedem Ruſſen, mag er in ſeinem Privatberufe Reaktionär oder Revolutionär ſein, ein Imperialiſt. Die Bolſchewiſten ſind klug genug, den Vorſchlag der Entente, auf den Prinzeninſeln zu verhandeln, anzunehmen, weil ſie damit als gleichberechtigter Staat von den Weſtmächten anerkannt wurden. Daß die bürgerliche großruſſiſche Vertretung mit größter Leidenſchaftlichkeit gegen dieſe Anerkennung des Bolſchewismus proteſtiert, iſt verſtändlich, weil ihr damit der Boden unter den Füßen entzogen wird.

Die Schuldfrage

Von Dr. Paul Rohrbach

Seit dem erſten Tage des Weltkrieges iſt mit einem ungeheuren Aufwand von Mitteln dafür gearbeitet worden, alle Welt von der „Schuld“ Deutſchlands zu überzeugen. Die Aufgabe iſt ſo gut wie reſtlos gelöſt worden, und Deutſchland ſteht heute unter den Völkern da, als ob es moraliſch entrechtet wäre. Das kommt aber nicht von der beſſeren Sache ſeiner Feinde, ſondern von deren größerer Geſchicklichkeit und beſſerer Einſicht in die pſychologiſchen Vorbedingungen des Sieges, während in Deutſchland die unwiſſende Beſchränktheit der verantwortlichen Stellen und die Unerfahrenheit der Nation faſt alle Waffen, mit denen die moraliſche Sache des deutſchen Volkes hätte geführt werden können, unbenutzt ließ oder ſie nur mit wirkungsloſem Ungeſchick zu brauchen verſuchte.

Wir fragen hier nach der Schuld am Kriege nicht in dem Sinn, ob durch eine anders gehaltene Politik Deutſchlands, z. B. durch Eingehen auf die früheren engliſchen Verſtändigungsvorſchläge oder dergleichen, der Weltkrieg hätte vermieden werden können. All das hat nichts mit Schuld oder Verantwortung im moraliſchen Sinne zu tun. Der Vorwurf, den die Feinde Deutſchlands erheben, zielt auch nicht dahin. Es wird vielmehr behauptet, Deutſchland habe den Krieg gewollt und daher in der Kriſe, die ihm voranging, von vornherein eine dem friedlichen Ausgange entgegengeſetzte Haltung eingenommen. Wäre das richtig, ſo würde es in der Tat eine Schuld im Sinne der Feinde bedeuten. Es iſt aber nicht richtig; vielmehr war gerade auf der Gegenſeite der Wille wirkſam, einen gewaltſamen Anbruch des Konflikts herbeizuführen.

Man nennt das letzte Menſchenalter vor dem Weltkrieg, etwa ſeit dem Beginn der achtziger Jahre, das Zeitalter des Imperialismus. Vollkommen geſiegt hatte der Imperialisms in England, das an räumlicher Erweiterung ſeines Beſitzſtandes in der Welt während der letzten Periode alle anderen Staaten hinter ſich zurückließ. Geſiegt hatte er auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, die die alte Beſchränkung auf das amerikaniſche Feſtland aufgaben, über den Stillen Ozean nach Aſien hinübergriffen und der Monroe-Doktrin immer mehr eine Auslegung im Sinn politiſcher Kontrollrechte über Mittel- und Südamerika gaben. Rußland ſtellte gleichzeitig mit der Erbauung der ſibiriſchen Bahn das Programm der Vorherrſchaft in Aſien auf und wurde nur durch die Niederlage im Kriege gegen Japan daran gehindert, in Oſt- und Mittelaſien den ernſthafteſten Verſuch zu ſeiner Verwirklichung zu machen. Frankreich dehnte ſich in Weſt- und Zentralafrika und Indochina aus; Italien verſuchte in Abeſſinien Fuß zu faſſen, warf ſeine Blicke übers Adriatiſche Meer und ging nach Tripolis; Japan machte große Erwerbungen, und auch Deutſchland kam am Anfang der imperialiſtiſchen Periode zu einigem Kolonialbeſitz. Die deutſchen Kolonien waren jedoch nur etwa 3 Millionen Quadratkilometer groß und hatten nicht mehr als 12 Millionen Einwohner. Frankreich dagegen war von ½ Million überſeeiſcher Quadratkilometer mit 3,3 Millionen Einwohnern auf 12½ Millionen mit mehr als 47 Millionen Menſchen gewachſen; England von rund 18 Millionen Quadratkilometer Kolonialbeſitz mit 170 Millionen Einwohnern auf 30 und 380 Millionen; Rußland hatte trotz der Niederlage in Oſtaſien ſeinen ſchon vorher gewaltigen Beſitz in Aſien um das reiche Baumwolleland Turkeſtan und um mehr als 25 Millionen Menſchen, doppelt ſo viel als die deutſchen Kolonien Einwohner zählten, vergrößert. England hatte die reichere Hälfte von Hinterindien, die Gold- und Diamantengebiete Südafrikas, Ägypten und ein zukünftiges zweites Indien in Nigeria gewonnen. Frankreich gehörten auch die großen Menſchenreſervoire Weſtafrikas. Dazu hatten alle Mächte außer Deutſchlands für ihre Erwerbungen große Kriege geführt; am meiſten England. Man denke an den Burenkrieg, an die Okkupation von Ägypten, an den japaniſch-chineſiſchen und den japaniſch-ruſſiſchen Krieg, an den franzöſiſch-chineſiſchen und amerikaniſch-ſpaniſchen Krieg, an den Tripolisfeldzug Italiens. Es iſt alſo Tatſache, daß während des imperialiſtiſchen Zeitalters, d. h. von der Beſetzung Ägyptens durch England bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Deutſchland unausgeſetzt den Frieden bewahrt und im Vergleich zu ſeinen Nachbarn nur eine wenig bedeutende koloniale Erweiterung erfahren hat, während die anderen ſich ins Unermeßliche vergrößerten, die wertvollſten Wirtſchaftsgebiete der Welt ſich angliederten und ſtete Kriege führten. Nur der Anteil Deutſchlands am Welthandel und an der überſeeiſchen Weltwirtſchaft wuchs auf friedlichem Wege verhältnismäßig ſtärker und ſchneller, als der der übrigen Nationen.

Die deutſche Politik hat den Schwierigkeiten der Lage Deutſchlands dadurch zu begegnen geſucht, daß ſie das Syſtem des Dreibundes aufrichtete und nach dem Prinzip des ſogenannten Riſikogedankens eine ſtarke deutſche Flotte erſtrebte. Dieſe Rechnung war, wie ſich gezeigt hat, inſofern falſch, als England ſich durch das „Riſiko“ nicht hat abhalten laſſen, in den Krieg mit Deutſchland einzutreten, als die Umſtände günſtig ſchienen. Die europäiſche Konſtellation wäre anders geworden, wenn 1901 die von England erſtrebte bündnisartige Verſtändigung mit Deutſchland, mit der Front gegen Rußland und damit indirekt auch gegen Frankreich, zuſtande gekommen wäre. Als die deutſche Politik die Anregung dazu nicht aufnahm, ſetzte England gegen die Riſikogefahr des deutſchen Flottenbaus die „Einkreiſung“ Deutſchlands. Es gewann Frankreich durch Marokko, blies unter Benutzung der deutſchen Widerſtände in der

Marokkofrage das bereits ſchwächer werdende franzöſiſche Revanchefeuer von neuem an und löſte auch die Aufgabe, Rußland zu gewinnen, höchſt erfolgreich, indem es Japan im oſtaſiatiſchen Kriege unterſtützte, Rußland damit aus ſeiner aſiatiſchen Weltpolitik hinausdrückte und die ruſſiſchen Intereſſen wieder ſcharf auf die Türkei hin richtete. Dort hatte ſich inzwiſchen Deutſchland ein Feld geſucht, und ſo war zu der deutſch-franzöſiſchen auch die ſcharfe ruſſiſch-deutſche Feindſchaft, die England brauchte, gegeben.

Der oberſte Gedanke der engliſchen Politik bei der Einkreiſung war nicht Krieg gegen Deutſchland auf jeden Fall, ſondern die Hineinmanövrierung Deutſchlands in eine Lage, bei der es entweder kampflos einem überlegenen Druck nachgeben oder unter ungünſtigen Verhältniſſen ſchlagen mußte — in der Erwartung, daß die Deutſchen dann das erſtere vorziehen würden. Die beiden Zielpunkte, auf die England losſteuerte, waren Einſchränkung des deutſchen Flottenbaus und Rückzug Deutſchlands im Orient. Dort machte die eigene Stellung Englands in Ägypten Sicherungen wünſchenswert, und außerdem verlangte dort Rußland für die Teilnahme an der Entente ſeinen Preis auf Koſten der deutſchen Intereſſen. In England war auch aus Gründen wirtſchaftlicher Beſorgnis eine Stimmung für einen Krieg gegen Deutſchland vorhanden, aber dieſe Art von Eiferſucht beherrſchte hauptſächlich gewiſſe Geſchäftskreiſe und daher zum Teil die populäre Preſſe; die Sorge wegen der deutſchen Flotte dagegen hatte auch die verantwortlichen Stellen ergriffen und erhielt dieſe dauernd im Bewußtſein, jederzeit vor die Notwendigkeit ſchwerwiegender Entſchlüſſe geſtellt werden zu können.

Während der Jahre, die dem Ausbruch des Krieges vorangingen, verfolgte England, abgeſehen von der zunehmenden Beunruhigung durch die deutſche Flotte, das imperialiſtiſche Ziel, ſein den Indiſchen Ozean rings umſpannendes Machtgebiet durch Südperſien, Arabien und womöglich auch die Mündungslandſchaft des Euphrat und Tigris abzurunden; Rußland den Beſitz Konſtantinopels und der türkiſchen Meerengen, Vorherrſchaft am Balkan und Schwächung Öſterreich-Ungarns; Frankreich die Zurückgewinnung von Elſaß-Lothringen und den Alleinbeſitz von Marokko; Italien den Gewinn von Südtirol und Trieſt und die Vorherrſchaft auch auf dem jenſeitigen Ufer des Adriatiſchen Meeres. Unter den Mittelmächten wollte Öſterreich-Ungarn vor allen Dingen Selbſterhaltung, und Deutſchland war beſorgt um das Offenbleiben ſeiner weltwirtſchaftlichen und weltpolitiſchen Zukunft. Die beiden Stellen, wo es beſtimmtere Abſichten hatte, waren Mittelafrika, und wirtſchafts- wie kulturpolitiſch auch ein Teil des türkiſchen Orients durch das Aufſchließungswerk der Bagdadbahn. Hier wie dort erklärte ſich England noch unmittelbar vor der Kataſtrophe anſcheinend zu nennenswerten Zugeſtändniſſen bereit. Es kam aber zu keinem Abſchluß, weil an einer anderen Stelle plötzlich der Ausbruch des Weltkrieges erfolgte. Hier nun wird die Schuldfrage akut!

Die beiden gefährlichſten Konfliktsmöglichkeiten im Spannungsgebiet der internationalen Lage waren durch die engliſch-deutſche Flotteneiferſucht und durch die Bedrohung der Exiſtenzgrundlagen Öſterreich-Ungarns von der ruſſiſchen Seite her gegeben. An Heftigkeit waren das Verlangen der Franzoſen und Italiener nach Änderung der europäiſchen Lage zu ihren Gunſten und die Temperatur der antideutſchen Stimmung in Rußland und in weiten Kreiſen Englands einander gleich. Weder Frankreich noch Italien konnten aber daran denken, eine kriegeriſche Entſcheidung anzurufen, außer im Bunde mit Rußland und England. Die Gefahr eines engliſch-deutſchen Krieges wäre zu vermindern geweſen durch eine Flottenverſtändigung, denn eine ſolche hätte in England den friedensfreundlichen Elementen vorläufig die Oberhand gegeben. Kriegstreiber gab es überall. In Deutſchland jedoch war es nur eine kleine, wenn auch lärmende Gruppe, die Alldeutſchen. In Öſterreich-Ungarn war kriegeriſcher „Aktivismus" überhaupt kaum vorhanden. In Italien und England reichte er bis ſtark in die regierenden Kreiſe hinein, aber es gab Gegengewichte. In Frankreich war alles, was mit der offiziellen Regierung zuſammenhing und ein Teil der Nation von Kriegsluſt durchtränkt; die Maſſen verlangten eher nach Frieden. Abſolut entſchloſſen zum Kriege und zwar in kürzeſter Friſt, war nur Rußland. Wer die ruſſiſchen Dinge nur von außen zu beobachten vermochte, namentlich wer wie die meiſten deutſchen Geſchäftsleute irrtümlich die Wirtſchaftsintereſſen für ſtärker hielt als die zum Kriege treibenden Kräfte, oder wer gleich der deutſchen Diplomatie die St. Petersburger „Sphären" für maßgebend hielt, mochte ſich darüber täuſchen. Wirkliche Kenner Rußlands mußten ſich aber ſagen, daß die nationaliſtiſche Leidenſchaft, die zunehmende Verſchiebung des ökonomiſchen Schwergewichts von Geſamtrußland in das Gebiet des Schwarzen Meeres, die Wichtigkeit der Meerengen für den ruſſiſchen Getreideexport, die ſerbiſche Frage, die Angſt der ruſſiſchen Regierung vor der auf Galizien ſich ſtützenden national-ukrainiſchen Propaganda und ſchließlich die Hoffnung der reaktionären Schichten, durch einen ſiegreichen Krieg das gefährdete innerpolitiſche Syſtem zu retten, zuſammen den Krieg von der ruſſiſchen Seite her ſicher machten.

Die unmittelbare und hauptſächlichſte Gefahr der Lage beſtand in dem „Mechanismus der Entente". Zwiſchen Rußland und Frankreich war ein feſtes Verhältnis in dem Sinn vorhanden, daß ein ruſſiſch-deutſcher Krieg automatiſch die Bundesgenoſſenſchaft der Franzoſen bedingte. Zwiſchen Frankreich und England waren mit Hilfe der die Regierung beeinfluſſenden engliſchen Kriegspartei Beziehungen geſchaffen worden, die, gemäß dem Charakter der engliſchen Verfaſſung, zwar ohne Parlamentsvorlage nicht bis zu einer formellen engliſchen Verpflichtung gegenüber Frankreich hatten geführt werden können, aber doch bis zu einer ſtarken „moraliſchen" Bindung. Ähnliches war mit Rußland im Werk. Das ſo zwiſchen den drei Ententemächten zuſtande gekommene Syſtem war in jedem Falle ſtark genug, um, wenn es einem rückſichtslos vorgehenden Partner gelang, einen Konflikt in ſeinem Intereſſe hervorzurufen, die übrigen Glieder ſehr wahrſcheinlich ein entſcheidendes Stück Weges mitgezogen werden mußten.

In dieſe Lage traf die Ermordung des Thronfolgers von Öſterreich-Ungarn im Juni 1914 durch ſerbiſche nationaliſtiſche Fanatiker, öſterreichiſch-ungariſche Staatsangehörige, mit Vorwiſſen und Unterſtützung (Waffenlieferung) offizieller Perſönlichkeiten im Königreich Serbien. Rußland trat ſofort hinter Serbien und widerſprach, als dieſem von Öſterreich-Ungarn die Forderung geſtellt wurde, es müſſe entſcheidende Genugtuung und Sicherheiten für die Zukunft leiſten. Damit war die Kriſis da, und für Deutſchland erhob ſich nun die Frage, was die deutſchen Lebensintereſſen geboten. Von vornherein war klar, daß jede Löſung der Kriſis, bei der die ſtaatliche Weiterexiſtenz Öſterreich-Ungarns als Großmacht von der ruſſiſch-ſerbiſchen Seite her in Frage geſtellt worden wäre, Deutſchland in die ernſteſte Gefahr brachte. Nur wenn Serbien eine wirkliche Demütigung bekam (was auch die engliſche Regierung im Anfang des Konflikts für notwendig erklärte), und wenn es ihm unmöglich gemacht wurde, die Sicherheit Öſterreich-Ungarns weiter zu bedrohen, konnte man hoffen, daß das Gefüge der Monarchie die Gefahren überſtand, die von der ſüdſlawiſchen Seite her drohten. Blieb dagegen der Mord ohne wirkliche Sühne, und zeigte ſich außerdem, daß Rußland Serbien vor Strafe ſchützte, ſo war klar, daß von hier aus das Gefüge Öſterreich-Ungarns in abſehbarer Zeit geſprengt werden mußte. Hiernach alſo war der ſerbiſche Konflikt nach ſeiner Bedeutung für Deutſchland zu beurteilen. Wurde Öſterreich-Ungarn tiefgreifend geſchwächt, ſo rückte damit die ruſſiſche Macht indirekt bis ans Adriatiſche Meer und bis nahe an den Fuß der Oſtalpen. Die Herrſchaft am Balkan fiel Rußland dann von ſelber zu; auch Rumänien und Bulgarien waren ihm ausgeliefert und Konſtantinopel war das nächſte unmittelbare Ziel des ruſſiſchen Zugriffs. Was darnach an Trümmern von Öſterreich-Ungarn etwa übrig blieb, bedeutete der verſtärkten ruſſiſchen Macht gegenüber nichts; Deutſchland aber befand ſich dann ohne Bundesgenoſſen zwiſchen Rußland, Frankreich und England: eine Lage, die abſolut verhängnisvoll war und die zu verhindern, jedes mögliche Mittel ergriffen werden mußte.

Die Frage Öſterreich-Ungarns, ob Deutſchland ihm auch auf die Gefahr des Krieges mit Rußland hin zur Seite ſtehen werde, konnte aus dieſen Gründen gar nicht anders als bejahend beantwortet werden. Mit Unrecht iſt dabei aus gewiſſen Veröffentlichungen in jüngſter Zeit der Schluß gezogen worden, die verantwortliche deutſche Politik habe die Löſung des entſtandenen Konflikts im Sinne eines großen allgemeinen Krieges gewünſcht, um bei dieſer Gelegenheit entſcheidende deutſche Ziele, die deutſche „Weltherrſchaft“ oder ähnliches, durchzuſetzen. Die deutſchen Staatsmänner machten wegen ihrer fundamental irrtümlichen Vorſtellungen über die kriegeriſche Entſchloſſenheit Rußlands den Fehler, daß ſie glaubten, Rußland „bluffe“ nur. Wenn ſie daher Öſterreich-Ungarn eine feſte Haltung empfahlen und ſogar einen öſterreichiſch-ungariſchen Krieg gegen Serbien billigten, ſo war die Abſicht dabei, nicht den Weltkrieg zu entzünden, ſondern durch ſchnelle und gründliche Beſtrafung Serbiens, dem Rußland, wie man glaubte, im entſcheidenden Augenblick doch nicht bewaffnet beiſpringen würde, die für den Bundesgenoſſen unerträglich gewordene ſerbiſche Gefahr zu beſeitigen. Aus dem Beſtreben, dieſen Schlag ſo überraſchend wie möglich geſchehen zu laſſen, erklärt ſich auch die äußere Haltung der maßgebenden deutſchen Stellen, die den Eindruck erwecken ſollte, als ob man in Deutſchland nicht glaube, daß es zu einer Waffenentſcheidung kommen ſolle. Das alles hat Delbrück ſehr gut im Januarheft der Preußiſchen Jahrbücher von 1919 auseinandergeſetzt.

Rußland aber war entſchloſſen, die Kriſis herbeizuführen und zugleich den „Mechanismus der Entente“ von ſich aus für den Weltkrieg gegen das verbündete Mitteleuropa in Bewegung zu ſetzen. Der Fehler, den die deutſche Politik in der Beurteilung Rußlands gemacht hatte, war ungeheuer, aber von dem Augenblick an, wo man auf Seiten der deutſchen Regierung — zu ſpät — begriffen hatte, die Ruſſen könnten wirklich losſchlagen, läßt ſich auch bei ihr eine ſehr verſtärkte Arbeit für die Erhaltung des Friedens einſchließlich des ſerbiſchen Brandheeres beobachten. Die beiden entſcheidenden Zeugniſſe dafür ſind das Telegramm des Reichskanzlers nach Wien, Deutſchland weigerte ſich, durch den Bundesgenoſſen ſich in einen Weltkrieg hineinreißen zu laſſen, und das Geſtändnis der ruſſiſchen Generale Sſuchomlinow und Januſchkewitſch — Kriegsminiſter und Generalſtabschef bei Ausbruch des Krieges — daß die dringlichen Vorſtellungen des deutſchen Kaiſers den Zaren bereits zur Zurücknahme des Mobilmachungsbefehls bewogen gehabt hätten. Durch die eingeſtandene Lüge und den Ungehorſam der beiden Generale blieb es aber trotzdem bei der Mobilmachung und damit bei der Unmöglichkeit für Deutſchland, ſich bei ſeiner verhängnisvollen geographiſchen Lage noch länger ohne entſcheidende Gegenmaßnahme der furchtbaren, von dorther drohenden Gefahr auszuſetzen.

Sſuchomlinows Geſtändnis zeigt, daß die für Rußland in Wirklichkeit maßgebenden Stellen den Krieg wollten und feſt entſchloſſen waren, ihn herbeizuführen. Daher iſt es völlig unberechtigt, wenn Grey die Schuld Deutſchlands damit zu beweiſen ſucht, daß er ſagt, wir hätten uns ſeinem Vorſchlag entzogen, die öſterreichiſch-ſerbiſche Sache auf einer europäiſchen Konferenz zu ſchlichten. Greys bekanntes Telegramm an den Botſchafter Buchanan in Petersburg, in dem er dieſen auffordert, die ruſſiſche Regierung darauf hinzuweiſen, daß Deutſchland bei Fortgang der ruſſiſchen Mobilmachung eventuell den Krieg erklären werde, beweiſt, daß man in England die deutſche Zwangslage, im Fall daß Rußland Zeit erhielt, ſeine ungeheuren Kräfte an der deutſchen Grenze zu ſammeln, wohl erkannte. Eine Konferenz vorzuſchlagen, ohne gleichzeitig eine ausdrückliche Garantie gegen die ruſſiſche Mobiliſation zu übernehmen und Rußland mitzuteilen, daß, wenn dieſe nicht eingeſtellt würde, England von vornherein ſeine Neutralität erkläre, war eine Propoſition, die Deutſchland gar nicht in ernſthafte Erwägung ziehen konnte. Damit immer noch weiter zu operieren, iſt ein bloßes Fechterſtück.

England, ſoweit es durch Grey repräſentiert wurde, wollte nicht den Krieg, aber auch Grey hat ſich durch Rußland, das den Hebel am Mechanismus der Entente ergriffen und auf Krieg geſtellt hatte, ohne klaren Widerſtand hineinreißen laſſen. Die direkte Schuld Rußlands und die indirekte aber entſcheidende Mitſchuld Englands am Kriege hat auf engliſcher Seite zuerſt Bernard Shaw, darnach viel ernſter und eindringlicher E. D. Morel in ſeiner Schrift „Der Anteil des Zarentums am Kriege" dargeſtellt. Morels Arbeit iſt immer noch nicht vollſtändig in deutſcher Sprache erſchienen, aber ein genügender Auszug findet ſich in der Kölniſchen Zeitung Nr. 387 und 388 vom 22. und 23. Oktober 1918. Shaw wie Morel ſtellen als Engländer natürlich auch eine Schuld Deutſchlands feſt, aber was ſie, namentlich Morel, der mit Gefängnis für den Verſuch beſtraft wurde, ſeine Broſchüre aufs Feſtland zu bringen, außerdem ſagen, bedeutet in den entſcheidenden Punkten aus engliſchem Munde die Entlaſtung der deutſchen Politik, ſogar noch bevor Sſuchomlinow und Januſchkewitſch geſprochen hatten.

Rußland und kein anderer hat den Weltkrieg entzündet, denn durch die Initiative der deutſchen und das Zuſammenwirken der engliſchen Regierung war die Formel ſchon gefunden, um in der ſerbiſchen Frage die Behandlung des Schuldigen (bloße Beſetzung Belgrads) eben noch mit den Lebensintereſſen Öſterreich-Ungarns zu vereinigen. Anhalten der ruſſiſchen Mobiliſation hätte die Rettung des Weltfriedens bedeutet. Die Kriegsparteien in Rußland, England und Frankreich waren aber *einig gegen den Frieden*. Der Mancheſter Guardian hat erkannt und bald nach Kriegsausbruch geſchrieben, daß in Frankreich das Kriegsfeuer durch Belügung des Volkes entzündet wurde: indem die ruſſiſche Mobilmachung verheimlicht und erſt *nach* der deutſchen bekanntgegeben wurde, um den Eindruck zu erwecken, daß Rußland (und Frankreich!) der provozierte Teil ſeien. Jean Jaurès aber ſchrieb zwei Tage vor ſeinem Tode (der Brief wurde mitgeteilt von Philipp Scheidemann im Deutſchen Reichstag am 6. April 1916): „Es läge in der Macht der franzöſiſchen Regierung, den Krieg zu verhindern. *Aber man ſucht den Krieg, den man ſchon lange ſchürte.* . . .

Hier treiben alle ſchädlichen Kräfte zum Krieg, den man zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes führen will, und weil die Börſen von London und Paris auf Petersburg ſpekulieren!“

Deutſchland kann alſo einer unparteiiſchen Unterſuchung der Schuld am Ausbruch des Krieges ruhig ſeine Aktenſchränke öffnen — die Entente kann es nicht und wird es nicht. Hätten wir nur eine Regierung und eine Volksvertretung gehabt, die rechtzeitig wußten, was moraliſche Offenſive iſt, ſo wäre überhaupt niemals die Legende von Deutſchlands Schuld ſo unzerſtörbar aufgekommen. Die Nationalverſammlung wird jetzt zeigen müſſen, ob ſie in dieſer Grundfrage unſerer gegenwärtigen Politik fähig iſt, der neuen Regierung beſſer zu ſekundieren und ſie, wenn nötig, energiſcher vorwärts zu treiben, als es der Reichstag gegenüber der alten getan hat. Die Mehrheitsſozialdemokratie, die ſich auf der Berner Konferenz in nationaler Beziehung im Gegenſatz zur unwürdigen Selbſterniedrigung Eisners nicht ſchlecht gehalten hat, nahm dort, was die Schuld am Kriege betrifft, die grundſätzliche Stellung ein, auch der Imperialismus und Militarismus der Entente ſeien ſchuldig und die „unparteiiſche Unterſuchung“ müſſe die Dinge im einzelnen klären. Die ſozialdemokratiſchen Vertreter hätten aber, ohne der Wahrheit etwas zu vergeben, auch noch ein Stück weitergehen und ſagen können, daß durch Deutſchlands Bemühungen die Gefahr faſt ſchon beſchworen und die Formel für Öſterreich-Ungarn und Serbien, den Frieden zu erhalten, ſchon gefunden war. Alle übrigen entſcheidenden Stellen hatten ſie angenommen — da zerſtörte die ruſſiſche Geſamtmobilmachung die wiederkehrende Wahrſcheinlichkeit des Friedens. Sie zerſtörte ſie aber nicht nur, ſondern ſollte ſie auch zerſtören.

Die Entente und die deutſchen Kolonien

Von Franz Kolbe

Die Entſcheidung darüber, was mit den deutſchen Kolonien geſchehen ſoll, ſcheint die Friedenskonferenz vor eine äußerſt ſchwere Aufgabe zu ſtellen. Seit dem 25. Januar wird über das Schickſal der deutſchen Kolonien verhandelt, und bis jetzt ſcheint eine Einigung noch nicht erzielt zu ſein. Die „Agence Havas“ behauptet zwar, es ſei eine vorläufige Entſcheidung dahin getroffen worden, daß die Kolonien unter keinen Umſtänden an Deutſchland zurückgegeben, ſondern, wie von Wilſon vorgeſchlagen, internationaliſiert, d. h. der Verwaltung des Völkerbundes unterſtellt werden. Einer Annexion unſerer Kolonien, wie ſie von England, Frankreich, Belgien und Auſtralien beabſichtigt wurde — auch Portugal ſoll Anſprüche auf den ſüdlichen Teil Oſtafrikas angemeldet haben, und Italien ſollte aus engliſchem und franzöſiſchem Kolonialbeſitz Kompenſationen erhalten — ſoll ſich Wilſon mit Erfolg energiſch widerſetzt haben. Bis zum Zuſtandekommen des Völkerbundes ſollen diejenigen Mächte, welche die Kolonien gegenwärtig verwalten, die Verwaltung behalten, ſie ſollen ſogar das Recht haben, ihre eigenen Geſetze einzuführen, dagegen ſoll Wilſon mit Erfolg verlangt haben, daß der Handel nicht von den Okkupationsmächten monopoliſiert werden darf, ſondern der freien Betätigung aller Staaten offenſtehen muß. Die endgültige Entſcheidung über das Schickſal unſerer Kolonien würde demnach Sache des Völkerbundes ſein.

Nach den neueren Meldungen ſcheint indes eine Einigung nur zwiſchen Wilſon und dem engliſchen Kriegskabinett erfolgt zu ſein, während ſowohl Frankreich als auch die engliſchen Dominions ſich dem Wilſonſchen Vorſchlage energiſch widerſetzen. Die geſamte offiziöſe franzöſiſche Preſſe ſtellt ſich auf den Standpunkt, daß eine Internationaliſierung unſerer Kolonien undenkbar ſei. Ausſchlaggebend hierbei iſt neben dem Wunſche, die beſetzten Teile von Kamerun und Togo zu annektieren, wohl vor allem die Erwägung, daß durch den Wilſonſchen Vorſchlag der franzöſiſche Plan, die Reichtümer des franzöſiſchen Kolonialreiches und ſeinen geſamten Handel ausſchließlich dem Mutterlande zu monopoliſieren, unausführbar werden würde.

Außer den Franzoſen hat auch der Premierminiſter des auſtraliſchen Conmonwealth auf das beſtimmteſte erklärt, daß er ſich mit dieſem Beſchluſſe der Konferenz nicht einverſtanden erklären werde: Auſtralien wolle die deutſchen Kolonien ſofort annektieren.

Inwieweit die Nachricht richtig iſt, daß auch Wilſon ſich mit dem engliſch-franzöſiſchen Wunſche einverſtanden erklärt hat, daß die deutſchen Kolonien auf keinen Fall an Deutſchland zurückgegeben werden, bleibt abzuwarten. Neutrale Blätter wollen jedoch wiſſen, daß die Stimmung in Amerika und auch die Wilſons eine ganz andere ſei. So ſchreibt z. B. das „Aargauer Volksblatt" in Baden (Schweiz):

> „In führenden amerikaniſchen Kreiſen ſcheint das Beſtreben der Verbündeten, ſich über die endgültigen Bedingungen ohne Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu einigen, großes Mißtrauen erregt zu haben, zumal dieſe Einigung auf einer Grundlage erfolgt, die mit den 14 Wilſonſchen Punkten nicht mehr zu vereinbaren iſt. Was insbeſondere die Kolonialfrage anlangt, ſo hatte Wilſon auch heute noch an ſeinem Standpunkt feſt, daß ſie durch eine Aufteilung des deutſchen Kolonialbeſitzes unter die Entente nicht gelöſt werden könne. Unſer Gewährsmann berichtet weiter, daß man es in amerikaniſchen Kreiſen nicht verſtehe, wie das deutſche Volk ſich zur Zeit anſcheinend nur mit innerpolitiſchen Fragen beſchäftige. So wichtig die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die baldige Bildung einer aktionsfähigen Regierung an und für ſich auch ſei, trete hierin nicht bald eine Anderung ein, ſo werde es Wilſon kaum möglich ſein, bei der Regelung der Kolonialfrage ſeine Grundſätze, die ja auch Deutſchland zugute kämen, zur Geltung zu bringen. Unſer holländiſcher Gewährsmann ſelbſt iſt der Anſicht, daß das derzeitige paſſive Verhalten der deutſchen Regierung zum Schaden Deutſchlands nur den Eindruck

erwecken könne, als ob man deutſcherſeits auf den künftigen Beſitz von Kolonien überhaupt keinen Wert mehr lege. Überhaupt wird Wilſons Stellung durch die Gleichgültigkeit der deutſchen Regierungsſtellen in außerpolitiſchen Fragen außerordentlich erſchwert. Selbſtverſtändlich kann Wilſon nicht deutſcher ſein als die deutſche Regierung.“

Erfreulicherweiſe hat es den Anſchein, als ob dieſe Gleichgültigkeit des deutſchen Volkes und ſeiner Regierung in der Kolonialfrage endlich ein Ende erreicht habe. Die Reichsregierung hat bereits erklären laſſen, daß das deutſche Volk auf der Rückgabe ſeiner Kolonien beſtehe. Große Proteſtverſammlungen haben in Berlin und Hamburg und hoffentlich auch an anderen Orten ſtattgefunden. Die Vertreter der Mehrheits-Sozialdemokratie auf dem Berner Sozialiſtentage haben in ebenſo würdiger als feſter Weiſe die Rückgabe unſerer Kolonien gefordert. Dieſelbe Forderung hat der Hanſabund und andere wirtſchaftliche Verbände erhoben. *Das alles aber genügt noch nicht.* — *Hauptſache wird es ſein, daß die Nationalverſammlung den Willen Deutſchlands, ſich mit einer Nichtzurückgabe ſeiner Kolonien auf keinen Fall einverſtanden zu erklären, nachhaltigſten Ausdruck verleiht.* Die Mittel, um dieſer Forderung den genügenden Nachdruck zu verſchaffen, liegen auf der Hand, es iſt einerſeits die wirtſchaftliche Notwendigkeit für Deutſchland, ebenſo wie die anderen Großmächte zur Sicherung ſeines Rohſtoffbedarfes eigenen Kolonialbeſitz zur Verfügung zu haben, der ihm nicht abgeſperrt werden darf, andererſeits die Berechtigung des deutſchen Volkes an der Erziehung der Völker Afrikas und ihrer Hebung auf eine höhere Kulturſtufe mitzuwirken. Daß Deutſchland tatſächlich hierzu berechtigt iſt, ergibt ſich aus dem fünften der vierzehn Wilſonſchen Punkte: Daß die Intereſſen der Eingeborenen bei der Entſcheidung über die deutſchen Kolonien dasſelbe Gewicht haben müſſen, wie die Intereſſen der ſich um den Beſitz der Kolonien ſtreitenden Völker.

Nun haben zwar Engländer und Franzoſen, insbeſondere durch ihre Preſſe, alles getan, um der Welt den Glauben beizubringen, die deutſche Kolonialpolitik ſei ſo hart und grauſam in der Behandlung der Eingeborenen geweſen, daß ſchon die Humanität es verbiete, die Eingeborenen nochmals der Gefahr auszuſetzen, von Deutſchland beherrſcht zu werden. Sie haben die Behauptung aufgeſtellt, die deutſche Kolonialpolitik ſei einzig darauf gerichtet geweſen, die Kolonien und ihre Eingeborenen im wirtſchaftlichen Intereſſe der deutſchen Induſtrie auszubeuten und habe ſich um die Intereſſen der Eingeborenen und ihre Rechte nicht im geringſten gekümmert. Außerdem behaupten ſie, die deutſchen Kolonien ſeien für Deutſchland in der Hauptſache ein Mittel im Kampfe um die Weltherrſchaft geweſen: Durch Militariſierung der Eingeborenen hätten ſie die Kolonien der anderen Kolonialmächte erobern und durch Anlage von Flottenſtationen und U-Boot-Baſen hätten ſie den Handel der ganzen Welt unterbinden wollen.

Die letzte dieſer beiden Behauptungen iſt bereits kürzlich von unſerem Auswärtigen Amt kurz aber würdig zurückgewieſen worden. Trotzdem erſcheint es wünſchenswert, daß auch die Nationalverſammlung ſich mit dieſem Punkte eingehend beſchäftigt, daß ſie den Nachweis liefert, wer es geweſen iſt, der die Eingeborenen Afrikas militariſiert und auf das europäiſche ſowie das oſtafrikaniſche Schlachtfeld geführt hat, während Deutſchland, das die Neutraliſierung der Kolonien offiziell beantragt hatte, gegen ſeinen Willen gezwungen war, zu kämpfen, um die Kolonien zu verteidigen. Es dürfte unſeren maßgebenden Stellen nicht ſchwer werden, den Nachweis zu liefern, daß, wie bereits Graf Reventlow noch während des Krieges in ſeinem Buche „Die große Seemacht im Weltkriege“ ausgeführt hat, die Anlage von Flottenſtationen eine derartig koſtſpielige Sache iſt und überdies von den anderen Großmächten derartig leicht verhindert werden kann, daß Deutſchland jetzt noch weniger — infolge ſeiner Verarmung — als vor dem Kriege daran denken kann, ſich derartige Laſten aufzuerlegen.

In der Frage der Behandlung der Eingeborenen hat jetzt endlich auch unſer Reichskolonialamt die Initiative ergriffen und durch Herausgabe eines Graubuches „Die Behandlung der einheimiſchen Bevölkerung in den kolonialen Beſitzungen Deutſchlands und Englands“, eine moraliſche Offenſive gegen England eröffnet, die — wenn ſie nicht etwa ſchon zu ſpät kommt — unter allen Umſtänden den Nachweis führt, daß alles, was uns im engliſchen Blaubuch vorgeworfen wird, in engliſchen Kolonien ebenſogut, aber noch viel häufiger und in viel ſchändlicherer Weiſe vorgekommen iſt.

Wer dies deutſche Graubuch aufmerkſam lieſt, muß zu der Überzeugung kommen, daß alles, was England uns vorwirft, auf die engliſche Kolonialverwaltung viel eher zutrifft, als auf uns. Wenn wir alſo das Anrecht auf Kolonialbeſitz verwirkt hätten, dann müßte England ebenſo ſeine ſämtlichen Kolonien herausgeben.

Es wird aber den Vertretern des Reichskolonialamtes auch gar nicht ſchwer werden, den Nachweis zu führen, daß Deutſchland im wahren Intereſſe der Eingeborenen viel mehr geleiſtet hat, als irgend eine der anderen Kolonialmächte. Deutſchlands Leiſtungen in der Bekämpfung der Volksſeuchen, in der Verbeſſerung der hygieniſchen und wirtſchaftlichen Lebensbedingungen der Eingeborenen, in der Bekämpfung des Alkoholhandels an die Eingeborenen in Unterricht und Erziehung werden von keiner anderen Kolonialmacht erreicht. Daß die Behandlung der Eingeborenen, die zwar ſtreng aber ſtets gerecht zu ſein bemüht war, manchmal rauher war, als im Durchſchnitt bei den anderen Kolonialmächten, mag zutreffen, aber welcher Pädagoge iſt der beſſere, derjenige, der ſeinen Zöglingen den Willen läßt, oder derjenige, der rechtzeitig zu züchtigen weiß? Heißt es doch ſchon in der Bibel: „Wen der Herr lieb hat, den züchtigt er!“ Daß die deutſche Erziehungsmethode weit beſſere Erfolge erzielt hat, als die der anderen Kolonialvölker, iſt von unparteiiſchen Neutralen vielfach anerkannt worden.

Das deutſche Volk hat keine Veranlaſſung, an der Ausſicht, ſeine Kolonien wieder zu erlangen, zu verzweifeln. Dr. Richard Hennig hat ſich in der Deutſchen Kolonialzeitung der mühevollen aber dankenswerten Arbeit unterzogen, die Friedensſchlüſſe Englands in ſeinen Kriegen nach der kolonialen Seite hin zu unterſuchen. Hennig ſtellt feſt, daß England noch keinen Krieg geführt hat, in dem es ſeinem Gegner nicht einen kleineren oder größeren Teil ſeines Kolonialbeſitzes entriſſen hat, daß es aber auch keinen Frieden geſchloſſen hat, in welchem es nicht das Eroberte ganz oder zum großen Teil wieder zurückgab.

Hoffentlich werden unſere Unterhändler der Friedenskonferenz ſich dieſe Lehre merken und mit derſelben Energie, wie es bei früheren Friedensverhandlungen die Vertreter der betroffenen Mächte getan haben, für die Rückgabe unſerer Kolonien ſich einſetzen. An Gründen, die unſere Forderung rechtfertigen, kann es ihnen unter keinen Umſtänden fehlen.

Daß eine Einigung unter unſeren Gegnern über die Kolonialfragen ſobald erzielt werden könnte, iſt nicht anzunehmen — die Gegenſätze ſind zu groß. Selbſt England und Frankreich machen ſich den Beſitz von Tanger ſtreitig, auf das außerdem auch Spanien Anſpruch erhebt; Auſtralien verlangt für England den Beſitz der geſamten Südſee, einſchließlich der franzöſiſchen Beſitzungen, während Japan die deutſchen Südſeeinſeln nördlich des Äquators verlangt, aber, wie aus geſtohlenen Dokumenten hervorgehen ſoll, die Marſchall- und Karolinen-Inſeln befeſtigen will, was Amerika unter keinen Umſtänden geſtatten kann. Auch über den Beſitz Syriens ſind Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen England und Frankreich vorhanden. Und was wird Italien ſagen, wenn es durch Internationaliſierung der deutſchen Kolonien ſeines Anſpruches auf Vergrößerung ſeines Kolonialbeſitzes verluſtig gehen ſollte?

Die geſchichtlichen Beziehungen des Saargebiets und Lothringens zu Frankreich

Von Dr. W. Fabricius (Darmſtadt)

Gegenüber den phantaſtiſch-maßloſen Forderungen und Anſprüchen unſerer Feinde auf rein deutſches Gebiet in der Saargegend dürfte es wohl angebracht ſein, wenn der Bearbeiter des „Geſchichtlichen Atlas der Rheinprovinz" im jetzigen Augenblick ein Wort einlegt für die Rechte Deutſchlands und jene

Anmaßungen auf das ſchärfſte zurückweiſt. Sie gehen hervor aus der Begier nach den dort vorhandenen für uns lebensnotwendigen Bodenſchätzen. Unſere Gegner ſuchen ihre Anſprüche zu begründen mit uralten Rechtstiteln aus der Kelten- und Römerzeit, oder berufen ſich auf die Hausverträge der Merowinger und Karolinger und weiſen dabei beſonders auf die längere Dauer der Karolingiſchen Herrſchaft im weſtfränkiſchen Reiche hin, während doch dieſe Lande im ganzen Mittelalter, ſeit dem Ausgang der deutſchen Karolinger einen rechtmäßig zugehörigen Teil des Heiligen Römiſchen Reiches Deutſcher Nation gebildet haben.

Der größte Teil der jetzigen Rheinprovinz gehörte nach dem Vertrag von Verdun 843 zum Reiche Lothars, dem ſpäteren Herzogtum Lothringen (Lotharii regnum), das ſich als ein breiter Streifen von der Nordſee bis zu den Alpen zwiſchen den beiden Bruderreichen im Weſten und Oſten hinzog, von vornherein Gebiete welſcher und deutſcher Zunge umfaſſend. Durch den Vertrag von Meerſen 870 wurde Lothringen nach dem Erlöſchen der dort herrſchenden Linie zwiſchen Karl dem Kahlen von Frankreich und Ludwig dem Deutſchen geteilt. Auch die damals vereinbarte Grenze fiel keineswegs mit der Sprachgrenze zuſammen, die an der Maas, in der Gegend unterhalb von Lüttich geſchnitten wird. Oberhalb würden jetzt auf dem oſtfränkiſchen Gebiet über eine Million franzöſiſch oder walloniſch ſprechender Leute wohnen, während unterhalb Landſtrecken mit heute 4 Millionen deutſch oder vlämiſch redender Einwohner dem Weſtreich zugeteilt wurden. Bei Malmedy dringt ein kleiner Keil walloniſchen Sprachgebietes (acht Gemeinden, 14 km) auf den Boden der Rheinprovinz vor, welche ſonſt ganz im deutſchen Sprachgebiet liegt.

Dieſer Zuſtand dauerte nur bis 880, in welchem Jahre dem zur Rettung des weſtfränkiſchen Königtums gegen aufrühreriſche Große herbeigerufenen Ludwig dem Jüngeren von Oſtfranken und Sachſen der weſtliche Teil des Zwiſchenreiches wieder überlaſſen wurde. „Nach heutiger Länderverteilung wurden damals Belgien diesſeits der Schelde, Luxemburg, die franzöſiſchen Departements Vogeſen und Meurte-et-Moſelle vollſtändig, von den Departements Ober-Maas, Maas, Ardennen und Nord Teile an das Oſtreich angeſchloſſen. Es war die Reichsgrenze aufgerichtet, die mit geringen Unterbrechungen und Verſchiebungen völkerrechtliche Geltung gehabt hat bis zum Weſtfäliſchen Frieden. Sprachunterſchiede haben auch auf ihre Feſtſetzung keinen Einfluß gehabt.“ Nochmals erhielt dieſes Land einen eigenen König, indem Kaiſer Arnulf es ſeinem unehelichen Sohne Zwentibold (895—900) übertrug. Gegen ihn erhob ſich im Gebiet zwiſchen Maas und Schelde Reginar, durch ſeine Mutter wahrſcheinlich ein Nachkomme Kaiſer Lothars. Er wurde der erſte Herzog von Lothringen.

Im ſüdlichen Teile des alten lothringiſchen Reiches gelangten aber die mittelrheiniſchen Konradiner zu Macht, und ſo erklärt ſich aus dem Gegenſatze zu

König Konrad I., daß ſowohl Reginar, wie ſein Sohn Giſelbert (ſeit 915) Anſchluß an Frankreich ſuchten. In den Wirren unter Karl dem Einfältigen geriet Giſelbert jedoch in Zwiſtigkeiten mit dem franzöſiſchen König, und es gelang nach der für den letzteren unglücklichen Schlacht bei Soiſſons 923 dem deutſchen König Heinrich I. das Herzogtum dauernd für das Oſtreich zu erhalten. Bei der Krönung Ottos des Großen 936 in Aachen auf lothringiſchem Boden waltete Herzog Gieſelbert des Kämmereramtes. Aber er blieb dem König nicht treu und wähnte die Zeit gekommen, eine ſelbſtändige Stellung zwiſchen beiden Reichen zu gewinnen. Er fand in der Schlacht bei Andernach 939 ſeinen Tod in den Wellen des Rheins, und nun ward der Franke Konrad Herzog von Lothringen und dann Schwiegerſohn des Königs. 953 übertrug Otto ſeinem, damals zum Erzbiſchof von Köln erhobenen Bruder Bruno die Verwaltung des Herzogtums. Unter Otto II. machte der vorletzte franzöſiſche Karolinger Lothar noch einen Verſuch, das Land für ſein Reich zu gewinnen und beſetzte Aachen. Der Kaiſer antwortete mit einem Kriegszug bis auf den Montmartre von Paris. Seit 1044 war das Herzogtum geteilt, Nieder- und Oberlothringen entſtanden.

Aber die Stammesherzogtümer zerfielen, und nur die Herrſchaft über gewiſſe Teile verblieben den Herzögen. Die bisher unter ihnen ſtehenden Grafen wurden Landesherren und reichsunmittelbar. So kommt es, daß die Grenzen des Herzogtums (Ober-)Lothringen in der für uns in Betracht kommenden Gegend ſo verwickelt ſind. Es hatten ſich die Territorien des Erzſtifts Trier, der Grafſchaften Luxemburg, Saarbrücken, Zweibrücken und Veldenz gebildet, die mit einer Menge kleiner Herrſchaften das Herzogtum einengten und zerſetzten. Aber alle dieſe Halbſtaaten blieben einſchließlich des territorialen Herzogtums Lothringen Glieder des Heiligen Römiſchen Reiches Deutſcher Nation.

Natürlich hat das erſtarkende Königtum in Frankreich immer wieder verſucht, in Lothringen wie in Brabant und Vlamland, die an die Stelle des niederlothringiſchen Herzogtums getreten waren, Einfluß zu gewinnen; ſo mußte König Albrecht I. 1299 auf einer Zuſammenkunft mit Philipp dem Schönen von Frankreich deſſen Anſprüche zurückweiſen.

Der eigentliche Anfang der franzöſiſchen Machtſtellung an den Grenzen der jetzigen Rheinprovinz geſchah durch die Beſitzergreifung der drei Biſtümer Metz, Toul und Verdun ſeitens des franzöſiſchen Königs Heinrich II. 1552. Es geſchah im Einverſtändnis mit dem vom Kaiſer Karl V. abgefallenen Kurfürſten Moritz von Sachſen, und das Reich hatte dieſe Abtrennung bis zum Weſtfäliſchen Frieden nicht anerkannt, vielmehr hat Kaiſer Karl noch in ſeinem letzten Feldzug den vergeblichen Verſuch gemacht, die wertvollen Lande für das Reich zu retten und wiederzugewinnen.

Dem Herzog von Lothringen war durch einen Vertrag zu Nürnberg vom Bruder

Karls, dem römiſchen König Ferdinand, im Jahre 1542 eine freiere Stellung dem Reiche gegenüber eingeräumt worden, ohne daß er dadurch aufhörte, Reichsſtand zu ſein und den Beitrag zum Reichskammergericht zu zahlen, mit Sitz und Stimme im Reichstag und in den Verſammlungen des Oberrheiniſchen Kreiſes.

Im Dreißigjährigen Krieg beſetzte Frankreich infolge eines unklugen Verhaltens des Herzogs Karl das ganze Lothringer Land (1633) und behielt es wider alles Recht auch nach dem Weſtfäliſchen Frieden. Erſt im Vertrag von Vincennes 1661 wurde der Herzog wieder eingeſetzt, Frankreich behielt aber einige Landesteile, darunter das Amt Sierk an der Grenze der Rheinprovinz mit Elſaß-Lothringen und den lothringiſchen Anteil an dem mit Kurtrier gemeinſchaftlichen Land Montclair, Saargau und Merzig, zwiſchen Saarburg und Saarlouis. In den Kriegen Ludwigs XIV. wurde Lothringen ſchon 1670 aufs neue durch die franzöſiſchen Heere beſetzt, und der König errichtete 1680 die berüchtigten Reunionskammern in Beſancon, Breiſach, Metz und Tournai, zur „Wiedervereinigung" alles deſſen, was je einmal von den alten und neuen Erwerbungen Frankreichs oder von franzöſiſchen Biſtümern und Reichsabteien in irgendeiner grundherrlichen oder lehensherrlichen Abhängigkeit geſtanden hat. Mit ſchönen Worten wiſſen ja auch jetzt unſere Feinde ihren Raubgelüſten ein moraliſches Mäntelchen umzuhängen. Was man jetzt Desannexion nennt, hieß damals „Reunion". Es wurden mit großer Unverfrorenheit, auch wenn nur für einzelne Teile und Burgen eine ſolche Abhängigkeit ſich wirklich nachweiſen ließ, die ganzen Territorien von Zweibrücken, Saarbrücken, Veldenz, Sponheim und eine Unzahl kleinerer Herrſchaften eingeſchluckt: Frankreich hat einen guten Magen! An der Unter-Moſel gründete Ludwig die jetzt noch in ihren Reſten ſichtbare Zwingfeſte Mont-Royal bei Trarbach, und an der Saar, im Gebiet der Stadt Wallerfangen, dem Sitz des lothringiſchen „Baillage Allemand", die Feſtung und Stadt Saarlouis; Wallerfangen wurde damals ganz zerſtört und dem Erdboden gleichgemacht. Nach der Inſchrift, die an dem von Ludwig errichteten Prunktor in Breiſach geſtanden haben ſoll, waren ja Frankreichs Grenzen erſt da, wo der franzöſiſche Krieger nicht mehr ſiegte! Und er ſiegte ſchließlich nicht mehr. Im Frieden von Ryswick am 20. Oktober 1697 mußte Ludwig ſeinen Raub größtenteils wieder herausgeben, namentlich das Herzogtum Lothringen und die „Reunionen". Nur das Amt Longwy und die Feſtung Saarlouis mit einer Bannmeile blieben in den Händen der Franzoſen.

Was damals nicht gelang, wurde 38 Jahre ſpäter nach dem öſterreichiſch-polniſchen Erbfolgekrieg durch den Wiener Präliminarfrieden vom 3. Oktober 1735 angebahnt. In dieſem Vertrag wurde beſtimmt, daß der Exkönig von Polen, Stanislaus Leſzczynski, der Schwiegervater des Königs Ludwig XV. von Frankreich, das Herzogtum Lothringen erhalten, der damalige Herzog Franz IV., der

Bräutigam der Erbin der öſterreichiſchen Monarchie, Maria Thereſia, mit der Antwartſchaft auf das Großherzogtum Toscana nach dem Ableben des letzten Medici, Johann Caſtor, entſchädigt werden ſollte. Nach Stanislaus' Tod ſolle Lothringen in voller Souveränität und für immer an Frankreich fallen. Am 17. März 1736 ließ Stanislaus von dem Herzogtum Beſitz ergreifen, und die Mutter des Herzogs, Charlotte voh Orleans, verließ 1737 das Land, das ſie bisher als Regentin verwaltet hatte. Der endgültige Friede von 1738 beſtätigte die Beſtimmungen von 1735, und nach dem Tode des Stanislaus, 1766, trat Frankreichs König in die Erbſchaft. Er hatte ſchon 1737 für ſich und ſeinen Schwiegervater auf die Lothringen zuſtehende Stimme und Sitz im Reichstag verzichtet, und damit die Ausſcheidung des Herzogtums aus dem Reichsverband ausgeſprochen. Unter franzöſiſcher Herrſchaft behielt das auf dieſe hinterhaltige Weiſe erworbene Land nur provinzielle Selbſtändigkeit. Es behielt ſein eigenes „Parlament" (oberſtes Gericht) und ſeine Rechenkammer in Nanzig.

Das Land zerfiel ſeit früherer Zeit in die drei Oberämter (Baillages) Nanzig, Vogeſen und Deutſch-Lothringen (Lorraine Allemande). Das letztere Gebiet umfaßte das deutſche Sprachgebiet; die zu ihm gehörigen Amtsbezirke lagen zum Teil ſehr zerſtreut und auseinandergeriſſen zwiſchen anderen Territorien des Heiligen Römiſchen Reiches Deutſcher Nation. Auch viele mit ſolchen Herrſchaften gemeinſchaftliche und ſtrittige Gebiete lagen dazwiſchen. Überall gab es Grenzſtreitigkeiten und Klagen über Übergriffe und Gewalttätigkeiten der franzöſiſchen Behörden. War doch ſchon unter Stanislaus die lothringiſche Miliz dem franzöſiſchen Heere angeſchloſſen, trotz der Souveränität des polniſchen König-Herzogs. Es wurden in die Akten des Wiener Friedens beſondere Beſtimmungen aufgenommen, dieſe Grenzfragen durch eine Kommiſſion löſen zu laſſen; ſie hatte keine leichte Arbeit. Es dauerte 1781, 1783, 1787, ehe die Grenzen ſoweit reguliert waren, wie ſie 1792 beſtanden. Iſt doch von dieſem Jahre in den franzöſiſchen Anſprüchen von heute die Rede. Was nun das Saargebiet betrifft, ſo würde dieſe Grenze für uns viel günſtiger ausfallen, als wie die alte lothringiſche Landesgrenze. Dieſe ſchob ſich nördlich des Saarbrücker Kohlenreviers in dem Amt Schaumburg bis in das Fürſtentum Birkenfeld und in den Kreis St. Wendel hinein vor, eine ſchmale Zunge mit einigen zerſprengten Stücken; war doch ſogar das durch ſeine Achatinduſtrie bekannte Oberſtein an der Nahe Gegenſtand lothringiſcher und franzöſiſcher Begehrlichkeit, auf ein Lehensverhältnis und alten Schutzvertrag ſich berufend.

Von dem Saarbrücker Kohlenrevier ſelbſt gehörte nicht das geringſte zu Lothringen, ſondern es lag ganz unter Reichshoheit und Naſſau-Saarbrückiſcher Landesherrlichkeit. Mit dieſem Territorium hatte Frankreich, von den Grenzſtreitigkeiten und Gemeinſchaftsgebieten abgeſehen, nichts weiter zu tun, als daß es teilweiſe in dem geiſtlichen Sprengel des Biſtums Metz lag, und das Schloß Saarbrücken — nicht das ganze Gebiet — von dem Metzer Biſchof zu Lehen herrührte. Daraus drehte zwar Ludwig XIV. ſeine Stricke, durch die er das Land mit Frankreich „wieder vereinigen" wollte. Unſere jetzigen Gegner aber möchten auch ohne ſolche Scheingründe, auf der nackten Gewalt fußend, ein Stück unſeres wertvollſten und für unſer Gedeihen unentbehrlichen Bodens „desannektieren", der immer in deutſchen Händen geweſen und durch deutſchen Fleiß im 8. und dann im 11. und teilweiſe auch im 18. Jahrhundert dem Walde abgerungen und beſiedelt, ſeit dem 15. Jahrhundert aber erſt bergbaulich erſchloſſen und ſo wertvoll gemacht worden iſt.

Deutſchöſterreich vor den Wahlen

Von Prof. Dr. Robert Sieger (Graz)

Das deutſche Volk in Öſterreich, von dem Zuſammenbruch der Monarchie weit unvorbereiteter überraſcht als ſeine Nachbarn, hat ſich bisher politiſch beſſer bewährt, als man erwarten mochte. Es dankt dies neben anderem der Erziehungsarbeit der deutſchen Volksräte, vor allem aber der politiſchen Geſchloſſenheit, mit der Chriſtlichſoziale und Sozialdemokraten zu dem Umſchwung Stellung nahmen. So konnten die Parteien raſch zur Aufrechterhaltung der Ordnung zuſammentreten; man kann von einer Entwicklung, ja einer ruhigen Entwicklung ſprechen.

Dazu war erforderlich, daß die Chriſtlichſozialen ihren rechten Flügel im Zaume hielten und ſich nachdrücklich auf den Boden der Republik ſtellten, daß die Sozialdemokratie die inneren Gegenſätze überwand. Beides iſt geſchehen. Die Sozialdemokraten mußten allerdings immer wieder betonen, daß ihre Ziele von denen der Kommuniſten ſich nicht unterſcheiden; aber ſie hoben ebenſo entſchieden hervor, daß ſie deren Verwirklichung nicht auf dem gewaltſamen Wege einer ſofortigen „Diktatur des Proletariats", ſondern ſchrittweiſe auf dem geſetzlichen anſtreben.

Auch eine dritte Vorausſetzung zur „Organiſation der Revolution" iſt erfüllt worden, der Zuſammenſchluß der ſogenannten Bürgerlichen, Nationalen oder Freiheitlichen zu einer verhandlungsfähigen Einheit. Diejenigen, die „weder Schwarze noch Rote ſein wollen", oder „die zwiſchen Rot und Schwarz ſtehen", haben es allerdings an innerer Geſchloſſenheit fehlen laſſen; ebenſo an dem Bekenntnis zu großen gemeinſamen Ideen, ja an einfachen, wirkſamen Schlagworten. Gemeinſame Abwehr und gemeinſame Intereſſen müſſen ſolche erſetzen. Das reicht nicht hin, um als große Partei in die Wahlbewegung einzutreten und die in dieſer von Tag zu Tag wachſende Gefahr einer Zerſplitterung hintanzuhalten. Aber es reichte hin, um im Einvernehmen mit den beiden anderen Gruppen die geſetzgebenden

Verſammlungen und die Regierungen im Staat und in den Ländern bilden zu können. „Proviſoriſche Nationalverſammlung“ wurden die deutſchen Mitglieder des bisherigen Abgeordnetenhauſes. Eine Verſtärkung durch Vertreter geiſtiger oder wirtſchaftlicher Intereſſen lehnten die Sozialdemokraten ab, die nur Erwählte des allgemeinen gleichen Stimmrechts zuließen; dadurch wurde Feilſchen und Streit vermieden. Als Vorſitzende und zugleich vorläufige Staatsoberhäupter wurden je ein Vertreter der drei Parteien gewählt, die Stellen im Staatsrat und der Staatsregierung wurden einvernehmlich geteilt. Den Kern der neuen Landesverſammlungen bildeten die bisherigen Abgeordneten der Kronländer; da dieſe aber durch ihre Pflicht oft nach Wien gerufen werden und zu wenig zahlreich ſind, mußte das Prinzip der Wahl durch das allgemeine Stimmrecht verlaſſen und andere Mitglieder von den Parteien zugewählt werden. Dabei dienten hier die bei den Reichsratswahlen abgegebenen Stimmen als Schlüſſel für die Verteilung, dort hat man (wie in Steiermark) die Mandate auf die drei Gruppen gleich verteilt. Die Stellen des Landeshauptmanns und ſeiner Stellvertreter, der Landesausſchüſſe (Landesräte) und der Wohlfahrtsausſchüſſe (dieſe wurden nach dem Vorgang in der Steiermark, dem erſten revolutionären Schritt, in verſchiedenen Ländern für wirtſchaftliche Aufgaben gebildet), ſowie andere neue Ämter wurden nach Vereinbarung geteilt. Auch den Gemeindevertretungen hat man Vertreter bisher zurückſtehender Gruppen, vor allem der Arbeiterſchaft, beigeordnet. Die ungleiche Stärke, beſſer: das ungleiche Kraftbewußtſein der Parteien, ſpiegelt ſich in der Tatſache, daß man hierbei meiſt, doch keineswegs überall, ausſchließlich auf Sozialdemokraten griff, die auch ſonſt bei der Teilung der Gewalten nicht ſchlecht abſchnitten.

Die Arbeit in Geſetzgebung und auch Verwaltung unterſcheidet ſich nicht nur durch den Wegfall der nationalen Reibungen vorteilhaft von der im alten Öſterreich. Zwar beſteht kein „Burgfriede“. Aber die Wechſelreden ſind ſachlicher und kürzer als vordem, perſönliche Angriffe und Verdächtigungen (mit öſterreichiſchem Maß gemeſſen) ſelten; es iſt raſch und viel gearbeitet worden. Allerdings verleitete der Eifer bisweilen zu flüchtiger Arbeit, ſo daß vorſchnelle Geſetze und Verordnungen wieder abgeändert werden mußten. In ihrem Arbeitseifer ſchneidet die vorläufige Nationalverſammlung aber auch manche Fragen an, die nicht dringlich genug ſind, um der „konſtituierenden“ Verfaſſung vorzugreifen. Hierher rechne ich nicht durchaus die viel angefeindeten und nun doch wohl vertagten Steuergeſetze, die nicht nur aus ſachlichen Gründen auf Widerſtand ſtoßen, aber einem unaufſchiebbaren Bedürfnis entſpringen. Eher die ſchließlich abgelehnte, ſehr zahme „Ehereform“, die eine unerquickliche „Kulturkampfdebatte“ mit ſich brachte, den beiden extremen Parteien Stoff für die Wahlagitation lieferte, aber auch den inneren Zwieſpalt der Mittelgruppe grell beleuchtete.

Von einem unbefangen demokratiſchen Standpunkt aus iſt es auch bedenklich, daß bei den Wahlen für die verfaſſunggebende Verſammlung die Hunderttauſende von Kriegsgefangenen nicht zu Wort kommen können. Und auch für die politiſche Entwicklung hat das kaum gute Folgen. Zwar ſind von Oſten her nicht wenige bolſchewiſtiſche Heimkehrer zu erwarten; aber die Gefangenen in Italien, vor allem die an der Gebirgsfront erprobten Krieger, bilden ein Element der Ordnung, das die verantwortlichen Leiter aller drei großen Parteien ſchmerzlich vermiſſen mögen. Vor allem ſind ſie politiſch reifer, als insbeſondere die Frauen, die bei den Wahlen vielfach entſcheiden werden, aber nur in der Sozialdemokratie politiſch geſchult ſind. Der Gedanke an dieſe mag manchen gegen die Wahlpflicht einnehmen; in der Regel wird ſie aber rein parteipolitiſch beurteilt. Die Sozialdemokratie, die ihrer nicht bedarf, lehnt ſie mit einer mageren theoretiſchen Begründung ab, die Chriſtlichſozialen fordern ſie; die Haltung der bürgerlichen „Nationalen" iſt unklar, aus taktiſchen Gründen von Land zu Land verſchieden. So einigte man ſich dahin, die Entſcheidung der Landesgeſetzgebung zu überlaſſen. Das Ausſehen und das Ergebnis der in die Landſtuben verlegten Kämpfe iſt ziemlich verſchieden. Im allgemeinen wird aber dem ſozialdemokratiſchen Widerſtand eine Einrichtung geopfert, die man als ſelbſtverſtändlichen Beſtandteil einer echten, der deutſchen Weltanſchauung entſprechenden Demokratie und als unentbehrliches Hilfsmittel politiſcher Erziehung fordern ſollte.

Am Anfang der Wahlbewegung wurden vielfach gekoppelte, ja gemeinſame Bewerberliſten der nationalen und der chriſtlichſozialen Partei erwartet und gefordert. Heute iſt davon faſt nirgends mehr die Rede. Denn einerſeits hat die theoretiſche Frage der Trennung der Kirche vom Staat die Geiſter erregt, über die recht wahlkampfgemäß gewettert wird, ohne daß beide Teile die Möglichkeit und die Art einer erſprießlichen Löſung erwägen und erörtern würden; anderſeits iſt das Mißtrauen gegen die republikaniſche und die großdeutſche Geſinnung der Chriſtlichſozialen erregt worden. Auch die Beziehung der deutſchdemokratiſchen Partei zu einem von den Chriſtlichſozialen unabhängigen und ihnen zumeiſt unwillkommenen Deutſchen Bauernbund erſchwert das Zuſammengehen. Eine nationalſozialiſtiſche Partei von großer Rührigkeit kann leicht den ihr freundlich geſinnten Nationalen mehr Abbruch tun als der Sozialdemokratie. Sicher wird dieſe großen Vorteil aus der Buntheit und Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien ziehen.

Es iſt bezeichnend, daß man von dem Hauptproblem, eben von dieſer Verfaſſung, heute ſo wenig ſpricht und ſo ungern von ihm hören will. Die großen Parteien denken eben viel mehr an die Macht, die ſie in der Nationalverſammlung erwerben und an die Mittel, mit denen ſie dieſe in Geſetzgebung und Regierung ausüben wollen.

Die Schwäche des öſterreichiſchen Heerweſens hat den Tſchechen und Südſlawen ihre Übergriffe erleichtert. Dieſe wieder verhindern die Wahlen in einem guten Teil des Staatsgebiets. Der Verſuch, ſie hier offen oder heimlich vorzubereiten, ſetzt die Bewohner neuen Drangſalierungen aus. So wird man ſie vielfach durch Zuwahl von ſeiten der vorläufigen Nationalverſammlung oder der Parteien erſetzen müſſen. Darin, daß die beſetzten Gebiete vertreten ſein ſollen, iſt ihre Bevölkerung mit der der verſchonten Kernländer einig. Die Slawen aber wollen durch die Beſetzung einer Volksabſtimmung vorarbeiten, falls die Friedensbedingungen eine ſolche vorſehen ſollten. Durch jederlei Druck, auch durch Nahrungsſperre, ſuchen ſie die Bewohner der vergewaltigten Gebiete zur „freiwilligen" Erklärung ihres Ausſchuſſes an die Slawenſtaaten zu bringen. Als die amerikaniſche Kommiſſion den Bewohnern von Marburg und Umgebung geſtattete, darüber abzuſtimmen, welchem Staat ſie ſich anzuſchließen wünſchen, ſprachen ſich trotz all und allem ſogar viele Slowenen für Deutſchöſterreich aus. Da griff die jugoſlawiſche Verwaltung ein, ſtörte, ja verbot die Stimmenſammlung und nahm willkürliche Verhaftungen vor. Das Beiſpiel iſt nicht vereinzelt in Nord und Süd. Dabei ſehen die Slowenenführer ihre Macht über die Bauern ſchwinden; die Angliederung an Serbien, die Unterſtellung unter eine fremde unbeliebte Dynaſtie, nicht zuletzt die Grenzſperre verſtimmen dieſe. Statt eines gewinnreichen Abſatzes ihrer Erzeugniſſe in Deutſchöſterreich, tauſchen ſie niedrige Höchſtpreiſe im Lande ein und vieles verdirbt mangels der Verkaufsgelegenheit und Beförderungsbewilligung nutzlos. Ein deutſcher Einmarſch würde vielen willkommen ſein; glaubt doch das unterſteieriſche Volk, Wilſon ſei der wiedererſtandene Kronprinz Rudolf, und erhofft von ihm nicht mehr, wie vor kurzem, die nationale Herrlichkeit, ſondern die Wiedervereinigung des Herzogtums! Der Abwehr in Kärnten haben die ſloweniſchen Bauern des von ihren Krainer Volksgenoſſen beſetzten Gebietes nicht nur Hilfe geleiſtet; ſie iſt geradezu auf ihren Antrieb erfolgt. Sie zeigte die Schwäche der ruhmredigen Jugoſlawen, die nur der raſche Abſchluß des Waffenſtillſtandes vor weiteren Rückſchlägen bewahrte. Die maßloſen Anſprüche, die ſie gleichwohl erheben (auf Klagenfurt, Villach, Marburg, ja Graz) befördern eine Annäherung und Verſtändigung zwiſchen den Deutſchen und den Italienern, die keinen ſüdſlawiſchen trennenden Gebietszipfel bei Villach ertragen können, ja ſogar zwiſchen Deutſchen und Magyaren. Dieſe bedroht gleichmäßig der geplante „Koridor" zum Tſchechenſtaat, der auf verbreiteten ſüdſlawiſchen Karten bis vor die Tore des „tſchechiſchen" Preßburg reicht! Der Widerſtand gegen ſolche Abſperrung der beiden Nachbarländer voneinander durch eine geographiſche Mißbildung ſchlimmſter Art könnte ſie einen, trotz der aus der Frage des deutſchen

Weſtungarn erwachſenden Spannung und trotz der noch immer gleich hinterhältigen Handelspolitik der Magyaren. Wenn die Südſlawen mit mehreren Nachbarn zugleich in Streit kommen, ſind ſie nicht einmal der tſchechiſchen Unterſtützung ſicher, geſchweige denn ihrer eigenen inneren Einheit. Die Gegenſätze zwiſchen den drei Völkern wachſen ſtill, aber ſtetig an.

Die Entſcheidung über dieſe Gebietsanſprüche und ſomit auch über die Lebensbedingungen Deutſchöſterreichs liegt in der Hand der Weſtmächte und der Amerikaner. Von ihnen hängt es ab, ob die naturgemäßen Verkehrsgebiete, das Tiroler Dreieck Etſch—Eiſack—Inn und das inneröſterreichiſche Bruck—Marburg—Villach, unzerriſſen, ob ihre Verbindung untereinander, mit Italien und Ungarn frei und damit die deutſchen Alpenländer wirtſchaftlich lebensfähig bleiben, ob Wien durch das deutſche Nachbargebiet in Ungarn ſein notwendiges wirtſchaftliches Hinterland gewinnt, ob Deutſchböhmen den Anſchluß an das Reich findet oder der durch die geſchichtliche und verkehrsgeographiſche Entwicklung erheblich gelockerten „natürlichen Einheit Böhmens" eingeſchmiedet werden ſoll. Dieſe Fragen ſind alſo dem Wahlkampf und den Parteiprogrammen völlig entzogen. Nicht ſo unbedingt gilt das von der Abwehr gegen die Jugoſlawen. Man wirft insbeſondere noch den Kärntner Erfolgen vielfach der Staats- und den Landesregierungen und namentlich dem Einfluß der Sozialdemokratie auf ihre Entſcheidungen, nicht ohne Leidenſchaftlichkeit, vor, daß ſie zu zaghaft vorgehen; aber ſolche Erörterungen ändern die Lage nicht. Vielleicht, daß das Marburger Blutbad einen Umſchwung bringt. Die verſchiedene Haltung der Länder nährt die föderaliſtiſchen Beſtrebungen, obwohl man ſich ſagen ſollte, daß eine ungünſtige Abgrenzung in Kärnten auf jene in der Steiermark ungünſtig einwirken muß und umgekehrt, ja, daß ſelbſt die Grenzführung in Tirol jene in Inneröſterreich beeinfluſſen kann. Aber die Los-von-Wien-Stimmung ſchwillt an und wird von wirtſchaftlichen Intereſſen künſtlich genährt. Vorarlberg betont wieder ſeine Neigung zum Anſchluß an die Schweiz, Tirol ſein freies Verfügungsrecht. Man erkennt allerdings durch die allenthalben eifrig betriebenen Wahlvorbereitungen den Zuſammenhang des Staates ſtillſchweigend an, aber der Regierungsentwurf über die Länder- und Gemeindeordnung iſt den Landesvertretern „zu zentraliſtiſch" und in allen Parteiprogrammen und Kundgebungen, die ſozialdemokratiſchen nicht ganz ausgenommen, ſteht die „Autonomie der Länder" an hervorragender Stelle. Die Landesgeſetzgebung macht ihre Rechte gegenüber dem Staat bereits nachdrücklich geltend, ſucht etwa die Waſſerkräfte den Ländern zuzuwenden. So ſcheinen wir in den Bundesſtaat zu ſteuern; Föderalismus und Zentralismus als Wahlparole ſind ausgeſchloſſen, wie die Verfaſſungsprobleme überhaupt.

Das hängt mit der Forderung nach dem Anſchluß an Deutſchland zuſammen, der den Verfaſſungsfragen ein neues Gewicht geben muß. Dieſe Forderung iſt in den Programmen aller drei Parteigruppen ausgeſprochen und die militäriſche Schwäche Deutſchöſterreichs ſpricht nachdrücklich für ſie. Gleichwohl wagen Gegenſtrömungen ſich des öftern ſogar an die Oberfläche. Sie werden heute am wirkſamſten von gewiſſen einflußreichen Schwerinduſtriellen vertreten. Man führt daher den Kampf auf wirtſchaftlichem Boden und betont beſonders die Vorteile einer „Donaukonföderation" gegenüber den angeblichen Nachteilen des großdeutſchen Zuſammenſchluſſes. Kein Staatsmann und keine Partei kann die geographiſchen Beziehungen und das Austauſchbedürfnis zwiſchen den Ländern des ehemaligen Habsburgerreichs verkennen; aber die Neigung unſerer Nachbarn zur Verſtändigung iſt ſehr gering, ein politiſches Band mit ihnen würde aber für uns zur drückenden Kette. So verwahren ſich alle Parteien gegen jederlei, auch nur wirtſchaftliche, Erneuerung des alten Öſterreich und betonen die ſegensreichen Wirkungen, die der Anſchluß an das Geſamtvolk auch für unſer Wirtſchaftsleben haben muß. Dabei mißtrauen ſie aber einander mehr oder weniger. Man wirft den Chriſtlich-ſozialen vielfach Lauheit und Unaufrichtigkeit in dieſer Frage vor; aber die Nationalen, die das tun, hören ihrerſeits von den Sozialdemokraten, ſie (die in geſchmackloſer Weiſe als Kriegshetzer und Kriegsverlängerer hingeſtellt werden) hätten nur Hinneigung zu dem alten militariſtiſchen und nicht zum neuen ſozialiſtiſchen Deutſchland. Die Lauheit, die auch bei einem guten Teil der Wiener Bevölkerung beſteht, iſt von einer wirklichen Gegnerſchaft breiterer Maſſen gegen den Anſchluß weit entfernt. Übrigens hat der ſozialdemokratiſche Staatsſekretär des Äußeren die wirklich Beſorgten durch den Hinweis auf Zwiſchenzölle und dergleichen beruhigt. Zur Zeit, da ich dies ſchreibe, am letzten Tage des Januar, erweckt der Ausgang der reichsdeutſchen Wahlen und die Kundgebungen der Berliner Regierung die Vorſtellung, daß wir in dieſer Frage ſchon weſentlich weiter ſein können.

Somit ſind gerade die größten Fragen, die für Deutſchöſterreich beſtehen, die nach den Grundzügen der künftigen Verfaſſung, nach dem Verhältnis der Länder zum Geſamtſtaat, nach dem Anſchluß an das Deutſche Reich, nach der Abgrenzung und wirtſchaftlichen Beziehung zu den neuen Nachbarſtaaten, aus der Wahlbewegung ziemlich ausgeſchaltet; teils weil ſie der Einflußſphäre der Parteien, ja der Volksvertretung überhaupt, entrückt ſind, teils weil ſie mehr Vertiefung und Verſtändnis erfordern, als für ſie beſteht oder bei den Wählern vorausgeſetzt wird. Man will auf dieſe — wenn wir von den plumpen gegenſeitigen Anklagen und Vorwürfen abſehen — vor allem durch wirtſchaftliche Verſprechungen und wirtſchaftliche Schwarzmalerei für den Fall des gegneriſchen Sieges wirken. So wird ſich der Wahlkampf großenteils um die beſchränkten wirtſchaftlichen Gruppen- und Klaſſenintereſſen drehen. Zum anderen Teile aber um die großen allgemeinen Probleme der ſozialen Weltordnung, um das Maß der Vergeſellſchaftung und der perſönlichen Freiheit, die man kaum geneigt iſt, für dieſes individuelle Staatsweſen unter beſonderen Geſichtspunkten zu betrachten. Die ſchematiſchen Parteidoktrinen des Sozialismus, Solidarismus, Liberalismus ſtehen einander gegenüber und im Augenblick handelt es ſich um die hiſtoriſch ſo wichtige Entſcheidung, welche von dieſen Gedankenrichtungen für die nächſte Zukunft beſtimmend werden ſoll. Die Idee des organiſchen Volksſtaats, auch in ſozialer Beziehung, wird bisher nur von einer kleinen Gruppe vertreten. Die Nationalverſammlung wird von den großen Parteien als Partei- und Klaſſenvertretung gewählt und tritt als ſolche zuſammen. Es iſt aber ſehr wohl möglich, daß die Größe ihrer Aufgabe ſie über dieſe Schranken hinausreißt und daß ſie ſich das Ziel ſetzt, dem Staat und ſeinen Ländern eine organiſche Verfaſſung zu geben, die allen Schichten und allen Parteien des Volkes Bewegungsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeit bietet.

Spanien und der Ausgang des Weltkrieges

Von Profeſſor Dr. Paul Herre (Leipzig)

Als der ententefreundliche erſte Bürgermeiſter von Barcelona ſich vor einigen Wochen in Paris aufhielt, um Clemenceau den Ehrenbürgerbrief der kataloniſchen Handelsſtadt zu überreichen, erklärte er einem franzöſiſchen Ausfrager: ſie (die Spanier) ſeien ſich darüber klar, daß das Verſchwinden Frankreichs zugleich und recht bald das Verſchwinden Spaniens geweſen wäre. Das ſind Worte und Anſchauungen, wie ſie während der Kriegsjahre bis zum Überdruß aus dem feindlichen Lager uns entgegenklangen, aber daß ein hochſtehender Spanier ihnen noch hinterher in dieſer Gehäſſigkeit Ausdruck verleiht, kann einigermaßen überraſchen. Denn mit ſehr viel größerem Recht hätte der Ausſpruch vielmehr aus dem Verſchwinden Deutſchlands die Folgerung für Spanien ziehen können. Kein anderer als der bekannte franzöſiſche Politiker André Tardieu hat vor dem Kriege auf die Parallelität der deutſchen und ſpaniſchen Intereſſen aufmerkſam gemacht (ohne freilich daraus die entſprechenden Folgerungen zu ziehen), und gerade die Entwicklung, die die Dinge in Spanien in den letzten Monaten genommen haben, läßt aufs deutlichſte erkennen, was es mit der Gefahr, die der ſpaniſchen Zukunft von Deutſchland drohte, auf ſich hat.

Man darf ſagen, daß in keiner Tatſache die ungeheuere Wirkung der deutſchen Niederlage über den ganzen Erdball hin greifbarer zutage getreten iſt, als in der jähen Schwenkung, die die ſpaniſche Politik am Ausgang des vergangenen Jahres vollzogen hat. Spanien hatte bei Ausbruch des Krieges die Neutralität erklärt und mit Nachdruck und Überzeugung hat das ſpaniſche Volk durch die ganzen Kriegsjahre hindurch in ſeiner großen Mehrheit daran feſtgehalten. Neben den konſervativen Parteien waren Heer und Geiſtlichkeit die hauptſächlichſten Vorkämpfer dieſes von echtem Verſtändnis des Weltringens getragenen Neutralitätswillens, und ein auf der Höhe ſeiner Aufgaben ſtehendes Königtum wirkte dazu mit, daß allen zerſetzenden Strömungen zum Trotz das eigentliche Ziel unangetaſtet blieb. In der Verfechtung ſeiner Selbſtändigkeit gegenüber den ſtaatsfeindlichen Einflüſſen von außen und innen fand das ſpaniſche Volk ſich ſelbſt wieder, und immer wieder zeigte es ſich von dem ſtarken Entſchluß beſeelt, nicht leidend die gewaltigen Weltumwälzungen über ſich ergehen zu laſſen, ſondern Anteil an der im Werke befindlichen Neugeſtaltung der Verhältniſſe zu haben. Ein glühender nationaler Ehrgeiz erwachte in ihm wieder und trachtete nach Erfüllung. Die Schlagworte Gibraltar, Marokko und Südamerika wurden zu feſten politiſchen Programmen und gewannen in ſo weitgehendem Maße die Herrſchaft über die Nation, daß auch die ententefreundlichen liberalen Parteien ſie ſich zu eigen machten.

Waren dieſe Ziele aber durch einen deutſchen Sieg gefährdet? Es wirft doch ein helles Licht auf das Zuſammenſtimmen der deutſchen mit den ſpaniſchen Intereſſen, daß die Regierung ſich mit dem offenen Bekenntnis zu dem nationalen Programm hervorwagte, als die Waffen der Mittelmächte ihrer Gegner Herr zu werden ſchienen. Gewiß hatten innerpolitiſche Geſichtspunkte mitgeſprochen, daß im März 1918 dem gemäßigt konſervativen Kabinett Dato und den liberalen Kabinetten Romanones und Garcia Prieto eine unter konſervativer Leitung ſtehende Koalitionsregierung folgte, aber die Berufung eines Politikers wie Antonio Maura vermag erſt im Zuſammenhange der nationalen Beſtrebungen des ſpaniſchen Volkes voll gewürdigt zu werden. Nicht ohne Recht iſt Maura von engliſcher Seite als „der einzige Staatsmann Spaniens" bezeichnet worden. Obſchon innerpolitiſch konſervativ-klerikaler Parteimann, ragt er in ſtaatsmänniſcher Hinſicht über alle parteimäßigen Anſchauungen hinaus, und mit ſeiner autoritativen Perſönlichkeit war er der gegebene Führer, der das für das politiſche Syſtem in Spanien unerhörte Wagnis unternehmen konnte, alle Parteien zu gemeinſamer Arbeit in der Regierung zuſammenzuſchließen. Maura aber hatte in ſeiner vielbeachteten Rede vom 29. April 1917 unter dem Jubel ſeiner Spanier verkündet: dem nationalen Empfinden Spaniens müßten die Markſteine Gibraltar und Marokko unabläſſig eingedenk bleiben, da ſie klar zeigten, von welcher Seite Spanien die Vergewaltigung drohe. Konnten die Anſprüche Spaniens gegenüber dem Imperialismus Englands und Frankreichs offener geltend gemacht werden? Von da aus verſtehen ſich die Kundgebungen und Handlungen, mit denen der Miniſterpräſident im Sommer 1918 hervortrat, während Deutſchland auf der Höhe ſeiner militäriſchen Machtſtellung ſtand. Damals (11. Juni) erklärte er in der Debatte über die Militärreform: „Das Weſentliche iſt, daß ſich die Welt darüber Rechenſchaft gibt, daß Spanien ſeine gewohnte Apathie abſchüttelt, um die Bahn der Initiative und der praktiſchen Entſchließungen zu beſchreiten." Wenig ſpäter (7. Juli) führte er den großen Schlag des Neutralitätsgeſetzes gegen das von der Entente unterhaltene Spionageſyſtem auf ſpaniſchem Boden. Ja, es ſcheint, daß die Regierung damals ſogar im Sinne der nationalen Wünſche Spaniens eine unmittelbare diplomatiſche Fühlung zu den Ententemächten genommen hat.

Indeſſen der Sommer 1918 ſah auch noch die Wendung der militäriſchen Lage, die Spanien der Gunſt der Parallelität mit den deutſchen Intereſſen beraubte und ihm eine völlig veränderte Politik vorſchrieb. Noch Maura hat die Folgerung gezogen. Die Beſchlagnahme ſieben deutſcher Dampfer, die er im Auguſt, anſchließend an den formellen Einſpruch gegen den uneingeſchränkten U-Boot-Krieg, ausſprach, leitete die neue Entwicklung ein. Daß er ſie ſelbſt nicht zum Abſchluß führte, war im Hinblick auf das von ihm verkörperte Programm wohl begründet, denn es handelte ſich in der neuen Lage der Dinge darum, ohne die laute oder ſtillſchweigende Berufung auf das mitteleuropäiſche Gegengewicht wenigſtens Teile des erſtrebten Gewinnes zu retten, und das war jetzt nur noch in einſeitigem Appell an das Entgegenkommen der Sieger in Weſteuropa und Amerika möglich. Die mit nationaler Leidenſchaft beanſpruchte ſelbſtändige Stellung zwiſchen den kriegführenden Parteien war auf Grund der Niederlage Deutſchlands in naturnotwendiger Umſchaltung zur Abhängigkeit von der Entente geworden. Spanien war, wenn man ſo ſagen will, mit den Mittelmächten beſiegt.

In dieſem Rahmen Politik führen, konnten nur die liberalen Staatsmänner, die aus parteipolitiſchen Anſchauungen ſchon immer dem Anſchluß an das politiſche Syſtem der Entente das Wort geredet oder ſogar in die Hände gearbeitet hatten. Und ſo rollte ſich der Film in der umgekehrten Reihenfolge wieder ab, wie er zur Miniſterpräſidentſchaft Mauras geführt hatte: unter Überſpringung des gemäßigt konſervativen Dato übernahm Romanones nach einem kurzen Zwiſchenregiment Garcia Prietos wieder die Staatsgeſchäfte; der Typ des ſpaniſchen Parteiführers im Stile des bis 1917 üblich geweſenen Schaukelſyſtems und zugleich das Haupt der Kriegsgewinner-Oligarchie; der Staatsmann, der im April 1917 die Neutralität aufzugeben bereit war und deshalb zurücktreten mußte. Dem begeiſterten Ententefreunde fiel wie von ſelbſt die Aufgabe zu, für Spanien die Liquidation des Krieges durchzuführen.

In unlöslicher Verknüpfung mit den außenpolitiſchen Verhältniſſen hat auch die innerpolitiſche Entwicklung zu dieſem Regierungswechſel hingeführt. Mit dem unzweifelhaften Sieg der Entente erhielten auch die inneren Verhältniſſe ein neues Geſicht, denn all die oppoſitionellen Kräfte, die dem Neutralitätswillen der Regierung und der großen Mehrheit des Volkes ſich entgegengeſtellt hatten, drängten nun ungeſtüm hervor und verſuchten, die Führung der Dinge an ſich zu reißen. Über die Ententefreundlichkeit der Liberalen hinaus erſtrebten die Republikaner und Sozialiſten eine völlige Umgeſtaltung der politiſchen und ſozialen Grundlagen Spaniens, und die große Umwälzung, die ſich in Rußland und dann bei den Mittelmächten vollzog, gab der Bewegung neue Kraft. Vor allem erfuhren die Abſonderungsgelüſte der Katalanen, die während des Krieges immer feſtere Geſtalt gewonnen hatten, eine bedeutende Steigerung. Vergebens hatten die liberalen und konſervativen Kabinette die bedrohlich anwachſende Strömung einzudämmen verſucht; das Koalitionskabinett Mauras hatte ſchließlich nur entgegenkommend auf die kataloniſchen Forderungen eingehen können, und nicht zum wenigſten die darüber entſtandenen Auseinanderſetzungen haben den inneren Zuſammenhalt des Sammelminiſteriums geſchwächt. Da war es ſchon ein Gewinn, wenn der Katalanenführer Cambo, der die Partei in dem Kabinett Maura vertrat, verſicherte, die Bewegung ſei nicht ſeparatiſtiſch (d. h. ziele nicht auf die gänzliche Abſonderung vom ſpaniſchen Staate), ſondern nur regionaliſtiſch (d. h. erſtrebe lediglich eine geſonderte Stellung innerhalb des Staatsganzen), und es blieb der Regierung nichts anderes übrig, als durch einen Geſetzentwurf, über den die neuen Cortes zu beſchließen haben, den Beſtrebungen Rechnung zu tragen.

Hinter all dieſem Drängen aber ſtand als eine ernſte Gefahr für die ruhige Fortentwicklung die Mißſtimmung der unteren Volksſchichten über das Verſagen der Ernährungsorganiſation und der ſozialen Reform. Allerdings hatten die Verfechter des Neutralitätsgedankens durchaus Recht, die Schuld daran dem Liberalismus zuzuweiſen, der im Banne ſeiner prinzipiellen Voreingenommenheit ohne zwingende Notwendigkeit wichtige wirtſchaftliche Lebensintereſſen an die Entente preisgab. Zu einer Kette unneutraler Einzelhandlungen war zuletzt noch der Abſchluß langfriſtiger Wirtſchaftsbündniſſe gefügt worden, die den ſpaniſchen Schiffsraum und dazu das ſpaniſche Land mit ſeiner landwirtſchaftlichen und induſtriellen Produktion der einen kriegführenden Partei auslieferten. Romanones hatte zugunſten der Kriegsgewinn-Magnaten mit ſtärkſter Initiative dafür gearbeitet; Garcia Prieto hatte in mitſchuldiger Läſſigkeit den Dingen freien Lauf gelaſſen; Maura aber hatte weder das Syſtem noch die unheilvollen Abmachungen mehr rückgängig machen können, weil die ſelbſtverſchuldeten wirtſchaftlichen Schwierigkeiten eine andere Löſung nicht mehr möglich erſcheinen ließen. So mochten die Patrioten wohl bitter Klage führen: die Tatſache wurde trotz aller Häufung des Goldſchatzes, trotz allen Steigens der Valuta und trotz all der rieſenhaften Gewinne, die einzelne Induſtrieritter einſtrichen, immer greifbarer, daß die Franzoſen, die Engländer und vollends die Amerikaner ſich einen beherrſchenden Platz in der ſpaniſchen Wirtſchaftsorganiſation eroberten und Spanien zu einer Domäne fremder Ausbeutung machten, wogegen der vor dem Kriege geweſene Zuſtand ein Kinderſpiel war. Der genannte Katalanenführer Cambo hat mit eindringlicher Warnung von einem „Konquiſtadorenzug", insbeſondere des nordamerikaniſchen Imperialismus, geſprochen. So lag es tatſächlich, aber mit allen Mitteln einer bewährten Hetzpropaganda wurden die ſchweren Schädigungen, die die wirtſchaftlich Schwachen durch ein ſolches Syſtem erfuhren, von den ausländiſchen und einheimiſchen Agenten der Entente gerade derjenigen politiſchen Richtung zur Laſt gelegt, die die Untergrabung des geſunden Wirtſchaftslebens als eine Gefährdung der nationalen Grundlagen immer mit Heftigkeit bekämpft hatte, und in Streiks und Unruhen, die eine ungeheuerliche Verfälſchung der wirklichen Urſachen und Triebkräfte bedeuteten, ſtellten ſich die Maſſen der konſervativ gerichteten Regierung und damit auch der Neutralitätspolitik der Volksmehrheit entgegen.

So lag es klar zutage, welchen Weg Spanien gehen würde, als Romanones am 4. Dezember die Zügel der Regierung wieder ergriff. Der offene Anſchluß an die Sieger mußte vollzogen werden. An den Entſchluß, die diplomatiſchen Beziehungen zu Deutſchland abzubrechen, wirkte zuletzt noch die Verwicklung der portugieſiſchen Verhältniſſe mit. Die Ermordung des Präſidenten Sidonio Paes (15. Dezember) eröffnete einerſeits ernſte Perſpektiven hinſichtlich der Weiterführung der geſamtiberiſchen Pläne, die den Spaniern ſehr am Herzen liegen, und wies anderſeits gebieteriſch auf ein enges Zuſammengehen mit dem britiſchen Protektorreich. Wenige Tage ſpäter wurden dem deutſchen Botſchafter Prinzen Ratibor unter einem nichtigen Vorwande (der freilich hinreichte, um in gewiſſen Kreiſen bei uns wieder den üblichen Sturm der Entrüſtung gegen die unfähige und veraltete deutſche Diplomatie zu entfeſſeln) die Päſſe ausgehändigt. Kurz darauf eilte Romanones nach Paris, um mit den dort verſammelten Staatsmännern perſönlich zu verhandeln und für die Neuordnung der Welt die nationalen Wünſche Spaniens anzumelden. Wie ſind deren Ausſichten?

Es iſt nicht leicht, ſich davon ein einigermaßen klares Bild zu machen. Die zu uns gelangenden Nachrichten über die jüngſten Vorgänge der ſpaniſchen Politik ſind überaus dürftig und lauten außerordentlich widerſpruchsvoll. Indeſſen gibt es zu denken, daß die auf Romanones ſelbſt zurückgehenden erſten Äußerungen der Befriedigung bisher keine Beſtätigung durch die Tatſachen gefunden haben und zu ſeinen ſpäteren offenſichtlich ausweichenden Ausſagen in nicht geringem Widerſpruch ſtehen. Daß auch der für die Entente begeiſterte Miniſterpräſident in weitgehendem Umfange von jenen nationalen Idealen erfüllt iſt, die ſich in den Schlagworten Gibraltar, Marokko und Südamerika zuſammenfaſſen, hat er oft genug zum Ausdruck gebracht. Noch im Mai 1918 hat er, als er zu dem Buche des franzöſiſchen Journaliſten Albert Mouſſet über die auswärtige Politik Spaniens ein Vorwort ſchrieb, für ſein Land eine ſtarke Stellung im Mittelmeerraum gefordert, die ihm an der Seite Englands, Frankreichs und der übrigen Mittelmeerſtaaten im Friedensſchluß gewährleiſtet werden ſolle: „dann wird der Augenblick gekommen ſein, der ſpaniſchen Zone von Marokko die Enklave Tanger anzuſchließen, die in ihrer gegenwärtigen Iſolierung niemand dient, uns aber ſchadet". Aber ſtehen die Dinge heute noch ſo? Es iſt zu beachten, daß die franzöſiſche Kolonialpartei im Herbſt einen heftigen Preſſefeldzug gegen die läſſige und matte Herrſchaft in Spaniſch-Marokko eingeleitet hat, die eine große Gefahr für die ziviliſatoriſche Durchdringung Franzöſiſch-Marokkos darſtelle, und immer offener für eine Beſetzung des wichtigen Tanger durch Frankreich, wenn nicht für eine Internationaliſierung eintritt. Die Unterſtützung aber, die ſie dabei in England gefunden hat, deutet darauf hin, daß es ſich um ein planmäßiges Vorgehen handelt mit dem offenbaren Ziele, die ſogenannten Anti-Afrikaniſten in Spanien gegen die Feſthaltung Marokkos mobil zu machen und die Bewegung zugunſten einer freiwilligen Räumung des wertvollen, aber ſchwer zu erſchließenden Gebiets am Gegengeſtade der Meerenge von Gibraltar zu ſtärken. Nicht minder bemerkenswert iſt, daß man in England zwar begonnen hat, die Aufgabe Gibraltars zu erörtern, deſſen militäriſcher Wert heute ſtark geſunken ſei, daß man aber ſtets die Bedingung eines Austauſches gegen die auf der Südſeite gelegenen Baſtionen Ceuta oder Tanger daran knüpft. Da macht es keinen guten Eindruck, wenn Romanones einem Ausfrager in Paris erklärte, Spanien würde leichten Herzens auf Gibraltar verzichten können. Noch hält die öffentliche Meinung aller beſtimmenden Richtungen an den alten Forderungen feſt, und mit Vorliebe wird betont, die Verfolgung der Marokkopolitik bedeute keine Expanſion, ſondern lediglich die Behauptung der nationalen Perſönlichkeit. Gleichzeitig jedoch laſſen einzelne Maßnahmen, wie die Auflaſſung des Generalgouvernements und die Teilung des Gebietes in tatſächlichen Beſitz und Intereſſenſphäre ein Nachlaſſen des kolonialen Willens erkennen, über deſſen Sinn freilich noch kein ſicheres Urteil abzugeben iſt.*) Jedenfalls liegt es ganz bei den ſiegreichen Weſtmächten, ob und wie ſich die nationalen Wünſche Spaniens durchſetzen werden.

Angeſichts dieſes unzweifelhaften Tatbeſtandes kann es nicht überraſchen, daß ſich wie in Deutſchland ſo auch in Spanien die Blicke hoffnungsvoll auf Amerika richten, auf das Land, das vor zwanzig Jahren dem alten Spanien den Todesſtoß verſetzt hat und dem ſeither der leidenſchaftliche Haß des ſtolzen Volkes galt. Wilſon und ſeine Ideenwelt ſollen nun die Verwirklichung der ſpaniſchen Zukunftsideale bringen. Für ſeine Perſon hat ſich Romanones in letzter Zeit mehrfach als ein überzeugter Anhänger der über den Ozean klingenden Anſchauungen bekannt; ſein „Diario universal“ war ſeit dem Sommer, er ſelbſt ſeit den letzten Oktobertagen immer wieder in den Cortes dafür eingetreten. Daraus erklärt ſich, daß er in Paris namentlich mit Wilſon Verhandlungen geführt hat. Und eine andere Rückſicht ſprach dabei noch mit: die auf die Kulturbeziehungen Spaniens zu den einſtigen Kolonien in Mittel- und Südamerika, deren Wiederherſtellung und Vertiefung einen Hauptbeſtandteil des nationalen Zukunftsprogramms bildet, zumal nach der ſchweren Enttäuſchung, die die marokkaniſchen Hoffnungen zu erleiden ſcheinen. Der Krieg aber hat die Machtſtellung der nordamerikaniſchen Union in den romaniſchen Gebieten des amerikaniſchen Kontinents weſentlich geſtärkt, und ſo iſt das ſpaniſche Volk bei der weiteren Verfolgung dieſer Ziele ſehr viel mehr als früher auf das Wohlwollen der Vereinigten Staaten angewieſen. Dieſe geſteigerte Abhängigkeit macht ſich bereits in dem neuen Wirtſchaftsabkommen geltend, das zur Ergänzung des erſten im Herbſt 1918 abgeſchloſſen worden iſt. Die Madrider Regierung hat da in der Frage der amerikaniſchen Konkurrenz-Schiffahrtslinien ihre Anſprüche erheblich zurückſchrauben und es ſich ſogar gefallen laſſen müſſen, daß die Ausbreitung ſeines Handels in Verbindung mit der Rohſtoffverſorgung für die kataloniſche Induſtrie eine recht fühlbare Eingrenzung erfuhr. In welchem Umfange Spanien bezüglich dieſer Zuſammenhänge eine Verwirklichung ſeiner Ideale erreichen wird, hängt vor allem von dem Geiſt ab, in dem der neue Völkerbund abgeſchloſſen wird und ſich betätigt.

---

*) Während der Korrektur des Aufſatzes eingelaufene Nachrichten melden bereits, daß Spanien den Verzicht auf ſeine marokkaniſche Zone ausgeſprochen habe und daß England im Einverſtändnis mit Frankreich, das aus den deutſchen Kolonien entſchädigt zu werden hoffe, das Gebiet in Beſitz nehmen werde im Tauſch gegen Gibraltar, das es an Spanien zurückzugeben bereit ſei.

Darin teilt das ſpaniſche Volk das Schickſal aller derjenigen, die im gegenwärtigen weltgeſchichtlichen Zeitpunkt keine maßgebende Stimme in die Wagſchale zu werfen haben. Aber zugleich hat es die Entſcheidung über ſeine Zukunft doch ſelbſt in der Hand. In all den Beziehungen und Verbindungen, die ſich anſpinnen, muß es ſich ſeiner Beſonderheit ſtark bewußt bleiben. Es muß die Grundkräfte ſeiner Eigenart lebendig erhalten, namentlich jenen wundervollen Idealismus, aus dem alle ſeine großen geſchichtlichen Leiſtungen hervorgewachſen ſind und den es auch in dieſen Kriegsjahren wieder gezeigt hat. Es muß ſich, in organiſcher Weiterführung des nach der Kataſtrophe von 1898 eingeleiteten Geſundungsprozeſſes, mit klarem Wollen auf den Boden der Wirklichkeit ſtellen, zu ernſter Arbeit ebenſo bereit, wie zu ideellem Schaffen, ganz wie das die deutſche Nation jetzt nach dem Zuſammenbruch von 1918 tun muß. Dann bleibt das ſpaniſche Volk vor der drohenden Gefahr beſchirmt, fremden Kulturidealen untertan zu werden, die ſich ihm aufdrängen und denen ſich in falſch verſtandenem Verwandtſchaftsgefühl hier und dort die Tore öffnen. Dann aber werden ſich wie von ſelbſt auch die Bande wieder feſtigen, die ſich in den Kriegsjahren zwiſchen Deutſchland und Spanien geknüpft haben, jetzt aber gelockert ſind. Im Intereſſe beider Völker iſt das zu erhoffen und zu erſtreben.

Notizen

Der ſchweizer Weg zum Weltmarkt. Seit Ausbruch des Krieges iſt es franzöſiſcherſeits mit Erfolg verſucht worden, den ſchweizeriſchen Import und Export über Frankreich zu ziehen. In den Kreis dieſer Aktion gehört ein Bericht, der von der Association Nationale d'Expansion économique ausgearbeitet iſt und der das Projekt Suiſſe—Océan behandelt. Es dreht ſich um eine Verbeſſerung der Eiſenbahnverbindung der Schweiz mit dem Atlantiſchen Ozean, ſomit um eine Erleichterung und Verbeſſerung des Tranſits zwiſchen der Schweiz und Amerika durch Frankreich über Lyon—Bordeaux. Man will diejenigen Transporte, die bisher über Deutſchland und Holland geleitet wurden, für die franzöſiſchen Linien und franzöſiſchen Häfen gewinnen. Um welche Quantitäten es ſich handelt, davon zeugt die Tatſache, daß 70 % des ſchweizeriſchen Außenhandels bisher über Deutſchland, Holland und Belgien gingen, wobei nur ein geringer Teil für Marſeille und Le Havre in Betracht kam. Zu erklären iſt dieſe Tatſache damit, daß die franzöſiſchen Hafenverhältniſſe ſchlecht waren und die Verbindungen nach Frankreich langſam.

Bordeaux iſt durch die Amerikaner auf ein ganz neues Niveau geſtellt worden. Es ſind ungeheure neue Hafenanlagen errichtet, modern ausgeſtattet und geradezu großzügig mit dem Hinterlande durch Schienenſtränge verbunden. Von dieſen Neubauten profitieren auch Nantes und St. Nazaire, ſo daß man franzöſiſcherſeits glaubt, mit dieſen Häfen erfolgreich die Konkurrenz gegen Antwerpen, Rotterdam und Hamburg aufnehmen zu können.

Das Projekt Suiſſe—Océan kann aber nur dann den von den Franzoſen erſehnten Erfolg haben, wenn die Eiſenbahn von Lyon nach Bordeaux modern ausgebaut wird. Und gerade dieſer Teil des Projekts bildet den Hauptteil des franzöſiſchen Berichtes. Es werden dort zwei neue Linien bzw. Ausbau ſchon beſtehender Linien vorgeſchlagen, mit einem Koſtenaufwande von beiläufig 90 Millionen Franken.

Wir müſſen indeſſen, um den ganzen Fragenkomplex auch von einer anderen wichtigen Seite zu betrachten, bemerken, daß die Schweizer mit gleichem Enthuſiasmus und mit gleicher Vehemenz auf die Internationaliſierung des Rheins hinarbeiten, mit der weiteren Abſicht, dort ihre eigene Rheinſchiffahrtsgeſellſchaft zu gründen, wie ſie bereits über eine eigene Seeſchiffahrtsgeſellſchaft verfügen. Dieſes Projekt, das Rheinprojekt, hat viel mehr Ausſicht auf eine baldige Verwirklichung, als der Plan Suiſſe—Océan, und wenn die Schweizer der Association Nationale d'Expansion économiqué gegenüber ſo tun, als ob ſie nur darauf warteten, ihren ganzen Güterverkehr über Frankreich zu leiten, ſo iſt das ein kleiner politiſcher Trick, den wir weiter den Schweizern nicht zum Vorwurf machen wollen.

K. Buſch

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 21. Februar 1919 * Heft 8

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

16. Februar.

„Man kann uns Gewalt antun, man kann uns aber nicht zwingen, Gewalt als Recht anzuerkennen.“ Dieſer Satz bildet das Leitmotiv der Rede des Miniſters des Außern, des Grafen Brockdorff-Rantzau, die eine ſtolze Beſcheidenheit atmet. Er gibt freimütig begangene Fehler zu, fordert aber andererſeits für Deutſchland, trotz der Niederlage, die Gleichberechtigung im Völkerbunde. Zwiſchen den Zeilen erfolgt auch eine leiſe Ablehnung des Erzbergerſchen Optimismus in der Schiffsfrage, der allgemach den Parteien auf die Nerven zu fallen beginnt.

*

Bisher hat die Tagung der Nationalverſammlung einen würdigen Verlauf genommen. Ein wenig mehr Wärme hätte freilich den Reden nichts geſchadet. Wo blieb der Schrei nach unſeren Gefangenen gleich zur Eröffnung der Sitzung? Welch rieſige Bewegung ging nicht durch ganz Rußland, als bei Eröffnung der erſten Duma der weißhaarige Vorkämpfer der Freiheitsbewegung, Petrunkewitſch, ſofort vom Alterspräſidenten das Wort erbat, um die Befreiung der „politiſchen Gefangenen des alten Regimes“ zu fordern. Der Schrei nach unſeren Gefangenen hat ſich in der Nationalverſammlung in einen ordnungsgemäßen Antrag verwandelt, der kaum irgendwelche Wirkung bei den Neutralen, geſchweige denn bei unſeren Feinden auslöſen dürfte.

*

Nicht anders liegt es mit Elſaß-Lothringen und Deutſch-Öſterreich. Auch hier zu viel Korrektheit, zu viel taktiſche Überlegung, ſtatt der Stimme des Gefühls freien Lauf zu laſſen. Als 1878 das große Rußland dem kleinen rumäniſchen Bundesgenoſſen Beßarabien entriß, beſchloß die rumäniſche Kammer als Proteſt, die Sitze der beßarabiſchen Abgeordneten im Parlamente leerſtehen zu laſſen. Die Nationalverſammlung des ſiebenzig Millionenvolkes der Deutſchen läßt aber die zwölf Abgeſandten Elſaß-Lothringens, obgleich dieſes Land noch zu Deutſchland gehört, vor der Türe ſtehen und will ihnen nicht geſtatten, von der Tribüne der Nationalverſammlung ihren Proteſt gegen die Vorenthaltung des Selbſtbeſtimmungsrechtes in die Welt hinauszuſchreien.

*

Dieſe Kritik hält uns nicht ab zu unterſtreichen, daß Eberts Dank, wie Scheidemanns Antrittsrede auf erfreulicher Höhe ſtehen. Beide haben politiſch gute Figur gemacht und den klaren Willen zu erkennen gegeben, ohne Verleugnung ihrer ſozialdemokratiſchen Grundſätze „Diener des geſamten deutſchen Volkes“ zu ſein. Dr. Davids Rede als Präſident der Nationalverſammlung ſchloß ſich würdig den beiden an. Ja, ſeine Rede durchpulſte ſtarkes nationales Leben, ſo daß es höchſt bedauerlich erſcheint, daß das Zentrum aus parteipolitiſchen Rückſichten dieſen „geborenen“ Präſidenten ins Kabinett hinausgelobt hat, zumal an ſeine Stelle Fehrenbach getreten. Gegen Fehrenbachs Leitung des Reichstages war gewiß nichts einzuwenden, aber es erſcheint uns reichlich unzweckmäßig, mit dieſer Wahl den Anſchein zu erwecken, als ob die Nationalverſammlung nichts weiter darſtelle, als einen Neuaufguß des alten Reichstages.

*

Das ukrainiſche Direktorium hat gegen zweitauſend großruſſiſche Offiziere aus der Ukraine ausgewieſen, weil ſie das Aſylrecht ſchmählich mißbraucht hatten, indem ſie gegen die Selbſtändigkeit der Ukraine intrigierten. Jetzt ſind Vertreter dieſer Schutztruppe des Hetmans nach Deutſchland gekommen, um ihre Dienſte gegen den Bolſchewismus anzubieten. Wir ſind der Meinung, daß Deutſchland noch immer ſelbſt mit dieſer politiſchen Epidemie fertig werden muß und es nicht nötig hat, zweitauſend großruſſiſche Söldner anzuwerben. Dazu kommt, daß das nicht nur unſere Beziehungen zur Ukraine trüben, ſondern, daß ſich auch Eſten und Letten bedanken würden, wieder Großruſſen in ihr Land zu bekommen, die naturgemäß nicht für die Selbſtändigkeit dieſer Länder, ſondern für deren Wiederanſchluß an Rußland kämpfen. Eine Ablehnung dieſer Hilfskräfte gegen den Bolſchewismus könnte uns aber auch ſeitens der Entente nicht verübelt werden, weil letztere auf ihre Mitarbeit bereits verzichtet hat, obgleich dieſe Kräfte einzig und allein nach Archangelsk gehören würden, wo ſich ihnen die Möglichkeit böte, großruſſiſches Gebiet vom Bolſchewismus zu ſäubern. Dieſe auf den erſten Blick auffällig erſcheinende Ablehnung ſeitens der Entente dürfte wohl darauf zurückzuführen ſein, daß dieſe Offiziere innerpolitiſch gar zu reaktionären Ideen anhängen und die Entente befürchtet, bei ihrer Anwerbung die große Maſſe der ruſſiſchen Bevölkerung in die Arme des Bolſchewismus zu treiben.

Der Untergang des Abendlandes

Von Dr. Paul Rohrbach

Wie oft iſt die Frage geſtellt und mit ſelbſtverſtändlicher Sicherheit verneint worden: ob es denkbar ſei, daß die Kultur der abendländiſchen Menſchheit noch einmal eine ähnliche Kataſtrophe erleiden könne, wie den Untergang der antiken Welt zur Zeit der Völkerwanderung! Allerdings wird auch dieſer weltgeſchichtliche Vorgang heute nicht mehr ſo aufgefaßt, wie noch zur Zeit des großen Berliner Phyſiologen Dubois-Reymond, der ſich kurzweg dahin reſolvierte, alles wäre anders gekommen, wenn die Römer rechtzeitig das Pulver erfunden und gegen die Barbaren angewandt hätten. Die Forſchungen Hans Delbrücks in ſeiner Geſchichte der Kriegskunſt haben uns gezeigt, daß es der Rückfall der abendländiſchen Welt aus der Geld- in die Naturalwirtſchaft, infolge der ſtarken Verringerung des Edelmetallvorrats war, durch den das Heerweſen des Römiſchen Reichs umgewandelt und die Widerſtandskraft des Staates, der den Erdkreis umfaßte, gegen die andringenden, keineswegs überwältigend zahlreichen Barbarenvölker kraftlos gemacht wurde. Gerade von dieſer wirtſchaftlichen Seite aber, ſollte man meinen, ſteht doch die heutige abendländiſche Kultur am unerſchütterlichſten da, und eine Wiederholung des zwei Jahrhunderte umfaſſenden ökonomiſchen Austrocknungsprozeſſes, der die Alte Welt zugrunde richtete, möchte heute kaum denkbar erſcheinen!

Das Wort vom Untergang des Abendlandes kann in einem doppelten Sinn verſtanden werden. Die eine Art des Verſtändniſſes bringt uns ein bedeutendes und kluges Buch von Oswald Spengler nahe, das dieſen Titel trägt.*) Der Verfaſſer ſagt, daß der entſcheidende, entwicklungsgeſchichtliche Vorgang im Kulturleben der Menſchheit jedesmal der Übergang von der Kultur zur Ziviliſation ſei. Jede Kultur, heißt es bei ihm, hat ihre eigene Ziviliſation. Kultur und Ziviliſation ſind ein organiſches Nacheinander, bei dem das zweite mit Naturnotwendigkeit aus dem erſten folgt; *Ziviliſation iſt das unausweichliche Schickſal jeder Kultur.* „Ziviliſationen ſind die äußerſten und künſtlichſten Zuſtände, deren eine höhere Art Menſch fähig iſt. Sie ſind ein Abſchluß; ſie folgen dem Werden als das Gewordene, dem Leben als der Tod, der Entwicklung als die Starrheit, dem Lande und der ſeeliſchen Kindheit, wie ſie Dorik und Gotik zeigen, als das geiſtige Greiſentum und die ſteinerne, verſteinernde Weltſtadt. Sie ſind ein Ende, unwiderruflich, aber ſie ſind mit innerſter Notwendigkeit immer wieder erreicht worden." (S. 44.)

Spengler verwirft infolge dieſer Auffaſſung das überlieferte Einteilungsſchema der Geſchichte in Altertum, Mittelalter und Neuzeit. Er ſagt vielmehr, der Prozeß der Entſtehung einer Kultur aus einer primitiveren Daſeinsſtufe und ihrer Umwandlung in eine Ziviliſation habe ſich zu verſchiedenen Zeiten und in verſchiedenen Teilen der Welt in innerlich nahe verwandter Weiſe abgeſpielt, in der chineſiſchen, ägyptiſchen, vorderaſiatiſch-ſemitiſchen, griechiſch-römiſchen und arabiſchen Welt, und zuletzt im europäiſchen Abendlande, von der romaniſch-gotiſchen Periode bis auf die Gegenwart. Dies Schema ſei das eigentlich grundlegende zum Verſtändnis der Geſchichte. Bei den romaniſch-germaniſchen Nationen des Abendlandes, bei den Römern und Griechen und auf allen übrigen Schauplätzen, wo die Wandlung eines ſchöpferiſchen, lebendig pulſierenden Kulturlebens in Ziviliſation, Technik und Geldwirtſchaft ſich vollziehe, ließen ſich Analogien, „Gleichzeitigkeiten“, aufweiſen, die, wenn ſie auch äußerlich durch viele Jahrhunderte, ja ſelbſt durch Jahrtauſende getrennt erſchienen, doch im tiefſten Innern weſensverwandt ſeien.

---

*) Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes. Umriſſe einer Morphologie der Weltgeſchichte. I. Band. Geſtalt und Wirklichkeit. Wien und Leipzig. Wilh. Braumüller 1918.

Spengler ſagt: „Man kann die Griechen verſtehen, ohne viel von ihren wirtſchaftlichen Verhältniſſen zu reden. Die Römer verſteht man nur durch dieſe. Bei Chäronea und bei Leipzig wurde zum letzten Male um eine Idee gekämpft. Im erſten Puniſchen Kriege und bei Sedan ſind die wirtſchaftlichen Momente nicht mehr zu überſehen. Erſt die Römer mit ihrer taktiſchen Energie haben der Sklavenarbeit und dem Sklavenhandel jenen rieſenhaften Stil gegeben, der für viele den Typus der antiken Lebenshaltung überhaupt entſcheidend beſtimmt. Erſt die germaniſchen, nicht die romaniſchen Völker Weſteuropas, haben dementſprechend aus der Dampfmaſchine eine das Bild der Länder verändernde Großinduſtrie entwickelt . . . Erſt der römiſche . . . Cäſarismus hat innerhalb der antiken Welt die Erhabenheit des Geldes — in der Hand ſtarkgeiſtiger, großangelegter Tatſachenmenſchen — kennen gelehrt . . .

„Imperialismus (das typiſche Symbol des Ausgangs einer Kultur) iſt reine Ziviliſation. In dieſer Erſcheinungsform liegt unwiderruflich das Schickſal des Abendlandes. Der kultivierte Menſch hat ſeine Energie nach innen, der ziviliſierte nach außen. Deshalb ſehe ich in Cecil Rhodes den erſten Mann einer neuen Zeit . . . Sein Wort „Ausdehnung iſt alles“ enthält in dieſer napoleoniſchen Faſſung die eigentlichſte Tendenz einer jeden ausgereiften Ziviliſation. Das gilt von den Römern, den Arabern, den Chineſen. Hier gibt es keine Wahl. Hier entſcheidet nicht einmal der bewußte Wille des einzelnen oder ganzer Klaſſen und Völker. Die expanſive Tendenz iſt ein Verhängnis, etwas Dämoniſches und Ungeheures, das den ſpäten Menſchen des Weltſtadtſtadiums packt, in ſeinen Dienſt zwingt und verbraucht, ob er will oder nicht, ob er es weiß oder nicht . . . So ſehr der heutige, noch wenig entwickelte Sozialismus ſich gegen die Expanſion auflehnt, er wird eines Tages mit der Vehemenz eines Schickſals ihr vornehmſter Träger ſein . . .

„Kommen wir zur Einſicht, daß das 19. und 20. Jahrhundert, vermeintlich der Gipfel einer geradlinig anſteigenden Weltgeſchichte, als Phänomen tatſächlich in jeder bis zum Ende gereiften Kultur nachzuweiſen iſt, nicht mit Sozialiſten, Impreſſioniſten, elektriſchen Bahnen, Torpedos und Differentialgleichungen, die nur zum Körper der Zeit gehören, ſondern mit ſeiner ziviliſierten Geiſtigkeit . . . und daß damit die Zukunft des Abendlandes nicht ein uferloſes Hinauf und Vorwärts in der Richtung unſerer augenblicklichen Ideale und mit phantaſtiſchen Zeiträumen iſt, ſondern ein in Hinſicht auf Form und Dauer ſtreng begrenztes und unausweichlich beſtimmtes Einzelphänomen der Hiſtorie, vom Umfange weniger Jahrhunderte, das aus den vorliegenden Beiſpielen überſehen und in weſentlichen Zügen berechnet werden kann" (S. 51—55).

Das ſind die Fundamentalſätze eines mehr als 600 Seiten ſtarken Bandes, der voll von geiſtreichen und ſchlagenden, natürlich aber auch von anfechtbaren Behauptungen und Theorien iſt. Ohne hier auf eine prinzipielle Auseinanderſetzung mit der Grundtheſe einzugehen, deren Gefahr es offenbar iſt, daß ſie ſich genötigt ſieht, die Idee der Emporentwicklung der Menſchheit in Frage zu ſtellen, läßt ſich doch ſagen, daß ſeit Hegel nicht wieder ein Buch geſchrieben worden iſt, das fähig wäre, ſo ſtarke Anregungen zu einem erneuten Verſtändnis der Philoſophie der Geſchichte zu geben. Gegen vieles, und nicht nur gegen das reizvolle und blendende Beiwerk, ſondern auch gegen die Kerngedanken, laſſen ſich ſtarke Einwendungen erheben, aber eine durchgreifende Debatte über das Werk würde unendlich fruchtbar ſein. Der Untergang des Abendlandes im Sinne Spenglers wäre gleichbedeutend mit dem Untergang des innerlich treibenden geiſtigen Kulturprinzips, des Lebens des inneren Menſchen nach der Art Dantes, Newtons, Goethes, und ſeiner Erſetzung durch die materielle Expanſion, die Wunder der Technik, den Formalismus des Denkens, und mit der Loslöſung der Kunſt vom Lebensbrunnen des Volkstums, dem Alexandrinismus. In der Tat ein Untergang — wenn es wirklich und unausweichlich ſo käme!

So wie das Problem des Untergangs der abendländiſchen Kultur hier geſtellt und beantwortet wird, hat es nur entfernt etwas mit dem Sinn der Frage zu tun, an die wir am Eingang dieſes Aufſatzes erinnerten: ob noch einmal eine große äußere Kataſtrophe, ſo wie zur Völkerwanderungszeit, denkbar ſei. Praktiſch geſprochen, iſt das für die unendliche Mehrzahl der Menſchen viel wichtiger, als das Verſtändnis der inneren Beziehungen und des Gegenſatzes von Kultur und Ziviliſation. Spenglers Werk wurde vollendet, als eben der Weltkrieg ausbrach. Es beſchäftigt ſich daher noch nicht mit der Zerſtörung, die der Bolſchewismus an beidem, an der Kultur wie an der Ziviliſation, anzurichten begonnen hat. Noch beſchränkt ſich dies Vernichtungswerk in großem Stil auf Rußland, das nicht eigentlich zu den abendländiſchen Kulturgebieten gehört hat, und es gibt viele, die da meinen, außerhalb der ruſſiſchen Welt könne der Bolſchewismus auf die Dauer keine Möglichkeiten der Entwicklung finden. Dieſer Glaube iſt falſch. Der Bolſchewismus kann überall dort emporſchießen, wo ſo ſchwere Erſchütterungen der Staats- und Geſellſchaftsordnung ſtattgefunden haben, daß die anarchiſchen, in der Maſſe ruhenden Inſtinkte ohne Rückſicht auf den organiſchen Zuſammenhang der Wirtſchaft und des Staates in die Höhe drängen können. Zum Bolſchewismus gehören außer dem Niederbruch der Staatsgewalt noch zwei Faktoren: fanatiſche Führer mit dem Glauben an die Notwendigkeit der gewaltſamen Zertrümmerung und Umkehrung aller beſtehenden Ordnung durch die Diktatur der Maſſe (d. h. derer, die ſich zu Vertretern ihres Begehrens aufgeſchwungen haben), und der urteilsloſe Haufe, der, wenn ihm das Ziel einer augenblicklichen materiellen Verbeſſerung gezeigt wird, den ganzen Aufbau des nationalen Lebens nach der Seite ſeiner inneren ökonomiſchen Verkettung umzuſtürzen und zu zerſchlagen bereit iſt. Von der Vernunft der Maſſe in dem Sinn, daß der einzelne begreifen ſollte, wie in kurzer Zeit auf die Hebung der Lebenslage ein um ſo ſchlimmerer Sturz folgen muß, iſt, wie die Erfahrung zeigt, nichts zu erwarten. Wo überhaupt die Frage nach dem, was weiter kommen ſoll, ſich regt, genügt der nebelhafte Hinweis: wenn erſt die ganze Welt bolſchewiſtiſch geworden ſei, werde alles wie von ſelbſt ſich dauernd und herrlich regeln! In dem Zuſammenwirken jener führenden Kräfte und der in Bewegung gebrachten Maſſen liegt eine wahrhaft furchtbare Kraft überall dort, wo die Staatsordnung bis in ihre Tiefen geſchwächt iſt. Das Entſcheidende iſt, daß eine Idee, die fähig iſt, Menſchen aus einer beſtimmten Welt geiſtiger und materieller Vorausſetzungen von Grund auf zu fanatiſieren, in den Stand geſetzt wird, ſich urteilsloſer Maſſenregungen von elementar zerſtörender Gewalt zu bedienen, und daß gleichzeitig alle gewöhnlichen verbrecheriſchen und gewalttätigen Inſtinkte ſich auf dieſe plötzlich erſcheinende Gelegenheit zur Betätigung ſtürzen. Das einzige Mittel, das es außer den ſtaatlichen Ordnungskräften dagegen gäbe, nämlich eine innere Vernunft der Maſſe, iſt keines, denn Maſſenvernunft iſt unter demokratiſchen, ariſtokratiſchen und monarchiſchen Verhältniſſen in Gegenwart wie Vergangenheit ſtets ein unwirklicher hypothetiſcher Fall geweſen. Natürlich kann man trotzdem von geiſtiger Geſundheit oder Ungeſundheit der Maſſe ſprechen, aber beides iſt von der Summe der Daſeinsbedingungen abhängig, unter denen die Maſſe exiſtiert, und niemand kann daran zweifeln, daß dieſe Bedingungen in Europa heute überwiegend ungeſund ſind. Der Bolſchewismus verſpricht Heilung auf eine ſo brutale und primitive

Art, wie es dem Verſtändnis der niedrigſt entwickelten, roheſten Elemente innerhalb der Maſſe eingeht. Damit iſt ſchon gegeben, daß für die Praxis ſeines Wirkens die objektiv minderwertigſten Beſtandteile eines Volkes den Maßſtab machen. Das lehrt uns die Erfahrung der letzten Zeit nur zu eindrucksvoll.

Mehr als das Geſagte iſt nicht nötig, um zu erkennen, wie groß die Möglichkeit iſt, daß auch in Deutſchland der Bolſchewismus emporkommt. Das äußere Weiterbeſtehen eines großen Teils unſerer bisherigen Staatsordnung darf uns nicht über die Tatſache hinwegtäuſchen, daß ihr inneres Traggerüſt teils zerbrochen, teils zerfreſſen iſt. Vor allen Dingen fehlt der Regierung die alleinige Kontrolle über den öffentlichen Gebrauch der Waffen und die feſte Autorität gegenüber den undiſziplinierten, bewaffneten Überbleibſeln des einſtigen deutſchen Heeres. Ein Heer im eigentlichen Sinn exiſtiert nicht, denn was von der alten Armee noch da iſt, das iſt *keins mehr*, und die jetzt entſtehenden Neubildungen ſind *noch keins*. Glückt es der Regierung, genügend neue Truppen zu werben und behält ſie dieſe ſo in der Hand, daß ſie im entſcheidenden Augenblick die ihnen gegebenen Waffen gegen innere und äußere Feinde Deutſchlands und ſeiner neuen Staatsordnung gebrauchen, ſo iſt es gut. Ob, wie weit und wie lange aber der Regierung auch jetzt, nach der Konſtituierung der Nationalverſammlung, das glücken wird, bleibt abzuwarten. Die Regierung iſt nicht einmal imſtande, die Bürger der deutſchen Republik unbedingt vor Vergewaltigung zu ſchützen und die tatſächliche Sicherheit, in der der größte Teil des deutſchen Volkes im Augenblick noch lebt, kann faſt überall leicht in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Die Revolution iſt daran ſchuld, daß im Innern der fundamentalen Erſchütterung aller Ordnungen, dem Ruin des Heeres und der Unfähigkeit der Regierung, die Staatsautorität aufrecht zu erhalten, die zügellos gewordenen Inſtinkte der Maſſe, der Fanatismus der bolſchewiſtiſchen Führer und die Bundesgenoſſenſchaft des Verbrechertums drohend gegenüberſtehen. Selbſt ein ausgeſprochener Optimismus iſt nicht imſtande, über die tatſächliche Gefahr der Lage hinwegzuſehen. Von außen her bedroht die erfolgreich vordringende Streitmacht des ruſſiſchen Bolſchewismus die Grenzen Deutſchlands. Sie hat ihre Agenten in ganz Deutſchland, ſie wirft maſſenhafte Geldmittel nach Deutſchland hinein, und es iſt kein Geheimnis mehr, daß, um nur ein Gebiet zu nennen, Oſtpreußen vor der unmittelbaren Gefahr einer von Rußland her angelegten bolſchewiſtiſchen Exploſion ſteht. Ob die Truppen, die jetzt gegen den Bolſchewismus in einer Werbearbeit von zweifelhaften Erfolgen zuſammengerafft werden, fähig ſind, einen *raſchen* Erfolg zu erringen (allein ein ſolcher kann helfen), ſteht dahin. Von Kowno, das von den Bolſchewiſten bedroht iſt, bis an die Grenze ſind es nur noch zwei Tagemärſche; das über alle Begriffe ſchimpfliche Beiſpiel der 8. Armee im Baltikum macht es nicht leicht, zu hoffen, daß die Oſttruppen jetzt entſcheidend beſſer ſein ſollten, und die tapferen baltiſchen Landeswehren ſind ſchwach. Ein wirklicher Erfolg der ruſſiſchen Bolſchewiſten in Oſtpreußen würde einen gefährlichen Stoß gegen das ganze, ohnehin erſchütterte Gefüge Deutſchlands bedeuten, und ſeine Wirkungen würden ſich gleich den Wellen eines Erdbebens weſtwärts fortpflanzen.

Auf der anderen Seite wird mit der Fortdauer der Blockade und durch die Erwürgungspolitik der Entente in den Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenſtillſtandes die Kraft Deutſchlands immer weiter zermürbt. Es kann gar nicht anders kommen, als daß die Lebensmittelnot, die Kohlennot, die Verkehrsnot, die Verweigerung der Rohſtoffe, der je länger, deſto lähmender wirkende Stillſtand des größten Teils der deutſchen Induſtrie den Kampf, den der Bolſchewismus in Deutſchland und um Deutſchland zu führen entſchloſſen iſt, den Boden aufs beſte bereiten. Man braucht ſich nur im Ernſt die Frage vorzulegen, mit welchen Mitteln denn die gegenwärtige Regierung den Folgen einer Niederlage an der alten ruſſiſchen Grenze, dem Ausbruch einer bolſchewiſtiſchen Revolution in Oſtpreußen und dem gleichzeitigen blutigen Vorgehen des Spartakusbundes im ganzen übrigen Deutſchland entgegentreten will, um ſofort zu ſehen, wie gefährlich die Situation iſt.

Am meiſten kommt es offenbar darauf an, daß es gelingt, die Bolſchewiſten von den Grenzen Deutſchlands zurückzudrängen. Bisher ſind ſie ihnen aber nur näher gekommen. Siegen ſie in Deutſchland, ſo iſt die Kataſtrophe des Abendlandes da. Frankreich, England, Italien, der Oſten von Mitteleuropa, der Balkan, Polen, Skandinavien werden dann alle mit ergriffen. In allen großen Ländern ſind durch den Krieg die Kräfte der Tiefe aufgewühlt, und die Sicherheit, mit der die Regierungen über die Diſziplin der bewaffneten Macht, über die Volksmaſſe in ihrer Geſtalt als Heer, verfügen, iſt im Vergleich zu früher erſchüttert. Es gibt Kenner Amerikas, die behaupten, nicht einmal das amerikaniſche Leben ſei gefeit gegen den Bolſchewismus. Vielleicht bleibt Amerika ein Rückzugsgebiet der abendländiſchen Kultur, wo dieſe in einer Ausprägung, der alles hiſtoriſche Bewußtſein des Zuſammenhanges mit früheren Epochen fehlt und die daher arm iſt im Verhältnis zur Geſamtheit des jetzigen Kulturbeſitzes der abendländiſchen Menſchheit, ſich noch weiter erhält. Europa aber würde dann im Verlauf eines Zeitraums, der wahrſcheinlich weit kürzer wäre, als der Todeskampf der antiken Welt, wiederum etwas ähnliches erleben, wie die Länder des einſtigen römiſchen Imperiums durch die Barbaren der Völkerwanderungszeit und ſchwerlich würde eine zweite Schlacht auf den Katalauniſchen Feldern die Samenkörner für eine zukünftige Wiedererneuerung der Kulturblüte des Abendlandes retten.

Wie es kam — Oktober 1918?

Von Profeſſor Dr. G. v. Schulze-Gaevernitz, Freiburg i. B.

Unzähligen Feldgrauen, welche aus dem Feld in die von Grund aus veränderte Heimat zurückkehren, brennt die Frage auf den Lippen: Wie es kam nach den ungezählten Opfern an Gut und Blut, dieſes furchtbare Ende? Ohne dem künftigen Geſchichtsſchreiber vorzugreifen, will ich verſuchen, in großen Zügen die Linie der Ereigniſſe nachzuzeichnen, wie ich ſie von einem immerhin bevorzugten Beobachtungspoſten aus wahrgenommen habe. Ich glaube damit nicht nur dem Wunſche ſo mancher Feldgrauen und Heimatkrieger entgegenzukommen, ſondern ihnen auch die innerliche Umſtellung in die neue Zeit zu erleichtern.

Im Hintergrund der Revolution und der ſozialdemokratiſchen Republik von heute ſteht die Militärdiktatur, welche uns zuerſt verſteckt, ſodann offenkundig während des Krieges beherrſchte. In ihr gipfelte der „Militarismus", d. h. die Vorherrſchaft der Militärgewalt über die Zivilgewalt in den entſcheidenden Fragen des Staatslebens. Kurz vor dem Kriege fiel von Zabern aus ein grelles Schlaglicht auf dieſe militäriſchen Übergriffe — ungeſetzliche Verhaftung von Zivilperſonen, darunter altdeutſchen Beamten, ſogar eines Staatsanwalts —, Übergriffe, welche die Reichsbehörden weder zu verhindern noch zu ſühnen ſtark genug waren. Bald darauf ſpielte bei Kriegsausbruch neben franzöſiſcher Rachſucht und engliſchem Handelsneid der deutſche Militarismus inſofern zum mindeſten eine verhängnisvolle Rolle, als er die Gegner in unglaublicher Weiſe unterſchätzte. So berichtete Graf Lerchenfeld am 31. Juli 1914 nach München: „Preußiſcher Generalſtab ſieht Krieg mit Frankreich mit großer Zuverſicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können. Im franzöſiſchen Heere kein guter Geiſt, wenig Steilfeuergeſchütze und ſchlechteres Gewehr." Die Verletzung der belgiſchen Neutralität wurde als „ſtrategiſche" Frage behandelt, obgleich ſie weltweite politiſche und moraliſche Folgen nach ſich ziehen mußte, vor allem den Krieg mit England im unvermeidlichen Gefolge hatte. Die Zwangsausfuhr belgiſcher Arbeiter wurde als rein militäriſch-kriegswirtſchaftliche Maßnahme von militäriſchen Stellen angeordnet und durchgeführt, obgleich ſie einſchneidende internationale Wirkungen, insbeſondere für unſer Verhältnis zu Amerika, auslöſte, übrigens auch kriegswirtſchaftlich verſagte — ſie wurde durchgeführt „gegen Wiſſen, ja ohne den Willen der Reichsregierung", wie mir eine der damals leitenden Perſönlichkeiten der Wilhelmſtraße ſelber ſagte. Der „Friede ohne Sieger und Beſiegte", wie ihn Wilſon erſtrebte, wurde von der Oberſten Heeresleitung durch die Erklärung des rückſichtsloſen Unterſeebootkrieges jählings durchkreuzt, weil man in dieſen Kreiſen keine Friedensvermittlung, vielmehr einen Schwertfrieden wollte. Der Leiter des Reichsmarineamtes erklärte im Hauptausſchuß des Reichstages die Mitwirkung Amerikas am Kriege „gleich Null" und die amerikaniſchen Transportſchiffe lediglich als die erwünſchte Beute unſerer U-Boote. Elſaß-Lothringen, das kurz vor dem Kriege noch für Deutſchland votiert hätte, wurde während des Krieges durch militäriſche Maßregeln uſw. den Franzoſen in die Arme getrieben; die Autonomie, welche der Reichstag erſtrebte, und die möglicherweiſe noch damals den Franzoſen eine pſychologiſche Rückzugsbrücke gebaut hätte, wurde von militäriſchen und alldeutſchen Stellen hintertrieben. Wenige Stunden, nachdem Bethmann Hollweg als Ergebnis langen und zähen Ringens mit allen Mächten der Reaktion die kaiſerliche Zuſage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Preußen in die Welt geſetzt hatte, ſtellte Ludendorff den Kaiſer vor die Frage: Rücktritt Bethmanns oder Rücktritt der Oberſten Heeresleitung, wodurch Bethmann fiel und der Kaiſer tatſächlich abdankte. Im Großen Hauptquartier kam Kühlmann zum Sturz, weil er in letzter Stunde einen Friedensfühler nach England ausſtreckte. Dagegen wurde Hertling ſelbſt gegenüber Angriffen aus ſeiner eigenen Partei von Ludendorff als gefügiges Werkzeug gehalten. Wieviel Entrechtung der Militarismus für den einzelnen enthielt, darüber habe ich manchen Wehrmann ein Lied, aber kein erfreuliches, ſingen hören — auch ſo manchen Offizier.

Trotzdem ſchien bis Ende September 1918 die Militärdiktatur, welche den „Siegfrieden" verbürgte, unerſchüttert. Sie ruhte auf ſtraffer Zenſur und vielfach unwahrer Stimmungsmache durch das Kriegspreſſeamt und wurde geſtützt durch die alldeutſch und vaterlandsparteilich durchſetzte Geſinnung weiter Kreiſe der Intellektuellen und Offiziere. An ihren Zuſicherungen und Prophezeiungen zu zweifeln, galt als Hochverrat.

Hätte Bethmann im entſcheidenden Augenblick dieſen Bann durchbrechen und das Unheil des rückſichtsloſen U-Boot-Krieges vermeiden wollen, ſo hätte er der alldeutſch aufgepeitſchten öffentlichen Meinung ein Bündnis mit der Sozialdemokratie bis zum letzten entgegenſetzen müſſen — mit allen innerpolitiſchen Folgerungen. Das ging über die Kraft des altpreußiſchen Beamten. Zweifler und Warner, darunter die wenigen Kenner Amerikas in den hohen Reichsämtern wurden damals mit dem höhniſchen Worte abgefertigt: „Ludendorff verſteht's doch wohl beſſer".

Zum Zuſammenbruch des Militarismus führten zwei Stränge der Entwicklung, welche im September 1918 nebeneinander hergingen, um ſich in den erſten Oktobertagen zu unſerem Unheil zu vereinigen.

Innerpolitiſch bereitete ſich das parlamentariſche Ende Hertlings vor, deſſen Kanzlerſchaft unter dem Leitworte ſtand: „Viel verſprechen und wenig halten". Schwach gegenüber den Mächten der Reaktion, ſuchte er, in preußiſchen Wahlrechtsſachen ſelbſt unſicher, unannehmbare „Sicherungen". In der Elſaß-Lothringiſchen Frage ließ er die Autonomie gänzlich liegen, trotz gegenteiliger Zuſage an die Reichstagsmehrheit. In baltiſchen Dingen verſprach er, dieſe Länder eigener Selbſtbeſtimmung zuzuführen, wogegen das Militär gewaltſam verdeutſchte. In Finnland ſetzten die Militärs ohne Zuſtimmung der Mehrheit des Volkes und gegen die Reichstagsmehrheit die Königswahl eines deutſchen Prinzen durch, ohne daß der Kanzler widerſtand. Im September 1918 entzogen die Volksparteiler und Sozialdemokraten Hertling die Unterſtützung, und es tauchte von volksparteilicher Seite her die Kandidatur des Prinzen Max von Baden auf, welcher durch Eintritt leitender Sozialdemokraten ſein Kabinett zu verſtärken beabſichtigte. Prinz Max, welcher in den Tagen höchſten Machttaumels die ſittlichen Mächte als die letztentſcheidenden auch des Weltkrieges mit weitvernehmlicher Stimme angerufen hatte, ſchien gerade als der Abkömmling eines hochverdienten fürſtlichen Hauſes berufen, den jungen deutſchen Volksſtaat aus der Taufe zu heben.

Daneben verfinſterte ſich im September unſere auswärtige und militäriſche Lage. So war ſchon die Friedensnote Burians gegen unſeren Willen herausgebracht; Rumänien verzögerte die Ratifikation des Friedens, ohne daß wir es mehr dazu zwingen konnten. Entſcheidend war der Abfall Bulgariens, wo unſere „Schlüſſelſtellung" von deutſchen Truppen nahezu entblößt blieb. Der deutſche Höchſtkommandierende an der mazedoniſchen Front hatte keinen Zweifel darüber gelaſſen, daß die Bulgaren, bei völligem Mangel an Kleidung, Schuhwerk und Verpflegung, nicht mehr in Betracht kämen, ſondern nach Hauſe gingen. Leider kamen die deutſchen Verſtärkungen zu ſpät. Letzthin erfolgte der Zuſammenbruch der Türkei, unſeres treueſten und andauerndſten Bundesgenoſſen — im Grunde nichts anderes, als der Sieg der Seemacht über die Landmacht, welche es verſäumt hatte, zur rechten Zeit durch Eiſenbahnbau die arabiſche Reichshälfte ſich anzuſchmieden.

Ausgang September meldete unſere Oberſte Heeresleitung in jäheſter Weiſe ihren eigenen Bankerott an. Prinz Max von Baden hat das große Verdienſt, dieſe Tatſache durch eine Veröffentlichung in den „Preußiſchen Jahrbüchern" feſtgeſtellt und allem Zweifel entzogen zu haben. Seine Friedenspolitik ſei durch das Waffenſtillſtandsbegehr durchkreuzt worden, welches die militäriſchen Autoritäten erzwangen. Die Lage an der Front erfordere „binnen 24 Stunden ein Waffenſtillſtandsgebot. Wenn ich es nicht abgäbe, ſo müßte es die alte Regierung herausbringen". Es handle ſich um Tage, ja um Stunden — erklärte derſelbe Mann, der vor kurzem noch Kühlmann als Flaumacher geſtürzt hatte. Einer der bekannteſten konſervativen Reichstagsabgeordneten ſagte mir in dieſen Tagen, Anfang Oktober: Ihn quäle der Gedanke, ein Wahnſinniger habe unſer Schickſal in der Hand, geſtern maniſch, heute depreſſiv, und erinnerte an einen berühmten Feldmarſchall, der die Feſtung Magdeburg 1806 an eine Patrouille franzöſiſcher Huſaren übergab. Nur mit Zuſtimmung, ja auf Drängen der Oberſten Heeresleitung wurde im Kronrat der Entſchluß gefaßt, den „großen Schritt“ zu tun und um Waffenſtillſtand durch Wilſons Vermittlung zu „bitten“. In der Fraktion wurde darauf gedrungen, daß dieſer Tatbeſtand ſchwarz auf weiß feſtgelegt werde; denn er werde ſpäter geleugnet werden. „Nach einer Woche,“ ſo fährt Prinz Max fort, „eröffneten mir die militäriſchen Autoritäten, daß ſie ſich in der Einſchätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuſcht hätten.“

Noch einmal und in letzter Stunde hat der wie ein Kartenhaus zuſammenbrechende Militarismus den Ziviliſten die Leitung entwunden, mit ſeiner übereilten Bankerotterklärung die Stimmung im Innern umgeworfen und die Stimmung der Gegner zur Siegesgewißheit emporgeſchraubt.

Uns Abgeordneten wurden folgende Gründe der peſſimiſtiſchen Auffaſſung mitgeteilt:

„1. Unbedingte Materialüberlegenheit des Gegners. Tauſende von Tanks erſcheinen zu gleicher Zeit vor unſeren Linien, Hunderte von Flugzeugen über ihnen.“ Ich erinnere mich wohl, daß im Hauptausſchuß des Reichstages die Abgeordneten Erzberger und Noske noch vor etwa dreiviertel Jahren den beſchleunigten Bau von Tanks verlangten, jedoch von den Militärs abgefertigt wurden.

2. Erſchöpfung unſerer Truppen, die ſchon die Frühjahrsoffenſive zum Teil nur aus dem Grunde mit Schwung gemacht hatten, um vorwärtsſtürmend Lebensmittel zu erbeuten. Unſere Leute ſind unterernährt und abgekämpft, und wegen Mangel an Erſatz müſſen dieſelben Truppen, oft nach wenigen Tagen Ruhe, ſchon wieder in die vorderſte Stellung.

3. Das ſchlimmſte iſt der Stimmungszuſammenbruch, wohl vor allem infolge langdauernder Unterernährung.“ Hinzu kam jedoch der Zuſammenbruch überſchwänglicher Hoffnungen. Wie oft war uns „verbürgt“ worden, daß mit der Frühjahrsoffenſive, für welche man den hochtönenden Namen „Kaiſerſchlacht“ erfand, Sieg und Friede geholt werden würden. Beſonders unzuverläſſig war die Stimmung der aus ruſſiſcher Gefangenſchaft zurückgekehrten, nunmehr an die Weſtfront gebrachten Mannſchaften, nicht minder ſchlecht die Stimmung der jungen Rekruten, welche ſoeben noch in der Rüſtungsinduſtrie zu übermäßigen Löhnen beſchäftigt, das verſchwenderiſche Leben der Großſtadt nicht mit dem Höhlendaſein der Schützengräben vertauſchen wollten. Vielfach, ſo wurde uns geſagt, gingen die Truppen nicht mehr vor, und den Vorgehenden wurde von den Kameraden nachgerufen: „Streikbrecher!“ Urlauber überſchritten vielfach ihren Urlaub, ohne daß man ſie mehr packen konnte, und es iſt zweifelhaft, ob die hohen Ziffern von Gefangenen, welche die Ententeberichte vermeldeten, nur auf militäriſchen Notwendigkeiten beruhten.

Jetzt rächte ſich bitter der Mangel an geiſtigen Zuſammenhängen zwiſchen den alldeutſchgeſinnten Offizieren und der überwiegend ſozialdemokratiſchen Mannſchaft. Zweifellos hat ſich das Verhältnis zwiſchen Offizier und Mannſchaft während des Krieges verſchlechtert. In dieſer Richtung wirkte vor allem die getrennte Offizierstafel, die zahlreichen Beurlaubungen von Offiziersburſchen zwecks Mitnahme von Nahrungsmitteln in die Heimat, nicht zuletzt die Üppigkeit vieler Etappen, die zum Teil auf Grund eigener Kuhhaltung „in Butter ſchwammen". Es rächte ſich bitter das Ausbleiben freiheitlicher Reformen zu rechter Zeit, welche die Stimmung des Volkes hätten erneuern können, auch das Ausbleiben von Reformen im Heeresweſen, wozu das Aufſteigen geeigneter Mannſchaften in die Offizerſtellen und die Teilnahme der Mannſchaften an der Offizierswahl zu rechnen geweſen wäre — Soldatenräte zur rechten Zeit! Der Krieg ſcheiterte, weil die alte Zeit nicht imſtande war, die breiten Volksſchichten gefühlsmäßig mitzureißen, was nur bei einem wahrhaften Freiheitskriege möglich geweſen wäre. Aufrufe von Konſervativen und Vaterlandsparteilern bewirkten das Gegenteil, wie denn die Vaterlandspartei im Volksbunde eine Gegnerſchaft von vier Millionen Mitgliedern auf den Plan gerufen hatte. Die Mannſchaften wollten ſich nicht für Herrenrechte und Eroberungspläne totſchlagen laſſen. Bezeichnend für das „zu ſpät", welchem die alte Zeit erlag, iſt die Tatſache: Der kaiſerliche Erlaß vom 30. September, welcher die Volksregierung verſprach, und die nunmehr einſetzende raſche Demokratiſierung unſerer ſtaatlichen Zuſtände, erfolgten erſt nach dem militäriſchen Zuſammenbruch, als das Feuer auf den Nägeln brannte.

Immerhin waren noch Oktober 1918 zweifellos erhebliche Teile der Front intakt und die Front im ganzen ungebrochen. In dieſe Kerbe ſchlug Walther Rathenau, den ich am 6. Oktober kurz, aber eindringlich ſprach. Er erklärte, ſo auch im „Berliner Tageblatt", es handle ſich nur um wenige Wochen bis Winter, dann werde der Krieg ſtilliegen, insbeſondere die farbigen Gegner würden verſagen. Dem Materialmangel ſei abzuhelfen. Erſt in dieſem Jahre habe die A.E.G. Tauſende von Arbeitern mangels ausreichender Aufträge entlaſſen müſſen. Über eine Million kriegsfähiger Feldgrauer drückten ſich hinter der Front; man ſchicke ſie hinaus. Hierzu kämen die an der Oſtfront freiwerdenden Kräfte — Hunderttauſende! Das ſchlimmſte ſei die Stimmung, welche nur durch Perſonen- und Syſtemwechſel radikal zu verbeſſern ſei, ſowie durch das Eingeſtändnis, daß man bisher belogen und betrogen worden ſei. Völliger Zuſammenbruch der bisherigen Methoden der Stimmungsmache! — Ähnlich äußerte ſich Dr. R., der vortreffliche Leiter des neben Krupp wichtigſten kriegsinduſtriellen Werkes: die im Bau befindlichen Flugzeuge und Unterſeeboote ſeien denen der Gegner qualitativ weit überlegen und würden in wenigen Wochen herausgebracht werden, wenn die Arbeiter nicht bis dahin „alles kurz und klein geſchlagen hätten".

Ich ſchrieb Anfang Oktober einen Artikel, welcher durch die liberale Preſſe ging: es ſeien zwar ſchwerſte Opfer unvermeidlich, aber wenn die erwarteten Waffenſtillſtandsbedingungen Demütigung enthielten, etwa einſeitige Entwaffnung, ſo ſeien wir bereit und imſtande, durchzuhalten. In ähnlichem Sinne ſchrieb damals der „Vorwärts“, und offiziell erklärte Prinz Max am 22. Oktober im deutſchen Reichstage, daß die deutſche Regierung im Namen des deutſchen Volkes die nationale Verteidigung aufrufen würde und die Pflicht übernommen habe, ſich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen. Es liegt nicht der geringſte Anlaß vor, dieſes Wort des Prinzen Max für eine „unverbindliche Phraſe“ zu erklären, um ſo weniger, als damals auch verſtärkte Aushebungen in dieſe Richtung deuteten, ſowie forcierter Bau der U-Boote.

In der Tat: die Heldentaten unſerer geordnet zurückweichenden Kämpfer gegen erdrückende Übermacht ſuchten gerade während dieſer letzten Tage des Krieges ihresgleichen in der ganzen Weltgeſchichte. Hinter der Front lagen unbezwungen die Maaslinie und die Vogeſenlinie, die Feſtungen Lüttich, Metz und Straßburg und dahinter die Rheinlinie, die uns ſo oft einen Schutz gegen galliſchen Anſturm gewährt hatte. Aber die Stimmung der Mannſchaften? Jedenfalls ſchlummerte der Gedanke des Volksheeres und Freiheitskrieges, lebte das echte Preußen Scharnhorſts und Fichtes unter den beengenden Feſſeln des Militarismus. Im Innern waren die Mächte, die 1806 nicht endgültig beſiegt waren, Junkerherrſchaft und Stockgehorſam, von Grund aus vernichtet. Der junge deutſche Volksſtaat konnte dem letzten Wehrmann das: res tua agitur! zurufen. Über die Stimmung im Offizierkorps äußerte ſich einer jener ſturmerprobten Helden, welche alles mit der Mannſchaft geteilt hatten: Der Offizier habe ſich an den Fahneneid gebunden gefühlt; er ſei bereit geweſen, bei geordneter und rechtzeitiger Abdankung des Kaiſers, eine Treue dem kaiſerlichen Enkel zu übertragen und habe erſt ſeinen Halt verloren mit der Flucht des Kaiſers ins Ausland. Man wird in dieſen Fragen niemals zu einer glatten Antwort gelangen. Tatſache iſt, daß ich kurz nach dem Zuſammenbruch in der Schweiz aus beſtunterrichteter, der Entente naheſtehender Quelle hörte: Die Entente hielt Deutſchland für ſo wenig militäriſch erledigt, daß man in dem Waffenſtillſtandsangebot eine Kriegsliſt erblickte, um das deutſche Heer intakt in neue Stellungen zurückzunehmen. Daher die Bedingung abſoluter Entwaffnung.

Die tatſächliche Entſcheidung brachte die Revolution.

Die Nöte der Revolutionsregierung

Ein Epilog

Von Dr. Carl Braatz

Es kann nicht gut bezweifelt werden, daß Deutſchland ſeit dem 9. November 1918 mit Rieſenſchritten ſeinem Untergang entgegengeht, und daß es offenbar nicht erſt der Wirkung des kommenden Friedens bedarf, um das Deutſche Reich von jedem Wettbewerb mit anderen Kulturvölkern auszuſchließen. Die

Streikepidemie hat Ausdehnungen erreicht, die zuſammen mit den maßloſen Lohnſteigerungen unſere Induſtrie in ganz kurzer Zeit zugrunde richten, der *Terrorismus der Spartakusanhänger* hebt jede wirkliche perſönliche Sicherheit und jede Sicherheit des Privateigentums auf, und im Oſten und Südoſten iſt Deutſchland wehrlos den Annexionsgelüſten kleiner, einſt gering erachteter Völker ausgeſetzt und muß vor der Gefahr eines bolſchewiſtiſchen Einbruchs erzittern.

Da kann es nicht wunder nehmen, wenn die Revolutionsregierung von allen Seiten, ſelbſt von den eigenen Parteianhängern, ſcharfen Angriffen ausgeſetzt iſt. Man wirft ihr, wie Paul Rohrbach in einem der letzten Hefte der „Deutſchen Politik", Unfähigkeit vor, ganz beſonders aber hört man immer wieder den Vorwurf der Schwäche und Schlappheit.

Den kritiſchen Beobachter wird es aber nun nachdenklich ſtimmen, daß den hauptſächlichſten Nöten, in die das Deutſche Reich ſeit der Revolution gekommen iſt, eigentlich verhältnismäßig einfach hätte begegnet werden können, nämlich durch Anwendung von Gewalt. Die Tatbeſtände ſind ſo klar und die Mittel der Abhilfe liegen ſo ſehr auf der Hand, daß ſie nicht gut von einigermaßen einſichtigen Männern überſehen werden konnten und von tatkräftigen Männern hätten angewandt werden müſſen. Die Vertreter der Mehrheitsſozialiſten, die von Anfang an der Regierung angehörten, Ebert, Scheidemann und Landsberg, ſind im politiſchen Leben bekannte Männer, über die man ſich ziemlich klar iſt, und denen eigentlich nach ihrer Vergangenheit Dummheit und Energieloſigkeit nicht gut angehängt werden kann. Das wird nicht nur durch die Politik der ſozialdemokratiſchen Partei während der letzten Jahre bewieſen, ſondern auch durch den ganzen Verlauf der Revolution ſelbſt. Ein pſychologiſches Eindringen in das Tun und Unterlaſſen der Regierungsmänner ſcheint alſo nicht ſo ganz überflüſſig, um ein objektives Urteil über ihre Fähigkeiten zu erhalten.

Die ſozialdemokratiſche Partei wurde durch die Reichstagswahlen von 1912 zahlenmäßig die ſtärkſte der Parteien des Reichstages. Sie hat ſeitdem eine Politik getrieben, die konſequent auf die *Erlangung der Macht* hinzielte; ſie trieb nicht mehr lediglich negative, ſondern poſitive Politik. Das zeigte ſich ſofort bei der Präſidentenwahl, die Scheidemann für eine kurze Spanne Zeit zum Vizepräſidenten machte, und dann beſonders im Auguſt 1914, als ſich die Sozialdemokratie einheitlich auf den Boden der Bewilligung der Kriegskredite ſtellte. Das zeigte ſich weiter im Verlauf des ganzen Krieges, währenddem ſie konſequent dem Vaterland die Mittel zur Fortführung des Krieges bewilligten, aber ebenſo konſequent auf die baldige Beendigung des Krieges, auf den Abſchluß eines Verſtändigungsfriedens hindrängten. Es iſt bekannt, daß ſich dieſe Art der Politik nicht ohne Reibung innerhalb der Fraktion vollzog und ſchließlich zur Sezeſſion der Unabhängigen führte. Sie war trotzdem eine erfolgreiche Politik, und maßgebend und verantwortlich für ſie waren von Anfang an Ebert und Scheidemann, während Landsberg als ſtets ganz rechtsſtehender Sozialiſt wohl nicht ohne Mißtrauen in der Partei angeſehen wurde und nur durch ſeine hervorragende Rednergabe ſich einen Einfluß in der Richtung Ebert-Scheidemann ſicherte. Jedenfalls zeigt die ganze Leitung der ſozialdemokratiſchen Partei durchaus nicht, daß die führenden Männer unfähig, unklug oder energielos geweſen wären, denn ſie machten die Sozialdemokratie zur führenden Partei des Reichstags und ſicherten ihr im Herbſt 1918 den Eintritt in die Regierung unter Bedingungen, die der Erfüllung des ſozialdemokratiſchen Parteiprogramms ein ſehr großes Entgegenkommen zeigten. Es konnte nunmehr kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Sozialdemokratie in abſehbarer Zeit auf dem Wege der Evolution dasjenige erreichen würde, was ſie einſtmals nur durch die Revolution erreichen zu können glaubte, allerdings abzüglich einiger Forderungen, die im Lichte realer Politik unhaltbar geworden waren. Als wirkliche Revolutionspartei waren nur noch die Unabhängigen geblieben, und ſie betrieben allein mit allen Mitteln die Vorbereitungen für den Ausbruch der Revolution, in der Überzeugung, daß die Zeit ſo günſtig nie wiederkehren könnte.

Was kurz vor Ausbruch der Revolution und in der Woche, in der ſich der Brand durch Deutſchland bis Berlin fraß, von der Regierung und den bürgerlichen Vertretern in ihr getan wurde, iſt bisher noch nicht klar geworden. Offenbar waren ſie ebenſo faſſungslos und handlungsunfähig wie die militäriſchen Stellen, die gewiß ganz und gar verſagt haben. Politiſch gehandelt wurde, abgeſehen von den Revolutionsparteien, eigentlich nur von den Sozialdemokraten Ebert und Scheidemann, die angeſichts des nahenden Unheils aus ihrer Zurückhaltung und Mäßigung heraustreten mußten, ein Ultimatum an die Regierung ſtellten und ernſthaft verſuchten, den Ausbruch der Revolution zu verhindern. Sie waren klug genug einzuſehen, daß dieſe Revolution den großen Maſſen nichts bringen konnte, was ihnen die ruhige Entwicklung nicht viel beſſer gab, und daß das deutſche Vaterland in der augenblicklichen Zeit durch die Folgen der Revolution ins Unglück geriſſen werden mußte, vielleicht in den Untergang. Außerdem hatten ſie aber auch als gute Volkskenner allen Grund zu befürchten, daß die Entfeſſelung der Maſſeninſtinkte ihnen die Macht über die Bewegung nehmen und in die Hände der Radikalen hineinſpielen könnte; und dieſe Befürchtung wurde voll und ganz wahr.

Die Revolution vom 9. November 1918 iſt lediglich von verhetzten jungen Soldaten und radikalen Sozialdemokraten gemacht worden. Als in Berlin die Hauptführer Liebknecht und Ledebour an der Spitze ihrer Anhänger ein Verwaltungszentrum nach dem andern in die Hand nahmen, verpaßten ſie doch, berauſcht durch ihre großen Triumphe, den richtigen Augenblick. Sie hielten überall fanatiſche und fanatiſierende Anſprachen an die Revolutionäre, und beſonders Liebknecht konnte bei der Beſetzung des Königlichen Schloſſes nicht lange genug im Gefühl ſeiner Herrſchaft ſchwelgen. Inzwiſchen nutzten andere die Zeit, denn Ebert und Scheidemann ließen ſich vom Prinzen Max von Baden die Regierungsgewalt übertragen und riefen mittags die Deutſche Republik aus. Als die Revolutionsbewegung über die Führer der Mehrheitsſozialiſten hinweg zu gehen drohte, hatten ſie ſich als kluge und tatkräftige Männer kurz entſchloſſen an ihre Spitze geſtellt, und ſie haben dadurch den Reichswagen knapp vor dem Abgrund herumgeriſſen. Das deutſche Volk wird immer Anlaß haben, den beiden Männern zu danken, die als Sozialdemokraten für ſich, aber doch auch im Intereſſe aller friedliebenden Bürger handelten.

Von ſolchen Männern kann man nicht ſagen, daß ſie unfähig oder ſchwach ſind, aber die Vorwürfe, die man ihnen macht, beginnen bereits bei der Bildung der Regierung: Die drei Mehrheitsſozialiſten nahmen drei Unabhängige in die Regierung auf und verhindern dadurch ſelbſt jede gedeihliche Tätigkeit. Gewiß ſahen auch Ebert und Scheidemann das vollkommen ein, und doch konnten ſie nicht anders handeln, wenn ſie überhaupt die Macht behalten wollten. Als ſie ſo plötzlich die Republik ausriefen, brachten ſie den Liebknecht, Ledebour und Haaſe damit eine ſehr unangenehme Überraſchung bei. Dieſe radikalen Führer dachten wohl im erſten Augenblick daran, eine Gegenregierung auszurufen, aber Liebknecht ſelbſt ſoll zu einer Einigung geraten haben. Die Radikalen glaubten damals noch, daß die ſuggeſtive Wirkung der Revolution auf die Mehrheitsſozialiſten in einem nach links gerichteten Sinne ſich bemerkbar machen werde; außerdem fürchteten ſie bei einer Spaltung oder ſogar einem feindlichen Gegenüberſtehen beider ſozialiſtiſchen Richtungen für den Beſtand der Revolution. Zur Sicherheit aber beabſichtigten ſie noch, die Regierung voll und ganz unter die Kontrolle des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats zu ſtellen, deſſen Zuſammenſetzung nach ihre Überzeugung eine ganz radikale werden mußte. Am Sonntag, den 10. November, mittags, hat die Wahl zu dieſem Vollzugsrat ſtattgefunden, und noch kurz vorher zweifelten weder die Führer der Mehrheitsſozialiſten noch die der Unabhängigen daran, daß die Mehrheitsſozialiſten den Beſitz der Macht nicht würden bewahren können. Deshalb wurden auch für die Liſte des Vollzugsrats Kandidaten vorgeſchlagen, von denen die Hälfte Unabhängige der Richtung Haaſe, die andere Hälfte Unabhängige der Richtung Liebknecht waren; über die Mehrheitsſozialiſten glaubte man bereits zur Tagesordnung übergehen zu dürfen. Zur allgemeinen Überraſchung waren es da die Soldatenräte, die energiſch für die Gleichberechtigung der beiden ſozialiſtiſchen Parteien eintraten und es durchſetzten, daß die Vertreter unter die Mehrheitsſozialiſten und die Unabhängigen gleichmäßig verteilt wurden. Eine Regierung, die ſich auf einen anderen Standpunkt geſtellt hätte, wäre damals unmöglich geweſen. Die Mehrheitsſozialiſten konnten ſchon froh ſein, daß ſie nicht ganz hinausgedrängt waren. Ein Verſuch zur Abkehr von den Unabhängigen hätte dieſen lediglich in die Hände gearbeitet und ihnen die Macht ausgeliefert. So bemühten ſich Ebert u. Gen., mit Haaſe u. Gen. auszukommen, ſolange es ging, in der Überzeugung, daß es für eine Zeit auf jeden Fall gehen müßte.

In dieſer Entwicklung liegt auch die tiefere Erkenntnis für die folgenden Ereigniſſe. Ich ſprach vorher von *der ſuggeſtiven Wirkung der Revolution*, die das geſamte politiſche Denken plötzlich nach links rückte. Im Verlauf weniger Stunden ſind viele Tauſende Anhänger der Monarchie Republikaner, viele Tauſende von Bürgern Sozialdemokraten, von Mehrheitsſozialiſten Unabhängige und Spartakusleute geworden. Über dieſe Tatſache war ſich jeder politiſch Empfindende bereits im Laufe des November klar geworden, natürlich auch die Männer der neuen Regierung. Sie konnten nur nicht wiſſen, wie viele ihrer Anhänger nach links abgewandert waren und wie lange die Suggeſtition der Revolution vorhalten würde. So konnten in der erſten Zeit Anhänger aller drei ſozialiſtiſchen Richtungen mit gewiſſer Berechtigung für ſich die Maſſen in Anſpruch nehmen. Es war nicht gewiß, wo ſie ſich im Augenblick befanden, aber wahrſcheinlich, daß ſie bei einigermaßen ruhigem Verlauf ſich wieder der Mehrheitspartei zuwenden würden. Deshalb die ſtändige Aufforderung zur Ruhe ſeitens der Mehrheitsſozialiſten in der Regierung und die ebenfalls ſtändige Beunruhigung durch die Unabhängigen, die ſich bald ſelbſt gegen ihre Vertreter in der Regierung ſtellten, und durch die Spartakusanhänger — und deshalb auch die äußerſte Vorſicht der Ebert-Scheidemann und ihre Rückſichtnahme auf die Politik Haaſe-Dittmann.

Dazu kam dann noch eine pſychologiſche Erwägung von äußerſter Wichtigkeit. *Der Arbeiter hatte die Macht gewonnen und war gewillt, ſie mit äußerſter Energie zu verteidigen.* Er hatte den Sieg überaus leicht errungen, und das Bürgertum hatte ſich derart ſchwächlich und unwürdig gezeigt, daß er der Sachlage nicht recht traute. Es erſchien ihm ganz unfaßbar, daß dieſes Syſtem, dem man trotz aller Redereien eine bedeutende Kraft und Geſundheit zugetraut hatte, ſo verfault und brüchig geweſen ſein ſollte, und ſo witterte er überall eine Gegenrevolution. Die Zeitungen der radikalen Linken nutzten das möglichſt aus und ließen es nicht an ſtändigen Hetzartikeln fehlen, um den Glauben an eine Gegenrevolution in den Maſſen lebendig zu erhalten und zu verbreiten. Von dieſem Argwohn iſt kein ruhiger Arbeiter, wahrſcheinlich nicht einmal der Sozialdemokrat in der Regierung, frei geblieben, denn es war ein Produkt der ſozialiſtiſchen Erziehung, und danach hat die ſozialiſtiſche Regierung ihre Maßnahmen entweder aus eigenſter Überzeugung getroffen oder in Rückſicht auf die Maſſen treffen müſſen. Es klingt ſo natürlich und überzeugend, wenn darauf hingewieſen wird, daß die Regierung die Fronttruppen nach ihrem Einzug ſofort hätte dazu verwenden können, um eine Entwaffnung der Maſſen in Berlin vorzunehmen. Gewiß war mit einer ſtrengen Durchführung dieſer Maßregel im Augenblick Ruhe zu ſchaffen, und doch wäre ſie eine große Unklugheit geworden und eine viel größere und ſichere Gefahr geweſen, als es die Spartakusgefahr war. Wenn die Regierung ſich damals der Fronttruppen bedient hätte, ſo hätte ſie die Maſſen mißtrauiſch gemacht und in das Lager der Radikalen getrieben; es hätte dann nicht bei der Entwaffnung bleiben dürfen, ſondern auch zu einer Auflöſung und Erſetzung der Berliner Regimenter kommen müſſen. Denn dieſe Regimenter hätten, empört über das offenbare Mißtrauen, das ihnen die Regierung entgegenbrachte, nur die Zeit abgewartet, bis die Fronttruppen fort waren, um ihrerſeits gegen die Regierung einzuſchwenken. Man hätte weiter in ganz Deutſchland ein gleiches Vorgehen ins Werk ſetzen müſſen — und das wäre eben die Gegenrevolution geweſen. Die Anhänger der bisherigen Regierung, d. h. der dann in der Regierung übrig gebliebenen Mehrheitsſozialiſten, hätte ſich bis auf eine kleine Minderheit zur unabhängigen Sozialdemokratie hingewendet, und die Bürgerlichen wären an ihre Stelle getreten. Es iſt mir einmal fraglich, ob der damals entſtehende Bürgerkrieg nicht ein ſehr blutiger und unglücklicher geworden wäre, und ob es nicht ſchon deshalb richtig war, wenn die Regierung ſich der Fronttruppen nicht bediente. Aber gewiß konnte man von einer verſtändigen ſozialdemokratiſchen Regierung nicht verlangen, daß ſie Gegenrevolution machte. Sie unterließ es, ſie nahm jede Herausforderung der Spartakusanhänger ruhig hin, ſie gab auch noch in dem Weihnachtsputſch der Volksmatroſendiviſion recht unrühmlich nach, aber ſie tat es wohl überlegt, denn dadurch brachte ſie die Maſſen zur Überzeugung, daß ſie nur dem äußerſten Zwange weiche, wenn ſie zu Machtmitteln greife, und daß es nur die Schuld der Gegner ſei, wenn Bruderblut vergoſſen werde. Und nur dadurch wurde auch die Möglichkeit geſchaffen, freiwillige Truppen für den Oſten anzuwerben, die vorher von den Maſſen mit dem größten Argwohn als verkappte Truppen der Gegenrevolution angeſehen, und deren Anwerbung verhindert worden wäre. Die Fehler im Oſten ſind, ſoweit nicht grundſätzliche Meinungsverſchiedenheiten vorliegen, nur darauf zurückzuführen, daß die Regierung die Maſſen erſt bearbeiten und erziehen mußte, ehe ſie handeln konnte, ebenſo liegt es auch in der Frage der Arbeitsloſen, der Streiks und der übermäßigen Lohnforderungen. Man ſieht immer wieder, wie die Regierung zuerſt eine eindringliche Preſſekampagne vorbereitet und alles tut, um die Maſſen in ihrem Sinne zu beeinfluſſen und wie ſie mit Taten nicht auf ſich warten läßt. So wird jetzt ein Geſetz über den Arbeitszwang angekündigt, daß gewiß einen großen Erfolg der ſozialdemokratiſchen Regierung gegen die unvernünftige Selbſtſucht der Maſſen bedeutet.

Eine bürgerliche Regierung konnte ſich gefahrlos der ſtärkſten Zwangsmittel bedienen. Das iſt gewiß! Man vergißt immer, daß wir es hier mit einer ſozialiſtiſchen Regierung zu tun haben, die aus den Maſſen hervorgegangen iſt und in den Maſſen wurzelt. In einer Zeit revolutionärer Gärungen und Unruhen muß ſie ihr Tun und Laſſen auf die Pſychologie dieſer Maſſen einſtellen und iſt weſentlich anders zu beurteilen als eine bürgerliche Regierung. Unter Berückſichtigung dieſer Umſtände kann man nicht gut ſagen, daß die Männer der Regierung unfähig oder ſchwächlich gehandelt hätten. Sie haben aus einer verzweifelten Lage herausgeholt, was ſie von ihrem Standpunkt aus nur herausholen konnten. Wenn wir jetzt trotzdem kurz vor dem Abgrund ſtehen, ſo iſt das eine Folge der Revolution, die in die ſchwerſte Zeit eines verlorenen Krieges hineinfiel, nicht aber eine Folge der Unfähigkeit der Regierung. Denn dieſe Regierung hat ſich niemals im Beſitz realer Machtfaktoren befunden, wenn ſich ihr auch alle ordnungsliebenden Elemente zur Verfügung ſtellten. Die Revolution hatte aus den revolutionären Truppen — und auf dieſe konnte ſie allein bauen — in einem Zeitraum weniger Tage durchaus unzuverläſſige Elemente gemacht. Organiſation, Begeiſterung und Energie war lediglich auf Seiten der Spartakusanhänger. Es bedurfte einer Zeit der Sammlung, des Lavierens, der Bearbeitung der Maſſen, ehe die Regierung handeln konnte. Daß dieſe Zeit alle Nöte vermehren und die Gefahren weſentlich vergrößern müſſe, war klar, aber gewiß das kleinere Übel gegenüber neuen revolutionären Erſchütterungen allgemeiner Art. Die Übergangszeit iſt vorüber. Immer mehr zeigen die Männer der Regierung, daß ſie zu handeln verſtehen, denn ihre wirkliche Macht nimmt zu. Rückſichtslos handeln wird aber erſt eine Regierung können, die nicht Revolutionsregierung iſt, ſondern durch die Nationalverſammlung eine geſetzliche Grundlage und damit einen wirklichen Rückhalt hat.

Der alte und der neue Pazifismus

Von Dr. Max Seber (Dresden).

Der vor kurzem verſtorbene Dramatiker Wedekind ſagte einmal: Moral iſt ein anderer Ausdruck für ſchlechte Geſchäfte. Dies bizarre Wort enthüllt uns jetzt ſein Wahrheitskörnchen. Nachdem unſer Vaterland zuſammengebrochen iſt, werden wir furchtbar moraliſch und machen uns gegenſeitig die bitterſten Vorwürfe. Die Schuld am Zuſammenbruch hat auf jeden Fall — der andere. Es iſt nur gut, daß man für jede Partei eine Schuldverantwortung konſtruieren kann, ſo daß intellektuelle Redlichkeit anerkennen muß, daß alle einen großen Schuldanteil haben. Damit iſt nicht geſagt, daß keine Unterſchiede beſtehen. Ohne Phariſäismus kann wohl behauptet werden, daß der vaterlandsparteiliſche Annexionismus, der ohne jedes innere Gerechtigkeitsgefühl nach Belgien und Nordoſtfrankreich verlangte, der U-Boot-Fanatismus, der der Regierung ſchließlich dieſen verhängnisvollen Schritt aufzwang, vor allen anderen die Hauptſchuld trägt. Aber es iſt doch nützlich, zu erkennen, daß keine Partei ſich als ſchuldlos hinſtellen kann. Das dämpft den Vorwurfsfanatismus. Es iſt ja nicht möglich, die Gegner zu widerlegen, wenn ſie behaupten, ihr Mißerfolg rühre bloß davon her, daß ihr Kurs geſtört worden ſei durch die Agitation der anderen Partei. Wenn den Annexioniſten mit Recht vorgeworfen wird, ſie hätten den Bogen überſpannt, dem deutſchen Volke zuviel zugemutet, ſo können ſie darauf antworten, daß die Defaitiſten die Stimmung verdorben, den Mut gebrochen hätten. Es iſt nicht zu leugnen, daß unſere Regierung während des Krieges geſchwankt hat, daß ſie zwiſchen beiden Richtungen hin- und hergependelt hat, und wahrſcheinlich eben dadurch die Größe der Kataſtrophe verurſachte. Der Mangel an Zielarbeit und Zielfeſtigkeit war ja von Anfang an das Verhängnis unſerer Politik im Krieg und vor dem Krieg. So darf aus den tatſächlichen Mißerfolgen nicht ohne weiteres geſchloſſen werden, daß die unſerer Regierungspolitik gegenſätzliche Politik die richtige geweſen ſei und uns die Kataſtrophe erſpart hätte. Der Pazifismus iſt nicht dadurch als gut und nützlich erwieſen, weil der Annexionismus geſcheitert iſt. Eine mittlere Politik, wie ſie ja ſtets in dieſen Blättern vertreten wurde, die aus beiden extremen Richtungen das Geſunde herausgeholt hätte und dieſe Linie unbeirrt verfolgt hätte, wäre ſicherlich möglich und wahrſcheinlich durchſchlagend geweſen. Unſere Regierung hat eine ſolche feſte mittlere Linie nicht eingehalten, ſondern bald Zugeſtändniſſe nach links, bald nach rechts gemacht, und gerade dadurch alles verdorben. So iſt denn auch die Behauptung der Pazifiſten abzuweiſen, daß ihre Politik nunmehr durch die Tatſachen als richtig erwieſen ſei. In England, Frankreich, Italien iſt die allgemeine Anſicht gerade umgekehrt. Ein und dieſelbe Theorie kann aber unmöglich das eine Mal falſch, das andere Mal richtig ſein. Dazu hängt die Behauptung vom Weltſiege des pazifiſtiſchen Gedankens völlig in der Luft. Es zeigt ſich ja jetzt, daß wir nicht Unrecht hatten, dem von Czernin konſtatierten neuen Völkerrechtsgeiſt gründlich zu mißtrauen. Dieſer wahnwitzige und unmenſchliche Vernichtungsgeiſt, den die franzöſiſche und engliſche Politik jetzt verfolgt, iſt ja vom Völkerrechtsgeiſt himmelweit unterſchieden. Heute noch hält England die grauſame Blockade aufrecht, die bisher 763 000 Männern, Frauen und Kindern das Leben gekoſtet hat. Angeſichts ſolcher Tatſachen kann man wohl eher von einem Fiasko der pazifiſtiſchen Theorie ſprechen als von ihrem Siege, da der von ihr vorausgeſetzte und immer wieder als vorhanden proklamierte Geiſt des Rechts eben nicht vorhanden iſt. Ja, man muß wohl noch weitergehen und vermuten, daß der heutige Pazifismus im Kern morſch und faul iſt und ſein gerütteltes Maß von Schuld an dieſem Kriege und am deutſchen Zuſammenbruch im beſonderen hat. Dazu braucht man nicht einmal an die deutſchfeindliche Haltung des Pazifiſtenführers A. H. Fried zu erinnern, die ich in eingehendſter Weiſe in meiner Schrift „Die Schickſalsſtunde des Pazifismus“ erwieſen habe, und durch die in Nr. 3 der „Deutſchen Politik“ ergangene neue Veröffentlichung unanfechtbar dargetan wird. Man braucht ſich bloß daran zu erinnern, was der Pazifismus eigentlich wollte und was er nicht wollte. Der Pazifismus amerikaniſch-engliſcher Herkunft wollte den Frieden durch Errichtung eines zwiſchenſtaatlichen Rechtsverfahrens, durch Schiedsgerichte, Vermittlungsämter, Völkerbund ſichern. Er wollte nicht die Gerechtigkeit zur Grundlage der Völkerbeziehungen machen, ſondern das Recht. Er lehnte es ausdrücklich ab, die durch hundertjährige Eroberungspolitik und Vergewaltigung entſtandene Ungerechtigkeit im Völkerverhältnis zu beſeitigen, ſondern verlangte ſtets, daß der status quo Ausgangspunkt der neuen Ordnung ſein müſſe. Das aber legte allen unterdrückten und benachteiligten Völkern die Zumutung auf, das Gewaltverhältnis als Rechtsverhältnis anzuerkennen, das an ihnen begangene Unrecht zu legaliſieren. Das beraubte ſie der Möglichkeit, irgendwie und irgendwann dieſes Unrecht zu beſeitigen und ſtempelte alle Verſuche ſolcher Änderung zu Rechtsbruch und Auflehnung. Daß in den durch die bisherige Entwicklung bevorzugten Staaten dieſe Theorie großen Anklang fand, daß auch die Regierungen ſich für ſie einſetzten, iſt nicht zu verwundern. Sie war ihnen ja auf den Leib geſchrieben, ſie garantierte ihnen ja den Raub und entlaſtete ihr ſchlechtes Gewiſſen. Die ideal denkenden Pazifiſten dachten nun allerdings, daß nach genügender Feſtigung des Staaten- oder Völkerbundes auch dieſe Ungerechtigkeiten auf rechtlichem Wege beſeitigt werden könnten und daß die Art der Länderverteilung künftig nicht mehr ſo wichtig ſein würde, weil ohnehin alle wichtigen Lebensgebiete internationaliſiert werden würden. Sie haben dabei außer acht gelaſſen, daß es ſehr ſchwer iſt, einmal eingewurzelte Verhältniſſe hinterher mit Güte und Vernunft zu beſeitigen. Das Recht, das bloß formale Recht, ſetzt ſich ſehr bald an die Stelle der Gerechtigkeit, pocht auf die Moral und wird zum Selbſtzweck. „Geſetz und Recht vererben ſich wie eine ewige Krankheit fort!“ Das gilt auch für das Völkerrecht. Im einzelſtaatlichen Recht bedurfte es der Revolution, um der Gerechtigkeit gegen das Recht, das angeſtammte Recht, zum Siege zu verhelfen. Würde es im völkerrechtlichen Leben anders ſein? Darum iſt ein auf innere Ungerechtigkeit aufgebautes internationales Recht nutzlos und gefährlich. Nur allzu leicht beruhigt ſich das menſchliche Gewiſſen, wenn es äußere Rechtsformen in Geltung ſieht und vergißt darüber die Gerechtigkeit. Die andere Ausflucht des Pazifismus, daß durch die Internationaliſierung aller lebenswichtigen Verhältniſſe nationales Unrecht gegenſtandslos würde, beruht auf eine Übertreibung des internationalen Prinzips und Unterſchätzung des nationalen Prinzips. Das nationale Prinzip wird ſtets die eigentliche Lebensgrundlage und Leiſtungsquelle der Menſchheit bilden, das internationale dagegen nur ein Hilfsmittel. Es wird keine Verſchiebung erfolgen von der nationalen Lebensgrundlage zur internationalen, wie früher etwa vom Stammesleben zum nationalen Leben. Die eigentliche gemeinſchaftbildende Kraft wird vielmehr im nationalen Leben beſchloſſen ſein, zu dem der Internationalismus nur den krönenden Oberbau bildet.*)

Dieſer Pazifismus war alſo in politiſcher Hinſicht durchaus konſervativ, er verlangte keine Geſinnungswandlung von den Mächten und Völkern, ſondern glaubte mit rein techniſchen Kunſtgriffen den Krieg beſeitigen zu können. Unſer Völkerleben ſchien dieſen quackſalbernden Reformern nur an mangelhafter Technik zu kranken, was ein A. H. Fried immer von neuem bis zum Überdruß vorbringt. Dieſem Pazifismus fehlte der feurige Wein des Geiſtes durchaus, er war ein richtiger Limonadenpazifismus ohne wärmende Kraft. Seine Einſeitigkeit erhellt ſchon aus ſeiner Zielſetzung: Beſeitigung des Krieges. Was würde man wohl in der inneren Politik von Männern halten, die den inneren Frieden als höchſtes Ziel bezeichnen und als Weg dazu innere Schiedsämter vorſchlagen würden, ohne das ſoziale Unrecht ſelbſt anfaſſen zu wollen. Jeder würde es als Dilettantismus geißeln, durch bloßes Rechtsverfahren auf ganz mangelhafter Gerechtigkeitsunterlage Gerechtigkeit erzielen zu wollen. Jeder hält da die Erringung ſozialer Gerechtigkeit für ein höheres Ziel, als einen paſſiven Friedenszuſtand, und gibt zu, daß ſchließlich eher das Ideal des Friedens aufzugeben iſt, als die Gerechtigkeit. In der äußeren Politik hatten wir vielfach nicht dasſelbe geſunde Augenmaß. Selbſt unſere Sozialdemokratie, die im Frieden ſo oft über den bürgerlichen Pazifismus geſpottet hatte, näherte ſich ihm im Kriege mehr und mehr und vergaß völlig ihre Gerechtigkeitsforderung auch in der äußeren Politik geltend zu machen. Am fernſten lag es dem deutſchen Pazifismus, eine ſolche revolutionäre Forderung zu erheben. — Gerechtigkeit iſt ja immer eine revolutionäre Forderung. Er wußte ganz genau, daß damit der ganze Pazifismus in Rauch aufgehen würde, weil ja der Geiſt ſozialer Gerechtigkeit in ihm durchaus nicht vorhanden war. Darum ahmte er bloß brav und mechaniſch dem weſtlichen Pazifismus nach, ohne eine Spur eigener Gedankenarbeit, und ſtellte lieber die Lebensintereſſen ſeines eigenen Volkes hintenan. Darin liegt eine große Schuld und ſein großer Fehler. Die Folge war nun die, daß das deutſche Volk von dieſem Pazifismus nichts wiſſen wollte, weshalb er im Deutſchen Reich zu keiner Bedeutung gelangen konnte — eine in Anbetracht der ſo ſtarken kosmopolitiſchen Grundrichtung des deutſchen

---

*) Siehe auch den Artikel „Der Internationalismus der Zukunft". „Deutſche Politik" Nr. 3.

Volkes ganz auffallende Erſcheinung. Daraus hat nun der Pazifismus dem deutſchen Volk wieder einen Strick gedreht und vorgeworfen, es wäre in die alte Gewaltpolitik verfallen, nachdem längſt alle großen Kulturmächte des Weſtens ſie aufgegeben hätten. Dieſer Vorwurf iſt richtig, aber ungerecht. Dieſe Art von Pazifismus konnte das deutſche Volk nicht annehmen, ohne ſich ſelbſt aufzugeben. Aufgabe des deutſchen Pazifismus wäre es eben geweſen, den weſtlichen Pazifismus zu verarbeiten und nach den Bedürfniſſen Deutſchlands umzugeſtalten. In dieſer Hinſicht aber hat der deutſche Pazifismus jämmerlich verſagt und ebenſo unſere deutſchen Geiſtesarbeiter überhaupt, die ſich der ganzen Lage einfach als nicht gewachſen erwieſen. Unklugerweiſe bekämpfte man den Pazifismus grundſätzlich, verwarf ihn im Bauſch und Bogen und verabſäumte es ganz, ihn nach deutſchen Bedürfniſſen, d. h. im Sinne ſozialer Völkergerechtigkeit umzugeſtalten. So kamen wir in den Geruch der Friedensfeindſchaft und der Gewaltliebe, während doch der deutſche Idealismus ſchon längſt um Menſchenfriede und Völkerharmonie gekämpft und das deutſche Volk, wie kaum ein zweites, ſich in die Eigenarten anderer Völker vertiefte und ſo das eigentliche Menſchheitsvolk war. An dieſer Entwicklung war nun nicht bloß die Mangelhaftigkeit und Entwicklungsunterbindung des landläufigen Pazifismus ſchuld, ſondern vor allem die praktiſche Politik der Weſtmächte, die der kolonialen Expanſion Deutſchlands überall und zu jeder Zeit entgegentraten. Dieſe ſchmerzlichen Erfahrungen, daß man Deutſchland dasſelbe verweigerte, was man ſich ſelbſt in überreichlichem Maße zugeſtand, trieb Deutſchland in die Gewaltpolitik hinein, die ja alle anderen Staaten ſtets betätigten. Hätte man ihm den anderen Ausweg gezeigt, ſo wäre es dieſen wohl gegangen. Wir hätten damit eine moraliſche Offenſivſtellung gewonnen und brauchten uns nicht in die Defenſive drängen zu laſſen. Was das bei Ausbruch des Weltkrieges bedeutet hätte, braucht wohl nicht erſt geſagt zu werden. Den Feinden wäre die Vergiftung der öffentlichen Meinung niemals in dem Grade gelungen wie ſo.

Nun haben wohl rückſchauende Betrachtungen an und für ſich wenig Wert. Das können wir aber daraus entnehmen, daß wir keinen Grund haben, uns als die allein Schuldigen am Kriege zu betrachten. An Deutſchland iſt viel geſündigt worden, und nicht zuletzt iſt es der jetzt ſo herausfordernd auftrumpfende deutſche Pazifismus, der Urſache hat, an ſeine Bruſt zu klopfen, der einer ſchwärmeriſchen, halb-religiös-charitativen Geſichtspunkten entſprungenen Theorie zuliebe, die Lebensintereſſen ſeines Vaterlandes preisgab.

Jetzt endlich müſſen wir einen wirklich kernfeſten Pazifismus vertreten, der auf der Forderung der Gerechtigkeit beſteht und jede andere Völkerrechtsordnung als Vergewaltigung moraliſch ächtet.

Parteidarſtellung und Geſchichte

Von * * *

In den Blättern der alten Vaterlandspartei ſtand zu leſen, und in jeder Wahlrede der deutſch-nationalen Partei hieß es:

1. Seit Gründung des Deutſchen Reiches ſah England mit ſcheelen Blicken auf Berlin. Als vollends die deutſche Flotte achtunggebietend wurde und der deutſche Handel vielfach den engliſchen verdrängte, ging Englands Haltung allmählich in Feindſchaft über. Von langer Hand bereitete es die Einkreiſung vor, und als der Ring geſchloſſen war, überfiel es uns, um uns zu vernichten.

2. Gleichwohl hielten wir vier Jahre einer Welt in Waffen ſtand und hätten auch länger ausgehalten als ſie, wäre nicht die Heimat dem tapferen Frontheer in den Rücken gefallen. Den deutſchen Siegfried traf Hagens Speer.

Kein Wunder, daß in dieſen Regionen jetzt die Schneeflocken der Hammannſchen*) Erinnerungen und der „Enthüllungen“ Eckardſteins**) unangenehm empfunden und deshalb teils totgeſchwiegen, teils als bedeutungslos abgeſchüttelt werden. Aber gleichviel, wie ein jeder über die Perſönlichkeit der Erzähler denken mag — was ſie erzählen, iſt Geſchichte, ſind Tatſachen, die ſich durch Schriftſtücke beweiſen laſſen. Wir hören da, wenn wir es nicht vorher wußten, von wiederholten Verſuchen Englands, das Verhältnis zu Deutſchland auf eine feſte Grundlage zu ſtellen, Verſuchen, die an der Sprödigkeit Deutſchlands ſcheiterten und die ſpätere ſogenannte Einkreiſungspolitik in weſentlich verändertem Licht erſcheinen laſſen. Der Einwand, daß dieſe Darſtellung in die Spuren Lichnowskys trete, kann nicht entſchieden genug zurückgewieſen werden. Das Licht einer klaren Unterſcheidung muß hier deutlich in den trübenden Tages- und Parteienſtreit hineinleuchten. Fürſt Lichnowsky behauptet, ohne es zu beweiſen, daß man in Berlin den Krieg gewollt, alſo eine ſchwere ſittliche Schuld auf ſich geladen habe. Die Vorgänge, welche die Herren Hammann und Eckardſtein uns berichten, beweiſen dagegen, daß die Berliner Regierung in der Vorgeſchichte des Krieges gerade die Erhaltung des allgemeinen Friedens im Auge hatte, wenn ſie ſich ängſtlich beſorgt zeigte, nicht in Gegenſätze zu Rußland hineingezogen zu werden, daß alſo die Abſicht gut, die Wahl der Mittel aber verfehlt war, weil Rußland durch das Bündnis mit der Revanche bereits den alten Draht mit Deutſchland einſeitig zerſchnitten hatte. Wenn wir uns weiter um ſeine Gunſt bemühten, ſtatt die zwei Eiſen des Fürſten

---

*) Otto Hammann: Zur Vorgeſchichte des Weltkrieges. Erinnerungen aus den Jahren 1897—1906. Berlin, Verlag von Reimar Hobbing, 1918.

**) Hermann Frhr. v. Eckardſtein, Botſchaftsrat a. D.: Diplomatiſche Enthüllungen zum Urſprung des Weltkrieges. 2. Aufl. Berlin, Verlag von Carl Curtius. Namentlich die erſte Publikation iſt von Bedeutung, wir kommen noch auf ſie zurück.

Bismarck im Feuer zu halten, ſo mußte das mit Notwendigkeit dazu führen, beide zu verlieren. Ja, bedarf es denn eigentlich noch irgendwelcher Enthüllungen? Zeigt uns der Weltkrieg nicht klipp und klar, wie nur der Bruch zwiſchen Deutſchland und England den Ruſſen den Mut geben konnte, Europa in Brand zu ſtecken, und wie darum auch nur eine achtunggebietende Verſtändigung zwiſchen Berlin und London die Angriffsluſt des Zweibundes und damit den Weltbrand hätte verhindern können?

Die Stinkbombe der Denkſchrift des Fürſten Lichnowsky platzte zu einer Zeit, da in England Kriegsmüdigkeit ſich zu zeigen begann, und die Lords Lansdowne und Grey auf Grund ſolcher Stimmung und unter dem Eindruck des Prozeſſes Suchomlinow ſich bemüht zeigten, ihre Landsleute zu einer unparteiiſchen Beurteilung der Kriegsanfänge hinüberzuleiten. Man hat deswegen mit Recht jene berüchtigte Denkſchrift vielen verlorenen Schlachten gleichwertig erachtet. Heute aber wird durch Beiträge zur Zeitgeſchichte, welche die Schuld Englands einigermaßen abſchwächen, weder der Kampfesmut Englands erhöht, noch derjenige Deutſchlands geſchwächt, weil keiner von beiden mehr vorhanden iſt. Wohl aber erwirbt ſich jeder ein Verdienſt, der an der Hand von Tatſachen es unternimmt, den völkiſchen Gegenſätzen ihre ſchärfſte Spitze zu nehmen. Denn die vornehmſte Aufgabe des Staatsmannes ſehen wir heute nicht im Schüren der Gegenſätze zwiſchen Feind und Feind, ſondern im Auffinden der Berührungspunkte, und zwar in allererſter Linie der internationalen Solidarität gegenüber dem Bolſchewismus. Mit anderen Worten: es iſt heute viel wichtiger, ſich daran zu erinnern, daß wir England gegen einen gemeinſamen Feind noch brauchen werden, als die alten Anklagen zu wiederholen.

Auch der zweite Punkt: „die Heimat fiel dem unbeſiegten Frontheer in den Rücken" bedarf zur Steuer der Wahrheit einiger Einſchränkungen. Es iſt richtig, daß die Revolution, indem ſie die äußere Not und die innere Unzufriedenheit ausnutzte, um eine Partei zur Macht gelangen zu laſſen, unſere Niederlage ins Unendliche vergrößert hat. Mit der Desorganiſation der Armee beginnend, machte ſie uns inneren und äußeren Feinden gegenüber wehrlos. Aber die äußere Niederlage war da, und es geht nicht an, auch für dieſe die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Es war ein großer Fehler der deutſchnationalen Partei in der letzten Wahlkampagne, daß ſie ſich nicht dazu entſchließen konnte, eine reinliche Scheidung zwiſchen ſich und jener alten Vaterlandspartei vorzunehmen, jener Partei, welche mit den Irrwegen der Kriegführung allzu ſehr verquickt, auch die Mitſchuld am Ausgange nicht ablehnen kann. Es mag ſchwer ſein zu ſagen: „Unſere Führer haben ſich geirrt", aber noch ſchwerer büßt derjenige, welcher Irrtümer nicht zur rechten Zeit eingeſteht. Die Maſſen haben zwar kein Urteil, wohl aber Inſtinkt, und laſſen ſich nicht über Tatſachen hinwegtäuſchen.

Zur Frage des Gymnaſiums

Von Dr. K. Hahn

Schon zu Anfang des Weltkrieges, 1914, in weit größerem Maße aber ſeit Beginn der Revolution, in der wir ſtehen, ſind Fragen der Erziehung und des Unterrichts in den Vordergrund des allgemeinen Intereſſes getreten. Hierbei hat denn wieder einmal der Sturmlauf gegen das Gymnaſium eingeſetzt. Man hält den Augenblick für günſtig, der klaſſiſchen Bildung ernſtlich zu Leibe zu gehen. Aber wer ſind die Hauptangreifer? Soweit es Leute mit akademiſcher Bildung ſind, die das Gymnaſium kennen, kann man ſich wenigſtens ſachlich mit ihnen auseinanderſetzen, aber gar manche der Rufer im Streit verſtehen von der klaſſiſchen Bildung überhaupt nichts oder haben ſie an Gymnaſien genießen müſſen, die wenig leiſten. Solche gibt es leider in nicht geringer Anzahl. Von den Gründen dafür, die auf ſehr verſchiedenen Gebieten liegen, will ich hier den herausgreifen, daß bei der heutigen Verteilung der höheren Schulen in Deutſchland viele, die eine über die Volksſchule hinausgehende Bildung erwerben wollen, gezwungen ſind, das Gymnaſium zu beſuchen, weil es am Ort oder im ganzen Kreis keine andere höhere Schule gibt. Dieſe armen Jungen wollen ja vielfach nichts als die Einjährigenberechtigung, deren Todesurteil geſprochen zu ſein ſcheint, und dieſe würden ſie ſich auch lieber auf einer Realſchule holen, wenn eine in erreichbarer Nähe wäre. So aber wird eine Menge von Schülern zu einem Bildungsgang gepreßt, der für ſie nichts taugt. Die Folge iſt, daß ſie mit Widerwillen an den Betrieb der klaſſiſchen Fächer herangehen und dann natürlich nicht den Nutzen davon haben können, den dieſe Dinge fraglos bieten. An ſolchen Anſtalten leiden dann auch die anderen Schüler unter der Ungunſt der Verhältniſſe, und es bildet ſich ein Heer von Unzufriedenen, die der klaſſiſchen Bildung die Schuld an einem Mißerfolg beimeſſen, für den ſie nicht verantwortlich iſt.

Wie die Anſtaltsarten über das Land verteilt ſind, dafür ein Beiſpiel: In der Lahngegend von Wetzlar bis zum Rhein ſind Gymnaſien in Wetzlar, Dillenburg, Weilburg, Limburg, Hadamar, Montebaur und Oberlahnſtein, Realſchulen nur in Weilburg und Diez, Oberrealſchulen und Realgymnaſien fehlen ganz. Das Mißverhältnis liegt auf der Hand. Hier hilft nur ein kräftiger Schnitt. Die Zahl der Gymnaſien muß zugunſten der Realanſtalten erheblich eingeſchränkt werden. Die Schwierigkeiten, die in den Patronats- und Dotationsverhältniſſen liegen, mögen groß ſein, aber bei gutem Willen laſſen ſie ſich überwinden. Soweit die Direktoren noch in jüngerem Lebensalter ſtehen, werden ſie die Umwandlung ihrer Anſtalt in eine andere Schulgattung ohne allzu große Mühe durchführen können, älteren Herren ſollte man die Metamorphoſen lieber nicht aufzwingen. Wer ein gewiſſes Alter überſchritten hat, kann ſchwer mehr umlernen, und ohne Umlernen in mancherlei Dingen geht es heute nicht.

Wenn man die lebenskräftigeren Gymnaſien beſtehen läßt und, ſoweit es noch nicht der Fall iſt, mit Direktoren beſetzt, die neben der notwendigen wiſſenſchaftlichen Bildung auch die Beweglichkeit und Friſche haben, dem Geiſte unſerer Zeit Rechnung zu tragen, eine Brücke vom alten zum neuen zu ſchlagen, kurz: Leben ins Haus zu bringen, dann wird die Antike in unſerem Geiſtesleben mehr als jetzt den Platz einnehmen, den ſie verdient. Es werden dann weniger Menſchen als heute Griechiſch und Lateiniſch lernen, aber die es lernen, haben auch etwas davon. Eine radikale Beſeitigung der klaſſiſchen Bildung wäre eine Verarmung unſerer Geiſteskultur.

Vorausſetzung für den Erfolg der übrigbleibenden Gymnaſien müßte ſein, daß man ihnen nun auch ihre Eigenart läßt. Da das Gymnaſialmonopol glücklicherweiſe aufgehoben iſt, alſo nicht mehr jeder, der einen akademiſchen Beruf ergreifen will, das Gymnaſium beſuchen muß, entfällt auch die Notwendigkeit, allen möglichen Lehrſtoff in das Gymnaſium hineinzuzwängen, der ſein Herzſtück, die humaniſtiſche Bildung, überwuchern würde. Noch ſchlimmer wäre es, wollte man die Zeit, die den klaſſiſchen Sprachen gewidmet iſt, noch weiter verkürzen. Aus Kreiſen, die vom Lehrſtoff des Gymnaſiums herzlich wenig verſtehen, aber trotzdem — oder vielleicht gerade deswegen — kräftig mitreden und durch ihre Überzahl die eigentlich Sachverſtändigen zu majoriſieren drohen, wird zugunſten einer möglichſten Ausdehnung der Einheitsſchule die weitere Hinausſchiebung des Beginns der fremden Sprachen befürwortet, eine Maßnahme, die zu den bedenklichſten Folgen führen könnte. Wenn, wie gefordert worden iſt, erſt nach ſechsjährigem Volksſchulunterbau die Fremdſprachen einſetzen ſollen, dann müßte beiſpielsweiſe das Gymnaſium in ſechs Jahren vier Sprachen lehren, was nur zu Oberflächlichkeit und Halbheit führen würde. Manche wollen dadurch helfen, daß ſie die Schulzeit der höheren Lehranſtalten um zwei Jahre verlängern, alſo den jungen Menſchen, der ſtudieren will, zwingen, im ganzen 14 Jahre die Schulbank zu drücken. Damit ſchafft man der höheren Bildung keine Freunde.

Günſtiger liegt die Sache, wenn der für Volks- und höhere Schulen gemeinſame Einheitsunterbau nur drei oder vier Jahre umfaßt. Aber hierbei hat der Lehrplan der Gymnaſien alten Stils den Nachteil, daß durch den frühen Lateinbeginn (in Sexta) die Entſcheidung, ob ein Junge das Gymnaſium oder eine Realanſtalt durchmachen ſoll, in zu jugendlichem Alter gefällt werden muß. Der dreijährige gemeinſame Unterbau ſämtlicher höheren Schularten, wie ihn die Reformanſtalten haben, beſeitigt dieſen Nachteil und bietet noch den weiteren Nutzen, daß ein großer Teil der Kinder da, wo nur eine höhere Schule am Orte iſt, drei Jahre länger im elterlichen Hauſe bleiben können. Gymnaſium und Realgymnaſium nach dem (Frankfurter) Lehrplan der Reformanſtalten ſcheiden ſich ſogar erſt nach fünf Jahren. Für kleinere oder mittlere Städte, die ſonſt zwei von Sexta an getrennte höhere Schulen unterhalten müßten, ermöglicht der gemeinſame Unterbau große Koſtenerſparnis.

Hand in Hand mit der Umwandlung von Gymnaſien in Realanſtalten müßte daher meines Erachtens an den übrigen Gymnaſien die Einführung des Frankfurter (Reform-)Lehrplanes gehen. Dies dürfte jedoch nur ganz allmählich erfolgen. Zur Zeit iſt die Zahl der Oberlehrer, die im altſprachlichen Unterricht nach der Weiſe der Reformgymnaſien Erfahrung beſitzen, noch viel zu gering. Es iſt nämlich nicht damit getan, daß eines Tages verfügt wird: am X-Gymnaſium fängt von Oſtern ab Latein in Untertertia, Franzöſiſch in Sexta an. Die ganze Lehrweiſe der alten Sprachen iſt eine andere, ob man mit neunjährigen oder mit zwölfjährigen Schülern zu tun hat, von denen die letzteren bereits eine Fremdſprache intenſiv betrieben haben. Außerdem ſtellt der Reformunterricht, beſonders in den Unter- und Mittelklaſſen, an die Kraft und Friſche des Lehrers recht große Anforderungen. Man würde leicht bei einer Übereilung der Umgeſtaltung aus Mangel an geeigneten Lehrkräften den Erfolg der ganzen Aktion in Frage ſtellen.

Was die am Reformgymnaſium den alten Sprachen zugemeſſene Zeit betrifft, ſo reicht ſie eben noch aus, um bei angeſtrengter Arbeit, beſonders der Lehrer, Erfolg zu zeitigen. Eine Verminderung der Stundenzahl vertrüge der Unterricht nicht; eher würde ich eine Vermehrung begrüßen, die in der Klaſſikerlektüre eine ſtärkere Betonung des Kulturgeſchichtlichen ermöglichte. Ich bin ſogar der ketzeriſchen Anſicht, daß auf dem Gymnaſium die Mathematik einige Stunden an die Sprachen, auch die deutſche, abgeben könnte. Non omnia possumus omnes. Wer intenſiv Mathematik betreiben will, kann auf der Oberrealſchule oder dem Realgymnaſium auf ſeine Rechnung kommen. Den hohen Wert der Mathematik auch für den Gymnaſiaſten leugne ich damit keineswegs, nur ſcheint mir zur Zeit ein Übermaß hiervon vorhanden zu ſein. Ein weiterer Gewinn für die Geſchloſſenheit der Gymnaſialbildung könnte erzielt werden, wenn auch der Religionsunterricht in den mittleren und oberen Klaſſen eine Wochenſtunde an die ſprachlich-hiſtoriſchen Fächer abgäbe.

Auf Grund meiner Erfahrung muß ich ſagen: lieber ſoll der Schüler von den alten Sprachen kein Wort hören, als daß er einen unzureichenden Unterricht darin genießt. Nur ganze Kraft erreicht das Ziel. Hierzu gehört auch, daß ſich der Schüler ein paar Jahre mit der Grammatik plagt, um nachher das nötige Rüſtzeug zu beherrſchen, wenn er an die Klaſſiker herangeht. Hat aber ein Primaner noch beſtändig mit der Syntax oder gar der Formenlehre zu kämpfen, dann wird der Unterricht zur Qual, und für das Wertvollſte der Lektüre bleibt nicht genügend Zeit. Alſo gerade um von den grammatiſchen Hemmniſſen frühzeitig loszukommen und für den inneren Gehalt der Schriftſteller den Kopf frei zu haben, muß für eine tüchtige ſprachliche Vorbildung Zeit da ſein. Wer, um den „öden Grammatikalismus“ zu bekämpfen, die Stundenzahl herabſetzen will, erreicht gerade das Gegenteil, er treibt die Grammatik gewaltſam in die Lektüreſtunden hinein. Was iſt über das Kapitel Grammatik nicht ſchon von Berufenen und mehr noch von Unberufenen geredet und geſchrieben worden! Die Macht ſinnlos nachgebeteter Schlagwörter hat ſich auch hier verhängnisvoll erwieſen. Wer wiſſen will, wie ein kluger und feinſinniger Praktiker über dieſe Frage denkt, der leſe Paul Cauers „Grammatica militans“.

Man wende auch nicht ein, wir erzögen bei einer gründlichen klaſſiſchen Bildung „junge Griechen und Römer“. Dies Diktum wird dadurch nicht beſſer, daß es von einer hochgeſtellten Perſönlichkeit herrührt. Daß unſere Gymnaſiaſten echte deutſche Männer geworden ſind, das haben ſie wahrhaftig im Kriege bewieſen. Mir will ſogar ſcheinen, daß die intenſive Beſchäftigung mit den Alten mehr als vieles andere geeignet iſt, in den Jungen Vaterlandsgefühl (nicht Chauvinismus!) und ſtaatsbürgerliches Gemeinbewußtſein zu wecken und zu ſtärken. Das werden wir gerade im Volksſtaat beſonders nötig haben, und hierzu mag uns unter anderen auch Plato als Führer dienen.

Wirkliche Erfolge auf dem Gebiete der klaſſiſchen Bildung zu erzielen, iſt jedoch nur ein gutes Gymnaſium imſtande. Mittelmäßigkeit iſt vom Übel, und der jetzige Zuſtand konſerviert die Mittelmäßigkeit. Wenn es beſſer werden ſoll, brauchen wir, wie dargelegt, Verminderung der Gymnaſien, Hand in Hand damit Einführung des Reformlehrplans und Ausbau der Eigenart des Gymnaſiums durch zielbewußte Betonung der klaſſiſchen Fächer, die aber mehr als bisher für das Verſtändnis unſerer Zeit fruchtbar gemacht werden müſſen.

Eine leichte Schule wird das Gymnaſium nicht ſein dürfen, wenn es einen wertvollen Faktor unſerer Geiſteskultur bilden ſoll. Aber eine leichte Schule wäre in unſerer Zeit überhaupt ein Verbrechen am Volksganzen. Wir ſind arm geworden und gehen ſchweren Zeiten entgegen. Da gilt es, die Menſchen und beſonders die Jugend, die uns anvertraut iſt, mit geiſtigen und ſittlichen Kräften auszuſtatten. Dies können wir nur, wenn wir ſie früh an treue, ehrliche Arbeit gewöhnen, bei der es der Junge ſich auch einmal ſauer werden läßt. Mit Schlagworten, wie „ſpielend lernen“, ſollte man uns jetzt nicht mehr kommen. In der Richtung der Verweichlichung haben wir vor dem Kriege manchen Schritt zuviel getan. Drohnen können wir heute nirgends mehr brauchen, und am allerwenigſten in der höheren Schule.

Arbeit bedingt aber nicht Freudloſigkeit. Der Jugend kann ihr wohlberechtigter Anſpruch auf Lebensfreude trotz der Anforderungen, die die Schule ſtellen muß, vollauf erfüllt werden. Iſt die Pflicht getan, dann treten Spieltrieb und Jugendmut in ihre Rechte. Auch ob eine Stunde freudlos verläuft oder nicht, hängt nicht von dem Stoff oder der Strenge der Forderung ab, ſondern in erſter Linie von der perſönlichen Einwirkung des Lehrers auf ſeine Schüler. Man kann — auch hier ſpreche ich wieder eine ketzeriſche Anſicht aus — in freudigſter Stimmung aller Beteiligten 50 Minuten lang Grammatik traktieren. Überhaupt: kein Gegenſtand iſt an ſich langweilig, er wird es erſt durch das Unvermögen des Lehrers. Verſteht es dieſer aber, die Klaſſe innerlich zu faſſen und zu produktiver Mitarbeit zu bringen, dann kommt Leben in den Unterricht und damit Freude und Befriedigung. Wenn nun der Lehrer gar in ſeiner Freizeit ſich den Schülern widmet, mit ihnen hinaus in die Natur geht oder ſich auf dem Spielplatz tummelt, dann mag er im Unterricht noch ſo „ſtreng" ſein, die Schüler mögen ihn doch gern, und das erhöht wieder im Lehrer die Berufsfreudigkeit. Weder der Unterrichtsſtoff, noch die Höhe der Anforderung machen die Schule zu einer freudeleeren Zwangsanſtalt, wie ſie uns heute ſo gern von gewiſſer Seite geſchildert wird. Gibt es ſolche Anſtalten, ſo ſind andere Gründe daran ſchuld. Aber da dieſe zum Teil auf der perſönlichen Seite zu ſuchen ſind, kann auch die Beſſerung nicht durch behördliche Verfügungen von heute auf morgen kommen. Der Satz „men, no measures" behält auch in der Schule ſein Recht. Darum laſſe man auch mehr als bisher tüchtige Schulmänner, die eigene Gedanken haben, ſich auswirken. Die Bewegungsfreiheit wird dem Ganzen zugute kommen.

Brief an die „Deutſche Politik"

Geſtatten Sie einem Bezieher Ihrer Zeitſchrift, der eben nach dreieinhalbjährigem Leben an der Front in die Heimat zurückkehrt, ſich zu einigen in den letzten Nummern erörterten Punkten zu äußern:

S. 9 ſagt Herr Dr. Thimme, daß das Heer und die Marine es ſei, die die Revolution gemacht haben. Das mag für die Etappentruppen und die Marine ſtimmen, welch letztere ja zum überwiegenden Teil aus dem Etappenleben nie herausgekommen iſt. Für das Frontheer trifft es jedenfalls nicht zu. Das folgere ich nicht bloß aus meinen perſönlichen Erfahrungen, ſondern aus den übereinſtimmenden Erzählungen ſämtlicher Frontſoldaten, die ich geſprochen habe. Das Frontheer befand ſich bekanntlich in den Tagen des 9. November mitten in der großen Rückwärtsbewegung, die an der Maas zum Stehen kommen ſollte. Die mit derartigen Bewegungen verbundene ſtarke Inanſpruchnahme der Truppen ließ irgendwelche Revolutionsgedanken gar nicht aufkommen, zumal wir auch — ebenfalls wegen der Bewegungen — nicht die mindeſte Nachricht von der Heimat erhielten. Aber auch als der Waffenſtillſtand geſchloſſen war, regte ſich nicht das mindeſte in der Truppe. Damals, am 12. November, kam die erſte Kunde von dem Umſturz in der Heimat, und zwar durch einen Armeebefehl, in dem es hieß: „In der Heimat haben Umwälzungen ſtattgefunden, deren Tragweite ſich noch nicht überſehen läßt . . . . Es ſind ſofort Soldatenräte zu bilden, die die Offiziere bei Aufrechterhaltung der Diſziplin zu unterſtützen haben." Die Wirkung dieſer Nachricht auf die

Mannſchaften war nahezu niederſchmetternd. Die Soldatenräte wurden gebildet, weil es einmal ſo befohlen war. Aber ſie wußten nicht recht, was ſie anfangen ſollten, und wir Offiziere bedurften im allgemeinen ihrer Mitwirkung nicht, um mit den Mannſchaften im Einvernehmen zu bleiben. Auf dem dann beginnenden Rückmarſch hatte ich vierzehn Tage lang Straßenpolizeidienſt zu verſehen und ſah infolgedeſſen täglich mehrere Diviſionen marſchieren. Ich hatte gefürchtet, in dieſem Dienſt oft unangenehme Auftritte zu erleben. Aber ich ſah mich angenehm enttäuſcht: In beſter Ordnung und feſter Diſziplin zogen die Truppen ihre Straße, und nur ganz ſelten kamen Diſziplinloſigkeiten vor, bei denen ich einſchreiten mußte.

Kann man unter dieſen Umſtänden von einem „Zuſammenbruch der deutſchen Armee“ reden, wie Dr. Foehr es S. 42 tut? Ich meine, das Frontheer hat bis zum allerletzten Augenblick voll und ganz ſeinen Mann geſtanden. Freilich haben die fortgeſetzten Rückzüge ſeit Juli 1918 nicht zu ſeiner Feſtigung beigetragen, und es war oft genug vorgekommen, daß die Infanterie einem feindlichen Angriff gar nicht erſt ſtandzuhalten verſuchte, ſondern zurückging und der Artillerie die Abwehr überließ. Aber das waren doch immer vereinzelte Stellen geblieben, und im großen und ganzen waren unſere Rückzüge immer freiwillig und vom Feinde unbeläſtigt geblieben. Es iſt meine feſte Überzeugung, daß an der geplanten Maasſtellung das Heer wieder erfolgreich hätte Widerſtand leiſten können. Denn in dieſer, vor den Pforten des Reiches liegenden Stellung wäre der Gedanke des Verteidigungskrieges neu belebt geweſen und hätte jedem einzelnen den Mut der Verzweiflung gegeben. Namentlich aber an den ungeheuerlichen Waffenſtillſtandsbedingungen, die man uns vorſichtigerweiſe erſt geraume Zeit nach dem 11. November mitteilte, hätte ſich der Mut neu belebt. Denn der Gedanke, die Waffen und Beförderungsmittel dem Feinde auszuliefern, war jedem Soldaten unvollziehbar. Ich habe das deutlich gemerkt, als ich im Oktober für die Kriegsanleihe zu werben hatte. Damals ſtellte ich den Leuten vor, daß wir für einen Verſtändigungsfrieden, wie ſchon immer, ſo auch jetzt natürlich, ſofort zu haben ſeien, daß wir aber gezwungen ſeien, weiterzukämpfen, wenn der Feind unerträgliche Bedingungen ſtellte, wie z. B. Auslieferung der Geſchütze oder Abdankung des Kaiſers. Mit dieſen Ausführungen fand ich damals ungeteilte Zuſtimmung.

Warum wir dann alſo nicht weitergekämpft haben? Dieſe Frage müſſen diejenigen beantworten, die bereits am 11. November die Bedingungen kannten und an der Spitze des Heeres ſtanden. Wie man hört, war u. a. die vorzeitige Anhaltung der Munitionstransporte aus der Heimat ein ſchwerwiegender Grund.

Jedenfalls wird man es verſtändlich finden, wenn vielen Frontkämpfern das Wort aus der Seele geſprochen war, unter das ein Regiment hier in der Nähe ſeinen Einzug ſtellte:

„Vom Feinde unbeſiegt,
vom Freunde verlaſſen,
von der Heimat verraten!“

Dr. F. Weißler.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Rich, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 28. Februar 1919 * Heft 9

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Ehe Wilſon nach Amerika zurückkehrte, hat er einen Entwurf des künftigen Völkerbundes vorgelegt, der einen glatten Verzicht auf den Gedanken des Rechts und der Verſöhnung darſtellt — der Geiſt der Clemenceau und Lloyd George hat geſiegt, der mit dem Begriff des Völkerbundes die Dauerallianz der Entente maskieren will. Wir können nur ſagen, daß wir einer ſolchen Karrikatur der Rechtsidee mit abwartender Kühle gegenüberſtehen; es hat keinen Zweck, ſich über ſie aufzuregen. Es muß ſich zeigen, ob aus den feindlichen Völkern, aus den neutralen Staaten eine Geſinnung zur Macht ſich ſammeln kann, die mit gutem und ernſtem Willen die internationalen Probleme der Zukunft neu anfaſſen, neu denken will. Geſchieht dies, dann wird Deutſchland ein Mitarbeiter ſein können. Geſchieht es nicht, dann werden wir unſeren Weg allein gehen und ſehen, wie wir der Idee dienen können, damit ſie ſiege. Von Deutſchland iſt einmal der Gedanke der internationalen Rechtsorganiſation ausgegangen; aber wenn er jetzt verdorben werden ſoll, um Deutſchland auf immer zu demütigen und zu knechten, ſo ſind wir wehrlos und mögen uns mit dem Proteſt begnügen. Haben wir aber den Glauben, daß aus der Wirrnis dieſer Zeit der Rechtsgedanke doch einmal eine geſtaltende Macht gewinne — der Glaube kann heute kaum atmen —, dann wird Deutſchland ihm trotz der wüſten Entſtellung durch Pariſer Entwürfe dienen müſſen.

*

Die Revolution frißt ihre Erzeuger. Der Mord an Eisner hat einen Menſchen getroffen, der rein war, aber durch die Verirrung in die Politik für Deutſchland geradezu gefährlich und verhängnisvoll geworden. Ein junger bayriſcher Graf hat ihn niedergeſchoſſen, wiſſend, daß er ſich ſelber opfere: die Tat ſo feig und ſo tapfer, ſo unmoraliſch und ſo ſelbſtlos wie die Attentate der ruſſiſchen Studenten gegen die zariſtiſchen Gewalthaber. Aber furchtbar und zerſtörend in der Wirkung — denn die verbrecheriſchen Inſtinkte der Gewaltſamkeit brechen durch und wüten in Bayern. Die wahre Demokratie kämpft mit der ruſſiſchen Farce des Räteunweſens, das die Sozialdemokratie ſelber großgezogen und großgelobt — „die ich rief, die Geiſter, werd ich nun nicht los“. Ein Mann von der Loyalität Auers wird durch die Brutalität des anarchiſtiſchen Geſindels niedergemacht und ein Hanswurſt wie Ehrich Mühſam kann ſich aus der Berliner Kaffeehausgröße zu einer Gefahr für Süddeutſchland auswachſen. Das iſt das tief Bedrückende der gegenwärtigen Lage. Bayern droht Berlin in der Ruinierung des deutſchen Bewußtſeins abzulöſen; ſeine Aufgabe iſt es auch, das neue deutſche Verfaſſungswerk in Weimar von Anbeginn partikulariſtiſch zu verhunzen.

*

Das ſpartakiſtiſche Fieber wütet weiter im deutſchen Volkskörper. Es hat jetzt das rheiniſch-weſtfäliſche Kohlengebiet ergriffen; ſein Hintergrund iſt der Kampf um die Macht, der zwiſchen den revolutionären Arbeiterräten und den Gewerkſchaften unvermeidlich war. Und es ſcheint, daß allein in der ganz brutalen Auseinanderſetzung die Giftſtoffe ausgeſchieden werden. Denn die Bergarbeiter, durch das dilettantiſche Sozialiſierungsgerede in ihrer Arbeitsluſt gelähmt und dem Redetaumel aller Revolutionszeiten ausgeliefert, ſpüren nun, von Mann zu Mann, was es heißt, wenn ſie ſich der Willkür von bewaffneten Berufsrevolutionären unterwerfen ſollen. Dagegen ſcheint ihre Arbeiterehre ſich zu empören. Man kann hoffen, daß aus den ſchmerzlichen Vorgängen im Ruhrrevier eine Selbſtbeſinnung erſtehen wird.

*

In England iſt ein Buch von Profeſſor Oman-Oxford erſchienen, das der „Times“ ſchweres Unbehagen verurſacht, weil es einen Bericht des Botſchafters Buchanan vom 15. September 1917 veröffentlicht, in dem zugegeben wird, daß „die ruſſiſchen Militärbehörden ohne Kenntnis des Zaren heimliche Vorbereitungen für eine Generalmobilmachung getroffen und daß Sſuchomlinow den Zaren auf eine Frage über dieſe Generalmobilmachung belogen habe“. Die Unabhängigen, die ſich auf der Berner Konferenz in Beſchuldigungen Deutſchlands nicht genug tun konnten, ſollten durch dieſe Veröffentlichung endlich einſehen, daß ihnen trotz ihrer Beredſamkeit noch einiges zum deutſchen Diplomaten fehlt.

Völkerbund und Rechtsfriede

Von Dr. Paul Rohrbach

Deutſchland iſt in furchtbarer Bedrängnis — wer ſoll es verteidigen? Wiederaufnahme des Kampfes mit den Waffen iſt für uns unmöglich. Wäre die Revolution nicht gekommen, wäre es geglückt, Deutſchland ohne Umſturz in einen wirklichen Volksſtaat zu verwandeln, ſo ſtänden wir heute anders da. Entſcheidend während der Verhandlungen über den Waffenſtillſtand war die Frage, ob die Feinde ſich würden ſagen müſſen: es gibt Bedingungen, die Deutſchland trotz ſeiner ungünſtigen Lage nicht annehmen, denen es den äußerſten Widerſtand entgegenſetzen wird — oder ob ſie ſicher ſein konnten, daß wir ſchlechthin alles hinunterſchlucken würden, was man uns zumutete. Ohne die Revolution wäre es möglich geweſen, zu den ſchlimmſten Stücken des uns auferlegten Waffenſtillſtandes nein zu ſagen. Ohne die Revolution hätten die Feinde zu wählen gehabt, ob ſie einen weiteren Winterfeldzug, ſchwere und opfervolle Brechung des deutſchen Widerſtandes an der feſten Maaslinie, Vormarſch durch die winterlichen Alpen uſw. wollten, oder ob ſie ſtarke Abſtriche an den Forderungen für die Waffenruhe vorzogen. Die Wahl wäre zu treffen geweſen angeſichts unzweifelhafter Angriffsmüdigkeit der alliierten Truppen und angeſichts der Stärkung, die der Gedanke des Rechtsfriedens in England und Amerika erhalten mußte, ſobald ſeine Anhänger darauf hinweiſen konnten: Deutſchland bietet jetzt einen Frieden an, in dem es ſeine Opferwilligkeit beweiſt, aber wenn es brutal vergewaltigt werden ſoll, ſo wird es ſich bis aufs äußerſte wehren! Kein Zweifel, daß auf dieſe Weiſe unſer Los um vieles beſſer gefallen wäre, als durch die Kataſtrophe, die wir jetzt erlitten haben. Verantwortlich für ſie iſt die Revolution. Indem wir das aber ſagen, ſtellen wir zwar ein unabänderliches geſchichtliches Urteil feſt, aber wir ſchaffen keine Hilfe. Dieſe iſt es, auf die jetzt alles ankommt. Noch einmal alſo: wer ſoll Deutſchland verteidigen und wie ſoll es verteidigt werden?

Zwei Arten von Kräften ſind unfähig, die deutſche Sache wirkſam zu führen. Die einen ſind diejenigen, die würdelos winſeln, über der gebotenen deutſchen Selbſtkritik, die Gewalt- und Schandtaten der Feinde nicht ſehen, Dummheit auf Dummheit in der Preisgabe moraliſch und politiſch haltbarer deutſcher Poſitionen häufig und ſich einbilden, durch Bitten beim Feinde etwas zu erreichen. Es hält ſchwer, einen Ausdruck zu finden, der das Törichte und Jämmerliche dieſes Gehabens kennzeichnet. Deutſch iſt es jedenfalls nicht, wenn zum Deutſchtum noch Verſtand und Männlichkeit gehören. Die zweite Art Leute ſind diejenigen, die vor dem Kriege und während des Krieges den Schwertfrieden gepredigt haben. Ihnen kann entgegengehalten werden: ihr empfangt jetzt, was ihr vermutlich ſelber getan hättet, wenn der Sieg euer geweſen wäre. Damit bleiben nur diejenigen als die berufenen Verteidiger Deutſchlands übrig, die *immer*, auch während des Krieges, als noch der Sieg an unſeren Waffen haftete, für die großen Menſchheitswerte, die jenſeits von Sieg und Niederlage eines Volkes liegen, und für die Beendigung des Krieges durch einen Frieden nach dem Prinzip des Rechts im menſchlichen und ethiſchen Sinne eintraten. Nur mit Berufung auf dieſes Recht, kann heute die Verteidigung Deutſchlands geführt werden. Auf ihr müſſen wir unwandelbar beharren; dazu aber ſind nur Perſönlichkeiten imſtande, die niemals einen anderen Standpunkt vertreten haben, als dieſen.

Der Führer der Freunde des Rechts in ſolchem Sinn iſt in Deutſchland der Prinz Max von Baden. Er hat am 3. Februar bei der Gründung einer Arbeitsgemeinſchaft für Politik des Rechts“ (Heidelberger Vereinigung) in Heidelberg einen Vortrag gehalten über das Thema „Völkerbund und Rechtsfriede“, der jetzt eben als Sonderabdruck aus dem Märzheft 1919 der „Preußiſchen Jahrbücher“ erſcheint. In ihm findet ſich der Gedanke, durch das Recht für das Recht zu kämpfen, in bewundernswerter Weiſe, mit der höchſten Ehrlichkeit und zugleich mit dem höchſten dialektiſchen Geſchick, verwirklicht. Der Prinz geht aus von der Definition:

> „In Feindesland prallen gegenwärtig zwei weltpolitiſche Richtungen hart aufeinander. Der Kampf geht in der Öffentlichkeit vor ſich und ſicher auch hinter verſchloſſenen Türen .. Wir können ihn in zwei Worte zuſammenfaſſen: Völkerbund oder Weltherrſchaft der Entente.“

Der Wille zur Weltherrſchaft bei den Alliierten, ſo heißt es weiter, ſucht ſich moraliſch durch die Behauptung zu rechtfertigen, jene hätten den Kreuzzug für das Recht und die Freiheit der ganzen Menſchheit mit ihrem Gut und Blut geführt und gewonnen, und ihrer „heiligen Allianz“ müſſe die Neuordnung der Welt überlaſſen bleiben. Außerdem beriefen ſich die Gegner darauf, noch ſei kein Friede geſchloſſen, und erſt nach dem Friedensſchluß werde die Entente weithin ſichtbar ihre Weltmiſſion erfüllen; bis dahin gelte ein „Moratorium ihrer ethiſchen Verpflichtung“. Darauf antwortet Prinz Max:

> „Dieſer Einwand iſt nicht echt; er hätte ſeine Berechtigung, wenn die Entente mit einer Wiederaufnahme der Feindſeligkeiten durch Deutſchland rechnen müßte. Aber dieſe Sorge war ſchon vor dem 9. November eingebildet. Nachdem die deutſche Armee durch die Entente wehrlos gemacht und durch die Heimat gezwungen wurde, Selbſtmord zu verüben, weiß jeder Mann in der Entente, der bei Sinnen iſt, daß wir keine Kraft und keinen Willen mehr haben, den Krieg wieder zu beginnen. Somit waren alle ſtaatsmänniſchen Energien der Feinde frei: die Weltbeglückung hätte ſofort einſetzen müſſen, am erſten Tage des Waffenſtillſtandes. Hat die Allianz in den zweieinhalb Monaten ihre Würdigkeit bewieſen, die Funktionen des Völkerbundes allein zu verwalten?

Auf dieſe Frage wird in einer Reihe von Einzelausführungen der Nachweis mit einem vernichtenden Nein geführt, gemeſſen nach dem Maßſtab der Schrift Sir Edward Greys über den Völkerbund. Grey ſtellt dort die Frage:

> Sind die Nationen heute bereit oder werden ſie nach dem Kriege bereit ſein, den Beſchränkungen und Verpflichtungen ins Auge zu ſehen, welche der Völker-

bund auferlegen wird, und ſind ſie bereit, mit ganzem Herzen und ganzer Überzeugung ſo wie nie zuvor zu ſagen: „Wir nehmen ſie an und wir nehmen ſie auf uns —"?

Prinz Max ſagt dazu:

> Heute iſt die Entente die alleinige Trägerin der Macht, ſie iſt es ſeit dem 11. November; hat ſie ſich die Beſchränkungen auferlegt und die Verpflichtungen durchgeführt, die Lord Grey verlangt?

Sie hat es nicht getan in Polen, ſondern ſie hat Polen handeln laſſen nach dem Prinzip, das die engliſche Zeitſchrift Truth ſeinerzeit in den Ausdruck „Unſere Protegés und Schakale" zuſammenfaßte, d. h. mit anderen Worten: wer Deutſchlands Feind iſt, kann ungeſtraft handeln! Sie hat es nicht getan in den baltiſchen Ländern. Die Abriegelung des Bolſchewismus vom Baltikum war eine politiſche Verpflichtung von höchſtem moraliſchen Gewicht für ganz Europa. Schon vor einem Jahre ſchrieb der Prinz:

> Hindenburgs Siege waren nicht nur Deutſchlands Siege, ſie waren Europas Siege. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht die echte Grundlage unſeres Zornes gegen England begriffen: Ich kann nicht vergeſſen, mit welchem Behagen England ſich 1914 und 1915 ausmalte, wie die ruſſiſche Dampfwalze Deutſchland zermalmen würde. Nun heißt es wieder wachſam ſein gegen die große Gefahr, die von Oſten her droht. Eine moraliſche Infektion will ſich in Bewegung ſetzen. Wenn Cholera und Peſt drohen — und dieſe Gefahren gehören nicht bloß der Vergangenheit an —, dann müßten alle ziviliſierten Staaten gemeinſame Abſperrungsmaßnahmen ergreifen. Das heutige kranke Rußland hat den einen Ehrgeiz, in alle geſunden und geſundenden Staaten ſeine Krankheit hineinzutragen. Es iſt an der Zeit, daß man ſich klar wird über die Abſperrungsmaßnahmen, die notwendig ſind. Trotzki proklamiert ein Weltenſchickſal, das er herbeiführen will. Gegen Ideen muß man auch mit Ideen kämpfen. Wir müſſen der Weltunordnung Trotzkis, die die Freiheit zerſtört, eine Weltordnung entgegenſetzen, die die Freiheit ſchützt.

Als die Bolſchewiſten gegen Riga vorrückten, genügte das bloße Vorhandenſein eines kleinen engliſchen Geſchwaders in der Düna, ſie zwei Wochen aufzuhalten. Eine engliſche Diviſion hätte ausgereicht, um Riga und damit das Land zu retten und den Bolſchewismus von den Grenzen Mitteleuropas fernzuhalten! War ſie wirklich nicht verfügbar, oder nur das Intereſſe nicht, im Sinne der Verpflichtungen zu handeln, die Grey für den Völkerbund verlangte?

„Mit der läſſigen Behandlung der wichtigſten europäiſchen Intereſſen kontraſtiert die zielbewußte Präziſion und Umſicht, mit der dem deutſchen Volke jede erdenkliche Qual und Not in den letzten Monaten angetan wurde." An dieſen Satz anknüpfend, wird die Rechtsfrage namentlich in bezug auf die Fortdauer der Blockade erörtert und dargelegt, daß nach den von Grey und Wilſon aufgeſtellten Grundſätzen und nach der Idee des Völkerbundes hier ſchreiendes Unrecht gegen Deutſchland verübt wird. Was die menſchlichen Geſichtspunkte angeht, ſo iſt dafür Sorge getragen, daß ſich „unanfechtbare wiſſenſchaftliche Grundlagen" in den Händen der Entente befinden, aus denen hervorgeht:

1. daß an den Wirkungen der Blockade täglich ungefähr 800 Menſchen in Deutſchland ſterben;
2. daß ſich unter den kleinen Kindern an manchen Zentren die Sterblichkeit nahezu verdoppelt hat;
3. daß unter Kindern und Halbwüchſigen die Todesernte der Tuberkuloſe in großen Städten doppelt ſo groß wie vor dem Kriege geworden iſt, die Sterblichkeit der Mütter am Kindbettfieber ſich für ganz Deutſchland um zwei Drittel vermehrt hat;
4. daß die Arzte vielen heilbaren Krankheitsfällen ratlos gegenüberſtehen, weil ihnen die nötigen Arzneien und Nahrungsmittel zur Hilfeleiſtung fehlen;
5. daß infolge der Unterernährung das ganze Volk von einer nervöſen Erkrankung ergriffen iſt, welche die Initiative lahmlegt und die moraliſchen Hemmungen ſchwächt;
6. daß Hunderttauſende von Müttern nicht in der Lage ſind, ihre rekonvaleszenten Kinder vollends geſund zu pflegen, weil ſie ſie nicht auffüttern können, ſo daß vielfach Siechtum auf Lebenszeit zurückbleibt, daß mit einem Wort die Lebenskraft der heranwachſenden Generation an der Wurzel getroffen iſt.

Ein entſetzliches Dokument ſind die hiernach mitgeteilten Ausführungen des berühmten engliſchen Arztes Salenby über die in England erhofften Wirkungen der Blockade, durch deren phyſiologiſche Ergebniſſe das deutſche Volk „nicht nur als Nation, ſondern als Raſſe" ruiniert werden ſoll. Die Rhachitis, die „engliſche Krankheit", wird nach Salenby dieſe Bezeichnung in Zukunft noch beſſer als in der Vergangenheit verdienen,

> „denn die britiſche Blockade iſt an erſter Stelle verantwortlich für Deutſchlands jetzige fürchterliche Ernährungsnotlage und infolgedeſſen für die Dauerwirkungen, die deren Folge ſein werden!"

Das alſo iſt der Rekord der Entente. Die Feinde werden darauf einwenden, Deutſchland habe ſoviel Übles getan, daß ihm kein Recht zuſtehe, Klage zu führen. Prinz Max nimmt das moraliſche Gewicht einiger der Anklagen, die gegen Deutſchland erhoben werden, nicht leicht. Er bekennt, nicht ohne Bitternis an die Verblendung denken zu können, die hinter gewiſſen Maßnahmen der deutſchen Kriegspolitik ſtand:

> Hätten wir unſeren guten Namen in der Welt aufgerichtet, dann wären wir die Sieger geblieben; ſo aber haben wir niemals unſere großen Siege politiſch zu einem gerechten Verſtändigungsfrieden fruktifizieren können, weil in den pſychologiſch fruchtbaren Augenblicken wir durch unſere Methoden ſtets aufs neue den erlahmenden feindlichen Kriegswillen auffriſchten und den Krieg der Entente immer wieder zu einem Volkskrieg machten, hinter den auch der Idealismus ſich ſtellte.

Demgegenüber aber hat die Entente keinen Anſpruch auf die Rolle des Sittenrichters, denn ihre Rechtsverletzungen gegen Feinde und Neutrale, die heidniſche Geſinnung, zu der ihre Führer ſich oft geradezu mit Stolz bekannten, ihre Kriegsverrohung, der Maſſenmord an den deutſchen Gefangenen in Rußland, die Schmach und Schande, die in den franzöſiſchen Gefangenenlagern unſeren Landsleuten angetan wurde, die namenloſen Untaten in Dahomey — dieſer Tatbeſtand berechtigt ſie nur, „als Sünder zum Sünder" zu ſprechen.

Die Aufgaben, die ſeine Urheber dem Waffenſtillſtand geſtellt haben, iſt einfach der Zerfall und die Auflöſung Deutſchlands. Der Völkerbund, ſagt der Prinz, *iſt darum für ſeine Generation tot.* Keine Mächtegruppe und keine Nation dürften nach ſeinen Grundſätzen ſich ihr Recht mit Gewalt holen, ehe eine internationale Inſtanz geſprochen hat. „*Es iſt Zynismus, als vornehmſtes Kriegsziel die Beſeitigung des internationalen Anarchismus auf ſeine Fahnen zu ſchreiben und dann durch ein anarchiſtiſches Verfahren die einzelnen Entſcheidungen dieſes Friedens herbeizuführen*, welche für die betroffenen Nationen die lebenswichtigſten ihrer Geſchichte ſein werden."

Aber zwiſchen dem echten Völkerbund und dem Gewaltfrieden, den die feindlichen Chauviniſten erſtreben, liegen noch andere Möglichkeiten.

Die internationale Rechtsorganiſation zur Aufrechterhaltung eines dauerhaften Friedens und der Rechtsfriede ſind noch nicht verloren, wir gehen nicht ſchutzlos auf die Konferenz. Unſere nervöſe öffentliche Meinung iſt irregeführt, wenn ſie glaubt, wir hätten uns bedingungslos ergeben. Unſer Schutz iſt der Vertrag, den der Präſident Wilſon mit der Entente und Deutſchland abgeſchloſſen hat, danach der Friede in Übereinſtimmung mit den von ihm formulierten 14 Punkten abgeſchloſſen werden ſoll; unſer Schutz iſt ferner das Verſprechen, das er dem deutſchen Volke gegeben hat, dieſer Friede ſoll kein diktierter Friede, ſondern ein Friede der Unterhandlung werden . . . Nun ſind dieſe 14 Programmpunkte nicht etwa rätſelhafte und dunkle Gebilde, die beliebig interpretiert werden können. Ihre authentiſche Auslegung iſt in den Wilſonſchen Reden gegeben. Aus dieſem Zuſammenhang können ſie nicht geriſſen werden; die darin enthaltenen Grundforderungen eines Rechtsfriedens ſind wahrlich hart gegen uns, ſie machen nicht Halt vor den Landesgrenzen, aber ſie ſchützen auch das Recht Deutſchlands, ja auch das Recht Deutſchöſterreichs auf Wiedervereinigung mit uns. Um dieſe Grundſätze wird nicht mehr auf der Konferenz geſtritten werden. Zweifel und Mißtrauen ſind hier nicht am Platze; die große Gefahr beſteht vielmehr darin, daß es den Rechtsgegnern unter unſeren Feinden gelingen wird, durch den Waffenſtillſtand und ſeine Handhabung, durch Hunger, Bedrohung und Beſtechung einen gefälſchten und verdunkelten europäiſchen Tatbeſtand zu präſentieren, auf den nun die Wilſonſchen Forderungen angewandt werden ſollen. Dieſen Plan zuſchanden zu machen, liegt heute noch in Deutſchlands Macht. Unſere Unterhändler allein können dieſe Aufgabe nicht bewältigen, das deutſche Volk muß ihnen entſcheidend helfen; von ihm wird es abhängen, welches Gewicht die Worte ſeiner Vertreter haben werden.

An dieſen Abſchnitt ſchließen ſich *meiſterhaft formulierte Frageſtellungen* für die Kommiſſionen einer internationalen Rechtsorganiſation zur Prüfung der Schuld 1. am Ausbruch, 2. an der Verlängerung des Krieges, und 3. an den Völkerrechtsverletzungen, die ſich die Kriegführenden vorwerfen.

Die Aufgabe unſerer Unterhändler iſt ſchwer. Ihre Kraft wird von dem nationalen Willen abhängig ſein, der hinter ihnen ſteht.

Heute iſt er nicht vorhanden. Unſer Volk wartet, was mit ihm geſchehen wird, und glaubt, daß die Zeit der Selbſthilfe vorbei iſt, ſeitdem ſeine militäriſchen Waffen zerbrochen ſind.

Wenn das ſo bleibt, ſind wir verloren. Wir ſchlagen damit den Vorkämpfern des Rechtsfriedens auf Seiten der Entente ihre ſtärkſte Waffe aus der Hand, nämlich die Warnung, die auch Wilſon immer wieder ausgeſprochen hat, ſo in der Januarnote von 1917: „Wenn der zu ſchließende Friede unheilbare Wunden und Bitternis in einer Nation hinterläßt, dann iſt er auf Flugſand gebaut!“ . . .

Das alſo iſt eine Vorbedingung dafür, daß bei der bevorſtehenden Friedenskonferenz das Wort unſer Unterhändler überhaupt in die Wagſchale fällt: ihre Verteidigung deutſchen Rechts muß von einer ſtarken Volksbewegung getragen werden . . .

Wir brauchen Männer und Frauen, deren Geſinnung in nationalen, ſozialen und internationalen Fragen zuverläſſig iſt und Vertrauen erweckt, im Lande und draußen. Wir brauchen erprobte Gewerkſchaftler, Unternehmer, die dem ſozialen Frieden dienen wollen, Offiziere, deren Führerkraft durch das Vertrauen ihrer Mannſchaften während des Krieges bewieſen iſt, und Wiſſenſchaftler, die die Kraft des Denkens mit dem Willen zur Tat vereinen.

Die Lebensmüdigkeit Deutſchlands muß überwunden werden, und daran ſoll jeder von uns helfen.

Für dieſes Ziel und für das ganze in der Schrift des Prinzen enthaltene Programm der Wiedergeburt Deutſchlands iſt die Heidelberger Vereinigung gegründet worden. Die Tagespreſſe hat über die Kundgebung zum Anſchluß an ſie berichtet, und wir bitten unſere Leſer, ſich auf Grund der Schrift des Prinzen Max den Zielen anzuſchließen, die ſie verfolgt.

Die Wahlen in Deutſchöſterreich

Von Dr. Theodor Heuß

Die Wahlen zur deutſchöſterreichiſchen Nationalverſammlung erhalten ihr Geſicht durch den außerordentlichen Erfolg der Sozialdemokratie. Der konnte im Grunde niemanden überraſchend ſein. Denn die Chriſtlich-Sozialen galten als die Anhänger des alten Regimes; vom hohen Klerus wußte man, daß er auf die Rückführung der Dynaſtie hofft und die Maſſe des Volkes hofft darauf keineswegs; das öſterreichiſche, nicht klerikale Bürgertum iſt in kleine Gruppen zerſpalten, ohne Führer mit hiſtoriſcher Autorität. Ohne einen zwingenden Gedanken mit werbender Kraft ſah es ſich vor die Aufgabe geſtellt, die Verſchuldungen der Vergangenheit auszugleichen — vergebens. Die Sozialdemokratie aber marſchierte, vorangetrieben durch den ganzen dichten Groll über ſoviel Fehlerhaftigkeit des alten Staates, nicht „belaſtet“ mit Verantwortungen über den Krieg und Kredite, nicht zerriſſen in deutlich geſchiedene Organiſationen und beſchwingt durch die Tatſache, daß Viktor Adler vor ſeinem Tode, als erſter, die Loſung des Anſchluſſes an Deutſchland ausgegeben hatte.

Die Anſchlußfrage ſtand als großes ſtaatliches Lebensproblem hinter dem Kleinkram der Agitation. Man kann freilich nicht ſagen, daß ſie von vornherein der Geſamtheit des Volkes deutlich geweſen wäre. In Wien behandelte man ſie mit einer gewiſſen Zagheit, denn dort wird ſie zugleich als Stadtſchickſal empfunden, und die große „bürgerliche“ Preſſe dieſer Stadt, in der ſo viel an Geſchwätz und ſo wenig an ſtraffer erzieheriſcher Zielſetzung geleiſtet wird, hat ſich mehr um die Bedenken als um das Ja gekümmert. Das gab der Sozialdemokratie den ſtarken Vorſprung.

Auch ſie hat ja in ihrer Geſchichte und in ihren Perſönlichkeiten Hemmungen. Karl Renner war „ſchwarz-gelber“ Sozialiſt — ſein Denken kreiſte ſeit Jahren um die Frage, wie ein ſtaatlich und national beſſer geordnetes Öſterreich erhalten werden könnte. Viktor Adlers Lebensarbeit war der Verſuch geweſen, die ſozialiſtiſch-proletariſche Bewegung der einzelnen Nationalitäten im ſelben Strom zu halten, mit unendlichem Takt und Eifer, mit Geſchick und Geduld das Problem der internationalen Klaſſenſolidarität am öſterreichiſchen Sonderfall aufzuweiſen und zu löſen — es mißlang und mußte mißlingen, da das Nationale ſtärker iſt als der Klaſſengedanke. Und ſo kehrte er zurück zu dem großdeutſchen Gefühlskreis ſeiner eigenen Jugend, der eigentlich nur in Karl Leuthner und Ludo Hartmann während der vorangegangenen Zeit bewußte, aktive Vertreter beſeſſen hatte. Als er dies aber tat, handelte es ſich nicht um eine parteitaktiſche Wendung, ſondern um ein Bekenntnis, das gleichzeitig weit über alle Parteigrenzen zum Stichwort eines Volkes und eines geſchichtlichen Augenblicks wurde. Die Sozialdemokratie, die an den unlösbaren Schwierigkeiten der Spannungen des Nationalitätenſtaates eine Zeitlang ſich geiſtig zu zerreiben ſchien, wurde jetzt die nationale, die deutſche Partei.

Sie konnte ſich durchſetzen auch auf dem platten Lande, wo der Klerikalismus in der Stimmung der Heimkehrer vom Felde die Grenzen ſeiner Macht kennen lernte. Die Chriſtlich-Sozialen beſaßen zwar mit Kulturkampfſtimmungen, ähnlich wie unſer Zentrum, ſtarke Waffen, aber ſie gingen in den Kampf mit einer gebrochenen Haltung: ſie wollten mit gleicher Entſchiedenheit die agrariſchen Produzenten und die hungernden ſtädtiſchen Konſumenten vertreten und dies Kunſtſtück mußte, bei den ſehr ſchweren Gegenſätzen, die Öſterreich gerade hier zeigte, mißlingen.

Eine ſehr ernſte Lehre iſt der Wahlausgang für die nichtſozialiſtiſche Demokratie. Sie hat, ſo wenig wie der rechte Flügel der nichtklerikalen Parteien, bis heute eine ernſthafte Organiſation beſeſſen und muß ſich eine ſolche ſchaffen, wenn der Vorrat an politiſcher Geiſtigkeit, über den ſie verfügt, nicht verloren gehen ſoll. Wahrſcheinlich kann dieſe Partei, falls Nord-Böhmen in Zukunft mit dem übrigen „Deutſchöſterreich" überhaupt in unmittelbarer ſtaatsrechtlicher Verbindung bleibt, nur von hier, wo ſtädtiſcher Geiſt und gewerbliche Regſamkeit vorhanden ſind, wirklich aufgebaut werden. Auf jeden Fall müſſen dieſe Parteien von vornherein den größeren Wirkungskreis ſuchen als eben nur Wien, wo zwiſchen Klerikalen und Sozialiſten der Boden heute zu ſchmal erſcheint für eine bürgerlich-freiheitliche Bewegung. Was für ein Vorgang, daß in Wien ein Tſcheche und ein Nationaljude gewählt werden konnten, während Dr. Ofner, Dr. Franz Klein und Profeſſor v. Wettſtein, erfolglos blieben! Möglich, daß eine nähere Verbindung mit den Parteien des „Reiches" hier befruchtend ſein kann; notwendig wird ſie werden, wenn die neugewählte Nationalverſammlung ſich zum Anſchluß bekannt haben wird. Denn die Deutſchöſterreicher müſſen und werden auch als Parteien in den deutſchen Volkskörper eingehen und keine Sondergruppen bilden. Der erſte Verſuch wurde gemacht; ich habe ſelber in Wien in den Tagen vor der Wahl eine Reihe von Verſammlungen für die Kandidatur des ausgezeichneten Juriſten und Staatsmanns Dr. Klein abgehalten, aber dies Problem wird nicht durch Gaſtſpiele gelöſt. Vor allem muß Wien, deſſen Preſſe ja noch ein weit unerfreulicheres Kapitel iſt als das von den Berliner Zeitungen, politiſch entſeucht werden von dem Ehrgeiz mittlerer Intelligenzen, eine politiſche Führerrolle zu ſpielen, auch wenn weiter nichts von Belang zu führen iſt. Denn das Emporwuchern von Parteien in dieſer ſonſt ſo liebenswerten, herrlichen Stadt der Raunzer, Beſſerwiſſer und Ewig-Unzufriedenen, iſt politiſcher Dilettantismus — erlaubt, ſolange Parteien Inſtrumente des Schimpfens auf eine ſonſt geſchätzte Obrigkeit ſind, verderblich, wenn dieſe Parteien die Unterlagen zur Schaffung neuer Obrigkeiten ſein ſollen. Öſterreichs Parteileben iſt deshalb bisher unentwickelt geblieben, da im Reichsrat nicht eigentlich die Parteien, ſondern die Nationalitäten die Träger der großen Entſcheidungen waren.

Die neugewählte deutſchöſterreichiſche Nationalverſammlung, die durch ernannte Vertreter Nordböhmens ergänzt werden ſoll, hat als wichtigſte Aufgabe, die Antwort über das künftige ſtaatsrechtliche Verhältnis der Republik zu Deutſchland zu finden. Offen iſt im Augenblick die Frage, ob in Deutſchöſterreich dann noch einmal für Weimar gewählt wird oder, damit eine Beteiligung frühzeitig möglich werde, aus dem neuen Parlament die Vertreter genommen und anerkannt werden. Eines ſcheint dabei ſchon halbwegs geſichert zu ſein: Deutſchöſterreichs Hinzutritt wird nicht eine einfache Stärkung der geiſtloſen ſubalternen und dem nationalen Gedanken gefährlichen Politik des Partikularismus ſein, mit der man in Bayern um die Wette kokettiert. Denn in Deutſchöſterreich weiß man, daß das Reich, ſoll es neue Lebenskraft gewinnen, zentraler Gewalten bedarf, des engen Zuſammentretens, daß der nationale Geiſt die landsmannſchaftliche Hochmutsenge überwinden muß. Wenigſtens die Führer wiſſen das, während ſie bei uns auf dieſem Gebiete in allen Parteien ſchwachmütig geworden ſind. Das iſt ein gewiſſer Troſt.

Wilſon und die deutſchen Kolonien

Von Franz Kolbe

In meinem Artikel „Die Entente und die deutſchen Kolonien" (Heft 7, 1919, der „Deutſchen Politik") führte ich aus, daß auf der Friedenskonferenz zwar eine vorläufige Einigung über das Schickſal der deutſchen Kolonien erzielt worden ſei, dahingehend, daß ſie bis auf weiteres noch durch diejenigen Mächte verwaltet werden ſollen, die ſie z. Zt. beſetzt halten, daß dieſe Verwaltung aber nur im Auftrage und im Namen des Völkerbundes geſchehen dürfte. Dieſe Auffaſſung iſt durch den jetzt veröffentlichten Entwurf des Vertrages über die Gründung des Völkerbundes beſtätigt worden. Nicht beſtätigt hat ſich leider die auf Grund neutraler Preſſeſtimmen von mir ausgeſprochene Annahme, daß Wilſon einer Rückgabe der deutſchen Kolonien an Deutſchland nicht abgeneigt ſei. Nach der Rede, mit der Wilſon am 14. Februar ſeinen Völkerbundentwurf der Friedenskonferenz vorlegte, ſoll er ſich dabei in einer Art und Weiſe über die bisherige Kolonialtätigkeit Deutſchlands ausgeſprochen haben, die man nach den bisherigen Äußerungen der amerikaniſchen und neutralen Preſſe nicht hätte für möglich halten können. Wilſon führte nach den bisher vorliegenden Berichten aus:

„Einer der größten und befriedigendſten Fortſchritte, die meiner Anſicht nach erzielt wurden, iſt der, daß wir die Annexion hilfloſer Völker unmöglich gemacht haben. Es iſt kein größerer Fortſchritt gemacht worden, als dieſer. Meine Herren, wenn Sie auf die Geſchichte der Welt zurückblicken, ſo werden Sie ſehen, wie hilfloſe Völker nur allzuoft das Opfer von Mächten geworden ſind, die in dieſer Sache kein Gewiſſen hatten. *Es iſt eine der vielen betrüblichen Enthüllungen der letzten Jahre, daß die Großmacht, die glücklicherweiſe eben beſiegt worden iſt, den hilfloſen Völkern einiger der von ihr annektierten Kolonien unerträgliche Laſten und Ungerechtigkeiten auferlegte. Deren Ausrottung lag mehr in ihrem Intereſſe, als deren Entwicklung. Ihr Wunſch war, das Land dieſer Völker für europäiſche Zwecke zu benutzen und nicht ihnen das Vertrauen einzuflößen, durch das die Menſchheit in jenen Ländern zu dem nächſthöheren Niveau emporgehoben wird.* Jetzt drückt die Welt ihr Gewiſſen in Geſetzesformen aus und ſagt: dies iſt zu Ende. Unſer Gewiſſen wird auf dieſe Dinge angewandt werden. Es werden die Staaten ausgeſucht werden, die bereits gezeigt haben, daß ſie imſtande ſind, in dieſer Sache gewiſſenhaft vorzugehen, und unter ihrer Leitung werden den hilfloſen Völkern der Welt neues Licht und neue Hoffnung gebracht werden."

Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Sinnesänderung Wilſons — denn eine ſolche muß unbedingt vorliegen — veranlaßt worden iſt durch Vorſtellungen der engliſchen und franzöſiſchen Regierung über die Grauſamkeit der deutſchen Kolonialpolitik, insbeſondere durch die Lektüre des engliſchen Blaubuches vom Auguſt 1918: Report on the natives of South-West Africa and their treatment by Germany und des engliſchen Weißbuches über die Befragung der Eingeborenen in den beſetzten deutſchen Kolonien. *Wir können nicht umhin, gegen dieſe Wilſonſchen Äußerungen über die deutſche Kolonialpolitik auf das ſchärfſte zu proteſtieren und von dem falſch unterrichteten Wilſon an den beſſer zu unterrichtenden zu appellieren!* Präſident Wilſon iſt von ſeinen Ententegenoſſen in ſchändlichſter Weiſe belogen und betrogen worden, indem dieſe es ſo darſtellten, als ob die deutſche Kolonialpolitik gegen die Eingeborenen aus einer fortgeſetzten Kette von Grauſamkeiten und Ungerechtigkeiten beſtand, während ihre eigene Kolonialpolitik lediglich vom Wohlwollen gegen die niederen Völker erfüllt war, ſich ſtets nur von der Stimme des Gewiſſens leiten ließ und ſtets bemüht war, die Eingeborenenbevölkerung jener Länder zu einem höheren Niveau emporzuheben. *Auch gegen dieſe Auffaſſung müſſen wir auf das ſchärfſte proteſtieren!* Wir dürfen uns diesmal aber nicht mit einem lahmen Proteſte begnügen, ſondern wir müſſen aufſchreien, daß wir in der geſamten Welt, auch jenſeits der Meere, gehört werden. An Beweiſen dafür, daß die Eingeborenenpolitik der anderen Kolonialvölker — gemeſſen an den nach dem fünften von Wilſons vierzehn Punkten maßgebenden Intereſſen der Eingeborenen — vor der deutſchen Eingeborenenpolitik auch nicht das geringſte voraus hatte, daß im Gegenteil Deutſchland die Intereſſen der Eingeborenen beſſer gewahrt hat, als ſeine jetzigen Gegner, fehlt es nicht. Proteſtverſammlungen aller kolonialintereſſierten Deutſchen müſſen abgehalten, Proteſtbeſchlüſſe in der Nationalverſammlung gefaßt, die Grundlagen für einen Beweis der beſſeren Wahrung der Intereſſen der Eingeborenen durch Deutſchland und der gleichen Verfehlungen, die die Ententemächte Deutſchland vorwerfen, durch ihre eigenen Kolonialregierungen müſſen geſammelt und ſpäteſtens auf der Friedenskonferenz, möglichſt aber ſchon vorher, auf dem Wege über neutrale Staaten zur Kenntnis des Präſidenten Wilſon und der ganzen Welt gebracht werden. Vor allem aber ſollte unſere Reichsregierung nicht vergeſſen, durch einen Funkſpruch der Großſtation Nauen „An Alle“ unſeren Proteſt zur Kenntnis aller Völker der Welt zu bringen.

Über das engliſche Weißbuch, in welchem die Okkupationsregierungen der beſetzten deutſchen Kolonien das Ergebnis ihrer Umfragen bei den Völkerſchaften der deutſchen Kolonien veröffentlichen, ſchrieb die Madrider Zeitung „El Dia“ —

ein liberales Blatt, alſo eher entente- als deutſchfreundlich — am 12. 12. 1918 mit trefflicher Ironie:

> „Der engliſche Kolonialſekretär Mr. Long ſagte inſofern die Wahrheit, als England den Eingeborenen, in Togo wenigſtens, tatſächlich die Frage geſtellt hat (nämlich, ob die Eingeborenen unter engliſchem Schutz verbleiben oder unter deutſchen Schutz zurückkehren wollen). Die Antwort der Eingeborenen aber lautete weſentlich anders, als Mr. Long behauptet. (Das ſämtlich nämliche Befragten ſich für den engliſchen Schutz entſchieden hätten.) Und zwar dahin, daß ſie alle gern unter dem deutſchen Schutze weiterleben wollten! ....
>
> Wer aber den egoiſtiſchen, zu Verrat neigenden Charakter der Afrikaner genau kennt — wie wir ihn häufig genug in Marokko und anderen Teilen Afrikas haben kennenlernen müſſen —, der weiß, wie leicht es iſt, die ſkrupelloſen Eingeborenen gegen Deutſchland aufzuhetzen, wie leicht es ihnen fällt, alle von Deutſchland empfangenen Wohltaten zu vergeſſen. Wir und alle ehrlichen Menſchen wiſſen nur zu genau, daß die Eingeborenen in Kamerun und in der Nähe unſerer Beſitzungen am Golf von Guinea einfach verkommen wären, hätten die Deutſchen ihnen nicht Ordnung und Ziviliſation gebracht."

Auch die franzöſiſche Regierung hat eine amtliche Denkſchrift über die angebliche Behandlung der Eingeborenen-Bevölkerung durch die Deutſchen in Togo und Kamerun veröffentlicht. Sie ſteht auf derſelben Höhe — richtiger geſagt, auf demſelben Tiefſtand — wie das engliſche Weißbuch. Auch ſie enthält lediglich durch nichts kontrollierte Ausſagen von Eingeborenen. Nun weiß aber doch jeder, der die Bantuneger-Bevölkerung Afrikas kennt, daß dem Neger die moraliſche Verderblichkeit der Lüge gänzlich unbekannt ſind, daß er die Frage eines Europäers ſtets in dem Sinne beantworten wird, wie, ſeiner Auffaſſung nach, die Antwort dem Europäer am erwünſchteſten iſt.

Was nun das engliſche Blaubuch anbetrifft, daß in bezug auf Verleumdung der deutſchen Eingeborenen-Politik ſo ziemlich das Schlimmſte darſtellt, was man ſich überhaupt vorſtellen kann, ſo hat unſer Reichs-Kolonialamt in ſeinem kürzlich herausgegebenen Graubuch „Die Behandlung der einheimiſchen Bevölkerung in den kolonialen Beſitzungen Deutſchlands und Englands" eine erfreuliche Gegenoffenſive unternommen. Der Vorzug der deutſchen Beweisführung liegt hauptſächlich darin, daß faſt ausſchließlich engliſche Urteile aus der engliſchen Kolonialliteratur zur Kennzeichnung der engliſchen Kolonialpolitik herangezogen ſind. Der Vorwurf der Parteilichkeit, der dem engliſchen Blaubuch, wie wir gleich ſehen werden, mit Recht entgegengehalten werden darf, wird dem deutſchen Graubuch niemand machen können.

Die Beweisführung des Graubuches iſt ſo ſchlagend, daß man nur eins bedauern kann: daß es erſt jetzt herauskommt, erſt in dem Augenblick, in dem die Friedenskonferenz ſich bereits damit befaßt, das Schickſal der deutſchen Kolonien gegen uns zu entſcheiden und das Gift der engliſchen Verleumdung auch auf den Präſidenten Wilſon ſeine Wirkung ausgeübt hat. Hoffen wir trotzdem, daß es immer noch rechtzeitig erſchienen iſt, um den engliſchen Hieb durch Gegenhieb zu parieren. Noch iſt ja die getroffene Entſcheidung der Konferenz nicht endgültig, noch ſind insbeſondere Frankreich und die auſtraliſchen Kolonien entſchiedene Gegner der von Wilſon vorgeſchlagenen und von England angenommenen Löſung.

In der Einleitung des Graubuches wird mit Recht darauf hingewieſen, daß der ganze engliſche Preſſefeldzug und die amtlichen Veröffentlichungen keinen anderen Zweck haben, als eine Annexion der von England beſetzten deutſchen Schutzgebiete im großen Stile vorzubereiten. Auf alle Weiſe ſoll der Welt der Glaube beigebracht werden, daß nicht ſelbſtſüchtige Abſichten, ſondern nur moraliſche Gründe England veranlaſſen, die Hand nach deutſchem Beſitz auszuſtrecken. Dieſem Zweck dient auch die Parole, Deutſchland ſei unwürdig, Kolonien zu beſitzen.

Zuerſt wurde ſogar die falſche Behauptung in die Welt geſetzt, Deutſchland habe das Übergreifen des Krieges auf die kolonialen Gebiete ſelbſt verſchuldet. Die Unwahrheit dieſer Behauptung und der wahre Sachverhalt, daß Deutſchland allein ſich für unbedingte Beachtung der Kongoakte — alſo Neutraliſierung der Kolonien — eingeſetzt hatte, ging aber aus offiziellen Auslaſſungen, wie z. B. dem belgiſchen Graubuch, zweifellos hervor.

Als Erſatz erſchien nun die Behauptung, daß Deutſchlands Kolonialbeſitz die Gefahr einer Militariſierung Afrikas in ſich berge, obwohl allgemein bekannt war, daß der militäriſche Aufwand in den deutſchen Kolonien auf ein Mindeſtmaß für Aufrechterhaltung des inneren Friedens beſchränkt war, alſo nicht einmal mit deren Verteidigung gegen einen äußeren Feind gerechnet hatte. Frankreich dagegen hatte ſchon vor dem Kriege die Bildung einer ſchwarzen Armee zur Bekämpfung Deutſchlands vorbereitet, und England folgte während des Krieges dieſem Beiſpiel, indem es aus ganz Afrika Truppen nach Deutſch-Oſtafrika ſchickte.

Als drittes Glied der Kette erſchien im Auguſt 1918 ein engliſches Blaubuch über ſchlechte Behandlung der Eingeborenen in Südweſt-Afrika durch Deutſchland. Um einer rechtzeitigen wirkſamen Widerlegung vorzubeugen, wurde der Inhalt des Blaubuches nur ſtückweiſe an die Preſſe gegeben, während das Blaubuch ſelbſt noch zurückgehalten wurde. Die ſogenannten Enthüllungen des Blaubuches fordern aber geradezu die Frage heraus, wie die Engländer früher, im Gegenſatz zu heute, über die deutſche Koloniſationsarbeit geurteilt haben, wie es in Wirklichkeit mit den wegen Südweſt-Afrika gegen Deutſchland erhobenen Anklagen beſtellt iſt, und endlich, wie England mit ſeinen eigenen Schutzbefohlenen verfahren iſt und noch verfährt. Daraus wird ſich dann die richtige Antwort auf die Frage ergeben: Iſt England berufen, den Richter in Fragen der Eingeborenenbehandlung zu ſpielen?

Der erſte Teil des deutſchen Graubuches iſt der Veröffentlichung von engliſchem Lob der deutſchen Koloniſationsarbeit vor dem Kriege gewidmet. Zunächſt ſei einiges aus dem Urteil des Amerikaners E. A. Forbes in der amerikaniſchen „Review of Reviews" 1911 wiedergegeben, der lange Zeit in Afrika geweilt hat, der Koloniſationsarbeit der Franzoſen Anerkennung zollt, die deutſchen Koloniſationsarbeit aber weit höher einſchätzt: „Von allen Schutzherren in Afrika hat der Deutſche die reinſten Hände und die beſten Ausſichten." Deutſchland habe bei ſeiner afrikaniſchen Beſitzergreifung geſchickt diplomatiſiert, „aber ſelbſt ſein bitterſter Gegner kann kaum behaupten, daß es dabei nicht ehrlich geſpielt habe." Über die deutſche Eingeborenen-Politik heißt es:

> „Ohne große Poſaunenſtöße und ohne die lärmende Hilfe des Preßagenten erzieht ſich der Deutſche das junge Afrika nach ſeiner Art, und er läßt es ſich auch Mühe koſten. Ich habe die Deutſchen in ihrem nahen Verkehr mit ihren halbwilden Schützlingen an der Weſtküſte beobachtet. Die Verwaltung und Regierung im ſchwarzen Erdteil iſt zu einem ſehr großen Teile eine Frage des Temperamentes, und allem Anſchein nach laſſen ſich die Deutſchen weniger leicht zur Reizbarkeit und zur Erregung hinreißen, als die anderen weißen Menſchen. Ich habe alle weißen Raſſen bei ihrer Arbeit, Afrika zu erwecken, beobachtet, und ich kann mich nicht der Überzeugung verſchließen, daß der deutſche Eingeborene ſich ebenſo weit, wenn nicht noch höher empor entwickeln wird, wie alle anderen."

Auch der kürzlich verſtorbene frühere Präſident Theodore Rooſevelt ſchrieb 1910 in ſeinem Buche „Afrikaniſche Wanderungen eines Naturforſchers und Jägers" über die deutſchen Pflanzer, Beamten und Offiziere:

> „Es waren Männer von unzweifelhafter Fähigkeit und Tatkraft, wenn man ſie ſah, ſo verſtand man leicht, warum Deutſchland in Oſtafrika ſo zuſehends emporgeblüht iſt. Es ſind erſtklaſſige Menſchen, dieſe Engländer und Deutſchen; beide verrichten in Oſtafrika ein Werk, das der ganzen Welt zugute kommt" uſw.

Das engliſche Blaubuch urteilt genau entgegengeſetzt, wie dieſe beiden Amerikaner, aber auch entgegengeſetzt, wie der Engländer Henry Samuel, eine bekannte ſüdafrikaniſche Autorität und Freund von Cecil Rhodes, über deutſche Koloniſationsmethoden, beſonders in Südweſt-Afrika, ſich im „Obſerver" ausließ:

> „Mit Rückſicht darauf, daß die Deutſchen ihren Kolonialbeſitz erſt ſeit dreißig Jahren haben, während England ſeine Überſeeſtaaten ſeit mindeſtens einem Jahrhundert okkupierte, iſt der Fortſchritt Deutſch-Südweſt-Afrikas keineswegs gering anzuſchlagen."
>
> Weiter: Deutſchland müſſe es aufgeben, die ſüdweſtafrikaniſchen Eingeborenen, die den niedrigſten Typen der menſchlichen Raſſe angehören, reformieren zu wollen. Das ſei ein hoffnungsloſes Beginnen.

Das Urteil Samuels über die Eingeborenen Südweſt-Afrikas iſt beſonders deshalb wichtig, weil es die Darſtellung des engliſchen Blaubuches, daß Herero und Hottentotten afrikaniſche Idealfiguren ſeien, ſchlagend widerlegt.

Sir Harry Johnſton ſchreibt in ſeinem Werk „Geſchichte der Koloniſation Afrikas durch fremde Raſſen", unter Hinweis auf die in Kamerun und Oſtafrika von ſeiten einiger Angeſtellten gegen Eingeborene begangenen Ausſchreitungen:

> „Die deutſche Regierung erledigte dieſe Vorkommniſſe ſehr verſtändig, indem ſie nichts verbarg, ſondern ein gerichtliches Verfahren gegen die Schuldigen einleitete . . . . Der

> Teutone neigt zwar dazu, mit untergeordneten Raſſen bei der erſten Berührung hart, ja ſelbſt roh zu verfahren. Aber er iſt nicht töricht, er gewinnt dadurch die Achtung der Neger oder Aſiaten, welche rohe Gewalt bewundern, und ſobald dieſe aufgehört haben, Widerſtand zu leiſten und ſich beugen, wird er mit der Zeit durch ſeine Gutmütigkeit zu einer milderen Behandlungsweiſe bewogen. Es iſt eine hoffnungsvolle, geſunde Eigenſchaft der Deutſchen, ihre eigenen Fehler ſchnell einzuſehen und ſie ebenſo ſchnell zu vermeiden.“

Derſelbe Verfaſſer iſt bekanntlich während des Krieges in wiederholten Veröffentlichungen dafür eingetreten, daß Deutſchland durch die grauſame Behandlung ſeiner Eingeborenen jeden Anſpruch auf Kolonialbeſitz verwirkt habe. Hiermit vergleiche man, was er am 28. 9. 1903 im „Daily Chronicle“ über die Belgier als Koloniſatoren ſchrieb:

> „Es gibt zweifellos ſchlechte Belgier, wie es unter den Pionieren Afrikas ſchlechte, grauſame und bösartige Engländer und Schotten gegeben hat. Ich habe in den erſten Tagen der afrikaniſchen Unternehmungen zu viele durch meine eigenen Landsleute in Afrika verübte Miſſetaten geſehen, als daß ich ſehr geneigt wäre, ähnliche Fehler anderer Nationen zu denunzieren.“

Leider ſcheint Sir Harry Johnſton während des Krieges anderen Sinnes geworden zu ſein. Das, was er während dieſer Zeit in der engliſchen Preſſe ſchrieb, der immer wiederholte Ruf: „Deutſchland darf nie wieder Kolonien beſitzen!“ ſteht im Widerſpruch mit dem Obigen, insbeſondere aber mit den Worten, die er kurz vor dem Kriege in einem Kolonialvortrag in Stuttgart ausſprach:

> „Wenn von den großen Kolonialvölkern der Welt gehandelt wird, iſt es ſchwierig, zwiſchen den Deutſchen und den Engländern einen Unterſchied zu machen!“

Ein früherer Gouverneur von Britiſch-Oſtafrika, Sir Charles Eliot, ſchrieb 1905 in ſeinem Werke „The East Africa Protectorate“:

> „Es ſcheint, daß Eingeborene aus dem Kongofreiſtaat und dem portugieſiſchen Gebiet in deutſches Land einwandern; ein Beweis, daß die dortige Verwaltung ihnen nicht mißbehagt. Die Deutſchen widmen der Erziehung mehr Sorgfalt, als es bei uns der Fall iſt. Während in Britiſch-Oſtafrika die Regierung keine Schulen unterhält und ſich der Unterricht ganz in Händen der Miſſionare befindet, haben die Deutſchen acht deutſche Schulen, außerdem noch verſchiedene Gemeindeſchulen. Das Ergebnis dieſer Einrichtung iſt nach dem amtlichen Bericht zufriedenſtellend.“

Auch während des Krieges war noch in der „African World“ vom 30. 10. 1915, Nr. 677, folgendes zu leſen:

> „Es iſt ſeit einiger Zeit üblich, über Deutſchland und alles, was deutſch iſt, abzuurteilen. In gewiſſer Weiſe iſt dies vielleicht gerechtfertigt; was aber die deutſche koloniale Verwaltung anbetrifft, welche neuerdings auch einer Kritik unterzogen wurde, ſo müſſen alle diejenigen, welche mit dem deutſchen Verwaltungsſyſtem Fühlung genommen haben, dieſer Kritik jegliche Berechtigung abſprechen. Wenn der Deutſche bei den Eingeborenen nicht gerade populär iſt, ſo wird er doch geachtet. Seine Maßregeln ſind nicht immer erfolgreich, aber ſtets von den beſten Abſichten geleitet.“

Dies möge genügen. Schließlich ſeien noch einige Worte angeführt aus einer

Anſprache, die der jetzige engliſche Kolonialminiſter, Lord Milner, als Vorſitzender des Royal Colonial Inſtitutes in deſſen Sitzung vom 13. Januar 1914 nach einem Vortrage des Münchener Profeſſors Bonn gehalten hat:

> „Großbritannien hat eine lange und ſehr vielſeitige Erfahrung als koloniſierendes Land. Deutſchland iſt verhältnismäßig ein Neuling auf kolonialem Gebiet und hat ſich, nachdem es eingetreten iſt, ſeiner ungewohnten Aufgabe mit charakteriſtiſcher Gründlichkeit und Energie unterzogen. Es würde ein großer Fehler ſein, zu glauben, daß wir von ſeiner Erfahrung auf dieſem Gebiete nichts zu lernen haben, wie auch Deutſchland viel, auf jeden Fall aber etwas zu lernen hat, von unſerer langen Geſchichte als Kolonialvolk."

Es wäre wünſchenswert, daß Lord Milner auf der Pariſer Konferenz den Präſidenten Wilſon darüber aufklärte, ob er auch jetzt noch auf dieſem Standpunkt ſteht, oder was ſich ſeit dem 13. Januar 1914 ereignet hat, um ihn von dieſem Standpunkt abzubringen.

Der zweite Teil des deutſchen Graubuches iſt der Widerlegung des engliſchen Blaubuches gewidmet. Leider verbietet es der mir zur Verfügung ſtehende Raum, auf das Graubuch ſo ausführlich einzugehen, wie es verdiente. Es iſt in deutſcher und engliſcher Sprache erſchienen und iſt zu beziehen durch den Verlag H. R. Engelmann, Berlin W. 15, Kneſebeckſtr. 52/53. Jeder, der ein Intereſſe für die deutſchen Kolonien beſitzt, ſollte bemüht ſein, ſich das Buch zu verſchaffen.

Die Antwort des deutſchen Reichs-Kolonialamtes iſt ausgezeichnet. Sie charakteriſiert ſich als ein Hieb, der die gegneriſche Parade einfach durchſchlägt und ſofort die Abfuhr herbeiführt. In ſachlichſter Weiſe wird nachgewieſen, daß der größte Teil der gegen Deutſchland erhobenen Beſchuldigungen unzutreffend iſt, teilweiſe auf mangelhafter Kenntnis der Verhältniſſe beruht, teilweiſe auf — abſichtlichen oder unabſichtlichen — Übertreibungen und Entſtellungen, teils auf offenſichtlichen Fälſchungen. Wo von deutſcher Seite Fehler oder Mißgriffe begangen worden ſind, wird dies in keiner Weiſe geleugnet, — die Verfehlungen werden aber auf das gerechte Maß zurückgeführt und in jedem einzelnen Falle wird nachgewieſen, daß in engliſchen Kolonien unter ähnlichen Verhältniſſen nicht nur ebenſo, ſondern meiſt noch viel härter und grauſamer gehandelt worden iſt. Wie ein Kenner der Verhältniſſe, Henry Samuel, über den Charakter der Hereros und Hottentotten urteilte, haben wir bereits geſehen. Das Blaubuch ſtellt es aber ſo dar, als ob die Deutſchen die hochentwickelten, harmloſen und biederen Eingeborenen, die, von gelegentlichen kleinen Fehden abgeſehen, bis zur deutſchen Zeit glücklich und zufrieden nebeneinander lebten, ausgebeutet und vergewaltigt haben, anſtatt eine normale wirtſchaftliche Entwicklung einzuleiten. In Wirklichkeit litten die Hereros unter den ſtändigen Einfällen und Raubzügen der Witboi-Hottentotten. — Erſt die Deutſchen, unter Hauptmann von Francois, haben 1893 durch Beſiegung Witbois den Landfrieden hergeſtellt.

Das Blaubuch ſtellt es ſo dar, als ob der Herero-Aufſtand von 1904 eine Folge deutſcher Mißwirtſchaft war und als ob der Krieg von deutſcher Seite mit äußerſter Grauſamkeit geführt wurde. Beide Vorwürfe werden auf das rechte Maß zurückgeführt, gleichzeitig aber bewieſen, daß England gegen die Matabele in Rhodeſia und überhaupt in ſeinen Eingeborenenkriegen viel grauſamer vorging, als wir. Aus eigener Kenntnis möchte ich den Ausführungen des Graubuches noch folgendes zufügen: Die Engländer ſcheinen zu glauben, daß wir darüber, wie Rhodeſia in engliſchen Beſitz kam, nicht unterrichtet ſind. Lobengula, der König der Matabele, hatte einigen Engländern das alleinige Ausbeutungsrecht aller Mineralien in dem ſeiner Herrſchaft unterſtehenden Maſchona-Land gegeben. Gegen den Willen Lobengulas ſetzte ſich hierauf die Chartered-Comp. im Maſchona-Lande feſt, ſetzte eine Verwaltung ein, verkaufte Farmen, ſteckte Stadtpläne ab uſw. Im Vertrauen auf die Anweſenheit der Engländer wurden die Maſchona unbotmäßig gegen Lobengula und verweigerten den üblichen Tribut. Als darauf Lobengula in altgewohnter Weiſe eine Strafexpedition ins Maſchonaland entſandte, die unter den Eingeborenen raubte, mordete und plünderte — ohne daß indeſſen einem Europäer ein Haar gekrümmt wurde —, beſchloß Cecil Rhodes kurzer Hand die Unterwerfung und Schadlosmachung der Matabele. Während alſo der deutſche Gouverneur ſich äußerſte Mühe gab — obwohl er die Gefahr des Zuſammenſtoßens europäiſcher Rechtsanſchauungen und Ziviliſation mit afrikaniſcher Unkultur und afrikaniſchen Rechtsſitten nicht verkannte — den Frieden zwiſchen Weißen und Schwarzen aufrecht zu erhalten, beſchloß Rhodes kurzerhand die Löung der Frage mit dem Schwerte!

Das Blaubuch tadelt, daß nach der Niederlage der Hereros der Reſt ihres Viehes von der deutſchen Regierung konfiſziert und die Eingeborenen auf die Farmen verteilt wurden, um dort als Viehwächter beſchäftigt zu werden. In Wirklichkeit ſtellte die Verteilung der Eingeborenen auf die Farmen eine Rückſichtnahme auf ſie dar, denn die Farmer mußten für ihren Lebensunterhalt ſorgen, ihnen auch die gewohnte Milchnahrung geben. Die Chartered Comp. konfiſzierte nach Niederwerfung der Matabele ebenfalls alles Vieh als Beſitz des auf der Flucht geſtorbenen Königs Lobengula. Sie überſah dabei gänzlich, daß Lobengula ſein Vieh zur Pflege und Nutznießung an die Eingeborenen zu verteilen pflegte und daß deren Frauen und Kinder von der Milch lebten. Durch Konfiskation des Viehes — wofür anderweitig kein Erſatz geſchaffen wurde — wurde alſo Frauen und Kindern der beſte Teil der Nahrung entzogen. Dies war mit einer der Hauptgründe des Matabele-Aufſtandes, der mit Ermordung eines großen Teils der weißen Anſiedler begann und von den Engländern im zweiten Matabele-Kriege aufs grauſamſte niedergeſchlagen wurde.

Über die engliſche Kriegführung in den Matabele-Kriegen ſowie in vielen anderen Eingeborenen-Kriegen enthält das Graubuch reichliches Material, welches zweifellos beweiſt, daß die deutſche Kriegführung in Afrika weit humaner war, als die engliſche.

Es bleibt alſo von den Anklagen und Beſchuldigungen des engliſchen Blaubuches gegen die deutſche Verwaltung in Deutſch-Südweſtafrika in keinem einzigen Punkte etwas Weſenhaftes übrig. Soweit Verfehlungen in deutſchen Kolonien vorkamen, werden ſie durch Vorkommniſſe auf engliſchem Kolonialboden mehr als aufgewogen. Nach dem Vorgange des Blaubuches über Südweſtafrika wäre hieraus die Folgerung zu ziehen, daß an allen dieſen Stellen England das Recht auf kolonialen Beſitz verwirkt hat.

Wirtſchaftliche Aufklärung oder Bankrott

Von Dr. Wilh. A. Dyes.

Seit etwa zwei Jahren habe ich unermüdlich betont, daß jeder wirklich ſein Vaterland liebende Deutſche dazu beitragen müſſe, für beſſere wirtſchaftliche Aufklärung unter den Arbeitgebern und Arbeitnehmern Deutſchlands zu ſorgen, damit die Grundlagen unſerer Wirtſchaft richtig erkannt und gewürdigt würden. Jetzt endlich iſt es durch den früheren Adjutanten des Generals Groener, Richard Merton, dem Sohne des weitſichtigen Frankfurters Wilhelm Merton, weiteren Kreiſen der Induſtrie und des Handels Deutſchlands durch eine Denkſchrift klar geworden, welche unglaublich verkehrten Wege die volkswirtſchaftlichen Berater der Induſtrie und Reichsregierung gegangen ſind. Ich werde niemals den traurigen Eindruck vergeſſen, den ich 1915 im engliſchen Gefangenenlager hatte, als dort eine Schrift bekannt wurde, welche von einem deutſchen nationalökonomiſchen Profeſſor abgefaßt war und die Überſchrift „Händler und Helden" hatte. Das völlige Verſagen einer deutſchen Wiſſenſchaft, der Nationalökonomie, in dieſem Kriege, iſt ſeither wohl jedem Einſichtigen klar geworden. Der ſtatiſtiſche Berater des Reichsmarineamts, Profeſſor Levy, hat ſelbſt dieſe beklagenswerte Tatſache offen in einem Aufſatze der „Europäiſchen Staats- und Wirtſchafts-Zeitung" zugeſtanden, als er die Berufung von Wichard von Moellendorf als Profeſſor der Nationalökonomie an die Techniſche Hochſchule in Hannover beſprach. Da ich nicht zu der Zunft gehöre und nur aus der Praxis für die Praxis ſchriftſtelleriſch tätig bin, darf ich mir wohl erlauben, die in weiten Kreiſen jetzt anerkannte Tatſache feſtzuſtellen, daß für das praktiſche Leben unſere deutſche nationalökonomiſche Wiſſenſchaft in den meiſten Erwerbszweigen verſagt hat und noch verſagt. Die furchtbarſten Folgen haben wir für unſere deutſche Wirtſchaft zu erwarten, wenn nicht ſchleunigſt auf dieſem Gebiete eine gänzliche Umänderung der bisherigen wiſſenſchaftlichen Arbeit erfolgt und dieſe dem geſunden Menſchenverſtande und den Erforderniſſen des praktiſchen Lebens mehr angepaßt wird. Der Staatsſekretär Schiffer ſagte bereits vor zwei Monaten, daß die deutſche Wirtſchaft zugrunde gehen und ein allgemeiner Bankrott bevorſtehen würde, wenn nicht binnen wenigen Monaten ein völliger Umſchwung auf dem Wirtſchaftsgebiete eintreten würde. Dieſe iſt eine der wenigen Reden, die mir auf dem wirtſchaftlichen Gebiete in Berlin Eindruck gemacht hat. Als ich neuerdings einem kurzen Vortrag von Wichard v. Moellendorf lauſchte, ſtellte ich mit lebhaftem Bedauern feſt, daß auch dieſer Mann, deſſen Grundanſchauungen mir in vieler Beziehung ſo ſympathiſch und beherzigenswert ſind, ſich in breiten theoretiſchen Erörterungen, in berechtigten Anklagen gegenüber der zu Tage tretenden Erwerbsgier der Induſtrie und in anderen allgemeinen Darlegungen ergeht, anſtatt den Zuhörern durch Beiſpiele aus der Praxis zu zeigen, wohin wir ſteuern, wie wir wirtſchaftlich tiefer und tiefer kommen, weil die Grundlage jeder Wirtſchaft Produktion iſt und Deutſchland ſeit Monaten nicht produziert, ſondern redet, diskutiert, Papiergeld druckt und bald mehr Schulden als Aktivpoſten hat. Und wie leicht hätten es doch die Regierung, die Vertreter der Wirtſchaftswiſſenſchaft, der Induſtrie, der Landwirtſchaft und des Handels, wenn ſie nicht nur in Fachzeitſchriften, ſondern in allen Tagesblättern ſtändig kleine, in die Augen tretende Beiſpiele veröffentlichten, die dem weiteren Publikum vor Augen führen, wie unſere Wirtſchaft zurückgeht, wie teuer wir produzieren, wie unfähig wir werden, gegen England und die Vereinigten Staaten zu konkurrieren. Wie leicht würde es ſein, in derſelben kurzen und eindrucksvollen Weiſe wie bei den Reklamen für die Kriegsanleihen dem geſamten deutſchen Volke vor Augen zu führen, was dieſe wirtſchaftliche Revolution bedeutet. Die Ziffern des bisherigen Staatsſekretärs Auguſt Müller über die Steigerung der Eiſenpreiſe und ein Vergleich dieſer mit den Preiſen in England und Amerika müßten in jeder Tageszeitung erſcheinen, um dem geſamten Volke klarzumachen, daß unſere bisher größte Induſtrie nicht mehr konkurrenzfähig iſt, wenn es ſo weitergeht. Die Ziffern über die reichen Kalivorkommen im Elſaß, die in den franzöſiſchen, engliſchen und amerikaniſchen Zeitſchriften veröffentlicht ſind und die Überlegenheit dieſer Vorkommen gegenüber denen in Altdeutſchland zeigen, würden jedem beweiſen, daß das protzende Betonen unſeres Weltkalimonopols, auf das noch im Jahre 1918 wiederholt die Profeſſoren Roth und Binz hingewieſen haben, völlig der Vergangenheit angehört, und daß wir auf dieſem Gebiete alle Kräfte zuſammennehmen müſſen, um durch verbilligte und verbeſſerte Produktion in den großen ausgebauten Kaliwerken uns in den Stand zu ſetzen, uns gegen dieſe in den nächſten Jahren uns ſchwer bedrohende Konkurrenz einigermaßen wettbewerbsfähig zu halten. Die Ziffern und Angaben der

Verwaltung der Farbenfabriken in Leverkuſen ſollten in allen deutſchen Zeitungen (nicht nur in den engliſchen, wo man ſie überall leſen konnte) Verbreitung finden, um zu zeigen, auf welcher ſchiefen Ebene wir uns befinden. Die Koſten der Kohle, verglichen mit gleichen Angaben in England und Amerika, würden genügen, um auch jedem volkswirtſchaftlich Ungebildeten klarzumachen, daß die Grundlage der Induſtrie, die billige, aus Brennſtoffen erzeugte Kraft, für Deutſchland in der Konkurrenz mit dem Auslande nicht mehr beſteht, wenn es ſo weiter geht. Die (aus Privatbriefen hervorgehende) in vielen landwirtſchaftlichen Kreiſen beſtehende Leutenot, der Ausfall an beſtellten Feldern, die ſicherlich zu erwartende geringere Erzeugung an landwirtſchaftlichen Erzeugniſſen im Jahre 1918 wird es jedem klarmachen, daß wir einer Hungersnot entgegengehen, wenn nicht in letzter Stunde alle Kräfte an den Wagen der Produktion geſpannt werden. Die 5- bis 600000 Menſchen, die im Kriege an Unterernährung geſtorben ſein ſollen, ſind eine geringe Ziffer gegenüber den Millionen, die 1918/19 und 1919/20 an Entbehrungen oder Hungers ſterben werden, wenn die Nichtproduktion und ſchlechte Ausnutzung unſerer Anbauflächen weiter fortſchreitet. Die lächerliche Auffaſſung, als ob wir aus dem Auslande reichlich Lebensmittel erhalten würden, muß in der rigoroſeſten Weiſe als Unſinn gebrandmarkt werden, indem man dem Publikum in ſeinen weiteſten Kreiſen klarmacht, daß wir nicht in der Lage ſind, eine große Einfuhr zu bezahlen, weil unſere Mark entwertet iſt und weil infolge der mangelnden Produktion an Fabrikaten ein Austauſch von Gütern und damit eine Bezahlung der ausländiſchen Lebensmittel geradezu unmöglich wird. Im Kriege haben wir es wahrlich lange genug mit dem Hurra-Patriotismus und mit dem offiziell in allen Zeitungen verbreiteten Optimismus getrieben. Dadurch haben wir den Krieg mit verloren, weil wir alle anderen Nationen und deren Tüchtigkeit und Zielbewußtheit unterſchätzten, und weil unſere Regierung nicht das Vertrauen zum Volke hatte, ihm die Wahrheit zu ſagen. Jetzt iſt beim Volke aus parteilichen Rückſichten durch eine höhere Brotration Stimmung gemacht, obgleich das hierfür nötige Getreide gar nicht zur Verfügung ſtand. Jetzt heißt es offiziell: „Sozialismus iſt Arbeit“, und in Wirklichkeit iſt noch niemals in Deutſchland ſo wenig gearbeitet und geſchafft worden, wie in dieſen letzten drei Monaten. Das Hungergeſpenſt ſteht näher vor der Tür, als mancher ahnt. Statt die Papierwirtſchaft einzudämmen, iſt ſie weiter ausgedehnt worden. Was iſt denn in dieſen drei Monaten im Intereſſe der Geſamtheit des Volkes, im Intereſſe der Demokratie vom wirtſchaftlichen Standpunkte geſchehen, um Deutſchland über ſeine größte Kriſe, über die wirtſchaftliche Baiſſe der Kriegsfolgezeit, aufzuklären? Sind irgendwelche praktiſchen Wege beſchritten, um aus dieſem Chaos herauszukommen? Iſt irgendwelche Aufklärung verbreitet worden, um dem Volke immer wieder klarzumachen, daß wir wahrſcheinlich ſchon jetzt nicht mehr vom Kapital leben, ſondern daß dieſes aufgezehrt wird, und daß wir durch Papierdrucken die

Unterbilanz des deutſchen Volksvermögens erhöhen, mithin bald von Schulden leben?

Vor zwei Jahren habe ich den Verſuch einer Volksvermögensbilanz gemacht*) und nahm damals die Aktiven nach Helfferich mit 331 bis 337 Milliarden Mark an. Mit Recht hat dieſer neuerdings einem Mitarbeiter der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung" erklärt, daß die Aktivpoſten ſich durch den Krieg wahrſcheinlich um 30 Milliarden veringert haben, ſo daß jetzt mit einem Volksvermögen von rund 300 Milliarden gerechnet werden könne.

Dieſen Aktiven ſtellte ich damals, alſo vor zwei Jahren, folgende Paſſiva gegenüber:

Schulden des Deutſchen Reiches und der deutſchen Staaten . .	rund	22	Milliarden	M.
Schuldverſchreibungen der Stadt- und Landgemeinden . . .	„	6,5	„	„
Schuldverſchreibungen der Hypothekenbanken und Bodenkreditinſtitute	„	28,5	„	„
Schuldverſchreibungen der deutſchen Aktiengeſellſchaften und ſonſtigen privatrechtlichen Schuldner	„	4,5	„	„
		61,5	Milliarden	M.
Hierzu kommen die privaten Schuldverſchreibungen, Hypotheken, Verpfändungen uſw.		?		
Kriegsanleihen		?		

Ich wies bereits damals darauf hin, daß das geſamte Volksvermögen durch die Kriegsanleihen mit einer 1. Hypothek belaſtet würde und betonte wiederholt die Theſe: „Gut hinter, Blut an der Front". Wie dieſe Grundbedingung: „Gut hinter der Front" nicht erfüllt worden iſt, wie wir durch den Materialismus und Mammonismus zum böſen Ausgange beigetragen haben, das mögen Einſichtige aus der Denkſchrift von Richard Merton entnehmen. Hätte Wichard von Moellendorf bei ſeinen ſeit drei oder vier Jahren den Induſtrieführern vorgetragenen Erörterungen die ausländiſchen Beiſpiele (das engliſche Munitionsminiſterium und die mäßigen Gewinne der engliſchen Kriegslieferanten) angeführt, hätte er in Wort und Schrift in Vergleich hierzu die deutſchen Gewinne geſtellt, hätte er durch praktiſche Beiſpiele ſtatt leerer theoretiſcher und vielfach poetiſcher Erörterungen den Tatſachenkern dieſer Frage bloßgelegt, hätte er an Hand der Ziffern der Wucherämter uſw. und der demoraliſierenden Wirkung der Kriegsgewinne weithin Klarheit darüber geſchaffen, welchem Abgrunde wir entgegenſteuerten, dann wäre vielleicht eine Ab- oder Umkehr möglich geworden. Ich bedauere unendlich, daß die hohen Ziele dieſes Mannes ſo unpraktiſch dem größeren Publikum vorgeführt werden. Die ſchöne Sprache zieht heutzutage nicht, die kraſſe Wirklichkeit muß durch frappierende Beiſpiele dem Zuhörer und Leſer vor Augen geführt werden. Wir ſind in Deutſchland durch den Krieg in unſeren Empfindungen und Eindrücken zu ſehr abgebrüht und abgeſtumpft, als daß ſchön geformte Reden ohne Vorführung kraſſer Beiſpiele Eindruck machten. Der von mir vor zwei Jahren gemachten Anregung von der Notwendigkeit einer Volksvermögensbilanz iſt leider nicht Folge gegeben worden. Und doch, wie wichtig iſt gerade dieſer Punkt jetzt in dieſem Augenblick, wo Erzberger den Aktivpoſten unſerer Handelsflotte und damit die Grundlage eines neuen wirtſchaftlichen Aufbaues für den Ausfuhr- und Einfuhrhandel vielleicht für immer in ein großes Fragezeichen verwandelt hat, wo ein Aktivpoſten nach dem anderen ſich in ſeinem Werte verringert und wo unſere Feinde (die meiſten Deutſchen machen ſich ja gar nicht klar, daß wir noch im Kriege leben, und daß Waffenſtillſtand keinen Frieden bedeutet) die unglaublichſten Illuſionen bezüglich ihrer Kriegsentſchädigungen äußern. So ſtelle ich denn hier den Verſuch einer Volksvermögensbilanz zur Erörterung.

---

*) Vortrag in der Geſellſchaft deutſcher Metallhütten- und Bergleute, abgedruckt in „Metall und Erz", 1917, Heft 4 und 5.

Aktivpoſten, angenommen mit 300 Milliarden Mark.

Paſſivpoſten:

1. Hypothek auf das Volksvermögen: Entſchädigungen an unſere Feinde in Gold oder Kohle, Kali oder Fabrikaten	50 Milliarden M.
2. Hypothek auf das Volksvermögen: Kriegsanleihen, Penſionen, wirtſchaftliche Arbeiten der Kriegsfolgezeit, mindeſtens	200 „ „
3. Hypothek auf das Volksvermögen: Schulden des Deutſchen Reiches und der deutſchen Staaten bis zum 1. Auguſt 1914, rund	22 „ „
4. Hypothek auf das Volksvermögen: Schuldverſchreibungen der Provinzialkreiſe, der Stadt- und Landgemeinden, etwa	8 „ „
5. Hypothek: Schuldverſchreibungen verſchiedenſter Art wie oben	45 „ „
Angenommene Belaſtung:	325 Milliarden M.

Ich hoffe ſehr, daß meine Rechnung von den Nationalökonomen aufgegriffen und zerpflückt wird. Wie man allerdings die Auffaſſung beweiſen will, daß die Aktiva (abgeſehen von dem Poſten: Arbeitskraft des deutſchen Volkes) die Paſſiva einſchließlich der Kriegslaſten überſteigen, iſt mir nicht klar. Ich kann mir nicht denken, daß ähnliche Theorien ernſtlich vertreten werden, wie ſie der bei den Induſtrieverbänden beſchäftigte Volkswirt Steinmann-Bucher in Druck gab, als er annahm, daß das deutſche Volksvermögen ſich im Kriege auf 400 oder gar 500 Milliarden Mark vergrößert habe, oder daß die entſprechende ältere Schätzung unrichtig ſei. Auch hier liegt m. E. die ſo beklagenswerte Überſchätzung vor, die während des Krieges auf ſo vielen Gebieten zutage getreten iſt, denn jeder mit geſundem Menſchenverſtand Begabte wird doch zugeben, daß das Drucken von Papier keinen Wertzuwachs bedeutet und daß wir ſchon obiger 1. Hypothek wegen unſer Volksvermögen nicht nach dem Stande unſerer jetzigen entwerteten Papiermark einſchätzen dürfen, ſondern nach dem Kurswerte unſerer Mark im Vergleich mit anderen Münzen und Werten des Auslandes.

Aus parteilichen Rückſichten hat die jetzige Regierung nicht gleich die von den U-Sozialiſten und Kommuniſten geforderte Sozialiſierung oder Vergeſellſchaftlichung oder Verſtaatlichung als eine für das Einkommen der Nation ſchädliche Utopie abgelehnt, ſondern nur abgewinkt, ſtatt von vornherein klarzumachen, daß es faſt in der ganzen Welt keine Staatsbetriebe gibt, die ähnlich erfolgreich oder gewinnbringend arbeiten, wie Privatbetriebe. Auch hier wäre wiederum den wiſſenſchaftlichen Nationalökonomen ein reiches Feld geboten, um ſtatt langer theoretiſcher Aufſätze durch Beiſpiele aus der Praxis anderer Länder Beweiſe vorzuführen und dem Volke die Augen zu öffnen. In den Archiven der Metallfirmen und der Geſellſchaft für wirtſchaftliche Ausbildung in Frankfurt, des Kieler und Hamburger Kolonialinſtituts ſowie des Deutſchen Überſeedienſtes ſind ſicherlich genügend Unterlagen vorhanden, um zu beweiſen, daß die in Auſtralien in verſchiedenſten Betrieben verſuchte Sozialiſierung faſt immer zu Verluſten oder jedenfalls zu verhältnismäßig ſehr geringen Gewinnen geführt hat. Vergleichsziffern über den ſtaatlichen deutſchen Kohlenbergbau und andere private Zechen ſind ſicherlich in der deutſchen techniſchen Literatur zu finden; in oben erwähntem Vortrage ſagte ich: „Die Übernahme ſämtlicher Zechen in die Verwaltung des Staates wird kaum zu einem glänzenden finanziellen Ergebnis führen". Mit einem Kapital von rund 400 Millionen Mark zahlten die preußiſchen fiskaliſchen Bergwerks- und Hüttenbetriebe 1909—1911 nur je 6 bzw. 5, 9 % und 1912 10,8 %. Ich hoffte ſchon damals, daß die Berufsvolkswirte der Univerſitäten einen Vergleich zwiſchen dieſer Rentabilität der ſtaatlichen Betriebe und der von ähnlichen Privatunternehmungen durchführen und beweiſen würden, daß, eher als eine ſtaatliche Kohlenwirtſchaft, eine Kombination zwiſchen dem auſtraliſchen und ſüdafrikaniſchen Beſteuerungsprinzip, unter Anlehnung an deutſche Erfahrungen, zu empfehlen ſei. Die Angaben über die Kommiſſionsberichte der in Südafrika aufgeworfenen Frage: Staatsbetrieb? Privatbetrieb? Beteiligung des Staates an Privatbetrieben? ſind ſicherlich in den Archiven der deutſchen Metallfirmen zu finden. Kurze Auszüge daraus würden dem deutſchen Volke durch Tatſachenmaterial klarmachen, auf welche ſchiefe Ebene die Sozialiſierungstendenz der Bergarbeiter und radikalen Sozialiſten führt. Wenn nach dieſen Kriegserfahrungen, die den Materialismus des deutſchen Volkes in ſo erſchreckender Weiſe gezeigt haben, der privaten Initiative, der Intelligenz ein Riegel vorgeſchoben wird, iſt es klar, daß dieſe Intelligenz ſchleunigſt auswandern und in anderen Ländern ihre Kenntniſſe verwerten wird. Hierüber ſollte unſer Volk, das ſo außerordentlich ſtark einer intelligenten Führung bedarf, ſich keinen falſchen Erwartungen hingeben. Nicht die Auswanderung

des Kapitals, ſondern die Auswanderung der Intelligenz wird Deutſchland wirtſchaftlich weiter herunterbringen, und niemand wird behaupten können, daß wir an wirtſchaftlichen Führern einen Überſchuß hätten.

„Wer ſein Vaterland liebt, muß vor allem jetzt und nach dem Kriege helfen, in weitere Kreiſe unſeres Volkes moderne Auffaſſungen über die nationalwirtſchaftlichen Grundlagen und Notwendigkeiten hineinzutragen.

Bisher beſtand zu häufig Volkswirtſchaft in Sonderintereſſenwirtſchaft und unterlag parteipolitiſchen Strömungen. Wahre Volkswirtſchaft hat das Geſamtintereſſe der Nation im Auge, bedeutet Nationalwirtſchaft und ſucht der Zukunft nicht für wenige Jahre, ſondern für Jahrzehnte ins Antlitz zu ſchauen, um richtig vorzubauen."

Dieſe Worte ſtammen vom Juli 1918 aus meiner Schrift „Wärme, Kraft und Licht"*) her. Sie treffen in der jetzigen Zeit noch mehr als damals zu. Wenn wir nicht den Mut haben, jetzt dem früher ſo arbeitſamen deutſchen Volke die Karten offen aufzudecken, wenn wir nicht der Hauptmaſſe unſeres Volkes, den Arbeitern, ohne Berückſichtigung der parteipolitiſchen Strömungen und Sonderintereſſen, ernüchterndes Waſſer ſtatt mouſſierende, durch Parteiintereſſen gewürzte Getränke vorſetzen, wenn wir ebenſowenig den Mut haben, dem deutſchen Volke und der ganzen Welt die nackte Wahrheit zu ſagen (ohne Beſchönigung, wie Staatsſekretär Schiffer es bereits tat), wenn nicht in allen Tageszeitungen, durch Anſchläge und Reden der Vertreter der Regierung und der Parteien dieſe volkswirtſchaftlichen Grundlagen und Beiſpiele aus der Praxis dargelegt werden, ſo daß die tatſächlichen Verhältniſſe immer wieder dem Kopfe der arbeitenden Klaſſen eingehämmert werden, dann wird der wirtſchaftliche Rückgang Deutſchlands nicht für Jahrzehnte, ſondern für eine unabſehbare Zeit zur grauſamen Tatſache, dann werden nicht wenige, ſondern viele, viele Millionen entweder Hungers ſterben, oder als verachtete Fronarbeiter unſerer jetzigen Feinde ihr kärgliches Leben friſten müſſen. Die Stunde iſt ſo ernſt, daß nicht genug gemahnt und gewarnt werden kann. Die ſchwärzeſten Bilder der Zukunft müſſen dem deutſchen Volke klar vor Augen treten, damit es erkennt, was ihm bevorſteht, wenn es ſich im letzten Augenblick nicht beſinnt.

Die Herkunft des Bolſchewismus

Von Dr. M. Bernath, Stuttgart

Man ſpricht über Bolſchewismus heute auf allen Ecken und Straßen. Die Zeitungen bringen über ihn Artikel und Nachrichten jeden Tag. Und dennoch iſt die wahre Herkunft, die geiſtige Abſtammung des „ruſſiſchen" Bolſchewismus allgemein kaum bekannt. Es iſt verkehrt zu glauben, daß das Programm der Bolſchewiſten in Rußland entſtanden ſei. Die Ruſſen ſind, wie jedermann weiß, politiſch unproduktiv, und ihre Theorien und Theoretiker ſind noch immer von Weſteuropa aus befruchtet worden. So ſteht es auch mit dem Bolſchewismus.

---

*) Verlag Carl Heymann, Berlin 1918. Die Schrift zeigt an Tatſachenmaterial die „dringend notwendige Reform" auf dieſem Gebiete.

Zunächſt die Frage: was iſt der Bolſchewismus? Bolſchewismus iſt Gruppen-Anarchie, hervorgerufen und ermöglicht durch das Gefühl der Enttäuſchung und der Hilfloſigkeit des Proletariats. Enttäuſchung und Hilfloſigkeit bemächtigen ſich nämlich der Maſſen, wenn dieſe, nach erfolgter politiſcher Umwälzung, merken, daß politiſche Macht und wirtſchaftlicher Wohlſtand der arbeitenden Klaſſen miteinander nicht identiſch ſind. Daß in Rußland der Bolſchewismus durch den Friedenswillen des Volkes ſeinerzeit zur tatſächlichen Regierungsgewalt gekommen, ändert an dieſer Auffaſſung nichts. Beweis dafür iſt — um beim Oſten zu bleiben — die Ausbreitung des Bolſchewismus in der Ukraine, wo der Friedensſchluß durch die Sozialiſten herbeigeführt wurde. Überhaupt hat der Bolſchewismus, ſoweit es ſich um ſein wirtſchaftliches Programm — und ein anderes hat er ja nicht, denn die Politik an und für ſich intereſſiert ihn nicht — handelt, mit dem Krieg nichts zu tun. Die durch den Krieg entſtandenen Zuſtände waren nur ſeiner raſchen Ausbreitung günſtig. Die Grundforderung des Bolſchewismus iſt, die Verfügung über die Wirtſchaftskräfte in die Hände der Arbeiterſchaft zu legen. Und zwar ſoll dies nicht auf dem Wege langer Evolution, ſondern durch kurzen Prozeß ſeitens einiger kleiner, aber entſchloſſener Gruppen erfolgen. Dieſe müſſen dann bis zum Zeitpunkt, wo die trägen Maſſen des Volkes ihre wahren Intereſſen, die nur im Bolſchewismus liegen, erkennen, eine Diktatur ausüben. Damit vertritt der Bolſchewismus in einem gewiſſen Sinne einen ſozialariſtokratiſchen Standpunkt.

Sind Lenin und Trotzki die geiſtigen Väter dieſer Gedankengänge? Sie ſelbſt berufen ſich auf Marx und halten ſich für ſeine gewiegteſten und getreueſten Exponenten. In der Tat aber verdanken ſie ihre Weisheit der ſyndikaliſtiſchen Bewegung in Frankreich, die dort ſchon lange vor dem Krieg Fuß gefaßt und ſich entfaltet hatte.

Der Syndikalismus geht in ſeinen Anfängen auf verſchiedene örtliche und zeitliche Strömungen innerhalb des franzöſiſchen Sozialismus zurück, die ſich bis auf die Jahre unmittelbar nach dem deutſch-franzöſiſchen Krieg zurückführen laſſen. Kompakt zu faſſen, als eine programmatiſch auftretende wirtſchaftlich-ſoziale Richtung iſt er jedoch erſt ſeit etwa 1899. In dieſem Jahre iſt der Sozialiſt Millerand, als erſter ſeiner Partei, Mitglied der Regierung geworden. Und da hat ſich denn auch ſogleich innerhalb der ſozialiſtiſchen Arbeiterſchaft die Enttäuſchung darüber gezeigt, daß trotz der Beteiligung der Partei an der Regierungsmacht, eine Beſſerung in der wirtſchaftlichen Lage der Arbeiter nicht zu verzeichnen war. Nunmehr haben jene Theoretiker, die der Arbeiterſchaft predigten: die Politik kann uns gleich ſein, wenn wir nur die Wirtſchaftsmacht in die Hände kriegen, bei ihr willige Gefolgſchaft gefunden. Es waren dies die Führer der ſyndikaliſtiſchen Theorie, Georges Sorel, Edouard Berth, Emil Pouget, Griffuelhes und Pelloutier. Neben den revolutionären Syndikalismus, der ſofortige Aktion verlangte, hat ſich noch eine zahmere Richtung, der reformiſtiſche Syndikalismus, gebildet. Dieſer aber hatte wenig Einfluß und iſt für uns hier ohne Bedeutung.

Wer ſich auch nur oberflächlich mit der revolutionär-ſyndikaliſtiſchen Literatur befaßt, bemerkt ſofort, daß Lenin, Trotzki und Lunatſcharſki ihre Gedankenwelt ihr zu verdanken haben.*)

Die Bezeichnung „Syndikalismus“ kommt von den franzöſiſchen „Syndicats“. d. h. Arbeitervereinigungen (daneben wird aber das Wort im Franzöſiſchen auch in dem Sinne wie bei uns gebraucht). Die Syndikaliſten erſtreben die Beſeitigung des heutigen Staates, der nach ihnen nichts anderes iſt, als eine Schutzeinrichtung für den Kapitalismus gegen die Emanzipation des Proletariats. Der Syndikaliſt ſagt: Weg mit dem Staat! Weg mit der Regierung! Die geſamte Gewalt muß in die Hände der Facharbeiterausſchüſſe (syndicat) gelegt werden. Weg mit den Grenzen und deshalb auch weg mit Patriotismus und Militär! Die Welt darf nur eine Einordnung nach Klaſſen, nicht aber nach Vaterländern kennen. Das wahre Vaterland des Arbeiters iſt ſeine Berufsvereinigung, die international iſt. So legt der Syndikalismus den Ruf „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“, der ein Grundſatz ſeiner Lehre iſt, aus.

Im Gegenſatz zu der Sozialdemokratie, die die Eroberung der öffentlichen Gewalt auf politiſchem, d. h. demokratiſchem Wege erſtreben, will der Syndikalismus dieſe vernichten und nähert ſich damit dem kommuniſtiſchen Anarchismus. „Die Ära der Staaten iſt vorbei, die Ära der Klaſſen beginnt.“

Ein geiſtreicher Franzoſe, G. Guy-Grand, hat in ſeinem 1911 erſchienenen Buche „Le procès de la démocratie“ gezeigt, wie leidenſchaftlich der Syndikalismus in Frankreich die Demokratie bekämpft. Nach der Auffaſſung ſeiner Führer iſt die Demokratie in der Tat nichts anderes als die Herrſchaft der

---

*) Es ſeien hier nur die folgenden grundlegenden Schriften genannt:
Georges Sorel, Réflexions sur la Violence. 2. Ausg. 1910,
„ „ Les illusions du progrès. 2. Ausg. 1911,
„ „ La décomposition du marxisme. 2. Ausg. 1909,
Edouard Berth, Les nouveaux aspects du socialisme. 1909,
ſowie die Zeitſchriften
Revue syndicaliste (ſeit 1906),
Le Mouvement socialiste (ſeit 1899).

Dummen. Jede demokratiſche Regierung ſtützt ſich auf eine Mehrheit unintelligenter Wähler. Deshalb hat eine kleine Minderheit, die das wahre Recht und die wahre Pflicht erkannt hat, vollauf das Recht, auf gewaltſamen Wege die Herrſchaft an ſich zu reißen, die Demokratie zu beſeitigen, die eigene Diktatur zu errichten und dann die geſamte Wirtſchaftsmacht in den Beſitz der „produktiven Kräfte“, d. h. der Arbeiter, hinüberzuführen. Dieſe kleine Ausleſe von „Sozialariſtokraten“ wird vollauf genügen, um das Herdenvolk mitzureißen.

Intereſſant iſt die Auffaſſung der Syndikaliſten vom Wahlrecht. Nach ihnen iſt das allgemeine Wahlrecht ein Unfug. Vielmehr ſollen nur die ein Wahlrecht haben, die als „produktive Kräfte“ anerkannt werden. Im übrigen ſoll die menſchliche Geſellſchaft nur nach Syndikaten, d. h. Arbeiterräten, gegliedert ſein und dieſe wiederum ſollen alle die gleichen Rechte genießen, ob ſie groß oder klein ſind. Von Proporz oder Berückſichtigung von Stimmenmehrheiten wollen ſie nichts wiſſen. Guy-Grand hat deutlich nachgewieſen, wie alle dieſe Gedankengänge mit jenen der Reaktionäre verwandt ſind und wie die revolutionären Syndikaliſten in Frankreich in die Hand der Royaliſten arbeiteten. Sein Buch iſt für uns heute, wo unſere in der Konſolidierung begriffene junge Demokratie von rechts und links bekämpft und bedroht wird, doppelt intereſſant.

Auf welchem Wege ſollen die von den Syndikaliſten geſetzten Ziele erreicht werden? Alle Mittel, auch die gewaltſamſter Art, ſollen angewendet werden: Generalſtreik, Sabotage, Bedrohung der Arbeitgeber, Putſche uſw. Die ganze heutige Geſellſchaftsordnung muß beſeitigt werden durch den Abſchluß der Bewegung, den expropriatoriſchen Generalſtreik, der nichts anderes als die „ſoziale Revolution“ darſtellt. Dann wird ſich die volle Macht des Proletariats entfalten können. Der Begriff „Staat“ wird dann verſchwinden, an ihre Stelle wird eine Reihe von nebeneinander ſchaltenden und waltenden Arbeiterorganiſationen (Arbeiterräten), die ſämtliche Produktionsmittel beherrſchen, treten, mit einer oberſten Spitze, beſtehend aus Vertretern dieſer Arbeiterorganiſationen. An Stelle der kapitaliſtiſchen Geldwirtſchaft würde der freie Güteraustauſch treten.

*

Die hier geſchilderten Gedankengänge zeigen zur Genüge, wie abhängig der Bolſchewismus in Rußland und der Spartakusbund bei uns vom franzöſiſchen Syndikalismus ſind. Übrigens trat dieſer vor dem Kriege bereits der Reihe nach in allen Ländern, in denen die Arbeiterparteien zur Mitregierung herangezogen wurden, alsbald auf, ſo in Italien, wo er von Arturo Labriola und Enrico Leone geführt wurde, und in England wo Tom Mann, Guy Bowman und Gaylord Wilſhire an der Spitze der Bewegung ſtanden. Bereits in wenigen Jahren des Beſtehens der ſyndikaliſtiſchen Bewegung vor dem Kriege hat ſich ſein bitterer Ernſt und ſeine große Durchſchlagskraft gezeigt. Es ſei nur an die unzähligen Streiks in England und an die anſchließenden blutigen Zuſammenſtöße zwiſchen Arbeiterſchaft und Soldaten, wobei die erſteren die letzteren ſtets zur Verweigerung der Diſziplin den Offizieren gegenüber zu verleiten ſuchten, an die Streiks und Sabotagebewegungen in Frankreich und Italien erinnert. In Deutſchland hat der Syndikalismus vor dem Kriege nur deshalb keinen Fuß gefaßt, weil die Sozialdemokratie die Maſſen noch mit politiſchen Zielen und Beſtrebungen (Koalitionsfreiheit!) zu befriedigen vermochte. An dem Tage, wo die politiſche Gleichberechtigung, alſo die Demokratie, ihren Einzug in Deutſchland gehalten hat, machte ſich auch bei uns die gleiche Strömung innerhalb der Sozialdemokratie bemerkbar.

*

Rußland hat ganz andere wirtſchaftliche Verhältniſſe als die weſteuropäiſchen Länder. Die von Lenin und Trotzki eingeführten ſyndikaliſtiſchen Theorien konnten dort nicht in ihrer urſprünglichen Art angewendet werden. So mußte auf die gewaltigen Bauernmaſſen und die beſtehenden, traditionell gewordenen kommuniſtiſchen ländlichen Beſitzverhältniſſe, die im „Mir“, dem Gemeindekommunismus, verkörpert ſind, Rückſicht genommen werden. Trotzdem rekrutiert ſich der geſamte gedankliche Inhalt des Bolſchewismus aus den ſyndikaliſtiſchen Theorien. Merkwürdigerweiſe geht der Spartakusbund nicht direkt auf die Quellen zurück, ſondern übernimmt ſeine Leitſätze aus zweiter Hand, nämlich von den Ruſſen.

*

Es wäre verkehrt, zu glauben, daß die ſyndikaliſtiſche Bewegung durch den Krieg und den Sieg in den Ländern der Entente getötet worden ſei. Die Zeichen mehren ſich vielmehr dafür, daß ſie ſich wieder regt. Die lange Reihe von Streiks in England — aus Frankreich dringen die Nachrichten nur ſpärlich zu uns —, ſowie die Gärung in der italieniſchen Arbeiterſchaft, ſind alles als das Werk der Syndikaliſten zu betrachten. Syndikalismus — Bolſchewismus — Spartakus: das ſind drei Namen für dasſelbe Ding, das ſolange aus dem Völkerleben nicht verſchwinden kann, als es nicht gelingt, einen Weg des ſozialen Ausgleiches, der wirtſchaftlichen Befriedigung der Arbeiterſchaft zu finden. Das Proletariat wird ſich durch politiſche Errungenſchaften und Rechte nicht befriedigen laſſen. Der revolutionäre Syndikalismus hat dieſes, das größte Problem der Gegenwart, von deſſen Löſung wohl das Fortbeſtehen unſerer Kultur abhängt, aufgeworfen. Die Ideen, die der Bolſchewismus trägt, ſind mit Maſchinengewehren nicht zu bekämpfen. Ihnen müſſen gleichwertige ſoziale Gedanken entgegengeſtellt werden, die aber durch ſoziale Taten geſtützt werden müſſen, wenn ſie im Kampfe den Sieg davontragen ſollen.

Die kleine Aktie

Bei allen einſichtigen Volkswirten, gleichgültig welcher politiſchen Richtung, bricht immer mehr der Wunſch durch, den Angeſtellten und Arbeitern größeren Anteil an den Erträgniſſen der Werke, als in der Zeit vor dem Kriege, zu gewähren. Reformvorſchläge aller Art tauchen auf, von denen die radikalſten ſich auf der Linie jener wilden Sozialiſierung im Ruhrbezirk bewegen, wo bekanntlich Bergleute auf eigene Fauſt ſich in den Beſitz der Gruben ſetzten. Derartige radikale Maßnahmen müſſen, wie wohl an dieſer Stelle nicht weiter bewieſen werden muß, ſcheitern. Umſomehr wenden ſich die nüchternen Reformer zahmeren Vorſchlägen zu. Dabei wird immer wieder der Vorſchlag der Gewinnbeteiligung im allgemeinen und der Ausgabe kleiner Aktien gemacht. Die Redaktion der „Deutſchen Politik" hat mich gebeten, gerade den Vorſchlag der kleinen Aktie kritiſch zu prüfen.

Die Rechtslage bei uns iſt die, daß nach dem Handelsgeſetzbuch, mit einigen unweſentlichen Ausnahmen, nur Aktien im Mindeſtbetrage von tauſend Mark ausgegeben werden können. Das iſt eine Summe, die wohl im allgemeinen für den kleinen Mann zu hoch iſt, doppelt hoch, wenn man bedenkt, daß in der Regel die Aktien nicht zu ihrem Nennwerte, ſondern zu einem höheren Betrage verkauft werden, während umgekehrt eine Ausgabe von Aktien unter ihrem Nennbetrage in Deutſchland, im Gegenſatz zu anderen Ländern, geſetzlich unzuläſſig iſt. Man verweiſt nun auf andere Länder, wo dieſe angeblichen Mißſtände nicht vorhanden ſeien, ſo auf England, wo die Aktien auf ein Pfund Sterling lauten, alſo auf den fünfzigſten Teil der in Deutſchland eingeführten Mindeſtſumme, oder aber auf Amerika, wo zudem die Aktien ſehr häufig weit unter ihrem Nennwerte begeben werden. Bevor die Frage geprüft werden ſoll, ob dieſe angelſächſiſchen Einrichtungen ſehr nachahmenswert ſind, muß zunächſt einmal feſtgeſtellt werden, daß auch in jenen Ländern, namentlich in England, im eigentlichen Börſenverkehr im allgemeinen gar nicht dieſe kleinen Einheiten gehandelt werden und daß man fünfzigſtückweiſe zu kaufen hat, ſo daß alſo der Mindeſtumſatz, wenigſtens im Börſenverkehr, ſich von dem deutſchen nicht unterſcheidet. Die weitere Frage aber iſt, wie ſchon angedeutet, die, ob die Nachahmung jener kleinen Aktien überhaupt zu empfehlen ſei.

Und da muß doch auf die Motive zurückgegangen werden, die ſeinerzeit einen Mindeſtbetracht von 1000 Mark in das deutſche Geſetzbuch hineinbrachten. Das war die Furcht, daß das Börſenſpiel auch die kleinen und kleinſten Kreiſe ergreife. Und dieſe Furcht iſt gar nicht unberechtigt. Wer während des Krieges, wo das Geld im Überfluß vorhanden war, beobachtete, welche Kreiſe ſich zum Börſenſpiel haben verleiten laſſen, der wird vielleicht damals bedauert haben, daß der Mindeſtwert der deutſchen Aktie nicht noch höher ſei. Mehr als man in der Öffentlichkeit erfahren hat, ſind mittlere Kreiſe, wie beiſpielsweiſe Bankbeamte, durch die unheilvolle Spekulation in Vermögensverfall geraten. Hätte es gar Aktien für hundert Mark uſw. gegeben, ſo hätten die finanziell, aber auch moraliſch in Mitleidenſchaft gezogenen Schichten ſich noch vervielfältigt.

Nun könnte man freilich gegenüber dieſen Einwendungen darauf hinweiſen, daß die Beteiligung des kleinen Mannes, des Arbeiters und Angeſtellten, in einer Weiſe erfolgen könne, daß die reine Spekulation ausgeſchaltet werde. Eine Aktiengeſellſchaft könnte z. B. dem eigenen Perſonal die Aktien gutſchreiben, ohne ſie ihnen in natura auszuhändigen. Es würden alſo Aktien geſchaffen, die auf den Namen lauten und deren Übertragung nicht ſo ohne weiteres möglich wäre. Aber auch gegen die Anwendung dieſes Gedankens beſtehen auf Grund praktiſcher Erfahrungen ſchwere Bedenken. Ein klaſſiſches Beiſpiel bietet der Stahltruſt. Dieſes größte Induſtrieunternehmen der Welt hat vor einer ganzen Reihe von Jahren ſeinen Arbeitern Aktien zu einem vermeintlich ſehr günſtigen Kurſe angeboten. Wenn ich nicht irre, ſtanden damals an der Börſe die Stammaktien des Truſts auf etwa 60, während die Arbeiter zu 58 die Anteile zeichnen konnten. Das war ein für den Augenblick ſehr vorteilhaftes Anerbieten. Es verging aber kaum ein Jahr, da ſtanden die Stahltruſt-Aktien erheblich unter 50. Dementſprechend war auch die Rentabilität beträchtlich zurückgegangen. Durch den Krieg hat jenes amerikaniſche Unternehmen ſich wieder erholt. Es wäre aber ebenſogut möglich geweſen, daß der Gewinn immer weiter zurückgegangen wäre. In welche Lage wären dann die Arbeiter gekommen? Sie hätten dann gleichzeitig eine Verſchlechterung ihrer Löhne zu gewärtigen gehabt und ihre Sparpfennige gefährdet geſehen.

Aus allen dieſen Gründen geht Rathenau in ſeinen wirtſchaftlichen Schriften ſoweit, daß er nicht nur für Arbeiter und Angeſtellte, ſondern auch für den Mittelſtand den Erwerb von Aktien für einen Unfug erklärt und ausdrücklich dieſe Kreiſe auf den Erwerb feſtverzinslicher Werte verweiſt. Wenn man ſchon für den Mittelſtand wegen der Schwankungen der Rentabilität vor allem Aktienbeſitz warnen muß, wie kann man da dem kleinen und kleinſten Mann unſeres Volkes mit dem Erwerb von Aktien einen Gefallen tun! Abgeſehen von allem anderen iſt gerade heute ein ſolcher Plan darum bedenklich, weil wir alle wohl die Rentabilität unſerer Geſellſchaften nicht gar zu roſig beurteilen. Ob übrigens der Beſitz von Aktien eines Unternehmens nicht bis zu einem gewiſſen Grade die nicht zu entbehrende Freizügigkeit der Angeſtellten erſchwert, ſei noch dahingeſtellt.

Es iſt auch kein Zufall, daß in den Kreiſen der Sachverſtändigen die kleine Aktie eigentlich nur für eine beſondere Art von Unternehmungen propagiert wird, wo ſie zum Teil übrigens auch jetzt ſchon zuläſſig iſt. Das iſt das koloniale

Unternehmen. Dort muß jeder Pionier gleichzeitig ſpekulieren und wagen; lockende Gewinne ziehen auch das Kapital dahin, aber gleichzeitig iſt das Riſiko ungewöhnlich groß. Die Hoffnung auf Gold- und Diamantenfunde iſt es, die den profitluſtigen Europäer zum Kauf von Kolonialwerten treibt. Und nur dieſe Gier iſt nach Anſicht der Fachleute in der Lage, große Kapitalien aus den kleinſten Kanälen herauszulocken und trotz mancher Fehlſchläge letzten Endes die Erſchließung von Neuland zu ermöglichen. Aber eine derartige ſpekulative Anlage iſt wohl das letzte, was wir den arbeitenden Klaſſen aufſchwätzen wollen.

Über all dieſem Ablehnenden darf allerdings nicht vergeſſen werden, daß ſchließlich doch ein ſehr guter und beachtenswerter Gedanke zur Empfehlung det kleinen Aktie geführt hat. Das iſt der Wunſch, dem Mitarbeiter einen Anteil am Gewinn des Unternehmens zu ſichern und gleichzeitig auch ſeine Arbeitsfreude und Leiſtungsfähigkeit möglichſt zu erhöhen, nicht etwa nur im Intereſſe des betreffenden Unternehmens, ſondern der Geſamtheit, die heute ja mehr als je auf eine möglichſt rationelle Ausnutzung der Arbeitskraft angewieſen iſt. Dieſes Ziel iſt beachtenswert und es muß, wenn irgend möglich, angeſtrebt werden. Nur fragt ſich, welcher andere Weg dazu geeignet iſt. Ob man nun die Nutzbeteiligung einführen ſoll, wie etwa bei Zeiß in Jena? Auch hier treffen gewiſſe Bedenken zu, die für die kleine Aktie angeführt wurden. Die Spekulation iſt zwar ausgeſchaltet aber die Gefahr, daß ein Ausfall an Dividende zuſammenfällt mit ſchlechten Löhnen, gibt doch wohl zu denken. Es läßt ſich da freilich durch Anhäufung von Reſerven ein gewiſſer Sicherheitsfaktor einſchalten. Ob das aber genügt? Generell, ſo ſcheint uns, iſt die Frage gar nicht zu löſen. Man muß wohl hier in vorſichtiger Weiſe experimentieren, d. h. man wird die verſchiedenen Möglichkeiten in den verſchiedenen Geſellſchaften auszuprobieren haben. Daß aber dabei die kleine Aktie nicht in Frage kommt, dürfte wohl nach dem Vorangegangenen ſich ohne weiteres ergeben.

Linter.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdrucker
Hermann Bergmann, Berlin SW48.

4. Jahrgang * 7. März 1919 * Heft 10

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Das erſte Kapitel über die deutſche Verfaſſungsarbeit trägt den Titel: „Begrabene Hoffnungen“. Wie die Fortſetzungen des Volksromans lauten werden, weiß das Verfaſſerkollegium ſelber noch nicht. Der gute Deutſche reſigniert, denn er ſieht heute faſt nur die bayeriſche Briefmarke auf der Strecke geblieben (und die war dazuhin beſſer als das üble Schmuckſtück der Reichspoſt). Hugo Preuß hat auf die beſten Stücke ſeines Entwurfes verzichten müſſen, indem der zentraliſtiſche Gedanke wieder in den föderativen umgebogen wurde. Tapfer verteidigte er auch den Kompromiß. Gewiß, daß wir Reichsminiſterien erhalten, iſt ein Vorzug; aber indem wir ſie ſchaffen, geben wir mit dem Reichsrat einer Körperſchaft das Leben, deren Aufgabe heute ſchon deutlich iſt, den freien Wurf großer Erfindung zu lähmen. Iſt eigentlich die Nationalverſammlung ſouverän? Manchmal ſieht es aus, als ob die Gliedſtaaten ſich im Zuſtand vor den Novemberverträgen von Verſailles befindlich glauben und über das kommende Reich „Verträge“ abſchließen wollen. Hat denn niemand ein Gefühl dafür, daß das Ermunterung an die Entente und Ernüchterung für Deutſchöſterreich iſt?

*

Die Reichsfarben ſollen, nach einer Verfaſſungsbeſtimmung, künftig Schwarzrotgold ſein. Einverſtanden. Aber das Schwarzweißrot ſoll darum nicht geſchmäht werden dürfen. Mit der Farbe ſoll nun auch die Geſinnung lebendig werden, die 1813 und 1848 lebendig war. Metternich haßte ſie, nicht nur weil ſie freiheitlich war, ſondern weil ſie den das Fürſtenweſen überwindenden Nationalſtaat wollte. Das Fühlen der Freiheitskrieger, das Denken in der Paulskirche war antipartikulariſtiſch. Die deutſchen freiſtaatlichen Regierungen aber bringen nicht die Kraft auf, ſich vom Erbe ihrer Vorgänger innerlich loszureißen. Erzwingt die Nationalverſammlung dieſe Stärkung des Einheitsgedankens nicht von ſich aus, dann bleibt das Schwarzrotgold eine romantiſche Koſtümattrappe.

*

Nun Eisner, der immerhin Flamme war, erlöſcht iſt, beginnen in München die Talgkerzen zu ſchwelen. Erich Mühſam ruft drohend gen Norden: „Seien wir Bayern!“, was ihm etwas ſchwerfallen wird, da die Kaffeehäuſer einer armſeligen Berliner Bohème ſeine Heimat ſind. Dieſe Revolutionäre ſind ein blutig-grotesker Faſching, und es fällt ihnen nicht einmal ſehr viel ein, denn wenn ſie jetzt nach Guſtav Landauers Loſung in den Kirchen atheiſtiſche Propaganda machen wollen, ſind ſie nur ärmliche Kopiſten der aufdämmernden Geiſtloſigkeit der großen franzöſiſchen Revolution. Ihr Getue iſt ekelhaft, aber es muß den Mordanſchlag auf Auer überlärmen. Von ihm redet niemand. Was gilt er, der vom Arbeiter zum beſonnenen politiſchen Führer emporwuchs und ein wahrer Vertreter guten bayeriſchen Volkstums iſt, den Berliner Literaten, die Schwabing eroberten? Es lohnt ſich ihnen kaum, nach dem Mörder umzuſehen. Außerdem iſt die Entrüſtung über einen Grafen billiger als über einen Metzgergeſellen.

*

Die neue Streikwelle, die vor allem Mitteldeutſchland überflutet hat, iſt nicht wirtſchaftlicher, ſondern ausſchließlich politiſcher Natur: das Räteſyſtem ſoll ſich gegen die Demokratie einer Parlamentsmehrheit durchſetzen. Der Kampf iſt keine Überraſchung; unſere Linke, die Unabhängigen eingeſchloſſen, wiſſen ja nichts, als den Ablauf der ruſſiſchen Umwälzung nachzubuchſtabieren. Und die Mehrheitsſozialiſten fühlen ſich unſicher werden: ſie kämpfen zwar gegen den verbrecheriſchen Streik an, ſuchen aber nach beruhigenden Methoden, in denen die Weiterexiſtenz der A.- u. S.-Räte befeſtigt werde. Dabei laufen die Meinungen nebeneinander her, die das, was jetzt „Rat“ heißt, umdeuten wollen auf „Arbeiterbetriebsausſchuß“ oder auf „Arbeiterkammer“. Das geiſtige Tohuwabohu iſt vollkommen; für niemanden erſtaunlich, der dieſe ganze Räteromantik, die auch einem Teil der „Intellektuellen“ als das Arkanum der neuen Zeit erſchien, von vornherein für eine plumpe und brutale Geiſtloſigkeit hielt. Kaum wo anders hat die Phraſe je ſolche Orgien gefeiert, als in dieſen Debatten. Aber ſie redet uns immer tiefer ins Unheil hinein.

*

Die Ententekommiſſion in Galizien hat ſchamloſe Dinge bei den Judenpogromen durch die Polen feſtgeſtellt. Nicht nur haben ſich die polniſchen Legionäre, dieſe Vertretung der polniſchen Bildungsſchicht, an den Züchtigungen der Juden beteiligt, ſondern ſie haben ſich ſogar zwei Rubel als „Arbeitslohn“ von ihren Opfern zahlen laſſen, die obendrein noch jeden Schlag mit den Worten „Danke Ihro Gnaden für die Belehrung“ quittieren mußten. So ſieht die polniſche Freiheit aus, von der während des Weltkrieges die polniſchen Blätter zu erzählen wußten, und die jetzt jedem blühen wird, ſei er Deutſcher, Ukrainer oder Jude, der unter die Fittiche des polniſchen Adlers geraten ſollte.

Wer treibt ſataniſche Politik?*)

Von Dr. Paul Rohrbach

In dem Vortrag des Prinzen Max von Baden über Völkerbund und Rechtsfriede werden auch die Worte des berühmten engliſchen Arztes Saleeby über die Wirkungen der Blockade erwähnt, deren phyſiologiſche Folgen das deutſche Volk „nicht nur als Nation, ſondern auch als Raſſe" ruinieren ſollen. Manche meinen, es ſei ſchwer zu glauben, daß in England, ſelbſt bei noch ſo ſtarkem, feindſeligem Empfinden gegen Deutſchland, weitere Kreiſe von einer derartigen Geſinnung erfüllt ſein ſollten, die, wenn ſie vorhanden wäre, in der Tat als teufliſch bezeichnet werden müßte. Wir wollen den Ausdruck vorläufig annehmen und zuſehen, ob es nötig ſein wird, ihn zurückzuweiſen, wenn wir die Ausführungen des Dr. Saleeby und die näheren Umſtände, unter denen ſie erfolgt ſind, kennengelernt haben.

Die engliſche Zeitſchrift „Common Sense" vom 14. Dezember 1918 enthält einen Artikel: Northcliffe Press on German babies. Darin wird mitgeteilt, einer der Hauptjournaliſten der von Lord Northcliffe geleiteten Preſſe, namens Frederic William Wile, habe im Sunday Weekly Dispatch einen Artikel geſchrieben: *Die Hunnen von 1940*, und zwar auf Grund einer Unterhaltung mit Dr. Saleeby, einem bedeutenden mediziniſchen und phyſiologiſchen Sachverſtändigen. Aus dem, was dieſe Autorität über die erhofften Wirkungen der Blockade geſagt hat, wird zunächſt folgendes wiedergegeben:

> Wenn deutſche Eltern heute ſchlecht ernährt oder unterernährt oder halb ausgehungert oder durch die tauſend und einen unheimlichen ſogenannten Nahrungs-„Erſatzmittel", mit denen ſie ſich jetzt erhalten, vergiftet werden, ſo wird ihre Nachkommenſchaft dementſprechend minderwertiges Erzeugnis ſein. Sie wird in weitem Maße *allen möglichen Varietäten erblicher Leiden unterworfen* ſein. Sie wird in *geringem Maße widerſtandsfähig ſein gegen die Anſteckung durch Tuberkuloſe*. Sie iſt möglicherweiſe *verkrüppelt*, *mißgebildet*, *oder im Wachstum unternormal*. Es iſt gewiß: daß kein noch ſo reichliches Hanteln, Keulenſchwingen oder preußiſcher Kaſernenhofdrill — kein noch ſo ausgiebiges Anwenden der Gymnaſtik in den ſo gerühmten deutſchen Turnvereinen die Arme und Beine von Kindern geraderecken kann, die von ſchlechternährten Eltern ſtammen, oder *gutes rotes Blut in ihre anämiſchen Adern zu pumpen* vermag, oder auf andere Weiſe die *dauernden Spuren* abändern kann, die die Natur ihren mangelhaften Konſtitutionen eingegraben hat.

---

*) Ich habe den Ausdruck „ſataniſche Politik" für das Verhalten der Entente gegen Deutſchland vor einiger Zeit in der „Hilfe" (13. Febr. 1919) gebraucht. Darauf iſt von verſchiedenen Seiten, auch aus dem Auslande, gefragt worden, ob das mitgeteilte Material authentiſch und wie es zu belegen ſei. Nachſtehende Ausführungen geben die Antwort darauf.

Zum Schluß wird eine zuſammenfaſſende Erklärung des Dr. Saleeby gegeben, die folgendermaßen lautet:

> Ich gehe weit im Vorausblick auf die Zukunft Deutſchlands: ich ſpreche aus, daß nicht nur Zehntauſenden von noch ungeborenen Deutſchen ein Leben phyſiſcher Minderwertigkeit vorausbeſtimmt iſt, ſo gewiß, als ſei durch Rechtsverfahren ihnen ein ſolches Urteil geſprochen, ſondern daß Tauſende von noch nicht erzeugten Deutſchen, wenn ihre Zeit gekommen ſein wird, einem ſolchen Schickſal ins Angeſicht ſchauen werden. Rhachitis wird vielleicht die gewöhnlichſte Form ſein, in der der untaugliche Deutſche der Nachkriegsperiode angetroffen werden wird. Man nennt in Deutſchland die Rhachitis „die Engliſche Krankheit“. Nun wohl, es kann dazu kommen, daß ſie dieſe Bezeichnung in Zukunft noch beſſer als in der Vergangenheit verdient, denn die britiſche Blockade iſt an erſter Stelle verantwortlich für Deutſchlands jetzige fürchterliche Ernährungsnotlage und infolgedeſſen für die Dauerwirkungen, die deren Folge ſein werden.

Prinz Max von Baden nennt dieſe Worte eines der „furchtbarſten“ Dokumente dieſes Krieges. Ohne Zweifel ſind ſie furchtbar. „Common Sense“, alſo eine gemäßigte, dem Frieden und der Idee der Völkergerechtigkeit geneigte engliſche Stimme, keine deutſche, macht für ſie nicht einen einzelnen, beſonders brutalen Journaliſten verantwortlich, ſondern eine ganze politiſche Richtung, und zwar die jetzt in England beinahe unumſchränkt herrſchende. Lord Northcliffe war vom erſten Tage an der Einpeitſcher des Krieges. Er hat durch länger als vier Jahre den Feldzug der abſoluten Haßpropaganda gegen alles, was deutſch iſt, geleitet. Er beherrſcht mit ſeinen Zeitungen auch heute noch den größten Teil der öffentlichen Meinung in England — die Maſſen unbedingt, aber auch viele Gebildete, bis in die höchſten Kreiſe der Geſellſchaft, einſchließlich der Kirche. Die Parolen, die er durch ſeine Journaliſten ausgeben läßt, haben die größte politiſche Bedeutung für das engliſche Urteil und das politiſche Willensziel Englands im ganzen. Wenn ſein Journaliſt eine Unterhaltung, wie die genannte, mit dem Dr. Saleeby führt, um die Meinung dieſer Autorität dem Publikum mitzuteilen, ſo ſoll das heißen, daß die haßerfüllte Freude an dem rhachitiſchen, verkrüppelten, unterwüchſigen, blutleeren, tuberkulöſen deutſchen Nachwuchs, den der Arzt „ſo gewiß, als ſei den Deutſchen durch Rechtsverfahren ein ſolches Urteil geſprochen, in Deutſchland entſtehen ſieht, dem engliſchen Volk als ſein Normalempfinden gegenüber dem deutſchen gepredigt werden ſoll. Mir ſcheint, man kann das ſataniſch nennen.

Wenn ein Mann, wie Lord Northcliffe, für einen Gedanken Propaganda machen läßt, ſo iſt nichts ſo wahrſcheinlich, wie daß man ſeine Auswirkungen auch in der praktiſchen Politik Englands finden wird. Prinz Max ſagt, es ſei

Sorge dafür getragen worden, unanfechtbare Grundlagen in die Hände unſerer Feinde zu legen darüber:*)

1. daß an den Wirkungen der Blockade täglich ungefähr 800 Menſchen in Deutſchland ſterben;
2. daß ſich unter den kleinen Kindern an manchen Zentren die Sterblichkeit nahezu verdoppelt hat;
3. daß unter Kindern und Halbwüchſigen die Todesernte der Tuberkuloſe in großen Städten doppelt ſo groß wie vor dem Kriege geworden iſt, die Sterblichkeit der Mütter am Kindbettfieber ſich für ganz Deutſchland um zwei Drittel vermehrt hat;
4. daß die Ärzte vielen heilbaren Krankheitsfällen ratlos gegenüberſtehen, weil ihnen die nötigen Arzneien und Nahrungsmittel zur Hilfeleiſtung fehlen;
5. daß infolge der Unterernährung das ganze Volk von einer nervöſen Erkrankung ergriffen iſt, welche die Initiative lahmlegt und die moraliſchen Hemmungen ſchwächt;
6. daß Hunderttauſende von Müttern nicht in der Lage ſind, ihre rekonvaleſzenten Kinder vollends geſund zu pflegen, weil ſie ſie nicht auffüttern können, ſo daß vielfach Siechtum auf Lebenszeit zurückbleibt, daß mit einem Wort die Lebenskraft der heranwachſenden Generation an der Wurzel getroffen iſt.

Vergleichen wir dieſe Aufzählung mit dem Gutachten des Dr. Saleeby und mit der Tendenz, der es in der Northcliffe-Preſſe dienen ſoll, ſo zeigt ſich, daß wir uns bemühen, Eindruck auf das Gefühl des Gegners für Menſchlichkeit und Gerechtigkeit genau mit denſelben Tatſachen zu machen, von denen Lord Northcliffe triumphierend verkünden läßt, ſie ſeien die erwünſchten und dauernd feſtzuhaltenden Ziele der engliſchen Hungerblockade. Auf die von der Northcliffe-Preſſe beeinflußte engliſche Politik und engliſche öffentliche Meinung wird mit ſolchen Darlegungen keine andere Wirkung hervorgerufen, als daß es mit tiefer Befriedigung heißt: Vortrefflich, das gerade wollten wir ja haben, und ſo ſoll es ſein nicht nur für dieſe, ſondern womöglich auch für die nächſte Generation. Wir finden alſo in der Weigerung Englands, die Blockade aufzuheben oder auch nur zu mildern, nichts anderes wieder, als das Diktat der Northcliffeſchen Richtung in der engliſchen Politik über Deutſchlands Zukunft. So iſt es, und ſo ſoll es dieſen Leuten zufolge bleiben. Zugeſtändniſſe anzubieten, um durch ſolche die Freigabe der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohſtoffen zu erkaufen, iſt dieſem engliſchen Prinzip gegenüber ganz zwecklos — es ſei denn, ſie ſeien derart, daß die Northcliffe-Politik ihr Ziel durch ſie ungefähr ebenſo ſicher erreicht, wie durch die Fortdauer der Blockade.

Eine ſpürbare Erleichterung der Not, die in den oben genannten ſechs Punkten gekennzeichnet iſt, würde eintreten, wenn uns z. B. der Seefiſchfang und die Einfuhr von Büchſenmilch für Kinder und Kranke in ausreichenden Mengen freigegeben würde. Man könnte damit die Gefahren, von denen Deutſchland im übrigen bedroht iſt, nicht entfernt an der Wurzel heilen, aber man könnte die Volksernährung verbeſſern und von den 800 Menſchen, die täglich in Deutſchland der Blockade wegen ſterben, einen Teil retten. Der Krieg hat für Deutſchland vier Jahre und drei Monate gedauert und einſchließlich der verloren zu gebenden Vermißten an zwei Millionen Todesopfer gefordert. Das macht auf jeden Tag der Kriegsdauer im Durchſchnitt faſt 1300 Tote. Über 60 Prozent des bisherigen Kriegsverluſtes erleiden wir alſo auch während des ſogenannten Waffenſtillſtandes täglich weiter, nur daß ſich unter dieſen Waffenſtillſtandsopfern größtenteils Frauen, Kinder und Schwache befinden. Selbſt mit der ſchärfſten politiſchen oder militäriſchen Lupe wäre es unmöglich, einen Grund zu entdecken, aus dem bei Gewährung des Seefiſchfanges und der Milcheinfuhr die Sicherheit der Entente gegenüber Deutſchland auch nur um einen Schatten verringert würde. Es iſt kein Grund vorhanden, außer dem einen, daß Deutſchland leiden ſoll. Es iſt der Grund Northcliffes, und das genügt!

---

*) Die nachſtehenden ſechs Punkte ſind aus Heft 9 der „Deutſchen Politik“ wiederholt.

Ich habe an anderer Stelle *) zwei Dokumente über die Wirkungen der Blockade ſeit 1916 abgedruckt. Daraus möchte ich folgende zwei Stellen wiedergeben:

> 1. Es liegen ſchon aus dem Jahre 1916 wiſſenſchaftlich einwandfreie Berechnungen und Verſuche der erſten Autoritäten, z. B. der Berliner Phyſiologen Rubner und Zuntz, darüber vor, daß die „rationierte“, der Bevölkerung pro Kopf zugeteilte Nahrung nur etwa die Hälfte des für einen Erwachſenen notwendigen Bedarfs enthielt. Bei den Inſaſſen geſchloſſener Anſtalten (Irrenanſtalten, Siechenhäuſer, Gefangenenhäuſer uſw.), die wirklich auf dieſe rationierte Nahrungsmenge angewieſen waren, begann in der Tat von Ende 1916 ab die „Hungerkrankheit“. Der Anblick ihrer Opfer in einem Gefangenenhaus wird von dem berühmten Berliner Kliniker Kraus mit dem Bilde der ſchwerſten Epidemien früherer Zeiten verglichen: „Die bleichen, bis 40 v. H. ihres urſprünglichen Gewichts abgemagerten, hydropiſch geſchwollenen, durch Muskelſchwäche unbeweglich gewordenen Menſchen boten einen nicht weniger ſchrecklichen Anblick als die Facies pestica. Todesfälle waren überaus häufig, an einzelnen Stellen bis zur Hälfte der Erkrankten“. Der 1917 von einem Siechenhaus eingeforderte Bericht lautete lakoniſch: Die Inſaſſen ſind alle geſtorben!
>
> Die Verhältniſſe in den geſchloſſenen Anſtalten beweiſen, daß die offiziell zugeteilte Nahrungsmenge in der Tat unzureichend war. Sie mußte zu einer unaufhaltſam zunehmenden Erſchöpfung und endlich zum langſamen Hungertode führen, wenn nicht die Halbverhungerten ſchon früher anderweitigen Krankheiten widerſtandslos zum Opfer fielen.
>
> 2. Wie in einem Experiment iſt aus der Leichenzufuhr zur Anatomie feſtzuſtellen, wie die ſtaatliche Rationierung auf die Sterblichkeit wirkt. Die Zahlen ſind ſchauerlich. Die betreffende Anſtalt überführte vor dem Kriege durchſchnittlich 10—12 Leichen pro Jahr (1914 waren es 13). Es ſtieg die Zahl 1915 auf 33, 1916 auf 45, 1917 auf 94. 1918 waren es 38. Der Abfall beruht nicht auf Zunahme der Rationen; es waren eben für eine hohe

---

*) „Hilfe“, vom 13. 2. 1919.

Sterbeziffer nicht mehr genügend Sieche vorhanden. Es ſind andere Verſorgungsanſtalten tatſächlich ganz ausgeſtorben.

In allen Fällen geht Waſſerſucht, die an den Beinen beginnt, dem Tode voraus. In den Großſtädten ſind die Erſcheinungen des Hungerödems ſeit dem Winter 1916/17, als die ſchlechte Kartoffelernte dazu nötigte, Rüben ſtatt Kartoffeln auszuteilen, ſehr wohl bekannt. In Hamburg ſpricht das Volk ſeitdem von „Rübenbeinen". Man ſieht ſie nicht auf der Straße, denn die Verhungernden können nicht mehr herumlaufen. Auch aus der Sterbeſtatiſtik kann man den Hungers Geſtorbenen nicht direkt feſtſtellen. Die Geſchwächten fallen vor dem endlichen Hungertode bereits anderen Krankheiten zum leichten Opfer. und doch iſt der Hunger die Haupturſache des Todes. Erſt jetzt ſind zahlenmäßige Feſtſtellungen hierüber bekanntgeworden; die Ziffer von etwa 800 000 Toten iſt ihnen entnommen.

Das alles weiß man in England. Die maßgebenden Politiker wiſſen es und jeder, dem etwas daran liegt und der mit zur Entſcheidung berufen iſt, könnte es wiſſen. Auch Lord Northcliffe und ſeine Preſſe und alle, die ſeine Politik machen, wiſſen es. Sie wiſſen es und ſie triumphieren. Sie ſagen: Das alles ſoll ſo bleiben, und damit es deſto ſicherer ſo bleibt und die deutſche Konkurrenz für England um ſo ſicherer für alle Zeiten erledigt iſt, darum nicht nur das Lebensmittelverbot bis ins unbeſtimmte, ſondern darum auch keine Rohſtoffe nach Deutſchland, bis durch Unterernährung, Arbeitsloſigkeit und jede Art von Not ſolche Zuſtände in Deutſchland eingetreten ſind, daß auf Generationen hinaus kein Wettbewerb mehr möglich iſt. Dann wird das alte glorreiche und glückliche England in alle Zukunft mit mäßiger Arbeit und reichem Gewinn ſein Daſein in Ruhe und Sicherheit weiterführen und die vornehme engliſche Raſſe ſich in Wahrheit als die endgültig auserwählte fühlen können.

Soviel über die Gründe, die ſich in der Waffenſtillſtandspolitik der Entente, ſoweit England in Frage kommt, deutlich genug widerſpiegeln. Über Frankreich können wir kürzer ſein. Die Franzoſen ſehen, daß ſie trotz des ſchließlichen Ententeſieges durch den Krieg furchtbar gelitten haben. Ihr Menſchenverluſt iſt trotz Elſaß-Lothringens relativ größer als der deutſche, und ſie haben bei ihrer ſchwachen Geburtenzahl kaum Ausſicht, ihn wieder einzuholen. Ob ihre Induſtrie ſich auch mit Hilfe des deutſchen Wiederaufbaus erholt, iſt ſchon wegen des Menſchenmangels fraglich. Auch finanziell iſt Frankreich ſo mitgenommen, daß keine denkbare Entſchädigung es wiederherſtellen könnte. Sich gegenüber ſieht es ein Deutſchland, daß ihm auch nach Verluſt der elſaß-lothringiſchen und polniſchen Gebiete durch den Hinzutritt Deutſchöſterreichs an Menſchenzahl faſt doppelt überlegen ſein wird: ein Ziffernverhältnis alſo, ungünſtiger als vor dem Kriege.

Die Franzoſen befinden ſich dieſer Lage gegenüber trotz aller großen Worte innerlich in einer Stimmung voll von Sorge und Unruhe. Sie haben das

Empfinden, daß der Krieg, den ſie nicht nur für Elſaß-Lothringen, ſondern ebenſoſehr für eine erneute große Stellung in der Welt geführt haben, im Grunde für ſie verlorengegangen iſt. Darüber wird ſich auf die Dauer das ganze franzöſiſche Volk trotz aller Siegesfeiern nicht täuſchen können.

Die Führer der franzöſiſchen Politik ziehen daraus ſchon heute den Schluß, daß ihnen, wenn Frankreich nicht ſchon in kurzer Zeit Deutſchland gegenüber wieder als der ſchwächere Teil daſtehen ſoll, nur eine Vernichtungspolitik gegen Deutſchland beim Waffenſtillſtand wie beim Friedensſchluß übrigbleibt. Sie ſinnen und trachten nach nichts anderem, als ſo viel wie möglich Land und Menſchen von Deutſchland abzureißen, Feſtungen zu zerſtören und Garantien der militäriſchen Wehrloſigkeit zu ſchaffen. Aber das alles genügt ihnen noch nicht. Sie wollen uns auch wirtſchaftlich bis zum Weißbluten erſchöpfen, ſie wollen uns hungern laſſen, ſie wollen uns, ganz wie die Northcliffe-Engländer, ſo weit wie möglich in ein Volk von blutleeren Krüppeln verwandeln. Sie gehen alſo vollſtändig einig mit dem herrſchenden Teil der engliſchen öffentlichen Meinung, und ſie tun das mit der ganzen Inbrunſt des Haſſes und der geheimen Angſt vor dem Gegner, von dem ſie fürchten, daß er innerlich lebenskräftiger und zukunftsreicher iſt, als ſie.

Hieraus folgt, daß Verhandlungen über Zugeſtändniſſe und Opfer an Frankreich, ſoweit der franzöſiſche Wille dabei in Frage kommt, für uns ebenſowenig Zweck haben, wie gegenüber dem fortdauernden engliſchen Vernichtungswillen. Um Frankreich zu befriedigen, müßten wir unſere Adern ausbluten laſſen bis zum letzten Tropfen. Nach der engliſchen wie nach der franzöſiſchen Seite hin iſt es gleich zwecklos, auf menſchliche, verſtändige und gerechte Rückſichten zu bauen. Die herrſchenden Parteien in Frankreich wie in England ſind wirklich von einer ſataniſchen Entſchloſſenheit beſeelt, uns bis auf den letztmöglichen Grad zu peinigen und zu ſchwächen. In Frankreich iſt dieſe Stimmung noch einheitlicher als in England, wo ſich trotz der Peitſche der Kriegshetzer und Haßpropheten auch eine Partei des ſtaatsmänniſchen und gerechten Sinnes erhalten hat. Durch die Revolution in Deutſchland iſt ſie aber kraft- und einflußlos geworden, denn ſie iſt nicht imſtande darauf hinzuweiſen, daß die ſataniſchen Quälereien das deutſche Volk ſchließlich zur Wiederaufnahme eines verzweifelten Widerſtandes treiben würden.

Es iſt möglich, wir gelangen trotzdem in einiger Zeit zu einem Friedensſchluß, deſſen Grundlagen uns wieder lebensfähig machen. Dann aber wäre ein ſolcher nicht das Ergebnis von Verhandlungen zwiſchen uns und der Entente, ſondern einer Verſtändigung zwiſchen den „alliierten“ und „aſſociierten“ Mächten, d. h. praktiſch geſprochen England, Frankreich und der Vereinigten Staaten von Amerika. Die letzteren ſind imſtande, auf die Franzoſen und Engländer bis zu einem gewiſſen Grade zu drücken, weil ſie im Unterſchied zu ihnen daran intereſſiert ſind, daß Deutſchland ertragbare Bedingungen bekommt: erſtens wegen der realpolitiſchen Erwägung, daß ein erhaltenes Deutſchland für Amerika nützlicher iſt, als ein zerſtörtes, und zweitens wegen des verpfändeten Worts ihres Präſidenten über die 14 Friedenspunkte. Das Verlangen in England und Frankreich, immer weiter die Wolluſt der Mißhandlung des deutſchen Volkes zu koſten und es immer weiter „unſchädlich" zu machen, kann an keinerlei deutſchem Widerſtand mehr ſeine Grenze finden, ſondern nur noch an dem Einſpruch Amerikas — vorausgeſetzt, daß der Präſident Wilſon ſtark genug dazu iſt, daß er ſein Wort Deutſchland gegenüber ernſtgemeint hat und daß er es halten will. Welche Zugeſtändniſſe *wir* aber den Engländern und Franzoſen verhandlungsmäßig zu machen uns bereit erklären, iſt gleichgültig. Deutſchland iſt durch die Revolution das Rückgrat gebrochen; die pazifiſtiſchen Narren, die geholfen haben, mit ihrem Glauben an die beſſere Behandlung, die ein bekehrtes Deutſchland finden würde, uns dahin zu bringen, ſtehen vor ihrem Scherbenhaufen; wir ſind Objekt des Friedensſchluſſes. Die deutſchen Bevollmächtigkeiten könnten unſer letztes Goldſtück und unſer letztes Fiſcherboot zum Opfer anbieten — für Engländer und Franzoſen wird es nicht genug ſein, denn ſie wollen nicht nur unſer Gut haben, ſondern ſie wollen uns ſelbſt für alle Zukunft als elende Krüppel durch die Welt ſchleichen ſehen.

Gegenüber den Zielen dieſer Daumſchraubenpolitik iſt es für uns das Klügſte, unſere weitere Beteiligung an den ſchon lange unerträglich gewordenen ſogenannten Verhandlungen zu verweigern, gegen den an uns begangenen Wortbruch betreffs der 14 Punkte Proteſt einzulegen und es den alliierten und aſſoziierten Mächten zu überlaſſen, welche Folgerungen ſie daraus ziehen. Es iſt ebenſo zwecklos wie unwürdig für uns, als Bittende vor Gegnern zu ſtehen, die gar nicht verhandeln, ſondern nichts als uns die Knochen zerbrechen wollen. Man leſe doch nur, was der Berichterſtatter der Morning Poſt am 4. Februar ſeinem Blatte aus Deutſchland ſchreibt. Darin heißt es, das deutſche Volk habe nicht die ſchwächſte Ahnung ſeines Schickſals. Wenn erſt das Ergebnis der Friedenskonferenz bekannt werde, ſo müſſe der größte Ausbruch von Wut folgen, der je erlebt wurde. Der Northcliffemann traut den Deutſchen alſo noch Wut zu. Das iſt ſehr freundlich von ihm; was er uns im übrigen zugedacht hat, wird nach dem Saleebyſchen Rezept nicht ſchwer zu denken ſein.

Gut denn, ſo mögen die Feinde die Früchte ihres Tuns ernten! Sieht die amerikaniſche Politik keinen Vorteil in der Erhaltung Deutſchlands oder hat ſie nicht die Kraft, ihre Intereſſen genügend zu wahren und das amerikaniſche Wort einzulöſen, können Frankreich und England die Satanspolitik, die ſie jetzt verfolgen, bis zu Ende treiben, uns die Lebensmittel vorzuenthalten bis die volle Hungersnot ausbricht und das Maſſenſterben einſetzt, ſo wird unſer Schickſal zwar furchtbar, aber die Nemeſis wird es nicht weniger ſein.

Haben Engländer und Franzoſen den Dolch, den ſie in uns hineinſtoßen, mit Leichengift beſtrichen, ſo wird der Brand von uns auf ſie zurückſchlagen. Wenn die Not an Lebensmitteln und Rohſtoffen fortdauert und immer weiter verſchärft wird, dann mag Deutſchland wohl außer dem Hunger auch dem Bolſchewismus verfallen, der ſchon jetzt an unſerer Oſtgrenze und an hundert Stellen im Innern gierig emporleckt. Kommt es aber dazu, ſo wird die Vernichtung der materiellen Werte und der geiſtigen Kultur nicht auf Deutſchland beſchränkt bleiben, ſondern es wird auch keine Gewalt mehr geben, die dann Frankreich, England und Italien noch retten könnte. Mögen Haß und verblendete Gier nach Gewinn die Northcliffe, Clémenceau und Genoſſen blind machen — ihre Politik wird durch die Zerſtörung der europäiſchen Kultur, die ſie heraufbeſchwört, das Urteil von der Geſchichte geſprochen erhalten.

Von Deutſchland aber ſoll man, falls die Dinge dieſen Lauf nehmen, wenigſtens ſagen können, daß ſeine berufenen Vertreter, wenn ſie auch das Schickſal des Vaterlandes nicht mehr wenden konnten, wenigſtens ſeine Würde und ihren politiſchen Verſtand gewahrt und kommenden Zeitaltern vom Volke Goethes, Bismarcks und Kaiſer Wilhelms I. mehr als das Bild eines hoffnungsloſen Bettlers in ſeiner letzten Stunde überliefert haben. Faſt ebenſo kläglich, aber wie ein ſolches Verhalten, wäre es, wenn die Alliierten und Aſſoziierten ſich in ihrer Pariſer Dunkelkammer ſchließlich darüber verſtändigten, wieviel auf der einen Seite von Deutſchland, auf der anderen von den 14 amerikaniſchen Punkten übrig bleiben oder preisgegeben werden ſoll — wir aber erkauften dieſes durch den Ausgleich der alliierten und aſſoziierten Intereſſen zuſtandegekommene Ergebnis noch erſt mit unſerer Exiſtenzfähigkeit und nationalen Würde. Wir weigern uns, unſere letzten Lebenskräfte noch länger von dem alliierten Moloch freiwillig ausſchlachten zu laſſen, und will dieſer durchaus ſein Satansopfer haben, ſo mag er fortan mit ſeiner eigenen Zukunft dafür zahlen.

*

In unſerem Volke iſt trotz aller Erfahrungen immer noch der Wahn verbreitet, als wäre um irgendeinen Preis der Selbſterniedrigung, der politiſchen „Bekehrung" oder der materiellen Opfer Verſöhnung mit dem Geiſte möglich, der heute die Mehrzahl der Engländer und die Franzoſen beherrſcht. Daher müſſen Zeugniſſe, wie ſie dieſer Artikel enthält, bis in den letzten Winkel Deutſchlands gebracht und dem letzten vertrauensſeligen Volksgenoſſen vor Augen gehalten werden. Es hilft keine Preisgabe und es helfen keine Opfer; nur der Mut, lieber dem Außerſten ins Auge zu ſehen, als ſich umſonſt zu entwürdigen, kann vielleicht noch helfen. Im Einverſtändnis mit der Leitung der „Deutſchen Politik" bitte ich daher dringlich, den Aufſatz weiter bekanntmachen zu helfen. Dazu dient es, wenn Nummern zur Verteilung beim Verlag beſtellt werden (zu einem bedeutend ermäßigten Preiſe), wenn möglichſt zahlreiche Adreſſen der Schriftleitung zur Verfügung geſtellt und Geldmittel für den Druck und die Verſendung von Sonderabzügen oder ganzen Nummern geſpendet werden. Paul Rohrbach.

Die Auslieferung des Kaiſers

Von Prof. Dr. Heinrich Triepel (Berlin)

Schon in den erſten Monaten des Kriegs wurde in engliſchen und franzöſiſchen Zeitungen wiederholt das Verlangen erhoben, man ſolle nach vollzogener Niederwerfung Deutſchlands die für die europäiſche Kataſtrophe verantwortlichen Männer, als den Hauptſchuldigen aber den Deutſchen Kaiſer perſönlich zur Rechenſchaft ziehen. Als der Krieg Jahr für Jahr neue gewaltige Menſchenopfer forderte, als in den beſetzten Ländern die Leiden der Bevölkerung und in den Kampfgebieten die durch die Heere angerichteten Schäden ins Ungeheure wuchſen, wurde der Ruf nach Beſtrafung der „Miſſetäter" leidenſchaftlicher. In Frankreich, in England, in den Vereinigten Staaten ſchrie man Rache; man forderte alles Ernſtes den Kopf des Kaiſers. Wir haben anfänglich ſolche wilden Ausbrüche des Haſſes auf die leichte Achſel genommen. Wir betrachteten ſie als hyſteriſche Anfälle, von denen überreizte Chauviniſten geſchüttelt wurden, und ſtellten ſie zu den ähnlich gehaltenen Außerungen ohnmächtiger Wut, in denen die Zertrümmerung und Zerſtückelung Deutſchlands, die Verſklavung des deutſchen Volkes, die Zerſtörung unſerer gewerblichen Anlagen als oberſtes Kriegsziel bezeichnet wurden.

Wider alles Erwarten hat nun aber die Angelegenheit mit einem Male ein ſehr ernſthaftes Anſehen erhalten. Es ſind nicht mehr nur Leute in unverantwortlicher Stellung, die von der Notwendigkeit der Beſtrafung des Kaiſers reden. Seit einigen Monaten wird in der aus behördlichen Quellen geſpeiſten Ententepreſſe mit Nachdruck gefordert, es ſolle an die niederländiſche Regierung der Antrag auf Auslieferung des Kaiſers gerichtet und der Ausgelieferte von einem Strafgerichte abgeurteilt werden. Der franzöſiſche Miniſterpräſident Clémenceau hat die Sache in das Fahrwaſſer amtlicher Behandlung und Verhandlung geleitet. Er hat ſich von zwei Pariſer Gelehrten, dem Profeſſor des öffentlichen Rechts Larnaude und dem Profeſſor des Völkerrechts de Lapradelle — in den Zeitungen ſind die Namen meiſt verſtümmelt wiedergegeben worden — eine Denkſchrift ausarbeiten laſſen, die ſeinen Abſichten eine juriſtiſche Unterlage verſchaffen ſoll, und er hat dieſe Denkſchrift der Konferenz der „alliierten und aſſociierten" Regierungen vorgelegt. Die Konferenz hat einen Ausſchuß mit der Feſtſtellung der „Verantwortlichkeiten" im Weltkriege beauftragt, zu deſſen Vorſitzenden der amerikaniſche Staatsſekretär Lanſing, und zu deſſen Generalſekretär Profeſſor de Lapradelle beſtellt worden ſind. Man ſieht alſo deutlich, wohin die Fahrt gehen ſoll.

Die deutſche Regierung und das deutſche Volk haben allen Anlaß, ſich mit der Frage, die von den Staatsmännern und Juriſten der Entente aufgeworfen iſt, ſehr gründlich zu beſchäftigen. Die Frage iſt keineswegs allein zwiſchen den Mächten des Vielverbandes und den Niederlanden auszutragen. Sie berührt auch uns in unmittelbarſter Weiſe. Sie betrifft unſere nationale Würde und Ehre, nicht minder aber unſer Recht. Wir müſſen ſie von dieſem Standpunkte aus behandeln, ganz gleichgültig, wie wir uns zur Perſönlichkeit und zur Politik Kaiſer Wilhelms II. ſtellen mögen. Denn der Kaiſer iſt, obwohl er der Krone entſagt hat, ein Deutſcher geblieben. Jeder Deutſche aber hat kraft ausdrücklicher Vorſchrift unſerer Reichsverfaſſung (Art. 3) dem Auslande gegenüber Anſpruch auf den Schutz des Reiches. Verfaſſungsmäßige Pflichten des Reichs hat jede Reichsregierung zu erfüllen, mag ſie aus dieſer oder jener Partei hervorgegangen ſein. Auch ohne förmliches Anrufen des Berechtigten hat die Regierung von Amts wegen darauf zu achten, daß dem im Auslande weilenden Deutſchen von einer fremden Regierung keine Unbill angetan wird.

Nun iſt es an ſich ohne Zweifel das ſouveräne Recht jedes Staates, über die Erfüllung eines von einem anderen Staate an ihn gerichteten Auslieferungsbegehrens ſelbſtändig zu entſcheiden. Auch dann, wenn die Perſon, deren Auslieferung verlangt wird, einem dritten Staate angehört. Der erſuchte Staat braucht den dritten nicht um ſeine Zuſtimmung anzugehen. Im Gegenteil. Hat ſich ein Staat durch einen allgemeinen Auslieferungsvertrag zur Auslieferung flüchtiger Verbrecher verpflichtet, ſo würde er ſeiner Vertragspflicht untreu werden, wenn er — falls es ihm nicht durch den Vertrag geſtattet iſt — im Einzelfalle die Auslieferung von der Einwilligung eines dritten Staates abhängig machen wollte. Denn der Dritte könnte zumeiſt dieſe Einwilligung gar nicht geben. Zum Exempel wäre im vorliegenden Falle die deutſche Regierung ſchlechterdings außerſtande, ohne Bruch des Reichsrechts ihre Zuſtimmung zur Auslieferung des Kaiſers zu erteilen. Unſer Strafgeſetzbuch (§ 9) erklärt, daß ein Deutſcher niemals einer ausländiſchen Regierung zur Verfolgung oder Beſtrafung überliefert werden dürfe. Offenbar kommt es aber auf eins hinaus, ob man einen Staatsangehörigen dem Auslande unmittelbar überliefert, oder ob man einem anderen Staate geſtattet, ihn dem Auslande zu überantworten. Die niederländiſche Regierung iſt viel zu korrekt, als daß ſie, um ſich aus einer unbequemen Lage zu befreien, verſuchen ſollte, die Entſcheidung durch eine Anfrage in Berlin auf uns abzuwälzen. Würde ſie dies aber tun, ſo könnte ihr, wenn bei uns nach Recht und Geſetz verfahren wird, nur ein unbedingtes Nein zur Antwort gegeben werden.

Das niederländiſche Kabinett muß alſo die Entſcheidung allein treffen. Dabei befindet es ſich indes in einer beſonderen Lage. Während nämlich andere Regierungen einen Fremden ausliefern können, auch wenn ſie vertragsmäßig nicht dazu verpflichtet ſind, iſt — nach belgiſchem Vorbilde — von der niederländiſchen Verfaſſung und dem ihr entſprechenden Auslieferungsgeſetze jede Auslieferung verboten, deren Vornahme nicht kraft eines generellen Auslieferungsvertrags gefordert werden kann. Dabei ſpielt es keine Rolle, ob die Auslieferung eines Niederländers oder die des Angehörigen eines fremden Staats in Frage ſteht. In beiden Fällen würde ſich die Regierung, die eine nicht konventionsmäßige Auslieferung vollziehen wollte, einer ſchweren Verletzung des Landesgeſetzes ſchuldig machen. Das hat nun auch für unſer Verhältnis zu den Niederlanden Bedeutung. Denn vermöge des uns nach anerkanntem Völkerrechte zuſtehenden Schutzrechts können wir verlangen, daß jene Geſetzesbeſtimmung nicht zu ungunſten eines Deutſchen durchbrochen werde. Gewiß können wir nicht beanſpruchen, daß ein auswärtiger Staat ſeine Auslieferungsgeſetzgebung in jeder Hinſicht auf Einheimiſche und Fremde gleichmäßig zuſchneidet. Wir können z. B. nicht verlangen, daß der ſtaatsrechtliche Grundſatz, der die Auslieferung eigener Untertanen unter allen Umſtänden verbietet, auf fremde Staatsangehörige ausgedehnt werde. Aber wenn das Auslieferungsgeſetz eines auswärtigen Staats eine Norm enthält, die nach Wortlaut und Sinn allen Fremden zugute kommen ſoll, die in ſeinem Gebiete ein Aſyl geſucht haben, ſo können wir uns in der Tat dagegen wehren, daß die Norm zum Schaden eines unſerer Staatsangehörigen mißachtet wird. Erſt recht freilich würden wir Einſpruch erheben dürfen, wenn die Auslieferungsprozedur, ihrem innerſten Zwecke zuwider, mißbraucht werden ſollte, um unſeren Kriegsgegnern lediglich die Befriedigung ihrer Rachegelüſte zu ermöglichen. Die ausländiſche Regierung haftet uns dafür, daß das Verfahren gegen unſere Staatsgenoſſen „im Wege Rechtens vor ſich gehe und nicht Deckmantel eines Gewaltſtreiches ſei" (v. Martitz, Internationale Rechtshilfe in Strafſachen, Bd. I, 1888, S. 353).

Für das völkerrechtliche Verhältnis zwiſchen uns und den Niederlanden, für die Rechtsbeziehung zwiſchen den Niederlanden und der Entente und ſchließlich für die verfaſſungsmäßige Verantwortlichkeit der niederländiſchen Regierung ihrem eigenen Parlamente gegenüber kommt alſo alles darauf an, ob ſich die Ententemächte bei einem Geſuche um Auslieferung des Kaiſers mit Grund auf ihre mit den Niederlanden abgeſchloſſenen Auslieferungsverträge zu berufen vermögen. Daß davon nicht die Rede ſein kann, haben objektiv denkende engliſche und amerikaniſche Juriſten offen ausgeſprochen, ſo der hervorragende Völkerrechtslehrer Sir Thomas Barclay und der amerikaniſche Generalſtaatsanwalt George Wickersham. Es iſt den Pariſer Profeſſoren vorbehalten geblieben, ſich auf einen anderen Standpunkt zu ſtellen — wie wir glauben, nicht zum Nutzen ihres wiſſenſchaftlichen Rufes. Die Denkſchrift, die ſie verfaßt haben, liegt uns allerdings nicht im Wortlaute vor. Aber franzöſiſche und engliſche Zeitungen haben ſo ausführliche Auszüge daraus gebracht, daß wir uns von ihren Hauptargumenten ein genügendes Bild machen können.

Alle mit Holland abgeſchloſſenen Auslieferungsverträge, die hier in Betracht kommen könnten, zählen die ſtrafbaren Handlungen, wegen deren eine Auslieferung beantragt werden kann, in Form von Katalogen genau und erſchöpfend auf. Von allen den dort genannten Verbrechen: Mord, Münzfälſchung, Bigamie, Einbruchsdiebſtahl, Notzucht und anderem, kann natürlich dem Kaiſer kein einziges zur Laſt gelegt werden. Aber die Franzoſen ſagen, man könne ihn für alle Verbrechen haftbar machen, die von Angehörigen der deutſchen Wehrmacht in Feindesland oder auf der See begangen worden ſeien. Eine höchſt ſeltſame Anſchauung! Wenn deutſche Soldaten während des Kriegs echte Verbrechen gegen Angehörige der feindlichen Armee oder des feindlichen Landes begangen haben, ſo haben ſie ſich ſtrafbar gemacht und ſollten beſtraft werden. Man möge uns die Fälle nennen, und wir werden ſie unterſuchen. Wir werden allerdings unſere Gegenrechnung aufmachen, und es ſteht zu erwarten, daß ſie nicht kürzer ausfallen wird als die uns vorgelegte. Allein für Verbrechen einzelner Soldaten das Staatsoberhaupt ſtrafrechtlich verantwortlich zu machen, iſt eine rechtliche Ungeheuerlichkeit. Die Franzoſen unterſtellen mit einer Kühnheit ohnegleichen, daß ſolche Verbrechen vom Kaiſer gewollt oder gar befohlen und ihm daher zuzurechnen ſeien. Sie berufen ſich auf einen an Kaiſer Franz Joſef gerichteten Brief, worin Kaiſer Wilhelm in ſtarken Ausdrücken eine grauſame Kriegführung gegen Frankreich als unerläßlich bezeichnet habe. Aber ſelbſt, wenn dieſer Brief echt ſein ſollte, ſo würde kein vernünftiger Richter in der ganzen Welt auf den Gedanken kommen, daß damit die Mitſchuld des Kaiſers an irgendwelchen Verbrechen von Heeresangehörigen bewieſen werden könne. Ebenſo merkwürdig iſt es, daß ſich die beiden Pariſer Herren auf die Ausführungen des deutſchen Staatsrechtslehrers Laband über das Weſen der kaiſerlichen Kommandogewalt beziehen; dieſe ſei eine aus der übrigen Reichsgewalt ausgeſchiedene, dem Kaiſer zu ganz ſelbſtändiger Ausübung zugewieſene, beſondere Gewalt. Aber Labands Konſtruktion iſt von den Gutachtern infolge ihrer mangelhaften Kenntnis unſeres Staatsrechts vollkommen mißverſtanden worden. Sie bezieht ſich lediglich auf die Frage, ob Akte der Kommandogewalt einer Gegenzeichnung bedürftig ſeien oder nicht, hat mit unſerer Frage nicht das geringſte zu ſchaffen, und iſt im übrigen vom Verfaſſer in der neueſten Auflage ſeines Werks geſtrichen worden! Die deutſche Kommandogewalt als ſolche iſt keine andere, als die franzöſiſche oder engliſche, und mit demſelben Rechte, mit dem man den Oberbefehlshaber des deutſchen Heeres für Verbrechen ſeiner Soldaten haftbar machen will, könnte man den franzöſiſchen Generaliſſimus für jede Untat eines uniformierten Senegalnegers und den König von England für den Baralongmord zur Rechenſchaft ziehen.

Am erſtaunlichſten aber iſt, daß die franzöſiſchen Juriſten die Behauptung aufſtellen, der Kaiſer könne und müſſe auch für den Krieg als ſolchen und für die von

Deutſchland befolgten Methoden der Kriegführung, alſo für die Kriegserklärungen, für den Einmarſch der deutſchen Truppen in Belgien, für den Tauchbootkrieg uſw. vom Strafrichter verantwortlich gemacht werden. Man greift ſich an den Kopf. Gibt es eine Beſtimmung des franzöſiſchen, belgiſchen, engliſchen, amerikaniſchen Strafrechts, wonach eine von einem fremden Staatsoberhaupte ausgegangene Kriegserklärung oder die Verletzung garantierter Neutralität oder die durch fremde Souveräne verübte Verletzung völkerrechtlicher Kriegsregeln oder Kriegsbräuche mit Strafe bedroht iſt? Gibt es einen Auslieferungsvertrag, der ſolche Handlungen in den Katalog der Auslieferungsdelikte aufgenommen hat? Ein ganz unmöglicher Gedanke. Geſetzt den Fall, der deutſche Einmarſch in Belgien oder die von uns angewendete Form des Unterſeekriegs ſeien rechtswidrig geweſen — wir beſtreiten es, wollen uns aber darüber nicht noch einmal auslaſſen — ſo würde es ſich dabei in alle Wege nicht um die Verletzung einer ſtaatlichen Norm und um eine nach irgendeinem Landesrechte ſtrafbare Handlung, ſondern um ein Delikt gegen das Völkerrecht gehandelt haben. Völkerrechtliche Delikte werden aber vom Staate begangen, nicht von einem Einzelnen, und nur der Staat als ſolcher haftet für ſie. Natürlich handelt jeder Staat durch Organe; anders kann er ja gar nicht handeln. Aber eben deshalb ſind die Handlungen ſeiner Organe ſeine Handlungen, ihre Delikte ſeine Delikte. Der Staat haftet völkerrechtlich für ſeine Organe, nicht die Organe für den Staat.

Die franzöſiſchen Gutachter haben ſich eine eigene Theorie zurecht gemacht. Nach ſtrafrechtlichen Grundſätzen, ſagen ſie, ſei eine Strafe gegen eine Aktiengeſellſchaft ausgeſchloſſen; ihren Direktor aber könne man vor den Strafrichter ziehen. Ebenſo ſei es beim Staate. Den Staat als Ganzes könne man nicht beſtrafen, darum müſſe man den Souverän, jedenfalls den abgedankten, zur Rechenſchaft ziehen dürfen. Aber das iſt eine handgreifliche Verdrehung. Man ſtraft den Direktor einer Aktiengeſellſchaft für ſeine eigenen Verbrechen, nicht für die der Korporation. Und es hängt ganz von den Anſchauungen des Strafgeſetzgebers über die Delikts- und Straffähigkeit juriſtiſcher Perſonen ab, ob er ſie ſtaatlichen Strafen, z. B. Geldſtrafen, unterſtellen will oder nicht. Über ſouveräne Staaten gibt es aber überhaupt keine Strafgerichtsbarkeit. Es iſt ein eigenartiges juriſtiſches Kunſtſtück, das Völkerrecht, das die Beſtrafung eines Staates nicht kennt und nicht kennen kann, dadurch zu korrigieren, daß man die ſtaatlichen Repräſentanten für Delikte der Staaten ſtrafrechtlich haftbar macht. Daß übrigens die Kriegserklärung als ſolche, gleichviel, ob ſie mit oder ohne zureichenden Grund erfolgt iſt, auch nicht einmal als völkerrechtliches Delikt betrachtet werden kann, ſei nur nebenher angemerkt.

Die beiden franzöſiſchen Gelehrten haben ſich, nach Angabe der Zeitungen, Mühe gegeben, in der völkerrechtlichen Literatur einen Gewährsmann für ihre

Anſicht zu finden. Das war offenbar nicht leicht. Sie haben bis ins 18. Jahrhundert zurückgehen müſſen, alſo bis in die Zeit, in der Kriege Kabinettskriege waren und in der man zwiſchen Staat und Fürſt noch nicht ſo ſcharf unterſchied wie heute. In dem Schweizer Emmerich von Vattel haben ſie einen Kronzeugen aufgetrieben. Dabei ſcheint ihnen aber ein arges Mißgeſchick begegnet zu ſein. Allerdings ſagt Vattel, es ſei in der Ordnung, einen Fürſten, der einen „ungerechten" Krieg begonnen habe, zum Schadenerſatze anzuhalten und ihn ſogar, wenn es zur Sicherheit des Angegriffenen und der menſchlichen Geſellſchaft erforderlich ſei, zu beſtrafen (III, § 185). Aber wenige Seiten ſpäter fügt er hinzu, das ſei nur eine Forderung des Naturrechts; im poſitiven Völkerrechte (droit volontaire) ſei ſie nicht anerkannt und könne ſie nicht anerkannt werden, da es an einem Richter über den Staaten fehle, der über Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit von Kriegen unparteiiſch zu urteilen vermöge. Daher müſſe ein in gehöriger Form eröffneter Krieg hüben und drüben immer als ein gerechter Krieg betrachtet werden. Beginne ein Fürſt einen ungerechtfertigten Krieg, ſo handle er vom Standpunkte des Naturrechts aus unrechtmäßig; aber das poſitive Völkerrecht gewähre ihm jedenfalls „l'impunité parmi les hommes" (III, §§ 188—192)! Wir müſſen mit unſerem Urteil zurückhalten, bis wir in die Lage kommen, den Wortlaut des Gutachtens vor Augen zu haben. Würde aber richtig ſein, was die Zeitungen mitteilen, ſo wäre nur zweierlei möglich. Entweder haben die Pariſer Herren im Vattel nur die erſte, nicht die zweite Stelle geleſen. Dann haben ſie unerhört leichtfertig gehandelt. Oder ſie glaubten darauf rechnen zu können, daß ihre Auftraggeber ihr Zitat nicht nachprüfen würden. Das wäre dann allerdings bei Männern der Wiſſenſchaft ein Verfahren, das zu brandmarken kein Wort einer lebenden Sprache ſtark genug ſein könnte.

Nach alledem muß jedes Geſuch um Auslieferung, das die Ententemächte an die Niederlande ſtellen, ſchon an der einen Tatſache ſcheitern, daß dem Kaiſer kein nach irgendeinem Strafgeſetze der verbündeten Staaten ſtrafbares Vergehen zur Laſt gelegt werden kann. Wir brauchen deshalb gar nicht erſt auf die anderen Hinderniſſe hinzuweiſen, die der Erfüllung eines Auslieferungsantrags entgegenſtehen würden. Nach geltenden Grundſätzen muß z. B. die Handlung, wegen deren die Auslieferung begehrt wird, nach dem Rechte ebenſowohl des erſuchten wie des erſuchenden Staates ſtrafbar ſein. Im vorliegenden Falle möchte ſich das ſchwerlich beweiſen laſſen. Eine Auslieferung kann ferner niemals wegen politiſcher Delikte verlangt werden. Sollte es überhaupt möglich ſein, dem Kaiſer aus Akten der deutſchen Kriegführung ſtrafrechtlich einen Strick zu drehen, ſo wäre es ganz ſelbſtverſtändlich, daß jede der in Betracht kommenden Handlungen als ein Delikt von politiſchem Charakter betrachtet werden müßte. Der Auslieferungsantrag ſetzt endlich voraus, daß von einem Strafgerichte des erſuchenden Staats eine Unterſuchung eröffnet oder ein Straferkenntnis gefällt worden iſt. Davon iſt hier wiederum nicht die Rede und kann es nicht ſein. Die franzöſiſchen Gelehrten haben das auch eingeſehen. Sie wollen daher den Kaiſer vor einen erſt zu dieſem Zwecke zu ſchaffenden, außerordentlichen, internationalen Gerichtshof geſtellt ſehen, der ein Organ der künftigen „société des nations“ darſtellen, aber natürlich nur mit Richtern aus den alliierten Staaten beſetzt ſein ſolle — eine in der Geſchichte des modernen Rechts ganz unerhörte Prozedur!

Die ſtrafrechtlichen und völkerrechtlichen Fragen liegen in bezug auf die Möglichkeit einer Auslieferung Kaiſer Wilhelms ſo ungemein einfach, daß es nur leidenſchaftlicher Haß und ungezügelte Rachegier fertigbringen konnten, ſie zu verwickeln. Ob die auf der Friedenskonferenz gegen uns verbündeten Staaten geneigt ſein werden, ſie nach den Grundſätzen des Rechts zu entſcheiden, ſteht noch dahin. Die nächſten Wochen werden darüber Klarheit bringen. Zu anderen Zeiten bemühten ſich kriegführende Staaten, in ihren Friedensſchlüſſen durch weitgegriffene Amneſtieklauſeln die im Kriege begangenen wirklichen Verbrechen ſtraflos zu machen. Jetzt ſoll die Welt das empörende Schauſpiel erleben, daß eine „Friedenskonferenz“ etwas ſtrafbar macht, was kein Verbrechen war. Dagegen müſſen wir uns auflehnen mit allen Mitteln, die uns zu Gebote ſtehen. Es iſt Sache unſerer Regierung, ſich rechtzeitig gegen den Anſchlag zu wappnen. Sie wird erfolgreich ſein, wenn ſie entſchloſſen iſt. Von der niederländiſchen Regierung, deren völkerrechtliche Loyalität ſich in dieſem Kriege mehr als einmal erprobt hat, dürfen wir erwarten, daß ſie nicht die Hand dazu bietet, daß unter dem Scheine eines rechtlichen Verfahrens rechtloſe Grauſamkeit gegenüber einem Unglücklichen verübt wird. Auch die holländiſche Regierung wird unbezwinglich ſein, wenn ſie ihr gutes Recht mit Feſtigkeit verteidigt.

Die Wehrfrage

Von Major Müller-Loebnitz

Die Ereigniſſe der letzten Wochen und Monate haben in einer Lebensfrage des neuen Deutſchlands eine Einigkeit geſchaffen, wie ſie unter dem alten Regime kaum je zu erzielen geweſen wäre: in der Wehrfrage.

Der *Zuſtand allgemeiner Unſicherheit*, wie er in Deutſchland ſeit der Einführung des allgemeinen Landfriedens, alſo ſeit dem Ausgang des Mittelalters, nicht mehr dageweſen iſt, die bald da, bald dort aufflackernden Putſche, die Ungewißheit des Lebens, des Beſitzes und des Verkehrs, die die Folge des Zuſammenbruchs des alten Staates und der wahlloſen Bewaffnung der verſchiedenartigſten Elemente geweſen ſind, haben den weiteſten Kreiſen die alte Wahrheit zum Bewußtſein gebracht, daß kein Staat, auch kein ſozialiſtiſcher oder bolſchewiſtiſcher, ohne ein ſtarkes, wohlgeordnetes Heer beſtehen kann und daß die Macht des Staates, die ſich in dem zu ſeiner Verfügung ſtehenden Heer ausdrückt, auch die Grundlage jeder Kultur, die Vorausſetzung für alle Künſte des Friedens, iſt. Dieſe Erkenntnis mag manchem ſchwerfallen, der bisher immer nur die kulturfeindlichen Seiten des Militarismus empfunden hat; ſie iſt darum nicht minder zutreffend.

Daß unſere äußere Lage durch den Zuſammenbruch des alten Heeres nicht gebeſſert, ſondern verſchlechtert worden iſt, iſt jetzt wohl auch die gemeinſame Überzeugung aller Deutſchen. Unſere Selbſtentwaffnung hat die Entente weder zur Verminderung ihres militäriſch-politiſchen Drucks, noch zur Beſchleunigung der Friedensverhandlungen veranlaßt, wohl aber den Polen Gelegenheit zu einem unerhörten Überfall und frechen Länderraub gegeben. Ob ein ähnliches Unternehmen von tſchechiſcher Seite geplant iſt, ſteht noch dahin. Im Hintergrunde lauert die Bolſchewiſtengefahr. Es ſcheint, als ob demnächſt den Sendboten des neumodiſch-ſozialiſtiſchen Chiliasmus eine neue goldene Herde folgen wollte, die, entflammt von dem Fanatismus der Irrlehre, zuſammengehalten durch die eiſerne Geiſel der Tyrannei und geführt von kriegserfahrenen Offizieren, für ein faſt wehrloſes, im Innern zerfahrenes Land ein entſetzlicher Gegner iſt.

Dieſe Lage macht es erklärlich, daß ſich am 25. Februar faſt die ganze Nationalverſammlung in dem Wunſche nach einem ſchlagfertigen Heere zuſammengefunden hat.

Welche Wege können uns unter den beſtehenden Verhältniſſen dieſem Ziel näherbringen?

Es iſt, beſonders für einen alten Offizier, betrüblich, daß wir nicht einfach an das noch Beſtehende, an die Reſte der alten Armee, anknüpfen können. Die Regierung hat durch den Mund des Abgeordneten Schöpflin es für unmöglich erklärt, durch Aufruf von Wehrpflichtigen ſich ein Heer zu ſchaffen, ſie allein iſt in der Lage, dieſe Machtfrage zu beurteilen, wenn man auch glauben möchte, daß ein feſter, zielbewußter Wille auch hier einen Weg finden müßte. Schlimmer ſcheint mir der Zuſtand, in dem ſich die noch vorhandenen Reſte der alten Armee befinden, die, der Zucht und Ordnung, der Arbeit entwöhnt, von ſelbſtſüchtigen und kurzſichtigen Soldatenräten geleitet, als Pfründner in den Kaſernen, nach Herrn Schöpflin Schweineſtällen, hauſen, obwohl auch hier durchgreifende Energie manches erreichen könnte.

Die Regierung hat es vorgezogen, durch eine Anzahl ihr naheſtehender Abgeordneter einen Geſetzentwurf über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr einbringen zu laſſen. Nach dieſem ſoll ein Freiwilligenheer von 250 000 Mann aufgeſtellt werden. Das Ganze wird als ein Notbehelf bezeichnet, und an einen ſolchen darf man billigerweiſe keinen zu ſtrengen Maßſtab anlegen. Jeden Vaterlandsfreund vielmehr wird es freuen, wenn dieſe Reichswehr ſchnell zuſtande kommt und ſich als tüchtig und zuverläſſig erweiſt.

Die gewichtigen Bedenken, die der Entwurf hervorruft, dürfen indeſſen doch nicht unterdrückt werden. Es muß ausgeſprochen werden, daß ein Söldnerheer, und ein ſolches iſt die künftige Reichswehr, eine Reminiſzenz an die Zeiten des Abſolutismus darſtellt und zu einem neuzeitlichen Freiſtaat ſchlecht paßt. Es war ſtets ein Zeichen des beginnenden Verfalls, wenn ſich in einem Freiſtaat die Bürger ihrer vornehmſten Pflicht, derjenigen der perſönlichen Verteidigung des Gemeinweſens, entzogen und Mietlingen das Kriegführen überließen. Die Geſchichte Athens, Roms und der Renaiſſance-Republiken ſpricht in dieſer Beziehung eine deutliche Sprache. Der zu erwartende Hinweis auf England und Amerika iſt nicht ſtichhaltig. Das Söldnerheer Englands war eine Kolonialtruppe, das Amerikas eine Indianerpolizei, beide ſind bei Eintritt ernſter Verhältniſſe durch ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht erſetzt worden.

Es wird ſchwer ſein, das neue Freiwilligenheer auf die erforderliche Höhe zu bringen, ſolange die Arbeitsloſenunterſtützung dem Bürger ein ſehr viel bequemeres und gefahrloſeres Daſein ſichert. Auch iſt die Gefahr groß, daß ſich zufällig oder planmäßig unzuverläſſige, bolſchewiſtiſche Elemente in die neue Freiwilligentruppe einſchleichen. So gute Erfahrungen die Regierung mit den Berliner und Kieler Freiwilligenverbänden gemacht hat, die ſtark mit Offizieren, Unteroffizieren und Studenten durchſetzt ſind, ſo merkwürdige Zuſtände herrſchen teilweiſe im Oſten, wo die Berührung mit dem Bolſchewismus nicht ohne Folgen geblieben zu ſein ſcheint und wo an vielen Orten eine beſonders verderbliche Spielart von Soldatenräten am Werke iſt.

Schließlich darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Reichswehr eine ſehr, ſehr koſtſpielige Einrichtung iſt. Sie verſchlingt allein an Mannſchaftszulagen bei vollem Etat und bei dem bisherigen Satz von Sold, bei dem es in der Zeit der Lohnſteigerungen wohl kaum bleiben wird, täglich 1 250 000 Mark, im Jahre alſo faſt eine halbe Milliarde. Dieſer Betrag geht neben allen ſächlichen und perſönlichen Ausgaben her. Er wäre dem alten Regime wohl kaum ſo ohne weiteres bewilligt worden und ſtellt auch in dieſen Tagen, wo wir jeden Pfennig Reichsgeld dreimal umdrehen ſollten, eine ſchwere Belaſtung unſeres Volkes dar.

Daß die Reichswehr auch bei vollem Beſtande Mühe haben wird, allen Aufgaben des Grenzſchutzes und die Aufrechterhaltung der Ordnung zu entſprechen, erwähne ich nur nebenbei.

Es bleibt alſo dabei: die Reichswehr iſt ein Notbehelf, und ihre Väter haben gut daran getan, ihre Lebensdauer auf ein Jahr zu begrenzen.

Was aber ſoll dann an ihre Stelle treten?

Es kann wohl kein Zweifel beſtehen, daß wir dann auf die allgemeine Wehrpflicht zurückgreifen müſſen. Sie iſt die einzige Wehrverfaſſung, die dem demokratiſchen Grundſatz der Gleichheit aller vor dem Geſetz entſpricht. Sie deckt ſich auch mit den Grundforderungen derjenigen Partei, die dem alten Militarismus am ſchärfſten gegenüberſtand, der Sozialdemokratie. Ihr wiſſenſchaftlicher Mitbegründer, Friedrich Engels, hat 1865 ſie leidenſchaftlich verteidigt und im Erfurter Programm kehrt ſie ebenfalls als Forderung wieder.

Freilich wird man auch hier nicht ohne weiteres auf das Alte zurückgreifen können. Die allgemeine Wehrpflicht alter Art beſchränkte ſich auf diejenigen, die den Staat mit den Waffen in der Hand zu verteidigen hatten. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges und nach den Umwälzungen des November 1918 wird man dieſe vornehmſte Pflicht des Staatsbürgers weiter, demokratiſcher faſſen müſſen: als die Pflicht aller Staatsbürger jeden Alters und Geſchlechts, in der Stunde der Gefahr dem Staate zu dienen, ihn zu ſchützen unter Einſetzung von Leib und Leben, Arbeitskraft und Beſitz.

Die allgemeine Wehrpflicht wird alſo künftig neben der rein militäriſchen Dienſtpflicht die Frauendienſtpflicht, die Hilfsdienſtpflicht und die Dienſtpflicht der Rüſtungsarbeiter zu umfaſſen haben. Sie wird zweckmäßigerweiſe als eine der Grundpflichten des Staatsbürgers in der Verfaſſung verankert. Damit würde eine fühlbare Lücke in dem der Nationalverſammlung vorgelegten Verfaſſungsentwurf ausgefüllt, in dem ſich bezüglich des Heerweſens nur eine dürftige Zuſtändigkeitsbeſtimmung vorfindet, die außerdem noch die alte, koſtſpielige Zerſplitterung der militäriſchen Verwaltung vergrößert und verewigt.

Doch dieſe Erweiterung der allgemeinen Wehrpflicht iſt, wenigſtens ſoweit es ſich um die praktiſche Seite handelt, Zukunftsmuſik. Unmittelbare Bedeutung hat zunächſt nur die Ausgeſtaltung der militäriſchen Dienſtpflicht. Für ſie gilt als Grundforderung die militäriſche Ausbildung aller Wehrfähigen. Dieſer Gedanke kann nur in Verbindung mit einer erheblichen Verkürzung der Dienſtzeit verwirklicht werden. Wir kommen ſonſt zu Heeresſtärken, die mit unſeren wirtſchaftlichen Verhältniſſen und den zu erwartenden Forderungen der Entente nicht zu vereinigen ſein werden. Was die Forderungen unſerer Feinde betrifft, ſo wird es Sache unſerer Unterhändler ſein, uns in dieſer Frage die nötige Bewegungsfreiheit zu wahren. Das iſt nicht nur für einen ſelbſtändigen Großſtaat, der wir doch bleiben wollen, ſelbſtverſtändlich, ſondern auch für die Entente notwendig, die das größte Intereſſe an einem innerlich gefeſtigten und gegen den Bolſchewismus verteidigungsfähigen Deutſchland hat.

Wir brauchen alſo die militäriſchen Rückſichten, die Rückſichten auf die Ausbildung, nicht ganz in den Hintergrund treten zu laſſen, und von dieſen ausgehend, komme ich zu der Forderung der einjährigen Dienſtzeit als dem Mindeſtmaß, das ſich eben noch vom militäriſchen Standpunkte verantworten läßt. Mit kürzerer Ausbildungszeit haben wir während des Krieges die allerſchlechteſten Erfahrungen gemacht. Ich erinnere in dieſer Beziehung nur an die Jungdeutſchlandfreiwilligen, die nach nur zweimonatlicher Ausbildung an den Feind geworfen werden mußten, weil das alte Regime die reſtloſe Ausbildung aller Wehrpflichtigen nicht durchzuſetzen vermocht hatte. Zudem iſt die Ausbildung des Soldaten durch die Errungenſchaften des Weltkrieges, die Ausgeſtaltung des Artillerie- und Maſchinengewehrweſens, die Einführung der Minenwerfer und Wurfgranaten, die Ausgeſtaltung des Fernſprech- und Flugweſens, doch nicht leichter, ſondern ſchwerer geworden. Die Erziehung zu den alten Soldatentugenden, des unbedingten Gehorſams, der Treue, der Todesverachtung, der ſelbſttätigen Pflichterfüllung hat angeſichts der zerſetzenden Einflüſſe des heutigen Kampfs an Bedeutung unendlich gewonnen, iſt aber durch die Geiſtesrichtung des Spartakismus, Kommunismus und Bolſchewismus gewiß nicht leichter geworden. Es iſt alſo kein ſteifes Kleben an alten Gewohnheiten, ſondern innerſte, pflichtmäßige Überzeugung, wenn wir Berufsſoldaten vor einer zu weit gehenden Verkürzung der Dienſtzeit warnen.

Damit iſt auch meine Stellung zum Milizſyſtem gegeben, das unter den alten Führern der Sozialdemokratie zahlreiche Anhänger gehabt hat und auch jetzt wieder in der Preſſe verfochten wird.

Ich verwerfe das Milizſyſtem, weil ich das Fehlen feſter Friedensſtämme als Rahmen für die Mobilmachung und als ſtets bereite Waffe in der Hand der Regierung in der gegenwärtigen Lage Deutſchlands für unmöglich halte, und weil nach meiner Anſicht die ſtets wiederholten kurzen Übungen wirtſchaftlich viel ſtörender ſind, als eine knapp bemeſſene aktive Dienſtzeit, und den Soldaten niemals zu einer vollen Beherrſchung ſeines Handwerks kommen laſſen. Von der kurzen Geſamtdienſtzeit geht beim Milizſyſtem ein unverhältnismäßiger Teil mit Wiederholungen und mit der Auffriſchung des zwiſchen den Übungen Verlernten verloren. Im übrigen kann ich mich bezüglich des Milizſyſtems wiederum auf Friedrich Engels berufen. Er ſchreibt:

„Solange man die franzöſiſche Armee auf der einen, die ruſſiſche auf der anderen Seite hat und die Möglichkeit eines kombinierten Angriffs beider zu gleicher Zeit, braucht man Truppen, die die erſten Elemente der Kriegsſchule nicht erſt vor dem Feinde zu lernen haben. Wir nehmen daher keinerlei Rückſicht auf die Phantaſien von einem Milizheere mit ſozuſagen gar keiner Dienſtzeit.“

Das ſtimmt Wort für Wort heute noch, mit der Maßgabe, daß anſtelle Frankreichs die ganze Entente getreten, und zu Rußland Polen und Tſchechien hinzugekommen iſt.

Der bei den Vertretern des Milizſyſtems beliebte Hinweis auf die Schweiz iſt nicht ſtichhaltig. Die Schweiz, als neutraler Staat, mit einem von Natur leicht zu verteidigenden Gebiet und einer ganz beſonders tüchtigen, von Staatsgeſinnung durchdrungenen Bevölkerung, befindet ſich in einer ganz anderen Lage als wir, die Beſiegten des Weltkrieges. Das ſchweizeriſche Heer, deſſen Tüchtigkeit ich nicht abſtreiten will, hat eine ernſthafte Feuerprobe noch nicht beſtanden, wenn man nicht den Grenzwachdienſt im Weltkrieg als eine ſolche anſehen will. Seine gute Verfaſſung am Ende des Krieges beruht darauf, daß das tüchtige ſchweizeriſche Offizierkorps die lange Präſenzzeit während des Krieges zu gründlicher Ausbildung ausgenutzt hat. Die gute Haltung der ſchweizer Truppen bei Streiks und Unruhen hat mit dem Milizſyſtem nichts zu tun, ſondern mit geſundem Bürgerſinn der Schweizer und der geſchickten und tatkräftigen Haltung ihrer Regierung, die bei ſolchen Gelegenheiten die Verſchiedenheit der Nationalitäten und der Berufsſtände gewandt auszunutzen verſteht.

Laſſen wir alſo den Schweizern ihre Miliz und behalten wir unſer nationales Wehrſyſtem mit den durch die Ereigniſſe bedingten Veränderungen bei!

Auch ſo können und müſſen wir von der Schweiz und ihren Heereseinrichtungen lernen. Die Ausbildung wird in unſerem künftigen Heere ſo erſchwert ſein, daß wir, wie die Schweiz, alle Hilfsmittel zu ihrer Erleichterung heranziehen müſſen. Wie dort, wird die Schule durch körperliche Ertüchtigung und erziehliche Einwirkung den angehenden Staatsbürger für ſeinen Beruf als Vaterlandsverteidiger vorbilden müſſen. In der Zeit von der Schulentlaſſung bis zum Eintritt in das Heer wird ein planmäßiger militäriſcher Vorbereitungsunterricht mit Marſch-, Gelände- und Schießübungen und militäriſchem Sport, vielleicht im Anſchluß an die Fortbildungsſchule, vielleicht in beſonderen Jugendkompagnien, einſetzen müſſen. Die vielen, während des Krieges zu Offizieren beförderten Lehrer werden hier ein beſonders dankbares Feld der Tätigkeit finden.

Für die Erhaltung und Weiterbildung der im Heere erlangten Wehrfähigkeit werden wir endlich die oft angebotene und immer wieder zurückgewieſene Unterſtützung der Turn-, Sport- und Schützenvereine annehmen und ihre Tätigkeit unſeren Zwecken entſprechend beeinfluſſen und fördern müſſen.

Das übrige aber und das Beſte zur Löſung des ſchweren Problems, in Zukunft in einem Jahr in der Heeresausbildung dasſelbe zu leiſten, wie bisher in zwei oder drei Jahren, werden die Berufsoffiziere und -unteroffiziere der alten Armee leiſten müſſen. Um ihre Mitarbeit wird auch der neue Volksſtaat ebenſowenig herumkommen, wie das bolſchewiſtiſche Rußland, und es wird in ihren Kreiſen nicht eben als geſchmackvoll empfunden, daß ihnen immer wieder bedeutet wird, man wolle ſie nur ſo lange behalten, bis man andere Kräfte herangezogen und ausgebildet habe. Zweckmäßiger und dem Vaterlande dienlicher würde es ſein, wenn man dieſen unentbehrlichen Mitarbeitern die Dankbarkeit zuteil werden ließe, auf die ſie durch ihre ungeheuren Opfer im Kriege ein Anrecht erworben haben, und das Vertrauen, das ſie dem neuen Staat entgegenbrachten, als ſie mit Hindenburg um des Vaterlandes willen ſich der Regierung zur Verfügung ſtellten. Daß ſie, ebenſo wie das ganze Volk, in dieſer Zeit der Not Opfer zu bringen haben, wiſſen die Offiziere, daß ſie es können, haben ſie bewieſen. Sie werden nicht engherzig auf veralteten Vorrechten beſtehen, ſie ſind es ſchon lange müde, als Kaſte angeſehen und dementſprechend von weiten Kreiſen, die ſie nicht kennen, mit einem unvernünftigen Haß bedacht zu werden.

Die Stellung der Offiziere, die einen der wichtigſten Teile der Wehrfrage überhaupt iſt, kann aber ebenſowenig, wie dieſe ſelbſt, durch Geſetze und Verordnungen, durch Organiſation und Entwicklung gelöſt werden. Geſundung für unſer ganzes Heerweſen gibt es nur, wenn nicht nur in der Armee, die nur ein kleiner Teil der Nation iſt, ſondern in das Volk ein neuer, beſſerer Geiſt einzieht, der wahrhaft ſoziale und demokratiſche Geiſt der Hingabe an das Ganze, der uneigennützigen Pflichterfüllung im Dienſte des Staates, die wahre Staatsgeſinnung, wenn der Geiſt der Begehrlichkeit, des Mißtrauens, des Eigennutzes, der Genußſucht und der Unbotmäßigkeit, die dem deutſchen Weſen ſo fremd iſt, wieder verſchwindet, wie eine wüſte Krankheit.

Dann, aber nur dann wird der Aufbau des Heeres trotz aller äußeren Hemmungen leicht und vor allem erfolgverſprechend ſein.

Lettow zur Heimkehr

Von Hans Zache

Mit einem Gefühl wehmütigen Stolzes empfingen wir ſoeben unſere heimkehrenden Helden. Noch wiſſen wir nicht, ob es ein Akt im großen Drama des Unterganges der Germanen war, den unſere Brüder und Schweſtern über See gekämpft und gelitten haben. Noch hoffen wir im Vertrauen auf die Worte des eigenartigen Philanthropen von jenſeits des Ozeans auf den Wiedererwerb deſſen, was wir in vier Jahrzehnten der Arbeit geſchaffen haben. Aber ſelbſt, wenn wir nicht völlig ausgelöſcht werden auf der Tafel der Kolonialmächte, ſo werden wir ſchwere Opfer bringen müſſen und unſer alter Beſitz wird uns kaum im vollen Umfange wieder werden.

Wenn wir den Krieg verloren haben, ſo verdanken wir das vor allem einer furchtbaren Waffe, in deren Handhabung uns der Feind unendlich überlegen war: Die Waffe der Niedertracht und der Verleumdung. „Wir fordern Gericht," rufen wir in vollem Bewußtſein unſeres Rechtes. Insbeſondere verlangen wir auch Gerechtigkeit in der Beurteilung unſerer Kolonialpolitik, eine unbefangene Würdigung der Art, wie wir mit dem anvertrauten Pfunde gewuchert haben. Unſere Eingeborenenpolitik iſt gewiß nicht frei von menſchlichen Irrtümern und auch Verfehlungen geweſen. Aber Lettows Askari haben in vierjähriger Waffentreue ihre Herren gerechtfertigt. Hocherhobenen Hauptes erklären wir nach wie vor aller Welt, daß unſere Eingeborenenpolitik hoch ſteht über dem, was die anderen alle, Portugieſen und Spanier, Niederländer und Ruſſen, Franzoſen und Engländer in den Kinderjahren ihrer Kolonialgeſchichte geſündigt haben. Hocherhobenen Hauptes erklären wir, daß uns auch ein Vergleich mit den Methoden und Erfolgen unſerer Gegner keineswegs ſchreckt. Das Traurigſte iſt allerdings, daß es eigene Landsleute waren, die, wenn auch aus Unverſtand und philanthropiſchem Fanatismus, den Feinden die Waffen geliefert haben.

Noch wiſſen wir nicht, ſage ich, welcher Friede uns beſchert ſein wird. Wird Recht und Gerechtigkeit das Ergebnis ſein, ein Friedensbund, der uns die Abrüſtung ermöglicht, der uns geſtattet, unſere Knaben zu den Werken des Friedens zu erziehen, ſie mit Schäfchen und Blumen ſpielen zu laſſen ſtatt mit Waffen und Soldaten? Oder wird es ein Vernichtungsfriede werden, der uns zwingt, unſeren Kindern den heißen Durſt nach Vergeltung in die jugendlichen Herzen zu pflanzen und ſie zu üben im Gebrauch von Piſtole und Gewehr? Denn moraliſch und wirtſchaftlich tot machen laſſen wir uns nie und nimmer! Lieber wollen wir uns und unſere Nachfahren von neuem rüſten zur großen Abrechnung, die dann Recht und Gerechtigkeit mit Gewalt aufrichten möge, wenn Vernunft und Sittlichkeit es nicht vermochten.

Und dazu möge uns die Geſchichte des Heldenkampfes unſerer Kolonien, vor allem unſerer Lettow-Krieger, den Lehrſtoff liefern. Dort haben wir nicht das ſchmähliche Schauſpiel erleben müſſen von Etappentruppen, die in ſinnloſer Angſt um ihr erbärmliches Leben die Front verrieten, oder von Soldatenräten, die den Kadavergehorſam ſo lange und ſo tatkräftig austrieben, bis der beſeelte Organismus unſeres Heeres zum ekelhaften Kadaver wurde, mit dem Polen, Moskowiter und Letten Schindluder ſpielen.

Soeben wurde der große Lettow und ſeine Heldenſchar auf deutſchem Boden begrüßt. Haben jene, die heute ihren Selbſtentmannungstrieb austoben laſſen an den ehrwürdigen Abzeichen unſerer ungeſchlagenen, in vier Jahren ruhmreichen Feldheeres den Mut gehabt, ihm Achſelſtücke abzufordern und den Degen, den der Feind ihm ließ? Oder hat ſie die Scham überwältigt unter ſeinem Herrenblicke und in die Winkel zurückgedrängt, in die ſie gehören? Ihre Kniee ſollten ſich beugen vor ſo viel Heldengröße. Den Degen des großen Mannes ſollten ſie niederlegen auf dem heiligſten Altar des Vaterlandes, um ihre Kinder und Kindeskinder dorthin zu führen, zum Huldigungszuge . . . .

Zur ſozialen Demokratie

Von Heinrich Riegner

Der 9. November hat das Gefüge des Obrigkeitsſtaates zerbrochen. Die Herrſchaft der Militärs und Autokraten iſt zu Ende. Es gibt kein Zurück in jener Mächte dunkles Land. Wer ſollte es verſuchen, die alten Gewalten wieder lebendig zu machen? Wo könnte man überhaupt den Hebel anſetzen? Der monarchiſche Gedanke, der gewiß noch nicht erſtorben iſt, hat ſeine innere Kraft eingebüßt. Es fehlt an einem Kriſtalliſationspunkt, um den ſich ſeine Getreuen zu einem feſten Geſtein gruppieren könnten. Es fehlt an der Perſon, die die Gefühle des traditionellen Treueverhältniſſes zu erwecken vermöchte. Gerade die Monarchiſten trauern am meiſten darüber, daß ihr Ideal durch den letzten Träger der Krone und ſein würdeloſes Ende in den Staub getreten iſt. Darum geben ſie ſich auch keinen Illuſionen hin, daß in abſehbarer Zeit ihre Ideen wieder Wirklichkeit werden könnten. *Die Republik iſt geſichert. Hoffentlich auch die Demokratie.* Die Bürgſchaft dafür ſoll uns die Nationalverſammlung bringen. Das iſt ihr tiefſter Sinn, ihre eigentliche Bedeutung.

Was iſt denn Demokratie? Demokratie heißt Herrſchaft des Rechts, heißt Herrſchaft der Gerechtigkeit, heißt Mitwirkung aller Teile des Volkes an der Geſtaltung ſeines ſtaatlichen Schickſals. Daß dies die einzig mögliche Staatsform in der modernen Welt iſt, hat man nun auch in Deutſchland begriffen. Das gewahrt man am deutlichſten an der kühnen Wendung, mit der Parteien wie die Konſervativen oder das Zentrum in Verleugnung ihrer ganzen Vergangenheit ſich zu volkstümlichen Programmen bekennen und als nationale oder chriſtliche Volkspartei in ein demokratiſches Gewand hüllen. Wenn der Kundige ſich auch eines Lächelns dabei nicht erwehren kann; es ſind dies doch zweifellos Symptome für die Durchdringung unſeres politiſchen Lebens mit dem demokratiſchen Gedanken. Und einen Sieg der demokratiſchen Idee bedeutet es auch, wenn die unabhängige Sozialdemokratie trotz allen ruſſiſchen Einflüſſen ihr ſozialiſtiſches Ziel auf demokratiſchen Wegen ſucht. Außerhalb dieſer Weltroute der Demokratie bleibt nur die Spartakusgruppe mit ihren wenigen unabhängigen Freunden, wenn ſie bewußt auf die Zertrümmerung der politiſchen Vertretungsformen der Geſamtheit hinarbeitet, um in den neuen Gebilden der Räte eine Herrſchaft der proletariſchen Maſſen aufzurichten. Die Demokratie iſt alſo das Band, das die Rechte und die Linke umſchließt, der Stimmzettel die Waffe, mit der der Kampf zwiſchen Bürgertum und Arbeiterklaſſe zunächſt ausgefochten wird. Das Bürgertum muß ſich ſagen, daß der Sozialismus der geſetzmäßige Erbe der alten Ordnung iſt, wenn ihm auf dem parlamentariſchen Schlachtfeld der Sieg beſchieden ſein ſollte. Der Sozialismus wird erkennen müſſen, daß nur dann die politiſche Revolution ſich zu einer ſozialen entwickeln kann, wenn er ſeine Legitimation zu dieſem Werk der ſozialen Revolutionierung dadurch erbringt, daß er eine Mehrheit von Stimmen auf ſich vereinigt.

Noch ſind die Würfel nicht gefallen. Noch ſteht die Entſcheidung aus. Noch ſcheinen die Kräfte, insbeſondere die geiſtigen Kräfte des Bürgertums zu groß, als daß ſie ſchon die Herrſchaft an die proletariſchen Maſſen abzugeben hätten. Noch iſt das Proletariat nicht imſtande, die geiſtigen Bedürfniſſe eines geordneten Staatslebens zu beſtreiten, geſchweige denn die Überführung der kapitaliſtiſchen Wirtſchaftsordnung in eine ſozialiſtiſche, ohne Erſchütterungen zu vollziehen, die die Exiſtenz der ganzen Geſellſchaft in Frage ſtellen. Wirkliche Marxiſten werden ſich an dieſer Feſtſtellung am wenigſten ſtoßen, denn gerade ihnen iſt der Gedanke des ſozialen Geſchehens als eines allmählichen Entwickelungsprozeſſes längſt vertraute Erkenntnis. Ihnen ſind die herrſchenden Ideen zwar das Produkt der ſozialen Verhältniſſe, aber gleichzeitig auch der geiſtige Ausdruck der ſozialen Praxis; daher wiſſen ſie auch, daß die heutigen Formen und Tätigkeitsweiſen des wirtſchaftlichen Lebens noch Exponenten bedeutender geiſtiger Kräfte ſind, die von heute bis morgen nicht zum Abſterben verurteilt ſein können.

Darum war der Kampf, den das Bürgertum bei den bedeutungsvollen Wahlen zur Nationalverſammlung mit dem Sozialismus im Zeichen der Demokratie auszufechten hatte, im ganzen glücklich. Das Bürgertum verfügt noch über ungeheure Kraftquellen, die erſt jetzt zu ihrer vollen Auswirkung gelangt ſind, wo es galt, ſich gegenüber dem Anſturm des Sozialismus zu behaupten. Eins aber iſt nötig: Das Bürgertum darf nicht vergeſſen, daß das neue Zeitalter, welches jetzt anhebt, nicht nur ein demokratiſches, ſondern auch ein ſoziales iſt. Nur wenn es ſich von dieſem Gedanken ganz erfüllen läßt, nur wenn es ernſtlich *an die Stelle der formalen Rechtsgleichheit die ſoziale Gerechtigkeit zu ſetzen* beſtrebt iſt, kann es hoffen, der Macht der ſozialiſtiſchen Ideen ſiegreich zu widerſtehen. Auf allen Gebieten muß es ſoziale Forderungen verwirklichen, vor allem im Arbeitsrecht, im Bildungsweſen und in den ſteuerlichen Verhältniſſen. Und ſelbſt vor den Problemen der Sozialiſierung darf es nicht zurückſchrecken. Auch ſozialiſtiſche Maßnahmen können ſich ſehr glücklich in den Rahmen einer auf ſoziale Gerechtigkeit hinzielenden rein demokratiſchen Staatsordnung einfügen. Bedeutet die Sozialiſierung eines Erwerbszweiges eine Steigerung des Produktionsertrages, ſo wird ſchwerlich jemand Einſpruch erheben. Gilt es Privatmonopole in Staatsmonopole umzuwandeln, ſo werden zum mindeſten alle Konſumenten dies mit Befriedigung begrüßen. Handelt es ſich darum, das Funktionieren der allgemeinen Verkehrsmittel vor der Willkür kapitaliſtiſcher Sonderintereſſen zu ſchützen, ſo werden nur die betroffenen Kapitaliſtenkreiſe gegen eine Sozialiſierung proteſtieren. Aber wir gehen noch weiter. Wir würden kein Unglück darin ſehen, wenn man an die gemeinwirtſchaftliche Ausbeutung gewiſſer Bodenſchätze und Energie-Quellen heranginge, um elementare Bedürfniſſe der Allgemeinheit, wie z. B. nach Licht und Wärme (Beleuchtung und Heizung), in gerechter und auskömmlicher Weiſe zu befriedigen. Selbſt der Grund und Boden iſt uns kein Heiligtum der kapitaliſtiſchen Spekulation. Sollten ſich kollektive Formen ſeiner Benutzung finden laſſen, die dem allgemeinen Bedürfnis nach ausreichenden, geſunden Siedlungen beſſer Genüge tun, ſo ſollen ſie uns willkommen ſein. Ja, es ſei ganz prinzipiell ausgeſprochen, was uns nicht als Programm zum ſofortigen Handeln, ſondern als Richtlinien für die Zukunft gelten ſoll, und was nur nach dem jeweiligen Stand der wirtſchaftlichen Verhältniſſe verwirklicht werden kann: ein auf genoſſenſchaftlicher Baſis ruhendes Syſtem der Bewirtſchaftung von Grund und Boden, Waſſer und Luft, Energiequellen und Rohſtoffen, ſoweit dieſelbe dazu dient, die elementarſten Grundbedürfniſſe des Menſchen nach Wohnung, Kleidung und Nahrung zu befriedigen, iſt in Verbindung mit einer im übrigen individualiſtiſchen Wirtſchaftsform durchaus denkbar und möglich. Gemeinſchaftlich wird für das geſorgt, was des Lebens äußerſte Notdurft verlangt. Die Exiſtenz ſoll jedem gewährleiſtet werden, ihre Erhaltung iſt Pflicht und Sorge der Allgemeinheit. Darüber hinaus mag das freie Spiel der Kräfte walten, das Syſtem, deſſen innerſter Nerv das Gewinnſtreben des Individuums iſt. Die Arbeiter, deren Exiſtenz verbürgt iſt, und die im Beſitz der vollen Staatsbürgerrechte, alſo auch des Koalitionsrechts ſind, werden die Kraft haben, die Auswüchſe dieſes Syſtems zu beſeitigen.

Dieſe Verbindung von Sozialismus und Kapitalismus ſcheint mir der Weg, auf dem die bürgerliche Demokratie der ſchweren ſozialen Probleme Herr werden kann, ohne ſich ſelbſt aufzugeben. Möge ſie ihn beherzt beſchreiten! Möge ſie ſich bei allen Kämpfen und Anfechtungen, die ſie zu erdulden haben wird, dieſes Weges als des rechten ſtets bewußt bleiben.

Betrachtungen zum Entwurf des Geſetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs

Von Rechtsanwalt Dr. Ernſt Rieß in Berlin

Lange, allzulange hat die Regierung gezögert, ehe ſie den Entwurf eines Geſetzes zur Beſteuerung des Kriegsgewinnes der Öffentlichkeit übergeben hat. Nun hat ſie ſich endlich zur Tat aufgerafft, und wenn man den Entwurf oberflächlich durchlieſt, ſo iſt man zu der Annahme geneigt, daß nunmehr Ernſt gemacht und eine energiſche und beinahe reſtloſe Erfaſſung der Kriegsgewinne angebahnt wird; ſieht man aber genauer hin, ſo iſt das ganze Gebilde vorläufig nur Gebärde; ob eine lebendige Kraft dahinter ſteckt, muß ſich erſt erweiſen.

Der Kern des Geſetzes iſt die Beſteuerung des Vermögenszuwachſes der natürlichen Perſonen in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1918. Bei der Beſtimmung des Vermögensbegriffes ſind die Erfahrungen, die bei der Durchführung der bisherigen Kriegsſteuergeſetze gemacht ſind, nutzbringend verwertet. Es iſt ein richtiger ſteuerpolitiſcher Gedanke, daß dem ſteuerpflichtigen Endvermögen hinzuzurechnen ſind:

1. Beträge, die der Abgabepflichtige im Veranlagungszeitraum zu Schenkungen oder ſonſtigen Vermögensübergaben verwandt hat (zur Hintertreibung der ſogenannten Schiebungen an Angehörige).
2. Anlagen in ausländiſchen Grund- oder Betriebsvermögen (zur Verhinderung der Steuerflucht ins Ausland).
3. Aller Erwerb von Gegenſtänden aus edlem Metall, an Edelſteinen oder Perlen, von Kunſt-, Schmuck- und Luxusgegenſtänden ſowie von Sammlungen aller Art, ſofern der Anſchaffungspreis für den einzelnen Gegenſtand fünfhundert Mark und darüber beträgt.
4. Beträge, die im Veranlagungsraum zu Anſchaffungen jeder Art verwendet werden, ſoweit die während des Veranlagungszeitraums hierfür verwendeten Beträge zuſammen zehntauſend Mark überſteigen.

   — Zu 2 bis 4 jedoch nur dann, wenn die erworbenen Gegenſtände am 31. 12. 18 noch im Beſitz des Abgabepflichtigen ſind. —
5. Noch nicht fällige Anſprüche aus während des Veranlagungszeitraums eingegangenen Lebens-, Kapital- und Rentenverſicherungen, und zwar mit der vollen Summe der eingezahlten Prämien oder Kapitalbeträge, falls die jährliche Prämienzahlung den Betrag von 1000 Mark oder die einmalige Kapitalbezahlung den Betrag von 3000 Mark überſteigt.

Die Beſtimmungen zu 3 bis 5 dienen der Erfaſſung allen Erwerbs, der durch Anlegung in den obigen Gegenſtänden und Werten immobiliſiert worden iſt, ſie werden ebenſo wie die Normen zu 1 und 2 die Billigung aller gerechtdenkenden Schichten der Bevölkerung finden.

Die Kriegsabgabe beträgt:

für die erſten	10 000 Mark des abgabepflichtigen Vermögenszuwachſes	10 v. H.
für die nächſten angefangenen oder vollen	10 000 Mark	15 „ „
„ „ „ „ „ „	10 000 „	20 „ „
„ „ „ „ „ „	20 000 „	30 „ „
„ „ „ „ „ „	50 000 „	40 „ „
„ „ „ „ „ „	100 000 „	50 „ „
„ „ „ „ „ „	100 000 „	60 „ „
„ „ „ „ „ „	200 000 „	80 „ „

für die weiteren Beträge 100 v. H. Dieſe Staffelung bewirkt, daß dem Kriegsgewinnler von ſeinem Verdienſt während der Kriegszeit als Höchſtſumme der Betrag von 199 500 Mark verbleibt, und zwar müßte der Abgabepflichtige, um im dauernden Eigentum dieſer Summe zu bleiben, mindeſtens 500 000 Mark Vermögenszuwachs haben. Alle Vermögensvermehrungen, die über den Betrag von 199 500 Mark hinausgehen, werden vom Reich mit Beſchlag belegt.

Die Kriegsabgabe iſt zur Hälfte binnen drei Monaten nach Zuſtellung des Veranlagungsbeſcheids, mit der weiteren Hälfte bis zum 1. Februar 1920 zu entrichten.

Die Entrichtung der Abgabe kann durch Hingabe von Kriegsanleihen erfolgen mit der Einſchränkung, daß, falls die von einem Abgabepflichtigen zu entrichtende Kriegsabgabe mehr als 100 000 Mark beträgt, der den Betrag von 50 000 Mark überſteigende Abgabebetrag zur Hälfte durch Hingabe von Kriegsanleihe an Zahlungsſtatt entrichtet werden muß.

Alle eben gedachten Beſtimmungen des Geſetzentwurfs treffen nur den Fall, wenn der Kriegsgewinnler den Vermögenszuwachs in baarem Gelde liegen hat, das er dem Staat zur Verfügung ſtellen kann, oder wenn ihm Wertpapiere zur Verfügung ſtehen, deren Veräußerung jederzeit ohne erheblichen Kursverluſt für ihn möglich iſt. Eine derartige Anlage des Vermögens wird ſich in der Regel aber nur dann finden, wenn es ſich um kleine oder verhältnismäßig geringe Kriegsgewinne handelt, während doch der Zweck des Geſetzes iſt, gerade die großen Vermögen und die Kriegsgewinne für den Staat zu erfaſſen, die von den Perſonen gemacht worden ſind, die „grob“ verdient haben.

Ich kann hier unmittelbar an meinen Aufſatz „der Staat und die Mobiliſierung der Vermögen“ anknüpfen, der in der deutſchen Politik, Jahrgang 1918, Seite 1084 ff. zum Abdruck gelangt iſt. Das Reich braucht für die Deckung ſeiner Ausgaben unbedingt liquide Werte, d. h. Geld oder gleichgeſtellte Werte. Bei der Beſteuerung des Kriegsgewinns liegt die Schwierigkeit des Problems alſo weniger in der Normierung der abſoluten Höhe und in der Staffelung der Steuer, ſondern „es handelt ſich vor allem um die Löſung der Aufgabe, die Kriegsgewinne, die in großen und mittleren Vermögen angelegt ſind, in einem ſolchen Umfange beweglich zu machen, daß eine kräftige Beſteuerung überhaupt durchführbar iſt". „Es iſt eine offene Tatſache, daß ein großer Teil der im Kriege gewonnenen Vermögen „immobil", d. h. in ſchwer realiſierbaren Werten angelegt worden iſt. Als ſolche kommen in Betracht:

Grundſtücke, Handelsgeſchäfte, Fabriken, ſonſtige wirtſchaftliche Unternehmungen, Hypotheken, Grundſchulden und andere dingliche Rechte, Forderungen, Patent- und andere Immaterialrechte, aber auch ſchwer veräußerliche mobile Gegenſtände, wie Sammlungen, wertvolle Gemälde, koſtbarer Schmuck und Luxusgegenſtände anderer Art." Wie will das Reich an dieſe Werte herankommen? Wie iſt die Erfaſſung der Grundſtücke gedacht? Durch Eintragung von Hypotheken oder durch Einräumung des Mieteigentums? Wie die Beſchlagnahme der Handelsgeſchäfte und Fabriken? Durch Beteiligung des Reichs am Gewinn bei Einrichtung von Kontrollmaßnahmen oder durch Zwangsliquidation? Wie die Beſteuerung der Hypotheken und ſonſtigen Rechte, wie endlich die Verwertung der Koſtbarkeiten? Zwangsverwertung oder Übergabe an das Reich in Natur? Im Rahmen der Hauptprobleme entrollen ſich noch ungezählte Unterprobleme, deren genaue geſetzliche Regelung notwendig iſt. Wenn das Reich z. B. einem Kriegsgewinnler, der ſeinen Gewinn zur Errichtung einer großen Fabrik benutzt hat und nicht liquid machen kann, die Entrichtung der Steuer in der Weiſe geſtatten will, daß das Reich als Teilhaber in die Fabrik eintritt und die Hand auf die Hälfte des Gewinns legt, wie iſt dann die Stellung des Reichs als Teilhaber der offenen Handelsgeſellſchaft auszugeſtalten? Soll das Reich nur Anſpruch auf Gewinn, oder ſoll es alle oder einen Teil der Rechte eines Geſellſchafters haben, z. B. Stimmrecht in der Geſellſchafterverſammlung, Einfluß auf den weiteren Ausbau des Unternehmens uſw.? Auf alle dieſe Fragen gibt der Entwurf überhaupt keine Antwort; es heißt lediglich in § 28:

> „Inwieweit die Entrichtung der Abgabe in anderer Weiſe als durch Barzahlung oder Hingabe von Schuldverſchreibungen uſw. erfolgen kann, bleibt beſonderer Regelung vorbehalten."

Mit dieſer lapidaren Beſtimmung iſt nichts anzufangen; der Verfaſſer des Entwurfs weiſt nur auf das Problem hin und reſigniert. Er reſigniert aber auch in einem weiteren Punkte, der beinahe noch ſchwerwiegender iſt. Gegen eine Steuer, die die Kriegsgewinne gänzlich oder zum überwiegenden Teil ergreift, beſtanden in der ſteuerpolitiſchen Literatur ſehr erhebliche Bedenken. Die Anhänger und Gegner der Fortſteuerung der Kriegsgewinne hielten ſich ziemlich die Wage. Solange die Regierung ſich noch nicht entſchieden hatte, konnte der

Kriegsgewinnler noch immer hoffen. Nun aber, wo der unverkennbare Wille der Regierung ſich in dem Geſetzentwurf offenbart hat, werden natürlich die unlauteren Elemente unter den beteiligten Kriegsgewinnlern trachten, ihren Gewinn möglichſt in Sicherheit zu bringen und darnach ſtreben, durch möglichſte Immobiliſierung ihn dem Zugriff des Reichs zu entziehen. Dagegen mußte unbedingt zugleich mit der Veröffentlichung des Entwurfs durch eine Sicherungsverordnung Front gemacht werden. Der Stand des Vermögens im Zeitpunkt der Veröffentlichung des Geſetzes mußte feſtgelegt und jeder willkürlichen Veränderung durch Verfügungsverbote und Strafandrohungen Einhalt geboten werden. Auf Grund des Ermächtigungsgeſetzes vom 4. Auguſt 1914 wäre die Regierung in der Lage geweſen, ein vorbereitendes Geſetz zur Sicherung der Kriegsgewinnſteuer zu erlaſſen, wie ſie es bei früheren Kriegsſteuergeſetzen mehrfach mit großem, wirtſchaftlichem Erfolg getan hat. Der Fehler dieſer Unterlaſſung wird ſich kaum wieder gut machen laſſen und ſich bei der Durchführung des ſpäteren Geſetzes ſchwer rächen. In der vorliegenden Form weiſt der Geſetzentwurf alſo erhebliche Mängel auf. Die Tendenz iſt gut und aus der Volksſtimmung heraus durchaus zu billigen, die Ausarbeitung iſt Stückwerk, das Ganze ein Torſo.

Baltenhilfe

Durch den bolſchewiſtiſchen Einbruch in Livland und Kurland ſind viele tauſend baltiſche Deutſche aus der Heimat vertrieben worden. Sie weilen als Flüchtlinge auf deutſchem Boden in perſönlicher Sicherheit, aber viele von ihnen ohne Exiſtenzmittel, ſolange die Verbindung mit der Heimat unterbrochen iſt. Es iſt ſeit Jahren in Deutſchland viel für alle Arten von Kriegshilfe geboten worden, aber hier liegt eine beſondere deutſche Ehrenpflicht vor, weil Deutſchland den Balten ſeinen Schutz zugeſagt und dem baltiſchen Lande eine neue glückliche Zukunft in Anlehnung an das Deutſche Reich verſprochen hatte. Die Zuſage konnte nicht gehalten werden, weil die Revolution unſere ſtaatliche und militäriſche Kraft zerbrach; darum muß jetzt die perſönliche Hilfe eintreten.

Grauenhaft ſind die Einzelheiten, die über das Schickſal derer gemeldet werden, die den Bolſchewiſten in die Hände fielen. In Dorpat wurden am 14. Januar vierzig Perſonen in den Kellern des Livländiſchen Kredit-Vereins erſchoſſen oder mit Beilen erſchlagen; ein ruſſiſcher Biſchof mit zwei Prieſtern, eine Anzahl evangeliſcher Pfarrer, Profeſſoren, Gutsbeſitzer und eſtniſcher Bürger. Der Arzt, der die Leichen ſah, berichtet über den furchtbaren Anblick. Der Boden des ganzen Raumes war bedeckt mit übereinander liegenden Toten, alle nur mit Unterwäſche bekleidet. Ähnlich iſt es in Eſtland zugegangen, ähnlich, wie wir fürchten, in Riga und in den kleineren Landſtädten. Könnten wir die Stammesgenoſſen von dieſem Schickſal nicht retten, ſo müſſen wir darum doch doppelt uns bemühen, denen, die ſich zu uns geflüchtet haben, auf ſolange zu helfen, bis ſie entweder in Deutſchland eine bleibende Statt oder eine Möglichkeit zur Rückkehr in die Heimat gefunden haben. Wir bitten um Spenden zur Baltenhilfe an die Deutſch-Baltiſche Geſellſchaft, Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 21.

Neuerſcheinungen

Reichsverfaſſung.

In dieſen Blättern, wie in der Mehrzahl der deutſchen Zeitſchriften und Zeitungen, ſtand während der letzten Monate das Problem der künftigen Reichsverfaſſung im Vordergrund der Betrachtung. Staatsrechtler wie Anſchütz, Hiſtoriker wie Meinecke (vor allem auch in einem wertvollen Beitrag der „Neuen Rundſchau"), Politiker und Publiziſten haben ſich daran beteiligt — man beginnt auf dieſe Arbeit ſchon mit einer gewiſſen Reſignation zu blicken, wenn man gewahr wird, in wie hohem Maße die Petrefakten der Vergangenheit, die hiſtoriſchen Bundesſtaaten, ihr Gewicht in die Wagſchale zu werfen verſtanden. Immerhin: noch iſt die Souveränität der Nationalverſammlung nicht grundſätzlich umgeſtoßen, und es liegt an ihr, wie weit ſie friſche, unbefangene Anregungen fruchtbar machen kann. Vor allem iſt notwendig, daß das deutſche Volk, trotz Spartakus und Sozialiſierungslärm, die Verhandlungen über die Verfaſſung mit Leidenſchaft und Verſtändnis verfolge. Deshalb ſei hier auf einige Schriften hingewieſen. Mit großem Wurf und einer geiſtreichen Eindringlichkeit umſchreibt Max Weber „Deutſchlands künftige Staatsform" (Flugſchriften der „Frankfurter Zeitung"); muſterhaft iſt, wie er die Verfaſſung als ein Politikum aufweiſt und zugleich in die wirtſchaftlichen Problemſtellungen hineinführt. Die kleine Broſchüre ſteckt voll ſtarker Anregungen. Höchſt wertvoll iſt auch die Arbeit von Walter Schotte, Der Weg zur Geſetzlichkeit (Verlag H. R. Engelmann, Berlin). Zunächſt bringt ihr Anhang das Vergleichsmaterial, nach dem in dieſen Wochen wohl mancher vergebens geſucht hat, den deutſchen Wortlaut der demokratiſchen Verfaſſungen der Welt: neben den hiſtoriſchen Dokumenten der Verfaſſung von Connecticut (1639), dem engliſchen Agreement of the People (1649), dem deutſchen Entwurf von 1849, die Staatsgrundgeſetze der amerikaniſchen Union, der Schweiz, der franzöſiſchen und der jetzigen ruſſiſchen Sowjet-Republik. Aber darin erſchöpft ſich nicht der Wert dieſes Buches. Schotte gibt in einer breiten Einleitung eine ſo gründlich als beſonnene Unterſuchung über die Vorausſetzungen des neuen Gewaltenaufbaues, nicht in Abſtraktem ſich feſthakend, ſondern mit nahem Anſchluß an die lebendige Wirklichkeit. Beſondere Beachtung verdienen ſeine Bemerkungen über den Anſchluß von Deutſchöſterreich, und dies, daß er die meiſt vernachläſſigte Bedeutung des formalen Wahlrechts für den Charakter einer leiſtungsfähigen Regierung hervorhebt — der Proporz iſt nämlich nicht die ideale Löſung, als die er von denen gern geprieſen war, die ihn noch nicht kannten. Schotte empfiehlt für das Reich das engliſche Syſtem der einfachen Mehrheit, für die Gliedſtaaten oder „Länder" den Proporz —; das iſt diskutabel, aber hat vielleicht im einzelnen für die Kampfordnung aller Parteien taktiſche Schwierigkeiten. Eine Miſchung von parlamentariſchem und präſidialem Syſtem, wie es auch der Preußſche Entwurf gebracht hat, wird auch von ihm gefordert. Das Buch iſt lehrreich und wichtig.

Th. H.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend ⋆ Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei
Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 14. März 1919 * Heft 11

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Der Reichsminiſter des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, hat vor einigen Wochen geſagt, die Feinde könnten uns Gewalt antun, ſie könnten uns aber nicht zwingen, Gewalt als Recht anzuerkennen. Bald, nachdem dies mit Dank von uns begrüßte Wort geſprochen war, hätte die Regierung ſchon Gelegenheit gehabt, nach ihm zu handeln. Sie tat es zunächſt noch nicht, ſondern erkannte in Spaa ein neues Stück feindlicher Gewalt als „Recht" an. Damals hieß es, die Führer der Parteien in der Nationalverſammlung hätten zur Nachgiebigkeit geraten. Diesmal iſt es nun zum Unterbrechen der Verhandlungen mit den Erpreſſern gekommen. Natürlich hat dieſer Entſchluß der deutſchen Regierung nur dann Wert, wenn er unter allen Umſtänden durchgehalten wird, d. h. wenn wir entſchloſſen ſind, im Fall ſich zeigt, daß die Feinde bei ihrer Erwürgertaktik gegen Deutſchland geeinigt bleiben, uns aus dem ſataniſchen Spiel in Spaa überhaupt zurückzuziehen und der Entente und den Amerikanern, komme was da wolle, ihre weiteren Entſchlüſſe zu überlaſſen. Es hat wirklich keinen Zweck, wenn wir uns noch länger von einer Umdrehung der Schraube zur anderen bereit erklären, das Protokoll des Prozeſſes, in dem wir gemartert werden ſollen, noch ſelber gegenzuzeichnen. Kein Menſch iſt noch imſtande zu glauben, daß die Entente irgend etwas anderes bezweckt, als uns zu vernichten. Man muß ſchon optimiſtiſch bis zur Narrheit ſein, um hier von Leiſtungen und Gegenleiſtungen zu reden. Was die amerikaniſche Politik angeht, ſo ſind wir mit den 14 Punkten Wilſons, auf die wir vertrauten, entweder von Anfang an belogen und betrogen worden, oder Wilſon iſt ohnmächtig, etwas gegen ſeine Bundesgenoſſen zu tun. Uns will es zwar ſcheinen, als wenn er über genügende Mittel zur Durchſetzung ſeines Standpunktes verfügte; ſollte er aber wirklich, trotz guten Willens, nicht können, ſo wird er natürlich erſt recht nicht können, wenn von unſerer Seite nur reine Unterwürfigkeit zu ſehen iſt. Wir müſſen allmählich den Glauben an die Ehrlichkeit des Spiels verlieren, das man in dem Verſprechen des Rechtsfriedens vor dem Waffenſtillſtand von der verantwortlichen Stelle mit uns getrieben hat. Iſt es ſo, dann iſt es auch gleichgültig, ob wir in der furchtbaren Hunger- und Kummerkomödie in Spaa weiter mitſpielen oder nicht. Iſt es nicht ſo, dann kann das durch nichts ſo ſicher erprobt werden, wie durch die endliche Weigerung, unſere Verurteilung zu Tod in Schanden mitzuunterſchreiben. Nur feſt müſſen die Regierung und die Nationalverſammlung jetzt bleiben, ſelbſt auf die äußerſte Gefahr und jede denkbare Folge hin. Käme nach der erſten mutigen Gebärde doch wieder ſchmähliches Zukreuzekriechen, ſo wäre wohl alles, was deutſch fühlt, mit den Regierenden wie mit den Volksvertretern moraliſch fertig.

*

In tragiſch-reſignierter Selbſterkenntnis ſoll ein literariſch geſchultes Mitglied der Sozialdemokratie bei einer der letzten Fraktionsſitzungen die erſten Verſe von Goethes „Zauberlehrling" vorgetragen haben: alle alten Agitationsſünden von Jahrzehnten ſtanden vor ſeiner Seele auf. Dieſe Geſchichte iſt beſtimmt nicht wahr. Aber wahr iſt ſie trotzdem.

*

Gerade in den Tagen, wo der neuernannte ukrainiſche Geſandte in Berlin ſein Beglaubigungsſchreiben dem Reichspräſidenten überreichen will, bringt das offiziöſe Blatt der Regierung, die „Deutſche Allgemeine Zeitung", einen Artikel mit der Überſchrift „Der Todeskampf der Ukrainer", der folgende Worte geſperrt enthält: „So beſteht nur wenig Hoffnung, daß die Ukraine als ſelbſtändiger Staat weiterleben wird."

Natürlich iſt die ſchwere Lage der Ukrainiſchen Regierung nicht zu leugnen, die die Hauptſtadt Kiew vor den bolſchewiſtiſchen Heerſcharen hat räumen müſſen. Wir laſſen es beiſeite, daß die letzten Nachrichten von einer Beſſerung der Lage melden, indem nach der Ausrufung der Wiedervereinigung der Ukraine mit Rußland ſich größere Teile der ukrainiſchen Bolſchewiſten von den Großruſſen wieder getrennt und ſich Petljura zum Kampf für die Selbſtändigkeit der Ukraine zur Verfügung geſtellt hat, ſondern unterſtreichen, daß der Wille zum Staat im ukrainiſchen Volke noch lebendig iſt. Wie aber das ſerbiſche Beiſpiel zeigt, iſt ein Volk ſo lange nicht zu beſiegen, als es den Willen zum Staate beſitzt. Daher ſollte auch unſere offiziöſe Zeitung Beſſeres tun, als einem befreundeten Staate vorzeitig ſeinen Totenſchein auszuſtellen.

Ruſſiſche Politik in Deutſchland

Von Dr. Paul Rohrbach

Weiß man es in Deutſchland, daß Berlin heute ein Hauptzentrum ruſſiſchen politiſchen Lebens iſt? Berlin iſt es am meiſten; aber auch im übrigen Deutſchland leben zahlreiche Ruſſen, die ihre Heimat zeitweilig verlaſſen haben; die einen, um den dortigen Nöten und Gefahren zu entgehen, die anderen, um für ruſſiſche Ziele und Gedanken zu arbeiten. Eine politiſch in allen öſtlichen Dingen ſehr erfahrene Perſönlichkeit nannte mir neulich im Geſpräch die Zahl 70 000 als die geringſte, auf die im Augenblick die ruſſiſchen Gäſte in Deutſchland zu ſchätzen ſeien. Von derſelben Stelle geht die folgende, auf eigene direkte Erfahrung und Anſchauung begründete Charakteriſtik der verſchiedenen Beſtrebungen des Ruſſentums in Deutſchland aus.

Es gibt drei verſchiedene Arten, auf die die Ruſſen in Deutſchland Politik machen. Zwei von ihnen wünſchen die deutſche Hilfe, um ihre eigenen Ziele zu erreichen, und eine benutzt Deutſchland als den Boden, um Hilfe von den Feinden Deutſchlands zu erlangen. Zur erſteren Art gehören zwei abſolut gegenſätzliche Gruppen: *bürgerliche ruſſiſche Politiker*, die auf den Wiederaufbau von Geſamtrußland mit Unterſtützung der Kräfte hoffen, die Deutſchland wieder wird aufbringen können, ſobald es Frieden hat, und *Bolſchewiſten*, die auf Vereinigung der ruſſiſchen und deutſchen radikalen Umſturzkräfte hoffen, um den Weltbolſchewismus zu gründen. *Die Dritten, die Fühlung mit der Entente ſuchen*, ſagen ſich entweder, daß zwiſchen Deutſchland und Rußland auch zukünftig keine Freundſchaft wird beſtehen können, daß Deutſchland, wenn es auch jetzt darniederliege, diejenige Macht iſt und bleibt, die Rußland zertrümmert und ins Unglück geſtürzt hat, und daß daher kein Ruſſe anders als feindlich zu Deutſchland ſtehen könne.

Als ein Organ dieſer letzteren Stimmung iſt kürzlich in Berlin die ruſſiſche Tageszeitung „Golos Roſſii", die Stimme Rußlands, gegründet worden. Die erſte Nummer erſchien am 18. Februar und ließ gleich in ihrem einleitenden Leitartikel keinen Zweifel darüber, daß Deutſchland, mögen ſeine Zuſtände ſich geſtalten, wie ſie wollten, der Zerſtörer Rußlands ſei und bleibe. Die Redaktion teilte ihren Leſern mit, ſolange die Verhältniſſe in der ruſſiſchen Heimat es nicht ermöglichen, müſſe die „Stimme Rußlands" auf deutſchem Boden in Berlin ertönen, und von hier aus müſſe für *Wiederherſtellung Rußlands* gearbeitet werden. Bezeichnenderweiſe wurde dabei auch ſofort die *ukrainiſche Frage* angeſchnitten und darauf hingewieſen, daß die Entſcheidung bei Frankreich liege. Solange man in Paris einen Mann wie Petljura (den Oberbefehlshaber der national-ukrainiſchen Streitkräfte) „General" nenne, ſei es allerdings klar, daß dort ein falſcher Standpunkt herrſche. In Paris alſo muß der Hebel angeſetzt werden, um Rußland wieder aufzurichten. Die Entente muß davon überzeugt werden, daß es notwendig iſt, die Hauptbeſtandteile des einſtigen Rußland wieder zu vereinigen. Front gegen Deutſchland, dem nie vergeſſen werden kann, was es an Rußland getan hat, Aufhebung der ukrainiſchen Selbſtändigkeit mit Ententehilfe, Erneuerung Rußlands als politiſche und wirtſchaftliche Filiale Englands, Frankreichs, Amerikas, Geſtaltung der äußeren Formen des ruſſiſchen Lebens im Anſchluß an die großen weſtlichen Demokratien. Das iſt das Programm, nach dem dieſe Richtung arbeitet und für das ſie das ruſſiſche Emigrantentum in Deutſchland zu gewinnen ſucht. Wenn dafür unter den heutigen Verhältniſſen eine Tageszeitung gegründet werden kann, ſo iſt das ein Beweis, daß Mittel für dieſe Politik vorhanden ſind und vor allen Dingen, daß man auf einen großen Kreis von Leſern und Intereſſenten rechnen zu können glaubt. Wer nur einen Blick in die erſte Nummer des Blattes warf, der ſah aus der ganzen Aufmachung, der Hervorhebung durch den Druck, der Faſſung der Überſchriften, der Texte der Telegramme uſw. die gegneriſche Tendenz gegen Deutſchland und die Einſtellung auf die Entente. In den letzten Tagen hat ſich dies äußere Bild etwas geändert. Die Leitung ſoll gewechſelt haben, die Deutſchfeindlichkeit tritt weniger hervor, und aus ruſſiſchen Kreiſen verlautet ſogar, daß nächſtens ein Gegenblatt gegen den „Golos" gegründet werden ſoll.

Die Deutſchenfeinde der charakteriſierten Richtung gehören zur alten Schule der Kadetten, die von der Entſtehung der Partei an moskowitiſch-nationaliſtiſch waren und in Deutſchland aus geſchichtlichen, politiſchen, wirtſchaftlichen und nationalen Stimmungsgründen den Feind Rußlands ſchlechthin erblickten. Ihr Führer Miljukow hat vorübergehend während der Beſetzung der Ukraine durch Deutſchland den Gedanken gehabt, mit den Deutſchen zu paktieren und ihnen gegen Wiederauslieferung der Ukraine an Moskau ein Bündnis der ruſſiſchen bürgerlichen Parteien unter Führung der Kadetten anzubieten. Deutſchland ſollte den Bolſchewismus in Rußland beſeitigen und dafür den Vorteil guter Beziehungen zu dem wiederhergeſtellten Geſamtrußland haben. Mit dieſem Programm fiel Miljukow bei ſeiner Partei durch und verſchwand eine Zeitlang von der Führung. Noch jetzt iſt ſeine Autorität noch nicht wieder hergeſtellt. Der ganze ruſſiſche Liberalismus dieſer Richtung, der, wie geſagt, von lange her deutſchfeindlich iſt, wird es auch, abgeſehen von wieder eingewurzelten Grundſtimmungen, nie vergeſſen, daß alle ſeine hochfliegenden Gedanken von der beherrſchenden Weltſtellung des auf den Namen „Neoſlawismus" umgetauften „Panruſſismus" in dem Augenblick an der Kraft Deutſchlands zerſchellten, als die Verwirklichung durch das Bündnis mit dem Weſten ganz nahegerückt zu ſein ſchien. England und Frankreich, und jetzt nach dem Kriege auch Amerika, ſind und bleiben die Bundesgenoſſen, an denen ſich der fortgeſchrittene Liberalismus, oder, wenn man ſo ſagen will, die Demokratie in Rußland, wieder emporrichten und an die ſie ſich halten wollen. Wer andere Ideen hat, zeigt damit, daß er in ruſſiſchen Dingen Dilettant iſt.

Die zweite Gruppe ruſſiſcher Politiker in Deutſchland vertritt die Gedanken der urſprünglich konſervativ gerichteten Elemente in Rußland, die während des Krieges zwar ſehr ſchwach waren, aber von den erſten großen Niederlagen an, dauernd den Sonderfrieden mit Deutſchland erwogen, um dem politiſchen Abſturz nach links zu entgehen. Zu ihr gehören auch eine Anzahl praktiſcher Geſchäftspolitiker, die da glauben, mit deutſcher Hilfe das ruſſiſche Wirtſchaftsleben beſſer und vor allen Dingen ſchneller in Ordnung zu bekommen, als mit der Entente. Sie rechnen erſtens damit, daß diejenigen Kräfte in Deutſchland, die bisher die wirtſchaftliche und zum Teil auch die politiſche Führung hatten, trotz der Revolution in nicht zu langer Zeit doch wieder einen beſtimmten Einfluß erhalten, daß die Friedensbedingungen der Entente Deutſchland noch eine ökonomiſche Betätigung nach Oſten erlauben werden, daß irgendwie deutſche Hilfe gegen den Bolſchewismus zu haben ſein wird, und dergleichen mehr. Als ihr Vertreter kam kürzlich ein aus der Ukraine ausgewieſener früherer ruſſiſcher Oberſt, Maklakow, nach Berlin und bot die Unterſtützung eines zu bildenden Freikorps aus 2000 Offizieren der geweſenen ruſſiſchen Armee an der deutſchen Oſtfront in Litauen und Kurland gegen die dortige Bolſchewiſtenarmee an. Die 2000 Offiziere waren noch in der Ukraine und gehörten offenbar zu der Garde des früheren Hetmans Skoropadski, die dieſer ſich gebildet hatte, als er die Schwenkung vom ukrainiſchen Gedanken zum geſamtruſſiſchen vollzog. Angeblich hält ſich auch Skoropadski jetzt in Deutſchland auf. Die Ausrüſtung und die übrigen Koſten für dies ruſſiſche Freikorps, dem im Falle des Gelingens zahlreiche Kräfte derſelben Art aus Rußland folgen ſollten, wären von deutſcher Seite zu tragen. Es iſt nicht bekannt geworden, ob und auf welche Weiſe dies Anerbieten ſeine Erledigung gefunden hat. Die Gefahren, die mit ihm verbunden ſind, liegen auf der Hand. Es wäre ein Bündnis mit ausgeſprochen reaktionären ruſſiſchen Kreiſen, mit Kreiſen, die darauf rechnen, daß auch in Deutſchland die Entwicklung ſich wieder rückwärts wendet, die in Rußland nicht nur den Bolſchewismus, ſondern auch die deutſchfeindliche bürgerliche Demokratie gegen ſich hätten und die außerdem den Preis für ſich fordern würden, daß mit deutſcher Hilfe Oſteuropa ſo weit wie möglich wieder in ſeine geſamtruſſiſche Form gebracht wird.

Die ſtärkſte Tätigkeit unter den ruſſiſchen Parteien entfalten in Deutſchland die Bolſchewiſten. Bolſchewiſtiſch verſeucht iſt Oſtpreußen. Hier ſind die ruſſiſchen bolſchewiſtiſchen Einflüſſe teilweiſe imſtande geweſen, bis in die Tiefe zu arbeiten, und zwar nicht nur in Königsberg, ſondern auch in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande. Die Unbildung der Landarbeiter und die natürliche Reaktion gegen die Verhältniſſe, die auf den großagrariſchen Beſitztümern des entfernten deutſchen Oſtens vielfach noch herrſchten, haben das verſchuldet. Im übrigen Deutſchland arbeitet die ruſſiſche Agitation mit vielen Tauſenden von Helfern und vielen Millionen an Geldmitteln, hauptſächlich in den größeren Städten und in den Induſtriegebieten. Wir müſſen uns vorſtellen, daß trotz aller Kontrollverſuche, die einfach unwirkſam bleiben, ein ununterbrochener Strom von Agitatoren und Geld von Oſten her über unſere Grenze fließt, ſich durch zahlloſe Kanäle in ganz Deutſchland veräſtelt, und daß von ihm aus der Radikalismus auf deutſchem Boden angeſtachelt, erhitzt und genährt wird. Es genügt dabei für die bolſchewiſtiſchen Zwecke zunächſt, wenn die Unruhe erhalten bleibt, und dazu iſt nichts weiter nötig, als daß überall Gewalt gepredigt, zu Plünderungen und Ausſchreitungen ermutigt, Waffenausrüſtung bereitgehalten und mit Geld nachgeholfen wird. Es iſt ja von den Beteiligten ſelbſt zugeſtanden worden, daß für die deutſche Revolution, die uns entwaffnet und der ſataniſchen Politik der Entente ausgeliefert hat, ruſſiſch-bolſchewiſtiſche Millionen mitgearbeitet haben. Dieſe Mitarbeit an der weiteren Zertrümmerung der Überreſte, die von der früheren deutſchen Ordnung noch vorhanden ſind, dauert unausgeſetzt fort, auch wenn einmal ein Fang, wie der Sobelſohn-Radeks, glückt. Man darf auch nicht vergeſſen, daß von den früheren deutſchen Kriegsgefangenen in Rußland eine ganze Anzahl durch das, was ſie von den Herrlichkeiten des bolſchewiſtiſchen Regimes für die augenblicklichen Machthaber geſehen hatten, von dem ſchrankenloſen Genuß der Gewalt, von der Enteignung der Beſitzenden, den Plünderungen der Wohnungen und ähnlichen Herrlichkeiten, einen ſtarken Eindruck erhalten haben. Es gibt immer Naturen, auf die ſo etwas faszinierend wirkt. Mit dieſen Propagandiſten halten die von Rußland kommenden Agitatoren möglichſt Fühlung.

Wie ſtark die aus dem ſlawiſch-großruſſiſchen Geiſt kommende Predigt der geiſtigen Anarchie auf ſchwach disponierte Gemüter gerade in Deutſchland zu wirken vermag, dafür iſt ein merkwürdiges Beiſpiel der Einfluß, den ein von Grund auf anarchiſtiſcher und unfruchtbarer Kopf, ohne die geringſte Fähigkeit des Aufbauers, wie der Graf Leo Tolſtoi, gerade bei uns erlangen konnte.*) Die Aufnahme ſeiner unklaren, ſtammelnden, aber kulturpolitiſche Schwachköpfe trotzdem faszinierenden Phraſeologie durch gewiſſe Vertreter der deutſchen Bildung erſcheint wie eine Vorſtufe zu dem gefährlichen Spiel mit dem Feuer, das jetzt von national wurzelloſen Kaffeehausliteraten, Künſtlern und ſonſtigen „Idealiſten" in Deutſchland durch ihr Kokettieren mit dem Bolſchewismus getrieben wird. Von all der mannigfaltigen ruſſiſchen Saat, deren Ausſtreuen auf deutſchem Boden wir ſeit der Revolution erleben, iſt dies die gefährlichſte. Zertretung des Bolſchewismus in Deutſchland iſt auch eine der Vorbedingungen für eine zukunftsreiche deutſche Oſtpolitik.

---

*) Die Bedeutung Tolſtois für den Bolſchewismus iſt in der „Deutſchen Politik" (1918, Heft 8) ſchon einmal gewürdigt worden. Ein offenes Wort über Tolſtoi als echten Vertreter des großruſſiſchen Geiſtes findet ſich auch bei Michelſohn („Monatsblätter des Deutſchen Moniſtenbundes", 1919, 11. Heft).

Bürgerkrieg

Von Dr. Theodor Heuß

Wirtſchaftlich geſehen, war der Verſuch, über Berlin den Generalſtreik zu verhängen, eine Miſchung von Dummheit und Verbrechen. Die Unternehmer wurden, bei der geringen Arbeitsleiſtung, die heute üblich geworden, von dem Arbeitsausfall kaum betroffen. Gefährlich wurde das Unternehmen in dem Augenblick, als Gas, Waſſer, Licht geſperrt werden ſollten. Das gab aber den Mehrheitsſozialiſten den erwünſchten Anlaß, aus der ganzen Sache, in die ſie ſich aus Mangel an Tapferkeit hatten hineinreißen laſſen, auszuſpringen. Der Streik war damit verloren.

Sein Kern ſitzt im Politiſchen. Freilich, auch hier führte die Planloſigkeit. Denn zuerſt beſchloß man, *daß* geſtreikt werde, und nachher beſann man ſich auf einen Katalog von Forderungen: warum, zu welchem Ziel? Der aufgepeitſchte Haß gegen die Freiwilligenregimenter, die hyſteriſche Angſt vor der „Gegenrevolution" (das iſt gegenwärtig das billigſte Schlagwort), die Sehnſucht nach Revolutionstribunalen, in denen die Bluſenmänner hiſtoriſche Gerechtigkeit ſpielen wollen, Rachebedürfnis für Liebknecht, Luxemburg, Eisner, das waren die ſeeliſchen Unterlagen. Aber das Entſcheidende, wenn auch zeitenweiſe Verdunkelte, iſt dies, daß auch die neue Bewegung, von ihren Trägern gerne die „zweite Revolution" getauft, ein Abſchnitt iſt in dem Machtkampf zwiſchen Demokratie und Räteſyſtem. Was ſoll aus den Räten werden, wenn aus Weimar ſchließlich, trotz alledem, eine Konſolidierung unſerer Verhältniſſe kommen ſollte?

Die preußiſche Nationalverſammlung ſtand vor ihrem Zuſammentritt. Das Münchener Beiſpiel lockte: mit Gewaltſamkeit die Räterepublik auszurufen. Die bayeriſche Verworrenheit iſt das Ideal der Berufsrevolutionäre geworden, und die „Unabhängige Sozialdemokratie", die in ihrer Politik den Rekord an geiſtiger Feigheit und Unklarheit aufgenommen hat, legte ſich auf das Räteſyſtem feſt. Theoretiker in ihren Reihen, geiſtig anſpruchslos, glauben vielleicht ehrlich, hier, im alten Syndikalismus, die Energien neuer Gemeinſchaftsgruppenbildung zu erkennen; die Taktiker wiſſen, daß es vorteilhaft iſt, ſich mit denen zu verbinden, die jetzt einen Teil ihrer Macht an geſetzliche Organe abtreten ſollen. Die politiſche Bedeutung der Arbeiterräte hat zu Ende zu ſein, wenn die Demokratie ihre Organe aufbaut — aber wer läßt gerne vom Rentnertum der Macht? Die Soldatenräte ſind bei einem demobiliſierten Heer ein Unfug geworden — aber die leidenſchaftlichſten Antimilitariſten von ehedem können ſich heute am ſchwerſten von der Uniform trennen. Die Inſtrumente der Revolution, gedankenloſe Nachahmung der ruſſiſchen Methode, wollen Organe der Republik werden und damit deren „ſozialiſtiſchen" Charakter gewährleiſten. Als ob der Dilettantismus betriebsmäßiger oder örtlicher Autonomien und Anarchien mit Sozialismus das geringſte zu tun hätte!

Die Regierung verſucht, die Gefahren eines wilden, immer leicht aufzuputſchenden Nebenregiments abzubiegen, indem ſie den „Räten" eine wirtſchaftliche Aufgabe zuweiſt, und dieſe, wie man ſich mit falſchem Pathos auszudrücken angewöhnt hat, „in der Verfaſſung verankert". Früher waren das Angelegenheiten der Gewerbeordnung; man ſprach bei ſolchen Aufgaben von „Arbeiterausſchüſſen", „Arbeitskammern", von der „konſtitutionellen Fabrik" und ähnlichem. Die Empfindſamkeit der revolutionären Hochachtung erſetzt dieſe Begriffe durch den „Rat", und das macht das ſozialpolitiſche Mitgehen heute einigermaßen ſchwer: denn dieſe ganze „Sozialiſierung", wie ſie durch die Induſtrien geplant iſt, dieſe vertikale Gliederung des gewerblichen Wirtſchaftslebens, trägt, noch unerkannt, die Gefahr in ſich, die jahrzehntelang mühevoll erarbeitete Leiſtung der Gewerkſchaften zu ſprengen. Ihre Macht, im Oktober 1918 endlich zur Höhe und Anerkennung gelangt, ſteht vor der Frage, ob ſie in den Abgrund geſtürzt wird und durch geſetzlich begründete Autonomien in den Betrieben, wo Unruheluſt und Einzelanſpruch jetzt zu regulären Wirtſchaftsorganen gemacht wurden, aufgerieben. Ehe nicht die Satzung der neuen Beſtimmungen klar umſchrieben vorliegt, kann man, im Hinblick auf den Geiſteszuſtand von vielen Induſtriearbeitern, dieſe Entwicklung im Augenblick nur mit der größten Sorge betrachten.

Es iſt fraglich genug, ob dieſe Verſuche der Regierung den „Radikalen" genügen. Wohlmeinende Kritiker und überlegene Beſſerwiſſer verſichern, die Regierung komme damit „zu ſpät". Dieſe Beweisführung iſt ungemein billig; uns ſcheint, die Weimarer Verſuche kommen, bei dem gegenwärtigen Zuſtand unſerer Wirtſchaft, gerade früh genug. Gewiß, es iſt ja ſchön, wenn Deutſchland der Weltgeſchichte ein neues Beiſpiel von großer ſozialer oder ſozialiſtiſcher Ordnung geben will; aber wichtiger iſt es, daß es überhaupt leben kann, und dazu ſoll es nicht dienen, um den Bankerott des Marxismus zu maskieren, in einen Panzer von Inſtanzen eingekleidet zu werden, der unſerer Wirtſchaft das Atmen raubt.

Inzwiſchen gehen in Berlin die Kämpfe weiter. Die Spartakusleute waren zufrieden, daß ſie die von ihnen mehr oder weniger abhängigen „Unabhängigen" zu dem Verſuch des Generalſtreiks vorangetrieben haben und daß dann auch die „Abhängigen" ihre oft deklamierte Unabhängigkeit gegenüber den Straßenhelden preisgaben — ſie ſind dann gleich neben den Streik getreten und haben mit den Waffen ihren Bürgerkrieg aufgenommen. Die berühmte „Volksmarinediviſion“, die ihr Dauerleben aus dem verhängnisvollen Dezemberkompromiß der Regierung herleitet, ſtellte ihnen die Kerntruppen, und mit fürchterlicher Grauſamkeit wüten dieſe Leute, von den Deſerteuren der Front unterſtützt, gegen ihre Volksgenoſſen. Dieſe blutigen Kämpfe ſind ein furchtbares Erlebnis unſeres Volkes. Zugleich eine Lehre für die Regierung, daß ſie nicht mit unzeitigen Amneſtien die Reihen ihrer Gegner nährt. Sie darf ſich nicht in der Brutalität verhärten, und zweifellos war es politiſch und vom Rechtsſtandpunkt verhängnisvoll, daß eine rückſichtsloſe Aufklärung über das Ende von Liebknecht und Luxemburg in den Zuſtand der Verſchleppung geriet. Der Schutz von Mördern, wie dem Metzgergeſellen Lindner in München, ſoll das Privileg der Berufsrevolutionäre bleiben. Die mögen ſich mit ſolcher Schmach beſudeln. Aber indem ſie in allen Rechtsfragen für unbedingte Klarheit ſorgt, ſchafft die Regierung ſich den Boden, von dem aus die Rückſichtsloſigkeit gegen die verbrecheriſchen Banden waltet, die heute furchtbares, aber unbedingtes Gebot iſt.

Wie es kam — November 1918?

Von Prof. v. Schulze-Gaevernitz, Freiburg i. B.

Man hat die deutſche Revolution vom Anfang November 1918 einen unzeitigen Umſturz genannt. Sie kam zu ſpät: der Volksſtaat war unter Prinz Max begründet und über allen Zweifel ſichergeſtellt — zu früh: das Friedenswerk war ſoeben im Gange; es kam darauf an, unſeren Gegnern die Überzeugung zu erhalten, daß eine militäriſche Beſiegung Deutſchlands, die Zurückdrängung der deutſchen Heere etwa bis auf die Maas- und Rheinlinie noch größte Opfer verlange, ſo daß der erwünſchte Friede ein gerechter Verſtändigungsfriede ſein müſſe. Die Revolution hat Deutſchland einſeitig entwaffnet und der Gnade, vielleicht der Ungnade ſeiner Gegner überliefert. Man hat hinzugefügt, daß die Heimat mit tötlichem Dolchſtoß dem Frontheer in den Rücken gefallen ſei. Dieſer Dolch war vom Auslande geſchärft und von der Unabhängigen Sozialiſtenpartei dem Heimatheere ausgehändigt worden. Eine erhebliche Rolle ſpielte ruſſiſches Geld und Waffen. Mitgewirkt hat die feindliche Fliegertruppe an der Weſtfront, welche tonnenweiſe revolutionäre Flugblätter abwarf, und eine geſchickte Propaganda vom neutralen Ausland her, die ballenweiſe Druckſchriften einſchmuggelte. So betrachtet, war die Revolution ſeitens ihrer ausländiſchen Hintermänner ein Meiſterſtück der Propaganda, bei dem nur zweifelhaft war, wie ſie die Geiſter, die ſie riefen, wieder los werden wollten.

Aber ſo intereſſant die Frage nach der Finanzierung dieſer, wie jeder anderen Revolution auch ſein mag, tiefer blickt doch eine andere Betrachtung. Hinter aller Anſtiftung ſteht die weltgeſchichtliche Tatſache feſt: Jede Revolution wurzelt letzthin in den Sünden und der Verblendung derer, gegen welche ſie ſich wendet. Das alte Syſtem war morſch; der Glaube des Volkes daraus entwichen; als „Schwindel“ war es von Hunderttauſenden von Stimmen an und hinter der Front im letzten Kriegsjahre bezeichnet worden. Das Alte fiel wie eine überreife Frucht bei der leiſeſten Berührung zu Boden, und die Widerſtandsloſigkeit, mit der es etwa in Berlin abdankte, nach ſo viel Prunk und großen Worten, berührte lächerlich und beſchämend. So betrachtet, war die Revolution eine hiſtoriſche Notwendigkeit, aus welcher die Deutſche Freiheit geboren werden kann und ſoll.

Der Anſtoß kam bekanntlich von der Flotte, welche unter ſteter „Vierſtundenbereitſchaft“ und Halbdampf einer vierjährigen Blockade erlegen war. Die Meinung zahlreicher von mir befragter Flottenmannſchaften — ob richtig oder falſch — ging dahin: man habe revoltiert gegen eine Ausfahrt der Flotte „zwecks ehrenvollen Untergangs“. Lauffeuermäßig verbreiteten die Matroſen die Revolution von Kiel nach Wilhelmshaven, nach Hamburg, Hannover, Süddeutſchland uſw. Welche Tragik! Die Großkampfflotte, das perſönlichſte Werk des Kaiſers, welche im Krieg durch Tatenloſigkeit bei täglichem ſchwerem Dienſt demoraliſiert war, ſie wurde der Herd der Revolution, die den Kaiſer ſtürzte. Aber vielleicht wäre es gelungen, auch dieſe Wellen noch zu glätten, woran die Abgeordneten Noske, Haußmann u. a. nicht ohne Erfolg arbeiteten. Andere Abgeordnete beſuchten in jenen Tagen die Front, um die Stimmung durch Anſprachen zu feſtigen.

Die Entſcheidung brachte die Revolution in Berlin, welche an der Kaiſerfrage entflammte. In einer Fraktionsſitzung am Mittwoch, 6. November, ſprach ſich meine Fraktion für ſofortige Abdankung des Kaiſers in der Abſicht aus, die monarchiſche Staatsform und die Regierung des Prinzen Max zu retten, womit auch die Sozialdemokratie zufrieden geweſen wäre. Vorgeſehen war der Übergang der Kaiſerkrone auf den zwölfjährigen Enkel, dem eine verſtändige und zeitgemäße Erziehung hätte gegeben werden können, ſowie die Einrichtung einer verfaſſungsmäßigen Regentſchaft. Der wichtigſte Grund, welcher die Abdankung des Kaiſers unvermeidlich machte, war die ausdrückliche Forderung Wilſons, der aus Gründen ſeiner inneren Politik in Kampfesſtellung gegen die kriegstreiberiſchen Republikaner einen ſichtbaren Erfolg benötigte. Dazu kam die Rückſicht auf die Stimmung der breiten ſozialdemokratiſchen Arbeiterſchaft, die dahin zuſammengefaßt wurde: Der Polier wird verantwortlich gemacht, wenn durch Schuld der Bauleute das Gerüſt zuſammenbricht. Jedenfalls war uns allen bewußt: Ohne oder gegen die Sozialdemokratie war zu jener Zeit jede Regierung unmöglich, da die Gewerkſchaften das einzig haltbare Bollwerk gegen das von Oſten andringende Chaos bildeten. Unglücklicherweiſe hatte ſich der Kaiſer in jenen Tagen der unmittelbaren Einwirkung der Reichsregierung entzogen und wurde im Großen Hauptquartier von den Generalen geſteift. Auf das Ultimatum der Sozialdemokratie vom 7. November, welches die Abdankung binnen 24 Stunden forderte, kam am 8. November die Antwort des Kaiſers, er weiche nur der Gewalt. Tatſächlich aber war damals eine ausſichtsreiche Abdankungsaktion im Gange.

Ohne deren Ergebnis abzuwarten, ſetzte am 9. mit dem Generalſtreik in Berlin die unblutigſte aller Revolutionen ein, die in wenigen Stunden das alte Syſtem über den Haufen warf: Geſchloſſener Übergang der Berliner Garniſon zur Revolution! Schon mittags gegen drei Uhr verkündigte Scheidemann von der Freitreppe des Reichstages aus die „deutſche Republik“, und kurz darauf hielt Liebknecht eine Rede vom Balkon des königlichen Schloſſes, wobei eine königliche Bettdecke als rote Fahne diente. Erſt abends ertönte Schießen um das Schloß und den Marſtall, den unglückliche Jugendwehren verteidigten. Alle militäriſche Ordnung löſte ſich auf; Soldaten und Ziviliſten raſten mit Maſchinengewehren durch die Straßen; Infanteriepatronen wurden wie Zuckerbonbons von Hand zu Hand gegeben. Am Nachmittag erſchien bereits Rote Garde in der Wandelhalle des Reichstags und drängte die Abgeordneten beiſeite. Ich hörte mit eigenen Ohren, wie einem Abgeſandten Scheidemanns, der die Roten Gardiſten aufforderte, Platz zu machen, geantwortet wurde: „Scheidemann kann uns ſonſt was.“

Unter Beſeitigung der Regierung des Prinzen Max erfolgte am 10. November die Bildung der neuen Reichsregierung von Ebert und Haaſe unter Ausſchluß der Bürgerlichen; obgleich bei allen Neuwahlen die Unabhängigen in der Minderheit geblieben waren, kamen ſie doch in die neue Regierung zu gleichem Anteil mit der ſozialdemokratiſchen Mehrheit — die erſte Kapitulation der Alten vor den Unabhängigen, welcher weitere folgten. An demſelben Tage vollzog ſich der völlige Sieg der Revolution in der Etappe, beſonders in Belgien. Überall in Deutſchland entſtanden Soldatenräte, welche die tatſächliche Gewalt an ſich riſſen, aber immerhin das Verdienſt hatten, in vielen Fällen wenigſtens die elementaren Grundlagen der bürgerlichen Ordnung aufrecht zu erhalten.

Ich reiſte in dieſen Tagen mit unzähligen Feldgrauen, welche nach Hauſe eilten, in unglaublich überfülltem Wagen von Berlin nach Mannheim. Hochintereſſant, dieſe Stimmungseindrücke! In fürchterlicher Kürze faßte ein Feldgrauer die Stimmung, welche Tauſende bewegte, in das Wort zuſammen: „Der Sieg wäre für uns die Peitſche geweſen.“ Ein anderer ſetzte hinzu: „Hinter je drei Deutſche wäre ein Poliziſt zu ſtellen geweſen.“ Ein Dritter, augenſcheinlich im Offiziersgrade, meinte: „Das deutſche Heer zerfiel in zwei Klaſſen, Herren und Knechte, von denen die Knechte ſich empörten.“ Überall herrſchte gegen den zuſammenbrechenden Militarismus Erbitterung: über ſchlechte Behandlung durch neugebackene Offiziere, über ſchlechte Ernährung bei geſteigertem Dienſt, daneben Hoffnung auf internationale Revolution als Schutz vor einem Gewaltfrieden. „Die Franzoſen machen mit, dann ſollen Foch und Hindenburg ſich allein duellieren." So hatten auch in Berlin die Matroſen, mit denen ich ſprach, von den roten Flaggen gefabelt, welche die engliſche Flotte aufgezogen habe. Dieſe jungen Leute ſuchten ſich über das Unheil, welches die Revolution ausgelöſt hatte, leichthin hinwegzutäuſchen. Herzzerreißend war es, von zahlreichen Elſäſſern in kernigem allemanniſchen Deutſch nichts als die Freude zu vernehmen, von Deutſchland loszukommen — das traurige Ergebnis einer deutſchen Herrſchaft von über vierzig Jahren! Nirgends fand ich auf dieſer und zahlreichen anderen Reiſen, die ich in den nächſten Tagen machen mußte, eigentliche Erbitterung gegen die Fürſten. Von der ruhigen Zuneigung des Badener zu ſeinem „Fritz" ging die Stimmung bis zur ſcherzhaften Gutmütigkeit der Sachſen, von denen einer ſagte: „Unſer guter König trübt kein Wäſſerchen," und der andere hinzufügte: „Du meenſt wohl, er trinkt kein Wäſſerchen."

Aber noch andere Stimmungen traten zutage. Hie und da wurde Erbitterung laut über die „Faſchingsnarrheit" der Jungen, die nie Pulver gerochen hätten und nun als Soldatenräte die alten Soldaten meiſtern wollten. Beſonders erbitterte das Herunterreißen der Eiſernen Kreuze „durch Frauenzimmer und Lausbuben".

Wenige Stunden nach dem Umſturz kamen die fürchterlichſten Waffenſtillſtandsbedingungen der Weltgeſchichte. Die Annahme dieſer Bedingungen — der einſeitigen Entwaffnung, der Auslieferung unſerer Verkehrsmittel und der Flotte, die unſer Stolz geweſen war, bei Aufrechterhaltung der Blockade ſchildert der Reichstagspräſident Fehrenbach mit folgenden Worten: „Am 10. November war der ‚berühmte' Sonntag zur Entgegennahme der Waffenſtillſtandsbedingungen. Neben dem neuen Reichskanzler Ebert und ſeinen Staatsſekretären Landsberg und Scheidemann waren noch die Männer der alten Regierung und ich im Kanzlerhauſe anweſend. Ebert betonte in kurzen Worten, daß er von den üblichen begrüßenden Worten abſehe, da ſie in dieſer Stunde nicht am Platze ſeien. Der Staatsſekretär des Außeren, Dr. Solf, verlas darauf die Bedingungen. Sie können ſich denken, mit welchen Gefühlen wir dieſe angehört haben. Dann wurde das Telegramm der Waffenſtillſtandskommiſſion (die von der alten Regierung ernannt war) verleſen, worin die Kommiſſion mitteilte, es bleibe nichts übrig, als die Bedingungen glatt anzunehmen. Hernach wurde ein Telegramm Hindenburgs verleſen, worin er erſuchte, alle Bedingungen ſofort anzunehmen. Er könne die Armee nicht mehr beieinander halten! Da hat Ebert gefragt: Wer iſt dagegen? Es iſt furchtbares Schweigen erfolgt." — Da Hindenburg im Oktober noch eine Fortſetzung des Krieges bis zum Frühjahr für möglich erklärt hatte, ſo beleuchtet ſein Meinungswechſel die kataſtrophale Wirkung der Revolution auf das Frontheer und vor allem auf die Etappe.

Die Annahme der Bedingungen erfolgte durch vier oder ſechs Mann, die „Reichsregierung“, ohne Befragen des Reichstags, ohne Befragen des Frontheeres, was techniſch wohl möglich geweſen wäre. Ich hörte wenige Tage darauf aus beſteingeweihter ententiſtiſcher Quelle in der Schweiz: die Annahme jener Bedingungen, die man Wilhelm II. geſtellt habe, durch die neue Regierung habe „überraſcht“ und die cupidité in Paris und London entfacht.

Zuſammenfaſſend: Die angelſächſiſche Weltherrſchaft iſt feſter denn je begründet. Die pax britannica umſchlingt den Weltkreis ähnlich wie einſt die pax romana des ſpätkaiſerlichen Roms. Indem England die Abrüſtung zur See von ſich weiſt, wird der Völkerbund im beſten Falle zur honorigen Form dieſer Herrſchaft für die Schwachen. Trotz des Opfers unſerer beſten Jugend bei rieſenhafter „dynamiſcher Leiſtung“ in Technik und Wirtſchaft droht uns ein Schwertfrieden, wenn auch reich an Lorbeeren, von denen man aber leider nicht leben kann. Die Gründe ſind mit wenigen Worten nur anzudeuten:

Die letzten politiſchen Entſcheidungen waren Militärs anvertraut, welche — rein europäiſch orientiert — mit Weltwirtſchaft und Weltpolitik ebenſowenig Fühlung hatten, wie mit der Macht des Freiheitsgedankens und der Demokratie. Sie irrten ſich ſelbſt in Fragen ihres Metiers und klappten zuletzt rückgratlos zuſammen. — Aber über das Verſchulden des Militarismus hinaus brachen wir zuſammen, weil wir während des letzten Menſchenalters Machtpolitik nach außen ohne Freiheitspolitik nach innen trieben, und damit dem weſteuropäiſchen Kapitalismus und Imperialismus geſtatteten, ſeinen Handels- und Rachekrieg zu einem Weltfreiheitskrieg gegen uns auszuweiten und das Weltgewiſſen auf ihre Seite zu bringen. Gewiß, auch vor dem Krieg war der deutſche Freiheitsgedanke nicht erſtorben, aber er war ſchwach geweſen gegenüber den Mächten des Rückſchritts, weil er ſich abgelöſt hatte von dem Mutterboden einer idealiſtiſchen und religiöſen Weltanſchauung. Dagegen wurzelt der Freiheits- wie der Herrſchaftsgedanke des Angelſachſen im Puritanismus, und bezieht aus dieſem tiefen, jetzt vielfach überſchütteten Urgrund auch heute noch ſeine innerſten Kräfte, während unſere Alldeutſchen wie unſere Sozialdemokraten aus ſeichteren Quellen des Seelenlebens geſchöpft haben.

Immerhin beſtand ein erheblicher Unterſchied zwiſchen deutſchem Oſt und deutſchem Weſt. Schon beim Beſuch des Soldatenrats in Frankfurt umwehte mich eine menſchlichere Luft, und als ich gar nach Baden zurückkam, fand ich hier die Verhältniſſe im weſentlichen unverändert. Im Oſten hatte der Militarismus und das Junkertum ſchwer wie ein Alpdruck auf den breiten Volksſchichten gelaſtet und die geſellſchaftliche Schichtung der Leibeigenſchaft verewigt. Die Empörung war hier eine Sklavenempörung, begleitet von der Sympathie weiter intellektueller Schichten, welche — wohl auch im Vertrauen auf Wilſons vierzehn Punkte — den Ernſt der äußeren Lage unterſchätzten und die junge Freiheit bewillkommneten. Aber nur allzu ſchnell zeigte ſich hier, daß der empörte Sklave dem früheren Herrn gleicht und Gewalttat mit Gewalttat vergilt. Die Gegenſätze berührten ſich: Herr v. Oldenburg wollte den Reichstag mit dem berühmten Leutnant und zwölf Mann auseinandertreiben, der Unabhängige Hofmann mittels der Handgranaten der Roten Garde.

In Baden dagegen war der Umſturz von außen hereingetragen und wäre ohne Berlin nie geſchehen. Einmal eingetreten, wurde er zum Fortſchritt freier Männer in der bisher eingeſchlagenen Richtung. Das badiſche Fürſtengeſchlecht hatte die Aufgabe erfüllt, welche Fichte als die höchſte dem Fürſten ſtellt: zur Freiheit zu erziehen und ſich als Fürſten überflüſſig zu machen. Alles kommt darauf an, ob es der im Grunde weſtdeutſchen Regierung Ebert-Scheidemann — Ebert ein badiſches Landeskind! — gelingen wird, den Oſten zu verdeutſchen. Schon vor Jahren pflegte ich meinen Studenten unſer innerpolitiſches Problem dahin zu formulieren, daß es darauf ankomme, Berlin „badiſch zu machen" — die beſte Vergeltung für 1849 und Raſtatt.

Dieſen Gegenſatz zwiſchen Oſt und Weſt beleuchtet das alte Schillerwort:

„Vor dem Sklaven, der ſeine Ketten bricht,
Vor dem freien Menſchen erzittre nicht!"

Die Größenwahnpolitik der Südſlawen

Von Theodor von Gosnosky (Wien)

I.

Die Habsburgiſche Monarchie wird aufgeteilt. Das iſt ganz einfach. Man braucht nur die Karte und einen Stift zur Hand zu nehmen und drauf loszuſtreichen: die Alpen- und Sudetenländer kommen zum Deutſchen Reiche, Galizien zu Rußland, Ungarn wird ſelbſtändig, Kroatien bildet mit Dalmatien und Bosnien ein ſüdſlawiſches Reich, vielleicht im Vereine mit Serbien und Montenegro; die von Italienern bewohnten Gebiete endlich fallen an Italien. Damit wäre das Habsburgerreich von der Landkarte verſchwunden und reſtlos aufgeteilt . . . .

Das ſieht ſich ja ſoweit höchſt einfach an und erſcheint, vom rein ethnographiſchen Standpunkte betrachtet, recht einleuchtend. Und doch iſt dieſe Aufteilung nur ein loſes Phantaſiegebilde. Eine einzige Frage genügt, das ganze, ſcheinbar ſo feſt begründete Gebäude dieſer Bierbank-Staatskünſtler umzuwerfen wie ein Kartenhaus, die Frage: was geſchieht mit Trieſt?" . . .*)

Dieſe Worte habe ich zwei Jahre vor dem Kriege niedergeſchrieben, um den Wahnwitz der Aufteilung Öſterreich-Ungarns zu illuſtrieren. Mittlerweile iſt dieſer Wahnwitz zur Tat geworden und der „Kampf aller gegen alle auf den Trümmern der Monarchie", den ich damals als die unabwendbare Folge ihres Zerfalles in Ausſicht geſtellt habe, iſt zur Zeit in vollem Gange. Tſchechen und Südſlawen gegen Deutſche und ebenſo gegen Magyaren, Tſchechen auch gegen Polen; Polen gegen Deutſche (in Preußen) und Ukrainer; Ukrainer gegen Magyaren; Rumänen gegen Magyaren und, wo ihre Intereſſenſphären mit denen der Serben und Ruthenen (Ukrainer) zuſammenſtoßen, vorausſichtlich auch gegen dieſe; und ſchließlich auch noch Südſlawen gegen Italiener: ſo geht es heute in jenen Ländern zu, die vormals zur habsburgiſchen Krone gehört haben.

Wer die ſo überaus verwickelten nationalen Verhältniſſe in der einſtigen Monarchie gründlich kannte — und die Zahl dieſer Leute war leider nur klein —, der konnte ſich, ſofern er die Dinge nicht durch eine der vielen nationalen Brillen betrachtete, die dort üblich waren, über die verheerenden Wirkungen nicht im Zweifel ſein, die der Zerfall der Monarchie nach ſich ziehen würde; denn keine der auf dem Papiere ſo einfach erſcheinenden Angliederungen der verſchiedenen Trümmer an die konnationalen Nachbarſtaaten ließ ſich ſo glatt durchführen, wie die nationalen Fanatiker es ſich erträumten, weder die der deutſchen Länder an das Deutſche Reich (wobei dieſes noch als der mächtige Staat gedacht war, der er vor der letzten Kataſtrophe geweſen iſt); noch die Siebenbürgens an Rumänien oder der Slowakei an Böhmen uſw.

Am einfachſten ſah noch die Vereinigung der von Südſlawen bewohnten Gebiete aus, weil ſie im Gegenſatze zu den meiſten anderen Parteien der Monarchie ein einheitliches Sprachgebiet bildeten und nur verſchwindend geringe ethniſche Minderheiten fremdſprachiger Nationen enthielten. Allein dieſer Schein täuſchte, denn während anderswo die Verſchiedenheit der Sprache den Stein des Anſtoßes bildete, ſo war es hier die Konfeſſion. Die katholiſchen Kroaten und die orthodoxen Serben ſtanden einander feindlich gegenüber, und dieſe Feindſchaft war eine tiefe und erbitterte und reichte weit zurück. Wer mit den einſchlägigen Verhältniſſen einigermaßen vertraut war, konnte ſich darum auch hinſichtlich dieſer territorialen Neuſchöpfung, Jugoſlawien, keinen Illuſionen hingeben, zumal da noch eine halbe Million ſüdſlawiſcher Moslim in Betracht kam.

Die Zukunft wird zeigen, wie begründet ſolche Zweifel geweſen ſind. Noch hört man freilich nichts von einem Aufflammen des alten überlieſerten kroatiſch-ſerbiſchen Haders, aber es wäre naiver Optimismus, deshalb zu glauben, er ſei wirklich erloſchen; er glimmt eben bloß unter der Aſche fort. Die Tatſache allein, daß man ſich in Jugoſlawien noch immer nicht über die doch ſo wichtige Frage der Verfaſſungsform entſchieden hat, läßt ſchon erkennen, daß dieſer Gegenſatz ſich bereits ſtark fühlbar macht. Wir hören zwar von einer ſüdſlawiſchen Republik, aber wir hören nicht minder vom Serbenkönig Peter und dem Thronfolger Alexander. Es iſt demnach noch die Frage offen, ob das jugoſlawiſche Reich eine Republik oder ein Königreich werden ſoll. In Agram hat man die Republik ausgerufen, und wenn man, wenigſtens insgeheim, an deren Stelle auch lieber ein Königreich ſähe, ſo wäre das natürlich das alte hiſtoriſche Königreich Kroatien, dem vor Jahrhunderten durch die Magyaren ein Ende gemacht worden iſt, nicht aber die Herrſchaft des Mörderkönigs Peter und ſeiner Sippe.

---

*) „Die Politik im Habsburgerreiche", Randgloſſen zur Zeitgeſchichte, Berlin 1912/13, Band II, S. 376.

Dieſer noch ganz ungeklärten Sachlage zufolge kann man eigentlich nicht einmal von einem jugoſlawiſchen Reiche ſprechen, denn neben der kroatiſch-ſloweniſchen Republik beſteht nach wie vor das ſerbiſche Königreich; ein Zuſtand, der ſich auf die Dauer natürlich nicht halten läßt und entweder die Vereinigung aller Jugoſlawen in ein einziges Staatsweſen erheiſcht, gleichviel, ob es ein Großkroatien oder ein Großſerbien wird, oder aber eine reinliche Scheidung zwiſchen Kroaten und Slowenen einer-, Serben anderſeits. Das eine wird ſo ſchwer ſein wie das andere, denn da wie dort wird ſich der alte kroatiſch-ſerbiſche Gegenſatz einer friedlichen Löſung dieſes Problems in den Weg ſtellen; da wie dort werden Kroaten und Serben um die Vorherrſchaft ringen. Und zwar wäre die reinliche Scheidung zwiſchen beiden die gefährlichere Löſung, denn dann würde zwiſchen ihnen die Frage auftauchen: Wem gehört Bosnien und die Herzegowina? Dieſe beiden Länder wären der Erisapfel, um deſſen Beſitz ſie einander immer wieder in die Haare geraten würden.

II.

Vorläufig freilich verbergen ſich dieſe Fragen noch im Hintergrunde, und andere ſtehen im Vordergrunde und halten Kroaten wie Serben dauernd in Atem. Noch ſind nämlich die Grenzen des jugoſlawiſchen Gebietes ganz unbeſtimmt. Weder Deutſchöſterreich, noch Ungarn, diesfalls beſſer: Magyarien, noch Großrumänien gegenüber ſind ſie klar gezogen worden; von denen gegen Italien einſtweilen gar nicht zu reden. Betreffs derer gegen Deutſchöſterreich hat es zwar geheißen, ſie wären feſtgeſetzt; allein die Südſlawen kehren ſich nicht im geringſten daran, unternehmen fortwährend Vorſtöße gegen Norden und bekunden immer deutlicher die Abſicht, ſich ganz Kärntens zu bemächtigen und auch in Steiermark bis gegen Graz vorzudringen, ja ſogar dieſe reindeutſche Stadt ihrem Gebiete einzuverleiben. Daß dieſe Gelüſte den von den

Südſlawen früher immer ſo beweglich vorgebrachten Klagen über ihre nationale Bedrückung in Öſterreich eine ſeltſame Folie geben und dem von ihnen früher immer ſo pathetiſch betonten Grundſatze der nationalen Selbſtbeſtimmung geradezu ins Geſicht ſchlagen: das ficht ſie, wie ſich zeigt, wenig an. Gleich allen anderen Völkern — mit Ausnahme der zu Boden getretenen Deutſchen natürlich — haben eben auch ſie die ihnen unbequem gewordene heuchleriſche Maske abgeworfen und tragen ihre Habſucht und Ländergier offen zur Schau. Was ſchert ſie das Selbſtbeſtimmungsrecht, was das nationale Prinzip? Leere Worte! Macht wollen ſie haben und Land, und fragen nicht das geringſte Bedenken, es zu nehmen, wo ſie können. Nur die Entente vermag dieſem Heißhunger Grenzen zu ſetzen; Deutſch-Öſterreich iſt dazu nicht imſtande, denn es beſitzt kein Heer mehr, und ſeine derzeitige Regierung will keins aufſtellen, ſo daß es zu kläglicher Ohnmacht verdammt iſt. . . .

Da es den Jugoſlawen im Hinblick auf die Friedenskonferenz aber doch nicht ganz geheuer zu Mute zu ſein ſcheint, ſo haben ſie ſich in jüngſter Zeit nach einer neuen Maske umgeſehen, die ihre Habſucht verhüllen und ſie mit einem Nimbus von gutem Rechte drapieren ſoll; und da, wer im politiſchen Leben ſucht, meiſt auch findet, ſo haben ſie ein Patent des Kaiſers Franz vom 3. Juli des Jahres 1816 ausfindig gemacht, worin die Gründung des „Königreichs Illyrien" ausgeſprochen wird. Weil nun dieſer alten Urkunde gemäß auch Kärnten dazu gehört, ſo glauben ſie damit ihren Anſpruch auf dieſes Kronland rechtfertigen zu können. Damit begehen ſie natürlich abermals einen argen Verſtoß gegen das nationale Prinzip und das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker und führen ihre früher auf dieſe Grundſätze geſtützten oder, richtiger geſagt, damit verbrämten Anſprüche ſelber ad absurdum.

Auch ſonſt iſt dieſer Hinweis auf das alte Illyriſche Königreich nicht eben glücklich gewählt, denn jenes Patent weiß weder etwas von der Zugehörigkeit Dalmatiens, noch von der Südſteiermarks zu Illyrien. Zudem iſt dieſes Königreich im Rahmen des öſterreichiſchen Kaiſertums geblieben und keineswegs ein ſelbſtändiger, ja nicht einmal ein autonomer Staat geweſen. Das Patent des Kaiſers Franz ließe ſich demnach mit mehr Grund gegen die ſüdſlawiſchen Anſprüche ins Treffen führen, als für ſie.

Daß ſich die Südſlawen ſolcher fragwürdiger Argumente zur Rechtfertigung ihrer maßloſen, ja größenwahnſinnigen Länder- und Machtgier bedienen, zeigt nur, wie ſkrupellos ſie vorgehen und wie ſehr ſie ſelber ſich des Rechtsmangels ihrer Anſprüche bewußt ſind. Wo ſie ein Endchen Stoff gewahr werden, das ihnen zur juridiſchen Drapierung dieſer Anſprüche halbwegs geeignet erſcheint, dort greifen ſie unbedenklich zu, mag ſein Ausſehen mit dem ihrer übrigen Draperie auch noch ſo wenig übereinſtimmen.

Noch ausgedehnter als Deutſch-Öſterreich gegenüber ſind ihre Forderungen Ungarn gegenüber, und ebenſowenig — aus denſelben Gründen wie die Deutſch-Öſterreicher — vermögen die Magyaren aus eigener Kraft ſich des ſüdſlawiſchen Anſturmes zu erwehren. Dieſer dringt auch hier weit über die ethnographiſchen Grenzen hinaus und ergießt ſeine Wogen auch über Gebiete, die weder einen nennenswerten ſüdſlawiſchen Bevölkerungseinſchlag aufweiſen, noch jemals zum einſtigen hiſtoriſchen Kroatien oder Serbien gehört haben. Dies gilt namentlich mit Bezug auf die ungariſchen Komitate auf dem rechten Donauufer und deſſen Hinterland, alſo Báranya, Sümegh und Zala. Daß die Südſlawen die ſogenannte Bácska, das Bács-Bodroger Komitat, zwiſchen Donau im Weſten und Süden und Theiß im Oſten gelegen, ganz für ſich in Anſpruch nehmen, verſteht ſich bei ihrer ſkrupelloſen Annexionspraxis von ſelbſt, denn für dieſes Gebiet können ſie ſich auf die kaiſerliche Verordnung vom 18. November 1849 berufen, derzufolge als „Serbiſche Wojwodina" erklärt worden war. Vom nationalen Standpunkte haben ſie aber nur auf etwa den dritten Teil der Bácska ein Anrecht, denn neben rund 200 000 Serben wohnen dort faſt ebenſoviel Deutſche und etwa 300 000 Magyaren. Noch weit ungünſtiger ſteht es mit ihren Anſprüchen auf das Banat, denn deſſen drei Komitate zählen bloß etwa 260 000 Serben gegenüber 600 000 Rumänen, über 400 000 Deutſchen und ungefähr 170 000 Magyaren. Das hindert ſie freilich nicht, auch hier Forderungen geltend zu machen; doch dürften dieſe, falls die Entente nicht ganz entſchieden ihre Partei nimmt, an dem Widerſtande der ihnen an Zahl ſo ſehr überlegenen Rumänen ſcheitern.

III.

Hätte der nationale Größenwahn die Köpfe der Südſlawen nicht mit ſeinen Machtträumen umnebelt, ſo müßten ſie ſich ſagen, daß es für ſie viel klüger wäre, ſich mit ihren nichtſlawiſchen Nachbarn, ſowohl im ehemaligen Öſterreich wie im ehemaligen Ungarn, friedlich zu einigen und ſich mit den national begründeten Grenzen zu begnügen, um ihre ganze Kraft gegen einen Gegner zu vereinigen, der dem Beſtande ihres jungen Staatsweſens weit gefährlicher iſt, als es Deutſche, Magyaren und Rumänen ſind; eine deutſche und rumäniſche Gefahr hat für ihre berechtigten Anſprüche nie beſtanden, und die magyariſche iſt durch den Zuſammenbruch Ungarns wohl für immer beſeitigt. Um ſo ernſter aber iſt die Gefahr, die ihnen von Italien droht. Daß ſie in dieſem einen gefährlichen Feind ſehen, geht aus der kürzlich bekanntgewordenen Nachricht hervor, daß ſie die zehn jüngſten Jahrgänge ihrer Wehrmacht unter die Fahnen berufen hätten; dieſe Nachricht mag ja, wie heutzutage ſo viele Alarmmeldungen, nicht auf Wahrheit beruhen; deswegen bleibt ſie aber doch ſymptomatiſch für die Beſorgnis der Südſlawen vor der italieniſchen Gefahr. Um ſo weniger zu verſtehen iſt es, daß ſie trotzdem auch die Erbitterung der Deutſchen und Magyaren herausfordern. So ſtark, daß ſie an ihren Grenzen drei Gegner vertragen könnten, ſind ſie nicht; freilich kommen jene zwei Gegner derzeit nicht in Betracht, weil ſie ſo gut wie wehrlos ſind, aber ſie werden es gewiß nicht bleiben. . . . Und der dritte Gegner iſt allein zur Zeit ſchon mächtig genug. Von ihm droht ihnen keine geringere Gefahr als der Verluſt Dalmatiens und damit der Küſte, alſo juſt des Gebietes, um das es namentlich den Serben ſo ſehr zu tun geweſen iſt. Ebenſo ſchwinden angeſichts der italieniſchen Übermacht die ſüdſlawiſchen Hoffnungen auf Trieſt. So mancher Kroate und Slowene dürfte ſich, im ſtillen Kämmerlein zur Einkehr gelangt, ſchon jetzt betrübt hinter dem Ohre kratzen und ſich ſagen, daß dieſe Gebiete unter der alten öſterreichiſchen Herrſchaft dem Südſlawentume viel ſicherer geweſen ſind als jetzt, und daß in Dalmatien überhaupt keine italieniſche Gefahr mehr beſtand, im Küſtenland dieſe aber immer geringer geworden war. Hatte der Prozentſatz der Italiener in Dalmatien im Jahre 1813 noch ungefähr 25 Prozent betragen, ſo war er 1869 ſchon auf 11 Prozent und 1910 auf 2,7 Prozent zuſammengeſchrumpft, und damit war auch die bis zu dieſem Jahrhundert beſtehende Vorherrſchaft der Italiener in Dalmatien zu Ende geweſen. Schon im Jahre 1897 hatten ſie das letzte Mandat für den öſterreichiſchen Reichsrat verloren, und im Landtage, in dem ſie trotz ihrer kleinen Volksminderheit noch in den ſechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts unter 43 Sitzen 31 innegehabt hatten, haben ſie zuletzt nur mehr 6 zu behaupten vermocht. Auch im Küſtenlande hatten ſich Kroaten und Slowenen immer mehr auf Koſten des italieniſchen Elements ausgebreitet, ſo daß ſchließlich der an der Adria wohnenden Million Südſlawen kaum mehr ein Drittel davon an Italienern gegenüberſtand. Es war demnach mit der Sache der Südſlawen unter dem angeblich ſo tyranniſchen Regimente des alten Öſterreich ganz und gar nicht ſo übel beſtellt, und ſie konnten jeden Abend zu Bette gehen, ohne befürchten zu müſſen, am nächſten Morgen als italieniſche Staatsbürger zu erwachen; eine Gefahr, die, ſeit ſie ſich vom öſterreichiſchen „Joche" „befreit" haben, ſtündlich als Damoklesſchwert über ihnen hängt.

Die Südſlawen haben als „bedrückt" geweſenes Volk bei der Entente und bei Herrn Wilſon allerdings, ebenſo wie die Tſchechen, einen Stein im Brett, und man wird ihren Wünſchen auf dem Friedenskongreſſe jedenfalls tunlichſt entgegenkommen; allein dieſes „tunlichſt" hängt ſehr von Italien ab, das, wenn auch nicht ſonderlich reſpektiert, doch immerhin eine Entente-Macht iſt und ein Wort dreinzureden haben wird. Daß dieſes Wort aber für die Südſlawen wenig erbaulich klingen wird, ſteht außer Frage. Es müßten ganz beſondere Dinge geſchehen, um Italien von ſeinen zur fixen Idee gewordenen Anſprüchen auf das öſtliche Adriaufer abzubringen; wenn ihm nicht etwa innere Wirren den Arm lähmen oder es ſich bei der Friedenskonferenz einer Phalanx gegenüber ſieht, gegen deren Übermacht es ſich ohnmächtig fühlt: wird es gewiß nicht darauf verzichten, dieſe Idee auch in die Tat umzuſetzen. Dann aber heißt es für die Südſlawen, von ihrem Traume Abſchied nehmen, denn zur Verwirklichung beider Machtträume, des italieniſchen und des ſüdſlawiſchen, iſt an der Adria kein Platz. Einer der beiden Anwärter muß verzichten, und das wird natürlich der zur Zeit ſchwächere ſein. Man wird ſich in Paris wahrſcheinlich zwar alle Mühe geben, beide Teile zu befriedigen; aber bei der von nationalen Fanatikern bis zum Größenwahn aufgepeitſchten Ländergier beider Teile wird ein Kompromiß, wie ihn Wilſon im Sinne haben dürfte, keinen zufriedenſtellen und beide erbittern. Das Adria-Problem wird alſo vorausſichtlich nicht von der politiſchen Tagesordnung verſchwinden und den Frieden Europas nicht minder beunruhigen als zur Zeit, da es noch Italien und das Habsburgerreich waren, die ſich an der Adria, die Hand am Schwerte, gegenüberſtanden. Die Südſlawen aber werden ſich dabei bedeutend unſicherer fühlen, als vorher unter dem Schutze des ihnen ſo verhaßt geweſenen Doppeladlers.

Von Staatsregie, Sozialiſierung und anderem

Von Profeſſor Dr. Franz Eulenburg (Aachen).

I.

Für die Frage zukünftiger Wirtſchaft wird alles auf den einen Punkt und nur auf den einen Punkt gerichtet ſein müſſen: Die Produktivkräfte des Volkes ſo zu erhöhen, wie es irgend möglich iſt. Alle anderen Fragen werden dem untergeordnet ſein, vor allem auch die Frage der Verteilung. Für den einzelnen verhält es ſich allerdings gerade umgekehrt. Ihn intereſſiert in erſter Linie, welchen Anteil er vom nationalen Produkt erhält, wie hoch der Lohn, das Einkommen, das Gehalt ſich ſtellt. Darum drehen ſich die Kämpfe nicht nur der Gegenwart, ſondern das macht zum guten Teil auch den Inhalt der inneren Geſchichte der Staaten aus: der Kampf um den „Futteranteil". Aber die einzelnen wie die ganze Klaſſe bedenken dabei ſehr wenig, daß zunächſt etwas vorhanden ſein muß, damit es verteilt werden kann: daß mithin ein dauerndes Fließen der produktiven Quellen Vorausſetzung des Lebens ſelbſt iſt. Nach dem völligen politiſchen und wirtſchaftlichen Zuſammenbruch Deutſchlands iſt es allein entſcheidend für unſere Zukunft, die Gütermenge ſelbſt zu erhöhen. Auch wenn der Anteil des einzelnen geſteigert werden ſoll, was wir gewiß wünſchen und für notwendig halten, iſt die Vorausſetzung immer: daß erſt überhaupt die Gütermenge ſelbſt zunimmt. Sonſt erhöht ſich wohl das Nominaleinkommen und der Nominallohn, aber mehr Güter kann der einzelne vom Nationalprodukt dann nicht erhalten.

Deutſchlands Verhältniſſe werden künftig ganz neu und anders geartet ſein als vor dem Kriege, ja als im letzten Menſchenalter. Unſere Anſchauungen müſſen ſich darum nach den neuen Verhältniſſen richten und dieſen angepaßt werden. Die ſchönſten Programme verſagen, wenn die Vorausſetzungen ihrer Geltung nicht erfüllt ſind. Sie können vielmehr das Gegenteil von dem hervorrufen, was ſie beabſichtigen. Das gilt vor allem auch vom Erfurter Programm, das aber längſt reviſionsbedürftig erſcheint. Es trifft beſonders zu auf den jetzt ſo oft erörterten Gedanken der „Sozialiſierung". Er erſcheint als ein Schlagwort, von dem ſich die große Maſſe viel verſpricht, dadurch, daß ſie ſcheinbar von Ausbeutung und Lohnhörigkeit befreit wird. Aber in Wirklichkeit kann es für die nächſte Zukunft ſchwerlich das halten, was es verſpricht, weil eben die Vorausſetzungen ſeiner Gültigkeit bei weitem noch nicht erfüllt ſind. Dabei wird freilich alles darauf ankommen, was man unter „Sozialiſierung" verſteht. Denn der Begriff an ſich iſt durchaus mehrdeutig. Er kann ſich ſehr wohl mit jenem oberſten Prinzip der Steigerung des Volksreichtums vertragen, wenn man ihn entſprechend deutet.

Vorher ein paar Bemerkungen über die Produktivkräfte im ganzen: In jedem Syſtem der Volkswirtſchaft wird immer eine Reihe von Momenten vorhanden ſein, die das theoretiſch höchſte Ausmaß von Produktivität zurückhalten und verlangſamen. Es wird zum künftigen Ausbau der Lehre von den Produktivkräften gehören, ſich mit dieſen Momenten näher vertraut zu machen. Die Umſtände, die gegenwärtig zu dieſer Rückſtauung führen, liegen offen auf der Hand und ſind öfters hervorgehoben worden. Einmal die Zerſplitterung der Betriebe, die oft ein unrationelles Herſtellen im kleinen ſtatt der Zuſammenfaſſung im großen herbeiführt. Sodann die ſcheinbar unnötigen Aufwendungen des freien Wettbewerbes für Reklame, für Werbebüros, für Handelsreiſen und andere Speſen, die bei einer Konzentration der Betriebe fortfallen würden. Weiter die öfters überflüſſige Einſchiebung von Zwiſchengliedern, die den Weg zwiſchen Verbrauchern und Herſtellern verlängern und eventuell geſpart werden könnten. Ferner Überſetzung im Detailhandel, wenn etwa Zigarrengeſchäfte in derſelben Straße ſich häufen; dieſe ſcheinbar „paraſitären Exiſtenzen" des Handels haben oft die Aufmerkſamkeit erregt. Endlich vor allem die Unberechenbarkeit der ganzen Produktion, die lediglich durch das individuelle Gewinnſtreben der Unternehmer geleiſtet wird, aber keine vorangehende Berechnung des Verbrauches und des Güterquantums nach dem Bedarfe vornimmt. Dadurch entſtehen Ausdehnungsperioden mit ſtarkem Raubbau am Volksvermögen, andererſeits dann Kriſen, bei denen ein Brachliegen der Arbeitskräfte und der Produktionsmittel unausbleiblich iſt. Alles das ſind Momente der Unrationalität der Wirtſchaft.

Aber ſo viel Anklagen auch gegen den Kapitalismus erhoben werden, ſo entbehrt ein Teil von ihnen darum der Grundlage, weil ſie ganz allgemeiner Natur ſind und gar nicht auf das Konto der ſpeziellen Wirtſchaftsverfaſſung zurückzuführen ſind. Sie würden ſich bei *jedem* Wirtſchaftsſyſtem in der einen oder anderen Form wiederholen. Es iſt nicht angängig, eine konkrete Wirklichkeit mit einem Gedankending zu kontraſtieren. Man wird dann immer die Wirklichkeit tief unter jene möglichen Ideale finden. Man müßte von rechtswegen auch unſer gegenwärtiges Wirtſchaftsſyſtem als Idealfall konſtruieren und dem einen anderen Idealfall entgegenſetzen. Oder man muß umgekehrt auch bei dem neuen Ideal die hemmenden Faktoren in Rechnung ſtellen, falls man in die Entwicklung eingreifen und ſie nach beſtimmter Richtung beeinfluſſen will. Denn es fragt ſich ſtets, wie weit jenes ideale Gedankending ohne inneren Widerſtand realiſiert werden kann: ob nicht vielmehr immanente Geſetze des Geſchehens ſeine Realiſierung hindern. Das betrifft vor allem jene Meinung, daß die heutige Zerſplitterung ebenſo wie die „überflüſſigen" Exiſtenzen die Produktivität hemmten, daß durch das Gewinnſtreben das Geſamtintereſſe zurückgehalten werde, indem jeder nach ſeinem Guſto ohne Rückſicht auf die Allgemeinheit produzieren laſſe.

Dabei wird doch die Hauptſache überſehen: daß nämlich die Zunahme des Reichtums, wie das letzte Jahrhundert ſie erlebt hat, gerade auf jenes *energetiſche Prinzip des Unternehmergeiſtes* zurückzuführen iſt. Die Zunahme des Reichtums unter dieſem Syſtem übertrifft alle früheren Perioden, wie es das kommuniſtiſche Manifeſt ſelbſt mit ſo beredten Worten ſchildert. Wenn man aber das Ergebnis des zunehmenden Wohlſtandes haben will, ſo darf man auch die Urſachen des Ergebniſſes nicht beſeitigen, falls man nicht dieſes ſelbſt gefährden ſoll. Allerdings gibt es in der Entwicklung keinen Stillſtand. Auch das heutige Wirtſchaftsſyſtem iſt in einer dauernden Umwandlung begriffen. Wir haben alſo mit deſſen Fortbildung zu rechnen. Dieſe Entwicklung ſelbſt läßt ſich nicht aufhalten. Sie läßt ſich auch nicht einſeitig in eine beſtimmte Richtung weiſen, ohne ein ſtarkes Gefährnis des Ganzen hervorzurufen. Andererſeits laſſen ſich die Unausgeglichenheiten des Syſtems verbeſſern, ſo daß an einer unökonomiſchen Verſchwendung geſpart werden kann. Zum Teil beſorgt das jedes Syſtem durch eine Art Selbſteuerung von ſich aus, wie hier nicht angeführt werden ſoll.

Aber das müſſen wir freilich in den Kauf nehmen, daß jedes volkswirtſchaftliche Syſtem ſolche *toten Koſten* (vergleichbar den allgemeinen Unkoſten des Einzelbetriebes) mitſchleppt und mitſchleppen muß. Es fragt ſich nur, ob bei einer ſozialiſtiſchen Ordnung und ſtrammzentraliſtiſche Verwaltung, bei Monopoliſierung vieler Gewerbezweige in Händen des Staates dieſe toten Koſten nicht weſentlich höher ſind. Möglicherweiſe fiele ein Teil der heute beſtehenden fort, alſo z. B. die Zerſplitterung im Detailhandel. Dafür würden aber an anderen Stellen *neue* Koſtenmomente entſtehen, die wiederum im gegenwärtigen Syſtem *nicht* vorhanden ſind. Alle Glieder, die gewiſſe Funktionen zu erfüllen haben, müſſen natürlich letzthin von der Geſellſchaft ſelbſt getragen werden. So oder ſo. Die beſte Organiſation, die man ſich ausdenkt, verurſacht für ihre bloße Aufrechterhaltung bereits Koſten, die man nicht einfach außer Berechnung laſſen darf. Zu dieſen „toten Koſten“ würden in einem ſozialiſtiſchen Syſtem die ganze bürokratiſche Verwaltung gehören: alſo die Koſten der Zentralinſtanz, der Kontrollorgane, der Zwiſchenglieder, der Berichterſtattung, der Statiſtiken und deren Ausnutzung u. a., alles Organe, die letzthin gänzlich unproduktiv ſind und nur als Mittel für den Zweck in Betracht kommen. Es iſt das, was man den „inneren Reibungswiderſtand“ des Syſtems nennen kann. Dieſer innere Reibungswiderſtand iſt an ſich ſtets vorhanden; er iſt aber bei einer ſtaatlichen Zuſammenfaſſung am allergrößten. Wenn die Konzentration der Verwaltungstätigkeit zunimmt, ſo wird leicht die bekannte Erſcheinung der „Organiſationsſtarre“ erzeugt, die auf den ganzen Betrieb lähmend zurückwirkt. Ich möchte das an dieſer Stelle nicht näher ausführen. Nur ſo viel leuchtet aus den Erörterungen ein: Tote Koſten hier, tote Koſten dort; wir müſſen ſie nun einmal in den Kauf nehmen. Die Entwicklung ſelbſt wird manche von ihnen allmählich wieder ausſcheiden, wie wir das im „kapitaliſtiſchen“ Syſtem dauernd erleben. Aber vielleicht laſſen ſie ſich verkleinern, und vielleicht kann gerade das Mittel der „Sozialiſierung“ im Sinne „ſtaatlicher Regie“ zu dieſem Ergebnis führen?

2. Das iſt die weitere Frage, die für die Tragfähigkeit jedes Syſtems zu beantworten iſt: Auf welche Weiſe wird die höchſte Ergiebigkeit, Anpaſſungsfähigkeit und Erſparnis erzielt? Könnte nicht die Zuſammenfaſſung zerſplitterter Betriebe in den Händen des Staates oder von Selbſtverwaltungskörpern bzw. Gemeinden förderlich ſein? Wird nicht gerade dadurch an Zwiſchengliedern und unnützen Aufwendungen geſpart? Das könnte die „Sozialiſierung“, d. i. Überführung der Betriebe in die Hände des Staates, bedeuten. Es kommt auf die leitende Spitze des Unternehmens an, ob frei und ſelbſtverantwortlich oder gebunden und bürokratiſch, ob privat oder öffentlich der Gang der Betriebe geſchieht. Jedoch ſolche Betriebe bzw. Induſtriezweige, die ein ſtetes Anpaſſen an die wechſelſeitige Konjunktur und die Lage des Marktes verlangen, die alſo einen ungleichmäßigen Gang an ſich haben, eignen ſich von vornherein für dieſe bürokratiſche Verwaltung nicht gut. Hier leiſtet jede Bürokratiſierung der Spitze weniger als dort, wo dieſe frei und ſelbſtverantwortlich iſt. Das energetiſche Prinzip verlangt nun einmal in dem heutigen volkswirtſchaftlichen Syſtem ſeine Geltung und läßt ſich nicht gänzlich unterdrücken.

Nun wird man freilich ſagen, daß doch auch die großen, modernen Privatbetriebe endlich und ſchließlich durchaus auf einer Bürokratie aufgebaut ſeien: auch dort herrſcht im Innern ſtrenge hierarchiſche Ordnung. Auch die modernen Großbetriebe gebrauchen im Grunde eine bürokratiſche Verwaltung. Das iſt bis zu einem gewiſſen Grade richtig. Aber es kommt nun entſcheidend darauf an, ob die Leitung ſelbſt dem eingegliedert iſt, ob dieſe in ihren Entſchließungen frei iſt oder an Inſtruktionen fremder Art — parlamentariſche Kontrolle! — gebunden wird. Denn auf dieſe Verantwortlichkeit für die Handlungen der leitenden Spitze kommt es an, auf die Möglichkeit hier überall einzugreifen, ohne auf den Widerſtand des „Reſſorts“ zu ſtoßen. Dieſe wird in einer bürokratiſchen Verwaltung abgewälzt auf eine Reihe von Inſtanzen, die ſehr ſchwerfällig arbeiten. Selbſt dort, wo die äußere Geſtaltung der Betriebe durchaus eine ähnliche ſein mag, würde die bürokratiſche Verwaltung zweifellos nicht nur teurer werden, ſondern auch unzweckmäßiger wirtſchaften als die private. Das bedeutet aber, daß das Erträgnis der erſteren hinter der der letzteren zurückbleibt. Allerdings würden nun die erſteren Überſchüſſe für öffentliche Zwecke zur Verfügung ſtehen, während die an ſich größeren der privaten Unternehmer dieſen anheimfällt. Aber letzterer Übelſtand läßt ſich beheben, indem man die Allgemeinheit an den (an ſich höheren) Erträgniſſen beteiligt. Nicht nur am Gewinn, ſondern auch an der Verwaltung ſelbſt: durch Delegationen von Vertretern der Arbeiter, Angeſtellten und der Regierung. Überführung der Produktionsmittel in die Hände der Geſamtheit des Staates (bzw. die der Gemeinden und der Geſellſchaft) iſt alſo durchaus kein Panazee, kein Allheilmittel, das an ſich ſchon die größten Erträge, die größte Wirtſchaftlichkeit verſpricht. Vielmehr wird ſie ſehr oft das Gegenteil der Abſicht herbeiführen: nicht höhere Erträgniſſe durch größte Sparſamkeit, ſondern höhere Generalunkoſten, Vermehrung der toten Laſten bei gleichzeitiger Herabſetzung der Ergiebigkeit. Die Kriegsgeſellſchaften, die koloſſale Summen verſchlungen haben, ſind ein ganz beſonders kraſſes Beiſpiel einer unwirtſchaftlichen Geſchäftsführung bei halbem Staatsſozialismus.

Man kann aber dem Begriff der „Sozialiſierung“ eine andere Bedeutung geben. Man verſteht dann nicht mehr die Überführung der wichtigſten Produktionsmittel in die unmittelbare Verwaltung des Staates (Staatsregie) ſelbſt, als vielmehr die Beteiligung der Volksgeſamtheit am Ertrage. Das iſt etwas weſentlich anderes. Denn das bedeutet Fortbeſtehen der Unternehmertätigkeit unter Indienſtſtellung für die Allgemeinheit. Eine ſolche „Sozialiſierung“ wird zum mindeſten überall dort angebracht ſein, wo es ſich um Naturſchätze handelt, die urſprünglich dem Staate gehörten und erſt allmählich in private Hände übergehen: wo alſo ein natürliches Monopol des Vorkommens beſteht. Eine ſolche Sozialiſierung der Betriebe hat durchaus nichts bedenkliches. Erſt recht nicht vom Standpunkt der höchſten nationalen Ergiebigkeit, auf die es ankommt. Denn dadurch wird das private Gewinnſtreben des Unternehmers nicht ausgeſchaltet. Eher würde es vielleicht ſogar durch das Beſchneiden des Gewinnes angeſpornt, noch mehr herauszuwirtſchaften. Eine ſolche Beteiligung am Gewinn wird ſchon aus finanziellen Gründen künftig geboten ſein und berührt das energetiſche Prinzip nicht.

3. Es handelt ſich allenthalben um die Frage der Höchſtleiſtung für die ganze Volkswirtſchaft in techniſcher, wirtſchaftlicher, verwaltungsmäßiger Beziehung. Wir müſſen feſthalten, Verſtaatlichung bzw. Staatsregie iſt niemals Selbſtzweck, ſondern Mittel zur Hauptſache: das iſt Erhöhung der Leiſtungsfähigkeit, Steigerung der Intenſität, beſſere Ausſtattung des Volkes mit Gütern überhaupt bei weniger Mitteln. Ich habe das wiederholt die Erhöhung des „ökonomiſchen Koeffizienten" genannt. Ich verſtehe darunter das Verhältnis zwiſchen Aufwand und Ertrag der nationalen Produktion. Jene Erhöhung geſchieht durch Erſparnis auf der einen, durch Intenſitätsſteigerung auf der anderen Seite. Betrachten wir dieſe Ertragsſteigerung als das Hauptziel künftiger Wirtſchaft, ſo wird die Wahl der Mittel durchaus verſchieden ſein können. Die Frage, wie weit die Verſtaatlichung eines ganzen Gewerbezweiges als taugliches Mittel anzuſehen iſt, kann nur von Fall zu Fall entſchieden werden. Es wird einſtweilen die große Ausnahme ſein. An ſich aber bedeutet ſtaatliche Regie trotz der Zuſammenfaſſung eine Erhöhung der toten Koſten auf andere Weiſe als im privatwirtſchaftlichen Syſtem durch die unrationelle Zerſplitterung. Wir wollen auf einige der Momente nochmals hinweiſen.

Daß die Konzentration im Gewerbe die Produktivkräfte mächtig zu erhöhen imſtande iſt, das iſt gewiß die große Lehre der modernen Entwicklung. Es iſt der letzte Grund, warum wir allenthalben den Sieg der Großbetriebe im Gewerbe finden, der in den amerikaniſchen Truſts, das letzte Stadium der Entwicklung erreicht zu haben ſcheint. Allerdings kommt hier ſehr oft der Umſtand hinzu, daß dieſe Konzentration nicht von der induſtriellen Seite ſelbſt ausgeht, ſondern oft genug von der finanziellen der Banken. Das mithin das Motiv zur Vertruſtung nicht ſo ſehr in der techniſch-wirtſchaftlichen Überlegenheit beruht, als vielmehr in ſeiner finanzkapitaliſtiſchen Form. Immerhin iſt die Überlegenheit des Großbetriebes auf mannigfachen Gebieten ſo unverkennbar, daß darüber kein Wort zu verlieren iſt. Es bildet auch ein Hauptargument, mit der man viele Finanzmonopole begründet hat und noch begründet. So ehedem die Verſtaatlichung der Eiſenbahnen, ſo z. B. das Tabaksmonopol, das in vielen Ländern beſteht, ſo das jüngſte deutſche Branntweinmonopol u. a. m. Tatſächlich ſcheint die Zerſplitterung der Betriebe einen großen Koſtenaufwand zu bedeuten, der bei der Konzentration in wenigen Höchſtbetrieben von ſelbſt fortfällt. Die Generalunkoſten ſinken bei zunehmender Betriebsgröße, weil der konſtante Teil des Kapitals gleich bleibt und nur der bewegliche mit zunehmender Größe wächſt.

Allerdings ſind nun gleich einige Einwände zu machen, die die große Bedingtheit auch jenes Geſetzes zeigen. Seine Gültigkeit beſteht nur innerhalb beſtimmter Grenzen und unter gewiſſen Bedingungen. Es gibt eine obere Grenze, von der an jenes Geſetz der ſinkenden Generalkoſten aufhört richtig zu ſein. Nämlich immer dort, wo der notwendige Apparat, die Organiſation ſelbſt unverhältnismäßig teuer zu ſtehen kommt. Wir können von einer „Organiſationsſtarre" ſprechen, die ſich oft genug bemerkbar macht und jenen Vorteil wieder aufzuheben vermag. Es kommen folgende Momente in Betracht. Sehr oft beſteht die Überlegenheit eines mittleren Großbetriebes in der Ausnutzung lokaler Vorteile (Lage an einem Fluß, Kanal, Nähe eines Bergwerkes, beſondere Arbeiterſchaft, Nähe des Abſatzes). Bei einer völligen Konzentration werden in vielen Fällen dieſe Vorteile zugunſten des Zentralbetriebes aufgegeben werden. Anderſeits bringt die Zentraliſation eines Gewerbezweiges eine Steigerung des Grund und Bodens und das Anwachſen der Grundrente. Dies bleibt auch beſtehen, wenn der Grund und Boden ſozialiſiert bzw. verſtaatlicht ſein ſollte. Ebenſo bringt die Konzentration der Arbeiterſchaft neue Schwierigkeiten bezüglich der Wohnung mit ſich, die Abhilfe und beſondere Aufwendungen verlangen. Weiter würde durch eine tatſächliche Zentraliſation eine ganz ungleichmäßige Beſiedelung des Landes gefördert, die ökonomiſch durchaus ungünſtig wirkt. Die Entleerung gewiſſer Gebiete von Menſchen hat auch eine extenſive Geſtaltung der dortigen Landwirtſchaft zur Folge. Der Sozialismus denkt an eine gleichmäßige Verteilung der Betriebe über das ganze Land, wie es Kautsky z. B. tut und wie es gewiß an ſich wünſchenswert iſt. Dadurch ginge aber ein Vorteil der Konzentration natürlich wieder verloren. Denn die Zentraliſation der bloßen Verwaltung in Händen des Staates oder der Geſellſchaft vermag die Dezentraliſation der Betriebe ſelbſt natürlich nicht aufzuwiegen. Das ſcheint man oft grundſätzlich zu überſehen, daß bloße Staatsregie, wenn nicht Hand in Hand damit eine tatſächliche Konzentration geht, wenig Zweck hat und wenig Vorteile verſpricht! Im ganzen wird bei einer Zuſammenballung der Induſtrie oft genug an erhöhten Grundkoſten, Arbeitslöhnen, Wohnungsbeſchaffung, geſteigerten Verteilungsſpeſen des Transportes und den Sonderkoſten der Zentralverwaltung weit mehr aufgewendet werden, als die Erſparniſſe durch Konzentration mit ſich bringen. Man kann allerdings wie beim deutſchen Branntweinmonopol auch die unzähligen Erzeugungsſtätten gerade aus techniſch-wirtſchaftlichen Gründen (Transport der Kartoffel zur Bahn würde den Rohſtoffpreis zu ſehr verteuern und dem Landwirte das Nebenprodukt der Schlempe wiederum entziehen) beſtehen laſſen und nur die Verarbeitung in Großbetrieben vornehmen, um den Zwiſchengewinn einzuſtecken. Ob dann aber das finanzielle Ergebnis ſich nicht durch eine entſprechende Beſteuerung ebenfalls erreichen ließe, iſt noch keineswegs ausgemacht. Anders liegt die Sache nur dort, wo techniſch durch die Staatsregie wirklich viel gewonnen wird, weil veraltete, leiſtungsſchwache, mitgeſchleppte Betriebe nunmehr ausgeſchaltet werden. Der Gedanke der völligen

Konzentration braucht durchaus nicht notwendig techniſch-wirtſchaftlich eine Überlegenheit darzuſtellen und die Staatsregie gewährleiſtet darum auch keineswegs ſchon einen ſolchen.

4. Das war die Meinung des Freihandelsprinzips, daß ſchwächere Betriebe von ſelbſt verſchwinden und nur die ſtärkeren übrig blieben: Daß von vornherein durch das Selbſtintereſſe die höchſte Leiſtungsfähigkeit innerhalb der nationalen Grenzen gewährleiſtet ſei, falls nicht die leiſtungsſchwächeren Betriebe durch künſtliche Stützen erhalten werden. Man vertraute, daß dieſes Prinzip gerade wegen ſeiner Anpaſſungsfähigkeit an die verſchiedenen Bedürfniſſe, die beſte Verſorgung der ganzen Volkswirtſchaft mit Gütern ſicherte. Kein Zweifel, daß auch heute noch ſehr viel Richtiges in dieſem Prinzipe ſteckt. Gerade wenn künftig aus anderen Gründen die Spezialiſierung der Betriebe noch geſteigert werden muß, wird ein Ausſcheiden der Nichtpaſſenden nötig werden. Das aber iſt bei einer ſehr weitgehenden Konzentration ſchon wegen des großen Kapitalriſikos viel weniger leicht möglich. Es beſteht für das Vorhandenſein der Rieſenbetriebe ein gewiſſes konſervatives Selbſtgewicht, ein Mangel an Anpaſſungsfähigkeit, die den kleineren und mittleren Großbetrieben viel eher eignet. Natürlich iſt das Ausmaß nach Induſtriezweigen ſehr verſchieden. Die Erfahrung zeigt, daß heute in ſehr vielen Induſtrien ſich eine Mannigfaltigkeit der Betriebe nebeneinander hält, daß der Zug zur Konzentration nur langſam von ſtatten geht, daß nur wenige Induſtrien ſich in wenigen Händen zuſammenballen. In der Eiſeninduſtrie allerdings iſt die Konzentration noch weiter durchführbar. Aber das Beiſpiel der Eiſeninduſtrie darf nicht verleiten, das Prinzip nun auf alle möglichen Gewerbezweige anzuwenden, auf die es offenbar gar nicht paßt. Bei den amerikaniſchen Truſts wird andererſeits gerade durch das Gewinnſtreben der Leitung das retardierende Moment überwunden, das bei einer Staatsregie ſich ſehr ſtark bemerkbar machen dürfte.

Sonach iſt alſo ſchon die Grundfrage nicht eindeutig zu beantworten: ob die Konzentration in einer Hand tatſächlich allein den wirtſchaftlichen Fortſchritt bedeutet und die höchſte Leiſtungsfähigkeit herbeiführt. Das iſt nur unter gewiſſen Umſtänden und Einſchränkungen der Fall, aber nicht allgemein. Beim Kalibergbau, wo eine ganz unſolide Zerſplitterung und Überſetzung ſtattgefunden hat, würde der Erfolg jedenfalls eintreten. Auch in anderen Fällen ſoll es nicht in Abrede geſtellt werden. Aber ſchon beim Steinkohlenbergbau ſtehen die Sachen weſentlich anders. Hier würde eine ſtaatliche Regie einmal darum ſehr teuer zu ſtehen kommen, weil man zu einer wirklichen Abfindung erworbener Rechte, nicht zur Konfiskation ſchreiten muß. Jene Aufwendungen würden entweder auf die Preiſe abgewälzt werden, um eine Rentabilität herauszuwirtſchaften; ſie würden damit gegen das Intereſſe aller Verbraucher gehen. Oder aber die Überſchüſſe würden ſich durch die Zinſenlaſt gewaltig vermindern. Damit würde das finanzielle Ergebnis von vornherein beeinträchtigt. Aus dieſem Dilemma ſehe ich einſtweilen keinen rechten Ausweg. Sodann iſt der Steinkohlenbergbau von anderen Werken der Eiſeninduſtrie gar nicht zu trennen. Der Unterſchied von Kohlen- und Hüttenzechen ſpielt im Syndikat eine nicht kleine Rolle. Die Verbindung einer Zeche mit Hochofen, Stahl- und Walzwerk kommt häufig genug vor. Daß der Staat aber in größerem Maße ſich auch an dieſer Eiſenproduktion beteiligt, ſcheint wenig vorteilhaft. Dergleichen Betriebe eignen ſich ganz und gar nicht für eine ſtaatliche Regie und würden hier nur unzweckmäßig wirken. Vor allem dann wird ſich das geltend machen, wenn andere kapitaliſtiſche Länder, wie Vereinigte Staaten, England, Japan, bei den Privatunternehmungen verbleiben. Dem iſt ein Staatsbetrieb unter keinen Umſtänden gewachſen. Endlich aber iſt auch die Zukunft des Verbrauches gerade der Steinkohle gar nicht geſichert. Es iſt gewiß dringend zu wünſchen, daß wir mit dieſem ſo unendlich wichtigen Rohſtoff vorſichtig umgehen und nicht Raubbau treiben. Es iſt gerade eines der wenigen Produkte, über die Deutſchland noch verfügt. Wir werden alſo ſeine Ausfuhr künftig ſehr nötig haben, um unſere Einfuhr zu bezahlen. Dabei müſſen wir uns auf die große Konkurrenz der Ölfeuerung gefaßt machen, deren Siegeszug Kenner vorausſehen. Darum eine förmliche Jagd nach den Petroleumfeldern der ganzen Welt (Mexiko, Südamerika, Oſtaſien). Schon haben amerikaniſche Schiffe die Ölfeuerung in Benutzung genommen. Man verſpricht ſich durch Erſparnis an Raum, aber auch an Koſten ſehr viel. Sollte das der Fall ſein, ſo muß mit einem Rückgang des Steinkohlenverbrauches im internationalen Verkehr gerechnet werden. Dann aber würde der Staat finanziell ſehr ungünſtig daſtehen und ſich mit unproduktiven Geſtehungskoſten belaſtet haben. Sonach ſcheint mir die Verſtaatlichung des Bergbaues, ſoweit Steinkohle in Betracht kommt, einſtweilen nicht zu empfehlen.

Das ſchließt nun aber eine „Sozialiſierung" in einem Sinne, wie er eingangs angeführt wurde, nicht aus: alſo, eine Beteiligung am Gewinn, weil die Bodenſchätze tatſächlich dem Volke im ganzen gehören, ſowie eine Mitwirkung der Arbeitsgemeinſchaft am Betriebe. Eine ſolche „Sozialiſierung" verbindet das energetiſche Prinzip des Unternehmers, das wir brauchen, mit einem ſtärkeren Anteile der Volksgemeinſchaft. Sie würde eine größere Stetigkeit des Betriebes gewährleiſten, indem dabei Streiks dauernd ausgeſchaltet würden. Denn es muß hier wie anderwärts als eine durchaus veraltete und ſchädliche Kampfesweiſe betrachtet werden, daß man noch zu dem Mittel des Streiks greift, wo die Möglichkeit des friedlichen Ausgleichs und der Vereinbarung das gleiche Ergebnis verſpricht. Streiks bedeuten unter allen Umſtänden ſtarke Verluſte nicht nur am Verdienſt, ſondern auch an der nationalen Arbeit. Sie ſind darum für die Zukunft noch weit verhängnisvoller, weil es auf jede Stunde Arbeit ankommt. Hier wird darum durch Arbeitsgemeinſchaft und Lohnämter von vornherein Streik und Ausſperrung als Kampfmittel ausſcheiden. Das wird eine Nebenwirkung der „Sozialiſierung“, wie ſie hier verſtanden wird, bedeuten, daß das Intereſſe der Allgemeinheit dabei gewahrt wird.

Wie weit etwa andere Gewerbezweige eine ſtaatliche Regie vertragen, kommt auf konkrete Unterſuchungen an. Elektrizitätsverſorgung, Stickſtoffgewinnung, eventl. Arzneimittelbereitung (Apothekerei) ſcheinen außer Kalibergbau dafür geeignet, wenn auch vielleicht das finanzielle Erträgnis aus ihnen nicht gar ſo bedeutſam zu werden verſpricht. Im ganzen werden ſich ſolche Betriebe dafür eignen, bei denen es, wie bei den Eiſenbahnen, auf reine Verwaltung ankommt, die alſo mit einem gleichmäßigen Abſatz im Innern des Landes zu rechnen haben. bei denen die Rohſtoffe, wie die Koſten überhaupt, ſich im voraus berechnen laſſen. Dagegen werden techniſche und kaufmänniſche Betriebe ſich nur ſchlecht dafür eignen. Eine ſtaatliche Regie in ihnen würde der Volkswirtſchaft und der Verſorgung mit Gütern nachteilig ſein. Immer iſt dies zu bedenken: ſtaatliche Regie empfiehlt ſich nur dann, wenn das Hauptziel der Steigerung der Leiſtungsfähigkeit und der Produktivkräfte dadurch erreicht wird; in den meiſten Fällen wird das aber kaum zutreffen. Dann iſt eine private Bewirtſchaftung eventl. mit Gewinnbeteiligung des Staates allein im Intereſſe der Geſamtheit gelegen: weil man erſt den Reichtum beſitzen muß, bevor man an die Verteilung denken kann. Es bedeutet nur eine Liſt der Natur, daß ſie den Umweg über die private Unternehmung und das Gewinnſtreben des einzelnen einſchlägt, um jenes Hauptziel, die beſte Güterverſorgung der Allgemeinheit, zu erreichen. Auch die private Unternehmung kann dann erſt recht und ſogar mit größeren Erträgniſſen dem Dienſte der Allgemeinheit untergeordnet werden. Unter dieſem oberſten Geſichtspunkte aber verliert der Gegenſatz von öffentlichem und Privatbetrieb ſeine Bedeutung. Er iſt dem Prinzipe der Ertragſteigerung unterzuordnen.

Gerade die Allgemeinheit darf nun einmal das individuelle Können des einzelnen noch nicht entbehren. Neben der Organiſation der Verwaltung kommt es auf das energetiſche Prinzip der freien Leitung an, das ſich im freien Unternehmungsgeiſt äußert. Wo es ſich vollends in der Zukunft allenthalben um ſo ganz neue Aufgaben und Anpaſſungen, um das Einſchlagen neuer Wege handelt, da iſt dieſes energetiſche Prinzip noch viel mehr am Platze als bisher. Nicht eine bürokratiſche Spitze der Verwaltung. Jene Liſte der Natur dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Es bedeutet einen unverbeſſerlichen Dogmatismus, ſich auf die idealen Programmpunkte zu verſteifen, wenn es ziemlich ſicher iſt, daß das Gegenteil von dem erreicht wird, was wir vor allem brauchen. Alle ſo ſchön gefaßten Gemeinplätze von „Gemeinwirtſchaft“ oder „induſtriellen Selbſtverwaltungskörpern“ können darüber nicht hinforthelfen, daß das Problem der

Bürokratie es iſt, um das es ſich dabei handelt. Das Problem wird aber heute gefliſſentlich umgangen, obwohl es von entſcheidender Bedeutung iſt. Die Frage lautet: ob eine bürokratiſche Verwaltung zur Übernahme wirtſchaftlicher Produktion die beſte und geeignete Form iſt. Auch die Vergeſellſchaftung der Produktionsmittel darf nicht an dieſer Hauptſache vorbeigehen, wie es in den bisherigen Vorſchlägen geſchieht. Ein ſo ſachlich und ruhig denkender Sozialiſt wie Edmund Fiſcher behandelt in ſeinem großen verdienſtvollen Werke „Das Werden des Sozialismus" leider dieſe Grundfrage mit keinem Worte. Ja, ihm liegt ſchon die Frageſtellung völlig fern. Vielleicht war das nicht bedenklich in einer Zeit, wo die nationalen Reichstumsquellen ungehindert floſſen und der Weltmarkt die Möglichkeit der Ausdehnung und der Betätigung in ſo reichem Maße bot. Gerade ſeit 1890, ſeit dem Beſtehen des Erfurter Programms, befand ſich die Weltwirtſchaft in der größten Expanſion, die ſie bisher erlebte, während jetzt die Bevölkerung geſchwächt, der Produktionsapparat entwertet, das Volksvermögen ſelbſt angegriffen iſt. Solange die Zunahme des Reichtums gleichſam von ſelbſt vonſtatten ging, konnte auch eine unrationelle Wirtſchaftsweiſe in Kauf genommen werden. Man durfte von der faſt ſelbſtverſtändlichen Vorausſetzung, auf der der Reichtum aufgebaut war, nämlich der gleichmäßigen Zunahme des Akkumulationsfonds abſehen. Man konnte ſich ganz der Frage der Verteilung widmen.

Künftig aber gilt es auf Generationen hinaus dieſen Reichtum zu mehren, gilt es den Akkumulationsfond der Volkswirtſchaft wieder neu zu ſchaffen. Das erſcheint als das Gebot der nächſten Zukunft. Dazu bedarf es der Rationaliſierung der Wirtſchaft auf der ganzen Linie. Hierzu iſt aber eine Leitung nötig, die ganz „kaufmänniſch wirtſchaftlich" geſinnt iſt, die energetiſch denkt, die das ſtärkſte Selbſtintereſſe an ſparſamer Betriebsführung hat. Das iſt das A und das O der künftigen Wirtſchaft. Nachdem wir ſeit 1890 einen Aufſchwung ohnegleichen, eine Zunahme von Reichtum wie nie zuvor erlebt haben, iſt nunmehr der jähe Umſchwung eingetreten; er zwingt uns einfach zu anderen Maßnahmen als bisher.

Währungsfragen im ehemaligen Habsburger Reich

In faſt allen kriegführenden Ländern wird man ſich ſehr bald mit der Frage befaſſen müſſen, wie denn die unendlich hohen Kriegsſchulden zu verdauen und zu verzinſen ſind, und in ſehr vielen Ländern, namentlich aber in früheren Gliedern der Zentralmächte, kommt dazu noch die Aufgabe, mit der gefährlichen Noteninflation aufzuräumen. In dem nun auseinandergebrochenen Habsburger Reich, in dem ja der kraſſeſte Gegenſatz zwiſchen Kapitalkraft und Volksvermögen auf der einen und Kriegsſchulden und Notenüberſchwemmung beſonders ſchlimm iſt, ſcheinen dieſe Probleme am allerſchnellſten ſpruchreif zu werden, da ja noch vor Friedensſchluß ſchon weſentliche Beſtandteile ſich ſelbſtändig gemacht haben. Dieſe neuen Staaten, Jugoſlawien und der tſchecho-ſlowakiſche Staat, haben das naheliegende Intereſſe, die Notenüberſchwemmung zu beſeitigen; denn ein Umlauf von 35½ Milliarden Kronen, wie er im früheren Öſterreich-Ungarn zur Zeit herrſcht, gegenüber etwa 1 Milliarde Kronen in Friedenszeiten, wirkt nicht nur verheerend auf die Preisbildung, bedeutet alſo nicht nur eine ganz unerträgliche Verteuerung aller Waren, ſondern ſchädigt auch im höchſten Maße den Kredit des Landes bzw. der neuen Länder im Auslande.

Und ſo iſt man in den beiden Staaten zu recht draſtiſchen Gewaltmaßnahmen übergegangen: In Jugoſlawien fordert die Regierung zur Einreichung und Überſtempelung der Banknoten auf. Dieſe Überſtempelung bezweckt, die in dem Lande tatſächlich vorhandenen Noten kenntlich zu machen und eine weitere Überſchwemmung aus den anderen Gebietsteilen des ehemaligen Donaureiches zu verhüten. Darüber hinaus ſcheint die Abſicht zu beſtehen — doch lauten die Nachrichten noch recht widerſprechend —, die ſo abgeſtempelten Noten zuſammenzulegen zu neu auszugebenden Dinarnoten. Der Dinar iſt die alte Währungseinheit Serbiens und hatte im Frieden den gleichen Wert wie der franzöſiſche Franken. Es beſteht alſo die Abſicht, für das neue Balkan-Reich die lateiniſche Währung einzuführen. Es iſt aber nicht etwa geplant, die alte Krone dem Dinar gleichzuſetzen, ſondern es iſt geplant, für 3, nach anderen Nachrichten für 2½ Kronen einen Dinar zu gewähren.

An und für ſich iſt der Gedanke, eine Zuſammenlegung vorzunehmen, bei einem ſo notleidenden Lande und bei einer ſo verwäſſerten Währung, recht naheliegend, Auch in anderen Ländern werden wohl in abſehbarer Zeit ähnliche Vorſchläge auftauchen, namentlich aus den Reihen jener, die ſich vor einer herzhaften Vermögensabgabe fürchten. Und gerade deshalb wird man die Maßnahmen in den ſlawiſchen Staaten mit doppelter Aufmerkſamkeit betrachten müſſen. Schon heute zeigen ſich bei einigen erhebliche Nachteile. So herrſcht nach zuverläſſigen Berichten bei der Einwohnerſchaft Jugoſlawiens großer Unwillen über die Maßnahmen, weil die Bewohner ſich in ihren Vermögen außerordentlich benachteiligt fühlen. Das hat im vorliegenden Falle auch deshalb ſeinen guten Grund, weil zwar der Entwertung der Krone Rechnung getragen wird, die heute im neutralen Auslande nicht viel mehr als den vierten Teil ihrer Friedensparität notiert, gleichzeitig aber der Dinar überwertet wird.

Ähnlich wie in Jugoſlawien liegen die Verhältniſſe im tſchechiſchen Staat. Zwar hat man dort die Abſtempelung noch nicht voll zur Durchführung gebracht, wohl aber iſt die Ein- und Ausfuhr von Banknoten verboten worden. Man will ebenfalls zu einer neuen Währung übergehen, unter gleichzeitiger Sanierung des gewaltigen Notenumlaufs.

Dieſe Maßnahmen werden nun in Deutſchöſterreich, übrigens auch in Ungarn, mit beſonderer Aufmerkſamkeit verfolgt. Man hätte es vermutlich in Wien wie in Budapeſt lieber gehabt, wenn all dieſe Dinge auf Grund einer vorherigen Verſtändigung erledigt worden wären und wenn man gleichzeitig die Auseinanderſetzung über die Verteilung ſowohl der Noten wie auch der Kriegsanleihen nach einem gewiſſen Schlüſſel vorgenommen hätte. Da man das abgelehnt hat, mußte auch in Deutſchöſterreich und Ungarn zu ähnlichen Anordnungen gegriffen werden. Beiläufig ſei bemerkt, daß neben der Sorge über dieſes einſeitige Vorgehen man in manchen Kreiſen Deutſchöſterreichs eine gewiſſe Schadenfreude darüber empfindet, daß jetzt die Tſchechen beſtraft werden, weil ſie in den Kriegsjahren aus einem beſonderen Raffinement heraus keine oder wenige Kriegsanleihen gezeichnet haben und ſtatt deſſen in außerordentlichem Maße Banknoten theſaurierten. Sie haben jetzt einen doppelten Nachteil: erſtens die entwertete Banknote und zweitens den Entgang der recht hohen Zinſen für die 4½ letzten Jahre, die ſie bei der Zeichnung von Kriegsanleihe hätten einſtecken können.

Soweit die innerpolitiſche Seite der Frage. Darüber hinaus aber iſt die Angelegenheit auch von ſehr erheblichem Intereſſe für Deutſchland, denn je verwickelter durch derartige Dinge die Währungsverhältniſſe in Deutſchöſterreich werden, um ſo größer und ſchwieriger wird auch die ohnehin ſehr ſchwere Aufgabe ſein, die Dinge zwiſchen Deutſchöſterreich und dem Reiche aufeinander abzuſtimmen. Es iſt heute, wo bei uns im Reiche eine ſehr große Begeiſterung über die Aufnahme unſerer öſterreichiſchen Brüder herrſcht, etwas zu wenig davon die Rede, welch große Laſten finanzieller und wirtſchaftlicher Art wir mit dieſer Erweiterung der Reichsgrenze nach Südoſt auf uns nehmen. Die ohnehin ſchon unerhört komplizierten Probleme innerhalb unſerer eigenen Grenzen werden in ſtarker Weiſe durch dieſe geplante Erweiterung erſchwert. In Wien ſelbſt denkt man über dieſe Dinge klarer und weiß ganz genau, daß der Anſchluß in finanzieller und wirtſchaftlicher Beziehung eine Entlaſtung bedeutet. Wie die Dinge liegen, iſt gewiß der Anſchluß unumgänglich notwendig. Wir ſollen uns aber der Erkenntnis der Tatſachen nicht verſchließen: Wir übernehmen nicht nur kapitalſchwache Gebiete, ſondern wir müſſen gleichzeitig Laſten aller Art, Kriegsanleihen ſowohl wie Banknoten, in einem Umfange übernehmen, von dem man ſich bei uns kaum eine rechte Vorſtellung macht.

Linter.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.50 übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 21. März 1919 * Heft 12

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Der Rahmen einer „Sozialiſierung“ der deutſchen Arbeit iſt jetzt geſchaffen. Marxiſtiſch ſieht ſie nicht gerade aus und vor einer „Verſtaatlichung“ iſt man auch zurückgeſcheut: ihr Sinn iſt, mit ſozialpolitiſchen Zuſätzen und Staatseinfluß, große Selbſtverwaltungskörper der Gewerbe zu ſchaffen. Daß mit dieſer etwas künſtlichen, wenn auch großen Ordnung der primitive ſozialiſtiſche Eifer der Maſſen gebrochen werde, das wagt man heute nicht recht zu glauben. Denn für ſie heißt heute Sozialismus wieder „Teilen“. Sozialismus aber iſt nach den Plakaten der Volksbeauftragten „Arbeit“. Und hier liegt der Kern des Problems: das ganze Gerüſt iſt ohne inneren Sinn, wenn nicht das Ethos der Arbeit um der Arbeit willen zurückgewonnen wird.

*

Der Kampf gegen die partikulariſtiſche Unvernunft iſt in Weimar zum Glück nicht aufgegeben. Die proviſoriſche Verfaſſung kann nur als Notbehelf dienen, denn wenn ihr Kompromißcharakter ſich in das Abſchlußgeſetz retten wird, dann iſt das Urteil über die ſtaatsſchöpferiſche Kraft der Revolution geſprochen. In der Heeresfrage wird mit die wichtigſte Entſcheidung fallen. Württemberg will eine „Verſtändigung“ erreichen, Bayern aber will mit dem Reich einen „Vertrag“ abſchließen. Die ſozialiſtiſche Regierung in München hat, wie es ſcheint, die Auffaſſung, daß wir in die Rechtslage vor den Novemberverträgen von 1870 zurückgefallen ſind. Der bayeriſche Klerikalismus aſſiſtiert und der preußiſche Partikularismus fängt die Loſung auf.

*

Sie ſtreiten über den Namen: „Deutſches Reich“ — das wirke wegen der Überſetzung „empire“ zu imperialiſtiſch. „Deutſcher Bund“ — das gebe vor dem Ausland eine beſſere Firma. Nein, es iſt unmöglich — denn wir haben doch auch Inlandspſychologie und können den Anfang unſerer neuen Geſchichte nicht mit der

Metternich-Erinnerung und dem Staatselend der Eſchenheimer Gaſſe belaſten. Sagt doch einfach „Der Freiſtaat Deutſchland" oder meinetwegen „Die Republik Deutſchland".

*

Für einen Teil der deutſchen Pazifiſten, hemmungsloſe Literaten, iſt ſeit Eisners Vorgang die unbedingte nationale Würdeloſigkeit das Inſtrument für den Frieden. Alle Schuld auf Deutſchland nehmen, alle feindlichen Bedingungen mit ſanfter Bereitſchaft hinnehmen. Gegen dieſe Geſinnung wendet ſich ein Vortrag, den Profeſſor Dr. Quidde in Frankfurt a. M. gehalten hat. Mit Schärfe umzeichnet er die ruſſiſche Schuld und umgrenzt die deutſchen Friedensmöglichkeiten:

„Wir verlangen eine gleichmäßige Abrüſtung für alle Länder und fordern, daß der Völkerbund ein freier, auf Gleichberechtigung beſtehender Bund aller Völker werde, ſonſt wird er nicht imſtande ſein, den dauernden Frieden zu gewährleiſten. Wenn die Entente uns einen Frieden der Gewalt aufzwingen will, müſſen wir die Unterzeichnung eines ſolchen Friedens verweigern und der Entente die Verantwortung zuſchieben. Vergewaltigen kann man uns, aber zur Unterzeichnung zwingen kann man uns nicht."

*

Die ruſſiſchen Bolſchewiſten rücken in der Ukraine vor; trotzdem ziehen die Ukrainer ihre nicht geringen Truppen vor Lemberg nicht zurück. Nicht mit Unrecht ſind ſie nämlich der Anſicht, daß die Frage der Grenzführung in Oſtgalizien jetzt für alle Zukunft entſchieden wird, während der Bolſchewismus auch ſpäter noch zurückgedrängt werden kann. Es handelt ſich zudem nicht nur um die Hauptſtadt Lemberg, ſondern auch um das Petroleumgebiet von Boryslaw, das die Polen, trotzdem es ethnographiſch zur Ukraine gehört, ſeiner großen wirtſchaftlichen Bedeutung wegen gleichfalls nicht aufgeben wollen. In Lemberg, wie in Poſen kämpfen die Polen nicht um das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker, ſondern um imperialiſtiſche Anſprüche des alten polniſchen Staates, der ſeit jeher von einem „Polen von der Oſtſee bis zum Schwarzen Meer" geträumt hat.

*

Die Italiener ſind in Spalato gelandet, die Amerikaner haben ſich aus Fiume zurückgezogen. Die ſüdſlawiſch-italieniſche Spannung wächſt; offenbar fühlen ſich die Italiener im Augenblick wieder ziemlich kräftig, weil ſie wiſſen, daß Kroaten und Serben über Staatsform und politiſche Führung ſich nicht verſtändigen können. Auch ihre Kritik an den Pariſer Beſchlüſſen nimmt an Grobheit zu; es iſt unverkennbar, daß ſie ſich nach einer freieren Stellung im feindlichen Konzern umſehen. Denn daß die Franzoſen, aus Haß gegen Deutſchland, von der Oſtſee bis zur Adria allen ſlawiſchen Imperialismus in vollem Umfang ſtützen, macht Italien zum Mit-Leidtragenden, und es beginnt dort ſchon die Frageſtellung: was iſt beſſer, die Annexion von Deutſch-Südtirol oder die neue Anlehnung an den nördlichen Nachbarn?

Alliierte und aſſoziierte Politik

Von Dr. Paul Rohrbach

Nach dem jetzt geſchloſſenen Lebensmittelvertrag hat es den Anſchein, als ob eine Erleichterung der Lage Deutſchlands von den Feinden beſchloſſen wäre. Ob es wirklich geſchehen wird, iſt noch keineswegs ſicher. Offenbar hängen die Zugeſtändniſſe der Entente damit zuſammen, daß wir uns endlich, leider viel zu ſpät, entſchloſſen haben, in der ſogenannten Waffenſtillſtandskommiſſion Widerſtand zu leiſten. Man ſollte die Kommiſſion nicht Waffenſtillſtandskommiſſion nennen, ſondern Folterkommiſſion, ſchrieb mir neulich ein deutſcher Staatsmann. Das iſt das richtige Wort; es paßt zu der ſataniſchen Geſinnung, die in der Politik der Entente gegen Deutſchland bisher zum Ausdruck kam. Dieſe in Frankreich und England herrſchende Geſinnung wird ſich auch ſicher nicht geändert haben, auch wenn es jetzt heißt, man könne Deutſchland nicht verhungern laſſen aus Menſchlichkeitsgründen! Den Northcliffe-Engländern würde wahrhaftig keine Menſchlichkeit gegen Deutſchland einfallen. Ihr Standpunkt iſt nach wie vor der des Dr. Saleeby, daß das deutſche Volk ſamt und ſonders nicht nur für die Gegenwart, ſondern auch für die kommende Generation, die „Hunnen von 1940" unſchädlich gemacht werden ſoll: durch die phyſiologiſchen Folgewirkungen der Hungerblockade auf die deutſche Raſſe, die „engliſche Krankheit". Darin wird auch die überwältigende Mehrzahl der Franzoſen dem engliſchen Geſundheitsmann mit Begeiſterung beipflichten. Ebenſo ſelbſtverſtändlich aber iſt es, daß, *wenn* die engliſche Politik ſich aus irgendwelchen praktiſch beſtimmenden Gründen dazu entſchließt, Lebensmittel- und Rohſtofflieferungen nach Deutſchland geſchehen zu laſſen, ſie den Mantel der Menſchlichkeit darum drapiert. Selbſt in Frankreich wird man dann den Weg zu dieſer Geſte finden, die billig iſt, ſobald die Sache ſelbſt nicht mehr vermieden werden kann. Die amerikaniſche Politik gibt nach wie vor den Ausſchlag dafür, was Deutſchland trotz Northcliffe und Clémenceau tatſächlich zugeſtanden werden ſoll, aber ſie hält es dabei nicht einmal für nötig, die Menſchlichkeit zu beſchwören. Die Verbündeten ſorgen vielmehr nur für ſich ſelbſt, indem ſie Deutſchland vor dem Außerſten bewahren. Nach Reuter hat Wilſons Staatsſekretär *Lanſing* am 11. März im Pariſer Klub der auswärtigen Preſſe über Deutſchland folgendes geſagt:

> Wir müſſen die Verhältniſſe, die zur ſozialen Unruhe führten, ändern, und verſuchen, Deutſchland wieder zu einem normalen Leben zurückzubringen. Was Deutſchland braucht, läßt ſich in zwei Worten ſagen: Frieden und Lebensmittel. Um Deutſchland zu ermöglichen, der Anarchie und dem häßlichen Deſpotismus des roten Terror Widerſtand zu leiſten, muß man ihm Lebensmittel geben und ihm geſtatten, dieſe Lebensmittel zu verdienen. Das normale Leben muß durch den Friedensvertrag wieder hergeſtellt werden. *Das muß nicht aus Mitleid für das deutſche Volk geſchehen*, aber es muß unverzüglich getan werden, da wir, die Sieger, in dieſem Kriege die Hauptleidtragenden ſein würden, wenn dies nicht geſchähe. Man kann ſo viel Schadenvergütung ver-

langen, wie man will, und darauf beſtehen, ſo lange man will: wenn das deutſche Volk kein Material für ſeine Induſtrien und keine Gelegenheit erhält, die Erzeugniſſe ſeiner Arbeit auf fremden Märkten abzuſetzen, und wenn die Arbeiter keine Lebensmittel haben, dann kann Deutſchland für die von ihm begangenen Übeltaten nicht zahlen. Außerdem wird es, wenn der jetzige chaotiſche Zuſtand fortdauert, weder eine verantwortliche Regierung geben, die Frieden ſchließen kann, noch eine Regierung, die ſtark genug iſt, um die Vertragsverpflichtungen zu erfüllen.

In England alſo wünſcht uns die herrſchende politiſche Richtung noch ein halbes Jahrhundert oder mehr „engliſche Krankheit". In Frankreich will man uns zerſtückeln und ausbluten laſſen, daß wir niemals mehr wieder zu Kräften kommen können. Der amerikaniſche Statsſekretär aber ſagt: das Deutſchland von heute, auch nachdem es ſich demokratiſiert, ſeine Waffen fortgeworfen und ſeine Fürſten vertrieben hat, verdient kein Mitleid. Von Menſchlichkeits wegen könnte man es ruhig hungern und verkommen laſſen; da ſich aber daraus auch für die Sieger gefährliche Folgen ergeben könnten, und da das deutſche Volk in den Stand geſetzt werden muß, die von ihm begangenen Übeltaten durch Zahlung zu büßen, ſo muß man ihm wohl oder übel Brot und Rohſtoffe geben. Wie ein tückiſches Pferd oder ein ſtößiger Ochſe von ihrem Beſitzer doch nicht ohne Futter gelaſſen werden, weil ſie immerhin arbeiten können und bei gehöriger Peitſche dem Herrn Nutzen bringen, ſo ſoll, nach dieſem Standpunkt, auch das deutſche Volk am Leben gelaſſen werden. Das iſt die alliierte und aſſoziierte Politik nach der Lanſingſchen Rede. Am Tage nachdem dieſe in der von Reuter gegebenen Faſſung aus Paris telegraphiert worden war, erſchien eine Berichtigung, Lanſing habe ſich nicht ſo ſchroff über Deutſchland ausgedrückt: Die Agentur Havas habe einen Teil ſeiner Rede entſtellt. Wir wiſſen nicht, was bei der Wiedergabe auf Conto Reuter und was auf Havas kommt. Sollen ſolche nachträglichen Abmilderungen einen Wert haben, ſo müſſen ſie den Wortlaut der Rede mit einer amtlichen amerikaniſchen Gewähr dafür geben, daß es nun die authentiſche Rede iſt. Wenn der amerikaniſchen Politik etwas an der Stimmung in Deutſchland oder an der Gerechtigkeit liegt, ſo ſollte ihr auch die Mühe nicht zu groß ſein, dem deutſchen Volke mitzuteilen, was Lanſing wirklich geſagt hat. Einſtweilen fürchten wir, daß Reuter und Havas mindeſtens dem Sinne nach nicht allzu weit von der Wahrheit geweſen ſein werden.

Es wird intereſſant ſein, hiermit zu vergleichen, was zwar nicht der Staatsſekretär Lanſing, wohl aber der Präſident Wilſon in ſeiner amtlichen Eigenſchaft und bei amtlicher Veranlaſſung ſchon vor den 14 Punkten über den Frieden ſagte:

*) Die Verträge und Vereinbarungen, die dieſen Krieg beendigen, müſſen Beſtimmungen enthalten, durch die ein Friede geſchaffen wird, der wert iſt, verbürgt und gewahrt zu werden. Es muß ein Friede ſein, der die Zuſtimmung der ganzen Menſchheit findet und nicht bloß den verſchiedenen Intereſſen und unmittelbaren Zielen der im Kriege befindlichen Völkern dient.

---

*) Die folgende Zuſammenſtellung nach Heft 2 der neuen von Dr. W. Schotte herausgegebenen Monatsſchrift „Gerechtigkeit", Verlag H. R. Engelmann, Berlin, Februar 1919.

Vor allen Dingen ſcheint mir die Vorausſetzung unerläßlich, daß ein Friede ohne Sieg geſchloſſen werden muß. Ein Siegfrieden würde bedeuten einen Frieden, der dem Verlierer aufgezwungen iſt, würde die Bedingungen des Siegers bedeuten, die dem Unterlegenen auferlegt werden, er würde nur mit dem Gefühl der Demütigung hingenommen werden, unter Härten, unter unerträglichen Opfern, er würde einen Stachel zurücklaſſen, ein Rachegefühl, eine bittere Erinnerung, auf denen der geſchloſſene Friede nicht dauernd, ſondern nur wie auf Triebſand ruhen würde. Nur ein Friede zwiſchen gleich und gleich geſchloſſen, kann dauern. *Ja das Prinzip des Friedens ſelbſt iſt Gleichheit und gleiche Teilnahme an gemeinſamem Vorteil.*

Dieſe Gleichheit der Völker, zwiſchen denen ein dauernder Friede geſchloſſen werden ſoll, muß eine Gleichheit der Rechte ſein. (Anſprache an den Senat vom 14. 1. 1917.)

Die Gerechtigkeit, die zugemeſſen wird, darf keine Unterſcheidung zwiſchen denen mit ſich bringen, denen gegenüber wir gerecht zu ſein wünſchen und jenen, denen gegenüber wir nicht gerecht zu ſein wünſchen. Es muß eine Gerechtigkeit ſein, die keine Begünſtigungen kennt und keine Abſtufungen, ſondern nur gleiche Rechte für die beteiligten Völker. (Rede in New York, 27. 9. 1918.)

Für die Vereinigten Staaten iſt es unter ihrer Würde, ſich einer inneren Schwäche oder Zerrüttung zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuerlegen.

Was immer den Frieden betrifft, betrifft auch die Menſchheit, und was durch militäriſche Macht geſchlichtet iſt, iſt, wenn in unrechter Weiſe geſchehen, keineswegs beigelegt, es müßte alsbald wieder von neuem angefangen werden. (Anſprache an den Kongreß vom 19. 2. 1918.)

So ſprach Präſident Wilſon zu einer Zeit, als noch gekämpft wurde: nicht nur als die Vereinigten Staaten ſich erſt zum Kriege rüſteten und die deutſchen Waffen im Vorteil waren, ſondern auch, als Amerika ſchon lange in den Krieg eingetreten und die militäriſch-politiſche Übermacht der Alliierten und Aſſoziierten ſchon entſchieden war. Immerhin glaubte man allgemein, es ſei noch eine ſtarke deutſche Widerſtandsfähigkeit vorhanden. Jetzt, nachdem Deutſchland im Revolutionswahnſinn ſeine Waffen fortgeworfen hat, bekommt es nicht mehr die goldenen Worte des Herrn Wilſon, ſondern die feindſeligen und brutalen Worte des Herrn Lanſing zu hören. Was ſagt nun die pazifiſtiſche Richtung dazu, die uns jahrelang gepredigt hat, wenn das deutſche Volk ſeine inneren Verhältniſſe ändere, wenn es ſich demokratiſiere, wenn es abrücke von denen, die am Kriege die „Schuldigen" ſeien und ſie womöglich in die Wüſte jage, dann würden uns die Völker und die Regierungen der Entente loyalen Sinnes als würdige Teilnehmer am kommenden goldenen Zeitalter aufnehmen, dann werde es keinen Gewaltfrieden, keine Niedertretung und Ausſaugung Deutſchlands geben, und Deutſchland werde fortan glücklich im Völkerbunde ſeine Wunden heilen können. Alle Bedingungen ſind erfüllt und übererfüllt, und was iſt die Folge?

Es gehörte die ganze Markloſigkeit dieſer Leute dazu, um ſich von dem Friedensgewinſel, von dem Wegwerfen der Waffen, von den Schmeicheleien gegen Amerika, von den Schuldbekenntniſſen und Selbſtanklagen etwas anderes zu verſprechen, als was ſie nun von England, Frankreich und Amerika zudiktiert bekommen. Auf Völker mit kräftigem nationalen Bewußtſein wirkt der Anblick des Gegenteils verächtlich, und wenn man jemanden verachtet, weil er kein Selbſtgefühl zeigt, ſo hält man ihn auch für unaufrichtig und ſchlecht und behandelt ihn danach. Wollen wir beſſer behandelt werden, ſo müſſen wir dafür ſorgen, daß man uns beſſer beurteilt, und beſſer beurteilen wird man uns erſt, wenn wir zeigen, daß wir lieber imſtande ſind, dem Untergang ins Auge zu ſehen, und ſei es der Untergang durch den Bolſchewismus, als uns bis ins Endloſe malträtieren zu laſſen.

Das neueſte Stück Vergewaltigung, das uns, nach den franzöſiſchen Berichten, zugedacht iſt und von dem wir den Vorgeſchmack bereits in den Poſener Verhandlungen erhalten, ſoll die Auslieferung von Danzig und einem Landſtreifen längs der Weichſel an Polen ſein. Es heißt, die Entente wolle Polen dreißig Millionen Einwohner ſtark machen, damit es zukünftig Rußland, als uns von Oſten her miteinkreiſende Macht, erſetzen könne. Darauf iſt zu antworten, daß, wenn die deutſche Stadt Danzig und ihre Umgebung von Deutſchland abgeriſſen werden ſoll, und ebenſo, wenn Oberſchleſien, das ſeit ſechs Jahrhunderten nicht zu Polen, ſondern zum Deutſchen Reiche gehört hat und deſſen Kohlenlager Deutſchland zu ſeinem Leben braucht, polniſch werden ſoll, damit der Geiſt und die Worte der vierzehn amerikaniſchen Punkte auf das gröblichſte verletzt ſind, und wir nichts anderes tun können, als die Verhandlungen unter Proteſt abbrechen. Ob uns Danzig, ob Oberſchleſien, ob das Saargebiet abverlangt wird, ob man uns kein Heer laſſen, uns aus dem Völkerbund ausſchließen, die Vereinigung mit Deutſch-Öſterreich verhindern, unerträgliche Laſten aufbürden, oder ſonſt unſere Ehre und Lebenskraft im tiefſten treffen will — für uns gibt es darauf immer nur die eine Antwort: tut, was ihr wollt und tragt die Folgen! Wir werden uns keiner Leiſtung entziehen, die als von uns übernommene Pflicht aus ehrlicher Auslegung der 14 Punkte hervorgeht. Unſere Vertretung in der Waffenſtillſtandskommiſſion hat bereits Monat um Monat mehr geopfert, als nötig geweſen wäre. Das ſieht man aus dem Erfolg unſerer endlichen Weigerung. Wenn Wilſon je die Abſicht gehabt hat, nach ſeinen früheren Worten und der von ihm verſprochenen Garantie der 14 Punkte zu handeln, und dann von ſeinen Verſprechungen ſo wenig wahr geworden iſt, ſo wird der Mangel an Feſtigkeit und Würde, mit dem wir in Spaa und Trier auftraten, kaum viel weniger Schuld daran haben, als die Sehnſucht Northcliffes nach der „engliſchen Krankheit" und die Clémenceaus nach der Zerſtückelung Deutſchlands. Wir haben nur ein Mittel in der Hand, uns lebensfähig zu erhalten: daß wir dem Feind zeigen, auch der Untergang ſchreckt uns nicht, wenn uns kein Leben auf ehrenhafter und ſolider Grundlage gelaſſen werden ſoll. Der Feind kann uns ſolange peinigen, wie wir ihm feige den Nacken hinhalten; er wird kraftlos in dem Augenblick, wo wir Widerſtand zeigen, und er tödlich zuſtoßen müßte, um ihn zu brechen.

Kurz vor Lanſing hat auch Wilſon wieder eine Rede gehalten, in der er (nach Reuter) die Zukunft der Welt in freundlichen Farben malte, die Gerechtigkeit der Verbündeten pries und von Deutſchland diesmal zu ſagen fand, es habe die Schuld auf ſich geladen, daß es durch ſeine Weigerung, eine Konferenz wegen des öſterreichiſch-ſerbiſchen Konflikts zu beſchicken, den Krieg heraufbeſchworen. Herr Wilſon ſollte wiſſen, daß es während der kritiſchen Tage, die dem Ausbruch des Weltkrieges vorangingen, nur einen brauchbaren Konferenzvorſchlag gegeben hat, und das war der, auf den ſich Grey und der deutſche Botſchafter Lichnowsky am 29. Juli einigten: Öſterreich ſoll Belgrad als Pfand nehmen und über alles weitere die Vermittlung der Mächte abwarten. Die deutſche Regierung erreichte es durch einen ſcharfen Druck in Wien, daß die Öſterreicher zuſtimmten. England aber tat nichts in Petersburg, und die ruſſiſchen Machthaber waren derart entſchloſſen zum Kriege, daß der Kriegsminiſter Suchomlinow den Zaren belog, die Mobilmachung werde angehalten, tatſächlich aber wurde weiter mobiliſiert. Rußland erzwang den Krieg in dem Augenblick, in dem der engliſche Miniſter des Auswärtigen, um den Frieden zu ſichern, nur nötig gehabt hätte, an die ruſſiſche Adreſſe dieſelben Worte zu richten, die Herr v. Bethmann Hollweg in Wien ſprechen ließ: wir weigern uns, in einen Weltkrieg hineingeriſſen zu werden, weil unſer Verbündeter unſeren Rat mißachtet! Wilſon, der ſo viele ſchöne Worte geſprochen hat, könnte nur dann Anſpruch darauf machen, als Richter anerkannt zu werden, wenn ſeine Reden zeigten, daß er das Material zur Urteilsfällung beherrſcht und wenn ſeine Taten ſeinen Worten entſprechen. Daß das erſtere nicht der Fall iſt, zeigt ſeine Äußerung über die angebliche Konferenzverweigerung Deutſchlands, und was das zweite angeht, ſo braucht man nur zu vergleichen, was er vor dem Waffenſtillſtand geſagt hat, und was wir jetzt von den Alliierten und Aſſoziierten zu hören bekommen. Vorher ſprach er von der Gerechtigkeit, die ohne Begünſtigungen, Unterſcheidungen oder Abſtufungen allen Völkern beim Frieden zugemeſſen werden müſſe und daß keine unerträglichen Opfer auferlegt werden dürften, die dem Beſiegten einen Stachel und ein Rachegefühl zurücklaſſen würden. So las man es fortgeſetzt vom Frühjahr 1917 bis zum Herbſt 1918. Jetzt lieſt man es anders, denn wenn Lanſing als Staatsſekretär der auswärtigen Politik über Deutſchland und den Frieden ſich äußert, ſo tut er das als der amtliche Gehilfe des amerikaniſchen Präſidenten, nicht als beliebiger Politiker, der ſeine Privatmeinung von ſich gibt. Er könnte nicht ſo ſprechen, wie er am 11. März in Paris geſprochen hat, wenn er ſich nicht im weſentlichen mit dem Präſidenten in Übereinſtimmung wüßte. Das ſehen wir auch daraus, daß Lanſing ſagt, Deutſchland müſſe „für die von ihm begangenen Übeltaten" zahlen, und Wilſon, Deutſchland ſei ſchuldig am Ausbruch des Weltkrieges, weil es den Konferenzvorſchlag nicht angenommen habe. Was dieſe beiden Sätze im Zuſammenhang mit einander bedeuten ſollen, iſt klar. Der eine verkündet die Verurteilung und der andere die Strafe. Von objektiver Gerechtigkeit und Wahrheit, vom Völkerbund in dem Sinn, wie er zuerſt proklamiert wurde, und vom zukünftigen Frieden der Welt ſind beide gleich weit entfernt. Das deutſche Volk kann im Friedensvertrag ſeine Schuldigſprechung durch die Ententegenoſſen ebenſo wenig unterſchreiben, wie ſeinen Ruin zugunſten jener.

Eine nordiſche Stimme über den Völkerbund

Von Albert Dresdner

Was ſeit dem Abſchluß des Waffenſtillſtandes geſchehen iſt, hat im Norden ein weit verbreitetes Unbehagen hervorgerufen. Natürlich gibt es noch immer Perſonen und Zeitungen, die mit der Entente durch dick und dünn gehen. Während des Krieges hatte ein deutſcher Schriftſteller eine Unterredung mit dem Leiter eines verbreiteten norwegiſchen Blattes. Dieſer leitete das Geſpräch mit dem Bekenntniſſe ein: „Ich bin engliſch geſinnt.“ Es liegt auf der Hand, daß von einem norwegiſchen Staatsbürger, der ſeine Geſinnung ſelbſt als eine engliſche und nicht als eine norwegiſche bezeichnet, eine freie, durch die nationalen Intereſſen beſtimmte Auffaſſung der politiſchen Lage nicht zu erwarten iſt. Aber viele, die auf das bekannte, während des Krieges unzählige Male betonte und durch eine planmäßige und umfaſſende Werbetätigkeit den Neutralen eingeimpfte ſchöne Programm der Entente redlich ihr Vertrauen geſetzt hatten, ſind durch ihr Verhalten ſeit dem Herbſte 1918 tief enttäuſcht. Ein kleiner individueller Zug mag ſtatt vieler anderer die Stimmung beleuchten. Vor einiger Zeit hat ein Gotenburger Blatt eine der beliebten Umfragen erlaſſen, die u. a. die Frage enthielt, welche Erfahrung des Krieges als die ſchmerzlichſte empfunden werde. Auf dieſe Frage hat der unlängſt verſtorbene ausgezeichnete, auch bei uns wohlbekannte und geſchätzte Maler Carl Larſſon die Antwort gegeben, er habe immer die Franzoſen als das ritterliche Volk par excellence angeſehen, und ſeine ſchmerzlichſte Kriegserfahrung ſei nun die, daß ſie ſich im Siege ſo ganz unritterlich betrügen. Larſſon hatte in Frankreich ſtudiert, hatte der franzöſiſchen Kunſt viel zu verdanken und teilte jene im Norden weitverbreitete ideale Auffaſſung des franzöſiſchen Volkes, die teils dem natürlichen Ergänzungsbedürfniſſe der germaniſchen Raſſe und teils einem Aberglauben entſpringt, den die Franzoſen auf die geſchickteſte Weiſe zu erhalten und zu nähren verſtehen.

Doch über die Lage Frankreichs ſind ſich denkende Köpfe auch im Norden klar. Auch ſiegend hat es verloren. Der norwegiſche Verfaſſer, von dem bald zu reden ſein wird, tut die Franzoſen mit der kühl-ironiſchen Bemerkung ab, er laſſe ſie mit ihrer gloire am oberſten Ende des Tiſches unberedet ſitzen. Aber die Engländer und Amerikaner? Dieſe Vorkämpfer für Demokratie und Humanität? Und der Völkerbund? Die an die Grauſamkeit ſtreifenden inhumanen Bedingungen der verſchiedenen Waffenſtillſtandsverträge, die Aufrechterhaltung der Blockade, die Zurückhaltung der deutſchen Gefangenen: das ſind Dinge, die im Norden in vielen Kreiſen ſehr übel gewirkt haben; ſie haben das natürliche menſchliche Empfinden verletzt, und die Politik wird auch dort vielfach von der Empfindung aus beurteilt. Die politiſche Frage aber, an der der Norden in erſter Linie Intereſſe hat, iſt die der Möglichkeit und der Geſtaltung des Völkerbundes, da die ſkandinaviſchen Völker von ihm die dauernde Regelung und Sicherung ihrer zwiſchenvölkiſchen Stellung erhoffen. Zu dieſem realpolitiſchen Intereſſe tritt ein ideales: gelingt die Stiftung des Völkerbundes auf befriedigender Grundlage, ſo iſt doch die Kriegskataſtrophe nicht umſonſt geweſen, ſo iſt doch ein großer Fortſchritt in der Ordnung der Völkerbeziehungen gewonnen.

Hier aber handelt es ſich nicht mehr um Programme, um Propaganda, um Verſprechungen, ſondern um Erfüllungen, um Leiſtungen und Taten, und da flößt denn die Entwicklung. die dieſe Frage genommen hat, den politiſchen Köpfen die größte Beſorgnis ein. Dieſe Stimmung ſpiegelt ſich in einer Aufſatzreihe, die Profeſſor N. Gjelsvik, Vertreter der Rechtswiſſenſchaft an der Univerſität Chriſtiania, kürzlich in dem dortigen „Morgenbladet“ veröffentlicht hat. Dieſe vortrefflichen Aufſätze bilden nicht nur ein bedeutſames Zeugnis der gegenwärtigen politiſchen Auffaſſungen im Norden, ſondern zugleich einen wertvollen Beitrag zum Verſtändniſſe des Völkerbundproblems überhaupt, und aus beiden Gründen verdienen ſie auch in Deutſchland bekannt und gewürdigt zu werden.

* * *

Der Ausgangspunkt des norwegiſchen Rechtslehrers iſt dieſer: ſoll die Begründung eines wirklichen Völkerbundes gelingen, d. h. eines ſolchen, „der nicht nur ein Humbug oder eine Verkleidung für imperialiſtiſche Politik iſt“, ſo müſſen die politiſchen Verhältniſſe ganz ungewöhnlich günſtig ſich geſtalten. Trifft dieſe Vorausſetzung gegenwärtig zu? Wie vor hundert Jahren, ſo ſtehen wir auch heute am Abſchluſſe eines Koalitionskrieges. Damals richtete er ſich gegen Frankreich, heute richtet er ſich gegen Deutſchland. Die Engländer nahmen beide Male an der Koalition teil; engliſch iſt der Sankt Helena-Gedanke: ſo taucht er auch diesmal wieder auf, und er hat im engliſchen Wahlkampfe eine beträchtliche Rolle geſpielt. Der Wiener Kongreß zeugte die „Heilige Allianz“, ein religiös-legitimiſtiſch aufgemachtes Organ imperialiſtiſcher Machtpolitik. Der jetzige Weltkrieg erzeugt den „Völkerbund“, deſſen Form, wie Gjelsvik ironiſch bemerkt, die Erfinder der „Heiligen Allianz“ vor Neid erröten laſſen müßte. Die Engländer behalten ihre weltbeherrſchende Flotte und die allgemeine Wehrpflicht wird überall abgeſchafft, oder mit anderen Worten: behalte deine Machtmittel und laß die anderen abrüſten — das iſt Kern und Moral des Völkerbundgedankens, wie er nach ſo vielen ausnehmend ſchönen und idealen Programmen und Verſprechungen jetzt ins Leben treten ſoll. Das wird alſo ein Völkerunterdrückungsbund, eine neue, moderniſierte Ausgabe der Heiligen Allianz.

Aber Präſident Wilſon? Und ſeine Parole vom 22. Januar 1917: „weder Sieger noch Beſiegte?“ Sehr fein weiſt Gjelsvik nach, wie Wilſon in dem diplomatiſchen Kampfe um den Völkerbundgedanken überſpielt worden iſt. Hätte er an ſeiner Parole feſtgehalten und wäre dabei auf Englands Widerſtand geſtoßen, ſo hätte er oder ſein Nachfolger das ganze amerikaniſche Volk bei dem Programm hinter ſich gehabt, die größte Flotte der Welt zu erbauen. Freilich war ſeine Machtſtellung im Kreiſe der Entente ſchon durch die Waffenſtillſtandsbedingungen ſchwer erſchüttert: wenn Deutſchland entwaffnet war, ſo war man nicht mehr auf die Vereinigten Staaten angewieſen. Wie wenig er von jenem ihm nun verbleibenden Druckmittel Gebrauch zu machen verſtanden hat, beweiſt der Umſtand, daß er ſich inzwiſchen zu der merkwürdigen und für die Neutralen höchſt bedenklichen Auffaſſung hat abdrängen laſſen, die Frage der Freiheit der See exiſtiere praktiſch nicht mehr, weil es bei zukünftigen Kriegen Neutrale überhaupt nicht mehr geben werde. Ein letztes Machtmittel, über das er verfügt, liegt, nach Gjelsviks Anſchauung, in der Ausſicht, daß nach einer wirtſchaftlichen Überpreſſung Deutſchlands ungezählte gelernte deutſche Arbeiter ins Ausland abwandern würden. Da man ſie in England nicht haben will, ſo würden vorausſichtlich die Vereinigten Staaten ihr bevorzugtes Ziel werden, und damit würden dieſe die von ihnen benötigten Arbeitskräfte gewinnen und damit ihr wirtſchaftliches Übergewicht erheblich verſtärken können. Aber wie die Dinge ſich entwickelt haben, ſcheint Wilſon auch von dieſer Karte keinen Gebrauch gemacht zu haben.

In Norwegen werden Fragen dieſer Art vielfach von recht primitiven Standpunkten aus beurteilt. Man kann dort hören und leſen, Lloyd George ſei ja ein liberaler, ein chriſtlicher Mann und werde ſeine chriſtlichen Überzeugungen ſicher auch in der zwiſchenvölkiſchen Politik durchführen, wenn er nur die Möglichkeit dazu habe. Gegenüber ſolchem „Kinderwerke“ (das übrigens für die politiſche Pſychologie der Norweger lehrreich iſt) weiſt Profeſſor Gjelsvik auf die Realitäten, auf die wirklich treibenden Kräfte in der Politik hin. Japans Eroberungsdrang hat wahrlich nicht das mindeſte damit zu tun, ob ſeine politiſchen Führer Chriſten, Buddhiſten, Konfuzianer, Radikale, Liberale, Konſervative oder Reaktionäre ſind. Handelt es ſich um Japans Intereſſen, ſo ſinken dergleichen Überzeugungen zu Kleinigkeiten herab, die nicht die geringſte Rolle ſpielen. Das gilt natürlich ebenſo für die engliſche und die amerikaniſche Politik, wenn dieſe auch chriſtliche oder liberale Ideen als Aushängeſchilder benutzen mögen. Ja, mögen ſelbſt die Ideale und Theorien der Staatsmänner echt ſein: das Leben iſt etwas anderes und geht ſeinen alten Gang ungeſtört weiter, gleich, als ob die Theorien überhaupt nicht exiſtierten. Die religiöſe Aufmachung des politiſchen Handelns kann geradezu als eine grimme Ironie wirken. Im Dezember 1916 hatte Deutſchland die Hand zum Frieden ausgeſtreckt, mit dem Erfolge, daß es eine Abweiſung erhielt, deren imperialiſtiſche Tendenz unverkennbar war. Juſt am Karfreitag 1917 erklärte dann Amerika ſeinen „Freiheitskrieg“. „Ich meine nun, daß eine Kriegserklärung unter ſolchen Umſtänden nicht der gegebene Weg zu einer Verſöhnung war, die die notwendige Grundlage für einen Völkerbund im Geiſte und in der Wahrheit iſt und ſein muß. Den Teufel mit Beelzebubs Hilfe auszutreiben, gehört nämlich auch in unſeren Tagen zu den ſchwierigeren Problemen.“

Die Schuldfrage! Profeſſor Gjelsvik iſt zu beſonnen und zu geſchmackvoll, um ſie in ihrer ganzen Breite aufzurollen oder ſie gar entſcheiden zu wollen. Das muß wohl denen überlaſſen bleiben, die die Anmaßung haben, in dieſer Sache zugleich den Kläger, den Zeugen und den Richter zu ſpielen. Freilich hat es auch die Eisnerſche Regierung eilig gehabt, ein Schriftſtück zu veröffentlichen, das die Schuld des alten Syſtems am Weltkriege beweiſen ſollte. Das Schriftſtück, bemerkt Gjelsvik, bringt zur Beleuchtung der Frage nichts bei; wenn es aber bei den Siegern einen „guten Eindruck" hervorbringen ſollte, ſo war dies eine naive Fehlrechnung. „Man erreicht wahrhaftig nicht, daß der Bär und der Löwe oder andere, die Herren der Lage ſind, auf die Knie fallen und ein ‚Pater peccavi' ſtammeln, obwohl ſie vielleicht einiges auf dem Gewiſſen haben könnten, wenn ſie in ſich gehen wollten." Dies trifft nämlich auf die Ententemächte zu. Wie ſteht es denn um das beiderſeitige Verhältnis zur imperialiſtiſchen Politik? Die Deutſchen ſind darin die reinen Anfänger geweſen. Ihre drei großen Kriege waren nationale Sammlungskriege; als imperialiſtiſch kann man nur etwa die Kleinkämpfe in Südweſt und die China-Expedition bezeichnen. Dagegen hat England, von der Feſtſetzung in Ägypten an (1882), fortgeſetzt rein imperialiſtiſche Kriegs- und Vertragspolitik großen Stiles getrieben. Wenn das Bibelwort ſagt, wer ſich von Schuld frei fühle, der werfe den erſten Stein, ſo trifft ſeine Vorausſetzung auch ebenſowenig auf die Franzoſen, Ruſſen, Italiener oder Amerikaner zu, und wenn ſie alleſamt ſich hernach ſo beeifert zeigten, den Mittelmächten allein die Schuld am Weltkriege zuzuſchieben, ſo erinnert dies Verfahren lebhaft an eine bekannte Tierfabel. Nein: „der Krieg war die reife Frucht der Politik, die im letzten Menſchenalter geführt wurde" und die mit Englands ägyptiſchem Gewaltſtreiche begann. Und man kann fragen: iſt dauernder Friede wünſchenswert bei einer ſolchen Politik, ſo daß die Großmächte oder die größten darunter in Ruhe und Frieden die Unterwerfung der kleinen Völker betreiben können? Iſt er auch nur möglich? Nein — Gott ſei Dank!" Die erſte Vorausſetzung eines wirklichen Völkerbundes wäre, daß unter die Vergangenheit entſchloſſen ein Strich gemacht wird; um ſo mehr, fügt unſer Verfaſſer hinzu, als es übel ausſehen würde, wenn die großen oder die alten Sünder aus dem Bunde ausgeſtoßen werden ſollten. Dann könnte er nämlich ſo dünn ausfallen, daß er überhaupt nicht mehr die Mühe lohnte.

Doch da iſt ja auch noch die Frage der „Heiligkeit der Verträge", die die Entente ſo ſehr für ihre Propaganda ausgenutzt hat. Nun, Gjelsvik erinnert daran, daß es auch einen am 29. Oktober 1888 abgeſchloſſenen Vertrag über die Neutraliſierung des Suezkanals gibt, nach dem die Durchfahrt durch den Kanal im Frieden wie im Kriege für alle Schiffe, Kriegs- wie Handelsſchiffe, neutrale oder ſolche kriegführender Mächte, vollſtändig frei ſein ſollte. Aber während des Krieges wurde er ſogar für neutrale Handelsſchiffe geſperrt. In ſeiner Verteidigungsſchrift über Großbritanniens Seepolitik drückt ſich Profeſſor Murray um dieſen Punkt ſehr verlegen herum: er habe „nicht genau ermitteln können, was etwa das Recht Ägyptens, Großbritanniens oder der Kanalaktionäre ſein möge", und er verſchanzt ſich hinter der „militäriſchen Notwendigkeit". Siehe da: hier hat dieſe plötzlich ihr gutes Recht! Woraus folgt, daß die Heiligkeit der Verträge weder eine beſondere Tugend für engliſche, noch eine beſondere Untugend für deutſche Rechnung ergibt.

Einen wirklich gangbaren Weg zum Völkerbunde erblickt Profeſſor Gjelsvik in dem Vorſchlage des ſchwediſchen Sozialiſtenkongreſſes zu Varberg, wonach der durch die Kriegshandlungen verurſachte Schaden in den heimgeſuchten Gegenden (Oſtpreußen, Polen, Galizien, Nordfrankreich uſw.) von allen Ländern, den neutralen und den kriegführenden, gemeinſam getragen werden ſolle. Auch von den neutralen. Denn ein Völkerbund, der etwas anderes als ein Völkerunterdrückungsbund ſein ſoll, kann und muß auch von den Neutralen Opfer verlangen. Iſt dieſer Gedanke utopiſch, nun, ſo iſt es der ganze Völkerbundgedanke überhaupt. Und freilich neigt Gjelsvik ſehr dazu, die Frage in dieſem Lichte zu ſehen. Darauf weiſt ſchon die ungeminderte Aufrechterhaltung der Blockade hin, die nicht nur auf Koſten der Mittelmächte, ſondern auch auf die der Neutralen geht. Der norwegiſche Staat z. B. verfügt über große Überſchußmengen von Heringen. In Norwegen hat man keinen Gebrauch dafür, in Deutſchland um ſo mehr. Norwegen könnte damit ein gutes Geſchäft machen, Deutſchland wäre die Lieferung willkommen. Aber — das Meer iſt nicht frei, Norwegen darf die Waren nicht auf ſeinen eigenen Schiffen ausführen, und es beſteht die Gefahr, daß die Vorräte in dieſer Zeit drohender Hungersnot verderben.

Das iſt die Lage, wie ſie der neutrale Verfaſſer anſieht. Er warnt die Sieger, den Bogen zu überſpannen. Er wird ſie vergeblich warnen, wird ſie vergeblich an das ‚Memento mori!' erinnern. Die Dinge nehmen ihren Gang, und die Menſchheit wird erſt durch neue Erfahrungen bitterſter Art hindurchgehen müſſen, ehe ſie dazu reif wird, vom Schein zum Sein, von der Gewalt zum Rechte und — vielleicht! — zur Liebe hindurchzudringen. Denn der Entwurf eines Völkerbundes, der ſeit der Veröffentlichung der Gjelsvikſchen Aufſätze das Licht der Welt erblickt hat, dürfte die Beſorgniſſe des norwegiſchen Gelehrten nicht verringern, ſondern vielmehr beſtätigen und verſtärken.

Was hat England im Intereſſe der Eingeborenen getan?

Von Franz Kolbe

Die Antwort auf die Frage: „Was hat England im Intereſſe der Eingeborenen getan?" läßt ſich leicht auf eine kurze Formel bringen: Alles — wenn die Intereſſen der Eingeborenen ſich mit den Intereſſen Englands (d. h. den Intereſſen des Handels, des Kapitals und der britiſchen Weltpolitik) deckten; wenig oder nichts — wenn die Intereſſen der Eingeborenen mit denen Englands nicht übereinſtimmten!

Kennzeichnend dafür, was England uneigennützig für die Intereſſen der Eingeborenen getan hat, iſt das, was für die Lebens- und kulturellen Bedürfniſſe des Volkes geſchehen iſt, in erſter Linie alſo die Beſſerung der ſanitären Verhältniſſe und die Schul- und Erziehungsangelegenheit.

In der Beſſerung der ſanitären Verhältniſſe hat die engliſche Kolonialverwaltung im allgemeinen verſagt.

In Indien, das ſeit eineinhalb Jahrhunderten unter britiſcher Verwaltung ſteht, iſt es bis zum heutigen Tage noch nicht gelungen, die furchtbaren Volksſeuchen Peſt und Cholera wirkſam zu bekämpfen, ebenſowenig die periodiſch auftretenden Hungersnöte. Das Parlamentsmitglied J. Ramſay Macdonald ſchreibt in ſeinem Buche „The Awakening of India":

> „Bei der Erforſchung der Hungersnöte müſſen wir zunächſt zu begreifen verſuchen, wie ſie auftreten und worauf ſie zurückzuführen ſind. Selbſt in den ſchlimmſten Fällen beſteht jetzt in den von Hungersnöten getroffenen Gebieten kein Getreidemangel. In der böſeſten Zeit der Hungersnot in Guzerat von 1900 wurde durch amtliche Berichte erwieſen, daß ſich „für den Bedarf mehrerer Jahre" genügender Getreidevorrat in den Händen der Getreidehändler dieſer Gebiete befand. Es iſt deshalb nicht Getreidemangel, der Hungersnöte hervorruft. Die Urſachen für die Hungersnöte der letzten Jahre waren finanzielle Kriſen, die die Verringerung des Bedarfes an Arbeitskräften im Gefolge hatten. Hohe Lebensmittelpreiſe bei niedrigen Löhnen und Arbeitsloſigkeit — und die Menſchen ſterben Hungers inmitten der Fülle."

Sogar die Regierung gibt zu, daß die Todesfälle an epidemiſchen Krankheiten noch immer eine furchtbare Zahl erreichen. „Imperial Gazetter of India" ſchrieb 1909:

> „Durch die chroniſche tiefe Armut iſt die Konſtitution der Inder dermaßen geſchädigt, daß ſie widerſtandsunfähig gegen Krankheiten ſind, die dadurch endemiſch werden. Die Ziffern zeigen, daß allein die aus verhütbaren Krankheiten, wie Cholera, Pocken, Dyſenterie, Peſt, Fieber uſw., reſultierenden Todesfälle durchſchnittlich die Höhe von 5 Millionen im Jahre erreichen."

Die Regierung gibt alſo der chroniſchen Armut der indiſchen Bevölkerung die Schuld. Sie erwähnt aber nicht, daß bei einer Geſamteinnahme von über 900 Millionen Mark im Jahre 1916 zwar 460 Millionen Mark — alſo etwa die Hälfte — für das indiſche Heer aufgewendet wurden — dagegen nur 30 Millionen Mark für das öffentliche Geſundheitsweſen. Indien gibt alſo für ſein Sanitätsweſen noch nicht $^{1}/_{30}$ ſeiner Einnahmen aus, in der deutſchen Kolonie Neu-Guinea betragen die Ausgaben für das Sanitätsweſen $^{1}/_{6}$ der Einnahmen, das Anſteigen auf $^{1}/_{4}$ war vorauszuſehen!

Was nun die chroniſche, tiefe Armut anlangt, ſo iſt auch daran die engliſche

Regierung ſchuld. Über 80 Prozent der Bevölkerung ſind Bauern, die unter furchtbaren Grundlaſten, oder, ſoweit ſie nicht ſelbſt Eigentümer ſind, unter furchtbar hohen Pachten leiden. Die Landrenten betragen bis 65 vom Hundert des Netto-Ertrages. Mit jeder Neueinſchätzung wird die Taxe erhöht, und in Britiſch-Indien wird, im Gegenſatz zu der in den indiſchen Eingeborenenſtaaten üblichen Gepflogenheit, in Jahren ſchlechter Ernte kein Steuernachlaß gewährt. Unbarmherzig werden in ſolchem Falle die unglücklichen Bauern von Hab und Gut vertrieben, das der Fiskus beſchlagnahmt. 600 bis 900 Millionen Mark zahlt Indien jährlich an England, und zwar für: das indiſche Amt in London, Penſionen und Urlaubsgelder, private Geldüberweiſungen der Regierungsbeamten, Soldatenanwerbungen in England, Zinſen für Staatsſchulden, Eiſenbahnanlagen, Bewäſſerungsanlagen uſw. inveſtierte Kapitalien, die alle in England aufgebracht werden. Das Durchſchnittseinkommen des indiſchen Volkes beträgt nach Keir Hardy nur 40 Mark pro Kopf und Jahr, bei der Landbevölkerung ſogar nur 25 Mark!

Im März 1914 veröffentlichte einer der beſten Kenner Indiens, Shaw Desmond, im „London Magazine" einen Artikel „Sollen wir Indien verlieren?" Darin heißt es u. a.:

> „Es iſt allerſeits zugeſtanden, daß Indien niemals vor der engliſchen Beſitzergreifung ſolche Schrecken von Peſt und Hungersnot gekannt hat. Hier die grauſige Ziffer: Nach offiziellen Schätzungen hat die Peſt von 1900 bis 1914 mehr als 6 Millionen Inder dahingerafft, und dies Verhältnis wächſt noch ſchnell! Im „Punjab" allein ſtarben während einer gewiſſen Periode 75 000 Menſchen an der Peſt. Zwiſchen 1860 und 1900 ging eine ganze Nation am Hunger zugrunde, nämlich nicht weniger als 30 Millionen Menſchen."

Die im vorigen Jahre die ganze Welt verheerende Grippe-Epidemie hat, nach „India" vom 6. 12. 1918 Indien wie eine Plage überſchwemmt. Auf der Baſis der feſtgeſtellten Todesfälle im Punjab, wo ihr 250 000 Menſchen zum Opfer fielen, wird angenommen, daß über 3 Millionen Menſchen, d. h. ungefähr 1 Prozent der Bevölkerung, hinweggerafft worden ſind. „India" bemerkt hierzu:

> „Natürlich konnte ein Volk, deſſen Kraft ſeit langer Zeit durch äußerſte Armut und Unterernährung untergraben iſt, einer Epidemie von ſolcher Schwere keinen Widerſtand leiſten. Die Regierung von Indien muß endgültig verſtehen, daß das Land nicht länger finanziell ausgebeutet werden darf. Jede Anſtrengung muß gemacht werden, um ſeinen natürlichen Reichtum an Menſchenleben und Rohmaterialien durch die Förderung von Landwirtſchaft und einheimiſchen Induſtrien zu retten."

Ähnliche Opfer hat die Grippe auch in anderen Kolonien Englands gefordert. In Kapſtadt ſtarben nach der „Cape Times" in vierzehn Tagen über 5000 Menſchen! Die Leichen lagen ſtellenweiſe zu Dutzenden unbeerdigt in den Straßen! In Deutſch-Samoa ſind von einer Geſamtbevölkerung von 35 000 Eingeborenen nicht weniger als 6000 der Seuche zum Opfer gefallen. Mit Recht bemerkt zu dieſer Nachricht der „Mancheſter Guardian", ob dieſe furchtbaren Verluſte nicht durch eine beſſere Geſundheitspolizei, Quarantäne uſw. hätten vermieden werden können.

In ſeinem im Jahre 1911 in Baſel veröffentlichten Buche „Nord-Togo und ſeine weſtliche Nachbarſchaft" ſchreibt ein Schweizer Miſſionsarzt, der 25 Jahre in der engliſchen Goldküſtenkolonie als ſolcher tätig war, nach einer Bereiſung von Nord-Togo und Beſichtigung des deutſchen Schlafkrankendorfes bei Miſahöhe:

> „Auch gegen andere Volksſeuchen wird in Togo der Kampf ſo energiſch als möglich geführt. Die Bezirksleiter impfen gegen Pocken, errichten Ausſätzigenaſyle und ſorgen für Iſolierung von an Genickſtarre Leidenden."

Und an anderer Stelle:

> „Das alles ſind für ſolche, die auf der engliſchen Goldküſte leben, zum größten Teil neue Dinge. Der Kampf gegen die Schlafkrankheit wird hier ſehr läſſig geführt, und für die Ausſätzigen iſt noch kein Aſyl errichtet."

Was nun die Sorge Englands für die Erziehung und den Unterricht ſeiner Schutzbefohlenen betrifft, ſo ſchreibt der frühere Gouverneur von Britiſch-Oſtafrika in ſeinem Werke „The East Africa Protectorate", London 1905:

> „Die Deutſchen widmen der Erziehung mehr Sorgfalt, als es bei uns der Fall iſt. Während in Britiſch-Oſtafrika die Regierung keine Schulen unterhält und ſich der Unterricht ganz in den Händen der Miſſionare befindet, haben die Deutſchen 8 deutſche Schulen, außerdem noch verſchiedene Gemeindeſchulen."

Was hier für Britiſch-Oſtafrika geſagt iſt, gilt für alle engliſche Kron-Kolonien, nicht minder aber für Indien und Ägypten. In Indien waren im Jahre 1904/05 26 Millionen Mark für Schulen bereitgeſtellt gegenüber 360 Millionen Mark für militäriſche Dienſtleiſtung. Das nächſte Jahr zeigte eine Erhöhung von nicht mehr als 2 Millionen Mark unter dem Titel „Schulen" gegenüber einer Erhöhung von 48 Millionen Mark für das Heereswesen.

In J. Ramſay Macdonalds „Awaken ing of India" heißt es:

> „Andererſeits iſt die für Unterrichtszwecke angewendete Summe von 1½ Millionen Pfund lächerlich gering. Der kleine Staat Baroda, mit einer Bevölkerung von 2 Millionen Seelen, gibt hierfür 660 000 Pfund Sterling aus, und hat ſein Unterrichtsſyſtem erweitert, ſo daß es ſehr bald für dieſen Zweck eine Million Pfund Sterling aufwenden wird. In Baroda beſteht Schulzwang bereits ſeit 1904/05, während in Britiſch-Indien 90 vom Hundert der männlichen und 99 vom Hundert der weiblichen Bevölkerung Analphabeten ſind."

Das Schulweſen in den engliſchen Kolonien hat, ſoweit es in Händen der Regierung iſt, ausſchließlich den Zweck, die Regierung mit billigen Arbeitskräften für die niederen und mittleren Beamtenſtellen zu verſehen. Dem Volke ſelbſt Schulkenntniſſe zu vermitteln, hat die engliſche Regierung kein Intereſſe.

Dieſelben Klagen, wie über Indien, werden auch über die Verwaltung Ägyptens laut. Auch dort dieſelbe Ausbeutung und Verarmung der Eingeborenen, der Mangel an hygieniſcher und kultureller Fürſorge. So wunderbar der Aufſchwung iſt, den die Finanzen Ägyptens unter engliſcher Okkupation infolge der Einführung des Baumwollbaues genommen haben, ſo wenig Nutzen hat davon der ägyptiſche Bauer ſelbſt. Durch die einſeitige Begünſtigung des Baumwollbaues iſt in Ägypten nicht nur die Kultur des Tabaks unterdrückt worden, ſondern auch der Anbau von Weizen iſt derartig zurückgegangen, daß der größte Teil des Brotfruchtgetreides eingeführt werden muß. Davon hat zwar die ägyptiſche Staatskaſſe einen Vorteil, da auch auf Lebensmittel hohe Zölle liegen, keineswegs aber der ägyptiſche Bauer, der zu hohen Preiſen das Getreide kaufen muß, das er ſelbſt hätte bauen können. Dabei iſt der kleine Bauer beinah ſtets ſo furchtbar verſchuldet, daß er gezwungen iſt, ſeine Ernte zu Wucherzinſen zu beleihen, um ſich Saatgut einkaufen zu können. Die Zwangsverſteigerungen ländlicher Kleinbeſitze waren in Ägypten ebenſo zahlreich, wie in Indien. Im Jahre 1910 erwirkte die Agricultural Bank gegen 40 000 Schuldner die Zwangsverſteigerung ihres Grundbeſitzes, zumeiſt auf Grund von Anſprüchen von weniger als 1000 Mark. Nun hat zwar Lord Kitchener durch das ſogenannte Fünf Feddan-Geſetz beſtimmt, daß ländlicher Grundbeſitz von weniger als fünf Feddan Flächenraum nicht beliehen werden darf; — der Erfolg war aber das Gegenteil von dem, was Kitchener erwartete: Der Kleinbauer wurde einfach kreditunwürdig, und der illegalen Geſetzesumgehung durch Scheinverkäufe und ähnliche Manöver wurden Tür und Tor geöffnet.

Die ſanitären Verhältniſſe Ägyptens ſind geradezu traurig! Cholera und Peſt fordern auch dort zahlreiche Opfer; die Peſt, die 1853 vollſtändig verſchwunden war, iſt ſeit 1899 wieder endemiſch geworden. Fleckfieber, Bauchtyphus, Blattern, Dyſenterie ſind andauernd. Die Kinderſterblichkeit iſt entſetzlich; obwohl die Mütter ſtets ſelbſt nähren, beträgt ſie im erſten Lebensjahre 30 bis 45 Prozent. Kairo hat von allen Großſtädten die größte Kinderſterblichkeit.

Eine wahre Geißel Ägyptens iſt die ſogenannte ägyptiſche Augenkrankheit. 95 Prozent der Bevölkerung leidet an chroniſchem Trachom, Hunderttauſende erkranken jährlich an Eiterfluß der Augen, die Zahl der Erblindungen iſt enorm. Nach ſtatiſtiſchen Berechnungen des engliſchen Augenarztes Mac Collum gibt es etwa 20 000 Blinde und 400 000 Einäugige in Ägypten, über 5 Prozent der Bevölkerung, gegenüber 0,008 Prozent in Preußen. Bis zum Jahre 1902 tat die Regierung überhaupt nichts zur Bekämpfung der Krankheit; ſeitdem wurden durch private Initiative Sir Erneſt Caſſels (eines gebürtigen Deutſchen) und nach Überwindung großer Widerſtände mit Hilfe eingeborener Notabeln 14 Augenhoſpitäler geſchaffen.

Lepra-Heime ſind in Ägypten unbekannt — 6000 Ausſätzige leben in ungehinderter Vermiſchung mit der übrigen Bevölkerung.

Wie in Indien hat die Regierung auch in Ägypten für den Elementar-

Schulunterricht ſo gut wie gar nichts getan. Von 1000 Eingeborenen konnten im Jahre 1907 nur 88 leſen und ſchreiben! 1873, alſo vor der engliſchen Okkupation, genoſſen 17 Perſonen von 1000 jährlichen Schulunterricht, 1908 nach einem Bericht von Lord Cromer nur 16 ‰ (allerdings von der inzwiſchen geſtiegenen Bevölkerung). Nur 1 Prozent der geſamten Einnahmen wird für Unterrichtszwecke verwendet!

Auch das ägyptiſche Unterrichtsweſen dient nur dazu, eingeborene Beamte für die engliſche Regierung zu erzielen; die Erziehung des Volkes bleibt der Privatinitiative überlaſſen. Nach einem Bericht des Finanzminiſteriums waren 1913 vorhanden: 68 Regierungsſchulen, 132 von den Provinzräten kontrollierte oder unterſtützte Schulen, 167 durch ägyptiſche Wohltätigkeitsgeſellſchaften unterſtützte Schulen, 425 ägyptiſche Privatſchulen und 3694 lediglich aus privaten Mitteln unterhaltene Dorfſchulen.

Ein Schandfleck für die engliſche Verwaltung iſt die zunehmende Unſittlichkeit der weiblichen Bevölkerung. Durch die zwar gut gemeinte, aber gänzlich unvorbereitete Aufhebung der Hausſklaverei wurden Hunderttauſende von weiblichen Sklavinnen, die bisher in den Harems ein ſorgloſes und keineswegs ſchweres Leben geführt hatten, plötzlich auf die Straße geworfen und gezwungen, ſelbſt für ihren Lebensunterhalt zu ſorgen. Iſt es ein Wunder, daß der größte Teil von ihnen der Proſtitution zum Opfer fiel?

Während zur Zeit der ägyptiſchen Selbſtändigkeit die Schulerziehung faſt ausſchließlich koſtenlos war, hat die britiſche Verwaltung überall hohe Schulgelder eingeführt, ſo daß für Minderbemittelte der Schulbeſuch unmöglich wurde.

Bekannt iſt die ungünſtige Wirkung, die der Genuß von Alkohol auf alle primitiven Völker, beſonders auch auf die Neger Afrikas, ausübt. Trotzdem hat ſich die engliſche Kolonialverwaltung nicht geſcheut, in allen Küſtenprovinzen Weſtafrikas die Finanzverwaltung faſt ausſchließlich auf die Alkoholzölle aufzubauen. Eineinhalb Millionen Pfund, alſo über 30 Millionen Mark, nehmen dieſe engliſchen Kolonien alljährlich an Alkoholzöllen ein, und der größte Teil wird von den Eingeborenen verbraucht. Die engliſche Regierung hat ſich nicht entblödet, in dem von ihr beſetzten Teile Togos ebenfalls den Verkauf an die Eingeborenen freizugeben und rühmt ſich ſogar, daß unter ihrer Leitung die Einnahmen geſtiegen ſeien, trotz Abſchaffung der Hüttenſteuer. Wiederholt wurde — unter Hinweis auf die ſchweren Schädigungen, welche die Eingeborenenbevölkerung infolge des Alkoholgenuſſes erfährt — zunehmende Verbrechen, Irr- und Schwachſinnige, abnehmende Geburtenziffer, Zunahme der Sterblichkeit, verminderte Widerſtandsfähigkeit gegen Infektionskrankheiten — beſonders von den eingeborenen Biſchöfen und auch eingeborenen Ärzten ein Verbot, oder wenigſtens Einſchränkung der Alkoholeinfuhr beantragt — alle Anträge wurden von der Kolonialverwaltung abgelehnt.

Zum Schluß noch einige Worte über die Behandlung der Eingeborenen, über Prügelſtrafen und Arbeitszwang. Die engliſche Regierung und Preſſe ſtellen es ſo dar, als ob in allen deutſchen Kolonien Arbeitszwang herrſche und Prügelſtrafen an der Tagesordnung ſeien. Daß ein Arbeitszwang in keiner einzigen deutſchen Kolonie beſteht, iſt oft genug nachgewieſen. Daß in Nigera die Regierung es für ihr gutes Recht hält, die Eingeborenen zwangsweiſe zu öffentlichen Arbeiten heranzuziehen, iſt bewieſen durch Ausführungen des Sekretärs Hazzledime des Gouverneurs Sir F. Lugard von Nord-Nigeria in ſeinem Buche „The White Man in Nigeria“ 1905. Er erklärt darin, die Geſtellung ſolcher Arbeiter durch die Dorfhäuptlinge ſei einfach eine Gegenleiſtung für den Schutz, den die Regierung durch die Verwaltung des Landes gewähre.

Über Zwangsarbeit an der Goldküſte ſchreibt der „Aborigines Friend“ vom März 1898:

> „Die Verordnung über die Zwangsarbeit an der Goldküſte, gegen die die Geſellſchaft zum Schutze der Eingeborenen im vergangenen Jahre vergeblich proteſtierte und die Chamberlain unter dem Vorwande zu entſchuldigen ſuchte, man könne die Zwangsarbeit ‚gerechterweiſe‘ nicht als eine Form der Sklaverei betrachten, da ‚es jetzt ebenſo notwendig ſei, wie zur Zeit der Aſchanti-Expedition, ſich eine große Zahl Träger zu beſchaffen‘, iſt im Dezember d. J. auf eine Dauer von zwölf Monaten verlängert worden.“

Die Prügelſtrafe iſt in allen engliſchen Kolonien geſetzlich erlaubt — aus den engliſchen Gerichtsakten Weſtafrikas würde u. a. feſtzuſtellen ſein, daß z. B. in Nigera ſogar gegen weibliche Gefangene Prügelſtrafen verhängt werden dürfen, was in den deutſchen Kolonien ſtreng unterſagt iſt. Intereſſante Mitteilungen über Anwendung der Prügelſtrafe in Britiſch-Oſtafrika macht der frühere Gouverneur von Deutſch-Oſtafrika, Freiherr von Rechenberg, in dem Buche „Die deutſche Kolonialpolitik vor dem Gerichtshof der Welt“ (Baſel 1918, Verlag Ernſt Finckh). Er ſchreibt:

> „Ich habe ſowohl in Mombaſſa als auch in Nairobbi, als auch in Kiſumu (am Viktoria-See) die Strafbücher mir angeſehen, und ich habe aus denſelben entnommen, daß in Britiſch-Oſtafrika erheblich mehr Prügelſtrafen an Eingeborenen vollzogen wurden, als in deutſchen Bezirken, aber die Prügelſtrafe gilt nicht als eine gerichtliche Strafe, wie in Deutſch-Oſtafrika, ſondern lediglich als eine Polizeimaßregel, welche in der Strafverordnung zwar nicht vorgeſehen iſt, welche aber der betreffende engliſche Beamte kraft ſeiner polizeilichen Gewalt unkontrolliert nach Gutdünken anwenden kann. In Deutſch-Oſtafrika muß er bei der Vollziehung der Prügelſtrafe ſelbſt zugegen ſein, um Mißbräuche zu verhüten. Er muß auch einen Arzneikundigen (Arzt oder Sanitätsbeamten) zuziehen. In Britiſch-Oſtafrika wird ſozuſagen unter der Hand geprügelt. Die Strafliſten brauchen gar nicht eingereicht zu werden, es wird auch gar keine Kontrolle darüber ſeitens des Gouvernements geführt. Im Gegenteil ſcheint dort die Anſchauung zu herrſchen, daß die ſofortige Prügelei ohne jede Aufſicht das einzig richtige ſei. So findet ſich in der dem engliſchen Parlament vorgelegten Denkſchrift über Britiſch-Oſtafrika vom Juli 1908 (Cd 4122), S. 12, Abſ. 2 und 3, die Äußerung eines Pflanzers in

einer Verſammlung in Nairobbi, welcher ausdrücklich erklärt, es wäre das beſte, die eingeborenen Arbeiter, wenn ſie ungenügend arbeiten, mit der Nilpferdpeitſche durchzuprügeln, denn dann wüßten ſie, was ſie erwarte .... Nach dem Protokoll der Verſammlung hat ſich nicht eine Stimme der Mißbilligung erhoben. Seitens der britiſchen Behörde wurde nicht eingeſchritten. Auch das engliſche Parlament hat keinen Anlaß gefunden, der Regierung ein Einſchreiten gegen dieſen Pflanzer, Herrn Swift, nahezulegen ...... Bei dem Farmer Ruſſel Bowker hatten einige Viehdiebſtähle ſtattgefunden. Die Viehdiebe waren aber nicht ermittelt worden. Da rief Bowker im vollen Frieden ſeine Nachbarn zuſammen, überfiel mit ihnen das Eingeborenendorf, brannte es nieder, band den Häuptling an ſeine Steigbügelriemen und verſuchte vergeblich, von ihm durch Schläge und Mißhandlungen ein Geſtändnis zu erpreſſen. Er wurde nicht verhaftet, wohl aber angeklagt und vom Gericht nicht etwa zu einer Freiheitsſtrafe, ſondern zu einer Geldſtrafe von 500 Rupien verurteilt. In Deutſch-Oſtafrika wäre ein derartiger Miſſetäter nach ſeiner Verurteilung aus der Kolonie ausgewieſen worden. In Britiſch-Oſtafrika wurde die Geldſumme durch freiwillige Sammlungen unter den Engländern aufgebracht, ſo daß Bowker gar keinen Schaden erlitt. Ein anderer Engländer, namens Cole, wurde allerdings des Landes verwieſen; dieſer hatte mehrere Eingeborene, denen er unterwegs begegnete und die vor ihm Reißaus nahmen, einfach von hinten erſchoſſen, weil ihm dies Ausreißen verdächtig vorkam. Aber auch in dieſem Falle traten die geſamten engliſchen Pflanzer von Britiſch-Oſtafrika geſchloſſen auf und *verlangten vom Gouverneur die bedingungsloſe Begnadigung des Schuldigen, weil ſeine Intereſſen geſchädigt würden, und die Intereſſen eines Weißen denjenigen des Schwarzen ſtets vorangehen müßten.*”

Ein gewiſſes Kriterium für die Zufriedenheit der Eingeborenen mit der ihnen auferlegten europäiſchen Verwaltung ſind wohl die *Zahl der Aufſtände*. In den deutſchen Kolonien gehören Eingeborenenaufſtände ſeit etwa zwölf Jahren (Niederſchlagung des Eingeborenenaufſtandes in Deutſch-Oſtafrika) zu den ſeltenen Ausnahmen und hatten meiſt nur lokale Bedeutung.

In Britiſch-Oſtafrika war 1906 die Erhebung der Nandi, 1913/14 der Aufſtand der Kismaju, vorher hatte ein Aufſtand der Maſſai, welche die Eiſenbahnſtationen Aſhi überfielen, ſtattgefunden, etwas früher empörte ſich das Hinterland von Malindy wegen übermäßigem Steuerdruck, da die Hüttenſteuer in Britiſch-Oſtafrika faſt das Doppelte der in Deutſch-Oſtafrika erhobenen, der übliche Arbeitslohn aber ſehr viel weniger beträgt. Der Gouverneur von Britiſch-Nyaſſaland, welches an Deutſch-Oſtafrika anſtößt, meldet noch im Februar 1915, alſo während des Weltkrieges, wo in Deutſch-Oſtafrika alle Eingeborenen, die ausgerüſtet werden konnten, auf deutſcher Seite kämpften, daß auf dem Hochplateau von Shire ein Aufſtand ausgebrochen ſei; drei Weiße wären gefallen, einer verwundet, drei Frauen, fünf Kinder wären fortgeſchleppt, aber ſpäter wieder freigelaſſen worden, auch hätte ein Angriff auf das Magazin in Blantyre ſtattgefunden, wobei die Schwarzen Waffen und Munition erbeuteten.”

Die Zufriedenheit der Eingeborenen mit der engliſchen Verwaltung ſcheint danach in verſchiedenen Teilen Afrikas nicht allzu groß zu ſein.

Das Bild, das wir hier haben ſehen können, iſt noch lange kein vollſtändiges — immerhin dürfte es genügen, um den Nachweis zu führen, daß die engliſche

Kolonialverwaltung keineswegs ſo unfehlbar iſt, wie man allgemein annahm und ſie ſelbſt mit Vorliebe verbreitete. Es erſcheint im Gegenteil eher, als ob die deutſche Kolonialverwaltung die Intereſſen der Eingeborenen weit beſſer gewahrt hat und im großen ganzen auch humaner war als die engliſche.

Revolution und Verwaltungsreform

Von Regierungsrat von Haſſell

Vor einer Reihe von Monaten habe ich in den Spalten dieſer Zeitſchrift einige Gedanken zur preußiſchen Verwaltungsreform als Beitrag zu der damals lebhaften Erörterung der wichtigen Frage geliefert. Die Revolution hat inzwiſchen das damals im Bau befindliche Reformwerk unterbrochen. Niemand weiß heute, ob auf der alten Grundlage weiter gebaut werden ſoll, aber jeder iſt wohl überzeugt, daß die Revolution, wenn nicht jene geplante, ſo doch überhaupt eine Reform der preußiſchen Staatsverwaltung im Gefolge haben wird. Hat freilich die Umwälzung, in deren Mitte wir heute noch ſtehen, die Grundlagen des alten preußiſchen Staatslebens erſchüttert, ſo ſind andererſeits eben durch ſie auch eine Reihe von Vorausſetzungen beſeitigt worden, von denen man früher bei Reformplänen ausging. Zwar der eine wichtige Geſichtspunkt, der der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, iſt nicht nur geblieben, ſondern in ſeiner Bedeutung durch den unglücklichen Ausgang des Krieges noch verſtärkt worden. Was über die Ausſchaltung einer Verwaltungsinſtanz (der Regierungen) damals geſagt wurde, behält ſeine Gültigkeit. Aber im übrigen? Es ſieht ſich alles heute doch recht anders an, und ich glaube in der Tat, daß man gut tun wird, an das Werk von vornherein mit einer Reihe anderer, neuer Geſichtspunkte heranzutreten. Dabei ergibt ſich nun die Schwierigkeit, daß wir heute die künftige Entwickelung noch keineswegs klar überſehen und demnach die Richtungspunkte auch einer Verwaltungsreform im gegenwärtigen Augenblicke jedenfalls noch nicht im einzelnen beſtimmen können. Gerade wenn man alſo den ehrlichen und feſten Willen hat, die preußiſche Verwaltung zu reformieren, wird man bei dieſer Sachlage im Intereſſe eben dieſer Reform nicht wie bisher auf äußerſte Beſchleunigung drängen, ſondern im Gegenteil davor warnen müſſen, im grellen, ungewiſſen Lichte der Revolutionsbrände übereilte Entſcheidungen zu treffen. Auf der anderen Seite läßt ſich, wie immer auch der Ablauf der weiteren Geſchehniſſe ſein mag, doch wohl als eine grundlegende Tatſache ſchon heute die herausſchälen, daß der alte preußiſche Obrigkeitsſtaat in der Geſtalt der Zeit vor dem 9. November nicht wieder auferſtehen wird. Iſt das der Fall, dann verſchiebt ſich ganz unabhängig vom politiſchen Standpunkte das Bild inſofern völlig, als das Ziel einer Reform auch für den Demokraten radikalſter Richtung jedenfalls nicht mehr die Beſeitigung der Nachteile ſein kann, die ſich aus der beſonderen Färbung des preußiſchen Obrigkeitsſtaates angeblich oder wirklich ergeben haben. *Dieſe* Nachteile werden über kurz oder lang endgültig der Vergangenheit angehören. Auf ihre Ausrottung gewaltige Anſtrengung zu verwenden, iſt vollſtändig überflüſſig. Heute wird es für jeden, der überhaupt Verſtändnis für die Bedeutung eines geſunden, ſtarken und geordneten Staatsweſens hat, darauf ankommen, ſich ohne Vorurteil über die gewaltigen Leiſtungen klar zu werden, die der alte Verwaltungsapparat trotz ſeiner Mängel aufzuweiſen hatte, und auf Mittel und Wege zu ſinnen, wie das Wertvolle dieſer Organiſation trotz der Umwälzung wenigſtens teilweiſe erhalten werden kann. Es wird in demſelben Sinne nötig ſein, mit größter Aufmerkſamkeit die ungünſtigen Ergebniſſe zu beachten, welche die parlamentariſche Demokratie für die Verwaltung faſt naturnotwendig zu zeitigen ſcheint, und zu überlegen, welche Maßnahmen getroffen werden können, um ſolcher Entwicklung vorzubeugen.

Ich perſönlich habe noch nicht den Glauben verloren, daß wir Deutſche, wenn nicht heute, ſo doch im Laufe der Zeit, einen Weg finden werden, der uns vor ſklaviſcher Nachahmung weſtlicher Muſterdemokratien bewahrt und in Entwicklung unſeres eigenen Weſens zu neuen Formen wahrhaft fortgeſchrittener Staatseinrichtung gelangen läßt. Ich möchte in dieſem Zuſammenhange nicht unterlaſſen, auf den Aufſatz des ſozialiſtiſchen Staatsſekretärs Dr. Auguſt Müller „Randgloſſen zum parlamentariſchen Syſtem" in Schmollers Jahrbuch, Bd. 42, Heft 1, zu verweiſen. Auf das hier zur Erörterung ſtehende Gebiet der Verwaltung angewandt, finde ich die Grundſätze, die meines Erachtens in den Vordergrund zu ſtellen ſein werden, in drei Richtungspunkten.

Die *erſte Vorausſetzung* einer geſunden Verwaltung ſcheint mir in der Schaffung einer *ſtarken Exekutive* zu liegen, die von der parlamentariſchen Mehrheit nicht unmittelbar abhängig iſt. Zwar iſt in den Vereinigten Staaten bekanntlich trotz ſolcher machtvollen Exekutivgewalt die Verwaltung nicht jenen dauernden Erſchütterungen entrückt, welche in parlamentariſchen Demokratien die Stetigkeit und Sachlichkeit des Verwaltungsapparates ſchwer beeinträchtigen. Ich möchte aber vorläufig noch hoffen, daß es möglich ſein ſollte, die Einrichtungen unſerer Staatsverwaltung, mögen ſie durch den Fortfall ihrer hiſtoriſchen Eigentümlichkeiten noch ſo tief erſchüttert ſein, inſoweit herüberzuretten, daß ſie in Verbindung mit einer ſtarken, vom Parlament verhältnismäßig unabhängigen Staatsgewalt wechſelnden Mehrheiten zum Trotze eine einigermaßen ſtetig und ſachlich arbeitende Verwaltung gewährleiſten. Ohne ſolche Exekutive wird der völligen Auslieferung der Verwaltung an den Parteigeiſt ſchwerlich erfolgreicher Widerſtand geleiſtet werden können. In Verbindung mit der ſtarken Exekutive muß ſodann das größte Gewicht darauf gelegt werden, daß das Beamtentum auch weiterhin grundſätzlich auf der Vorausſetzung *geſetzlich feſtgelegter Vorbildungsbedingungen* aufgebaut wird. Früher konnte man das Augenmerk bei Reformbeſtrebungen mehr darauf lenken, dem ſtarren Aſſeſſorismus und ähnlichen Erſcheinungen durch erleichterte Zulaſſung ſonſt bewährter oder geeigneter Elemente zu Beamtenſtellungen zu Leibe zu gehen. Heute liegt die Gefahr weit mehr in umgekehrter Richtung: in der Beſetzung der Poſten mit ſachlich unzureichenden Perſönlichkeiten, deren Qualifikation entweder in einer beſtimmten Parteifarbe oder in geleiſteten perſönlichen Gefälligkeiten beſteht. Werden hier nicht zwar weiſe und weit gezogene, aber feſte und unüberſteigbare Schranken errichtet, ſo iſt der Ruin der Verwaltung unvermeidlich.

Inwieweit ein Optimismus in bezug auf die künftige Geſtaltung des Beamtentums berechtigt iſt, muß auch bei Vorhandenſein jener Exekutive und ſcharfer Vorbildungsſtimmungen zweifelhaft bleiben. Um ſo wichtiger iſt als weiterer Grundſatz der Verwaltungsreform die Kräftigung und der Ausbau der örtlichen Selbſtverwaltung. Die in gewiſſem Umfange jedenfalls unvermeidliche Beeinträchtigung des Charakters der Staatsverwaltung durch die angedeutete Entwicklung läßt die Notwendigkeit einer rein ſachlich arbeitenden Selbſtverwaltung in erhöhtem Grade hervortreten. Als weiterer Grund wirkt in derſelben Richtung die augenſcheinlich bevorſtehende weitere Entwicklung in der Richtung des Einheitsſtaates, die es erforderlich macht, undeutſche und lebentötende völlige Zentraliſierung durch Lebendighaltung der Selbſtverwaltungskörper zu verhindern. Über die Notwendigkeit frei ſich entwickelnder Selbſtverwaltung der Städte beſteht nirgends ein Zweifel. Aber gerade in dem hier beſprochenen Zuſammenhange gewinnen beſondere Bedeutung die Gebietskörperſchaften der Provinzen und Kreiſe. Es wäre vom Standpunkte des Staatsintereſſes kaum ein größeres Verbrechen denkbar, als die lebensfähigen und zukunftsreichen Gebilde, die hier gerade in Preußen emporgewachſen ſind, umzuwerfen oder in ihrer Entwicklung zu beeinträchtigen. Die große Bedeutung, die in der Tatſache liegt, daß ſie Stadt und Land zu wirkſamer Gemeinwirtſchaft und Kulturpflege zuſammenfaſſen, kann nie genug unterſtrichen werden. Eine doktrinäre parlamentariſche Demokratie iſt ihnen (wie auch freien Städten) nicht günſtig, ſie bevorzugt das Präfektenſyſtem; um ſo lebhafter ſollten die Anſtrengungen aller ſachlich Denkenden ſein, für die freie Selbſtverwaltung einzutreten, denn wenn ein Präfektenſyſtem ſchon bedenklich iſt in einer ſtarken Monarchie, um wieviel mehr in einer parlamentariſchen Demokratie mit ſchwankenden Mehrheiten. Nun wird freilich der Wert der Selbſtverwaltung gemindert, wenn die Parteipolitik in ſie eindringt, wie das bei Einführung radikaler Wahlrechte unvermeidlich iſt. Möge die preußiſche Landesverſammlung wenigſtens die gröbſten Unzuträglichkeiten noch beſeitigen, die eine mechaniſche Übertragung politiſcher Wahlrechtsgrundſätze in Kreis und Provinz anzurichten droht!

Von erheblicher Bedeutung iſt in dieſem Zuſammenhange die Frage, ob es zweckmäßig ſein würde, der geſteigerten Bedeutung der Selbſtverwaltung im Kreiſe durch Kommunaliſierung des Landratsamts Rechnung zu tragen. Bekanntlich war der Landrat bisher ernannter Staatsbeamter. Im alten Obrigkeitsſtaat war dieſe Verbindung von Selbſtverwaltung und Staatsverwaltung in einer Perſon wohl zu begründen und hat Gutes gewirkt. Man kann zweifeln, ob die Frage heute ſchon ſpruchreif iſt. Mir perſönlich ſcheint viel dafür zu ſprechen, die freie Wahl des Landrats einzuführen; die Gründe ſind z. B. vom Landrat von Borries*) ſehr einleuchtend dargelegt worden. Auf die Dauer wird dieſe Entwicklung ſchwerlich aufzuhalten ſein, und ſie wird einem parteipolitiſch orientierten, innerlich toten Präfektenſyſtem weitaus vorzuziehen ſein. Manchen weitgehenden Vorſchlägen entſprechend, auch auf provinzielle Staatsbehörden der allgemeinen Verwaltung zu verzichten und die Provinzialbehörde gleichfalls völlig zu kommunaliſieren, will mir dagegen im Intereſſe des Zuſammenhalts des Staates ſehr bedenklich erſcheinen. Auf die Wahrung der allgemein-ſtaatlichen Geſichtspunkte gegenüber den regionalen Intereſſen durch ſtaatliche Provinzialbehörden kann nicht verzichtet werden.

Ein letzter Geſichtspunkt, der meines Erachtens bei der Verwaltungsreform nicht überſehen werden ſollte, iſt die Einordnung der wirtſchaftlichen Selbſtverwaltung in das Syſtem der Staatsverwaltung. Die unzweckmäßige Art, in der der Staat zu den wirtſchaftlichen Fragen Stellung nahm, iſt ſicherlich ein Fehler des vergangenen Syſtems geweſen. Das gilt von Geſetzgebung und Verwaltung. Die Politik wurde durch wirtſchaftliche Geſichtspunkte verfälſcht und die Wirtſchaft litt unter parteipolitiſcher, beziehungsweiſe bürokratiſcher Behandlung ihrer Intereſſen. Wie nach meiner Überzeugung der Parlamentarismus ergänzt, vielleicht auch einmal umgewandelt werden muß durch Einfügung von Geſetzgebungsorganen wirtſchaftlicher Zuſammenſetzung, ſo bedarf die Verwaltung der Ergänzung durch die Selbſtverwaltung wirtſchaftlicher Körperſchaften. Ich denke dabei an einen organiſch zu entwickelnden Aufbau von Arbeits- oder Intereſſengemeinſchaften, deren Anſätze ſich heute ſchon zeigen, Vereinigungen, Verbänden, Genoſſenſchaften, die durch Herausarbeitung der für Unternehmer, Angeſtellte und Arbeiter gemeinſamen Intereſſen des Wirtſchaftszweiges den Klaſſenkampf eindämmen, durch die Selbſtverwaltung ihrer Angelegenheit die Bürokratie beraten oder entlaſten und den Unterbau bilden für zentrale Körperſchaften mit entſprechenden wirtſchaftlichen und politiſchen Aufgaben. Der Gedanke der Räte, der heute ein Klaſſengedanke iſt, muß überwunden oder entwickelt werden durch den Gedanken ſolcher wirtſchaftlichen Organiſation.

Die Revolution hat den Obrigkeitsſtaat überwunden, jetzt gilt es, die Revolution durch den organiſchen Neuaufbau des Staatsweſens zu überwinden. Hierzu beizutragen, muß auch das Ziel der Verwaltungsreform ſein.

---

*) Roter Tag vom 6. d. M. (Nr. 48).

Das Problem „Groß-Hamburg“

Von Rudolf Michael

Von allen partikularpolitiſchen Problemen, die die demokratiſche Neuorientierung des Reiches neu aufgeworfen oder doch gefördert hat, ſteht das Problem Groß-Hamburg in vorderſter Linie. Es iſt eine Lungenkrankheit des Reiches. Nirgends iſt die Verquickung partikularer (hamburgiſcher) Intereſſen und zentraler (Reichs-) Anforderungen ſo eng wie hier an der nordweſtlichſten deutſchen Weltverkehrsſtraße. Das iſt ein Werk des Krieges. Hamburgs Leid war des Reiches Leid. Und die Not war in Hamburg nicht weniger hart als in irgendeinem anderen Winkel des Reiches. Es iſt das Problem der Arbeitsfähigkeit Hamburgs. Und dieſe Arbeit iſt die Grundlage für jeden innerdeutſchen wirtſchaftlichen Wiederaufbau. Vor dem Kriege war die brennende Frage einer territorialen Erweiterung Hamburgs kleinlicher Zänkerei zwiſchen dem großen Preußen und dem kleinen ſelbſtbewußten Hamburg überlaſſen. Sichtbare Früchte haben dieſe jahrelangen Verhandlungen nicht getragen. Das Reich hatte kein verfaſſungsmäßiges Recht, von ſich aus in dieſe Zwieſprache einzugreifen. Heute nach dem Zuſammenbruch der alten Verfaſſung iſt nicht nur der moraliſche Anſpruch ſelbſtherrlich in den Vordergrund gerückt, ſondern nach einem zwar unverbindlichen Verfaſſungsentwurf der proviſoriſchen Reichsregierung ſoll das Reich auch einen verfaſſungsmäßigen Anſpruch haben, ſeine moraliſchen Rechte in partikularen Dingen mit dem ganzen Gewicht ſeiner Stimme geltend zu machen. Alſo politiſch, wirtſchaftlich, moraliſch, verfaſſungsmäßig, wie man es auch ſehen mag, ein Problem der Reichspolitik. Ein Problem, in dem es ſich für das Reich darum handelt, über eine reine Vermittlertätigkeit hinaus mit Hamburg und Preußen gemeinſam die Richtlinien einer kommenden Wirtſchaftsentwicklung zu zeichnen und feſtzulegen.

Hamburg, die Großſtadt im Zwergſtaat, ſteht am Rande ſeiner räumlichen Ausdehnungsmöglichkeit. An allen Enden des wunderlich mittelalterlich geformten Staatsgebietes drückt es gegen die Grenzen. Ja, es hat ſeit Jahren als wirtſchaftlicher Unternehmer und als philantropiſcher Gründer ſchon weit auf preußiſches Staatsgebiet übergegriffen, wo es ſich ſelbſt gar nicht mehr politiſchen Schutz gewähren kann. Verkehrsmittel, Wohlfahrtseinrichtungen, Friedhöfe und Induſtrien liegen geſtaffelt im preußiſchen Vorgelände und betrachten ſich doch als zugehörig zum hamburgiſchen Staatsweſen. Beſonders auffällig und widerſinnig iſt dieſe Erſcheinung ſüdlich Hamburgs auf dem Gebiet zwiſchen den beiden Elbarmen, wo ſich eine zukunftsfrohe Induſtrie auf preußiſchem Boden angebaut hat, die aber alle ihre treibenden Säfte, Kapital, Rohſtoffe, Unternehmer und Arbeiter, aus dem nahen Hamburger Hafen zieht. Dadurch iſt der Hafen beengt in ſeiner Ausdehnung. Er ſteht vor der Alternative, entweder preußiſches Gebiet ſich einzuverleiben, oder aber ſich auf hamburgiſchem Boden in einer Richtung zu entwickeln, die weder billig noch nützlich iſt. Und dies iſt der Angelpunkt, von dem aus das zunächſt rein hamburgiſche Problem übergreift auf Reichsintereſſen. Die Konkurrenzfähigkeit Hamburgs mit dem Ausland hängt weſentlich von dem geſchickten Ausbau ſeiner Häfen ab. Die Konkurrenz iſt hart. Schon vor dem Kriege war Antwerpen uns nahe auf dem Leib. Wird darum die territoriale Neugeſtaltung Hamburgs jetzt durch den politiſchen Wiederaufbau Deutſchlands nicht großzügig und rückſichtslos gelöſt, ſo verarmt Hamburg und hungert das Reich. Die wirtſchaftlichen Feſſeln, die die ſiegreiche Entente dem Hamburger Ein- und Ausfuhrhandel anlegt, ſind ſchwer genug. Sie abzuſtreifen und zu überwinden, den Vorſprung feindlicher und neutraler Häfen baldmöglichſt wieder einzuholen, bedarf es einer geradezu raffinierten Hamburger Handels- und Wirtſchaftspolitik. Innere Reibungen und Beſchränkungen gefährden unmittelbar den wirtſchaftlichen Wiederaufbau des Reiches im ganzen. Und hier wolle man auch einen anderen Gedankengang nicht außer acht laſſen. Hamburg iſt der Repräſentant, gewiſſermaßen der Spiegel aller innerdeutſchen wirtſchaftlichen Verhältniſſe für das Ausland. Von der Großzügigkeit und der Zuverſicht, mit der Hamburg an den Wiederaufbau ſeines geſchwächten Lebens geht, wird das Zutrauen und das Werturteil abhängen, die das Ausland über Deutſchland als wirtſchaftlichen Mitarbeiter am Welthandel aufbringt. Auslandskredit und Valutabeſſerung ſind die beiden ſichtbarſten Zeichen, durch die das Problem Groß-Hamburg auf das ganze Reich wirkt. Hamburgs Stärke oder Ohnmacht ſind zwei Poſten, die in der großen reichsdeutſchen Wirtſchaftsrechnung an oberſter Stelle ſtehen.

Die Vorſchläge, die in letzter Zeit in Hamburg oder im Reiche, aus privatem oder aus amtlichem Munde zur Frage eines größeren Hamburg aufgetaucht ſind, ſtehen zu drei Vierteln in einem ſchiefen Winkel zu dieſer Lebensfrage. Der maßgebende Geſichtspunkt iſt der, daß in der ſtrengſten Anklammerung an das wahre hamburgiſche Intereſſe die ſorgſamſte Erfüllung aller Reichswünſche miteinbegriffen iſt. Dieſe Intereſſeneinheit iſt immer wieder der Ausgangspunkt für jeden Verſuch der Löſung. Darum kann es weder dem Reich noch Hamburg frommen, wenn Hamburg zum Mittelpunkt einer großen nordweſtdeutſchen oder niederſächſiſchen Einheits- oder Bundesrepublik gemacht wird. Hamburg iſt in ſeinem Handel, in ſeiner Vermittlerſtellung zwiſchen Heimat und Ausland feſt verankert, jede ſcheinbar noch ſo großzügige territoriale Löſung kettet Land an Hamburg, das ſeine Kraft zerſplittern muß. Die in jahrhundertelanger Arbeit gewonnene wirtſchaftliche Grundlage Hamburgs würde dann plötzlich auf den Kopf geſtellt, einem falſch verſtandenen hamburgiſchen Imperialismus zuliebe. Die hamburgiſche Großmachtsſtellung ruht auf dem Imperialismus der Arbeit. Jede andere Löſung iſt ein Verſuch am untauglichen Objekt. Ebenſofern liegen dem wohlverſtandenen hamburgiſchen Intereſſe die Löſungen, die auf eine Erweiterung eines Selbſtverwaltungsbezirks Hamburg im Rahmen einer größeren unitariſchen Staatsverfaſſung hinausgehen. Die Vereinigung von wirtſchaftlicher und politiſcher Macht in einer Hand iſt das aus der Geſchichte gewonnene Erbe Hamburgs. Zu ſtaatlichen Experimenten iſt wahrhaftig die Zeit zu ernſt und hart. Und die jahrhundertelang gewachſenen und in ſich ſtabilierten wirtſchaftlichen Kräfte hat auch die Revolution zu reſpektieren. Nein, es handelt ſich kurz und gut um eine politiſche Erweiterung des Staates Hamburg, die ſich durch die wirtſchaftlichen Bedürfniſſe orientieren läßt. Zwiſchen falſch verſtandener Großzügigkeit und ängſtlicher Anklammerung an das Gewordene liegt die nützliche Löſung gerade in der Mitte.

Der wirtſchaftlichen Idee als dem Mittelpunkte jeder großhamburgiſchen Erörterung entſpricht in territorialer Hinſicht die zentrale Lage des Elbſtroms, der für Hamburg die Quelle aller Wohlfahrt, aber auch aller Arbeit war und immer bleiben muß. Nur von der Elbe aus als dem alleinigen Träger aller wirtſchaftlichen Kraftentfaltung kann das neue Groß-Hamburg organiſch herausgebildet werden, wenn es wirklich eine Einheit bleiben ſoll. Es iſt ein uraltes moraliſches Gewohnheitsrecht, das hier geltend gemacht wird, wenn gefordert wird, daß die Elbe von der Mündung bis zum alten Hamburger Hafen den erſten und wichtigſten Beſtandteil des neuen hamburgiſchen Staates bilden ſoll. Aber der Strom an ſich kann nicht genügen. Er iſt wohl die Lebensader, die Hauptverkehrsſtraße, er kann aber nicht der einzige Gegenſtand einer politiſchen Neubildung ſein. Zu dem Strom gehört auf beiden Ufern ein Gebiet, das ſich von dem Strom aus leicht und ſicher wirtſchaftlich beherrſchen läßt. Unter wirtſchaftlicher Beherrſchung verſtehe ich hier die Möglichkeit, das Land den Bedürfniſſen und Aufgaben des Stromes dienſtbar zu machen. Die beiden Ufergebiete müſſen ſelbſtändige Gebilde ſein, d. h. ſie dürfen nicht zu ſchmal ſein und nicht willenlos an den Strom gebunden, und ſie dürfen nicht zu groß ſein, ſo daß es dem Strom unmöglich iſt, ſie mit ſeiner Arbeit ganz zu erfaſſen. Dazu gehört im beſonderen: Sie dürfen nicht auf den Strom als die einzige Verkehrsſtraße angewieſen ſein, ſondern müſſen eigene Verkehrswege (Eiſenbahnen) haben, die den Strom entlaſten können. Der Umſchlag der Auslandsgüter vom Strom auf die Eiſenbahn muß an mehreren dazu geeigneten Stellen geſchehen können. Die Ausbreitung einer ſtarken Induſtrie, die ſich vom Handel nährt, darf nicht beengt ſein. Für die Betätigung einer großzügigen Arbeiterſiedlungspolitik muß Raum und Luft da ſein. Neue Fiſchereihäfen, Güterumgehungsbahnen, Binnenſchiffahrtsanlagen ſind die unmittelbaren Folgen einer ſolchen großhamburgiſchen Handelspolitik, die den Elbeſtrom als ihren ideellen und territorialen Mittelpunkt anſieht. Und dieſer Gedankengang in ein praktiſch-politiſches Programm getan, bedeutet, daß Hamburg durch die Einverleibung der Elbe in ſein Hoheitsgebiet gewiſſermaßen aus dem Binnenland an das Meer gerückt wird. Es rückt dem Meere auf den Leib. Vorpoſten des Hamburger Hafens, die etwa in Cuxhaven, Freiburg oder Brunsbüttel zu errichten wären, würden einen Teil der Arbeit dem alten Hamburger Hafen abnehmen, würden den gewaltigen Maſſenbetrieb entſprechend der Qualität und der Verwendung der ein- und auslaufenden Güter in geſunder Weiſe dezentraliſieren und würden den ganzen Strom von der Mündung bis nach Hamburg zum eigentlichen Träger aller Arbeit machen. Hamburgs Konkurrenzfähigkeit mit den neutralen und feindlichen Häfen ſteht auf dem Spiele, da kann es nur wünſchenswert ſein, wenn ein Mangel in Hamburgs geographiſcher Lage ſo tief vom Meere ab ſich großzügig beheben läßt. Das territoriale Bild Groß-Hamburgs, das ſich hiernach ergeben würde, umfaßt auf dem Südufer der Elbe den Streifen zwiſchen Strom und Bahn Cuxhaven—Harburg, notwendig über dieſe Bahn noch ein wenig übergreifend, und auf dem Nordufer die Kreiſe um Elmshorn und Pinneberg und das Land Dithmarſchen im Winkel von Strom und Küſte. Dieſes Gebiet würde in wirtſchaftlicher Hinſicht von jeder Seite aus betrachtet eine Einheit bilden. Verkehr und Handel, Siedlung und Induſtrie laſſen ſich unter einem großen einheitlichen Prinzip theoretiſch erfaſſen und praktiſch in die Tat umſetzen. Inſofern iſt der Staat Groß-Hamburg kein Revolutionsgebilde, ſondern ein organiſches Produkt einer jahrhundertealten Entwicklung.

Wenn auch der großhamburgiſche Staat eine wirtſchaftlich orientierte Umbildung iſt, ſo kann ſie doch der politiſchen und kulturellen Behelfe und Umſtände nicht entraten, ſie müßte zugrunde gehen, wenn dieſe ihr zuwider wären, und ſie kann ein größeres Recht geltend machen, wenn ſie ſich auch kulturell und politiſch als notwendig erweiſt. Von der politiſchen Verfaſſung des neuen Groß-Hamburg iſt hier nicht der Raum, breit und ausführlich zu ſprechen. In ihr iſt das Problem zu löſen, wie ſich im Rahmen allgemeiner demokratiſcher Richtlinien, die von der Revolution oder dem Reich diktiert werden, hanſeatiſcher Geiſt betätigen und auswirken kann. Von größerem Intereſſe iſt es, zu ſehen, daß dies neue großhamburgiſche Staatsgebilde auch in kultureller Hinſicht aus einem Holz iſt. Es iſt altes niederſächſiſches Stammesland, das von Hamburg nur durch eine lange politiſche Gewöhnung, nicht aber durch Differenziertheit der Sprache und Sitte und Denkweiſe getrennt iſt. Bedenklich erſcheint nur die Lostrennung gewiſſer Teile des alten Holſteiner und Welfenlandes und ihre Verbindung mit Hamburg im Sinne einer einheitlichen politiſchen Zuſammenfaſſung des ganzen Niederſachſenlandes. Mit der Gründung einer großholſteiniſchen Partei nördlich und einem Anſchwellen der welfiſchen Wählerſtimmen ſüdlich der Elbe wird wohl zu rechnen ſein. Aber ſchließlich kommt das alte Stammesland ja nicht in ſchlechte Hände. Hamburg iſt ſeit langem Sitz und Mittelpunkt aller Beſtrebungen, die auf Erhaltung und Förderung der Stammesart abzielen. Die wirtſchaftliche Geſundheit Hamburgs und damit des Reichs und aller ſeiner Glieder (Holſtein und Hannover miteingeſchloſſen) ſteht obenan. Und wie nach dem § 5 des neuen demokratiſchen Verfaſſungsentwurfs Reichsrecht Landesrecht brechen ſoll in allen Fällen, ſo bricht auch Reichsintereſſe Landesintereſſe nach einem höheren, wenn auch ungeſchriebenen Paragraphen. Kulturpolitiſche Aufklärung muß engherziger parteipolitiſcher Verhetzung zuvor den Boden entziehen. Die Intereſſen des geſamten Niederſachſenlandes laſſen ſich in die Hände eines großen niederdeutſchen Kulturzweckverbandes legen, der über alle politiſchen Grenzen hinweg die verſchiedenen Stammesteile einheitlich zuſammenfaſſen müßte. Sprache und Sitte und Kirche und Schule und Verwaltung als gärenden Sauerteig der uniformen demokratiſchen Verfaſſung niederdeutſches Kulturgewiſſen einzuimpfen, müßte ſeine edelſte Aufgabe ſein.

Das ſind die Richtlinien für die politiſche Neuformung des großhamburgiſchen Staatsweſens, wie es im ureigenſten Intereſſe des Reiches und aller ſeiner Glieder verſtanden werden muß. Auf wirtſchaftlichem Ideenboden aufgebaut, erfaßt es alle Fragen zukünftiger Verkehrs-, Siedlungs-, Induſtrie-, Verwaltungs- und Kulturpolitik und lebt nur in dem einen Gedanken, dem wirtſchaftlich gedrückten Deutſchtum wieder auf die Beine zu helfen, das von einer weltſchmerzlichen Reſignation auf rein geiſtige Probleme nicht leben kann

Von Staatsregie, Sozialiſierung und anderem

Von Profeſſor Dr. Franz Eulenburg (Aachen).

II.

Es ſind die Grundſätze der rationellen wiſſenſchaftlichen Betriebsführung, die auf allen Gebieten zum Durchbruch gelangen müſſen. Rationell-wiſſenſchaftlich inſofern, als nicht die bloße Gewohnheit, ſondern die Überlegung, die Abwägung des Weges und der zweckmäßigen Mittel nach wiſſenſchaftlichen Grundſätzen, die Richtſchnur bildet. Auf einem einzelnen Gebiet hat der Amerikaner Taylor den Gedanken zur Anwendung gebracht. Er wird aber künftig überhaupt die geſamte Wirtſchaftführung zu charakteriſieren haben. Dieſer Gedanken der Rationaliſierung, den ich in einer Abhandlung „Neue Wege der Wirtſchaft", (Leipzig, Neuer-Geiſt-Verlag, 1918) näher ausgeführt habe, ſoll in aller Kürze geſtreift werden.

Solche Rationaliſierung wird zunächſt ſchon wegen der geſtiegenen Arbeitslöhne durch eine weitere Mechaniſierung des Arbeitsprozeſſes zu geſchehen haben. Daß das noch in ſehr weitem Maße möglich iſt, erſehen wir aus dem amerikaniſchen Beiſpiel. Hand in Hand damit wird der Gedanke der Normaliſierung gehen. Wir litten in Deutſchland geradezu an einem Übermaß von Formen und Muſtern. Jeder Fabrikant legte ein Gewicht darauf, abweichende Muſter in Größe und Ausſtattung auf den Markt zu bringen. Alle Wünſche der Beſteller wurden erfüllt. Es koſtet natürlich außerordentlich viel an Arbeit und Aufwand, wenn für jeden Auftrag eine beſondere Zeichnung und beſonderes

Modell hergeſtellt werden muß, wie es bislang zum guten Teil der Fall war. Aber gewiſſe Maſchinenteile, Kurbeln, Schrauben, Keile, Räder laſſen ſich ohne Not ſehr wohl „normaliſieren“ und auf wenige Formen zurückbringen. Es war geradezu erſtaunlich, was bisher an Abweichungen und Verſchiedenheiten darin geleiſtet wurde. Allerdings betrifft das vor allem die einzelnen Teile der Betriebsmittel. Es können aber auch die Muſter der Maſchinen und einzelne Gebrauchsgegenſtände ſelbſt dem folgen. Ich erinnere an die Glühbirne, an die photographiſchen Platten, an die Luftpumpen und verſchiedenes anderes, wo ſich bereits beſtimmte Größenmaße und Formen einheitlich durchgeſetzt haben, obwohl das anfangs genug Mühe gekoſtet hat. Aber auch in der Kleidung, in Geräten, den Haushaltungsgegenſtänden iſt eine ſolche Vereinfachung möglich. Fenſter und Türen, Küchenmöbel und Handwerkzeug laſſen ſich auf wenige Formen beſchränken. Für Nouveautéartikel in Seide wurde bislang allein ein Drittel auf die Ausmuſterung verwandt, ſie kommen alſo überhaupt nicht zur Verwendung in den Gebrauch. Hier vermag eine Verabredung unter den Produzenten Wandel zu ſchaffen. Der Normenausſchuß der deutſchen Induſtrie (D. J. N.) hat hierin Schritte eingeleitet. Allerdings wird dadurch der Wettbewerb, der zum Teil gerade jene Mannigfaltigkeit der Formen hervorgerufen hat, umgeſtaltet und durch Vereinbarungen über Herſtellung gleicher und ähnlicher Muſter erſetzt. Dafür wird die Erſparnis ſo außerordentlich groß, daß die Qualität verbeſſert werden kann.

Naturgemäß geht die Normaliſierung Hand in Hand mit einer Automaliſierung und Spezialiſierung der Herſtellung ſelbſt. Erſt dadurch, daß die Zahl der Muſter und Formen vereinfacht wird, kann auch die mechaniſche Bearbeitung Platz greifen; eine weitere Spezialiſierung der Betriebe iſt die Folge. Die Einſtellung von Revolverbänken beiſpielsweiſe hat Gleichmäßigkeit der Stücke zur Vorausſetzung. Dieſe läßt ſich aber erſt durch Maſſenfabrikation im Großen herſtellen. Bezieht ſich die Normaliſierung in erſter Linie auf die Produktionsmittel, ſo werden natürlich davon auch die Gebrauchsgegenſtände ergriffen. Auch ſie werden mit zunehmendem Maße durch automatiſierte und ſpezialiſierte Herſtellung geſchaffen werden. Auf dieſe Weiſe und auf dieſe Weiſe allein wird man am eheſten eine Verbrauchsbeſchränkung in die Wege zu leiten vermögen, auf die von mancher Seite (Rathenau) ſo großes Gewicht gelegt wird. Vereinfachung im Hausgerät und in der Kleidung wie im Wohnbau (Reihen- und Typenhäuſer) bedeutet Erſparnis an Kraft und Koſten, die nun für andere Zwecke frei werden, bedeutet damit Erhöhung der volkswirtſchaftlichen Produktion.

Erſparnis an Stoff und Material bildet die Gegenſeite der Normaliſierung der Formen. Auch hier wurde ehedem noch ſehr verſchwenderiſch umgegangen, weil wir gleichſam aus dem Vollen wirtſchafteten. Eine rationelle Abfallwirtſchaft beſteht erſt in den Anfängen. Sie muß im Haushalt beginnen und ſich auf alle Betriebe fortpflanzen. Der Verbrauch von Öl und Schmiermitteln war beiſpielsweiſe vordem in ganz unökonomiſcher Weiſe vonſtatten gegangen, weil es darauf nicht groß anzukommen ſchien. Nicht minder der Verbrauch von Kohle. Unſere Feuerungsanlagen in den Wohnungen ſind unpraktiſch angebracht und verſchlingen weit mehr als nötig; ebenſo noch mannigfache Betriebe der Induſtrie. Die Benutzung der Abwärme iſt kaum irgendwo ſyſtematiſch in Angriff genommen, obwohl das ſtädtiſche Zuſammenwohnen direkt dazu anreizen ſollte. Erſt ſpät hat man gelernt, die Gichtgaſe aufzufangen und zu verwerten. Wieviel Dampf geht noch in der Eiſenbahn ganz nutzlos zugrunde? Man hat berechnet, daß bei beſſerer Kohlenökonomie in Deutſchland ⅛ Milliarde geſpart werden könnte. Wird doch beim Hausbrand nur 8. v. H. des wirklichen Wertes in Wärme verwandelt. Die Umwandlung der Braunkohle in elektriſche Energie und die Fortleitung an die Stelle des Gebrauches verſpricht ganz neue Ausſichten an Erſparnis. Der Kohlentransport koſtet nicht nur an ſich, ſondern iſt auch darum unrationell, weil auf dieſe Weiſe viele Nutzungswerte und Heizkraft durch Zerkleinern der Kohle vernichtet wird, der an Ort und Stelle volle Verwendung finden könnte. Der neue Gedanke der Kohlenverbrennung bedeutet eine völlige Umgeſtaltung unſerer Kraft- und Stoffverſorgung.

Aber auch ſchon die Auswahl der Stoffe ſelbſt geſchieht keineswegs nach rationellen Geſichtspunkten. Es iſt meiſt reiner Zufall, was der einzelne Produzent an Stoffen bezieht; teils beruht es auf alter Gewohnheit ſeiner Bezugsquellen. Eine ſo ungemein wichtige Frage wie der Kohleneinkauf iſt heute keineswegs unter rationellen Geſichtspunkten geregelt, ſondern geſchieht noch rein willkürlich. Obwohl es natürlich ſeit langem bekannt und wiſſenſchaftlich unterſucht iſt, daß jede Kohle ihre beſondere Heizkraft und beſte Verwendungsart beſitzt, geſchieht der Einkauf keineswegs nach dieſen Grundſätzen. Es wären lokale Einkaufsſtellen zu ſchaffen; der Handel könnte die Sache in die Hand nehmen und ſich wiſſenſchaftlicher Methoden beim Einkauf und Abſatz bedienen. Dasſelbe gilt auch von anderen Stoffen, dem Eiſen, den Textilfaſern, dem Sande, den Baumaterialien u. a. m. Auch hier wird noch mit rein empiriſchen Verfahren und Fauſtformeln gearbeitet, ſtatt mit eigentlich wiſſenſchaftlichen Unterſuchungsmethoden. Die Gründung von Forſchungsinſtituten für Kohle, Eiſen, Textilien werden Abhilfe zu ſchaffen vermögen und einer wiſſenſchaftlichen Betriebsführung die Wege weiſen, damit das paſſende Material an die paſſende Stelle gelangt. Der Staat ſelbſt wird hierzu Mittel zu ſchaffen imſtande ſein.

Ein weiteres Kapitel rationeller Betriebsgeſtaltung vermag die Arbeit ſelbſt zu umfaſſen. Es iſt das das eigene Gebiet der wiſſenſchaftlichen Betriebsführung, das unter dem Namen des Taylorismus auch bei uns bekannt geworden iſt. Es wird ſich nicht darum handeln, die einzelnen, mehr zufälligen Vorſchläge des

„scientific management“ mit ſeinen Unterſuchungsmethoden, ſeinem Lehrmeiſterſyſtem, ſeinem Löhnungsverfahren restlos zu befolgen. Darin ſteckt noch ſehr viel Willkürliches und Nebenſächliches. Wohl aber wird die Aufmerkſamkeit überhaupt auf die zweckmäßige Arbeitsgeſtaltung im Betriebe zu achten haben: daß die einzelne Bewegung keine unnützen Handgriffe verwendet, daß die Teilprozeſſe genau ineinandergreifen, daß die Kombination der verſchiedenen Arbeiten auf dem kürzeſten Wege geſchieht, daß das Zuſammenwirken der einzelnen Werkſtätten ohne Zeitverluſt vonſtatten geht, daß auch hier Zwiſchenglieder und Zwiſchenbewegungen nach Möglichkeit ausgeſchaltet werden, daß an Innentransport für die einzelnen Betriebe geſpart wird. Auf all dieſen Gebieten läßt ſich noch außerordentlich viel durchſetzen, da bisher meiſt die Empierie ſtatt des Studiums der Arbeitsart obwaltete. All dies wird zu prüfen und zu unterſuchen ſein, und läßt ſich in arbeitsforſchenden Inſtituten ermitteln. Dabei wird auf die Ermüdungserſcheinungen und die Abnutzung der Arbeitskraft beſondere Rückſicht zu nehmen ſein. Auf eine möglichſt ſchonende Behandlung der nationalen Arbeitskraft, auf eine möglichſte Hinausſchiebung der mittleren Lebensdauer wird es für die Zukunft entſcheidend ankommen.

Auch in der Landwirtſchaft geſchieht bisher die Verwendung der Arbeitskraft, vor allem im Kleinbetrieb, noch ſehr unrationell, ohne richtige Zeiteinteilung und Überlegung des Geſamtprozeſſes. Beitragen zu einer zweckmäßigeren Arbeitsökonomie kann einmal eine rationelle Geräteauswahl, d. i. die Anpaſſung des Gerätes an Arbeitsart, an die Größe und Stärke des bedienenden Menſchen. Stiel und Länge, wie Dicke der Schaufel z. B. müßte ſo gewählt werden, daß die Schauffelleiſtung ein Maximum ergibt. Auch hier waltete bisher bloßer Zufall und Ungefähr vor, ohne daß an eine zweckmäßige Anpaſſung gedacht wurde. Andererſeits wird die Berufsausleſe von vornherein auf eine paſſende Verwendung der Arbeitskraft zu ſehen haben. Bisher geht durch das Arbeitſuchen, durch den Zufall der Berufswahl, durch die Annahme unpaſſender Stellen beim Individuum ſoviel an Zeit und Kraft verloren, wird Unluſt und Müdigkeit erzeugt. Der Betrieb andererſeits hat ungeeignete Elemente mitzuſchleppen, die durch paſſende erſetzt werden können. Das Problem iſt ein großes, bisher kaum in Angriff genommenes. Hier vermag eine beſſere Berufsausleſe und Berufsberatung Wandel zu ſchaffen, um eine paſſende Auswahl anſtatt des bloßen Zufalles zu ſetzen. Die Erhöhung der Leiſtungen, das Vermeiden unnützer Zeitverluſte würde das Ergebnis ſein.

Das ſind ſo einige der Wege, die dazu führen könnten, eine Nationaliſierung und Ökonomiſierung der Wirtſchaft herbeizuführen. Sie verſprechen die annähernde Erreichung des Zieles, das die Hauptſache ausmacht: möglichſt ſparſame Verwendung von Stoff und Kraft, von Sache und Menſchen. Sie verſprechen allein auch einen Wiederaufbau aus dem wirtſchaftlichen Zuſammenbruch, nämlich eine Erhöhung der volkswirtſchaftlichen Leiſtungsfähigkeit und des ökonomiſchen Koefficienten. Dieſe Methoden bleiben auf jede Weiſe beſtehen und ſind ganz unabhängig von der Frage der Sozialiſierung und der ſtaatlichen Regie. Aber es leuchtet ein, daß gerade hier überall der energetiſche Unternehmungsgeiſt der Spitze weit mehr zu leiſten imſtande iſt als eine bürokratiſche Verwaltung des Betriebes. Denn die Zukunft erfordert Einſtellen auf neue Methoden, erfordert Erfindſamkeit im einzelnen, erfordert Anpaſſen an veränderte Bedingungen. Schnelligkeit des Entſchluſſes, Abweichen von der Gewöhnung, Wagemut zu Neuerungen, Ausſpähen der kleinſten Vorteile, Beſeitigung des Schlendrians, Selbſtintereſſe am Fortſchritt. Warum ſoll ein pflichttreuer Beamter ſich auf ſolche Dinge einlaſſen, an denen ihm kein perſönlicher Vorteil und kein ſachlicher Dank erteilt wird? Hier muß allenthalben die Spitze und Leitung des Betriebes in ihren Entſchlüſſen ungehindert ſein und nicht durch Vorſchriften und einen großen Apparat gebunden. Hier mag auch oft der kleinere Betrieb vor dem größeren die leichtere Anpaſſungsfähigkeit voraus haben. Unternehmungsgeiſt und Gewinnſtreben ſind einſtweilen unerläßlich. Dabei kann ſehr wohl eine Sozialiſierung und Mitwirkung der Arbeiter und Angeſtellten ſtattfinden. Im Gegenteil, dieſe Mitwirkung wird die ganze Umwandlung und damit die Neueinſtellung weſentlich fördern können und das wahre Intereſſe der Allgemeinheit durchaus zu wahren vermögen. Eine ſolche Demokratiſierung der Induſtrie wird das Intereſſe der Arbeiter und der Angeſtellten mit Nachdruck auf die Zuſammenhänge hinweiſen und ſie für den oberſten Zweck nutzbar zu machen ſuchen. Soweit aber eine ſtaatliche Regie beſteht, muß ſie die neue Methode der wiſſenſchaftlichen Betriebsführung ſich ganz zu eigen machen. Zu vermehren iſt die ſtaatliche Regie bei aller ſonſtigen „Sozialiſierung" mit großem Vorbedacht. Rationaliſierung aber läßt ſich allenthalben durch wiſſenſchaftliche Betriebsführung erreichen. Nur auf dieſem Wege werden wir vermögen, aus dem wirtſchaftlichen Zuſammenbruch herauszukommen und an dem Wiederaufbau der deutſchen Volkswirtſchaft erfolgreich zu ſchaffen.

Berichtigung. In dem Aufſatz über Parteidarſtellung und Geſchichte in Heft 8 der „Deutſchen Politik" vom 21. Februar muß es auf S. 249 unten heißen: . . . daß alſo die Abſicht gut, die Wahl der Mittel aber verfehlt war, weil Rußland durch das Bündnis mit der Revanche bereits den alten Draht mit Deutſchland einſeitig zerſchnitten hatte und daher weitere Bemühungen um ſeine Gunſt dazu führen mußten, ſtatt die zwei Eiſen des Fürſten Bismarck im Feuer zu halten, auch noch das andere zu verlieren.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag. Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 28. März 1919 * Heft 13

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Die deutſche Reichsleitung hat den notwendigen Schritt getan, bei der Entente nachzufragen, wie ſie ſich denn die Formalitäten des Friedensſchluſſes denke. Denn die franzöſiſche Preſſe berauſcht ſich an der Abſicht, den Deutſchen eine Ausſprache über die Friedensbedingungen zu verweigern — letztes Auskoſten des Triumphgefühls und zugleich ängſtliche Vorſicht, die ſchwach verhüllten Uneinigkeiten der Koalition könnten politiſch gefährlich werden, wenn Deutſchland nicht mit einem feſten Programm niedergehalten wird. Frankreich weiß, was ſein Talleyrand in Wien geleiſtet hat und fürchtet, daß Deutſchland vielleicht auch einen Talleyrand irgendwo verborgen hält. (Er heißt nicht Erzberger.) Die deutſche Anfrage kann politiſch nur den Sinn haben, daß wir auf ſolches Verfahren mit Fernbleiben antworten.

*

Die Entente will den Polen die Landungsmöglichkeit in Danzig erzwingen. Es handelt ſich nicht um Durchmarſch allein, denn für dieſen haben wir unſere Vorſchläge gemacht; ſondern das Wilſon-Programm ſoll ausgeſchaltet werden, indem unter dem Schutz des Waffenſtillſtandes auch im Nordoſten militäriſche Tatſachen geſchaffen werden, die mit Beſchlüſſen wieder ſchwer aufzuheben ſind. Northcliffe ſekundiert dem franzöſiſch-polniſchen Plan, der nicht nur die dauernde Vergewaltigung Danzigs, ſondern den unmittelbaren Anreiz zum Aufſtand weſtpreußiſcher Polenminderheiten als Ziel hat. In Paris und Warſchau iſt man ſich einig; ſo einig, daß die beiderſeitigen amtlichen Denkſchriften gar nicht leugnen, daß nebenbei zwei Millionen Deutſcher dem polniſchen Staat ausgeliefert werden ſollen. Die Polen wiſſen ſelber, daß wir dieſe Löſung niemals anerkennen werden; aber je höher ihr Chauvinismus geht, deſto teurer werden ſie Frankreich. Wilſon, der über die polniſchen Dinge einigermaßen feſte Formeln gab, ſteht vor der Kraftprobe, ob ſeine Worte einfach ausgelöſcht werden können.

*

Der ruſſiſche Bolſchewismus, um die Erfolgloſigkeit ſeines wirtſchaftlichen Syndikalismus zu verhüllen, iſt imperialiſtiſch geworden, der ungariſche beginnt nationaliſtiſch und militariſtiſch. Er iſt der Verzweiflungsſchritt eines Volkes der leidenſchaftlichen Vaterlandsliebe, zugleich die Bankerotterklärung jener Politik eines entente-gläubigen Pazifismus, wie ſie Michael Karolyi für Ungarn durchſetzte und Eisner für Deutſchland empfahl — Mahnung an uns, Warnung an die Weſtmächte! Denen wird in dieſem Augenblick Italien zum Sorgenkind — nicht bloß wegen Fiume. Die italieniſchen Sozialiſten haben ſich für Lenin, gegen die Berner Internationale entſchieden. Und die Tſchechoſlovakei, deren Revolution im November bürgerlich-national war, bebt in der Gefahr, daß auch ſie in die ſozialiſtiſche Flut geriſſen werde.

*

Der bolſchewiſtiſche Flugſand hat jetzt faſt die geſamte Ukraine bedeckt, da die franzöſiſchen Truppen nach kurzem Kampfe ſelbſt Odeſſa geräumt haben. Trotzdem iſt die Saat des ukrainiſchen Selbſtändigkeitsgedankens ſchon zu ſtark in die Halme geſchoſſen, um auf die Dauer von dem aus Norden her gewehten Bolſchewismus verſchüttet zu werden. Den Ukrainern wird es aber zu denken geben, daß die ſiegreiche Entente, die mit großen Worten ganz Europa gegen die bolſchewiſtiſche Peſt aufzurufen liebte, ihren aktiven Kampf gegen ihn immer mehr zu liquidieren ſcheint. Unwillkürlich dürften dann die Augen der Ukrainer ſich nach dem Norden richten, wo das aus tauſend Wunden blutende Deutſchland noch die Kraft beſitzt, Freiwillige-Formationen zu ſchaffen, die im Verbande mit den baltiſchen und lettiſchen Freiwilligen-Scharen den bolſchewiſtiſchen Vormarſch nicht nur Halt geboten, ſondern jetzt auch mit energiſchem Vorſtoß Mitau entriſſen haben. Damit ſteht dieſe Schar 40 Kilometer vor Riga.

*

Im Verfaſſungsausſchuß zu Weimar hat die Nationalverſammlung gegen den Staatenausſchuß entſchieden und ihre Souveränität ſtabiliert, indem ſie die Auflöſung vorhandener, die Bildung neuer Staaten aus dem Willen geſchloſſener Volksteile im Sinne der Preuß'ſchen Anregungen ausſprach. Die bayeriſchen und preußiſchen Vertreter kämpften mit entſchloſſenſtem Nachdruck gegen dieſe zentraliſtiſch-unitariſche Richtung, und der Bayer warnte die Nationalverſammlung vor einem Ziel, zu deſſen Erreichung ihr die Macht fehle. Aber es kann nicht verkannt werden, daß in Bayern, während der letzten Monate, von Franken und Schwaben aus, Bewegungen gegen das eigene geſchichtliche Staatsgebilde entſtanden. Das müßte die bayeriſche Staatsſtimme etwas dämpfen! Freilich: alle dieſe Strebungen finden nur dann ihre ſittliche und politiſche Rechtfertigung, wenn der deutſche Gemeinſchaftsgedanke alles bloß Landſchaftliche, bloß Stammesmäßige überwölbt.

Die Friedenskriſis

Von Dr. Paul Rohrbach

23. März 1919.

Das Wolffſche Telegraphenbureau hat neulich aus Paris, über einen neutralen Umweg natürlich, einige Stimmen franzöſiſcher Blätter gemeldet, die gegen einen Gewaltfrieden ſprechen. Es iſt vor allen Dingen Jaurès' alter Mitarbeiter Marcel Cachin, der in der „Humanité" ruft:

> Wenn unſere Greiſe (Clemenceau iſt 76 Jahre alt; ähnlich auch mehrere der übrigen augenblicklichen Miniſter) glauben, durch den Sieg der Liga den Krieg abſchaffen zu können, ſo ſind ſie in einer ſchweren Illuſion befangen. Das Gewitter ſteigt überall herauf. In Rußland, in Deutſchland, im alten Öſterreich ſtreben die Völker mit Kraft nach einer neuen ſozialen Ordnung. Auch bei uns in Frankreich werden die Fälligkeitstermine feſtgeſetzt. Überall macht ſich die Beunruhigung der Geiſter bemerkbar, die großen hiſtoriſchen Ereigniſſen vorausgeht. Währenddeſſen verſuchen unſere Greiſe einzig, den Gewaltfrieden aufzubauen und leiſten in einer wahnſinnigen Weiſe dem einzigen Mann Widerſtand, der allein den verhängnisvollen Konflikt vermeiden könnte.

Hier bezeugt alſo eine franzöſiſche Quelle den Kampf hinter der Szene, der jetzt die Welt in Erregung hält: zwiſchen Wilſon und Clémenceau, dem Prinzip des nackten Gewaltfriedens und dem des Rechtsfriedens nach amerikaniſchem Verſtändnis. Hinter Clémenceau ſteht als ſein Sekundant in England Northcliffe mit ſeiner Preſſe. Weiter zitiert Wolff aus dem „L'Oeuvre" und den „Débats" die Stimmen der Mäßigung. „L'Oeuvre" fürchtet, falls der Kriegszuſtand weiter beſtehen bleibt, in kürzeſter Friſt „Ereigniſſe, deren Tragweite man heute noch nicht überſehen kann", und „Débats" fragen, ob die Pariſer Konferenz einen neuen Brand vorbereite? Während man ſich um Gebietsfetzen reiße, nähme die Desorganiſation der Welt unheimlich ſchnell zu, und bis die Konferenz ſich über die Verteilung der Beute geeinigt habe, werde niemand mehr davon profitieren können, denn die Anarchie werde auf alles die Hand legen.

Ungemein richtig! Nur darf man nicht vergeſſen, wie wenig bisher die radikal-pazifiſtiſche Linke in Frankreich bedeutet. Sie hat ſich ſeit Jahr und Tag knebeln laſſen, und es wird auch jetzt bei einer Kraftprobe gegen die „Greiſe" unterliegen, wenn das Zuſtandekommen des „Rechtsfriedens" allein von der Unterſtützung abhinge, die ſie „dem einzigen Manne", der den neuen Weltbrand aufhalten könnte, mit ihren Kräften leiſtet. Weder die „Humanité", noch die Friedensfreunde in England, noch ſelbſt Wilſon halten die eigentliche Entſcheidung in Händen. Nur wenn die deutſche Regierung und die Mehrheit des deutſchen Volkes dabei bleiben, daß ſie die Verweigerung des Rechtsfriedens mit dem Abbruch der Verhandlungen beantworten und die Folgen auf der Ententeſeite denen zu tragen überlaſſen, die den Gewaltfrieden wollen, wird die

Poſition Wilſons ſoweit geſtärkt, daß er den Kampf mit Clémenceau und den engliſchen Northcliffepolitikern durchzufechten imſtande iſt; anders wird er es ſchwerlich können. Der Satanismus Deutſchland gegenüber iſt in England weit ſtärker als der Pazifismus. Die engliſchen Stimmen, die wir vor kurzem (Nr. 10 der D. P.) dafür beigebracht haben, ſind lange nicht alle von Gewicht, die es gibt. Gewiß aber iſt es möglich, auch gegenteilige engliſche Zeugniſſe anzuführen. Als ein Seitenſtück zu „Humanité“ und „Oeuvre“, *das ſeinem Gehalt nach ſogar etwas mehr bedeutet, als jene ſchwachen franzöſiſchen Stimmen, ſeien zunächſt einige Stellen aus der engliſchen „Nation“* wiedergegeben, die in ihrer Nummer vom 1. März bis zu den folgenden ſtarken Äußerungen geht:

> Ich hoffe, Mr. Keelings fürchterliche Erzählung in der „Weſtminſter Gazette“ (vermutlich etwas Ruſſiſches) wird geleſen werden, nicht nur wegen der ſozialen Warnung für unſere eigenen Extremiſten, ſondern wegen der politiſchen Lektion an unſere Staatskunſt. Diejenigen, welche Gorkis Anklage gegen die Politik der Ernährung mit Unterſchieden durchgeleſen haben, die zur Baſis des Bolſchewismus mitgehört, haben ſich klargemacht, wie ſo etwas enden muß; *ſind aber die Erwägungen der alliierten Beratungen von einem nicht unähnlichen Flecken frei?* Ich nehme an, wenigſtens einige unſerer Führer erkennen jetzt *den verbrecheriſchen Irrtum, die Blockade verlängert zu haben.* Hätten wir angeſichts einer weit größeren Notlage auch nur das preußiſche Beiſpiel von 1871 (die ſchleunige Lieferung von Lebensmitteln nach der Kapitulation von Paris) befolgt und jede verfügbare Tonne Lebensmittel aufs eiligſte nach Kontinental-Europa hineingebracht in der Minute, wo der Waffenſtillſtand unterzeichnet wurde, dann hätten wir kaum mit dem Vormarſch der Hungersnot Schritt halten können. Jetzt hat ſie jedes mögliche Heilmittel überholt.

Es folgt eine Schilderung der troſtloſen, mattherzigen Menge in Berlin und ein Auszug aus dem Brief einer welfiſch geſinnten Dame in Hannover, die als alte Freundin Englands ihre Enttäuſchung über das ausſpricht, was nach dem Fall des gehaßten Preußentums eingetreten ſei, „die mitleidloſen franzöſiſchen Austreibungen aus dem Elſaß und das Verfahren Europas mit Deutſchland, als ob es ein zweites Karthago ſei“, und die den jammervollen phyſiſchen Zuſtand der Bevölkerung, die Säuglingsſterblichkeit uſw., ſchildert. Dann heißt es:

> Dies alſo ſind die wirtſchaftlichen Wirkungen der Blockade. Über ihre politiſchen Reſultate kann jeder Beobachter der neutralen Meinung Zeugnis ablegen. Am Schluß des Krieges ſtanden unſere Aktien hoch. Das Verſagen des deutſchen Imperialismus war offenkundig ... Wären wir damals von unſeren beſten Beamten geführt worden, wären wir feſt gegen Frankreich geweſen, hätten wir ſeinen Soldaten und Politikern eine Führerſchaft verſagt, von der wir, wie nun einmal die menſchliche Natur iſt, nicht erwarten konnten, daß ſie ſie mit Mäßigung ausüben würden, und *hätten wir die europäiſchen Häfen für jede Unze Nahrung und Rohmaterial geöffnet, die wir entbehren konnten, dann hätten wir und Amerika unſerem materiellen Triumph einen großen moraliſchen*

Sieg hinzugefügt. Wir haben einen Preis verloren, den wir vielleicht niemals wiedergewinnen werden. Ein einziger Engländer mit einer Seele hätte die Sache machen können; denn Amerika verſagte nicht. Aber es ſtand allein, und heute klagen Tauſende kranker und ſterbender Kinder nicht nur in Mitteleuropa, ſondern auf dem ganzen Kontinent uns der Treuloſigkeit an.

Nach dem holländiſchen Blatt „Het Vaderland" vom 4. März hat ſich auch der „Mancheſter Guardian" ähnlich ausgeſprochen:

> In England hat man wenig Ahnung von dem gefährlichen Stand der Dinge in Deutſchland. Täglich ſterben 800 Menſchen vor Hunger. Die große Maſſe iſt ohne Nahrung und ohne Arbeit. Allein in Berlin gibt es 200 000 Arbeitsloſe. Das Land hat keine Rohſtoffe und hat ſeine Hilfsquellen faſt erſchöpft. Um für die ziemlich geringe Nahrungsmittelmenge, die es unlängſt aus England empfing (worauf gründet ſich dieſe Behauptung? Unſere Delegation in Spaa hat erklärt, Deutſchland habe keine einzige Tonne empfangen! R.), bezahlen zu können, mußte es in einem neutralen Lande eine Anleihe machen. Menſchen, die berechtigt ſind, zu urteilen, ſagen, daß Deutſchland am Rande des Bolſchewismus ſteht. Ohne Lebensmittel und ohne Rohſtoffe wird Deutſchland bald explodieren. Die erſten Anzeichen ſind ſchon wahrzunehmen.

Mehr die Furcht vor den bolſchewiſtiſchen Folgen des gegen Deutſchland geübten Satanismus, als das oben vertretene Menſchlichkeitsmotiv begegnet in einer früheren Äußerung des „Mancheſter Guardian" vom 25. Februar:

> Deutſchland kann nicht zuſammenbrechen, ohne die Gefahr, das ganze weſtliche Europa mit einzureißen. Europa iſt in ernſter Gefahr. Es iſt möglich, daß die Dinge ſchon zu weit gegangen ſind. Es iſt gewiß, daß nichts als die Aufhebung der Blockade von Deutſchland ein Unheil abwenden kann, von dem die Alliierten bald entdecken werden, daß es ein Unheil für die ganze Welt iſt. Warum wird dies nicht getan? Was für ein denkbarer Vorteil kann darin liegen, die Blockade aufrecht zu erhalten, die für den Zweck militäriſcher Sicherheit überflüſſig iſt, da ſie, wenn nötig, jeden Augenblick erneuert werden kann, und die für jeden anderen Zweck nur verzweifeltes und vielleicht unwiederbringliches Unheil bewirkt?

Wir wünſchen nicht, daß man uns nachſagt, wir zitierten aus der engliſchen Preſſe bloß die Sataniſten gegen Deutſchland. „Nation" und „Mancheſter Guardian" ſind immer, auch während des Krieges, Wortführer der Menſchlichkeit und der Verſtändigungshoffnung geweſen. Sie haben ſich auch bemüht, über die „Schuldfrage" gerecht zu urteilen und nicht Deutſchland, ſondern die ruſſiſchen Kriegstreiber für die Hauptverantwortlichen erklärt. Die Erfahrung von mehr als vier Jahren hat uns aber gelehrt, wie wenig ſie gegen das Northcliffe-Engländertum vermochten. Nach dem „Vaderland" hat der Guardian auch den franzöſiſchen Miniſter Tardieu dafür getadelt, daß er erklärt habe: „Da Deutſchland einen großen Teil der franzöſiſchen Induſtrie vernichtet hat, ſo kann Frankreich nicht zuſtimmen, daß Deutſchland Rohſtoffe bekommt, ehe die franzöſiſchen Induſtrieen wiederhergeſtellt ſind." Wie weit, fragt der Guardian, ſoll dies Prinzip durchgeführt werden?

Die Welt hat große Bedürfniſſe nach allerlei Artikeln. Wenn die deutſchen Induſtrieen noch einige Monate ſtill liegen müſſen, wird die Welt durch Knappheit und hohe Preiſe darunter leiden müſſen. Frankreich wird mit der übrigen Welt darunter leiden. Inzwiſchen wird die Fähigkeit Deutſchlands, Schadenvergütung zu bezahlen, dadurch verringert. Das Intereſſe Frankreichs wird ſicherlich mit ſich bringen, daß es ſich nicht der Wiederherſtellung der Produktion widerſetzt, wo auch immer in der Welt es ſei, und daß es dafür ſorgt, daß für die beſonderen Laſten Frankreichs die Alliierten gemeinſam aufkommen.

Auch der Londoner „Economiſt" gehört zu den Blättern, die Ziele der Mäßigung vertreten. In einem Aufſatze ſchon in der Nummer vom 14. Dez. 1918 hieß es gegen Lloyd Georges Programm der Erpreſſungen von Deutſchland:*)

> In erſtaunlicher Weiſe ſein eigenes verpfändetes Wort vergeſſend, fährt der Premierminiſter fort, von der Beitreibung der geſamten Kriegskoſten von Deutſchland, wenn ausführbar, zu ſprechen. Dabei . . . hat die Regierung Anfang November Präſident Wilſons Friedensbedingungen angenommen, mit einem Vorbehalt wegen der Freiheit der Meere und der Bedingung, daß die Worte des Präſidenten über die Wiederherſtellung der beſetzten Gebiete „Erſatz für allen der bürgerlichen Bevölkerung der Verbandsländer und ihrem Eigentum durch den Angriff Deutſchlands zu Lande, zu Waſſer und aus der Luft zugefügten Schaden" bedeuten ſollten. Jeder Verſuch, dieſen Satz ſo zu verdrehen, daß er die vollen Kriegskoſten bedeute, wäre eine finanzielle Sophiſtik, die ſelbſt in Houndsditch ausgepfiffen werden würde; und doch fordert der Premierminiſter, ſowie die Mehrheit der Blätter und der Kandidaten in freudigem Chor, daß wir unſer verpfändetes Wort und die Ehre des Landes vergeſſen ſollen. Lloyd George beginnt indeſſen einzuſehen, daß dieſe Verſprechungen gefährliche Erwartungen in der Wählerſchaft erwecken. In ſeiner Rede in Briſtol am Mittwoch, 11. Dez. (1918) machte er zwar keinen Verſuch, darzulegen, daß die Sache unmöglich ſei, weil ſie unſerem verpfändeten Wort zuwiderläuft. Dieſe Kleinigkeit iſt ihm nicht eingefallen. Aber er gab ſich mit einem großen Aufwand ehrlicher Aufrichtigkeit Mühe, zu zeigen, daß es nicht recht ſei, wenn die Regierung, noch dazu am Vorabend einer Wahl, falſche Hoffnungen erwecke uſw., kurz, daß die Sache unmöglich ſei, weil die geſamte Koſtenrechnung des Verbandes 24 Milliarden Pfd. beträgt und Deutſchlands geſamtes Vermögen vor dem Kriege auf 15 bis 20 Milliarden geſchätzt wurde, und daß 5 % von 24 Milliarden jährlich 1200 Millionen ausmachen würden. — Er ſagte weiter, daß ein zur Prüfung der Frage eingeſetzter Ausſchuß der Meinung ſei, daß das Vermögen Deutſchlands größer ſei, als bei den Schätzungen vor dem Kriege angenommen wurde (wobei er hätte hinzufügen können, daß alle Zahlen aus der Zeit vor dem Kriege ſehr erhöht werden müſſen, um ſie in Einklang mit den jetzigen Preiſen zu bringen) — und ſchloß daraus, daß Deutſchland vielleicht mehr zahlen könne, als auf den erſten Blick möglich ſchien.

Der „Statiſt", ein anderes engliſches Wirtſchaftsblatt (21. Dez. 1918) bekennt zwar, die meiſten Engländer empfänden es im tiefſten Herzen, daß die Deutſchen „faſt jede Strafe" (dies die Quittung auf das Verſagen unſerer moraliſchen Offenſive!) verdienten, aber zerſtöre England nicht ſeine eigenen Ausſichten, ſich raſch zu erholen, wenn es „mögliche Kunden zu Bettlern" mache? Dann weiter:

---

*) Wir entnehmen dies und das folgende Zitat der 2. Auflage von Jaſtrows Schrift: Deutſchlands Volksvermögen im Kriege, Berlin 1919, Verlag Julius Springer, S. 42 ff. Eine beſondere Würdigung dieſer Arbeit als ſolcher bleibt vorbehalten.

> Die unter uns aber, die über die Urſachen des menſchlichen Fortſchritts am tiefſten und ſorgfältigſten nachgedacht haben, erinnern ſich, daß Rachegefühle die ſchlechteſten Ratgeber ſind, daß der Menſch lebt und vorwärts kommt durch den Verkehr mit dem Menſchen, und daß, wenn wir uns in den Grenzen der Vernunft Gerechtigkeit verſchaffen können, es äußerſt unweiſe wäre, den Gegner zu Verzweiflung zu treiben . . . Die wahre Frage, vor der wir ſtehen, iſt nicht, ob Deutſchland wirklich reicher iſt, als vor dem Kriege angenommen wurde, auch noch, ob es die Entſchädigungen bezahlen kann, von denen Lloyd George ſpricht, vielmehr, ob wir durch Beitreibung des letzten Hellers, der aus Deutſchland herausgepreßt werden kann, den Weg für ein reiches, gerechtes und friedfertiges Europa der Zukunft bereiten. . . . Wenn Deutſchland wirklich imſtande iſt, all die ungeheuren Summen, von denen die Rede iſt, zu bezahlen, wie ſollen ſie beigetrieben werden? Sollen wir große Heere in Deutſchland einrücken laſſen, ſeine Bevölkerung völlig entwaffnen und auf Nicht-Zurückziehung unſerer Beſatzungstruppen beſtehen, bis unſere Forderungen erfüllt ſind? Wenn ja, haben Lloyd George und ſein Ausſchuß darüber nachgedacht, wie lange es dauern wird, bis wir die Erfüllung unſerer Forderungen durchgeſetzt haben werden? Und auch darüber, ob es für uns vorteilhafter ſein würde, unſere Leute zuhauſe zu beſchäftigen, als ſie in Deutſchland in Garniſon zu laſſen, um ein paar Millionen mehr oder weniger herauszuſchlagen?

Alle Motive werden alſo laut: Das ſittlich-humane, das politiſche und das wirtſchaftliche, um das alliierte und aſſoziierte Gewiſſen darauf hinzuweiſen, daß es ſchlechte Politik iſt, die ſeit dem Waffenſtillſtand gegen Deutſchland getrieben worden iſt und die nach dem Mehrheitswillen in England wie in Frankreich dauernd durch einen Gewaltfrieden bekräftigt werden ſoll. Dieſe Stimmen wären ſchon lange zu größerer, vielleicht zu entſcheidender Bedeutung gelangt, wenn nicht die Revolution es uns unmöglich gemacht hätte, jenes politiſche Prinzip zu befolgen, das dem Prinzen Max von Baden während ſeiner Reichskanzlerſchaft vorſchwebte und das er ſo ausdrückte:

> Wir mußten vor den Feinden wenigſtens die Möglichkeit aufrecht erhalten, daß es beſtimmte Forderungen gab, gegen die wir ſelbſt einen hoffnungsloſen Kampf aufnehmen würden. Das war der Rat, den uns wiederholt wohlwollende Neutrale gaben: Nehmt nicht den Friedensparteien in Feindesland ihr letztes wirkſames Argument, das lautet: es gibt Grenzen deutſcher Nachgiebigkeit.*)

Jene politiſche Möglichkeit, deren Ausnutzung uns ohne die Revolution den Zuſammenbruch und die äußerſte Erniedrigung erſpart hätte, wiederholt ſich jetzt in gewiſſem Sinne noch einmal, indem ſich uns die Chance zeigt, durch feſtes Rückgrat in den Friedensverhandlungen die Kräfte der Menſchlichkeit und ſtaatsmänniſchen Vernunft auch auf der Gegenſeite ſoweit zu ſtärken, daß ſie den Sieg davontragen. Mehr als Wilſon allein uns je helfen kann, können wir uns ſelber helfen. Es handelt ſich hier aber um mehr als bloße Taktik, denn dieſe würde vor der böſen Entſchloſſenheit und überlegenen Stärke auf der feindlichen Seite ſchließlich doch den Rückzug antreten müſſen. Nur Männer, *Führer*, können uns helfen, die in dieſer ſchickſalsſchweren Stunde fähig ſind, *für das Vaterland eine Politik des abſoluten ſittlichen und nationalen Mutes zu treiben.* Wo ſind ſie, dieſe Männer und Führer?

---

*) Eine Kundgebung des Prinzen Max von Baden. Sonderdruck aus den „Preußiſchen Jahrbüchern", Verlag Georg Stilke, 1918, S. 5.

Der Volksſtaat und die auswärtige Politik

Von Profeſſor Dr. *Arthur Salz* (Heidelberg)

Die auswärtige Politik iſt die gefährliche Ecke jeder Demokratie, an der gar leicht der Staatswagen zerſchellen kann. Das haben bedeutende Gründer demokratiſcher Staatsweſen — wie Waſhington und Jefferſon — und wohlwollende Kritiker der Demokratie frühzeitig erkannt. Tocqueville — um nur einen anzuführen — erklärt, daß hinſichtlich der auswärtigen Intereſſen der Geſellſchaft die demokratiſche Regierungsform anderen gegenüber entſchieden im Nachteil ſei. „Erfahrung, Sitte, Erziehung," ſo führt er aus, „erzeugen faſt immer bei der Demokratie eine Art praktiſcher Alltagsklugheit, und jenes Wiſſen um die kleinen Begebenheiten des Lebens, die man den geſunden Menſchenverſtand nennt. Der geſunde Menſchenverſtand genügt auch für die gewöhnlichen Bedürfniſſe der Geſellſchaft; bei einem Volke vollends, deſſen Charakterbildung abgeſchloſſen iſt, erzeugt die demokratiſche Freiheit, angewandt auf die inneren Verhältniſſe des Staates, mehr Gutes, als die Mängel demokratiſcher Regierung Übel erzeugen. Aber anders verhält es ſich hinſichtlich der Beziehungen von Volk zu Volk. . . . Die auswärtige Politik erfordert faſt keine der Qualitäten, die der Demokratie eigentümlich ſind und erheiſcht im Gegenteil die Entwicklung faſt aller, die ihr fehlen. Demokratie begünſtigt das Anwachſen der inneren Hilfsquellen, verbreitert den Wohlſtand, entwickelt den Gemeingeiſt, befeſtigt die Achtung vor dem Geſetz in den verſchiedenen Klaſſen der Geſellſchaft — alles Dinge, die nur einen indirekten Einfluß auf die Lage eines Volkes gegenüber einem anderen haben. Aber die Demokratie kann nur ſchwer die Details einer großzügigen Unternehmung anordnen, ſich an einen Plan halten und ihn durch alle Hinderniſſe hindurch mit Hartnäckigkeit verfolgen. Sie iſt wenig dazu befähigt, geheime Maßregeln zu kombinieren und geduldig ihr Ergebnis abzuwarten. Das ſind Eigenſchaften, die ganz beſonders einem einzelnen Mann oder einer Ariſtokratie eignen, aber gerade die Eigenſchaften, die auf die Dauer ein Volk oder ein Individuum zur Herrſchaft befähigen . . . Faſt alle Völker, die kräftig in der Welt gewirkt, große Pläne entworfen, verfolgt und ausgeführt haben, von den Römern angefangen bis auf die Engländer, waren von Ariſtokratien regiert. Kann man ſich darüber wundern?”

Man wird die Berechtigung dieſes Urteils zugeben müſſen, ſelbſt wenn man der Meinung iſt, daß ſeit der Zeit, in der dieſe Betrachtungen angeſtellt wurden, Aufgaben und Methoden der auswärtigen Politik und auch die Demokratie ſelbſt ſich geändert haben und vielleicht das Bedürfnis fühlen, die Begründungen dazu zu erweitern.

Jede Demokratie, die eine überlieferte, gebundene Herrſchaftsform ablöſt, geht von einem inneren Zuſtand des Staates und der Geſellſchaft, den ſie vorfindet, aus und ſucht ihn im Sinne der Gleichheit (und Freiheit) zu verbeſſern. Dabei macht ſie notwendig die Vorausſetzung, in der ihre Stärke und ihre Schwäche, ihre Hoffnungsfreudigkeit und ihre tragiſche Problematik beſchloſſen liegt, daß Gleichheit des Habens auch Gleichheit des Seins erzeuge, daß auf die Dauer die Gleichheit der wirtſchaftlichen und rechtlichen Bedingungen auch gleich gute menſchliche Reſultate erzielen werde. Dieſe Vorausſetzung involviert eine andere, noch tiefer liegende. Die Demokratie — ganz gleich, welches ihre wirtſchaftlichen Ziele ſind — ſtellt ihre Chance auf einen irrationellen Faktor: auf „den” Menſchen. Mit überſchwänglichem Optimismus hält ſie feſt an der Fiktion „des” Menſchen und ſeiner unbegrenzten Verbeſſerungsfähigkeit. Es iſt gleich, wenn ſie anſtelle des Menſchen, den politiſchen Menſchen, das Volk, ſetzt.

Die Gefährdung, der ſich eine Demokratie ausſetzt durch das Fehlen derjenigen Bedingungen, die zur Führung einer erfolgreichen auswärtigen Politik unentbehrlich ſind, hat noch nie ein Volk in ſeinen demokratiſchen Anſprüchen aufgehalten und zwar darum, weil jede Demokratie daran glaubt und glauben muß, jeder Situation, auch der prekärſten, durch die ihr innewohnenden Kräfte gewachſen zu ſein, und weil es der Mehrzahl der Menſchen wichtiger dünkt, zu leben als gut zu leben, und gut zu leben wichtiger als ehrenvoll zu leben.

Trotzdem verdankt eine Demokratie die Stellung, die ſie in der Welt einnimmt, nicht der Planmäßigkeit ihrer Einrichtungen, ſondern geradezu dem, was zu beherrſchen und zu überſehen gar nicht in ihrer Macht oder beſonders zu pflegen gar nicht in ihrer Abſicht liegt: dem Maß von urſprünglicher Kraft, der angeborenen oder ererbten Tüchtigkeit der Nation, ganz beſonders aber hängt ihre weltgeſchichtliche und weltpolitiſche Potenz davon ab, ob es ihr gelingt, innerhalb der demokratiſchen Lebensform die einer Ariſtokratie eigentümlichen und ſelbſtverſtändlichen Tugenden der Ehre, des Stolzes, der Unterordnung unter Führerſchaft uſw. zu erhalten und weiter zu züchten und an die Stelle zu bringen, an der dieſe Qualitäten Gutes leiſten können, von dem Maß „ariſtokratiſcher“ Geſinnung alſo, das ſie in ſich erträgt und ausbildet, mit anderen Worten, wie weit es ihr gelingt, menſchenbildend und menſchenveredelnd zu wirken, wie weit ſie die Grenzen ihres Ehrgeizes ſteckt über das Wohlleben oder „Glück“ des einzelnen hinaus. Dies gilt auch und erſt recht in einem Zeitalter der Weltpolitik und Weltwirtſchaft, wenn die Intereſſen der Völkermaſſen immer gleichartiger und der vorwaltende Menſchentyp immer gleichförmiger wird. Es iſt einfach nicht wahr, daß immer die beſſere „Sache“ ſiegt, ſondern auf die Dauer wirkt der höhere Menſchentyp wie eine natürliche Rente oder ein Vorſprung des einen Volkes gegenüber dem anderen auf dem Welttheater.

Mit dieſen Erwägungen als Leitſätzen ſoll im folgenden zu einigen grundſätzlichen Problemen der auswärtigen Politik, die das alte Regime dem deutſchen Volksſtaat als Erbe hinterlaſſen hat, Stellung genommen und zu dieſem Zwecke zunächſt an drei oft betonte Punkte angeknüpft werden.

1. Kein Vorwurf iſt heutzutage populärer und öfter breitgetreten als der über die Unfähigkeit unſerer Diplomaten. Man hat ſich auch ſchon längſt auf die Meinung feſtgelegt, daß eine Reform des auswärtigen Dienſtes, d. h. des bürokratiſchen Apparates und eine andere Ausleſe der zum Auslandsdienſt berufenen Beamten beſſere Reſultate erzielen würden und ſich bei dieſer Meinung beruhigt. Abgeſehen davon, daß äußere Politik überhaupt nicht im gleichen Sinne organiſierbar, ſyſtematiſierbar und erlernbar iſt, wie etwa ein inneres Verwaltungsamt, und daher — auch in der Demokratie — die Domäne eines größeren oder kleineren, wenn auch anders zuſammengeſetzten Kreiſes von beſonders dazu befähigten Perſönlichkeiten bleiben wird, ſo verkennt dieſe bewegliche Klage, deren Berechtigung hinſichtlich der Tatſachen, d. h. der ſchlechten Reſultate, fraglos iſt — vor allem dies: daß in einem Volksſtaat alle Veranſtaltungen und Maßnahmen, die der auswärtigen Politik dienen, eine unzertrennliche Einheit bilden, und zwar deſto mehr, je größere Teile der Nation infolge der weltwirtſchaftlichen Entwicklung Intereſſen im Auslande zu vertreten haben. Dieſe Einheit beſteht in der Tatſache und in dem Bewußtſein, daß jeder einzelne Volksgenoſſe, der im Ausland tätig handelnd auftritt, ein Repräſentant — ein guter oder ſchlechter je nach ſeinem Verhalten — des ganzen Volkes iſt und jedenfalls als ſolcher angeſehen wird. Nach dem anſchaulichen Eindruck, den das Ausland von dem einzelnen, mit dem es zu tun hat, empfängt, bildet es ſich ſein Bild und Urteil über das Volk, das der einzelne — als Kaufmann oder Inſtruktor oder Arbeiter oder Soldat oder Gelehrter — verkörpert. Dieſes Bild, das ſich zuſammenſetzt aus der Geſamtheit der ſinnlichen Eindrücke der fremden Beobachter — wie der

Deutſche ausſieht, ſich hält, vorgeht — die Art, wie das Ausland auf uns reagiert und uns verträgt, beſtimmt unſere Stellung im Auslande in viel ſtärkerem Maße als die diplomatiſchen Fähigkeiten des einzelnen Beamten, der ja auch, wenn er nicht ein ganz im Abſtrakten arbeitender weltfremder Handwerker iſt, nicht nur mit der Regierung des auswärtigen Staates zu rechnen hat, ſondern vor allem mit der Stimmung und Neigung des Volkes ſelbſt.

Wir zu Hauſe in unſerer Sachlichkeit und Werkſtreben vergeſſen leicht, daß der lebendige, handelnde und in gewiſſer Weiſe auf ſich ſelbſt geſtellte Menſch die ſinnfälligſte und eindrucksvollſte Erſcheinung iſt, daß nicht von unſerem ideellen Weſen auf unſeren Eindruck, ſondern umgekehrt von dem Eindruck auf unſer Weſen geſchloſſen wird. Das fremde Volk in ſeiner Maſſe lernt „Deutſchland“, deutſches Weſen und die deutſche Idee nur an dem einzelnen Deutſchen kennen, der „Menſch“ gibt den Maßſtab des Urteils, und das „Vorbild“, das er darſtellt, die exemplariſche Haltung, die er einnimmt, iſt auf die Dauer die einzig wirkſame Propaganda im Ausland. So wie der Charakter der Nationen ſelbſt ſich an den großen nationalen Vorbildern bildet im Laufe der Geſchichte, und die Nationen durch ſie zum Bewußtſein des eigenen Weſens und Wertes kommen, ſo wiederum gilt dem Ausländer ohne weitere Überlegung jeder einzelne in ſeinem ganzen Tun und Laſſen als ein Vertreter der betreffenden Nation, beſonders in Zeiten politiſcher Hochſpannung, wo der Menſch zu allererſt Staatsbürger iſt.

Es iſt falſch und unbillig, das Schwergewicht in der äußeren Politik von den Menſchen, die ſie tragen, auf die Inſtitutionen zu verſchieben, und jede Reform des auswärtigen Dienſtes wird damit beginnen müſſen, daß der Deutſche im Auslande eine andere Figur mache als bisher. Dies aber iſt nicht etwas, was der Staat leiſten kann, ſondern was nach wahrhaft demokratiſchen Grundſätzen jeder einzelne, der in die Lage kommt, als ſeine ſpezifiſche und perſönliche patriotiſche Pflicht und Bürde übernehmen muß. Daß die auswärtige Politik von erſtklaſſigen Fachleuten, die das Handwerkmäßige ihres Berufes kennen, bedient werde, iſt zu ſelbſtverſtändlich, als daß dieſes Poſtulat irgendwie fruchtbar wäre, aber daß der Schwerpunkt und die Verantwortung gar nicht beim einzelnen Diplomaten liegt und nicht liegen ſoll, ſondern daß jeder, der ins Ausland geht, ein lebendiges Stück Nation darſtellt und eine leibhafte und — einzig wirkſame — Propaganda für oder gegen ſeine nationale Gemeinſchaft bedeutet, deſſen müſſen wir uns erſt inne werden und uns darauf innerlich einſtellen. Was nützt der beſte Diplomat, wenn er Gefahr läuft, in jedem Augenblick von ſeinen Landsleuten desavouiert zu werden? Der beſte Beweis und durchaus kein Gegenbeweis für das Geſagte liegt darin, daß wir auf dem Weltmarkt ſo gute Reſultate erzielt haben, woraus man folgern zu können meinte, unſere Kaufleute hätten für Deutſchland mehr geleiſtet, als alle unſere Diplomaten. Nicht unſere Kaufleute, ſondern — unſere Waren, und das iſt ein Unterſchied. Natürlich: eine Ware, ein Sachgut iſt ein rundes, abgeſchloſſenes, in ſich vollendetes und — ſchweigſames Ding, dem alles Menſchliche fremd geworden iſt. Es hat ſeine Sachqualitäten und ſeinen Preis und wird danach bewertet. Manchmal ſtrahlt etwas von ſeiner Vorzüglichkeit über auf die Fähigkeiten derer, die es verfertigt haben. Aber gerade der Krieg und der lebhaftere *perſönliche* Verkehr haben zum Renommee des Deutſchen nicht gerade förderlich beigetragen. Man hat ſich zwar beſſer kennen, aber nicht beſſer verſtehen lernen, im Gegenteil: unſer Ruf war beſſer als unſere Gegenwart, die Wirklichkeit des Deutſchen hat den Mythos des Deutſchen zerſtört.

2. Wir haben uns oft ſelbſt den Vorwurf gemacht, daß wir Deutſche fremde Völker nicht zu behandeln verſtehen. Dieſer Vorwurf hat etwas Befremdendes bei einem Volke, zu deſſen unſterblichen Ruhmestiteln es gehört, früher und gründlicher als andere ein vertieftes Verſtändnis fremdländiſchen Weſens und gerade fremder Kulturen angebahnt zu haben. Trotzdem iſt dieſer Vorwurf weitgehend berechtigt, und zwar deshalb, weil ſeit der Zeit deutſcher Geiſtesblüte der deutſche Menſch ſich weſentlich geändert hat. War es mißlich, daß die Zeit unſerer höchſten geiſtigen Entwicklung mit der Zeit politiſcher Ohnmacht zuſammenfiel, daher die Beſchäftigung mit fremden Kulturen nur theoretiſch blieb, ſo iſt es ein Unglück, daß die Zeit, in der wir zu praktiſcher Betätigung aufgerufen wurden, zuſammenfiel mit einem tiefen Sinken des deutſchen „Bildungsniveaus“, wobei *Bildung* nicht mit dem durch Zeugniſſe, Diplome und geregelten Lehrgang beſcheinigten Beſitz von *Fachkenntniſſen* verwechſelt werden darf. „Bildung“ im klaſſiſchen Sinne iſt eine Qualität des inneren, nicht des praktiſchen Menſchen, iſt gerade das, was den Unterſchied ausmacht zwiſchen einem *Vollmenſchen* und einem *Fachmenſchen*, iſt die durch Fachwiſſen nie erſetzbare Abrundung des Spezialiſten zum Menſchen. Dieſe Bildung, zu der wir durch die geiſtige Erziehung durch unſere Klaſſiker wie prädeſtiniert ſchienen, haben wir, ſeitdem wir große Praktiker wurden, in erſchreckendem Maße verloren. Bildung im Verkehr mit fremden Völkern bedeutet Intereſſe für lebendige Eigenart, liebevolles Verſenken (nicht feindlich abwehrendes Verhalten), Ergriffenheit und Ehrfurcht vor den Äußerungen fremden Seelenlebens, einfühlendes Verſtändnis, oder wie immer man dieſe nicht rein verſtandesmäßige Erkenntnisart bezeichnen mag. Wir haben dieſe Art von Bildung weitgehend vermiſſen laſſen; nicht nur unſere Diplomaten, ſondern wiederum jeder einzelne durch die ganze Skala der Berufe hat ſich darin am Vaterland verſündigt. Wenn der Kaufmann und der Ingenieur auch dabei beſſer wegkommen, ſo deshalb, weil es bei ihnen weſentlich auf Sachleiſtungen ankommt und das „Was“ bei der relativen Primitivität und Einfachheit der in Frage ſtehenden Intereſſen das „Wie“ an Wichtigkeit noch überragt.

Wir als Deutſche, deren Selbſtachtung und Selbſteinſchätzung ja durch den verlorenen Krieg nicht auch preisgegeben iſt, dürfen uns am wenigſten mit dem Troſt behelfen, daß andere Nationen in dieſer Beziehung nicht beſſer ſind als wir und es gerade uns gegenüber am primitivſten Verſtändnis fehlen laſſen. Wie ſehr wir darunter leiden, daß es ſo ſich verhält, erleben wir gerade jetzt jeden Tag. Was iſt es denn, was uns bei aller Achtung und Anerkennung des hochherzigen und reinen Willens über Wilſons Haltung nicht recht froh werden läßt? Daß wir deutlich das Gefühl haben, daß er uns nicht verſteht, ja daß er im tieferen Sinne keine Ahnung von uns hat. Wer es nicht ſchon aus ſeinen Schriften wußte, der ſpürt es jetzt inſtinktiv, daß ſeine „Geiſtigkeit" eine gänzlich undeutſche, ja antideutſche iſt — was an ſich keinen Tadel, ſondern ein Faktum bedeutet. Was ihn zu tiefſt von uns ſcheidet, das iſt eine gewiſſe ſelbſtgefällige, vordergründliche Genügſamkeit, der Mangel an Problematik, der jeder Frage eine Löſung und eine ganz befriedigende und für alle zweifellos gerechte weiß: dies von aller tieferen Skepſis freie Draufgängertum, daß man alles machen kann im Politiſchen wie im Seeliſchen — ſogar eine neue Weltpſychologie — die Entſeelung der Politik. Wilſon würde nie imſtande ſein, zuzugeben, daß deutſche oder ruſſiſche Demokratie etwas anderes iſt und ſein muß, als amerikaniſche oder franzöſiſche, weil er im Grunde nicht daran glaubt, daß Völker ihre eigene Seele und eigene Geſetzmäßigkeit haben, während für uns mit der Vorſtellung eines Volkes die Idee der Beſonderheit und der ſpezifiſchen, eigengewichtigen Individualität geradezu untrennbar verbunden iſt. Aus der Diſtanz — ganz räumlich genommen — in der er Europa ſieht, verſchwimmt alles und verwiſchen ſich die Konturen; er ſpricht von den Deutſchen wie etwa von Türken und würde wohl am liebſten auch dieſe mit der klaſſiſchen Demokratie beglücken und glauben, daß er damit etwas Gutes tue. Wenn wir uns „national" gebärden, ſo verbirgt ſich dahinter — wie mangelhaft und unzulänglich immer — ein dunkles Gefühl der Beſonderheit, ja „Nationalismus" iſt oft nur ein ſprachlicher Ausdruck für die Beſonderheit deutſcher Geiſtigkeit, die anderen haben keinen Nationalismus und brauchen ihn auch nicht, weil ſie gar nicht in der metaphyſiſchen Sphäre leben wie wir. So wie wir uns hier durch Wilſon höchſt mangelhaft erkannt und beurteilt fühlen, ſo fühlen ſich andere Völker — wie ich aus Erfahrung weiß — von uns ſchief oder gar nicht geſehen.

Je elementarer und urſprünglicher ein Kulturvolk, d. h. ein Volk mit Geſchichte und ruhmvoller Vergangenheit, geblieben iſt, je mehr es ſeine Eigenart und Echtheit noch gewahrt hat gegen die anſtürmenden Nivellierungstendenzen der Ziviliſation, um ſo weniger imponieren ihm bloße techniſche Fähigkeiten und erlernbare Fachkenntniſſe. Sie verleihen dem einzelnen höchſtens einen internationalen Verkehrs-, aber keinen Monopolwert. Wir haben aber gerade bei der Auswahl derjenigen, die wir in offizieller oder nichtoffizieller Miſſion ins Ausland ſchickten, in unübertrefflicher Sachlichkeit nur auf Fachwiſſen und Branchekunde geſehen, oder aber gerade die nicht ganz Vollwertigen, die irgendmal im Leben Schiffbruch erlitten haben, die Abenteurer und Undiſziplinierten, die unbewacht von Polizei und Geſellſchaft ſich zuchtlos gehen ließen, für den Auslandsdienſt als gut genug erachtet, die „repräſentativen" Perſönlichkeiten aber nach einem Komment ausgewählt, der ſchon zu Hauſe faſt unerträglich, dem Ausland noch viel weniger angepaßt iſt. Dies alles ſind gänzlich verfehlte Geſichtspunkte, nicht weil ſie undemokratiſch, ſondern weil ſie zu ſehr demokratiſch ſind. Es iſt ein demokratiſcher Grundſatz und Irrtum, daß jeder beliebige Volksgenoſſe jedem anderen gleichwertig, einer ſo gut wie der andere und daher auf jedem Platz gleich gut verwendbar ſei, und es iſt beſonders verhängnisvoll, anzunehmen, daß das Ausland ebenſo denkt. Dagegen hilft nur die Beſinnung, daß der Menſch mehr iſt (oder auch weniger!) als die Summe ſeiner Kenntniſſe und praktiſchen Fähigkeiten, wie das Leben mehr iſt als die Summe von Arbeitsakten, und daß gerade der irrationelle Reſt, der übrig bleibt, wenn man vom Menſchen den Beruf, das Schema, abzieht, den Eindruck und das Urteil des Fremden, der unter anderer Lebensordnung und Lebenswertung ſteht, maßgebend und nachhaltig beſtimmen. Das Fachwiſſen und Können imponiert nicht als ſolches, ſondern ſelbſt bei Primitiven nur als Ausdruck und Symptom eines höheren Menſchtums, beſonders nicht bei Völkern, die innerlich noch keine Beziehung zur Technik und wenig Neigung oder Anlage zu exakter und raſcher Arbeit haben. Wir aber haben oft zwar ausgezeichnete Betriebsleiter, aber keine Menſchen hinausgeſchickt, und von den Betriebsleitern oft ſolche, die wohl zu Hauſe bei geordneten und eingefahrenen Verhältniſſen einen Betrieb ſach- und pflichtgemäß zu leiten, nicht aber zu improviſieren, nicht unter gänzlich anderen Verhältniſſen wahrhaft ſchöpferiſch zu wirken verſtehen.

Wenn nun alle Bemühungen, zu werken ſtatt zu wirken, keinen rechten Erfolg hatten — was wir allzu vorſchnell der Bösartigkeit und Unfähigkeit, der menſchlichen Minderwertigkeit der Fremden zuſchreiben — blieb uns, um unſere Stellung in der Welt zu befeſtigen, nichts anderes übrig, als das Pochen auf unſere ſtets im Hintergrund bereite, unüberwindliche, geradezu fabelhafte Macht, getreu dem Grundſatz: oderint dum metuant, mögen ſie uns haſſen, wenn ſie uns nur fürchten. Das mußten die anderen Nationen, die ſich auf keine ſolche Macht berufen konnten oder wollten, als beſtändige Drohung und illoyale Konkurrenz auffaſſen. Wenn dieſer Glaube aber einmal erſchüttert, wenn dieſe Macht gar nicht mehr da iſt und die Welt wie von einem Alpdruck befreit aufatmet oder wenigſtens ſo tut — was werden wir dann für uns ins Treffen führen? Unſere beſſeren Verfahrungsweiſen, die höhere Leiſtung? Auch da iſt Vorſicht vor Überſchätzung der eigenen Vorzüge geboten. Zu den Nachwehen des letztverfloſſenen Jahrhunderts gehört es, daß wir uns in allem Praktiſchen ein ſchematiſierendes Verfahren, eine wahre Schematiſierungswut — man nennt ſie fälſchlich Organiſationsbegabung — angezüchtet haben, mit der wir ſozuſagen wie mit einer Zauberkunſt reiſen, ein abſtrahierendes Verfahren, das unſeren Blick verengert und die unbefangene, weſenhafte Erkenntnis fremdländiſcher Eigenart geradezu ertötet. Wir halten dieſe Verfahrungsweiſe, weil und wie ſie ſich zu Hauſe unter ganz beſtimmten Vorausſetzungen bewährt hat, unbedenklich für etwas ſchlechthin Allgemeingültiges, überallhin verpflanzbar und gebrauchsfähig lieferbar auch da, wo die Bedingungen, die ſolche Verfahrungsweiſe erſt ermöglichen, gar nicht oder ganz anders gegeben ſind. Dieſe Verallgemeinerung eines partiell oder bedingt Guten zu einem Wert ſchlechthin kommt aus einer ganz einſeitigen techniſch-mechaniſchen Anſchauung der Welt, ſie bedeutet einen Mangel an feinerer Beobachtung, Mangel an Verſtändnis beſonders nach der menſchlich-hiſtoriſchen Seite und iſt im Grunde eine tiefe Reſpektloſigkeit vor fremder Eigenart und ſelbſtändig gewachſenem Leben, die ſchließlich freudlos macht und jeder ſelbſtändig zu löſenden Aufgabe den eigenen Reiz nimmt. Wo ſich Widerſtand gegen unſer Verfahren regt, wird er leicht als böſer Wille, Verſtocktheit, Dummheit gedeutet, macht uns ungeduldig, hart und ſelbſt grauſam gegen die, welche wir in liebevolle Zucht und Lehre unter Schonung ihrer beſten Gefühle nehmen ſollten. Wir bedenken ſo verfahrend nicht, wieviel dieſe entwickelten und eingeübten Fähigkeiten uns ſelbſt koſten, welchen Preis wir dafür gezahlt, was wir um ihretwillen eingebüßt haben. —

3. Die vorhergehenden Ausführungen werden einigermaßen verſtändlich machen, was für viele Deutſche während des Krieges zu einem Erlebnis geworden iſt und zum Nachdenken angeregt hat: die tiefe Vereinſamung Deutſchlands im Zentrum, im Herzen Europas und der Haß der Welt gegen uns. Die meiſten Deutſchen ſtanden vor dieſer Tatſache wie vor einer Offenbarung umſomehr, als wir uns von ähnlichen Gefühlen gegenüber den feindlichen Völkern frei wußten. Neigt doch der Deutſche viel eher zu einer kritikloſen Bewunderung alles fremdländiſchen Weſens. Nur Leichtfertige werden ſich über dieſen ſchmerzlichen Tatbeſtand hinweghelfen mit dem Troſte, daß der Haß die Rache des Minderwertigen gegen den Beſſeren ſei und ihn als etwas Unabwendbares gleichgültig hinnehmen. Sind etwa die Ruſſen, ſind die Türken, Chineſen, Japaner, die doch auch nicht gerade engliſch-franzöſiſch-amerikaniſche Einrichtungen haben, verhaßt wie wir? Warum alſo gerade wir? Und was noch weſentlicher iſt: warum ſind wir nicht nur unſeren Feinden verhaßt, ſondern auch unſeren Freunden zumindeſt — verdächtig? Ein hervorragender und wirklicher Pſychologe hat dieſem Haß der Welt gegen uns ein Buch gewidmet ohne doch daran zu rühren, daß es nicht bloß den Haß unſerer Feinde ſondern auch den unſerer Freunde zu erklären gilt. Kurz, daß wir überall das beſtgehaßte und vereinſamteſte Volk der Erde ſind. Glaubt man

im Ernſt, daß dies mit einer Änderung der Regierungsform ohne weiteres anders werden wird? Sicherlich nicht; und zwar aus den Gründen, die hier angedeutet wurden. Weil es nicht dieſer oder jener Mangel unſeres Charakters, dieſe oder jene beſondere Eigenart des deutſchen Weſens iſt, was uns die Gunſt der Welt entzogen hat, ſondern etwas Tieferes: der Zwieſpalt zwiſchen Schein und Sein, zwiſchen dem, was man als deutſches Weſen ausgibt oder was die Welt dafür gehalten hat und der höchſt unzulänglichen Verkörperung dieſer Ideale durch die einzelnen Deutſchen. Nicht die Strenge und Härte des Ideals, ſondern ſeine mangelhafte Verwirklichung durch den leiblichen Menſchen bemängelt das Ausland und empfindet die Differenz als Heuchelei, Unehrlichkeit, Arroganz.

Wir haben nunmehr die Wahl: von dieſem Ideal immer mehr abzudividieren oder uns zu ihm emporzuheben. Auf dieſen Scheideweg iſt auch der deutſche Volksſtaat, und er erſt recht geſtellt. Wird er den bequemen und geraden oder den harten und ſteilen Weg wählen? Gerade weil das deutſche Volk noch keinen durch Inſtitutionen feſtgeprägten und verhärteten Charakter hat, weil es noch formlos und bildſam, ſeine Mentalität noch jugendlich und elaſtiſch iſt, kann man ihm den Mut und die Kraft, ſein eigenes Niveau zu erreichen, zutrauen. Wir haben der Welt ein Verſprechen gegeben und ſie wartet darauf, daß wir es einlöſen. Der Volksſtaat iſt ein neues Verſprechen, daß wir unſer Wort halten wollen und der ſehr beſchwerliche, dornenvolle, lange Weg darf uns nicht ſchrecken.

Die tſchechiſche Gefahr

Von Wilhelm Schremmer (Breslau)

Die wirtſchaftliche und ſeeliſche Not unſeres Volkes iſt groß, aber ſie macht noch nicht erklärlich, daß es ein deutſches Nationalbewußtſein in weiten Teilen unſeres Vaterlandes kaum noch gibt. Zerbrochen und verſtreut treibt es auf den trüben Fluten der Revolution. Das Gefühl für das Volkstum liegt uns nicht ſo tief im Herzen wie dem Franzoſen und Engländer. Viele Tauſende laſſen es bei uns zu, wenn die Tſchechen nach der rein deutſchen Grafſchaft Glatz ſchreien, wenn ſie Anſpruch erheben auf Teile des Kreiſes Hirſchberg, des Kohlenlandes von Waldenburg, von Oberſchleſien. Wer bekümmert ſich heute um die Brüder in Deutſchböhmen, die die Tſchechen ſchon verſchlungen haben! Das macht uns in der Oſtmark die Arbeit ſo ſchwer, weil wir wiſſen, daß viele in Groß-Deutſchland denken und ſagen: was geht uns die Grafſchaft Glatz an, laß fahren dahin, wenn wir nur leben. Man achtet die tſchechiſche Gefahr gar nicht, ſtellt ſie als harmlos hin. Man will von dem tſchechiſchen Haß nichts wiſſen, hält Schleſien für ein halb tſchechiſches und halb polniſches Land, weiß nichts von der Wühlarbeit, die die Tſchechen an der ſchleſiſchen Grenze entlang betreiben, will von dem vorbereitenden Kriege nichts hören, auf den ſich Prag längſt eingeſtellt hat. Wer die Tſchechen kennt, achtet die tſchechiſche Gefahr ſchlimmer als die polniſche. Für ſehr viele in Deutſchland kann es einſt ein böſes Erwachen geben, aber dann wird es zu ſpät ſein. Das Zuſpät iſt der ſchrecklichſte Ruf in der Geſchichte eines Volkes.

Die tſchechiſche Gefahr iſt in ihrer Größe zu ſehen. Sie wird ſofort deutlich, wenn wir die militäriſchen Kräfte der Tſchechen aufrollen, die Machtmittel zeigen, mit denen ſie ihre Wünſche in die Wirklichkeit tragen können.

Die tſchechiſchen Verbände, die den ehemaligen öſterreichiſch-ungariſchen Heeresteilen angehörten, ſind ſtark aus dem Weltkriege zurückgekehrt. Zu ihnen tritt die fünfte und ſechſte ſlowakiſche Diviſion. Im ganzen können wohl die Tſchechen 500 000 Mann aufbringen. Aufgerufen ſind die Truppen bis zum Jahrgang 1882. Wie weit die Mobiliſation fortgeſchritten iſt, läßt ſich nicht überſehen. Kriegsmaterial iſt in Maſſe vorhanden. Die Ententemächte, beſonders Frankreich, helfen aus. Die Vorbereitungen für einen Krieg ſind getroffen. Die Skodawerke in Pilſen arbeiten fieberhaft. In den letzten Wochen wurden 178 leichte, 110 ſchwere Geſchütze an die tſchechiſche Heeresleitung abgeliefert. Geführt und organiſiert werden die Truppen von franzöſiſchen Offizieren. Das iſt ein Zeichen, das zu größter Vorſicht mahnt. Immer größere Gruppen franzöſiſcher Offiziere treffen in Prag ein. Die Oberleitung der Armee hat der alte Generalſtabschef Joffres übernommen. Der ſchleſiſchen Grenze entgegen ſind drei Generalkommandos eingerichtet worden, von denen beſonders Königgrätz und Prag hervorgehoben werden müſſen. Schon die Lage dieſer Heerespunkte läßt die Aufmarſchlinien erraten, die die tſchechiſchen Armeen innehalten werden. Ein Angriff wird über das Braunauer Ländchen gegen die Rieſengebirgsfront und das Kohlenland von Waldenburg vorgetragen werden, ein zweites gegen die Grafſchaft Glatz einſetzen, und der dritte Oberſchleſien zum Ziel haben. Beſonders gefährdet iſt die Grafſchaft Glatz, die aus Nordweſten und Südoſten mit Leichtigkeit abgeſchnitten werden kann. Durch Beſetzung von Oderberg und Teſchen haben ſich die Tſchechen die rechte Flanke geſichert und ein Vorfeld für alle Fälle gewonnen. Feſt ſteht, daß irgendwelche bolſchewiſtiſche Unruhen im Waldenburger Kohlenrevier ihnen einen willkommenen Anlaß zum Einmarſch böten. Gelingt es den Tſchechen, Waldenburg und Oberſchleſien zu beſetzen, dieſe wirtſchaftlich hochwichtigen Gebiete feſtzuhalten, iſt ganz Oſtdeutſchland verloren. Dann iſt es ein Land ohne Kohle. Mit den Tſchechen ſchielen freilich die Polen gierig nach Oberſchleſien, doch iſt nicht ausgeſchloſſen, daß ſie ſich durch Verträge einigen.

In beſonders gefährdeter Lage iſt Schleſien, dieſer in die ſlawiſche Flut hinausſpringende Bogen. Was für die Grafſchaft Glatz im kleinen gilt, macht ſich bei

Schleſien noch im großen deutlicher bemerkbar: es kann vom Mutterlande abgeſchnürt werden. Militäriſche Kräfte ſtehen den Feinden genug zur Verfügung. Die Polen legen jetzt ſtarke Kräfte die geſamte ſchleſiſche Grenze entlang. In Neu-Sander und Krakau befinden ſich ſtarke Rekrutendepots, in Krakau iſt zugleich eine erhebliche Fliegerſchule. Die Polen haben wie die Tſchechen genug Kriegsmaterial; unſer ſchmählicher Rückzug, die Überlieferung der Feſtung Poſen hat dafür geſorgt. Wir müſſen nicht nur mit einem tſchechiſchen, ſondern einem kombiniert tſchechiſch-polniſchen Angriffe rechnen.

Fortgeſetzt fühlen die Tſchechen an der ſchleſiſchen Grenze entlang vor. Seien wir auf der Wacht! Wahrſcheinlich haben die Tſchechen ſchon feſte Abmachungen in den Händen. Es brauſt kein deutſches Land auf wie eine Sturmflut, wenn ſie in ſeltener Unverſchämtheit rein deutſche Gebiete wie die Grafſchaft Glatz, wo ſie wohl die ſtattlichen Bäder locken, für ſich fordern. Das Gefühl für Schande und Ehrloſigkeit beſteht ſcheinbar in Deutſchland nicht mehr. Die Tſchechen wiſſen Beſcheid, ſie wiſſen, daß z. B. in Schleſien gearbeitet wird, daß aber die anderen Landesteile gleichgültig daneben ſtehen und ſich ſelbſt zerfleiſchen. In allen Orten Schleſiens werden jetzt Vertrauensausſchüſſe gebildet, die den leitenden Stellen behilflich ſind, eine ſtarke ſichere Truppe zu gründen, die wachſam die tſchechiſche Gefahr neben der polniſchen und bolſchewiſtiſchen im Auge behalten. Durch die deutſchen Gaue kann nur immer wieder der Ruf geworfen werden: helft den Brüdern in der Oſtmark! Nur die Tatſache, daß die Tſchechen alle deutſche Gaue auf ſcharfer Grenzwacht finden, wird ſie vor Raub abhalten. Schleſien hat allein 950 Kilometer Grenze zu ſchützen. Ohne ſtarke Hilfe ſind die Oſtmarken verloren.

Der Leipziger Generalſtreik

Von Prof. Dr. Walter Goetz (Leipzig)

Die Fiebererſcheinungen, von denen Deutſchland ſeit dem Herbſte geſchüttelt wird, erreichen in der Generalſtreiksidee ihren Höhepunkt. Sollte es wirklich gelingen, an einem Zeitpunkt alle Räder ſtillzulegen und zugleich den Angriff des öſtlichen Revolutionsheeres zu entfeſſeln, wie es für das Frühjahr geplant iſt, ſo wird jener endgültige Zuſammenbruch Deutſchlands verwirklicht, von dem Phantaſten träumen, daß er die Vorbedingung eines neu erſtehenden ſozialiſtiſchen Deutſchlands ſei. In ſolchem Gedankengang zeigt ſich der ganze Umfang der Erkrankung unſeres Volkes — wie könnte ſonſt jemand im Ernſt glauben, daß mit dem Abreißen aller Entwicklung, mit der Zerſtörung aller bisherigen Grundlagen unſeres Lebens ein neuer, beſſerer Zuſtand beginnen werde?

Die Männer des Leipziger Generalſtreiks ſind von ſolchen Ideen beherrſcht: aus der kapitaliſtiſchen Aſche ſoll der ſozialiſtiſche Phönix entſtehen. Der ſeltſame Glaube, ein Machtwort könne die Welt umgeſtalten, will ſich nicht anders als durch die Wirklichkeit ad absurdum führen laſſen. Der Leipziger Generalſtreik war eine ſolche Wirklichkeit, aus der die radikalen Elemente lernen könnten, wenn anders ſie dazu überhaupt geneigt wären. Denn das Ergebnis dieſes Generalſtreiks war eine glatte Niederlage — es hat ſich gezeigt, daß gerade das Aufgebot der äußerſten proletariſchen Kampfmittel auch auf der anderen Seite eine Kraft des Widerſtandes hervorruft, die das Gleichgewicht ſofort wiederherſtellt. Der elftägige Leipziger Kampf darf als ein bisher vielleicht noch kaum dageweſenes Muſterbeiſpiel gelten, was der Generalſtreik vermag und wo ſeine Schranken ſind.

Kürzere und örtliche Generalſtreiks waren vorausgegangen, als in den letzten Tagen des Februar auf einem breiten Streifen Mitteldeutſchlands ein Hauptſchlag geführt werden ſollte: Das Programm der Leipziger Unabhängigen lautete auf Sturz der Reichsregierung und Einführung des Räteſyſtems. Gelang es, Weimar völlig zu iſolieren, vielleicht ſogar den Generalſtreik bis an die Pforten der Nationalverſammlung und der Miniſterhotels heranzutragen, ſo ſchien die Hoffnung auf den Zuſammenbruch von Regierung und Notverfaſſung gegeben. Das mitteldeutſche Kohlengebiet war bereits ſeit Monaten in dauernder Unruhe — hier war es verhältnismäßig leicht, die Arbeiterſchaft mit fortzureißen; und Induſtriezentren wie Halle und Leipzig in Aufruhr zu bringen, iſt in der Gegenwart keine allzu große Kunſt. Die Führer der Bewegung legten, um Weimar abzuſchneiden, den Hauptwert auf Generalſtreik an allen Bahnknotenpunkten: in Gotha, Erfurt, Nordhauſen, Halle, Bitterfeld, Weißenfels, Zeitz mußten die Eiſenbahner den Verkehr ſtillegen, damit weder Truppenverſchiebungen noch ſonſtiger Verkehr der Generalſtreiksidee Abbruch tun könnten. Inſofern war der Plan großzügig angelegt; nur den Ausgang Weimar—Gera—Chemnitz—Rieſa—Berlin vermochte man nicht zu ſperren — auf dieſer Umwegsſtrecke ſind die Parlamentszüge anſtandslos gefahren, als jeder andere Verkehr ſtillgelegt war.

Die allgemeinen Ausſtände in den einzelnen Orten waren nicht minder umfaſſend angelegt: in Leipzig wurden bei Ausbruch des Kampfes nicht nur alle Fabriken und Verkehrsmittel, ſondern auch Gas und Elektrizität geſperrt, ſo daß mehr als 600 000 Menſchen elf Tage lang ohne alles das waren, was man heute als ſelbſtverſtändliche Notwendigkeiten jeder Großſtadt anſieht. Elf Tage lang zu Kerzenlicht (an dem doch ſelber wieder ſtärkſter Mangel war), zu mangelhaftem Kochen, zu zeitraubenden Wanderungen verurteilt zu ſein, ſtellt harte Anforderungen an die Geduld der Bevölkerung; Kohlenmangel und Nahrungsmittelknappheit ſtiegen von Tag zu Tag, die Gaſthäuſer, die abends ſo wie ſo aus Lichtmangel geſchloſſen werden mußten, ſchloſſen mehr und mehr auch über Tag, weil ſie den Betrieb nicht aufrecht erhalten konnten.

Der Plan des Generalſtreiks war mit brutaler Tatkraft angelegt; aber trotzalledem kam er nicht zum Ziele. Poſt, Telegraph und Telephon in den Kampf hineinzuziehen, gelang nicht: die Beamten lehnten in allen ihren Schichten den Generalſtreik beſtimmt ab. Die Führer der Unabhängigen waren aber zudem der Maſſen nicht in dem Maße gewiß, wie es zum erfolgreichen Kampfe notwendig geweſen wäre. Bei der Abſtimmung über den Generalſtreik gaben von etwa 130—150 000 Leipziger Arbeitern nur 40 000 ihre Stimme ab: 33 000 dafür, 5000 dagegen. Tatſächlich wollten Tauſende von Arbeitern nicht ſtreiken — ſie mußten bei Beginn des Kampfes erſt aus den Betrieben herausgeholt werden. Es fehlte alſo von Anfang an die allgemeine Kampfſtimmung, die den Sieg hätte vorbereiten können; ſie wurde freilich durch terroriſtiſches Eingreifen gegenüber allen Arbeitswilligen zu erſetzen verſucht. Und noch eine andere Vorausſetzung zum Siege fehlte: man hoffte, das ſtädtiſche und ſtaatliche Beamtentum als unfreiwillige Helfer zur Seite zu haben — verrichtete es ſeine Arbeit weiter, ſo blieb den Streikenden Nahrungsmittelverſorgung, Arbeitsloſenunterſtützung und aller notwendige Beamtenapparat erhalten.

Hier aber zeigte ſich der ſtärkſte Rechenfehler des Generalſtreiks: die Widerſtandskraft der bürgerlichen Bevölkerung war nach früheren Erfahrungen durchaus falſch eingeſchätzt. Günſtig lag es ja für die Leipziger Unabhängigen, daß die Mehrheitsſozialiſten am Orte ganz ohne Macht und ohne wirkſame Preſſe waren; die jahrelange Arbeit der „Leipziger Volkszeitung" hatte die Arbeiterſchaft ſo überwiegend radikaliſiert, daß die Gewerkſchaftsführer, ſoweit ſie ſich nicht freiwillig zu den Unabhängigen geſchlagen hatten, ebenſo ohnmächtig geworden waren, wie die alten Führer der Mehrheitsſozialiſten. Aber das Bürgertum — ihm glaubte man mit rückſichtsloſer Gewalt den Reſt von Mut nehmen zu können, der ihm etwa doch geblieben ſein ſollte. Zur allgemeinen Überraſchung (auch des Bürgertums ſelber!) erhob ſich aber gerade hier der ſtärkſte Gegner des ganzen Unternehmens.

Kurz nach dem Ausbruch der Revolution war in Leipzig ein Bürgerausſchuß gegründet worden, der gegenüber dem faſt ausnahmslos unabhängig geſinnten und dementſprechend regierenden Arbeiter- und Soldatenrat die Intereſſen der nicht-„unabhängigen" Einwohnerſchaft vertreten ſollte. Von 240 Vereinen und Körperſchaften der Stadt hatten ſich rund 200 hinter ihn geſtellt; politiſch neutral, zählt er alle großen Wirtſchaftsgruppen und auch die bürgerlichen politiſchen Parteien zu ſeinen Mitgliedern. Die Mehrheitsſozialdemokratie trat ihm nicht bei, obwohl ihr keinerlei grundſätzliches Hindernis bereitet worden wäre — Bürgervertretung mit Ausſchluß irgendwelcher Teile der Arbeiterſchaft zu ſein, lag ihm vollſtändig fern. Im allgemeinen war dieſer Bürgerausſchuß als die Vertretung aller nicht-„unabhängigen“ Kreiſe anerkannt, ohne daß doch eine ſichere Gewähr auf Gefolgſchaft beſtand — die Wahlzeit hatte alles aufs politiſche Gebiet gedrängt und man hörte manchen Zweifel an der weiteren Lebensfähigkeit des Bürgerausſchuſſes äußern.

Zufällig am Nachmittag des 26. Februar zu einer Vorſtandsſitzung verſammelt, erhielt der Bürgerausſchuß die Nachricht, daß am nächſten Morgen der Generalſtreik beginnen ſolle. Nach reiflicher Erwägung aller Schwierigkeiten beſchloß man, für den nächſten Mittag 12 Uhr den Gegenausſtand des Bürgertums zu proklamieren, obwohl dafür keinerlei Vorbereitung getroffen und nicht einmal die Möglichkeit einer allgemeinen Mitteilung gegeben war, denn es war ungewiß, ob am nächſten Morgen noch Zeitungen erſcheinen würden. Der Druck von Plakaten zeigte ſich als nicht mehr durchführbar, der Druck von Flugblättern durch private Helfer blieb als einzige Möglichkeit, denn man erfuhr, daß die Preſſefreiheit vom Gegner reſtlos unterdrückt werden ſollte. Zum Glück gelang es noch einigen Morgenblättern am 27. Februar zu erſcheinen; die von ihnen gebrachte Parole des Gegenausſtandes ging wie ein Lauffeuer durch die Stadt, und mittags 12 Uhr ſchloſſen die Mehrzahl der Kaufleute ihre Geſchäfte, ſchloſſen ſtaatliche und ſtädtiſche Ämter, höhere Schulen und Univerſität, und vor allem ſtellten die Ärzte und Apotheker ihre Tätigkeit ein. Durch das Beiſpiel anderer Städte war man in allen Kreiſen auf das Mittel des Gegenausſtandes hingelenkt worden; ausſchlaggebend war aber bei dieſem ſofortigen Zuſammenſchluß das Gefühl, daß es jetzt um Sein oder Nichtſein des Bürgertums gegenüber der radikalen Arbeiterſchaft gehe und daß die Entſcheidung bereits gefallen ſei, wenn man nicht in den Kampf eintrete. Die nächſten Tage brachten noch den Anſchluß eines Teils der Volksſchullehrer, die nach Schulen abſtimmten und ſich nicht durchgängig in einen Kampf ſtellen wollten, bei dem die Mitwirkung der Schulen nur eine moraliſche Bedeutung haben mußte. Doch konnten freilich Lehrer wie Beamte darauf hinweiſen, daß ihnen der Mangel an Licht und an Verkehrsmitteln, ſehr bald auch an Kohlen, die Ausübung ihrer Tätigkeit unmöglich mache. Die Beamten traten nach kurzem Zögern ebenfalls auf die Seite des Gegenausſtandes, ebenſo die Eiſenbahnbeamten, die von der Gegenſeite zuerſt lediglich in eine beſondere Lohnbewegung gelockt worden waren, dann aber, von den Unabhängigen ſich abwendend, durch die Verweigerung jeder Arbeit die von den Unabhängigen beabſichtigte Zufuhr von Lebensmitteln unmöglich machten. Nur die Poſt-, Telegraphen- und Telephonbeamten blieben der Neutralität unbedingt treu und verrichteten ihre Tätigkeit, ſoweit ſie möglich war, weiter.

Es trat alſo am 27. Februar der Zuſtand ein, daß in der Tat beinahe alle

Räder ſtillſtanden — wer die Stadt verlaſſen wollte, fand erſt in etwa drei Stunden Entfernung die Möglichkeit zur Bahnfahrt, das Bild, vor allem der inneren Stadt, glich mit den geſchloſſenen Läden einem ſtändigen Feiertage — nur die Lebensmittelgeſchäfte waren auf beiden Seiten vom Ausſtand ausgenommen worden und ſie verkauften, ſolange ſie noch etwas hatten, täglich freilich mit geringerem Angebot. Einige Autos und Droſchken fuhren, ſonſt ſah man nichts als Fußgänger; abends ſtockdunkle Straßen und ſpärlich erleuchtete Fenſter. Täglich Verſammlungen und Demonſtrationen, eine zunehmende drohende Haltung der ſtreikenden Arbeiter — durch den Hinweis auf ſonſt unvermeidliche Plünderungen erpreßte die Streikleitung vom Oberbürgermeiſter der Stadt 400 000 Mark, die zum Teil zur Arbeitsloſenunterſtützung, zum Teil zur Befriedigung von Streikenden verwandt wurden; 50 000 Mark davon unterſchlug ein Zuchthäusler, dem man die Verwaltung dieſes Geldes übertragen hatte! Im Großen wurde die Ordnung gewahrt — ſie kam erſt in den letzten Tagen ins Wanken, als zur Abwehr der gefürchteten Regierungstruppen die unabhängige Arbeiterſchaft bewaffnet wurde — die Sicherheit von Leben und Eigentum begann an einem Faden zu hängen. Doch kam es, wie vorher nur zu einigen wenigen Plünderungen, auch jetzt nur zu harmloſen nächtlichen Schießereien, zur zweckloſen Beſchießung einzelner Villen und zu unzähligen Beläſtigungen des Publikums durch die ſogenannte Sicherheitswehr und ihre bewaffneten Helfer aus dem Arbeiterſtand. Es ſei aber ausdrücklich anerkannt, daß der geſunde Sinn der Bevölkerung auf beiden Seiten die Oberhand behielt und Gewalttaten auszuſchließen vermochte.

Fern von jedem Rechte war aber das Verhalten der unabhängigen Streikleitung. In wilden Formen übte ſie eine Gewaltherrſchaft aus, die nur mit dem Worte Terror hinreichend gekennzeichnet werden kann. Sämtliche Zeitungen wurden unterdrückt, auch die mehrheitsſozialiſtiſche „Freie Preſſe"; die „Leipziger Volkszeitung" zwang in ſchonungslos kapitaliſtiſcher Ausbeutung das Publikum, ſich neue Nachrichten aus Stadt und Welt nur aus ihr zu holen. Auf eine Vorſtellung der Leipziger Zeitungsverleger erfolgte die Antwort: das Erſcheinen der bürgerlichen Preſſe ſei unnötig; man habe die Macht und werde ſie gebrauchen. Als der Bürgerausſchuß mit Flugblättern arbeitete, wurden die — meiſt ſtudentiſchen — Flugblattverteiler verhaftet, wo man ſie ergreifen konnte, die Verhafteten wurden in ſchändlichſter Weiſe mißhandelt und einzelne während ihrer Gefangenhaltung zu Arbeiten wie Reinigen der Bedürfnisanſtalten der Wachen gezwungen. Der Amtshauptmann des Bezirks Leipzig wurde verhaftet und von drei Bewaffneten durch die Stadt zum Polizeiamt geführt; gegen den Vorſitzenden und gegen den Geſchäftsführer des Bürgerausſchuſſes wurden Haftbefehle erlaſſen; der Direktor der Reichsbank, der Zahlungen verweigerte, wurde faſt eine Woche lang, ebenſo wie ſein erſter Beamter, in ſeiner Wohnung mit Hausarreſt belegt.

Die ſtaatlichen und ſtädtiſchen Beamten, die doch nur gleich den Arbeitern von ihrem Streikrecht Gebrauch machten, wurden mit Dienſtentlaſſung und Entziehung des Ruhegehalts bedroht und es fiel das naive Wort: gegen die Arbeiterſchaft zu ſtreiken, ſei nicht erlaubt! Mit allen Mitteln verſuchte man die Beamtenſchaft zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bringen, und wie man die Apotheken am dritten Tage gewaltſam öffnete und zur Arbeit zwang, ſo auch diejenigen Beamten, die mit Ausgabe der Lebensmittelkarten und mit Auszahlung der Arbeitsloſenunterſtützung betraut waren. In den Vororten wurden Ärzte mit Waffengewalt abgeholt und zu Kranken geführt — aber gerade der Widerſtand der Ärzte blieb unerſchütterlich. In den Kliniken war naturgemäß jede operative Tätigkeit infolge des Mangels an Elektrizität, Gas und Heizung unmöglich. In die Univerſität brachen bei Nacht 50 Bewaffnete ein, um nach einem angeblichen Waffenlager zu ſuchen!

Der Bürgerausſchuß hatte die Sammlung und Zuſammenhaltung ſeiner Anhänger nicht eben leicht. Nur durch heimlich gedruckte Flugblätter war eine Aufklärung der Bevölkerung möglich; aber die Druckorte wurden zum Teil vom Gegner entdeckt, die Flugblattverteiler verhaftet und Tauſende von Flugblättern immer wieder „beſchlagnahmt". Die Geſchäftſtelle des Bürgerausſchuſſes wurde vom Gegner militäriſch beſetzt und verſiegelt — die Streikleitung der Unabhängigen, in Perſonalunion zugleich Arbeiter- und Soldatenrat, machte ſich zur ſtaatlichen Behörde und erließ ihre amtlichen Verordnungen. So wurde von ihr in der zweiten Hälfte der Kampfzeit eine Art Belagerungszuſtand über die Stadt verhängt: nach 9 Uhr abends durfte niemand mehr ohne Ausweis die Straße betreten! Der Bürgerausſchuß blieb trotzdem in ſtändiger und ſogar täglich zunehmender Fühlung mit ſeinen Anhängern. Nicht nur, daß immer neue Tauſende von Flugblättern heimlich hergeſtellt und immer geſchickter verbreitet wurden, — auch in täglichen und an wechſelndem Ort veranſtalteten Zuſammenkünften gelangte man zum Austauſch und zur Paroleausgabe. Kamen bei der erſten Zuſammenkunft etwa 100 bis 200 Perſonen, ſo waren es an den letzten Tagen wohl 1500 bis 2000, und die Geſinnungsgemeinſchaft und der Mut zum Ausharren ſtärkte ſich von Tag zu Tag — ſie ſtieg im Verhältnis zu den vom Gegner angewandten Gewaltmitteln.

Nach einer Woche wurden die erſten Zeichen ſichtbar, daß der Generalſtreik nicht zum Ziele kommen werde. Die Führer waren ſich nicht einig; eine radikalere Richtung hatte den früheren, klügeren Führer der Bewegung bei Seite geſchoben — von ihm nun kam die erſte Kritik, daß der Kampf verloren ſei. Die Maſſe der Arbeiterſchaft war ohne Freude am Streik, ſeit ſie erfahren hatte, daß auf Auszahlung der Löhne keine Ausſicht ſei, und unter dem Mangel an Gas, elektriſchem Licht und Kohle litt der Arbeiter genau ſo wie jeder andere. Es zeigte ſich, wie leicht beim Generalſtreik der Bogen überſpannt und den eigenen Anhängern Schaden zugefügt wird. Die Eiſenbahnbeamten weigerten zudem jede Gefolgſchaft; man hatte gehofft, daß ſie Milch und Lebensmittel in beſonderen Zügen der Stadt zuführen würden, aber ſie lehnten jede Arbeit ab, und ſo traf vor allem der Milchmangel die Arbeiterbevölkerung aufs härteſte. Da die Banken jede Zahlung verweigerten, ſo fehlte das Geld für Arbeitsloſen- und Streikunterſtützung. Der Ausſtand der Ärzte zeigte ſich zudem als eine höchſt wirkſame Waffe — die Kranken ſchoben die Schuld dem Generalſtreik und nicht den Ärzten zu, da vor allem in den Kliniken die tatſächliche Behinderung offen zutage lag. Man mußte zugeben, daß man die Widerſtandskraft des Bürgertums unterſchätzt habe; war es auch nicht möglich, die Kleinläden der Vorſtädte durchgängig zum Schließen zu bringen, ſo gab es doch genug kleine Kaufleute, die im Gegenausſtand tapfer verharrten und das wirtſchaftliche Leben zum Stillſtand brachten. Die Nachrichten von auswärts konnten, trotz aller Entſtellung durch die „Leipziger Volkszeitung“, den Mut der Unabhängigen nicht heben: im Kohlengebiet ſüdlich von Leipzig wurde die Arbeit ſchon nach einer Woche wieder aufgenommen, Halle wurde von Regierungstruppen beſetzt. Weimar trat nicht in den Generalausſtand ein. So löſte ſich die große Abſicht in Teilkämpfe aus. Und ſo verſchwand in Leipzig in der zweiten Kampfwoche die Parole vom Sturz der Reichsregierung und vom Räteſyſtem, und die Forderung von Betriebsräten trat im Rückzugsgefecht an die Stelle. Als der ſächſiſche Miniſter des Innern in dieſer Hinſicht eine gewiſſe Zuſage machte, benutzte man ſie mit höchſtem Eifer und brach unter dem Vorwand eines Teilerfolges am 10. März nach elftägiger Dauer den Generalſtreik ab. Der Verſuch, von den Leipziger Induſtriellen durch Verhandlung in Sachen der Betriebsräte Zugeſtändniſſe zu erzielen, ſchlug völlig fehl — ſo begnügte man ſich mit der Zuſage eines Miniſters, an deſſen Unzuſtändigkeit in einer Reichsangelegenheit kein Menſch im Zweifel ſein konnte. Daß dieſer Miniſter — der ganz linksſtehende Mehrheitsſozialiſt Schwarz — ſeine Vermittlung in Leipzig, zu der ihn die ſächſiſche Regierung aufgefordert hatte, ſo auffaßte, daß er *nur* mit den Unabhängigen verhandelte, daß er ſich ſachlich ganz auf ihre Seite ſtellte, daß er den Beamten das Streikrecht abſprach und jedes Gefühl dafür vermiſſen ließ, daß gerade wir andern *für* die Regierung kämpften, ſei nebenbei erwähnt — ein ſolcher Vorgang läßt erkennen, wie weit wir noch von neuer Staatsautorität und von miniſteriellem Pflichtgefühl entfernt ſind.

Der Zuſammenbruch des Leipziger Generalſtreiks hat gezeigt, daß die ſchärfſten Waffen doch nicht die ſtärkſten ſind, und daß ſich Bürgertum und Mehrheitsſozialiſten nur auf ihre Kraft zu beſinnen brauchen, um ſolche Kämpfe ſiegreich zu beſtehen.

Bayern

Von Alwin Saenger (München), Mitglied d. bayer. Landtages

Unſer Mitarbeiter A. Saenger, Mitglied der mehrheitsſozialiſtiſchen Fraktion der bayeriſchen Landesverſammlung, ſtellt uns die nachfolgende Charakteriſtik der politiſchen Situation Bayerns, wie ſie ſich für die jetzt führende Partei darſtellt, zur Verfügung.

München, den 19. März 1919

Habemus papam! Nach einer regierungsloſen Zeit von 25 Tagen hat Bayern wieder eine Regierung, die Vorausſetzung und Grundlage jeglicher ſtaatlichen Ordnung. Daß wir über drei Wochen in einem chaotiſchen Fortwurſteln dahinleben konnten, ohne völlig zuſammenzubrechen, iſt zum guten Teil wohl auf das dynamiſche Geſetz zurückzuführen, daß eine jede Maſchine nach Abſtellung des treibenden und leitenden Kraftſtromes noch eine gewiſſe Zeit bis zum völligen Stillſtand ſelbſttätig läuft. Die durchaus paſſive Natur des ſüdlichen Bayern, die die Signatur vornehmlich der Hauptſtadt iſt, mag ein übriges getan haben, um das vollendete Chaos eines Bürgerkrieges zu verhindern. Dieſe Paſſivität des nationalen Charakters im bayeriſchen Süden macht es wohl auch verſtändlicher, wie dieſes Volk der Ur-Bayern ſo lange nicht erkennen wollte und konnte, daß ſich ihnen in der Hauptſtadt des Landes Führer aufdrängten, die, von fremder Stammes- und Weſensart, der reinſte Hohn auf bayeriſche Verhältniſſe, bayeriſches Denken und Fühlen, bayeriſche Charakterveranlagung ſind. Ich glaube — in allem Ernſt geſprochen —: an dieſer weltgeſchichtlichen Poſſe, daß ſich Preußen und Landsleute aus Galizien als bayeriſche Partikulariſten im Kampfe gegen die ſozialiſtiſche Reichsregierung aufſpielten und die Führung des Landes an ſich zu reißen ſuchten, iſt pſychologiſch die eingeborene Freude an den Tollheiten des irdiſchen Münchener Karnevals nicht ganz unſchuldig. Aber München iſt nicht Bayern. Hätte die ratloſe Räteregierung in der Hauptſtadt noch länger ihre gänzliche politiſche Hilfloſigkeit vor dem Lande geoffenbart, ſo wäre zweifellos gegen dieſen Münchener Partikularismus das übrige Bayern zu Felde gezogen. In dieſen Zeiten des Streits und Widerſtreits, der ermüdenden Erregung uferloſer Verſammlungsdebatten und perſönlichſter Auseinanderſetzungen, der Ungewißheit und Troſtloſigkeit gibt eines dem geſchichtlich Gebildeten doch immer bald wieder das Gefühl politiſcher Sicherheit und Selbſtvertrauens: die unumſtößliche, durch die Geſchichte der Jahrtauſende erhärtete Wahrheit, daß nichts Naturwidriges dauernden, ja nur längeren Beſtand haben kann. Naturwidrig aber waren die Verhältniſſe in München nach den politiſchen Morden des 21. Februar wahrhaftig. Daß die neuen „Führer“ und Verfechter allerradikalſter Ideen in der Hauptſtadt dies nicht wahrnahmen, beweiſt ihre politiſche Unzulänglichkeit oder ihre politiſche

Unehrlichkeit. Als Wirkung der Münchener Zuſtände zeigten ſich im Lande Symptome, die auch heute noch nicht vollends verſchwunden ſind und auf einen ſtarken Willen, ſich von München abzuſondern, namentlich in Schwaben und Franken hinweiſen. Vornehmlich in Mittelfranken drohte eine ernſte Gefahr durch ſeparatiſtiſche Gelüſte. Wäre es nicht endlich gelungen, wieder geordnete Verhältniſſe zu ſchaffen, ſo würden wir binnen kurzem in München vollkommen iſoliert worden ſein, was vor allem Hungersnot zur nächſten Folge gehabt hätte. Es iſt von Bauernbündlern ſelbſt im Rätekongreß erklärt worden, daß das Land eine Räterepublik niemals anerkennen würde. Die Idee des „revolutionären" Bauern, wie ſie kindlich in ſo manchen Köpfen ſtädtiſcher, revolutionärer Ideologen ſpukt, iſt in einem agrariſchen Lande, wie Bayern, in dem der Bauernſtand zum größten Teile über geſicherten Eigenbeſitz verfügt und tiefgläubig chriſtlich geſinnt iſt, doppelt töricht. Vom 21. Februar ab gingen die Fleiſch- und Milchlieferungen nach München außerordentlich zurück; der Grund lag zweifellos in der politiſchen Konſtellation. Worte wie: „der närriſchen Geſellſchaft da drinnen (München) liefern wir nichts mehr, eh' nicht wieder Ordnung herrſcht" hat man auf dem Lande nicht vereinzelt gehört. Der „Fränkiſche Kurier" konnte vor wenigen Tagen eine Zuſchrift über „Franken und Altbayern" veröffentlichen, in der es u. a. hieß:

> „Geographiſch ſchaut Frankens Antlitz nach dem Weſten, dorthin weiſen ſeine Flüſſe und das angeſtrebte Kanalſyſtem. Von dort her kommt auch die Kohle — unſer Lebensnerv .... Bei aller Vorliebe einzelner für Weißwürſte und Wadelſtrümpfe iſt uns Franken der bayeriſche Charakter weſensfremd ..... Bayern iſt ein Kunſtprodukt aus einer Zeit, da Fürſtenkongreſſe Länder und Völker verſchacherten, München eine künſtliche Pflanze, gehegt und verhätſchelt durch Fürſtengunſt zum Nachteil der ſchaffenden Städte, beſonders Nürnbergs, Augsburgs uſw. ..... Wenn in München das Chaos ſo weiter geht, ſo gibt es für uns einen höchſt einfachen Ausweg: Wir gründen eine Republik Nordbayern, die die drei fränkiſchen Kreiſe und die Oberpfalz umfaßt .... München mag dann ſehen, wo es bleibe. München und Altbayern iſt auf uns und das übrige Deutſchland angewieſen, nicht umgekehrt."

Politiſche Auflöſung Bayerns, vollſtändige Iſolierung Münchens und Ernährungskataſtrophe für die Landeshauptſtadt, das alſo waren die drohenden, nächſtliegenden Folgen der ſogenannten „zweiten" Revolution. Dieſen Titel verdienen die Ereigniſſe nach den Mordtaten des 21. Februar nur in ſehr beſchränktem Maße. Denn einmal handelt es ſich doch nur um mehr oder weniger zufällige Geſchehniſſe, die nicht aus revolutionärer Notwendigkeit, ſondern lediglich aus dem Zufall eines fanatiſchen Verbrechens geboren wurden, dann aber trug die an Eisners Ermordung anknüpfende Geſtaltung der Dinge einen viel zu lokalen Charakter, entbehrte doch allzuſehr einer dem ganzen Lande eigentümlichen, aus einer geſchichtlichen Entwicklungsphaſe hervorbrechenden Bewegung, um ſich auch nur einigermaßen mit der weltgeſchichtlichen Bewegung der Novembertage meſſen zu können.

Der Politiker konnte den politiſchen Ereigniſſen gegenüber eine zweifache Stellung einnehmen: entweder — vulgär, aber deutlich geſagt — den Karren laufen laſſen, oder einen Ausgleich mit den Gegnern ſuchen. Andere Möglichkeiten beſtanden nicht. Zur erſteren Eventualität ſei bemerkt: die „Roßkur", alles laufen zu laſſen, hätte zweifellos den einen großen Vorzug gehabt, dem Volke in wenigen Wochen ſinnfälligſt zu beweiſen, welches Erdenglück eine Herrſchaft der kommuniſtiſchen und ſonſtigen überrevolutionären Staatsmänner den Volksmaſſen zu ſchaffen in der Lage wären. Die Theorie der revolutionären Phraſe wäre alsbald durch die Allgewalt des tatſächlichen Lebens als ein Narrenſpiel enthüllt worden. In den drei Wochen, in denen der Rätekongreß in München durch ein fruchtloſes Schwätzen, gegen das jedes bürgerliche Parlament noch als ein Eldorado der Tat erſcheinen muß, jegliche Negation poſitiv ſchaffender Arbeit vor dem ganzen Lande bewies, hat ſich dieſe Vertretung einer kleinen, zum großen Teil unter dem Einfluß landesfremder Agitatoren ſtehenden Minorität des Volkes ſo ſehr kompromittiert, daß man den gewaltſamen Unwillen des geſamten bayeriſchen Volkes alsbald erwarten durfte. Dies um ſo mehr, da ſich die Anarchiſten, Kommuniſten und Bolſchewiſten des Kongreſſes, in ideologiſcher Verhimmelung ihrer eigenen Tatkraft, den unfruchtbaren „Parlamentarismus" nicht genug ſchmähen konnten. Hätte man aber dieſes Radikalmittel des Selbſtmordes der revolutionären Demagogie gewählt, ſo wären die Opfer an Gut und Blut vorausſichtlich außerordentliche, ein vollkommener wirtſchaftlicher Zuſammenbruch bei der Unfähigkeit der Überradikalen unvermeidlich geweſen. Den Bürgerkrieg zu vermeiden und den Staat nicht an den Abgrund durch revolutionäre Tollheiten ſtürzen zu laſſen, mußte um ſo mehr als der richtigere politiſche Weg erſcheinen, da ein Ausgleich mit den Gegnern nicht völlig ausſichtslos erſchien, der Wunſch hiernach angeſichts der „ſchrecklichen, regierungsloſen" Zeit auf der Gegenſeite immer deutlicher zutage trat und die Dauer eines Abkommens nicht zu peſſimiſtiſch beurteilt werden brauchte.

So kam am 7. März 1919 nach langwierigen Vorverhandlungen unter der Führung von uns Mehrheitsſozialiſten zwiſchen unſerer Partei, einer Abordnung des Rätekongreſſes und der Unabhängigen Sozialdemokraten ſowie dem Bayeriſchen Bauernbund eine Vereinbarung zuſtande, der — wenn auch unter Proteſt — ſpäter die bürgerlichen Parteien ihre Zuſtimmung gaben. Dieſe Vereinbarung ermöglichte die Wiedereinberufung des Landtages zu einer kurzen, aber ſehr fruchtbringenden und bedeutungsvollen Tagung. Unter außergewöhnlichen Sicherheitsmaßnahmen trat die bayeriſche Volksvertretung Montag, den

17. März, wieder zuſammen. Sie tagte an zwei Tagen im ganzen drei Stunden. Was gemeinſamer Wille zur Arbeit und zur Wiederaufrichtung eines ſchwer darniederliegenden Landes vermag, beweiſt dieſe kurze Tagung des Parlaments. In den wenigen Stunden ſeines Beiſammenſeins hat es mehr geleiſtet für das Volk und für die Wiederaufrichtung des Staates, als der ſchwätzende Rätekongreß in Monaten zuwege gebracht hätte. Die Wirkung dieſer arbeitsreichen Stunden wird ſich im bayeriſchen Volke ſicherlich zeigen. Wichtigſte Geſetze, die geſetzgeberiſche Notwendigkeiten im Geiſte der deutſchen Revolution feſtlegten, wurden einſtimmig von der Volksvertretung angenommen. Die Familienfideikommiſſe, die adeligen Stamm- und Hausgüter ſowie Familiengüter, die im Erbverbande ſtehen, ſind aufgehoben, die verliehenen Lehen aufgelöſt worden. Durch die einſtimmige Annahme eines Übergangsgeſetzes wurde Ordnung in das Durcheinander der Revolutionsgeſetzgebung gebracht. Der bayeriſche Adel hatte einen parlamentariſchen Todeskampf von zweiundzwanzig Sekunden zu beſtehen; er exiſtiert nicht mehr. Das vorläufige Staatsgrundgeſetz des Freiſtaates Bayern, ein Vermächtnis Kurt Eisners, fand einſtimmige Annahme. Ebenſo wurde erledigt ein Notgeſetz über die Weiterführung des Staatshaushaltes, das einigermaßen Überſicht über die Finanzen des Volksſtaates Bayern bringt. Endlich wurde das nächſt dem Verfaſſungsentwurf wichtigſte Geſetz über die Ermächtigung der Regierung zu geſetzgeberiſchen Maßnahmen einſtimmig angenommen. Um ſchnellſte, reibungsloſe, erkennbare Arbeit zu leiſten, hat der Landtag der ſozialiſtiſchen neuen Regierung weitgehende legislative Berechtigung zur Durchführung dringender ſozialer Maßnahmen erteilt. Dieſe beziehen ſich vor allem auf die Schaffung eines umfaſſenden Selbſtverwaltungsrechts, auf die Sozialiſierung der Bergwerke und Waſſerkräfte, auf die Fortbildung des ſozialen Arbeiterrechts, die Schaffung kleinbäuerlicher Anſiedlungen zur Bekämpfung des Großgrundbeſitzes und der Wohnungsnot, auf eine großzügige Löſung der Arbeitsloſenfrage und die Schaffung einer freiwilligen Volkswehr mit gleichzeitiger Auflöſung des ſtehenden Heeres. Die Mitwirkung der Volksvertretung an neuen, größeren Geſetzen und an der Verwaltung der Staatsgeſchäfte iſt durch die Einſetzung zahlreicher Ausſchüſſe ſichergeſtellt. Der bayeriſche Landtag, der eine wirkliche, auf Grund des freieſten Wahlrechts der Welt zuſammenberufene Volksvertretung darſtellt, hat den Vielrednern des Rätekongreſſes deutlich gezeigt, wie man zum Wohle des Landes arbeiten muß. Durch dieſe zweitägige, arbeitsreiche Tagung der bayeriſchen Volksvertretung iſt der bayeriſche Rätekongreß in ſeiner jetzigen Zuſammenſetzung von ſelbſtgewählten Delegierten, Zufalls-Revolutionären und jugendlichen Akademikern noch unmöglicher geworden, wie er es ſchon war.

Dem Rätegedanken ſelbſt, der eine große geſchichtliche Wahrheit enthält, haben wir damit keineswegs ein Urteil geſprochen. Der eigentliche Kern dieſes Rätegedankens iſt der durchaus berechtigte Wille des Volkes, ſelbſt zu regieren in der Form der Selbſtverwaltung. In Gemeinde, Diſtrikt, Kreis und Zentralſtelle will und muß die lebendige Kraft der arbeitenden Klaſſen zur Erledigung aller gemeindlichen und ſtaatlichen Geſchäfte mit herangezogen werden. Die Vorausſetzung iſt ſelbſtverſtändlich für jeden Demokraten, daß jeder ehrlich Schaffende in der Räteorganiſation zu Wort kommen kann. Von dieſem Geſichtspunkt aus iſt denn auch jene obengenannte Vereinbarung vom 7. März 1919 geleitet. Sie hat ausgeſprochen, daß in den Vertretungen der Gemeinde, Bezirke, Kreiſe und ſtaatlichen Behörden den Räten das Recht der praktiſchen Mitarbeit durch Abordnung in dieſe Körperſchaften zuſteht. Im Miniſterium des Innern wird ein Referat für die Räteorganiſation errichtet. Gleichzeitig betont aber auch jene Vereinbarung, daß die Neuwahlen der A.u.B.-Räte alsbald nach den Grundſätzen der Verhältniswahl in ganz Bayern vorzunehmen ſind.

Das neue ſozialiſtiſche Miniſterium ſteht vor der ſchwierigſten Aufgabe, die je eine Regierung zu löſen hatte. Gelingt ihr die Löſung — und es beſteht hierfür berechtigte Hoffnung — ſo werden auch die Stürme künftiger kommuniſtiſcher Putſche, die nicht ausbleiben, überwunden werden. Nötig hierzu iſt vor allem eine befriedigende Löſung der Rätefrage, und auch hier beſteht Hoffnung, daß zur Zufriedenheit der arbeitenden Maſſen der Stand der geiſtigen und körperlichen Arbeiter zur vollkommenſten politiſchen Geltung gelangen wird. Wir ſind in Bayern bis jetzt in der Rätefrage andere Wege gegangen als die Regierungen der Bundesſtaaten und die Reichsregierung. Ich glaube, daß wir einer Löſung näher ſind, als die anderen Staaten. Und es erſcheint nicht unwahrſcheinlich, daß die unſerem bayeriſchen Volke eingewurzelte Demokratie Vorbilder ſchafft, die erſt ſpäter auch von anderen als richtig anerkannt werden.

Für uns Sozialiſten iſt es eine traurige Genugtuung, daß wir in dieſen Zeiten berufen ſind, unſer Land vor dem Untergang zu bewahren. Welcher Wandel der Zeiten von dem Schimpf über uns „vaterlandsloſen Geſellen" bis zum ſozialiſtiſchen Miniſterium dieſer Tage. Die Männer, denen unſer bayeriſches Vaterland jetzt anvertraut wurde, ſind in der parteipolitiſchen Bewegung bekannt; bekannter noch mögen ſie durch ihre guten Taten werden. Der Miniſterpräſident Hoffmann, früher Lehrer in der Pfalz, iſt ein außergewöhnlich klarer Kopf. Mit aufrichtigſtem Bedauern ſieht man aus dem Juſtizminiſterium meinen trefflichen Parteifreund Johannes Timm ſcheiden, deſſen Geſundheit in den letzten Wochen ſchwer gelitten hat. Eine Folge jener fluchwürdigen Attentate des 21. Februar iſt, daß Erhard Auer, von der Kugel des Mörders getroffen und auf ſchweres Krankenlager geworfen, ſein Miniſteramt niederlegen mußte und auf ſehr lange Zeit hinaus dem politiſchen Leben entzogen ſein wird.

Das Miniſterium Eisner-Auer wird einſt eine eingehende geſchichtliche Darſtellung erfahren. Die Worte, die Miniſterpräſident Hoffmann in der geſtrigen Kammerſitzung für die beiden Führer ſprach, zeichnen ihr Charakterbild vollendet: Eisner, eine Sehernatur von rückſichtsloſem, faſt fanatiſchem Wahrheitsdrang, auch als Politiker ein Dichter, Auer Organiſator, aber nicht der plötzlichen Umwälzung, ſondern der langſamen Entwicklung und zielklaren, energiſchen Arbeit. Weil Erhard Auer, aus dem Arbeiterſtande emporgeſtiegen, von der Hand eines Arbeiters niedergeſtreckt wurde, war jene fürchterliche Szene vom 21. Februar im Landtagsſaale für jeden nicht Vertierten ſo unſagbar erſchütternd und niederdrückend. Daß dieſe Tat, deren Begleitumſtände von beiſpielloſer Roheit waren, unter Arbeitern ein Bravo auslöſen konnte, daß dieſe dreifachen Mörder ſich der Protektion derer erfreuen durften, die für eine beſſere Welt, eine edle Menſchlichkeit zu kämpfen vorgeben, zeigt, daß erſt zaghafte Anfänge wirklicher Kultur der Erde ihr ſchwaches Licht ſchenken. Aber nun, da wir doch wieder die Kraft zur Neuordnung in unſerem engeren Vaterlande fanden, wollen wir uns nicht dem Zweifel hingeben, ſondern glauben, daß es ein endliches „Aufwärts“ gibt.

Die Verſklavung Deutſchlands

Ein amerikaniſcher Statiſtiker hat kürzlich berechnet, wieviel Tage im Jahre fortab der einzelne Bürger arbeiten muß, um die Kriegskoſten zu verzinſen. Für Deutſchland kommt er dabei zu dem Ergebnis, daß 100 Tage im Jahre dazu nötig ſeien. Dieſe Annahme war wohl noch zu günſtig, denn ſie geht von einem Nationalvermögen aus, wie wir es vor dem Kriege hatten und ſtellt auf der anderen Seite anſcheinend manche indirekte Kriegslaſten, wie etwa die Schulden der Gemeinden und die Verpflichtungen gegenüber den Kriegsinvaliden nicht voll in Rechnung. Nun iſt dieſes Reſultat ſchon an und für ſich troſtlos genug. Es würde eine Löſung nur dadurch möglich ſein, daß man durch ſehr kräftige Vermögensabgaben die feſten Laſten möglichſt ſchnell verringert. Nun kommen aber zu dieſen Laſten noch die Anforderungen unſerer Feinde. Im Augenblick der Niederſchrift dieſer Zeilen ſind nur halboffiziell Pläne der Entente veröffentlicht worden, und dieſe genügen ſchon, um zu zeigen, bis zu welchem Grade des Wahnſinns man in den Kreiſen unſerer Feinde gekommen iſt und wie der Ausſpruch Fochs, man dürfe Deutſchland die Hand nicht von der Gurgel laſſen, offenbar den Beifall weiter Kreiſe in England und Frankreich findet. Wir wollen hier nicht von dem etwas unklaren Projekt ſprechen, Deutſchland jährlich 10 bis 15 Milliarden Tribut aufzuerlegen, ſondern uns an den Plan halten, den ſoeben die „Morning Poſt“ veröffentlicht, ein Blatt, deſſen finanzieller Teil Anſpruch darauf erheben kann, ernſtgenommen zu werden. Es ſpiegelt ſich hier gewöhnlich die Anſchauung des chauviniſtiſchen Teils der Londoner City wieder. Dort wird folgender Plan zur Verſklavung Deutſchlands aufgeſtellt: Alles in allem müßten 10 Milliarden Pfd. Sterl. (das ſind alſo nach dem alten Währungsverhältnis etwa über 200 Milliarden Mark, nach dem heutigen Währungsverhältnis etwa 450 Milliarden Mark) von Deutſchland entrichtet werden. Es ſei nun ein Unding anzunehmen, daß Deutſchland zahlungsunfähig ſei. Es käme nur darauf an, die Sache richtig anzupacken. Vorweg könne man ja die nach engliſchen Behauptungen noch vorhandenen 1200 Millionen Pfd. Sterl. ausländiſcher Guthaben Deutſcher beſchlagnahmen. Dann aber beginnt erſt der eigentliche Finanzplan, und der iſt wie folgt:

Deutſchland ſei ſehr wohl imſtande, alljährlich 750 Millionen Pf. Sterl. (alſo ſelbſt nach dem alten Währungsverhältnis 5 Milliarden Mark) aufzubringen. Davon ſoll vorweg ein Drittel dazu dienen, um die Kriegsentſchädigung an die Entente zu zahlen. Den Reſt könne Deutſchland für eigene Zwecke verwenden. Nun ſei es freilich nicht denkbar, daß bei der heute ſchon ſehr ſtark entwerteten Valuta Deutſchland in der Lage wäre, dieſen jährlichen Tribut von 250 Millionen Pfd. Sterl. an ſeine Feinde zu zahlen. Deshalb werde man für die erſten fünf Jahre das Geld in Deutſchland belaſſen und es dort an Städte und induſtrielle Unternehmungen mit hypothekariſcher Sicherheit ausleihen. Auf dieſe Weiſe hätten die Alliierten nach fünf Jahren in Deutſchland Guthaben von 1250 Millionen Pfd. Sterl. In den nächſten fünf Jahren würde dann die Hälfte des Tributs, für die natürlich eine beſondere Sicherheit zu ſchaffen wäre, an das Ausland gehen; der Reſt bliebe wieder in Deutſchland. Während der folgenden fünf Jahre müßte dann Deutſchland jährlich 300 Millionen Pfd. Sterl. tatſächlich bezahlen, ſo daß nach 15 Jahren die Alliierten 5300 Millionen Pfd. Sterl. erhalten hätten, und zwar 3375 Millionen Pfd. Sterl. in bar. Der Reſt wäre in Deutſchland angelegt. So würde die Tributzahlung weitergehen, bis ſchließlich alles auf Heller und Pfennig bezahlt ſei. Selbſt die „Morning Poſt“ ſieht ein, daß mit dieſen Plänen gewiſſe Gefahren verbunden ſeien, da das deutſche Volk ja ſchließlich gegen dieſe ſchweren Steuerlaſten revoltieren könne, aber mit dieſer Gefahr ſei ohnehin zu rechnen. Im übrigen gäbe es ja hierfür einen ſehr guten Schutz und das ſei der Völkerbund; denn erſt wenn Deutſchland ſeine Verträge bis zum letzten Punkt erfüllt habe, habe es Ausſicht, in dieſe Liga aufgenommen zu werden.

Man ſoll ſich davor hüten, derartige Pläne allzu leicht zu nehmen und etwa zu glauben, es handle ſich nur um die Stimme einer einzelnen, unmaßgeblichen Seite. Das Gegenteil iſt der Fall. Tatſächlich wird mit ähnlichen Ideen allenthalben drüben gerechnet, und man hat in dieſen Berechnungen immer das Gegenſtück deſſen zu erblicken, was bei uns die wildgewordenen Militariſten und Alldeutſchen etwa vor einem Jahre propagiert haben. Damit wird freilich der Gedanke nicht vernünftig, denn er enthält geradezu groteske Rechenfehler. So gibt beiſpielsweiſe die Morning Poſt ohne weiteres zu, daß ihr Plan eine ſtarke Gefährdung für die deutſche Kriegsanleihe mit ſich bringe. Das ſei aber die gerechte Strafe für die deutſchen Verbrecher uſw.

Man ſcheint ganz zu vergeſſen, daß die Gefährdung des innerdeutſchen Zinſendienſtes, wie man ſie mit einem Federſtrich plant, ſelbſtverſtändlich auch die Gefährdung jeglicher Anſprüche der Entente an uns in ſich birgt; denn in dem Augenblick, in dem die Kriegsanleihe ernſtlich bedroht iſt, iſt der völlige Zuſammenbruch unſerer Wirtſchaft, vor allem unſeres Finanzgebäudes, gar nicht aufzuhalten. Es wird dann nicht nur faſt jeder Kapitaliſt dem Ruin anheimfallen, ſondern auch der geſamte Mittelſtand und die Arbeiterſchaft, da ja gerade dieſe Stände direkt und namentlich auch indirekt durch die Sparkaſſen, Genoſſenſchaften uſw. ihre Exiſtenz auf der Sicherheit der Kriegsanleihe aufbauen. Aber ganz abgeſehen davon können ja derartige Rechnungen nicht wie eine mathematiſche Gleichung gelöſt werden. Es ſind hier vielmehr Imponderabilien zu berückſichtigen, die man in London und Paris zu vergeſſen ſcheint, ganz abgeſehen von dem gar nicht auszudenkenden Ausmaß von Haß und Rachſucht, das ſich in Deutſchland gegenüber derartigen Grauſamkeiten anſammeln muß, wird kein deutſcher Unternehmer oder Arbeiter nur daran denken, ſich der ohnehin ſo außerordentlich ſchwierigen Aufgabe des Wiederaufbaues zu unterziehen, wenn er pour le roi de l'Angleterre und Herrn Poincaré arbeiten ſoll.

Hoffen wir im Intereſſe der Weltordnung, nicht etwa nur Deutſchlands, daß man auf der anderen Seite rechtzeitig erkennt, daß der jetzt beabſichtigte, geradezu wahnſinnige Druck bei uns einen Gegendruck auslöſen wird, deſſen Wirkungen dann gar nicht mehr einzudämmen ſind.

Linter.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 4. April 1919 * Heft 14

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Die Nähe des Rätekongreſſes macht ſozialdemokratiſche Miniſterpräſidenten nervös. Indem ſie auf Ludendorff und die Gegenrevolution hämmern, glauben ſie ſich ein Schild zu zimmern, das ſie gegen Richard Müller und dergleichen ſchützen ſoll. Die Angſt vor der Radikaliſierung der eigenen Wähler läßt ſie Geſpenſter ſehen. Nun iſt es ja gewiß nicht taktvoll, wenn allgemeine Volkskundgebungen, die der Regierung einen Rückhalt geben ſollen, von Deutſchnationalen zu Parteizielen mißbraucht werden; aber eine Regierung, die Wert darauf legt, ihren eigenen parteipolitiſchen Charakter ohne falſche Scham zu unterſtreichen, hütet ſich im eigenen Intereſſe, nicht in mimoſenhafter Empfindlichkeit zu ſchelten. Sie kann ſchlechterdings nicht verlangen, daß die rückhaltloſe Liebe und Begeiſterung, die ſie dem alten Regime verſagt hat, ſich nun in loyaler Fröhlichkeit um ſie verſammle.

*

Den „Bolſchewismus“ und die „Gegenrevolution“ bekämpft man erfolgreich weder mit dem „Geiſt“ (der ſich in Parlamentsreden verbirgt oder äußert) noch mit den berühmten „Taten“, die nach rechts und links taktiſche Zugeſtändniſſe ſind, ſondern ausſchließlich durch eine Politik, deren einziges Ethos eine anſtändige vaterländiſche Sachlichkeit iſt.

*

Die Feinde lehnen ein internationales Verfahren über Kriegsſchuld und ähnliches ab — für ſie ſind wir längſt überführt. Wir proteſtieren, daß jemand Ankläger und Richter in einem ſei. Dafür errichten wir einen eigenen Staatsgerichtshof. Sei's drum! Was ſoll damit erreicht werden? Eindruck auf die Entente machen wir auch nicht, denn die ſagt: wir ſeien Verteidiger und Richter in einem. Das Rechtsempfinden des Volkes verlange es, ſagt man. Uns ſchien es im weſentlichen nur ein Bedürfnis billiger Entrüſtungsdemagogie. Das Ende wird eine banale Groteſke ſein: daß die Juriſterei an der Tragik einer Weltkataſtrophe das Unwägbare von Entſchlüſſen und Verantwortungen in einem grauen Formeldeutſch zuſammenſchuſtert.

*

Lloyd George hat vor einiger Zeit auf Bitten Wilſons, Clemenceaus und Orlandos ſeine dringend benötigte Rückkehr nach London aufgeſchoben, um endlich den Friedensvertrag zuſtande zu bringen. Daß er damit den Bundesgenoſſen ein ſchweres Opfer gebracht hat, weil die innerpolitiſchen Verhältniſſe in England ſich immer mehr zuſpitzen, beweiſt auch die erſte Nachwahl zum Parlament. Zur größten Überraſchung hat die Oppoſition in einem Wahlkreis, wo ſie bei der Hauptwahl vor einigen Monaten völlig geſchlagen worden war, einen großen Wahlſieg davongetragen. Das erſte Zeichen, daß die Ernüchterung nach den Khakiwahlen bereits jetzt einzuſetzen beginnt.

*

„Was den Nordſchleswigern recht iſt, muß den Rheinländern billig ſein.“ Mit dieſen Worten tritt die „Kölniſche Volkszeitung“ für den Rheiniſchen Sonderſtaat ein. In der Hitze des Gefechtes ſcheint aber das Zentrumsblatt zu überſehen, daß es damit nicht nur die preußiſche Gemeinſchaft ablehnt, ſondern ſich außerhalb der deutſchen Volksgemeinſchaft ſtellt. Denn das Recht der Nordſchleswiger beruht ja gerade darauf, daß ſie nicht Deutſche, ſondern Dänen ſind. Dieſe Offenherzigkeiten des führenden Blattes der rheiniſchen Sonderbündeleien wird den Zentrumsleuten in der Nationalverſammlung, die den Vorwurf der mangelnden Deutſchgeſinnung mit Entrüſtung zurückwieſen, höchſt peinlich ſein.

*

In der Trübſal parlamentariſcher Langeweile wird zur vergnüglichen Oaſe eine kleine Unterhaltung, die der preußiſche Miniſter Heine mit ſeinem früheren „unabhängigen“ Kollegen geführt hat:

> Herr Roſenfeld fragt, warum der Adel noch nicht abgeſchafft iſt. Ich hatte die Abſicht, der Reichsregierung vorzuſchlagen, den § 360,8 des Strafgeſetzbuches aufzuheben, ſoweit er die unbefugte Führung des Adelsprädikats unter Strafe ſtellt. Für uns iſt der adlige Name ein Name wie jeder andere. Wenn dieſe Beſtimmung fällt, ja ſchon vorher, ſichere ich dem Abgeordneten Dr. Roſenfeld zu, er kann ſich ruhig von Roſenfeld nennen (ſtürmiſche Heiterkeit im ganzen Hauſe); damit iſt dann der Adel abgeſchafft. (Erneute große Heiterkeit; Zurufe rechts.) Ich werde eben darauf aufmerkſam gemacht, was dem Herrn Dr. Roſenfeld vielleicht nicht bekannt iſt, daß es eine ſehr vornehme Familie von Roſenfeld gibt. (Abermalige Heiterkeit.)

Polengefahr und Oſtpolitik

Von Dr. Paul Rohrbach

Es iſt deutlich geworden, wo die Hauptgefahr des Friedensſchluſſes für Deutſchland ſich politiſch verdichtet: im Oſten, Poſen, Weſtpreußen, Oberſchleſien. Die treibende feindliche Kraft iſt Frankreich. Sobald die Franzoſen ſich vorſtellen, daß ſie es nach dem Frieden mit einem Deutſchland zu tun haben werden, daß, wenn auch auf lange hinaus geſchwächt, ſo doch an Menſchenzahl bald doppelt ſo ſtark ſein wird als ſie, verlieren ſie vor Wut und Angſt die Beſinnung. Ihrem verzweifelten Willen, Deutſchland auf jede Weiſe zu verkleinern und für die Zukunft niederzuhalten, ſekundiert der größere und maßgebende Teil der öffentlichen Meinung in England. Beide Teile zuſammen bearbeiten energiſch die amerikaniſche Politik. Im Weſten, ſieht man ein, wird Entſcheidendes nicht zu erreichen ſein. Der Übergang von Elſaß-Lothringen an Frankreich verſchiebt das bevölkerungspolitiſche Schwergewicht nur wenig. Elſaß-Lothringen hatte vor dem Kriege knapp zwei Millionen Einwohner; ſeine Annexion würde alſo gerade ſo viel Menſchen an Frankreich bringen, wie Frankreich Männer durch den Krieg verloren hat. In Deutſchland ſummieren ſich umgekehrt der Verluſt des Reichslandes und der Männerabgang durch den Krieg, wir haben aber noch einen Vermehrungsauftrieb durch unſere Geburtenzahl. Sie ſinkt zwar gleichfalls, aber ſie iſt immer noch viel ſtärker als in Frankreich. Dazu kommt Deutſchöſterreich, deſſen Anfall nicht zu verhindern ſein wird. Auf die Dauer iſt es nicht einmal der Deutſchböhmens. Die Rheinbundpläne, die weſtdeutſche Republik uſw. bieten keine große Ausſicht. Auch wenn ſolch ein neuer Bundesſtaat auf Koſten Preußens und einiger kleinerer deutſcher Staaten ſich bilden ſollte, ſo iſt doch nicht daran zu denken, daß er je etwas anderes wird, als ein Stück Deutſchland.

Wo alſo kann das deutſche Land und Volk durchgreifend geſchädigt werden? Allein im Oſten, und zwar auf doppelte Weiſe: erſtens, indem man uns Gebiet nimmt, und zweitens, indem man einen feindlichen Nachbar damit ſtärkt. Wird Poſen, Stadt und Feſtung, polniſch, ſo hat das außerdem vom feindlichen Standpunkt aus den Vorteil, daß die Verteidigungslinie für das gegenwärtige politiſche Zentrum Deutſchlands ſo nahe an dieſes heranrückt, daß die deutſche Regierung von Oſten her direkt gefährdet iſt. Kommen Danzig, ein Stück Weſtpreußen und ein Teil der Küſte an Polen, ſo wird Oſtpreußen, das womöglich auch um Maſuren verkleinert zu denken iſt, abgeſchnürt und ſcheidet für alle kritiſchen Lagen als deutſcher Kraftfaktor aus. Mit Oberſchleſien würde Deutſchland eins ſeiner wertvollſten Kohle- und Eiſengebiete verlieren, das für die Verſorgung des deutſchen Oſtens und für die deutſche Induſtrie im ganzen unentbehrlich iſt. Dazu kommt die bedeutende Verringerung der Siedelungsflächen für die innere Koloniſation und des Spielraums für die deutſche Ernährung. Ohne Poſen und Weſtpreußen iſt das Ziel, Deutſchland in den wichtigſten Lebensmitteln annähernd auf ſich ſelbſt zu ſtellen, nicht mehr zu erreichen. Wir bleiben dann dauernd dem Ausland tributpflichtig und können nicht daran denken, durch geeignete Maßnahmen in der Landwirtſchaft unſere Zahlungsbilanz im internationalen Verkehr zu verbeſſern und der Gefahr zu begegnen, daß man uns künftig durch bloße Erneuerung der Hungerblockade wieder zu allem zwingen kann, was ein Völkerbund nach dem Herzen der Franzoſen und Engländer uns zumuten könnte.

Von welcher Seite man auch die Dinge betrachten möge: die Gefahr im Oſten iſt furchtbar, ſie iſt überhaupt die einzig furchtbare für uns auf dieſem Gebiet. Die Landung der polniſchen Armee in Danzig iſt das Ende Weſtpreußens, und ſetzen die Franzoſen hier ihren Willen durch, ſo haben ſie in der Tat die Vereinigung Deutſchöſterreichs mit dem übrigen Deutſchland wettgemacht. Gerade darum aber können wir gewiß ſein, daß ſie alles verſuchen werden, um ihr Ziel zu erreichen. Die Polen ſind für ſie die wertvollſten Verbündeten. Für die Zukunft müſſen wir mit einer heißen franzöſiſch-polniſchen Freundſchaft rechnen. Polen wird von Frankreich wirtſchaftlich unterſtützt, ſein Heer wird von Frankreich ausgebildet und bewaffnet, ſeine Feſtungen werden von Franzoſen, ſeine Flotte wird wahrſcheinlich von Engländern gebaut werden. Alles was polniſch iſt, wird mit franzöſiſcher Hilfe ſeine Organiſation zur Feindſchaft gegen Deutſchland erhalten. Um das ſo wirkſam zu tun, muß Polen ſo groß wie möglich ſein. Es muß nicht nur deutſche, ſondern auch litauiſche, weißruſſiſche, ukrainiſche Gebiete bekommen. Es muß militäriſch, ökonomiſch und kulturell ein Vorpoſten und Vertreter Frankreichs, ein „zweites Frankreich“ im Oſten werden. Man hofft auch auf kräftige polniſche Volksvermehrung, man hofft auf den polniſchen Geiſt, der dem deutſchen weſensfremd und mit ihm verfeindet, dem franzöſiſchen Weſen aber von altersher geöffnet iſt. Polen ſoll der Stein am Halſe Deutſchlands ſein, der uns endgültig hindert, uns aus der Lage eines halb Ertrinkenden zu erheben. Das zu erreichen kann der Entente in der Tat glücken, wenn ſie Weſtpreußen, Poſen und Oberſchleſien, vor allem aber das erſtere, polniſch machen.

Was ſollen wir Deutſche dagegen tun? Was können wir überhaupt tun? Nichts weiter, als uns auf unſer gutes Recht berufen und alle Folgerungen ziehen, die uns die gegenwärtige Lage gebietet. In den 14 Punkten Amerikas, die die Grundlage des Waffenſtillſtandes bilden, iſt für die polniſche Frage ausdrücklich ein billiger Ausgleich zugeſagt. Ein Blick auf die Nationalitäten- und Sprachenkarte von Mitteleuropa zeigt: Polen und Deutſche wohnen in der Gegend der bisherigen Oſtgrenze Deutſchlands ſo durcheinander, daß es unmöglich iſt, eine Trennungslinie zwiſchen ihnen zu ziehen. Soll die Linie ſo weit nach Weſten gelegt werden, daß ſie noch die letzten polniſchen Dörfer mit einſchließt, ſo kämen

Millionen von Deutſchen zu Polen, und würde ſie umgekehrt ſo weit nach Oſten geſchoben, daß alle Deutſchen politiſch zu Deutſchland gehörten, ſo würde Warſchau deutſch werden müſſen; im weſtlichen Polen leben mehrere hunderttauſend deutſche Bauern. Wo die Verhältniſſe ſo liegen, iſt es eben nicht anders möglich, als daß eine Anzahl Polen in die deutſchen und eine Anzahl Deutſche in die polniſchen Grenzen hineinkommt. Die Grenze muß ein billiger und gerechter Ausgleich zwiſchen beiden Völkern ſein; man muß ſich gegenſeitig darüber verſtändigen, das nationale Recht der Minderheiten zu achten, und man kann ſich vorbehalten, ſoweit das möglich iſt, auf eine langſame Verſchiebung der eingeſprengten deutſchen Teile nach Weſten, der polniſchen nach Oſten hinzuarbeiten. Sicher haben die Polen Anſpruch auf Verbindung mit dem Meere. Ihr Wohngebiet reicht aber nirgends bis an die See, ſondern es iſt von ihr überall durch einen geſchloſſenen deutſchen Bevölkerungsgürtel getrennt. Das gilt ſelbſt, wenn man die Kaſſuben mitberückſichtigt. Dieſe aber zu den Polen zu rechnen, iſt Unſinn. Es ſind im ganzen noch nicht 200 000 Menſchen, die keine eigene Kulturſprache haben, durch die deutſche Volksſchule gegangen ſind, im täglichen Leben mit ihren Nachbarn deutſch ſprechen und mit Deutſchen gemiſcht wohnen. Zum polniſchen Reich haben ſie auch früher nicht gehört, ſondern zum Herzogtum Pommern. Danzig mit ſeinem Hinterland und einem Stück Küſte, rein deutſches Gebiet, wo die Polen nur eine verſchwindende Prozentzahl ausmachen, von Deutſchland abreißen und an Polen geben wollen, wäre nackte Gewalt, das Gegenteil von Gerechtigkeit und Ausgleich, die uns vor dem Waffenſtillſtand verſprochen wurden. Polen müſſe freie Weichſelſchiffahrt, einen Eiſenbahnvertrag und ein eigenes Freihafengebiet in Danzig-Neufahrwaſſer haben. Das iſt recht und billig, und dem wird ſich niemand in Deutſchland widerſetzen. Danzig iſt hiſtoriſch nie eine polniſche Stadt geweſen. Es iſt eine deutſche Kulturgründung und kam als innerpolitiſch freies deutſches Gemeinweſen nach der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum Ende des 18. an Polen, weil Polen es dem deutſchen Orden, dem Koloniſator Weſtpreußens, entriſſen hatte. Wollte jemand auf Grund dieſes vorübergehenden Beſitzes die Stadt und das Land als polniſches Eigentum in Anſpruch nehmen — welche Gebiete außerhalb der heutigen deutſchen Grenzen könnte dann nicht alle Deutſchland für ſich fordern? Ganz Polen iſt im Mittelalter zeitweilig ein Vaſallenſtaat des Deutſchen Reiches geweſen!

Will alſo die Entente Danzig und Weſtpreußen polniſch machen, ſo wiſſen wir, wozu es geſchieht: Nicht um der Gerechtigkeit willen, ſondern zu dem Zweck, uns durch Vergewaltigung zu ſchwächen. Der Forderung, polniſche Truppen in Danzig landen zu laſſen, iſt nach Lage der Dinge für uns unannehmbar. Die Reichsregierung hat die Gründe richtig und erſchöpfend angeführt. Ebenſo unannehmbar ſind die Abtretungen, von denen die Rede iſt. Will der Feind eins und das andere dadurch erzwingen, daß er den Waffenſtillſtand kündigt, die Hungerblockade wieder verhängt, in Deutſchland weiter vorrückt, neue Gebiete im Weſten beſetzt, ſo mag er es tun, falls ſich die Alliierten und Aſſoziierten darüber verſtändigen, aber dazu würde vor allen Dingen gehören, daß der Präſident Wilſon den letzten Reſt ſeines Wortes preisgibt, das wir vor dem Waffenſtillſtande hatten und das durch die bisherigen Bedingungen und die Ausübung des Waffenſtillſtandes ſchon geſchädigt genug erſcheint. Bisher hat man unter der Hand auch von amerikaniſcher Seite gehört, daß, wenn es erſt zum wirklichen Friedensſchluß käme, Deutſchland den Wert der ihm vor dem Waffenſtillſtand gemachten Zuſagen ſchon zu ſpüren bekommen werde. Sollen aber die Forderungen der Polen verwirklicht werden, ſo wäre das nichts als blutiger Hohn. Dann iſt der Wille klar, uns dauernd ſchmachvoll niederzuhalten, dann iſt der Völkerbund nur der Galgen, um die deutſche Zukunft daran zu henken. Dieſem feindlichen Willen gegenüber haben wir zwar kein Heer und keine Waffen mehr, denn die hat die Revolution zerbrochen und verſchleudert, aber wir müſſen wenigſtens ſo viel Mut bewahrt haben, daß wir uns weigern, ſelbſt die Unterſchrift unter Verderb und Schande zu geben. Hätte die Regierung anders gehandelt, ſo wäre ſie moraliſch für alle Zeiten gerichtet, und es wäre klar, daß die Revolution, die trotz des Üblen, das ſie uns gebracht hat, bisher von vielen als eine Art notwendiges Fegefeuer angeſehen worden iſt, überhaupt nichts iſt, als ein übler Sumpf, der alle deutſche Männlichkeit verſchlingt und erſtickt.

Ein Freund, der auf der Wacht im Oſten ſteht, ſchrieb mir neulich: „Wie immer haben unſere Gegner den Vorteil der ſtärkeren nationalen Begeiſterung, die der Maſſe der Deutſchen fehlt. So kämpfen die Poſenſchen Polen, alſo ausgebildete deutſche Soldaten, beſſer, als ein großer Teil der deutſchen Regierungstruppen. Selbſt Hindenburgs Name bringt das matte und blöde Volk nicht mehr zum Aufſchwung. Unſerer Oſtmark bleibt nur noch die Hoffnung auf eine Jungfrau von Meſeritz!“

Das iſt nicht, wie man meinen könnte, als ein letzter verzweifelter Spott gemeint. Ob Orleans oder Meſeritz, darauf kommt es nicht an, ſondern wo auch immer im Herzen eines Volkes der Wille lebt, ſich einer ſchimpflichen Fremdherrſchaft nicht zu unterwerfen, da muß ſich das daran zeigen, ob, wenn die Not aufs höchſte geſtiegen iſt, eine elementare Bewegung hervorbricht und den Sieg trotz aller Hinderniſſe an ſich reißt.

Warum ſollen es auch nicht die deutſchen Frauen der Oſtmark ſein, von denen der Ruf zu den Waffen kommt und das heilige Verſprechen an ihre Männer, mit ihnen alles zu tragen, was dann bevorſtehen mag? Nur wenn auch die Oſtmark ſich ſelber feige ergibt — dann allerdings brauchen wir ihr keine Träne nachzuweinen. Dann iſt aber auch Deutſchland im ganzen reif für ſein Schickſal.

An einem anderen Volk, das ſchwächer und unentwickelter iſt, als wir, haben wir ein Beiſpiel, wie es ſeine Zukunft gegen die Polen verteidigt: an den Ukrainern. Faſt die ganze öſtliche Ukraine iſt von den Bolſchewiſten überflutet, die dem ukrainiſchen Gedanken übrigens doch ſo weit haben nachgeben müſſen, in Kiew eine beſondere ukrainiſche Sowjetrepublik auszurufen, aber das Ukrainertum ſammelt trotzdem, was ihm an Kräften noch blieb, zum Kampf mit den Polen um das ukrainiſche Oſtgalizien. Man kann ruhig darüber ſein, daß die Ukraine nicht untergehen wird. Wollte einer bitter ſein, ſo könnte er ſagen: Das iſt ſchon daraus ſicher, weil die offizielle und nichtoffizielle deutſche Staatskunſt alle Tage bereit geweſen iſt, die Ukraine preiszugeben. Die Ukrainer werden noch eines Tages unſere letzte, vielleicht unſere einzige Hilfe gegen die Polen ſein, denn wie gegen Deutſchland, ſo richtet ſich die polniſche Begehrlichkeit und Herrſchgier auch gegen die Ukraine und will Stücke aus ihrem Leibe reißen.*) Seit Jahrhunderten lebt der glühende Haß gegen das Polentum in der Ukraine. Hätten wir eine politiſche öffentliche Meinung und eine Preſſe, die beſſer die öſtlichen Dinge kennte, als es der Fall iſt, ſo wäre das nationale Bündnis gegen die Polengefahr zwiſchen dem deutſchen und dem ukrainiſchen Volke ſchon lange fertig, da Deutſche wie Ukrainer heute beide um ihr Daſein kämpfen. Aber kommen wird das Bündnis früher oder ſpäter mit Sicherheit — immer vorausgeſetzt, daß wir den Mut zu einer Politik der Selbſterhaltung ohne Furcht vor Drohungen mit der Hungerpeitſche bewähren. Die Feinde werden nicht wagen, ſie zu ſchwingen, und tun ſie es doch, ſo iſt es ein Beweis, daß ſie uns überhaupt nicht leben laſſen wollen. Dann wollen wir lieber zugrunde gehen, als klägliches Weitervegetieren durch Schande erkaufen und die Sintflut mag über Europa kommen!

Der Kampf um den Völkerbund

Von Profeſſor Dr. M. J. Bonn, Direktor der Handelshochſchule München

Während Wilſons Anweſenheit in Amerika iſt der Kampf um den Völkerbund von Paris nach Amerika übertragen worden. Wilſon hat in Paris eine Niederlage erlitten. Der dort vereinbarte Entwurf eines Völkerbundes iſt kein Völkerbund, ſondern ein Sonderbund der Entente zur Sicherung ihrer Kriegsergebniſſe. Von Wilſons urſprünglichen Forderungen iſt vor allem der Grundſatz der freien See nicht verwirklicht worden.

Bei Wilſons Rückkehr nach den Vereinigten Staaten iſt ein lebhafter Kampf der Parteien entbrannt, der einmal an dieſes unvollkommene Ergebnis anknüpft:

---

*) Für die Beziehungen zwiſchen Deutſchland und der Ukraine iſt ſeit einem Jahr die Deutſch-Ukrainiſche Geſellſchaft tätig. Geſchäftsſtelle: Berlin-Friedenau, Wilhelmshöher Straße 20. Sie gibt die Monatsſchrift „Die Ukraine" heraus.

Die Erbitterung, mit der dieſer Kampf geführt wird, läßt ſich aber daraus allein nicht erklären. Dieſelbe gründet ſich vielmehr einmal darauf, daß in Amerika zwiſchen den Präſidenten und dem Senat Kompetenzkonflikte üblich ſind, zum mindeſten, wenn die Mehrheit des Senates als Republikaner zu den Gegnern des demokratiſchen Präſidenten gehört. Das war in dem jetzt geſchloſſenen Senat nicht der Fall. Derſelbe hatte vielmehr eine demokratiſche Majorität. Bei den Wahlen vom 5. November 1918 war dieſe Majorität indes in eine Minorität verwandelt worden. Im neuen Senat haben die Republikaner die Oberhand. Sie wollen ihre Macht den Präſidenten fühlen laſſen. Da der neue Senat aber erſt im November in ordentlicher Tagung zuſammentritt, ſo ſuchen ſie die Einberufung einer Sondertagung zu erzwingen, in der ſie dann den Präſidenten überſtimmen können. Es handelt ſich dabei nicht um bloßes Parteigezänk. Wilſon iſt nicht nur bei ſeinen Gegnern, ſondern auch bis zu einem gewiſſen Grade bei ſeinen Anhängern, gehaßt und gefürchtet, weil er, ſich als Beauftragter des Volkes fühlend, eigenmächtig vorgeht und auf die Empfindlichkeiten des Senats wenig Rückſicht nimmt. Er iſt dagegen in den Volkskreiſen ſehr populär. Wenn er als Vollender des Friedenswerkes zurückkommt, iſt er der größte Mann, den Amerika ſeit Waſhington gekannt hat. Er kann ſich, wenn er will, zum dritten Male zur Präſidentſchaft ſtellen und auf jeden Fall ſeiner Partei zum Sieg verhelfen.

Zwiſchen Wilſon und der Mehrheit der Republikaner klafft aber auch ein tiefgehender ſachlicher Gegenſatz. Sie werfen ihm vor, daß durch ſein Eintreten für den Völkerbund Amerika für die Ordnung der Welt mithafte und damit aus der Iſolierung heraustrete, die bis jetzt als die einzig richtige Politik gegolten habe. Sie haben damit zum Teil recht. Wilſon hat Amerika allerdings aus ſeiner Iſolierung losgelöſt. Das geſchah aber nicht am Konferenztiſch in Paris im Februar 1919, ſondern im Weißen Haus in Waſhington im April 1917, als er Deutſchland den Krieg erklärte, auf den gerade die Mehrheit der Republikaner leidenſchaftlich hingearbeitet hatte. Er hat den Krieg erklärt, weil er eine dauernde Sicherung Amerikas abſeits von Europa nicht mehr für möglich hielt. Er will dieſe Sicherung jetzt durch den Völkerbund herbeiführen. Die Republikaner aber, die in ihren Reihen, vor allem im Oſten, zahlreiche Elemente haben, die man als imperialiſtiſch geſtimmte bezeichnen könnte, ſtehen innerlich einem echten Völkerbund ſkeptiſch gegenüber. Nachdem ſie ſich in die europäiſchen Angelegenheiten gemiſcht haben und Amerikas Machtſtellung weſentlich gehoben haben, wünſchen ſie, ſich wieder auf die Politik der Iſolierung zurückzuziehen. Sie wollen den Willen Amerikas durch internationale Abmachungen nicht binden laſſen und appellieren an den Inſtinkt der Volksſouveränität, der ſelbſtverſtändlich in einer radikalen Demokratie ſehr ſtark iſt. Sie wollen verhindern, ſo ſagen ſie, daß ein internationaler Rat erklären ſoll, ob Amerika zu den Waffen greifen müſſe oder nicht. Sie weiſen darauf hin, daß die Einmiſchung Amerikas in europäiſche Dinge, die das Pariſer Völkerbundsinſtrument garantiere, umgekehrt eine Einmiſchung Europas in Fragen des amerikaniſchen Kontinents bedingen könne. Der Wille der Vereinigten Staaten gilt nach der Monroe Doktrin als Geſetz in der weſtlichen Halbkugel. Eine Internationaliſierung der Welt würde auch dieſen Willen binden und beeinträchtigen. Zwar wäre dann die Sicherheit Südamerikas vor europäiſchen Eingriffen gefeſtigter denn je, aber dieſe Sicherheit würde auf dem Willen der Welt und nicht ausſchließlich auf demjenigen Amerikas baſieren. Dabei betonen die Republikaner, daß der Pariſer Völkerbund in ſeinen Grundlagen engliſchen Urſprungs ſei und daher engliſchen Intereſſen diene. Er ſichere die engliſche Weltherrſchaft, ohne daß England irgendwelche Opfer bringen müſſe — durch die Garantie Amerikas. Sie appellieren damit an das tiefſitzende Mißtrauen gegen England, das in Amerika immer wieder Widerhall findet, und das in letzter Zeit durch die ſcheinbare Unlösbarkeit der iriſchen Frage neue Nahrung gefunden hat. Durch den Umſtand, daß Irland nicht als ſelbſtändige Nation am Friedenstiſch ſitzt, und daß Präſident Wilſon geſagt haben ſoll, die Iriſche Frage ſei eine interne Frage Englands, iſt die Stimmung unter den amerikaniſchen Iren aufs heftigſte erregt worden.

Die Republikaner ſuchen Wilſon durch dieſe Kritik zu zwingen, den Entwurf des Völkerbundes erſt nach Abſchluß des Friedensvertrages dem Senat zur Ratifizierung zu unterbreiten. Wie Senator Lodge, der Hauptgegner Wilſons, bekanntgegeben hat, haben ſich bereits 37 Senatoren des neu zuſammentretenden Senats gegen den Völkerbund in der vorliegenden Form erklärt. Der Senat zählt 96 Mitglieder. Er muß einen Vertrag mit Zweidrittel-Mehrheit ratifizieren; eine Oppoſition, die heute ſchon 37 Mitglieder zählt, macht ſcheinbar das Zuſtandekommen einer Zweidrittel-Mehrheit unmöglich. Durch dieſe Erklärung ſollte Wilſon genötigt werden, das Völkerbundprojekt einſtweilen fallen zu laſſen, zumal die Kunde von den Widerſtänden, denen er in Amerika begegnete, die Oppoſition gegen den Völkerbund in Paris ſtärken mußte.

Gegenüber dieſer Oppoſition hat Wilſon zu ſeinen alten Methoden gegriffen. Er hat einmal den Verſuch gemacht, die Senatoren perſönlich zu beeinfluſſen. Er hat dann bewußt zu erkennen gegeben, daß er ſich als Beauftragter des amerikaniſchen Volkes über den Widerſtand des Senates hinwegſetzen werde. Das amerikaniſche Volk, wie alle Völker der Welt, erſehne leidenſchaftlich den Frieden. Es habe ihm die Miſſion, ihn herbeizuführen, übertragen. Er werde ſich nicht dazu hergeben, die Völker der Welt zu enttäuſchen, weil die Staatsmänner der Erde die Zeichen der Zeit nicht verſtehen. Es gibt nach ihm nur zwei Möglichkeiten für die amerikaniſche Sicherheit: Entweder der Völkerbund garantiert ihm die Sicherheit, oder Amerika muß, wenn der alte Zuſtand der Anarchie in der Welt wiederkehrt, ſich auf ſeine eigenen Machtmittel verlaſſen. Im erſten Falle begibt ſich Amerika ſeiner formalen Souveränität; als mächtiger Ratgeber im Rat der Völker behält es ſeine materielle Souveränität bei. Im zweiten Falle wird die formale Souveränität durch nichts beeinträchtigt; nach der materiellen Seite aber wird es abhängig ſein, und mit ihm alle Völker, von den ehrgeizigen Intrigen, die den Zuſammenbruch der Welt gebracht haben. Wilſon iſt überzeugt, daß das Volk auf ſeiner Seite ſteht. Er hat daher dem Senat nicht den Gefallen getan und ſich nicht einſchüchtern laſſen. Er hat die gewünſchte Sondertagung nicht einberufen. Er wird den Friedensvertrag von dem Völkerbund nicht trennen, denn nur ein Friedensvertrag, den der Völkerbund garantiert, und der den Grundſätzen des Völkerbundes entſpricht, kann dauern. Er wird beide gemeinſam in einem einzigen Inſtrument ſeinerzeit dem Senat vorlegen. Der Senat kann ihn formal verwerfen. Amerikaniſche Senatoren ſind aber, auch bei leidenſchaftlicher politiſcher Gegnerſchaft, kluge Leute. Sie wechſeln eher ihre Auffaſſung, als daß ſie ſich lächerlich machen. Wilſon weiß, daß ſich im gegebenen Moment nicht 37 Senatoren finden werden, die die Ratifizierung des Vertrages verwerfen werden, weil er den Völkerbund bringt. Wenn England, Frankreich, Italien und Japan mit Deutſchland Frieden gemacht haben, wird das amerikaniſche Volk den formalen Kriegszuſtand nicht aufrecht erhalten, damit einige unentwegte republikaniſche Senatoren parteipolitiſche Erfolge haben.

Damit Wilſon dieſes kühne Spiel erfolgreich ſpielen kann, iſt allerdings eines nötig. Der Völkerbund, den er dem amerikaniſchen Volk mit dem Friedensvertrag bringt, muß ein echter Völkerbund ſein. Er darf nicht bloß ein Garantie-Syndikat ſein, das den Alliierten die Beute ſichert, ohne künftigen Zündſtoff aus der Welt zu ſchaffen. Wenn Wilſon die republikaniſche Oppoſition wirklich beſeitigen will, dann muß der Völkerbund in Paris ein anderes Geſicht bekommen, als er bis jetzt hat. Sonſt werden die Einwendungen, die man heute als parteipolitiſch abtun kann, berechtigt erſcheinen, und trotz aller Geſchicklichkeit wird Wilſon ſchließlich Schiffbruch leiden.

Die ſoziale Revolution in England

Von Dr. Walter Treuherz

In lapidarer Kürze wird aus England über die ſozialen Unruhen berichtet, weil die Stickluft der Pariſer Friedensverhandlungen vor dem Fönſturm der ſozialen Revolution bewahrt bleiben ſoll. Die Königin der Meere iſt nicht als Siegerin heimgekehrt, wenn es dem engliſchen Proletariat jetzt gelingt, ſeinen Anſchluß an die Arbeiterbevölkerung des Kontinents, ja, vielleicht der ganzen Welt zu vollziehen. Darum geht es. Der ariſtokratiſche Herrengeiſt des britiſchen

Volkes, deſſen Koſtgänger das engliſche Proletariat bisher geweſen iſt, kann in dieſen Kämpfen von neuen, ſtark humaniſtiſch empfindenden Menſchheitstypen abgelöſt werden. Die wirtſchaftliche Monopolſtellung des Inſelreichs wird von innen erbrochen; der Generalſtreik als ſchärfſte Waffe des Klaſſenkampfes ſoll — wenn vielleicht auch nur angedroht — den Sieg des Neuen erzwingen.

* * *

Die engliſche Arbeiterbewegung befand ſich in dem Jahrzehnt vor Ausbruch des Krieges in einem kritiſchen Stadium. In zünftleriſch organiſierte Gewerkſchaften verkapſelt, war ſie lange von dem Gedanken der Selbſthilfe beſeelt. Sie glaubte an eine Umformung der geſellſchaftlichen Schichtung aus eigener Kraft, ohne Inanſpruchnahme des Staates. Erſt ſeit der Jahrhundertwende mühte ſich die britiſche Arbeiterſchaft, auch den Staat zur Erfüllung ihres ſozialen Fürſorgeprogramms nach deutſchem Muſter zu zwingen, indem ſie um die politiſche Führung im Parlament kämpfte. Feindſchaft mit der Bourgeoiſie, als deren Gefolgsmannen die Arbeitervertreter opportuniſtiſch bis dahin im Parlament auftraten, war die notwendige Folge. Die Kluft zwiſchen Lohnarbeit und Kapital erweiterte ſich und konnte ſeitdem nicht mehr überbrückt werden.

Um die Jahrhundertwende etwa begann auch das engliſche Wirtſchaftsleben den Druck des neudeutſchen Kapitalismus, der unter dem Schutze der 1879 errichteten Zollmauern ſeine Organiſation vollendet hatte, deutlich zu ſpüren. Wettbewerb — Kriſen machten ſich geltend. Die Stetigkeit der wirtſchaftlichen Entwicklung war unterbrochen. Der engliſche Arbeiter fühlte zum erſten Male die Vorboten des nahenden Weltgewitters. Noch immer war er ein von zünftleriſchem Geiſt erfüllter Arbeiterariſtokrat, ein Nutznießer der engliſchen Kapitalmacht über die Welt. Jetzt lernte er als der wirtſchaftlich Schwächere die unbeugſame Härte des um ſeine Profitrate kämpfenden Unternehmers kennen. Jeder Batzen — eine entſcheidende Größe für die Rentabilität einer konkurrierenden Wirtſchaft — wurde nun zum Streitobjekt wütender Lohnkämpfe.

Trotz dieſer Radikaliſierung der britiſchen Arbeiterbewegung konnte eine tiefgehende Erſchütterung der Geſellſchaftsſtruktur vermieden werden, weil die eigentümlich demokratiſche Verfaſſung des Landes die ſozialen Gegenſätze immer wieder verſöhnend in den Staatsrahmen einfügte. Doktrinäre Klaſſenkämpfe nach deutſchem Muſter blieben daher ziemlich unbekannt. Die reichen, wohlorganiſierten Trade Unions verkörperten eben ein diſzipliniertes proletariſches „Bürgertum", das kulturell der eigentlichen Bourgeoiſie viel ſtärker angenähert war, als in irgendeinem anderen Lande der Welt. Das Proletariat rang zwar mit dieſer Bourgeoiſie um Lohnfragen und um die politiſche Macht; aber die Verwandtſchaft zu ihr war viel ſtärker als zu dem kämpfenden Proletariat des Kontinents. Weil die deutſche Arbeiterſchaft dieſe britiſche Schwäche des internationalen Solidaritätsgefühls kannte, konnte ſie bei Kriegsausbruch keine Hoffnung hegen, daß die heranrollende Woge blutigen Unheils ſich an dem feſten Wall proletariſcher Kriegsunluſt brechen würde: Sie mußte auf ſich geſtellt, geſchloſſen für die Kriegskredite eintreten.

Zu Beginn des Krieges war die engliſche Arbeiterſchaft freilich wenig von dem Ereignis ergriffen. Begeiſterung war ihr durchaus fremd. Erſt allmählich gewann ſie unter dem Zwange das einmal begonnene Abenteuer, in das England nun verſtrickt war, bis zum guten oder ſchlechten Ende durchzuführen, innere Anteilnahme, die ſich ſchließlich durch die Mahalla-Predigten einer unermüdlichen Hetzpreſſe zu moraliſcher Entrüſtung gegen Deutſchland oder zu ſportmäßig nationaliſtiſcher Begeiſterung formte. Nur widerwillig und unter ſchweren ſeeliſchen Kämpfen wurde die perſönliche Freiheit den Kriegsnotwendigkeiten geopfert. Das Söldnerheer mußte zum freiwilligen Heer umgebildet werden. Die Gewerkſchaften übernahmen, in der Hoffnung, weiterem Zwange zu entgehen, die Werbung. Als dieſe aber keinen Erfolg hatte, mußte die Freiwilligenarmee Kitcheners durch die allgemeine Wehrpflicht ergänzt werden. Nun erſt lernte das engliſche Proletariat die ganze Schwere des Krieges kennen. Die Gewerkſchaften verloren den beſten und größten Teil ihrer Mitglieder und trugen die Blutlaſt in voller Härte.

Gleichzeitig begann die Neuorganiſation der geſellſchaftlichen Arbeit. England war unvorbereitet in den Krieg gezogen; jetzt mußte es nicht nur den ſteigenden Bedarf ſeines eigenen Heeres decken, ſondern auch den Bedürfniſſen der Verbündeten gerecht werden. Eine gewaltige Aufgabe! Sie war nur zu löſen, wenn der veraltete Wirtſchaftsmechanismus umgeſtellt wurde. Soziale Rückſichten traten in den Schatten — das Schwergewicht ſammelte ſich in dem Streben, die Produktivität der Betriebe zu ſteigern. Das Optimum der Leiſtungsfähigkeit konnte nur durch Einführung neuer Hilfsmaſchinen erzielt werden: weitgehende Mechaniſierung und Typiſierung der Arbeit war die Folge. An die Stelle langfriſtiger Tarifverträge mit den Arbeitern trat reſtloſe Ausbeutung der individuellen Arbeitskraft nach dem Tailor-Syſtem.

Die Gewerkſchaften weigerten ſich anfangs, dieſer Entwicklung ohne Schwertſtreich Raum zu geben. Die Regierung hielt aber den Arbeiterführern eindringlichſt vor, daß ſie auf ihre Rechte vorläufig verzichten müßten, wenn der Krieg für das britiſche Imperium nicht in einer Kataſtrophe enden ſollte. Die Führer beugten ſich dieſer Einſicht — die Maſſen aber verweigerten ihnen die Gefolgſchaft. Da ſetzte die Regierung aus höchſter Not das Munitionsgeſetz von 1915 durch, in dem alle Rechte und Gebräuche der Trade Unions einfach aufgehoben wurden. Durch die Furcht vor einer Art Standrecht wurde die neue Heimarmee in Schach gehalten. Die geſamte Montaninduſtrie mußte ſich ſtaatlicher Aufſicht unterſtellen. Die Regierung verteilte die Aufträge nach der Leiſtungsfähigkeit der Werke und ließ die

Preiſe ſelbſtherrlich durch die einzelnen Miniſterien feſtſetzen. Dem Unternehmer, der gleichwohl hohe Gewinne erzielte, behagte dieſer riſikoloſe, bequeme Zuſtand. Die Gewerkſchaften aber ſahen ihre Macht gebrochen, Führer und Maſſen wurden radikaliſiert und warteten auf die Gelegenheit, der Regierung den Kampf anzuſagen.

Zur Beruhigung war den Trade Unions verſprochen worden, daß ſie ſogleich nach Beendigung des Krieges wieder in den Genuß ihrer verbrieften Rechte eingeſetzt werden ſollten. Heute will die britiſche Arbeiterſchaft das verpfändete Wort eingelöſt wiſſen. Aber ſie will ſich auch nicht mehr mit der alten Macht begnügen. Die zerriſſenen Fäden können nicht mehr da wieder angeknüpft werden, wo die Entwicklung ſie bei Einführung des Munitionsgeſetzes liegen ließ. Einer völlig veränderten Struktur der geſellſchaftlichen Ordnung ſteht ein ſeeliſch und wirtſchaftlich gewandeltes Proletariat gegenüber. Die Weltrevolution hat auch die zähflüſſige Maſſe der engliſchen Arbeiterſchaft umgewühlt und in neue Formen gegoſſen. Die Führung iſt nicht mehr bei den alten gewerkſchaftlich organiſierten Arbeiteriſtokraten. Frauen und Kinder ſind während des Krieges in großer Zahl zu Dienern der neuen Kriegsmaſchinen geworden — das Heer ungelernter Arbeiter ſteht dräuend und drängend hinter den Führern. Die revolutionäre Triebkraft dieſes neuen Proletariats, das jetzt erſt zum eigentlichen Proletariat geworden iſt, weil es jeden bürgerlichen Charakters, jeder beſonderen Nationaleigenſchaft entkleidet wurde, drückt gegen die Säulen der Tradition, auf denen ſich der Überbau des Staates wölbt. Aus letzter Analyſe der Arbeit durch Spezialmaſchine und Tailor-Syſtem iſt ein neuer engliſcher Arbeitertyp, der entnationaliſierte Proletarier marxiſtiſcher Prägung entſtanden. Unterproletariat, Lumpenproletariat kreiſt in der neuen Bewegung. Aus abgründigſtem Boden ſchießen in England ganz ungewohnte Radikalismen auf.

Aber auch die heimkehrenden britiſchen Soldaten laſſen ſich nicht wieder vom alten Gewerkſchaftlergeiſt einfangen. Das Kriegserlebnis hat auch dieſe Menſchen zu neuen Erkenntniſſen, einer neuen Weltauffaſſung aufbereitet. Der Krieg war dem engliſchen Arbeiter in den letzten Jahren nicht mehr als eine notwendige geſchäftliche Sache. In den Seelen glomm niemals Haß. Trotz wütenden Kampfes waren die Völker ſich nahe. Unter den Fittichen eines faſt durch unperſönliche Mächte verurſachten Todes entſtand ein neues menſchliches Gemeinſchaftsgefühl. Zwiſchen Briten und Deutſche trat nie das aus elementarer Fremdheit ſteigende Haßgefühl, wie es zeitweiſe zwiſchen uns und Franzoſen auflohte. Die „Haßgeſänge" der Heimat blieben deren Eigentum; der Front waren ſie fremd.

Der heimkehrende britiſche Soldat ſchreitet nicht in einen Taumel des Sieges.

Er kommt mit geſteigertem Selbſtbewußtſein; denn zum erſten Male in der neuen engliſchen Geſchichte iſt die Maſſe des Proletariats für den Kriegszweck mobiliſiert worden. Aus ihren Blutopfern kürt ſie jetzt das Recht, die entſcheidende Geſellſchaftsklaſſe der ſtaatlichen Gemeinſchaft zu werden. Auch der Brite kommt mit dem Willen heim, neu aufzubauen.

Die engliſchen Wahlen zeugen nicht gegen dieſe Behauptung. Nur ſehr langſam hat ſich das britiſche Proletariat auf den Kriegszweck eingeſtellt. Mit nationaler Zähigkeit ſammelte es dann aber alle Kraft auf das Endziel. Der Sieg kam unerwartet und überraſchend. Jetzt ſchoß die Arbeiterſchaft mit ihrem Kriegsenthuſiasmus in den alten Bahnen einfach weiter. Nur deshalb durfte Lloyd George das Staatsſteuer durch die Wahlen weiter führen. Langſam tritt nun die Reaktion ein; der mit letzter Energie hochgepeitſchte Nationalismus bricht, nachdem er ſich noch eine kurze Zeit behaglich an ſeinen Erfolgen geſonnt hat, in ſich zuſammen, erfährt eine Rückbildung. Die ſoziale Revolution beginnt . . . .

* * *

Der Erzbiſchof von Canterbury bittet die Gläubigen, für den ſozialen Frieden zu beten. England weiß, daß der Ausgang der Arbeiterkämpfe ſo wichtig als der Friedensſchluß zu Paris für die Nation ſein kann. Denn dieſe Arbeiterbewegung iſt mehr als ein Lohnkampf, trotz der Lohnforderungen, die als Banner dem Ganzen voranflattern — ſie richtet ſich gegen die alte Staatsgewalt. Es iſt gleichgültig für die Bedeutung der Geſchehniſſe, ob in Groß-Britannien jetzt als letztes Mittel von der Arbeiterſchaft der Generalſtreik auch wirklich durchgeführt wird. Gelingt es dem britiſchen Proletariat, ſeine Forderungen ohne Streik zu erreichen, dann tritt an die Stelle der Revolution einfach die Evolution. Wohin zielt ſie?

Die Arbeiter fordern: Eine Erhöhung der Löhne um 30 Prozent, Sechsſtundentag, volle Bezahlung der Arbeitsloſen, Nationaliſierung der Bergwerke und Eiſenbahnen; ferner eine derartige Einteilung der Woche, daß nur etwa 5½ Tage gearbeitet wird. Arbeitgeber und Staat verſuchen, den Arbeitern weit entgegen zu kommen. Aber die Erfüllung der Forderungen geht über die finanzielle Kraft des Staates. England ſteht vor dem Bankerott. Es iſt errechnet worden, daß die geſamte Steuerleiſtung gerade hinreicht, um die Zinſen der Kriegsſchuld zu bezahlen. Die Unterhaltung der Arbeitsloſen koſtet wöchentlich eine Million Pfund. Werden die Forderungen der Arbeiter erfüllt, ſo iſt ein Aufwand von vielen hundert Millionen Pfund erforderlich. Und das zu einer Zeit, da Heer und Flotte Rieſenausgaben verurſachen; da die engliſche Induſtrie mit allen Mitteln bemüht iſt, ſich zum freien Wettbewerb auf den Weltmärkten vorzubereiten. Der Urſtoff der Produktion, die Kohle, würde durch Erfüllung der Arbeiterforderungen ſo unglaublich verteuert, daß jede Ausſicht auf ſiegreiche Konkurrenz abgeſchnitten wird. Die Unluſt zur Arbeit, eine Erſcheinung, die allen aus dem Feld heimkehrenden Soldaten anhaftet, lähmt das ganze Wirtſchaftsleben. Die Regierung klärt die Arbeiter auf, ſie ſei ſo gewaltigen finanziellen Anforderungen nicht gewachſen. Die lachen — und verlangen, daß die Beſitzenden die ganze Wucht der ſozialen Laſten tragen ſollen. Die Arbeiter kennen alſo die geſellſchaftlich revolutionierende Wirkung ihrer Forderungen. Daher ihre Hartnäckigkeit. Sie wollen Vorteile — aber ſie wollen bewußt auch die ſoziale Umwälzung.

Um den Generalſtreik zu vermeiden und den ſozialen Frieden wenigſtens vorläufig bis zum Abſchluß des Friedensvertrages aufrecht zu erhalten, iſt ein großer Teil der Arbeiterforderungen bereits erfüllt worden. Die Regierung hat tatſächlich die finanziellen Laſten auf ſich genommen. Warum? Weil ſie hofft, ſie auf das deutſche Proletariat abwälzen zu können, wenn es nur erſt durch die Fata morgana der Lebensmittelverſorgung zur Unterſchrift des Friedensinſtrumentes gelockt ſein wird. Deshalb kämpft Großbritannien in Paris jetzt heftig um den Vorrang der Entſchädigungsforderungen. Frankreich verlangt, daß erſt die zerſtörten Gebiete wiederhergeſtellt werden; England aber will die Verteilung der deutſchen Zahlungen nach Maßgabe der Kriegslaſten. Nicht in Paris, — in London ſitzen die Rechner, die Deutſchlands Zahlungsfähigkeit beſonders ſorgſam ſtudieren. Für uns folgt daraus, daß die Erhaltung unſerer Arbeitskraft für Großbritannien eine Lebensfrage iſt, daß drüben ein unerbittlicher Gläubiger ſitzt — wenn . . . . ja, wenn die ſoziale Revolution jenſeits des Kanals nicht zum Siege über die Bourgeoiſie des Landes führt. Jede deutſche Mark hilft dem britiſchen Unternehmer, die Wucht ſozialer Laſten zu erleichtern. Er fühlt ſich beruhigt, wenn wir uns im Friedensvertrag hierzu erſt verpflichtet haben. Darum drängt Großbritannien jetzt auf ſchnellen Frieden.

Vielleicht aber — nicht jetzt, ſondern ſpäter — kommt es zum Generalſtreik und zum Zuſammenbruch der alten Staatsorganiſation. Dann wäre die Menſchheit von einem ſchweren Albdruck erlöſt; der eigentliche Fels der Weltreaktion wäre geſprengt. Das britiſche Proletariat, das bereits jetzt ſeine Einigung mit dem Arbeitervolk des Kontinents zu vollziehen bemüht iſt, könnte der jungen deutſchen Republik zu gemeinſamem Wiederaufbau der Welt die Hand reichen. Möge unſere junge deutſche Republik aus eigenem inneren Gehalt ſich bis dahin zu einer führenden geiſtigen Macht entwickelt haben! . . . . .

Wir haben allen Grund, die ſoziale Revolution in Großbritannien aufmerkſam zu verfolgen. Unſer eigenes Schickſal iſt eng mit der britiſchen Arbeiterbewegung verknüpft.

Das preußiſche Kabinett

Von Dr. Friedrich Thimme

29. März 1918

Wie im Reiche, ſo haben wir auch in Preußen eine Notverfaſſung — vom 20. März — auf Grund deren ſich eine rein parlamentariſche Regierung konſtituiert hat. Wie im Reiche, ſo ſetzt ſich auch in Preußen die Regierung aus einer Koalition derſelben drei Parteien, den Mehrheitsſozialiſten, der Deutſchen demokratiſchen Partei und dem Zentrum zuſammen. Freilich iſt dieſe Koalition, obwohl die Mehrheitsverhältniſſe in der Preußiſchen Landesverſammlung annähernd die gleichen wie in der Nationalverſammlung ſind, in Preußen auf viel größere Schwierigkeiten geſtoßen, als im Reiche. Im Reiche überwiegt ja die außenpolitiſche, ſozialpolitiſche und wirtſchaftspolitiſche Kompetenz, Gebiete, auf denen erfahrungsmäßig ein Zuſammengehen zwiſchen Zentrum und Sozialdemokratie bis zu einem gewiſſen Grade ſehr wohl möglich iſt. In Preußen aber ſtehen vor allem die kulturpolitiſchen Fragen im Vordergrunde, in deren Auffaſſung zwiſchen Zentrum und Sozialdemokratie eine nahezu unüberbrückbare Kluft beſteht. So hat es höchſt ſchwierige und langwierige Verhandlungen gekoſtet, ehe hier die Koalition zwiſchen den drei Parteien zuſtande kam. Den Sozialdemokraten fiel gerade im Hinblick auf die Kulturfragen ein Zuſammengehen mit dem Zentrum ſo ſchwer, daß ſie ſogar mit den Unabhängigen, trotz der abſchreckenden Erfahrungen im November und Dezember v. J., Verhandlungen wegen ihres Eintritts in eine rein ſozialiſtiſche Regierung anknüpften, die natürlich in jedem Augenblicke von den übrigen Parteien hätte geſtürzt werden können. Aber die Unabhängigen, die in der Zwiſchenzeit ſich noch erheblich weiter nach links entwickelt haben, ſtellten Forderungen, die für die Mehrheitsſozialiſten völlig unannehmbar ſein mußten: Mitwirkung der A.u.S.-Räte bei der Geſetzgebung, völlige Auflöſung der Freiwilligenkorps, Entwaffnung des Bürgertums und Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klaſſenbewußten Arbeiterſchaft — was natürlich nur den Spartakiſten zugute gekommen wäre —; ſchleunige Überführung der geſamten kapitaliſtiſchen Wirtſchaft in die ſozialiſtiſche uſw. So mußte dieſe Kombination alsbald wieder als unmöglich aufgegeben werden. Schließlich fanden ſich, dank allſeitigem Entgegenkommen, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten auf einer mittleren Linie zuſammen, indem das Zentrum ſich mit der Aufhebung des Religionszwanges in der Schule und der Einrichtung von Simultanſchulen in den Gemeinden abfand, die Sozialdemokratie dagegen in bezug auf die Neuordnung des Verhältniſſes zwiſchen Staat und Kirche im Sinne beiderſeitiger voller Selbſtändigkeit einen Wechſel auf lange Sicht ausſtellte. Auch in den Perſonalfragen ward nicht ohne Mühe eine Verſtändigung zwiſchen den drei Parteien erzielt. Die Verteilung der Ämter im preußiſchen Kabinett trägt, genau wie in der Reichsregierung, dem

Umſtande Rechnung, daß die Sozialdemokratie die bei weitem ſtärkſte Partei in der Preußiſchen Landesverſammlung iſt. So ſind ihr neben dem Präſidium des Staatsminiſteriums auch ſämtliche ſogenannte politiſche Miniſterien, das der Finanzen, des Innern und des Kultus, zugefallen. Auch das Miniſterium der Landwirtſchaft, das erſt die Demokraten beanſprucht hatten, iſt der Sozialdemokratie verblieben. Den Demokraten wurden die Miniſterien der Eiſenbahnen und des Handels, dem Zentrum das Miniſterium der Juſtiz und das neugebildete Miniſterium für Volkswohlfahrt zuteil, während das Kriegsminiſterium außerhalb der Parteikombination blieb. Ebenfalls, wie im Reiche, wurde eine Sicherung gegen ein einſeitiges Parteiregiment innerhalb der verſchiedenen Reſſorts dadurch erreicht, daß den einzelnen Parteiminiſtern Unterſtaatsſekretäre aus den übrigen Parteien beigeſellt wurden, ſo dem Kultusminiſter je ein Unterſtaatsſekretär aus der demokratiſchen und der Zentrumspartei, den Miniſtern für Juſtiz, Volkswohlfahrt und Eiſenbahnen ſozialdemokratiſche Unterſtaatsſekretäre.

Natürlich findet der Parallelismus zwiſchen der Regierungsbildung in Preußen und im Reiche auch ſeine Grenzen. Im Reiche geht wenigſtens die Ernennung des Miniſterpräſidenten, dem dann die Bildung des Kabinetts obliegt, von dem Reichspräſidenten aus. In Preußen, wo man aus guten Gründen auf einen beſonderen Staatspräſidenten vorläufig verzichtet hat, um nicht einer gedeihlichen Löſung des preußiſch-deutſchen Problems zu präjudizieren, hat man die Berufung der Miniſter einſchließlich des Miniſterpräſidenten dem Präſidenten der preußiſchen Landesverſammlung übertragen. Das iſt natürlich keine ideale Löſung, ſchon deshalb nicht, weil der Präſident dadurch, daß ihm formell die Regierungsbildung anheimfällt, aus der gebotenen Neutralität des über den Parteien ſtehenden Präſidiums herausgezogen wird. Auf der anderen Seite gereicht das Recht der Berufung der Regierung doch kaum zur Hebung des Präſidentenpoſtens, da ſein Inhaber — ſo hat ſich die Sache wenigſtens diesmal vollzogen, — nur die ohne ſein Zutun von den Mehrheitsparteien nominierten Kandidaten bekanntzugeben hat. Nicht mit Unrecht hat der Abgeordnete Leidig dieſe Rolle des Präſidenten als die eines Briefboten gekennzeichnet. Zweckmäßiger wäre es gewiß geweſen, nach dem demokratiſchen Antrage den Miniſterpräſidenten durch die Landesverſammlung ſelbſt zu wählen und dieſem dann, wie dem Miniſterpräſidenten im Reiche, die wirkliche Kabinettsbildung anzuvertrauen. Da im übrigen die Notverfaſſung nur einen proviſoriſchen Charakter trägt, ſo kommt es auf dieſe Formalien nicht eben an; bei der Ausarbeitung der künftigen definitiven Verfaſſung, die unmittelbar nach der Verabſchiedung der Reichsverfaſſung in Angriff genommen werden dürfte, wird ſich ſchon der richtige Modus finden laſſen.

Der proviſoriſche Charakter der preußiſchen Notverfaſſung tritt auch darin zuſage, daß ſie keinerlei nähere Beſtimmung über den Umfang des preußiſchen Staatsgebiets und über das ſtaatsrechtliche Verhältnis des preußiſchen Staates und ſeiner Teile zu dem Reiche enthält. In den Debatten der Preußiſchen Landesverſammlung wurde immer wieder der Geſichtspunkt hervorgekehrt, daß man den Weimarer Beſchlüſſen über die Ausgeſtaltung der Reichsverfaſſung namentlich in bezug auf das Verhältnis zu den Einzelſtaaten nicht vorgreifen wolle. Allerdings ging dieſe Rückſichtnahme nicht etwa ſo weit, um einer Zerſchlagung Preußens im Sinne des bekannten Preuß'ſchen Entwurfs ohne weiteres zuzuſtimmen. Vielmehr ſtellte die Regierung ſich von Anfang an feſt auf den Standpunkt: Wir ſind für Aufrechterhaltung des einen und unteilbaren Preußens, bis der deutſche Einheitsgedanke auf der ganzen Linie ſiegt. Und dieſer Standpunkt der Regierung wird nahezu von allen Parteien der Landesverſammlung geteilt. Von allen Seiten wird ſcharfer Proteſt erhoben gegen den von dem Weimarer Verfaſſungsausſchuß am 20. März zum Beſchluß erhobenen Antrag Meerfeldt und Genoſſen, wonach von der Nationalverſammlung die Bildung deutſcher Freiſtaaten mit einfacher Majorität beſchloſſen werden kann, falls ſie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird, oder falls ein überwiegendes allgemeines Intereſſe ſie erheiſcht. Nein, auf das preußiſche Selbſtbeſtimmungsrecht will in der Preußiſchen Landesverſammlung, mit Ausnahme der wenigen welfiſchen Abgeordneten, die das hannoverſche Selbſtbeſtimmungsrecht über das preußiſche ſtellen, und die für ihre Loslöſungsbeſtrebungen immerhin den idealen Geſichtspunkt der Wiedergutmachung des Unrechts von 1866 anführen können, niemand verzichten. Auch das Zentrum, deſſen preußiſches Verantwortungsgefühl durch den Eintritt in die Koalitionsregierung — ein kaum hoch genug anzuſchlagender Vorteil — außerordentlich geſtärkt erſcheint, wagt ſich nicht mehr mit voller Energie für die von allen anderen Parteien mit Schärfe verurteilte Rheiniſch-weſtfäliſche Republik einzuſetzen, ſondern enthält ſich ſchließlich der Stimme. Durchſchlagenden Eindruck erzielt der Miniſterpräſident Hirſch, der offen erklärt, mit allen Mitteln den Beſchluß des Weimarer Verfaſſungsausſchuſſes zu Fall bringen zu wollen, mit der voll tiefen Ernſtes vorgetragenen Auffaſſung, daß die einzige Rettung vor der Verwirklichung der franzöſiſchen Annexionswünſche in der allſeitigen Abkehr von jeglichen Lostrennungsbeſtrebungen und Sonderbildungswünſchen liege. Man darf in dieſer Haltung nicht ſchlechtweg einen preußiſchen Partikularismus, am wenigſten einen Partikularismus im Sinne jenes bayeriſchen ſehen, der lieber den Zuſammenhang mit Deutſchland zerreißen, als die bayeriſchen Reſervatrechte aufgeben möchte. Nein, aus allen Reden der Preußiſchen Nationalverſammlung und ſogar denen der Deutſch-nationalen Volkspartei klingt der Refrain wieder: wir ſind bereit, in Deutſchland aufzugehen, wenn nur die Gewähr gegeben wird, daß auch die übrigen deutſchen Staaten in gleichem Maße folgen. Und es zeigt ſich auch, daß Preußen ſchon jetzt bereit iſt, zugunſten des Reiches auf das Eiſenbahnweſen, einſt das ſtolze Rückgrat der preußiſchen Finanzen, nun freilich mit einem Zwei-Milliarden-Defizit die Haupturſache der kataſtrophalen Finanzlage Preußens, zu verzichten. So erhebt ſich juſt aus den von preußiſchem Selbſterhaltungstrieb erfüllten Debatten der Preußiſchen Landesverſammlung heraus die Hoffnung, daß die Reichseinheit, das Aufgehen aller Bundesſtaaten im Reiche, das nach der programmatiſchen Erklärung der demokratiſchen Fraktion das für die ſtaatliche Zukunft Deutſchlands mit aller Kraft zu erſtrebende Ziel iſt, und mit dem ſich eine kraftvolle Entfaltung der in höchſtpotenzierte Selbſtverwaltungskörper verwandelten Gliedmaßen des Reiches ſehr wohl vereinigen ließe, das ſchließliche Ergebnis der Revolution ſein wird.

Neben den Debatten über das preußiſch-deutſche Problem verblaſſen alle weiteren Erörterungen der heute ohne ein Vertrauensvotum für die Regierung in die Ferien gegangenen Preußiſchen Landesverſammlung. Die Programmrede des Miniſterpräſidenten Hirſch, der keineswegs ein Redner großen Stils iſt, konnte kaum irgendwelche Senſation auslöſen. Daß das Ziel der Regierung die Ablöſung des Polizeiſtaats durch den freien Volksſtaat ſein muß, daß eine demokratiſche Verwaltungsreform unerläßlich iſt, die vor allem den Landrat aus dem allmächtigen Beherrſcher des Kreiſes und Vertreter einer Minderheit in einen Freund und Vertrauensmann der geſamten Einwohnerſchaft verwandelt, daß in der Verwaltung von Provinz, Stadt und Gemeinde der Grundſatz: Freie Bahn dem Tüchtigen, ohne Rückſicht auf Herkunft und Glauben voll durchgeführt werden ſoll, daß die Beſtrebungen der Selbſtverwaltungskörper zur Kommunaliſierung ſolcher Betriebe, die hierfür reif ſind, gefördert werden müſſen, dies und vieles anderes verſteht ſich unter den gegenwärtigen Umſtänden von ſelbſt. Größeres Intereſſe konnten nur die Ausführungen des Miniſterpräſidenten über die Kulturfragen erwecken, die inſofern einige Überraſchung hervorriefen, als man auf der Rechten die nie verſagende Kunſt des Zentrums ſich mittels eines tolerari posse aus einer unerwünſchten Situation zu ziehen, wieder einmal weſentlich unterſchätzt hatte. Größeres Individualgewicht als die Reden des Miniſterpräſident Hirſch hatten die der Miniſter Südekum und Wolfgang Heine. Namentlich die Reden des Finanzminiſters, die den — bei ſeinen Vorgängern immer nur mit verſtändnisvollem Lächeln quittierten — unerſchütterlichen Willen kundtaten, wirklich nur die reine, nackte Wahrheit über den wahrhaft troſtloſen Zuſtand der preußiſchen Finanzen zu ſagen, und die in ein hohes Lied auf die ſchlichte, treue Arbeit als den einzigen Weg zur Rettung Preußen-Deutſchlands hinausliefen, zeigten, daß ſich aus dem vollendeten parlamentariſchen Routinier ein Staatsmann von eigenem Gepräge zu entwickeln beginnt. An dem Miniſter des Innern imponierte die Feſtigkeit, mit der er den überſtürzten Anklagen der

Unabhängigen wegen der letzten Unruhen und ihrer ſcharfen Unterdrückung durch die Regierungstruppen entgegentrat. Den Unabhängigen freilich, die nicht genug über den „preußiſchen Noske" zetern konnten, iſt er für immer zu einer bête noire geworden.

Man wird ſich überhaupt nicht wundern dürfen, daß in der Landesverſammlung die Geiſter und die Leidenſchaften oft hart aufeinander geplatzt ſind. Das Signal dazu hat merkwürdigerweiſe der Abgeordnete v. Kardorff gegeben. Sonſt war es gerade der hochbegabte Landrat von Liſſa geweſen, der ſeinen Standesgenoſſen wieder und wieder mit eindringlichſter Warnung vorgehalten hatte, wohin die reaktionäre Politik der preußiſchen Konſervativen, die lange Zeit hindurch nichts von den Vorrechten der herrſchenden Klaſſen aufgeben wollten, mit Naturnotwendigkeit treiben müſſe. Jetzt war es derſelbe Kardorff, der die Revolution als das größte Verbrechen brandmarkte, das je an dem deutſchen Volke begangen ſei, und der damit eine leidenſchaftliche Auseinanderſetzung provozierte. Wenn der Miniſterpräſident Hirſch in dieſer Rede geradezu ein Signal zur Gegenrevolution ſehen wollte, ſo ſieht er nur Geſpenſter; in Wahrheit denkt niemand weniger an eine Gegenrevolution als Herr v. Kardorff. Man kann ſich der Empfindung nicht erwehren, daß hier der Miniſterpräſident Hirſch, der eine (wohl aus dem leidenſchaftlichen Ingrimm über den wahrlich nicht ohne Schuld der preußiſchen Regierung erfolgten ſchmählichen Zuſammenbruch in der Oſtmark entſprungene ſcharfe Wendung) zu einem Signal der Gegenrevolution ſtempeln wollte, dort der Miniſterpräſident Scheidemann, der die dem General Ludendorff in der Wilhelmſtraße törichterweiſe dargebrachten Ovationen in das Licht des Landesverrats rückte und ſie zum Anlaß nahm, um das grobe Geſchütz des Staatsgerichtshofes aufzufahren, ſich eine Heldenpoſe im Hinblick auf den kommenden Rätekongreß zu geben ſuchten.

Nach unſerer Empfindung ſind alle Erörterungen über die Überflüſſigkeit oder Notwendigkeit der Revolution vor allen in den Parlamenten, die jetzt ganz auf das Goetheſche Wort: „Heiß mich nicht reden, heiß mich ſchweigen!" geſtellt ſein ſollten, das allerüberflüſſigſte von der Welt. Die Revolution iſt nun einmal eine Tatſache, mit der wir uns ſo oder ſo abfinden müſſen. Jetzt gilt es einzig und allein für Preußen und für Deutſchland, aus der unglückſeligen Situation, in der wir uns befinden, alles herauszuholen, was noch irgend möglich iſt. In dieſer tragiſchen Situation ſich zu zanken über etwas, was ewig kontrovers bleiben wird, und ſich zu einer Leidenſchaft zu erhitzen, die der Kraft, alles einzuſetzen für den Wiederaufbau unſeres geſchlagenen, aus tauſend Wunden blutenden Vaterlandes, nur abträglich ſein kann, das iſt nicht nur überflüſſig, das iſt unſägliche Torheit und mehr als das. Heute darf es nur eins geben. Finanzminiſter Südekum hat dies eine, was not tut, in die ſchönen Worte zuſammengefaßt: „Alle müſſen zuſammenſtehen als eine Schickſalsgemeinſchaft, das Land ſoll allen gehören, allen eine wohnliche Stätte bieten, aber es kann auch von jedem beanſpruchen, daß er ſeine Kraft, Fähigkeit und Begabung reſtlos in den Dienſt der Allgemeinheit einſetzt.“ Möchte dieſes Wortes ein jeder eingedenk ſein, ſehe er nun in der Revolution ein Verbrechen, oder nach den Worten von Heinrich Schulz die „große breite Pforte für eine glückliche Zukunft des deutſchen Volkes“. Sie kann es in jedem Falle nur werden, wenn wir uns alle, Junker und roter Revolutionär, oder wes Standes und welcher Denkungsart wir ſind, die Hände zur gemeinſamen Arbeit für unſer Vaterland reichen!

Das Räteproblem und die Gewerkſchaften

Von Wilhelm Janſſon.

Der Verfaſſer iſt Mitglied der Redaktion des „Korreſpondenzblattes der Generalkommiſſion der Gewerkſchaften Deutſchlands“. In ſeinem Artikel kommt, ähnlich wie in den Ausführungen Legiens auf der ſozialdemokratiſchen Parteikonferenz in Weimar, die Sorge der Gewerkſchaften zum Ausdruck, daß die wirtſchaftliche Zweckſetzung der Räte zu gefährlichen Konſequenzen führe. Wir ſtehen nicht an, die politiſche auch fernerhin für die bedenklichere zu halten. Die Schriftleitung.

Die Arbeiterräte ſind als politiſche Organe der Revolution entſtanden und haben in dieſer ihrer Eigenſchaft nach der allgemeinen Auffaſſung der Arbeiterſchaft ſich durchaus verdienſtvoll betätigt. Daran ändert auch die Tatſache nichts, daß die Räte nicht in allen ihren Maßnahmen eine glückliche Hand bewieſen haben, daß ſie ſich hier und dort Aufgaben ſtellten, zu deren Löſung ihnen die Fähigkeiten fehlten, und daß ſie ſchließlich auch gelegentlich ihre eigentlichen Kompetenzen nicht korrekt einzuſchätzen wußten und daher mit dem ſtaatlichen Verwaltungsapparat in Kolliſion gerieten. Manche ihrer Kritiker vergeſſen gar zu leicht, daß wir ſeit Anfang November 1918 die Revolution haben, in einem Zuſtand der geſellſchaftlichen Auflöſung leben und daher die gemütliche Sofaecke nicht immer wieder um die beſtimmte Abendſtunde aufſuchen können.

Und doch iſt ausſchließlich dieſer Zuſtand ein zuverläſſiger Maßſtab für die Beurteilung der Tätigkeit der Arbeiterräte. Vergegenwärtigen wir uns, daß in den Spätherbſttagen des vergangenen Jahres bei dem weit überwiegenden Teil des deutſchen Volkes jegliches Vertrauen zu der alten Staatsgewalt verſchwunden war, und daß dieſes Vertrauen nicht dadurch wiederhergeſtellt werden konnte, daß ſich auf die alten Stühle in den Regierungsſtuben andere Perſonen ſetzten, während die zur Revolution treibenden Zuſtände nicht über Nacht zu beſeitigen waren. Die politiſche Parteizerſplitterung, beſonders auch der Sozialdemokratie, erſchwerte ebenfalls die Lage. Hier ſetzten die Arbeiterräte ein als neue, durch keine Vergangenheit und keine parteipolitiſche Agitation kompromittierte Organe der Revolution, die eine gewiſſe Stabilität doch bei aller Auflöſung zu ſchaffen vermochten. Wären ſie von vornherein Organe der Zentralgewalt geworden, ſie hätten im allgemeinen Urteil des Volkes wahrſcheinlich eine weit ſtärkere Stellung erworben, als es nun geſchehen iſt. Aber ſie waren ihrer Entſtehung nach *lokale Organe*, und der Umſtand, daß gerade der Berliner „Vollzugsrat“, in dem die perſönliche Qualität am wenigſten vertreten war, ſich zentrale Autorität beizulegen verſuchte, hat manches an einer an ſich guten Sache diskreditiert.

Die Inſtitution der Arbeiter- und Soldatenräte verkörperte zunächſt die revolutionäre Gewalt der *Arbeiter und Soldaten*. Ihrer ſchnellen Entſtehung in den erſten Tagen der Novemberwirren verdanken wir den unblutigen Verlauf der Revolution und die *Vermeidung völliger Anarchie*, als die Truppen aus den Etappen und von der Front in die Heimat ſtrömten. Die Kontrolle der kommunalen und ſtaatlichen Verwaltung durch die Räte, ſo verhaßt ſie auch dem bürokratiſchen Zopf und ſo wenig ſie dem bürokratiſchen Anſpruch auf Sachkunde genügen mochte, flößte doch den *breiten Maſſen der revolutionären Volksſchichten* Vertrauen ein und trug dazu bei, relative Sicherheit im Lande zu erhalten. Dieſe politiſchen Aufgaben löſten die Räte im großen und ganzen erfolgreich.

Nicht ſo dort, wo ſie ſich auf *wirtſchaftliche* Aufgaben verſuchten. Als „Betriebsräte“ griffen ſie in die induſtrielle Betriebsorganiſation ein und erwieſen dazu größtenteils ihre *völlige Unfähigkeit*. Denn dieſe Betriebsräte wurden vielfach oder gar meiſtens zu Organen der wilden Streiks, die das ſchwer erſchütterte Wirtſchaftsleben desorganiſierten. Ausgerechnet von unabhängig-ſozialiſtiſcher Seite (*Hilferding*) kam das Wort von der *Degradierung der Revolution zur Lohnbewegung*. Und *Barth*, ſeinerzeit unabhängiges Mitglied der Reichsregierung, erklärte die von den Betriebsräten geführte Streikbewegung für einen „Kampf gegen die ſozialiſtiſche Republik und nicht gegen den Kapitalismus“. Richard *Müller*, der Vorſitzende des Berliner Vollzugsrates, lehnte vernünftigerweiſe die Bearbeitung dieſer Angelegenheiten durch den Arbeiterrat ab, dazu ſeien die Gewerkſchaften da, die über die nötige Sachkunde verfügten. Allein, es war meiſtens zu ſpät. Die Gewerkſchaften waren, um die Einigung zwiſchen Unabhängigen und Mehrheitsſozialiſten zu ermöglichen, von Anfang an ausgeſchaltet worden, und die Unabhängigen hatten ihre Agitation zu einer wüſten Hetze gegen die Gewerkſchaften geſtaltet, was ihnen die Sympathien der *ehemaligen Gelben* und der *unorganiſierten* Arbeiterkreiſe eintrug, die das Beitragzahlen und die Diſziplin als läſtige Einrichtungen der Gewerkſchaften empfinden und nun unter dem Schutz der Revolutionsorgane und unter Führung der ihnen keine Unkoſten verurſachenden Betriebsräte die Revolution zu einer Lohnbewegung degradierten. Die Unabhängigen ſahen die Wirkung, negierten aber die Urſache.

Inzwiſchen iſt die Bahn für die Demokratie in Deutſchland freigemacht worden und die Regierung beginnt nun, die Arbeiterräte als läſtige Konkurrenz auf politiſchem Gebiete zu empfinden. Schon während der verfloſſenen Monate der revolutionären Diktatur waren Unſtimmigkeiten genug zwiſchen Regierung und Arbeiterräten in Erſcheinung getreten. Wir können hier nicht die intimeren Urſachen unterſuchen, aber es iſt offenbar, daß die Energieloſigkeit der Regierung eine der weſentlicheren Urſachen darſtellt. Das Fehlen eines Programms der Regierung außerhalb der Verwirklichung einer rein bürgerlich-demokratiſchen Republik mußte zum Konflikt mit den revolutionären Maſſen, die in den Arbeiterräten ihre Organe ſehen, führen. Zwar hatte man die Spitze der alten Staatsform beſeitigt und eine neue geſchaffen, aber der ganze Unterbau blieb der gleiche. Dieſelben Perücken verwalten noch das Land, wie ehedem. In der Arbeiterklaſſe, und darin ſtimmen die Gewerkſchaften durchaus zu, wird die Verwaltungsreform als die dringlichſte Aufgabe, beſonders in Preußen, betrachtet. Die Revolution jagte die Spitzen der Verwaltung fort, aber die neuen Männer fanden die Kraft nicht, nun in den Reſſorts mit eiſernem Beſen auszukehren und die alten Regierungs-, Land- und Geheimräte ſetzen ihr Handwerk auch dort fort, wo ſie durchaus nicht eine Anerkennung der neuen Tendenzen an den Tag legen. Anſtatt hier mit den nötigen Reformen einzuſetzen und die Sicherheiten einer freiheitlichen Verwaltung zu ſchaffen, beſchäftigen ſich die zuſtändigen Regierungsſtellen mit der Beſeitigung der Arbeiterräte, die ſpaßhafterweiſe durch ihre „Verankerung" in der Verfaſſung erreicht werden ſoll.

Man will ihnen bei dieſer Verankerung die politiſchen Aufgaben, die ſie als Organe der Revolution erhielten, entziehen, und wirtſchaftliche Aufgaben, an denen ſie in der Revolution ihre Unfähigkeit bereits bewieſen haben, zuweiſen. Dagegen wendet ſich in ſeiner Ausgabe vom 8. März das Correſpondenzblatt der Generalkommiſſion der Gewerkſchaften mit großer Entſchiedenheit. Die Gewerkſchaften haben, heißt es da, ſich von den Erörterungen über die Zukunft der Arbeiterräte ferngehalten, weil es eine politiſche Frage iſt, die die Beteiligten am beſten unter ſich erledigen. Aber nun ſei die Entſcheidung dahin gefallen, daß man ſie mit Aufgaben wirtſchaftlicher Art betrauen will, die in der Tat Aufgaben der Gewerkſchaften ſind und bleiben müſſen. Die Reichsregierung, die Vorſtände der ſozialdemokratiſchen Partei und Fraktion der Nationalverſammlung, ſowie der Vorſtand der ſozialdemokratiſchen Bezirksorganiſation Groß-Berlins haben ſoeben in Aufrufen an die Arbeiterſchaft die künftigen Aufgaben der Arbeiterräte dahin präziſiert, daß ſie „im Wirtſchaftsprozeß kontrollieren und mitbeſtimmen" und als Betriebsräte ſtabiliſiert werden ſollen.

In der Tat ſind das Aufgaben der Gewerkſchaften, die bereits durch die großangelegte Arbeitsgemeinſchaft mit den maßgebenden Arbeitgeberverbänden die nötigen Einrichtungen für die Kontrolle und Mitbeſtimmung im Wirtſchaftsprozeß zu ſchaffen beſtrebt ſind. Auch für die Auswahl wirklich ſachkundiger Arbeitervertreter in den Verwaltungen ſozialiſierter Betriebszweige ſcheinen die Gewerkſchaften weit zweckdienlichere Organe zu ſein, als die aus den „freieſten Wahlen" hervorgehenden Betriebsräte.

Worauf es bei der Organiſation des Wirtſchaftslebens im neuen Deutſchland in erſter Linie ankommt, iſt die Schaffung von Einrichtungen, die nicht ſelbſt ſtabiliſiert werden ſollen, ſondern die ſtabiliſierend wirken. Alles andere kann keine andere Wirkung haben als die der Desorganiſation, die wir am allerwenigſten gebrauchen können. Man kann gewiß die jetzigen Arbeiterausſchüſſe der Induſtriebetriebe ausbauen und ihnen erweiterte Rechte zuſprechen; dieſe Rechte können aber nur auf ihrem bisherigen Tätigkeitsfelde liegen, d. h. ſie ſind das vermittelnde Glied zwiſchen Betriebsleitung und Belegſchaft, prüfen alle entſtehenden Beſchwerden der Arbeiter im Arbeitsverhältnis und verhandeln als erſte Inſtanz mit der Betriebsleitung. Wo ſie ein befriedigendes Ergebnis nicht herausholen, übergeben ſie die Angelegenheit der zuſtändigen Gewerkſchaft, die nun mit dem Unternehmer oder ſeiner Organiſation eine Löſung der Differenzen verſucht, bevor ein offener Konflikt ſich daraus entwickelt. Das iſt der natürliche Weg, der organiſch aus dem Wirtſchaftsprozeß herauswächſt.

Sobald man aber den Arbeiterausſchuß = Betriebsrat mit der Aufgabe bepackt, kontrollierend und mitbeſtimmend in den eigentlichen Wirtſchaftsprozeß einzugreifen, ſchafft man eine Quelle fortdauernder Streitigkeiten. Werden von den Arbeitern des Betriebes Radaumacher gewählt, die nur das große Wort in den Verſammlungen führen, aber von dem tatſächlichen Wirtſchaftsprozeß wenig verſtehen, werden ſowohl die Arbeiterintereſſen, als der Betrieb geſchädigt, der kaum vor ſtändiger Beunruhigung zur Arbeit kommen wird. Gehen dagegen ſachkundige Arbeitervertreter aus den Wahlen hervor, die Verſtändnis für die Betriebsbedürfniſſe haben, werden dieſe mit ihren Mandatgebern kollidieren und der Tanz beginnt von neuem. Die allergrößte Gefahr liegt wiederum darin, daß die Arbeitsverhältniſſe, die unter dem Einfluſſe der Gewerkſchaften zum größten Segen für das Wirtſchaftsleben eine einheitliche Regelung für ganze Induſtrien und Wirtſchaftsgebiete erfahren, unter dem Syſtem der Betriebsräte dezentraliſiert und von den Erträgniſſen jedes einzelnen Betriebes abhängig gemacht werden.

Bei dem bisherigen Arbeiterausſchußſyſtem waren die Gewerkſchaften die primären, die Ausſchüſſe die ſekundären Arbeiterorgane im Wirtſchaftsprozeß; es iſt kein Weg ſichtbar, auf dem dieſes glückliche Verhältnis aufrechterhalten werden könnte, wenn die Betriebsräte anſtatt Arbeiterorgane zu Wirtſchaftsorganen gemacht werden ſollen.

Es liegt vielmehr auf der Hand, daß die Betriebsräte auch gegenüber den Gewerkſchaften ein Werkzeug der Desorganiſation werden müſſen. Der in jeder Beziehung glücklichen Zentraliſation im gewerkſchaftlichen Leben wird über kurz oder lang die ſyndikaliſtiſche Tendenz der Dezentraliſation folgen, ſobald die lokalen Betriebsräte zur Ausübung ihrer auf den Wirtſchaftsprozeß erweiterten Tätigkeit kommen. Nicht die Gewerkſchaften werden die Betriebsräte in ihrer Hand haben, was der Fall war, ſolange ſie als Unterorgane lediglich die Kontrolle der Arbeitsverhältniſſe ausübten, ſondern umgekehrt werden die Betriebsräte die Gewerkſchaften ihren Zwecken dienſtbar zu machen ſuchen, die eine Loslöſung ihrer Machtentfaltung von der Geſamtinduſtrie und die ſtärkere Geltendmachung derſelben im Einzelbetriebe bedeuten werden.

Das mag den Geſetzen der Dialektik auch im Wirtſchaftsleben entſprechen, wonach ein Syſtem immer in ſein Gegenteil umſchlägt, in dieſem Falle alſo die Zentraliſation durch die Dezentraliſation abgelöſt wird. Aber es iſt doch mehr als fraglich, ob es dem deutſchen Wirtſchaftsleben in dieſem Moment des völligen Zuſammenbruchs dienlich iſt, dieſen dialektiſchen Prozeß vorzubereiten und zu fördern. Es iſt denkbar, daß er auf der Stufe eines hochentwickelten Sozialismus mit der berühmten Naturnotwendigkeit eintreten muß und dann ſehr heilſam ſein könnte. Heute haben wir den Sozialismus noch nicht und können durch das vorzeitige Experiment ihn nur gefährden.

Dagegen ſind die politiſchen Aufgaben der Arbeiterräte mit der Durchführung der Demokratie nicht erſchöpft. Die Demokratie iſt an ſich kein geſellſchaftliches Prinzip, das die Rechte der arbeitenden Klaſſe ſicherſtellt; ſie kann im Gegenteil gerade in Arbeiterfragen mindeſtens ſo reaktionär ſein, wie die Autokratie auch. Die augenblickliche Machtverteilung unter den politiſchen Parteien Deutſchlands hat keinen Ewigkeitswert, ſie iſt vielmehr durchaus vergänglicher Natur. Aber es muß ihre Aufgabe ſein, die politiſche und ſoziale Stellung der arbeitenden Klaſſen auf die Dauer zu ſichern. Das kann zweckmäßig geſchehen, indem man die Arbeiterräte zu einer permanenten politiſchen Einrichtung in der Verfaſſung „verankert", die das Recht der Initiativanträge an die demokratiſch aufgebaute Geſetzgebung zum mindeſten in allen reinen Arbeiterfragen, aber auch darüber hinaus in den Fragen der Wirtſchaftspolitik, Sozialpolitik (im weiteſten Sinne) und ſchließlich auch in gewiſſen Fragen der Verwaltung. Auch ein Vetorecht gegenüber der Geſetzgebung wollte man ihnen in reinen Arbeiterfragen, z. B. in den Fragen des Koalitionsrechts und Arbeiterſchutzes, zugeſtehen, um einer möglichen Reaktion mit ihren aufreibenden Kämpfen vorzubeugen. Auch iſt nicht einzuſehen, weshalb nicht die Arbeiterräte zu geeigneten Organen der ſozialen Fürſorge der Gemeinden umgeſtaltet werden könnten. Es gibt in der Gemeindepolitik äußerſt wichtige Gebiete, auf denen die Arbeiterräte ſich ſehr nützlich erweiſen können: Arbeitsloſenfürſorge, Armenfürſorge, Jugendfürſorge uſw. Und wenn die Regierung es für zweckmäßig erachtet, die lange projektierten Arbeitskammern zu Arbeiterräten umzutaufen, ſo iſt das kein Erſatz für das, was die Arbeiterſchaft politiſch durch dieſe Preisgabe der Arbeiterräte *verliert*. Und vollends iſt es untunlich, dieſe neue Form der Arbeitskammern mit der Einflußnahme auf den Wirtſchaftsprozeß der einzelnen Betriebe zu betrauen.

Dagegen liegen auf politiſchem und kommunalem Gebiete wirkliche Aufgaben vor, die man, *geſetzlich präziſiert*, den Arbeiterräten überlaſſen ſollte. Durch ihre Anteilnahme an der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde wird eine Quelle der *Beunruhigung* verſtopft und auch für die Zukunft *demokratiſche Sicherheiten* geſchaffen. Das Gegenteil erreicht man, wenn den Arbeiterräten Aufgaben zugewieſen werden, zu denen bereits freie Organiſationen der Arbeiterklaſſe mit jahrzehntelangen Erfahrungen und ſolide aufgebauten Einrichtungen vorhanden ſind.

Zur elſäſſiſchen Frage

Von E. Heywang

Als der Krieg ausbrach, da ſtellten die bewußt Deutſchland zugewandten Politiker Elſaß-Lothringens mit Freuden feſt: „Das deutſche Elſaß erwacht!“ Die ernſte Begeiſterung, die Deutſchland erfaßt hatte, machte am Rhein nicht Halt. Auch aus dem Elſaß — und nicht etwa aus altdeutſchen Kreiſen — ſtrömten die Freiwilligen zu den Waffen, genau wie rechts des Rheins.

So damals! Und heute? Was iſt das für ein Geiſt, der jetzt die Elſäſſer beherrſcht? Rief es nicht damals dem Deutſchtum zu: „Hoſianna!“ Und jetzt ſchreit die Volksmaſſe jedem mit bewußt deutſcher Geſinnung entgegen: „Kreuzige ihn!“ Wie iſt das möglich geworden?

Das elſaß-lothringiſche Volk umfaßt, wie jedes andere, neben wenigen politiſch Bewußten, eine große Menge unklarer, unentſchiedener Menſchen, die dem Strome folgt. Sie ſind ſchließlich für alles zu haben und folgen der beſſeren Lungenkraft. In Frage ſteht nur das Verhalten der politiſch klaren Köpfe. Leider muß geſagt werden, daß die Führer, die dem Elſaß den Rücken hätten ſteifen ſollen, die Führer, die wußten, um welche ungeheuern Werte geſpielt wurde, nicht auf dem

Verdeck ſtanden und mit überall hörbarer Stimme zur Vernunft ermahnten. Auf dem Poſten waren nur die Verführer, die Demagogen, die jedem beſſeren Wiſſen zum Trotz das Volk an der Hand einer gewiſſenloſen Preſſe in ſein eigenes Unheil hineintrieben. Das war mit ein Verhängnis des Landes, daß die altelſäſſiſchen, ſelbſt- und ſtammesbewußten Männer, die Wegweiſer hätten ſein können, ſo gut wie ganz verſagten. Da war keiner, der zum Volke mit dem Nachdruck einer erprobten und gehärteten Autorität ſagte: „Was euch die irregeleitete oder beſtochene Preſſe vorſetzt, das ſind ganz bewußte Erfindungen, Verzerrungen, Lügen und Schwindel. Und was euch die Zentrumsgrößen im ſtillen und nun im offenen beibringen wollen, iſt gleiche Ware. Eure Zukunft iſt wirtſchaftlich und kulturell nur geſichert im Anſchluß an das Deutſchtum.“ Altdeutſche, und wenn ſie Land und Leute noch ſo heiß liebten, konnten dies aus begreiflichen Gründen nicht ſagen. Und wir paar Altelſäſſer, die den Mut eines ſolchen Bekenntniſſes hatten, die aus heiligſter Überzeugung bis zur letzten Minute redeten, wir waren an Zahl zu ſchwach und leider auch nicht in der Führerſtellung, um Erfolg zu haben. Und ſelbſt wenn wir dieſe Stellung gehabt hätten, ſo wären wir in dieſen Tagen doch ohnmächtig geweſen, weil uns die Preſſe verhöhnte und die „Maſſe“ dem Sieger mit Knechtsgeiſt entgegenſah. Mit gewiſſem Recht ſagte ein Elſäſſer nach dem Einzug der Franzoſen: „Nehmt die franzöſiſche Beſatzung weg und mit Hunderttauſend Mark mache ich den gleichen Rummel in deutſcher Aufmachung!“

Trotz dieſer Tatſache gehen in Deutſchland zur Zeit Urteile über das Elſaß um, die ſich nur aus voller Unkenntnis erklären laſſen. Von allzuvielen wird eine angeſtammte reichsdeutſche Überzeugung der elſäſſiſchen Bevölkerung als ſelbſtverſtändliche Vorausſetzung in Rechnung geſetzt. Sie können ſich in die Seele des Volks nicht hineindenken, weil ſie ſich die Mühe nicht geben, ihr einigermaßen geſchichtlich gerecht zu werden. Sie, deren politiſche Seele ſich im weſentlichen geradlinig entwickeln konnte, haben keine Ahnung, durch welche Irrniſſe und Wirrniſſe die elſäſſiſche Volksſeele hindurch mußte.

Um das kurz zu erläutern, ſei mir geſtattet, bis 1648 zurückzugehen. Damals wurden Elſaß und Lothringen ſtückweiſe dem Deutſchen Reiche weggeriſſen. Das heilige römiſche Reich deutſcher Nation beſtand von 1648 ab tatſächlich nur als papierner Begriff, nicht mehr als reale Macht. Jedenfalls konnte kein Bürger ſtolz ſein auf ſeine Zugehörigkeit zu dieſem Staatsganzen. Wie ganz anders Frankreich! Wirtſchaftlich aufblühend, vom 30jährigen Kriege verſchont, geleitet durch das Sonnenkönigtum, zentraliſiert nach der Sonnenſtadt! Mächtige Anziehungspunkte für vaterlandsloſe Splitter, die in ſeine Nähe gerieten. Daß trotzdem in jener Zeit das Romanentum ſehr wenig Erfolge zu verzeichnen hat (ſiehe z. B. „Dichtung und Wahrheit“ von Goethe), ſtellt dem kernhaften Deutſchtum des Landes ein glänzendes Zeugnis aus. Größer wurden die moraliſchen Eroberungen

Frankreichs durch die Revolution, die die erſte ſtärkere Verkittung ſchuf, die napoleoniſchen Kriegszüge und ſchließlich im Laufe des 19. Jahrhunderts die wirtſchaftspolitiſche Geſetzgebung, die das Land am Rhein zu einem Teile des franzöſiſchen Wirtſchaftsgebietes machte. Was ſo nicht erreicht war, das wurde durch mehr oder minder geſchickte, teils ganz drakoniſche Geſetze in die Wege geleitet. 1870-71 beſtand in führenden elſäſſiſchen Kreiſen tatſächlich kein beſonders hervortretender Wunſch zur Rückkehr zum Deutſchtum. Das Elſaß wurde annektiert, richtiger desannektiert, weil Deutſchland es als Schutz gegen Frankreich brauchte (Bismarck ſagte: als glacis) und weil ein bewußter deutſcher Staat in ſeinem Machtanſehen geſchädigt wäre, wenn ein ausgeſprochen deutſcher Stamm von einer nationaliſtiſch-franzöſiſchen Herrſchaft regiert würde. Gegen ſeinen Willen wurde das Elſaß erlöſt. Die Ententiſten werden dieſen Satz belächeln. Und doch iſt er wahr. Es war eine Erlöſung für die vielen gebundenen und unterbundenen Kulturkräfte. 200 Jahre und mehr war das Land franzöſiſch geweſen; in der ganzen Zeit iſt nicht ein einziger Kulturträger von Bedeutung aus dem Elſaß entſproßt. Wie ganz anders in früherer Zeit, wo Dichter und Künſtler rein elſäſſiſcher Abſtammung mit ſolchen „altdeutſchen" Blutes wetteiferten: Ottfried von Weißenburg, Gottfried von Straßburg, Sebaſtian Brant, Fiſchart, Griler von Kaiſersberg, Joh. Sturm, Sturm von Sturmeck, Herath von Landsberg, Martin Butzer, Martin Schöngauer, Anton Grünewald, Ph. J. Spener und viele, viele andere. In der kurzen Zeit unſerer Zugehörigkeit zum Deutſchtum haben wir in Dichtung und Kunſt Knoſpen angeſetzt, Blüten getrieben. Wäre das Elſaß noch ein halbes Jahrhundert deutſch geweſen, es hätte ſich erholt gehabt von ſeinem unglücklichen franzöſiſchen Kulturſturz und wäre ſicher einer Zukunft entgegengereift, würdig jener alten Zeit deutſch-elſäſſiſcher Kulturblüte. Das iſt keine vage Hoffnung; wir ſahen es vor unſeren Augen wachſen und werden.

Dieſes Wachstum fand ſtatt in einer Zeit der unglaublichſten Mißgriffe und Torheiten, die es den Landesbewohnern wahrhaft nicht leicht machten, den Anſchluß an das Deutſchtum zu finden. Iſt es noch nötig, hinzuweiſen auf die Beamtenpolitik, auf die Schuljungenbehandlung der Reichsländer, auf die Liebäugelung mit den Rückwärtspolitikern und Weſtwärtsblickern, auf die Hintanſetzung der deutſchdenkenden Stände, auf die Zickzackpolitik, die unglückliche Figur Deutſchlands in der Autonomiefrage, auf den Zaberner Fall, auf das ungeheuerliche Kronprinzentelegramm „Nur feſte druff! Wilhelm", die törichten Äußerungen des Kaiſers uſw. uſw.? Angeſichts all dieſer Tatſachen, die ja allbekannt ſind, kann es nicht erſtaunlich ſein, daß der Kredit des Reiches im Elſaß nicht wachſen wollte.

Und doch dann dieſe Begeiſterung, als der Krieg ausbrach! Zeigte das nicht deutlich, daß das Elſaß trotz allem und trotz allem wirklich unverwüſtlich deutſch iſt? Faſt ſich ſelbſt zum Trotz. „Und trotz dir ſelber biſt du gut und edel," ſagt Bertha von Bruneck. Wäre im Anſchluß daran dem Elſaß ſofort die volle Autonomie als Bundesſtaat gewährt worden, es wäre dadurch unlösbar mit dem Deutſchen Reiche verknüpft worden. Dann aber hätte jeder Hinterhalt verſchwinden müſſen — überall! Auch bei allen Militärautoritäten und -autoritätchen. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutſche", hätte Stich- und Leitwort der Elſaß-Lothringen-Politik Berlins ſein müſſen. Was kam ſtatt deſſen? Mit einem Wort: eine Politik des ſchlimmſten Mißtrauens, der Hintanſetzung, der Anzweifelung, der Aufbauſchung, der Ungerechtigkeiten. Dieſe in Gemeinſchaft mit dem Druck des Krieges, den eine große Mehrheit der Elſäſſer als Druck von ſeiten Deutſchlands empfinden mußten, in Gemeinſchaft weiter mit der ganz unglücklichen Geſamtpolitik des Reiches, der geradezu hahnebüchenen Behandlung der Autonomiefrage bei Michaelis und noch ſchlimmer bei Hertling, weiter den ärger- und ärgerniserregenden Sondermaßnahmen gegen Elſäſſer, den tatſächlichen Ungerechtigkeiten uſw. brachten es fertig, daß bei allen denen, deren deutſches Empfinden nur in der Seelenrinde, nicht im Seelenkern wurzelte, das Deutſchtum ausgetilgt wurde in erſchreckender Vollſtändigkeit. Ja, daß ſo viele Elſäſſer uns untreu wurden, iſt für uns, die wir offenen Auges den Wurm weiterfreſſen ſehen mußten, ohne helfen zu können, eine weit kleinere Überraſchung geweſen, als jene Tatſache, daß noch ſo viele Altelſäſſer die Beſinnung und Klarheit behielten und wenigſtens in der Stille ihr Deutſchtum bewahrten.

Daraus dürfen wir die Hoffnung ſchöpfen: Es iſt nicht alles verloren. Was wir nie zuſtande brachten, das wird die franzöſiſche Verwaltung erreichen. Der wirtſchaftliche Sturz wird kommen, die Schwächen der Organiſation werden in Erſcheinung treten und die Ernüchterung mit ſich bringen. Schon dämmert es. Der elſäſſiſch-alemanniſche Kritikgeiſt lebt noch. Laſſen wir ihn nur wirken. Er wird beſſer für die Sache des Deutſchtums wirken, als alle Geſinnungsmaßnahmen der deutſchen Behörden vorher.

Die Hauptaufgabe wird zur Zeit in Weimar gelöſt. Wenn es uns gelingt, in Deutſchland allen alten Modergeiſt hinauszukehren und Deutſchland zu der geſundeſten, anziehendſten, innerlich wahrſten, ſozialſten Demokratie zu machen, ſo wird dieſe durch ihr Weſen auch auf das Elſaß als Magnet wirken, wie auf alle Gaue deutſcher Zunge. Gewiß wird der nicht allzu ſehr zentraliſierte Bundesſtaat beſſer als Agitationsmittel wirken als der Einheitsſtaat. Aber auch der franzöſiſche Einheitsſtaat hat die Elſäſſer nicht abgehalten, hinüber zu pendeln.

Und dann muß ganz Deutſchland den Proteſt gegen den Raub deutſchen Landes, den franzöſiſchen Imperialismus als unverbrüchliches Recht und tiefinnerſtes Glaubensbekenntnis hinaustönen laſſen in alle Welt und die Volksabſtimmung fordern auch für das vergewaltigte Elſaß und Lothringen. Iſt der Proteſt jetzt auch ohnmächtig, ſo zweifle man nur nicht daran, er wird fruchtbar werden, früher oder ſpäter. Wilſons Forderungen, die heute von unſeren Feinden ſo brutal mit Füßen getreten werden, ſie werden einmal gegen ihre Vergewaltiger und Knebler wirken. Es gibt eine immanente Gerechtigkeit im Weltgeſchehen.

Wenn die Volksabſtimmung jetzt auch verweigert wird — es wird eine Zeit geben, wo ſie ſo unwiderſtehlich gefordert wird, daß ſchon die Forderung Plebiszit ſein wird. Ihr Ausfall wird dann kaum noch zweifelhaft ſein. Deutſchland hat darum das unverrückbare Recht, ſie zu fordern; denn Elſaß-Lothringen iſt deutſch nach Geſchichte, Ethnographie, Volkswirtſchaft, Sprache, Kultur, Geographie und Völkerrecht — und ſeine unbedingte Pflicht —, denn ein Volk, das ſich tatenlos eines ſeiner Glieder begeben kann, iſt ehr- und würdelos und muß zum Fußſchemel anderer ſelbſtbewußterer Nationen werden. Allerdings muß die Abſtimmung in einer Weiſe ſtattfinden, daß ſie als objektiv gelten kann: unter neutraler Leitung und Beſetzung, nach einer gewiſſen Zeit der ſeeliſchen Entſpannung und Klärung, unter Mitbeteiligung aller bei Kriegsausbruch im Lande wohnhaft geweſenen Männer und Frauen.

Und noch eins muß hervorgehoben werden, eine Pflicht der Gegenwart, der Deutſchland ſich ebenſo wenig entziehen darf. Es handelt ſich um die geflüchteten Altelſäſſer. Die ausgewanderten und ausgewieſenen „Alt"deutſchen (der Ausdruck iſt ja falſch, denn das Elſaß iſt ebenſo lange deutſch, als das übrige Deutſchland) haben im beſten Falle eine liebe Kolonie, wir aber unſere Heimat, unſeren Wurzelboden verloren. Die Altelſäſſer aber ſind fort als lebender Proteſt gegen die Vergewaltigung durch Frankreich, als Demonſtranten gegen die Unnatur, die dem Lande widerfahren ſoll. Wir ſind für Deutſchland der lebende Beweis dafür, daß es wirklich auf Erden ein deutſches Elſaß gibt, daß dieſes Land nicht in dem Wolkenkuckucksheim einiger deutſchen Ideologen liegt. Sie, nur ſie, beweiſen, daß das deutſche Empfinden im Elſaß noch glimmt; wir, nur wir, können einige Gewähr bieten, daß es eines Tages wieder aufflackern wird zur reinen Flamme. Sie ſind darum diejenigen, auf die Deutſchland ſeiner Zeit hinweiſen muß, wenn es den heute durch brutale Vergewaltigung und Juſtizmord beendigten elſaß-lothringiſchen Prozeß eines Tages vor dem Richterſtuhl der Weltgerechtigkeit in einwandfreierer Weiſe aufgerollt ſehen und abgeſchloſſen haben will. Wer kann ihm dazu ein Recht geben, wenn nicht ſie, die geflüchteten Altelſäſſer?

Dieſer Bedeutung entſprechend, muß auch die Aufnahme ſein, die ſie in Deutſchland finden müſſen. 1871 hatte Frankreich die politiſche Bedeutung der elſäſſiſchen Optanten, die damals ihre Heimat verließen, wie die fraglichen Altelſäſſer heute. Mit offenen Armen nahm man ſie auf und gab ihnen Stellen, die den im Elſaß verlaſſenen nicht nur vollauf gleichwertig waren, ſie wurden im Gegenteil alle möglichſt „befördert". Der Schulinſpektor Joſt von Weißenburg, gebürtig aus

Dorbisheim, wurde inspecteur général de l'instruction primaire. Heute weiſt nicht nur ſeine ganze Verwandtſchaft, ſondern auch ſein Dorf und das Elſaß mit Stolz auf ihn, den tüchtigen Mann, ebenſo verweiſt man aber auch auf Frankreich, das dem fähigen Elſäſſer freie Bahn gewährte, wie Deutſchland es nie tat. Wohl war in dem unitariſchen Frankreich dies leichter als in dem föderativen Deutſchland. Nichtsdeſtoweniger muß auch jetzt für die geflüchteten altelſäſſiſchen Beamten und Lehrer in ähnlicher Weiſe geſorgt werden um jeden Preis. Das Gegenteil zeugte von einer nie zu verzeihenden Engherzigkeit und Kurzſichtigkeit, die ſich eines Tages ſchwer rächen könnte. Die bis jetzt bekannt gewordenen bundesſtaatlichen Äußerungen — beſonders die der ſüddeutſchen Staaten — laſſen leider die Einſicht in die eben erwähnten Zuſammenhänge völlig vermiſſen. Wollen doch alle nur diejenigen ausgewanderten und ausgewieſenen Lehrer und Beamten anſtellen, die „ihre" Staatsangehörigkeit beſitzen. Indes geben wir der unbedingten Hoffnung Raum, daß es nur eines Fingerzeiges bedarf, um auch dieſe Frage raſcheſtens und befriedigend zu löſen. — Und die Bundesſtaaten dürfen ja ſicher ſein, auch für ſich bei der Anſtellung der Betreffenden gut zu fahren; denn es ſind zweifellos wirklich die beſten, die herüberkamen. Wären ſie nicht Charakter und klare Köpfe, ſie hätten den Schritt ins Ungewiſſe nicht getan. Sie taten's im Vertrauen auf das Verſtändnis und die Einſicht ganz Deutſchlands. Dieſes Vertrauen verdient volles, rückhaltloſes Vertrauen, ſie haben es um Deutſchland und die deutſche Sache verdient.

Notizen

Der franzöſiſche Vernichtungswille wird durch eine Denkſchrift grell beleuchtet, die die „Deutſche Allgemeine Zeitung" kürzlich veröffentlichte. Es handelt ſich nicht um eine Privatarbeit eines hemmungsloſen Aufteilungsfanatikers, ſondern um die Arbeit des Referenten für Polen in der Kommiſſion beim Miniſterium des Äußeren in Paris. Folgende Sätze zeigen, wie weit ſich Frankreich von Wilſons vierzehn Punkten entfernt hat. Deutſchenhaß und franzöſiſcher Geſchäftsſinn haben dem Verfaſſer abwechſelnd die Feder geführt:

„Die Kreiſe (in Weſtpreußen), die an das Meer grenzen, haben in der Mehrzahl nur eine polniſche Minderheit; dieſe Schwierigkeiten müſſen indeſſen unter allen Umſtänden auf eine Weiſe gelöſt werden, die den Anſprüchen der Polen auf einen freien Zutritt zur Weichſelmündung, auf den Hafen von Danzig und den ganzen Küſtenſtrich, die ſogenannte Kaſſubei, günſtig ſind, einſchließlich des Kreiſes Pusk, mit einer polniſchen Majorität von 69,1 Prozent, aber auch einſchließlich der angrenzenden Kreiſe Karluzy und Weiherow, wiewohl der letztere in Wirklichkeit nur 48 Prozent polniſche Bevölkerung aufweiſt.

Die geographiſche Lage dieſer Kreiſe iſt überall die, daß jede andere Löſung als die einer einfachen und glatten Rückgabe den Intereſſen Polens und ſeiner wirtſchaftlichen Entwicklung nachteilig ſein würde, mit der wir im Hinblick auf den ſtarken Abſatz der franzöſiſchen Induſtrie auf den Märkten des Oſtens rechnen müſſen.

In der Annahme, daß die ritterliche polniſche Nation augenblicklich ein Element der Ordnung zwiſchen dem bolſchewiſtiſchen Rußland und dem desorganiſierten und zerfallenden Deutſchland bildet, kann die Notwendigkeit, die geſetzliche Ordnung in den Kreiſen mit gemiſchter Bevölkerung aufrechtzuerhalten, mit Fug und Recht den Grund zu einer polniſchen Beſetzung geben, die dort mehr oder weniger lang vorübergehend dauern wird. Dieſe zeitweilige Beſetzung wird in dem erſten und bedeutungsvollſten Zeitpunkt des wirtſchaftlichen Aufſchwungs Großpolens dieſem einen freien Zutritt zum Meer und zur Küſte ſichern und die Möglichkeit bieten, günſtige Bedingungen für eine endgültige Einverleibung dieſer gemiſchtſprachigen Kreiſe in ihr Mutterland zu ſchaffen.“

Mit ſolchen Mitteln ſchlimmſter Geheimdiplomatie wird natürlich jede Möglichkeit, den Völkerbundsgedanken in die Wirklichkeit hinüberzuleiten, mit dem Knüppel des Betruges und der Hinterliſt totgeſchlagen.

Neuerſcheinungen

Johannes Öhquiſt, Finnland. 700. Bändchen „Aus Natur und Geiſteswelt“, Leipzig und Berlin, B. G. Teubner, 1919, 191 S., Preis 1,90 Mark. Finnlands ſtaatliche Wiedergeburt iſt ein wichtiges Stück von der großen oſteuropäiſchen Umwandlung, die durch die deutſche Kraft im Weltkriege hervorgebracht worden. Wie bei allen übrigen oſteuropäiſchen Ländern, ſo fehlte es vor dem Kriege auch bei Finnland an einer brauchbaren geographiſch-politiſchen Darſtellung namentlich für den breiteren Bedarf. Ein Hauptgrund dafür war das mangelnde Intereſſe für den Oſten. Der Oſten war ein für allemal „Rußland“, und für die Unterſchiede innerhalb dieſer auf allen Karten mit dem traditionellen Grün umzogenen Ländermaſſe hatte man keinen Sinn.

Öhquiſts kleines Buch iſt eine gute Abhilfe für den bisherigen Mangel. Es gliedert ſich in die Abſchnitte: Land und Volk, Geſchichte, gegenwärtiger Bau des Staates, Wirtſchaftsleben, geiſtige Kultur. Dabei iſt das Geographiſche außerordentlich kurz behandelt, die Geſchichte und das Wirtſchaftsleben etwas ausführlicher und am eingehendſten die finnländiſche Kultur. In der Tat kann Finnland auf ſeine Kulturleiſtungen ſtolz ſein. Vielleicht war es nicht notwendig, die Reihe der modernen finnländiſchen Maler und Muſiker für den deutſchen Leſer ganz ſo lang zu machen, wie Öhquiſt es tut; daß er aber von Runeberg, dem Klaſſiker der ſchwediſchen Dichtung in Finnland, und von Elias Lönnrot, dem Entdecker und Wiederaufbauer des wunderbaren altfinniſchen Volksepos „Kalewala“ und ſeinem Werke wirkliche Charakterbilder gibt, iſt ein hoher Vorzug. Auch der Abſchnitt über die finnländiſche Volkswirtſchaft und die deutſch-finnländiſchen Wirtſchaftsbeziehungen iſt gut gearbeitet, mit reichlichem modernen Material verſehen und praktiſch wertvoll. Für die Geographie im engeren Sinne und für die geographiſch-politiſche Bedeutung, die das Land durch ſeine Lage beſitzt, würde es ſich bei einer neuen Auflage empfehlen, die ausgezeichnete Darſtellung von R. Norrlander (Richard Pohle) und S. Sario heranzuziehen: „Die nordiſche Brücke“, Stuttgart 1917, Verlag von J. Engelhorn und Nachfolger. Die nordiſche Brücke iſt Finnland. P. R.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend ⋆ Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.70, übriges Ausland M. 8.—. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 11. April 1919 * Heft 15

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Die Feſtigkeit in der Danziger Frage hat zu einem Kompromiß geführt, das Deutſchland wenigſtens von der unmittelbaren Gefährdung Weſtpreußens befreit. Die Entente-Stimmen, die die ganze Angelegenheit als eine Preſtige-Frage behandelt wiſſen wollten, ſind nicht durchgedrungen; Foch ſelber ſcheint auch nicht mehr in der Januarlage zu ſein, da er mit dem Befehl des Einmarſchs glaubte drohen zu können. England und Amerika laſſen wiſſen, daß ſie an eine Wiederaufnahme der Kriegshandlungen gegen Deutſchland nicht mehr denken. Die Franzoſen müſſen alſo nachgeben. Vielleicht ſind ſie ſelber bei der Bewertung der polniſchen Freundſchaft im Augenblick etwas beſcheidener geworden, ſeit Warſchau Geſamtpolen unter Ausnahmezuſtand ſtellen mußte.

*

In der Entente ſucht man nach einem Schlüſſel, wie man das Saargebiet zwar politiſch bei Deutſchland belaſſen, es aber wirtſchaftlich Frankreich ausliefern könne. Denn man hat begriffen, daß die Abſicht der Pariſer Chauviniſten dem Wilſonprogramm ſo ins Geſicht ſchlägt, daß die Deutſchen toll wären, wenn ſie unter ſolche Abmachung ihren Namen ſetzen würden. Das aber, den unterſchriftloſen Zuſtand, will man vermeiden; denn man braucht den geſchäftsfähigen Kontrahenten. Deutſchland wird ſich aber die Wirtſchaftsvorſchläge auf das genaueſte anſehen, ſoll es ſich nicht einer Verſklavung ſeiner Zukunft ausliefern. Freilich, es gibt bei uns Leute, denen die Preisgabe von Elſaß-Lothringen eine Sache der politiſchen Taktik war, denen der Handel über die Saarkohle wie ein Weg zur Verſtändigung mit Frankreich erſcheint. Sie nennen das „kontinentale

Politik“ und glauben damit, auf die franzöſiſche Seele einen freundſchaftlichen Eindruck zu machen. Indeſſen wecken ſie drüben zum Triumph noch Hohn und Verachtung.

*

Im mittleren Württemberg kämpfen proletariſcher Generalſtreik und Bürgerſtreik in zäher Ausdauer um die Oberhand. Die Mehrheit der alten Sozialdemokratie lehnt den Arbeiterausſtand ab, beſchwört aber die „Bürger“, aufzuhören, denn ſie hat die Angſt, daß hier ein neues Kriegsmittel der ſozialen Konflikte ausgeprobt werde. Nun iſt ja ſo viel gewiß: die wirtſchaftliche und politiſche Demokratie, ernſthaft durchgeführt, hebt den Streikgedanken von ſelber auf. Aber wie kommt die Sozialdemokratie dazu, die Flöte der Harmonie zu blaſen, nachdem ſie durch Jahrzehnte den Klaſſenkampf als die Form des politiſchen Lebens gepredigt hat?

*

In Deutſchland folgt Streik auf Streik, mit der Hauptforderung, die politiſch inhaftierten Leute freizugeben. In Frankreich wird der Mörder von Jaurès freigeſprochen, nachdem der Prozeß gegen fünf Jahre verſchleppt war, und die franzöſiſche Nation nimmt faſt keine Notiz davon. Wenig fehlt und Villain wird noch einmal ein Nationalheld, einer der Rückeroberer von Elſaß-Lothringen. Was aber ſagt das franzöſiſche Proletariat? Es murrt und ſieht zu, wie ſeine Regierenden das Werk des Mörders fortſetzen, indem ſie auch den Geiſt von Jaurès vollends totſchlagen.

*

Die bolſchewiſtiſche Politik bleibt undurchſichtig. Lenin hat die von Ungarn angebotene Verbrüderung mit einigen freundlichen Redensarten abgeſpeiſt. Warum hat plötzlich dieſer Erfolg der Weltrevolution für die Moskauer Herren den Reiz verloren? Die Löſung dieſes Rätſels liegt vielleicht in der Meldung, daß die Entente im Begriffe iſt, mit der Sowjetregierung anzuknüpfen, weil ſie keine kampfwilligen Truppen für den Kreuzzug gegen den Bolſchewismus findet; der Bolſchewismus ſeinerſeits iſt einem vorläufigen Ausgleich nicht abgeneigt, weil er wirtſchaftlich am Ende ſeiner Kraft iſt. Das Angebot Lenins, die Propaganda für die Weltrevolution einzuſtellen, falls die Ententetruppen Rußland verließen, erinnert lebhaft an Trotzkis Verſprechungen in Breſt, worauf prompt Joffes Verſchwörung mit den Unabhängigen einſetzte. Das Gift des Bolſchewismus dürfte eben bereits ſo tief in Europas Körper eingedrungen ſein, daß nur eine radikale Kur die Zerſetzung verhindern kann.

Die heilige Allianz

Von Georg Brandes (Kopenhagen)

Autoriſierte Überſetzung von Erich Holm

I.

15. Februar 1919.

Das Organ der engliſchen Arbeiterpartei, „The Herald" (The National Labour Weekly), legte in ſeiner Nummer vom 11. Januar dar, daß aller Wahrſcheinlichkeit nach bei dem bevorſtehenden Friedenskongreß alle Nationen der Welt irgendwie recht oder ſchlecht vertreten ſein dürften, die Entſcheidung aber ſelbſtverſtändlich in den Händen jener Mächte liegen würde, die die Vorkonferenz abhielten, während man die weniger einflußreichen Staaten oder Völker dazu einladen werde, den getroffenen Vereinbarungen beizupflichten, falls man dieſe Formalität überhaupt für notwendig erachtet. Der Krieg zum Beſten der kleinen Nationen werde unbedingt mit dem Friedensſchluß zwiſchen den großen Nationen enden. Der Krieg gegen das angebliche Streben der Zentralmächte nach Weltherrſchaft würde mit der tatſächlichen und unzweifelhaften Weltherrſchaft der Alliierten enden.

Noch haben die Ereigniſſe dieſe Auffaſſung nicht zuſchanden gemacht.

Der „Herald", der eine ausgeſprochen oppoſitionelle Haltung gegenüber der jetzigen engliſchen Regierung einnimmt, hegt tiefes Mißtrauen gegen den Völkerbund, den in Großbritannien wie Amerika Politiker und Journaliſten fortwährend im Munde führen. Das Blatt fragt, ob darunter ein Bund zwiſchen einigen wenigen antiſozialiſtiſchen Regierungen zu verſtehen ſei, die fordern und vorſchreiben, wie die übrigen Völker ihr Leben einzurichten hätten, und ob er etwas anderes bedeuten wird als das Recht, die Abrüſtung zu Lande zu gebieten, die zur See aber zu verweigern, ſo daß dann Großbritannien und die Freiſtaaten ſich dem ſtillſchweigenden Wettſtreit des Ausbaues ihrer ungeheuren Flotten überlaſſen können?

Wir möchten weiter fragen, ob der Völkerbund aus aktiven und paſſiven Mitgliedern beſtehen ſoll, aus ſolchen, die kommandieren, und aus ſolchen, die zu folgen haben? In dieſem Falle würde der Völkerbund nur genau die um ein Jahrhundert ſpäter ſich wiederholende heilige Allianz von 1815 ſein.

II.

Die Machthaber, die dieſe Allianz abſchließen, haben genau wie die von 1815 kein anderes Ziel vor Augen, als Gerechtigkeit, Menſchenliebe und Frieden.

Vielleicht werden ſie die Abſchaffung des Krieges im alten Sinne des Wortes dekretieren. Aber ſie werden die Gewaltherrſchaft in deren neuerer Form des Boykotts und der Blockade aufrechterhalten. Sie werden dieſe Waffen der ganzen Welt gegenüber anwenden können, in die Regierungsform der ruſſiſchen Völker eingreifen, die Türkei unter ſich teilen, Öſterreich-Ungarn auflöſen und, wenn es ihnen paßt, vom Stillen Ozean bis zum Rhein die Hungersnot aufrechterhalten. Sie werden ihrem Programm nach wieder das europäiſche Gleichgewicht, das ſeinerzeit durch die Kriegserklärung Öſterreich-Ungarns gegen Serbien und durch Deutſchlands Unterſtützung dieſer Gewalttat geſtört wurde, wieder aufrichten.

Doch nun nach dem Siege liegen in der einen Wagſchale die vereinigten Seeſtreitkräfte Englands, Amerikas und Japans, die geſamte Heeresmacht Frankreichs, Italiens, Polens, Serbiens und der Tſchecho-Slowakei und alle Reichtümer Aſiens, Afrikas und Amerikas. In der andern Wagſchale liegt die Hilfloſigkeit des zuſammengebrochenen Deutſchlands, die Hilfloſigkeit eines Volkes, das, von Hungersnot bedroht, weiß, daß es bei jedem neuen Konflikt derſelben Drohung begegnen werde, das ſo mit Schulden belaſtet iſt, daß es ſich in Menſchenaltern nicht wieder aufzurichten vermag und unter ſolchem Mangel an Rohſtoffen leidet, daß es ſich ſie mit jedweder Demütigung erkaufen muß.

Es iſt ſehr natürlich, daß jene Völker, die bisher in unverſtändigem Hochmut und Übermut von den Deutſchen unterdrückt wurden, ſowie jene, die in ihnen gefährliche und energiſche Konkurrenten ſahen, dieſe Veränderung in der Lage der Wagſchalen nur als gerechte Strafe für des alten Kaiſerreichs Pochen auf ſeine Macht und ſeinen ſteten Appell an die gepanzerte Fauſt, die ſcharfe Klinge und das trockene Pulver empfinden. Aber von einer Wiederaufrichtung des europäiſchen Gleichgewichtes läßt ſich da ſelbſtverſtändlich nicht reden und von einem auf Gleichberechtigung gegründeten Völkerbund noch viel weniger.

III.

Die elementarſte Bedingung für die Errichtung eines ſolchen Völkerbundes wäre, Frieden zu ſchließen.

Der Krieg hat zwar inſoweit aufgehört, als viele Truppenkörper nach Haus geſchickt wurden; aber es iſt gleichwohl ſchwer, des Friedens gewahr zu werden, während immer wieder, bald da, bald dort, in den verſchiedenſten Orten und Gegenden von Plünderungen begleitete Aufſtände ausbrechen und rings in den Ländern der Bürgerkrieg aufzüngelt und aufflammt.

Wenn die Tſchecho-Slowaken, die zu Hunderttauſenden zu dem kaiſerlichen ruſſiſchen Heere übergelaufen waren und nach dem ruſſiſchen Sonderfrieden aus Furcht, ausgeliefert und in Öſterreich als Deſerteure erſchoſſen zu werden, ſich bewaffneten und eine ſtarke Freiſchar in Sibirien bildeten, ſo war das nur klug und begreiflich. Im Krieg war es auch nur natürlich und nicht anders zu erwarten, als daß England und Frankreich dieſe Truppen finanziell unterſtützte, ſie ausrüſtete und zu eigenen Zwecken verwendete.

Nicht minder natürlich iſt es, daß Lenin als Präſident des ruſſiſchen Rates der Volkskommiſſäre und Tſchitſcherin als Volkskommiſſär der auswärtigen Angelegenheiten in einem Manifeſt „Rußland an Großbritannien", das in engliſcher Sprache abgefaßt, an der Wologda-Front von Äroplanen in Maſſen auf die engliſchen Linien herabgeworfen wurde, ſich leidenſchaftlich über dieſen Vorgang beſchwerten. — In dieſem Flugblatt an die engliſchen Soldaten heißt es:

„Um die Zuſtimmung der britiſchen Arbeiter zu dem unverantwortlichen Angriff auf uns zu erlangen, gibt Eure Regierung für die Landung von Truppen folgende Gründe an: 1. ſie kämen, die Anarchie auszurotten und Ordnung herzuſtellen. Das iſt unwahr. Eure und die franzöſiſche Regierung tragen ſelbſt die Verantwortung für die in Rußland herrſchende Unordnung . . . ſie machen gemeinſame Sache mit den Tſchecho-Slowaken, die uns von unſeren Vorräten an Lebensmitteln abſperren. Die furchtbare Teuerung in unſerem Lande hat in hohem Grade zur herrſchenden Zerrüttung beigetragen.

2. ſie kämen, um dem ruſſiſchen Volke Hilfe zu leiſten. — Das iſt unwahr. Sie helfen nur dazu, ein Volk mit Krieg zu überziehen, das vom Kriege erſchöpft iſt. Wir brauchen nicht Krieg. Wir brauchen Frieden."

IV.

Ich für mein Teil bin weit davon entfernt, zu glauben, daß die Unterſtützung der tſchecho-ſlowakiſchen Truppen durch die Alliierten die einzige oder auch nur die weſentlichſte Urſache des in Rußland herrſchenden Elends war. Doch iſt es klar, daß die ins Werk geſetzte Blockade Sibiriens für das ruſſiſche Volk eine ſchreckliche Kalamität war und ſehr zur Verſchärfung der Hungersnot und Verzweiflung beigetragen hat, die mehr als alles andere zu den um ſich greifenden Plünderungen und überhaupt zu der Mißachtung von Geſetz und Recht geführt haben.

Daß der bisherige däniſche Geſandte in Rußlands Hauptſtadt ſich zur Friedenskonferenz begab und die Mächte ausdrücklich aufforderte, gegen die bolſchewiſtiſche Regierung Krieg zu führen, war daher, wie mir ſcheinen will, geeignet, einige Verwunderung zu erregen. Naheliegender als die Mächte zu weiterem Kriegführen aufzufordern und zu neuerlicher Entſendung von Truppen, die vom Bolſchewismus angeſteckt zu werden Gefahr liefen, wäre es geweſen, die Auflöſung der tſchecho-ſlowakiſchen Truppenmacht, die Aufhebung der Blockade an der ſibiriſchen Grenze und reichliche Zufuhr von Lebensmitteln vorzuſchlagen. Satte Menſchen ſind nach alter Erfahrung weniger gefährlich und weniger blutdürſtig als hungernde.

Jeder vernünftige Ruſſe iſt ſich darüber klar, daß es unmöglich iſt, den Bolſchewismus mit Waffengewalt zu heilen, ſo unmöglich, wie eine durch Blutvergiftung entſtandene Geſchwulſt durch einen chirurgiſchen Eingriff beheben zu wollen. Um was es ſich handelt, iſt, die Krankheit ſelbſt zu heilen.

Lenin behauptet, wenn er das ſoziale und ökonomiſche Leben Rußlands umgeſtalte, geſchehe es nur, um dem Arbeiter den Ertrag ſeiner Arbeit zu ſichern; die Tſchecho-Slowaken aber unterdrückten den Arbeiter, wohin ſie auch kämen. In Samara, wo der Achtſtundentag durchgeſetzt worden war, hätten ſie ihn wieder abgeſchafft. Überhaupt wären alle Organiſationen der arbeitenden Klaſſen, Fachvereine u. dgl., von dieſen fremden Truppen zugunſten der Vorherrſchaft von Spekulanten, Kapitaliſten und ehemaligen zariſtiſchen Offizieren unterdrückt worden. Lenin flößt perſönlich ſehr wenig Sympathie ein; die Grauſamkeit ſeines Vorgehens noch weniger. Aber er glaubt offenbar an ſeine Sache und an ſein Recht. Seine Empfindungsweiſe iſt nicht ohne Grund mit der eines Großinquiſitors verglichen worden. Er iſt wie Torquemada aufrichtig gläubig und führt wie dieſer ſeine Schreckensherrſchaft mit Folter, Schwert und Scheiterhaufen in der Überzeugung, der guten Sache zu dienen und das Reich Gottes auf Erden herbeizuführen.

Vorläufig haben die Bolſchewiſten mit ihrer Grauſamkeit und Überſtürzung Rußland in Ohnmacht und Elend verſetzt. Der ruſſiſche Schriftſteller Dmitri Gavronski, der — ſelbſt Sozialrevolutionär — ein leidenſchaftlicher Gegner der Bolſchewiſten iſt, hat durch ein treffendes Gleichnis ihre politiſche Unreife veranſchaulicht. Sie haben die Revolution um ihre Früchte gebracht, weil es ihnen an Geduld fehlte. Sie konnten es nicht erwarten, daß der neue Baum des Lebens tief in der Erde Wurzel ſchlüge, Blüten und Früchte anſetzte. Sie wollten den Baum gewaltſam in die Höhe zerren, ſtatt ihn wachſen zu laſſen. Nun liegt er entwurzelt da, welk, ohne Lebenskraft.

V.

Auf Krieg kann Friede folgen, wie ſchon hundertemale zuvor. Aber er geht nicht aus dem Kriege hervor, wird nicht durch ihn geſchaffen. Nur wer bloß das Äußerliche ſieht, ohne im geringſten auf das, was im Innern des Menſchen vorgeht, zu achten, kann dieſe Meinung hegen. Frieden in mehr als rein äußerlichem Sinne erwächſt aus dem humanen Empfinden, das ſich trotz des Krieges erhalten oder während des Krieges entwickelt hat; er entſpringt der Menſchlichkeit, dem Mitgefühl und Wohlwollen. Die bloße Erſchöpfung und Hungersnot auf der einen, der bloße Rachedurſt und Siegesjubel auf der anderen Seite kann wohl einen Friedensſchluß herbeiführen, der dem Schießen ein Ende macht, aber nicht mehr; am wenigſten jenen Völkerbund, von dem wir Tag für Tag in ſo beweglichen Worten reden hören.

VI.

Ehe die Völker einen Bund (gegen etwaige künftige Friedensſtörer?) ſchließen können, müßte vorerſt im Innern jedes Landes Friede herrſchen, und nicht bloß Friede, ſondern wirkliche Zufriedenheit. Und die findet ſich in keinem der großen Länder.

Gegenwärtig liegt (nach den eigenen Angaben der engliſchen Blätter) in Irland ein 200 000 Mann ſtarkes Heer, das die Bevölkerung mit feſter Hand niederhält. Die Organe der Labour klagen darüber, daß gleichzeitig Englands beſte und tapferſte Männer zu Hunderttauſenden ihr Leben für die Freiheit der Serben, die Freiheit der Belgier, der Tſchechen, der Schleswiger, der Slowenen hingeben mußten. Sie finden es erſtaunlich, daß in dieſem Falle ihren Landsleuten das Wort „Charity begins at home“ nicht über die Lippen kommt.

Sie erklären, daß der Zweck, für den anderthalb Millionen Franzoſen und etwa eine Million Engländer gefallen ſind, und noch viel mehr von beiden Völkern zu Krüppeln geſchoſſen wurden, der war, die ziviliſierte Welt auf neue Grundlagen zu ſtellen. Nun fragt der gemeine Mann in England Lloyd George, ob die Prinzipien, für die ſeine Brüder und Söhne gefallen ſind, die des Friedenskongreſſes ſein werden oder nicht.

Er lieſt beſtändig von der Einigkeit der Alliierten. Doch er ſtutzt, wenn er hört, wie der franzöſiſche Miniſterpräſident ſich ausdrücklich als Anhänger des ſogenannten Gleichgewichts der Mächte erklärt, das unzertrennlich iſt von dem alten Syſtem der geheimen Abmachungen und geheimen Traktate, und bei dem von Selbſtbeſtimmung nie die Rede war.

Er kann es nicht faſſen, daß die ganze blühende Jugend hingemäht wurde, um das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker zu erringen, und nun ſo gut wie nichts von einer Selbſtbeſtimmung zu hören iſt, nicht einmal innerhalb der Grenzen Großbritanniens. Es wird ebenſo wenig in Dublin darüber abgeſtimmt, ob Irland eine ſelbſtändige Republik ſein ſoll, als in Konſtantinopel darüber abgeſtimmt wird, ob es türkiſch bleiben will oder nicht.

VII.

In Großbritannien herrſcht kein innerer Friede; noch weniger gedeiht er in Rußland. Die Bolſchewiki jagten zuerſt die Nationalverſammlung auseinander und führten dann ein Schreckensregiment mit Maſſenhinrichtungen von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen in Kolpino, Petersburg und Moskau.

Die Bauern haben Land bekommen; die großen Güter ſind in Parzellen zerſtückelt (wie die Plünderer auf den Gütern die großen koſtbaren Spiegel zerſchlugen und jeder ihren Glasſcherben mitnahmen). Aber ſie haben keine Arbeitsgeräte, noch weniger Maſchinen, den Boden zu bearbeiten, den ſie bei der Aufteilung erhielten. Die ländlichen Wucherer ſehen ihren Vorteil darin, den Bauern Pferde für den Feldbau zu leihen, wogegen dieſe ihnen Frondienſte leiſten müſſen, trotzdem die Regierung Lenins die Verwendung von Lohnarbeitern auf dem Lande verboten hat.

Die Fabriken liegen ſtill. Im Gouvernement Moskau hat ſich die Zahl der Metallarbeiter um 60 Prozent vermindert. Dort, wie in ganz Rußland, hat die

Zementinduſtrie aufgehört; von den 14 Fabriken arbeitet keine einzige. In der Gummi-Induſtrie waren nach den offiziellen Angaben früher 32 000 Arbeiter beſchäftigt, jetzt ſind es nur 7500, und es ſcheint, daß dieſe Induſtrie binnen einem Monat aus Mangel an Benzin gänzlich eingeſtellt ſein wird. Mit der Naphta-Induſtrie ſieht es desgleichen jämmerlich aus; mit der Textil-Induſtrie faſt ebenſo traurig.

Da das Verkehrsweſen in Rußland vollſtändig vernichtet iſt, iſt der Getreidetransport ſo erſchwert, daß die Hungersnot überall fühlbar wird. Die Arbeiter mögen überdies nicht arbeiten. Der achtſtündige Arbeitstag iſt vielfach zu einem achtſtündigen Streik geworden.

Gleich in den erſten Wochen der bolſchewiſtiſchen Herrſchaft ergoß ſich eine mächtige Woge der Plünderung und Verwüſtung über das Land. Man „raubte das Geraubte", wie Lenin ſich ausdrückte. Charles Nodier hat dieſe Theorie in ſeinem 1818 erſchienenen kleinen Räuberroman Jean Sbogar entwickelt: der Raub des Armen an dem Reichen iſt nur die gerechte Rückkehr eines Stückes Brot oder eines Stückes Silber aus den Händen der Diebe in die des Beſtohlenen — eine etwas ſummariſche Geſellſchaftsphiloſophie.

VIII.

Daß innerhalb der Grenzen des beſiegten Deutſchland kein Friede herrſcht, iſt ſo augenſcheinlich, daß es keiner Darlegung bedarf. Mit Mühe und nur zum Teil hat man die Übertragung des ruſſiſchen Terrors zu unterdrücken vermocht. Und nun ſtehen die beiden ſozialiſtiſchen Gruppen einander ſchroff gegenüber, uneinig, welchen Weg ſie in dem herrſchenden Dunkel und auf dem Glatteis, auf dem ſie ſich bewegen, faſt ohne ſich aufrecht erhalten zu können, einſchlagen ſollen. Sie wiſſen in der Finſternis nicht, ob der Weg nach rechts oder der Weg nach links der beſſere iſt. Und die bürgerlichen Parteien ſind vorläufig gänzlich zurückgedrängt, mit alleiniger Ausnahme des Zentrums, das als rein kirchliche Partei eine Sonderſtellung einnimmt, aber den beiſeite geſchobenen bürgerlichen Freiſinn ſchlecht erſetzt.

IX.

Es wäre ungerecht und undankbar, die Betonung des Selbſtbeſtimmungsrechts ſeitens der engliſchen Regierung und des amerikaniſchen Präſidenten nicht anzuerkennen.

Aber es gibt noch ein anderes, ſich mit dem obigen in den Reden der Politiker fortwährend kreuzendes Recht: das Recht, das als „Rechte der Großſtaaten" bezeichnet wird.

Pichon, der franzöſiſche Miniſter des Äußeren, hat in einer Rede Frankreichs hundertjährige Rechte an Syrien, den Libanon, Kilikien und Paläſtina geltend gemacht: „Dieſe Rechte beruhen," ſagte er, „auf einem Übereinkommen mit unſeren Alliierten. Gewiß anerkennen wir die vollſtändige Freiheit der Friedenskonferenz und ihre Befugnis, dieſe Übereinkünfte ſo auszulegen, wie ſie es für richtig hält; die Abmachung binden jedoch England und uns ſelbſt und die Rechte, die ſie verleihen, ſind in bezug auf England und uns bereits feſtgelegt.“

Dieſe Äußerung iſt ein wenig dunkel für den, der kein Diplomat von Fach iſt.

Früher hat die franzöſiſche Regierung und die franzöſiſche Preſſe Paläſtina und den Libanon als in Syrien inbegriffen betrachtet. Obgleich noch immer ab und zu ſogar in Blättern wie dem „Temps“ von der Syrie intégrale die Rede iſt, wird Paläſtina doch im jetzigen Augenblicke nicht als ein Teil von Syrien, ſondern als politiſche Einheit anerkannt und der Libanon als die Nordgrenze Paläſtinas betrachtet.

Kraft des geheimen Übereinkommens von 1916 fordert Frankreich indes den größten Teil von Galiläa und hat daſelbſt franzöſiſche Verwaltung eingeſetzt.

Wenn man Wilſons Programm kennt, ſo gibt es zu denken, daß beſtändig von den Rechten der Staaten, beiſpielsweiſe ſogar von Italiens Recht auf Tripolis, geſprochen wird, von den Rechten der Völker indes niemals die Rede iſt, weder von dem des arabiſchen, noch des jüdiſchen oder armeniſchen Volkes. Es hat den Anſchein, als ob nur die Staaten, d. h. die Diplomaten, die im Namen der Staaten ſprechen, Rechte hätten; die Völker keine.

Die alten Heimſtätten der Juden wie der Araber und Armenier ſind aufgeteilt. Man ſcheint ſich in folgender Weiſe verſtändigen zu wollen: England erhält Paläſtina, Meſopotamien und Monſul (am rechten Ufer des Tigris), Frankreich das ganze übrige Syrien; ja, Andeutungen nach wünſcht Frankreich Damaskus und Aleppo von dem arabiſchen Staat des Emir Feiſal abzutrennen und dieſe Orte für ſich zu behalten.

X.

In bezug auf das geplante jüdiſche Staatsgebilde in Paläſtina, auf das beſonders die unterdrückten und gequälten Juden Oſteuropas ſo große Hoffnungen knüpfen, iſt dieſe Zukunftsperſpektive geeignet, einige Unruhe zu erwecken. Die Zioniſten tragen kein Bedenken, unter engliſcher Oberhoheit zu ſtehen. Sie würden ſich in dieſem Falle umgekehrt geſicherter fühlen. Eine franzöſiſche Herrſchaft aber auf einem Boden, den ſie im Altertum als den ihren betrachteten und eine unmittelbare franzöſiſche Nachbarſchaft hätte für ſie unbeſtreitbar etwas beunruhigendes.

Nicht als ob die modernen Juden vor den Franzoſen, dem Volk, das ihnen zuerſt, ſchon unter der großen Revolution Bürgerrechte verlieh und ſie ſeitdem ihrer bürgerlichen Gleichſtellung nie wieder beraubt hat, irgendwelche Scheu empfinden würden. Doch trotz der Trennung von Staat und Kirche iſt Frankreich in Kleinaſien eine katholiſche Macht. Seine dortige Stellung verdankt es ausſchließlich den katholiſchen Miſſionären. Die Miſſionäre waren es, die den Politikern den Weg bahnten. Und die arabiſche Bevölkerung zum Chriſtentum zu bekehren, iſt der Hauptberuf und die Hauptaufgabe der katholiſchen Miſſionäre.

Zu den Arabern in Paläſtina iſt das Verhältnis der eingeborenen und zugewanderten Juden zur Zeit vortrefflich. Die dortigen Araber haben nicht nur keine Antipathie gegen den Iſraeliten, es herrſcht ſogar ein Vertrauensverhältnis; die Araber anerkennen ſeinen Fleiß, ſeine Intelligenz und Redlichkeit, ja ſie wählen ihn nicht ſelten zum Schiedsrichter bei Streitigkeiten zwiſchen zwei Muſelmanen.

Hingegen hat Paläſtinas Zukunftsvolk nichts gutes von jenen Arabern zu erwarten, die von den franzöſiſchen Miſſionaren zum Katholizismus bekehrt wurden. Bekehrte Araber gehören wie bekehrte Chineſen erfahrungsgemäß zu den in moraliſcher Hinſicht tiefſt ſtehenden Elementen der Eingeborenen. Es wäre denn die ſeltene Ausnahme, daß die Bekehrung aus ideellen Gründen erfolgte. Und ärgere Feinde als die zum Chriſtentum bekehrten Muhamedaner können die Zioniſten, ſofern ihr Traum ſich erfüllt, kaum finden. Dieſe Nachbarn werden den ganzen religiöſen und nationalen Fanatismus der Renegaten haben oder ſo tun, als hätten ſie ihn.

Die Bedingung, unter der die Zioniſten ihr Ziel, nach und nach Millionen ein Heim zu ſchaffen, erreichen könnten, wäre, daß die Wahrſcheinlichkeit für eine freie und friedliche Ausdehnung über das ſo eng begrenzte eigentliche Paläſtina hinaus gegeben ſei. Dieſe Wahrſcheinlichkeit erſcheint augenblicklich nicht groß.

(Schluß folgt)

Deutſchböhmen und der tſchechiſche Staat

Von Dr. Hermann Ullmann

Im Herzen Mitteleuropas, das ſchlechte Kenner der völkerpſychologiſchen Verſchiedenheiten ſchon als eine übernationale Einheit wähnten, vollzog ſich ſeit dem Umſturz eine merkwürdige Entwicklung. Während das ganze übrige „Mitteleuropa" ſich über die weſtliche demokratiſche Staatlichkeit hinaus zur ſozialiſtiſchen Republik hin zu entwickeln ſcheint, in einem ausgeſprochen antimilitariſtiſchen, allem Imperialismus feindlichen Sinne, erſtand bei dem Sechsmillionen-Volke der Tſchechen, das auf Grund der „Selbſtbeſtimmung" ſich noch 1 700 000 Slowaken angliedert, ein Kleinimperialismus reaktionärſter Art, der bei dem Übermaß ſeiner Beſtrebungen mit den älteſten Methoden des öſterreichiſchen Nationalitätenſtaates arbeiten muß. Dieſer Imperialismus iſt gewiß zunächſt nur rein äußerlich darin begründet, daß ſich die Tſchechoſlowaken rechtzeitig auf die Seite der Sieger gerettet haben und nun, eine ſeltſame Inſel im beſiegten Mitteleuropa, genau das Bild ihrer wärmſten Gönner, der Franzoſen, bieten. Erſt die Gnadenfülle der Entente, der die Tſchechen keineswegs immer mit Erfolg und Zielbewußtſein gedient haben, ſondern mit einer, zumal den kleinen Völkern eigentümlichen Schaukelpolitik, ermöglicht es ihnen, in dem Augenblick, da das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker zur Grundlage von Staatenbildungen und neuer Völkerbündniſſe gemacht werden ſoll, einen Nationalitätenſtaat anzuſtreben, der in ſeiner Buntſcheckigkeit und bei den Herrſchaftsmethoden, die er notwendig macht, geradezu eine Karrikatur des alten Öſterreichs und damit die Vorbereitung zu einer Balkaniſierung Mitteleuropas bedeuten würde. Der tſchechoſlowakiſche Staat, wie ihn Kramarſch und entgegen ſeiner ganzen wiſſenſchaftlichen und politiſchen Vergangenheit der Miniſterpräſident Maſaryk fordern, würde unter 13 900 000 Einwohnern bloß 8 020 000 Tſchechoſlowaken, d. h. 57,64 v. H., Tſchechen und Slowaken umfaſſen. Dabei iſt zunächſt zu bedenken, daß keineswegs alle Slowaken Freunde der Prager Regierung ſind, vielmehr haben mit Deutſchen und Magyaren zuſammen Slowaken eine Republik Zips mit der Hauptſtadt Neudorf (Iglau) gegründet, deren Regierung vor den Tſchechen flüchten mußte. Aber ſelbſt, wenn man die Tſchechen und Slowaken als Einheit betrachtet, bleiben neben Magyaren und Ruthenen noch 3½ Millionen Deutſchböhmen und 397 000 Deutſche in dem bisherigen ungariſchen Teil des tſchechoſlowakiſchen Staates, in der eigentlichen Slowakei. Sollten dem Staate noch Teile von Pr.-Schleſien und Stücke von Niederöſterreich angegliedert werden, wie es eine Karte von Dr. Machat (im Verlage Neubert-Smichow) als ſelbſtverſtändlich annimmt, ſo würde der Hundertſatz der tſchechiſchen Bevölkerung noch tiefer ſinken. Das führende Blatt der tſchechiſchen Sozialdemokratie berechnet, daß die tſchechiſche Nationalverſammlung zu 300 Sitzen berechnet, 175 tſchechiſche und ſlowakiſche Abgeordnete und 125 nichttſchechiſche, darunter 82 deutſche, enthalten würde. Dieſe keineswegs wohlwollende Berechnung zeigt jedenfalls klar, ein wie künſtliches Gebilde dieſer neue Nationalitätenſtaat darſtellen würde, und alle Gnade der Entente kann unmöglich den Tſchechen darüber hinweghelfen, daß ſie ſich ſelbſt vor die Aufgabe ſtellen, in dieſer revolutionären Zeit ein neues Ungarn als Staatsnation zu regieren — ohne daß ſie deſſen ſicher wären, eine ſo in allen Mitteln der Herrſchaft wohl erfahrene Herrenſchicht zu beſitzen, wie es der magyariſche Adel war.

Was die Prager Gewalthaber ſeit dem Beſtehen des jungen Staates geleiſtet haben, deutet eher auf das Gegenteil. Prag hat es gründlich verſtanden, ſeine vollkommene Unfähigkeit nicht nur zur Beherrſchung fremder Volksangehöriger, ſondern auch des eigenen Volkes zu beweiſen. Hier liegt denn auch der tiefſte Grund des tſchechiſchen Imperialismus: er quillt nicht aus Kraft, ſondern aus Schwäche. Die Tſchechen verlangen ſelbſt Deutſchböhmen mit der Begründung, daß der tſchechiſche Staat die deutſchböhmiſche Kohle und Induſtrie brauche und ohne ſie nicht leben könne (auf der anderen Seite „braucht“ er die Slowaken als Lohndrücker und billige Arbeitskräfte). Dieſe Beweisgründe ſind falſch, die deutſchböhmiſche und andere Kohle kann ſich der tſchechiſche Staat durch entſprechende Verträge ſichern, abgeſehen davon, daß das tſchechiſche Siedlungsgebiet ſelbſt ſehr reiche Kohlenlager umfaßt, und die tſchechiſche Induſtrie iſt recht leiſtungs- und entwicklungsfähig. Aber in einem tieferen Sinne iſt es richtig, daß der tſchechiſche Staat Deutſchböhmen „braucht“. Ein Volk, daß ſeit Jahrzehnten von ſeinen Führern planmäßig dazu erzogen wurde, den Staat zu ſabotieren und gleichzeitig aufs äußerſte auszunutzen, lernt nicht von heute auf morgen ſeine Wirtſchaft und ſein geſamtes kulturelles und politiſches Leben ausſchließlich auf eigene Kraft und ſachliche Leiſtung aufzubauen. Das zeigt ſich jetzt ſchon aufs ſchärfſte in dem neuen Staate. Die tſchechiſchen Bauern liefern ihrer eigenen Regierung genau ſo wenig Lebensmittel wie der ehemaligen öſterreichiſchen, und heute ſchon verfahren deutſche Bauern loyaler gegenüber der fremden und feindlichen Regierung als die tſchechiſchen. Korruption, Unfähigkeit zur Verwaltung, ſchlechte Steuermoral, Günſtlingswirtſchaft, alle politiſchen Laſter, die in dem geſetzloſen, von den Tſchechen fleißig benutzten Zuſtande des alten Öſterreich gezüchtet wurden, wuchern jetzt ſchon im tſchechiſchen Staatsleben, und wer die ſpezifiſche Luft der altöſterreichiſchen Amtsſtuben kennt, wird ſie getreu in den Prager Miniſterien wiederfinden. Kein Wunder, da ja die zahlreichen tſchechiſchen Beamten aus den Wiener Miniſterien in die Prager Zentralſtellen berufen worden ſind. In dieſem Sinne braucht das tſchechiſche Volk Deutſchböhmen: als Gegenſtand für die Anwendung jener Methoden des Wirtſchaftens und Politikmachens, die es im alten Öſterreich geübt hat: als Ausbeutungsgegenſtand.

Und noch zu einem anderen Zweck. Das ſcheinbar nach außen hin ſo einige tſchechiſche Volk leidet in Wahrheit an einer innerpolitiſchen Zerklüftung, die noch über die Deutſchöſterreichs hinausgeht. Jetzt ſchon, nachdem der große nationale Freudentaumel, die „Revolutionsidylle“, wie die tſchechiſchen ſozialdemokratiſchen Blätter es nannten, vorüber iſt, äußern ſich Zeichen tiefſter Unzufriedenheit mit den herrſchenden Parteien. Unzufriedenheit in verſchiedenen Lagern, die wiederum untereinander verfeindet ſind, und Unzufriedenheit aus verſchiedenen Gründen. Die Herrſchaft der nicht gewählten, ſondern einfach aus den alten Abgeordneten des Reichsrates gebildeten Nationalverſammlung und der aus ihr hervorgegangenen Regierung iſt äußerſt unſicher. Auf der einen Seite wächſt der Widerſtand der Sozialdemokraten, welche die in den erſten Revolutionswochen gemachten Zugeſtändniſſe einfordern, und die bereits ihrerſeits wieder von einem kommuniſtiſchen Flügel unter der Führung des aus Rußland zurückgekehrten Muna gedrängt werden. Auf der anderen Seite gärt es — und das iſt vielleicht für dieſen Agrarſtaat noch viel bedrohlicher als die Mißſtimmung des Induſtrieproletariats

— im Kleinbauerntum. Ein großer Teil des tſchechiſchen Siedlungsgebietes gehört bekanntlich dem Großgrundbeſitz, der ein ländliches Proletariat von ſehr niedriger Lebenshaltung erzeugt hat. Der Gegenſatz zu den Bauern und Grundbeſitzern iſt durch deren ungeheure Kriegsgewinne geſteigert worden. Dazu kommt die Abneigung Mährens und der Slowakei aus religiöſen und anderen Gründen gegen Prag, wie denn auch die ſozialdemokratiſche und die kleinagrariſche Oppoſition beſonders aus den tſchechiſchen Gebieten außerhalb Böhmens genährt wird (90 Prozent aller mähriſchen Arbeiter gelten als Bolſchewiſten.*) Dieſe Oppoſitionsparteien werden geſtärkt durch die außerordentlich ungünſtige Lage, in der ſich der junge Staat von allem Anfang an befand. Die Tſchechen gingen zwar als politiſche „Sieger" aus dem Kriege hervor, nicht aber als wirtſchaftliche. Wirtſchaftlich haben ſie zunächſt alle Folgen des verlorenen Krieges mitzutragen, und die ſehr großen Laſten, welche die Gründung der neuen Staates erforderte (der tſchechiſche Militarismus koſtet 6 bis 7 Millionen Kronen monatlich), konnten nur erzwungen werden durch die Vorſpiegelung unbegrenzter Ententehilfe. Dieſe aber iſt bisher ausgeblieben, und jetzt ſchon klagen tſchechiſche Blätter über die geſchäftsmäßige Behandlung durch den Vielverband. Die Regierung ſchwebt in einer dauernden Kriſe und rettet ſich mühſam von einem Tag in den anderen hinüber. Sie hat zu ihrer Erleichterung ein Mittel zur Hand, das andere Regierungen, wenigſtens der deutſchen, in dieſem Maße fehlt: wenn die inneren Schwierigkeiten zu groß werden, dann ſetzt die Preſſe und der Prager Pöbel, ſeit der Beſetzung Deutſchböhmens verſtärkt durch die gänzlich demoraliſierte Soldateska in den deutſchböhmiſchen Städten, eine kleine Deutſchenhetze ins Werk, und die Nation iſt in der gewünſchten Weiſe von ſelbſt abgelenkt. Dazu braucht der tſchechiſche Staat zweitens die Deutſchböhmen: als Prügelknabe.

Recht deutlich konnte man dieſe Zuſammenhänge vor ganz kurzer Zeit ſtudieren. Der Finanzminiſter Raſchin machte „Inventur", d. h. auch über fremdes Eigentum, nämlich über das Deutſchböhmens, und behielt bei der Abſtempelung aller Banknoten die Hälfte gegen einen Gutſchein zurück. Dieſer ungewöhnlich waghalſige Eingriff in die Volkswirtſchaft, der den Notenumlauf verringern und zugleich die Grundlage zu weitreichenden neuen Steuerplänen bieten ſollte, erregte die ſchärfſte Mißbilligung vor allem bei den tſchechiſchen Bauern, die nicht geringe Notenvorräte aufgehäuft hatten. Von der Erregung in Deutſchböhmen ganz zu ſchweigen, da dieſe Finanzmaßnahme durchaus als unberechtigten Eingriff einer fremden Regierung empfinden mußte. Gleichzeitig wurde die deutſchöſterreichiſche

---

* Der tſchechiſche Staat ſpielt ſich der Entente gegenüber mit Vorliebe als Pfeiler gegen den Bolſchewismus auf. Er könnte leicht die wichtigſte Brücke für ihn bilden, wenn nicht die Urſachen innerer Unruhe: Imperialismus und Irredenta, von ihm ferngehalten werden.

Nationalverſammlung einberufen. Deutſchböhmen durfte bekanntlich bei den Wahlen in Deutſchöſterreich, dem es geſetzmäßig angehört, nicht mitwählen, die tſchechoſlowakiſche Regierung behandelte Vorbereitungen zur Wahl als „Hochverrat“. Da nun Deutſchböhmen aber auch in der tſchechoſlowakiſchen Nationalverſammlung nicht vertreten iſt, ſo ergibt ſich der unerträgliche Zuſtand, daß im Augenblick der Friedensvorbereitungen 3½ Millionen ohne parlamentariſche Vertretung ſind. Um dem Zugehörigkeitsgefühl zur ſozialdemokratiſchen Vertretung in der deutſchöſterreichiſchen Nationalverſammlung Ausdruck zu geben, hatte die ſozialdemokratiſche Partei Deutſchböhmens für den 4. März große Kundgebungen angeſagt. Spontan ſchloß ſich das ganze Bürger- und Bauerntum an, und der Nachmittag des 4. März geſtaltete ſich zu einem unwiderleglichen Zeugnis von der Geſchloſſenheit Deutſchböhmens und von ſeinem Rechte auf Selbſtändigkeit und Selbſtbeſtimmung. Die tſchechiſche Regierung aber hatte ſo viel Anhäufung von Zündſtoff nervös gemacht. Sie erdichtete eiligſt das groteske Märchen von einem kombinierten deutſchöſterreichiſch-magyariſch-reichsdeutſchen Einfall in Böhmen, der für den 4. März geplant geweſen und nur dank der muſterhaften Selbſtbeherrſchung und vorzüglichen Organiſation der tſchechiſchen Truppen kläglich geſcheitert ſei. Mit dieſem Märchen deckte man gleichzeitig die Schandtaten des tſchechiſchen Pöbels in Uniform, der mit Maſchinengewehren am 4. März in die Kundgebungen der friedlichen, unbewaffneten und gänzlich wehrloſen Bevölkerung hineinſchoß und über ein halbes Hundert, darunter Frauen und Kinder, tötete. Um ein übriges zu tun, hatte man zwei Tage vor dieſen Kundgebungen noch raſch den deutſchen Vizekonſul in Prag verhaftet, jenes lächerliche Märchen, das man zugleich zu einer Erpreſſung gegenüber Deutſchöſterreich zu benützen ſuchte, mit ihm in die kühnſte Verbindung gebracht und durch eine maßloſe Preßhetze es denn auch glücklich erreicht, daß in Prag einige Deutſche blutig geprügelt wurden. Nach Paris und London aber wurden die ſchamloſeſten Lügen über deutſchböhmiſche Gewalttaten gefunkt. Nur der muſterhaften Ordnung der tſchechiſchen Truppen war es zu danken uſw. Die Abſtempelung ging glücklich vorüber.

Es iſt klar, daß ein Staat, wie dieſer tſchechiſche, den ſich die Machthaber von Prag mit Maſchinengewehren und mit Hilfe der Entente zu erzwingen hoffen, nur mit Maſchinengewehren und unbegrenztem Entente-Kredit aufrecht zu erhalten wäre. Man kann abſehen von den ausſchweifenden Wünſchen alttſchechiſcher Narren, wie eines gewiſſen Kuffner, der in einem ausführlichen, mit Karten verſehenen Buche eine Art neutraler Zone um Tſchechien herum wünſcht, weil er von allen Seiten Angriffe fürchtet: auch die offizielle Politik Prags entſpringt ähnlichen Angſtträumen, die vergeblich durch den chauviniſtiſchen Fuſel betäubt werden. Der verhängnisvolle Kreis ſchließt ſich. Nicht zum wenigſten aus innerpolitiſchen Motiven, um von inneren Fragen abzulenken, hat man die ausſchweifende Außenpolitik begonnen und Deutſchböhmen ſowie die Slowakei militäriſch beſetzt. Um die durch dieſen Imperialismus geſteigerte innere Spannung fürs erſte unſchädlich zu machen, muß man zu immer neuen Polizei- und Gewaltmitteln greifen, die nur möglich ſind, ſolange noch der augenblickliche geſetzloſe Zuſtand des „Waffenſtillſtands" andauert, der bekanntlich dazu da iſt, damit die Sieger nach Herzensluſt ſich gütlich tun können. Wenn irgendwelche Ordnung wieder in Europa eingekehrt ſein wird, wird ein Polizeiregiment, wie das gegenwärtig in Deutſchböhmen verbrochene, unmöglich mit allen ſeinen Mitteln: brutaler Unterbindung der Preß- und Verſammlungsfreiheit, Gewiſſenszwang gegen die Beamten und Lehrer, geſetzwidrige Einſchränkung der Selbſtverwaltung uſw., ſogar Einziehung deutſcher Volksangehöriger zum Militärdienſt und rückſichtsloſe Verfolgung der rechtmäßigen deutſchböhmiſchen Landesregierung, aufrecht erhalten werden können. Ohn ein ſolches Polizeiregiment aber, auf rein verfaſſungsmäßiger Grundlage, als demokratiſcher Staat iſt die tſchechoſlowakiſche Republik, die ſich im Zeichen des Selbſtbeſtimmungsrechtes der Völker vom alten Öſterreich losgemacht hat, noch weniger möglich, als es die für immer verſchwundene Monarchie war. Entente-Zeitungen und jene Wiener Blätter, die im Solde gewiſſer ententefreundlichen Intereſſentenkreiſe ſtehen, bringen immer wieder die unwahre Nachricht, über das Schickſal Deutſchböhmens ſei bereits entſchieden, es werden dem tſchechoſlowakiſchen Staate eingegliedert und ihm eine Autonomie unter Überwachung der Entente verbürgt. Eine ſolche Autonomie wäre für Deutſchböhmen vollkommen wertlos, ſie bedeutete vielmehr nur eine ſchädliche Verhüllung der brutalen tſchechiſchen Gewaltherrſchaft, die ſich aller Kontrolle zum Trotz mit jenen Mitteln durchſetzen würde, wie ſie die Tſchechen ſchon im alten Öſterreich geübt haben. Deutſchböhmen fordert eine Volksabſtimmung unter Überwachung amerikaniſcher Truppen, jedenfalls unter gleichzeitiger Entfernung der tſchichſchen Bevölkerung. Nur eine volle Erfüllung des Selbſtbeſtimmungsrechtes kann dieſes empfindlichſte von allen mitteleuropäiſchen Problemen ſo erledigen, daß Ordnung in Europa einkehren kann. Jede gewaltſame Entſcheidung über das Schickſal Deutſchböhmens, die gefällt würde ohne jedes Befragen der Bevölkerung, würde eine ſtarke Irredenta an den Grenzen Deutſchlands erzeugen und nicht nur Deutſchland, ſondern ganz Europa ſtändig beunruhigen. Eine Löſung dagegen, die Deutſchböhmen und Sudetenland (Troppau und die angrenzenden Teile des öſterreichiſchen Schleſien, Böhmen und Mähren werden im Augenblick noch brutaler geknechtet als Deutſchböhmen) ſein Recht gewährte, würde eine geſunde wirtſchaftliche Zuſammenarbeit zwiſchen dem deutſchen Volke und dem tſchechiſchen, das auf drei Seiten von Deutſchen umſchloſſen iſt, ermöglichen. Die Hemmungen für ein ſolches geſundes Einvernehmen ſind nicht objektiver Natur, liegen nicht in dem ſachlichen Zwang wirtſchaftlicher, geographiſcher, politiſcher Zuſammenhänge, ſondern einzig un allein in volkspſychologiſchen Beſchränkungen. Wenn die Neigung zur imperialiſtiſchen Ausſchweifung, der das tſchechiſche Volk, über Nacht in den Beſitz eines ungeheuren Kriegsgewinnes, eines eigenen Staates gelangt, ſich hingibt, endgültig klarer, vernünftiger Selbſtbeſcheidung gewichen iſt, — was freilich möglicherweiſe erſt nach einigen Enttäuſchungen und Kriſen geſchehen wird, dann wird ſich eine Möglichkeit friedlichen Zuſammenlebens zwiſchen dem deutſchen und dem tſchechiſchen Volke, zwiſchen Deutſchland und einer in ſich ſachlich geſchloſſenen tſchechiſchen Republik ergeben. Vorher nicht.

Bayern und das Reich

Von Dr. Theodor Heuß

4. April 1919

Unſer Mitarbeiter Alwin Saenger, Mitglied der ſozialdemokratiſchen Fraktion des bayeriſchen Landtags, hat in Nr. 13 einen Bericht über die politiſche Lage ſeines Heimatſtaates gegeben, der verhältnismäßig zuverſichtlich klang: etwa, aus dem Gröbſten ſind wir heraus und jetzt glücklich über den Berg gekommen. Für den, der die Entwicklung der Dinge von außen betrachtet, ſtellt ſich die Situation im Gegenteil ſehr peſſimiſtiſch dar.

Bayerns Zuſtand iſt tatſächlich, trotzdem die ſozialiſtiſche Regierung ihre Beſtätigung von einem Landtag erhielt (der zu faſt Zweidrittel nicht ſozialiſtiſch iſt), eine verſchleierte Rätediktatur. Denn die A.-, B.- und S.-Räte haben ihre Vertreter in allen Miniſterſitzungen; ihre Anweſenheit genügt, um die freie, ſachliche und verantwortungsbereite Entſchlußkraft der eingeſchüchterten Mehrheitsſozialiſten zu lähmen. Die offizielle bayeriſche Politik ſteht dauernd unter dieſem Druck, und ſie geht deshalb Wege, die man nur mit äußerſter Beſorgnis betrachten kann. Ihre Halbheit läßt einen neuen Umſturz jeden Tag befürchten.

Eisner glaubte, in einer neuen Staatsform dem Volk ein neues Glück bringen zu ſollen, wenn auch mit Zwang. Das Volk lehnte ihn und ſeine Lehre mit erdrückender Mehrheit ab, und ſo ſchwer es ihm fallen mußte, von der Regierung zurückzutreten, er ſchien dazu entſchloſſen. Ein mehrheitsſozialiſtiſches Miniſterium mit demokratiſchen Fachminiſtern war in Vorbereitung. Da kam der blutige Tag der wilden Morde, und da der Mäßiger Eisner nicht mehr vorhanden war, brauſte in ſinnloſer Erregung der vom früheren Eisner gepflegte Geiſt empor. Die Räte riſſen die Macht an ſich. Was würde Deutſchland, was würde der Landtag ſagen? Die Parteien, nachdem der erſte Sturm ſich gelegt, zeigten ſich nicht willens, vor dem Terror in München einfach zu kapitulieren; die Möglichkeit eines Zuſammentritts des Parlaments, etwa in Bamberg, tauchte auf. In Franken und Schwaben meldeten ſich die Stimmen, die aus einem diktatoriſch beherrſchten Staatsverband hinausſtreben. Damit die Anarchie nicht Gewohnheitszuſtand werde, traten die Parteien ihre Anſprüche an die Mitregierung den Mehrheitsſozialiſten ab und ſtatteten das neue Miniſterium mit begrenzten Vollmachten legislativer Art aus. Der Landtag hielt ein paar Paradeſitzungen ab und beſchränkte ſich auf die Arbeit in den Ausſchüſſen, in der Erwartung, daß die Regierung auch regieren werde und könne. Mit den Räten wurde das Kompromiß ihrer miniſteriellen Vertretung abgeſchloſſen. Eine Gewähr der Dauer gab es dabei nicht.

Was iſt ſeitdem geſchehen?

Aus ſehr triftigen Gründen war in dem Parteienabkommen die Verpflichtung ausgeſprochen, die Reſte des jetzigen Heeres, das eine Karikatur zu werden droht, ſofort aufzulöſen und an Stelle der alten Verbände eine Volkswehr einzurichten, bis zur Durchführung der Reichswehrordnung. Die Reichswehrordnung iſt da. Die bayeriſche Regierung erklärt einfach, daß ſie die Reichswehrordnung nicht durchführt. (Sie hält ſich verpflichtet, das Eisnerſche Erbe der grundſätzlich gegen die Zentralgewalt eingeſtellten Politik treulich zu wahren.) Sind damit die Parteien einverſtanden, die ihr Vertrauen und Auftrag gaben? Wir glauben, nein. Die Regierung, deren Führer ſich ſelber in einer tapferen Stunde gegen die richtungsloſe ſtaatliche Eigenbrödelei ausgeſprochen hatte, zeigt Angſt vor der „Beratung" durch die A.-, B.- u. S.-Räte.

Was hat Bayern für den Oſtſchutz getan? Nichts. Schon Roßhaupter verſagte, und ſein Nachfolger, ſeit er Nürnberg mit München vertauſchte, fühlt ſich unſicher. Man kokettiert in Bayern jetzt mit nationaler Gleichgültigkeit in gemeindeutſchen Angelegenheiten. Wem das Herz brennt über die Not des deutſchen Vaterlandes, der darf darüber vielleicht einmal eine Rede halten, einen Aufſatz ſchreiben (auch dieſe Dinge ſind heute im ſüdlichen Bayern gefährlich geworden) — aber Tat und Leiſtung ſind verboten. Ein ſubalternes Spionageſyſtem knebelt in München die Möglichkeit, für die gemeindeutſchen Dinge etwas zu tun — denn wer das will und unternimmt, wird, aus dem ſchlechten Gewiſſen der Machthaber, zu einem „Gegenrevolutionär" geſtempelt — dieſe bequemſte und geiſtloſeſte aller Phraſen ſteht auch dort im höchſten Kurs.

Ihre Unterlaſſungen auf dem Gebiete der nationalpolitiſchen und militäriſchen Entſchließungen ergänzt die Regierung auf der anderen Seite, indem ſie im Umkreis der Wirtſchaftspolitik ihre Abmachungen und Vollmachten weit überſchreitet. Wir ſind an ſich der Meinung, daß, ſolange man Deutſchland als ein einheitliches Wirtſchaftsgebiet begreift, bundesſtaatliche „Sozialiſierungen" ein innerer Widerſpruch ſind — aber ſeit der allgemeinen Revolutionierung, von der auch die Logik erfaßt werden mußte, hat man ſich ja an vielerlei gelaſſen gewöhnt. Die Regierung hatte die Vollmacht, ſo die üblichen „Vergeſellſchaftungen" von

Bergbau, Energiequellen, kurz, was man heute unbedacht und über einen Kamm geſchoren „reif für die Sozialiſierung" nennt, einzuleiten. Aber das genügt ihr nicht. Sie will beiſpielgebender ſozialiſtiſcher Vorſtaat werden und ſelber den Reifegrad beſtimmen. Sie hat ſich alſo den Wirtſchaftstheorethiker Dr. Neurath kommen laſſen, der den Sachſen einen Entwurf zur „Vollſozialiſierung" geſchenkt hat (in Bayern nennt man das jetzt „Voll- und Toll-Sozialiſierung"), und die bayeriſchen Feinverarbeitungsinduſtrien ſollen jetzt die Prügelknaben ſeiner ſozialiſtiſchen Experimente werden. Wenn die Regierung damit glaubt, politiſch etwas zu erreichen, ſo wird ſie ähnliche notwendige Enttäuſchungen erleben, wie die Reichsleitung bei ihrem Kohlengeſetz (die Münchener Kommuniſten nennen Neurath bereits den „genialen Falſchſpieler des Kapitals"); ſie wird aber tollen Unfug anrichten, wenn ſie, nachdem Maſchinengewehre und Handgranaten ſchon wiederholt die Hüter der vielbeſchrieenen Preſſefreiheit geweſen ſind, jetzt die „Sozialiſierung der Preſſe" einzuleiten beabſichtigt. Denn das wird die widerwärtigſte Maske, hinter der ſich eine Vergewaltigungspolitik zugunſten der ſozialdemokratiſchen Parteipreſſe verbirgt; es iſt ja heute, auch im Reich, ſchon ſchwer erträglich, wie öffentliche Gelder für die Verbreitung ſozialdemokratiſcher Parteiwerbeliteratur zur „Aufklärung" verwendet werden.

Nur ein Verſöhnliches zeigt ſich in dieſem ganzen Bilde: der Plan, den „Kommuniſten", nach der Enteignung der bisherigen Beſitzer, im Südbayeriſchen einen Bezirk zur Einrichtung eines kommuniſtiſchen Wirtſchaftsgebiets bereitzuſtellen. Ob Neurath und ſeine Leute ſo töricht ſind, zu glauben, es komme den Kommuniſten auf ſozialiſtiſche Idyllen an, mit Menſchlichkeit, Güte, Gleichheit, Arbeitſamkeit uſf., das weiß ich nicht (in der Tat kommt es ihnen nur auf politiſche Macht und nichts anderes an). Aber es wäre nett und verdienſtlich, dieſes Land Utopia zwiſchen Paſſau und Straubing aufzubauen! Aber wenn ſchon die Münchener Machthaber ſo ſonderlichen Ehrgeiz haben, iſt es dann nicht zweckmäßig, aus der Hauptſtadt und ihrer Umgebung einen wohlabgegrenzten Naturſchutzpark für experimentellen Sozialismus zu machen? Da es auch unter Literaten und Malern viele Enthuſiaſten gibt, die in hundert Manifeſten verſichert haben, ſeit der Freiheit vom 9. November beginne ein neues Leben und alles werde ſchöner, größer, bedeutender, ſo werden wir in dieſer gehegten Atmoſphäre ein unheimliches und die Kultur beglückendes Wachstum der verheißungsvollſten Talente erleben!

Eine merkwürdige Rolle ſpielt in all dieſen Dingen Dr. Heim und ſein Anhang. Man hat es vergeſſen, daß er einer der erſten deutſchen Publiziſten geweſen iſt, der im Spätjahr 1914 für Getreide die Höchſtpreiſe und die Rationierung verlangt hat — das war ein Verdienſt. Durch demagogiſches Lärmen gegen die Zwangswirtſchaft hat er das längſt aus dem Gedächtnis der Mitwelt verdrängt; Zwangswirtſchaft wurde mit Berlin gleichgeſetzt, und daraus zog er, in heißem Wettkampf mit Eisner, Nahrung für die partikulariſtiſche Einſtellung ſeiner Politik. Heim iſt ja geſcheit genug, um zu wiſſen, daß die Induſtrialiſierung Bayerns das Land unlösbar in den wirtſchaftlichen Kreislauf geſtellt hat: Kohle, Metalle, Zucker, Leder, Textilrohſtoffe muß es beziehen, um leben zu können. Iſoliert es ſich und experimentiert es mit ſeiner Induſtrie, ſo kommen der Ruin, die Abwanderung der Fabrikarbeiter; der agrariſche Charakter des Landes und mit ihm die Herrſchaft des Zentrums ſind geſichert. Heim hat monatelang mit heftigen Reden und großen Gebärden den ſtarken Mann geſpielt und ſo manche Leute in ſeine Partei gezogen, die den Theaterdonner für Kraft hielten; ſeit der „zweiten Revolution" iſt den Heimleuten die Angſt in die Knochen gefahren, ſie haben gelernt, ſich für die Republik zu erwärmen, und Dr. Schlittenbauer, Heims Jünger, findet ſich mit Dr. Neurath: Euch in den Städten die Sozialiſierung, uns auf dem Lande das — Genoſſenſchaftsweſen. Gegen das natürlich gar nichts zu ſagen iſt. Aber es ergibt ſich eine Situation der Halbheit, die nun die Herausarbeitung einer politiſch ſicheren Zielſetzung unendlich erſchwert.

Hat man in Bayern das Gefühl verloren, wie dieſe Dinge auf das Ausland wirken? Der Kampf, den der Geſandte von Preger (oder beſſer jetzt nur noch Preger) in Weimar um die Reſervatrechte führt, um den „Vertrags"-Charakter, durch den Bayern dem Geſamtreich angehören will, wirkt auf viele Deutſche, gerade auch nichtbayeriſche Süddeutſche, tiefverſtimmend — denn ſie meinen, in dieſer Zeit müſſe das deutſche Bewußtſein das landſchaftliche überwölben. Aber was erleben wir? Daß man in manchen Kreiſen dort immer noch dem Traum nachjagt, daß Bayern auch ſeine eigene auswärtige Politik betreiben ſolle, und gegen die Aufhebung des ſelbſtändigen Geſandtſchaftsrechts proteſtiert. Die Idee des Sonderfriedens ſcheint noch nicht erſtorben. Herr Fechenbach, Eisners Sekretär, und Herr Gandorfer, der niederbayeriſche Bauernbündler, fuhren neulich in die Schweiz. Da Fechenbach als zwanzigjähriger „Zugereiſter" bei der Entente kaum als Vollbayer genommen wird, fiel Gandorfer die Aufgabe zu, Bayern, das agrariſche Bayern, zu repräſentieren. In München ließ er verbreiten, er ſei dorthin gefahren, „um Kühe zu kaufen". Bekommen hat er keine. Aber auch ſonſt kam er mit leeren Händen. Denn die Entente iſt gewitzigt genug und hält ſich an realere Faktoren, als das Möchtegern von Literaten und Bauernführern, die morgen den Lenin kopieren wollen.

Die Sozialdemokratie Bayerns hat ein Mandat bekommen, das ernſt erfüllt ſein will. Sie entbehrt, ſeit Müller kaltgeſtellt iſt und Auer ſchwer verwundet liegt, der Führerperſönlichkeit, die etwas Zwingendes beſitzt. Um ſo ſtraffer muß ſie bei dem Wege bleiben, zu dem ſie ſich den anderen Parteien gegenüber verpflichtet hat. Was heute von Führern demokratiſcher Parteien verlangt werden muß, iſt Mut und Tapferkeit auch gegen ſchwankende, aufgepeitſchte Volksmeinung. Die Mehrheitsſozialiſten haben eine Verantwortung auf ſich genommen, auf die ſie ſtolz ſind; ſie müſſen aber dann auch bei ihr ſtehen. Sonſt enttäuſchen ſie nicht nur in Bayern das Vertrauen, das man ihnen ſchenkte; ſie bauen wirtſchaftlich, militär- und nationalpolitiſch Schranken auf zwiſchen dem übrigen Deutſchland und Bayern, die beiden die Lebensmöglichkeiten abſchnüren. Armſeligkeit und Würdeloſigkeit ſind dann das Ende. Es iſt notwendig, die innerbayeriſche Entwicklung mit allem Ernſt zu betrachten.

Herolde des Wiederaufbaus in Amerika

Von Profeſſor D. Adolf Deißmann, Berlin

Wiederholt habe ich in der „Deutſchen Politik“ über die inneren Bewegungen des amerikaniſchen Proteſtantismus während des Weltkrieges berichtet. Von ungewöhnlichem Intereſſe wird die Stellung ſein, die er nunmehr in der Periode der ſeeliſchen Befriedung der Menſchheit einnehmen wird. Die Leidenſchaft der Mobilmachung und Kriegsbeteiligung hatte natürlich auch in Amerika in Preſſe und Verſammlung, auf Kanzel und Katheder jene üblen Erſcheinungen der Kriegstheologie in reichem Maße aufkommen laſſen, die bei den europäiſchen Chriſten leider ſo ſehr zur Vergiftung des Seelenzuſtandes beigetragen hatten. Es gibt nur eine Möglichkeit, nachträglich die Erinnerung an den wilden Kriegstaumel der chriſtlichen Menſchheit während dieſer vier unſeligen Jahre einigermaßen zu ertragen: man muß der Mehrzahl der von nationaliſtiſcher Pſychoſe umgetriebenen Prediger der Vernichtung ihre patriotiſche bona fides zubilligen und zugute halten, in allen Ländern. Wie ich immer wieder davor gewarnt habe, die Entrüſtung der angelſächſiſchen Chriſten über unſer Volk in Bauſch und Bogen als Heuchelei abzutun, ſo verlange ich auch, daß der Stellungnahme der deutſchen Chriſtenheit im Weltkrieg, einſchließlich ihrer Ausſchreitungen, von ihren Gegnern die bona fides nicht abgeſprochen werde.

Beiſpiele des amerikaniſch-chriſtlichen Kriegskollers könnte man in nicht geringer Zahl beibringen. Aber ich halte den jetzigen Augenblick wirklich für ungeeignet dazu. Wer als die Parole der beginnenden Friedenszeit den ſeeliſchen Wiederaufbau erkannt hat, ſollte dieſe Periode mit einem großen Entſchluß zum Vergeſſenwollen beginnen. Darum ſei lieber von amerikaniſchen Kundgebungen erzählt, die mit ihrem Geiſte chriſtlicher Selbſterkenntnis, Lauterkeit und Reife den Dämon des Haſſes zu bannen imſtande ſind, wenn ſie der Ausdruck einer jetzt machtvoll hervorbrechenden chriſtlichen öffentlichen Meinung ſein ſollten.

Am Abend des Waffenſtillſtandes ſchrieb Rev. Stephen Lowrie, ein New Yorker Geiſtlicher, dem die Aufgaben der Kirche beim kommenden Wiederaufbau ganz beſonders am Herzen liegen, eine Betrachtung nieder, die in der „Nation" (New York) am 21. Dezember 1918 erſchienen iſt.*) Wenn wir in Deutſchland in der letzten Zeit oftmals von den Verſäumniſſen der organiſierten Kirche geſprochen haben, ſo mag es uns eine zwar nicht troſt-, aber lehrreiche Parallele ſein, daß Lowrie mit einer ähnlichen ſcharfen Kritik des amerikaniſchen Kirchentums während des Krieges einſetzt. Zwar er wiſſe, ſo bemerkt er, wieviel die amerikaniſchen Kirchen geleiſtet hätten an Werken der Barmherzigkeit, wie loyal ſie den Staat unterſtützt und die nationale Moral geſtärkt hätten. Er wiſſe auch, daß die Töne des Haſſes, durch welche manche Prediger ſich verunzierten, für die Kirche im großen und ganzen nicht ſo charakteriſtiſch ſeien, wie es aus den Zeitungen den Anſchein hätte haben können. Und doch könnten ſolche Tatſachen die Kirche für den Zuſtand, in dem ſie ſich befinde, nicht entſchuldigen, es ſei denn, daß ſie zu einem neuen Bewußtſein gewiſſer fundamentaler Erforderniſſe des von ihr bekannten Glaubens erwache. Er klage jetzt nicht darüber, daß die Kirche einen etwas zu leichten Weg gefunden habe, den Krieg und die Lehren Jeſu zu verſöhnen, oder daß ſie, nachdem ſie in der kritiſchen Stunde ſich für den Krieg als für das kleinere von zwei Übeln entſchieden hatte, keine Buße getan habe für ihre Unterlaſſungs- und Begehungsſünden, die ihr eine ſolche furchtbare Wahl aufzwangen. Er ſei vielmehr in Sorge darüber, daß ſie augenſcheinlich noch blind ſei für die großen Forderungen ihrer eigenen Religion, vorausgeſetzt, daß ſie noch eine andere Religion habe, als die Anbetung des Staates.

Kurz nach dem Eintritt in den Krieg habe das „Federal Council" den proteſtantiſchen Kirchen Nordamerikas eine liberale Erklärung in bezug auf die pflichtmäßige Anerkennung von Gewiſſensentſcheidungen abgegeben. Während des Krieges aber hätten das „Council" und die größeren Kirchen mit ihren Führern eher weniger als nichts getan, um ihre eigene Kundgebung zur Geltung zu bringen; es ſei nur die reine Wahrheit, daß es wiederholt leichter geweſen ſei, für Männer, die gewiſſenshalber gegen den Krieg waren, bei Beamten des Kriegsminiſteriums Verſtändnis zu finden, als bei gewiſſen Predigern des Evangeliums. Natürlich hätten dieſe Gegner des Krieges über Gottes Stimme ſich täuſchen können, aber die geiſtlichen Nachkommen der Propheten, Apoſtel und Märtyrer könnten doch kaum die Unfehlbarkeit des Staates als des Mundes Gottes behaupten, und die Heilung des Chriſten vom irrenden Gewiſſen müſſe auf Bekehrung und nicht auf Zwang beruhen. Heute, am Abend des Sieges, befänden ſich in einem einzigen amerikaniſchen Militärgefängniſſe mehr als 200 Gegner des Krieges. Sie ſeien zu 20 bis 30 Jahren verurteilt. Einige von ihnen, wenn man wolle religiöſe Fanatiker, befänden ſich in Einzelzellen, erhielten jede zweite Woche nur Brot und Waſſer, weil ſie gewiſſenshalber nicht tun könnten, was ſie in einem Militärgefängnis als militäriſchen Dienſt anſähen. Der Krieg ſei vorüber. Habe die Kirche, die einſtmals den deutſchen Gegner des Krieges, Karl Liebknecht, geprieſen habe, kein Gefühl der Verpflichtung dieſen amerikaniſchen Gefangenen gegenüber, die vier-, fünf- oder ſechsmal ſo lange wie er verurteilt ſeien? Fehle es ihr, dann ſei es ſchwer einzuſehen, wie ſie den Anſpruch erheben könne, noch eine andere originelle Aufgabe zu haben, als die treue Dienſtmagd des politiſchen Staates zu ſein.

---

*) „The Church on the Eve of the Great Settlement."

Es ſei weiter ein Gemeinplatz beinahe aller intelligenteren chriſtlichen Verteidiger des Krieges geweſen, daß der Krieg zwar dazu dienen müſſe, eine ſchuldige Nation mit Gewalt niederzuwerfen, daß aber dann noch andere Kräfte angewandt werden müßten, um ſie zu erretten und einen dauernden Frieden aufzurichten. Theoretiſch hätten ſie nicht allein die allgemeine Verwandtſchaft aller Menſchen anerkannt, ſondern auch die beſondere Brüderſchaft zwiſchen den einander bekriegenden Menſchen, die zu ein und demſelben Gott beteten und die gleiche Erlöſung erhofften. Wie die Arbeiterſchaft, ſo könne auch die Chriſtenheit nie ihren Internationalismus gänzlich vergeſſen, auch wenn einige ihrer Söhne gegen ihre Brüder geſündigt hätten. Die Kirche habe aber — der Arbeiterſchaft hierin nicht gleich — keine wirkſame Bemühung unternommen, dieſe Brüderſchaft mitten im Kriege zu verwirklichen. Im Gegenteil, kirchliche Führer in Amerika hätten den Gedanken einer internationalen Gebetskonferenz als einen „prodeutſchen Trick“ hingeſtellt. Aber nun ſei Deutſchland völlig beſiegt. Die Friedenskonferenz werde bald zuſammentreten. Die Arbeiterſchaft plane eine internationale Konferenz an demſelben Ort zur ſelben Zeit. Aber noch kein führender Chriſt in Amerika habe eine klare und entſchiedene Aufforderung zu einer Zuſammenkunft chriſtlicher Delegierter aller Nationen ergehen laſſen, um in gemeinſamer Buße und Vergebung den Haß, die Eiferſucht und den blutigen Riß zu heilen, der die Familie Gottes auf der Erde entzweigeriſſen habe. Dürfe man nicht glauben, daß in den Bemühungen um das Zuſtandekommen einer ſolchen Konferenz der Ernſt eines neuen Geiſtes wirkſam werden müßte, jenes Geiſtes des guten Willens und der gemeinſamen Arbeit, der allein einen dauernden Frieden garantieren könne?

Aber noch wichtiger, als eine ſolche Konferenz für ſie ſelbſt wäre, würde der Einfluß der Kirche auf die Politik des Friedens und des Wiederaufbauens ſein. Macht ſei eine gewaltige Verſuchung. Deutſchland ſei uns ganz ausgeliefert. Sein einziger Schutz liege in unſeren Prinzipien der Gerechtigkeit und unſerem Streben nach einer neuen internationalen Ordnung. Es zu entwaffnen, während wir unſere Waffen intakt halten, gegen ſeinen Handel vorzugehen, ſeiner demokratiſierten Regierung einen gleichberechtigten Platz in der Liga der Nationen verweigern, ſeine Kolonien nicht als Mündel der Liga anſehen, ſondern als Siegesbeute, werde eine Sünde ſein gegen einen reinen, um nicht zu ſagen chriſtlichen Frieden. Werde die Kirche ſich wachſam erweiſen gegen die Gefahr, daß man im Siege die Seele verlieren könne? Werde ſie in den Tagen des Triumphes feſt zu dem Idealismus ſtehen, den Mr. Wilſon in ſeinen größten Reden zum Ausdruck gebracht habe?

Vielleicht der wichtigſte Prüfſtein der Kirche Amerikas werde ihr Verhalten gegenüber der ſozialen Revolution in Deutſchland ſein. Die Deutſchen hätten offenbar eingeſehen, daß Demokratie mehr eine induſtrielle als eine politiſche Ordnung ſei. Sie hätten ſich gegen die Klaſſe erhoben, die ſie ausgebeutet, verraten und in einen ungerechten Krieg hineingetrieben habe. Bisher ſei dieſe Revolution faſt unblutig verlaufen. Auf welcher Seite werde da wohl die Kirche ihren Einfluß in die Wagſchale werfen? Werde ſie ſchließlich die revolutionäre Leidenſchaft eines ſich zur Macht erhebenden Volkes verdammen und die Kräfte der Reaktion ſegnen, die eine Armee verlangen mögen zur Unterdrückung der Revolution? Oder werde ſie dieſe Leidenſchaft für die Freiheit zu verſtehen und mit einem feineren Idealismus zu erfüllen ſuchen?

Dies ſeien einige der Fragen, die vor den Kirchen liegen. Um ihre Beantwortung erſucht Rev. Lowrie beſonders ihre liberalen Führer. Dieſe Führer hätten geſchwiegen, als den Amerikanern die Denk- und Gewiſſensfreiheit, die Rede- und Verſammlungsfreiheit vorenthalten worden ſei. Sie hätten nicht gegen den Mob oder die legaliſierte Tyrannei eines Spionagegeſetzes proteſtiert, das von beſchränkten Beamten gehandhabt worden ſei. Sie ſeien zu ſehr mit dem Krieg beſchäftigt geweſen oder in unzählbaren Komitees aufgegangen. Sie hätten ſich „ihren Einfluß geſichert“ für den großen Augenblick. Dieſer Augenblick ſei zweifellos jetzt da: „Wollen ſie ſich da nicht erklären für Freiheit, für Verſöhnung, für Gerechtigkeit, für guten Willen? Wenn nicht, dann werden ſie nicht darüber klagen dürfen, wenn die großen Wohlfahrtsſtröme der Zukunft durch andere Kanäle fließen, als diejenigen unſerer jetzt exiſtierenden Kirchen.“

Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich ſage, daß dieſe (übrigens auch für die innere Kriegsgeſchichte Amerikas ſehr lehrreiche Kundgebung des Rev. Stephen Lowrie der Geſinnung treu geblieben iſt, die vor zwei Jahren ſo wohltuend aus dem Kriegsmanifeſt der „Federal Council“*) ſprach. Welche Antwort werden die Führer des „Federal Council“ dem Frageſteller geben? Das iſt keine nur inneramerikaniſche, das iſt eine ökumeniſche Schickſalsfrage erſten Ranges.

Der Präſident der „Brown Univerſity“, Mr. William Herbert Perry Faunce, zur Zeit Chairman der „Commission on International Justice and Goodwill“ des „Federal Council“, hat ſich in Vorträgen, die er vor methodiſtiſchen Studenten über „Religion und Krieg“ gehalten und dann publiziert hat, in einem ähnlichen Geiſte ausgeſprochen, wie Mr. Lowrie. Ich kenne zwar von ſeinen Ausführungen bis jetzt nur ein größeres Fragment, meine aber danach ſagen zu dürfen, daß Mr. Faunce trotz mancher falſchen Urteile über unſer Volk auf einem Boden ſteht, auf dem eine Wiederannäherung der amerikaniſchen und der deutſchen Chriſtenheit wohl möglich wäre. Das ganze Geheimnis dieſer aufbauenden Bedeutung ſeines Buches liegt darin, daß er Ernſt macht mit den einfachſten und größten Ideen des Evangeliums:

---

*) Vgl. „Deutſche Politik“ II (1917) Nr. 32.

> „Liebe geſtaltet die Geſellſchaft um, indem ſie die Menſchen befähigt, ihre Feinde wirklich zu lieben. Nichts weiter tun, als die Feinde niederwerfen, heißt ſie zur äußerſten Feindſchaft aufſtacheln. Gegen einen Feind mit einer Armee marſchieren, heißt alle ſeine Hilfskräfte mobiliſieren. Ihn haſſen, heißt ſeinen eigenen Haß herausfordern. Ihn unendlich lieben, ſein beſſeres Selbſt lieben hinter einem haſſenswerten Äußeren, durch beharrliche Liebe ihn zuletzt liebenswert machen — das iſt eine Offenſive, gegen die die menſchliche Natur einen Widerſtand nicht leiſten kann.“

Es wäre vielleicht recht gut, dieſes vom Ideal des Wiederaufbaus beherrſchte Buch ins Deutſche zu übertragen, auch wenn wir daraus jetzt nur lernen könnten, daß es in Amerika nicht an chriſtlichen Führern fehlt, die ſich der furchtbaren Gefahren, die der Sieg den Siegern und durch die Sieger auch der Menſchheit bringt, bewußt ſind.

Die volkswirtſchaftliche Bedeutung des Heeres

Von Th. Hüpeden (Kaſſel)

Das alte Heer mit ſeiner Friedensſtärke von rund 600 000 Mann war in unſerer Volkswirtſchaft in doppelter Beziehung ein wichtiger Faktor, der vielfach und namentlich auch von ſozialiſtiſcher Seite überſehen worden iſt.

Die erſte Beziehung liegt begründet in dem Einfluß, den das ſtehende Heer auf den Arbeitsmarkt hat. Man mag über die Berechtigung eines ſtehenden Heeres an ſich ſehr verſchiedener Anſicht ſein, auch in volkswirtſchaftlicher Beziehung; dies ſteht jedoch feſt: Haben wir ein ſtehendes Heer, ſo iſt auf dem Arbeitsmarkt das Angebot von Arbeitskräften um die Ziffern der Heeresſtärke vermindert und infolgedeſſen für die Arbeitſuchenden die Möglichkeit, Arbeit zu finden, um ein nicht zu unterſchätzendes Maß vergrößert, die Gefahr der Arbeitsloſigkeit dagegen ebenſo herabgemindert. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß wir ohne ein ſtehendes Heer vor dem Kriege ſtets eine größere Arbeitsloſenziffer oder ein Plus in den Auswandererzahlen neben ungünſtigeren Löhnen gehabt hätten. Außerdem iſt volkswirtſchaftlich auch noch in Betracht zu ziehen die Anregung, die der Staat als Militärfiskus durch den Heeresbedarf an Gütern und Produkten auf die nationale Produktion ausgeübt hat. Wenn der Militärfiskus einerſeits Tauſende von Händen aus dem Angebot von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt herausgenommen hat, ſo hat er andererſeits Tauſenden von

Händen durch ſeinen Heeresbedarf Beſchäftigung und Erwerbsmöglichkeit gegeben.

Die zweite Beziehung, welche zwiſchen dem ſtehenden Heer und der Volkswirtſchaft vorhanden war, liegt in der Möglichkeit, die im Heer gegebene Ausleſe der Geſunden und körperlich Tüchtigen ſtaatsbürgerlich zu erziehen und zu bilden, ſie iſt alſo mehr indirekter Natur.

Bei der künftigen Geſtaltung des Heeres wäre auch in erſter Linie zu fragen, wie können wir die volkswirtſchaftlichen Verhältniſſe mit dem Heer in dieſen beiden Richtungen am beſten beeinfluſſen. Dabei müßten folgende Geſichtspunkte maßgebend ſein: Bei allgemeiner und gleicher Dienſtpflicht müßte die Dienſtzeit zur Hälfte militäriſcher, zur anderen Hälfte der Ausbildung zur Arbeit gewidmet ſein. Es ſoll alſo die Hälfte aller Dienſtpflichtigen volkswirtſchaftlicher Arbeit zugeführt werden und zwar ſolcher Arbeit, zu der erfahrungsgemäß bei den meiſten Arbeitern heute keine Neigung beſteht, wie z. B. zur Landwirtſchaft, innerer Koloniſation, Bau von Verkehrswegen, Kanälen, Bahnen, in der Hochſeefiſcherei uſw. Welch' ſchätzenswerter Einfluß auch in ſozialiſtiſchem Sinne von einem ſolchen Heer ausgehen könnte, mögen noch die folgenden Einzelheiten zeigen.

Die geſamte militäriſche und ſonſtige Ausbildung müßte in innigſter organiſcher Verbindung mit der kommenden Einheitsſchule und der Volkshochſchule ſtehen. Der Dienſt mit der Waffe ſoll neben der militäriſchen Erziehung vor allem die Körperbildung, die Pflege turneriſcher und ſportlicher Gewandheit bezwecken. Nach den Erfahrungen des Krieges genügt die halb- bis einjährige Ausbildung mit der Waffe vollauf. Von den Offizieren wäre natürlich auch eine entſprechende pädagogiſche Vorbildung zu fordern. Sie müßten ſich aus den beſten Männern des Volkes rekrutieren und in innigſter völkiſcher Gemeinſchaft mit allen Kreiſen der Bevölkerung ſtehen. Vom Truppenoffizier muß ferner gefordert werden: Fachkenntniſſe erſten Ranges, menſchliche Reife, pädagogiſches Geſchick und höchſte Hingabe an ſeine volkserzieheriſche Aufgabe.

Die zweite Hälfte der Dienſtzeit ſoll der volkswirtſchaftlichen Erziehung zur Arbeit gewidmet ſein.

Dieſer Dienſt ſoll ebenfalls mit einer an die Volksſchule und Volkshochſchule anknüpfenden allgemeinen Fortbildung verbunden ſein. Dieſe Arbeitsdienſtpflichtigen ſollen nicht ſklaviſch irgend einer ſonſt verſchmähten Arbeitsknechtſchaft zugeführt werden. Ihnen ſoll ohne Unterſchied der Herkunft, des Vermögens und Standes vielmehr eine Einführung in die volkswirtſchaftlich wichtigen Arbeits- und Erwerbsgebiete, wie z. B. der Landwirtſchaft, gegeben werden. Hier würde ein weites Feld für geſunde Bevölkerungs- und Sozialpolitik zu finden ſein. Im Allgemeinen könnte für die Bildung dieſer Arbeitsformationen der Geſichtspunkt maßgebend ſein, daß Soldaten ſtädtiſcher Herkunft überwiegend landwirtſchaftlicher oder koloniſatoriſcher Tätigkeit zugeführt werden müſſen. Durch entſprechende fachmänniſche Schulung kann ſo für ſtädtiſche Bevölkerungskreiſe Intereſſe für den Landbau und Luſt zur Anſiedelung geweckt werden.

Es wäre dieſe Arbeitsdienſtpflicht auch ein vorzügliches Mittel in der Hand geeigneter Führer, der Arbeit — insbeſondere der körperlichen Arbeit — wieder zu ihren ehrenvollen Rechten zu verhelfen und zur Beſeitigung der Klaſſenvorurteile und des egoiſtiſchen Klaſſendünkels beizutragen. Hier offenbart ſich ein ſtark ſozialiſtiſches Intereſſe, das Beſtreben, das jeder wahre Sozialiſt haben muß, der Arbeit, ſie ſei geartet wie ſie wolle, einfach als Arbeit Achtung zu verſchaffen, die körperlich arbeitenden Berufe nicht einfach als Proletarier, als minderwertige Klaſſe angeſehen zu wiſſen.

Techniſche Schwierigkeiten für die Durchführung der Arbeitsdienſtpflicht würden durch die Unterbringung der Dienſtpflichtigen gegeben ſein. Sie ſind jedoch nicht unüberwindlich. Es würde ſich nach den Erfahrungen des 4½ jährigen Krieges, der die Unterbringung von Millionen von Menſchen in fernen unwirtlichen Gegenden nötig machte, wohl leicht eine Baracke konſtruieren laſſen, die für unſer klimatiſch gemäßigtes Binnendeutſchland geeignet iſt, den Soldaten jede Sicherheit für geſundheitlich einwandfreie und auch in Bezug auf Bequemlichkeit angenehme Unterbringung zu geben.

Eine andere Schwierigkeit würde durch die Frage entſtehen, woher die Führer für die Durchführung einer ſolchen Aufgabe nehmen? Klar iſt ohne weiteres, daß die alten aktiven Offiziere den Aufgaben der zweiten Hälfte der Dienſtzeit ganz beſtimmt nicht gewachſen ſein werden.

Die gegebenen Stellen, hierzu den Organiſationsrahmen zu ſchaffen, würden Reichsarbeitsamt und Kulturminiſterium des Reiches ſein. Die Offiziere müßten aus den Volkshochſchulen hervorgegangene Ingenieure ſein, denen als Unterorgane Studierende der Volkshochſchule und Fachhochſchulen aller Arten (wie z. B. landwirtſchaftliche, baugewerkliche, bergtechniſche, volkswirtſchaftliche) beigegeben werden müßten.

Die Koſten eines ſolchen Heeres ließen ſich annähernd erſt dann abſchätzen, wenn ſeine Stärke angegeben werden kann. Sie würden in der erſten Hälfte der Dienſtzeit pro Kopf ſicher nicht höher ſein als die Koſten unſeres früheren Heeres. In der zweiten Hälfte der Dienſtzeit würden den Koſten die Produktionswerte des Heeres gegenüberſtehen, die ſich mindeſtens gegenſeitig ausgleichen würden

Abſchließend ſei nur noch an die Möglichkeit erinnert, daß ſolchen Dienſtpflichtigen, die wie früher die Unteroffiziere, für längere Zeit im Arbeitsdienſt verbleiben, anſtelle des alten Zivilverſorgungsſcheins eine Siedelung in den Gebieten der inneren Koloniſation mit billiger Darlehnsgewährung in Ausſicht geſtellt werden könnte.

Dieſe Anregung zur Verbindung der Militärdienſtpflicht mit einer Arbeitsdienſtpflicht mag ſehr anfechtbar ſein. Mit ihrer Einführung würde die von Rodbertus ſtammende Lehre der klaſſiſchen Nationalökonomie ſtaatliche Anerkennung finden, daß in der Volkswirtſchaft für jeden Volksgenoſſen allgemeine Pflicht zur Arbeit beſteht. Dieſe Pflicht iſt ja jetzt auch in dem erſten Sozialiſierungsgeſetz der Regierung Ebert—Scheidemann zum erſten Male allgemein geſetzlich formuliert worden. Der Sozialismus wird ohne ſie nicht beſtehen und ihr auch im neuen Wehrgeſetz eine praktiſche Form geben können.

Neue Sozialiſierungsformen

Die Frage der Sozialiſierung ſpielt heute in der Politik eine große Rolle. Man kann aber nicht ſagen, daß durch den heutigen Streit das Problem on Klarheit gewonnen habe. Noch wenige haben ſich die Mühe gegeben, ſich einmal die Frage vorzulegen, was nun eigentlich unter Sozialiſierung verſtanden werden ſolle. Iſt es etwa Verſtaatlichung? Im marxiſtiſchen Sinne unbedingt nein. Denn nach Marx iſt die Überführung des Eigentums aus den Händen privater Unternehmer in die des Staates zunächſt einmal nur eine andere Form der kapitaliſtiſchen Ausbeutung, da ja einſtweilen der Staat nach kapitaliſtiſchen Grundſätzen arbeitet. Ebenſowenig kann man unter Sozialiſierung, wie es urſprünglich in der ſozialdemokratiſchen Literatur heißt, unter Vergeſellſchaftung einen Zuſtand ſehen, in dem die an dem betreffenden Werk beteiligten Produzenten, alſo Arbeiter, Angeſtellte uſw., den Gemeinbeſitz des Werkes übernehmen. Damit wäre zwar unter Umſtänden den Beteiligten genützt, die Allgemeinheit aber, die Konſumenten, würden genau ſo wie früher ausgenützt werden, mit dem Unterſchied, daß an die Stelle von einem Unternehmer deren hundert oder tauſend treten. Und deshalb muß man wohl unter Sozialiſierung die beſtmögliche Bewirtſchaftung für die Allgemeinheit unter Ausſchluß der Ausbeutung von Arbeitern und Konſumenten ſehen.

Welche Formen nun werden dieſes Poſtulat der Sozialiſierung erfüllen? Wie alſo müßte eine Sozialiſierung durchgeführt werden? Der ſoeben veröffentlichte Bericht der Sozialiſierungskommiſſion gibt in dem Votum der Mehrheit dieſer Kommiſſion eine Antwort, die außerordentlich viel Beſtechendes für ſich hat und vielleicht in abſehbarer Zeit in die Praxis umgeſetzt wird.

Vorweg ſei noch mit einem Worte rekapituliert, wie heute die Dinge in dem zunächſt zu ſozialiſierenden Kohlenbergbau liegen. Bisher iſt in ihm weſentlich der Kohlenbergbau mit Ausnahme der ſtaatlichen Zechen in den Händen des Privatkapitals. Die Zechen ſelbſt aber ſind hinwiederum zu Syndikaten zuſammengeſchloſſen, von denen vor allem das rheiniſch-weſtfäliſche das ſtärkſte und einflußreichſte iſt. Die Verwaltung liegt dort bisher vollſtändig in den Händen der Produzenten. Schon ſeit langem wird von Wirtſchaftsreformern auch aus dem bürgerlichen Lager hier eine Änderung verlangt. So hat Artur Feiler bereits im Jahre 1915 vorgeſchlagen, man ſolle zwar, um die Unternehmungsluſt nicht zu gefährden, die einzelnen Zechen in den Händen der alten Geſellſchaft belaſſen, dagegen die Spitze, alſo das Syndikat, inſofern ſozialiſieren, als man die Verwaltung in die Hände der Allgemeinheit übergebe. Nach dieſem Vorſchlag ſollten nicht nur die einzelnen Unternehmer, ſondern auch die Arbeiter und vor allem auch der Konſum in der Syndikatsleitung vertreten ſein. Dieſe Forderung iſt ſoeben von der Nationalverſammlung erfüllt worden, wobei noch inſofern eine Ergänzung eingetreten iſt, als die Feſtſetzung der Preiſe der Regierung vorbehalten bleibt. Dieſe, man möchte ſagen, partielle Sozialiſierung, nun geht auch nicht annähernd ſo weit, wie das, was der genannte Bericht der Sozialiſierungskommiſſion vorſchlägt, ein Bericht, der wegen ſeiner außerordentlichen Klarheit, und man kann wohl ſagen, wegen ſeiner geiſtreichen und orginellen Abfaſſung, die Aufmerkſamkeit aller Wirtſchaftsreformer verdient.

Jener Bericht, als deſſen Hauptverfaſſer man wohl den leitenden Redakteur der „Freiheit“, Dr. Hilferding, anſprechen darf, ſtellt ſich auf den Standpunkt, daß nach dem Kriege weder eine freie Wirtſchaft ohne weiteres durchführbar, noch der von Rathenau vertretene Staatskapitalismus, empfehlenswert ſei, und darum kommt er namentlich für die Kohle zu dem Vorſchlag, in der Weiſe zu ſozialiſieren, daß der geſamte Kohlenbergbau, alſo einſchließlich Braunkohle und ſämtlicher Nebenprodukte, in eine neue Wirtſchaftsform einzubringen ſei, die ſogenannte deutſche Kohlengemeinſchaft. Dieſe wird ſämtliche in Deutſchland befindliche Zechen aufkaufen, und zwar nicht etwa mit Staatskapital, ſondern mit Obligationen, die alſo gewiſſermaßen die Schuld der Gemeinſchaft an den Vorbeſitzer darſtellen. Eigenes Kapital beſitzt die Geſellſchaft nicht und ſoll ſie wohl auch nicht beſitzen. Enteignet werden, und das iſt außerordentlich intereſſant, nicht etwa nur die Gruben der privaten, ſondern auch die im Staatsbeſitz befindlichen, und zwar vor allem deshalb, weil nach den Klarlegungen des Berichts der Staat einſtweilen als Unternehmer in keiner Weiſe den Anforderungen der Gerechtigkeit und der Wirtſchaftlichkeit entſpricht, ſondern durch ſeine Schwerfälligkeit, durch die Bureaukratie uſw. unbedingt ſchlecht arbeiten muß. Wer wird nun die Verwaltung des Unternehmens in Händen haben? Auf keinen Fall Beamte, ſondern ein hundertköpfiger ſogenannter Kohlenrat, in dem je 25 Mitglieder aus den Reihen der Betriebsleiter, der Arbeiter und der Konſumenten gewählt werden, während die reſtlichen 25 vom Reiche zu beſtimmen ſind. Dieſer Kohlenrat wählt nun ein fünfköpfiges Direktorium mit einem Präſidenten an der Spitze. Sowohl dieſes Direktorium wie auch die Direktoren der einzelnen Werke ſollen nicht etwa wie Beamte bezahlt werden, ſondern genau wie in der Privatinduſtrie möglichſt gut geſtellt ſein, um alle die Vorteile für ihr Werk zu erringen, wie beim Privatbetrieb. Auf dieſe Weiſe will man die guten Eigenſchaften des Unternehmers für die neue Gemeinſchaft ſichern, ohne die Nachteile des Kapitalismus. Ein zweites Problem, wie es mit dem Kredit dieſer neuen Form beſtellt iſt, wird im Bericht nicht recht ausgeführt. Es iſt deshalb nicht ohne weiteres zu erkennen, wie denn die neue Gemeinſchaft, die für ihren geſamten Beſitz Obligationen ausgegeben hat, nötigenfalls Kredite erhalten kann. Dieſe Frage iſt deshalb nicht ohne weiteres zu beantworten, weil ja die Kohlengemeinſchaft in gemeinnütziger Weiſe arbeiten, alſo nicht etwa auf hohe Überſchüſſe hinarbeiten ſoll. Ob freilich dieſes Ziel zu erreichen ſein wird, oder ob nicht das Reich die Kohlengemeinſchaft als eine Melkkuh betrachten wird, das iſt eine andere Frage.

Der naheliegende Einwand, daß die Abſonderung des Kohlenbergbaus aus der Privatinduſtrie darum gar nicht angängig ſei, weil der Kohlenbergbau ſeit Jahr und Tag allzu ſehr verfilzt iſt mit der Eiſen- und Stahlgewinnung, wird in dem Bericht ſehr einleuchtend damit abgetan, daß alle die großen gemiſchten Werke ihre Kohlenwerke nicht nur betrieblich, ſondern auch rein buchhalteriſch geſondert verwalten und daher eine Abtrennung unſchwer durchzuführen ſei.

Schließlich ſei noch ein Wort über die geplante Stellung der Arbeiter in der Kohlengemeinſchaft geſagt, weil dieſe Stellung vielleicht vorbildlich ſein wird für die künftige Geſtaltung der Betriebs- und Arbeiterräte. Nach dem Vorſchlag der Kommiſſion — und zwar der geſamten, einſchließlich der Minderheit, die in rein wirtſchaftlichen Fragen auf etwas anderem Standpunkte ſteht und nicht ſo weit gehen will, wie die Mehrheit — ſollen dreierlei Räte gebildet werden. Jedes Steigerrevier wählt ſeine Vertrauensleute, die vor allem die Ausführung der bergpolizeilichen Beſtimmungen überwachen, für reinlichen und vollſtändigen Kohlenabbau ſorgen uſw. Die Steigerräte wählen für die Geſamtheit des betreffenden Bergwerks einen Zechenrat, der vor allem bei der Entlaſſung von Arbeitern gehört wird, und die Zechenräte ihrerſeits wählen für jeden Bergwerksbezirk einen Regionalrat, der den Zechenräten Richtlinien geben ſoll, auf einheitliches Vorgehen hinzuarbeiten hat uſw. Die Regionalräte endlich wählen nach den Grundſätzen des Verhältniswahlrechts die Vertreter in den Reichskohlenrat. Die Entlohnung ſowohl der Arbeiter wie der Beamten ſoll nach der individuellen Leiſtung geſchehen, wobei eine Beteiligung am Ertrag in gewiſſen, das Geſamtintereſſe wahrenden Grenzen ſtattfinden ſoll.

Wenn die Zeichen nicht trügen, ſo wird die bisher im Kohlengeſetz vorgeſehene gemäßigte Form der Sozialiſierung die Arbeiter nicht befriedigen, und ſie werden auf einen Abbau drängen. Ob mit Recht oder Unrecht, ſei dahingeſtellt. Wenn dieſe Forderungen erfüllt werden müſſen, ſo dürfte der hier gegebene Vorſchlag der Sozialiſierungskommiſſion Ausſicht auf Verwirklichung haben, und es iſt gar nicht ausgeſchloſſen, daß die hier gegebene Form Schule machen und auch bei anderen ſogenannten ſozialiſierungsreifen Induſtrien (Chemie) verwirklicht werden wird. Freilich können alle dieſe Dinge erſt dann in die Praxis umgeſetzt werden, wenn wir wiſſen, was die Entente uns von unſeren Betrieben läßt und was ſie als Fauſtpfänder verlangt. Linter.

Notizen

Fiume — im Brennpunkte der Ententepolitik. Die Zeitungsnachricht iſt durch alle Blätter der Welt gegangen, wonach Italien es abgelehnt hat, die Frage Trieſt und Fiume, wie es die jugoſlawiſchen Staatsmänner vorgeſchlagen, dem Urteil Wilſons zu unterbreiten.

Selbſt in Ententekreiſen hat die Haltung Italiens weniger ſchlechtes Blut gemacht, als man glaubte, weil man ſah, wie ſehr Jugoſlawien in ſeinen ungeheuerlichen Anſprüchen das richtige Augenmaß für Realitäten verloren hatte.

Daß die italieniſche Regierung Trieſt und Iſtrien nicht herausgeben wird, verſteht ſich von ſelbſt, denn Italien iſt doch in der Hauptſache in den Krieg eingetreten, um das vielbegehrte Trieſt endlich einmal in die Hände zu bekommen.

Was nun die Streitfrage Fiume betrifft, die ein ſüdſlawiſches Problem darſtellt, ſo iſt es intereſſant, einem Aufſatze zu folgen, der ſich in der „Times" vom 31. Januar befindet, und der bisher in der deutſchen Preſſe faſt unbeachtet geblieben iſt, obgleich die Annahme zuläſſig iſt, daß die Anſichten, wie ſie der Times-Artikel ausdrückt, mehr oder weniger den Anſchauungen entſprechen, die innerhalb der Ententeregierungen beſtehen.

Die „Times" ſchreiben: „Die Fiumaner Frage wird zweifelsohne ſehr ernſtlich die Friedenskonferenz beſchäftigen. Es handelt ſich hier um einen Komplex von Problemen, die zwiſchen den kroatiſchen, ungariſchen und italieniſchen Intereſſen ſpielen, und die von ausſchlaggebender Bedeutung für den neuen jugoſlawiſchen Staat ſind, wie ſie auch eine ernſte Rückwirkung ausüben auf die Intereſſen der Tſchecho-Slowakei und Rumäniens. Obgleich gegenwärtig „hiſtoriſche Rechte" zurücktreten müſſen gegenüber den Wünſchen, die von nationalen Prinzipien und den wirtſchaftlichen und politiſchen Notwendigkeiten getragen werden, ſo geht es doch nicht an, die geſchichtlichen Entwicklungen völlig beiſeite zu laſſen, ſchon deshalb nicht, weil auf dieſen Grundlagen eine Löſung aufgebaut werden kann, die alle Intereſſenten befriedigt.

Die Stadt Fiume, ohne ihre Vorſtädte, iſt nach den letzten Zählungen bewohnt von 24 000 Italienern, 15 000 Kroaten und Südſlawen, 6000 Magyaren und 3000 Perſonen verſchiedener Nationalität. Der Induſtrievorort Suſſak, der von Fiume nur durch einen ganz engen Waſſerlauf getrennt iſt, weiſt 13 000 Einwohner auf, wovon 12 000 der ſüdſlawiſchen Raſſe angehören, alſo in der Hauptſache Kroaten und Slowenen ſind. Über die kleine Brücke, die Suſſak mit Fiume verbindet, wandern täglich tauſende von Arbeitern nach Fiume, ſo daß die Meinung vertreten werden kann, daß eigentlich eine organiſche Trennung zwiſchen Fiume und Suſſak nicht beſtehe."

Die „Times" ſchreiben dann: „Im Hinblick darauf, daß das ungariſche Element in Fiume ſo klein war, war die Regierung in Budapeſt darauf angewieſen, ſich auf die Italiener oder Kroaten in Fiume bei ihren handelspolitiſchen Maßnahmen und rein politiſchen

Vorkehrungen zu ſtützen. Die ungariſche Regierung bevorzugte die Italiener, deren Zahl immer mehr heranwuchs und die eine Oberhoheit in allen Fiumaner Angelegenheiten innehatte. Die Magyaren fühlten ſich dadurch ſo feſt im Sattel, daß ſie ſeit Jahren auf eine Magyariſierung Fiumes hinarbeiteten. Sie konnten ſich umſo eher einen Erfolg dieſer Politik verſprechen, als ſeit Jahren die Magyaren und Italiener darauf hingewirkt hatten, politiſch und wirtſchaftlich den Slawismus von Fiume fernzuhalten. Betrachtet man Fiume getrennt von der Vorſtadt Suſſak, ſo handelt es ſich um eine ungariſch-italieniſche Stadt, auch wenn die ganze Arbeit im Fiumer Hafen, wie überhaupt die Verſchiffungsarbeiten niederer Kategorie, faſt ausſchließlich von Kroaten beſorgt wurden. Daß die Budapeſter Regierung für den Fiumaner Hafen im Laufe der Jahrzehnte viele Millionen ausgegeben hat, iſt bekannt.

Die politiſche Situation iſt nun die, daß Fiume durch das geheime Abkommen in London vom April 1915 Italien nicht zugewieſen iſt. Italien beanſprucht aber dieſe Stadt, weil ſie, wenn man von Suſſak abſieht, in der Hauptſache von einer italieniſch ſprechenden Bevölkerung bewohnt iſt. Die Kroaten und die neue ſerbiſch-kroatiſch-ſloweniſche Regierung beanſpruchen Fiume für dieſen neuen Staat auf Grund der hiſtoriſchen und juridiſchen Entwicklungen, aus welchen hervorgehen ſoll, daß Suſſak ein integrierender Teil Fiumes iſt, ſo daß alſo das Territorium Fiume, wenn man der Nationalität nach geht, in der Mehrheit von ſüdſlawiſchen Elementen bewohnt iſt. Außerdem machen die Serben und Südſlawen noch geltend, daß von Fiume wie auch von Trieſt aus die Schienenwege ausgehen, welche die Adria mit dem *ſüdöſtlichen* und zentralen Europa verbinden.

Unparteiiſche Beurteilungen der miteinander rivaliſierenden Anſichten mußten zur Überzeugung führen, daß beide, Fiume wie Trieſt ſowohl, zu Freihafen erklärt werden ſollten, der eine unter ſüdſlawiſcher Verwaltung, der andere unter italieniſcher, und daß die politiſchen Rechte der Italiener in Fiume gewahrt werden ſollten, in der gleichen Weiſe, in der man die Rechte der ſloweniſchen Minderheit in Trieſt wahren wollte. Die Eiſenbahnen, welche Fiume mit Agram, Budapeſt, der Tſchecho-Slowakei und weiter mit dem Norden verbinden, und die Belgrad und Rumänien mit dem Adriatiſchen Meere verknüpfen, ferner die Eiſenbahnen, welche von Trieſt nach Wien und Salzburg führen, ſollen, was die Tarife betrifft, unter internationale Kontrolle geſtellt werden. Es beſteht die Gefahr, daß in der Hitze des Gefechtes über den wirklichen Beſitz der beiden Häfen die Intereſſen dieſer Plätze Schaden leiden, ſowie benachteiligt werden alle jene, die dieſe beiden Hafenplätze benutzen müſſen. Jedes Arrangement, welches über allzu kräftiger Fürſorge für Fiume oder Trieſt die wirtſchaftlichen Intereſſen dieſer beiden Häfen vernachläſſigt, wäre eine Vorkehrung, welcher man jede Zweckmäßigkeit abſprechen müßte.“

Die Anſichten, die hier die „Times“ entwickeln, ſind umſomehr beachtenswert, als in Wien die Mitteilung aufgetaucht iſt, die hier in Frage kommenden Eiſenbahnen müßten amerikaniſiert werden, d. h. es würde Amerika das Geld hergeben, um dieſen Schienenweg anzukaufen, würde ſich dadurch die Tarifoberhoheit ſichern, und es wäre ſo die Gewähr geboten, daß die in Wettbewerb ſtehenden Italiener und Südſlawen vor einer Sachlage ſtänden, die gefährliche Entwicklungen für die Zukunft hintanhalten würde. Wie wir bereits in den Eingangszeilen bemerkt haben, iſt nicht viel Ausſicht vorhanden, daß dieſe Pläne der Entente verwirklicht werden können, weil die italieniſche Regierung erklärt hat, unter gar keinen Umſtänden Trieſt und Iſtrien ausliefern zu wollen, *eine Stellungnahme, die ſie auch auf Fiume ausgedehnt hat*. Daß das italieniſche Parlament dieſem Verhalten des italieniſchen Auslandsminiſters Sonnino vollen Beifall gezollt hat, iſt weiter nicht verwunderlich. Aber ſchließlich dürfte Fiume doch wohl als einziger Ausgang zum Meer den Südſlawen zufallen. Da dieſe Herrſchaften kein Geld haben, aber gar kein Geld, ſo dürfte wohl für die von Fiume ausgehenden Eiſenbahnen die Idee der Amerikaniſierung zur Ausführung gelangen.

Neuerſcheinungen

Bolſchewismus.

Die Literatur über den Bolſchewismus beginnt in Deutſchland mächtig ins Kraut zu ſchießen. Das Beſte über dieſe Weltgefahr hat Karl Kautsky geſchrieben. Seine Broſchüre „Die Diktatur des Proletariats“ (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignatz Brand u. Co.) iſt eine glänzende Streitſchrift, die den Verſuch der Bolſchewiſten, Marx' und Engels' Ideen als Fundament für ihre Gewaltherrſchaft in Anſpruch zu nehmen, völlig zerſchlägt. An zweiter Stelle iſt die Schrift von D. Gawronsky „Die Bilanz des ruſſiſchen Bolſchewismus“ (verlegt bei Paul Caſſierer, Berlin) zu nennen, der als Führer der Sozialrevolutionäre eine genaue Kenntnis des Treibens der Bolſchewiſten beſitzt. Auch er ſpricht den Bolſchewiſten das Recht ab, ſich Sozialiſten und Demokraten zu nennen: „Nimmt man die bolſchewiſtiſchen Dekrete, dieſe Tauſende von Dekreten, zur Hand, ſo könnte man ſich vielleicht wirklich einbilden, daß in Rußland der ſozialiſtiſche Staat aufgebaut wird. Nicht umſonſt waren die Führer der Bolſchewiſten immer ſo produktive und talentvolle Journaliſten und Literaten. In Wahrheit aber vollzieht ſich doch etwas ganz anderes: Ein völliger Zerfall der Volkswirtſchaft, und zwar nicht einfacher Zerfall, ſondern ein typiſcher und deutlicher Zerfall ins Kleinbürgerliche.“ Die des Ruſſiſchen unkundigen deutſchen Leſer ſind jetzt durch den Verlag „Die Aktion“ in die Lage verſetzt, Lenins Gedanken aus ſeinen Publikationen ſelbſt zu ſtudieren. Sie werden aber ſchwer enttäuſcht ſein. Denn er iſt ein ungewöhnlich langatmiger und trockener Schriftſteller. In „Staat und Revolution“ verſucht er, wie geſagt, den Bolſchewismus direkt von Marx und Engels abzuleiten, während er in ſeiner zweiten Schrift „Die nächſten Aufgaben der Sowjetmacht“ das für den Bolſchewismus beſchämende Eingeſtändnis machen muß, daß nach der „Eroberung Rußlands von den Reichen für die Armen“ zur bisher vernachläſſigten „Organiſation der Rechnungslegung und Kontrolle“ tauſend erſtklaſſige Gebildete und Fachleute aus der Zahl der Bourgeoſie — die der Bolſchewismus zum Tode verurteilt hat, da es Lenin „als erſte Aufgabe der Sowjetmacht bezeichnet, ſolche Bedingungen zu ſchaffen, unter denen weder die Bourgeoiſie exiſtieren noch von neuem entſtehen könnte“, — für 25 000 Rubel zur möglichſt ſchnellen ökonomiſchen Hebung des Landes“ engagieren müſſe.

Das ſehr rührige Generalſekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolſchewismus hat eine Reihe von Flugſchriften herausgegeben, die die bolſchewiſtiſche Gefahr von verſchiedenen Seiten beleuchtet. Aus den bisher erſchienenen Heften ſeien P. Schiemann, „Maſſenelend“ und C. von Schilling, „Der Imperialismus der Bolſchewiki“ hervorgehoben. Schiemann weiſt auf die völlig andere Stellungnahme der ruſſiſchen Bildungsſchicht zur Volksmaſſe hin. Während in „Weſteuropa die Maſſe durch Bildung und Arbeit emporentwickelt werden ſoll, unterwirft ſich in Rußland die Intelligenz gerne der geheimnisvollen höheren Weisheit der Maſſen“. C. von Schilling führt den Nachweis, daß der Bolſchewismus völlig durchſetzt iſt von imperialiſtiſchen Gedankengängen, die er reſtlos vom zariſchen Staat übernommen hat. Zum Schluß ſei noch die kleine Broſchüre von Dr. A. von Hedenſtröm, Riga, „Der ruſſiſche Maximalismus“ angezeigt (Verlag L. Friedrichſen u. Co., Hamburg), die nicht nur eine fleißige Sammlung aus der ruſſiſchen Preſſe darſtellt, ſondern auch auf den Urſprung dieſer Bewegung eingeht. Dieſe Arbeit bietet dem deutſchen Leſer nicht wenig neues Material, weil dem Verfaſſer bis zur Einnahme Rigas durch die Deutſchen die ruſſiſche Preſſe zur Verfügung ſtand. A. S.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 18. April 1919 * Heft 16

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Scheidemann und Brockdorff-Rantzau haben in Weimar noch einmal die Friedensbedingungen Deutſchlands umſchrieben — nicht Bedingungen, die wir zu ſtellen haben, ſondern die wir annehmen können, die wir ablehnen müſſen. Die Loyalität ſeiner Abſichten zwingt Deutſchland, ſeine Zukunft und Lebensmöglichkeit nicht dem augenblicklichen Friedensbedürfnis, nicht der Übermacht der feindlichen Rachſucht preiszugeben. Unſere einzige Kraft iſt gegenwärtig geſchloſſene Folgerichtigkeit und Eindeutigkeit in der Linie unſerer Friedenspolitik. Wir ſehen, wie drüben beim Feind Verſtimmung und Verſöhnung, Einſicht und Maßloſigkeit, Gegenſatz und Ausgleich miteinander wechſeln — ſchwer iſt zu erkennen, wo das Spiel für die beteiligten Völker, wo der Lärm für Deutſchland, wo der Ernſt der drängenden Tatſachen beginnt und aufhört. An uns iſt es, durch dieſes Hin und Her weder unſere Geſinnung noch unſer Ziel verwirren zu laſſen. Zu einer Konjekturalpolitik mit kühnen Geſten iſt die Zeit nicht angetan. Aber da dem Pariſer Viererrat die Maſſe der ſeeliſchen, wirtſchaftlichen, finanziellen, militäriſchen Probleme ſelber über den Kopf zu wachſen droht, haben wir nur die einzige Pflicht, zu der baren deutſchen Lebensnotwendigkeit zu ſtehen und ſie zu retten, indem wir geſchloſſen und feſt bleiben.

*

Die Verhandlungen in Paris innerhalb der Entente rücken nicht vor. Im Gegenteil, es hat den Anſchein, als ob in den letzten Tagen nur Rückſchritte zu verzeichnen ſind. Einerſeits hat ſich Lloyd George auf Druck der engliſchen Deputierten, die bei ungenügender Kriegsentſchädigung für ihre Sitze fürchten, wieder Clemenceau genähert, andererſeits dürfte Monroedoktrin und die Gleichſtellung der gelben Raſſe zu ſchwerer Ballaſt für den Völkerbund ſein. Unter ſolchen Umſtänden droht Wilſon mit dem Rückzuge aus dem europäiſchen politiſchen Geſchäft, was die franzöſiſche Preſſe mit dem Vorwurf quittiert, Amerika betreibe Erpreſſerpolitik. Dabei klopft der Bolſchewismus auch in Frankreich und England bereits an die Pforten. Selbſt die „Humanité, die nicht an Wilſons Abreiſe glaubt, ſtellt feſt, daß „auch ein Friede, der auf einen Kompromiß zwiſchen den Wilſonſchen Prinzipien und dem Imperialismus aufzubauen wäre, nicht von Dauer ſein würde. Der internationale Sozialismus und die Weltdemokratie könnten hierfür keine Verantwortung übernehmen. In der Tat, wer die Augen offen hat, kann ſehen, daß die Völker nicht ſehr lange warten, um ſich einen dauernden Frieden zu ſchaffen."

*

Die bayeriſche Kriſis kam raſcher als wir dachten und ſie ſcheint ſo zu verlaufen, wie man es erwarten durfte. München iſt vom übrigen Land iſoliert und der Kampfplatz von Abenteurern, Volksbeglückern, machthungrigen Phantaſten und ganz primitiven Proleten geworden. Ein prolongierter Faſching, deſſen Aſchermittwoch bald fällig wurde. Es iſt merkwürdig, wie vollkommen abgeſtumpft die Münchener Bevölkerung iſt — ſonſt von hinlänglich derber Artung, läßt ſie es ſich heute glatt gefallen, von einigen „Nordlichteln" zum Paradies des kommuniſtiſchen Ruins geführt zu werden. Eisner hatte die Münchener Garniſonen völlig verkommen laſſen — ſo mußten ſich Zuſtände entwickeln, die er ſelber kaum mehr hätte meiſtern können, die aber jetzt den Sumpf bilden, in dem ſich allerhand ſeltſame Machthaber und plötzliche Sozialiſten bewegen. Der Zuſtand trägt ſeinen Todeskeim in ſich — aber welche Farce bietet er dem Ausland!

*

Die ſozialiſtiſche Regierung will aus dem 1. Mai einen Nationalfeſttag machen. Der erſte Mai galt dem Kampf um den Achtſtundentag und dem Bekenntnis zur Internationale. Die Internationale iſt im Auguſt 1914 zerbrochen; wie ſie wieder aufgerichtet wird, weiß man noch nicht. Der Achtſtundentag iſt Geſetz geworden oder doch Verordnung; die Sozialdemokratie hat es nicht mehr in der Hand, ob nicht ihre Maſſen nun den 1. Juni zur Demonſtration für den Sechsſtundentag fordern werden. Uns ſcheint dieſes Pathos, den 1. Mai dem deutſchen Volk als ſeinen Tag aufdrängen zu wollen, etwas aus der Perſpektive der kleinbürgerlichen Wichtigtuerei zu ſtammen, mit der die Novemberrevolutionäre malgré lui um ihre Legende beſorgt ſind.

*

Einer Reutermeldung zufolge erklärte der Staatsſekretär für auswärtige Angelegenheiten, Short, im engliſchen Unterhauſe, daß er Lloyd George die einmütige Anſicht des engliſchen Unterhauſes, daß mit den Bolſchewiſten unter Lenin, die er mit einer „Rotte blutrünſtiger Mörder" verglich, nicht verhandelt werden ſolle, übermitteln werde. Dieſe an ſich erfreuliche Mitteilung wird freilich ſtark entwertet durch die Meldung, daß bei der Debatte die Behauptung unwiderſprochen hineingeworfen wurde, Lenins vermeintlicher Vorſchlag zu Verhandlungen ſei „deutſche Mache".

Der Prozeß Deutſchlands

Von Dr. Paul Rohrbach

Wer fremde Zeitungen lieſt, namentlich engliſche, und darin auf Urteile oder Anregungen ſtößt, die irgendwie zugunſten Deutſchlands lauten, findet dabei faſt immer einen Vermerk der Art: verdient haben die Deutſchen ja nur Böſes und Strafe, im Grunde kann kein Schickſal hart genug gegen ſie ſein u. dgl. m. Mit dieſen Vorbehalten wird umkleidet, was uns etwa aus Menſchlichkeits- oder Klugheitsgründen gegönnt werden ſoll. Der Deutſche, der das lieſt, begreift meiſt nicht, worin die deutſchen Verbrechen beſtanden haben, die Haß und Abſcheu gegen uns zu natürlichen Gefühlen gemacht haben ſollen. Zwar weiß man bei uns, daß über vier Jahre Haß gegen den deutſchen Namen gepredigt worden iſt, aber man ſtellt ſich doch nicht vor, mit welch einer ausgeſuchten Methode und mit wie großem Erfolg es geſchehen iſt. Es mußte geſchehen, um den Kriegswillen der Völker alle die Jahre hindurch gegen uns feſt und wach zu halten. Kein Volk kann jahrelang den ſchwerſten Krieg führen, wenn es nicht ſtets erneute ſtarke Impulſe für den Willen zu fortgeſetzten Opfern erhält. Einer der ſtärkſten Antriebe iſt der Haß, vor allen Dingen dann, wenn der Feind, der gehaßt werden ſoll, zugleich als ein rechter Teufel abgemalt werden kann. Mehr als vier Jahre haben ſich die geſchickteſten, unbedenklichſten Politiker und Publiziſten der Entente Mühe darum gegeben, die Technik der Haßerweckung gegen Deutſchland bis zum Raffinement auszubilden. Sie brauchten das, denn der Krieg gegen Deutſchland mußte nicht nur weitergehen, ſondern es durfte nicht einmal der Gedanke aufkommen, mit einem moraliſchen Ungeheuer wie Deutſchland ſei es möglich, Frieden zu ſchließen. Wer wiſſen will, was für Mittel dazu angewendet wurden, der nehme z. B. die Sammlung von Avenarius zur Hand: „Das Bild als Verleumder". Da wird er ſehen, wie gefälſcht, gelogen, betrogen und erfunden worden iſt, um die Deutſchen ſchlecht zu machen. Natürlich haben die Feinde, ſo ſtark ſie nur konnten, auch diejenigen Anläſſe benutzt, wo gegen wirkliche deutſche Handlungen mit mehr oder weniger Recht das Urteil der Welt angerufen werden durfte. Aus dieſer irgendwie in den Tatſachen begründeten und aus der Propaganda der Entſtellungen, Verzerrungen und reinen Lügen iſt dann das haßerfüllte und auch da, wo nicht der Haß ſpricht, verdammende Urteil über Deutſchland emporgewachſen, das faſt die ganze Welt jetzt fällt. Ich will den Leſern der „Deutſchen Politik" an einem Briefe aus Holland von einem Manne mit viel Weltbildung, der urſprünglich alles Gute von Deutſchland hielt, zu zeigen verſuchen, wie die Haßpropaganda der Entente gewirkt hat. Er lautet:

Lieber Herr Rohrbach,

Sie nennen die Handlungsweiſe der Entente „ſataniſch". Aber die Belgier und Franzoſen werden Sie fragen: Was habt ihr Deutſchen geſagt, als unſere Mädchen und Knaben wie Sklaven entführt und mit Huren und Miſſetätern zuſammen in Waggons verladen wurden? Was habt ihr geſagt, als unſere Kinder und Frauen vor Hunger und Elend ſtarben, oder vor unſeren Augen ermordet wurden? Was habt ihr geſagt, als unſere Kirchen entheiligt, unſere Monumente, unſere Univerſitäten zerſtört wurden? Was habt ihr geſagt, als 5000 belgiſche Bürger von euren Truppen ermordet wurden? Und das waren Bürger eines Landes, deſſen Sicherheit Germania verbürgt hatte. So ſprechen jetzt diejenigen, die von Deutſchland zur Verzweiflung gebracht worden ſind, deren Frauen und Kinder, Söhne, Brüder und Väter von den Germanen getötet wurden, deren Fabriken und Häuſer und Gärten und Wälder zerſtört ſind, die die Gräber ihrer Eltern nicht mehr wiederfinden in der Wüſte, in die Germania Frankreichs ſchönſte Provinzen verwandelt hat. Es werden die Jahrtauſende noch reden von allen Schrecklichkeiten des „Furor Germanicus" in den Jahren 1914—1918, und es wird den Germanen geſagt werden, wie die Perſer von den Mongolen ſagten: Amadand, o suchtand, o kandand, o kuschtand, o räftand. (Sie kamen und brannten und zerſtörten und ermordeten und gingen fort.) Und ich rede noch nicht einmal von allem, was die deutſche Marine zur See für Miſſetaten verübt hat, worüber die ganze große Welt empört iſt. Es iſt nicht umſonſt, daß Deutſchland gegen „eine Welt von Feinden" zu ſtreiten hatte. Woher denn alle dieſe Feinde?

Ich ſchreibe Ihnen mit Abſicht in dieſer derben Weiſe, nicht etwa um Ihnen unangenehm zu ſein, aber um Ihnen zu zeigen, daß es Ihrem Lande nichts und abermals nichts hilft, wenn Sie ſich auf das beziehen, was andere Länder in der Vergangenheit getan haben. Es ſind keine analogen Fälle, die Sie erwähnen. Es iſt niemals in der bekannten Weltgeſchichte geſchehen, daß ein Staat die Sicherheit eines andern, viel kleinern Staates verbürgt hatte und dennoch dieſen überfiel und ausraubte, mit der Abſicht, dieſen Staat zu erobern, und zugleich, obſchon er das Gegenteil feierlich verſprochen hatte, die Bürger in der furchtbarſten und ſchändlichſten Weiſe mißhandelte. Weder der Fall England-Dänemark nach der Burenkrieg ſind mit dem Überfall auf Belgien zu vergleichen, nicht in den Einzelheiten, nicht in den Begleitumſtänden. Es war in 1914 tiefer Friede in Europa, die Diplomaten waren ins Bad gereiſt, plötzlich läßt Deutſchland den Krieg hervorbrechen. In 1807 aber hatte England einen Kampf auf Tod und Leben gegen Napoleon zu führen. Auch mit den Buren und den Engländern war es anders; dieſe zwei waren ſchon ſeit 80 Jahren erbitterte Feinde, die Sicherheit der Buren war nicht von England verbürgt, die Buren haben ſelbſt den Krieg erklärt (nachdem ſie vom Kaiſer ermutigt worden waren; derſelbe hat aber Krüger in Köln die Tür gewieſen, als es darauf ankam, und den Engländern einen Feldzugsplan gegen ſeinen früheren Protégés geſandt). Und jetzt fechten dieſe ſelben Buren für England.

Das einzige, was Deutſchland auf die Dauer helfen kann, iſt „peccavi" zu ſagen, nicht mit dem Munde allein, ſondern auch mit dem Herzen, und an die ſchließliche Güte der menſchlichen Natur zu glauben. Was Ihnen fehlt, das iſt der Glaube an die Menſchheit; Sie denken: alle Menſchen ſind ja Hallunken, wir Deutſche auch, alſo wir ſind nicht ſchlimmer als die andern; was unterſtehen ſich dann dieſe Leute, dieſe Phariſäer, über uns zu richten! Dieſe Leute aber haben es ſich unterſtanden, und ſie werden damit weitergehen, bis Deutſchland klug geworden iſt. Es iſt die Antitheſe zwiſchen Schopenhauer und Emerſon, zwiſchen Optimismus und Peſſimismus. Ihr werdet Optimiſten werden müſſen und Euch mit der Welt abzufinden haben. Die Welt wird einige

> Jahrhunderte unter angelſächſiſcher Herrſchaft ſtehen und wird das verſchmerzen müſſen. Die Angelſachſen ſind ja die Klügſten, ihr Geiſt hat ein ſchönes Gleichgewicht, ſie erfinden keine törichten Marxiſtiſchen Theorien, behaupten nicht, daß Maſſenmord (Krieg) etwas Schönes iſt (ſo wie Ihre Philoſophen); ſie haben den freien Handel gefördert, ſie haben in der Politik eine Elaſtizität wie kein anderes Volk, ſie binden die von ihnen eroberten Völker an ſich mit Fäden, die tauſendmal ſtärker ſind als Stahl, weil unſichtbar, weil moraliſch, und wenn ſie hundert Fehler haben, ſo ſtellen ſie zweihundert Tugenden demgegenüber. Vorläufig ſind ſie und die Lateiner die Völker der Zukunft.
>
> Iſt es aber nun etwa um das Deutſchtum geſchehen? Beileibe nicht; es hat eine große Rolle zu ſpielen, aber erſt muß es zur Beichte gehen und die Meſſe hören und ſeine Seele einer Purifikation unterwerfen. Dieſe Seele iſt gar nicht klein, ſie iſt groß, und fähig, ſich zu mühen; ſie kann weltweite Gedanken faſſen und verſtehen, aber ſie hat nicht gewußt, wie ſie zu verwirklichen ſind. Sie muß das noch lernen und wird es lernen . . . .

Gleichzeitig mit dieſem Brief erhielt ich die Nummer einer holländiſchen Zeitſchrift, in der meine vor kurzem erſchienene Schrift „Woher es kam", Stuttgart, Engelhorns Nachfolger, ablehnend beſprochen wurde. Der Verfaſſer der Rezenſion ſagte, er wiſſe wohl, daß ich nicht zu den Alldeutſchen gehöre, aber wenn ich zu der Verletzung der Neutralität Belgiens durch Deutſchland nichts weiter zu ſagen hätte, als daß die deutſche Regierung ſich dafür auf den Vorgang und die Begründung der Engländer gegenüber Kopenhagen hätte berufen können, ſo ſei es ein Beweis dafür, daß die Deutſchen ſich noch nicht gebeſſert hätten und auch weiterhin von der Entente nicht ſcharf genug behandelt werden könnten! Ich möchte dagegen anführen, wie engliſche Politiker in Wahrheit über Verträge denken. Wir leſen ein Beiſpiel dafür bei Norman Angell (The Great Illusion, S. 31), der aus dem Buche des Majors Murray, Future peace of the Anglo-Saxons, folgende Stelle anführt:

> Der europäiſche Papierkorb iſt der Platz, zu welchem alle Verträge ſchließlich ihren Weg finden, und ein Vertrag, der täglich zur Makulatur werden kann, iſt wohl ungeeignet, die nationale Sicherheit zu begründen. Aber es gibt dennoch viele Leute in dieſem Lande, welche Verträge ſo anſehen, als wenn ſie nie gebrochen werden könnten. Das ſind ſehr gutgläubige, aber auch ſehr gefährliche Leute — Idealiſten, zu gut und arglos für dieſe harte und grauſame Welt, deren Hauptgeſetz die Gewalt iſt. *Auch im Parlament gibt es augenblicklich ſolche argloſen Leute, doch ſteht zu hoffen, daß wir ſie in Zukunft nicht mehr ſehen werden.*

Dazu ſtimmt es, wenn bei der Parlamentsverhandlung über Kopenhagen am 3. Februar 1808 Lord Palmerſton ſagte, er ſei bereit, dem Völkerrecht den Tribut ſeiner Achtung zu zollen und ſeine Anmeldung zu empfehlen, *ſo oft es die Umſtände erlaubten*; im Kopenhagener Falle aber freue er ſich, bemerken zu können, „daß wir ſie (die Geſetze des Völkerrechts) *nicht ohne Not außer Kraft geſetzt haben*, oder mit anderen Worten, daß wir ſie angewandt (!) haben in Gemäßheit des Naturrechts, welches Selbſterhaltung befiehlt und gebietet.“ Mein holländiſcher Freund ſagt, Kopenhagen ſei etwas ganz anderes geweſen als Belgien: England habe mit Napoleon im Kampf auf Tod und Leben geſtanden, Deutſchland aber habe „plötzlich den Krieg hervorbrechen laſſen“. Hier ſieht man, wie ſuggeſtiv die feindliche Propaganda durch die unausgeſetzte Wiederholung desſelben Motivs gewirkt hat. Das England 1807 in einer Notlage war, daß aber Deutſchland 1914 ohne das Bewußtſein einer ſolchen ſchlechthin frivol gewandelt hat, iſt dem Briefſchreiber eine ausgemachte Sache. Das Umgekehrte iſt richtig. Ich laſſe jetzt gerade eine Schrift drucken, die an der Hand der Akten und vieler Zeugniſſe von neutraler und feindlicher Seite den Beweis führt, daß Deutſchland den Krieg nicht gewollt hat, daß die deutſche und die engliſche Regierung ſich bereits auf eine Formel geeinigt hatten, durch die der Friede erhalten worden wäre, wenn England ebenſo ſtark auf Rußland gedrückt hätte, wie Deutſchland auf Öſterreich-Ungarn; daß aber Rußland den Krieg herbeizwang. In der Hauptſache hat das ſchon der Engländer Morel in ſeiner Schrift, Die Schuld des Zarismus am Kriege, richtig dargelegt. Allerdings hat die engliſche Regierung Morel ins Gefängnis geſteckt, um ihn zu hindern, ſeine Schrift zu verbreiten. Der Briefſchreiber in Holland wird ſie alſo ſchwerlich kennen. Was er kennt, iſt nur die offizielle Legende der alliierten und aſſoziierten Preſſe. In der ſteht natürlich nichts davon zu leſen, daß die Männer, die in Deutſchland für die Verletzung der belgiſchen Neutralität verantwortlich waren, bei ihrem Entſchluß mit derſelben ſubjektiven Ehrlichkeit in einer Zwangslage zu ſein glaubten, wie England 1807. Daß England und Frankreich die belgiſche Neutralität achten würden, ſtand 1914 ebenſowenig feſt, wie es 1807 feſtſtand, daß Napoleon auf die Benutzung der däniſchen Flotte gegen England verzichten würde. Drang aber die Entente durch Belgien vor, ſo geriet Deutſchland in die größte Gefahr. Sollte ſich dann der deutſche Generalſtab, um mit dem engliſchen Premierminiſter George Canning in jener Parlamentsverhandlung zu reden, damit tröſten, daß Deutſchland zwar unter dem Andrang der Feinde geſunken ſei, aber das Völkerrecht auf ſeiner Seite behalten habe? Die innere Begründung für das Vorgehen gegen Belgien, das ſicher ein Völkerrechtsbruch war, hat in Deutſchland genau ſo gelautet, wie die engliſche gegen Dänemark. Der deutſche Reichskanzler hat ſich aber nicht ſo frivol ausgedrückt, wie Lord Palmerſton, der die Befolgung oder Nichtbefolgung des Völkerrechts einfach davon abhängig machte, ob „die Umſtände“ es erlaubten. Auch kann ich mich nicht entſinnen, ſelbſt von einem Alldeutſchen gehört zu haben, europäiſche Verträge ſeien ohne weiteres für den europäiſchen Papierkorb da. Der Verfaſſer des Briefes aus Holland iſt alſo ein Beiſpiel dafür, wie vollkommen ausgeſchaltet bei der großen Mehrzahl auch der Neutralen infolge der reſtloſen Wirkung der feindlichen Propaganda das Gefühl der Billigkeit gegenüber Deutſchland iſt. Von vornherein ſteht feſt: Deutſchland hat abſolut ſchlecht gehandelt; England wäre nie zu einer ſolchen Handlung fähig geweſen.

Ich beabſichtige nicht, die Verletzung der belgiſchen Neutralität zu verteidigen, ſondern ſtehe in dieſer Frage auf dem Standpunkt, daß trotz Canning, Palmerſton und Major Murray, und trotz unſerer Alldeutſchen, die höchſte Sittlichkeit in der Politik auch zugleich die höchſte Klugheit iſt. S. Mette hat in einer Beſprechung des eben erſchienenen Buches von Prof. Foerſter über Weltpolitik und Weltgewiſſen aus dieſem einen Artikel zitiert, den Bismarck 1887, als der Konflikt mit Frankreich drohte, in dem damaligen Regierungs-Blatt, der „Poſt", ſchreiben ließ. Die Sätze atmen ganz den Geiſt und den Stil Bismarcks. Sie lauten (Preußiſche Jahrbücher vom April 1919, S. 126 f.):

> ... Wir legen ... Gewicht auf eine Verwahrung unſeren engliſchen Freunden gegenüber. Dieſe ſcheinen ſo überzeugt zu ſein, daß Deutſchland entſchloſſen ſei, einer für unabwendbar gehaltenen Gefahr demnächſt zuvorzukommen, daß ſie ſeit einigen Wochen mit Eifer die Frage des Schutzes der belgiſchen Neutralität erörtern, welcher England in Gemeinſchaft mit anderen Großmächten obliegt. Man kommt zu dem Reſultat, daß die Verletzung der Neutralität zu geſtatten ſei, wenn der Sieger ſich verpflichte, beim Frieden die Unabhängigkeit Belgiens nicht anzutaſten. Das ſind ſehr verfrühte, und nicht bloß verfrühte, ſondern ſelbſt grundloſe Sorgen und Pläne. Daß die deutſche Politik entſchloſſen iſt, nicht darum einen Krieg zu beginnen, weil ſie glaubt, daß er ihr aufgedrungen wird, hat Fürſt Bismarck am 11. Januar mit allem Nachdruck erklärt. Außerdem aber würde Deutſchland nie einen Krieg mit der Verletzung eines europäiſchen Vertrages beginnen. Man nimmt in England an, daß die deutſch-franzöſiſche Grenze durch Frankreichs Verteidigungsanſtalten für jede Offenſive unzugänglich geworden ſei und daß folglich der deutſche Generalſtab den Durchbruch durch Belgien ins Auge faſſen müſſe. Wir glauben nun nicht, daß engliſche Tagesſchriftſteller, ſo einſichtig ſie ſein mögen, ſo leicht imſtande ſind, die Kombinationen des deutſchen Generalſtabes zu erſchöpfen. Jedenfalls befinden ſie ſich im Irrtum, wenn ſie meinen, die Leitung der Politik ſei bei uns den Geſichtspunkten des Generalſtabes unterworfen und nicht umgekehrt ...

Darin, daß dieſe letzten Bismarckſchen Worte für unſere eigentliche „militäriſche" Periode unter Wilhelm II. nicht mehr zutrafen, lag das Unheil. Bismarck hätte den Clauſewitzſchen Satz, der Krieg ſei nur Fortführung der Politik mit veränderten Mitteln, nie anders verſtanden, als daß es keine Kriegspläne des Generalſtabs geben dürfe, die uns durch Vernachläſſigung der Imponderabilien, d. h. des Moraliſchen in der Politik, kriegspolitiſch in entſcheidenden Nachteil verſetzten. Er hätte aber auch dafür zu ſorgen verſtanden, daß im Falle eines Krieges die feindliche Propaganda nicht hemmungslos das Feld gegenüber der deutſchen Verteidigung behauptete.

Der Briefſchreiber aus Holland entwirft eine Schilderung von dem deutſchen Verfahren gegen die belgiſche und franzöſiſche Zivilbevölkerung, die erſtens die Übertreibungen der feindlichen Propagandapreſſe getreulich wiedergibt und zweitens ſich ſtillſchweigend das Argument der Haßpropaganda auf der Gegenſeite anzueignen ſcheint; was in Frankreich und Belgien geſchehen ſei, habe nicht das deutſche Heer, ſondern das deutſche Volk getan. Demgegenüber möchte ich auf einen Artikel in der „Nation" vom 8. März 1919 verweiſen, der überſchrieben iſt: *Die Infamie der Blockade.* Darin heißt es:

> *Wie oft iſt es nicht von ſeiten der weſtlichen Nationen ausgeſprochen worden, daß ſie keinen Krieg gegen das deutſche Volk führten?* Aber jetzt ſind die Alliierten dabei, ihm unerhörte Grauſamkeit aufzuerlegen. Die Blockade hätte an dem Tage aufgehoben werden ſollen, an dem die alliierten Truppen den Rhein erreichten. Es war möglich, und gemeinſame Menſchlichkeit ſprach mit derſelben Stimme. Das Verſäumnis, die Blockade aufzuheben, war ein politiſcher Fehler und eine moraliſche Schande. Vor einigen Monaten hätte man ſagen können, daß wir uns vor falſchen deutſchen Erklärungen und Propaganda hüten müßten; aber jetzt ſind die Tatſachen bekannt. Sie ſind durch eine Kommiſſion von 14 engliſchen Offizieren feſtgeſtellt worden, die ſelbſt Bottomley nicht prodeutſcher Neigungen bezichtigen kann. Dieſe 14 Offiziere ſtimmen in ihrer Anſicht überein, daß die unteren und kleinen Mittelklaſſen Deutſchlands verhungern. *Warum wird der Bericht nicht weithin in der Preſſe veröffentlicht? Iſt es nur, weil niemand dem Appell eines ſo tief beunruhigenden Dokuments widerſtehen könnte?* Iſt es, weil die Regierung ſich vor Komplikationen mit der franzöſiſchen Regierung fürchtet? Soll das britiſche Volk gezwungen werden, weiterhin im geheiligten Namen einer Allianz Böſes zu tun? Hat man in der Tat vergeſſen, daß wir die Deutſchen als Frauen- und Kinderſchlächter der Verurteilung des Univerſums auslieferten? Iſt es eine geeignete Strafe, daß wir ihre Frauen und Kinder umbringen ſollten?
>
> Und dieſe kräftige Sprache iſt nicht zu kräftig. *Wenn das britiſche Volk in Unkenntnis deſſen iſt, was in ſeinem Namen getan wird, ſo war das deutſche Volk in Unkenntnis deſſen, was in ſeinem Namen getan wurde. Wenn der einfache Deutſche ſchuldig war, ſo iſt es der einfache Engländer, und die Schuld des Engländers wird größer ſein, weil für alle, abgeſehen von einer Handvoll Fanatiker des Kontinents, der Krieg vor Monaten vorüber war.*

Was die Zerſtörungen in Nordfrankreich betrifft, ſo muß man ſich daran erinnern, daß die Deutſche Oberſte Heeresleitung damals, als die Verteidigung gegen die Angriffe im Weſten auf die ſogenannte Siegfriedſtellung zurückverlegt wurde, offen erklärt hat, um das Nachrücken des Gegners zu erſchweren, alſo aus einem rein militäriſchen Grunde, müßten Wohnungen, Unterkünfte, Wälder, Pflanzungen, Brücken uſw. radikal zerſtört werden. Der Entſchluß dazu iſt dem Feldmarſchall Hindenburg ſicher nicht leicht geworden; er hat ſein Bedauern auch ausdrücklich ausgeſprochen. Der Beweis dafür, daß, wie die Ententepropaganda behauptet, von deutſcher Seite dabei mutwillig, frivol und grauſam vorgegangen wurde, iſt bis auf weiteres nicht erbracht. Wieviel auf die Zerſtörung in den Städten und Dörfern nicht auf deutſche, ſondern auf franzöſiſche und engliſche

Geſchütze entfällt, wiſſen Unterrichte ſehr wohl. Die engliſche Propaganda weiß es natürlich nicht; daher ſcheint es der Briefſchreiber auch nicht zu wiſſen. Daß gegen die feindliche Zivilbevölkerung z. B. in Lille und anderswo, zeitweilig hart verfahren worden iſt und das ſehr bedauerliche Dinge vorgekommen ſind, weiß man auch in Deutſchland. Alle menſchlich und verſtändig empfindenden Leute haben es ſcharf getadelt. Von 5000 „ermordeten" Belgiern iſt hier niemandem etwas bekannt. Bekannt iſt, daß nach deutſchem Kriegsrecht Ziviliſten, die ohne militäriſche Abzeichen und ohne militäriſche Organiſation am Kampfe teilnehmen, erſchoſſen werden. Die franzöſiſchen Proklamationen für entſprechende Fälle ſind aber noch ſchärfer geweſen, als die deutſchen. Nirgends hat die deutſche Heeresleitung auch nur entfernt etwas ähnliches ſich zuſchulden kommen laſſen, wie die Konzentrationslager der Engländer im Burenkriege. Vielleicht erinnert ſich der Briefſchreiber bei dieſer Gelegenheit auch gleich an die Antwort des Gouverneurs Sir Bartle Frère, die dieſer im Jahre 1879 auf den Proteſt der Buren gegen die Annexion Transvaals gab. Die Buren beriefen ſich auf den 1852, alſo noch nicht ein Menſchenalter vorher, geſchloſſenen Sandriviervertrag, wonach Transvaal unabhängig ſein ſollte. Darauf ſagte Sir Bartle Frère: Wenn man auf den Sandriviervertrag zurückgehen will, ſo kann man ebenſo gut auf die Schöpfung zurückgehen! Das iſt auch ein Dokument dafür, was England über Verträge denkt, wenn Sie ihm unbequem ſind. Als dann der Krieg zwiſchen den Buren und Engländern ausgebrochen war, wurde das Burengebiet von einem Ende bis zum andern ſyſtematiſch verwüſtet. Der Berichterſtatter des „Morning Leader" ſchrieb darüber am 29. 4. 1900 an ſein Blatt: alles würde niedergebrannt, und am 28. Mai desſelben Jahres hieß es im „Daily Chronicle": „Von einem Ende zum andern liegt die Oranjefluß-Kolonie jetzt in Ruinen und Hunger". In dem bekannten Buch der Miß Hobhouſe über die Konzentrationslager beſchreibt der engliſche Leutnant Morriſon ſeine Arbeit mit den Worten:

> „Wir zogen von Tal zu Tal, nahmen Vieh und Schafe weg, brannten und plünderten und jagten die Frauen und Kinder aus ihren Häuſern und ließen ſie wimmernd neben den Ruinen ihrer einſt ſchönen Farmen ſitzen. Es war ſchrecklich, mit anzuſehen . . ."

Über 26000 Frauen und Kinder ſind vor Hunger und Elend in den Konzentrationslagern umgekommen. Die Engländer ließen ſie zugrunde gehen, weil man auf dieſe „moraliſche" Weiſe die Kämpfer im Felde mürbe zu machen hoffte — was ja auch ſchließlich gelang. Der Präſident des Oranjefreiſtaats, M. T. Steijn, ſchrieb am 15. Auguſt 1901 an Lord Kitchener:

> . . . . Was die 74000 Frauen und Kinder anlangt, die Euere Exzellenz in Ihren Lagern zu unterhalten behaupten, ſo ſcheint mir, daß Euere Exzellenz nicht wiſſen, auf wie barbariſche Weiſe dieſe armen wehrloſen Weſen von den engliſchen Truppen ihren Heimſtätten entriſſen wurden, während all ihr Hab und Gut vernichtet ward. Wie viele

> dieſer armen unſchuldigen Opfer des Krieges ſind beim Herannahen eines feindlichen Truppenkörpers in Wind und Wetter, bei Tag und Nacht geflüchtet, ſo weit ſie konnten, um ja nicht in die Hände der Soldaten zu fallen, und Euer Exzellenz Truppen haben ſich nicht entblödet, auf die Hilfloſen Geſchütz- und Gewehrfeuer zu richten, um ſie in die Hände zu bekommen, obwohl Euer Exzellenz Truppen genau wußten, daß es nur Frauen und Kinder waren.

Von dieſen Dingen war vor noch nicht 20 Jahren die ganze europäiſche Preſſe einſchließlich der ſogenanten proburiſchen Zeitungen in England ſo voll, wie heute von den „deutſchen Greueln". Welch ein Beweis für die Energie, für den Erfolg und für die Gewiſſenloſigkeit der Ententepropaganda auf der einen, für die Unfähigkeit der entſprechenden deutſchen Stellen auf der andern Seite, wenn es der Entente gelungen iſt, faſt über die ganze Welt diejenige Atmoſphäre beſinnungsloſer Parteilichkeit in dem „moraliſchen" Urteil über Deutſchland zu ſchaffen, die durch den holländiſchen Brief bezeugt wird, und in der zu atmen vielen gebildeten Perſonen auf der Gegenſeite und unter den Neutralen ganz natürlich geworden iſt! Es iſt nur zu nötig, daß wir uns ein klares Bild von der Ausdehnung, von der Gewalt und von der vorausſichtlichen Dauer dieſer Stimmung machen, denn nicht viele Leute drüben haben ein ſo unbeirrbares politiſch-moraliſches Empfinden wie der amerikaniſche Oberſtleutnant Whittleſey, einer der tapferſten Offiziere in der Armee der Vereinigten Staaten, der (nach dem Bericht der „New York Times") bei einer Friedensfeier in öffentlicher Rede ſagte:

> Unſere Leute werden nicht zurückkommen voll Haß gegen die Deutſchen; kein Mann, der an der Front geweſen iſt und da den Deutſchen gegenüber geſtanden hat, wird irgend einen Groll gegen ſie hegen. Ich weiß, daß wenn irgend ein amerikaniſcher Infanteriſt dem Kaiſer auf der Straße begegnen würde, er gern ſeine eiſerne Ration mit ihm teilen würde. Das iſt kein falſches Gefühl!

Die heilige Allianz

Von Georg Brandes (Kopenhagen)

Autoriſierte Überſetzung von Erich Holm

XI.

(Schluß)

Die Fanfaren der Menſchenliebe ſchallen uns in die Ohren. Der Völkerbund ſoll, wie es von den Lippen aller Politiker klingt, und die ſeelenvollen Männer, die Zeitungen ſchreiben, es immer wieder verkünden, die verſöhnten Völkerſchaften unter ſeine Fittiche ſcharen.

Vorher aber wollen ſie, die den Bund ins Leben rufen, natürlich alle Verhältniſſe zu ihrem alleinigen Vorteil ordnen.

Wie die Geſchichte es hundertfach zeigt; wie es vor einem Jahrhundert die Gründung der heiligen Allianz bewies: ſobald ſiegreiche Mächte das, was ſie anſtreben, erreicht haben, errichten ſie eine geweihte und unauflösliche Bruderſchaft, um ſich den ungeſtörten Beſitz des Gewonnenen zu ſichern.

Es wird vielleicht manchen Leſer wundernehmen, daß hier nicht mit wärmerer Begeiſterung von der Ausſicht auf etwas Verheißungsvolles wie einem Völkerbund geſprochen wird. Das kommt daher, daß das Publikum von ſeiner Preſſe verwöhnt iſt.

Dieſe Preſſe iſt reicher an Begeiſterung als an Gedanken. Zu ihren vielen vortrefflichen Eigenſchaften gehört nicht die, ihre Leſer ans Denken zu gewöhnen. Sie iſt ſo übervoll von offiziellen und zuverſichtlichen Telegrammen, Referaten und Interviews, daß ihr nie viel Raum für einen Gedanken oder freimütigen Zweifel bleibt.

Telegramme ſind indes nicht immer gerade Wahrheitsquellen, und Interviews und Referate ſind, wie es ein unbeachtet gebliebenes Buch über Armand Carrel des näheren ausführte, Darſtellungen, in denen es gelingt, den veralteten ſcharfen Unterſchied zwiſchen Wahrheit und Lüge in Wegfall zu bringen und in den Begriff des Beiläufigen aufgehen zu laſſen, den man mit Recht ein ſüßes Gift für Geſchmack und Wahrheitsliebe nennen kann.

Unſere Zeitungen verhalten ſich denn auch den Tatſachen gegenüber ſelten anders, als ſie dieſe in anderen Zeitungen geſchildert finden. Es ſind das Zeitungskinder, Enkelkinder von Zeitungsſchreibern, Urenkel von Zeitungsleſern.

XII.

Es läßt ſich nicht leugnen, daß die Sorge um einen dauernden Frieden, der die Wiederholung eines ſolchen Krieges, wie ihn die Menſchheit jetzt erlebt hat, verhindert, die Federn in eifrige Bewegung ſetzt. Man ſchreibt über Recht und Freiheit der Völker, erklärt, ein Volk ſei keine Marktware, die dem gehört, der ſtark genug iſt, ſich ihrer zu bemächtigen, ſondern eine moraliſche Perſon.

Wilſon ſagte in ſeiner Kundgebung vom Januar 1917: „Es gibt keinen Beſtand und keine Sicherheit für den Menſchengeiſt, wenn nicht eine Atmoſphäre von Gerechtigkeit, Freiheit und Recht herrſcht.“

Die franzöſiſche Kammer nahm am 5. Juni 1917 eine Tagesordnung an, in der ſie ſich „frei von jedem Gedanken an Eroberung oder Unterdrückung fremder Völker“ erklärte.

Am 2. Januar 1919 ſandte der Landesausſchuß von Algier und Tunis an den Präſidenten Wilſon ins Quirinal nach Rom ein Telegramm, in dem nach den einleitenden Höflichkeiten der nachſtehende Bericht folgt, den niemand, der die Verhältniſſe kennt, übertrieben oder überſpannt nennen kann: „Sie, Herr Präſident, haben erklärt, daß das amerikaniſche Volk mit jedem ſolidariſch fühle, der ſein Recht zurückfordere. Das algieriſch-tuneſiſche Volk verlangt nur Achtung für ſein gekränktes Recht; denn ſeine Lage unter der franzöſiſchen Herrſchaft iſt dieſe:

Es iſt jeder Pflicht unterworfen, auch der, ſein Blut und Leben zu opfern. Dagegen iſt es aller Rechte beraubt und einer Herrſchaft reiner Willkür, der Ungerechtigkeit und des Schreckens unterworfen.

Dies iſt genau der Ausdruck, den der „Temps" und viele franzöſiſche Staatsmänner und Parlamentarier gebrauchten, um jene Herrſchaft zu brandmarken, die einem überwundenen und wehrloſen Volk von Bürokraten und Koloniſten aufgezwungen wird, die allein bürgerliche und politiſche Rechte genießen und allein in der franzöſiſchen Kammer vertreten ſind. Die große Mehrzahl des franzöſiſchen Volkes iſt in Unkenntnis dieſer Verhältniſſe und wäre aufgebracht und empört, wenn es eine klare Vorſtellung davon hätte.

Vor einem Jahr veröffentlichte man gewiſſe Pläne und Reformen, die in Algier durchgeführt werden ſollten. Die franzöſiſche Regierung wird nicht verfehlen, das auf dem Friedenskongreß geltend zu machen. Doch dieſe Scheinreformen entſprechen keineswegs den Wünſchen des Volkes und würden die ganze Gewaltherrſchaft, unter der es ſeufzt, unberührt laſſen.

Was Tunis anlangt, wird eine Anderung ſeines Geſchickes nicht einmal angedeutet. Die Tuneſen ſind noch immer geknebelt und der abſoluten Macht einiger Beamten unterworfen. Und gleichwohl hat dieſes kleine Volk es ſtets verſtanden, die Angelegenheiten ſeines Landes zu führen. Es konnte ſich ſtets der vollſtändigſten Autonomie erfreuen, bis zu dem Tage, da das durch einen Gewaltakt aufgerichtete Protektorat ſie zur Ohnmacht verurteilte.

Iſt dieſer Zuſtand der Dinge geeignet, die Herrſchaft eines endgültigen Friedens herbeizuführen? Wie ſie ſelbſt erklärten, iſt ein dauernder Friede unmöglich, wo ſich nicht eine Atmoſphäre der Gerechtigkeit und Freiheit findet. Dieſe Atmoſphäre gibt es bei uns nicht. Ein Friede, der dem Unrecht kein Ende macht, würde weder gerecht noch dauernd ſein.

Das algeriſch-tuneſiſche Volk hat Ströme von Blut für Frankreich vergoſſen. Trotzdem bleibt es nach wie vor der einfachſten Bürgerrechte beraubt und muß einer kleinen Minderheit von Koloniſten frohnen. Darum fordern unſere Landsleute das Recht, gewählte Vertrauensmänner zum Friedenskongreß zu entſenden, um ihre Sache zu verfechten und eine neue Verfaſſung zu erlangen, die ihnen die vorenthaltenen Rechte gewährt. Es wäre ein Paradoxon, wenn Völker, die am Kriege nicht aktiv teilnahmen, am Friedenskongreß vertreten wären, während das algeriſch-tuneſiſche Volk, deſſen Söhne von Kriegsbeginn an auf dem franzöſiſchen Kriegsſchauplatz fochten, wo ſie dahingemäht wurden, nicht vertreten ſein würde."

Von den 100 000 Soldaten, die das kleine Tunis ſchickte, ſind 30 000 gefallen. Wieviele von den 300 000 Soldaten Algiers fielen, iſt nicht feſtgeſtellt. Aber man weiß in Algier und Tunis ſehr wohl, daß die nichtfranzöſiſchen Soldaten es waren, die immer den erſten feindlichen Stoß, ſowohl in der Offenſive als in der Defenſive auffangen mußten. Schwer kann man ihnen daher eine Unabhängigkeit verſagen, die der Kongreß andern früher abhängigen Völkern, wie Polen und Südſlawen, zugeſtehen will.

Aber wird der Sieger dieſe Schwierigkeit nicht überwinden? Das iſt kaum zweifelhaft. Rien ne réussit comme le succés. Und wer in E. D. Morels „Ten years of secret diplomacy“ die in allen ihren Einzelheiten ausgeführte Schilderung der in dieſem 20. Jahrhundert ſtattgefundenen Überliſtung und Eroberung Marokkos geleſen hat, der wird um nichts mehr geneigt ſein an die Wiedergewinnung der Autonomie Algiers und Tunis zu glauben als an die Wiederherſtellung der Unabhängigkeit des marokkaniſchen Sultans.

XIII.

Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges und während ſeines Wütens gab es einige wenige Männer von hervorragender Begabung, in deren Hände die Macht hätte liegen ſollen. In erſter Linie muß hier der Amerikaner Morgan Shuſter genannt werden, der, obwohl er ſich vorher nur als Privatmann betätigt hatte, in ſeiner Verwaltung Perſiens den feſteſten Charakter und die ſeltenſten Eigenſchaften an den Tag legte, und gerade deshalb in ſchmählicher Weiſe aus ſeiner Stellung vertrieben wurde.

Sodann wäre ein Mann wie E. D. Morel zu nennen, den man es mit Kerkerſtrafe büßen ließ, daß er mehr Rechtsgefühl und höhere Begabung beſaß, als alle übrigen engliſchen Politiker mitſammen.

Nicht übergehen darf man den unvergeßlichen Franzoſen Jean Jaurès, den unerſchrockenen Vorkämpfer der Völkerverſöhnung, deſſen ſchändliche Ermordung gleichſam das Signal für den Ausbruch des Weltkrieges war, und deſſen Mörder bezeichnender Weiſe durch all die Jahre hindurch vom Gerichtsverfahren verſchont geblieben war.

Nur recht und billig wäre es ferner, einen noch faſt Unbekannten, den Deutſchen Graf Brockdorff-Rantzau hervorzuheben, vielleicht der ſcharfſinnigſte, hellſte politiſche Kopf des Deutſchen Reichs, den die Männer der Revolution, einmal von richtigem Inſtinkt geleitet, auf den gefährlichen und ausgeſetzten Poſten eines Miniſters des Äußern geſtellt haben.

Endlich iſt da noch jener Mann, auf den ich ſchon früher als den verſtändigſten aller Politiker hingewieſen habe, der Belgier Henri Lambert, Fabrikant in Charleroi, deſſen Pax economica zu den richtigſten und tiefſinnigſten Schriften gehört, die der Krieg hervorgebracht hat.

Er macht darauf aufmerkſam, wie wahnwitzig es iſt, daß noch kein Staatsmann der „alliierten Demokratien“ Europas ſich zu der Einſicht aufgeſchwungen zu haben ſcheint, wie viel weniger wichtig es für die Zukunft iſt, den Feind ſeiner militäriſchen Machtmittel zu berauben, als die Beweggründe zu beſeitigen, derartige militäriſche Machtmittel anzuſtreben. Keiner dieſer Staatsmänner begreift augenſcheinlich, daß den Feind ſeiner Kanonen und Schiffe zu berauben, ſich ſeine Kolonien und Provinzen anzueignen, keine Gewähr für ſeine künftige und dauernde Gutheißung des Geſchehenen bietet, unparteiiſche Gerechtigkeit zwiſchen den Nationen hingegen die einzige ſichere ſtrategiſche und politiſche Verteidigungsmaßnahme iſt.

Henri Lambert hat immer wieder mit den unwiderleglichſten Argumenten nachgewieſen, daß voller Freihandel das einzige Heilmittel für die Krankheit unſerer Zeit iſt.

Da der Handelswettſtreit zwiſchen den Völkern die Haupturſache des Krieges, der die Welt erſchütterte, war, ſo gilt es, die Wege zu bahnen und zu ebnen für den uneingeſchränkten Handel für alle und jeden ohne Anſehen der nationalen Grenzſcheiden. Die Aufgabe iſt, die Zollmauern niederzureißen und die Aufführung neuer zu verhindern, beſonders ſich nun, nachdem der Krieg mit Pulver und Blei vorüber iſt, auch jedem Wirtſchaftskrieg zu widerſetzen.

XIV.

Wie an ſo manchen andern Hauptpunkten ſteht auch hier Zeichen gegen Zeichen.

Am 28. April 1917 ſchrieb Präſident Wilſon an den Papſt: „Verantwortliche Staatsmänner müſſen, wenn ſie es nie früher eingeſehen haben, nun zu der Erkenntnis gelangen, daß ſich kein Friede mit irgendwelcher Sicherheit aufbauen läßt auf politiſche oder wirtſchaftliche Einſchränkungen, deren Zweck es iſt, beſtimmte Nationen zu begünſtigen und andere zu lähmen oder ihnen Hinderniſſe in den Weg zu legen. Eigenſüchtige wirtſchaftliche Übereinkünfte, die andere Mächte ausſchließen, erachten wir für zweckwidrig und auf die Dauer für ſchlimmer als wertlos. Sie bilden keinerlei natürliche Grundlage für was immer für einen Frieden, am wenigſten für einen dauernden."

Am 8. Januar 1918 erklärte Präſident Wilſon in ſeiner Botſchaft an den Kongreß: „Wir wollen ſo weit als möglich alle ökonomiſchen Schranken beſeitigen und gleiche Handelsbedingungen für alle Völker, die dem Frieden zuſtimmen und ſich zu ſeiner Aufrechterhaltung vereinigen, einführen."

Am 20. März 1918 ſagte er: „Niemand kann noch beſtimmen, wie der bevorſtehende politiſche und ökonomiſche Wiederaufbau ſich im einzelnen geſtalten wird, aber ſo viel wiſſen wir, daß jedes Programm ganz von Uneigennützigkeit durchtränkt ſein muß, daß keiner der Partner verſuchen darf, nur ſich ſelbſt zu nützen, daß alle danach ſtreben müſſen, der Menſchheit zu dienen, und daß jedwedes Programm (und jede Maßnahme des Programms) der Prüfung ſtandhalten muß, die in der Frage liegt: Iſt es gerecht, iſt es zu Nutz und Frommen des Mannes aus dem Volke, der nicht Einfluß noch Vorrechte hat; verwirklicht es den höchſten

Begriff ſozialer Gerechtigkeit und ehrenhafter Handlungsweiſe ohne Anſehen der Perſon, ohne Rückſicht auf irgend ein Klaſſen- oder Privatintereſſe?"

Was Wilſon hier äußerte, iſt genau das, was Henri Lambert verlangt hat. Wie wird Europa ausſehen, wenn dieſe erhabenen Prinzipien auf dem Friedenskongreß zur Erörterung gekommen ſein werden? Welche Spuren werden ſie hinterlaſſen?

XV.

Im Jahr 1814 hatte Alexander I. das Buch des deutſchen Myſtikers Franz von Baader „Über das durch die franzöſiſche Revolution hervorgerufene Bedürfnis nach einer neuen und innigeren Verbindung von Religion und Politik" geleſen. Dadurch entſtand in ihm der unbeſtimmte Plan, die Herrſcher Europas zu einem Geheimbund zu vereinigen, der ganz beſonders der Gnade Gottes befohlen ſein ſollte.

Als er 1815 dieſen Plan ſeiner, in ihren Jugendtagen höchſt leichtſinnigen, nun aber aufrichtig gläubigen Freundin Juliane von Krüdener mitteilte, erwies es ſich, daß dieſe ſchon früher durch göttliche Eingebung denſelben Gedanken gefaßt hatte. Sie wählte für den geplanten Bund (mit einer Anſpielung auf eine Weisſagung des Propheten Daniel) den Namen „Die heilige Allianz".

In Paris wurde am 26. September 1815 von den Monarchen Rußlands, Öſterreichs und Preußens jener große Bund gegründet, in dem die Grundſätze des Chriſtentums als höchſtes Geſetz für das Leben der Völker gelten ſollten.

Da man in jenen Tagen ausgeſprochener orthodox war als heute, leiteten die drei Selbſtherrſcher den Traktat „im Namen der heiligen unteilbaren Dreinigkeit" mit der feierlichen Erklärung ein, „daß das vorliegende Dokument den Zweck habe, im Angeſicht des Weltalls ihren unerſchütterlichen Entſchluß zu offenbaren: als Richtſchnur ihres Tuns, ſei es in der Regierung ihrer eigenen Staaten oder in ihren politiſchen Beziehungen zu allen andern Regierungen, nur die Vorſchriften der heiligen Religion über Gerechtigkeit, Menſchenliebe und Frieden zu befolgen. Weit davon entfernt, nur auf das private Leben anwendbar zu ſein, ſollen dieſe Vorſchriften unmittelbaren Einfluß auf die Entſchließungen der Fürſten haben, als das einzige Mittel, die menſchlichen Geſellſchaftseinrichtungen zu feſtigen und ihren Unvollkommenheiten entgegenwirken zu laſſen."

Am Schluß des Übereinkommens wird der Wunſch ausgedrückt, daß alle chriſtlichen Souveräne Europas der Allianz beitreten möchten, was die meiſten der damals lebenden Fürſten denn auch taten. Sie erhielten die Freiheit zu unterſchreiben, wie jetzt die kleinen am Kriege beteiligten Mächte und die neutralen Staaten.

Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts hatte die heilige Allianz ja nicht gerade einen ſonderlich guten Ruf. Es ſteht jedermann frei, mehr und weit

Beſſeres von dem jetzigen Völkerbund zu erhoffen und zu erwarten als von dem damaligen Fürſtenbund.

Eine Ähnlichkeit beſteht. Beiden haftet etwas Heiliges an.

* * *

19. Februar 1919.

Das Obenſtehende war niedergeſchrieben, als am 16. Februar die Verfaſſung der Völkerliga veröffentlicht wurde, ein Dokument, das (ſowohl in dem, was es ſagt als was es verſchweigt) weit trübere Zukunftsausſichten eröffnet als hier angenommen wurde, nicht einmal die heilige Allianz war ſo ausgeſprochen imperialiſtiſch. Ein Völkerbund iſt ſelbſtverſtändlich ausgeſchloſſen, wo es nicht einmal zur Ausſprache zwiſchen den Völkern kommt. Alles wurde heimlich zwiſchen einigen Diplomaten abgemacht; darunter Deutſchlands Ausſchließung vom Bezug an Rohſtoffen, zu dem von Tardieu geäußerten Zweck, die franzöſiſchen Induſtriellen von der Konkurrenz zu befreien. Der Kongreß ſcheint in dem Glauben befangen, ſich auf dieſe Weiſe den Bolſchewismus vom Leibe halten zu können. Die rote Internationale wird aller Wahrſcheinlichkeit nach einen Völkerbund ganz anderer Art zuſtandebringen.

Selbſt wenn Japan formell dem Bund beigetreten iſt, droht dieſem doch eine nicht geringe Gefahr vom Oſten. Für Japan iſt der Raſſengegenſatz die Hauptſache. Ein Völkerbund, der nicht allen Raſſen und allen Völkerſchaften dieſelben Entwicklungsmöglichkeiten bietet, iſt für Japan wertlos. Um es zu gewinnen, müßte Amerika alle Geſetze und Beſtimmungen aufheben, die ſich dort gegen andere Raſſen als die Weißen vorfinden. Gegenüber Japan nützt es auch nichts, die Auflöſung ſeines Heeres zu fordern, während die weißen Völker ablehnen, ihre ungeheuren Kriegsflotten zu vermindern. Sonſt werden die Japaner den Aſiaten und Afrikanern nur erklären, nichts wäre leichter, als eine europäiſche Großmacht zu ſchlagen, und die Allierten hätten nur geſiegt, weil ſie Afrikaner und Aſiaten als Hilfstruppen und Bundesgenoſſen hatten. An dem Tag, da ſie das tun und europäiſche Induſtrie und europäiſches Militärweſen in China einführen, iſt es mit dem Völkerbund aus.

Die weißrutheniſche Frage

Von Johann von Meleſchka-Grodno

Die weißrutheniſche Regierung hat augenblicklich ihren Miniſterpräſidenten **Lutzkewitſch** nach Berlin geſandt, um von hier aus mit der Entente in Fühlung zu treten, damit eine weißrutheniſche Delegation an den Friedensverhandlungen teilnehmen könne. Zum Gebiet, auf dem die Weißruthenen wohnen, gehören die Gouvernements Minsk, Mohilew, Smolenſk, Witebſk (mit Ausnahme zweier Kreiſe), Wilna (mit kleinen Ausnahmen), Grodno und kleine Gebiete von Tſchernikio, Twer, Kaluga und Orlow. Auf dieſem Gebiete, das 258 000 qkm umfaßt, wohnen 12 Millionen Weißruthenen und drei Millionen Großruſſen, Juden, Polen und Tataren. Wir haben in Anbetracht der Bedeutſamkeit dieſer Frage einen führenden Politiker der Weißruthenen gebeten, uns über die Wünſche und Pläne des weißrutheniſchen Volkes einen Artikel zu ſchreiben.

Wenn auch die innere Politik des alten Regimes in Rußland nicht immer in der Erreichung der geſteckten Ziele glücklich genannt werden kann, ſo wird man ihr dennoch nicht die Zielſtrebigkeit abſprechen können. So haben die Ereigniſſe der letzten Jahre erwieſen, daß die ewige Angſt der ruſſiſchen Regierung vor der Revolution durchaus reale Urſachen hatte. Ein Land mit deſpotiſcher Regierungsform — ein Land nicht freier Bürger, ſondern Knechte — muß ſtets gewärtig ſein, Aufſtände der unterdrückten Bevölkerungsmaſſen niederſchlagen zu müſſen. Dasſelbe muß man auch in bezug auf die nationale Politik des alten Rußland ſagen. Gar zu viele Nationalitäten gehörten zum Beſtande des ruſſiſchen Reiches, allzu ſtark lebte in ihnen das Bewußtſein der nationalen Unterdrückung und die Tradition der ſelbſtändigen Exiſtenz, um an ihre Loyalität für den Unterdrückerſtaat zu glauben. Daher war es für die Leiter des alten Regimes nur zu natürlich, daß ſie in jedem Hochkommen nationaler Eigenart der Fremdvölker eine Bedrohung des ruſſiſchen Staates ſahen, und dieſe Gefahr durch eine gewaltſame Entnationaliſierung und Verruſſung zu bekämpfen ſuchten.

Der nationaliſtiſche Kurs im alten Rußland war aber nur denkbar unter einer Vorausſetzung: Beim Vorhandenſein einer ruſſiſchen nationalen Mehrheit im Staate. Solch eine Mehrheit beſaß Rußland aber nicht: Die 55 Millionen Großruſſen, von denen die Zählung von 1897 erzählt, machen nur 44 Prozent der Geſamtbevölkerung aus; dabei iſt auch dieſe Zahl zweifellos zu hoch gegriffen, indem ein großer Teil von Weißruthenen und Ukrainern in die Rubrik Großruſſen eingeſetzt worden war. Daher arbeitete die ruſſiſche Regierung ſo energiſch an der Vereinigung der drei Beſtandteile des „einigen ruſſiſchen“ Volkes: der Großruſſen, Weißruthenen und Ukrainer (die nach offizieller Terminologie „Kleinruſſen“ genannt wurden), hoffte ſie doch dadurch die ihr ſo notwendige ruſſiſche Mehrheit von 100 Millionen Menſchen zu erreichen.

Für alle, die die Geſchichte des Auftauchens und der Entwicklung der Großruſſen, Weißruthenen und „Kleinruſſen“ kennen, iſt es klar, daß die faſt tauſendjährige ſo gut wie ſelbſtändige nationale und ſtaatliche Exiſtenz der genannten drei Stämme in gänzlich verſchiedenen klimatiſchen und politiſchen Bedingungen endgültig das Blutband zerriſſen hat, das einſtmals die ſlaviſchen Stämme der öſtlichen Gruppe vereinigt hatte. Dazu hat jeder der drei Stämme ſich in der

Sphäre völlig andersgearteter Kultur entwickelt: Während ſich die Großruſſen faſt bis zu den Zeiten Peters des Großen im engſten geiſtigen Verbande mit dem Oſten befanden, und die weſtliche Kultur nur aus zweiter Hand kennen lernten, hauptſächlich durch Weißruthenien und die Ukraine, befanden ſich letztere in ſtändigem Verkehr mit dem Weſten — in Handels- und kultureller Beziehung — und machten gemeinſam mit dem Weſten alle bedeutenden Geiſtesbewegungen durch; die reiche weißrutheniſche Literatur über die Reformation legt davon ein beredtes Zeugnis ebenſo ab, wie die bis auf den heutigen Tag in Weißruthenien beſtehenden religiöſen Strömungen. In Wirklichkeit war daher nur der Gleichklang ihrer Namen die Grundlage für die Vereinigung des „einigen ruſſiſchen Volkes“.

Die ruſſiſche Regierung verſtand jedoch nur zu gut, daß, falls die Weißruthenen und Ukrainer mit den Großruſſen nicht zum „einigen ruſſiſchen“ Volke ſich verſchmölzen, früher oder ſpäter bei ihnen ein Nationalbewußtſein entſtehen würde und daß lebende Völker, die einmal ſchon eine eigene Staatlichkeit beſeſſen haben, unter günſtigen Umſtänden zu neuem Leben wieder auferſtehen. Daher haben keine von den vielen unterdrückten Völkerſchaften ſolche Qualen der Unterdrückung zu erleiden gehabt, wie die „jüngeren Brüder“ der Großruſſen, beſonders die Weißruthenen. Ihre Mutterſprache wurde völlig für rechtlos erklärt und überall vertrieben: aus Schule und Kirche, aus Gericht und Adminiſtration. Noch mehr: bis zum Jahre 1905 war das Drucken von Büchern und Zeitungen in weißrutheniſcher Sprache verboten und die ſeltenen Ausgaben, die dennoch damals in Rußland gedruckt wurden, konnten nur unter der Flagge der bulgariſchen Sprache durchgeſchmuggelt werden! Für die weißrutheniſche Bildungsſchicht war im Bereich ihrer Heimat abſolut kein Raum im Staatsdienſte. Seit Schließung der Univerſität in Wilna im Jahre 1831 gab es für die 15 Millionen zählende Bevölkerung (hierbei ſind alle Nationalitäten gezählt), die 258 000 qkm beſiedeln, keine höhere Lehranſtalt und die Zahl der ſtaatlichen Mittelſchulen wurde im Verlauf von Jahrzehnten trotz des Wachſens der Bevölkerung überhaupt nicht erhöht.

Wenn man überſchaut, was in Weißruthenien vor ſich gegangen iſt, ſo kann man konſtatieren, daß die ruſſiſche Regierung, indem ſie der weißrutheniſchen nationalen Eigenart einen unerbittlichen Krieg angeſagt hatte, die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit der Weißruthenen ſehr unterſchätzt hatte. Sie haben nämlich ein unwahrſcheinliches Beiſpiel nationaler Wiedergeburt gegeben: In einigen Jahrzehnten nationaler Arbeit hat das 12 Millionen-Volk der Weißruthenen, das zudem ſo gut wie völlig einer Bildungsſchicht beraubt war, ein nationales Volksbewußtſein erobert. Nicht nur auf dem Gebiete der Kultur — Schaffung einer weißrutheniſchen Literatur, Schulen und öffentlichen Organiſationen uſw.

— ſondern auch auf dem Gebiete der reinen Politik hat es eine raſche Entwicklung durchlaufen, wobei es alle Stufen der Entwicklung des ſtaatlichen Gedankens beſchritten hat, angefangen von der beſcheidenen Forderung der Selbſtverwaltung und Autonomie im Jahre 1905 bis zur vollen Lostrennung vom ruſſiſchen Staat und Verkündigung der ſtaatlichen Unabhängigkeit der weißrutheniſchen Volksrepublik am 25. März 1918. Die Grundlagen der alten weißrutheniſchen Staatlichkeit, die in der Form der Föderation mit Litauen beſtanden hatten, erwieſen ſich als ſo kräftig, daß auf ihr der neue Staat aufgebaut werden konnte. Der von den Bolſchewiſten am 31. Dezember 1917 auseinandergejagte weißrutheniſche Nationalkongreß in Minsk, der den Grundſtein zur weißrutheniſchen Volksrepublik gelegt hat, iſt als vollgültiger Willensausdruck des weißrutheniſchen Volkes anzuſehen, der zugleich die ſtaatliche Reife der Weißruſſen beweiſt. Dieſer Kongreß beſtand aus Vertretern der Bauerngemeinden, der Kreis- und Provinziallandtage (Semſtwo) und Komitees aus dem geſamten ethnographiſchen weißrutheniſchen Gebiete, aus den ſtädtiſchen Selbſtverwaltungen (das öſtliche weißrutheniſche Zentrum Smolenſk hatte 10 Deputierte geſchickt), aus Arbeitervertretungen und Flüchtlingsorganiſationen, die über eine Million Flüchtlinge aus den Gouvernements Grodno, Wilna und Minsk vertrat, aus Genoſſenſchaften und weißrutheniſchen Soldaten von allen Fronten und aus den politiſchen Parteien Weißrutheniens — alles in allem waren 1067 Deputierte mit beſchließender Stimme und 705 mit beratender Stimme verſammelt. Selbſtverſtändlich beſitzt eine derartige Verſammlung das volle Recht, das Schickſal des Volkes zu entſcheiden und das Faktum, daß ſie ſich fähig bewieſen hat, ſich bis zur Höhe der Idee der weißrutheniſchen Staatlichkeit zu erheben, legt Zeugnis davon ab, daß die ruſſiſche Regierung des alten Regimes nicht fehl ging in der Einſchätzung der geiſtigen Fähigkeiten des weißrutheniſchen Volkes und ſich nur geirrt hat in der Wahl ihrer Mittel zur Entnationaliſierung der Weißruthenen.

In ihrem Kampf gegen die weißrutheniſche nationale Idee griff die Regierung des alten Rußland unter anderem zum Mittel, den alten Feind der Weißruthenen zu Hilfe zu rufen — ſie mobiliſierte die Polen, die ſeit langem Appetit auf das Land der Weißruthenen gezeigt hatten. Dieſe Behauptung mag für denjenigen ſonderbar klingen, der nur wenig mit der Entwicklung der ruſſiſch-polniſchen Beziehungen bekannt iſt und nur eine Seite dieſes Verhältniſſes kennt, die ſich im bewaffneten Aufſtande vom Jahre 1863 zeigte. Jedoch bei näherer Bekanntſchaft der ruſſiſch-polniſchen Beziehungen kann man ſich leicht davon überzeugen, daß Rußland und Polen leicht eine gemeinſame politiſche Sprache finden können. Dieſe Sprache haben die „feindlichen" Länder in der Tat ſchon lange vor Ausbruch des Weltkrieges gefunden — in der Periode der bekannten allſlawiſchen Kongreſſe in Prag, wobei als Mittel zur Verſtändigung Weißruthenen herhalten mußte.

Unzweifelhaft beſitzen die Polen großes Intereſſe an Weißruthenien — beſonders in ſeinem weſtlichen Teile. Liegen doch hier die Verhältniſſe ſo, daß dort faſt alle Großgrundbeſitzer Polen ſind oder poloniſierte Weißruthenen, die die Idee des „großen Polens", zu dem auch Weißruthenien gehören ſoll, ſich zu eigen gemacht haben. Die Exiſtenz einer reichen polniſchen Gutsbeſitzerklaſſe bot den Polen eine günſtige Gelegenheit für die Einführung einer „allpolniſchen" Propaganda in Weißruthenien. Dieſe Propaganda wurde dadurch noch erleichtert, daß von den zwölf Millionen Weißruthenen gegen zwei Millionen Katholiken ſind. Durch Hinüberziehen des katholiſchen Klerus verſtanden die Polen die katholiſche Kirche für ihre politiſchen Ziele auszunutzen, nachdem ſie ſie in eine polniſche nationale Kirche verwandelt hatten. Der Klerus ging gern Hand in Hand mit den polniſchen Annexioniſten, weil die Angliederung ganz Weißrutheniens zum katholiſchen Polen, die Katholiſierung der zehn Millionen orthodoxen Weißruthenen erleichtert hätte. Mit Hilfe des katholiſchen Klerus, der nur zum geringſten Teile ſeinem weißrutheniſchen Volkstum treu geblieben iſt, führten die Polen ihre breitwürfige Poloniſierungstätigkeit unter den weißrutheniſchen Katholiken durch; indem ſie ſie unter die Drohung der kirchlichen Strafen ſtellten, zwangen ſie ſie, ſich für Polen auszugeben, die Kinder in polniſche Schulen zu ſchicken und ihre Unterſchrift unter Petitionen um Angliederung Weißrutheniens an Polen zu ſetzen.

Als die ruſſiſche Regierung erkannt wurde, daß der weißrutheniſchen nationalen Bewegung allein mit Regierungsrepreſſalien nicht beizukommen ſei, beſchloß ſie, die Polen als Bundesgenoſſen im Kampfe gegen die nationale Wiedergeburt der Weißruthenen zu gebrauchen. Die ruſſiſchen führenden Kreiſe in Petersburg, von den Nationaliſten bis zu den Kadetten einſchließlich, ſchloſſen mit den Polen ein Kompromiß ab, indem ſie letzteren die Möglichkeit boten, an der Poloniſierung der zwei Millionen weißrutheniſchen Katholiken zu arbeiten, die zum größten Teil im Wilnaſchen und Grodnoſchen Gouvernement ſiedeln. Als Gegenleiſtung ſollten die Polen ſich verpflichten, die weißrutheniſche Bewegung überhaupt zu bekämpfen und dadurch der Vereinigung der zehn Millionen Weißruthenen mit den Großruſſen vorzuarbeiten. Das erſte konkrete Ergebnis dieſer Vereinbarung zeigte ſich auf dem allſlaviſchen Kongreß in Prag im Jahre 1908. Damals erklärten ſich die Polen bereit, die Delegierten der Großruſſen „als Vertreter des einigen ruſſiſchen Volkes", d. h. auch der Weißruthenen und Ukrainer, anzuerkennen, wogegen die Ukrainer im Wiener Parlamente im Namen der Ukrainer und Weißruthenen aufs energiſchſte proteſtierten. Über dieſes Geheimabkommen verplauderte ſich damals in dem „Nowojoe Wremja" ſein Herausgeber Sſuworin, indem er die Machenſchaften der polniſchen Führer Dmowſki und Compagnie enthüllte. Später — ſchon während des Krieges — tauchte die Frage der Teilung nicht mehr der Einflußſphären, ſondern des weißrutheniſchen Territoriums zwiſchen Polen und Rußland auf. Als einer der Mitglieder der

Reichsduma aus dem Gouvernement Grodno, das zu Polen fallen ſollte, den Führer der Kadetten, Miljukow, interpellierte, antwortete letzterer zyniſch: „Welche Bedeutung hat für das unermeßliche Rußland irgend ein Gouvernement, wenn man damit den Frieden mit Polen erkaufen kann.“

Was augenblicklich von den Polen in Paris unter völligem Schweigen der Ruſſen getan wird, läßt nur den Gedanken aufkommen, daß die dort anweſenden Kadetten und anderen Vertreter der ruſſiſchen Bourgoiſie im Begriffe ſind, die alte Abmachung mit den Polen über die Teilung Weißrutheniens zu verwirklichen. Anders wäre die Nachgiebigkeit der Polen ſeitens der Entente, die bisher offiziell noch nicht das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker aufgegeben hat, nicht zu verſtehen. Nur durch das Beſtehen eins ruſſiſch-polniſchen Abkommens über die Weißruthenen läßt ſich das hartnäckige Schweigen der Ententepreſſe über die weißrutheniſche Frage erklären, die man nach wie vor in Paris geneigt iſt, als innerruſſiſche Frage anzuſehen, trotzdem das weißrutheniſche Volk laut und öffentlich das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker für ſich in Anſpruch genommen und bereits ſchon ſeine eigene Staatlichkeit errichtet hat.

Es iſt richtig, daß eine Teilung Weißrutheniens zwiſchen Rußland und Polen mit dem Beſtreben der Entente zuſammenfallen würde, an Deutſchlands Oſtgrenze ein großes Polenreich zu ſchaffen, indem ihm ethnographiſch fremde Beſtandteile angefügt würden. Das Beſtehen eines ſolchen Planes iſt jedoch, beſonders was das weißrutheniſche Volk betrifft, ein höchſt riskantes Experiment. In welcher Form auch Rußland aus dem Weltkrieg hervorgehen wird, ſo wird es doch in ſeiner auswärtigen Politik die Möglichkeit der Einmiſchung in die polniſchen Angelegenheiten ausnützen, indem es die Fürſorge des älteren großruſſiſchen „Bruders“ für die in Polen lebenden „jüngeren weißruſſiſchen Brüder“ für eine einfache Pflicht erklären wird.

Ganz abgeſehen davon aber würde die Zulaſſung der Aufteilung Weißrutheniens die Nichtanerkennung der weißrutheniſchen Staatlichkeit vorweg entſcheiden. Demgegenüber muß aber betont werden, daß die weißrutheniſche Frage nicht ſo ſehr eine Einzelfrage iſt, als zum Komplex des Randſtaatenproblems gehört. Eine Aufteilung Weißrutheniens zwiſchen Rußland und Polen würde jedoch infolge der geographiſchen Lage Weißrutheniens die Kette der ſtaatlichen Neugründungen ſprengen, welche zwiſchen dem Schwarzen und Baltiſchen Meere entſtanden ſind. Nur ein Zuſammenſchluß all dieſer Neugründungen würde ihnen die Möglichkeit bieten, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen, insbeſondere infolge der geplanten Stärkung Polens, die gleichermaßen Litauen und die Ukraine bedroht.

All dieſe Gründe laſſen es zweckmäßig erſcheinen, der weißrutheniſchen Frage eine ernſte Aufmerkſamkeit zu ſchenken; weil eine falſche Entſcheidung ähnliche Folgen nach ſich ziehen könnte, wie ſie ſich im Verlaufe vieler Jahre auf dem Balkan bemerkbar gemacht haben.

Weimarer Kultusdebatten

Von Dr. Friedrich Thimme

Am 11. März hatte in der Nationalverſammlung anläßlich einer deutſchnationalen Interpellation über Eingriffe von Einzelſtaaten in den Religionsunterricht eine Kultusdebatte ſtattgefunden, in der tiefe ſachliche Gegenſätze innerhalb der Mehrheitsparteien zutage getreten waren. Während der ſozialiſtiſche Sprecher, der Hamburger Volksſchullehrer Hellmann, der noch ganz auf dem Marxſchen Standpunkt fußte, daß mit dem Anbruch der ſozialen Revolution die Tage der Kirche ſo wie ſo gezählt ſeien, mit Ungeſtüm die religionsloſe, kirchenfreie Volksſchule forderte, ſprachen ſich die Redner des Zentrums und der Demokratie, ſekundiert von denen der übrigen bürgerlichen Parteien, für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule aus. Hüben und drüben wurde verlangt, daß die beiderſeitigen Auffaſſungen in der Reichsverfaſſung ſelbſt verankert werden müßten. Auf ſozialiſtiſcher Seite wollte man die Trennung von Staat und Kirche, die Weltlichkeit der Schule und das Prinzip der Einheitsſchule reichsverfaſſungsmäßig feſtgelegt ſehen, auf Seiten des Zentrums die Gewiſſensfreiheit, die Freiheit der Religion und die Wahrung der Rechte der Eltern und Religionsgemeinſchaften, mit einem Worte möglichſt das ganze chriſtliche Erziehungs- und Kulturideal. Regierungsſeitig wurde in der Schwebe gelaſſen, ob und wie weit in die Reichsverfaſſung normative Beſtimmungen über das Unterrichtsweſen in den verſchiedenen deutſchen Staaten aufzunehmen ſeien. Miniſterpräſident Scheidemann ſtimmte für ſeine Perſon zu, daß die Schulfragen, die ja bisher allein zur Zuſtändigkeit der Einzelregierungen gehört hat, nunmehr auf die Reichsregierung übergehen ſollten. Aber er gab den Interpellanten zu bedenken, daß der Ausgang dann doch wohl ein anderer ſein werde, als ſie ſich gedacht hätten.

In der Tat, wer die anſcheinend unüberbrückbaren Gegenſätze in ihrer Tiefe kennt, die zwiſchen den verſchiedenen Parteien, insbeſondere zwiſchen Zentrum und Sozialdemokratie, in den Religions- und Schulfragen herrſchen, der mußte mit einigem Skeptizismus dem Verſuch gegenüberſtehen, in die Verfaſſung, deren Zuſtandekommen doch wahrlich eilte, feſte Grundregeln über das Verhältnis von Staat, Kirche und Schule, die über die allgemeinſten Sätze hinausgehen, hineinzuarbeiten. Eben darum hatte der urſprüngliche Preuß'ſche Entwurf der Reichsverfaſſung beſtimmt, daß die Auseinanderſetzung zwiſchen Staat und Kirche einem beſonderen Reichsgeſetz vorbehalten bleiben ſolle, deſſen grundlegende Beſtimmungen durch die Einzelſtaaten ausgeführt werden ſollten. Der endgültige Entwurf der Reichsverfaſſung hatte auch dieſe Beſtimmung fallen laſſen; offenbar fürchtete die Regierung, daß der Partikularismus, der an dem Unitarismus des Preußiſchen Entwurfes ſo ſtarken Anſtoß genommen hatte, auch zu einer Überordnung des Reiches in Religions- und Schulſachen nie zu haben ſein werde.

Aber juſt die Parteien, die die eigentlichen Träger der bundesſtaatlichen, um nicht zu ſagen der partikulariſtiſchen Tendenzen geweſen waren und folgerichtig bisher daran feſtgehalten hatten, daß die Einzelſtaaten je nach ihrer Verſchiedenheit am beſten für ſich ihr Verhältnis zu den Religionsgeſellſchaften und zu den Schulen ordnen würden, hatten ſich mittlerweile eines anderen beſonnen. Verurſacht war dieſer Umſchwung durch die Tatſache, daß die Wahlen zu den Landesverſammlungen in einer ganzen Reihe von Einzelheiten ſozialiſtiſche Mehrheiten ergeben hatten. Sachſen, Thüringen, Braunſchweig, die Hanſeſtädte uſw., konnten vor den ſchwerſten Erſchütterungen ihres religiöſen Lebens durch eine radikale Geſetzgebung nur bewahrt bleiben, wenn ihnen das Reich zu Hilfe kam. So entſchloß ſich das Zentrum, mit den übrigen bürgerlichen Parteien für die Feſtlegung der religiöſen Grundrechte in der Nationalverſammlung einzutreten, auf die Gefahr hin, daß die Verhandlungen über die Verfaſſung in die Länge gezogen und das Gefüge der Mehrheitskoalition ſelbſt erſchüttert werden könnte.

Vom 1. bis zum 4. April haben die Kultusdebatten im Verfaſſungsausſchuß der Nationalverſammlung gedauert. Diejenigen, welche gefürchtet hatten, daß die Koalition zwiſchen Mehrheitsſozialiſten, Demokraten und Zentrum durch die Debatten über die Religions- und Schulfragen gelockert oder gar geſprengt werden könne, ſahen ſich auf das angenehmſte enttäuſcht. Es zeigte ſich, daß auf der einen Seite an der Sozialdemokratie die gewaltige Bewegung, die das vorſchnelle und überſtürzte Vorgehen der revolutionären Gewalten, insbeſondere eines Adolph Hoffmann, in den Kultusfragen ausgelöſt hatte, nicht ſpurlos vorübergegangen war. Nur zu deutlich hatte die große Probe der Revolution bewieſen, daß die tief eingewurzelte ſozialdemokratiſche Normalvorſtellung, als ob mit der ſozialen Umwälzung die Religion und die Kirchen ſofort allen Boden unter den Füßen verlieren würden, eine völlig haltloſe Utopie war. Ebenſowenig hatte ſich der Glaube, mit dem Siege der Revolution werde der Charakter des Menſchen und inſonderheit des Proletariers ein tief ſittliches Gepräge erhalten, erfüllt. Im Gegenteil mußten Führer der ſozialiſtiſchen Arbeiterſchaft, unter ihnen auch der Kultusminiſter Haeniſch, ſelbſt rückhaltlos den völligen moraliſchen und ſozialen Bankerott eines großen Teiles der ſozialiſtiſchen Arbeiterſchaft zugeſtehen. Das alles drängte doch den einſichtigen Kreiſen der Sozialdemokratie den Schluß geradezu auf, daß man der Religion und der Kirchen, als der größten geſchichtlichen Kulturträger, noch nicht entraten könne.

Auf der anderen Seite mußte ſich auch das ſtaatskluge Zentrum ſagen, daß bei dem machtvollen und unaufhaltſamen Vordringen der Sozialdemokratie ein magerer Vergleich in den Kultusfragen immer noch beſſer ſei, als ein fetter Prozeß, d. h. ein Kampf auf Leben und Tod. Das Zentrum hat von je eine Meiſterſchaft darin gezeigt, ſeine Hauptpoſitionen zu halten, indem es mittels des Grundſatzes tolerari potest in Nebenfragen nachgab; mit dieſer Taktik durfte es hoffen, auch hier zu einem erträglichen modus vivendi zu gelangen.

So geſchah es, daß alle Parteien an die Verhandlungen im Verfaſſungsausſchuß mit dem entſchiedenen Wunſche, zu einer allſeitig annehmbaren Einigung zu gelangen, herangingen. Zwar wieſen die Anträge, mit denen gleich anfangs das Zentrum einerſeits, die Sozialdemokratie andererſeits hervortraten, noch tiefgehende Unterſchiede auf; auch im Laufe der Debatten traten wiederholt neue Gegenſätze hervor. Aber die Verhandlungen wurden von vornherein in ſo ſachlicher, verſöhnlicher, im Ton entgegenkommender Form geführt, daß man ſie in dieſer Beziehung ſchlechthin als ein Vorbild für die Debatte im Plenum bezeichnen kann. Gleich der erſte Redner, der Sozialdemokrat Meerfeld, ſchlug den erfreulichen Ton des Entgegenkommens an. So entſchieden er auch im Sinne des ſozialdemokratiſchen Religionsprogramms für die Trennung von Staat und Kirche eintrat, ſo verſicherte er doch wiederholt, daß ſich über die Form der Durchführung durchaus reden laſſe, daß die Sozialdemokratie weit entfernt ſei von kulturkämpferiſchen Neigungen, und daß der hohe Wert der Pflege religiös-ſittlicher Geſinnung von ſeiner Partei in vollem Umfange anerkannt werde. Er beharrte auch keineswegs auf der in dem Preuß'ſchen Verfaſſungsentwurf enthaltenen kirchenfeindlichen Beſtimmung, daß die Behörden nicht das Recht haben ſollten, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinſchaft zu fragen: eine Beſtimmung, die in ihren Konſequenzen u. a. jedes kirchliche Steuerrecht illuſoriſch machen mußte. Vielmehr war der ſozialdemokratiſche Redner zu dem Zugeſtändnis bereit, daß für öffentliche ſtatiſtiſche Zwecke die Frage nach Religionszugehörigkeit geſtellt werden dürfe. Den gleichen Ton verſöhnlichen Entgegenkommens ſchlugen auch die Zentrumsredner an, die ſich zwar als grundſätzliche Gegner der Trennung von Staat und Kirche bekannten, aber doch das Hauptgewicht darauf legten, daß die Trennung, wenn ſie ſchon unvermeidlich ſei, in einer Form erfolge, die der Kirche ihre Selbſtändigkeit und ihre finanzielle Exiſtenzfähigkeit belaſſe. Schließlich konnte bei der Abſtimmung über den § 30a, der das Verhältnis von Staat und Kirche in dem Sinne feſtlegte, daß hinfort keine Staatskirche mehr beſtehen ſolle, daß aber allen Religionsgeſellſchaften die Rechte einer öffentlichen Körperſchaft zuſtehen ſollen, ſofern ſie ſolche bisher beſeſſen haben, und daß eine jede Religionsgeſellſchaft ihre Angelegenheiten ſelbſtändig ordne und verwalte, dergeſtalt, daß ſie auch ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates und der bürgerlichen Gemeinden verleihe, ſogar der Zentrumsabgeordnete Kaas zuſtimmend votieren.

War hier das Kompromiß nach den Anträgen der Abgeordneten Naumann und Quarck im weſentlichen mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten angenommen worden, ſo fanden ſich in den Schulfragen in der Hauptſache das Zentrum und die Demokraten mit den übrigen bürgerlichen Parteien zuſammen. Entgegen dem Wunſche der Sozialdemokraten, die den nichtobligatoriſchen

Religionsunterricht lediglich den Religionsgemeinſchaften überwieſen ſehen wollten, wurde der Religionsunterricht als ordentlicher Lehrgegenſtand feſtgelegt, und zwar in konfeſſioneller Form. „Der Religionsunterricht wird in Übereinſtimmung mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Religionsgemeinſchaften erteilt". Großes Gewicht legte das Zentrum auch auf die ebenfalls beſchloſſene Zulaſſung der Privatſchulen. Hingegen kam man der Sozialdemokratie wieder durch die Beſtimmung entgegen, daß kein Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts oder zur Vornahme kirchlicher Verrichtungen, kein Schüler gegen den Willen des Erziehungsberechtigten zum Beſuch des Religionsunterrichts gezwungen werden dürfe, weiterhin durch die Aufhebung der geiſtlichen Schulaufſicht und in der Frage der Einheitsſchule.

Im großen und ganzen können die Beſchlüſſe, die der Verfaſſungsausſchuß in den Religions- und Schulfragen gefaßt hat, nur als glückliche angeſprochen werden. Ich wüßte ſchlechterdings keinen Fall zu nennen, wo in Fragen von ſolcher Schwierigkeit und Zartheit ein ſo allſeitig annehmbares Kompromiß zuſtande gekommen wäre. Selbſtverſtändlich bleibt bei jedem ſolchen Kompromiß ſtets ein Erdenreſt übrig, der dem einen wie dem anderen Teil zu tragen peinlich iſt. Aber in den Meinungsäußerungen, hier der Zentrums-, dort der ſozialdemokratiſchen Blätter, überwiegt doch der Ausdruck der Befriedigung. Ein beſonderes Verdienſt hat ſich um das Zuſtandebringen des Kompromiſſes die demokratiſche Partei erworben. Namentlich der Abgeordnete Naumann, der ja in den Kulturfragen in ſeinem eigentlichen Elemente iſt, hat hier eine außerordentlich glückliche Hand gezeigt. Nicht ganz das gleiche kann von dem als beſondere Autorität zugezogenen Adolf Harnack geſagt werden, der merkwürdigerweiſe immer wieder empfahl, die geplante Neuregelung des Verhältniſſes zwiſchen Staat und Kirche nicht in der Verfaſſung ſelbſt vorzunehmen, ſondern ſie einem beſonderen Reichsgeſetze zu überlaſſen, während doch auf der Hand liegt, daß eine Verankerung in der Verfaſſung den religiöſen Grundrechten eine ganz andere Konſiſtenz verleiht, als ein mit einfacher Majorität leicht zu beſeitigendes Geſetz. Voll zuſtimmen kann man dagegen den ſchönen Worten, mit denen Harnack das Entgegenkommen der im Ausſchuß mitwirkenden Sozialdemokraten als „Wirklichkeitsſinn, der ſich auch auf die ideellen Kräfte ausgedehnt habe", pries.

Uns kann der Ausgang der Weimarer Religionsgeſpräche, die von guter Vorbedeutung für die Verhandlungen im Plenum ſind, nur mit aufrichtiger Genugtuung erfüllen. Werden in der Tat die gefaßten Beſchlüſſe im weſentlichen in die Verfaſſung aufgenommen, ſo iſt damit Gewähr gegeben, daß auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulweſens in den Einzelſtaaten nicht die größte Willkür einreißen kann. Gewiß bleibt den Einzelſtaaten noch ein weites Feld der Betätigung. Die finanzielle Auseinanderſetzung, die Frage der Gleichſtellung der Religions- und der geiſtlichen Geſellſchaften, die das Zentrum ſo gern ebenfalls zu ſeinen Gunſten feſtgelegt geſehen hätte, überhaupt das ganze Materielle der Kirchen- und Schulgeſetzgebung bleibt nach wie vor den Einzelſtaaten vorbehalten. Aber es bedeutet doch eine gewaltige Stärkung des unitariſchen Gedankens, daß auf einem Gebiete, das bisher die partikularen Gewalten als ihre eigenſte Domäne angeſehen hatten, der Reichsgedanke als das dominierende Prinzip anerkannt wird. Darüber hinaus iſt es von dem größten Wert, wie für den inneren Frieden des deutſchen Volkes, ſo für den Beſtand der Koalitionsregierung, daß in den Fragen, die gleichſam einen der böſeſten innerpolitiſchen Wetterwinkel bedeuteten, eine gegenſeitige Verſtändigung angebahnt iſt. Bisher mußte man immer fürchten, daß die Koalition zwiſchen Mehrheitsſozialiſten, Demokraten und Zentrum, die nun einmal auf lange hinaus die einzig gegebene iſt, und die allein zu einer Konſolidierung unſerer zerrütteten Verhältniſſe führen kann, über kurz oder lang über den Kultusfragen in die Brüche gehen würde. Jetzt aber iſt die Gewähr für ihre Dauer und damit für ſtabile Verhältniſſe nicht bloß im Reiche, ſondern auch in Preußen und anderen Einzelſtaaten eine um vieles größere. Schließlich fällt noch ins Gewicht, daß auch die Kirche ſelbſt, der ſtaatlichen Bevormundung entkleidet, die ihr ſo ungeheuer geſchadet hat, aber auch vor religionsfeindlichen Eingriffen à la Adolph Hoffmann geſchützt, freier und ſelbſtändiger als je daſtehend, ſich im Sinne einer wahren Volkskirche entfalten *kann*. Sie hatte ihren Einfluß auf die breiten Maſſen der Arbeiterſchaft faſt ganz eingebüßt, vor allem doch, weil ſie eine Staatskirche war; jetzt kann ſie mit neuen Kräften daran gehen, das nicht ohne eigene Schuld verlorene Terrain zurückzugewinnen.

Heute darf die Kirche darauf rechnen, daß auch der Sozialdemokratie die gewaltige Bedeutung des echt chriſtlichen Grundſatzes ora et labora aufgeht. Nur durch eine Ethiſierung, wenn man will durch eine Chriſtianiſierung der breiten Volksmaſſen, die durch die 4½jährige Dauer des Weltkrieges ſo entſetzlich materialiſiert, ja vielfach geradezu demoraliſiert ſind, kann der neue deutſche Volksſtaat zur inneren Geſundung, zu wirklicher Lebenskraft geführt werden. Zu dieſem Zweck müſſen ſich Chriſtentum und Sozialismus, die ja im innerſten Grunde weit weſensverwandter ſind, als ſie beide Worte haben wollen, müſſen ſich Kirche und Sozialdemokratie als die Träger beider Mächte vorurteilslos und ehrlich die Hand reichen. Der Grund dazu iſt in den Weimarer Kultusdebatten gelegt; möchte in den bevorſtehenden Plenarverhandlungen der Nationalverſammlung dieſer Grund noch befeſtigt und erweitert werden!

Das Lohnproblem in der Revolutionswirtſchaft

Von Waldemar Zimmermann, Berlin

In dem allenthalben wiederholten Worte: „die Revolution iſt in eine große Lohnbewegung ausgeartet“ liegt natürlich viel Wahrheit und viel herbe

Kritik. In der Tat müſſen alle Idealiſten, die im Sozialismus die Auswirkung eines ſittlichen Gedankens, die freigewollte Einordnung des Ich in den Dienſt der Geſamtwohlfahrt, auch auf wirtſchaftlichem Gebiete, erblicken, bitter enttäuſcht ſein über die Traveſtierung des Sozialismus durch die ſogenannte ſozialiſtiſche Revolution. Mit ſtolzen Edelworten auf den Lippen hat ſich der wirtſchaftliche Egoismus gerade in den Arbeitergruppen, die ſich als Bannerträger des Sozialismus bisher gegenüber dem „Profit-Kapitalismus“ fühlten, ſchnöde und nackt breitgemacht; jede Gruppe ſucht ſich auf Koſten des Ganzen zu bereichern. Dieſe Beobachtung mag viele Idealiſten in ihrem ſittlichen Optimismus ſo ſchwer kränken, daß ſie ſich von der ganzen Revolution als einer großen Erpreſſerbewegung mit verhülltem Haupt abwenden.

Die ſittliche Entrüſtung verleitet aber leicht zu einer einſeitigen Beurteilung der unſchönen Erſcheinung. Wahrſcheinlich würden wir *auch ohne Revolution*, bei normalem Ausgang des Krieges, nach der Heimkehr der Krieger ähnliche Lohnbewegungen erlebt haben, genau wie ſie England, Amerika und Frankreich, ſoweit hier die Militärdiktatur ein Aufbegehren geſtattet, in ſtarkem Maße erleben. Die Heimkehrer wollen ihre zu Hauſe gebliebenen Berufsgenoſſen, die großenteils im letzten Jahre beſonders hohe „Kriegsgewinne“ eingeſteckt haben, nicht allein die Früchte der Kriegswirtſchaft genießen laſſen, ſondern ſich nachträglich ſchadlos halten. Dazu treibt ſie zum Teil auch die Not; ſie finden eine abgeriſſene Häuslichkeit und zum Teil wahnwitzig hohe Preiſe vor. Sie haben auch Angſt vor der allgemein zunehmenden Arbeitsloſigkeit und dem zermürbenden *Hunger*. Da heißt es für ſie, ſich heranhalten und zugreifen, ſolange noch etwas zu holen iſt. Hier machen ſich die harten wirtſchaftlichen *Waffenſtillſtandsbedingungen* geradezu als ſoziales Verhängnis fühlbar, indem ſie die durch die Kriegsrevolution geſchaffene Pſychoſe unheimlich verſchärfen. Und ſelbſt diejenigen Arbeiter, Angeſtellten und Beamtengruppen, die mit lauterem Verſtande und Pflichtbewußtſein die Lohntreibereien der „Revolutionsgewinnler“ zunächſt ablehnten, wurden ſchließlich vielfach in den immer weiter greifenden Strudel *mit hineingezogen*, teils gewaltſam durch den Terror einer Handvoll radikaler Berufsgenoſſen, teils inſtinktiv durch das dumpfe Gefühl: wer heut nicht ſeine Ellenbogen gebraucht, der wird niedergetreten und kommt bei der jetzigen wirtſchaftlich-ſozialen Umſchichtung vollends unter die Räder. Ein Vergleich der mittleren Beamtengehälter mit gewiſſen Lohnforderungen von gelernten, ja auch ungelernten Arbeitern mußte vielfach erregend wirken.

Die Tendenz der Lohnbewegungen in der Revolution geht bei den großſtädtiſchen und Schwerinduſtrie-Arbeitergruppen, die durch gewerkſchaftliche Organiſationszucht, Vertragspolitik und volkswirtſchaftliche Einſicht ſich nicht beſchränkt fühlen, dahin, den Tagesverdienſt bei achtſtündiger Arbeitszeit auf etwa 20 Mark für den Arbeiter über 21 Jahre zu treiben. Die Verkürzung der Arbeitszeit infolge der überſtürzten Demobilmachung und der Notwendigkeit, die Arbeit zu ſtrecken und auf möglichſt viele Arbeitſuchende zu verteilen, hätte nur eine Steigerung des Stundenlohns um 14 bis 25 Prozent nötig gemacht, um das Arbeitseinkommen auf der alten Höhe zu erhalten. Nun aber fielen gleichzeitig vielfach die hohen Akkord- und Überſtundenmehrverdienſte infolge der allgemeinen Arbeitsſtreckung fort. Vor allem aber mußten in den meiſten Fällen die Ehefrauen und Mädchen, die bisher ſtark mitverdient hatten, den Männern das Lohnfeld räumen. Das Familieneinkommen, an deſſen Höhe ſich der Haushalt gewöhnt hatte, ſucht der Hausvater nun durch entſprechende Steigerung ſeiner eigenen Lohnanſprüche ſelber zu erzielen. Daher die Tendenz zur Erlangung des obigen Tagesverdienſtes in den Großſtädten, wo auch die Erwerbsloſenunterſtützung für die arbeitsloſe Familie unter dem Einfluß des Demobilmachungsamts und der Arbeiter- und Soldatenräte entſprechend hoch geſtaffelt wurde.

Allerdings läßt jene Lohntendenz keinen ſicheren Schluß auf die allgemeine tatſächliche Lohngebarung zu. Während die gelernten Berliner Metallarbeiter und Eiſenbahnwerkſtättenarbeiter einen Mindeſtſtundenlohn von 3,50 Mark tariflich feſtlegen wollten, alſo bei achtſtündiger Arbeit reichlich 25 Mark Tagesverdienſt anſtreben, begegnen wir in manchen ungelernten Berufsgruppen auch der Großſtädte noch Tagesverdienſten, die hinter der Summe der Erwerbsloſenunterſtützung für eine mehrköpfige Familie — in Berlin, Hamburg, Bremen, Stuttgart handelte es ſich bis vor kurzem um Beträge von 12,50—15 Mark — mehr oder weniger zurückbleiben und die Beſchäftigten vor die Frage ſtellen, ob ſie nicht ihr Einkommen durch Nichtstun etwas ſteigern ſollen. Daneben kommen, zumal in den Schreibberufen, noch förmliche Hungerlöhne vor. Außerhalb der großen Induſtriezentren mit ihren radikalen Arbeiterbewegungen haben ſich die Löhne auch nach der Revolution vielfach in den hergebrachten kriegswirtſchaftlichen Bahnen gehalten, ohne daß etwa immer der Teuerungsunterſchied in der Lebenshaltung den Lohnunterſchied erklärte. So ſteht z. B. der Stundenlohn für gelernte Arbeiter in Halle um etwa 1,50 Mark niedriger als in Berlin. Weiter draußen in Orten mit billigerer ländlicher Verpflegung erinnern die Löhne bisweilen noch an Friedensſätze, mit etwa 50 Prozent Aufſchlag, z. B. auch bei manchen Textilarbeitern, während die charakteriſtiſchen Revolutionslöhne der Hauptplätze etwa 200 Prozent über den Friedensſätzen ſtehen. So iſt es denn erklärlich, wenn ſelbſt in gut organiſierten, tariflich geregelten Gewerben auch jetzt noch Lohnſpannungen zwiſchen den einzelnen Plätzen vorkommen von 1,15 bis 2,30 Mark Stundenlohn, wie im Zimmerergewerbe. Ähnlich liegt es im Buchdruckgewerbe. Die Willkürlichkeit der Lohngeſtaltung, die uns die Kriegswirtſchaft mangels jeglicher ſyſtematiſchen Lohnpolitik gebracht hat (während ſonſt jede Kleinigkeit „organiſiert“ wurde), iſt in der Revolution grotesk geworden.

Dieſe „größte Lohnbewegung der Wirtſchaftsgeſchichte“ erleben wir in einer Zeit krankhafter Arbeitsloſigkeit. Das iſt es, was dieſer Erſcheinung ein beſonders bedenkliches Gepräge gibt. Ja, wenn es ſich bloß darum handelte, daß die Arbeiter mit ihren hohen Lohnforderungen den großen Kriegsgewinnbetrieben die aufgeſpeicherte Beute etwas erleichterten und ſtockendes Geld unter die Leute brächten, ſo wäre das ein privatkapitaliſtiſcher Aderlaß, der den Sozialökonomen nicht eben aufzuregen brauchte. Ein anderes Geſicht gewinnt die Erſcheinung aber da, wo die Lohnforderungen weit die geldliche Leiſtungsfähigkeit eines Unternehmens überſteigen und es zum Bankerott treiben. Bei den Siemensunternehmungen in Charlottenburg hätte die Zahlung der geforderten Lohnerhöhungen nach der Revolution etwa 70 Millionen Mark mehr im Jahre, als bei den Kriegslöhnen von 1918 ausgemacht, die etwa 208 Millionen Mark gegenüber 113 Millionen Mark Friedenslohnausgaben betrugen. Die bei der A.-G. „Weſer“ im November 1918 verlangte Verdoppelung der Löhne hätte das bisherige Jahreseinkommen der Firma um 15 Millionen Mark überſtiegen. Bei der Berliner A.-G. Julius Pintſch betragen die monatlichen Mehrausgaben für Löhne ſeit der Revolution 600 000 Mark, während der durchſchnittliche Reingewinn der Firma während der letzten Jahre 1,1 Million Mark war; ihre Betriebe arbeiten alſo gegenwärtig mit direktem Verluſt. Dieſe Beiſpiele ſtehen hier für viele. Wie lange ſolche Firmen noch die erforderlichen Bankkredite erhalten, iſt eine Frage, die ſchließlich auch die Arbeiter der Betriebe angeht.

Weit über den privatwirtſchaftlichen Intereſſenkreis hinaus gewinnt der Widerſpruch zwiſchen Lohnkonto und Ertragsfähigkeit des Unternehmens tiefgreifende ſozialwirtſchaftliche Bedeutung bei allen den Betrieben, deren Erzeugniſſe für die Geſamtwirtſchaft der Verbraucher und Weiterverarbeiter von elementarer Unentbehrlichkeit ſind, ſo bei den Kohlen- und Eiſenwerken, bei den Eiſen- und Straßenbahnen. Aber ſchließlich gehört ja jedes Gewerbe mit einem Teil ſeiner Leiſtungen in dieſen Bereich; man denke nur an das Baugewerbe, die Bäckerei, die Landwirtſchaft. Während die obengenannten Feinfabrikationsinduſtrien ihre Verluſte, ſolange es geht, ſelbſt zu tragen ſuchen müſſen, überwälzen die unentbehrlichen Grundſtoffgewerbe die Lohnlaſten mit entſprechenden Aufſchlägen auf die Geſamtwirtſchaft, und nun beginnt jener wahnſinnige Schraubenzirkel, daß die daraus folgende Verteuerung aller Erzeugniſſe immer wieder auf den Arbeiterhaushalt zurückſchlägt und den Arbeiter zu neuen Lohnforderungen treibt. In den Unterſuchungen über „die geſunkene Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherſtellung“, die ich im

Auftrage der „Geſellſchaft für Soziale Reform“ herausgebe, iſt dieſer ſozialwirtſchaftliche Totentanz gründlich gekennzeichnet worden.

Im Kohlenbergbau haben ſich die Verhältniſſe bereits derart zugeſpitzt, daß bei der bevorſtehenden Sozialiſierung für die Gemeinwirtſchaft vielleicht nur noch Zubußen anſtatt Überſchußerträgen in Frage kommen, wenn man den Durchſchnitt zieht. Der Aufruf des geſamten preußiſchen Staatsminiſteriums an die oberſchleſiſchen Bergarbeiter iſt bezeichnend. Seit der im November 1918 erfolgten Erhöhung des Häuerverdienſtes von 12 auf 18,40 Mark je Schicht ſtehen die Selbſtkoſten für die Tonne Kohle um 25 Mark höher als die erzielten Einnahmen, ja in manchen Gruben ſogar um 40 Mark je Tonne höher. Denn gleichzeitig mit der Lohnſteigerung und der Arbeitszeitverkürzung iſt die Arbeitsleiſtung faſt überall zurückgegangen, ſo in Oberſchleſien von 16 auf 10 Zentner je Kopf. Die ſtändigen Streikſtörungen, die im Ruhrrevier z. B. von November bis Februar einen Ausfall von 1,7 Millionen Schichten (im Lohnwert von etwa 23 Millionen Mark) verurſacht haben, ſprechen dabei natürlich mit, und nicht minder die Notwendigkeit, die während des Krieges arg vernachläſſigten Ausrichtungs- und Verbauarbeiten auf den Strecken, bei denen keine Kohlenförderung abfällt, nachzuholen. Gleichwohl wird dem perſönlichen Leiſtungsrückgang der einzelnen Arbeitskraft, ſo auch in der Eiſen- und Maſchineninduſtrie, der Hauptanteil an der Minderproduktion beigemeſſen. Die Rheiniſchen Stahlwerke in Duisburg-Meiderich melden einen Rückgang der monatlichen Roheiſen- und Stahlerzeugung von 45 000 Tonnen und 57 000 Tonnen im Oktober 1918 auf 22 800 Tonnen und 28 000 Tonnen im Januar 1919, bei gleichzeitiger Steigerung der Löhne und Gehälter von 2 477 000 Mark auf 3 042 000 Mark im Dezember und 2 927 000 Mark im Januar. Auf der Tonne Rohſtahl laſteten alſo im Januar 128 Mark Löhne und Gehälter gegenüber 43,50 Mark im Oktober 1918 (und 16 Mark in 1913/14). Dieſe Rechenexempel ließen ſich noch für einige andere Gewerbe, ſo z. B. beſonders draſtiſch für die Berliner Straßenbahnen und die Staatsbahnen, weiterführen. Die Zahlen mögen im einzelnen ungenau und vielleicht etwas übertrieben ſein, da man auf Lohnkonto mancherlei verbuchen kann, aber ſie verlieren dadurch nicht an ſymptomatiſchem Wert.

Die Preiſe der unter dieſen Bedingungen gewonnenen Erzeugniſſe reden eine beweiskräftige Sprache für die Tatſache und die Wirkung der hohen perſönlichen Geſtehungskoſten. Keine Zeit der deutſchen Volkswirtſchaft hat eine ſo wahnwitzige Verteuerung aller elementaren Bedarfsdinge aufzuweiſen wie die vier Monate ſeit der Revolution. Die Kohle, die während der vier Jahre des Krieges insgeſamt um 11,80 Mark die Tonne im Preiſe anzog, iſt am 1. Januar 1919 um 14,50 Mark plötzlich emporgeſchnellt, und zum 1. April 1919 droht ein weiterer Hochſprung von — 20 Mark! Beim Koks verzerren ſich die Preisziffern noch grotesker. Kein Wunder, daß der Preis für Stabeiſen, der Herbſt 1918 „erſt" auf 235 Mark ſtand (gegen 93,50 Mark im Frieden), bald auf 335 Mark ſchnellte und gegenwärtig um weitere 100 Mark erhöht werden ſoll. Die Preisfolgen für Bleche, Drähte, Schrauben uſw. kann ſich jeder an den Fingern abzählen. Die Verteuerung der Kohle und des Eiſens wird vor allem dem Wohnungsbau, deſſen Koſten ſich für den Quadratmeter bebaute Fläche ſeit Februar 1914 in Berlin um 300 Prozent für gewöhnliche vierſtöckige Mietshäuſer und um 320 Prozent für herrſchaftliche Häuſer geſteigert haben, noch weiter belaſten, ſo daß alle Träume von billiger Siedlung zerrinnen müſſen. Der Preis für Ziegel z. B. iſt in den Revolutionsmonaten um weitere 50 Prozent heraufgeſetzt worden, und ähnlich die Preiſe auf anderen Gebieten, z. B. für Glas um 30 bis 40 Prozent, für Porzellan um 36½ Prozent, für Papier um 12½ bis 17½ Prozent. Natürlich ſpielt neben den geſteigerten Arbeitskoſten auch die auf Schwierigkeit und Knappheit der Zufuhren geſtützte Spekulation eine böſe Rolle. So iſt Holz jetzt kaum noch zu bezahlen. Die Preiſe für Wolle ſind ſeit der Revolution um 50 bis 80 Prozent, je nach der Sorte, erhöht worden, und wo der geprieſene „freie Handel" ſich nach Beſeitigung der Höchſtpreiſe wieder ſegensreich betätigen kann, da erlebten wir Sprünge von 185 Mark (Höchſtpreis November 1918) auf 600 Mark bei Altkupfer, von 500 Mark auf faſt 3000 Mark bei Zinn, von 2 Mark auf 14 Mark für Rohfelle, von 2 bis 3 Mark auf 12 bis 15 Mark bei Tierhaaren (im Frieden 50 bis 60 Pfennig das Kilogramm) uſw. Beim Leim hat der Verbraucher an Stelle des auf 240 Mark herabgeſetzten Erzeugerpreiſes trotzdem 495 Mark zu zahlen, weil der Großhändler 450 Mark verlangt, uſw. uſw. Dieſe Rohſtoff- und Halbzeugpreiſe muß man neben der Lohnentwicklung der Revolutionszeit kritiſch betrachten, um das Urteil über die wirtſchaftlichen Revolutionsausbeuter und die Hemmniſſe unſeres wirtſchaftlichen Wiederauflebens richtig abzuwägen. *Nicht die Löhne nur treiben die Preiſe, ſondern auch die Preiſe treiben die Löhne oder höhlen ihre Kaufkraft völlig aus.*

Das gilt auch für das wichtigſte Bedarfsgebiet des Lohnarbeiters, für die *Lebensmittelverſorgung*. Noch nie iſt der Koſtenindex für den Nahrungsbedarf der vierköpfigen Schwerarbeiterfamilie, auch wenn man bloß die rationierten Lebensmittel berückſichtigt, ſeit 1. Auguſt 1914 binnen vier Monaten ſo angeſchwollen wie im Revolutionsdrittel, trotz des „unabhängigen" Ernährungsminiſters. Der rationierte Bedarf, der im Frieden knapp 9 Mark gekoſtet hätte, hatte ſich in Berlin bis auf 20,18 Mark im Oktober 1918 verteuert. Im Februar 1919 war er bereits auf 23 Mark verteuert; für März fehlen zwar noch die Zahlen, aber die Steigerung hielt kräftig an, und die neueſten Forderungen der

Bäckergehilfen in Berlin bewirken eine Weiterverteuerung des Brotpfundes um 9 Pfennig. Das ſchlimmſte aber ſind die Preisorgien für die Schleichhandelswaren, die zügel- und ſchamloſer als je den Markt beherrſchen und die Wirkung der Preisbildung für die rationierten Lebensmittel zum großen Teile eitel machen.

Das Facit: Preistreiberei und Lohntreiberei ſchrauben ſich gegenſeitig ſchier ohne Ende. Die Geldentwertung ſchreitet, da gleichzeitig die Gütervorräte nicht wachſen, ſondern bei der Zermürbung vieler Wirtſchaftskräfte eher noch abnehmen, während die Banknotenpreſſe immer mehr Papier frißt, in bedenklichem Maße fort: Inflation im Innern, Kursrückgang der Reichsmark im Auslande ſind weitere Folgen. Die vom Ausland zu beziehenden Lebensmittel und Rohſtoffe, die wir für die Wiederbelebung der deutſchen Wirtſchaft brauchen, werden für uns immer unerſchwinglicher, und die auf dieſer Grundlage erzeugten Waren müſſen wieder erhöhte Preiſe bedingen . . .

Ob wir nun ſozialiſtiſch oder kapitaliſtiſch wirtſchaften — an dieſen Zuſammenhängen ändert keine kommuniſtiſche Deklamation und kein Betriebsrat etwas — es ſei denn, daß der Kommunismus auch das geſamte Ausland in ſeine Gewalt nimmt: Dann iſt die Entwertung und der Mangel in ganz Europa allgemein. Dieſer Troſt hat allerdings auch nichts Erhebendes. Man wird ſich nach anderen Auswegen umſehen müſſen, um der Lohn- und Preisnot abzuhelfen. Es ſind keine Geheimrezepte, die die Kur einleiten, ſondern zwei einfache Hausmittel: wir müſſen mehr arbeiten, wozu die bevorſtehende Verbeſſerung der Ernährung hoffentlich verhilft, und wir müſſen ſyſtematiſch zwangsmäßig Preiſe und Löhne gleichzeitig abbauen. Die Erörterung der Wege dazu, über die ich mich an anderer Stelle geäußert habe, würde hier zu weit führen.

Zur gefl. Beachtung:

Der heutigen Nummer liegt ein Proſpekt der Firma Paul Kittel, Hiſtoriſcher Verlag, Berlin SW., Yorckſtr. 13, bei, über das jetzt erſcheinende hochaktuelle Lieferungswerk „Revolution 1789—1918“ von Julius Hoppenſtedt, der für unſere Leſer von Intereſſe ſein wird. Wir bitten um deſſen Beachtung.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen J. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 25. April 1919 * Heft 17

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Als ſich im Januar die wenig tauſend Mann ſtarken bolſchewiſtiſchen Streitkräfte Riga näherten, dampften die engliſchen Kriegsſchiffe aus der Düna ab und gaben die Stadt mit den 300 000 Menſchen dem Schickſal preis, das jedermann vorherſah. Vor der Abfahrt hatten ſie noch die Kaſerne einer lettiſchen Abteilung, die zu den Bolſchewiſten übergehen wollte, mit Bomben belegt und der baltiſchen Landeswehr, die feſt darauf vertraute, die Engländer würden zum Schutze der Stadt dableiben, die Exekution der Meuterer anbefohlen. Natürlich hatte das die Rache der Bolſchewiſten zur Folge, nachdem die Preisgabe Rigas durch den engliſchen Admiral erfolgt war. Seitdem ſind die Zuſtände in Riga über jede Beſchreibung furchtbar geworden; täglich werden gegen hundert Menſchen ermordet. Die Ausgrabungen der Hunderte von Leichen in Mitau hat gezeigt, daß die „Verurteilten" von den Bolſchewiſten zum Teil noch lebend in die Grube geſtoßen worden. In Riga wird es ähnlich ſein. Mit Gewehren bewaffnete Weiber durchziehen die Straßen, und wenn ein Menſch ihnen begegnet, der noch anſtändig gekleidet iſt, ſo werden Stiefel, Rock und Mantel ausgezogen und die Taſchen ausgeräumt. Ganze Straßenzüge der beſſeren Stadtteile werden Haus für Haus von den Bewohnern entleert. Die Unglücklichen, die aus ihrer Behauſung vertrieben ſind, werden ohne Nahrung und Mittel auf die Düna-Inſel Haſenholm gebracht und in leere Speicher zum Verhungern eingeſperrt. Die in Kurland kämpfenden deutſchen, baltiſchen und lettiſchen Kräfte können Riga nicht befreien, weil ſie zu ſchwach ſind, um unter dem feindlichen Feuer die einen Kilometer breite Düna zu überſchreiten. Ein engliſches Kriegsſchiff würde genügen, um den Übergang zu decken. Das ruhmreiche und menſchenfreundliche England aber, in dem es Leute genug gibt, denen die grauſigen Zuſtände in Riga bekannt ſind, rührt ſich nicht. Deutſche Kreuzer können nicht hinfahren, weil ſie auf engliſchen Befehl in den Oſtſeehäfen abgetakelt liegen müſſen. Gibt es nicht auch ein Hunnentum des kaltherzigen Geſchehenlaſſens?

*

Frankreichs Appetit auf das Saargebiet ſoll jetzt durch eine „Abſtimmung nach fünfzehn Jahren“ mit Wilſons 14 Punkten in Einklang gebracht werden. Das iſt natürlich nichts weiter, als frecher Hohn auf die amerikaniſchen Grundlagen. Wir wollen hier ganz davon abſehen, daß in ihnen nur vom „Wiedergutmachen des Unrechts von 1870“ die Rede iſt, worunter natürlich nur Elſaß-Lothringen nicht aber das Saargebiet, das alter deutſcher Beſitz iſt, verſtanden werden kann. Aber ganz abgeſehen davon, kann doch nur von einem Selbſtbeſtimmungsrecht die Rede ſein bei Gebieten, wo eine fremde Bevölkerung wider ihren Willen einem Staate angegliedert worden iſt. Hier aber ſoll rein deutſches Gebiet gewaltſam vom Volkskörper abgeſchnürt und dieſem Verbrechen gegen den Geiſt des Selbſtbeſtimmungsrechts ſoll ſpäter durch eine Abſtimmung ein Schein der Legitimität gegeben werden. Solange die franzöſiſchen Kohlenbergwerke nicht arbeiten können, ſolange werden wir die Saarkohle zur Wiedergutmachung liefern müſſen — ſobald aber die franzöſiſchen Werke wieder in Betrieb geſetzt worden ſind, muß dieſe Verpflichtung automatiſch aufhören. Politiſch dagegen darf auf keinen Tag die Verbindung zwiſchen Deutſchland und dem Saargebiet unterbrochen ſein.

*

Die Iſolierung Münchens, die von uns kürzlich als der faſt einzige Ausweg aus der bayeriſchen Wirrnis genannt war, iſt inzwiſchen eine böſe und grauſame Wirklichkeit geworden. Die völlig demoraliſierte Garniſon, deren militäriſche und moraliſche Auflöſung ein Verſchulden der Eisnerſchen Zeit geweſen, iſt in kämpfende Banden zerfallen, bei denen die Überſicht fehlte, für wen eigentlich zu kämpfen ſie bereit waren. Putſche, Verhaftungen, Gewaltenſturz wechſelten miteinander — die Regierung Hoffmann iſt jetzt gezwungen, die Waffenbereitſchaft des bayeriſchen Volkes anzurufen. Sie verhandelt mit Württemberg, um Unterſtützung zu erhalten, der bayeriſche Partikularismus muß ſich bereit erklären, Unterſtützung vom Reich anzunehmen. Die Politik der ſouveränen Koketterien rächt ſich bitter — ein paar Literaten können jetzt die bayeriſche Staatshoheit mißbrauchen, um internationale Clownereien aufzuführen. Hoffentlich iſt dieſe furchtbar ernſte Wendung eine Warnung für den Geiſt, in dem künftige bayeriſche Politik geführt werden ſoll.

Der Weg zum Weltfrieden?

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Frage des Weltfriedens iſt die Frage des Sieges über den Bolſchewismus, und diejenige Stelle auf der Welt, wo der Triumph oder die Niederlage des Bolſchewismus ſich entſcheidet, iſt Deutſchland. Kommt Deutſchland unter die bolſchewiſtiſche Welle, ſo wiederholt ſich das Schauſpiel des Unterganges der Kultur aus den Tagen der Völkerwanderung, nur daß ſich auf Jahre oder höchſtens Jahrzehnte zuſammendrängen würde, was damals ein Prozeß von Jahrhunderten war. Auf jeden Fall herrſcht Einigkeit darüber, daß nach der Überflutung Deutſchlands auch Frankreich, England und alle übrigen europäiſchen Gebiete verloren wären. Nicht einmal von Nordamerika und Auſtralien ließe ſich ſicher vorausſagen, daß ſie bewahrt blieben.

Wenn man fragt, *wodurch der Bolſchewismus als Welterſcheinung geſchaffen worden iſt, ſo muß die Antwort lauten: im Grunde durch den imperialiſtiſchen Kriegs- und Eroberungswillen der Entente.* Der Bolſchewismus nahm ſeinen Urſprung in Rußland. Die ruſſiſche Revolution vom Frühjahr 1917 war urſprünglich als eine Aktion der ruſſiſchen demokratiſchen Kriegspartei im Bunde mit der Entente, ſpeziell mit England angelegt. Der Zarismus hatte den Glauben an den Sieg verloren und drohte, zum Frieden, dem gefürchteten Sonderfrieden mit Deutſchland, abzufallen. Um das zu verhindern, einigten ſich die bürgerliche Linke in der Duma und Herr Buchanan, der engliſche Botſchafter, auf das Programm, dem Zaren ein „Miniſterium des öffentlichen Vertrauens“, d. h. ein auf die Fortführung des Krieges eingeſchworenes parlamentariſches Regime, aufzunötigen, und wenn er nicht wollte, ihn durch einen geeigneteren Romanow zu erſetzen. Der Plan glückte aber von vornherein nicht, weil die ſozialiſtiſchen Revolutionäre, die Arbeitervertreter unter Kerenski, als die Revolution ausbrach, das Heft in die Hand nahmen und den innerpolitiſchen Kurs ſofort viel weiter nach links drehten, als urſprünglich beabſichtigt war.

Die demokratiſche liberale Revolution wollte den Krieg; die ſozialiſtiſche Revolution wollte anfangs den Frieden, nicht den Sonderfrieden mit Deutſchland, aber doch den Frieden an ſich. Da gelang es der Entente, Kerenski und mit ihm die vorläufig ſtärkſte Kraft in der Revolution für die Fortſetzung des Krieges zu gewinnen. Von Weltfriedensverhandlungen war nicht mehr die Rede. Die

Kraft Rußlands war aber ſchon lange überanſtrengt. **Daß die Entente das bereits fiebernde und dem Taumel nahe ruſſiſche Volk erbarmungslos in ihrem Dienſte weiter zum Kriege angepeitſcht hat, das iſt der Grund dafür, daß als Folge der Bolſchewismus in Rußland ausbrach.** Oberflächliche Leute meinen, der Bolſchewismus ſei zum Sieg gelangt, weil Deutſchland Lenin und einigen Genoſſen die Reiſe durch deutſches Gebiet nach Rußland erlaubt hatte. Lenin iſt auf ſeine Weiſe ohne Zweifel ein großer Führer, aber, um den Bolſchewismus ausbrechen und unter den verzweifelten Verhältniſſen, die bei der Weiterfortſetzung des Krieges unter Kerenski in Rußland entſtanden, ihn ſchnell die Oberhand gewinnen zu laſſen, dazu war nicht erſt Lenin nötig. Der Bolſchewismus wäre wahrſcheinlich nicht gekommen, wenn die ruſſiſche Revolution gleich in ihrem erſten Stadium den Anlaß zum Weltfriedensſchluß geboten hätte, das was den St. Petersburger Sozialrevolutionären anfangs vorſchwebte. Die Entente aber wollte auf jeden Fall das koloſſale Spekulationsgeſchäft des Krieges in dem Umfang realiſieren, wie es die bald danach bekannt gewordenen Geheimverträge zwiſchen den Partnern auf ihrer Ententeſeite vorſahen. **Das und nichts anderes** war der Grund für den Sieg des Bolſchewismus; zunächſt in Rußland.

Was iſt überhaupt Bolſchewismus? Iſt er eine beſondere aſiatiſche Spielart des europäiſchen Kommunismus? Iſt er zu erklären durch Einflüſſe des franzöſiſchen Syndikalismus? In einer Broſchüre, auf die ich hiermit die Aufmerkſamkeit unſerer Leſer lenken möchte, und die den Titel führt: „Der einzige Weg zum Weltfrieden“, beantwortet der Generalſekretär der Vereinigung zum Studium des Bolſchewismus, Dr. E. Stadtler, dieſe Frage dahin: Bolſchewismus iſt das äußere Sichtbarwerden des ſelbſttätigen anarchiſchen Zerſetzungsvorgangs, den der Weltkrieg in allen beteiligten Ländern, im einen mehr, im andern vorläufig noch weniger, zur Folge gehabt hat. Dieſe Erklärung läßt ſich annehmen. Der materielle Aufbau, noch mehr aber die moraliſchen Fundamente des Lebens der Völker werden erſchüttert, verlieren den inneren Kitt; die Hemmungen und Hemmungsvorſtellungen ſchwinden und die Kräfte des Trieblebens, der Beſtie, vermiſcht mit unreifen oder dekadenten Theorien, die ſich mit dem Seifenblaſenſchiller eines angeblichen Idealismus umkleiden, brechen aus dem Dunkel, in dem ſie bisher gehalten wurden, ins Tageslicht durch. Es iſt durchaus begreiflich, daß es zuerſt in Rußland zu dieſem Durchbruch aus der anarchiſchen Tiefe kam, denn das Gefüge des ruſſiſchen ſtaatlichen und ſozialen Lebens war der Überanſtrengung durch den Weltkrieg am wenigſten gewachſen. Ebenſowenig wunderbar erſcheint es, daß der Geiſt und die Tendenzen des Bolſchewismus an die radikal-kommuniſtiſche Schule, bei der ſie eine ſtarke Weſensverwandtſchaft zu erblicken glaubten, anknüpften, um eine Verkündungsformel für die Propaganda zu haben.

Gegen die deutſche Politik in Rußland während des Krieges wird wiederholt der Vorwurf gerichtet, ſie habe mit dem Bolſchewismus paktiert und dadurch geholfen, ihn großzuziehen. Sicher, ſo ſtark der Druck der kriegspolitiſchen Lage, die es aufs ſtärkſte forderte, nach irgend einer Seite und mit irgend welchen Mitteln zum Friedensſchluß zu kommen, damals auch war — hätte man gewußt, wie ſtark die innere Zerſetzung unter der Oberfläche auch bei uns ſchon gediehen war, ſo hätte man auf das Friedensexperiment mit Lenin verzichten müſſen. Nur bedeutete das dann Weiterführung des Krieges mit Rußland, denn das Bündnis mit den Kadetten gegen Lenin wäre auf die Dauer für uns kaum weniger gefährlich geworden. Stadtler ſagt nun weiter: 1. Die deutſche Diplomatie hat ſich dem Bolſchewismus gegenüber ohnmächtig gezeigt, weil ſie die Tiefe der Gefahr nicht erkennt und daher bei ihren Verhandlungen mit der Entente, mögen ſie nun nach dem Syſtem Erzberger oder nach dem Syſtem Brockdorff-Rantzau geführt werden, ſich mehr bemüht, für Deutſchland erträgliche Friedensbedingungen zu erlangen, als mit der Entente gemeinſam auf den Boden des Kampfes gegen die unmittelbar und rieſengroß drohende bolſchewiſtiſche Weltgefahr zu kommen; 2. Nicht beſſer ſteht es um die Staatsmänner der Entente, die gleichfalls nicht begreifen, daß die Zurückwerfung des Bolſchewismus unendlich wichtiger iſt, als irgendwelche Deutſchland aufzuerlegenden Friedensbedingungen. Clémenceau hält irrtümlich den Bolſchewismus für die Krankheit der beſiegten Staaten und glaubt, das franzöſiſche Volk könne immun gehalten werden, wenn man von Deutſchland ſoviel Annexion und Kontribution erzwingt, wie zur Heilung der franzöſiſchen Kriegswunden erforderlich ſcheinen; Wilſon glaubt durch ſeine formaldemokratiſche pazifiſtiſche Weltformel auch den Bolſchewismus beſchwören zu können und ſieht nicht, welch eine reale brutale Kraft in der bolſchewiſtiſchen anarchiſchen Völkerbundspredigt ſteckt, die Lenin dem bürgerlich-demokratiſchen Völkerbund des amerikaniſchen Präſidenten entgegenſtellt; Lloyd George endlich kommt gegenüber dem Bolſchewismus nicht über eine virtuoſenhafte, aber kurzſichtige Spielertaktik hinaus, die überhaupt keinen klaren Gedanken enthält. Die franzöſiſche, die engliſche und die amerikaniſche Politik überſehen dabei gleichmäßig, daß der Bolſchewismus nicht etwa nur nach Art einer Krankheitsanſteckung von Rußland auf Deutſchland übergegriffen hat, ſondern daß er in Deutſchland ebenfalls auf Grund der tiefgreifenden anarchiſchen Zerſetzung des deutſchen Lebens durch den Weltkrieg entſtanden iſt und nur die Formen von Rußland geborgt erſcheinen. Auch die deutſche Revolution war bereits in ihrer Grundanlage bolſchewiſtiſch; nur daß die bolſchewiſtiſchen Gewalten bei ihr noch nicht voll zum Durchbruch gelangen konnten. Der Verfaſſer ſchreibt:

> Aus dem Umſtand, daß die Entente gegenüber dem ungeheuren revolutionären Geſchehen, das in Oſt- und Zentraleuropa die politiſche Lage beherrſcht, jegliche Führung preisgibt, ergibt ſich mit einem Worte die Schlußfolgerung, daß die Entente nach dem bisherigen Kurs zur Geſtaltung des Weltfriedens deswegen nicht gelangen kann, weil ſie den Kampf gegen den Bolſchewismus nicht aufnimmt.
>
> Die Weltdiplomatie iſt praktiſch an dem Punkt angelangt, daß ſie den Dingen ihren Lauf läßt, daß ſie nur im Gefühl ihrer Ohnmacht von Tag zu Tag kleine parteipolitiſche und diplomatiſche Erfolge zu erzielen ſich bemüht, um den Ruhm einzelner Staatsmänner mit der proviſoriſchen Beruhigung einzelner Volkskreiſe zu ſichern.
>
> In ihrer wunderbaren Erhabenheit und in ihrem protzenhaften Siegesüberſchwang iſt die Ententediplomatie in Wirklichkeit nichts anderes mehr als ein Werkzeug in den Händen derjenigen politiſchen Macht, welche die ſelbſttätige anarchiſche Zerſetzung des Krieges in den Dienſt ihrer imperialiſtiſchen Weltrevolutionspläne zwängt: in den Händen der Leninſchen Politik . . .
>
> Das Ententeſyſtem bezw. der anglo-amerikaniſche Völkerbund wird von der bolſchewiſtiſchen Anarchie der im Weltkrieg halb oder ganz beſiegten Ententeſtaaten, wie Rußland, Belgien, Frankreich, Italien, Serbien, von innen heraus unterhöhlt. Vor allem aber droht dem Beſtand des Ententevölkerbundes große Gefahr von Seiten derjenigen Staaten, die infolge des anarchiſchen Auflöſungszuſtandes als außerhalb der Gemeinſchaft des heiligen Völkerbundes ſtehend erklärt werden. Da dieſe beſiegten Staaten ganz Zentral- und Oſteuropa umfaſſen, und durch die im Weltkrieg arg bedrückten und im Ententevölkerbund vernachläſſigten neutralen Staaten geſtützt werden, da zudem dieſer anarchiſche Block der Beſiegten und Unterdrückten nicht einfach als Experimentierobjekt imperialiſtiſcher Siegeslaune betrachtet werden kann, muß zwiſchen der Entente und dieſer anarchiſchen Gegenwelt eine ungeheure Spanung entſtehen. Dem Imperialismus der Entente ſtellt ſich der Imperialismus des Bolſchewismus entgegen, ſowohl in der Form der aktiven Auslandspolitik des bolſchewiſtiſchen Kernſtaates Rußland, wie unbewußt in der Form des vom Weltkrieg genährten anarchiſchen Auflöſungsprozeſſes. Der ſiegreiche Ententeblock wird mit anderen Worten durch die Anarchie im Innern und durch den ungeheuren Druck der von Zentral- und Oſteuropa anſtürmenden anarchiſchen Zerſetzungskraft geſprengt und vernichtet, bevor er überhaupt zur Konſolidierung gelangen kann.

Stadtler führt dieſe Gedanken im einzelnen eindrucksvoll und vielfach überzeugend durch. Er ſchildert die geiſtige und ethiſche Zerſetzung der Menſchheit, die ſich keineswegs auf die geſchlagenen Länder beſchränkt. Er kennzeichnet den „Bankerott des Führungsgedankens“:

> Nicht einzelne Monarchen ſind geſtürzt, der Monarchismus und die Heldenverehrung ſind getötet . . . Die Autorität aller führenden Perſönlichkeiten des Weltkrieges iſt tödlich getroffen und wird auch in den ſiegreichen Ländern nicht ſtandhalten, wenn es ſo weitergeht. Die Demokratie der Welt, welche während des neunzehnten Jahrhunderts auf politiſchem Gebiet auch in nicht offiziell demokratiſchen Ländern die Führung hatte,

> geht in der Weltkriegsauflöſung zugrunde, weil das die Demokratie verkörpernde Parteiweſen in der Stunde der Not ſo kläglich verſagt. Und die bolſchewiſtiſchen Führer ſind nur Dämonen des verneinenden Geiſtes.

Das einzige Hindernis, aber falls es beſtehen bleibt, auch das entſcheidende, iſt für den Weltbolſchewismus dies, *daß die deutſche Revolution ihre nationale Selbſtändigkeit behauptet*. Daher richtet ſich die ganze Kraft der ruſſiſchen bolſchewiſtiſchen Organiſation jetzt auf das Ziel, Deutſchland dem bolſchewiſtiſchen Kommunismus Lenins und Trotzkis zu unterwerfen. Mit dieſem Beſtreben einigt ſich die alte inſtinktive Eroberungs- und Unterwerfungsgier des Großruſſentums.

> Hinter dem idealiſtiſchen Kommunismus Lenins verkörpern ſich die reale nationale Kraft des ruſſiſchen Volkes, der alte revolutionäre Panſlawismus und die ganze Erbſchaft des zariſtiſchen Weltmachtſtrebens zu einer neuen Weltmacht . . . Die Sowjetagitatoren werden zu Welteroberern, zu fanatiſchen Miſſionären, zu bezahlten Weltagenten herangebildet,und nach kurzem Rekrutendrill in die Welt hinausgeſandt. *Noch nie hat ein Staat ſo ausſchließlich ſeine geſamten Geldmittel, ſeine ganze Kultur und vor allem ſeinen ganzen „Militarismus“ in den Dienſt eines Welteroberungsplanes geſtellt, wie es der ruſſiſche bolſchewiſtiſche Imperialismus jetzt tut.* Wer das ruſſiſche Volk kennt, weiß, daß es ſich bei dieſer Völkermiſſionierung nicht um eine religiöſe Idee handelt, ſondern um ein nacktes politiſches Machtſtreben, daß ſich zwar einiger Ideen bedient, aber nur ſoweit, als ſie die Werbekraft des Machtſtrebens erhöhen.
>
> In *Deutſchland* gibt es zurzeit kaum einen Ort größerer und mittlerer Art, welchem nicht die *Quartier- und Schrittmacher des bolſchewiſtiſchen Imperialismus* ihrem ruſſiſchen Patriotismus auf Koſten der realen Zukunft des deutſchen Staates und des deutſchen Volkes frönten. Überall Agenten, Agitatoren, gedrillte Redner, Spitzel, Regierungsvertreter, welche insgeſamt die Aufgabe haben, die deutſche Revolution durch den Abgrund der bolſchewiſtiſchen Auflöſung zu führen, um einer Parteigruppe die Herrſchaft zu ſichern, welche dann die hohen Weiſungen des allſlawiſchen Herrſchers, Lenin, getreulich erfüllen wird.

Die ſtärkſte Werbekraft für den Bolſchewismus in Deutſchland, ſagt Stadtler, iſt der Hunger, und wer könnte ihm Unrecht geben, wenn er fortfährt:

> Nun ſtelle man ſich vor, welche ungeheure propagandiſtiſche Kraft davon ausgeht, daß die Entente die Lebensmittellieferungen durch ihre Erpreſſertaktik in ihrer moraliſchen Wirkung ſo entwertet, daß, ſelbſt wenn die Lebensmittel von der Entente jetzt geliefert würden, eine günſtige Rückwirkung auf die deutſche Volksſeele ohne weiteres gar nicht mehr zu erwarten wäre!

Eindrucksvoll iſt die Gegenüberſtellung Lenins, als des genialen Politikers des „Böſen“, und der kurzſichtig-ſchwächlichen Diplomatie auf der bürgerlichen Seite, namentlich bei der Entente. Stadtler hält dafür, „daß in der ganzen Welt zur Zeit kein Staatsmann regiert, der Lenin ebenbürtig wäre“. Vielleicht iſt das etwas ſtark ausgedrückt — vielleicht aber lehrt uns die Zukunft, daß es nicht zuviel geſagt war. Ein Zug zur Tiefe dringenden, politiſchen Erkennens iſt es, daß Stadtler den moskowitiſch-welterobernden Charakterzug im Bilde des ruſſiſchen Bolſchewismus zu ſehen imſtande iſt. Lenin, ſagt er, wird, ſobald er die Zeit gekommen ſieht, die Motivierung der deutſchen Befreiungsfeldzüge in Finnland, im Baltikum, in der Ukraine uſw. umkehren und ſeine Rote Armee dem deutſchen Volk als eine Schutzmacht gegen innere und äußere Not aufdrängen. Diejenigen Deutſchen, die ſich gegen die deutſch-ruſſiſche Verbrüderung unter bolſchewiſtiſcher Führung dann auflehnen, werden die Verräter, die Gegenrevolutionäre ſein, die mit den vereinten Kräften der ruſſiſchen Roten Armee und der deutſchen Rotgardiſten zu bekämpfen ſind. Das wird der Beginn des auf deutſchem Boden zum Austrag gelangenden Krieges zwiſchen Weſt und Oſt ſein, und Lenin wird ſich dann für die von ihm erſtrebte weltrevolutionäre Fortſetzung des Weltkrieges als der Napoleon, der Weltdeſpot des Bolſchewismus, offenbaren.

Aus dieſen Gefahren folgt, daß es keinen anderen Weg zum Weltfrieden gibt, als durch gemeinſame Niederwerfung des Bolſchewismus mit allen noch vorhandenen Kräften ſtaatlicher Macht und ſittlicher Ordnung. Der Entente muß erklärt werden, daß jedes weitere Verhandeln auf der bisherigen Baſis der Waffenſtillſtands- und Friedenspolitik zwecklos iſt, weil dabei zuerſt Deutſchland und dann die Ententeländer in die bolſchewiſtiſche Kataſtrophe hineingleiten. Geht die Entente nicht darauf ein, ſo ſoll Deutſchland ſeine Ohnmacht erklären und dadurch die Entente zur Beſinnung rufen. Der erſte Punkt des Friedensprogramms muß dann der wirkliche Völkerbund, und deſſen erſte Aufgabe, die Intervention gegen die Schreckensdiktatur der bolſchewiſtiſchen Minderheit in Rußland ſein. Rußland, Deutſchland und die übrigen der bolſchewiſtiſchen Auflöſung anheimfallenden Staaten, Öſterreich, Polen, Böhmen, Serbien, Bulgarien uſw. müſſen gleichmäßige und rückhaltloſe Hilfe erhalten. Das ſetzt voraus, daß alle bisher verfolgten Kriegsziele imperialiſtiſcher Natur verſchwinden.

Endlich müſſe, ſagt Stadtler, der Irrtum aufgegeben werden, „daß die Demokratie des neunzehnten Jahrhunderts der wirkſamſte geiſtige Antipode des Weltbolſchewismus ſei". Nicht die Formaldemokratie, „die die Volksſouveränität in die atomiſierte Wahlmaſſe und deren künſtliche Ausleſeform in das Parteiparlament verlegt", könne helfen; vielmehr müſſe eine geiſtige Erneuerung auf politiſchem Gebiet *davon ausgehen*, daß der Aufſtieg der Arbeiterſchaft zur wirklichen Mitherrſchaft, ſtaatlicher wie wirtſchaftlicher, eine fertige Tatſache ſei. Dieſe werde gefährlich durch das Streben der Arbeiter nach Klaſſendiktatur; das Mittel dagegen ſei „Ausbau und Erweiterung des ſtändepolitiſchen Rätegedankens". Mit dieſer Andeutung, deren allgemeiner Sinn ja verſtändlich iſt, mit der wir aber ein neues und weites Feld der politiſchen Diskuſſion zu betreten hätten, ſchließt die Stadtlerſche Schrift. Daß in ihr das Arkanum unſerer politiſchen Zukunft umſchloſſen ſei, iſt heute noch romantiſcher Glaube. Denn was ſich mit der vielberufenen „Verankerung des Räteſyſtems in der Verfaſſung" ankündigt, muß heute als ein ſachlich noch völlig undeutliches Syſtem von Schlagworten erſcheinen.

Rätekongreß

Von Dr. Theodor Heuß

Der zweite Rätekongreß ſollte dazu dienen, die Revolution wieder einmal „voranzutreiben" — der Berliner Vollzugsrat hatte ſeine Einberufung erzwungen, und der Münchener Umſturz konnte als Fanal wirken. Die Tagung iſt verhältnismäßig harmlos verlaufen, ohne den romantiſchen Aufputz der Straßendemonſtranten, die im Dezember von Zeit zu Zeit in den Sitzungsſaal ſtrömten. Der parlamentariſche Brauch blieb gewahrt. Das iſt erfreulich und — aufſchlußreich.

Die Räte-Enthuſiaſten erzählen, dies eben ſei das Weſen des Rätegedankens, daß er den formaldemokratiſchen Parlamentarismus, dieſes bankerotte Syſtem, überwinde, und die unmittelbar geſtaltende Kraft der produktiven Arbeit, aus Beruf und Betrieb heraus, zur Wirkung bringe. Ein frommer Glaube, — einſtweilen hat man aber auch kein anderes Mittel als, im parlamentariſchen Stil zu reden, zu diskutieren, und ſieht man ſich die Leute an, die der Mund des ſchaffenden Proletariats ſind, ſo trifft man auf die alten Berufspolitiker, die zufällig nicht nach Weimar gewählt wurden und jetzt hier die Tribüne ihrer ſchönen Reden finden. Ein Abklatſch von Weimar, vielleicht etwas mehr Temperament, ſicher nicht mehr Geiſt, ſo tiefſinnig und ſo oberflächlich wie ſolche Veranſtaltungen eben ſind.

Die Legitimation der Verſammlung, als die Vertretung der Arbeiterſchaft zu ſprechen, ruht auf den tollſten Unklarheiten eines Wahlrechts der Willkür — einmal wurde nach Bezirken gewählt, wahlberechtigt, wer unter 10 000 Mk. feſtes Arbeitseinkommen bezieht, gleichviel ob er ſonſt Renten oder was haben mag, das anderemal nach Betrieben. Ganz ungenau ſind die Beſtimmungen für das flache Land — zum Glück eben nur ein Redeparlament, das keine verantwortlichen Beſchlüſſe zu faſſen hat, ein breit angelegter Diskuſſionsklub.

Iſt nun aber ein deutlicheres Bild herausgewachſen, was eigentlich der Weg der Entwicklung ſein ſoll? Langſam iſt man dahinter gekommen, daß die ruſſiſche Räte-Idee völlig ideenlos iſt, ein Inſtrument der Gewalt und Dauerrevolution. Die „Unabhängigen" haben ſich des Gedankens bemächtigt, offenbar, um nicht hinter den Kommuniſten zurückzubleiben, ſie ſchwören jetzt auf die Räte, aber die geiſtige Unklarheit, die dieſe Partei auszeichnet, läßt ſie ſchwanken, wieweit neben den „Räten" noch die politiſche Demokratie beſtehen ſoll. Bei den Mehrheitsſozialiſten hat Kaliski ein künſtliches Schema ausgearbeitet, das Wirtſchaftsparlamente neben die politiſche ſetzen will, mit gleichen Rechten, zur Entlaſtung der politiſchen Arbeit von wirtſchaftlichen Fragen und umgekehrt. Daß dies Ziel erreicht werde, ſcheint zweifelhaft genug; vermutlich wird umgekehrt in alle Wahlen zu Wirtſchaftskörpern, denen politiſche Rechte zugewieſen werden, die politiſche Einſtellung zerſpaltend und zerſetzend einwirken. Das gehört nicht zur Theorie, ergibt ſich aber aus der Praxis. An einem aber ſind die Architekten des Wirtſchaftsparlaments bislang entſchloſſen vorbeigegangen, nämlich an der Kernfrage: wie wird das Zahlenverhältnis der einzelnen Berufsarten feſtgeſetzt? Iſt die Grundzahl der Berufsgenoſſen der Schlüſſel des prozentualen Anteils? Oder wird eine Verhältnisziffer gefunden? Welche? Die Zuſammenſetzung dieſer Körperſchaft wird zur Machtfrage und damit jener ideell-moraliſchen Wirkungen entkleidet, auf die die Vorkämpfer ſo großen Wert legen. Der Reichsminiſter Wiſſell hat ganz recht, wenn ihm dieſe ganze Rätegeſchichte noch reichlich unklar erſcheint. Aber „verankert" wird ſie doch. Weil ſich die Welt in das Wort „verankern" verliebt hat.

Nun aber war intereſſant, wie der Rätekongreß auch auswärtige Politik machte — da Cohen-Reuß ſich auf Erzberger warf, (und Erzberger bietet ja Angriffsflächen genug), bekam er den Kongreß für ſeine bekannte „kontinentale" Politik hinter ſich. Die Verſammlung merkte es gar nicht, daß ſie einem verkappten Imperialismus zujubelte — denn Cohen und ſeine Freunde, während des Krieges „öſtlich orientiert", Freunde des antiengliſchen Ruſſenbündniſſes, ſetzen jetzt mit Leidenſchaft die Verſtändigung mit Frankreich auf ihr Programm — das wie wir und Rußland das gleiche anti-angelſächſiſche Intereſſe habe. Und hageldicht fällt es auf die Regierung, daß ſie dieſe Politik der Ausſöhnung mit Frankreich nicht lebhaft, weitausſchauend betreibe — Frankreich iſt, ſo erfahren wir, wohlwollend, Clemenceau will uns ernähren, die deutſchen Eiſenbahnwagen ſollen für Lebensmitteltransporte aus Frankreich benutzt werden. Wahrlich ſenſationell genug! Das deutſche Volk irrt ſich, wenn es an den Haß der Franzoſen glaubt — es muß freilich Elſaß-Lothringen, ohne mit der Wimper zu zucken, preisgeben, es muß das weiteſte Verſtändnis bereitſtellen, daß Frankreich an der Saarkohle ſich ſchadlos halten will. (Und es muß natürlich auch vergeſſen, daß von Paris aus Warſchau und Prag immerzu das Signal für antideutſchen Imperialismus erhalten. Und daß Frankreich in Wien offiziell intriguiert. Und daß es gegenüber den Peinigern unſerer Gefangenen etwas wie einen Ehrenſtandpunkt gibt.)

Uns ſcheint, der Rätekongreß wäre die richtige Stelle geweſen, zu ſagen: in dieſem Augenblick hat Deutſchland keinen Anlaß, der Kombination neuer Weltkoalitionen nachzuhängen, und am wenigſten der, die uns wirtſchaftlich und kreditmäßig, an Rohſtoff für den Neubetrieb unſerer Induſtrie, nicht das geringſte bieten kann. Es iſt ſchön, hohe Politik zu machen. Wichtiger im Augenblick iſt, daß wir in den nächſten Jahren irgendwie leben und arbeiten können, ohne Millionen Menſchen zu verlieren. Die beſte Auslandspolitik, die einzige faſt, die wir gegenwärtig zu treiben haben, iſt moraliſcher Natur — nämlich ein anſtändig arbeitendes Volk wieder zu werden. Der „Räte-Gedanke", der „nicht mehr aus dem Geiſt des deutſchen Volkes zu reißen iſt", hat bisher für die Arbeitsmoral nichts, gar nichts geleiſtet, aber eine neue Legion von Schwäßern und das herrliche Syſtem der ewigen Betriebsverſammlungen erzeugt. Natürlich wird in dieſen Verſammlungen auch von der künftigen Würde der Arbeit geſprochen. Man denkt an ein altes Scherzwort: „Arbeiten muß etwas Wunderſchönes ſein — man kann ſtundenlang zuſehen!" Und drüber reden.

Indien während des Krieges

Von Albert Bencke, München

Die ſtaatsmänniſche Geſchicklichkeit Englands hat ſich während des Krieges vor allem in der Führung der indiſchen Angelegenheiten gezeigt, die mehr als einmal drohten, eine gefährliche Geſtalt anzunehmen. In zwei Kriſenperioden drohte eine allgemeine Revolution, das war einmal die Zeit der engliſchen Niederlagen in Meſopotamien, der Fall von Kut und dann der Niederbruch des Zarismus in Rußland, der in Indien einen gewaltigen Widerhall fand, weil England für die Inder dasſelbe bedeutet, was das zariſtiſche Joch für die liberalen Kreiſe Rußlands bedeutete. Zariſtiſche Bureaukratie und engliſche Bureaukratie in Indien ſind für den Inder Synonyme. Dieſe beiden Kriſen ſind vorübergegangen; heute aber befindet ſich England Indien gegenüber in einer dritten, gewiſſermaßen ſchleichenden Kriſis, die mit der Entwicklung der großen Weltbegebenheiten und insbeſondere mit der Löſung der iriſchen Kriſis aufs engſte zuſammenhängt.

Widerſprechend genug waren die indiſchen Nachrichten während des Krieges und ſchmerzlich die Überraſchung, als uns die indiſchen Hilfsvölker Englands auf den franzöſiſchen Schlachtfeldern entgegentraten; wußten wir doch, wie es in Indien gährte und wie dort nur auf einen geeigneten Moment gewartet wurde, um einen Schlag gegen die engliſche Herrſchaft zu verſuchen. War denn dieſer Augenblick jetzt nicht gekommen? Gewiß, der Augenblick war da, aber die engliſche Staatskunſt war ihm gewachſen und verſtand ihn ſo auszunützen, daß, abgeſehen von geringfügigen lokalen Revolten, keine Aufruhrsbewegung entſtand, ſondern daß England ſogar in der Lage war, nicht nur den größeren Teil ſeiner weißen Truppen, ſondern auch ſehr beträchtliche Teile der Eingeborenen-Armee auf den Kriegsſchauplatz zu führen und das letztere nicht deshalb, wie man vielfach bei uns annahm, um ſie aus dem indiſchen Gefahrenherd zu entfernen, ſondern weil dieſe Leute völlig bereit waren, für die Sache Englands gegen Deutſchland zu kämpfen. Der indiſche Nationalkongreß bewilligte gleichfalls zu Beginn des Krieges zu den Kriegskoſten 2 Milliarden Mark und tat das keineswegs gezwungen. Dennoch war dies der im Weſen gleiche Kongreß, der die mit dem India Councils Act vom Jahre 1909 eingeführte ſogenannte große Reform, durch welche den Indern beratende Stimmen in den geſetzgebenden und Exekutivausſchüſſen des Vizekönigs gewährt wurden, als ein Scheinmanöver erklärt und ſich ganz der revolutionären Stimmung hingegeben hatte. — Man hatte es jetzt in kluger Weiſe verſtanden, die Dinge ſo darzuſtellen, als ob England nur auf die Niederringung des deutſchen (preußiſchen) Militarismus gewartet hätte, um der Welt ein Millennium des Friedens und der Freiheit zu bereiten, an welchem das treue Indien ſeinen hervorragenden Anteil haben würde; nur dieſer deutſche Militarismus ſei es geweſen, der England gezwungen hätte, ſeinerſeits, der Kriegsgefahr und der Rüſtungen wegen, der Welt und den Indern ein anderes Geſicht zu zeigen, als es in Wahrheit habe; nachdem aber die Welt vom deutſchen Joche befreit ſei, werde das wahrhaft liberale England auch ſeinen indiſchen Mitbürgern gegenüber in Erſcheinung treten. Man hatte in der öffentlichen Meinung Indiens einen feſten antigermaniſchen Block geſchaffen, der eine ziemlich große Belaſtung vertrug und man hatte vor allem die mohammedaniſche Bevölkerung Indiens auf ſeiner Seite, der man noch vor kurzem durch die Zweiteilung Bengalens und andere Politika-Vorteile gegenüber der Hindubevölkerung gewährt hatte, welche die Mohammedaner feſt an die engliſche Sache ketteten, die hierdurch ein Gegengewicht gegen die etwa noch revolutionsluſtigen Hindus in der Hand hatte.

Eine andere ſtarke Stütze fand England dann in den indiſchen Fürſten. Die 80 Millionen Menſchen, die heute noch in Indien unter ſogenannten autonomen Regierungen ſtehen, bilden einen Bevölkerungskern, auf den ſich England unbedingt verlaſſen kann, ſolange die Fürſten loyal zu England ſtehen. Deren Intereſſe geht aber heute mit dem Englands parallel, denn in einem ſich von England freimachenden Indien wären auch die Tage der Fürſten gezählt.

So günſtig lagen die Dinge für England zu Beginn des Krieges; aber nach einem Jahre trat eine gefährliche Wandlung ein. England hatte der Türkei den Krieg erklärt; die Hindus hatten auf den meſopotamiſchen Schlachtfeldern und in den Dardanellen unter engliſcher Führung Niederlagen auf Niederlagen erlitten und in Indien war dadurch eine Verſtändigung zwiſchen der muslemitiſchen Liga, einer ſeit längerer Zeit beſtehenden Kampforganiſation der Mohammedaner, und den revolutionär geſinnten Hindus zuſtande gekommen, die deshalb gefährliche Formen annahm, weil die Mohammedaner mit religiöſen Motiven das zum Extrem treibende Element wurden. Um dieſe Zeit (Ende 1915) trat auch Tilak, der aus dem Gefängnis (worin er wegen revolutionärer Umtriebe geſteckt worden war) enlaſſene Brahmane ,wieder auf den Plan. Man hatte ihn 1914 freigegeben, weil er ſich unterworfen hatte und weil man durch Freigabe des hochgeſtellten Mannes eine Verſöhnungsſtimmung herbeiführen wollte, was ja auch aufs vollſtändigſte gelang. Nun aber forderten Tilak und jene, welche hinter ihm ſtanden, Einlöſung der Verſprechungen, die von den Vizekönigen Lord Hardinge, Lord Chelmsford, deſſen Nachfolger und von der engliſchen Regierung gemacht worden waren und die beiden Flügel der Nationaliſten, nämlich der brahmaniſch-hinduiſtiſch-religiös orientierte, der an der Küſte und im Deccan unter brahmaniſcher Führung die großen Maſſen hinter ſich hatte und der mehr intellektualiſtiſche der indiſchen Jugend, der ſich aus dem Tal des Ganges und aus Bengalen rekrutierte, ſchloſſen ſich nun mit der muslimiſchen Liga zu einem Oppoſitionsblock zuſammen, der das iriſche Beiſpiel nachahmte und ſich mit Reformen nicht mehr zufrieden geben zu können erklärte, ſondern für Indien Home Rule verlangte. Im Nationalkongreß, der in den letzten Jahren ein England gefügiges Werkzeug geworden war, kam es zu ſtürmiſchen Szenen, die von Madame Beſant, dem Haupt der theoſophiſchen Geſellſchaft in Delhi, die von den Hindus gleich einem Mahatma verehrt wurde, zu hellen Flammen entfacht wurden, als ſie in hinreißenden Reden der ganzen engliſchen Kultur den Fehdehandſchuh hinwarf und ſie der urtümlich indiſchen Kultur unterlegen erklärte, die es gälte wieder herzuſtellen. Damals erſchienen bedrohliche Berichte über die Zuſtände in Indien in den engliſchen Zeitungen, die aber bald unterdrückt wurden, ſo daß man in England wenig von der indiſchen Gefahr ahnte. Außerdem wurde damals die Aufmerkſamkeit durch die für England ſcheinbar verhängnisvollen Ereigniſſe auf dem europäiſchen Kriegsſchauplatze völlig in Anſpruch genommen.

Als nun auch noch die Revolution in Rußland ausbrach, als dort eine völlige Umkehr aller Verhältniſſe eintrat, ſchien die Kataſtrophe in Indien kaum mehr vermeidlich. Der Ruf: „Nieder mit der engliſchen Bureaukratie", die noch ſchlechter ſei als die ruſſiſche, erſcholl lauter als jemals und die 16 indiſchen Mitglieder des Staatsrates in Delhi, die bisher nur einen ornamentalen Zweck gehabt hatten, verlangten die Durchführung der bei Kriegsbeginn verſprochenen erweiterten Anteilnahme des indiſchen Volkes an der Regierung des Landes.

Die engliſche Regierung ſah die dringende Notwendigkeit ein, etwas zu tun, um den demokratiſchen Schein zu wahren. Sie ernannte den in Indien als reformfreundlich bekannten Lord Montagu zum Miniſter für Indien und ſandte ungeſäumt eine parlamentariſche Kommiſſion nach Indien, die mit den nationalen Führern in Fühlung treten und ſo Englands feſten Willen anzeigen ſollte, mit dieſen Führern das Nötige zu vereinbaren und die Lage zu unterſuchen. Die Mitglieder dieſer Kommiſſion wurden geſchickt ausgewählt; es waren tatſächlich Leute, die den Indern Vertrauen einflößten, aber auch das und Lord Montagus Verſicherungen der Erfüllung der indiſchen Wünſche würde nicht hingereicht haben, den Sturm zu beſchwören, wenn nicht der Eintritt Amerikas in den Krieg Öl auf die indiſchen Sturmwogen gegoſſen hätte. Der Eintritt der Vereinigten Staaten war auch hier in Indien — und vielleicht hier noch mehr als in Europa — die Rettung aus einer ſehr geſpannten, ja verzweifelten Lage; es war ein Glücksfall für England, der für die Kriegsdauer in Indien Ruhe verſprach und die Löſung des Konfliktes in die Zukunft ſchob. Daß dies ſo war, erklärt ſich damit, daß Präſident Wilſon infolge lang genährter Ideenaſſoziationen die zwiſchen den Vereinigten Staaten und Indien ſpielten, als der Hort des Gedankens vom Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker galt, daß dieſer Gedanke einen der Grundſätze bildete, für welche Wilſon den Kampf gegen den Militarismus aufzunehmen erklärte, und daß man durch das Gewicht des nun mit England verbündeten Amerika im natürlichen Verlauf der Dinge erwarten zu können glaubte, was durch Gewalt nur unter ungeheuren Opfern zu erreichen war.

Mittlerweile war Lord Montagu ſelbſt nach Indien gegangen und hatte erkannt, daß die Gefahr zur Zeit beſchworen ſei; die Hochſpannung der Geiſter hatte durch Wilſon eine Ablenkung erfahren und nun, nachdem der günſtige Moment ungenützt vorübergegangen war, zeigte ſich in Indien eine gewiſſe Abſpannung. Die Maſſen waren der Hand der Führer entglitten und Lord Montagu konnte beruhigend nach Hauſe melden, daß der Wille von höchſtens 2 Millionen Intellektuellen nicht als Wille der 300 Millionen des indiſchen Volkes angeſprochen werden dürfe, gleichzeitig gab er aber in Indien zu verſtehen, daß Präſident Wilſon an Indien „desintereſſiert“ ſei, mit anderen Worten, daß ſein Satz vom Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker ſich nicht ſo weit nach dem Oſten erſtrecke. Allerdings wurde nun von Lord Montagu auch praktiſche Arbeit geleiſtet, denn man mußte für die Zukunft ſorgen, und dieſe praktiſche Arbeit beſtand in Dingen, die teils nur den Schein wirklicher Reformen enthalten, teils aber in der Tat eine Selbſtbeſtimmung des indiſchen Volkes anbahnen, wenn ſie zur Ausführung kommen. Zu der erſten Art gehört die Umgeſtaltung des geſetzgebenden Rates des Vizekönigs in eine geſetzgebende Verſammlung mit zahlreicherer Herbeiziehung von Indern, die aber nur beraten, nicht beſchließen kann, da ihre Beſchlüſſe der Genehmigung eines oberſten Rates unterliegen, in welchem die engliſche Bürokratie die ausſchlaggebende Stimme hat. Das iſt alſo nur bloßer Schein und will nicht viel bedeuten. Von Wichtigkeit hingegen kann die Einführung der geplanten Provinziallandtage werden, denen die Verwaltung der großen Provinzen unter Beiziehung indiſcher verantwortlicher Miniſter überantwortet werden ſoll und deren Mitglieder die frei gewählten Abgeordneten des indiſchen Volkes ſein ſollen. Man berät zur Zeit, wie die Wahl, wie Stimmrecht und Wählbarkeit ausgeſtaltet werden ſollen und denkt auch an die Maßnahmen, die nötig ſind, um hier Beſchlüſſen, die dem engliſchen Intereſſe nicht entſprechen, entgegenwirken zu können. Man wird ſolche Maßnahmen finden; immerhin iſt hier der Punkt gegeben, an dem ſich ein eigenes politiſches Leben Indiens aufbauen kann, an dem ſich aber auch neue Brandherde entzünden müſſen, wenn England ſein altes Syſtem, Indien nur als Ausbeutungsobjekt zu behandeln, beibehalten will.

Man ſteht heute in Indien entſchieden an einem Wendepunkte, an dem wohl deutlich hervortritt, daß die engliſche Verwaltung relativ manches Gute in Indien geſchaffen hat. Relativ nämlich inſofern, als dieſes Gute zum Nutzen Englands, zur Verankerung ſeines Herrenſtandpunktes diente, aber in dem Augenblicke nicht mehr vorhanden war, als ein direktes engliſches Intereſſe es nicht erforderte. Ein Herr über ein Volk, in welchem in den Jahren 1891—1900 19 Millionen Menſchen Hungers ſtarben, in welchem jahraus, jahrein 70 Millionen Menſchen ihr Leben friſten müſſen, ohne ſich jemals ſatt zu eſſen (das Hungern ſcheint eines der Erziehungsmittel Englands gegenüber anderen Völkern zu ſein, wie die Behandlung der Buren und jene, die man uns jetzt angedeihen läßt, zeigt), über ein Land, in dem nur 5 Prozent der Bevölkerung ſchreiben und leſen kann (nur 1 Prozent engliſch), kann wahrlich kein guter Herr genannt werden. Viel für die zukünftige Geſtaltung in Indien hängt vom Verlauf der Dinge in Irland ab. Home Rule, volle Unabhängigkeit Irlands, würde einen gewaltigen Widerhall in Indien finden, das ſich, wie bereits erwähnt, heute im Zuſtande der ſchleichenden Kriſis befindet.

Die Abſichten Frankreichs

Von Ferdinand Moos

Im Winter des Jahres 1912/13 weilte ich in Paris in einer Geſellſchaft, in welcher M. Loubet, der frühere Präſident der Republik, M. Deſchanel, Präſident der Deputiertenkammer, der Botſchafter in London, M. Cambon, und andere Herren ihre Anſichten über Politik und Wirtſchaftspolitik äußerten. Dabei bemerkte M. Cambon, daß: „zwei Drittel der geſamten diplomatiſchen Korreſpondenz heutzutage ſich auf wirtſchaftliche Angelegenheiten beziehe. Auf Geſchäfte der Finanz, der Induſtrie, des Handels".

Man iſt weit entfernt von dem Tage und von dem Stil, in dem Oſſat, Mazarin, Mirabeau, Talleyrand, Bismarck u. a. ihre Berichte ſchrieben. Der Wandel kennzeichnet den alles beherrſchenden, auf Wirtſchaft gerichteten Zug in der Politik.

Auf dem Höhepunkt der Viktorianiſchen Epoche, am Tage, an dem die Königin Viktoria der Eröffnung der neuen Londoner „Stock-Exchange" beiwohnte, ſchrieb die „Times": „Für britiſche Macht und Größe iſt jetzt der Handel der andere Name. Die Kaufleute ſind Fürſten geworden und die Hauptlehnsträger der Krone. Ihnen und ihren unerſchöpflichen Mitteln verdankt die Krone eine Macht im Krieg und Frieden, die weit über alle Kraft der Heere geht. Die Königin der Kaufleute handelt nur im Bewußtſein und im Einklang mit ihrem hohen Berufe, wenn ſie ihren Hof in der Halle der Kaufleute hält. Die großen Finanziers machen in der neuen Zeit die hohe Politik: ſie beſtimmen über Krieg und Frieden."

Auf verwandten Gedankengängen, die Intereſſen der Wirtſchaftspolitik betonend, bewegen ſich heute die Abſichten der Ententemächte bezüglich des Friedensſchluſſes. Der Völkerbund, „covenant of nations", wie der Präſident Wilſon ihn genannt hat, lehnt ſich dem an. Drei Motive treten bei ihm im Halbdunkel der Phraſeologie hervor: das puritaniſche Ideal einer Vereinigung ſelbſtändiger Völker; die Abneigung, in der politiſchen und wirtſchaftlichen Expanſion heroiſche Mittel anzuwenden, ſolange es vermieden werden kann, ohne das Ziel zu ſchädigen, und die Aufgabe, die Vereinigten Staaten angeſichts der Probleme in Aſien, namentlich der Macht Japans, über jede Gefahr hinweg zu heben und Bundesgenoſſen zu werben. — Wer dieſes letzte Motiv für das wichtigſte hält beim Völkerbund, braucht der Bedeutung der zwei andern nicht Abbruch zu tun.

Hätte der Völkerbund als vornehmſtes Ziel die Verſöhnung und den Frieden unter den Völkern im Auge, ſo würden die Waffenſtillſtands- und Friedensverhandlungen einen anderen Verlauf genommen haben.

Die Rede des franzöſiſchen Miniſterpräſidenten Clémenceau im Senat am 18. September 1918 findet ihre Ergänzung in den an anderer Stelle geſprochenen Worten desſelben: „L'Allemagne aura un compte à régler comme il n'y en a jamais eu entre peuple et peuple. Il sera payé." („Deutſchland wird eine Rechnung zu regulieren haben, wie es niemals eine ähnliche zwiſchen Volk und Volk gegeben hat. Die Rechnung wird bezahlt werden.")

Der engliſche Premierminiſter Lloyd George ſagte im November 1918: „Zu den Friedensverhandlungen dürfen wir nur ſolche Männer ſchicken, die kein Herz haben (have no heart)."

Die Ziele der Ententemächte ſind in einer Flut von Reden und Schriften dargelegt worden. Unter ihnen haben beſonderes Gewicht die Schriften von M. Vidal de la Blache, Vorſitzender der Geographiſchen Geſellſchaft in Paris, und von M. Arthur Chervin, bis vor einiger Zeit Vorſitzender der Statiſtiſchen Geſellſchaft in Paris. Ihren Schriften ſchließen ſich jene von M. Fernand Engerand und M. Louis de Launay an; von der turba scriptorum zu ſchweigen. Am deutlichſten drückt ſich Chervin aus: „Elſaß-Lothringen fällt an Frankreich, die Rheinlande und Weſtfalen kommen unter franzöſiſches Protektorat und zwar ſolange, bis dieſelben zur Annexion reif ſind. Belgien tritt unter franzöſiſchen

Schutz, und die Stellung Hollands wird nach Maßgabe der franzöſiſchen Intereſſen geordnet. Ungarn wird ein ſelbſtändiger Staat. Polen wird autonomes Königreich mit Zugang zum Meer. Öſterreich-Ungarn wird an Italien, Rumänien, Serbien, Montenegro und an den neuzubildenden tſchechiſchen Staat aufgeteilt, welch letzterer ſich zwiſchen Deutſchland und Öſterreich ſchiebt und bis Trieſt und Fiume reicht. Der größere Teil von Schleswig-Holſtein fällt an Dänemark. Kiel und der Kaiſer-Wilhelm-Kanal gelangen unter internationale Verwaltung.

Gebieteriſche wirtſchaftliche Gründe machen es uns zur Pflicht, das Saar-Kohlenbecken zu verlangen. Ferner müſſen wir das geſamte Gebiet des lothringiſchen Erzbeckens wiedergewinnen. Sodann zwingen uns Politik und nationale Sicherheit, das ganze Land bis zur Moſel zu beſetzen, die alten Départements Mont-Tonnerre, Saar, Rhein und Moſel; die heutige Pfalz, Rhein-Heſſen, Fürſtentum Birkenfeld, Regierungsbezirk Trier und Teile des Regierungsbezirks Coblenz; 3 Millionen Menſchen. — Der Reſt des linken Rheinufers wird an Belgien fallen, das einen Teil an Holland abtreten kann.

Es erſcheint durchaus unmöglich, daß wir Deutſchland die Grenzen laſſen, die es auf dem linken Rheinufer beſitzt . . . Politiſch und militäriſch iſt es für uns Pflicht, Deutſchland zum Verzicht auf das linke Rheinufer zu zwingen. Das erſcheint als unabweisbarer Grundſatz. Die Schwierigkeiten beginnen bei der Frage, was aus dieſem Gebiet werden, und wie es verwaltet werden ſoll. Drei Möglichkeiten ſtellen ſich dar: 1. Annexion. — 2. Bewaffnete und unbewaffnete Neutralität garantiert von den Verbündeten oder von einer Liga der Nationen. — 3. Protektorat.“

M. Chervin verwirft die Annexion, weil er die Bevölkerung, die in dem Heer vertreten iſt, „das in Frankreich Ausſchreitungen beging“, nicht auf gleichem Fuß wie die Franzoſen behandeln will.

Neutralität, bewaffnet oder unbewaffnet, ſei eine ungenügende Garantie für die Sicherheit Frankreichs, Europas und der neutraliſierten Länder ſelbſt. Was würde aus der Garantie durch eine Liga der Nationen, wenn ein Teil der Liga ſich gegen die Geſamtheit erhebt? Der Fall ſei gegeben durch das Beiſpiel Belgiens, das trotz der Garantie vergewaltigt wurde.

M. Chervin tritt der Note Balfours vom 18. Januar 1917 entgegen und erklärt die Vorſchläge derſelben als unzureichend. Bei einem Protektorat müßten die Länder des Feindes, ſolange als die Zahlung der Kriegsentſchädigung dauert, von den Verbündeten beſetzt werden. Frankreich wird das rheiniſche Gebiet beſetzen. Die Bevölkerung wird vom Militärdienſt befreit, und wir befehlen allein, entweder durch unſere Truppen, oder mit der Gendarmerie. Da wir nicht als Tyrannen auftreten wollen, ſo werden wir genötigt ſein, eine Verwaltung einzurichten.

Das Protektorat iſt die Form, welche der Bevölkerung die meiſte Freiheit und der okkupierenden Macht am wenigſten Gelegenheit zur Intervention gibt. — Nach einer gewiſſen Zahl von Jahren, wenn die Zeit ihr Werk getan hat und Vertrauen in die Geiſter einkehrt, kann es ſein, daß die Bevölkerung die Annexion durch Frankreich verlangen wird, wie ſie es 1795 getan hat. Alsdann ſoll nach ihrem Wunſch geſchehen. Im anderen Fall wird das Land unter unſerem Protektorat bleiben.

Weſtfalen ſoll von Preußen getrennt, frei und autonom werden. Der Militärdienſt wird abgeſchafft. Von Offizieren der Verbündeten befehligte Gendarmerie wird allein die bewaffnete Macht darſtellen. Am Schluſſe des Buches gelangt der Verfaſſer auf jene Probleme, welche ſich auf die Naturaliſation beziehen, wobei er in erſter Reihe Frankreich im Auge hat. Das Kapitel leitet er mit den Worten ein: „Die Strafe der Deutſchen wird ſein, daß ſie Deutſche bleiben. Dieſes Neſſus-Gewand werden ſie nicht abſtreifen; alle Waſſer des Himmels werden dasſelbe nicht waſchen. Der Wahlſpruch, der auf einer Medaille ſteht, die nach der Eroberung des Elſaß zu Ehren von Vauban geprägt wurde, „Gallia Claustra Germaniae", muß wieder zu Recht kommen.—Die innere Geſetzgebung eines Landes muß über die Zulaſſung von Perſonen, die in anderen Ländern neutraliſiert ſind, entſcheiden. Die Gefahren der Zulaſſung von naturaliſierten Deutſchen haben ſich in Rußland erwieſen, deſſen militäriſches Mißgeſchick im Jahre 1915 auf die deutſch-ruſſiſche Bureaukratie zurückzuführen iſt. Dabei verweiſt M. Chervin auf eine Rede des ruſſiſchen Miniſterpräſidenten Trepoff vom 2. Dezember 1916. Änderungen der Familiennamen und Hinzufügungen wurden ſeither in Frankreich vom Juſtizminiſterium entweder koſtenlos oder gegen eine Gebühr von höchſtens 650 Frcs. zugelaſſen. Dieſe Beſtimmungen ſollen eine Verſchärfung erfahren im Sinne jenes Erlaſſes der Londoner Börſenverwaltung, welche vorſchreibt, daß dem neuen Namen der alte zugefügt werden muß, nach dem Beiſpiel: „John Black, ehemals Robert Schwartz". Solange das Geſetz Delbrück beſteht, ſoll überhaupt kein Deutſcher naturaliſiert werden. Die Naturaliſation ſoll erſt nach wenigſtens zehnjährigem Aufenthalt im Land erfolgen. Die Kinder müſſen in Frankreich erzogen werden. Der Erwerb von Grundbeſitz in gewiſſen Gegenden unterliegt der Genehmigung der Behörden, ebenſo der Betrieb gewiſſer Gewerbe. Angeſtellte deutſcher Nationalität bleiben ohne juriſtiſche Rechte. — Dagegen werden ausländiſche Arbeiter keiner Steuer unterworfen. Bei Aktiengeſellſchaften muß das Kapital zu wenigſtens einem Viertel franzöſiſch ſein. Bei Emiſſionen ſollen die für Franzoſen beſtimmten Stücke einen beſonderen Stempel tragen: die Zinsſcheine werden nur an franzöſiſche Inhaber bezahlt. Beſondere Regiſter über dieſe Geſellſchaften werden von den Handelsgerichten geführt und zur allgemeinen Einſicht aufgelegt. Der Verwaltungsrat muß zu drei Vierteln aus Franzoſen beſtehen. Geſchäftsführer, Vertreter der Verwaltung und Direktoren müſſen Franzoſen ſein. Drei Viertel des Perſonals muß aus Franzoſen beſtehen. Geſellſchaften zwiſchen Franzoſen und Ausländern dürfen die Bezeichnungen „française“ oder „nationale“ nicht anwenden. Wo eine Verwechſlung mit ausſchließlich von Franzoſen betriebenen Geſellſchaften möglich iſt, muß gegen Irrtümer Vorkehrung getroffen werden. Ausländiſche Gegeſellſchaften ſind den Publikationsvorſchriften unterworfen, welche für die franzöſiſchen Geſellſchaften gelten.

Die Berichte aus Spaa und Trier enthalten nichts, was dem Hauptteil dieſer Forderungen widerſpricht.

Der Völkerbund als pädagogiſches Problem

Von Prof. Dr. Paul Rühlmann, Berlin.

An das politiſche Denken des deutſchen Volkes werden von einem grauſamen Geſchick Anforderungen geſtellt, wie ſie keins der europäiſchen Großvölker bisher zu leiſten hatte. Innerhalb eines reichlichen Menſchenalters mußte der Deutſche ſich umdenken von der partikulariſtiſchen Stammesdynaſtie über den großpreußiſchen Nationalſtaat Bismarcks zum imperialiſtiſch gerichteten deutſchen Kaiſertum Wilhelms II. Noch ſind die einzelnen Durchgangsſtufen nicht vollkommen überwunden, leben vielmehr im Unbewußtſein des Volkes gefühlsmäßig weiter, da trifft das deutſche Volk nach einem faſt fünfjährigen Krieg mit ſeeliſchen Anſtrengungen unerhörten Ausmaßes abermals eine Unterbrechung ſeiner politiſchen Denklinie, ihm wird eine Umdenkung zugemutet, die nach Umfang und Ablauf alles bisher Geleiſtete in den Schatten ſtellt: von dem wirtſchaftlich und militäriſch baſierten Machtſtaat des Imperialismus zu dem nach der Rechtsidee orientierten Gliedſtaat des Völkerbundes.

Und dieſe Umſtellungen werden zugemutet einem Volke, das offenbar keine ſonderliche politiſche Begabung beſitzt, einem Volke faſt ohne jede politiſche Tradition, einem Volke, deſſen politiſches Denken trotz Rankes Lehre und Bismarcks Praxis vom Primat der auswärtigen Politik doch letzten Endes ſtets rein innerpolitiſch eingeſtellt blieb.

Und doch hängt unſere geſamte Zukunftsgeſtaltung ſehr weſentlich davon ab, wie ſchnell und umfaſſend es uns gelingt, die Völkerbundsidee zum Ausgangspunkt unſeres außenpolitiſchen Maſſendenkens zu machen.

Es iſt uns ja nicht gelungen, auf machtpolitiſchem Wege den für Deutſchlands inneres und äußeres Wachstum notwendigen Lebensraum gegenüber den alten privilegierten Weltmächten durchzuſetzen; im Gegenteil, dieſer Weltkrieg der Technik hat ſich als Machtmittel ſelbſt ad absurdum geführt, für Jahrzehnte vielleicht bleibt uns infolgedeſſen nur der andere Weg, der Weg des Rechts: Die unſerer Kulturleiſtung entſprechende Weltſtellung kann uns bei der jetzigen Lage der Dinge allein der alle Nationen umfaſſende Völkerbund garantieren. Wir müſſen aufhören, in dem ſpäteren Bismarck, dem Verfaſſer der „Gedanken und Erinnerungen“ unſeren alleinigen politiſchen Lehrmeiſter zu ſehen; Treitſchke ſollten wir mit mehr Kritik leſen. Das Syſtem der „Bündniſſe“ und die Lehren vom europäiſchen Gleichgewicht, von der Freiheit der Meere, von der Pax britannica und wie all die klug erſonnenen Diplomatenausdrücke für verhüllte Machtpolitik lauten, ſie ſollten wir ſorgfältig prüfen, ob ſie ſich noch eignen für den neuen Zuſtand, der in der Tat etwas wirklich Neues zu bedeuten ſcheint: Alle Nationen der Welt gehören als gleichwertige Glieder einem großen Bunde an, in dem es keine „Alliancen“ mehr gibt. Statt der Idee der Macht wird der Gedanke des Rechts unſer außenpolitiſches Denken künftig weſentlich mehr leiten müſſen als bisher. Keiner Nation darf der Betätigungsraum für friedliche Kulturleiſtungen verkürzt werden. Freies Ringen um geiſtige Werte ſoll den furchtbaren Kampf der Waffen und des Kapitals ablöſen.

Dieſer Umdenkungsprozeß iſt deswegen ſo ſchwierig, nicht weil Machtpolitik dem Denken des deutſchen Volkes beſonders entſpricht, im Gegenteil, unſerer Mentalität liegt der Rechtsgedanke viel mehr, ſondern weil die ungeheure Wucht der bismarckiſchen Tradition und unſere beiſpielloſen wirtſchaftlichen Erfolge dieſe immer, freilich nur unter der Oberfläche vorhandene Gedankenwelt des Rechtsſtaates, das Denken unſerer Väter aus der vorbismarckiſchen Zeit ſchier vernichtet haben. Die Generationen, die 1866 uns 1870 ihre politiſche Prägung erhielten, die Hegel, Bismarck und Treitſchke als ihre Meiſter verehrten — und das ſind weite und einflußreiche Kreiſe unſeres Volkes —, müſſen wieder anknüpfen an die Anſchauungen unſerer Großväter, an die Geſchlechter, die etwa Kant, dem ſüddeutſchen Liberalismus, Konſtantin Frantz als ihren politiſchen Lehrern huldigten. Geſchichtlich gerichtete Köpfe werfen bereits die Leitfrage auf, an welche hiſtoriſche Linie die Gegenwart anknüpft, welche Idee der Vergangenheit ſie fortſpinnt. Bereits wird genannt die politiſche Denkweiſe der 40er und 50er Jahre des 19. Jahrhunderts, andere ſehen ſich als Fortſetzer der Ideen von 1789, beſonders von Kant, ja, einige glauben, der politiſche Umſchwung von 1918 iſt ſo gewaltig im Ausmaß, daß er nur dem Kampf zwiſchen Mittelalter und Neuzeit zur Seite zu ſetzen iſt; in der Völkerbundsidee lebt wieder auf die Danteſche Vorſtellung von der civitas humana. Dieſes Taſten nach hiſtoriſchen Anfängen, ſo ganz bezeichnend für den ſyſtematiſchen

Deutſchen, bedeutet die erſten, leiſen Verſuche, feſten Boden unter die Füße zu bekommen; es ſind die erſten taſtenden Fühler des großen Umdenkungsprozeſſes überhaupt.

*

So lockend es wäre, dieſen Umdenkungsprozeß nach Ausgangspunkt, Umfang und Wirkungen weiter zu ſchildern, — ich widerſtehe dieſer Lockung, die voll höchſter ideengeſchichtlicher Reize iſt, und wende mich zu der Frage nach den Mitteln derſelben.

Hier kommen als die beiden großen Hebel alles Maſſendenkens die Preſſe und die Schule in Frage. Die Preſſe erzielt die ſchnelleren Wirkungen, dafür aber gräbt die Schule tiefer, ſie erſt garantiert jener den dauernden Erfolg. Wirkliche Maſſenbeherrſchung und Volksleitung iſt der Preſſe nur dann möglich, wenn die Schule in mühſamer jahrelanger Arbeit ihr den Boden beackert hat. Die Schule als politiſche Kraft iſt in Deutſchland kaum begriffen, ungleich früher haben die Franzoſen deren politiſche Bedeutung erkannt. Denn ſeit 1871 ſtellen die Franzoſen die Glanzſchöpfung der dritten Republik, die Laienſchule, ſtets ohne Bedenken in den Dienſt der Politik.

In Deutſchland hielten Bismarck und ſeine Jünger die Schule abſichtlich ohne jeden poſitiven politiſchen Inhalt, jedenfalls haben ſie die Politiſierung der Jugend nicht gefördert, einfach, weil man die Politiſierung des geſamten Volkes nicht ernſtlich wollte. Trotz gewiſſer demokratiſcher Scheinformen hielt man feſt an dem abſolutiſtiſchen Grundſatz: Alles fürs Volk, nichts durchs Volk.

Daher mußten auch alle Verſuche, die Schule in den Dienſt des ſtaatsbürgerlichen Erziehungsgedankens zu ſtellen, in unfruchtbaren Wortſtreitigkeiten ſtecken, dauernde Erfolge ihnen jedenfalls verſagt bleiben. Sie konnten auch gar nicht erzielt werden, weil faſt alle Schulverwaltungen ſich hüteten, den Beſitzſtand der alten Monopolfächer zugunſten des immer mißtrauiſch betrachteten ſtaatsbürgerlichen Unterrichts irgendwie anzutaſten. Man wollte gar keine klaren politiſchen Erkenntniſſe, alle politiſchen Pflichtgedanken wurden lediglich auf das Nationalgefühl geſtellt. Wie durch dieſe rein gefühlsmäßige Einſtellung der Schule ein gänzlich falſches Bild von den deutſchen Möglichkeiten in der Welt entſtand, dies führt unmittelbar hinein in den Urſprung des Krieges, ganz beſonders aber in die Urſachenkomplexe unſeres Zuſammenbruches 1918.

Die Stärkung der Demokratie im Innern durch die Revolution wird uns nun die Politiſierung der Schule bringen, ſie muß es. Die Franzoſen haben die Zuſammenhänge zwiſchen Demokratie und Pädagogik ſchärfer erkannt als bisher wir Deutſche, ſie ſagen in Anlehnung an Ariſtoteles „democratie, c'est demopédie", Volksherrſchaft iſt nur möglich bei geſteigerter Volksbildung; man muß den Bürger verſtändiger und anſtändiger machen, wenn ſich die Volksherrſchaft nicht bald ſelbſt aufheben ſoll. Eine politiſierte Volkserziehung kann aber nicht Halt machen vor der auswärtigen Politik, hier aber hat ſie ſich mit der fundamentalen Tatſache der neuen Weltordnung, mit dem Völkerbund auseinanderzuſetzen.

*

Iſt nun dieſe Gedankenwelt auch in den allgemeinſten Umriſſen Denkgut der deutſchen Schule, der Lehrenden und Lernenden, ſowie der Lehrmittel? Kaum! Von den beiden großen deutſchen Lehrergruppen ſind beſonders die Lehrer der höheren Schule einſeitig machtpolitiſch orientiert. Wie könnte es auch anders ſein? Sind doch ihre Bildungsſtätten, die deutſchen Univerſitäten, die ausgeſprochenſten Träger der ſpätbismarckiſchen Tradition, wie ſie etwa Heinrich von Treitſchke ſo glänzend verkörperte. Die Volksſchullehrer empfangen als Stand ihre geiſtige Prägung nicht auf den mehr oder minder pietiſtiſchen Lehrerbildungsanſtalten, ſondern in ihrem ſtark entwickelten Vereinsleben. Die Lehrervereine aber knüpfen unmittelbar an die Idee von 1848 an; infolgedeſſen iſt zu erwarten, daß hier die Samenkörner der Völkerbundsidee ein aufnahmefähigeres Saatfeld vorfinden. Einer Forderung werden freilich die Schulverwaltungen ſich nicht entziehen können, durch ſtaatswiſſenſchaftliche Fortbildungskurſe müſſen ſie der Lehrerwelt, ſoweit ſie hierzu gewillt iſt, die Umdenkung zu erleichtern verſuchen. Freilich, ſolche Kurſe ſind ein zweiſchneidig Schwert; ſie erwecken allzu leicht den Anſchein der Abrichtung und der Geſinnungszüchtereien. Weitherzige Freiheit blühe deshalb hier beſonders.

Eine gewaltige Arbeit iſt die Sichtung und Überprüfung des Lehrſtoffes und der Lehrmittel nach dem Geſichtspunkt der gänzlich veränderten Weltlage.

In vielen und gerade den grundlegendſten Problemen aller Geiſteswiſſenſchaften wird ſich ein kritiſche Überdenkung notwendig machen. Der ganze Lehrgeiſt unſeres Geſchichts-, Geographie- und Sprachunterrichts wird ſich ändern müſſen. Einige Einzelbeiſpiele ſollen dieſe Behauptung erläutern:

Unſer geſamter offizieller Unterricht war ſtark, um nicht zu ſagen einſeitig, machtpolitiſch eingeſtellt, beſonders in dem Sinne, daß die Macht der Waffen und ſomit das Recht des Krieges über innere Gebühr geprieſen, ja verherrlicht wurde. In der Betonung der Kriegsgeſchichte im hiſtoriſchen, der Kriegsdichtung im mutterſprachlichen Unterricht, in den Feſtreden und amtlichen Schulfeiern, immer klang die eine Note durch: Heldentum — der die Jugend ſo unendlich packende Begriff — lebt einzig und allein im Kriege, die „ſchimmernde Wehr“ galt uns als alleiniges Mittel der Weltdurchſetzung; das Treitſchke-Wort: „Jedes Volk ſteht zuerſt nach dem Ruhm ſeiner Fahnen“, klang dem Sinne nach allzu häufig in der Schule wieder. Vor 1914 war es noch erlaubt, ſich zu täuſchen über das, was ein jahrelanger moderner Krieg, ein Krieg der entſeelenden, jedes perſönliche Heldentum auslöſchenden Großtechnik bedeutet, heute iſt es nicht mehr möglich. Was geſchehen kann, um einer Wiederholung des Entſetzlichen vorzubeugen, muß geſchehen, auch von ſeiten der Erziehung. Eine Verherrlichung des Krieges an ſich wird kein Lehrer mehr verantworten können. Darüber brauchen wir durchaus nicht unſeres Heeres ſtolze Ehrentage zu vergeſſen oder gar zu verleugnen.

Dieſe einſeitige machtpolitiſche Einſtellung führte zu einer ſtark nationaliſtiſchen Enge. Der eigne Staat, deſſen Handeln, deſſen Lebensäußerungen, wurden allein zum Ausgangspunkt alles politiſchen Urteils gemacht und ſo überwertet, die Bedeutung der anderen Mächte aber ſtark unterſchätzt.

Gewiß ſoll unſer Unterricht die Liebe zu deutſchem Volkstum und zum deutſchen Vaterland fördern, aber dies muß eine kritiſche Liebe ſein. Beſonders während des Krieges hat das deutſche Selbſtlob wahre Orgien gefeiert und leider ganz beſonders in der Schule. Es iſt hohe Zeit, daß es wieder durch eine kritiſche Haltung, von der allein Rettung kommen kann, abgelöſt wird. Der entſetzliche Zuſammenbruch, den wir erlitten, wird uns hoffentlich Anſporn ſein zu erneuter, ſchärfſter Selbſtprüfung; denn ganz ohne eigene Schuld ereilt kein Volk eine ſolche Kataſtrophe. Wenn uns eine Erhebung aus dem Abgrunde zuteil werden ſoll, dann kann ſie nur durch eine moraliſche Erneuerung, durch Selbſteinkehr und Selbſtprüfung kommen. Ausdrücklich ſei aber jene, ſchon äſthetiſch abſtoßend wirkende Selbſtbezichtigung und Selbſterniedrigung abgelehnt, die das eigene Volk als den Ausſätzigen unter den Staaten der Welt hinzuſtellen verſucht. Man wird nicht fehlgehen, wenn man dieſe ſo peinliche Erſcheinung anſieht als die unbewußte Gegenwirkung des nationalen Phariſäertums, von dem unſere Schulen, beſonders während des Krieges, nicht freizuſprechen waren.

Dieſer Vergleich berührt einen der wundeſten Punkte unſeres Schullebens; die rechte Bewertung des Auslandes. Obgleich wir Deutſche rein äußerlich viel mehr vom Auslande wiſſen, als das Ausland von uns, für die rechte ſeeliſche Bewertung der anderen Völker hat uns bisher offenbar der Blick gefehlt. Vor dem Kriege nicht ſelten wunderliche Liebedienerei, beſonders im fremdſprachlichen Unterricht, und da wieder beſonders in den Schulen der weiblichen Jugend, im Kriege jäher Umſchlag in nicht ſelten kindlichen Haß und vollſtändige Verkennung unſerer Feinde, nach der Niederlage unwürdige, ja ſchamloſe Selbſtbezichtigung. Gewiß, die deutſche Schule hat nichts dem verbrecheriſchen Chauvinismus der franzöſiſchen an die Seite zu ſetzen, dafür aber auch nicht jenes unbeirrte, gefühlsmäßig richtige, ſtets gleichbleibende Verhältnis zum Auslande. Dieſer Mangel an innerem Gleichgewicht hat leider auch verhindert, daß im Auslande ein richtiges Bild vom deutſchen Weſen und der deutſchen Kultur entſtand. In der rechten Bewertung des

Auslandes arbeitet die Schule des neuen Deutſchland der Völkerbundsidee am beſten vor.

*

Dieſe mehr allgemein gehaltenen Ausführungen ſeien ergänzt durch konkrete Einzelvorſchläge. Dieſe erſtrecken ſich auf das geſamte Gebiet der ethiſchen Fächer. Hier iſt nach Stundenzahl und Geſamtbedeutung am wichtigſten, weil einflußſtärkſten, der deutſche Unterricht, insbeſondere die Lektüre. Wohl nicht ganz zu Unrecht tritt uns hier die Klage entgegen, daß eine gewiſſe Überſpannung des Begriffes „Deutſches Volkstum", ein nationaliſtiſcher Geiſt den Deutſchunterricht beherrſche; vor allem wird dies von den höheren Schulen behauptet. Die „alldeutſchen Oberlehrer" ſind zur typiſchen Figur in der ausländiſchen Erörterung der Kriegsſchuldfrage geworden. Als notwendig iſt zu fordern: eine ſorgfältige Überprüfung des geſamten Lektüreſtoffes, ſowohl der gebundenen, der Leſebücher und der Klaſſenlektüre, wie der freien, der Privatlektüre und der Schülerbibliotheken; er iſt unbedingt mit den gegenwärtigen Weltverhältniſſen in Einklang zu bringen, nicht zuletzt mit dem Gedanken des Völkerbundes.

Wie immer in politiſch bewegten Zeiten, richten ſich aber die feindlichen Hauptvorſtöße auf die eigentliche politiſche Baſtion der deutſchen Schulfeſtung, auf den Geſchichtsunterricht. In der deutſchen Schulverwaltung war dieſer trotz aller gelegentlich recht ſchönen Parlaments- und Miniſterreden praktiſch, d. h. in Stundenzahl, Zenſurbewertung, Lehrerverteilung, durchaus das Stiefkind, wenn nicht das Aſchenbrödel; ganz im Gegenſatz zur franzöſiſchen Handhabung. Hier iſt ebenfalls eine kritiſche Durchſicht des Lehrſtoffes erſtes Erfordernis der Lage. Raum wird wohl frei werden durch die Beſchneidung der dynaſtiſchen und der reinen Kriegsgeſchichte, dieſer Raum iſt unter Würdigung der Völkerbundsidee neben der Berückſichtigung des kulturgeſchichtlichen und des ſoziologiſchen Momentes vor allem bereitzuſtellen für eine verſtändige Erfaſſung der wichtigſten außerdeutſchen Entwicklungen.

Nicht ſo ganz heiß iſt der Boden des erdkundlichen Unterrichts. Auch hier ſtehen wir vor einem Trümmerhaufen, beſonders für das Gebiet der politiſchen und der Wirtſchaftsgeographie. Nun iſt wichtig, daß der Aufbau erfolgt im Geiſte der Völkerbundsidee; denn die Anbahnung eines wirklichen Verſtändniſſes der Völker untereinander iſt weſentlich mit abhängig von der Erteilung des Geographieunterrichts.

Am natürlichſten iſt der Geiſt der Weltanſchauung im Religionsunterricht. Die Friedensidee iſt ja immer Gemeingut aller Religonen geweſen. Wenn die Kriegspſychoſe vorüber iſt, werden ſich dieſe alten religiöſen Grundgedanken wohl wieder ſtärker auswirken als bisher. Sollte ſich die Trennung von Schule und

Kirche durchſetzen, ſo müßte dann auch in dem „Moralunterricht" der Gedanke des Völkerbundes eine Stätte finden, freilich nicht in dem Sinne Frankreichs, deſſen „education morale et civique" ſich zu einer Brutſtätte maß- und würdeloſen Chauvinismus ausgebildet hat.

Wenn verſchiedene Pädagogen, darunter auch Staatsſekretär Erzberger, an eine Völkerannäherung durch eine Reform des fremdſprachlichen Unterrichts glauben, etwa durch Beſchneidung des Griechiſchen zugunſten des Engliſchen, durch Einführung zahlreicher Sprachen, etwa des Spaniſchen, des Polniſchen uſw., ſo erhoffe ich davon, ganz abgeſehen von didaktiſchen Bedenklichkeiten, nicht allzuviel; denn die beabſichtigten Wirkungen hängen vollſtändig ab von der Einſtellung der betreffenden Lehrenden; durch franzöſiſchen Sprachunterricht kann ebenſo gut Franzoſenhaß wie Franzoſenbegeiſterung erzielt werden. Dieſe Erwägungen machen mich auch kritiſch gegenüber den Hoffnungen, die einzelne Politiker, ſo z. B. die Verfaſſer des ausgezeichneten Schweizer Vorentwurfes für eine Verfaſſung der Weltvölkerländer (§ 17), von der Einführung einer Weltſprache hegen.

*

Zum Schluß ſei noch auf einen Punkt aufmerkſam gemacht, der für das Werden des Ganzen von zentralſter Bedeutung iſt: Alle Völker des Bundes müſſen mit der gleichen Entſchloſſenheit in ihrer geſamten Volkserziehung daran arbeiten, daß der Geiſt, der Vorausſetzung jeden gedeihlichen Wirkens des Völkerbundes iſt, überall gleich in den Maſſen in Erſcheinung tritt. Es darf niemals der Fall eintreten, daß ein Staat ſich zwar in allen Belangen der auswärtigen Politik und des diplomatiſch-techniſchen Dienſtes zur Völkerbundsidee bekennt, im Innern aber die nationaliſtiſche Volkserziehung in der bisher gewohnten Weiſe ruhig beibehält. Daß ſolche Möglichkeiten keinesfalls akademiſche Annahmen ſind, das werden Kenner z. B. der franzöſiſchen Staatsſchule oder des tſchechiſchen Volkserziehungsweſens ohne weiteres beſtätigen, denn beide Nationen bekannten ſich bisher ziemlich geräuſchvoll zum Völkerbund, in der erziehlichen Durchführung aber taten ſie das genaue Gegenteil. Hier gilt es, eine internationale Kontrolle zu ermöglichen.

Ein bedeutungsvolles Mittel hierfür iſt die Beigabe von Sachverſtändigen an die diplomatiſchen Auslandsſtellen, die in der Lage ſind, die pädagogiſchen Beſtrebungen des betreffenden Staates auch in ihm politiſch in ihren politiſchen Konſequenzen zu bewerten. (Vergl. meine Ausführungen über „Pädagogiſche Auslandsſtudien im Dienſte der auswärtigen Politik", Deutſche Schule 1917, Seite 344 ff.) Ein weiteres könnten leiſten „internationale Kongreſſe für Volkserziehung". Dieſe zeitgemäße Arbeitsgemeinſchaft — in Arbeitsgemeinſchaft ſieht ja Albrecht Mendelsſohn-Bartholdy mit Recht überhaupt das Weſen des Völkerbundes — wird ſich ſehr bald von ſelbſt zu einem heilſamen Gegengewicht gegenüber nationaliſtiſchen Abſchließungs- oder Verhetzungsbeſtrebungen auswachſen.

Gewiß, alle Volkserziehung muß, um wirkſam zu ſein, immer ein ſtark bodenſtändiges Gewächs bleiben. Aber augenblicklich ſcheint das Schulweſen faſt aller europäiſcher Kulturſtaaten — durchaus nicht allein der deutſchen — an einer nationaliſtiſchen Enge zu leiden, die bisher ohnegleichen in der Geſchichte der Ideen war. In dieſer politiſch geradezu beängſtigenden Stickatmoſphäre tut allen Völkern etwas Weltweite, etwas internationale Zugluft, etwas friſche Briſe vom Weltmeer her dringend not, ja, ſie iſt die Grundvorausſetzung für jede politiſche Geſundung des nationaliſtiſch durch und durch kranken Europas.

Die öffentliche Unſicherheit in Deutſchland

Von Dr. Heinrich Lindenau

Die tiefen Erſchütterungen, unter denen die öffentliche Sicherheit in Deutſchland gegenwärtig zittert, ſind von den kriminaliſtiſchen Beobachtungsſtationen häufig und rechtzeitig vorausgeſagt worden. Daß jeder Krieg eine ſtarke Steigerung der Kriminalität nach ſich zieht, in erhöhtem Maße, wenn gleichzeitig innere politiſche Umwälzungen die Kräfte der Behörden ablenken und hemmen, lehrt die Geſchichte des Verbrechens. Die Perioden nach dem 30 jährigen und 7 jährigen Kriege wie nach der franzöſiſchen Revolution mit ihrem furchtbaren Bandenweſen, aber auch die Zeiten um die Mitte des 19. Jahrhunderts und die Verbrecherzunahme nach 1871 bieten allbekannte Beiſpiele. Seitdem hat die von der ſoziologiſchen Strafrechtsſchule ſiegreich vertretene Erkenntnis des Verbrechens als einer vorwiegend geſellſchaftlich bedingten Erſcheinung den Blick für die Urſachen der Kriminalität außerordentlich geſchärft. Die Vertreter der Strafrechtswiſſenſchaft waren daher vom Ausbruche des Weltkrieges an gerüſtet und bereit, den Zuſammenhängen nachzuſpüren, die ſich zwiſchen dem Wandel der politiſchen, wirtſchaftlichen und häuslichen Verhältniſſe, den Verſchiebungen der Vermögen und auf dem Arbeitsmarkte, den Umwertungen ethiſcher und äſthetiſcher Vorſtellungen einerſeits und der Geſtaltung der Kriminalität entwickelten.

Aber die zahlreichen Warnungen, die nicht nur in gelehrten Veröffentlichungen ſondern auch dauernd in der Tagespreſſe erhoben wurden, ſcheinen doch nicht die richtige Würdigung gefunden zu haben. Man las mit Intereſſe von der Gewandheit, mit der die Verbrecherwelt ihre Triks den Kriegszeiten anpaßte, man litt am eigenen Leibe unter Kriegswucher und Schleichhandelspreiſen, man klagte über zunehmende Verwahrloſung der Jugend und war darauf gefaßt, in der nächſten Kriminalſtatiſtik einiges Anſchwellen der Diebſtähle, Veruntreuungen und der Rohheitsdelikte zu konſtatieren. Wir vom Fach wußten und meinten es anders! Wir ſahen angſtbewegt eine Generation heranwachſen, die in den wichtigſten Entwicklungsjahren der Aufſicht des im Feindeslande weilenden oder ſchon begrabenen Vaters, der um Lebensnotdurft frondenden Mutter entbehrte, eine vielfach verwilderte Generation, die trotzdem unter dem Druck des Perſonalmangels früh in verantwortungs- und verſuchungsreiche, gutbezahlte Stellungen einrückte und dann bei der Rückkehr der Krieger in ihre alten Berufe plötzlich Beſchäftigung, Einkommen und die ſchnell angelernten Genüſſe zugleich einbüßte. Uns bangte vor der ſchweren Aufgabe, die Männer wieder an bürgerliche Arbeit und Einordnung zu gewöhnen, die in langen Kampfesjahren die eingewurzelte Achtung vor dem Menſchenleben, den angeborenen Widerwillen gegen Blutvergießen abgelegt hatten, denen es in ununterbrochener Gefährdung und Entbehrung ſelbſtverſtändlich geworden war, zuzugreifen, wo Beköſtigung, Behauſung oder ſonſt Bedürfnisbefriedigung winkte, deren Arbeitsluſt und -Kraft durch den geſchäftigen Müßiggang des Soldatenlebens in der Etappe oder ſelbſt im todumwehten Schützengraben gelähmt war. Wir ſchätzten die moraliſche Verwüſtung richtig ein, die Kriegsgewinnertum und Geldentwertung, zum Spott gewordener Geſetzesüberſchwang und daneben der Abſolutismus des Belagerungszuſtandes anrichteten, nicht minder Hunger, Entkräftung und Verzweiflung über die hingemordeten Angehörigen wie über den Zuſammenbruch des Vaterlandes, der die meiſten fürchterlich aus lange künſtlich genährtem Siegestraume weckte.

Solche Urſachen mußten die ſchrecklichen Wirkungen hervorbringen, die ſich an den von roten Mordmeldungen überdeckten Anſchlagſäulen, den ganze Straßenreihen brandſchatzenden Einbruchsſerien, den überfüllten Zuchthäuſern und Gefängniſſen, den Geſchäftsberichten der Verſicherungsgeſellſchaften ausweiſen. Verbrechen ſind wieder an der Tagesordnung, die wie Anfälle auf offener Straße, Beraubungen von Transporten, Aushebungen von Amtskaſſen, von Spielklubs und anderen Geſellſchaften, Bandenüberfälle auf Gutshöfe nur noch als hiſtoriſche Beiſpiele weit zurückliegender Epochen in den Lehrbüchern des Strafrechts erwähnt wurden. So geſtaltet ſich der kriminelle Niederſchlag eines Weltkrieges von unerhörter Dauer und Erbitterung! In dieſen Zuſammenhang gehören auch die verwerflichen Begleiterſcheinungen der Revolution, die Ausſchreitungen der Spartakusaufſtände, die für ihre Bluttaten und Plünderungen einen nur allzugut vorbereiteten Boden von Gewalttätigkeit und Begehrlichkeit vorfanden. Auch darin ſteckt ein gutes Stück Kriegskriminalität.

Wer ſich einmal darüber klar geworden iſt, wie tief im deutſchen Volkskörper die Erreger der gegenwärtig wütenden Verbrechensſeuche niſten, der wird ſich keiner törichten Hoffnung auf plötzliche Heilung hingeben. Nur die Wiederkehr ruhiger Zuſtände nach Außen und Innen mit normalen Ernährungs- und Arbeitsverhältniſſen kann zur Beſſerung überleiten. Friedensſchluß, Lebensmittel- und

Rohſtoffzufuhren, Feſtigung der von der Geſamtheit des Volkes übernommenen Regierungsgewalt, Aufnahme ernſter und ununterbrochener Arbeit, Erſtarkung neuen geiſtigen und kulturellen Lebens werden allmählich aber ſicher den Einfluß der gefährlichſten Kriminalitätsfaktoren brechen. Damit iſt nicht geſagt, daß auf die Anwendung ſofort wirkender Gegenmittel verzichtet werden ſoll. Freilich müſſen die Bahnen verlaſſen werden, auf denen man während des Krieges durch Stimmungsmache, Verſchweigen der Mißſtände, gewaltſame Unterdrückung und kleinliche Beſchränkungen an den Symptomen herumkurierte. Beiſpielsweiſe blieben die Maßnahmen erfolglos, mit denen die laienhaft beratenen Generalkommandos der Verwahrloſung der Jugendlichen zu ſteuern ſuchten durch Rauch-, Wirtshaus-, Straßenverbote, philiſtrös übertriebene Theater- und Kinozenſur oder den vielerörterten Sparzwang mit ſeiner erbitternden Wirkung auf die vorwiegend davon betroffene jüngere Arbeiterſchaft. Gleiches gilt von Polizeiſtundenfeſtſetzungen und Geſelligkeitsſperrungen, die im Widerſpruche zum Empfinden der Bevölkerung ſtehen, von militäriſchen Straßenpatrouillen, deren ungeübtem Blicke ſich der Verbrecher mühelos und ſpottend verbirgt, von Sicherungshaft und Standgerichtsurteilen, deren Verhängern genügende ſtrafrechtliche und gerichtliche Erfahrung fehlt. Als bei den ſog. Moabiter Unruhen vor einer Reihe von Jahren die Berliner Schutzmannſchaft in Straßenkämpfen verwickelt wurde, ſtellte hinter ihren Reihen die Kriminalpolizei eigene Poſten auf mit der Aufgabe, die feſtgenommenen Perſonen ſofort den kampferregten uniformierten Beamten abzunehmen, ſie zu verhören und dem Richter vorzuführen. Eine ähnliche Arbeitsteilung zwiſchen Truppen und Kriminalpolizei hätte ſich bei den Spartakusunruhen wohl auch bewährt. Die Ausübung der ſtrafenden Gerechtigkeit erhebt andere Anforderungen als die Niederzwingung gewaltſamen Widerſtandes.

Überhaupt iſt eine hinreichende Zahl gut und modern geſchulter Poliziſten, Richter und Strafvollſtreckungsbeamter die beſte Waffe im Kampfe gegen das Verbrechen. Darum war es ein Fehler, daß man die ohnehin kleine Schar hierfür brauchbarer Kräfte im Anfang des Krieges durch Einziehungen ſchwächte, ohne Rückſicht auf deren Unentbehrlichkeit zur Unterdrückung der wachſenden Unſicherheit. Ungehört verhallten auch alle Mahnungen zur Heranbildung eines leiſtungsfähigen Nachwuchſes. Bereits im Jahre 1914 unterbreiteten die Profeſſoren v. Liſzt und Straßmann ſowie der Verfaſſer dieſer Zeilen den beteiligten Miniſterien eine Denkſchrift über die Errichtung kriminaliſtiſcher Inſtitute, in der die hohe Leiſtungsfähigkeit der modernen Verbrecherbekämpfung dargeſtellt wurde, aber auch die Notwendigkeit, dieſe Kenntniſſe zu verbreiten. Geſchehen iſt nichts, obwohl wir uns anheiſchig gemacht hatten, mit einem Jahresaufwand von nur 20 000 Mark die geſamten Koſten zu beſtreiten und obwohl wir in Wort und Schrift immer wieder auf die ungenügende Rüſtung gegen die anſchwellende Verbrechensflut hingewieſen haben. Erſt jetzt ſollen nach der Erklärung des Reichsjuſtizminiſters in der Nationalverſammlung die längſt von Prof. v. Liſzt erhobenen Mahnungen befolgt und wenigſtens die drängendſten Aufgaben der Strafprozeßerneuerung im Wege der Einzelnovellen erfüllt werden, nachdem die große Strafrechtsreform in jahrelanger Vorbereitung ſtecken geblieben iſt, der aus unerforſchlichen Gründen Liſzt ſelbſt, die erſte lebende Autorität auf ſtrafrechtlichem Gebiete, der Begründer der herrſchenden ſoziologiſchen Schule ferngehalten wurde! In Jahre 1916 wurde für die damals ſchwebende Verwaltungsreform der Plan aufgeſtellt, die Staatsverwaltung durch Übertragung der geſamten Polizei auf die Gemeinden zu entlaſten und nur die eigentliche Kriminal- und Sicherheitspolizei in der Hand des Staates zu behalten, dieſe aber zu einer einheitlichen, Stadt und Land gleichmäßig überziehenden, an Perſonal und Material leiſtungsfähigen Organiſation auszubauen, wofür die franzöſiſchen brigades mobiles eine bewährtes Muſter bieten. Und wie ſtellt ſich das Bild noch heute dar? Guts- und Amtsvorſteher, Gendarmen, Bürgermeiſter und Polizeipräſidenten bilden ein wirres Durcheinander polizeilicher Zuſtändigkeiten, zur Staatsanwaltſchaft fehlt die rechte Verbindung, wirkliche kriminaliſtiſche Kenntniſſe und Einrichtungen ſind auf wenige Großſtädte beſchränkt, die Gerichte kleben infolge von Überlaſtung und Gewohnheit an der formaljuriſtiſchen Würdigung „des Falles“, die nutzloſen und ſogar verderblichen kurzen Freiheitsſtrafen ſtehen noch immer im Vordergrund der Praxis, langjährige Einſperrungen entlaſſen beim Mangel progreſſiven Strafvollzugs dem Leben entwöhnte Rückfallskandidaten, das Jugendgeſetz fehlt, die geſetzlichen Grundlagen für ſichernde Maßnahmen gegen Geiſteskranke und Unverbeſſerliche fehlen und die Kriminalität wächſt und ſteigt unaufhaltſam. An die Arbeit, Volksvertreter und Behörden, es iſt Zeit! Es iſt die höchſte Zeit!

Staatsbankerotte

Das Geſpenſt des Staatsbankerotts geht um. Verängſtigte Fragen beweiſen es. An und für ſich iſt dieſe Beobachtung nicht überraſchend, nach einem Kriege, der unglücklich ausgegangen iſt und der eine beiſpielloſe Schuldenlaſt für ein verarmtes, wenn nicht zu ſagen verelendetes Volk zurückgelaſſen hat. Wir werden alſo die Frage beantworten müſſen: droht uns ein Staatsbankerott? und vorher wird es gut ſein, uns einmal darüber klar zu werden, was eigentlich ein Staatsbankerott iſt und ob er unter allen Umſtänden etwas moraliſch zu verwerfendes darſtellt. Der volkswirtſchaftlich Unorientierte wird unter einem Staatsbankerott ſich einen Zuſtand vorſtellen, in dem das ſchuldende Land kurzerhand aufhört, ſeinen Verpflichtungen nachzukommen und dieſe Verpflichtungen, das ſind alſo im weſentlichen die Staatspapiere, wertlos werden. So iſt die Sache in Wirklichkeit in der Praxis nun doch nicht, im Gegenteil: hier tritt der Staatsbankerott manchmal in verhältnismäßig harmloſen Formen auf, wie es denn die mannigfachſten Formen gibt.

Alfred Manes führt in einem kürzlich bei Karl Sigismund in Berlin erſchienenen Werke über Staatsbankerotte nicht weniger als 10 Spielarten auf. Die verhältnismäßig harmloſeſte iſt die Herabſetzung der Zinshöhe. Schon etwas ſchlimmer iſt unter Umſtänden die Hinausſchiebung der Zinszahlung, die dann gewöhnlich in der Weiſe erfolgt, daß der Gläubiger an Stelle von barem Geld neue Anleihen zugeteilt erhält. Einſchneidend und für den Gläubiger ſehr unangenehm wird die Aufhebung der Zinszahlung. Eine mehr verſteckte Form der Verletzungen der Zinszahlungspflicht beſteht in der Wiederwegnahme der bezahlten Zinſen durch beſondere Kouponſteuer. Um Irrtümern vorzubeugen, ſei ausdrücklich betont, daß die jetzt in Deutſchland zur Ausführung kommende Kouponſteuer nicht hierher gehört; denn ſie betrifft nicht etwa einſeitig Staatspapiere, ſondern wird auf ſämtliche Einkommen aus Effekten, Hypotheken, Sparkaſſen, Guthaben uſw. gelegt.

Betrafen die bisher aufgeführten Spielarten nur die Abmachungen über den Zinſendienſt, ſo ſind weiter die Verletzungen der Kapitalrückzahlungspflicht aufzuzählen. Auch hier kann eine Hinausſchiebung der verſprochenen Verpflichtungen eintreten. Es kann ferner die Umwandlung in andere Schuldgattungen, namentlich auf dem Wege der Zwangskonvertierung vorgenommen werden. Daneben iſt denkbar die Herabſetzung des rückzahlbaren Kapitals, wie ſie in gewiſſer Beziehung in manchen öſterreichiſchen Ländern in bezug auf die Banknoten eingeleitet wird. Schließlich wird man manchmal dazu übergehen, ſtatt einer in Gold verſprochenen Rückzahlung eine ſolche in Papier vorzunehmen. Weiter wird es wohl vorkommen, daß gleichzeitig die Zinszahlungs- und die Kapitalrückzahlungsverpflichtungen nicht eingehalten werden, indem man etwa an Zins und Kapital Herabſetzungen vornimmt, oder aber — das iſt der radikalſte und auch ſeltenſte Fall — indem man ſowohl Kapital als auch Zinszahlung reſtlos ſtreicht. Man nennt das Repudiation. Das bekannteſte und aktuellſte Beiſpiel hierfür ſtellt das bolſchewiſtiſche Rußland dar. Doch hat man auch früher ſchon ähnliche Fälle gekannt, ſo im 19. Jahrhundert das Vorgehen mancher Gliedſtaaten der amerikaniſchen Union. Aber auch das Ende der Aſſignatenwirtſchaft in Frankreich muß inſofern hier aufgeführt werden, als die Aſſignaten urſprünglich nicht reine Banknoten, ſondern verzinsliche Schuldſcheine Frankreichs darſtellten.

Es iſt klar, daß ein nicht völlig bolſchewiſtiſch orientiertes Land vor der radikalſten Form bis zum letzten zurückſchrecken und alles tun wird, um dieſen radikalen Zuſammenbruch zu vermeiden, ſchon weil es den Kredit nicht ganz verſcherzen kann. Eine ganz andere Frage iſt es allerdings, ob der Staatsmann, der es mit ſeinem Lande gut meint, überhaupt unter allen Umſtänden eine Verletzung ſeiner Zins- und Kapitalverpflichtungen vermeiden muß und ſoll. Wir glauben, daß je nachdem eine Regierung ſogar die Verpflichtung hat, im Intereſſe des Landes zum mindeſten eine zeitweiſe Verkürzung der eingegangenen Verpflichtungen vorzunehmen, wenn nur dadurch das Land vor Kataſtrophen bewahrt wird. Die Lage eines Landes kann dann gleichbedeutend ſein der eines Kaufmanns, der durch irgendwelche Unglücksfälle, etwa durch Naturereigniſſe oder durch Leichtſinn eines Teilhabers in Verlegenheit gekommen iſt. Ein ſolcher Kaufmann wird nicht zuletzt im Intereſſe ſeiner Gläubiger verſuchen, mit ihnen ein Kompromiß abzuſchließen und dabei natürlich ſoweit wie irgend möglich ſeinen Gläubigern entgegenkommen, eventuell durch das Verſprechen, ſpäter nachzuzahlen. Wenn man dieſen Vergleich folgerichtig durchdenkt, ſo ergibt ſich bereits, daß dieſe Art der zeitweiligen Ausſetzung der Verpflichtungen nur dann einen Sinn hat, wenn die Gläubiger nicht identiſch ſind mit dem Schuldner, mit anderen Worten: ein ſolcher Staatsbankerott hat nur einen Sinn, wenn es ſich um *auswärtige Schulden* handelt.

Ganz anders liegt die Sache aber, wenn als Schuldner die eigenen Bürger in Betracht kommen. Das iſt in Deutſchland der Fall. Im weſentlichen ſind ja die *deutſchen Kriegsanleihen* im Inlande untergebracht. Hier hat ein Staatsbankerott an und für ſich wenig Sinn; denn die damit verbundene Schädigung der Gläubiger würde ja nicht nur die Steuerzahler vernichten, ſondern auch die ganze Volkswirtſchaft ruinieren, ja noch mehr, es würden nicht nur die großen und die mittleren, ſondern alle, aber auch alle kleinen Leute auf das Schwerſte geſchädigt werden, weil es ſchlechterdings niemanden gibt, der nicht mit oder ohne ſeinen Willen, mittelbar oder unmittelbar Beſitzer von Kriegsanleihen iſt. Wer es abgelehnt hat, ſolche zu zeichnen und ſein Geld einer Bank, Genoſſenſchaft oder Sparkaſſe anvertraut hat, hat inſofern auch Kriegsanleihe, als alle Inſtitute in ſehr bedeutendem Maße die ihnen anvertrauten Gelder auf dieſe Weiſe angelegt haben. Ja noch mehr: wer überhaupt keinem Geldinſtitut getraut hat und ſtatt deſſen ſeine Sparpfennige in Banknoten hingelegt hat, iſt genau in derſelben Lage nur mit dem Unterſchied, daß er keine Zinſen erhält; denn die Banknoten ſtellen eine Forderung an die Reichsbank dar, die nun ihrerſeits ihre Mittel faſt reſtlos dem Reich in Form von Schatzanweiſungen uſw. zur Verfügung geſtellt hat. Darum iſt es auch ſo *unſinnig* und zwecklos, aus Angſt vor einem Staatsbankerott ſein *Geld* in den *Strumpf* zu ſtecken; denn wenn wirklich irgendwelcher Angriff auf die Staatsſchulden kommen wird, ſo könnten die Banknoten am allerwenigſten verſchont werden, im Gegenteil: das Beiſpiel der tſchechoſlowakiſchen Länder zeigt, daß man unter Umſtänden in erſter Linie an die Banknoten herangeht.

Was nun Deutſchland anbelangt, ſo iſt an und für ſich bisher die deutſche Staatsſchuld in keiner Weiſe irgendwie gefährdet geweſen, denn ſie ſtellt gewiſſermaßen eine erſte Hypothek auf den geſamten Beſitz aller ſeiner Bürger dar. Allerdings iſt die Sache dadurch jetzt etwas anders geworden, daß wir den Krieg verloren haben und die Entente phantaſtiſche Anſprüche an uns ſtellt. Wenn nun die Gegenſeite die Abſicht hätte, dieſe ihre Forderungen rückſichtslos und ohne Überlegung auf wirtſchaftliche Folgen an erſter Stelle geltend zu machen, ſo würde dann die heimiſche Schuld gewiſſermaßen an die zweite Stelle rücken und nicht mehr ſo ſicher ſein wie bisher. Dieſe Möglichkeit muß zum mindeſten regiſtriert werden. Man darf aber gleichzeitig darauf hinweiſen, daß eine derartig rückſichtsloſe Durchführung nur auf dem Papier ein gutes Geſchäft für die Entente wäre, in Wahrheit aber ſich als das Gegenteil erweiſen dürfte; denn in dem Augenblick, in dem die deutſche Kriegsanleihe durch Eingreifen unſerer Feinde ſchwer gefährdet würde, müßte unſer geſamtes ſo empfindliches Kredit- und Geldgebäude zuſammenbrechen, da, wie ſchon einmal erwähnt, ſchlechterdings jegliche Exiſtenz in Deutſchland auf einer Reſpektierung der Anleihen aufgebaut iſt. Wenn aber durch eine Nichtreſpektierung die ganze Wirtſchaft zuſammenbricht, ſo wird es der Entente ſehr ſchwerfallen, aus Deutſchland viel herauszuziehen. Der Kurs der Anleihen, das ſei zum Schluß noch erwähnt, deutet übrigens nicht darauf hin, daß man in den Kreiſen der Urteilsfähigen an eine ernſtliche Gefährdung der Anleihen glaubt.

Severus Linter.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 2. Mai 1919 * Heft 18

Deutſche Politik
Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Die Adriafrage mußte, was hier wiederholt ausgeführt wurde, innerhalb der Entente zur Kriſis treiben. Hatte man über die Mißhandlung Deutſchlands im Viererrat eine Verſtändigung auch erreichen können, an dieſer Stelle meldete der italieniſche Imperialismus ſeine Preſtigeſorge. Er will Fiume erhalten, obwohl es in den urſprünglichen Zuſagen des Londoner Vertrages nicht enthalten war — da die Stadt ſelber italieniſch iſt, läßt ſich der Anſpruch national friſieren, tatſächlich aber handelt es ſich um den Willen, die Adria militäriſch zu beherrſchen und ein verkehrspolitiſches Monopol für die italieniſche Handelsſchiffahrt zu ſchaffen. Italien hat die Habsburger Monarchie gehaßt, aber dieſe iſt für Roms Bedürfnis zu ſehr beſiegt worden. Denn nun muß Rom damit rechnen, daß der junge ſüdſlawiſche Imperialismus, gehätſchelt von den anderen Großmächten, ſich entſchloſſener betätigen wolle als die Habsburger Großmachtspolitik, die doch immer in den nationalen Gegenſätzen gefeſſelt war. Italien dürfte eher geneigt ſein, ſeine Pläne auf die deutſchen Gebiete ſüdlich des Brenners zurückzuſtecken, die man jetzt in Paris, in der ſelbſtherrlichen Preisgabe der 14 Punkte, nährt (und Wilſon iſt daran beteiligt); denn die deutſche Irredenta von Bozen würde ſchwer verdaulich ſein und eine dauernde Spannung zum nördlichen Nachbarn bedeuten. Aber in der Adriafrage miſchen ſich Ruhmſucht und Angſt. Die italieniſche Regierung befindet ſich in einer ähnlichen Lage wie die Prager, wie **die Warſchauer: durch Anſpannung der nationaliſtiſchen Idee über** die innerpolitiſche Gärung ſich hinwegzuhelfen. Für Deutſchland iſt es geboten, die Entwicklung der Frage mit Zurückhaltung, aber aufmerkſam zu beobachten; Italien droht heute, dem Frieden fernzubleiben, iſt aber nicht ſtark genug, eine aktive Politik auf eigene Fauſt durchzuführen. Seine Freunde werden nicht verfehlen, ihm die militäriſche Erfolgloſigkeit während dreieinhalb Jahren vorzurechnen.

*

Es war richtig, daß die deutſche Reichsregierung ſich der relativen Verhandlungsbereitſchaft der Entente vergewiſſerte, ehe ſie ihre Delegierten nach Verſailles ſandte. Die Auskunft von dort hat noch immer einen ſchwankenden Charakter. Will der Viererrat nur erſte Nummern, um ſie demütigen zu können, indem er eine Unterzeichnung der Präliminarien erpreßt, Einzelberatung ablehnt? Hat er begriffen, daß jeder Friedensvertrag, auch ein unterſchriebener, völlig zwecklos iſt, wenn nicht ein Meinungsaustauſch über ſeine Durchführbarkeit vorliegt? Mit der Ablehnung des Vertrags zu kokettieren iſt zwecklos, denn wir wollen auf der Unterlage der Oktober-Noten zu einem Frieden kommen; aber Deutſchland wird ſein eigenes Todesurteil nicht unterzeichnen können.

*

Durch die Preſſe ging die Nachricht, der Friede werde einer Volksabſtimmung unterworfen werden. Das trifft hoffentlich nicht zu. Denn es würde nur eine Flucht vor der geſchichtlichen Verantwortung bedeuten. Wozu wurde die Nationalverſammlung gewählt, die Regierung ernannt? Damit ſie führe! Das iſt ihr auch moraliſch nicht immer leicht gemacht, da es Literatenſport wurde, die Arbeit von Weimar zu verhöhnen. Um ſo ſchlimmer, wenn ſie ſich ſelber durch derlei ins Ungewiſſe abdrängen läßt. Der Mut zur Verantwortung muß in Deutſchland das Führertum neu ſchaffen.

*

Die bolſchewiſtiſche Welle aus Großrußland, die über die Ukraine hinweggerollt iſt, hat den Selbſtändigkeitsgedanken nicht erdrücken können. Nicht nur beginnt Petljura, der nach Weſten ausgewichen war, wieder vorzuſtoßen, wobei er ſchon bedeutende Erfolge (Übergabe von drei Regimentern nebſt Artillerie) zu verzeichnen hat, ſondern auch im Rücken der roten Front beginnt der ukrainiſche Bauer ſeine Vorräte vor dem bolſchewiſtiſchen Zugriff zu verteidigen. Selbſt Lenin ſah bereits die Lage in der Ukraine vor dem Fall Kijews ſehr peſſimiſtiſch an. Einesteils ſchlage der erbärmliche Zuſtand der Eiſenbahnen jede Hoffnung auf eine reichliche Zufuhr aus der Ukraine tot, andererſeits mangele es dort völlig an bolſchewiſtiſchen Parteiorganiſationen, die den ukrainiſchen Bauern nötigen könnten, ſeinen Weizen zu verkaufen, den er mit unverſtändlichem Eigenſinn abzuliefern weigert. Damit fördere der ukrainiſche Bauer die Sache der Feinde des Bolſchewismus, die ihn durch Hunger zu vernichten trachten. Wie man aus dieſer Leninſchen Klage ſieht, ſteht die ukrainiſche Sache durchaus nicht hoffnungslos, zumal eben gemeldet wird, daß die von der ukrainiſchen Regierung bisher mit dem Oberkommando der Ententearmeen im Orient geführten Verhandlungen nach Paris verlegt worden ſeien.

Der Völkerbundentwurf der deutſchen Regierung

Von Dr. Hans Wehberg

Unter den zahlreichen Völkerbund-Entwürfen, die in letzter Zeit in Deutſchland und anderswo veröffentlicht worden ſind, haben die Projekte Erzbergers ſowie der „Deutſchen Geſellſchaft für Völkerrecht" beſonderes Intereſſe erweckt. Dieſe hatten jedoch keinen offiziellen Charakter. Bis zur Veröffentlichung der Pariſer Akte vom 14. Februar 1919 haben lediglich die nordiſchen Staaten ſowie die Schweizeriſche Bundesregierung einen Regierungsentwurf bekanntgegeben. Nach Fertigſtellung des Pariſer Entwurfs hat die holländiſche Regierung ihrerſeits Grundſätze aufgeſtellt, die ihrer Meinung nach bei einem idealen Völkerbund verwirklicht werden müßten. Auch die deutſche Regierung hat ſich nicht der Notwendigkeit verſchloſſen, dem ſehr fehlerhaften Pariſer Entwurf ihre eigene Auffaſſung gegenüberzuſtellen. Der dieſer Tage veröffentlichte Entwurf bildet das Reſultat von Kabinettsſitzungen, die um Oſtern 1919 ſtattgefunden haben.

Die deutſche Regierung iſt ganz gewiß nicht ohne Skepſis gegenüber der Möglichkeit geweſen, den Grundſätzen des Entwurfs Geltung zu verſchaffen. Trotzdem hat ſie es für ihre Pflicht gehalten, durch die Veröffentlichung ihrer eigenen Auffaſſung an das Weltgewiſſen zu appellieren und in der großen Stunde, da der Völkerbundgedanke Wahrheit werden ſoll, nichts zu verſäumen, das geeignet wäre, die Fehler des Pariſer Entwurfs aus der Welt zu ſchaffen. Der Unterſchied zwiſchen dem Pariſer und dem deutſchen Entwurf iſt geradezu fundamental. Man kann die charakteriſtiſchen Merkmale des deutſchen Entwurfs etwa auf folgende vier Leitſätze zurückführen:

1. Es ſoll ein ewiger Bund ſämtlicher zur Völkerrechtsgemeinſchaft gehörigen Staaten gegründet werden und alle Teilnehmerſtaaten des Bundes ſollen gleichberechtigt ſein. Der Bund ſoll nicht, wie dies im Pariſer Entwurf vorgeſehen iſt, zunächſt nur von den Entente-Mächten und den neutralen Staaten unter Vorherrſchaft der Ententemächte gegründet werden.

2. Es ſollen alle Streitigkeiten friedlich erledigt werden. Kein Staat iſt berechtigt, wie dies nach dem Pariſer Entwurf der Fall iſt, einem anderen unter gewiſſen Vorausſetzungen den Krieg zu erklären.

3. Die Behörden zur Entſcheidung internationaler Streitigkeiten ſollen unparteiiſch zuſammengeſetzt ſein. Dieſer Grundſatz ſteht im Widerſpruch zu der Pariſer Beſtimmung, daß in dem zur Vermittlung zuſtändigen Rat vor allem die Entente-Großmächte vertreten ſind.

4. Es ſoll neben den Staatenkongreß als Organ der Geſetzgebung ein Völkerparlament treten. Die Völker ſollen alſo im Gegenſatz zu dem Pariſer Entwurf unmittelbar zur Mitarbeit an dem Völkerbund herangezogen werden.

Im einzelnen iſt zu dieſen Punkten folgendes zu ſagen:

Der deutſche Entwurf will von vornherein ſämtliche kriegführenden Staaten, mit Einſchluß der während des Krieges neu entſtandenen, ſowie alle neutralen Staaten umfaſſen, die dem Haager Weltſchiedsbund angeſchloſſen ſind. Der Pariſer Entwurf will dagegen die Zentralmächte zunächſt ausſchließen und ihnen nur mit Zuſtimmung von mindeſtens ⅔ der in der Delegierten-Verſammlung vertretenen Mächte den Beitritt geſtatten. Er iſt von einem außerordentlichen Mißtrauen gegen das Deutſche Reich diktiert. Die Ententemächte haben uns früher mit Recht vorgeworfen, daß wir uns auf den Haager Friedenskonferenzen den wichtigſten Fortſchritten widerſetzt hätten, weil uns das Vertrauen in eine Politik des Rechts gefehlt habe. Nun aber begehen ſie denſelben Fehler, indem ſie vor der Schaffung eines idealen Völkerbundes zurückſchrecken, weil ſie Deutſchland, deſſen Militarismus im Kriege zuſammengebrochen iſt, kein vollkommenes Vertrauen entgegenzubringen vermögen. Vielleicht kann der vorliegende Entwurf ein wenig dazu beitragen, die Entente davon zu überzeugen, daß Deutſchland zu einem vollkommenen Bruch mit den Traditionen der alten Politik bereit iſt.

Der radikale Ausſchluß jeder Kriegsmöglichkeit iſt eine Forderung, der ſich die feindlichen Mächte nach dieſem furchtbaren Kriege nicht werden widerſetzen können. Auch die ſchweizeriſche und holländiſche Regierung haben ſich auf dieſen Standpunkt geſtellt. Ein idealer Völkerbund iſt nicht denkbar, wenn dem Krieg noch eine Hintertür offengelaſſen wird und wenn es unter Umſtänden nur von der Geſchicklichkeit geriſſener Diplomaten abhängt, ob zu den Waffen gegriffen werden darf. Der deutſche Entwurf fordert, daß jede Streitigkeit entweder auf dem Wege des Schiedsgerichtes oder der Vermittlung entſchieden werden ſoll.

Wenn fortan jeder Streit friedlich erledigt werden ſoll, ſo müſſen wir vor allen Dingen ideale Organe haben, denen die Rechtſprechung und die Vermittlung anvertraut werden kann. Der deutſche Entwurf beſtimmt im einzelnen, wie der ſtändige internationale Gerichtshof ſowie das internationale Vermittlungsamt gebildet werden ſollen. Der Pariſer Entwurf ſchweigt ſich über die Zuſammenſetzung des Gerichtshofs aus, woraus freilich noch nicht geſchloſſen werden kann, daß die Urheber des Entwurfs die von Deutſchland vorgeſchlagene Regelung mißbilligen. Vielmehr iſt ein ähnlicher Vorſchlag, wie ihn der deutſche Entwurf in Artikel 14 enthält, bereits auf der zweiten Haager Friedenskonferenz gemacht worden. Jeder Staat ſoll mindeſtens eine und höchſtens vier Perſonen vorſchlagen, die geeignet ſind, das Richteramt zu übernehmen. Von dieſen muß mindeſtens eine Perſon, was ſehr bedeutſam erſcheint, Angehöriger eines fremden Staates ſein. Aus der Geſamtliſte der Vorgeſchlagenen ſoll dann jeder Staat 15 Perſonen bezeichnen. Die 15 Perſonen, die die meiſten Stimmen haben, gelten als gewählt.

Sehr bedeutſam tritt der Unterſchied des deutſchen und Pariſer Entwurfs bei der Zuſammenſetzung des internationalen Vermittlungsamtes hervor. Nach dem gegneriſchen Entwurf ſollte der Rat aus Vertretern der fünf Entente-Großmächte ſowie aus Vertretern von vier anderen Staaten beſtehen. Sicherlich wäre zu befürchten, daß bei einer ſolchen Regelung der Frage eine Politik der Entente-Staaten betrieben wird. Zum mindeſten würde bei den Zentralmächten das nötige Vertrauen in die Unparteilichkeit des Rates fehlen. Der deutſche Entwurf ſchlägt vor, daß für das Vermittlungsamt jeder Staat vier Wahlmänner ſeines Vertrauens ernennen ſoll. Dieſe ſollen aus ſich heraus mit Stimmenmehrheit 15 Mitglieder ſowie zehn Erſatzmänner wählen. Hervorgehoben iſt noch, daß die Mitglieder des Vermittlungsamtes weder in einem aktiven Dienſtverhältnis zu ihrer Heimat ſtehen, noch gleichzeitig Mitglieder einer anderen Behörde des Völkerbundes ſein dürfen. Dadurch iſt vor allem erreicht, daß die Mitglieder des Vermittlungsrates auf keinen Fall nach Inſtruktionen ihrer Staaten abſtimmen.

Die von der deutſchen Regierung befürwortete Löſung ſämtlicher Streitfragen auf friedlichem Wege iſt dadurch erleichtert worden, daß man in dem Entwurf auf die Unterſcheidung zwiſchen rechtlichen und politiſchen Fragen verzichtet hat. Der Pariſer Entwurf macht dieſe Unterſcheidung und überweiſt die erſtgenannten Streitigkeiten der Schiedsgerichtsbarkeit, die zuletztgenannten der Vermittlung. Der deutſche Entwurf gibt jedem Staate bei allen Streitigkeiten ein einſeitiges Klagerecht vor dem internationalen Gerichtshof. An ein beſonderes, im Einzelfall zuſammengeſetztes Schiedsgericht dürfen ſich die Staaten nur unter ganz beſtimmten Vorausſetzungen wenden. Dadurch ſoll eine Vereinheitlichung der Rechtſprechung gewährleiſtet werden. Zweifellos tritt die Bedeutung der Vermittlungsbehörde bei dieſer Art der Regelung ſtark zurück. Denn wenn ſich die Staaten auf den Vorſchlag der Vermittlungsbehörde nicht einigen können, dann ſind ſie gezwungen, den Streitfall ſchiedsgerichtlich erledigen zu laſſen.

Wenn nun auch dieſe Methode einen großen Fortſchritt gegenüber der Pariſer Konferenz darſtellt, ſo müſſen doch Zweifel geäußert werden, ob es richtig iſt, den Staaten in faſt allen Fällen jegliche Möglichkeit zu nehmen, Einfluß auf die Zuſammenſetzung des Gerichtshofes und des Vermittlungsrates zu gewinnen. Die Haager Inſtitutionen hatten doch den großen Vorteil, daß die Schiedsgerichte nur aus Männern zuſammengeſetzt waren, die das beſondere Vertrauen der Parteien genoſſen. Man ſollte insbeſondere einem ſtändigen Gerichtshof nicht alle Streitigkeiten überweiſen, ſondern den Parteien, namentlich bei Intereſſenkonflikten, den Weg eines beſonderen Schiedsgerichtes offenlaſſen. Auch kann es nicht für richtig angeſehen werden, daß nur ſolche Männer dem Gerichtshof und Vermittlungsrat angehören dürfen, die von den Regierungen vorgeſchlagen ſind. Es läßt ſich ſehr wohl ein anderer Wahlmodus denken, wonach die vortrefflichſten Männer der ganzen Welt, gleichgültig, welchem Staate ſie angehören, in dem internationalen Gerichtshof oder in den Vermittlungsrat gewählt werden.*)

Sehr bedeutſam iſt ferner der Unterſchied des deutſchen Entwurfs gegenüber dem Pariſer Entwurf bezüglich des Organes für die Weltgeſetzgebung. Der Pariſer Entwurf hatte lediglich einen Staatenkongreß vorgeſehen. Dieſelbe Auffaſſung hatte auch der Entwurf der „Deutſchen Geſellſchaft für Völkerrecht" vertreten. Der Vorſchlag der Reichsregierung geht weit über dieſe Idee hinaus. Er ſieht neben dem Staatenkongreſſe ein Weltparlament vor und zeigt ſich ſomit von der jüngſt in Bern ſtattgefundenen Völkerbundkonferenz beeinflußt. Jene Konferenz hatte freilich ein Weltparlament als ausſchließliches Organ der Geſetzgebung vorgeſehen und die Regierungen als ſolche vollkommen ausgeſchaltet. Die Mitglieder des Völkerparlaments ſollten auch nach der Berner Reſolution direkt von den Völkern gewählt werden, während der deutſche Entwurf lediglich vorſieht, daß die einzelnen nationalen Parlamente Vertreter in das Weltparlament ſenden. Das Weltparlament des deutſchen Entwurfs ſoll alſo ähnlich organiſiert ſein, wie die Interparlamentariſche Union.

Zur Änderung der Bundesverfaſſung iſt nach dem deutſchen Entwurf ein gemeinſamer Beſchluß von Staatenkongreß und Weltparlament erforderlich. Hier zeigt ſich gleichfalls ein bedeutſamer Fortſchritt gegenüber den Pariſer Vorſchlägen. Nach der Völkerbund-Akte vom 14. Februar 1919 ſollten Abänderungen des Bundesvertrages in Kraft treten, nachdem ſie von ſämtlichen Mitgliedsſtaaten des ausführenden Rates und von ¾ der Mitglieder der Delegierten-Verſammlung genehmigt worden ſind. Da der ausführende Rat nach dem Pariſer Entwurf vor allem aus den fünf Entente-Großmächten beſteht, ſo ſollte es in deren Hand gelegt ſein, ob die Verfaſſung geändert werden darf.

Die in dem deutſchen Regierungsentwurf durchgeführte Idee, jedem Staate gleiches Stimmrecht bei Fragen der Geſetzgebung zu gewährleiſten, hat gewiß manches für ſich. Aber es bedarf doch eingehender Prüfung, ob wirklich dieſes Syſtem, durch das Liberia daſſelbe Stimmrecht wie z. B. Holland erhält, in der Praxis durchführbar iſt und nicht zu großen Unzuträglichkeiten führt. Der Pariſer Entwurf drückt zweifellos die nicht zu den Großmächten gehörigen Staaten allzuſtark an die Wand. Der deutſche Entwurf macht den entgegengeſetzten Fehler. Man wird doch wohl bei der endgültigen Regelung dieſer Frage weder die Ideen des Pariſer noch des deutſchen Entwurfs befolgen können. Vielleicht — dies ſei unter allem Vorbehalt bemerkt — liegt die ideale Löſung darin, die Frage der Geſetzgebung ausſchließlich einem Weltparlament zu übertragen, in dem keinerlei Staaten, ſondern nur Vorkämpfer der Intereſſen der ganzen Menſchheit vertreten ſind.

---

*) Vergl. hierzu Wehberg: „Das Problem eines internationalen Staatengerichtshofs" (Bd. II der Schücking'ſchen Sammlung: „Das Werk vom Haag") München, 1912, beſ. S. 82.

Was die Frage der Rüſtungsbeſchränkung betrifft, ſo ſollen nach dem deutſchen Entwurf die Rüſtungen zu Lande und in der Luft ſo beſchränkt werden, daß nur die zur Sicherung des Landes erforderlichen Streitkräfte aufrechterhalten werden ſollen. Kein Zweifel, daß dieſe Beſtimmung des deutſchen Entwurfs ſehr unklar iſt. Denn was zur Sicherheit des Landes notwendig erſcheint, kann in verſchiedenem Sinne ausgelegt werden. Beſſer wäre es geweſen, wenn man lediglich geſagt hätte, daß die zur inneren Sicherheit des Landes erforderlichen Streitkräfte unterhalten werden ſollen. Jedenfalls aber erſcheint der deutſche Vorſchlag grundſätzlich idealer als die Pariſer Regelung, denn nach dieſer ſollten die geographiſchen Grenzen eines Landes berückſichtigt werden. Eine ſolche Beſtimmung würde es ermöglichen, daß einzelne Staaten unverhältnismäßig große Streitkräfte zur Verfügung haben könnten.*)

Bemerkenswert iſt an dem deutſchen Entwurf fernerhin, daß er Vorſchriften zur Bekämpfung der Preß-Verhetzung enthält und insbeſondere den Berichtigungszwang bei unrichtigen tatſächlichen Behauptungen vorſieht. Eine ſolche Beſtimmung fehlt in dem Pariſer Entwurf.

Die Beſtimmungen über Verkehrsfreiheit, Schutz der nationalen Minderheiten, Arbeiterrecht und Kolonien, lehnen ſich beſonders ſtark an die Vorſchläge der Deutſchen Geſellſchaft für Völkerrecht an, wie denn überhaupt ganz unverkennbar iſt, daß jener private deutſche Entwurf die amtlichen Vorſchläge aufs ſtärkſte beeinflußt hat. Hervorgehoben ſei, daß in dem deutſchen Regierungs-Entwurf die Meiſtbegünſtigungsklauſel fehlt, die in dem Entwurf der Deutſchen Geſellſchaft für Völkerrecht enthalten iſt. Die Tatſache, daß der deutſche Regierungsentwurf die Rechte der nationalen Minderheiten regelt, ſteht in erfreulichem Gegenſatz dazu, daß der Pariſer Entwurf über dieſe wichtigen Grundrechte ſchweigt.

Über die Frage, ob eine Zwangsvollſtreckung ſtattfinden ſoll, entſcheidet nach dem deutſchen Regierungsentwurf das Vermittlungsamt. Die Zwangsvollſtreckung ſoll auch in militäriſchen Maßnahmen beſtehen können.

So kann man insgeſamt feſtſtellen, daß in dem deutſchen Regierungsentwurf nichts von jenem Geiſt zu ſpüren iſt, der in Preußen-Deutſchland ſeit 1870/71 geherrſcht hat. Das vollkommene Vertrauen in eine Politik des Rechts iſt aus faſt allen Beſtimmungen des Entwurfs zu erkennen. Bei dem Pariſer Entwurf ſtehen die einleitenden Worte zu den einzelnen Artikeln in einem ſcharfen Gegenſatz. Zwar will auch der Pariſer Entwurf nicht nur einen Völkerbund zur Verhütung der Kriege, ſondern auch zur Schaffung einer Arbeitsgemeinſchaft der Völker. Aber die Mittel, die er hierfür empfiehlt, ſind durchaus unzureichend. Nach dem Pariſer Entwurfe beſteht die große Gefahr, daß die alten Gegenſätze der Staaten in dem Völkerbund weiterbeſtehen bleiben, ja noch verſtärkt werden. Nur der Weg, den der deutſche Entwurf vorſchlägt, kann den Völkern Segen bringen. Wir wollen trotz mancher trüben Erfahrungen der letzten Monate die Hoffnung keineswegs aufgeben, daß die deutſchen Richtlinien in ihren weſentlichen Punkten mit den hier vorgeſchlagenen Verbeſſerungen zur Annahme gelangen, damit aus dem großen Plane Wilſons doch ſchließlich die ſeit Jahrhunderten erſehnte Allianz der Völker hervorgeht.

---

*) Vergl. dazu Wehberg, Die internationale Beſchränkung der Rüſtungen, Stuttgart, 1919, beſonders S. 378 ff.

Die Prinzipien des Siegers

Von Dr. Eugen Foehr

Bevor Präſident Wilſon ſein Friedensprogramm aufſtellte, hatten die Staatsmänner der Alliierten das Prinzip der nationalen Selbſtbeſtimmung verkündet. In vier Kriegsjahren ließ die Entente immer wieder aufs neue erklären, daß ſie für dieſes Prinzip das Schwert gezogen habe und daß ſie nicht eher Frieden ſchließen werde, als bis das Selbſtbeſtimmungsrecht der Nationen allgemein anerkannt ſei.

Aber die Alliierten erblickten in dieſem Prinzip von Anfang an nur ein Kriegsmittel wie alle anderen und dachten ſich ſeine Anwendung durchaus einſeitig. Es ſollte dazu dienen, Deutſchland zu ſchwächen, Öſterreich-Ungarn zu zertrümmern und das Osmaniſche Reich aufzuteilen. Während engliſche und franzöſiſche Staatsmänner das Schlagwort vom Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker im Munde führten, wurden in Irland blutige Aufſtände niedergezwungen, Ägypten und Griechenland vergewaltigt. Nicht die Theorie der Ententediplomatie, ſondern die Praxis der Zentralſtaaten ſprengte die Feſſeln der unterdrückten Nationen Rußlands.

Hätte Deutſchland ſich rechtzeitig zum Nationalitätsprinzip bekannt und es mutig verfochten, ſo wäre ihm zum mindeſten ein großer moraliſcher Erfolg beſchieden geweſen. Dem ehrlichen Bekenntnis und ſeiner entſchloſſenen Durchführung ſtanden jedoch die innere Politik Preußens, die Vielzahl dynaſtiſcher Sonderintereſſen und vor allem der Habsburgiſche Bundesgenoſſe im Wege. Als die deutſche Regierung im vierten Kriegsjahre die Forderung des Selbſtbeſtimmungsrechtes der Völker ſich zu eigen machte, hatte ihre Randſtaatenpolitik bereits dafür geſorgt, daß dieſem diplomatiſchen Schachzug jede Wirkung verſagt bleiben mußte. Und dann ging Deutſchland nach Breſt-Litowsk und verſetzte dem eben erſt angenommenen Prinzip den Todesſtoß.

Das deutſche Waffenſtillſtandsangebot ſchien endlich dem Prinzip des Selbſtbeſtimmungsrechtes zum Siege zu verhelfen. Präſident Wilſon hatte auf dieſem Prinzip ſein Friedensprogramm aufgebaut. „Alle Fragen, mögen ſie Staatsgebiet, Souveränität, wirtſchaftliche Vereinbarungen oder politiſche Beziehungen betreffen“, ſollten „auf der Grundlage der freien Annahme ſeitens des dadurch betroffenen Volkes und nicht auf der Grundlage des materiellen Intereſſes oder Vorteiles irgend einer anderen Nation“ geregelt werden. Sieger und Beſiegte verpflichteten ſich feierlich auf die Theſen des Präſidenten der Vereinigten Staaten: Der Weg zu einer neuen Weltordnung war frei.

Mit dem Abſchluß des Waffenſtillſtandes war auch für die Entente die Zeit der diplomatiſchen Spiegelfechterei vorbei. Jetzt mußte ſich zeigen, ob der Sieger das Prinzip der Selbſtbeſtimmung in ehrlicher Abſicht aufgeſtellt hatte. Es iſt nicht notwendig, alle Erfahrungen der letzten fünf Monate ins Gedächtnis zurückzurufen; das deutſche Volk wird ſie ſo raſch nicht vergeſſen. Was wir von den Siegern zu erwarten haben, lehrten zwei Veröffentlichungen der jüngſten Zeit: der ausführliche Havas-Bericht über die „diplomatiſche Lage“ und der durch Reuter verbreitete revidierte Satzungsentwurf für den Völkerbund. Wenn die beiden Dokumente wirklich die endgültigen Bedingungen darſtellen, die der deutſchen Delegation in Verſailles vorgelegt werden ſollen, dann iſt nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Friedenskonferenz in Paris das Programm Wilſons verleugnet, ſich gegen das Prinzip der Selbſtbeſtimmung und für einen Gewaltfrieden entſchieden hat. Wie England in der Kolonialfrage, ſo ſcheint Frankreich in den kontinentalen Territorialfragen erreicht zu haben, daß die Konferenz im Prinzip ſeine Forderungen anerkennt und nur noch nach Formeln ſucht, die über moraliſche Bedenken hinweghelfen ſollen. Wilſon hätte dann vor Clemenceau kapituliert, und der mit großen Hoffnungen begrüßte Völkerbund würde zu einer Entente-G. m. b. H. herabſinken, deren Aufgabe es wäre, den beabſichtigten Raub für alle Zukunft zu ſichern.

Wiederum droht der Sieger, das Prinzip des Selbſtbeſtimmungsrechtes zunichte zu machen. Insbeſondere iſt es der Geiſt Frankreichs, der die Pariſer Konferenzen beherrſcht und ſie verleitet, ſich über feierliche Verträge hinwegzuſetzen. Man möchte uns zwar immer noch einreden, daß die Clemenceau, Pichon, Foch eigentlich ganz harmloſe Leute ſeien, die gar nicht an eine Vergewaltigung Deutſchlands dächten. Aber der Geiſt des ſiegreichen Frankreichs iſt aus der Geſchichte zur Genüge bekannt, und was wir bis jetzt von ihm zu ſpüren bekamen, ſpricht nicht dafür, daß die Franzoſen „lediglich den Wunſch“ hätten, „wirtſchaftliche Abkommen über die Saarkohle zu treffen“. Es ſoll nicht beſtritten werden, daß weltpolitiſch und wirtſchaftlich die engliſche Politik für unſere Zukunft mindeſtens ebenſo gefährlich iſt wie die franzöſiſche, aber es dürfte doch nachgerade kein

Zweifel mehr beſtehen, daß Frankreich auf dem territorialen Streitgebiete wie in der Frage des Schadenerſatzes und der deutſchen Kriegsgefangenen unſer unerbittlicher Hauptgegner iſt. Die Motive Frankreichs, das für ſeine eigene Zukunft fürchtet, mögen verſtändlich ſein; aber die Mittel, die es rückſichtslos anwenden will, bedrohen nicht nur Deutſchlands Exiſtenz, ſondern den Frieden der ganzen Welt.

Frankreich iſt mit einem fertigen Programm auf die Friedenskonferenz gegangen, und es hat bis jetzt noch kein Jota ſeiner urſprünglichen Abſichten aufgegeben. Seine publiziſtiſche Propaganda war von Anfang an darauf eingeſtellt, die Feſſeln, die Wilſons Programm auch dem Sieger anlegt, ſo gründlich und ſo raſch wie möglich wieder abzuſtreifen. Es war freilich nicht ſehr einfach, allgemein anerkannte Rechtsbegriffe zu umgehen. Aber wie ſeinerzeit in Deutſchland, ſo fehlt es auch in Frankreich nicht an Gelehrten und Politikern, die ſich der Regierung für dieſen Zweck zur Verfügung ſtellen. Der Pariſer Korreſpondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, der ſich am Quai d'Orſay mit Pichon und Tardieu „auf dem Fuße der Ebenbürtigkeit“ unterhält, hat bereits Mitte März die Befürchtung zerſtreut, die führende Rolle der Juriſten auf dem Friedenskongreß könnte eine „einſeitige Betrachtung der Dinge“ bewirken. Die Gefahr ſei nicht groß, da andere Einflüſſe „verhindern, daß der Verſöhnungsgedanke eines Präſidenten Wilſon oder das internationale Rechtsgebäude eines Léon Bourgeois gleich konkrete Wirklichkeit werden“. Kein geringerer als der Philoſoph Boutroux hat es übernommen, die theoretiſche Rechtfertigung der franzöſiſchen Gewaltpolitik zu ſchreiben. Auch er gibt zu, daß Frankreich, das ſich für die Freiheit der Völker geſchlagen habe, a priori jede Kombination zurückweiſen müßte, die das Recht der linksrheiniſchen Bevölkerung verkenne. Boutroux läßt jedoch das Nationalitätsprinzip nur „in einem höheren moraliſchen Sinne“ gelten und ſtellt ihm das Prinzip der ſtaatlichen Lebensnotwendigkeiten als ebenbürtig zur Seite. Sein „Vernunftſtandpunkt“ iſt, daß die Staaten ſich, ſoweit möglich, mit den Nationen decken ſollen, aber anderſeits auch in den Stand geſetzt ſein müſſen, zu dauern und ſich in ihrem Weſen zu behaupten. Der Korreſpondent des Zürcher Blattes verſichert: „Wie der Philoſoph, ſo ſprechen in Frankreich gegenwärtig Hiſtoriker, Schriftſteller, Künſtler.“ Unter dem Titel „La France au Rhin“ haben ſie der Friedenskonferenz das Ergebnis einer Umfrage überreicht. Danach beſtehen Meinungsverſchiedenheiten nur hinſichtlich des mehr oder weniger freien Regimes, das der rheiniſchen Republik zugedacht wird, und der Hoffnungen, die die Franzoſen auf eine „geiſtige Eroberung“ der linksrheiniſchen Bevölkerung ſetzen; die Abtrennung des Rheinlandes von Preußen wird aber allgemein als eine franzöſiſche Exiſtenzbedingung erklärt.

Man ſieht: es gibt nichts neues unter der Sonne. Die Logik des Franzoſen

Boutroux iſt keineswegs eine Spezialität der franzöſiſchen Wiſſenſchaft, ſie ſcheint vielmehr ein charakteriſtiſches Merkmal des Siegers zu ſein. Als Deutſchland in den Krieg zog, ſtellte es das Prinzip der Selbſterhaltung auf. Solange darunter nur die Verteidigung unſeres nationalen Beſitzes verſtanden wurde, ſtimmte das ganze deutſche Volk dieſem Prinzip zu. Aber das ſiegreiche Deutſchland erweiterte es allmählich zum Prinzip der ſtaatlichen Lebensnotwendigkeiten, unter denen findige Leute faſt alles begriffen, was in erreichbarer Nähe oder auch in unerreichbarer Ferne lag. Mit denſelben Argumenten, deren ſich heute ihre franzöſiſchen Fachkollegen bedienen, haben deutſche Profeſſoren, Juriſten, Induſtrielle, Journaliſten und auch Politiker den Beſitz der flandriſchen Küſte, des Erzbeckens von Longwy und Briey und anderer ſchöner Länder als Lebensnotwendigkeit für Deutſchland gefordert. Die Pariſer Boulevardpreſſe war in den letzten Monaten unabläſſig bemüht, ihre Leſer an die deutſchen Eroberungspläne zu erinnern und nachzuweiſen, wie beſcheiden ſich dagegen die franzöſiſchen Anſprüche ausnehmen. Ein großer Unterſchied wird aber an der Seine gefliſſentlich überſehen: die deutſchen Machtträume waren durch keine Verträge behindert, während die franzöſiſchen Politiker, die ſich für die „Neutraliſierung“ des Rheinlandes, die „Zwangsverwaltung“ des Saargebietes und noch einiges mehr begeiſtern, ihre feierliche Verpflichtung auf Wilſons Theſen gröblich verletzen.

Die beiden Prinzipien, das der nationalen Selbſtbeſtimmung und das der ſtaatlichen Lebensnotwendigkeiten, verſagen, wenn bei der Verteilung der Beute die Sieger untereinander in Streit geraten. Für dieſen Fall hat der Stärkere ein drittes Prinzip bereit: das Prinzip der kulturellen Erſtgeburt. Der von André Tardieu inſpirierte Korreſpondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ verweiſt auf den italieniſch-ſerbiſchen Adriaſtreit und meint, der Sieg der italieniſchen Anſprüche würde letzten Endes ſeine Urſache darin haben, daß Italien einen Dante und einen Michelangelo hervorgebracht hat! (Wilſon ſcheint allerdings weder Dante und Michelangelo noch den göttlichen Gabriele d'Annunzio reſpektieren zu wollen.) Auch dieſes Argument iſt nicht neu: wir ſind ihm bereits in der deutſchen Randſtaatenpolitik begegnet. Heute denkt man dabei unwillkürlich an das deutſche Oſtmarkenproblem. Wenn irgendwo das Prinzip der kulturellen Erſtgeburt für Deutſchland entſcheiden müßte, dann doch wohl in dem deutſch-polniſchen Grenzſtreit, wo es ſich um altes deutſches Kulturland handelt und auch die Prinzipien der nationalen Selbſtbeſtimmung und der ſtaatlichen Lebensnotwendigkeiten für die Erhaltung des deutſchen Beſitzſtandes ſprechen. Aber nein: an das Land Dürers, Luthers, Goethes, Kants und Beethovens haben die Ententepolitiker, die das Prinzip der kulturellen Erſtgeburt aufſtellten, nicht gedacht, denn Deutſchland iſt beſiegt und Polen iſt das Land Paderewskis!

Es kann nun gar keine Frage ſein, daß die politiſchen Prinzipien der Entente, wenn ſie auch für Deutſchland Geltung haben ſollten, ſich gegen ihre Urheber wenden würden. Das *Prinzip der nationalen Selbſtbeſtimmung* ſpricht gegen die abſtimmungsloſe Annexion von Elſaß-Lothringen und Poſen, gegen den Raub des Saargebietes und Weſtpreußens, gegen die „Neutraliſierung“ des Rheinlandes, gegen die Auslieferung Deutſch-Böhmens an Tſchechien und Deutſch-Südtirols an Italien, gegen die Iſolierung Deutſchöſterreichs. Das *Prinzip der ſtaatlichen Lebensnotwendigkeiten* ſpricht für die ungeſchmälerte Erhaltung des deutſchen Beſitzſtandes, für die Rückgabe der deutſchen Kolonien, für die Beſchränkung der deutſchen Zahlungspflicht auf das unbedingt notwendige. Das *Prinzip der kulturellen Erſtgeburt* ſpricht in Poſen und Oberſchleſien, in Weſt- und Oſtpreußen, im Rheinland, Saargebiet und Elſaß, in Nordböhmen und Südtirol und in den Kolonien für Deutſchland. Aber zur Wahrung deutſcher Intereſſen ſind dieſe Prinzipien nicht beſtimmt, ſie ſollen ausſchließlich der moraliſchen Rechtfertigung der feindlichen Anſprüche dienen. Nur in der Kolonialfrage läßt ſich keines auf die Entente anwenden. Darum hat britiſcher Erfindungsgeiſt für dieſen beſonderen Zweck ein beſonderes Prinzip geſchaffen: das *Prinzip der Ziviliſation*. Wir wiſſen, daß es um dieſes Prinzip nicht beſſer beſtellt iſt, als um die anderen, und daß auch es nur der Verſchleierung von Annexionsabſichten dient. Letzten Endes laufen die ſämtlichen Prinzipien der Entente auf dasſelbe Prinzip hinaus: auf das *Prinzip der Gewalt*.

Mit dem Prinzipienreichtum der Entente kann Deutſchland nicht konkurrieren. Aber es iſt doch imſtande, gegen dieſe Fülle von Prinzipien den Kampf aufzunehmen. Auch ihm iſt ein Prinzip geblieben, das in der Kulturwelt immer noch hohe Achtung genießt: das *Prinzip des Rechts*. Es iſt nicht mehr das ſiegreiche Deutſchland, das ſich auf ſein Recht beruft und es durch Gewalt zu erzwingen ſucht; es iſt das beſiegte Deutſchland, das der Gewalt das Recht entgegenſtellt. Und wir fordern nicht ein Recht, das nur wir ſelbſt dafür halten, ſondern wir fordern ein Recht, das allgemein anerkannt iſt: das Recht auf Vertragstreue. Wir haben uns mit unſeren Gegnern auf das Programm Wilſons als Friedensgrundlage geeinigt und wir beſtehen auf unſerem Schein. Es darf in keinem Augenblick zweifelhaft ſein, daß Deutſchland jede Forderung ablehnen wird, die nicht mit Geiſt und Wortlaut der Theſen des Präſidenten der Vereinigten Staaten übereinſtimmt. Je feſter wir an dieſem Prinzip halten, deſto ſicherer wird ſein Sieg ſein. Das Recht muß uns doch bleiben!

Kontinentalpolitik

Von Axel Schmidt

Man muß es unſeren Englandhaſſern laſſen, Energie beſitzen ſie. Auch jetzt noch wollen ſie ihren Kampf nicht aufgeben, ſondern verſuchen mit allen Mitteln, die deutſche Politik auch in Zukunft im antiengliſchen Fahrwaſſer feſtzulegen. Sie beſitzen bekanntlich Vertreter in allen Lagern. Vom konſervativen Hoetzſch geht ihre Einheitsfront über den „Demokraten" Bernhard, der à la suite bei den Unabhängigen ſteht, zu den Mehrheitsſozialiſten Kaliski und Cohen-Reuß. Wie zu Anfang des Krieges beſonders der rechte Flügel dieſer Front für einen Separatfrieden mit Rußland, namentlich zur Zeit des Miniſters Protopopow ſchwärmte, wird jetzt vom linken Flügel für einen Zuſammenſchluß der Kontinentalmächte Propaganda gemacht. Nur auf dem Höhepunkt des Weltkrieges haben die Englandhaſſer den direkten Kampf gegen das britiſche Reich vermittels des U-Bootkrieges vorgezogen, der uns Amerika zum Gegner machte und damit die Entſcheidung des Weltkrieges brachte. Jetzt hat dieſe Richtung ſogar den Rätekongreß als geeigneten Boden auserſehen, um einen Vorſtoß gegen England zu unternehmen. Die Mehrheitsſozialiſten Kaliski und Cohen-Reuß brachten einen Antrag ein, der das Bedauern über eine Politik ausſprach, die einen „kontinental-europäiſchen Zuſammenſchluß und damit die wichtigſte Vorausſetzung eines ſozialiſtiſchen Völkerbundes unmöglich" mache. Cohen-Reuß hat ſich in der „Voſſiſchen Zeitung" ſogar nicht entblödet, Elſaß-Lothringen bedingungslos den Franzoſen preiszugeben, weil „die Sprache zwar alemanniſch, die Geſinnung aber franzöſiſch ſei". Mit recht nagelt der Mehrheitsſozialiſt Lenſch in der „Glocke" dieſe unwürdige Haltung mit den Worten „für einen deutſchen Sozialdemokraten iſt ſolch ein Sprüchlein empörend" feſt. Und in der aus Englandhaß „franzoſenfreundlichen" „Voſſ. Ztg." hat ſolch eine Geſinnungsloſigkeit Unterkunft gefunden.

Wir wollen hier ganz davon abſehen, daß Frankreich und Belgien, die die ganze Schwere des vierjährigen Weltkrieges auf ihren Schultern tragen mußten, naturgemäß am wenigſten geneigt ſind, jetzt kühlen Erwägungen zugänglich zu ſein, die zudem überhaupt dem franzöſiſchen Temperament wenig zuſagen. Dazu kommt, daß augenblicklich Poincaré und Clémenceau am Ruder ſind, die ſeit jeher den Gegenſatz zu Deutſchland und die Hinneigung zu England vertreten haben, als Jaurès noch den Verſuch machte, über die Schweiz direkte Verbindungen mit Deutſchland anzuknüpfen. Wir haben für Poincarés kriegstreiberiſche Geſinnung aus der Zeitung „Rjetſch" ein beredtes Zeugnis. Als nämlich Poincaré kurz vor Ausbruch des Krieges in Petersburg weilte, ſchrieb das Blatt der Kadetten, das damals noch nicht vom Kriegsfieber ergriffen war, ſehr ſcharfe Artikel gegen Poincarés Verſchwörerpolitik. Einer dieſer Artikel erinnerte daran, daß „die letzte Rüſtungswelle von der Zeit herſtamme, wo Poincaré Miniſter des Äußeren" geweſen ſei.

Aber die jetzt beliebte Kontinentalpolitik hat nicht nur eine franzöſiſche Vorder- ſondern auch eine ruſſiſche Rückſeite, die für Deutſchlands zukünftige Politik geradezu verhängnisvoll werden könnte. Eine Kontinentalpolitik, die ihren Gegenſatz zur angelſächſiſchen Welt ſucht, hat natürlich nur Sinn, wenn ſie ſich auf ein ſtarkes Rußland ſtützt. Die Vertreter dieſes Gedankens ſchwärmen daher für die Wiederherſtellung des „einigen unteilbaren Rußland". Damit würde nicht nur mit leichter Hand der einzig bleibende Erfolg des Weltkrieges, die Beſeitigung der „ruſſiſchen Gefahr" liquidiert, ſondern auch der beſte Trumpf, den Deutſchland bei den Friedensverhandlungen in Händen hat, wertlos gemacht werden. Mit dem Loſungswort: Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker haben wir die Finnen, Eſten, deren Miniſterpräſident Poska noch kürzlich die abſolute Notwendigkeit der Trennung des Eſtenſtaates von Großrußland betont hat, die Weißruſſen, Litauer und Ukrainer gewonnen, die auch nach der deutſchen Niederlage durchaus nicht mit fliegenden Fahnen ins Ententelager übergegangen ſind, ſondern nach wie vor, zum Teil aus Gegenſatz zu Polen, insgeſamt aber als Rückendeckung gegen großruſſiſche Appetite auf Deutſchland um ſo mehr hoffen, als es als nächſter Großſtaat wirtſchaftlich von größter Bedeutung bleiben wird. Sobald wir dieſe Loſung fallen laſſen und ſtatt deſſen mit Großrußland gemeinſame Sache machen — ganz gleich, ob es bolſchewiſtiſch bleibt, bürgerlich oder ſogar zariſtiſch wird — wären alle dieſe Staaten genötigt, ſich der „ruſſiſchen Gefahr" wegen, nach einem anderen Bundesgenoſſen umzuſehen. Der ukrainiſche Publiziſt Donzow, der auch dem deutſchen Publikum durch einige Broſchüren nicht unbekannt iſt, hat kürzlich in ukrainiſcher Sprache eine Schrift veröffentlicht, die mit großer Klarheit dieſe Frage erörtert. Der Artikel von Donzow „Föderation der Selbſtändigkeit" wird in Nr. 5 der Zeitſchrift „Ukraine" *) erſcheinen. Wir ſind ſchon heute in der Lage, unſeren Leſern ein Zitat daraus zu bieten:

„Die einzige für uns mögliche reale Richtlinie unſerer Politik iſt demnach weder die Föderation noch irgendeine Anlehnung, — ſondern nur eine Zuſammenarbeit mit demjenigen, der im gegebenen Augenblick die Republik vor der Revanche ſeitens Rußlands ſchützt. Dieſe Macht iſt gegenwärtig Deutſchland, morgen kann ſie es vielleicht ſchon nicht ſein: wenn Rußland, vom Weſten durch Deutſchland, vom Oſten durch Japan abgeſchnitten, ſich ein „warmes Meer" in der indiſchen Bucht ſuchen wollte — könnte zwiſchen ihm und Deutſchland ſich ſogar eine Freundſchaft auf der Grundlage des gemeinſamen Antagonismus

---

*) Verlag Dorendorf und Dreſel, Hamburg.

gegen England herausbilden. In ſolch einem Falle könnten wir mit Deutſchland nicht denſelben Weg gehen.

Die andere Macht, mit der wir uns gegen Rußland verbinden könnten, iſt Großbritannien, da Rußland ihm immer im Wege ſtand. Und ſogar in dieſem Kriege nahm es wiederholt, z. B. in der polniſchen und in der Meerengenfrage — eine Stellung ein, die man keineswegs als wohlwollend gegenüber Rußland bezeichnen konnte. Indem es in den Krieg eintrat, ſtrebte England mit der ihm eigenen Weitſichtigkeit nach zwei Zielen, einem offiziellen und einem nichtoffiziellen. Erſteres war — die Schwächung Deutſchlands, das zweite — die Schwächung Rußlands. Die jetzige Lage der Ukraine ſchließt für es die Möglichkeit einer Zuſammenarbeit mit England nicht aus. Einerſeits kann die Ukraine die Ausdehnung Rußlands bis zum Schwarzen und Mittelländiſchen Meere, d. h. bis nach Ägypten aufhalten, anderſeits bis nach Perſien, d. h. nach Indien. England verſtand und verſteht ſich zu gut auf die Schaffung der wichtigen Rolle der Pufferſtaaten (wie Belgien!), um für ſich nicht alle Folgerungen aus der geographiſchen Lage der ukrainiſchen Republik zu ziehen. Wie wir ſehen, eröffnet uns die internationale Lage der Republik die verſchiedenartigſten Perſpektiven. Sie darf aber nur mit dem zuſammenarbeiten, der in ſeinem politiſchen Intereſſe ſich hinreichend mit dem Gedanken abfindet, daß Rußland als ſolches nicht exiſtiert, und daß im Süden desſelben ein neuer Staat entſtanden iſt, welcher ſeine Souveränität nicht aufgeben und keine engere Verbindung mit der ehemaligen Metropole eingehen wird. Mit dieſem Gedanken will ſich Frankreich nicht ausſöhnen, da ihm ein „Großes Rußland" nötig iſt, welches via Warſchau und Kijew als Sturmbock gegen Deutſchland dienen könnte. Möglich aber, daß ſich England, wie ich bereits bemerkte, dereinſt mit dieſem Gedanken ausſöhnen wird."

Die Vorliebe Cohen-Reuß' und Kaliskis für den einſtigen ruſſiſchen Staat iſt aber für ſie, als Sozialiſten eine direkte Verirrung ihres politiſchen Gefühls. Denn es geht einfach nicht an, im eigenen Staat den Kapitalismus bekämpfen zu wollen, und beim Nachbar die kapitaliſtiſche Ausnutzung der Randvölker durch den Zentralſtaat gutzuheißen. War doch der frühere ruſſiſche Staat nichts anderes als ein rieſiges kapitaliſtiſches Unternehmen zur Ausbeutung der unterjochten Fremdvölker. Angefangen von den Finnländern bis hinunter zu den Ukrainern und Kaukaſiern. Dieſen Staat wieder herſtellen, würde alſo nichts anderes bedeuten, als eine kapitaliſtiſche Trutzburg neu aufzurichten, dem nicht der einzelne Arbeiter, ſondern ganze Völker fronden müßte. Ob dabei im wiederhergeſtellten ruſſiſchen Weltreich ein Zar, die bürgerliche Demokratie oder der Bolſchewismus am Ruder wäre, iſt gleichgültig, weil alle ihr imperialiſtiſches Herz ſchon gezeigt haben. Das imperialiſtiſche Schuldkonto des Zarismus liegt für alle offen zutage. Von der bürgerlichen Denkungsweiſe genügt es, an ihren Führer, den Kadetten Miljukow zu erinnern, der zu Anfang des Krieges Oſtpreußen und Konſtantinopel beanſpruchte und ſelbſt als Flüchtling vor den Bolſchewiſten der „Ukraine nicht einmal die Vorrechte Bayerns" zuerkennen wollte. Aber auch die Bolſchewiſten ſind ja, wie jetzt endlich ſelbſt in Deutſchland erkannt wird, Annektioniſten nur mit umgekehrten Vorzeichen, die das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker als „bourgeoiſiehaft, reaktionär und nationaliſtiſch" ablehnen und überall mit Gewalt die Sowjetregierung aufrichten.

Ich habe ſchon im Jahre 1916 die Ruſſenfreundlichkeit der Englandhaſſer als „engliſche Krankheit" bezeichnet. Heute muß man ſchon weiter gehen und von Monomanie ſprechen. Sonſt könnte man nicht im Augenblick, wo Clémenceau am Ruder iſt, ſich würdelos Frankreich anbieten oder Rußland wieder herſtellen wollen, ohne Rückſicht darauf, daß man dadurch Wilſons vierzehn Punkte, deren Rückgrat doch das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker iſt, zunichte macht, indem man das Seinige dazu tut, die junge Freiheit der Ukrainer und Weißruthenen, der Litauer, Eſten und Finnen wieder unter die ruſſiſche Knute zu beugen. Man glaubt, hiermit höchſte Realpolitik zu treiben. In Wirklichkeit aber beſorgt man nur die Geſchäfte Englands, weil ſich all dieſe jungen Staatsweſen dann unter engliſchen Schutz ſtellen würden. Rußland hätten wir durch ſolch eine Politik zwar nicht wieder hergeſtellt, dafür aber Englands weltpolitiſche Stellung unendlich geſtärkt und dazu noch die Sympathie der Randſtaaten für ewige Zeiten verſcherzt.

Prinz Max und die Abdankung des Kaiſers

Von Fürſt Ernſt zu Hohenlohe-Langenburg

Fürſt Ernſt zu Hohenlohe-Langenburg überſendet uns die nachfolgenden Ausführungen mit der Bitte um ihren Abdruck, der wir gerne entſprechen. Die „Kreuzzeitung", in der Prinz Max angegriffen war, hat ihre Aufnahme bezeichnenderweiſe abgelehnt. Die Schriftleitung.

In der Preſſe ſind in jüngſter Zeit zahlreiche Auslaſſungen erſchienen, in denen das Verhalten des Prinzen Max von Baden in der Abdankungsfrage angegriffen wurde.

Es iſt nicht meine Abſicht, in eine ſachliche Unterſuchung ſeiner Politik einzutreten; hierzu bedürfte es eines viel eingehenderen Materials über die Vorgänge in jenen entſcheidungsſchweren Stunden, als es mir zur Verfügung ſteht. Nachdem aber die Angriffe das ſachliche Gebiet überſchritten haben und — mit beſonderer Schärfe in dem in Nr. 141 der „Kreuzzeitung" vom 28. März 1919 (Abend-Ausgabe) erſchienenen Artikel des Prinzen Friedrich Wilhelm zur Lippe „der Schandfleck auf dem Hauſe Zähringen" — die ehrenrührige perſönliche Anklage gegen den Prinzen Max erhoben worden iſt, er habe Verrat am Kaiſer geübt, halte ich es für meine Pflicht, mich über den Charakter eines Mannes zu äußern, dem ich ſeit 40 Jahren naheſtehe.

Alle, die den Prinzen näher kennen, werden den gegen ihn erhobenen Vorwurf des Verrats nicht ernſt nehmen. Die Fernerſtehenden aber möchte ich daran erinnern, unter welchen Umſtänden er Anfang Oktober v. Js. den Kanzlerpoſten übernahm. Die Oberſte Heeresleitung hatte den Zuſammenbruch aller ihrer militäriſchen Hoffnungen der Regierung mitgeteilt und das furchtbare Wort geſprochen: „Der Kampf muß abgebrochen werden.“ Im deutſchen Volke, das durch Hunger, jahrelange Entbehrungen und Enttäuſchungen aller Art zermürbt war, verbreiteten ſich Unwille und Beſtürzung. Politiſcher Ehrgeiz konnte in einem ſolchen Augenblick höchſter Not für keinen Menſchen das Motiv zur Übernahme der Kanzlerſchaft bilden, am allerwenigſten für den Thronfolger eines deutſchen Bundesſtaates, der, ſo wie damals noch die Dinge lagen, mit einer geſicherten ehrenvollen Zukunft im eigenen Heimatſtaat rechnen konnte und wußte, daß ein mehr als wahrſcheinlicher Mißerfolg als Kanzler in dieſer furchtbaren Schickſalsſtunde des Deutſchen Reiches auch für ihn als künftigen Bundesfürſten die ſchwerſten Folgen haben mußte.

Wer ſich dies alles vergegenwärtigt, mag er auch politiſch der ſchärfſte Gegner des Prinzen Max ſein, der wird, wenn er ehrlich iſt, ſich ſagen müſſen, daß ein Mann in ſolcher Lage nur unter den ſchwerſten inneren Kämpfen ſich zu dem Entſchluß durchringen konnte, die Laſt der Verantwortung auf ſich zu nehmen, und daß dieſer Entſchluß für den Prinzen in ſeiner beſonderen Lebensſtellung mehr als für jeden Berufspolitiker ein hartes Opfer bedeutete. Bei der Übernahme der Kanzlerſchaft konnte für Prinz Max nur der Gedanke maßgebend ſein, daß er ſich der Pflicht nicht entziehen dürfe, das Anſehen ſeines Namens und ſeines Programms zur Anbahnung einer Ausſprache mit unſeren Feinden in den Dienſt des Vaterlandes zu ſtellen.

Wer ſich trotz eines ſolchen Beweiſes opferfreudiger Vaterlandsliebe für berechtigt hält, ehrenrührige Anklagen gegen den Prinzen vorzubringen, der hätte zum mindeſten die Pflicht, nicht auf Grund einſeitiger Informationen ſeine Verdächtigungen in die Öffentlichkeit zu tragen, ſondern abzuwarten, bis auch die Gegenſeite zu Worte gekommen iſt. Der Prinz hat bisher auf die gegen ihn gerichteten Angriffe nichts erwidert. In ſeiner Erklärung vom 21. März 1919 hat er ausgeſprochen, daß er aus nationalen Gründen erſt nach dem Friedensſchluß ſich auf Grund des ihm zu Gebote ſtehenden Materials öffentlich werde verteidigen können. Dieſe Zurückhaltung und Selbſtüberwindung verleiht ihm im Namen des politiſchen Anſtandes den Anſpruch darauf, daß ſeine Gegner mit Provokationen warten, bis die von ihm in Ausſicht geſtellte öffentliche Aufklärung erfolgt ſein wird.

Bismarcks auslandspolitiſches Erbe

Von * * *

Von allen Schmerzen, unter denen heute ein deutſcher Patriot zu leiden hat, brennt keiner heißer als das Bewußtſein, daß die Schöpfung des großen Bismarck in Trümmern liegt und die Feinde auch den Schöpfer höhnen, als ſei ſein Werk auf Gewalt gebaut und deshalb einem verdienten Schickſal anheimgefallen. Nun, zum Frohlocken iſt die Zeit noch nicht reif; denn wir ſtehen vielleicht nicht am Ende der ruſſiſchen, auch nicht bloß inmitten der deutſchen, ſondern am Anfang einer europäiſchen Revolution. Wer vermöchte da vorauszuſagen, ob die Früchte des Sieges nicht am Ende faulen werden, bevor ſie dem Sieger in den Schoß fallen? Es iſt daher auch vom Standpunkt der Franzoſen verfrüht, vom Walten einer Nemeſis zu reden, abgeſehen davon, daß die Geſchichte ihnen auch weiter die Gewaltpolitik eines Ludwig XIV. und Napoleon entgegenhalten wird und Carlyle unſer unparteiiſcher Zeuge bleibt.

Eine andere Frage iſt die, ob der große Baumeiſter des Reichs auch ſein Gebäude vor den höheren Gewalten des Unwetters oder des menſchlichen Unverſtandes geſchützt hat. Und das dürfen wir bejahen. Er hat es getan, ſoweit das Vermögen eines Menſchen über den Tod hinaus reicht. Nicht nur das Gebäude war feſt gefügt, ſondern er hat auch in Wort, Schrift und Tat gezeigt, wie es erhalten werden könne. Aber, Gott ſei es geklagt, an der Hand dieſer Quellen werden wir entdecken, daß die deutſche Politik vor dem großen Kriege — obſchon in ihren Zielen durchaus bismarckiſch, inſofern ſie der Aufrechterhaltung des Friedens dienen wollte — ſich in der Wahl der Mittel vergriff, *während des Krieges dagegen ſowohl in der Wahl der Mittel, wie in den Zielen, die Bahnen Bismarcks mehr und mehr verließ.*

Was war denn die *Politik des Fürſten Bismarck Frankreich gegenüber?* Er wollte es von dem Vogeſenloch ablenken, unterſtützte daher die franzöſiſche Kolonialpolitik, wo er nur konnte, und ſuchte damit den Ehrgeiz unſeren unruhigen Nachbarn zu beſchäftigen und gewiſſermaßen zu entſchädigen. „Und nun tun Sie das Gegenteil," ſo äußerte ſich einmal der kluge luxemburgiſche Miniſter Eyſchen.

Und wie dachte der große Kanzler über *das deutſch-ruſſiſche Verhältnis?* Unſere öffentliche Meinung, beſonders deren rechter Flügel, kennt in der Regel nur den berühmten Draht mit Rußland als das A und O bismarckiſcher Regierungsweisheit. Dieſes Verhältnis iſt aber zum Teil gründlich mißverſtanden worden. Denn nach der Anſicht deſſen, der den Draht ſo meiſterlich handhabte, galt es nicht, einem bewährten Freunde die Treue zu halten, ſondern vielmehr einen unzuverläſſigen Nachbarn zu neutraliſieren, ihn zu verhindern, ins feindliche Lager überzugehen. Im Jahre 1879 ſchrieb Bismarck an den König von Bayern: „Ich kann mich der Überzeugung nicht erwehren, daß der Friede durch Rußland, und zwar nur durch Rußland, in Zukunft bedroht iſt", — und im Jahre 1888 beklagt er ſich vor dem Reichstag darüber, daß Rußland einem alten Freunde die Tür gewieſen habe. Der vielbeſprochene und überſchätzte Rückverſicherungsvertrag war hiernach zwar ein Hemmnis für Rußland auf dem Wege einer deutſchfeindlichenPolitik, als ſicheres Friedensunterpfand kann er bei dem ſkrupelloſen Charakter der ruſſiſchen Politik und der Dehnbarkeit der Begriffe, Angriffs- und Verteidigungskrieg, nicht angeſehen werden.

Auf viel ſicherer Grundlage ruhte nach Bismarck unſer Verhältnis zu England. In dem erwähnten Brief an den König von Bayern vom Jahre 79 heißt es zur Rechtfertigung des deutſch-öſterreichiſchen Bündniſſes: „Das Deutſche Reich im Bunde mit Öſterreich-Ungarn wird der Anlehnung an England nicht entbehren". Ja, als dies Bündnis ſich zum Dreibund erweitert hatte, ſchloß Italien — nicht ohne Mitwirkung Bismarcks — mit England ein Mittelmeerabkommen. Und am 28. Januar 1889 erklärte der Reichskanzler: „Ich halte in kolonialen Fragen an der Übereinſtimmung mit England feſt; ich betrachte England als den traditionellen Bundesgenoſſen, mit dem wir ſeit 150 Jahren keine ſtrittigen Punkte haben. Und wenn mir nachgewieſen würde, daß ich dieſe Fühlung verlieren könnte, würde ich innehalten und den Verluſt zu verhüten ſuchen." Das ſagte er nicht als Gegner der Kolonialpolitik, ſondern in ihrem Intereſſe, denn er wünſchte die Etappen zu ſichern, bevor er weiterging, und wollte deshalb kolonialen Zuwachs erhandeln, nicht ertrotzen. Dies Vertrauensverhältnis zu England lag auch im Intereſſe des Dreibundes. Denn Öſterreich-Ungarn brauchte England als Gegengewicht gegen die ruſſiſche Balkanpolitik, Italien aber brauchte England gegen die Anſprüche Frankreichs im Mittelmeer.

Vollends entſcheidend iſt der Brief Bismarcks an Lord Salisbury vom 22. November 1887, in dem Bismarck ein deutſch-engliſches Bündnis anregt und in dem es (nach der Veröffentlichung bei Hammann, zur Vorgeſchichte des Weltkrieges, S. 157/158) heißt:

> Öſterreich und England haben in aufrichtiger Weiſe den ſtatus quo des Deutſchen Reiches anerkannt und haben kein Intereſſe, dasſelbe geſchwächt zu ſehen. Frankreich und Rußland dagegen ſcheinen uns zu bedrohen: Frankreich, indem es den Traditionen der letzten Jahrhunderte treu bleibt, wo es ſich als den beſtändigen Feind ſeiner Nachbarn erwieſen hat, und infolge des franzöſiſchen Nationalcharakters; Rußland, indem es heute Europa gegenüber die für den europäiſchen Frieden beunruhigende Haltung einnimmt, welche Frankreich unter den Regierungen Ludwigs XIV. und Napoleons I. kennzeichnete. Es iſt auf der einen Seite der ſlawiſche Ehrgeiz, der die Verantwortung

> für dieſen Zuſtand der Dinge trägt; andererſeits muß man die Gründe für die herausfordernde Haltung Rußlands und ſeiner Armeen in den innerpolitiſchen Fragen ſuchen: Die ruſſiſche Umſturzpartei erhofft von einem auswärtigen Kriege die Befreiung von der Monarchie; die Monarchiſten im Gegenſatz erwarten von demſelben Krieg das Ende der Revolution. Man muß auch das Bedürfnis in Betracht ziehen, eine müßige und zahlreiche Armee zu beſchäftigen, den Ehrgeiz ihrer Generale zu befriedigen und die Aufmerkſamkeit der Liberalen, welche Verfaſſungsänderungen verlangen, auf die auswärtige Politik abzulenken.
>
> Angeſichts dieſer Sachlage müſſen wir die Gefahr, unſeren Frieden von Seiten Frankreichs und Rußlands getrübt zu ſehen, als eine beſtändige erachten. Unſere Politik wird daher notgedrungenerweiſe dahin zielen, uns Bündniſſe zu ſichern, welche ſich uns, angeſichts der Möglichkeit, gleichzeitig unſere beiden mächtigen Nachbarn bekämpfen zu müſſen, darbieten.

Als die erſten Windſtöße die deutſch-engliſchen Beziehungen beunruhigten, fing auch das ruhige Licht des Dreibundes zu flackern an. Italien ſuchte ſich mit Frankreich zu vertragen und gab Tunis preis, Öſterreich-Ungarn ſuchte den Weg direkter Verſtändigung mit St. Petersburg. Und ſo ging es weiter, bis die Kriegserklärung Englands an Deutſchland dem Dreibund das Lebenslicht ausblies. Die verläſterte deutſche Diplomatie — nur muß man zwiſchen der Berichterſtattung der Peripherie und der Entſcheidung des Zentrums ſcharf ſcheiden — hat es an Warnungen nicht fehlen laſſen; in der Schule Bismarcks groß geworden, konnte ſie darauf hinweiſen, daß die Rückendeckung, welche der Dreibund nach der Abſicht ſeines Schöpfers an England fand, mehr und mehr zu ſchwinden begann. Hatte doch der verhältnismäßig ſehr dreibundtreue Marquis Rudini einſt geklagt, die deutſch-engliſchen Reibungen machten den Dreibund für Italien ſo gut wie illuſoriſch.

Wenn man ſich in Berlin über die Bismarckſche Vorſicht, den „cauchemar des coalitions", wie Graf Schuwaloff ſie genannt hatte, hinwegſetzte, ſo war die treibende Kraft ſolcher Kühnheit nicht der Reichskanzler, ſondern die ſtärkere Natur des Leiters des Reichsmarineamts, des Schöpfers unſerer von der Zuſtimmung, ja Begeiſterung aller führenden Kreiſe getragenen Flottenpolitik.

Fürſt Bismarck hat nicht mehr den tragiſchen Wendepunkt unſerer Politik, wohl aber noch einige Vorboten erlebt. Auf derartige Symptome bezieht ſich eine im Geſpräch gefallene, von Maximilian Harden noch zu Lebzeiten des Fürſten veröffentlichte Äußerung: Als der Reichskanzler Fürſt Hohenlohe im Reichstag einmal ausgeführt hatte, daß wir eine ſtarke Flotte haben müßten, die auf hoher See dem Angreifer entgegentreten könne, bemerkte Bismarck dazu: „Ich möchte wiſſen, an welchen Angreifer hier gedacht wird, hoffentlich nicht an einen, der es erſt werden könnte, wenn undeutſche Preſtigeſucht und eine als Feindſchaftszeichen zu deutende eilige Seerüſtung ihn einer gegen uns gerichteten Koalition zutrieben."

Und wie er Koalitionen zu verhüten verſtand, ſo war es auch ſein Bemühen, zentrifugale Beſtrebungen niederzuhalten. Sollte er nicht an Belgien gedacht haben, wenn er ſchreibt: „Die Achtung vor den Rechten Dritter wird dem Deutſchen Reich dadurch erleichtert, daß wir eine Erweiterung unſeres unmittelbaren Gebietes nicht vertragen könnten, ohne die zentrifugalen Elemente im eigenen Lager zu ſtärken.“

Mit Berührung der belgiſchen Frage ſind wir aus der Vorgeſchichte des Krieges in dieſen ſelbſt getreten und damit in eine ununterbrochene Kette von Handlungen, welchen man getroſt die Überſchrift geben kann: „Verleugnung Bismarcks und ſeiner Weiſungen“. Antibismarckiſch war es, einen Zweifrontenkrieg zu führen, dabei aber die politiſche Leitung inſofern auszuſchalten, als die vornehmlich politiſche Frage, an welcher Front die Entſcheidung zu ſuchen ſei, ausſchließlich dem Feldherrn überlaſſen blieb. Antibismarckiſch war auch die Wahl der Kampfesmittel; denn die Kunſt des großen Staatsmannes gipfelte im Kriege darin, die Brücken offenzuhalten, welche zum künftigen Frieden führen; aber die Verwüſtungen in Nordfrankreich — es iſt hierbei belanglos, wie viel durch uns, wie viel durch den Feind ſelbſt geſchah — die U-Boote und Zeppeline haben dieſe Brücken zerſtört. Antibismarckiſch war ferner die Formulierung der Kriegsziele; denn die Forderung der flandriſchen Küſte — man nannte das „reale Garantien“ — lockte uns immer weiter von jenem notwendigen Ausgangspunkt des furor teutonicus, der ſittlichen Grundlage, fort, auf der wir in unſerem heiligen Kriege gegen Rußland ſtanden, immer weiter von jenem feſtländiſchen Boden, welcher uns die Überlegenheit unſerer Landmacht ſicherte. Wir glichen dem Hunde in der Fabel, der ein ſicheres Stück Fleiſch aus dem Maule verliert, weil er nach dem Trugbild im Waſſer ſchnappt. Und doch hatte unſer großer Lehrmeiſter in den Kriegen von 66 und 70 ſo untrüglich gelehrt, daß, wenn man einen Krieg gewinnen und dauerhafte Erfolge ſichern will, man ſowohl in der Zeit wie in den Zielen Maß halten muß. So wenig, wie er den Grundſatz „viel Feind, viel Ehre“ im Gebiete der Politik gelten ließ, ſo wenig wäre es ihm in den Sinn gekommen, mit der Parole „Siegen oder untergehen“ das Wohl von 70 Millionen auf eine Karte — auf das U-Boot — zu ſetzen. Endlich würde er ſich gefragt haben: „Sind nicht die Grundmauern wichtiger als die Faſſade?“, mit andern Worten: „Iſt nicht das Kompromiß mit den weſtlichen Gegnern beſſer, als die Revolution und der Ruin?“ Denn ſtaatsmänniſcher Sinn ſieht Menſchen und Dinge wie ſie ſind, nicht wie ſie ſein ſollten; er hütet ſich daher nicht minder vor Überſchätzung der Heimat, wie vor Unterſchätzung des Feindes. Dem Vernichtungswillen des letzteren — und wir leugnen, daß er vor dem Jahre 1917 überhaupt unerbittliche Formen angenommen hatte, ja annehmen konnte — weiß er ebenſo auszuweichen, wie er den Kräften der Zerſetzung im Innern, der wachſenden Unzufriedenheit der einen, den ſich ſteigernden Anſprüchen der andern, vorzubeugen verſteht. Was Otto von Bismarck weiter kennzeichnet, iſt nicht bloß der weite Blick und eiſerne Wille, ſondern auch der ſittliche Ernſt des Staatsmannes, deſſen Opportunismus Halt macht, wenn es gilt, den Kern des Baumes geſund zu erhalten. Er hätte ſich deshalb ſchwerlich an den Tiſch von Breſt-Litowſk geſetzt. Denn durch dieſen Friedensſchluß mit Anarchiſten gingen wir gleichſam ein Verhältnis mit einer kranken Dirne ein, welche ſtirbt, nachdem ſie uns vorher vergiftet hat.

Und ſo müßte denn Fürſt Bismarck denen, welche heute mit ſeinem Namen die Fehler der Ära Tirpitz-Ludendorff umhüllen wollen, zurufen: „Du gleichſt dem Geiſt, den du begreifſt, nicht mir.“

Aber was nun? Soll wirklich das Deutſche Reich aus dem Rat der Völker ausgeſchieden ſein, weil alldeutſcher Leichtſinn es tollkühn preisgab, revolutionäre Gewiſſenloſigkeit es mutwillig verwüſtete? Es hatte doch nicht bloß äußeren Glanz, ſondern inneren Kern; es genoß nicht bloß eine Macht — ſondern auch eine Vertrauensſtellung in der Welt. *Maeterlinck hat Deutſchland einſt das Gewiſſen Europas genannt*, und wer im Ausland gelebt hat, weiß, was dieſe Stellung zu bedeuten hatte, welche der deutſchen Stimme Gehör, deutſcher Arbeit verdienten Gewinn ſchaffte. Wir wollen die Hoffnung aufrechterhalten, daß jener geſunde Kern des deutſchen Stammes noch nicht erſtorben iſt und die Stürme des Maſſenwahnſinns überdauern wird. Die Verarmung, welcher wir entgegengehen, iſt der Wiedergeburt nicht hinderlich, fördert vielmehr die Arbeit, durch welche allein wir dem deutſchen Namen wieder Kredit verſchaffen können. Aber es bedarf weiſer gärtneriſcher Pflege, um die geſunden Säfte wieder in Bewegung zu ſetzen. Gott ſchenke uns Führer, welche mit Bismarcks Mut auch ſeine Vorſicht paaren, und wie einſt Stein an Friedrich den Großen anknüpfte, ſo auch künftig die Verbindung zur großen Epoche Wilhelm I. wieder finden.

1807 und 1919

Von Prof. Dr. G. Roloff (Gießen)

Als Tiefpunkte in der neueren Geſchichte Deutſchlands haben bisher ſtets der Schluß des Dreißigjährigen Krieges und der Friede von Tilſit gegolten, und oft wird daher die heutige Lage mit der damaligen verglichen. Indeſſen die Vergleichsmomente mit der Epoche des Weſtfäliſchen Friedens ſind nur äußerlicher Natur. Damals war nicht ganz Deutſchland durch eine große Koalition faſt der geſamten Welt überwunden worden; keine ſoziale und politiſche Revolution hatte die Staatsautorität zerbrochen und Arbeitsſcheu und Demoraliſation hervorgerufen; Deutſchland ſtand nicht in der Gefahr, in ſeinem wirtſchaftlichen und politiſchen Leben durch eine Phalanx feindſeliger Rivalen dauernd gefeſſelt zu werden, und die deutſche Nation endlich war in ſich weit weniger differenziert und bei ihrer ungleich ſtärkeren agrariſchen Grundlage nicht entfernt in demſelben Grade auf den Verkehr mit dem Auslande angewieſen wie heute. Dieſe größere Einfachheit der ſozialen und wirtſchaftlichen Struktur gewährte in der Heilung der Wunden manche Erleichterungen, die uns heute fehlen. Vor allen Dingen gab es auch einige deutſche Länder, die nicht nur ungehemmt vom Auslande nach der Maßgabe ihrer natürlichen Kräfte ihre Wirtſchaft pflegen konnten, ſondern auch im Kriege eher eine Stärkung als eine Schwächung ihrer Staatsgewalt erfahren hatten und im Aufblühen begriffen waren. Selbſtändige auswärtige Politik war ihnen nicht verwehrt, da ihnen — im ſtärkſten Gegenſatz zu heute — im Auslande mächtige Staaten durch eigenes Intereſſe naheſtanden oder gar verbunden waren.

Näher liegt der Vergleich mit 1807. Damals mußte in der Tat Deutſchland das Geſetz vom Auslande annehmen. Mochte auch Süd- und Weſtdeutſchland mit dem ſiegreichen Frankreich verbunden ſein und äußerlich an dem Siege über Preußen teilnehmen, Selbſtändigkeit kam ihm doch nicht zu. Wirtſchaftlich wie politiſch mußten ſich Napoleons deutſche Bundesgenoſſen nach ſeinen Befehlen richten, mit ihrem Blute ſeine Schlachten ſchlagen, mit ihrer Arbeit und ihrem Gelde den Wirtſchaftskampf gegen England zugunſten Frankreichs führen. Daß Preußen nach Tilſit speziell ſollte für Napoleon dasſelbe ſein, wie Deutſchland heute für die Entente: ein willenloſes Werkzeug, beſtimmt, durch ſeine Erniedrigung die Größe des Siegers zu erhöhen und die Neueinrichtung der Welt zu ermöglichen. Preußen war zwar im Feldzuge von Jena bis Friedland nicht durch ein Weltbündnis beſiegt worden, aber trotzdem ſtand es nach dem Kriege iſoliert, denn an den einen ſeiner Bundesgenoſſen, England, mußte es auf Napoelons Geheiß nach dem Tilſiter Frieden den Krieg erklären, und der andere, Rußland, machte ſogar ſchon im Friedensſchluß gemeinſame Sache mit Frankreich, hatte alſo einſtweilen weder die Möglichkeit noch ein tieferes Intereſſe, Preußen zu einer Wiedererhebung zu verhelfen. Im Rate der beiden neuen Alliierten wurde Preußens Schickſal entſchieden. Wenn heute die Pariſer Miniſter- und Präſidentenkonferenz es als ihre Aufgabe betrachtet, die Wege der Weltentwicklung durch den Völkerbund zu regeln und mit Hilfe des Völkerbundes unter allerlei gleißneriſchen Phraſen von Freiheit und Frieden die Herrſchaft der augenblicklichen Sieger auf den Trümmern Deutſchlands aufzurichten, ſo ſahen die beiden Kaiſer in Tilſit ihre Aufgabe in der Unterwerfung Englands unter ihren Willen und wollten dieſem Zwecke Preußen dienſtbar machen. Wenn damals nur zwei Mächte das Geſchick Europas zu entſcheiden ſuchten, ſo iſt eine ſolche Dyarchie auch heute im

Vielverband erkennbar, da Englands und Amerikas Wille weit ſchwerer als der der übrigen wiegt. Die Zukunft muß lehren, ob man wie damals von einer anſcheinenden Teilung der Weltherrſchaft zwiſchen Frankreich und Rußland, ſo heute zwiſchen den Vereinigten Staaten und England ſprechen darf, und ob dieſe Teilung auf ſoliderem Grunde ruht als damals.

Die Ketten, mit denen Napoleon den Staat Friedrichs des Großen an ſeinen Siegeswagen gefeſſelt hatte, ſchienen unzerreißbar zu ſein. Zunächſt wurde Preußen gewaltig verkleinert: von 9 740 000 Einwohnern mußte es 4 800 000 und von 5570 Quadratmeilen 2693 abtreten. Der ihm verbliebene Reſt — Oſt- und Weſtpreußen, Pommern, Schleſien, Brandenburg — wurde mit Bundesgenoſſen Napoleons — Warſchau, Sachſen, Weſtfalen — umgeben, die ſämtlich auf Koſten Preußens entſtanden oder vergrößert waren, alſo das größte Intereſſe an ſeiner Niederhaltung hatten: ganz wie heute die Entente die Polen, Tſchechoſlowaken und Südſlawen zum Schaden Deutſchlands begünſtigt, um an ihnen aufmerkſame Spione und ſtets bereite Gensdarmen zur Unterdrückung jeder deutſchen Regung zu finden. Wie heute ein polniſcher Weichſelkorridor deutſche Gebiete durchſchneiden ſoll, ſo war auch damals für Zerſtückelung des preußiſchen Staates Sorge getragen: Danzig wurde nominell zum Freihafen erhoben, faktiſch wurde es eine franzöſiſche Feſtung; Sachſen und das Großherzogtum Warſchau trennten Schleſien bis auf einen ſchmalen Grenzſtrich von den übrigen Provinzen ab. Im Weſten reichte die Grenze des neuen Großherzogtums Warſchau faſt bis zur Netzemündung — wenige Meilen von Frankfurt a. O. — im Norden bis vor die Tore von Graudenz. So wenig wie die Entente kümmerte ſich Napoleon um das Nationalitätsprinzip, ſondern lieferte die Deutſchen in Poſen, Thorn und im Kulmerlande der polniſchen Herrſchaft aus.

Aber der große Zwingherr begnügte ſich nicht, ſeine Vaſallen als Kerkermeiſter für Preußen zu beſtellen: die Hauptrolle übernahm er ſelbſt, indem er einen großen Teil ſeiner Armee in dem niedergeworfenen Lande ſtehen ließ. Die Möglichkeit dazu bot ihm die Kriegsentſchädigung, die ihn von vornherein nicht nur zur finanziellen Ausbeutung Preußens, ſondern auch zu ſeiner militäriſchen Okkupation dienen ſollte. Die Leichtfertigkeit des preußiſchen Unterhändlers kam ihm bei dieſer ſyſtematiſchen Erpreſſerpolitik zu Hilfe. Der berufene Mann, die Verhandlungen für Preußen zu führen, war der bisherige Miniſter des Auswärtigen, Frhr. v. Hardenberg, aber er hatte ſich durch ſeine antifranzöſiſche Geſinnung ſchon vor dem Kriege Napoleons Zorn zugezogen und wurde nun von ihm kurzerhand abgelehnt — wie auch unſere heutige Regierung zum guten Teil dem Willen der Entente ihre Exiſtenz verdankt. Um Napoleon gefällig zu ſein, ernannte der König zum Unterhändler den Feldmarſchall Grafen Kalckreuth, der ſtets eine Allianz mit Frankreich empfohlen und ſich damit Napoleons Wohlwollen erworben hatte. Wenn man ſchon aus dieſem Grunde ſich einen günſtigen Erfolg bei Napoleon verſprach — wie vor einigen Monaten weite Kreiſe von der Regierungsänderung in Deutſchland beſſere Friedensbedingungen erhofften — ſo hielten außerdem der Zar wie der König den alten Feldmarſchall trefflich für ſeine ſchwere Aufgabe geeignet. Seine ſcharfe und witzige Kritik der bisherigen Politik hatten ihm den Ruf eines überlegenen Geiſtes verſchafft; tiefere Sachkenner freilich, wie Hardenberg und der preußiſche Diplomat Schleiden, nannten ihn verächtlich einen alten Schwätzer oder fällten noch härtere Urteile. In eitler Selbſtüberſchätzung und völliger Verblendung ging Kalckreuth an das Werk heran. Aus hingeworfener Äußerung einiger franzöſiſcher Offiziere hatte er den Glauben gewonnen, daß Napoleon im Grunde Preußen wohlwollend gegenüberſtehe und bei vertrauensvollem Entgegenkommen des Königs nur geringe Abtretungen fordern, ja eine Allianz mit ihm ſchließen werde, „die den ewigen Frieden mit ſich führt". „Der Kaiſer," ſchrieb er an König Friedrich Wilhelm, „wird gewiß alles tun, nur er trachtet, was ich ihm nicht verdenken kann, nach dem einzigen Ruhm, der ihm noch fehlt, großmütig gehandelt zu haben, und wenn er jetzt rechtſchaffen handelt, wäre ihm die Ehre wohl zu gönnen. Geruhen Ew. Königliche Majeſtät mir zu glauben, daß jeder freundliche Blick, den Napoleon von Allerhöchſtdemſelben erhält, Ew. Königliche Majeſtät zwanzig Dörfer wiederſchafft." Vertrauen zu Napoleon, nachdem man ihn ſeit einem Jahre der ſchlimmſten Pläne gegen Preußen beſchuldigt und in der Tat Vertrauensbruch, Spott und Hohn vor wie im Kriege von ihm erfahren hatte: das iſt derſelbe würdeloſe Geiſt wie im Schuldbekenntnis Kurt Eisners.

Kalckreuths Vertrauensſeligkeit wurde auch durch die furchtbaren Landforderungen keines beſſeren belehrt. Am 9. Juli war der Abtretungsvertrag unterzeichnet worden, am 12. unterſchrieb er einen neuen Pakt über die Räumung der von den Franzoſen beſetzten preußiſchen Provinzen: bis 1. Oktober ſollte Preußen bis auf einige Reſte von franzöſiſchen Truppen frei ſein, *falls bis dahin alle Kriegsſteuern bezahlt ſeien.* Zahlte Preußen nicht rechtzeitig, ſo blieben die franzöſiſchen Soldaten im Lande, wurden von ihm ernährt und zogen die Staatseinkünfte für die Rechnung ihres Kaiſers ein. Der Kernpunkt in dieſer Beſtimmung war die Höhe der Kriegskoſten. Waren ſie ſo bemeſſen, daß Preußen ſie in der vorgeſchriebenen Zeit aufbringen konnte, dann mußte das Land binnen einigen Monaten frei ſein; waren ſie unerſchwinglich, dann konnte die Nichterfüllung dieſes Punktes zum Vorwand einer ins unabſehbare ausgedehnten Okkupation werden. In der Tat war das Napoleons Abſicht. Er wollte eine große Armee in Preußen ſtehen laſſen, um den eigenen Staatsſäckel zu entlaſten und vor allem, um durch ihre mächtige Stellung zwiſchen Elbe und Weichſel jede neue feſtländiſche Koalition gegen Frankreich zu verhüten: nicht nur war Preußen hierdurch dauernd zur Ohnmacht verurteilt, auch Öſterreich und Rußland konnten nicht daran denken, dem „franzöſiſchen Syſtem", der Bekämpfung Englands, untreu zu werden, wenn ſie bei der erſten Unbotmäßigkeit den Stoß dieſer durch Warſchau und Sachſen verſtärkten Maſſe zu erwarten hatten. An dieſem Punkte hat Kalckreuth die größte Schuld auf ſich geladen. Er hat nichts über die Höhe der Kriegsſteuern und nichts über die Zahl der eventuellen Beſatzungsarmee vor der Unterzeichnung dieſes Vertrages ausgemacht, er hat vielmehr im blinden Vertrauen auf Napoleons Milde oder eingeſchüchtert durch ſeinen Partner Berthier dieſe Feſtſetzung auf ſpäter verſchoben, wie es der franzöſiſche Unterhändler begehrte. Die Wirkung dieſes Leichtſinns, wofür nach dem Urteil von Zeitgenoſſen Kalckreuth entweder den Galgen oder das Irrenhaus verdient hatte, zeigten ſich ſofort: durch allerlei Künſte berechnete Napoleon ſeine Forderungen an Preußen auf 112 Millionen Francs, faſt das Dreifache der Jahreseinkünfte des verkleinerten Staates, und da dieſe Rieſenſumme nicht bis zum 1. Oktober bezahlt werden konnte, blieben eben die Franzoſen in Preußen ſtehen. Der König war nicht einmal Herr des ihm belaſſenen Landes, und Napoleon hatte als Gläubiger, wenn es ihm opportun ſchien, ſtets die Möglichkeit, den König neue Forderungen zu unterwerfen. Mit welcher ſchonungsloſen Härte er bis zum Jahre 1813 dieſe Gelegenheit wahrgenommen hat, hat er ſelbſt mit zyniſcher Offenheit bekannt: mindeſtens eine Million Franken habe er aus Preußen herausgepreßt, hat er geſagt, und ſelbſt dieſer Anſatz iſt noch zu gering. Mit der finanziellen Bedrückung hielt die militäriſche gleichen Schritt. Solange die Napoleoniſche Armee im Lande ſtand, bedeutete der Reſt des preußiſchen Heeres nichts, und als ein Jahr nach dem Tilſiter Frieden der Hauptteil der Beſatzungstruppen gegen Spanien abmarſchieren mußte, behielt der Kaiſer wenigſtens die wichtigſten Feſtungen in der Hand und legte dem Könige die Verpflichtung auf, keine allgemeine Wehrpflicht einzuführen und die ſtehende Armee nicht über 42 000 Mann zu erhöhen: das war eine Macht, die die zurückbleibenden Franzoſen ohne Mühe im Zaum halten zu können meinten.

Wiederum erkennt man leicht die verwandten Züge in der heutigen Ententepolitik: die Ungenauigkeit und Dehnbarkeit der Waffenſtillſtandsbedingungen und ihre fortwährende Steigerung, das Beſtreben, Deutſchland durch Aufrechterhaltung der Blockade, durch ungeheure Kriegsentſchädigung, durch die Verminderung ſeiner Wehrkraft, womöglich durch Beſeitigung der allgemeinen Wehrpflicht, durch Beſchränkung ſeiner Ausfuhr, Beſchlagnahme ſeiner Produktion und Handelsflotte u. dgl. ſo zu zermürben, daß es ſich für die Zukunft macht- und willenlos allen Beſchlüſſen des Ententerats unterwirft. Und wenn die Entente heute offenkundig verſucht, uns nicht nur materiell, ſondern auch moraliſch zu ruinieren dadurch, daß ſie unſere bisherige Politik und unſere Geſamtkultur in den Staub zu ziehen und uns vor uns ſelbſt zu diskreditieren ſucht, ſo iſt ihr auch hierin Napoleon vorangegangen: vor aller Augen behandelte er den König in Tilſit von oben herab und ſprach öffentlich mit Mißachtung von allen preußiſchen Einrichtungen, und ſchließlich verkündete er im Friedensvertrag aller Welt, daß er den Reſt Preußens nur aus Achtung vor den Wünſchen Rußlands, des bisherigen preußiſchen Bundesgenoſſen, beſtehen laſſe.

Napoleons Abſicht, durch dieſe wegwerfende Behandlung die Staatsgeſinnung in Preußen zu kränken, iſt nun freilich völlig geſcheitert. Zwar blieben häßliche Streitigkeiten in dem beſiegten Lande ſo wenig aus wie nach dem November 1918; neben berechtigter Kritik an den alten Zuſtänden und leitenden Perſonen gab es wie heute eine Fülle von frivolen Beſchimpfungen und Verleumdungen, aber das Staatsgefühl vermochte weder das Unglück, noch die feindliche Verachtung, noch die Ungerechtigkeit der heimiſchen Kritiker dem preußiſchen Volke aus dem Herzen zu reißen. Im Gegenteil, der unerträgliche Druck ließ die ſtolzen Erinnerungen an den großen König, den vor einem halben Jahrhundert halb Europa nicht zu überwinden vermocht hatte, mit doppelter Kraft aufleben und nährte einen unauslöſchlichen Haß gegen die brutalen Sieger. Man weiß, wie dies unverbrauchte Kapital der Anhänglichkeit an Staat und Dynaſtie durch die Reformen belebt und geläutert worden iſt, wie die Sehnſucht nach der Wiederherſtellung der verlorenen Größe alle finanziellen und militäriſchen Unterdrückungskünſte des Pariſer Gewaltmenſchen zu umgehen oder zu überſtehen wußte, ſo daß die feurigſten Patrioten ſchon zwei Jahre nach dem Tilſiter Frieden an der Seite Öſterreichs einen neuen Kampf gegen Napoleon, der mit der Freiheit oder dem Untergang des Staates enden mußte, in Ausſicht zu nehmen wagten. Auch als dieſe Gelegenheit unbenutzt vorüberging, ließen die Patrioten den Mut nicht ſinken; unermüdlich blieben ſie an der Arbeit, Staat und Volk für die bevorſtehende Abrechnung mit dem Bedränger zu ſtärken, und geſpannt verfolgten ſie die internationalen Ereigniſſe, um jeden Konflikt innerhalb des Napoleoniſchen Weltreiches oder einen Bruch mit ſeinen Verbündeten zu benutzen. Die Früchte dieſer Bemühungen reiften im Jahre 1813, und heute iſt es unſere Hoffnung, daß wir nicht nur im Fall ſondern auch in der Erhebung Analogien zur Vergangenheit erleben mögen. Wenn das deutſche Volk die Aufgabe löſt, die das preußiſche nach 1807 in ſeiner ſo bedrängten Lage gelöſt hat, d. h. wenn es ſich mit dem unbeugſamen Willen, als große Nation zu leben, erfüllt und ſeine Selbſtzucht wiedergewinnt und ſeine Staatsgeſinnung reinigt und feſtigt, ſo wird auch das äußere Moment, das den Aufſtieg von 1813 ermöglichte, die Entzweiung unter den Gegnern, nicht ausbleiben; bald wird der eine oder andere gern einem wiedererſtehenden Deutſchland die Hand reichen.

Forderungen der Auslanddeutſchen

Von Leo Hempel Chuchul

Schon vor dem Kriege waren die Klagen über Mängel unſerer ſtaatlichen Außenvertretungen allgemein. Der Krieg bewies, daß ſie berechtigt waren. Jedenfalls ſind alle Kenner der Verhältniſſe, und beſonders die am Aus- und Einfuhrhandel intereſſierten Wirtſchaftskreiſe und die meiſten Auslanddeutſchen ſich darüber klar, daß eine Reform unſeres Auslanddienſtes an Haupt und Gliedern nötig iſt.

Zwei Punkte, die innig zuſammenhängen und zweifellos Grundurſache des größten Teiles der gerügten Mängel ſind, bedürfen auf alle Fälle einer Umgeſtaltung von Grund auf: Die Bezahlung der Beamten und die Auswahl der Bewerber.

Die großen Aufwendungen, die eine angemeſſene Vertretung des Deutſchen Reiches im Ausland auch in Zukunft bedingt, laſſen befürchten, daß nicht der Tüchtige und Befähigte, ſondern der mit irdiſchen Gütern Geſegnete als Bewerber in Betracht kommt. Damit der Kreis der in Betracht kommenden Männer erweitert und auch dem weniger Bemittelten, aber durch Fähigkeiten Hervorragenden die Laufbahn erſchloſſen wird, iſt es unbedingt nötig, die Beſoldungsverhältniſſe weſentlich zu verbeſſern.

Aber nicht nur der höhere Dienſt, ſondern auch das Konſulatsweſen bedarf dringend einer den heutigen und zukünftigen Verhältniſſen entſprechenden Neugeſtaltung.

Aufgabe der Konſuln iſt es beſonders, die Intereſſen des Reiches in bezug auf Handel, Verkehr und Schiffahrt zu wahren und die Auslanddeutſchen zu ſchützen und zu fördern. An Gelegenheit, ſich dergeſtalt nützlich zu machen, wird es den deutſchen Konſuln in der nächſten Zeit um ſo weniger fehlen, als unſere Feinde auf den verſchiedenen Wirtſchaftskongreſſen weitgehende Maßnahmen beſchloſſen und in die Tat umgeſetzt haben, um uns die Betätigung und den Mitbewerb auf dem Weltmarkt ſo ſchwer wie möglich zu machen. Nun können ſolche Beſchlüſſe durch die Macht der Gewohnheiten und Tatſachen, wie ſie z. B. in dem natürlichen Austauſchverhältnis zwiſchen Rohſtoff- und Induſtrieland, zwiſchen Nachbarſtaaten u. dergl. zum Ausdruck kommt, unter Umſtänden über den Haufen geworfen werden. Wir dürfen auch damit rechnen, daß die Tüchtigkeit unſerer Kaufleute, die Findigkeit unſerer Techniker, die Anpaſſungsfähigkeit unſerer Induſtriellen ſchließlich über alle Schwierigkeiten und Widerſtände triumphieren wird. Aber viel, ſehr viel wird die baldige Herbeiführung günſtiger Arbeitsbedingungen im Auslande doch auch davon abhängen, ob unſere Konſuln ihren Aufgaben in jeder Beziehung gewachſen ſind. Darum dürfen in Zukunft nicht mehr weltfremde

Bürokraten die wirtſchaftlichen Intereſſen des Reiches wahrnehmen, ſondern erfahrene Praktiker. Nicht „die beſtandene Referendarprüfung und mindeſtens dreijährige Beſchäftigung im inneren Dienſt oder der Advokatur" ſei unbedingte Vorausſetzung für die Ernennung, ſondern umfaſſende Kenntniſſe und Erfahrungen auf dem Gebiete des wirtſchaftlichen Lebens der Heimat und des Landes ihrer Tätigkeit, wie ſie die engliſchen und amerikaniſchen Konſuln auszeichnen, deren Wirken für ihre Länder meiſt vorbildlich iſt. —

Wie das Konſulatsweſen, ſo bedarf auch die Einrichtung der Handelsſachverſtändigen, der ſogen. Handelsattachés, einer Verbeſſerung. Vor allem muß ihre Stellung anſehnlicher, ihre Laufbahn ausſichtsreicher, ihre Bezahlung reichlicher geſtaltet werden, um tüchtige Kräfte, die ſonſt nach kurzer Tätigkeit leicht zur Privatinduſtrie übergehen, feſtzuhalten und ihre wachſende Erfahrung dem Vaterlande nutzbar zu machen. Vielleicht wäre es angebracht, in den nächſten Jahren der Geldknappheit neben den beruflichen auch ehrenamtliche Handelsſachverſtändige in größerer Anzahl zu ernennen, ſo wie wir neben den Berufskonſuln die ehrenamtlichen Wahlkonſuln haben. —

Sollte die politiſche Umwandlung, die wir durchmachten, auch auf dem Gebiet unſerer Außenvertretung dem demokratiſchen Prinzip zum Siege verholfen haben, ſo würden ſich für den weiteren Ausbau derſelben neue, verheißungsvolle Ausſichten ergeben.

Bisher wurden Fragen, die die Auslanddeutſchen unmittelbar betreffen, geordnet, ohne daß ſie ihre beratende oder warnende Stimme erheben konnten. Wie in den Zeiten des fernſten Abſolutismus lag das Wohl und Wehe vieler Tauſender unſerer Volksgenoſſen im Auslande und unſchätzbare wirtſchaftliche Intereſſen des ganzen Volkes in den Händen einiger weniger, den Betroffenen gegenüber unverantwortlicher Perſonen: der Botſchafter und Konſuln. Was ſie veranlaßten, konnten wir nicht hindern, weil wir ſtets vor vollendete Tatſachen geſtellt wurden. — Das muß anders werden, wenn die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden ſollen.

Den Auslanddeutſchen muß die Möglichkeit der Meinungsäußerung und des Einſpruches in allen Fällen gegeben werden, wo ſie betreffende Fragen zur Entſcheidung ſtehen.

Vor allem ſollte die Regierung ſich die Erfahrungen und Kenntniſſe der Auslanddeutſchen für die Friedensunterhandlungen ſichern, indem ſie aus den infolge des Krieges zahlreich in Deutſchland weilenden, die tüchtigſten zur Mitarbeit heranzieht. Und ſie ſollte ſich ihrer Vermittlung auch bei der Wiederaufnahme der wirtſchaftlichen Beziehungen zu den feindlichen Ländern bedienen, indem ſie ihre ausgedehnten und vielfach auch während des Krieges aufrechterhaltenen Verbindungen geſchickt ausnützt.

Aber nicht nur bei dieſen Vorarbeiten, ſondern auch bei der endgültigen Regelung unſeres Verhältniſſes zu den anderen Ländern, müßten die im Ausland tätigen Landsleute weitgehend herangezogen werden.

Mir erſcheint hierzu die Bildung von Kolonialbeiräten in den einzelnen Ländern unbedingt notwendig. Sie hätten einerſeits den Aufgabenkreis der heimiſchen Handelskammern (den beſonderen Verhältniſſen angepaßt) zu übernehmen, andererſeits den offiziellen Auslandvertretungen des Reichs als beratende Stelle zur Seite zu ſtehen, Anregungen zu geben und Wünſche und Beſchwerden der von ihnen vertretenen Auslanddeutſchen vorzubringen.

In dieſen Beiräten, zuſammengeſetzt aus den landeskundigſten, mit dem wirtſchaftlichen und politiſchen Leben ihres Gaſtvolkes vertrauten Männern, würden der Reichsregierung und ihren Vertretern unſchätzbare Mitarbeiter entſtehen, deren praktiſche Erfahrung und Sachkenntnis Gewähr dafür bieten, daß nachteilige Entſchließungen vermieden werden.

Dieſe Einrichtungen würden aber auch noch den Vorteil bieten, das Zuſammengehörigkeitsgefühl der in den verſchiedenen Ländern anſäſſigen Deutſchen, das bisher ſehr gering war, zu ſtärken und zu ſteigern. Gerade dieſe Wirkung aber wird für uns in Zukunft deshalb ſehr ins Gewicht fallen, weil wir einesteils infolge der durch den verlorenen Krieg verurſachten elenden wirtſchaftlichen Verhältniſſe ſicher mit einer ungeahnt hohen Auswanderung zu rechnen haben werden, andernteils wegen der großen Menſchenverluſte mehr als früher beſtrebt ſein müſſen, jeden Volksgenoſſen dem Deutſchen Volkstum auch weiter zu erhalten.

Und ſchließlich würden dieſe Vereinigungen die Vorbedingung ſein für die engſte Zuſammenfaſſung aller Auslanddeutſchen durch das Wahlrecht zur Nationalverſammlung.

Die Bewilligung dieſes Rechtes iſt eine Forderung der Gerechtigkeit. Das Wahlrecht iſt die Gegenleiſtung für die Wehr- und Dienſtpflicht und da dieſe Pflicht von den Auslanddeutſchen, wenn überhaupt möglich, ſo gut erfüllt wurde wie von denen zu Hauſe, ſo iſt es nur recht und billig, ihnen auch das entſprechende Recht zu geben.

Nun hat man früher nicht ganz zu Unrecht eingewendet, daß der Erfüllung dieſer Forderung praktiſch-techniſche Schwierigkeiten inſofern entgegenſtehen, als es bisher an geeigneten Einrichtungen und Zuſammenfaſſungen der Auslanddeutſchen fehlte, ohne die die Ausübung des Wahlrechtes unmöglich oder wenigſtens außerordentlich ſchwierig iſt. Werden aber die aus anderen Gründen geforderten Beiräte im Auslande geſchaffen, ſo haben wir in ihnen zugleich die Grundlage der für die Ausübung des Wahlgeſchäftes nötigen Organiſation.

Durch die Gewährung des Wahlrechtes machen wir die Auslanddeutſchen aus Bürgern minderen Rechtes zu Vollbürgern des Deutſchen Reiches. Wir beteiligen ſie dadurch ſtark und nachhaltig am Wohl und Wehe des Vaterlandes, ſo daß ſie den Pulsſchlag des deutſchen Geiſtes- und Wirtſchaftslebens am eigenen Körper mitempfinden. Durch dieſes höchſte Recht verbinden wir ſie immer feſter mit dem alten Vaterlande und erreichen, daß jeder Deutſche, wenn auch fern der Heimat, ſich als Deutſcher fühlt und Deutſcher bleibt.

Dann wird ein feſtes, unzerreißbares Band alle Kinder des deutſchen Vaterlandes umſchlingen und ſo die Grundlage geſchaffen ſein, auf der wir über den Trümmern des verſunkenen Reiches die weltweite deutſche Volksgemeinſchaft der Zukunft auferbauen können.

Notizen

Politiſche Erziehung. Prof. Bergſträſſer machte vor einiger Zeit unter dem Titel „Hochſchulen und politiſche Bildung" den Vorſchlag, unſerem Mangel an politiſcher Bildung dadurch abzuhelfen, daß in den Hochſchulen durch Vorträge und Vorleſungen die Grundlagen für politiſche Anſchauung und Denkensart gelegt werden ſollen.

Dieſe Frage kann nicht ernſt genug behandelt werden. Wollen wir jemals wieder aus unſerer ſchmachvollen Erniedrigung emporkommen, ſo müſſen wir ein Geſchlecht heranbilden, das politiſch denkt, das die großen Zuſammenhänge begreift und nicht an Kleinkram klebt, das uns den Weg nach oben führen kann.

Bisher war unſerer Jugend nichts ferner als Politik; die jungen Leute aus den „beſſeren Kreiſen", welche die Hochſchulen beſuchten, verbrachten die freie Zeit damit, ſich möglichſt viel Bier in den Magen zu gießen und die Zeit mit Grazie totzuſchlagen. Woher ſoll ſpäter Intereſſe und Verſtändnis für Politik, zumal für auswärtige, kommen, wenn man in ſeiner Jugend nicht wenigſtens die Grundbegriffe vorgeſetzt erhält? Denn auf auswärtige Politik kommt es an! Wo findet man heute klare, große Gedanken über äußere Politik? Gerade jetzt, wo in Paris die Würfel über die Verteilung der Welt fallen, wo England ſein großes Spiel ſpielt, wo der orbis mundi den Atem anhält — da gibt es bei uns zwar maſſenhaft Papier für Flugblätter und Reſolutionen, aber für eine gute, fortlaufende Kritik dieſer weltbewegenden Ereigniſſe in Paris iſt kein Papier da. Selbſt die nüchternen Auszüge aus fremden Blättern findet man erſt auf der vierten Seite! Dieſer beſchämende Mangel iſt bei einem Volke von 70 Millionen, das bis zum 9. November ſogar Weltvolk war, nur möglich dank ſeiner hoffnungslos unpolitiſchen Erziehung.

Mit Vorleſungen allein wird man dies kaum ändern können; die meiſten Zuhörer dürften ſchlafen. Außerdem iſt Politik eine aktive Kunſt. Man muß die Hörer zur tätigen, praktiſchen Mitarbeit bringen. Im empfehle das Beiſpiel desjenigen Volkes, deſſen politiſche Begabung über jeden Zweifel erhaben iſt, und das jetzt der Herr der Welt wird dank der Pflege dieſer Begabung: England.

Wie erzieht England ſeine Jugend politiſch? In dem bekannten Cambridge-College iſt ein debating club (Debattier-Klub) eingerichtet, dem die älteren Zöglinge angehören; der

Klub wählt ſein Präſidium, der Betrieb iſt parlamentariſch geſtaltet, und die regelmäßigen Debattier-Abende ſind ein kleines Abbild des Parlaments in London. Jedes Mitglied hält Vortrag über ein gegebenes oder gewähltes politiſches Thema, vorzüglich Kolonial- und Außenpolitik, zu deſſen Bearbeitung auch die Parlamentsbibliothek in London zur Verfügung ſteht. An jeden Vortrag ſchließt ſich eine Debatte auf parlamentariſcher Grundlage. Zu dieſen Debatten entſenden die großen Parteien Englands ihre Vertreter, welche ſelbſt vortragen und in die Diskuſſion eingreifen, ebenſo wie auch Vertreter der Regierung und andere Männer der Praxis; hierdurch iſt der geiſtige Gehalt der Debatten naturgemäß ſehr hoch und lehrreich.

So erhalten die Studenten parlamentariſchen Schliff, ſie werden redneriſch geſchult und ſpornen ſich gegenſeitig an. Vor allem aber erhalten ſie durch die Beſchäftigung mit beſtimmten Fragen und durch die Debatten aus beſter Quelle Einblick in das politiſche Getriebe, lernen die großen Probleme und Zuſammenhänge beurteilen, und verlaſſen Cambridge mit einer ſoliden politiſchen Grundkenntnis und Urteilskraft.

Dieſe jungen Leute können natürlich ihrem Land ſpäter ganz andere politiſche Dienſte leiſten als unſere Studenten, die es in demſelben Stadium ihrer Entwicklung höchſtens zu einem perfekten Bierjungen bringen.

Dank dieſer politiſchen Jugenderziehung iſt das politiſche Leben in England ganz anders orientiert als bei uns; der Sinn für Außenpolitik überwiegt das Parteiintereſſe — im Gegenſatz zu uns. Ich erinnere an folgenden typiſchen Fall während des Krieges: die Stellung der engliſchen Regierung war durch Rückſchläge ſtark erſchüttert (Sommer 1918), beſonders die Arbeiterpartei war nahe daran, Lloyd George zu Fall zu bringen. Um jedoch die außenpolitiſche Stellung der Regierung nicht durch innere Treibereien zu erſchweren, ließ die Partei ſchließlich erklären, daß ſie mit Rückſicht auf die augenblickliche kritiſche Lage des Reiches von einer parteipolitiſchen Tätigkeit vorläufig Abſtand nehmen werde!

Das iſt engliſch! Wenn aber bei uns eine Regierung in ſchwieriger Lage iſt, wie ſeinerzeit Prinz Max, dann macht eine Partei mit Liſt und Tücke einen alten, „kompromittierenden“ Brief ausfindig, um die Stellung der Regierung noch mehr zu erſchweren. Das iſt deutſch! —

Darum alſo: politiſche Jugenderziehung iſt eine Forderung des Tages, ein Programm. Nur ſo impfen wir den Jungen politiſches Gefühl ein; und nur dann können wir hoffen, wieder im Rat der Völker gehört zu werden. — G. v. Berg.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei
Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 9. Mai 1919 * Heft 19

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Der Feldzug gegen München bleibt das traurigſte Kapitel des deutſchen Bürgerkrieges. Die Münchener Spartakiſten haben geradezu als Ermunterer des polniſchen Imperialismus gewirkt; denn die Vernachläſſigung der militäriſchen Erneuerung in Bayern hat ſo viel Truppen des Oſtſchutzes benötigt, daß die Polen in deren Verwendung die Beſſerung ihrer eigenen kriegeriſchen Lage erblickten. Das Reich hat Bayern vor dem Elend namenloſer innerer Zerfleiſchung gerettet. Die bayeriſche Politik wird daraus, hoffen wir, die richtige Folgerung in ihrer Weimarer Haltung ziehen. Es iſt aber zugleich ein Bedürfnis der deutſchen Außenpolitik, daß die Münchener Schwarmgeiſter nun nicht mehr der Entente das Schauſpiel einer Sonderſtellung, einer Sonderſtrebung, geben können.

*

Die polniſchen Truppen ſind noch nicht alle durch Deutſchland gerollt und ſchon hat ihr Führer, General Haller, noch auf deutſchem Boden weilend, den Kampf um Danzig, Oberſchleſien und Weſtpreußen als ihre eigentliche Aufgabe verkündet. In zweiter Linie dürften die polniſchen Truppen gegen die Ukrainer vor Lemberg beſtimmt ſein. Während vom Kampf gegen den Bolſchewismus, zu welchem Zwecke die Entente die Durchreiſe durch Deutſchland verlangte, nicht mehr die Rede iſt. Dieſe Stellungnahme der Polen zeigt aufs deutlichſte, daß die deutſch-ukrainiſche Freundſchaft keinen Kriegserſatz, ſondern ein Friedensmittel zur Bekämpfung der gemeinſamen polniſchen Gefahr darſtellt. Die Ukrainer haben bereits die Konſequenzen aus der polniſchen Hinterhältigkeit gezogen. Sie haben ihre erfolgreiche Offenſive gegen die Bolſchewiſten abgebrochen, um ihre Truppen nach Lemberg zu werfen. Die Polen tun nicht nur nichts Entſcheidendes im Kampfe gegen den Bolſchewismus, ſondern verhindern durch ihre Annektionspolitik die Bekämpfung der Bolſchewiſten durch die Ukrainer. Die Entente ſieht aber auch hier, wie im Baltenland, apathiſch zu, daß der Bolſchewismus mordend und brennend die Gebiete der Randſtaaten vernichtet.

*

Die Romantiker des politiſchen Räteſyſtems, die in ihrem Haß gegen den ſogenannten „Formaldemokratismus“ von der unwiderſtehlichen Sieghaftigkeit der neuen Staatsform überzeugt ſind, haben zu früh Ungarn als eine neue Etappe in der aufbauenden Wirkung des Rätegedankens beurteilt; die Räterepublik war auch dort keine Form zu einer poſitiven Neuordnung des Gemeinſchaftsgedankens, ſondern nur Zerſetzungsprodukt. Ihre Widerſtandskraft gegen Rumänen und Tſchecho-Slowaken war maßlos gering, alles Vorangegangene an Deklamation nur revolutionärer Rauſch oder Geſchwätz. Nicht den Aufſchwung, ſondern die neue Demütigung Ungarns hat dieſes Zwiſchenſpiel gebracht, weil es mit dem Signal der inneren Gewaltpolitik die letzten Reſte des nationalen Geſamtgefühls zerſtörte. Daß die rumäniſchen Truppen unbekümmert vorrücken konnten, ohne ſelber nun vom Bolſchewismus ergriffen zu werden, mag denen als Warnung dienen, die für den Ablauf unſerer eigenen Friedensprobleme das entſprechende handliche Einmaleins zur Verfügung haben.

*

Die Entente ſteht vor der Gefahr, daß Japan das italieniſche Beiſpiel nachahme, wenn ihm Kiautſchou abgeſprochen wird. Amerika ſcheint im Augenblick nachgegeben zu haben, damit die Eröffnung der Friedensbeſprechung nicht eine völlig zerriſſene Allianz zeige. Aber dies offenbart ſich heute ſchon deutlich genug, daß die Vereinigung der oſtaſiatiſchen Probleme vor allem die Briten vor die verwickeltſte Aufgabe ſtellt. Denn Auſtralien und die amerikaniſche Union fühlen ſich durch den japaniſchen Imperialismus unmittelbar bedroht; England aber, das deſſen Pate iſt, hat ſich mit Japan in Geheimbündniſſen gefeſſelt. Wie wird es ſich durch die Frage von der Gleichberechtigung der gelben Raſſe hindurchfinden? Die Antwort hat eine ungeheure Bedeutung wegen ihrer Rückwirkung auf die anderen Machtgebiete des britiſchen Imperiums.

*

Jedermann ſucht mit frommem Eifer nach Betrieben, die „zum Sozialismus“ reif ſind. Nach den Menſchen zu ſuchen, die „zum Sozialismus reif“ ſind, ſchenkt man ſich. Daß ſie vorhanden ſeien, ſetzt der gutgläubige Opportunismus der Gemeinwirtſchaftler voraus, und entwirft raſtlos die Pläne der techniſch-organiſatoriſchen Verwirklichung der Sozialwirtſchaft. Merkt nicht, wie der Krieg, wie die Revolution, trotz allem Leitartikelgerede, die individualiſtiſche Inſtinkte freigemacht hat und daß heute die ſeeliſchen Vorausſetzungen des Sozialismus, Selbſtzucht, Verantwortlichkeit und fröhlicher Gehorſam, völlig abhanden gekommen ſind. Die Streike, die wir jetzt erleben, ſind kein Zeichen der Ungeduld, daß die Maſſen zum Sozialismus kommen wollen, ſondern ein Zeichen der ſeeliſchen Wirrnis, daß ſie, vom wilden Egoismus geſchüttelt, zum Sozialismus nicht kommen können.

Der deutſche Gedanke der Zukunft

Von Dr. Paul Rohrbach

Friedrichroda, 1. Mai.

Wiſſen unſere Leſer, wer die Freunde der Chriſtlichen Welt ſind? Einige von ihnen ſicher. Für diejenigen, die es nicht wiſſen: Es iſt ein Kreis von Männern und Frauen, die ſich um die Zeitſchrift gleichen Namens, die von Rade in Marburg herausgegeben wird, geſammelt haben. Ihre allgemeine Denkrichtung liegt in dem Namen bezeichnet, den ſie ſich gegeben haben. Jede religiöſe und bürgerliche Meinung iſt bei ihnen frei, die das chriſtliche Prinzip und das Vaterland ehrt. In dieſem Jahre zu Oſtern haben ſie ſich in Friedrichroda in Thüringen ein Haus gegründet, das ihr Sammelplatz ſein ſoll, zur Erholung und um in ſchwerer Zeit durch den Austauſch der Meinungen die Ziele der Einſicht und des Willens für ein neues Zeitalter zu klären.

Wir ſprachen vom deutſchen Gedanken. „Der Vogel hat ein Haus gefunden und die Schwalbe ihr Neſt" — ſo hieß es in der Rede zur Hausweihe. Daran knüpfte die Frage: Wird nicht umgekehrt der deutſche Gedanke in der Welt fortan ein heimatloſer Vogel ſein, ein Adler, den ſeine Schwingen unſtät umhertragen, weil ſein Horſt zerſtört iſt? Die Frage galt insbeſondere mir, und ich habe ſie mir ſelbſt ſeit unſerer Kataſtrophe im Herbſt 1918 oft genug vorgelegt. Seit bald zwei Jahren iſt mein kleines Buch vom deutſchen Gedanken in der Welt nicht mehr erſchienen, weil ich es für unmöglich hielt, es mit ſeinem alten nur an der Oberfläche dem Kriege angepaßten Text immer weiter herauszugeben, für die neue Durcharbeitung des ganzen Stoffes aber erſt die Entſcheidung des Weltringens erfolgen mußte. Nun iſt ſie da, aber kann man nicht in der Tat zweifeln, ob nach ihr überhaupt Raum bleibt für einen deutſchen Weltgedanken welcher Art auch immer?

Und iſt ſie überhaupt wirklich da? Iſt nicht die Pandorabüchſe des Friedensdiktats, dem wir uns in Paris fügen ſollen, noch geſchloſſen, und werden wir nicht erſt, wenn ſie geöffnet iſt, die ganze Summe der Laſten erblicken, die uns zu tragen fortan auferlegt ſein ſoll? Wenn dieſe Zeilen erſcheinen — ſie müſſen der äußeren Umſtände wegen lange vor der Ausgabe unſeres Heftes geſchrieben werden — wird der Inhalt des Friedensinſtruments allen bekannt ſein. Daß er für Deutſchland in vielen Stücken unannehmbar ſein wird, kann aber heute ſchon als wahrſcheinlich gelten. Es iſt möglich, daß diejenigen Politiker auf der Seite der Entente, die eine Vorſtellung von dem Unheil haben, das ein Gewaltfrieden gegen Deutſchland über die Welt bringen würde, um eine Entſcheidung herbeizuführen, ſelbſt eine unmögliche Faſſung paſſieren ließen, in der Annahme, Deutſchland werde ſich weigern und ſeine Sache ſo führen, daß am Ende etwas Erträgliches herauskommt. Ebenſogut aber, und wohl noch eher, iſt es möglich, daß Clemenceau und Northcliffe wirklich geſiegt haben, und daß trotz des Verſprechens der 14 Punkte in den Bedingungen des Waffenſtillſtandes und trotz aller vorhergegangenen Deklarationen des amerikaniſchen Präſidenten nicht der Völkerbunds- und Rechts-, ſondern der brutale Zwangsfriede zur dauernden Niederdrückung uns zugemutet werden ſoll.

Davon, ob wir einen ſolchen annehmen oder nicht, wird es abhängen, ob man hinfort noch von einem deutſchen Gedanken in der Welt wird ſprechen können. Die Feinde können ihn nicht zerſtören, mögen ſie ſich auch noch ſo ſehr darum mühen. Wir ſelbſt aber können es, wir können es reſtlos, wir ganz allein. Clauſewitz, der große Patriot und Kriegsdenker, legte 1812 als Bekenntnis auf den „Altar der Geſchichte“ das Wort nieder: „daß der Schandfleck einer feigen Unterwerfung nie zu verwiſchen iſt; daß dieſer Gifttropfen im Blute eines Volkes in die Nachkommenſchaft übergeht und die Kraft ſpäterer Geſchlechter lähmen und untergraben wird.“

Mit der Verzögerung des Friedens unter Fortbeſtehen des gemeinen und grauſamen, bewußt angewandten Abtötungsmittels der Blockade, wollten die Feinde uns auch nach dem Waffenſtillſtand immer mehr ausbluten laſſen. Vielleicht haben ſie daneben erreicht, daß trotzdem aus dem vom Schlamm der Revolution überſtrömten Deutſchland während der Zeit wieder ein Stück Boden emportauchte zur Sammlung für diejenigen Deutſchen, die nicht wollen, daß jener Gifttropfen, von dem Clauſewitz ſpricht, in das Blut ihrer Nachkommenſchaft übergeht. Hätte man uns den Frieden gleichzeitig mit dem Waffenſtillſtand geboten, er hätte ſo furchtbar und ſo entwürdigend ſein können wie nur möglich — in der Betäubung und dem Wahnwitz, die während der Revolution ſelbſt und in der erſten Zeit danach ganz Deutſchland gefangen hielten, wäre es wahrſcheinlich möglich geweſen, uns ſchlechthin alles abzufordern. Das geht heute nicht mehr, ſo ſchlimm es auch immer noch geiſtig um uns ſteht. Nicht nur die Parteien, die ſich ſelbſt „national“ nennen, ſondern auch alle übrigen (außer natürlich den Unabhängigen Sozialdemokraten) haben den Standpunkt gewonnen, daß es auf unmögliche Zumutungen nur eine Antwort gibt: Verweigerung der Unterſchrift, komme, was da komme. Es wird ſo ſchlimm nicht ſein, was kommen kann. Abſchneidung der Lebensmittel durch denſelben Präſidenten Wilſon (Amerika verwahrt ſie ja), auf deſſen Wort wir uns berufen, indem wir unſer Recht verteidigen, iſt als Zwangsmittel moraliſch ſo unmöglich, daß es nicht Wirklichkeit werden kann, und zu der Invaſionsarmee, die uns die Franzoſen androhen, können wir ſprechen: Möge ſie kommen. Selbſt aber, wenn die Zwangsmittel wirklich angewandt werden: lieber das Außerſte, als das Gift der feigen Unterwerfung in das Blut unſerer Nachkommenſchaft!

Einzig dieſer Tropfen Gift wird imſtande ſein, den deutſchen Gedanken der Zukunft zu töten. Ob wir ihn uns einwürgen laſſen wollen oder nicht, ſteht allein bei uns. Was iſt der deutſche Gedanke in der Welt? Darauf habe ich in meinem Buch, das 2½ Jahre vor dem Kriege zuerſt erſchien, geantwortet:

> Wir meinen damit die Geſamtſumme des von den Deutſchen im Laufe ihrer Geſchichte erarbeiteten, durch ihre beſonderen Fähigkeiten und durch ihre großen Männer verwirklichten geiſtigen Kulturbeſitzes: das, wodurch die Nibelungen, Luther, Kant, Goethe, Bismarck mit dem deutſchen Volkstum zuſammenhängen, was ſie aus ihm geſchöpft, geſtaltet und ihm für ſeine Weiterentwicklung geſchenkt haben.

Lagarde, der deutſcheſten einer, hat einmal geſagt: „Die Nation lebt nicht von ihrer Gegenwart, ſondern von ihrer Zukunft.“ Das iſt ein Wort, deſſen Tiefe zu begreifen jetzt die Zeit gekommen iſt. Es verlangt als Ergänzung: für ihre Zukunft und für die der Menſchheit. Das meinte der Freiherr vom Stein, als er es Deutſchlands Beſtimmung nannte, eine Provinz im Reiche der ſittlichen Freiheit zu ſein, denn die Freiheit der ſittlichen Entwicklung iſt das höchſte Gut, das der Menſch beſitzt. Daher fuhr ich an jener Stelle in meinem Buche fort:

> Der deutſche Gedanke bedeutet alſo den ſittlichen Weſensgehalt des Deutſchtums als geſtaltende Kraft im gegenwärtigen wie im zukünftigen Weltgeſchehen, und indem wir ihn ſo erklären, gehen wir mit Bewußtſein von der Überzeugung aus, daß wir gleich andern Völkern dazu in das Spiel der Weltkräfte hineingeſtellt ſind, um ſittliche Tüchtigkeit nicht nur für uns, ſondern auch für die ganze Menſchenwelt zu erarbeiten und zu bewähren.

Nach dieſem Grundgeſetz und nach keinem andern geſchieht die Ausleſe des Volkstums, dem es beſtimmt iſt, ein Stück vom Fortſchritt der Menſchheit zu verwirklichen, indem es ihr einen Stempel ſeines nationalen Ideengehalts aufdrückt. Von dieſem poſitiven Ziel des deutſchen Gedankens braucht trotz des äußeren Zuſammenbruchs, den wir erlitten haben, auch für die Zukunft nichts hinweggetan zu werden, wenn nur unſer Blut unvergiftet bleibt durch die Schande einer feigen Unterwerfung. Was uns zugemutet werden ſoll, iſt die Preisgabe von Volksgenoſſen unter fremdes Joch und die Preisgabe unſerer Ehre durch die Annahme von Bedingungen, von denen wir wiſſen, daß ſie dazu beſtimmt ſind, uns ohnmächtig zu machen und zu entwürdigen.

Auch nach dem Kriege wird es dabei bleiben, daß wir das an Zahl ſtärkſte Kulturvolk Europas ſind, und die Einbußen, die wir erlitten, werden mehr als doppelt wettgemacht durch den Hinzutritt der deutſchen Brüder in Öſterreich. Mit ihnen zuſammen ſind wir ſchon heute ein Volk von mehr als 70 Millionen. Daß wir die nationale Einheit gewonnen haben und daß der Druck, der uns von Oſten her preßte, wenn nicht verſchwunden, ſo doch um ein Vielfaches erleichtert iſt, das ſind Aktiva, mit denen wir außerpolitiſch rechnen dürfen. Die ruſſiſche Gefahr iſt beſeitigt und Polen wird auf die Dauer auch nicht annähernd imſtande ſein, ein „Erſatzrußland" im Sinne der Entente zu bilden. Wüchſe es ſich dazu aus, ſo wäre das nur unſere eigene Schuld.

Freilich, alle Rechnungen, was dazu dienen könnte, Kraft nach außen wiederzugewinnen, ſind umſonſt, wenn keine lebendigen Innenkräfte dahinterſtehen. Dieſe ſind das Entſcheidende. Haben wir ſie? Dafür kann es uns als Vorzeichen dienen, daß die ganze Summe der Gedanken über die zukünftige Einrichtung der Welt unter dem Völkerbunde, die uns von dem moraliſchen Wortführer unſerer Feinde, dem Präſidenten Wilſon, vorgetragen wird, ja gar nichts anderes iſt, als eine wunderbare Wiederkehr von Ideen, die vor mehr als einem Jahrhundert von den großen deutſchen Geiſtern ausgegangen iſt. Das Tiefſte über Völkerſittlichkeit und Völkerfrieden hat Kant geſagt. In ihm liegt der Urquell aller Wilſonſchen Formeln, und es iſt deutſches Geiſtesgut, mit dem der Amerikaner arbeitet. In einer ſchönen Schrift, „Völkerbund und Rechtsgedanke", einer Rede, die Eduard Spranger am 22. März 1919 in einer allgemeinen Akademikerverſammlung in der Univerſität Leipzig gehalten hat,*) leſen wir:

> Unter den 14 Punkten des Präſidenten Wilſon, auf Grund deren die Friedensbeſprechungen eingeleitet worden ſind, lautet der letzte: „Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit beſtimmten Vertragsbedingungen gebildet werden, zum Zwecke der gegenſeitigen Garantieleiſtung für die politiſche Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen ſowie der kleinen Nationen." Wir begrüßen dieſes Wort als die Botſchaft einer neuen Zeit. Es iſt in ihr ausgeſprochen, daß die Gegenſeitigkeit die Grundlage der neuen Garantien ſein ſolle. Nicht anders hat bei uns Fichte „das höchſte Rechtsgeſetz" formuliert: „Jeder beſchränke ſeine Freiheit ſo, daß neben ihm alle übrigen auch frei ſein können".

Es ſind alſo nichts anderes als deutſche Gedanken aus der Zeit, da der deutſche Geiſt ſeinen höchſten idealen Flug nahm, die jetzt auf dem Umwege über den Atlantiſchen Ozean zu uns zurückkehren, und wir brauchen ſie nur anzuerkennen und ſie als unſer Gut wiederzufordern, um mit ihrer Hilfe den deutſchen Gedanken, ſo wie wir ihn oben erklärt haben, als Werkzeug und Ziel unſerer nationalen Zukunft mächtig zu machen. Spranger ſchreibt an einer anderen Stelle:

> Wir bekennen feierlich: Als alle in der Welt auf dem Boden des Imperialismus ſtanden, haben auch wir bei unſerer gefährdeten geographiſchen Lage nicht anders gekonnt als uns auf dieſem Boden zu ſtellen; nach dem alten Wort des Machiavelli: „eine ſelbſtloſe Macht, die zwiſchen ehrgeizigen Mächten ſteht, müßte ſchließlich zugrunde gehen." Durch die Schickſale des Krieges haben alle umgelernt, nicht nur die Deutſchen. Schuld und Gegenſchuld ſind auf allen Seiten gleichmäßig verteilt. Es iſt nicht die Stunde, in der Vergangenheit zu forſchen und über ſie zu rechten. Eine neue Weltepoche iſt unter dem Getöſe der Waffen angebrochen; ihr wollen wir mit männlich feſtem Entſchluß entgegengehen. Eine neue Welt ſoll ſich auf reinem Grund erheben. Hat doch der reine Wille zur Wahrhaftigkeit den Fluch ſelbſt vom Hauſe der Atriden genommen.

---

*) Verlag von Felix Meiner, Leipzig.

In dieſen ſchönen Sätzen iſt eins doch nicht richtig, und das andere iſt mehr eine vorweggenommene Hoffnung, als eine Wirklichkeit. Was den Ausbruch des Weltkrieges angeht, ſo kann man nicht ſagen: Schuld und Gegenſchuld ſind gleich verteilt. Ich habe dem ſtets widerſprochen und habe, als es von gewiſſer Seite in Deutſchland Mode wurde, moraliſche Selbſtanklagen über die Schuld am Kriege zu häufen, das ganze Material noch einmal genau überprüft. Das Ergebnis liegt jetzt vor in einer eben erſcheinenden Schrift: Das Zeugnis der 13 Tage,*) und ich kann es hier dahin zuſammenfaſſen, daß auch bei Anlegung des ſtrengſten und objektivſten Maßſtabes von einer Schuld am Emporflammen des Weltkrieges die mit der unſerer Gegner vergleichbar wäre, nicht geſprochen werden kann. Wer es anders ſagt, der ſpricht, wenn nicht in bewußter Verdrehung, ſo doch in ungenügender Kenntnis der Vorgänge, wie ſie wirklich waren. Auch davon haben wir bisher noch wenig gemerkt, daß durch dieſen Krieg „alle umgelernt haben, nicht nur die Deutſchen". Es iſt wahr, ein Mann wie der engliſche Publiziſt Garvin, der während des Krieges ſcharf für das Durchkämpfen bis zu Ende eingetreten iſt, ſchreibt im „Obſerver" (13. 4. 19.):

> Was auch immer das jingoiſtiſche Rumpfparlament oder die unioniſtiſche Mehrheit ſagen mögen, das engliſche Volk iſt des Blutvergießens ſatt, des Schlammes, der Rachſucht, des Haſſes und all der kurzſichtigen Leidenſchaften, die unſern Erfolg beſchmutzt, die Hälfte unſers Sieges unwiederherſtellbar vergeudet und den Reſt in Gefahr gebracht haben.

Auch die „Weſtminſter Gazette" warnt davor, die Torheit der Dezemberwahlen in England fortzuſetzen und ſagt:

> Wenn man jetzt die volle Rechnung von 20 Milliarden Pfund fordert, ſo verliert man den Ruf eines humanen und verſtändigen Volkes; denn wenn man dem Weißbuch glaubt, (das die Berichte beauftragter engliſcher Offiziere über die Lage in Deutſchland enthält), ſo handelt es ſich nicht darum, was man aus Deutſchland herausbekommen kann, ſondern was man ihm geben muß.

Auch aus Frankreich hören wie ähnliche Stimmen aus den politiſchen Kreiſen der Nachfolgerſchaft von Jean Jaurès. Dieſe Engländer und vollends die Franzoſen, auf die Sprangers Wort vom Umlernen tatſächlich paßt, bilden aber einſtweilen doch nur ſehr die Minderheit innerhalb ihrer Nationen. Trotzdem nehmen wir die Tendenz des Umlernens oder beſſer geſagt des Umlernenſollens an, und laſſen das Wort gelten: Eine neue Welt ſoll ſich auf reinem Grund erheben!

Gilt es, ſo gilt auch weiter der deutſche Gedanke in der Welt. Was wir früher wollten, unſere äußere Weltſtellung neben der Englands und des Angelſachſentums ſo ſtärken, daß von hier aus die Sicherheit gegeben war: der deutſche Gedanke wird neben dem angelſächſiſchen der Welt ſeinen Stempel aufdrücken, davon kann jetzt auf abſehbare Zeit kaum die Rede ſein. Gewiß, die Welt iſt rund, und ihr Lauf iſt manchmal ſehr geſchwinde; auch die äußeren Verhältniſſe können ſich ſchneller ändern, als man denkt. Wir wollen jetzt aber nicht an ſolche Möglichkeiten denken, ſondern eher daran, daß der deutſche **Geiſt** es ſchon einmal fertiggebracht hat, dem Weltgeiſt ſeine Bahnen zu weiſen. Wir ſahen, Wilſons Völkerbund iſt ein Nachklang davon. Damals war es die Herrſchaft im Reiche der abſoluten Idee, die wir ausübten. Heute haben wir mehr als das. So verwüſtet und zerrüttet wie wir ſind, ſo können wir doch in kurzem die Führung der Welt gewinnen auf dem Gebiete ſittlich-ſozialer Neuordnung. Das Schickſal hat es gewollt, daß in Deutſchland, dem Lande, in dem die ſoziale Frage nach ihrer ethiſchen wie nach ihrer ökonomiſchen Seite vorher am tiefſten durchdacht wurde, mit einem gewaltigen Ruck die Idee des ſozialen Volksſtaats als ein Verſuch in der Wirklichkeit aufgerichtet wurde. Der Verſuch iſt ſchwer und die Feinde, die gegen ihn arbeiten, ſind gefährlich; aber wenn die deutſche Nation ſich auf ſich ſelbſt beſinnt, ſo kann er trotzdem glücken. Gelingt er, ſo iſt der deutſche Gedanke in der Welt höher als zuvor, denn dann bleibt den andern Völkern gar nicht anderes übrig, als unſerm Beiſpiel zu folgen. Die Autorität, die wir dadurch gewinnen, wird ſo ſtark ſein, daß niemand den Verſuch wird wagen können, fortan den deutſchen Gedanken in der Welt beiſeite zu drücken. Dann kann das Wort immer noch eine Wahrheit werden, daß am deutſchen Weſen die Welt geneſen mag — nicht wie die gedankenloſe alldeutſche Phraſe das auch gemeint hat, ſondern wie es vom ſozialen Volksſtaat Deutſchland in Zukunft als zwingender ſittlicher Gedanke die Welt beeinfluſſen wird. Und daran, daß dies Wirklichkeit werde, brauchen die 1000 Paragraphen von Verſailles uns nicht zu hindern; es ſei denn, wir flößten uns durch feige Unterwerfung ſein Gift ein, das aus unſerm Blute in unſere Nachkommenſchaft übergehen und noch die „Kraft ſpäter Geſchlechter“ lähmen und untergraben wird.

---

*) Hamburg 1919, Verlag von Dorendorf und Dreſel.

Bildungsreform

Was können wir von Amerika lernen?

Von Dr. Oscar Münſterberg

Im neunzehnten Jahrhundert kamen zahlreiche amerikaniſche Studenten zum Beſuch der Univerſitäten nach Deutſchland und Profeſſoren wurden nach Amerika berufen. Das iſt in den letzten zehn Jahren ganz anders geworden. Warum dieſer Umſchwung? Der Amerikaner gibt zur Antwort: „Ihr Deutſchen habt ſehr gute Fachuniverſitäten, und ſolange wir keine gleichwertigen Inſtitute beſaßen, haben wir bei euch gelernt. Heute ſind unſere Unterrichtsanſtalten als Vorbereitung zu den gelehrten Spezialberufen gerade ſo gut. Was unſeren

Söhnen in Amerika nottut, iſt nicht die Fachgelehrſamkeit, ſondern die allgemeine höhere Bildung als Grundlage jeder erfolgreichen Betätigung. Die Erziehung zum „Gentleman“. Dieſe können wir uns aber in England und Frankreich beſſer als wie in Deutſchland aneignen.“

Die deutſchen Univerſitäten ſind eng verbunden mit der ſpezialiſierten Fachwiſſenſchaft. Beide wuchſen hiſtoriſch aus den gelehrten Studien heraus, ſo daß Fachgelehrſamkeit und höhere Bildung bei uns nahezu als identiſch gelten. Daneben wird eine gleichwertige ſoziale Stellung auch anderen Berufen und Klaſſen eingeräumt, die keine höhere Bildung im Gelehrtenſinne beſitzen, wie den Offizieren und gewiſſen agrariſchen und kapitaliſtiſchen Kreiſen, bei denen nicht der Unterſchied in der Bildung ausſchlaggebend iſt, ſondern die Tatſache, ob ſie Engros- oder Detailgeſchäfte betreiben, ob ſie ein Rittergut oder einen Bauernhof beſitzen. Alſo nicht die wiſſenſchaftliche Ausbildung allein hebt in Deutſchland den einzelnen aus der Menge der Durchſchnittsmenſchen empor, ſondern ein von der Fachgelehrſamkeit und von der allgemeinen Bildung unabhängiges Prinzip der ſozialen Stellung.

Ähnlich, aber doch unterſchiedlich liegen die Verhältniſſe in anderen Ländern. In England und Amerika hat der Handelsſtand in ſeiner hiſtoriſchen Entwicklung eine viel größere Bedeutung erlangt, während Offizier- und Beamtenſtand, beſonders da eine fortgeſetzte Durchdringung der verſchiedenen Berufe ſtattfand, weſentlich zurücktraten. Aus dieſen Verhältniſſen heraus hat ſich der Begriff der „Gentleman“-Erziehung entwickelt, für die wir in Deutſchland kein treffendes Wort beſitzen. Man kann vielleicht von „allgemeiner Bildung“ ſprechen, aber das Wort iſt nicht ſo prägnant wie das Wort „Gentleman“, denn dieſes umfaßt auch die Lebensart und die Charakterbildung. Bei uns wird auf dieſe „allgemeine Bildung“ als Unterſcheidungsmerkmal einer Schicht weniger Wert gelegt, weil wir bisher die Scheidung der Klaſſen und Berufe, ob mit oder ohne grundlegende allgemeine Bildung, als berechtigt anerkannten.

Die Bildung eines „Gentleman“ erfordert keine gelehrte Fachausbildung in einem einzelnen Spezialberuf, ſondern eine grundlegende allgemeine Bildung humaniſtiſcher Art und eine Pflege der Perſönlichkeit, wie ſie in Deutſchland in bevorzugten kleinen Kreiſen im 18. Jahrhundert und noch bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts angeſtrebt wurde. Erſt die naturwiſſenſchaftlich-techniſche Entwicklung der letzten Jahrzehnte, getragen von einer rein materialiſtiſchen Weltanſchauung, bewirkte die Vernachläſſigung der Schulung des Geiſtes als Selbſtprinzip und förderte die Ausbildung zum geldverdienenden Fachmenſchen. Dieſer Erwerbsſinn war ſo ſehr geſteigert, daß ſogar ſchon das Kind in der Schule bei der Wahl der Real- oder Gymnaſialbildung gewiſſe Rückſichten auf den ſpäteren Beruf nahm.

So iſt das Bildungsproblem in den demokratiſchen Ländern des Weſtens anders geſtellt als in unſerem Klaſſenſtaat. Dort gilt die „allgemeine Bildung“ als Grundlage für jedermann, gleichgültig, welchem Berufe er ſich ſpäter zuwendet, ob Arzt oder Kaufmann, Richter oder Bankier.

Für dieſe „Gentleman“-Erziehung iſt in Amerika ein vierjähriger Lehrkurſus am College vorgeſehen, der etwa den Jahren der Unter- und Oberprima und den vier erſten Semeſtern der Univerſität bei uns entſpricht. In dieſen Jahren kann jeder Jüngling ſich in freien Künſten und Wiſſenſchaften mit weitgehender Möglichkeit der perſönlichen Fachauswahl ohne Gedanken an den praktiſch erwerbenden Lebensberuf allgemein bilden. Nach Abſolvierung dieſer Studien erhält er das Prädikat „Bachelor of Arts“ (A. B.) und gehört zu den „Gebildeten“. Erſt nachher widmet er ſich der Fachſchule oder dem praktiſchen Leben. So vorgebildet, iſt er beſſer befähigt, öffentliche Ämter in Politik und Wohlfahrt zu erfüllen, als bei uns, wo nicht nur bei den Kaufleuten, Landwirten und Offizieren, ſondern oft auch bei den einſeitig ausgebildeten Fachgelehrten oder Spezialiſten, ſelbſt wenn ſie erfolgreiche Ärzte, berühmte Rechtsanwälte oder gefeierte Profeſſoren ſind, die alles umfaſſende, weitgreifende, geiſtig anregende Bildung fehlt. Hierauf dürfte die Weltfremdheit unſerer Profeſſoren und Regierungsbeamten begründet ſein. Dabei handelt es ſich nicht um die Menge poſitiven Wiſſens, die im allgemeinen bei uns größer ſein dürfte als in andern Ländern, ſondern um die Vielſeitigkeit und praktiſche Lebensanſchauung. Dem entſpricht auch, daß bei uns zwar der einzelne Gebildete mehr weiß, aber daß das allgemeine Intereſſe für wiſſenſchaftliche und politiſche Fragen viel geringer iſt als in den weſtlichen Ländern.

Das College in Amerika zerfällt in zwei Teile. In die Grundſchule und in die Spezialfachſchule. Die meiſten abſolvieren nur den Kurſus der Grundſchule, um dann in das praktiſche Leben überzutreten, aber gerade durch dieſe Klaſſen der umfaſſenden allgemeinen Bildung und nicht durch die der Fachabteilungen, bildet das College heute mehr als je zuvor die Seele der ganzen Nation. So ähnlich, allerdings unter ſehr veränderten, beſchränkteren Verhältniſſen, war es auch bei uns in der erſten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als von den Studenten der Geiſt der deutſchen Einigung gepflegt wurde. Genau ſo ging in Amerika die Begeiſterung zum Kriege von 1917 vom College aus, während in Deutſchland vor dem Kriege der Student ganz unpolitiſch erzogen wurde. Profeſſor Elliot, der vierzigjährige Leiter der Harward-Univerſität, einer der geiſtigen Führer Amerikas, hat ſchon im Anfang des Krieges ein viel beachtetes Buch gegen Deutſchland geſchrieben, und die Studenten waren die erſten freiwilligen Soldaten, obgleich es nicht galt, das Vaterland zu verteidigen, ſondern für eine Überzeugung zu kämpfen. Derartige Bewegungen können nur von den Bildungsſtätten ausgehen, die neben

Kenntniſſen allgemeiner Bildung, vor allem die Begeiſterung für Ideale, für das nationale Empfinden, für die Werte des Geiſtigen pflegen. Nicht die Belaſtung des Gedächtniſſes, ſondern die Entwicklung des Charakters und der Geſinnung iſt ausſchlaggebend.

Im Parlament und in der Politik und leider auch in den letzten Jahrzehnten in der Diplomatie, fehlten uns die geiſtig führenden Männer, wie ſie noch 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt geſeſſen haben. Die Urſache liegt nicht im Mangel an fähigen Köpfen, ſondern in der fehlerhaften Ausbildung zu einer öffentlichen Betätigung. Ein typiſches Beiſpiel iſt Ludendorff. Selbſt ſeine größten Gegner müſſen ſein ſtarkes Genie in dem Spezialfach der Strategie anerkennen, aber ihm fehlte jede umfaſſende Bildung, jedes Verſtändnis für die Pſychologie des Volkes, für die wirtſchaftlichen Zuſammenhänge und für die höheren humaniſtiſchen Ideale eines Nicht-Soldaten.

* * *

Wenn wir uns nun fragen, welche Einrichtungen in Amerika für uns nachahmenswert ſein könnten, ſo müſſen wir uns auch andererſeits die Fehler des dortigen Syſtems klarmachen. Hierzu gehört in erſter Linie, daß die in Amerika beſtehende Freiheit, ſein Arbeitsprogramm nach eigener Wahl zuſammenzuſtellen, ſich nicht bewährte und oft zu Zeitverſchwendungen führt. Das gilt nicht nur für die Univerſität, ſondern auch für die grundlegenden Schulen. Es darf daher nicht völlige Freiheit herrſchen, ſondern gewiſſe Studiengänge müſſen vorgeſchrieben werden, die ſich zu einer inneren Einheit formen. Ohne Zweifel ſind bei uns die Schulen ernſter und erfolgreicher. In Amerika wird durch die Kinder der Eingewanderten, die noch nicht einmal die Landesſprache beherrſchen, das Durchſchnittsniveau der öffentlichen Schule herabgedrückt. Alſo nicht bei der Ausführung, ſondern bei der Aufſtellung des Programms können wir von Amerika Anregung erhalten.

In Amerika hat man die Schul- und Studienzeit in Abſchnitte zu je vier Jahren geteilt. Es kommt im normalen Durchſchnitt der Knabe im Alter von etwa 6 Jahren auf die Elementar-, zu 10 Jahren auf die Mittelſchule, zu 14 Jahren auf die Ober-, zu 18 Jahren auf die Grundſchule im College, zu 22 Jahren auf die Spezialfachſchule der Medizin, Jurisprudenz uſw. im College. Mit etwa 26 Jahren ſind die Studien beendet, alſo etwas ſpäter als bei uns. Dieſe Einteilung würde für deutſche Verhältniſſe nicht paſſen, da die Grundſchule im College zwei Jahre Gymnaſium und zwei Jahre Univerſität umfaſſen würde.

Man könnte in Deutſchland vielleicht folgende Einrichtung treffen: Die Elementar- und Mittelſchule vom 6. bis 14. Jahre iſt koſtenfrei und obligatoriſch für jeden Sohn eines deutſchen Bürgers. Die Schule ſoll den Kaſtengeiſt ausgleichen und freie Entwicklung auch den Ärmſten im entlegenen Dorfe ermöglichen. Kontrollierte Privatſchulen können daneben beſtehen.

Die Oberſchule vom 14. bis 18. Jahre, ungefähr den oberen Klaſſen des Gymnaſiums entſprechend, muß ebenfalls koſtenfrei für jedermann ſein, aber nicht obligatoriſch, ſondern nur dem erlaubt, der die entſprechenden Examina mit Erfolg beſtanden hat und den Wunſch zu einer Weiterbildung beſitzt. Die Frage des Geldbeſitzes darf weder den Beſuch der Oberſchule verhindern, noch im anderen Fall berechtigen. Zwar kann nur eine geiſtige Oberſchicht dieſe Oberſchule beſuchen, und man war daher in Amerika nicht einig darüber, ob ſie unentgeltlich ſein ſoll oder nicht. Schließlich hat man ſich aber für die Unentgeltlichkeit entſchieden, da eine ſolche Oberſchule als notwendig galt, um einen möglichſt großen Kreis von Menſchen heranzubilden. Nur ein geſchultes und gebildetes Volk kann ſich ſelbſt regieren. Hierin liegt die Erkenntnis, daß für den Kampf des Lebens der am beſten ausgerüſtet iſt, der den Beruf auf die breiteſte Grundlage der allgemeinen Bildung ſtellen kann und mit der Spezialiſierung möglichſt ſpät beginnt.

Einzelne Staaten in Amerika ſind noch weiter gegangen und haben auch freie Schulbücher und ſogar in einzelnen Orten freie Kleider bewilligt. Letzteres würde vielleicht in beſonders armen Gegenden notwendig ſein. In Amerika trägt die Stadtgemeinde die Schullaſten, da ihre Jugend von der Schule den Gewinn hat. Aber der Staat gleicht durch Zuſchüſſe zwiſchen armen und reichen Gemeinden, zwiſchen Stadt und Land aus, ſo daß ein möglichſt gleichmäßiges Niveau im ganzen Reiche erzielt wird. Das wird auch bei uns nötig ſein, da ſonſt ein geiſtiges Übergewicht reicher Städte gegenüber armen Landgemeinden Platz greifen würde und wir alles Intereſſe haben, den Zuzug nach den Städten aus dem Grunde der Kindererziehung zu vermeiden.

Die Lehrerſeminare ſtehen in Amerika unter Staatsleitung, und das dürfte auch bei uns unbedingt notwendig ſein.

Naturgemäß ſind die Intereſſen der Jugend je nach Begabung und Erziehung im Elternhaus ſehr verſchieden. In Amerika kennt man nicht den Unterſchied des Lehrprogramms in verſchiedenen Schulen, ſondern innerhalb jeder einzelnen Schule iſt durch Einſchaltung von Parallelkurſen hierauf Rückſicht genommen. Man wählt alſo nicht zwiſchen den verſchiedenen Schulen, ſondern zwiſchen verſchiedenen Lehrprogrammen in einer Schule, die beweglich ausgeſtaltet werden. Dieſe Form iſt ſogar jetzt in Japan aufgenommen worden. Bisher wurde dort in den Mittelſchulen nur engliſch gelehrt, aber eine neue Verordnung des Unterrichtsminiſteriums beſtimmt, daß Parallelklaſſen gebildet werden, damit es jedem Schüler freiſteht zu wählen, ob er engliſch, franzöſiſch oder deutſch lernen will.

In Amerika iſt noch eine merkwürdige Einrichtung, die ſich gut bewährt hat. Wir kennen nur das Sitzenbleiben in einer Klaſſe bei mangelnder Leiſtung, aber der begabtere Schüler hat keine Möglichkeit, ſchneller vorwärts zu kommen und wird daher leicht gelangweilt, ſo daß ſtatt einer Ermutigung ein Rückſchritt erfolgt. In Amerika kann bei entſprechender Begabung und Fleiß ein Überſpringen von Klaſſen ſtattfinden, ſo daß z. B. der Vierjahrskurs ſchon in drei Jahren abſolviert werden kann. Eine weitere Erleichterung beſteht darin, daß man in der Oberſchule und im College das Examen für jedes frei gewählte Fach einzeln zu leiſten hat, ſo daß es möglich iſt, ein Fach ſchneller zu beenden und ſomit Zeit für andere Studien zu gewinnen.

Dieſes Syſtem der obligatoriſchen freien Einheitsſchule wird allerdings durchbrochen durch zahlreiche Privatſchulen, die durch hohe Schulgelder mit großen Mitteln ausgerüſtet ſind, ſo daß ſie die beſten, oft beſſere Lehrer als die Einheitsſchule anſtellen können. Hierdurch wird ermöglicht, daß die Schüler gründlicher, ſchneller, zweckmäßiger und unter ſozial angenehmeren Verhältniſſen ihr Ziel erreichen können. Intereſſant iſt, daß die Oberſchule immer ſtärker beſucht wird. 1890 kamen nur 5 Schüler der Oberſchule auf je 1000 Einwohner, 1900 waren es bereits 9 und 1912 ſogar 12. Davon waren 88,6 Prozent in öffentlichen Schulen und 11,4 Prozent in privaten Schulen, während 1890 noch 32 Prozent in Privatſchulen und nur 68 Prozent in öffentlichen waren. Ein Zeichen, daß immer weitere Kreiſe nach einer beſſeren Schulbildung, beſonders in den öffentlichen Schulen, ſtreben.

Im allgemeinen gilt in Amerika der Grundſatz, daß der Schüler keine oder nur wenige Hausaufgaben bekommt, daß er jedes Jahr im Sommer drei Monate Ferien hat und daß er überhaupt mit Lernen zwangsweiſe nicht zu ſehr überlaſtet wird. Dieſe Einrichtungen gehören zu den von mir am Anfang erwähnten ungünſtigen Momenten, die wir nicht nachmachen ſollen. Unſer Schulweſen iſt ernſter und erreicht in kürzerer Zeit viel mehr als in Amerika.

Schließlich iſt es bei der Neubildung der Einheitsſchule von größtem Intereſſe zu ſehen, welche Fächer bei freier Wahl von den Schülern in Amerika bevorzugt werden. Wir finden *)

> 49 Proz. Latein, ¾ Proz. Griechiſch, 10 Proz. Franzöſiſch, 24 Proz. Deutſch, 57 Proz. Algebra, 31 Proz. Geometrie, 15 Proz. Phyſik, 7 Proz. Chemie, 19 Proz. Geographie, 8 Proz. Zoologie, 17 Proz. Botanik, 57 Proz. engliſche Literatur, 55 Proz. Geſchichte,

dann kommen Fächer, die bei uns überhaupt nicht gelehrt werden:

> 15 Proz. Phyſiologie, 57 Proz. Rethorik, 16 Proz. Bürgerkunde, 5 Proz. Landwirtſchaft, 4 Proz. Hauswirtſchaft.

---

*) Nach Angabe meines Bruders Hugo Münſterberg: „Die Amerikaner“, IV. Auflage, 1912.

Auch bei uns ſollten zwei Jahre Univerſitätsſtudium allgemeiner Bildung für möglichſt weite Kreiſe angeſtrebt werden. Die Freiheit im Lernen und im Leben auf der Univerſität iſt für die Entwicklung der Perſönlichkeit von größter Bedeutung. Der Abſchluß dieſer allgemeinen Bildung müßte durch ein Examen in Art des Abiturs belohnt werden, das auch ſoziale Vorteile bietet. Dementſprechend hätte die Univerſität allgemeine und Spezialfächer zu trennen. Hieraus ergäbe ſich auch eine Neugeſtaltung der Fakultäten, die ihre Berechtigung nur für die Fachkurſe beſitzen. Die grundlegenden Studien müßten ſich auf die verſchiedenſten Gebiete zuſammenfaſſend erſtrecken und deren Zuſammenhang und nicht die Trennung betonen. Dann wird die ideale Begeiſterung in der jugendlichen Seele zu ſtarker Flamme entfacht werden und nicht wie heute in Formelkram der ſogenannten exakten Wiſſenſchaft zur Sprechmaſchine erſtarren.

Die geſteigerten Einkommen vieler Arbeiter- und Angeſtelltenkreiſe werden der Jugend immer weiterer Volkskreiſe eine beſſere Ausbildung geſtatten. Daher muß eine Reform der Schule und der Univerſität einſetzen, die den Anſprüchen auf allgemeine Bildung in ausreichendem Maße gerecht wird. Dann werden wir auch keinen Mangel an führenden Männern haben.

Das Vorbild der ruſſiſchen Räterepublik

Von Hermann Stens, Hagen.

Der Tatar Uljanow aus Sſamara, der ſich Lenin nennt, behauptete bei der Auflöſung der ruſſiſchen Nationalverſammlung im Januar 1918 in einer Rede, in der er die Vernichtung des „bürgerlichen Parlamentarismus", der Demokratie und ihre Erſetzung durch die „demokratiſchere Organiſation der Sowjets" zu rechtfertigen ſuchte: „Die Schaffung der Räte iſt etwas Ungeheures, Neues, Unerhörtes in der Geſchichte der Weltrevolution". Dieſe Behauptung, für die ein Wahrheitsbeweis niemals erbracht werden wird, gehört in das Reich der immer wieder zu beobachtenden Erſcheinungen, daß in jeder revolutionären Umbildung die geiſtigen Väter der in der politiſchen oder geſellſchaftlichen Umwälzung als Triebkräfte wirkenden Ideen die Geſchichte der hinter ihnen liegenden Revolutionen nicht kennen und ihre Gedanken ſtets als neue und geniale Phänomene, als unerhörte, vordem noch nie dageweſene Impulſe zu lebendiger Schaffungsluſt und ſchöpferiſchem Schaffensvermögen hinſtellen, deren praktiſche Ausdrucksformen den Beginn einer neuen Ära, einer Epoche ewiger Glückſeligkeit für das unterdrückte Menſchengeſchlecht verſprachen. Die Lehre Ben Akibas geht an ihnen ſpurlos vorüber; denn ihre Schöpfungen ſind meiſt keine eigenen geiſtigen Erfindungen, ſondern Plagiate vergangener hiſtoriſcher Geſchehniſſe. So ſind auch der zur Zeit in den Ländern Europas mit Suggeſtivkraft wirkende Leninſche Gedanke der Räterepublik und ſeine flammende werbende Idee von Weltbolſchewismus und von der Weltrevolution in ihren Weſenskernen Ideen entnommen, die der Pariſer Kommune vom Jahre 1871 erſt die ſtaatsrechtliche Ausprägung und den lebendigen Organismus gaben.

Wie wurde und was wollte die Pariſer Kommune?

Die Gefangennahme Napoleons III. durch die Deutſchen brachte für Frankreich eine politiſche Umwälzung. Aus den Trümmern des Kaiſertums erſtand die Republik. Dieſe Umwälzung vollzog ſich unrevolutionär und bürgerlich. Aber es gab in Frankreich in den verſchiedenen ſozialiſtiſchen Parteien Elemente, die in dieſe politiſche, nur auf die Staatsform, nicht aber auf die geſellſchaftlichen Verhältniſſe ſich beziehende Umwälzung ſozialiſtiſch-kommuniſtiſche Ideen als Saatkörner hineinzutragen den Willen bekundeten. Es waren die Anhänger der ehemaligen revolutionären Geheimbunde, die unter dem Namen „Geſellſchaft der Familien“ oder „Geſellſchaft der Jahreszeiten“ Vorbereitungen für eine geſellſchaftliche ſoziale Revolution trafen, indem ſie zunächſt eine geheime Organiſation ſchufen, deren Leitung in der Hand eines geheimnisvollen Ausſchuſſes lag, deſſen Glieder nicht gekannt waren. Der geiſtige Leiter war der Kommuniſt Louis Auguſt Blanqui, der als Teilnehmer des bewaffneten Aufſtandes vom 12. und 13. Mai 1839 zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglicher Haft begnadigt worden war; ein Mann von asketiſchem Lebenswandel, und ein ehrlicher Fanatiker mit einer Feuerſeele, der für ſeine Ideen insgeſamt 37 Jahre in Gefängniſſen zubringen mußte. Am 31. Oktober 1870 verſuchten Blanqui und Gleichgeſinnte die Regierung zu ſtürzen. Der Putſch mißlang durch den mutigen Angriff eines Bataillons Nationalgarde. Die Regierung aber wagte es nicht, die Urheber des kommuniſtiſchen Aufſtandes zur Rechenſchaft zu ziehen. Dieſe griffen nunmehr zur „Taktik der unterirdiſchen Agitation“. Es bildete ſich, anſcheinend nach dem Muſter des in der Nacht vom 9. bis zum 10. Auguſt 1792 von den Jakobinern begründeten „Aufſtandskomitees“ ein geheimnisvolles „Zentralkomitee“, oder wie wir ſolche Inſtitution heute bezeichnen würden: ein Vollzugsrat oder Zentralrat, der nun ſyſtematiſch die Loſung ausgab: „Errichtung einer Kommune“. Es galt vor allem, die Nationalgarde für dieſen Gedanken zu gewinnen. Den Wurzelboden für die Revolutionierung dieſer Volkselemente gaben die wirtſchaftlichen Folgeerſcheinungen der Niederlage. Wie in den Kriegsjahren 1914/18 in Rußland und Deutſchland — namentlich in der letzten Zeit — zahlreiche Deſerteure das Hinterland unſicher machten, ſo hielten ſich gegen Ende des Krieges von 1870/71 auch in Paris zahlreiche Soldatenflüchtlinge auf, die in Gemeinſchaft mit Kriminalverbrechern das beſte Rekrutierungskontingent für das Zentralkomitee abgaben. So wurden unter den 34 000 Gefangenen, die die Regierungstruppen nach der Niederwerfung der Kommune machten, nach einem offiziellen Bericht des Generals Appert an die Nationalverſammlung im Jahre 1875 nicht weniger als 5000 Deſerteure und 7460 Kriminalverbrecher gezählt. Trotz der Wünſche und Warnungen der deutſchen Regierung hatte Jules Favre es durchgeſetzt, daß die Pariſer Nationalgarden ihre Waffen behalten durften. Die Mehrzahl der Bürgerwehr mochte lieber Soldat ſpielen, als bei kargem Lohn arbeiten, denn als Nationalgardiſt bezog man für geſchäftigen Müßiggang den ſeit September 1870 gewohnt und liebgewordenen Tagesſold von anderthalb Franken, während Weib und Kind ihren Lebensunterhalt aus den Staatsmagazinen erhielten. Der „Zentralrat“ ſicherte den ihm ergebenen Nationalgardiſten den Weiterbezug zu und es gelang ihm durch derartige Verſprechungen, rund 250 Bataillone Nationalgarde auf ſeine Seite zu ziehen, ſo daß er bald allgemein als „Zentralkomitee der Nationalgarden“, oder wie es heute heißen würde, „Zentralrat der Bürgerſoldaten“ genannt wurde.

Auf ſeinen Befehl wurden faſt 400 Kanonen unter dem Vorgeben, ihre Wegnahme durch die am 1. März 1871 in Paris einziehenden Deutſchen zu verhindern, in die Revolutionsviertel von Paris (Montmartre, Belleville) gebracht. So äußerlich gerüſtet, forderte der „Zentralrat der Bürgerſoldaten“ von der Regierung die Fortdauer des Tagesſoldes für alle Nationalgardiſten und freie Wahl der Offiziere. Die Regierung verſuchte, ſich am 18. März der Kanonen zu bemächtigen. Der Verſuch mißlang. Ein Teil der Truppen ging zu den Aufſtändiſchen über. Der Zentralrat ſiedelte von ſeinem Sitzungslokal in der Rue des Roſiers auf den Montmartre ins Stadthaus über. Seine Mitglieder, die noch am Morgen des 18. März nichts anderes waren als geheime Verſchwörer, waren am Abend die Herren von Paris. Widerſtand wurde nicht geleiſtet. Zunächſt wurde auf allen öffentlichen Gebäuden die rote Fahne aufgezogen. Die neue Regierung erließ am 19. März eine Proklamation an die Bürger, aus der ich als weſentlich folgendes entnehmen will:

„Diesmal haben unſere Brüder von der Armee mit Entrüſtung ſich geweigert, die Bundeslade unſerer Freiheiten anzutaſten. Dank allen! Mögen Paris und Frankreich jetzt mit vereinten Kräften den feſten Grund zu einer echten Republik legen, als zu der Staatsform, welche einzig und allein imſtande, die Ära der feindlichen Einbrüche und der Bürgerkriege auf immer abzuſchließen. Der Belagerungszuſtand iſt aufgehoben. Die Bevölkerung wird in ihren Bezirken zuſammenberufen zur Vornahme der Gemeindewahlen. Sicherheit aller Bürger durch die Bürgerwehr wird gewährleiſtet.“

Unterſchrieben war dieſe Proklamation „Das Zentralkomitee der föderierten Nationalgarde“ — alſo „Zentralrat der Bürgerſoldaten-Räte“. Auch ſchuf man für die Nationalgarden eine Organiſation, und zwar die Organiſation der Räte. (Großrat der Delegierten, Bataillonsrat, Legionsrat und Zentralkomitee.) Außerdem wurde der Nationalgarde das Recht zugeſprochen, die Chefs ſelbſt zu wählen, zu ernennen und abzuſetzen, ſofern ſie dem Vertrauen ihrer Wähler nicht entſprachen. Hier findet man alſo bereits den *Recall*, den Widerruf der Mandatsbetrauung, den die Anhänger Lenins und auch die der deutſchen Räterepublik als eine neue revolutionäre Errungenſchaft hinzuſtellen ſich bemüßigt ſehen. Am Sonntag, dem 26. März, von morgens 8 bis nachts 12 Uhr, alſo an einem geſetzlichen Feiertage, fand nach einer „Vereinbarung“ mit der Regierung die Wahl der „Pariſer Kommune“ ſtatt. Von 490 000 eingeſchriebenen Wählern übten 277 300 ihr Wahlrecht aus. Am 28. März wurde im Rahmen eines großen Volksfeſtes, wie ſie in Rußland bei den Bolſchewiſten ſeit ihrer Herrſchaft ja auch üblich geworden ſind, die Kommune feierlich proklamiert, nachdem zum Schein der Zentralrat am 26. März ſeine Selbſtauflöſung bekanntgegeben hatte, und am Abend konnten die Pariſer in einem Maueranſchlag neben der Phraſe, daß „Paris im Buche der Geſchichte eine neue Seite aufgeſchlagen und ſeinen mächtigen Namen darauf geſchrieben“ habe, leſen, daß ſich aus der Pariſer Kommune, um die ſie ſich feſt und vertrauensvoll ſcharen ſollten, die „*Univerſalrepublik als das Endziel der ſozialen Revolution* entwickeln müſſe. Schon hier iſt alſo der *Gedanke der Weltrevolution* ausgeſprochen, der alſo keineswegs eine neue, ſchöpferiſche Idee des Bolſchewismus darſtellt, ſondern der, dem Ideenkreis der Blanquiſten und Syndikaliſten entnommen, von Lenin, dem „Fachrevolutionär“, zum internationalen Kampfruf erhoben worden iſt, unter geſchickter Verwendung der *Suggeſtivwirkung des Gegenſatzes*, den der Begriff Weltrevolution gegenüber Weltkapitalismus, Weltbourgeoiſie, Weltkrieg ausübt, namentlich auf die unter den Kriegserſcheinungen und -Wirkungen zu geeigneten Medien gewordenen Menſchen, deren pſychiſche Zentren in Verwirrung geraten ſind. Das eigentliche Programm der Pariſer Kommune findet man in dem am 19. April an das „Volk von Frankreich“ erlaſſenen Manifeſt. Es wird hier proteſtiert gegen „die deſpotiſche, unverſtändige, willkürliche und läſtige Zentraliſation“, welche das Kaiſerreich und der Parlamentarismus Frankreich auferlegt habe. An die Stelle der Zentraliſation ſolle eine bis zum äußerſten gehende Dezentraliſation, „die freiwillige Vereinigung aller lokalen Initiativen“, die „abſolute Autonomie der Gemeinden, auf alle Ortſchaften Frankreichs ausgedehnt“, treten. Die franzöſiſche Republik ſollte aus ſo vielen Kommunen beſtehen, als Frankreich Ortſchaften beſaß, und dieſe Gemeindefreiheit ſollte nur beſchränkt ſein durch die Gleichberechtigung der Gemeinden, welche mittels Vertrags zu einer ſtaatlichen Einheit zuſammentreten ſollten. Dieſe „Gemeinde-Revolution" ſollte eine „neue Ära poſitiver, auf Wiſſenſchaft beruhender Experimentalpolitik" eröffnen, ſie „iſt das Ende der alten Regierungs- und Kirchenwelt, des Soldatentums, des Beamtentums, des Börſenſpiels, der Privatmonopole und Privilegien, welchen das Proletariat ſeine Sklaverei, das Vaterland ſein Unglück und ſein Verderben zuzuſchreiben hat". In dieſer Dezentraliſation liegt im weſentlichen die Struktur der parlamentarloſen Räterepublik Lenins, nur, daß dieſer die ureigentlich ruſſiſche Agrarverfaſſung des gemeindlichen Gemeineigentums, den ſogenannten Mir, als eine der Zukunftsforderungen des Kommunismus zur Grundformel des Staatslebens machte und den Rätegedanken klarer und proletariſch einſeitiger konzipierte. Das „Staatsrecht" der Pariſer Kommune, welches die Aufhebung der Trennung von Geſetzgebung und vollziehender Gewalt und damit die Beſeitigung des Parlaments durchführte, fand ſeine Ausprägung in der Diktatur Weniger, denen es durch demagogiſche Künſte, durch Beredſamkeit oder Popularität gelang, das „Proletariat" für ihre Ideen zu gewinnen. Den Kommuniſten von Paris, die außer Blanqui, der aber fern von Paris weilte, alles mittelmäßige Köpfe waren, glückte es, weil nach Bismarck Frankreich 1870/71 eine „Nation von Nullen, eine Herde" war, die „Geld und Eleganz", aber „keine Individuen, kein individuelles Selbſtgefühl" hatte. Dieſes Staatsrecht ſamt ſeiner diktatoriſchen oligarchiſchen Form und der Organiſation der Räte als Erſatz jeder parlamentariſchen Inſtitution hat im Bolſchewismus, mit aſiatiſch-ſlawiſchen Gedankengängen durchtränkt, ſeine Auferſtehung gefunden. Jede Spur von Demokratie und Sozialismus aber iſt hier vernichtet. „Der alte Oberflächenſozialismus iſt in Rußland ſchon begraben, in andern Ländern tot", ſagt Lenin und nennt ſeine Partei keine ſozialiſtiſche, ſondern unzweideutig eine kommuniſtiſche.

Außer Staatsrecht und Räteſyſtem aber hat der Bolſchewismus aus den Regierungsmethoden der Pariſer Kommune noch manche andere Lebensäußerung nach Rußland verpflanzt, ſo Trennung von Staat und Kirche, die Nationaliſierung der Kirchen und Klöſter, die Geiſelpolitik, die Standgerichte, die Freigabe der Schlöſſer und Kirchen für Konzert- und Verſammlungszwecke u. a. m.

Man darf alſo getroſt die Pariſer Kommune als die Vorläuferin der bolſchewiſtiſchen ruſſiſchen Sowjet-Republik anſprechen. Sie war, um die Worte eines deutſchen Sozialiſten im Reichstag zu gebrauchen, das erſte wirkliche „Vorpoſtengefecht im Kampfe des Proletariats mit dem Kapital", ſie war, wie Johannes Scherr ſie treffend und richtig erfaßte: „Das lehrreiche Vorſpiel zu der „in Vorbereitung befindlichen" Koloſſaltragödie der ſozialen Revolution", deren „Entwicklung" der gewaltige Weltkrieg nunmehr jetzt gebracht hat.

Der Kampf ums Selbſtbeſtimmungsrecht im engliſchen Weltreich

Von Dr. phil. Richard Hennig, Berlin-Friedenau

Wenn auch über die jüngſten Vorgänge in Ägypten dank der ſcharfen engliſchen Zenſur nur ſpärliche und inhaltsmagere Nachrichten bekannt geworden ſind, ſo lauteten ſie doch ernſt genug. Selbſt der ſonſt alle unangenehmen Nachrichten grundſätzlich beſchönigende oder vertuſchende „Reuter" mußte zugeben, daß ſich das ganze Land im Aufruhr befinde. Maſſenhafte Deportationen und Verhaftungen haben ſtattgefunden, ſtellenweiſe auch ſchwere Straßenkämpfe; am 28. März wurde in London amtlich bekanntgegeben, daß die Unruhen ſich bis Aſſuan hinauf erſtreckten und daß dieſe Stadt ſich in den Händen der Aufſtändiſchen befinde. Seit Anfang April haben die Unruhen zwar infolge der drakoniſchen engliſchen Gegenmaßnahmen nachgelaſſen, aber es gärt und brodelt unterirdiſch weiter. Das Land fordert offenbar, England ſolle ſeine ſeit mehr als 36 Jahren immer wieder gegebene und nie gehaltene Zuſage wahrmachen, daß die britiſche Beſetzung Ägyptens nur ein „vorübergehender Ausnahmezuſtand" ſei und daß die Truppen wieder zurückgezogen werden würden. Während des Krieges hat man die Melodie von „der Freiheit und dem Selbſtbeſtimmungsrecht der kleinen Nationen" in England gar zu oft und zu laut geſungen, als daß ſie nicht auch in Irland, Ägypten, Indien und Südafrika vernommen worden wäre, wo man für dieſen Sang aus engliſchem Munde naturgemäß ein beſonders feines Ohr hat und wo man nun ſozuſagen nach dem großen Erfolg des erſten auch den zweiten Vers zu hören verlangt.

Anſtändig empfindende Engländer ſelbſt haben ja von jeher die Meinung vertreten, daß die britiſche Beſetzung und ſchließliche Vergewaltigung Ägyptens auf keine Weiſe mit den Forderungen der Moral und des Völkerrechts in Vereinbarung zu bringen ſei. So erklärte der bekannte Staatsmann Campbell-Bannerman ſchon am 9. Oktober 1894 in amtlicher Eigenſchaft:

> „Wir können nicht unbeſtimmt in Ägypten bleiben, ohne unſere feierlichſten Verpflichtungen zu verletzen und unſeren Charakter vor den Augen Europas verächtlich zu machen."

Und noch in jüngſter Zeit, am 14. März 1919, äußerten die „Daily News": „Englands Verhalten in Ägypten iſt eine Tragödie der Irrungen. England hat weder geſetzlich noch moraliſch Berechtigungen für ſein Vorgehen, das dem von der engliſchen Regierung in Paris ſo laut verkündeten Recht der kleinen Nationen widerſpricht."

Und am 19. April 1919 der „Mancheſter Guardian": „Ägypten wurde der Revolution in die Arme getrieben, weil England ihm nicht erlaubte, das ihm aufgezwungene Regierungsſyſtem in Paris zu erörtern. . . . Wir treten im Oſten in die Fußtapfen Rußlands als Feinde der Freiheit(!)"

Aus engliſchen Nachrichten bekommt man nur ein dürftiges Bild von den ägyptiſchen Ereigniſſen. Um ſo wertvoller iſt ein holländiſcher Bericht aus jüngſter Zeit. Der „Nieuwe Rotterdamſche Courant" meldete am 24. April:

> „Wenn vor 3 Jahren geſchehen wäre, was jetzt in Ägypten vorgeht, würde der Verlauf des Krieges in der Levante ohne Zweifel einen ſo nachteiligen Einfluß auf England und den geſamten Verband ausgeübt haben, daß ſie zur Annahme von Friedensbedingungen geneigt geweſen wären . . . . Die Eiferſucht und die daraus entſtandenen Reibungen und Uneinigkeiten zwiſchen den Verbandsmächten werden (in Paris) durch die Vertreter des Königs der Hedſchas mit geſpannter Aufmerkſamkeit und innerer Befriedigung verfolgt und ſelbſtverſtändlich nach ihrer Heimat gemeldet . . . Die Bewegung in Ägypten iſt zu einem Volksaufſtand angewachſen, der immer weiter um ſich greift und immer mehr den Charakter eines religiöſen Kampfes annimmt . . . . Die Fellachen und andre zahlreiche Beduinenſtämme ſchließen ſich immer zahlreicher dem Aufſtande an, angefeuert durch den Groß-Senuſſen und . . . ermutigt durch die Erfolge, die die Senuſſikrieger bis jetzt gegen die britiſchen Truppen erzielten! . . . Bei dem Geiſte, der jetzt auch im Oſten bei den britiſchen Truppen herrſcht, iſt es fraglich, ob man ſofort über eine genügende Zahl williger, zuverläſſiger Truppen verfügt."

Daß die ägyptiſche Bewegung gerade in den Tagen eingeſetzt hat, da Präſident Wilſon in Paris weilte, um die idealen, im Kriege ſo oft verkündeten Grundſätze in die Tat umzuſetzen, wird man in London beſonders unangenehm empfunden haben. Insbeſondere wird gegenwärtig auch die anſteckende Wirkung auf andere Gebiete des britiſchen Weltreichs, die ſich von England unterdrückt fühlen und nun erhöhte Luſt verſpüren müſſen, dem ägyptiſchen Beiſpiel zu folgen, groß genug ſein.

Die Ereigniſſe in Indien ſind den jüngſten Nachrichten zufolge mindeſtens ebenſo bedrohlich geworden wie die in Ägypten, ja in gewiſſer Hinſicht ſogar noch ernſter. Am 19. April wurde in London amtlich eine Erklärung des Vizekönigs mitgeteilt, das ganze Land befinde ſich „in offener Rebellion". Einſichtige Kreiſe ſahen dieſe Entwicklung bereits voraus. Beſonders bedeutſam war ein Aufſatz Ramſay Macdonalds im Arbeiterblatt „Labour Leader" am 20. März, worin es u. a. hieß:

> „Die ablehnende Haltung der Mitglieder des ‚Indian Civil Service' gegenüber den (Montaguſchen) Reformen hat, wie die indiſchen Zeitungen ergeben, üble Folgen gehabt bezüglich der Vertiefung und Erweiterung der Klüfte, die ſie mit giftigen Strömen der Feindſchaft erfüllt hat. Dazu iſt eine Hungersnot gekommen, die ſchlimmer als die vom Jahre 1912 iſt. Die Influenza hat 5 Millionen Opfer in Britiſch Indien und 1 Million in den Eingeborenenſtaaten dahinraffen können, weil ſie ungenügend ernährte Menſchen vorfand . . . Die Preiſe ſind fürchterlich hoch, Futtermittel knapp. Am ſchlimmſten aber iſt der Entſchluß der Regierung, zwei gegen Aufſtandsbewegungen gerichtete Geſetze durchzuführen, die jede berechtigte politiſche Erörterung ſchwer gefährden . . . Sie laſſen die Beſtimmungen des Reichsverteidigungsgeſetzes und der darauf gegründeten Verordnungen in Kraft und erheben die Vollmachten der Kriegszeit zur Regel. Ihre Politik iſt durchaus ſchlecht und reaktionär. Die öffentliche Meinung und Preſſe

Indiens, die indiſchen Mitglieder des geſetzgebenden Rates ſind alle in Aufruhr wegen dieſer Geſetze. Darüber beſtehen keine Meinungsverſchiedenheiten, und es laſſen ſich im Ausdruck der Bewegung keinerlei verſchiedene Hitzegrade beobachten. Proteſtverſammlungen haben von Lahore bis Tuticorin und von Kalkutta bis Bombay ſtattgefunden. Die gemäßigſten Leute haben wegen der Geſetze beim Vizekönig Vorſtellungen erhoben, ‚damit nicht eine Atmoſphäre der Erregung entſtehe.'"

Und einige Tage ſpäter, am 27. März, ſchrieb die Londoner „Juſtice": „Solange wir Krieg führten, haben wir es unterlaſſen, uns über die wachſenden Gefahren für unſere Herrſchaft in Indien zu äußern. Jetzt aber ſcheint es doch an der Zeit, ihnen einige Aufmerkſamkeit zu widmen . . . Die große Maſſe der Landbevölkerung iſt ſchrecklich unterernährt, ja, lebt geradezu im Zuſtand des Halbverhungerns. Schon vor 40 Jahren gab Sir William Hunter zu, daß 40 Millionen unſerer Untertanen von der Geburt bis zum Tode nie eine volle Mahlzeit erhalten. Dieſe Zahl hoffnungsloſer Hungerleider hat ſich nach den neueſten Schätzungen auf mindeſtens 100 Millionen vermehrt. . . . Die Gültigkeit von Maßnahmen iſt verlängert, wonach Inder ohne Unterſuchung, ſelbſt ohne Erhebung einer Anklage eingekerkert und deportiert werden können. Ganz Indien macht wütende Oppoſition. Die Gemäßigten und Extremen ſind darin einig. Wir haben doch eigentlich genug Schwierigkeiten zu Hauſe, in Irland, Ägypten und anderswo und brauchten nicht gerade noch eine Sintflut in Indien heraufzubeſchwören."

Auch in Südafrika iſt die Infektionsgefahr groß. Seit Ende 1914 ſah es ſo aus, als ſei Ruhe und Zufriedenheit dort eingekehrt. Der Schein trog; es gärt dort unten ſchon ſeit zwei Jahren wieder. Oder wie will man es anders bezeichnen, wenn man die Tatſachen ſich vor Augen ſtellt, die in den nachfolgend aneinandergereihten, unverdächtigen Schriftſtücken und Zeitungsſtimmen mitgeteilt ſind?

1. Manifeſt der Nationaliſten-Partei in Transvaal vom 25. Januar 1917:

„Die Aufmerkſamkeit des Zentralkomitees der Nationaliſten-Partei iſt auf folgende Erklärung in der Note gelenkt worden, die von der Regierung Sr. Großbr. Maj. gewiſſen neutralen Mächten mitgeteilt worden iſt: ‚Kein Friede iſt möglich, bevor nicht die geſchändeten Rechte und Freiheiten wiederhergeſtellt ſind und der Grundſatz der Nationalitäten und der unabhängige Beſtand der kleinen Staaten anerkannt iſt' . . . . Da die Ehre Großbritanniens an dieſe erhabene Handlungsweiſe gebunden iſt, iſt es unmöglich, unter dem einen oder anderen Vorwande die frühere ‚Südafrikaniſche Republik' und den ‚Oranjefreiſtaat' von der Anwendung dieſes Grundſatzes auszuſchließen, nachdem ihr Beſtand als unabhängige Staaten ſeitens Großbritanniens ſelbſt durch die Eroberung vom Jahre 1902 beendet worden iſt. Im Namen unſerer Mitbürger erklären wir, daß wir mit Freude und Dankbarkeit die Rückgabe unſerer Unabhängigkeit empfangen werden . . . ."

2. Bericht der „Times" vom 22. Januar 1919 über einen neuen, am 15. Januar abgehaltenen Bloemfonteiner Kongreß der Nationaliſten:

„Hertzog ſagte . . . die Behauptung, man habe freie Verfaſſung und freie Regierung, ſei reiner Hohn. Die Regierung der ſüdafrikaniſchen Union beſtehe aus Leuten, die nur die Intereſſen des britiſchen Reiches im Auge haben. Das Blut des Volkes werde vergoſſen, ſein Geld verpraßt, ſeine Freiheit beſchnitten .... Südafrika ſei nichts als ein Fußball des Reiches .... — Der Kongreß wählte Hertzog und General Dewet als Freiſtaaten-Delegierte. — Auch der Transvaal-Kongreß brachte einen Beſchluß durch, der Unabhängigkeit fordert."

3. Aus dem Bericht der „*Daily News*" vom ſelben Tage über denſelben Kongreß: „Spies aus Natal erklärte, daß auch die fünfzig anweſenden Delegierten aus Natal Freiheit forderten."

4. Meldung aus Johannesburg im „*Financial News*" vom 4. Februar 1919: „Kabelnachrichten über die in England erhobenen Arbeiterforderungen nach kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen werden von den ſüdafrikaniſchen Arbeitern eifrig geleſen und erörtert .... Die Druckereiarbeiter haben ſchon gewiſſe Zugeſtändniſſe durchgeſetzt, die ſo weit gehen, daß die nachts arbeitenden Setzer in Johannesburg künftig 50 bis 55 Pfd.-Sterl. Monatslohn erhalten."

5. Bericht der „*Times*" vom 3. April 1919: „Der Streik im Johannesburger Elektrizitätswerk hat ſich auf alle kommunalen Betriebe ausgedehnt. In Maſſenverſammlungen erklärten verſchiedene Redner, daß es ſich nicht nur um einen Streik, ſondern um *einen Verſuch zur Rebellion* handle. Durch Unruhen unter den Eingeborenen wird die Lage noch verwickelter .... *Johannesburg befindet ſich in einem an Anarchie grenzenden Zuſtand.*"

Die nationaliſtiſche Parteibewegung in Südafrika würde ja vermutlich in England ebenſowenig tragiſch genommen werden, wie die entſprechenden Bewegungen in Ägypten und Indien. Die Welt würde darüber keine oder aber entſtellte Berichte erhalten, und damit wäre die Hauptgefahr, die darin liegt, beſeitigt. Nun haben ſich aber auch die Vereinigten Staaten der Sache der Afrikaner angenommen, und es muß für die engliſchen Vertreter auf dem Pariſer Friedenskongreß eine recht peinliche Lage entſtehen, wenn die amerikaniſchen Delegierten ſich eines Tages beſinnen, daß ihr heimiſches Repräſentantenhaus ihnen am 28. April 1917 die *Reſolution Carey* als Direktive mitgegeben hat, die folgenden bedenklichen Wortlaut hat:

„Da die Alliierten wiederholt erklärt haben, daß ſie für die Freiheit und Unabhängigkeit der kleinen Nationen kämpfen, da jetzt die Ver. Staaten mit demſelben Endziel eingetreten und die Burenrepubliken in Südafrika von Großbritannien annektiert worden ſind, wodurch ihre Nationalität und Demokratie vernichtet wurde, ſo beſchließt das Repräſentantenhaus der U. S. A., daß die Vertreter der U. S. A. bei den Friedensverhandlungen angewieſen werden, ihren Einfluß *für die Wiederherſtellung der Burenrepubliken* geltend zu machen."

Bisher hat ſich Wilſon in Paris dieſes heiklen Auftrags offenbar noch nicht erinnert. Das Repräſentantenhaus aber, das den Beſchluß erſt faßte, als die Ver. Staaten ſich bereits zum Bundesgenoſſen der Entente erklärt hatten, dürfte keineswegs geneigt ſein, ſich auf ein „Vergeſſen" ſeines Auftrags einzulaſſen. Den Beweis hierfür hat es geliefert, als es noch in jüngſter Zeit, Anfang Februar 1919, über Wilſons Kopf hinweg eine weitere *Reſolution Gattagher* annahm, die die Situation noch mehr verſchärft:

> „Die bevollmächtigten Vertreter der Ver. Staaten zur Friedenskonferenz werden hiermit dringend erſucht, Irlands Anſprüche auf Freiheit, Unabhängigkeit und Selbſtbeſtimmung im Geiſte der Wilſonſchen 14 Punkte warm zu befürworten. Abgeſandte aus allen großen Städten, die 10 Millionen amerikaniſcher Bürger iriſcher Abſtammung vertreten, haben dieſe Reſolution bereits am 12. Dezember 1918 dem Kongreß überreicht."

Und eine andere Reſolution Kennedy beſagte gleichzeitig:

> „Der Präſident der U. S. A. und die anderen Vertreter Amerikas zur Friedenskonferenz werden hiermit aufgefordert, das volle Gewicht ihres Einfluſſes und ihrer amtlichen Stellung zur Geltung zu bringen, daß das iriſche Volk in Zukunft das unantaſtbare Recht der Selbſtbeſtimmung erhält, daß das politiſche Syſtem der Regierung nur durch die Stimmenmehrheit des iriſchen Volkes beſtimmt werden kann."

Das amerikaniſche Repräſentantenhaus hat mit dieſen Forderungen, die gerade gegenwärtig, in den Tagen einer neuen revolutionären Bewegung in Irland, für England doppelt unangenehm ſein müſſen, den größten Teil der amerikaniſchen Preſſe auf ſeiner Seite. So ſchrieb „Boſton Globe" nach einem Bericht in „Freemans Journal" vom 8. Februar 1919:

> „Der Kreuzzug der britiſchen Propaganda gegen Irland ſteht in kraſſem Widerſpruch zu den Prinzipien der Freiheit und des Selbſtbeſtimmungsrechts, auf die in Zukunft alle Völker, große und kleine, berechtigten Anſpruch erheben können."

Und ein in St. John erſcheinendes Blatt, „New Freeman", äußerte ſich noch viel ſchärfer:

> „England, das ſonſt immer das Wort ‚fair play' im Munde führt, verhält ſich in der iriſchen Frage wie ein dummer Hund, der nicht bellt. Freiheit und Selbſtbeſtimmungsrecht ſind überall eine höchſt lobenswerte Einrichtung, nur nicht für Völker, die dem britiſchen Szepter unterworfen ſind."

Selbſt in Kanada iſt dieſe amerikaniſche Auffaſſung des iriſchen Problems weit verbreitet. Das in Toronto erſcheinende „Catholic Regiſter", das an der Selbſtbeſtimmung des katholiſchen Irland naturgemäß erhöhten Anteil nimmt, erklärte z. B., es „wäre unerhört, wenn die Verbandsmächte Irland die Vorrechte vorenthalten, die ſie Polen, Tſchechen und Jugoſlawen zuerkennen", und es ſei ein Nonſens, daß ſich nach Lloyd Georges und Carſons Willen „die 28 rein iriſchen Grafſchaften dem Willen von 4 Grafſchaften beugen" müßten.

Dieſen ſehr beſtimmten amerikaniſchen Willensäußerungen gegenüber verhalten ſich die meiſten engliſchen Stimmen ſchroff ablehnend, z. T. geradezu höhniſch. So nannte „Morning Poſt" am 1. Februar 1919 die iriſche Forderung ein „unverſchämtes Anſinnen an Großbritannien, melodramatiſch unterſtützt durch ein Spottparlament in Dublin", und bemerkte dazu:

> „Wir können dieſen republikaniſchen Schreihälſen die Verſicherung geben, daß Großbritanniens Volk Irland niemals Unabhängigkeit gewähren wird ... Die Antwort an Sinn Fein lautet: Nein! England läßt ſich nicht von Fanatikern erſchrecken, deren Gefolgſchaft ſich zuſammenſetzt aus Eckenſtehern (!), Arbeitsloſen, profeſſionellen Politikern und unverantwortlichen Leuten."

Und „Daily Expreß" höhnte am 5. Februar:

> „Das traurigſte, was De Valera (dem Sinn Fein-Führer) und ‚ſeiner Republik‘ zuſtoßen konnte, iſt, daß die brutalen Angelſachſen ihm keine Beachtung ſchenken. Der republikaniſche Kongreß verſammelt ſich in Dublin und entwirft ſeine Konſtitution unter dem Protektorat des ‚Union Jack‘. Hat es je etwas Komiſcheres gegeben?“

Trotz dieſer markierten Unbekümmertheit ſcheint man ſich aber in der engliſchen Regierung gar nicht ſehr wohl zu fühlen bei der iriſchen Forderung nach Unabhängigkeit. Wilſon perſönlich hat zwar offenbar nicht die Abſicht, ſich Irlands anzunehmen, aber vielleicht weiß das amerikaniſche Repräſentantenhaus eines Tages trotzdem ſeiner Forderung Reſpekt zu verſchaffen, und dann iſt es mit dem „Keine-Beachtung-ſchenken“ vorbei! Wie ſoll man wenigſtens anders als mit dieſer Beſorgnis folgende Zeitungsſtimme erklären?

> „Eine verrückte und überflüſſige Zenſur hat die Veröffentlichung der iriſchen Freiheitserklärung verboten, die engliſche Preſſe durfte keinen vollen Bericht über die Sitzung bringen.“ („Daily Mail“, 23. 1.)

Vereinzelt freilich erklingen auch ganz andere Stimmen in England, Stimmen, in denen ſich das moraliſche Gewiſſen regt. Am charakteriſtiſchſten hierfür iſt eine mutige Auslaſſung des „Statiſt“ vom 1. Februar:

> „England beſteht darauf, die einzige, auf Ziviliſation Anſpruch erhebende Macht zu bleiben, die verfolgungsſüchtig, deſpotiſch, militariſtiſch und völlig ohne Achtung für die Gefühle und Intereſſen ihrer Untertanen iſt . . . Wir zeigen uns der Welt als der einzige große, alte, ziviliſierte Staat, der ſeine Provinzen mit bloßer Gewalt feſthält, der ſich lediglich auf Heer, Flotte und Terrorismus verläßt, um nur das vereinigte Königreich zuſammenzuhalten. Das iſt ein trauriges Schauſpiel.“

Dieſe engliſche Offenheit ſollte einmal den engliſchen Staatsmännern auf der Friedenskonferenz, ſei es von Wilſon, ſei es von den deutſchen Unterhändlern, zur gefälligen Gegenäußerung vorgehalten werden! Das über Limerick verhängte Standrecht muß doch alle Klagen über deutſche „Vergewaltigung“ anderer Völker eigentlich verſtummen laſſen. In Poſen und Hadersleben und Metz ſind unter der Kaiſerherrſchaft ſolche Maßnahmen, wie jetzt in Irland, nie nötig geweſen!

Der lebhaften Gärung in Ägypten, Südafrika und Irland ſchließen ſich bald kleinere, bald größere Unruhen in anderen Teilen des britiſchen Weltteils an, von denen man freilich meiſt nur zufällig etwas hört. So gab Gouverneur Schnee in ſeinem Vortrag vor der Berliner Geſellſchaft für Erdkunde bekannt, daß im Kriege Eingeborenen-Aufſtände in Brit. Uganda, in Rhodeſien und Nyaſſaland vorgekommen ſeien, ja aus letzterer Kolonie traf ſogar eine Eingeborenen-Abordnung bei Lettow-Vorbeck ein, mit der Einladung, er möchte zu ihnen kommen und die Engländer verjagen helfen.

England mitſamt ſeinen Verbündeten hat im Kriege, um Stimmung gegen Deutſchland zu machen, offenbar eine zu große Zahl von Wechſeln auf das Selbſtbeſtimmungsrecht aller Völker ausgeſchrieben. Dieſe werden nunmehr präſentiert, und zwar unangenehmerweiſe in einem Augenblick, wo Wilſon in Europa weilt und ſich gebunden erachten muß, über die Einlöſung der Wechſel zu wachen, für die er ſozuſagen die Bürgſchaft übernommen hat. Das engliſche Reich iſt durch den Kriegsausgang zum höchſten Gipfel der Macht emporgeſtiegen — ſollte ſchon jetzt die Peripetie beginnen, die die Ver. Staaten zum arbiter mundi emporführt und Englands Führerſtellung in der Welt vielleicht für immer beſeitigt?

Die Kriſis aller Kriſen

Von Paſtor J. Moritzen, Jels (Schleswig)

Wir ſind Kriſen und kritiſche Zuſtände gewöhnt. Kriſis in Kabinetten, damit fing es an, Kriſis im Heer, Kriſis in der Kohlenförderung, in der Arbeiterſchaft überhaupt, im rollenden Material, in den Zahlungsmitteln. Kriſis über Kriſis.

Es iſt Zeit, daß wir uns, beſonders die, für die Politik und Geiſtesleben eng zuſammengehören, darauf beſinnen, daß das, was wir erleben, zugleich nicht mehr und nicht weniger iſt, als eine Kriſis unſerer geſamten geiſtigen Struktur überhaupt.

Jetzt haben wir Demokratie und eine aus gemäßigten Sozialdemokraten und Bürgerlichen vereinigte Regierung, die die breiteſten Maſſen hinter ſich hat. Die Maſſen aller ruhig denkenden Staatsbürger. Weshalb haben wir denn nicht auch ruhige und gefeſtigte Verhältniſſe? Das demokratiſche Prinzip hat es uns doch verſprochen? Es ſind Mächte und Ideen in Marſch, die ſich eben nicht an das Schwergewicht der größten Wählerzahl binden. Es iſt ein geradezu unheimliches Schauſpiel. Alle bürgerlichen Elemente, und dazu rechne ich auch den gemäßigten Arbeiter, ſind ohnmächtig oder doch nur im Beſitze unſicherer Macht. Wir ſtarren mit Entſetzen auf die Menſchenſchlächterei in Lichtenberg-Berlin. Und doch bietet nichts eine Garantie dafür, daß dies oder ähnliches nicht bald ſich wiederholt. Rein politiſch geſehen, ſind die Regierungsleute nicht machtlos. Unſere Freiwilligenwehr wächſt, und viele junge Leute haben Idealismus genug, nach vier Jahren Krieg noch weiter dem Ganzen dienen zu wollen.

Aber auf das Geiſtesleben in der Politik geſehen, da iſt die Mehrheit ohnmächtig, zerſplittert, atomiſtiſch vereinzelt und ohne rechtes Ziel, ohne Zuſammenhalt.

Die Idee, die marſchiert, iſt der Zukunftsſtaat, der kommuniſtiſche (ſozialiſtiſche) Gedanke, und dieſer Gedanke marſchiert in allen Ländern. Warum? Weil einfach nicht ein einziges durchſchlagendes politiſches Ziel, das zugleich Weltziel iſt, ihm entgegengeſetzt wird oder werden kann.

Ich ſage, wir erleben eine Kriſis des Geiſteslebens und ſtelle feſt, dieſe Kriſis geht von der proteſtantiſchen Welt aus. Der Proteſtantismus iſt keine einheitliche Erſcheinung, das einzige, was als wirkliche Einheit feſtgeſtellt werden kann, iſt dies: Der Proteſtantismus iſt Perſönlichkeitskultur. Perſönlichkeitskultur iſt das Gepräge der geſamten modernen Welt. Damals, als Luther ſich zu der freien und ſicheren, nur in ſich und in Gott gebundenen Perſönlichkeit durchrang, begann dieſer Prozeß. Damals zerbrach in ſeiner weltumſpannenden Macht, nicht in der Idee an ſich, der Katholizismus, der ein Programm hatte, das alle Dinge einſchloß. Dies: alle Welt ſoll dem Stuhl des Papſtes unterlegt werden zu ihrem Heile. Die Welt — ein Gottesſtaat.

Seit der Reformation gab es keine Weltpolitik und Weltkultur umſpannende Programme und Philoſophie mehr. Unſere geſamte Philoſophie, ſo tiefgründig ſie anderswo gräbt, hat uns hier, und das iſt ſehr ſchlimm, nichts zu ſagen gehabt. Sie diente der Perſönlichkeit. Die Perſönlichkeit und ihre Reife, ihr Reichtum und ihre Freiheit ſtanden immer in der Mitte, wenn ſich die geiſtige Kultur auch von Luther entfernte. Aufklärung, Pietismus, Nationalismus, Romantik, Klaſſizismus, Materialismus, Hiſtorismus, alle die verſchiedenen Stichworte bezeichnen reiche Entwicklungen. Aufs Ganze geſehen dienten ſie doch alle der Perſönlichkeit. Ein weltumſpannendes Programm wurde nicht geſchaffen. Die Weltfragen ordnete man ohne viel Philoſophie. Für uns Deutſche galt bis vor dieſem Kriege ein außerordentlich einfacher und naiver Machtglaube, an dem wir zuſchanden geworden ſind.

Von ganz anderer Seite als von der Bildung kommt nun der neue Weltgedanke, der Weltſozialismus; der legt auf Perſönlichkeitskultur und Freiheit wenig Wert, ſondern glaubt an Staatsomnipotenz. Dieſer Glaube iſt im Grunde materialiſtiſch orientiert.

Obwohl nun dieſe Zerſetzung der Geſellſchaft und der Menſchheit, ihre Auflöſung in lauter einzelne, vom Proteſtantismus herkommt, ſo iſt doch ſelbſtverſtändlich auch die katholiſche Welt davon berührt, ja die ganze Welt. Deutſchland am meiſten. Das Luthertum iſt auch viel mehr auf innere Dinge gerichtet, als die reformierte Art. Und die, das proteſtantiſche Luthertum ablöſende moderne Geiſtesrichtung kennt nur dies: eine Ichkultur. Die reformierte Art iſt leichter imſtande, Gruppenbildungen herbeizuführen. Dieſe Art hat früher Verfaſſungsſtaaten, Vereine, Parlamente uſw. hervorgebracht, z. B. in England. In Deutſchland iſt auch angeborene Eigenbrödelei und proteſtantiſcher Wille zur eigenen Art einander wohlverwandt.

Nach welchem Ideal ſoll ein Staat gebaut werden? Dieſe grundſätzliche Frage muß eine Beantwortung finden, denn man kann doch das Wort Realpolitik nicht ſo auslegen, als ſei Politik ein reines Zufallshandeln, das gerade der Tag und ſeine Umſtände beſtimmt. Nach welchem Ideal muß die Welt gebaut werden? Dieſe Frage hängt unmittelbar mit der anderen zuſammen. Wollen wir in erſterer rein zufällig handeln, ſo iſt's gerecht, wenn die Feinde mit uns in der anderen rein zufällig verfahren.

Wie ſoll ein Staat gebaut werden? Dies führt weiter zu der Frage: Wie ſind Menſchen ſittlich *zuſammen*zubringen? Auf dieſe Frage kann kaum einer Antwort geben. Man hat 10 000 Bücher, wenn es ſich um den einzelnen handelt. Aber man hat nichts, wenn man an den Staat denkt. Einwände hiergegen können angeſichts der Tatſache, daß alle Bürgerlichen und Bildungselemente ſo zerfahren ſind, wie die Gegenwart zeigt, nicht erhoben werden.

Wir ſtehen in einer Kriſis unſerer geiſtigen Struktur. Vor einer Weltkriſis in innerem Sinne.

Der Grund dazu iſt, daß der Proteſtantismus Luthers ein ganz unmögliches Gebilde geworden iſt. Freie Perſönlichkeit, ohne den Gegenpol eines Gottes, an den dieſe Perſönlichkeit ſelbſtverſtändlich gebunden iſt, würde Luther als Wahnwitz erſchienen ſein.

Die Situation iſt aber ſo, daß mit dem Faktor Gott in den breiten Schichten und in weiten Bildungsſchichten überhaupt nicht gerechnet werden kann, daß dies eine Wirklichkeit iſt. Die moderne Menſchheit *iſt ohne etwas Transzendentes*.

Das iſt eine Weltſituation, wie ſie noch nie dageweſen iſt. Kritiker und Skeptiker gab es immer, aber nur vereinzelt. Die Welt ſeit altersgrauer Vorzeit kennt in ihrer Geſamtheit bisher dieſen Faktor als lebendig im Volksleben und im Weltplan, ſoweit ſich einer vorzeigen läßt. Die praktiſchen Folgen dieſes Untergrundes der geiſtigen Struktur zeigen ſich ganz erſchreckend, man braucht das gar nicht aufzudecken. Die Perſönlichkeiten ſind gar nicht gewöhnt, an das Ganze zu denken, wohl können ſie ſich opfern und viel entbehren, aber nicht ſchaffen und zuſammenarbeiten.

In den Programmen herrſchen ſtets die *Forderungen einzelner* Stände und Gruppen vor. Die politiſche Zerfahrenheit iſt allgemein.

Die praktiſchen Folgen dieſer Weltlage nun in den Kreiſen, die nicht den Bildungsſchichten mittelbar oder unmittelbar angehören, wo mehr Inſtinkt und Triebe herrſchen, zeigen ſich noch verheerender. Sie offenbaren zugleich die tiefen Fehler der geprieſenen Perſönlichkeitskultur. Man iſt erſtaunt über die Maſſen, die in Bewegung kommen und *wie* dieſes der Fall iſt. Man kannte den Menſchen als Gattungsweſen voller Triebe, Inſtinkte, Leidenſchaften (*Roheiten*) nicht. Wehe, wenn Maſſen in Bewegung geſetzt werden, und man hat keine Ideale und Zucht, die tief in den einzelnen hineinreichen! Wehe denen, die die Maſſen brauchen und haben dazu keine Ideale und können auch keine beſchaffen!!

Man braucht nicht ein Prophet wie Amos zu ſein, um einzuſehen und zu verkünden, daß Geſchichte in unſerer Gegenwart Weltgericht iſt, daß mit erſchütternder

Sachlichkeit klargelegt wird dies: Ohne Gott, ohne Transzendentes, ohne Sittlichkeit, und dies nicht als Privatſache, ſondern als allgemein gültiger Weltgedanke, iſt nichts möglich als Ruin und Untergang. Ich füge noch ein paar Fragen hinzu: wie denkt ſich die Welt ohne ſolches Transzendentes, auf gut bürgerlich deutſch, ohne Glauben an und Verantwortung vor Gott eine Löſung von Fragen, wie ſie folgende Begriffe enthalten: Sozialethiſche Politik, Schulpolitik, Bevölkerungspolitik uſw.?

Sie ſind unlösbar ohne ein ſittliches Axiom.

Wie lange wird dieſe gegenwärtige Kriſe um ſich greifen?! Bis eine klare Erkenntnis einſetzt? Bis eine Generation als ſchaffende ausgelöſcht iſt und eine neue unbelaſteter anfängt? Bis zur völligen allgemeinen Erſchlaffung?

Der Kriſis muß man ins Auge ſehen. Die heilende Erkenntnis iſt die Sache jedes einzelnen.

Zur Beamtenreform

Von Dr. Johannes Biensfeldt, Verwaltungsaſſeſſor, Hamburg

Derjenige, der bisher ſich am wenigſten mit Politik frei befaſſen durfte, war der Beamte. Vom Nachtwächter an, der wegen ſeiner ſozialdemokratiſchen Geſinnung gemaßregelt wurde, bis zum Miniſter, der ſich den Anſchein geben mußte, über den Parteien zu ſtehen, ſollte die Beamtenſchaft, fern vom Kampfe der Parteien, „unparteilich“ das Volk regieren. Wie vieles andere, war auch dies eine große Lüge. Entweder die Beamten vermehrten ſchlecht und recht die vom Amtsvorgänger überkommenen Akten und bemerkten trotz der Fenſter in ihren Kanzleiſtuben nicht, daß draußen neue Bewegungen ſich in Politik und Wirtſchaft vorbereiteten, die von erheblichem Einfluß auch auf ihre Amtstätigkeit werden mußten. Oder andere glaubten ihren Beruf in „ſtaatserhaltendem“ Sinne auffaſſen zu müſſen, d. h. ſie trieben mehr oder weniger im Verſteck eine Politik für ein Syſtem, deſſen Wurzeln im Volke immer mehr abſtarben. Die vielen Abarten dieſer Klaſſe von Beamten werden am beſten durch den Preußiſchen Landrat gekennzeichnet. Man bilde ſich nun nicht ein, daß die Revolution beide Klaſſen von Beamten beſeitigt habe, Syſteme ändern ſich, die Menſchen bleiben zunächſt dieſelben. In Zukunft werden aber auch hier mit dem Wechſel der Staatsverfaſſung Änderungen eintreten. Man nannte zwar ſchon früher die Beamten Staatsdiener, beſonders demokratiſch veranlagte Naturen ſogar Diener des Volks, in Erinnerung an den Ausſpruch des alten Fritz, daß er der erſte Diener ſeines Volkes ſei. Man vergaß aber hieraus die Folgerung zu ziehen, daß dann auch das Volk das Recht habe, wie jede „Herrſchaft“ ſeinem Diener zu kündigen, wenn ihm dieſer nicht behagte. Das Volk mußte ſich bedienen laſſen, ob es wollte oder nicht. Sehr richtig bemerkt in dieſer Beziehung ein klaſſiſcher Vorkämpfer der politiſchen Freiheit, Ludwig Börne: „Alle Regierungskunſt bis auf unſere Zeit beſtand darin: daß man jedem einzelnen Bürger weismachte, er ſei ſehr ſchwach und krank und könne kaum auf den Beinen ſtehen, und wenn er glaube, ſeine Nachbarn würden ihm helfen, ſo irre er ſich, denn dieſe wären auch alleſamt blind und lahm. Er ſähe nun ſelbſt ein, wie er keinen Schritt ohne Führer tun dürfe, und zu dieſem Zweck habe man mild und weiſe eine gehörige Zahl Beamten angenommen, die er, wie billig, da ſie bloß zu ſeinem Beiſtande da wären, bezahlen müſſe.“

Die Revolution und mit ihr der Parlamentarismus hat auch hier grundlegende Änderungen vollzogen. Die jeweilige Parlamentsmehrheit beſtimmt in Zukunft die Regierung. Die Nationalverſammlung ernennt Ebert zum Reichspräſidenten und Scheidemann zum Miniſterpräſidenten. Die höchſten Beamtenſtellen nehmen Politiker und Parlamentarier ein, ſtatt wie bisher die in irgendeinem Reſſort ergrauten Fachbeamten.

Dieſe Änderung wird auch auf die Stellung der höheren und mittleren Beamten zur Politik von maßgebendem Einfluß werden. Verſchwinden wird hoffentlich die obenbezeichnete eine Gattung der Beamten, die wie die Mehrzahl aller deutſchen Bürger bisher den politiſchen Teil ihrer Tageszeitung als überflüſſig oder langweilig überſchlugen. Schon als Staatsbürger wird der Beamte zu allen politiſchen Fragen innerlich entſcheidend Stellung nehmen müſſen. Beſonders aber wird dies für ihn als Beamten dadurch zur Notwendigkeit werden, daß er die Verfügungen und Verordnungen einer parteipolitiſch handelnden Regierung zur Ausführung bringen ſoll. Ohne gründliches Verſtändnis des Zuſammenhanges der einzelnen Verfügungen mit dem geſamten politiſchen Programm ſeiner Regierung wird ſelbſt die Ausführung mangelhaft und ſchlecht bleiben. Man ſpricht von einem Beamtenkörper. Der Vergleich mit dem menſchlichen Körper, der von Schäffle ſo geiſtreich für das Wirtſchaftsleben durchgeführt iſt, paßt auch auf die einen Körper bildende Regierung und Beamtenſchaft. Nur wenn bei beiden der gleiche Ausführungswille vorhanden iſt und von der Zentralſtelle durch ein geſundes Nervenſyſtem auf die Gliedmaßen übertragen wird, können dieſe den Gedanken ſo zur Ausführung bringen, wie er in der Zentralſtelle gedacht wurde. Iſt einmal Kenntnis der politiſchen Lehren und Verſtändnis für alle politiſchen Richtungen vorhanden, ſo bleibt auch bei einer parlamentariſchen Regierung durch Mehrheitsparteien für den höheren und mittleren Beamten gleichgültig, welcher Partei er als Privatmann zugehört. Irgendwelche politiſche Parteifärbung für die Beſetzung von Beamtenſtellen vorzuſchreiben, war, wenn es leider auch geſchah, ſchon früher verwerflich. Dies bleibt es auch heute. Überdies wäre ein ſteter Wechſel der Beamtenſchaft, der den politiſchen Veränderungen der Regierung entſprechen müßte, für die Praxis der Verwaltung äußerſt bedenklich. Bei den höheren oder gar mittleren Beamtenſtellen handelt es ſich nicht um Männer, welche Geſetze neu mitzuſchaffen haben, ſondern in deren Hand lediglich die Ausführung beſtehender Geſetze liegt. Regelmäßigkeit und Unparteilichkeit bei der Durchführung von Geſetzen und Verwaltungsmaßnahmen werden aber nur durch einen feſten und ſtändigen, in längerer Amtstätigkeit eingearbeiteten Beamtenkörper gewährleiſtet. Auch ein in ſeiner Mehrheit ſozialdemokratiſch geſinntes Volk darf nicht vergeſſen, welche Bedeutung die Überlieferung für die praktiſche Handhabe der Geſetze beſitzt. Für den modernen Beamten in erſter Linie wichtig iſt die Kenntnis der wirtſchaftlichen, politiſchen und kulturellen Verhältniſſe des Bezirks, in dem er zu arbeiten hat, und die perſönliche Fühlungnahme mit der Bevölkerung aller Klaſſen. Was hat denn die grenzenloſe Entfremdung zwiſchen dem Regierungsrat alten Regimes und dem Volke, zwiſchen dem Richter und den Parteien, dem Betriebsingenieur und den Arbeitern herbeigeführt, als die Unfähigkeit und vielfach auch Unluſt der gebildeten Perſonen, die Seele der Menſchen zu lernen, denen ſie zu dienen berufen waren? Da wurde ferner ein Verwaltungsbeamter von Oſtpreußen nach dem Rheinland verſetzt, ein Richter von Schleswig-Holſtein nach Schleſien! Die Paragraphen der Geſetze ſind ja wohl allenthalben mehr oder weniger dieſelben und allenthalben mehr oder weniger gleich unverſtändlich für das Volk, daß aber die Menſchen grundverſchieden ſeien, vergaß man, wie man auch ſonſt im Zeitalter der Technik alles von dem maſchinellen, techniſchen Teil der menſchlichen Arbeit erwartete, das perſönliche Moment aber durchweg überſah. Deshalb muß die komiſch gewordene Figur des Beamten, der dauernd verſetzt wird und deſſen gute Stube meiſtens im Möbelwagen ſteht, verſchwinden. Bodenſtändigkeit eines Beamten, wenigſtens innerhalb einer Generation, iſt Erfordernis, wenn das Volk mit Beamten zu tun haben ſoll, die es in ſeinem Milieu, ſeinem Denken und Fühlen, verſtehen.

Schon hieraus ergibt ſich ferner, daß nicht die Zentralbehörde in der Hauptſtadt allein Beamtenſtellen etwa nach dem Schema der Prüfungsnoten beliebig ernennt, ſondern daß die Lokalbehörden hierbei durch Vorſchläge aus dem Kreiſe der dort tätigen Beamten maßgebend mitwirken. Hier iſt der geſunde Kern des heute vielfach erörterten Gedankens der Beamtenwahl. Ähnlich wie ſchon heute die Univerſitätsfakultäten für freie Lehrſtühle ihnen beliebte Kräfte zur Berufung vorſchlagen, kann jede Behörde ſich durch eigene Wahl ergänzen. Nur ſo werden Bodenſtändigkeit, Volkstümlichkeit und Fähigkeit der zum Beamten zu wählenden Perſon die ihnen gebührende Berückſichtigung finden. Nebenbei erwähnt ſei nur, daß durch die Beamtenwahl auch der Krebsſchaden des bisherigen Beamtentums geheilt wird, die Charakterloſigkeit gegenüber dem Vorgeſetzten: nicht mehr die Notiz des Vorgeſetzten in die Perſonalakte, ſondern die Meinung der Standes-

und Ranggenoſſen iſt für das Fortkommen des Beamten entſcheidend, und jene Meinung wird im Regelfalle gründlicher und zuverläſſiger ſein als das Urteil eines einzelnen.

Der Einführung der Koalitionsfreiheit in das Beamtenrecht wird die Beſeitigung des bürokratiſchen Syſtems und ſeine Erſetzung durch ein Syſtem entſprechen müſſen, in dem die Beamten ihre rechtliche und wirtſchaftliche Lage ſelbſt mitbeſtimmen. Wie jede freiheitliche Entwicklung, wird auch dieſe dem Staats- und Volksleben nur nützen, Arbeiter, Bürger und Beamte werden als freie Männer für das Volksganze arbeiten.

Neuerſcheinungen

Die „Warſchauer Tafeln“.

Der deutſche Zuſammenbruch hat mit einem Schlage all die aufbauende Arbeit vernichtet, die nach der Befreiung Polens von deutſcher Seite aufgenommen wurde, mit dem Ziele, eine innere Ausſöhnung zwiſchen Deutſchen und Polen herbeizuführen. Zu den Behörden, die dieſer ebenſo lohnenden wie ſchwierigen Aufgabe umſichtig und erfolgreich ſich gewidmet hatten, gehörte an erſter Stelle die Preſſeabteilung des Verwaltungschefs beim Generalgouvernement Warſchau. Unter der bewährten Leitung Dr. Martin Mohrs hatte ſie ſich in der kurzen Zeit ihres Beſtehens zu einer glänzenden und planvollen Organiſation entwickelt, die die Augen der Näher- wie Fernſtehenden auf ſich zu lenken vermochte und in der Einrichtung eines der ſpäteren deutſchen Vertretung in Polen angeſchloſſenen Preſſeinſtituts ihre Krönung erhalten ſollte. Aus dieſer Abteilung bzw. aus dem ihr angegliederten zeitungswiſſenſchaftlichen Inſtitut iſt das Werk hervorgegangen, auf das die Aufmerkſamkeit eines weiten politiſchen Leſerkreiſes gelenkt ſei: die „Warſchauer Tafeln zur Gegenwartsgeſchichte des Königreichs Polen“, von denen jüngſt eine erſte Mappe über die Vorgänge von Kriegsbeginn bis zur Einſetzung des Regentſchaftsrates auch im Buchhandel (Verlag von Felix Meiner, Leipzig) erſchienen iſt.

Es iſt nicht zuviel geſagt, wenn man ausſpricht, daß uns Deutſchen mit dieſer Publikation geradezu eine völlig neue Welt erſchloſſen worden iſt, und zwar eine Welt, deren Bedeutung für unſer gegenwärtiges und zukünftiges Daſein nicht überſchätzt werden kann. Nach der Eroberung Polens galt es, ſich in das unbekannte Land und Volk vorzutaſten und einzufühlen, durch ſyſtematiſche Unterſuchung und Forſchung ſeinen feſten Grund wiſſenſchaftlicher Bekenntnis zu legen und damit einen ſicheren Boden zu gewinnen, auf dem Politik und Verwaltung ihren ſchwierigen Bau errichten konnten. Mit rühmenswertem Eifer hat ſich die Zeitungswiſſenſchaftliche Abteilung der Preſſeverwaltung dieſer mühſeligen Arbeit unterzogen, und indem ſie ſich die umfaſſende Organiſation ihrer Behörde nutzbar machte, iſt es ihr gelungen, ein höchſt eigenartiges und durchaus ſelbſtändiges Einführungs- und Orientierungswerk zu ſchaffen, dem nichts Ähnliches an die Seite zu ſtellen iſt.

Das veröffentlichte Material ſetzt ſich aus zwei Hauptgruppen zuſammen. Die erſte bilden 5 Geſchichtstafeln. Sie geben zunächſt einen geſchichtlichen Überblick über die Geſchichte Polens von den Teilungen bis zur Einrichtung des Generalgouvernements (Tafel A), berichten dann in genauerer Ausführung über die Entwicklung in der Zeit der deutſchen und öſterreichiſchen Verwaltung bis zur Proklamation des Königreichs Polen (Tafel B) und verfolgen die weiteren Vorgänge in der Periode der ſtaatlichen Selbſtändigkeit bis zur Errichtung des Regentſchaftsrates (Tafel C—E). Das ganze iſt eine Art von geſchichtlichem Grundriß.

Die andere Hauptgruppe umfaßt die Preſſe- und Parteitafeln ſowie die biographiſchen Tafeln. Sie geben Kenntnis von dem politiſchen Leben, wie es ſich in der Preſſe und im Parteiweſen der Jahre 1916—1918 widerſpiegelt und zwar ſowohl im Generalgouvernement Warſchau wie im Generalgouvernement Lublin und in Galizien. Den politiſchen Parteien ſind 6 Tafeln gewidmet. Eine einleitungsmäßige ſtellt die Abkürzungen zuſammen, die für die Parteien und Organiſationen in Polen üblich ſind, und erläutert ſie. Drei andere bringen die parteigeſchichtliche Entwickelung nach den Stande vor dem 5. November 1916, zur Zeit der Proklamation und des Zuſammentritts des proviſoriſchen Staatsrats und in der weiteren Geſtaltung bis in den Sommer 1917 zur Darſtellung. Auf einer fünften Tafel werden wir über die Parteien Galiziens unterrichtet, während ſich eine ſechſte mit den jüdiſchen Parteien beſchäftigt und zugleich darüber hinaus einen wertvollen Einblick in die Verhältniſſe der Oſtjuden überhaupt und ihre Verbindung mit den jüdiſchen Parteien des Auslandes gewährt. Auf das Zeitungsweſen beziehen ſich vier Tafeln. Neben einem Verzeichnis, das die geſamten im deutſchen Okkupationsgebiet erſchienenen Zeitungen und Zeitſchriften in ſprachlichen Gruppen geordnet aufführt, finden wir eine ſtatiſtiſche Zuſammenſtellung und Überſicht über ſämtliche politiſche Zeitungen und Zeitſchriften der beiden Okkupationsgebiete nach Erſcheinungsort, Erſcheinungsweiſe, Gründungsjahr, politiſcher Richtung, redaktioneller Leitung und Verbreitung. Weiter werden uns die Wechſelbeziehungen der Preſſe in den beiden Gouvernements (mit beſonderer Berückſichtigung der unterirdiſchen Preſſe) und die journaliſtiſchen Organiſationen Polens ſowie die Preſſeeinrichtungen der polniſchen Regierung vorgeführt. Schließlich erhalten wir nähere Angaben über die deutſche Preſſeverwaltung während der Okkupationszeit, über ihre Organiſation, den Nachrichtendienſt und die Depeſchenbüros. Beſonders wertvoll iſt die elfte Tafel der zweiten Hauptgruppe, die erſt im Juli 1918 herausgebrachte Biographiſche Tafel. Sie gibt von mehr als 150 hervortretenden lebenden Perſönlichkeiten des Königreichs Polen eine genaue Kunde und leitet von der perſönlichen Seite her nochmals in die Zuſammenhänge der jüngſten polniſchen Entwickelung ein. Durch ein ausführliches alphabetiſches Perſonen- und Sachregiſter wird das geſamte Material zuſammengefaßt und der einheitlichen Benutzung erſchloſſen.

Für die Veröffentlichung iſt die Geſtalt des Tafelwerkes gewählt worden. Herausgeber und Mitarbeiter haben ſich für dieſe Erſcheinungsform entſchloſſen, weil ſie der publiziſtiſchen Ausnutzung dadurch im beſonderen die Wege geebnet haben wollten. So ungewohnt ein ſolches Bearbeitungsverfahren dem Hiſtoriker und Politiker auch iſt, ſo kann doch nicht beſtritten werden, daß es den beabſichtigten Zweck der Überſichtlichmachung des umfangreichen Stoffes in Verbindung mit einer möglichſt weitgehenden Objektivität der Orientierung durchaus erreicht. In der Tat iſt ein erſtaunlich großes zeitgeſchichtliches Material auf dieſen 16 Tafeln erſchloſſen und aufgearbeitet und man muß dem Herausgeber und ſeinem Mitarbeiter das rühmende Zeugnis ausſtellen, daß ſie mit echt deutſchem Wahrheitsdrange verdienſtvollſte Aufklärungsarbeit geleiſtet haben. Mit großem, techniſchem Geſchick haben ſie die ſpröde Stoffmaſſe in die geſchloſſene Form dieſer vorbildlichen Tafeledition gebracht und ſo ein Hilfsmittel geſchaffen, das nicht nur ein wertvolles publiziſtiſches Rüſtzeug in den weiteren Auseinanderſetzungen zwiſchen den Deutſchen und Polen iſt, ſondern über die zeitliche Bedeutung hinaus immer ein wichtiger Behelf für die hiſtoriſch-politiſche Forſchung bleiben wird. Man möchte ihm für andere Gebiete gleichwertige Nachfolger wünſchen.

Paul Herre (Leipzig).

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend ⋆ Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 16. Mai 1919 * Heft 20

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Die Nationalverſammlung iſt für die Beſprechung der feindlichen Friedensbedingungen zuſammenberufen. Ihre Aufgabe iſt es, die Stimmung des Volkes und die politiſche Überlegung der ſachlichen Möglichkeiten zum Ausdruck zu bringen. Hoffentlich iſt dies, wenn dieſe Zeilen vor dem Leſer liegen, in einer Weiſe geſchehen, die nicht Parteienkritik, ſondern Einheitlichkeit zeigte. Die Nationalverſammlung muß aber auch den Mut aufbringen, heute ſchon zu ihrer Aufgabe zu ſtehen. Sie iſt gewählt, über den Frieden die Entſcheidung zu fällen und ſie muß ſich dagegen wehren, daß der Ausweg einer Volksabſtimmung gewählt werde. Schon um deswillen, weil befürchten iſt, daß zahlloſe Deutſche ſich einer Entſcheidung entziehen werden und wir dann eine Abſtimmung über die deutſche Zukunft erhalten, die innerlich unwahr und gebrochen iſt, weil nur ein Bruchteil des Volkes an ihr teilnehmen wird.

*

Deutſch-Tirol, in einer Aufwallung nationaler Verzweiflung, iſt bereit, die Verbindung mit Wien zu löſen, um die Unteilbarkeit des Landes zu retten. Es hofft, neutraliſiert, ohnmächtig, Gnade bei der Entente zu finden. Geht Deutſch-Öſterreich denſelben Weg? Sind die Franzoſen in Wien Sieger geblieben, ſo daß die Regierung, Karl Renner an der Spitze, den tragiſchen Verzicht auf das nationale Ziel ausſprechen, an der Wirkung eines politiſchen Proteſtes von vornherein verzweifelnd. Iſt Deutſch-Böhmen ſchon „abgeſchrieben", muß nicht vielmehr Wien den beſten Söhnen Deutſch-Öſterreichs heute ein bischen Kraft, ein bischen Willen zur nationalen Selbſtbehauptung zeigen?

*

In Gotha wollen die Unabhängigen alle Perſonen vom Wahlrecht ausſchließen, welche ihren Lebensunterhalt aus Kapitalzinſen oder Kapitalrenten beziehen oder mehr wie einen Lohnarbeiter beſchäftigen. Mit Recht wendet ſich die „Deutſche Tageszeitung" dagegen. Nur tut ſie es unter der irreführenden Überſchrift: „Eine merkwürdige Sorte Demokraten“. Solch ein Wahlrecht hat nämlich nichts mit Demokratie zu tun, ſondern ſtellt das bisher von den Konſervativen ſo leidenſchaftlich befürwortete ungleiche Wahlrecht freilich mit umgekehrten Vorzeichen dar. Wer für Ungleichheit geſchwärmt hat, ſolange ſie ihm Vorteil brachte, hat kein Recht, darüber zu klagen, nur weil dieſes Prinzip jetzt gegen ihn ausſchlägt

*

Die Entente, die unausgeſetzt den Kampf gegen den Bolſchewismus im Munde führt, hat jetzt den baltiſchen Putſch der Landeswehr zum Vorwande genommen, um den deutſchen Truppen das Verbleiben in Kurland durch die Forderung unmöglich zu machen, ſie ſollten unter Ententekommando fechten. Die deutſche Antwort konnte natürlich daraufhin nur die Zurückziehung der deutſchen Hilfstruppen ſein, wodurch der Kampf gegen den Bolſchewismus im Baltenlande aufs höchſte erſchwert, wenn nicht unmöglich erſcheint. Vor dem dadurch erzwungenen Verlaſſen des Baltenlandes hat die deutſche Regierung es wenigſtens erreicht, daß *deutſche* Schiffe nach Riga fahren können, um die Deutſchen und Balten abzuholen. Ob dieſe Hilfe noch rechtzeitig eintreffen wird, um wenigſtens die Reſte der auf der Inſel Haſenholm Eingekerkerten zu erretten, iſt mehr wie fraglich. Die Entente hat durch die Saumſeligkeit in der Behandlung dieſes Rettungswerkes eine nie reinzuwaſchende Schuld auf ſich geladen, die nicht gerade als verheißungsvoller Auftakt für den Völkerbund angeſehen werden kann.

*

Als kurz vor Beginn des Weltkrieges die Ukrainer den hundertſten Geburtstag ihres Nationaldichters *Schewtſchenko* feiern wollten, fanden ſie das Grab von zariſchen Gendarmen umſtellt. Jetzt hat die ruſſiſche Sowjetregierung in der Ukraine, ſoweit ihre Macht reicht, die Feier des Geburtstages Schewtſchenkos mit Todesſtrafe belegt. Wie man ſieht, iſt die bolſchewiſtiſche Diktatur des Proletariats eine gelehrige Schülerin der zariſchen Unduldſamkeit geweſen. Zwiſchen dieſen beiden Verboten ſteht als Groteske der Schweizer Aufruf Lenins an die Welt, über den iriſchen Proteſten, die nicht weniger gewaltſame Knechtung der Ukraine nicht zu vergeſſen. Es iſt nämlich eine alte Geſchichte in Rußland, daß Politiker, wenn ſie zur Macht gekommen, ſofort ihre alten Götter verbrennen und zur *Politik der Gewalt und Unterdrückung* reumütig zurückkehren.

*

Der Schweizer Sozialdemokrat *Platten*, der als überzeugter Bolſchewiſt nach Moskau gereiſt war, iſt völlig ernüchtert heimgekehrt. Nach der „Züricher Volkszeitung“ hat er folgendes vernichtendes Urteil über den Bolſchewismus gefällt: „Eine derartig ſchlechte Regierung, wie augenblicklich in Rußland, kann ſich nicht halten; ſie muß, wie ein Kartenhaus, zuſammenfallen. Ich habe mich davon überzeugt, daß eine Verwirklichung des Bolſchewismus eine Unmöglichkeit bildet. Lenin iſt ein Fanatiker, ſeine Gehilfen Verbrecher und Mörder“.

Verſailles

Von Dr. Theodor Heuß

9. Mai 1919

Die Woche, während der die deutſche Delegation hinter den Lattenzäunen von Verſailles untätig gefangen ſaß, war unerträglich. Denn während das deutſche Volk ſich ſeeliſch auf das grauſamſte Schickſal bereit machen ſollte, fing Schmock zu arbeiten an. Nur wenige Zeitungen hatten es für notwendig gehalten, Männer mit politiſchem Takt und der Gabe ernſthafter Schweigſamkeit auf dieſen Leidensweg mitzuſchicken. Das Elend der Kriegsberichterſtatterei lebte beim Frieden wieder auf, das Feuilleton durchbrach den Damm und Tag für Tag wurden wir durch die gemütvollen Eitelkeiten und Stilkünſte von Literaten geärgert, die aus der Not ihrer ſachlichen Überflüſſigkeit ſentimentale, kokette, falſch pathetiſche Zeilenreihen herausſchwitzten. Es war vor Deutſchland und der Welt beſchämend. Das iſt jetzt vorbei. Der furchtbare Ernſt der tatſächlichen Lage hat den würdeloſen Trabanten der Weltgeſchichte jetzt die Stimme verſchlagen. Der falſche Ton, mit dem Deutſchlands Öffentlichkeit an den Friedenstiſch herangeführt wurde, iſt verklungen.

Die Friedensbedingungen, die Clemenceau uns im Auftrag der Entente überreichen durfte, ſollen hier im einzelnen nicht durchgegangen werden. Man mag anfangen wo man will, bei den Territorialbeſtimmungen, der Heeresfrage, der künftigen Wirtſchaftspolitik, dem Entſchädigungsproblem — überall, bis in die letzte Wendung ſcheinbar gleichgültiger Paragraphen iſt die Geſinnung gegoſſen und gefloſſen, die Deutſchlands gegenwärtige Ohnmacht zur Vernichtung ſeiner wirtſchaftlichen und moraliſchen Exiſtenz ausnützen will. Dieſes Friedensinſtrument enthält nicht nur in ſich den Zwang zu neuen Konflikten, zu einer dauernden Kriſenhaftigkeit Europas, es iſt ſelber ein Stück Krieg, letzter furchtbarer Schlag, moraliſch ein Bruch des Waffenſtillſtandes. Vom Frieden hat es nur den Namen, Geiſt und Methode ſind härteſte Brutalität des Krieges.

Die Marſchrichtung für die deutſche Regierung iſt ziemlich klar gegeben.

Die Feinde wollen mündliche Verhandlungen vermieden wiſſen — nach vierzehn Tagen ſollen die Deutſchen Ja oder Nein ſagen dürfen. Daß Clemenceau eine Einzelbeſprechung fürchtet, iſt ſehr verſtändlich. Was jetzt zuſtande kam als Friedensbedingung, iſt eine ſehr mühſame Bauarbeit geweſen; man kann nicht gerade ſagen, daß es die Zeichen des Kompromiſſes trage, denn ſein Charakter iſt recht eindeutig. Aber die Schwierigkeiten, die von Clemenceau und Lloyd George niedergehalten wurden, werden ſich in dem Augenblick melden, wo eine Korrektur der Einzelbeſtimmungen erwartet wird. Das Intereſſe der Gegenſeite, um ihre immerhin langwierig erarbeitete ſachliche Solidarität aufrecht zu erhalten, beſteht alſo darin, auch die formale Geſchloſſenheit aufrecht zu erhalten. Von verwickelten Mehrheitsbeſchlüſſen tritt auch ein zum Beſſeren überzeugter Partner nur ſehr ungern zurück. Wir müſſen uns alſo darüber klar ſein: die Ausſichten, durch ſachliche Klärung etwa hier und dann dort ein Stück abzuhandeln, ſind ſehr gering.

Gewiß, mit der heroiſchen Geſte iſt es nicht getan. Das deutſche Volk iſt ſeit dem November 1918 ſo zermürbt, daß es zwar ſehr fleißig in alle Theater läuft, aber ſich mit dem Kunſterſatz an heroiſcher Tragik (oder banaler Vergnüglichkeit) genug ſein läßt. Es erwartet jetzt, ſoweit ſein Blut in den nationalen Fragen noch wallt und ſchlägt, eine genaue Sachlichkeit. Dieſe muß geſucht werden, d. h. wir ſind gezwungen, dem Anſinnen der Feinde ein ganz genaues eigenes Friedensprogramm entgegenzuſtellen, nicht zur Schonung Deutſchlands, ſondern zu ſeiner baren Lebensrettung. Wir verſchließen uns nicht der Laſt, die auf dem Beſiegten liegt; niemand glaubt, dialektiſch eine „gute Situation" für Deutſchland erreichen zu können; aber wir wollen leben und arbeiten können und unſere Zukunft nicht mit unſerer Würde wegwerfen. Die heutige Generation hat die Pflicht, eine ſchwere Vergangenheit zu liquidieren; ſie hat aber nicht das Recht, die nachwachſenden Geſchlechter in ihrer Ehre und in ihrem Leben abzutöten.

Heute verwahren wir uns gegen einen glatten Wortbruch. Nicht nur wir haben Wilſons vierzehn Punkte zum Ausgang eines möglichen Friedens angenommen, wohl wiſſend, daß er ſtarke Opfer von uns verlange, die Opfer des Beſiegten, ſondern auch die Entente, und daß es ſich im Augenblick dieſer Zuſage nicht nur um eine Phraſe handelte, zeigt die Mitteilung, wonach England ausdrücklich den einen Punkt, die Freiheit der Meere, als nicht verbindlich ausnahm. Dieſe vierzehn Punkte ſind nun Zug um Zug vernachläſſigt, ja völlig unter den Tiſch geworfen, ſo daß der Friedensvorſchlag geradezu eine Verhöhnung der Richtlinien iſt, die der Präſident Wilſon aufſtellte und denen die Diplomatie der Feinde zuſtimmte.

Wenn Wilſon an dieſen Bedingungen mitgearbeitet hat und ſie gutgeheißen, ſo wird er vor der Weltgeſchichte als ein Charlatan erſcheinen. Dann muß auch die beſte Abſicht, ſein reines Wollen anzuerkennen, an der brutalen Tatſache ſcheitern, daß er ſeinen Namen unter dieſes Dokument ſetzte. Man mag ihm manches zugute halten: daß er die hiſtoriſch ſo unendlich verwickelte Problematik Europens in vielen Einzeldingen nicht kenne und ſich täuſchen laſſe. Daß er in dem Augenblick, da die rein militäriſche Entſcheidung gefallen war und die amerikaniſchen Truppen tatſächlich mehr oder weniger überflüſſig geworden, ſeiner eigentlichen Macht innerhalb der Entente entkleidet wurde. Daß die Suggeſtion der franzöſiſchen Umgebung mit ihrem aus Angſt und Rauſch gemiſchten Vernichtungsbedürfnis ihn gefeſſelt halte. Die Beſtimmungen über Danzig, Memel, Oberſchleſien, das Saarbecken und die Weſtpfalz, über die deutſchen Kolonien ſind einfach glatte Vergewaltigungen. Wir reden gar nicht von den Wirtſchaftsſchädigungen, die Deutſchland zugefügt werden; an denen mag ja die

Kurzſichtigkeit des angelſächſiſchen Kapitalismus ſich intereſſiert fühlen. Sondern dies genügt, an den einfachen Satz zu erinnern, daß künftig ohne ihre eigene Zuſtimmung Volksteile nicht von einem Herrſchaftsbereich in den anderen verſchoben werden dürfen, um den völligen Zuſammenbruch dieſer neuen Geſinnung der auswärtigen Politik zu demonſtrieren.

Immerhin: das iſt der einzige Weg, den unſere Unterhändler gehen können. Graf Brockdorff-Rantzau hat in ſeiner Rede zu Verſailles das Notwendige mit Ernſt und Würde geſagt. Ob das Verfahren Erfolg haben wird, das wagt heute niemand auszuſprechen — ſolange es ſchriftlich bleibt, leidet es ja unter einem Mechanismus, der alle Sachklärung über Deutſchlands Können unmöglich macht. Denn jeder Schriftwechſel wird mehr als die Ausſprache vergiftet ſein von dem Mißtrauen der Feindſeligkeit. Sicher iſt es falſch, in den nächſten Wochen, wie manche es tun, mit einem Umſchwung bei den proletariſchen Maſſen der Ententeländer zu rechnen. Daß die franzöſiſchen Sozialiſten wegen der blutigen Maifeier von Paris das Kabinett Clemenceau, in dem ſie ein paar geringe Pöſtchen beſorgten, verlaſſen haben, iſt innerpolitiſcher Vorgang; die Maſſe des franzöſiſchen Volkes hofft heute weiter eben auf Clemenceau, daß er die franzöſiſche Not erleichtere, indem er ſie noch auf Deutſchlands gekrümmten Rücken packt. Und nicht viel anders ſieht es einſtweilen in England aus. Was an engliſchen Journaliſten zur Zeit bei uns in Deutſchland herumläuft, hat zwar lebhafte Sympathien und Beziehungen mit den „Unabhängigen" und einige von ihnen ſchwärmen ſogar für den Kommunismus — aber einſtweilen nur in Deutſchland. Lloyd George, indem er die deutſche Handelsflotte raubt und die deutſchen Werften für England beanſpruchen will, gibt der engliſchen Volksphantaſie die Richtung für ihre Friedenserwartung: Deutſchland ſoll Großbritannien helfen, daß es im Wettbewerb um die Führung im Handelsverkehr der Weltmeere nicht jetzt ſchon von den Vereinigten Staaten überflügelt werde. Der Standard der engliſchen Wirtſchaftsmacht, trotz des fabelhaften weltpolitiſchen Sieges, war und iſt durch den plötzlichen Maſſenbau der amerikaniſchen Werften bedroht; das iſt Englands peinlichſte Kriegserfahrung geworden. Wenn es Lloyd George gelingt, dieſe Bedrohung durch den Freund einigermaßen auszugleichen, bannt er einſtweilen noch die Gefühle der Unbehaglichkeit, die in den letzten Parlamentswahlen zu Niederlagen ſeiner Kandidaten geführt haben. Man mag die „Weltrevolution" im techniſchen Sinne als einen Ausweg aus all den Nöten Deutſchlands anſehen, wie es manche heute gerne tun; ſicher iſt es die verkehrteſte Politik, bei unſeren Feinden in irgendwie befriſteter Zeit mit einer Umkehr der Gewalten zu rechnen. Der Reiz zu hiſtoriſchen Vergleichen muß ſich ſeine Grenzen enge ſetzen, damit er nicht in Feuilletonismus ausmündet.

Was alſo? Abſchied von den phantaſtiſchen Entwürfen einer „Kontinentalpolitik", die guter Wille und Geſchicklichkeit unſerer Unterhändler morgen haben könnten — welcher Schade und wieviel Verwirrung hat dies angerichtet! Abſchied von dem Glauben, daß „drüben" unſere guten Freunde auf den Augenblick warten, wo ſie die Machthaber von heute in den Abgrund ſtürzen können — wieviel klare reſignierende Einſicht hat dieſe Illuſion ſeit dem Sommer 1917 ſchon verhindert! Feſtigkeit in dem Ziel, die nationale Selbſtbeſtimmung der Deutſchen, über die alten Reichsgrenzen hinaus, als die Vorausſetzung unſerer ſtaatlichen Erneuerung feſtzuhalten, ſie nicht zu einem Gegenſtand des Marktens und Abhandelns zu machen. Einigkeit der Nation in dem Willen, dieſe furchtbaren Wochen als Schickſalsgemeinſchaft, nicht als Parteienkomplex zu erleben — peinlich genug, das ungleich-gleiche Brüderpaar der „Deutſchen Tageszeitung" und der „Freiheit" heute ſchon wieder ihre mißklingenden Saiten auf dieſelbe Tonlage ſtimmen zu ſehen!

Fragen an die Verantwortlichen

Von Dr. Paul Rohrbach

Bei dem geplanten Staatsgerichtshof ſoll es ſich darum handeln, feſtzuſtellen, wer die Schuldigen an dem Zuſammenbruch Deutſchlands ſind. Denen, die das Urteil dann trifft, ſollen politiſche Ehrenſtrafen auferlegt werden. Um es gerade heraus zu ſagen: eine gleich untaugliche Einrichtung für einen gleich überflüſſigen Zweck hätte man ſchwer erſinnen können. Ein neutraler Ausländer fragte mich: „Wenn Herr Scheidemann durchaus den Wunſch hat, mit General Ludendorff abzurechnen — konnte er ſich dazu keinen geſchickteren und in nationaler Hinſicht einwandfreieren Weg ausdenken?" So wie es jetzt geſchehen ſoll, wird nichts herauskommen, als daß die ſchuldigen Leute in den Augen des deutſchen Volkes, falls ſie verurteilt werden, eine Märtyrerſtellung erhalten, durch die ſie ſich glänzend rehabilitieren; der Freiſpruch aber wird die Rehabilitierung automatiſch beſorgen. Aus einem Staatsgerichtshof mit der Aufgabe, wie der Entwurf ſie ſich denkt, kann nie etwas Nützliches für Deutſchland herauskommen.

Nach § 1 des Entwurfs ſoll die Nationalverſammlung aus ihrer Mitte einen Ausſchuß von 15 Mitgliedern bilden zur Unterſuchung derjenigen politiſchen und militäriſchen Vorgänge, die zum Ausbruch, zur Verlängerung oder zum Verluſt des Krieges beigetragen haben. Die Verhandlungen ſind nicht öffentlich. Eine Vernehmung von Beſchuldigten, Zeugen oder Sachverſtändigen findet nicht ſtatt. Die Reichsregierung hat alle angeforderten Urkunden und Akten vorzulegen. Nach § 2 hat der Ausſchuß, falls er eine Perſon, die in der Lage war, Einfluß auf die Politik des Reiches zu nehmen, für verdächtig hält, das Verfahren gegen ſie zu eröffnen. Der Staatsgerichtshof ſelbſt wird nach § 3 beim Reichsgericht gebildet, und zwar aus den höchſten Gerichtspräſidenten des Reiches, im ganzen fünf, und aus zehn Beiſitzern, die von der Nationalverſammlung und vom Staatenausſchuß beſtimmt werden. Nach § 13 iſt gegen ſeinen Spruch kein Rechtsmittel zuläſſig, den Schuldigen können die Koſten auferlegt werden.

Dieſe Anhaltspunkte werden genügen, um jedes noch ſo kritiſche Urteil über den Staatsgerichtshof verſtändlich zu machen. Die Abſicht bei dem Entwurf iſt klar. Perſönlichkeiten wie z. B. General Ludendorff oder Admiral v. Tirpitz — die Urheber hätten den ganzen Entwurf ebenſogut lex Ludendorff oder lex Tirpitz nennen können — ſollen durch das Urteil des Gerichtshofes daran verhindert werden, ſich durch ihre Vertrauensmänner dem deutſchen Volk noch weiterhin mit Führeranſprüchen vorſtellen zu laſſen. Daß durch den Urteilsſpruch nichts anderes als das Gegenteil erreicht werden würde, haben wir ſchon betont.

Wir brauchen auch ſolche Urteilsſprüche nicht. Was wir brauchen, iſt vielmehr eine vollkommene Aufklärung darüber, welches die verhängnisvollen Schritte und Zuſammenhänge waren, durch die uns alle Möglichkeiten verlorengingen, die großen militäriſchen Siege dieſes Krieges politiſch für das Vaterland fruchtbar zu machen. Dazu mag man einen vom Parlament einzuſetzenden Ausſchuß organiſieren, der die Tatbeſtandsaufnahme macht und veröffentlicht. Danach kann das deutſche Volk ſelbſt urteilen. Von vornherein beſtimmte Perſonen anzuklagen, iſt zwecklos, kleinlich und darum unpolitiſch. Angenommen, es gebe einen ſolchen Ausſchuß, für den der Name Staatsgerichtshof dann allerdings wenig paſſen würde, ſo wären ihm etwa die folgenden Fragen zur Unterſuchung vorzulegen:

1.

Wer trägt die Schuld daran, daß der überwiegenden Mehrheit des deutſchen Volkes das Bewußtſein verlorenging, in einem von den Feinden aufgezwungenen reinen Verteidigungskampf auf Tod und Leben zu ſtehen?

Unter allen Gründen, die man für den Verluſt des Krieges anführen kann, iſt der eigentlich entſcheidende der, daß die Maſſe der Nation je länger deſto mehr das Empfinden verlor, es gäbe keine andere Wahl, als bis zu Ende durchzuhalten. Als der Krieg ausbrach, war in allen Deutſchen mit Einſchluß der Sozialdemokraten die Überzeugung lebendig, daß Deutſchland zu Unrecht angegriffen worden ſei. Gegen Ende des Krieges aber lebte im deutſchen Volk wie in der deutſchen Armee mit verhängnisvoller Macht der Gedanke: Die hohen Militärs und Staatsmänner und der Kaiſer ſelbſt brauchten nur ernſtlich zu wollen, ſich nur zum klaren Verzicht auf unerfüllbare Pläne zu entſchließen, die die Kraft Deutſchlands überſtiegen, hinter denen das Volk als Ganzes gar nicht ſtehe, und der Friede könnte alle Tage geſchloſſen werden. In der Bevölkerung hieß es: Es hilft nichts, wir müſſen aufhören! Die da oben haben ſich zuviel vorgenommen!

Der Unterſuchungsausſchuß müßte alſo hierzu folgende Fragen ſtellen und die Antwort auf ſie finden:

Wer iſt ſchuld daran, daß dem deutſchen Volk die zwingende Kraft der Gewiſſenspflicht, es müſſe um ſeiner Selbſtverteidigung willen unter allen Umſtänden durchhalten, teils verloren ging, teils ſchwach wurde?

Haben Möglichkeiten beſtanden, durch unzweideutige Erklärungen des deutſchen Willens zur reinen Verteidigung die feindlichen Vernichtungspolitiker zu entwaffnen?

War tatſächlich der Wunſch, ſich für Eroberungen die Hände freizuhalten, maßgebend dafür, daß bei jeder offiziellen Erklärung über deutſche Kriegsziele allerlei Vorbehalte, Einſchränkungen und Zweideutigkeiten angebracht wurden, die Deutſchlands Ehrlichkeit verdächtig machten?

Hat es an Warnungen und Hinweiſen darauf gefehlt, daß auf dieſe Art zunehmende Gefahren über Deutſchland heraufbeſchworen wurden und daß die entſcheidenden Möglichkeiten verlorengingen, den Krieg rechtzeitig und glücklich zu beenden?

2.

Wo liegen die entſcheidenden Verantwortlichkeiten in der Vorgeſchichte des uneingeſchränkten U-Boot-Krieges?

Der verſchärfte U-Boot-Krieg iſt durchgeſetzt worden gegen den urſprünglichen ſtarken Widerſpruch des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg und des Staatsſekretärs Helfferich. In ihrer Ablehnung des Planes zeigte ſich, wie durch den Ausgang bewieſen wurde, ihre beſſere Einſicht in die Gefahren, die mit dem unbeſchränkten U-Boot-Kriege verbunden waren.

Konnte die Reichsleitung daran zweifeln, daß die Verſchärfung des U-Boot-Krieges den Konflikt mit Amerika herbeiführen würde? Wußte ſie, was dieſer Konflikt bedeutete? Hat man das deutſche Volk hinreichend inſtand geſetzt, die pſychologiſchen und tatſächlichen Motive zu prüfen, die ſchwer genug geweſen ſind, um dieſe Bedenken zu beſiegen?

Wer iſt ſchuldig daran, daß die nicht ſachverſtändige öffentliche Meinung durch eine Maſſendemagogie der unverantwortlichſten Art bis zur Beſinnungsloſigkeit für den U-Boot-Krieg aufgepeitſcht wurde?

Iſt das Material, das beigebracht wurde, aus dem die Wahrſcheinlichkeit des rechtzeitigen Erfolges geſchloſſen werden ſollte, ſo gewiſſenhaft und zuverläſſig geſammelt und dargeſtellt worden, daß eine Entſcheidung von ſolcher Tragweite ſich darauf gründen ließ?

Sind die Männer gehört worden, die wiſſen mußten, wie Amerika auf die Verſchärfung des U-Boot-Krieges reagieren würde? Hat man ihnen gebührende Beachtung geſchenkt, als ſie ihre ſchweren Bedenken und Warnungen erhoben?

Die Hungerblockade war auf jeden Fall unmenſchlicher als der U-Boot-Krieg. Hat man ſich aber mit ganzem Ernſt gefragt, ob man den Namen des deutſchen Volkes den Schmähungen ausſetzen dürfe, die trotzdem von der ganzen Welt zu erwarten waren? Hat man erwogen, zu welchen Belaſtungen für das deutſche Gewiſſen die Maßnahme allmählich führen konnte? Oder haben die entſcheidenden Inſtanzen, in erſter Linie der Reichskanzler, zuletzt ſich gegen ihre innere Überzeugung nur dem Druck ſtärkerer Willenskräfte gebeugt?

Welche Verantwortung trifft außerdem hier die Mitglieder des Reichstages?

Politiſch geſprochen, iſt die Frage der Verantwortung nicht einfach mit der Feſtſtellung erſchöpft, wer das Gute gewünſcht hat, wer das Schlechte wollte und durchſetzte, ſondern es bedarf der Klarheit darüber: Wer hat das Gute gewünſcht, wer hätte die Mittel gehabt, es zu erreichen, wem fehlte es an der notwendigen Entſchlußkraft, entweder durchzuſetzen, daß nach ſeiner Überzeugung gehandelt wurde — oder zu gehen?

3.

Welches ſind die beſtimmenden Momente für die März-Offenſive von 1918 geweſen?

Als der Entſchluß gefaßt wurde, die letzte große deutſche Offenſive dieſes Krieges zu unternehmen, konnte kein Zweifel darüber beſtehen, daß, wenn ſie mißlang, wir keine weitere Karte zum Ausſpielen beſaßen. Erſtens lag das in den materiellen Kräfteverhältniſſen begründet, zweitens in der pſychologiſchen Verfaſſung des Volkes und ganz beſonders der Armee. Bisher war beim Volk und bei der Truppe die Hoffnung aufrechterhalten worden, wir würden ſiegen. Dieſe Hoffnung bildete ein Gegengewicht gegen die niederziehenden Wirkungen der Hungerblockade, der langen Dauer des Krieges, der ſtarken Verluſte und des zunehmenden Eindruckes von den materiellen Machtmitteln der Gegner. Ganz beſonders bedeutungsvoll war es auch, daß bis dahin weder weitere Kreiſe der öffentlichen Meinung, noch die Soldaten klare Einſicht über den Umfang und die militäriſche Bedeutung der amerikaniſchen Hilfe beſaßen. Das übereinſtimmende Zeugnis der Truppe beſagt, daß die Hoffnung auf Sieg den Leuten verloren ging, als ſie nach dem mißlungenen Angriff Mitte Juli 1918 merkten, wie wirkungskräftig die amerikaniſche Hilfe war. Fortan hieß es an großen Teilen der Front: An Sieg iſt nun nicht mehr zu denken! Es iſt klar, daß damit unſere moraliſche Angriffskraft entſcheidend geſchwächt wurde.

Wann hat die Oberſte Heeresleitung Kenntnis von dem außerordentlichen Umfang der durch den U-Boot-Krieg nennenswert gehinderten amerikaniſchen Hilfe für das Schlachtfeld erhalten?

Warum iſt angeſichts des ungeheuren Riſikos des Mittels der März-Offenſive, hinter dem es kein zweites mehr gab, um den Krieg zu gewinnen, der große Angriff dennoch erfolgt? Warum iſt nicht vorher noch ein Verſuch mit politiſchen Mitteln gemacht worden? Es gab Warnungsſchriften, darunter eine, die unterzeichnet war von Legien, Friedrich Naumann, Stegerwald und Prof. Alfred Weber. Es gibt auch eine Antwort des Generals Ludendorff darauf. Wie ſteht es damit? Haben diejenigen recht, die da ſagen, daß der General Ludendorff um jeden Preis auf der Offenſive beſtand, und daß ihm daher alle Verantwortung dafür zugeſchoben werden müſſe, daß nicht noch ein wirkſamer Friedensſchritt von Seiten der Regierung geſchah — oder war vielleicht der General Ludendorff ſturmreif für die nichtmilitäriſche politiſche Vernunft, aber es gab keine Regierung, die die geiſtige Kraft und das Verantwortlichkeitsgefühl beſaß, den Sturm zu unternehmen? Auch von einer anderen hervorragenden Perſönlichkeit iſt vor der Offenſive allen entſcheidenden Inſtanzen ſo eindringlich wie möglich naheglegt worden, man möge die ungewöhnlich günſtige Lage zur Erſchütterung des feindlichen Kriegswillens benutzen.

Nie war die Kraft der gegneriſchen Friedensparteien ſo ſtark wie damals, wo ſie auf die grauenvollen Opfer hinwieſen, die ein Entſcheidungskampf in jedem Falle koſten werde. Außerdem beſtanden auf der feindlichen Seite ſtarke Beſorgniſſe über den militäriſchen Ausgang.

Das deutſche Volk will wiſſen, wer daran ſchuld iſt, daß trotz alledem der Verſuch unterblieb, durch eine unzweideutige Erklärung über die deutſchen Ziele zu Friedensverhandlungen zu gelangen. Gerade eine ſolche Erklärung war von führender Stelle bei den feindlichen Friedensparteien kurz vorher gefordert worden.

4.

Wie iſt der unſeligſte aller deutſchen Schritte, das Waffenſtillſtandsangebot im Oktober 1918, zuſtande gekommen?

Unſere militäriſche Lage am 29. September war ähnlich, wenn auch noch ſchlechter, als die der Engländer am 22. März, als das berühmte Bulletin des engliſchen Oberbefehlshabers kam: „Es hat ein Durchbruch ſtattgefunden". Es war die „Schwarze Woche" in London, die fünfte engliſche Armee war zuſammengebrochen. Man ſtelle ſich vor, daß die Engländer damals erklärt hätten: Wir ſchlagen Waffenſtillſtand vor! Niemand hätte das anders verſtanden, als daß ſie um Abbruch des Kampfes baten, der für uns ſiegreich ausging. Ein ſolcher Zuſammenbruch der engliſchen Nervenkraft hätte den Triumph unſerer Kriegspartei entfeſſelt: Nun gerade, jetzt haben wir ſie!

General Haig machte kein Waffenſtillſtandsangebot; die engliſchen Nerven hielten durch. Damit war die Lage für England gerettet.

Mit Deutſchland ſtand es im September weit ſchlechter, denn wir hatten keinen Erſatz. Die Armee war aber noch widerſtandskräftig, und die Nation hatte die

Nerven noch nicht verloren. Ein ſtarker Impuls, vom Führer ausgehend, hätte das Durchhalten bis zum Schluß der Kampfſaiſon ermöglicht. Damit wäre der Vernichtungsfriede wahrſcheinlich überhaupt abgewendet worden. Gewiß, Ludendorffs Aufgabe, ſeine Nerven zu behalten, war ſchwer, aber: *England hat geſiegt, weil am 22. März die entſcheidenden Männer dort ihre Nerven behielten.* Weil Ludendorff im September ſeine Nerven verlor, darum iſt Deutſchland niedergebrochen.

In unſerer Lage nach dem Mißlingen des großen Juliangriffs und nach dem Rückzug während des Auguſt und September war die Möglichkeit des Sieges nicht mehr gegeben. Ein ungünſtiger Friede ſtand in jedem Falle bevor, ein Friede, der z. B. den Verzicht auf Elſaß-Lothringen gekoſtet hätte. Ein Vernichtungsfriede aber brauchte es darum nicht zu werden, ſobald das Volk, das Heer und der Feldherr die Spannung des Augenblicks durchhielten. Wer von dieſen hat verſagt? Daß die Armee noch fechten konnte, wiſſen wir. Im Volk ahnte man überhaupt noch nicht, wie ſchlimm die Lage war. Der „Vorwärts" ſchrieb damals: „Wehe dem Volk, das ſein Gewehr 5 Minuten zu früh an die Wand ſtellt!" Auch die Oberleitung der Marine glaubte noch kämpfen zu können. Dem Admiral Scheer iſt keine Mitteilung vom Bevorſtehen des Waffenſtillſtandsangebotes gemacht worden. Fürchtete man ſeinen Widerſtand?

Hat es damals in Deutſchland niemanden gegeben, der dem General Ludendorff den Charakter der Lage zum Bewußtſein brachte? Wie hat ſich Herr von Hintze zum Waffenſtillſtandsangebot geſtellt? Wie der Kaiſer? Was haben die Konſervativen für Schritte getan? Wie ſteht es mit dem Bericht des Grafen Weſtarp über die Unterredung, die er mit Hindenburg gehabt hat? Iſt von dieſer Seite etwas Energiſches verſucht worden, als das Angebot bevorſtand? Wer hat verhindert, daß die Nation ſich noch einmal zuſammenraffte? Wer iſt dafür verantwortlich, daß am 2. Oktober Vertreter ſämtlicher Parteien *des Reichstags, einſchließlich der Unabhängigen Sozialdemokraten und der Polen* (!) zuſammenberufen wurden, um von einem Vertreter der Oberſten Heeresleitung deren Bankerotterklärung entgegenzunehmen, die ſo gefaßt war, daß nach ihr ein Widerſtand des Reichstages gegen das Waffenſtillſtandsangebot nicht mehr in Frage kam? Hat ſich niemand überlegt, daß mit unfehlbarer Sicherheit dieſer Standpunkt der Oberſten Heeresleitung mit Rückſicht auf gewiſſe Teilnehmer an der Beſprechung längſtens in drei Tagen dem Auslande bekannt ſein mußte? (Vergl. die „Baſeler Nationalzeitung", Abendausgab vom 17. März 1919.)

Durfte General Ludendorff auf ſeinem Poſten bleiben, als ſeine Kriegspolitik zuſammengebrochen war? Zuerſt hatte er geſagt: Jede Stunde kann eine Kataſtrophe eintreten, heute Nacht noch müſſen wir den ſiegreichen Gegner bitten, ſein Schwert einzuſtecken! Kurze Zeit darauf erklärte er: Wir können noch einmal den Kampf der nationalen Verteidigung aufnehmen! Das war unmöglich; militäriſche Bankerotterklärungen auf Widerruf gibt es nicht.

Herr von Bethmann Hollweg hätte zurücktreten müſſen, als der U-Boot-Krieg erklärt worden war. General Ludendorff hätte ſeinen Abſchied nehmen müſſen, als er den Waffenſtillſtand gefordert hatte, der nach Lage der Dinge auf eine Waffenſtreckung hinauskam. Auch der Kaiſer hätte abdanken müſſen, weil er — das Wort ſtammt von Max Weber — im Juli 1918 die angelſächſiſche („mammoniſtiſche") Weltanſchauung zu einem perſönlichen Zweikampf mit der deutſchen herausgefordert, im September darauf aber ſich an einen amerikaniſchen Profeſſor mit der Bitte gewendet hatte, er möge auf Grund ſeiner Weltanſchauung den Frieden machen. Daß er ſchon damals hätte abdanken müſſen, iſt auch in einem Brief von Friedrich Naumann an den Chef des Zivilkabinetts unumwunden ausgeſprochen worden.

5.

Wer hat die Abreiſe des Kaiſers ins Hauptquartier am 29. Oktober veranlaßt, und zu welchem Zweck iſt ſie geſchehen?

An der Beantwortung dieſer Frage hängt nicht weniger, als die Klarheit darüber, weshalb es in Deutſchland nicht nur zur verſpäteten Abdankung des Kaiſers, ſondern auch zum Sturz der Monarchie und zur Revolution gekommen iſt. Diejenige Art Monarchiſten, die den Kaiſer umgaben, und denen vor allen Dingen an ihrer eigenen Macht gelegen war, wußten ganz genau, daß ihr Einfluß zerbrochen war, ſobald der Kaiſer ging. Daher ſetzten ſie gerade für die Perſon dieſes Monarchen die Monarchie aufs Spiel. Als ihre Puppe wurde der Kaiſer ins Hauptquartier verſchleppt. Wäre er in Berlin geblieben, ſo hätte die Möglichkeit beſtanden, ihn eher davon zu überzeugen, daß ſein *rechtzeitiger* Rücktritt die Monarchie und damit den geſchichtlich-politiſchen Zuſammenhang der deutſchen Entwicklung retten konnte.

Es gab noch eine Möglichkeit, ſolange gekämpft wurde, etwas Großes für den monarchiſchen Gedanken zu tun. Man hätte dem Kaiſer den Entſchluß nahelegen können, ſich an die Spitze ſeiner Truppen zum letzten Kampf zu ſtellen. Niemand hat ihm dies geſagt. Manche, die dieſe Überzeugung hatten, haben ſie ihm nicht mitgeteilt. Wie konnte es geſchehen, daß der Kaiſer ſo vollſtändig über den Charakter der Situation im Unklaren blieb, bis ſich ihm kein anderer Ausweg mehr zeigte, als die Flucht ins Ausland? — —

* * *

Dieſes wären zunächſt die Fragen, die dem Ausſchuß, der unſerer Meinung nach an die Stelle des Staatsgerichtshofes zu treten hätte, vorzulegen ſind. Es gibt auch noch andere Fragen, die zu erörtern für diesmal zu weit führen würde. Wir behalten uns vor, bei gelegener Zeit auf ſie zurückzukommen.

Zwei Kaiſerbriefe zum Potsdamer „Kronrat"

Von * * *

Dieſer „Kronrat" in Potsdam — am 5. Juli 1914, der, wie die Entente-Preſſe heute noch behauptet, den Krieg entſchieden haben ſoll, hat überhaupt nicht ſtattgefunden.

Was am 5. Juli 1914 in Potsdam geſchehen iſt, iſt folgendes:

Der öſterreichiſch-ungariſche Botſchafter in Berlin, Szögyeny, hat bei Kaiſer Wilhelm gefrühſtückt, und zwar allein ohne irgendeinen Herrn, irgendeinen „Sondergeſandten" aus Wien; auch ohne Herrn v. Stumm aus Berlin und ohne Graf Hoyos aus Wien. Dieſer Graf Hoyos, der Orient-Referent des Wiener Auswärtigen Amtes, hatte den öſterreichiſch-ungariſchen Botſchafter Szögyney in Berlin das Handſchreiben des Kaiſers Franz Joſeph überbracht, das wir heute veröffentlichen und das Szögyeny nach dem Frühſtück dem Kaiſer Wilhelm überreichte, zuſammen mit einer Wiener Denkſchrift über die öſterreichiſche Balkanpolitik, einer Denkſchrift, die bereits vor dem Mord von Serajewo fertiggeſtellt war und auf die wir noch zurückkommen werden.

Das iſt das eine.

Das andere iſt das: Nachmittags hat der Kaiſer den Reichskanzler Bethmann Hollweg und den Unterſtaatsſekretär Zimmermann, der den damals auf der Hochzeitsreiſe abweſenden Staatsſekretär von Jagow vertrat, bei ſich in Potsdam geſehen und mit ihnen die politiſche Lage beſprochen — in welchem Sinne, das geht aus des Kaiſers Antwort an Kaiſer Franz Joſeph hervor, die wir gleichfalls heute veröffentlichen. Am anderen Tage hat Kaiſer Wilhelm ſeine Nordlandsreiſe angetreten.

Dieſe beiden Tatſachen — die Überreichung der beiden Wiener Schreiben durch den öſterreichiſch-ungariſchen Botſchafter Szögyeny nach dem Frühſtück und die Beſprechung des Kaiſers mit Reichskanzler und Unterſtaatsſekretär — ſind das einzige, was von dem angeblichen „Kronrat" geſchichtlich beſteht und übrigbleibt.

Dieſen Tatbeſtand habe ich ſelbſt ſchon am Montag, den 6. Juli 1914, alſo gleich am Tage darauf, in dieſer Form erfahren vom Unterſtaatsſekretär Zimmermann; und in der gleichen Form einige Tage darauf, auch durch den bekannten und immer gut informierten Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung, Auguſt Stein. Dieſer Tatbeſtand iſt in der gleichen Form mir ſpäter auch durch Bethmann Hollweg perſönlich beſtätigt worden, und er wird jetzt auch durch die voneinander unabhängigen Darſtellungen Helfferichs und v. Jagows in der gleichen Weiſe beſtätigt; ebenſo durch den jetzigen öſterreichiſchen Geſandten in Berlin, Dr. Ludo Hartmann, auf Grund ſeines Studiums der Wiener Archive.

Trotzdem bleibt die Entente-Preſſe auch heute noch dabei, ihren Völkern einen

„Potsdamer Kronrat“ vorzulügen, an dem deutſche Generäle und Admiräle, öſterreichiſche Generäle und Erzherzöge angeblich teilgenommen haben und der den Krieg gewollt, vorbereitet und entſchieden haben ſoll.

Ich habe nie verſtanden, warum das Auswärtige Amt gegenüber dieſer Entente-Lüge nicht von Anfang an den harmloſen wirklichen Tatbeſtand veröffentlicht hat und ſich immer nur mit einem formellen Dementi des „Kronrats“ begnügt hat. Es heißt, daß das Wiener Kabinett einer dahingehenden Abſicht der Berliner Regierung wiederholt widerſprochen hätte — aus Rückſichten der inneren Politik. Dieſe Rückſichten können und müſſen heute wegfallen; und deshalb heute dieſe Veröffentlichung:

Handſchreiben des Kaiſers Franz Joſeph an Kaiſer Wilhelm.

Ich habe aufrichtig bedauert, daß Du genötigt warſt, Deine Abſicht, zur Trauerfeier nach Wien zu kommen, aufzugeben. Ich hätte Dir ſehr gern perſönlich meinen herzlichen Dank für Deine wohltuende Anteilnahme an meinem ſchweren Kummer ausgeſprochen.

Du haſt mir durch Dein warmes mitfühlendes Beileid wieder bewieſen, daß ich in Dir einen treuen verläßlichen Freund beſitze und daß ich in jeder ernſten Stunde auf Dich rechnen kann.

Es wäre mir auch ſehr erwünſcht geweſen, die politiſche Lage mit Dir zu beſprechen; da dies jetzt nicht möglich geweſen iſt, erlaube ich mir, Dir die anruhende von meinem Miniſter des Außeren ausgearbeitete Denkſchrift zu ſenden, die noch vor der furchtbaren *Kataſtrophe in Serajewo* verfaßt wurde und jetzt nach dieſem tragiſchen Ereigniſſe beſonders beachtenswert erſcheint.

Das gegen meinen Neffen verübte Attentat iſt die direkte Folge der von den ruſſiſchen und ſerbiſchen Panſlawiſten betriebenen Agitation, deren einziges Ziel die Schwächung des Dreibundes und die Zertrümmerung meines Reiches iſt.

Nach allen bisherigen Erhebungen hat es ſich in Serajewo nicht um die Bluttat eines einzelnen, ſondern um ein wohlorganiſiertes Komplott gehandelt, deſſen Fäden nach Belgrad reichen, und, wenn es auch vermutlich unmöglich ſein wird, die Komplizität der ſerbiſchen Regierung nachzuweiſen, ſo kann man wohl nicht im Zweifel darüber ſein, daß ihre auf die Vereinigung aller Südſlawen unter ſerbiſcher Flagge gerichtete Politik ſolche Verbrechen fördert, und daß die Andauer dieſes Zuſtandes eine dauernde Gefahr für mein Haus und für meine Länder bildet.

Dieſe Gefahr wird noch dadurch erhöht, daß auch *Rumänien*, trotz des beſtehenden Bündniſſes mit uns, ſich mit Serbien eng befreundet hat und auch im eigenen Lande eine ebenſo gehäſſige Agitation gegen uns duldet, wie Serbien es tut.

Es wird mir ſchwer, an der Treue und den guten Abſichten eines ſo alten Freundes, wie Karl von Rumänien es iſt, zu zweifeln; er ſelbſt hat aber meinem Geſandten im Laufe der letzten Monate zweimal erklärt, daß er angeſichts der erregten und feindlichen Stimmung ſeines Volkes nicht in der Lage wäre, im Ernſtfalle ſeinen Bundespflichten nachzukommen.

Dabei fördert die gegenwärtige rumäniſche Regierung ganz offen die Beſtrebungen der Kulturliga, begünſtigt die Annäherung an Serbien und ſtrebt mit ruſſiſcher Hilfe die Gründung eines neuen Balkanbundes an, der nur gegen mein Reich gerichtet ſein könnte.

Schon am Beginne der Regierungszeit Karls haben ähnliche politiſche Phantaſien, wie ſie jetzt von der Kulturliga verbreitet werden, den geſunden politiſchen Sinn der rumäniſchen Staatsmänner getrübt, und es hat die Gefahr beſtanden, daß das Königreich eine Abenteurer-Politik treiben würde. Damals hat Dein ſeliger Großvater in energiſcher zielbewußter Weiſe durch ſeine Regierung eingegriffen und hat Rumänien ſo den Weg gewieſen, auf welchem es zu einer Vorzugsſtellung in Europa und zu einer verläßlichen Stütze aller Ordnung geworden iſt.

Jetzt droht dieſelbe Gefahr dem Königreiche; ich befürchte, daß Ratſchläge allein nicht mehr helfen werden, und daß Rumänien nur dann dem Dreibunde erhalten werden kann, wenn wir einerſeits das Beſtehen eines Balkanbundes unter ruſſiſcher Patronanz durch den Anſchluß Bulgariens an den Dreibund unmöglich machen und andererſeits in Bukareſt klar und deutlich zu erkennen geben, daß die Freunde Serbiens nicht unſere Freunde ſein können, und daß auch Rumänien nicht mehr mit uns als Bundesgenoſſen wird rechnen können, wenn es ſich nicht von Serbien losſagt und die gegen den Beſtand meines Reiches gerichtete Agitation in Rumänien nicht mit aller Kraft unterdrückt.

Das Beſtreben meiner Regierung muß in Hinkunft auf die Iſolierung Serbiens gerichtet ſein. Die erſte Etappe auf dieſem Wege wäre in einer Stärkung der Stellung der gegenwärtigen bulgariſchen Regierung zu ſuchen, damit Bulgarien, deſſen reelle Intereſſen mit den unſrigen übereinſtimmen, vor der Rückkehr zur Ruſſophilie bewahrt bleibt.

Wenn man in Bukareſt erkennt, daß der Dreibund entſchloſſen iſt, auf einen Anſchluß Bulgariens nicht zu verzichten, jedoch bereit wäre, Bulgarien dazu zu veranlaſſen, ſich mit Rumänien zu verbinden und deſſen territoriale Integrität zu garantieren, ſo wird man dort vielleicht von der gefährlichen Richtung zurückkommen, in welche man durch die Freundſchaft mit Serbien und die Annäherung an Rußland getrieben worden iſt.

Wenn dies gelingt, könnte der weitere Verſuch gemacht werden, Griechenland mit Bulgarien und der Türkei zu verſöhnen, es würde ſich dann unter der Patronanz des Dreibundes ein neuer Balkanbund bilden, deſſen Ziel darin beſtehen würde, dem Vordringen der panſlawiſtiſchen Hochflut ein Ziel zu ſetzen und unſeren Ländern den Frieden zu ſichern.

Dies wird aber nur dann möglich ſein, wenn Serbien, welches gegenwärtig den Angelpunkt der panſlawiſtiſchen Politik bildet, als politiſcher Machtfaktor am Balkan ausgeſchaltet wird.

Auch Du wirſt nach den jüngſten furchtbaren Geſchehniſſen in Bosnien die Überzeugung haben, daß an eine Verſöhnung des Gegenſatzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken iſt, und daß die erhaltende Friedenspolitik aller europäiſchen Monarchen bedroht ſein wird, ſolange dieſer Herd von verbrecheriſcher Agitation in Belgrad ungeſtraft fortlebt.

Reichskanzler Bethmann Hollweg an den deutſchen Botſchafter in Wien.

Der öſterreichiſch-ungariſche Botſchafter hat S. M. geſtern ein geheimes Handſchreiben des Kaiſers Franz Joſeph überreicht, das die gegenwärtige Lage vom öſterreichiſch-ungariſchen Standpunkt darſtellt und die ſeitens Wien ins Auge gefaßten Maßnahmen entwickelt.

Ich habe heute Graf Szögyeny im Allerhöchſten Auftrage erwidert, daß S. M. dem Kaiſer Franz Joſeph für das Schreiben danken laſſen und es alsbald perſönlich beantworten werde. Unverzüglich wolle S. M. indes betonen, daß auch er ſich der Gefahr nicht verſchließe, die Öſterreich-Ungarn und damit dem Dreibund aus der von ruſſiſchen und ſerbiſchen Panſlawiſten betriebenen Agitation drohe. Wenngleich S. M. zu Bulgarien und ſeinem Herrſcher bekanntlich kein unbedingtes Vertrauen hege und naturgemäß mehr zum alten Bundesgenoſſen Rumänien und ſeinem Hohenzollernfürſten neige, ſo verſtehe er doch, daß Kaiſer Franz Joſeph mit Rückſicht auf die Haltung Rumäniens und die Gefahr der Gründung eines neuen Balkanbundes mit direkter Spitze gegen die Donau-Monarchie einen Anſchluß Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen wünſche. S. M. werde daher ſeinen Geſandten in Sofia anweiſen, die hierauf gerichteten Schritte des öſterreichiſch-ungariſchen Vertreters auf deſſen Wunſch zu unterſtützen. S. M. werde ferner im Sinne der Anregungen des Kaiſers Franz Joſeph ſeine Bemühungen in Bukareſt einſetzen, um König Karl zur Erfüllung ſeiner Bündnispflicht, zur Losſagung von Serbien und zur Unterdrückung der rumäniſchen Agitation gegen Öſterreich-Ungarn zu bewegen.

Was endlich Serbien anlange, ſo können S. M. zu den zwiſchen Öſterreich-Ungarn und dieſem Lande ſchwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen, da ſie ſich ſeiner Kompetenz entzögen. Kaiſer Franz Joſeph könne ſich aber darauf verlaſſen, daß S. M. im Einklang mit ſeinen Bündnispflichten und ſeiner alten Feundſchaft treu an Seite Öſterreich-Ungarns ſtehen wird.

Antwort des Kaiſers Wilhelm an Kaiſer Franz Joſeph.

Mein teurer Freund,

Mit aufrichtiger Dankbarkeit habe ich es empfunden, daß Du in den Tagen, wo Ereigniſſe von erſchütternder Tragik über Dich hereingebrochen waren, und ſchwere Entſcheidungen von Dir forderten, Deine Gedanken auf unſere Freundſchaft gelenkt und dieſe zum Ausgangspunkt Deines gütigen Schreibens an mich gemacht haſt. Ich betrachte die von Großvater und Vater auf mich überkommene enge Freundſchaft zu Dir als ein koſtbares Vermächtnis und erblicke in deren Erwiderung durch Dich das ſicherſte Pfand für den Schutz unſerer Länder. Bei meiner verehrungsvollen Anhänglichkeit an Deine Perſon wirſt Du ermeſſen können, wie ſchwer die Aufgabe meiner Reiſe nach Wien und der mir auferlegte Verzicht auf die öffentliche Bekundung meiner innigen Anteilnahme an Deinem tiefen Schmerz mich bekümmern mußten.

Durch Deinen bewährten und von mir aufrichtig geſchätzten Botſchafter wird Dir meine Verſicherung übermittelt worden ſein, daß Du auch in den Stunden des Ernſtes mich und mein Reich in vollem Einklang mit unſerer altbewährten Freundſchaft und unſeren Bündnispflichten treu an Eurer Seite finden wirſt. Dir dies an dieſer Stelle zu wiederholen, iſt mir eine freudige Pflicht.

Die grauenerregende Freveltat von Serajewo hat ein grelles Schlaglicht auf das unheilvolle Treiben wahnwitziger Fanatiker und die den ſtaatlichen Bau bedrohende panſlawiſtiſche Hetzarbeit geworfen. Ich muß davon abſehen, zu der zwiſchen Deiner Regierung und Serbien ſchwebenden Frage Stellung zu nehmen. Ich erachte es aber nicht nur für eine moraliſche Pflicht aller Kulturſtaaten, ſondern als ein Gebot für ihre Selbſterhaltung, der Propaganda der Tat, die ſich vornehmlich das feſte Gefüge der Monarchie als Angriffsobjekt auserſieht, mit allen Machtmitteln entgegenzutreten. Ich verſchließe mich auch nicht der ernſten Gefahr, die Deinen Ländern und in der Folgewirkung dem Dreibund aus der von ruſſiſchen und ſerbiſchen Panſlawiſten betriebenen Agitation droht, und erkenne die Notwendigkeit, die ſüdlichen Grenzen Deiner Staaten von dieſem ſchweren Drucke zu befreien.

Ich bin daher bereit, das Beſtreben Deiner Regierung, das dahin geht, die Bildung eines neuen Balkanbundes unter ruſſiſcher Patronanz und mit der Spitze gegen Öſterreich-Ungarn zu hintertreiben, und als Gegengewicht ferner den Anſchluß Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen, nach Tunlichkeit zu fördern. Demgemäß habe ich trotz gewiſſer Bedenken, die in erſter Linie durch die geringe Zuverläſſigkeit des bulgariſchen Charakters bedingt werden, meinen Geſandten in Sofia anweiſen laſſen, die diesbezüglichen Schritte Deines Vertreters auf deſſen Wunſch zu unterſtützen.

Des weiteren habe ich meinen Geſchäftsträger in Bukareſt beauftragt, ſich zu König Carol im Sinne Deiner Anregungen zu äußern und unter Hinweis auf die durch die jüngſten Ereigniſſe neugeſchaffene Lage die Notwendigkeit eines Abrückens von Serbien und einer Unterbindung der gegen Deine Länder gerichteten Agitation hervorzuheben. Ich habe gleichzeitig beſonders betonen laſſen, daß ich den größten Wert auf die Erhaltung der bisherigen vertrauensvollen Bundesbeziehungen zu Rumänien lege, die auch bei einem eventuellen Anſchluß Bulgariens an den Dreibund keinerlei Beeinträchtigung zu erleiden brauchen würden.

Zum Schluß darf ich dem herzlichen Wunſche Ausdruck geben, daß es Dir vergönnt ſein möge, nach den ſchweren Tagen durch den Aufenthalt in Iſchl Erholung zu finden.

In aufrichtiger Anhänglichkeit Dein treuer Freund

Wilhelm.

„Annessione, Annessione“

Von Oscar Müller

9. Mai 1919.

Aus den Berichten italieniſcher Zeitungen über die Kammerſitzung, in der Orlando über die Gründe ſeiner ſenſationellen Flucht aus Paris an den Buſen der Nation berichtete, erſehen wir, daß Kammer und Tribüne an den entſcheidenden Stellen der Rede mit den ermunternden Zurufen „Annessione, Annessione“ antworteten. In Venedig hat Gabriele d'Annunzio, der, wie im Mai 1915, jetzt aber gereinigt im Feuer ſeines im Krieg bewieſenen Mannesmutes, die Erhitzung der nationalen Leidenſchaft übernommen hat, das Volk von Venezien feierlich und in einer Art von kontradiktoriſcher Verhandlung verpflichtet, den Krieg und ſeine Leiden wieder aufzunehmen, wenn der Friede Italien nicht das bringen ſollte, was es erwarten zu dürfen glaubt. — Wenn man dieſe beiden Epiſoden als Pole der Stimmung Italiens und der von der Regierung für die Zwecke ihrer Politik geſchürten Propaganda anſieht und dazu ſich der Kommentare erinnert, mit der die italieniſche Preſſe das Manifeſt Wilſons zur adriatiſchen Frage begleitete und noch begleitet, ſo kann man über den politiſchen Ernſt dieſer Störung im Lager der Entente nicht im Zweifel ſein und muß es ablehnen, in dem Verhalten der italieniſchen Regierung und Nation lediglich einen Theatercoup zu ſehen, der darauf berechnet war, in einer vorübergehenden Situation ein taktiſches Druckmittel anzuwenden. Wir haben es hier vielmehr mit einem außerordentlichen ernſten politiſchen Ereignis zu tun, deſſen Urſachen im Kriege ſelbſt und in den allgemeinen politiſchen Bedingungen liegen, die er geſchaffen hat, und deſſen Folgen nicht damit abgeſchloſſen ſein werden, daß die italieniſchen Delegierten — man weiß noch nicht, ob gerufen oder freiwillig — jedenfalls aber, um bei dem wichtigen Akt der Übergabe der Friedensbedingungen an Deutſchland nicht zu fehlen, nach Paris zurückgekehrt ſind und nun wieder an der diplomatiſchen Koalition unſerer Gegner teilnehmen.

Urſprung, Gegenſtand und Umfang des Streites ſind in kurzen Zügen etwa ſo: Der Reſt der hiſtoriſchen Liquidation, die das Königreich Italien mit der habsburgiſchen Monarchie zu bereinigen hatte, richtete ſich nur zum geringen Teil gegen von Deutſche beſiedelte oder beherrſchte Gebiete. Nur in Südtirol ſtoßen italieniſches und deutſches Volkstum aufeinander und verlangten nach einer nationalen und raſſenmäßigen Ausgleichung. Am Oſtrand der Alpen aber, längs des Iſonzo, in Iſtrien und an der dalmatiniſchen Küſte waren ſchon längſt das kroatiſche, ſlawoniſche und ſerbiſche Volkstum in der jugoſlawiſchen Idee erſtarkt und erwacht und fühlten ſich ſelbſtändig, ohne Zuſammenhang mit den monarchiſch-hiſtoriſchen Traditionen des Habsburger Hauſes, aus eigenſten Volksintereſſen und Inſtinkten heraus als Gegner des Italienertums. Ja, der Gegenſatz zwiſchen dieſen jungen Völkern, die friſch und unbedenklich nach Macht, Reichtum und Einfluß langten, wo ſie lebten und vorwärts drangen, und der alten lateiniſchen Kultur mit ihren pompöſen Anſprüchen war womöglich noch ſtärker als der italieniſch-deutſchöſterreichiſche, weil in dieſem trotz allen Haſſes doch eine gewiſſe Achtung und eine Spur von Verſtändnis lag, wie dies eine lange gemeinſame Geſchichte mit ſich bringt. Das italieniſche und ſlawiſche Element aber waren wie Feuer und Waſſer, und wenn ſie ſich auch in ihrer gemeinſamen Abneigung gegen das politiſche Öſterreichertum oft fanden, im Kriege ſogar zu Bundesgenoſſen wurden, ſo war doch keinem, der die pſychologiſchen Völkergegenſätze da unten kennt, zweifelhaft, daß nur eine alte Feindſchaft beſeitigt werden ſollte, um einer neuen, viel gefährlicheren Luft zu machen. Im Kampf um die politiſche und kulturelle Herrſchaft in Trieſt war längſt dieſe neue Gegnerſchaft offenbar geworden, und die Erkenntnis von ihrem weit in die Zukunft reichenden Weſen hatte einen Mann wie Sonnino noch während der erſten Monate der italieniſchen Neutralität dazu geführt, die Angliederung Trieſts an das Königreich nicht zu verlangen, ſondern den Deutſchen dort die Wacht gegen die Slawen zu überlaſſen. Erſt als mit dem Eintritt Italiens in den Krieg die Welle nationaler Begehrlichkeit über allen realpolitiſchen, aus der Vergangenheit gezogenen Argumenten zuſammenſchlug, entſtand in Italien die opportuniſtiſche Fiktion, daß die Südſlawen ſich ſchon damit abfinden würden, wenn Italien anſtelle der Donaumonarchie die Alleinherrſchaft in der Adria übernehmen würde. Der ernſtliche Rückgriff auf die Südſlawen als Bundesgenoſſen, der die ganze Tragik der italieniſchen Politik in ſich ſchließt, erfolgte aber erſt, als die blutigen Niederlagen am Iſonzo die Unfähigkeit Italiens enthüllten, in ritterlicher

Entſcheidung der Waffen die militäriſche Stärke des alten Reiches zu brechen. Dann erſt wurde der Plan der inneren Zerſetzung Öſterreichs durch Propaganda unter ſeinen Nationalitäten ſyſtematiſch aufgeſtellt und betrieben, die politiſche Beſiegung anſtelle der militäriſchen zum Ziel erhoben. Unter dem Protektorat der engliſchen Politik erfolgte die Annäherung Italiens an die in der Verbannung lebenden ſlawiſchen Staatsmänner. Die Zuſammenkunft Orlandos mit Trumbitſch, dem heutigen Außenminiſter des ſüdſlawiſchen Reiches, im Frühjahr 1918 führte zur Einberufung des „Kongreſſes der unterdrückten Nationen Öſterreich-Ungarns" in Rom im April desſelben Jahres, bei dem die noch zwieſpältige und unentſchiedene Haltung der offiziellen italieniſchen Politik dadurch zum Ausdruck kam, daß Sonnino dem Kongreß fern blieb und ihn ausdrücklich verleugnete.

Von hier aus haben ſchwere innenpolitiſche Auseinanderſetzungen in Italien ihren Urſprung, in denen die Vertreter der nationaliſtiſchen Forderungen in deſto ſchärferen Gegenſatz zu der Idee einer Ausgleichung der italo-ſlawiſchen Gegenſätze traten, als die Bedeutung der ſlawiſchen und tſchechiſchen Revolten für den Zuſammenbruch Öſterreich-Ungarns klarer und entſcheidender wurde. Mit der Anerkennung der Meuterer als alliierter und kriegführender Mächte auch durch Wilſon wurde es unabwendbar, daß neben die alten italieniſchen Rechte aus den Bündnisverträgen mit der Entente die neuen der ſlawiſchen Nationen treten würden, die ſich ein ſo großes Verdienſt um den Enderfolg zuſchreiben durften. Als dann der *völlige ſtaatliche Zuſammenbruch der Donau-Monarchie* ſelbſt die kühnſten Erwartungen übertraf, als die Selbſtentleibung Ungarns und die völlige Ohnmacht Bulgariens die ſlawiſche Staatenbildung von jeder Hemmung im Rücken befreiten, gleichzeitig aber Italien erkannte, daß jetzt das Unerwartete und, man kann ſagen, das Unzulängliche Ereignis geworden und die Möglichkeit gegeben war, die Adria völlig italieniſch zu machen, — in dieſem Augenblick mußte der Konflikt zwiſchen Italien und den Südſlawen offen ausbrechen und ſich als eines der großen politiſchen Probleme der Zukunft auftun.

Rechtlich ſteht die italieniſche Politik auf den beiden Verträgen, die am 25. April 1915 und am 30. November desſelben Jahres mit den Mitgliedern der Entente abgeſchloſſen wurden. Im erſten wurden die künftigen Grenzen Italiens dahin beſtimmt: Außer Tirol bis zum Brenner ſollte es die Gebiete von Görz und Gradiſca, Trieſt und ganz Iſtrien erhalten. Der öſtlichſte Punkt an der Küſte war Volosca. Weiter öſtlich ſollte die Adriaküſte mit Fiume bei Ungarn verbleiben. Am Oſtufer der Adria ſollte Norddalmatien, von Liſſarica bis Kap Planka mit Zara und dem Kriegshafen Sebenico italieniſch werden. Außerdem ſollten die Italiener die wichtigſten Inſeln erhalten, die der Nord- und Oſtküſte der Adria vorgelagert ſind und die im Norden Fiume und im Süden die Häfen von Raguſa und Spalato ſtrategiſch beherrſchen. Dieſer Vertrag wurde durch den zweiten nochmals beſtätigt, in dem Italien der engliſch-franzöſiſch-ruſſiſchen Solidaritätserklärung in bezug auf den Friedensſchluß beitrat. Italien hatte, als es vor ſeinem Anſchluß an die Entente ſeine Intereſſen und Forderungen feſtlegte, ſich dabei auf die damalige politiſche Annahme geſtützt, daß Öſterreich-Ungarn als Großſtaat den Krieg überleben werde und daß es ſich für Italien alſo bei der Angliederung neuer Gebiete neben idealen, nationalen Motiven weſentlich darum handle, die unbedingte ſtrategiſche und wirtſchaftliche Vormacht in der Adria zu erlangen. Daß Serbien auf die Dauer nicht von der Adria ferngehalten werden könne, ſah man ſchon damals in Italien ein, aber man rechnete gegen Serbien das Gegengewicht Öſterreich-Ungarns, das mit Fiume zwar für Italien, wenn dieſes Trieſt im Beſitz hatte, kein überragender wirtſchaftlicher Konkurrent und kein gefährlicher militäriſcher Gegner mehr war, für Serbien aber immer noch den erſtrebten Ausgleich bilden konnte. Man ſieht: die italieniſche Politik in der Adria war auf ein Kräfteſpiel zu Dreien eingerichtet und ſo angelegt, daß die zwei Schwächeren ſich etwa balanzieren konnten, Italien aber auch gegen beide der Stärkere blieb. Mit dem völligen Ausſcheiden Öſterreich-Ungarns aber wurde der ſüdſlawiſche Staat plötzlich der alleinige Nachbar Italiens in der Adria, und damit verſchob ſich die ganze politiſche Kalkulation der römiſchen Conſulta. Jetzt galt es, ſich ſo ſtark zu machen, daß das Slawentum an der Adria nichts anderes, denn als Geduldeter und Nutznießer des römiſchen Commercium auftreten konnte. Die Pfähle der neuen Grenzen mußten alſo weiter geſteckt werden und auch das umfaſſen, was die früheren Verträge zwiſchen Iſtrien und Norddalmatien noch freigelaſſen hatten, alſo vor allem Fiume, wobei das italieniſche Anrecht in der Tat durch die Wilſonſche Formel der Nationalität und Selbſtbeſtimmung geſtützt wurde, denn Fiume iſt in der Tat eine italieniſche Stadt, die auch durch wiederholte Willenskundgebungen ihrer Vertretungen dem Wunſch nach Zugehörigkeit zum Königreich Ausdruck gegeben hatte. Aber derſelbe Rechtsgrundſatz verbietet, daß Italien ſich die dalmatiniſche Küſte, die ihm in den Verträgen zugeſichert war, ſich aneignet, denn dort handelt es ſich zweifellos um von Slawen bewohnte Gebiete, in denen nur wenige Flecken italieniſcher Sprache und Kultur, allerdings mit großer Vergangenheit aus den Zeiten venetianiſcher See- und Handelsherrſchaft beſtehen. Aus dieſem Gegenſatz ergab ſich ſchließlich die Deklaration Wilſons, mit der er ex cathedra eine Frage zu entſcheiden ſuchte, in der es kaum eine andere Entſcheidung als die der Macht geben kann. Der Wilſonſche Standpunkt oder vielmehr der ſeiner Sachverſtändigen iſt ein Gemiſch von Recht und Unrecht, logiſcher und falſcher Anwendung der verkündeten Theorien. Zweiffellos gehört danach nicht alles, was die früheren Verträge Italien verſprochen haben, ihm auch zugewieſen, wogegen ſich Italien natürlich auf die

Gültigkeit der Verträge beruft und es Frankreich und England übel vermerkt, daß ſie ſich nur prinzipiell, aber nicht mit ihrer ganzen politiſchen Macht hinter die Verträge ſtellen. Dagegen iſt die Überweiſung Fiumes an die Slawen ein nationales Unrecht gegen Italien, worauf Herr Wilſon erwidert, daß Italien ja ſelbſt in den früheren Verträgen Fiume für entbehrlich gehalten habe. Man ſieht, es gibt in dieſer Verſchachtelung von alten Verträgen und neuen Prinzipien, die wechſelſeitig in Anſpruch genommen und abgelehnt werden, keinen Ausweg. In Wirklichkeit handelt es ſich aber um ganz andere Dinge als darum, ob eine Küſtenſtadt oder ein Fiſcherflecken oder eine Riffinſel von geringer Bedeutung italieniſch oder ſerbiſch ſein wird. Das entſcheidende für Italien iſt, wie oben gezeigt wurde, daß das neue ſüdſlawiſche Reich nicht in die Lage kommt, in der Adria die militäriſche und maritime Erbſchaft Öſterreich-Ungarns anzutreten, ſondern von vornherein auf eine Baſis beſchränkt wird, die ihm lediglich die zum Handel und Wandel nötige Luft läßt. Daher legt Italien entſcheidendes Gewicht auf den Beſitz der dalmatiniſchen Inſeln und ſteht dem beruhigenden Hinweis Wilſons ſehr ſkeptiſch gegenüber, der die ſtrategiſchen und militäriſchen Geſichtspunkte für unerheblich erklärt, da ja die Adria unter die Segnungen des Völkerbundes und der Rüſtungsabkommen fallen werde. Nach der Auffaſſung, die der Verſailler Vertrags-Entwurf eines Friedens mit Deutſchland unter Mitarbeit und Zuſtimmung Italiens von dieſen Prinzipien und Einrichtungen zeigt, iſt es allerdings verſtändlich, daß Italien weder in ſeinem eigenen Herzen mit ſolchen künftigen Beglückungen rechnet, noch bei ſeinen Bundesgenoſſen eine ſolche Idealität vorausſetzt.

Welche vorübergehende Löſung dieſer unlösbare Gegenſatz finden wird oder ob er einer der Giftſtoffe ſein wird, welche die Arbeit von Paris und Verſailles unmittelbar zu einer Auszehrung des Friedensgedankens bringt, iſt heute noch nicht abzuſehen. Man muß der italieniſchen Politik zubilligen, daß ſie in ihren praktiſchen Zielen konſequent und in der ideellen Unterſtützung derſelben geſchickt und in abſoluter Übereinſtimmung mit dem Weſen und Charakter ihres Volkes vorgeht. In Deutſchland hat man viel über das Wort von sacro egoismo geſpöttelt. Aber was ſtellt es anders dar, als ein etwas offenes und damals unzeitgemäßes Bekenntnis zu dem, was den Inhalt aller politiſcher Kunſt umſchreibt: Die Intereſſen des Staates zu wahren und ſie durch allgemeine Geſichtspunkte des Rechts und der Moral als heilig empfunden werden zu laſſen? Italien iſt in den Krieg gegangen, weil es aus einem Sieg der Zentralmächte die Verwirklichung ſeiner ſpezifiſch hiſtoriſchen und imperialiſtiſchen Intereſſen nicht erwarten zu dürfen glaubte. Es hat zweifellos, wenn auch vom Waffenglück nicht begünſtigt, wie es ſein Schickſal zu ſein ſcheint, erheblich zum Sieg der Entente beigetragen, den es in der Propaganda nach der Richtung ſeiner zu humanitären Begründungen neigenden Volksmaſſen als Triumph des Rechts und der Freiheit drapierte. Jetzt da das Ziel des Krieges erreicht iſt, ſtellt ſich die politiſche Lage für Italien anders dar, und es zögert nicht, dem ſofort Rechnung zu tragen und unter Beibehaltung ſeines Leitſatzes vom sacro egoismo die Folgerungen anders zu ziehen. Kurz: Italien iſt neben England vielleicht der einzige Staat, der inſtinktiv, von einem angeborenen und fortentwickelten Verſtändnis heraus die auswärtige Politik macht, die ſeinen Intereſſen dient und immer zugleich der Ausdruck des Volkswillens zu ſein verſteht, eine Kunſt, die ſowohl den Demokraten als den Ariſtokraten befriedigen muß und die nichts anders iſt, als eine von der Staatsform unabhängige Frucht alter ausgeglichener politiſcher Kultur. Man darf natürlich nicht verkennen, daß Italien heute eine Politik treibt, die in ihren letzten Konſequenzen zu einer diplomatiſchen Niederlage führen könnte. Denn es iſt kaum in der Lage, ſeinen Forderungen durch Trennung von ſeinen Verbündeten oder durch Gewalt Gehör zu verſchaffen, wenn der diplomatiſche Druck nicht ausreichen ſollte. Zunächſt aber darf es hoffen, wenigſtens Fiume für ſich zu erlangen und auf das, was es nicht erreicht, die Hand eines hiſtoriſchen Anſpruchs zu legen, der ihm ſachlich und ſtimmungsmäßig in den nächſten Jahrzehnten ein wertvolles Hilfsmittel der Politik werden kann. Ein Land wie Italien kann ohne irgend einen unerfüllten Wunſch nicht leben. Die Irredenta iſt tot, es lebe die neue Irredenta! Zwar gibt es auch in Italien Parteien, die dieſe Auffaſſung nach den neueren Anſchauungen für verfehlt und gefährlich halten. Aber der nüchterne Wirklichkeitsſinn des Italienertums iſt doch im allgemeinen geneigt, nach neuen ungewiſſen Rezepten zuerſt andere ſelig werden zu laſſen und vorerſt dafür zu ſorgen, daß die Intereſſen auch gewahrt bleiben für den Fall, daß die neue politiſche Religion ſich als Chimäre erweiſen ſollte. In derſelben Miſchung realiſtiſcher und nationaliſtiſcher Geſichtspunkte betrachtet es die Frage ſeiner Grenze gegen das Deutſchtum in Tirol, erwärmt es ſich für den Zuſammenſchluß Öſterreichs mit Deutſchland und empfindet heute wahrſcheinlich den Sieg der Entente und ſeine Ausnutzung als zu groß und zu hart. In der Tat gehen die italieniſchen Intereſſen durchaus dahin, daß kein neues Übergewicht in der Welt geſchaffen wird, da Italien als Mittelſtaat dann nur eine zweite Rolle ſpielen könnte. Seine Aufgabe iſt, Herr im Hauſe zu ſein, wozu vornehmlich die Adria gehört, in ſeiner näheren Umgebung, dem Balkan, dem nahen Orient und dem Koloniſationsgebiet Nord- und Oſtafrikas eine mitbeſtimmende Rolle zu ſpielen, in der weiteren Welt aber möglichſt gleich ſtarke Kräfte ſich die Wage halten zu ſehen, ſo daß es ſelbſt immer die Möglichkeit hat, ſeine Stimme entſcheidend nach einer Partei zu werfen.

Wenn man mit dieſen Theſen der neuen italieniſchen Politik das künftige Intereſſe Deutſchlands vergleicht, ſo könnte man zu einer gewiſſen Ähnlichkeit kommen.

Auch Deutſchland iſt jetzt in die Reihe der Mächte getreten, die weder militäriſch noch wirtſchaftlich für ſich allein noch etwas bedeuten, wenn ſich eine Macht oder mehrere überragend mächtige Staaten oder eine Koalition ſolcher für längere Zeit die Alleinherrſchaft anmaßt. Für dieſe Großmächte zweiten Ranges gibt es nur zweierlei Ausſichten: *den wirklichen Völkerbund oder eine gemeinſame Intereſſenpolitik*, die von Fall zu Fall dem Appetit der Großen entgegentritt. Italien iſt im beſten Zuge, dieſe Politik einzuleiten; Deutſchland iſt nicht ſo weit, weil es noch nicht weiß, ob es überhaupt leben kann. Aber auch für das ſiegreiche Italien liegt dieſe Frage wenigſtens in einem gewiſſen Sinne ſehr nahe, denn ſeine wirtſchaftlichen, finanziellen und ſozialen Zuſtände ſind ſo, daß ſie ſich von denen Deutſchlands, übrigens auch Frankreichs, nicht prinzipiell, ſondern höchſtens dem Grade nach unterſcheiden. Auch in Italien iſt die Frage der Tilgung einer ungeheuren Staatsſchuld, der Wiederherſtellung der Friedenswirtſchaft, der Heilung der ſozialen und moraliſchen Schäden des Krieges nicht anders als durch eine wenigſtens vorübergehende internationale Solidarität zu löſen, und auch hier ſteht das Geſpenſt der ſozialen Revolution ſchon in halber Sicht, wenn es nicht gelingt, dieſe Aufgabe trotz der nicht zu beſeitigenden politiſchen Gegenſätze zu löſen. Inſofern kann man ſagen, daß die auswärtige Politik Italiens zur Zeit mit hiſtoriſchem Vorſchuß arbeitet, da ſeine innere Lage von ihm fordert, folgſam und artig zu ſein. Die Geſte der Abreiſe Orlandos war deswegen eine gewiſſe Kühnheit, von der man noch nicht weiß, ob ſie desavouiert oder honoriert werden wird.

Zur Lage in Polen

Von W. v. Maſſow

9. Mai 1919.

Eine Frage darf man wohl voranſtellen: Kann man über die heutigen Verhältniſſe in Polen überhaupt irgend etwas ſagen, was über den Augenblick hinaus von Wert ſein könnte? Der Zweifel an dieſer Möglichkeit iſt nur allzu berechtigt, denn alles iſt im Fluß begriffen. Oder vielleicht richtiger geſagt: Man iſt im Begriff, auf Triebſand und Sumpfboden mit fremdem Material und fremder Hilfe ein möglichſt prunkend ausſehendes Gebäude zu errichten. Aber über die Einzelheiten dieſer Tätigkeit wiſſen wir eigentlich recht wenig, denn was in den polniſchen Zeitungen darüber ſteht, gibt kein zuverläſſiges Bild, und allerlei aus dem Inhalt dieſer Zeitungen aneinanderzureihen, hat für den deutſchen Leſer recht wenig Intereſſe.

So könnte man die von uns eingangs geſtellte Frage vielleicht am beſten mit einem einfachen Achſelzucken beantworten. Das würde den Sachverhalt durchaus zutreffend bezeichnen und hätte den Vorzug, Papier und dem Leſer Zeit zu ſparen. Aber es läßt ſich manches ſagen, was die ſolchermaßen gekennzeichnete Lage etwas näher umſchreibt, das Urteil begründet und erläutert, und das ſcheint mir doch eine Pflicht zu ſein gegenüber denen, die ſich in dieſen Verhältniſſen ſchwer auskennen und mit ernſter Sorge die Nachrichten in ſich aufnehmen, die täglich vom Oſten her zu uns herüberdringen.

Um hier zunächſt einigermaßen Klarheit zu ſchaffen, möge man in ſeiner Vorſtellung einmal einen ſcharfen Strich ziehen zwiſchen dem eigentlichen Polen, d. h. der polniſchen Republik, die aus der Vereinigung des ehemaligen Kongreßpolens mit Galizien entſtanden iſt, und dem aufſtändiſchen Gebiet innerhalb der noch zu Recht beſtehenden Grenzen des preußiſchen Staates. Ich bitte, dieſe Trennung der Begriffe nicht dahin mißzuverſtehen, als ob ich den Zuſammenhang zwiſchen den Vorgängen diesſeits und jenſeits der Grenze leugnen wollte. Von dieſem Zuſammenhang ſpäter. Einſtweilen wird es zur Klärung beitragen, wenn man beides getrennt betrachtet. Denn es führt in der Tat zu falſchen Vorſtellungen, wenn man das hier und dort Beobachtete einfach auf die andere Seite oder das Ganze überträgt.

Sehen wir uns nun zuerſt die polniſche Republik an! Ich habe den beſtimmten Eindruck und glaube mich darin nicht zu täuſchen, daß es in den höheren und mittleren Schichten der polniſchen Geſellſchaft eine ſehr große Zahl von Leuten gibt, die nichts ſehnlicher wünſchen, als die Möglichkeit eines friedlichen Ausbaues eines freien polniſchen Staates und die trotz aller in Nationalcharakter und Geſchichte begründeten Abneigung ſehr wohl einſieht, daß es ohne ein leidliches Verhältnis zu Deutſchland nicht gehen wird. Aber in der Ausführung ſehen ſich dieſe Leute überall von bergehohen Hinderniſſen umgeben.

Das hängt in erſter Linie mit der nationalen Eigentümlichkeit zuſammen. Ich darf wohl, da ich mich nicht ohne Not wiederholen möchte, an das erinnern, was ich an dieſer Stelle ſchon öfter auseinandergeſetzt habe. Man ſpricht von „Verſtandesmenſchen“, „Willensmenſchen“ und dergleichen. Ich glaube auch heute noch, wie ſchon früher, den Polen am beſten zu charakteriſieren, wenn ich ihn als „Phantaſiemenſchen“ bezeichne. Es iſt oft erſtaunlich, wie er mit Hilfe der Phantaſie die Wirklichkeit umzumodeln verſteht. Wenn er in Feſſeln iſt, ſo genügt die Hoffnung auf ihre Löſung, um ihn in Herrſcherträume zu wiegen. Es bedurfte nur der Vorſtellung von der Befreiung Polens, um ſogleich alle Großmachtsideen der nationalen Geſchichte in greifbare Nähe zu rücken. Jedes Volk hat ſeinen Nationalſtolz und ſeinen Nationaldünkel beſonderer Art, aber nur unter den Polen konnte eine ſo merkwürdige Richtung wie der ſogenannte „Meſſianismus“ entſtehen. Wenn unſer nationales Unglück eine Vertiefung und Verbreitung religiöſer Stimmungen nach ſich zieht, ſo kann man ſicher ſein, daß es in Deutſchland eine Bußſtimmung ſein wird, die Überzeugung, daß wir einer geſchichtlichen

Aufgabe nicht gerecht geworden ſind und infolgedeſſen eine nationale Schuld zu ſühnen haben. Das wird uns ein Anſporn und eine ſittliche Weihe ſein zu ernſter Arbeit, die uns Schritt für Schritt wieder emporführt. Ganz anders das polniſche Volk. Als es an den Tiefpunkt ſeines nationalen Unglücks gelangt war, waren es ſeine bedeutendſten geiſtigen Führer, darunter der große Dichter Mickiewicz, die die religiöſe Frucht dieſer Prüfung im Reiche der Phantaſie ſuchten und das Leiden des Volkes ſelbſt zum göttlichen Gnadenbeweis ſtempelten. Der Gedanke war der, daß Polen in ſeiner Geſchichte die Ideale der Menſchheit zu verwirklichen verſucht habe; ſeine Erniedrigung und ſein Untergang ſeien dem Tode des Erlöſers vergleichbar, denn immer müſſe das Gute zuerſt ſcheinbar unterliegen, habe aber gerade darin die Gewähr der Auferſtehung und ewigen Lebens zum Segen der ganzen Menſchheit; das polniſche Volk werde dadurch zum Meſſias unter den Völkern. Dieſer nach unſerm deutſchen Gefühl an Blasphemie ſtreifende und doch in ſeiner Art echte und tiefgefühlte Glaube, der ſich in dieſem Meſſianismus ausſprach, war nur möglich, weil die ganze volkstümliche Geſchichtsſchreibung der Polen ein Phantaſiebau war, den wir in unſerer gewiſſenhaften Sachlichkeit kaum begreifen. Erſt in jüngſter Zeit hat die deutſche Schule der Geſchichtsforſchung auf die polniſchen Hiſtoriker abgefärbt, und man beginnt langſam den erzieheriſchen Wert der nüchternen Wahrheit einzuſehen. Aber ein ganzes Volk wandelt ſich nicht ohne weiteres in den Eigenheiten, die tief in ſeiner Veranlagung begründet ſind.

Daraus erklären ſich auch die Charakterzüge, die an den Polen ſo abſtoßend wirken und ihre achtungswerten Eigenſchaften ganz in den Hintergrund ſchieben. Vor allem ihre Unzuverläſſigkeit und Unwahrhaftigkeit, die aus jedem Vertrag ein wertloſes Stück Papier, aus jedem gegebenen Verſprechen einen Lufthauch machen, ſobald ein Stimmungsumſchlag eintritt oder irgend eine neue beherrſchende Idee die Vorſtellungen des Polen in eine andere Richtung reißt. Aber man vergeſſe nicht, daß dieſelbe Eigenſchaft auch ihre Kehrſeite hat, die der andere zu ſeinem Vorteil benutzen kann! Der Wortbruch und die Lüge des Polen kommen ſelten aus kalter Berechnung, ſondern meiſt aus einem Mangel an Feſtigkeit, und dieſer Mangel erſtreckt ſich auch auf das Gebiet des Willens. Der Wille des Polen ſtürmt leidenſchaftlich und hemmungslos dahin, ſoweit ihn die Phantaſie bringt; er klappt ſchlaff und verzagt zuſammen, wenn er ſich an der rauhen Wirklichkeit ernſtlich und fühlbar ſtößt. In dieſer Eigenſchaft liegt der Fingerzeig für das einzige wirkſame Gegenmittel gegen alles, was uns die Beziehungen zwiſchen uns und den Polen ſchwierig und unleidlich macht.

Dieſelben Schwierigkeiten, die wir als Nachbarn im Verkehr mit den Polen und in der Auseinanderſetzung über ihre Anſprüche finden, hat nun aber auch die Regierung der polniſchen Republik in ihrer inneren Tätigkeit mit den eigenen

Leuten. Ein plötzliches Aufflackern irgend einer Stimmung wechſelt mit einer ebenſo plötzlich eintretenden Gleichgültigkeit. Will die Regierung überhaupt etwas leiſten, ſo muß ſie ſich den wechſelnden Strömungen bis zu einem gewiſſen Grade anbequemen, um unnötige Kriſen zu vermeiden, kann aber auch nicht darauf hoffen, daß ſie einen feſten Boden zum Schaffen auf dieſe Art gewinnt. Das Volk ſieht in ſeiner großen Mehrheit ein, daß das Land vor allem der Ruhe und Arbeit bedarf, aber ſeine eigene Natur, der es an feſten Umriſſen des Wollens und Strebens fehlt, läßt es nicht zur Ruhe kommen; es greift ſchon nach dem letzten, wenn es das erſte kaum ins Auge gefaßt hat. Es will, wie man oft geſagt hat, das Dach des Hauſes bauen, ehe das Fundament gelegt iſt. Der Pole ſieht das auch ein, aber er antwortet auf den Hinweis mit einem leichtherzigen: „Wir ſind nun einmal ſo!“ Es iſt darum ſehr ſchwer zu ſagen, ob in einem gegebenen Zeitpunkt mehr der allgemeine nationale Größenwahn oder die Sehnſucht nach friedlichen Zuſtänden, mehr die Furcht vor dem ruſſiſchen Bolſchewismus oder der feindſelige Taumel, der die deutſche Niederlage auszunutzen ſtrebt, im Vordergrunde ſteht. Von jeder dieſer Regungen iſt immer etwas vorhanden, zu Zeiten ſogar ſehr viel. Neuerdings heißt es, daß die ſozialiſtiſchen Richtungen ſtärker auf den Frieden an allen Grenzen dringen; das kann aber, bis dieſe Feſtſtellung gedruckt wird, ſchon wieder falſch ſein, vorausgeſetzt, daß ſie zu der Zeit, als ſie in der polniſchen Preſſe zu leſen war, überhaupt richtig war.

Was der polniſchen Regierung ferner die Tätigkeit erſchwert, iſt der Mangel an führenden Perſönlichkeiten. Schon zur Zeit der Beſetzung mußten die Galizier, die durch ihre politiſche Rolle im alten Öſterreich-Ungarn beſſer geſchult waren, aushelfen. Sehr zum Mißvergnügen der „Intelligenz“ aus dem ehemaligen Kongreßpolen! Und beide, ſowohl Kongreßpolen als Galizier, verhielten ſich möglichſt ablehnend gegen die preußiſchen Polen, die ſich ihnen mit der Hoffnung näherten, ihrer Nation ausgiebig nützen zu können, und dies in dem durchaus richtigen Bewußtſein taten, daß ihre preußiſche Erziehung ſie von vornherein dazu beſonders befähigte und ihnen einen Einſchlag von Arbeitsfähigkeit, Erfahrung und Zucht mitgab, der ihren ehemals ruſſiſchen und öſterreichiſchen Landsleuten bei weitem nicht in dem Maße und nicht in der gleichen tüchtigen und zweckgerechten Durchbildung eigen war. Aber eben das war den echten Polen unheimlich. Die Leute waren ihnen „viel zu preußiſch“, „gar keine richtigen Polen mehr!“ Ich will bei dieſer Erſcheinung, die von der deutſchen Politik viel zu wenig beachtet worden iſt, jetzt nicht verweilen. Vielleicht findet ſich ſpäter einmal Gelegenheit zu einer beſonderen Betrachtung darüber. Hier ſei nur feſtgeſtellt, daß es in dem ehemaligen Kongreßpolen ſehr an geſchulten und erfahrenen Arbeitskräften und Organiſatoren für den Aufbau des polniſchen Staates fehlte, wie es ja auch infolge der Grundſätze der ruſſiſchen Verwaltung ganz natürlich war. Noch ſchwieriger war das Herausfinden führender Perſönlichkeiten, denn die Umſtände brachten es mit ſich, daß alle diejengen, die aus irgend einem Grunde einen volkstümlichen Namen gewonnen und die Volksphantaſie in Bewegung geſetzt hatten, dieſen Erfolg der Tätigkeit auf einem anderen Felde verdankten und der praktiſchen Erfahrung im politiſchen Wirken, in Verwaltungstätigkeit und Organiſation gänzlich ermangelten.

Die erſten Kriegsmonate ſchienen durch die Mitwirkung der Legionen einen gewiſſen Erſatz dafür zu bieten. Das Volk klammerte ſich an den Namen Pilſudſki, den ein Glückszufall und ein in Polen ſehr geſchätztes angeborenes Verſchwörertalent emporgetragen hatten, und dichteten ihm zu Ehren auch das in dieſer Beziehung allezeit geduldige Dombrowſki-Lied um, ſo daß nun die Strophen des weltbekannten Sanges: „Noch iſt Polen nicht verloren" in den zeitgemäßen Kehrreim: „Marsz, Marsz, Pilsudski!" ausklangen. Es iſt derſelbe Mann, der heute an der Spitze der Republik Polens ſteht, wo ſein nun einmal zum Symbol gewordener Name wirken kann, ohne daß er durch Entfalten ſeines Geiſtes Schaden anrichtet. Vielleicht iſt er zur Zeit auch wirklich der geeignetſte Mann, denn es ſcheint, daß er wenigſtens nahe genug an das geiſtige Mittelmaß heranreicht, um repräſentativ auftreten zu können; auch trägt er einen prachtvollen Schnurrbart und verfügt über einen feurigen und ſeelenvollen Blick, was — ernſthaft geſprochen! — bei den polniſchen Damen ſehr ins Gewicht fällt und ihm eine gewiſſe Dauer ſeiner Stellung verbürgt. Es muß ferner bemerkt werden, daß ſein zweifellos ſtarker Haß gegen uns Deutſche frei iſt von der Unritterlichkeit, Härte und Niedrigkeit, wodurch ſich z. B. unſere franzöſiſchen Feinde auszeichnen.

Die eigentliche Leitung der polniſchen Politik liegt ja nicht bei Pilſudſki, ſondern bei dem Miniſterpräſidenten Paderewſki. Daß man dieſe Perſönlichkeit an einen ſolchen Poſten geſtellt hat, zeigt noch viel deutlicher die Verlegenheiten, mit denen der neue polniſche Staat zu kämpfen hat. Unter normalen Verhältniſſen wäre wohl niemand auf den Gedanken gekommen, das Schickſal Polens einem Manne anzuvertrauen, der ſich zwar als Künſtler einen Weltruf erworben hatte, — freilich ſprach man von ſeinen Launen und ſeinem Selbſtbewußtſein mehr als von ſeinem Talent —, aber ein Fremdling in den Staatsgeſchäften war. Indeſſen er hat ſeinen bekannten Namen eingeſetzt, um im Auslande und vor allem in Amerika mit Eifer für Polen und ſeine Anſprüche Stimmung zu machen, und das war das Entſcheidende. Man brauchte in Warſchau, da man einen geeigneten Mann nicht haben konnte, wenigſtens einen geeigneten Namen, ein Aushängeſchild für die Entente, und dazu war der weltbekannte Paderewſki gut, beſonders da er ſich auf dem Wege nach Warſchau noch ſchleunigſt durch eine Unanſtändigkeit gegen Deutſchland, durch eine grobe Verletzung von Treu und Glauben als echten Polen legitimiert hatte. Er hatte bekanntlich das deutſche

Einverſtändnis zum Paſſieren unſeres Gebiets auf der direkten Reiſe von Danzig nach Warſchau erhalten und fuhr ſtatt deſſen nach Poſen, um dort den Aufſtand weiter ſchüren und organiſieren zu helfen.

Aus der Ernennung Paderewſkis zum Miniſterpräſidenten ergibt ſich nicht nur die Armut Polens an Männern, die in den Staatsgeſchäften erfahren ſind, ſondern auch noch ein anderer, zur Beurteilung der Lage wichtiger Umſtand, nämlich das Bedürfnis der Rückſichtnahme auf die Ententemächte. Man brauchte eine persona grata in Paris, Waſhington und London, jemand, der dort bekannt und in ſeiner polniſchen Heimat durch ſeine Vergangenheit gänzlich unbelaſtet war.

In Warſchau hatte man ſich nämlich die Sache wohl etwas anders gedacht. Von den beiden großen bürgerlichen Parteigruppen der Aktiviſten und Paſſiviſten war die erſte, die den Anſchluß an die Zentralmächte erſtrebte, ſtets in der Minderheit geblieben. Die Paſſiviſten, die das Ende des Krieges abwarten wollten, um ſich dann dem Sieger anzuſchließen, ſahen ihre Haltung durch den unerwarteten Zuſammenbruch Deutſchlands gerechtfertigt, konnten ſich aber ihres Erfolges nicht ſo recht freuen, weil ſie ſich durch die Sozialiſten und beſonders durch das drohende Geſpenſt des Bolſchewismus in ihrer Politik beeinträchtigt fühlten. Sie hatten von einem freien, brüderlichen Anſchluß des neuen Polenſtaates an die Entente geträumt, begegneten aber nun einem vorſichtigen Mißtrauen, einem deutlichen Zweifel an ihrer Macht und ihrer Brauchbarkeit für die Zwecke der Entente. Die „alliierten und aſſoziierten Mächte" dachten gar nicht daran, das freie Polen an ihr Herz zu drücken und ihm brüderlich zu helfen. Polen ſollte vielmehr — genau wie unter Napoleon — wieder auf den ihm vorgehaltenen Köder der Erfüllung ſeiner nationalen Wünſche anbeißen, um den großen Zwecken der Weſtmächte zu dienen. Es ſollte unter franzöſiſch-engliſcher Aufſicht — ſtatt „Aufſicht" ſagte man natürlich „Hilfe" — die deutſche Oſtgrenze bedrohen und gleichzeitig den Wellenbrecher gegen die bolſchewiſtiſche Hochflut aus Rußland bilden.

Daß den verſtändigen Polen bei dieſer ihnen zugedachten Rolle nicht wohl zu Mute war, wird man verſtehen. Bei allen Fehlern ihres Temperaments und Charakters beſitzen die Polen ja einen ſcharfen Verſtand und guten Spürſinn in politiſchen Dingen. Sie begriffen ſehr wohl, daß ihre neuen Aufgaben nicht zum Heil ihres Vaterlandes waren, in naher Zukunft ſogar in der einen oder anderen Weiſe verhängnisvoll werden mußten, aber ſie vermochten ſich dem Druck der neuen Freunde nicht zu entziehen, da dieſe den nationalen Maſſeninſtinkten der Polen Ziele aufgeſteckt hatten, die zu verlockend wirkten, als daß ſie ſich von den denkenden Politikern hätten eindämmen laſſen. Es wird nun auch verſtändlich werden, warum ein ruhig denkender politiſcher Kopf an der Spitze des polniſchen Miniſteriums nicht bleiben durfte. Der patriotiſch fühlende, aber der engeren

Heimat doch halb fremd gewordene, in Entente-Intereſſen ganz eingeſponnene Pianokünſtler kam den Drahtziehern der Entente-Politik hierfür wie gerufen. Er konnte ſich der nationalen Eitelkeit als Mann von Weltruhm vorſtellen und ſich, unbeſchwert durch Kenntniſſe und Erfahrungen, zum Herold der ihm eingeflüſterten Anſprüche machen, die nun von den politiſch urteilsloſen Maſſen aufgenommen und, ſoweit möglich, in die Praxis überſetzt wurden, und wir wiſſen ja, daß es dabei kein Halten gibt, denn der Pole entwickelt dabei die ganze fröhliche Dreiſtigkeit und verblüffende Unverſchämtheit eines verzogenen Kindes.

Vielleicht geben dieſe Ausführungen in gewiſſem Sinne einen Schlüſſel zu den ſonſt gar zu unverſtändlichen Vorgängen in Polen. Wer die polniſchen Dinge immer nur von unſerem Standpunkt aus geſehen hat und die Verhältniſſe nicht näher kennt, wird geneigt ſein, in dem Verhalten der Polen überall einen von Warſchau ausgehenden, ſorgfältig durchdachten Plan zu unſerer Bekriegung, Beraubung und Demütigung zu ſehen. Dieſer Irrtum iſt leider den Polen zugute gekommen, und vielleicht gehört die Erweckung dieſes Eindruckes mit zu den Berechnungen der Entente. In Wirklichkeit waren in Warſchau viel mehr Hemmungen zu unſeren Gunſten vorhanden, als leider an den entſcheidenden Stellen unſererſeits angenommen wurde. Aber unſere viel zu ſpät und zaghaft getroffenen Gegenmaßregeln gegen den Aufſtand in der Provinz Poſen, die lange dauernde Taubheit unſerer Machthaber gegen die Notſchreie unſerer Deutſchen aus den Oſtmarken, das Eingreifen der Entente durch die Beſtimmung einer Demarkationslinie haben die Lage ſo ſehr zu unſeren Ungunſten verſchoben, daß jetzt in dem Augenblick, wo die ausſchweifendſten und ungerechteſten Wünſche der Polen ein Beſtandteil der uns vorgelegten unerhörten Friedensbedingungen geworden ſind, faſt kaum noch Raum für eine Hoffnung zu ſein ſcheint.

Unter ſolchen Umſtänden könnte es wohl überflüſſig erſcheinen, darüber nachzudenken, ob die Polen von ſich aus dieſes ganze Werk planmäßig betrieben haben oder ſich mehr unter dem Druck der Entente und der von ihr beeinflußten zügelloſen Volksinſtinkte durch den Erfolg ihrer ſchrittweiſe unternommenen Wagniſſe haben hinreißen laſſen. Es bleibt aber doch wertvoll zu wiſſen, daß von Hauſe aus der Zuſammenhang zwiſchen der Warſchauer Politik und dem Poſener Aufſtand nicht ſo eng war, wie bei uns meiſt geglaubt wurde. Daß ſich die Warſchauer Regierung gegenüber den im polniſchen Volke ſtets gepflegten Anſchauungen gegen den Aufſtand in Poſen, den ſie als einen Teil des „Befreiungswerks“ anſah, nicht gleichgültig verhielt, iſt ſelbſtverſtändlich, aber es war doch ein Irrtum, in den Kämpfen der Poſener Aufſtändiſchen einen Teil eines regelrechten Krieges der Republik Polen zu ſehen. Es war ein Aufſtand in unſeren eigenen Grenzen, den wir niederzuſchlagen hatten, und es waren keine „Legionen“ von jenſeits der Grenze, die unſeren Truppen gegenüberſtanden.

Es würde verfrüht ſein, gerade jetzt aus dieſen Feſtſtellungen Folgerungen für die Zukunft zu ziehen, aber man muß es im Auge behalten, da der drohende Gewaltfrieden vorausſichtlich Verhältniſſe ſchafft, die in ruhigeren Zeiten ſehr bald auf beiden Seiten, bei Deutſchen wie bei Polen, als unfruchtbar empfunden werden müſſen.

Brief an die „Deutſche Politik"

Vor einiger Zeit hat hier Herr Dr. Weißler ſich mit der Äußerung Dr. Thimmes auseinandergeſetzt, Heer und Marine hätten die Revolution gemacht. Ich will hier nicht näher darauf eingehen, inwieweit man überhaupt davon reden kann, die Revolution ſei gemacht worden, die doch einmal naturnotwendig kommen mußte, wenn eine ſo ungeheure Spannung ſich nach und nach angeſammelt hat, wie es vor, insbeſondere aber während des Krieges geſchah. Will man aber nun doch einmal den äußeren Anlaß ins Auge faſſen, ſo wird man ohne Zweifel zu der Meinung Thimmes kommen, nicht nur aus den unwiderleglichen Tatſachen, ſondern auch aus dem Grunde, weil ja eben alle körperlichen und geiſtigen Kräfte des Volkes im grauen Tuch ſteckten. Es iſt ja nun ein beliebtes, oft wiederholtes, aber darum nicht glaubwürdigeres Mittel, ſich über die verhaßte Revolution hinwegzuſetzen, indem man behauptet, dieſe ſei nur von den „Etappenſchweinen", den Matroſen und jungen Jahrgängen gemacht worden. Auf dieſem Standpunkt ſcheint auch Herr Dr. Weißler zu ſtehen. Wenn ich mich erkühne, ihm die Unrichtigkeit ſeiner Behauptung nachzuweiſen, ſo tue ich das, weil ich ebenfalls mehrere Jahre das Frontleben kennengelernt habe — allerdings nur zum geringſten Teil als Offizier und Vorgeſetzter. Aber gerade deshalb habe ich auch tiefer und genauer das Denken und Fühlen des einfachen Mannes kennengelernt, als dies einem Offizier bei noch ſo gutem Willen möglich iſt. Aus dieſer meiner Erfahrung heraus ſchon müßte ich es als gänzlich unmöglich bezeichnen, daß die Frontſoldaten die Revolution nicht freudig begrüßt hätten, ſondern wie Dr. Weißler meint, der Eindruck der Nachricht auf ſie „niederſchmetternd" geweſen ſei, wenn ich es nicht auch von hunderten aus eigenem Munde hätte ſagen hören, welches Gefühl der Erlöſung von dem unleidlichen Druck dieſe Nachricht bei ihnen ausgelöſt habe. Wenn das Frontheer mehr Ordnung und Diſziplin mit ins Land gebracht hat, ſo iſt das von niemand mehr begrüßt worden, als denen es mit der Revolution ernſt war. Die Erbitterung aber über das ſchändliche Verhalten der Etappentruppen vielerorts und die wohlberechtigte Mißſtimmung darüber gibt noch durchaus keinen Anlaß zu der Behauptung, wie ſie Dr. Weißler glaubt aufſtellen zu können. Auch ſind die Soldatenräte nicht etwa, wie er meint, widerwillig gewählt worden, ſondern vielmehr in voller Würdigung der Bedeutung dieſer Organe, wodurch zum mindeſten, in ſehr vielen Truppenteilen die einzige Garantie für Ordnung und geregelte Demobilmachung geleiſtet wurde; denn die Offiziere hatten eben vielfach ſchon lange das Vertrauen, nach dem Zuſammenbruch des Zwangsſyſtems auch die künſtlich erhaltene Diſziplin und Gewalt über ihre Leute verloren. Es ſoll damit nicht geſagt werden, daß es nicht auch andere Offiziere gab, durch deren Verhalten in früherer Zeit eine Garantie gegenſeitigen Vertrauens mit den Mannſchaften gegeben war. Vielleicht war dies bei der Truppe Dr. Weißlers der Fall. Ich glaube aber ihm nicht zu nahe zu treten, wenn ich behauptete, daß er dabei die Leute doch nicht wirklich kennengelernt hat, denn ſonſt müßte er wiſſen, daß die Erbitterung über gewiſſe üble Begleiterſcheinungen der Revolution noch lange kein Beweis dafür iſt, daß die Ergebniſſe dieſer Revolution von der Maſſe der Frontſoldaten nicht freudig begrüßt worden ſeien, ja, daß dieſe ſich nicht tätig an der Umwälzung beteiligt hätten. Otto Helmut Burckhardt.

Neuerſcheinungen

Kohler, Grundlagen des Völkerrechts. Stuttgart, Verlag von Ferdinand Enke 1918. Joſef Kohler, der nunmehr Siebenzigjährige, nimmt unter den deutſchen Juriſten eine beſondere Stellung ein. Er verbindet mit einer unglaublichen Vielſeitigkeit ſeines wiſſenſchaftlichen Intereſſes einen bemerkenswerten Sinn für die praktiſchen Bedürfniſſe des modernen Rechtslebens. Seine verblüffende literariſche Fruchtbarkeit, die kaum an einem Gebiet der Rechtswiſſenſchaft vorübergeht, verrät jedoch trotz aller Gelehrſamkeit einen Mangel an ſyſtematiſcher Grundkraft, einen Mangel an geiſtiger Durchdringung und logiſcher Bewältigung der mehr intuitiv erfaßten juriſtiſchen Probleme. Trotz ſeiner oft bezeigten Bewunderung für die Scholaſtiker und trotz der immer wiederkehrenden Verehrung für Hegel, kann man ihn nicht einen philoſophiſchen Kopf nennen. Aber ſein neueſtes Werk entbehrt nicht nur der philoſophiſchen Fundierung, ſondern auch des wiſſenſchaftlichen Ernſtes. Von einer Arbeit, die die Grundlagen des Völkerrechts aufdecken will, wird man erwarten dürfen, daß ſie Aufſchluß gibt, in welcher Zone unſeres geiſtigen Globus das Recht, alſo auch das Völkerrecht, Heimat und Sitz hat. Die fundamentale Erkenntnis, die eine Welt des Seins von einer Welt des Sollens ſcheidet, und deren eigene Geſetzlichkeit begreift, wird für alle tiefer ſchürfenden Erörterungen der Ausgangspunkt bleiben müſſen. Der normative Charakter des Rechts darf nie verdunkelt werden. Und in zweiter Linie gilt es, die verſchiedenen Arten des Sollens die verſchiedenen Formen der Normierung in ihrer Beſonderheit zu erkennen und zu einander in Beziehung zu ſetzen, alſo den Charakter der religiöſen, ſittlichen, rechtlichen und konventionellen Normen aufzuhellen. Erſt wenn dieſe Aufgabe gelöſt, erſt wenn über die Eigenart der Rechtsnorm und den Sinn ihrer Geltung Klarheit geſchaffen iſt, kann man nach der Möglichkeit völkerrechtlicher Normen fragen, kann man die Vorausſetzungen eines Völkerrechts zu ermitteln verſuchen. Von alledem hören wir bei Kohler kein Wort. Die Grundlagen des Völkerrechts ſind für ihn in dem einen Satze beſchloſſen: „Die Kultur der Menſchheit erfordert es, daß im Verkehr der einzelnen Staaten eine Ordnung und Regel herrſcht.“ Der ſouveräne Staat iſt alſo der Ausgangspunkt, Ordnung und Regelung ſeiner Beziehungen zu anderen Staaten iſt die Aufgabe des Völkerrechts, die Kultur der Menſchheit iſt der etwas farbloſe Begriff, der die Art dieſer Regelung zu beſtimmen, der den jeweiligen Inhalt der hiſtoriſch wandelbarn Rechtsſätze zu begründen hat. Von dieſer wenig tragfähigen Baſis aus wird die Bedeutung der völkerrechtlichen Perſönlichkeit behandelt, werden die völkerrechtlichen Beziehungen zwiſchen Staat und Staatsgelände, Staat und Staatsangehörigen aufgezeigt. Von dieſem Standpunkt aus wird dann der völkerrechtliche Verkehr als Rechtsverkehr, Unrechtsverkehr und Kriegsverkehr, der angeblich jenſeits von Gut und Böſe ſtehen ſoll, erörtert. Was aber dem Ganzen ſeinen Stempel gibt, iſt nicht ſowohl die mangelnde Gründlichkeit der Argumentation, als die allzu deutlich aufgetragene Tendenz, die dahin zielt, die Überlegenheit der deutſchen Rechtswiſſenſchaft über engliſch-amerikaniſchen Präjudizienkult darzutun, die Ablehnung des internationalen Schiedsgerichtsgedankens als logiſche Konſequenz wahrer Wiſſenſchaftlichkeit aufzuzeigen und den Nachweis zu erbringen, das alles, was Deutſchland vor und während des Krieges getan hat, politiſch richtig, moraliſch einwandfrei und völkerrechtlich begründet geweſen ſei. Mir ſcheint dieſe Betrachtungsweiſe, die ſich aus den Nebeln des Kriegsfanatismus noch nicht zu den reinen Höhen der Unparteilichkeit aufſchwingen kann, weder beſonders wiſſenſchaftlich, noch beſonders deutſch zu ſein. Heinrich Riegner.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen
Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg.
Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich:
Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn
und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei
Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 23. Mai 1919 * Heft 21

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Die Volksbewegung in Deutſchland hat ſich einheitlich für die Ablehnung des Friedensinſtrumentes ausgeſprochen, das uns in Verſailles angeboten wurde. Nur die Unabhängige Sozialdemokratie ſtellt ſich auf die Seite, aber auch ſie verfügt über keine Klarheit des Wollens, ſchwankt in dem Urteil über den Charakter der feindlichen Bedingungen und kommt über ungenaue Deklamationen von der Weltrevolution nicht hinaus. Sie iſt dabei ihrer eigenen Anhänger nicht mehr ſicher in der taktiſchen Führung; in Oſtpreußen etwa, wo die Friedensbehandlung keine theoretiſche Überlegung, ſondern eine praktiſche Gefährdung iſt, haben ſich die Unabhängigen an die Seite aller übrigen politiſchen Gruppen geſtellt. Und es iſt wohltuend, daß auch ſolche „extremen Pazifiſten", wie etwa Dr. Muehlon, deren Wirkſamkeit während des Krieges wahrlich nicht angetan war, Freude zu wecken, die Ablehnung des Friedens von Verſailles für ſelbſtverſtändlich erklären, um nicht die Gedanken einer neuen Weltgeſinnung durch die Anerkennung der brutalen Willkür auch durch uns anzuerkennen. Den Vertrag zu unterzeichnen lehnen nun aber auch die Unabhängigen ab, ſie verlangen nur, daß dies durch die gegenwärtige Reichsleitung geſchehe, und daß man dann ſeine Erfüllung ausſetze. Das iſt die Suggeſtion des ruſſiſchen Vorbildes! Man ſollte meinen, daß in ihm Warnung genug enthalten ſei.

*

Die Regierung Hoffmann in Bayern, durch das Reich in ihrer Exiſtenz geſichert, ſchließt mit dem Eisnerſchen Erbe ab. Das iſt gut. Nicht mehr um des Auslandes willen, aber wegen des bayriſchen Volkes war das rückhaltloſe Bekenntnis zum Reich eine Notwendigkeit. Die üble Koketterie mit einem bayriſchen Sonderfrieden war eine der ſchwerſten Schädigungen des deutſchen Anſehens und eine Erweichung des nationalen Gemeingefühls. Abgetan und vorbei! Hoffentlich werden auch die ſtaatsrechtlichen Folgerungen aus dieſem Stimmungsumſchwung gezogen werden.

*

Der Prozeß Liebknecht—Roſa Luxemburg iſt beendet. Die dumpfe Atmoſphäre iſt geblieben. Daß die Offiziere den Poſten Runge ruhig am Tatort beließen und ihm dadurch auch die Untat gegen Roſa Luxemburg ermöglichten, gehört zu den vielen Unbegreiflichkeiten, deren Nichtaufklärung die Inſtitution der Militärgerichte ſchwer belaſten. Noch unerfreulichere Dinge hat der Fall Luxemburg ergeben. Vogel oder der „unbekannt gebliebene“ Marineoffizier hat nicht nur auf die ſchwerverletzte Roſa Luxemburg geſchoſſen, ſondern erſterer hat auch die Leiche verſchleppt und durch falſche Meldung die Spur zu verwiſchen geſucht. Als Entſchuldigung hat Vogel die neueſte Form der Standesehre, die „Diviſionsehre“, erfunden. Welch ſonderbare Ehrbegriffe es doch gibt! Die Geſamtheit der Offiziere ſollte jetzt nicht ruhen, bis der Marineoffizier aus ſeinem feigen Inkognito heraustritt oder ſie ſollte Vogel veranlaſſen, ſein Schweigen aufzugeben. Denn es geht doch nicht an, daß ein Menſch Marineoffizier bleibt, der auf eine nicht nur wehrloſe, ſondern ſchwerverletzte Frau die Waffe erhebt, die ihm nicht nur zur Verteidigung des Vaterlandes in die Hand gegeben, ſondern mit der er verpflichtet war, ihm anvertraute Gefangene gegen Übergriffe von anderer Seite zu ſchützen.

*

Die polniſch-ukrainiſche Grenzfrage iſt auf der Pariſer Konferenz in einer Kommiſſion unter General Botha behandelt worden. Der Vorſchlag des Vorſitzenden für einen Waffenſtillſtand ging dahin, Lemberg den Polen, das oſtgaliziſche Petroleumgebiet den Ukrainern zu überlaſſen. Da anzunehmen iſt, daß dieſer Vorſchlag über den Waffenſtillſtand hinaus Bedeutung beibehalten wird, iſt die Tatſache, daß das Petroleumgebiet der Ukraine zufallen ſoll, für die ukrainiſche Wirtſchaftspolitik von größter Wichtigkeit, ſo ſchmerzlich in nationaler Beziehung auch die Aufgabe Lembergs wäre. Die Verhandlung hat aber eine noch viel größere Bedeutung, weil ſie indirekt die Beſtätigung der ukrainiſchen Staatlichkeit durch die Entente enthält. Es gibt nämlich gar nicht mehr eine ſelbſtändige weſtukrainiſche Volksrepublik (Oſtgalizien), ſondern letztere hat ſich ſchon ſeit Monaten mit der übrigen Ukraine vereinigt. Im Kabinett in Kiew ſitzen daher auch ſchon mehrere Ukrainer (Ruthenen) aus Galizien und die Delegation zum Friedenskongreß in Paris hat einen Ukrainer aus Kiew zum Vorſitzenden und einen Ukrainer aus Oſtgalizien zum Stellvertreter. Das in der deutſchen Preſſe hin und wieder erwähnte Kabinett Holubowitſch in Stanislaw hat nur noch die Liquidation des politiſchen Erbes der Donaumonarchie vorzunehmen.

Der Friede der Revolution

Von Dr. Paul Rohrbach

Diejenigen Kräfte, die in Deutſchland die Revolution gemacht haben, ſind verantwortlich für den Friedensvertrag, den man uns jetzt zumutet. Nicht die Kriegsmacht der Feinde, ſondern die Revolution hat Deutſchland entwaffnet. Allerdings: der Anfang des Unheils lag ſchon bei der Erzwingung des Waffenſtillſtandsangebots durch die Oberſte Heeresleitung, die die Armee für unkräftiger zum Widerſtande hielt, als ſie war. Militäriſch hätte man bis auf eine ſtarke Verteidigungslinie zurückzugehen und ſich dort bis zum Einbruch des Winters halten können. Politiſch gehörte dazu, daß der Kaiſer rechtzeitig abdankte, ſo daß die Revolution hätte aufgefangen werden können. Die Agitation, die für den gewaltſamen Umſturz arbeitete, hatte als ihr ſtärkſtes Mittel die Predigt: fort mit der Monarchie, dann kommen Friede, Brot und Völkerverbrüderung! Durch die Verſchleppung des Kaiſers auf Anſtiften der Camarilla und durch ſeine übel beratene Weigerung, der Krone zu entſagen, wurden diejenigen machtlos, die die Flut kommen ſahen, ſie im voraus faſſen und in eine weniger gefährliche Richtung leiten wollten. Vermutlich hatte der Prinz Max von Baden dies Programm: Deutſchlands Verhandlungsfähigkeit gegenüber den Feinden dadurch zu retten, daß kein Eingeſtändnis des Zuſammenbruchs erfolgte, und den Zuſammenhang unſerer nationalen Entwicklung zu erhalten, indem der Kaiſer ſeine Perſon für die monarchiſche Idee in Verbindung mit der volksſtaatlichen opferte, bevor es zu ſpät war.

Um das durchzuführen, hätte es an den entſcheidenden Stellen der Nervenruhe, der Selbſtüberwindung und der politiſchen Klugheit bedurft; außerdem des guten Willens auf ſeiten der politiſchen Parteien, vor allem der Sozialdemokratie. Für ſie bürgte die Perſon des jetzigen Reichspräſidenten, ſolange die Flut nicht über den Damm brach. Als es geſchah, vertraute auch die gemäßigte Sozialdemokratie ihr Fahrzeug der Revolution an. Deren Triebkräfte waren, nachdem die ſeeliſche Überlaſtung durch das Erlebnis der entſcheidenden amerikaniſchen Hilfe beim Gegner über das erträgliche Maß hinausgewachſen war, Feigheit der Marine, Verrat, Etappenſchweinerei, Hunger, Friedensſehnſucht und ſozialpolitiſche Ideologie. Es war nicht nötig, daß dies Zuſammenwirken ſiegte. Indem es aber ſiegte, war das Schickſal Deutſchlands beim Friedensſchluß entſchieden. Das Inſtrument von Verſailles wurde nicht erſt im Mai 1919, ſondern ſchon am 9. November 1918 geſchrieben. Die Revolution hat das Grab gegraben, in das jetzt Deutſchland aufgefordert wird, ſich zu legen.

Es gibt Verſchuldungen, die nie wieder gutzumachen ſind. Auch ſolche aber, auf die das zutrifft, können geſühnt werden. Bis zu einem gewiſſen Grade gilt das für die deutſche Revolution. Eine Sühne, wenigſtens eine teilweiſe, iſt möglich, wenn wir gegenüber dem Friedensvertrage, der uns zugemutet wird, jetzt tapfer durchhalten. Die Parteien, auch die Regierungsſozialiſten, haben einſtweilen ein gutes Bekenntnis abgelegt, und auch die entſchiedenſten Pazifiſten ſagen zu dieſem Frieden: nein! Das iſt tapfer und verſtändig; bleibt es dabei, ſo mag der Spalt der Revolution, der Deutſchland heute noch innerlich zerreißt, ſich eines Tages ſchließen. Keinem Deutſchen aber, der noch ein Stück Nationalgefühl beſitzt, würde es möglich ſein, ſich noch ein Gefühl der Loyalität für eine Regierung und für Parteien zu bewahren, die den ſchimpflichen Entſchluß faſſen ſollten, als Vertreter des deutſchen Namens dieſen Friedensentwurf oder einen ihm ähnlichen zu unterſchreiben. Von dem Tage an würde es zwei Deutſchlande geben, die ſich in dauernder Feindſchaft gegenüberſtehen. Dieſer Friede hebt einfach unſere Souveränität auf und beraubt das deutſche Volk nicht nur ſeiner äußeren, ſondern auch ſeiner inneren Entwicklungsfreiheit. Einem Vertrage ſolchen Inhalts zuzuſtimmen und ihn zu unterſchreiben, ſei es auch nur gezwungen, iſt für die Regierung eines Volkes wie das deutſche, und für dieſes Volk ſelbſt, ſchlechthin entwürdigend. So etwas tut man nicht, wenn man Deutſcher iſt, und wenn man es doch tut, ſo bringt man Schande über alles, was ſich deutſch nennt. Noch einmal ſei an das Wort von Clauſewitz erinnert: „*daß der Schandfleck einer feigen Unterwerfung nie zu verwiſchen iſt; daß dieſer Gifttropfen im Blute eines Volkes in die Nachkommenſchaft übergeht und die Kraft ſpäterer Geſchlechter lähmen und untergraben wird.*“

Es kann ſein, daß kein Mittel übrigbleibt, als tatſächlich einen ſolchen „Frieden“ der Gewalt, der Lüge und des Wortbruchs auf Deutſchland ſich legen zu laſſen. Noch ſchlimmer aber wäre die Unterſchrift. Soll das deutſche Volk aus der Zahl der ſelbſtändigen, aufrechten und im Beſitz ihrer ungeſchmälerten nationalen Ehre lebenden Völker der Erde geſtrichen werden, und beſitzt es kein Mittel, ſich dagegen zu wehren, ſo muß es das letzte ergreifen, was ihm noch übrigbleibt, um wenigſtens für die Zukunft den Samen der nationalen Wiedergeburt lebendig zu erhalten. Es muß zu den Feinden ſprechen: dann kommt und verwaltet Deutſchland ſelber, wie ihr es verantworten könnt; wir ſind uns zu gut dazu, um vorher noch mit unſerer Unterſchrift das Bekenntnis zur Sklavenſchaft abzulegen!

Das iſt voller Ernſt. Auch wenn die Bedingungen von Verſailles noch um die Hälfte gemildert werden, bleiben ſie ſo unerträglich, daß der Verzicht auf die rein nominelle eigene Staatlichkeit, die uns bei einem ſolchen Frieden nur bleiben würde, weder politiſch noch wirtſchaftlich etwas Entſcheidendes für Deutſchland ausmachen würde. Werden wir auch äußerlich von draußen her verwaltet und ausgebeutet, ſo iſt das der Sache nach dasſelbe, was bei Unterſchreibung des Friedens bevorſtände. Daher müſſen wir uns rund heraus und ohne Rückhalt mit dem Gedanken vertraut machen, nicht auf den Schein, ſondern auf die Sache zu ſehen und auf ſo lange, bis die Nemeſis der Geſchichte den an uns begangenen Wortbruch gerichtet haben wird, kraft eigenen Entſchluſſes aus der Zahl der freien und ſich ſelbſt regierenden Völker auszuſcheiden. Wir haben jenes tiefe Wort aus dem alten Griechenland, das uns der Vater der Geſchichte übermittelt hat: „Auch den gerecht Schwörenden ereilt der Tod. Aber es gibt einen Sohn des falſchen Eidſchwurs, einen namenloſen, ohne Hände und Füße, der dennoch, raſch dahereilend, Geſchlecht und Haus des Frevelnden austilgt.“ Auf dieſe Wahrheit können wir trauen, und je entſchloſſener wir es tun, deſto eher wird ſie ſich erfüllen.

Ein engliſches großes Arbeiterblatt, der „Daily Herald“, ſchreibt ſelbſt:*)

> Jedes Verſprechen iſt gebrochen worden. Die Verſprechen, die man unſeren Leuten gemacht hat, als man ſie aufforderte, mit Gefahr ihres eigenen Lebens Dienſte zu tun und ihre Mitmenſchen hinzuſchlachten; die Verſprechen, die man unſeren Frauen gemacht hat, als man ſie aufforderte, ihre Männer und Söhne herzugeben; die Verſprechen, auf die hin wir Deutſchland bewogen, die Waffen niederzulegen. Es bleibt keine Ehre für einen unter uns, und was iſt ein Sieg ohne Ehre? Wilſon iſt geſchlagen. Er begann mit der Verkündigung hoher Ideale, er zwang andere Mächte dazu, dieſe Ideale öffentlich anzuerkennen, aber im Geheimen (?) haben ſie ihn geſchlagen.

Holländiſche Stimmen urteilen ebenſo ſcharf. „Het Handelsblad“ vom 9. Mai ſagt:

> Der Friede iſt eine Verſpottung der Wilſonſchen Prinzipien. Im Vertrauen auf dieſe Prinzipien hat Deutſchland den Frieden angenommen. Dies Vertrauen iſt auf eine ſolche Weiſe geſchändet worden, daß wir das, was jetzt geſchieht, empfinden als eine Erniedrigung nicht nur für die Regierungen und alſo auch für die Völker, die an dieſem Friedensangebot mitſchuldig ſind, ſondern als eine Erniedrigung für die ganze Menſchheit.

Der „Nederlander“ ſchreibt:

> Das Angebot dieſes ſchmählichen Aktenſtücks, das ein Volk von 70 Millionen in die Bande der Sklaverei ſchlägt, iſt die ſchmachvollſte Niederlage für den Präſidenten der nordamerikaniſchen Republik; es iſt das Protokoll einer Fortſetzung des Krieges, worin nur die eine Partei keine Waffen mehr hat; es iſt, mit einem Wort, eine Karikatur eines Friedensvertrages.

„Het Volk“ ſchreibt:

> Das Gefühl, das die Friedensbedingungen bei jedem erregen müſſen, der nicht von Rachſucht gegen die Beſiegten und Beutegier erfüllt iſt, iſt das tiefer Niedergeſchlagenheit. Mit einem ſolchen Friedensvertrag zeichnet der Sieger nicht allein das Urteil ſeines Feindes, ſondern auch ſein eigenes.

---

*) Nach holländiſchen Berichten vom 8. Mai.

Dem brauchen wir nichts hinzuzufügen. Auch die übrige ausländiſche Preſſe urteilt ähnlich. Von dem Präſidenten Wilſon erwarten manche Leute immer noch, er werde den Kampf für ſeine Prinzipien erneut aufnehmen, wenn Deutſchland feſt bleibt. In der Tat: läßt er den Dingen weiter ſo ihren Lauf wie bisher, ſo wird er in der Geſchichte als das kläglichſte Beiſpiel der Aufgeblaſenheit und Schwäche weiterleben, das es je an ſolcher Stelle gegeben hat. Iſt etwas in ihm von Ehre und Größe, ſo müßte er mit der Sache, die er zu vertreten unternommen hat, ſtehen und fallen. Retten wird er ſie ſchwerlich mehr; dazu ſcheint ſeine Kraft zu gering zu ſein. Muß doch ſelbſt ein großes amerikaniſches Blatt, die „New York Tribune“, aus Paris melden:

> Man iſt ſehr beſorgt, *daß Präſident Wilſon nicht die Macht haben werde, ſeinen Verpflichtungen, die er eingegangen iſt, nachzukommen.*

Müſſen wir den Friedensvertrag, durch deſſen Unterzeichnung Deutſchland ſeine Ehre und ſeine Zukunft viel gründlicher preisgeben würde, als es alle feindlichen Anwürfe bisher zu tun vermochten, im einzelnen noch charakteriſieren? Vielleicht iſt es gut, wenn wir das durch eine fremde Stimme tun, und zwar eine, die ſich bisher nur durch ein mäßiges Wohlwollen für Deutſchland ausgezeichnet hat. Der „Nieuwe Rotterdamſche Courant“ vom 8. Mai ſchreibt:

> Der Vertrag vernichtet die Hoffnung, welche das Statut für den Völkerbund geweckt hatte, dadurch, daß es den beſtehenden Zuſtand zum Ausgangspunkt für eine beſſere Weltordnung machte. Denn er teilt die Welt in Völker erſter, zweiter und dritter Klaſſe. Völker von Herrſchern, Völker von mehr oder weniger freien Menſchen und ein Volk der Verworfenen. Dadurch, daß das Statut des Völkerbundes als Teil in den Vertrag aufgenommen worden iſt, hat es ſeinen Wert verloren.
>
> Mit den Prinzipien Wilſons hat der Vertrag inſofern zu tun, *als er die Ausführung deſſen beſtimmt, was genau das Umgekehrte aller ſeiner Programmpunkte iſt.*
>
> Derſelbe Zuſammenhang beſteht zwiſchen dem Vertrag und den Kriegszielen, für die zu kämpfen die Entente erklärt hatte. Auf Grund dieſer Erklärungen würde man aus dem Vertrag ableiten müſſen, daß ſie die Niederlage erlitten haben, aber da dies nicht der Fall iſt, iſt nur der eine Schluß möglich, daß ihre wahren Kriegsziele nicht die waren, die ſie vorgegeben haben, ſondern daß ſie weſentlich dieſelben waren, wie die des deutſchen Imperialismus. Die Toten der Entente, die für das Ideal einer Weltordnung, die auf dem Recht baſiert, in den Kampf gezogen ſind — an ſie wird nicht mehr gedacht, denn durch dieſen Frieden wird ihren Kindern das Schickſal vorbehalten, das ſie ihnen durch ihren Tod erſparen wollten. Allein den Geiſtern der deutſchen Toten, die ihr Volk hiervor gewarnt haben, aber auf die ihre Landsleute nicht hören wollten, widerfährt jenſeits des Grabes Gerechtigkeit.

Der Holländer charakteriſiert dann mit ſcharfen Worten die Beſtimmungen über das Saargebiet, über Elſaß-Lothringen und über den deutſchen Oſten, und er fährt fort:

> Aber dieſer Teil des Vertrages iſt ſanft im Vergleich zu dem, was folgt, und wodurch

Deutſchland und die Deutſchen zu den Parias der Erde gemacht werden. Deutſchland muß außerhalb Europas Verzicht leiſten auf alle Rechte, Titel und Vorrechte, und erklären, alle Maßregeln anerkennen zu wollen, die in dieſer Hinſicht von den Alliierten getroffen werden. Deutſchland geht aller ſeiner Kolonien verluſtig, und muß noch obendrein bezahlen, es wird aus China vertrieben, es wird aus Siam geworfen, und verliert dabei ſeine Beſitzungen unvergütet. Aus dem Negerſtaat Liberia werden die Deutſchen, als gehörten ſie zu einer geringeren Raſſe, hinausgeworfen, aus Marokko, Schantung, der Türkei und Bulgarien ebenfalls. Daß hierdurch vergleichsweiſe die Sicherheitsventile der deutſchen Dampfmaſchine ſo belaſtet werden, daß ein Unglück für Europa nicht wird ausbleiben können, das iſt eine Wahrheit, die früher ſo ſehr Allgemeingut geweſen iſt, daß ſie nun keiner näheren Erklärung mehr bedarf. Das deutſche Volk ohne Kolonien zu laſſen, und das britiſche Weltreich dabei noch zu vergrößern durch die Aufſtellung eines Friedensvertrages der gerecht und dauernd heißen will, iſt unerhört!

Militäriſch wird Deutſchland innerhalb einer unwahrſcheinlich kurzen Zeit vollkommen entwaffnet und unter eine äußerſt erniedrigende Kontrolle geſtellt.

Allen Schaden, durch Freund oder durch Feind angerichtet, muß Deutſchland bezahlen. Nicht nur muß es innerhalb einer kurzen Zeit gewaltige Summen aufbringen; eine feindliche Kommiſſion, die nur, wo es ſich um Verminderung des Drucks handelt, mit allen Stimmen beſchließen muß, wird der finanzielle Stockmeiſter Deutſchlands, das künftig ſeiner ganzen Schiffahrt beraubt werden wird. Seine Werften dürfen weiter arbeiten — für die Alliierten. Es wird Tiere, Werkzeuge, Material abliefern müſſen, und es wird zu einem ganz freien Durchfuhrgebiet dienen müſſen für das, was die Alliierten, mit welchem Verkehrsmittel auch immer, transportieren werden wollen, deren Flugzeuge vor allem von den Deutſchen beſonders höflich empfangen werden müſſen.

Kurzum, wenn man die großen Linien des Vertrages zuſammenfaßt, kommt es darauf hinaus, daß Deutſchland territorial verſtümmelt werden ſoll, ökonomiſch erdroſſelt, und das was vom einſtigen Deutſchen Reich übrigbleibt, außerhalb der internationalen Gemeinſchaft ſtehen ſoll.

In einer treffenden Rede, in der Lloyd George erklärte, daß die Alliierten nicht beabſichtigten, dem deutſchen Volk ein Haar zu krümmen, wenn es nur den kaiſerlichen Imperialismus abſchütteln wolle, wirft er den Deutſchen vor, daß ſie 1871 den politiſchen Veränderungen, die infolge der Niederlage in Frankreich ſtattgefunden hatten, zu wenig Rechnung getragen haben. Nun lehrt Lloyd George die Deutſchen von heute, wie Frankreich 1871 behandelt worden wäre, wenn Lloyd George anſtelle ihrer Vorväter geweſen wäre. . . . .

Wir wiſſen nur zu gut, wie zutreffend dieſe Kennzeichnung iſt. Sollen wir uns vom Feinde ſagen laſſen, was uns nach ihr zu tun übrigbleibt? Unter den Gegnern gibt es einen ehrenhaften Mann, einen der beſten engliſchen Publiziſten, Garvin, vom „Obſerver“. Es iſt derſelbe, der nach der Einnahme von Serbien durch die Mittelmächte ſchrieb, diejenige Partei würde im Kampfe Sieger bleiben, der es gelänge, die Verbindung mit dem Orient zu behaupten; auf der Balkanhalbinſel werde der Krieg entſchieden werden. Jetzt ſagt er in ſeinem Blatt: wenn man erwarte, daß ein beſiegtes Volk jahrzehntelang nur für andere Völker arbeiten ſolle, ſo ſei das ein Streit mit jeder menſchlichen Sitte! Ein ſolcher Friede fördere nur den internationalen Sozialismus, wenn nicht überhaupt den Bolſchewismus. Dann ſchreibt er weiter:

> Wenn man uns fragt, was die Deutſchen tun ſollen, wird die Antwort nicht ſchwer zu finden ſein. *Sie ſollen zu den Lehren zurückkehren, die ſie nach Jena groß gemacht haben*, aber ſie ſollen dieſe Lehren moderniſieren. Sie würden ſehr uneinig ſein, wenn der Vertrag weniger hart wäre. *Sie werden durch ſeine Härte zuſammengeſchmiedet werden.*

Alſo ſo entwürdigend und unmöglich iſt der uns zugemutete Friede, daß ſogar der Engländer uns zuruft: denkt an die Erhebung Preußens nach der Schmach von 1806, denkt an die Mittel, die ihr damals fandet und überlegt, wie ihr unter den gegenwärtigen Verhältniſſen den Weg findet, den ihr damals gegangen ſeid!

„Daily News" ſagen: Der Militarismus ſei nicht nur in Deutſchland der Feind. Müſſe Deutſchland zahlen, ſo ſolle es das mit ſeiner zukünftigen Arbeit tun, und wenn die Arbeit fruchtbar ſein ſoll, ſo müſſe ſie begleitet ſein von dem Geiſt der Hoffnung und von dem Bewußtſein, daß die Arbeit zu überſehen iſt, und daß ſie gerecht iſt.

Den Punkt von der Gerechtigkeit wollen wir hier auf ſich beruhen laſſen. Im Namen der Gerechtigkeit verlangt die Entente von Deutſchland alle die unerhörten Leiſtungen, und auch was die Daily News „gerecht" nennen, wird immer noch weit genug von dem entfernt ſein, was wirklich gerecht iſt. Meine Schrift über die Verteilung der Schuld am Ausbruch des Krieges, die ich kürzlich bereits erwähnte,*) liegt jetzt vor, und ſie ermöglicht allen ehrlichen Leuten, den Freunden wie den Gegnern der deutſchen Sache, ſich ihr Urteil zu bilden. Ich habe nichts verſchwiegen und nichts dazu geſetzt. Es iſt aber in jedem Falle genug, was das engliſche Blatt ſchreibt, um uns zu zeigen, wie wir empfinden und handeln müſſen. Vor allen Dingen haben wir uns vor einer Gefahr zu hüten, uns einreden zu laſſen: Wenn wir unterſchrieben, ſo könnten wir auf nachträgliche Milderung des Unerträglichen hoffen. Die engliſchen Arbeiterführer, die ſich des Friedens ſchämen, und die ſogar eine in ihrem Wortlaut ganz anſtändige Kundgebung gegen ihn erlaſſen haben, reden uns jetzt zu: Unterzeichnet doch, damit werdet ihr das Mißtrauen zerſtreuen, mit dem man euch allerwärts noch begegnet, und ihr gebt den Arbeitern der Ententeländer eine Waffe, um wirkſam zu euren Gunſten zu handeln! Vor ſolchen Lockungen muß man dringend warnen. Hat Deutſchland einmal unterzeichnet, ſo wird ſich niemand auf der Welt mehr die Mühe geben, die Bedingungen rückgängig zu machen, und die engliſchen Arbeiter, die mit der ausgepreßten Kraft Deutſchlands gefüttert werden ſollen, am allerwenigſten.

Für uns handelt es ſich jetzt darum, trotz der auf uns herabregnenden feindlichen Drohungen die Nerven zu behalten. Nervenkraft und Mut ſind jetzt alles. Weil ſie verſagten, als das Geſpenſt des

---

*) Das Zeugnis der 13 Tage, Verlag von Dorendorf und Dreſel, Hamburg 1919.

Zuſammenbruchs der Armee ſich erhob, iſt es ſo ſchlimm mit Deutſchland geworden, wie es ſchlimmer auch dann nicht hätte werden können, wenn ſtatt der Revolution eine große Niederlage uns entwaffnet hätte. Aus jener Erfahrung ſollen wir lernen. Wir müſſen feſt dem Schickſal ins Auge ſehen. Unſere Wiedergeburt kann kommen, aber es wird nur dann geſchehen, wenn wir uns als Volk nicht ſelbſt vorher abtöten. Das tun wir, wenn wir unterzeichnen. Damit handeln wir zugleich ſchimpflich und töricht. Tun wir es nicht, übergeben wir Deutſchland wie es ſteht und liegt, den Feinden, ſo können die Dinge materiell auch nicht ſchlimmer kommen, als wenn wir unterzeichnen, aber wir pflanzen dann zugleich die Saat der Wiederaufrichtung.

Die wirkliche Urſache des Weltkrieges

Von ⁂

Wir haben in der letzten Nummer der „Deutſchen Politik“ den wahren Sachverhalt des angeblichen „Potsdamer Kronrats“ (der in Wirklichkeit nie ſtattgefunden hat) feſtgeſtellt und ihn auf die beiden Tatſachen zurückgeführt: Audienz des öſterreichiſch-ungariſchen Botſchafters bei Kaiſer Wilhelm und — getrennt davon und ſpäter — Vortrag des Reichskanzlers (mit dem Unterſtaatsſekretär des Auswärtigen Amtes) vor dem Kaiſer. Es bleibt noch übrig, die öſterreichiſch-ungariſche Denkſchrift kennenzulernen, die der Botſchafter dem Deutſchen Kaiſer überreicht hat und auf die ſich die beiden, in der letzten „Deutſchen Politik“ veröffentlichten Briefe der beiden Kaiſer und das Telegramm des Reichskanzlers nach Wien beziehen. Wir wiederholen: dieſe öſterreichiſch-ungariſche Darſtellung der weltpolitiſchen Lage iſt in Wien bereits vor der Ermordung des Thronfolgers fertiggeſtellt worden (wie ſie das ſelbſt am Schluß ausſpricht) und ſie gibt eine geradezu klaſſiſche Darſtellung der aggreſſiven Politik der Entente, die vom Orient aus und um den Orient zum Krieg getrieben und auch geführt hat. Dort — in dem politiſchen Syſtem der Entente — liegt auch die urſächliche „Schuld am Kriege“.

Dabei wird auch auffallen, daß und wie Berlin und Wien bereits vor dem Kriege die Willensrichtungen auch in Bukareſt und in Sofia richtig erkannt und eingeſchätzt hat.

Die am 5. Juli 1914 in Potsdam dem Kaiſer Wilhelm überreichte Denkſchrift des öſterreichiſch-ungariſchen Miniſteriums des Äußern hat folgenden Wortlaut:

Geheim.

Memorandum der Öſterreichiſch-Ungariſchen Regierung.

Nach den großen Erſchütterungen der letzten zwei Jahre haben ſich die Verhältniſſe am Balkan ſoweit geklärt, daß es nun möglich iſt, die Ergebniſſe der Kriſe einigermaßen zu überſehen und feſtzuſtellen, inwiefern die Intereſſen des

Dreibundes, insbeſondere die der beiden zentralen Kaiſermächte, durch die Ereigniſſe tangiert wurden und welche Schlußfolgerungen ſich für die europäiſche und Balkanpolitik dieſer Mächte ergeben.

Wenn man die heutige Situation mit jener vor der großen Kriſe unbefangen vergleicht, muß man konſtatieren, daß das Geſamtergebnis, vom Standpunkte Öſterreich-Ungarns ſowie des Dreibundes aus betrachtet, keineswegs als günſtig bezeichnet werden kann.

Die Bilanz weiſt allerdings einige Aktivpoſten auf. Es iſt gelungen, als Gegengewicht gegen das Vordringen Serbiens ein ſelbſtändiges albaniſches Staatsweſen zu ſchaffen, das nach einer Reihe von Jahren, wenn ſeine innere Organiſation vollendet ſein wird, immerhin auch als militäriſcher Faktor in den Kalkul des Dreibundes eingeſtellt werden kann. Die Beziehungen des Dreibundes zu dem erſtarkten und vergrößerten griechiſchen Königreiche haben ſich allmählich ſo geſtaltet, daß Griechenland, trotz ſeines Bündniſſes mit Serbien, nicht unbedingt als Gegner anzuſehen iſt.

Hauptſächlich iſt aber infolge der Entwicklung, die zum zweiten Balkankrieg geführt hat, Bulgarien aus der ruſſiſchen Hypnoſe erwacht und kann heute nicht mehr als Exponent der ruſſiſchen Politik gelten. Die bulgariſche Regierung ſtrebt im Gegenteile an, in ein näheres Verhältnis zum Dreibunde zu treten.

Dieſen günſtigen Momenten ſtehen jedoch nachteilige gegenüber, die ſchwerer als jene ins Gewicht fallen. Die Türkei, deren Intereſſengemeinſchaft mit dem Dreibunde von ſelbſt gegeben war und die ein ſtarkes Gegengewicht gegen Rußland und die Balkanſtaaten dargeſtellt hatte, iſt aus Europa faſt ganz verdrängt worden und hat eine weſentliche Einbuße an ihrer Großmachtſtellung erlitten. Serbien, deſſen Politik ſeit Jahren von feindlichen Tendenzen gegen Öſterreich-Ungarn geleitet wird und das ganz unter ruſſiſchem Einfluſſe ſteht, hat einen Zuwachs an Gebiet und Bevölkerung erreicht, der die eigenen Erwartungen weit übertroffen hat, durch die territoriale Nachbarſchaft zu Montenegro, und das allgemeine Erſtarken der großſerbiſchen Idee iſt die Möglichkeit einer weiteren Vergrößerung Serbiens im Wege der Union mit Montenegro nahegerückt. Endlich hat ſich im Laufe der Kriſe das Verhältnis Rumäniens zum Dreibunde weſentlich geändert.

Während die Balkankriſe ſomit zu Reſultaten geführt hat, die an ſich ſchon für den Dreibund keinesfalls günſtig ſind, und den Keim einer ſpeziell für Öſterreich-Ungarn unerwünſchten weiteren Entwicklung in ſich ſchließen, ſehen wir andererſeits, daß die ruſſiſche und franzöſiſche Diplomatie eine einheitliche und planmäßige Aktion eingeleitet hat, um die errungenen Vorteile weiter auszugeſtalten und einzelne, von ihrem Standpunkte nachteilige Momente entſprechend zu modifizieren.

Ein kurzer Überblick über die europäiſche Lage läßt klar erkennen, weshalb die Tripleentente — richtiger der Zweibund, denn England hat ſeit der Balkankriſe aus erklärlichen und ſehr bezeichnenden Gründen eine reſervierte Haltung eingenommen, — ſich mit den zu ihren Gunſten eingetretenen Verſchiebungen am Balkan nicht zufrieden geben konnte.

Während die Politik der beiden Kaiſermächte und bis zu einem gewiſſen Grade auch jene Italiens, eine konſervative iſt, und der Dreibund einen rein defenſiven Charakter beſitzt, verfolgt die Politik Rußlands und Frankreichs gewiſſe, gegen das Beſtehende gerichtete Tendenzen und iſt das ruſſiſch-franzöſiſche Bündnis, als Produkt des Parallelismus dieſer Tendenzen, in letzter Linie offenſiver Natur. Daß die Politik des Dreibundes ſich bisher durchſetzen konnte und der Friede Europas vor Störungen durch Rußland und Frankreich bewahrt blieb, war auf die militäriſche Superiorität zurückzuführen, welche die Heere des Dreibundes, vor allem Öſterreich-Ungarns und Deutſchlands, gegenüber jenen Rußlands und Frankreichs unzweifelhaft beſaßen, wobei das Bündnis Rumäniens mit den Kaiſermächten ein hoch zu bewertender Faktor war.

Der Gedanke, die chriſtlichen Balkanvölker von der türkiſchen Herrſchaft zu befreien, um ſie dann als Waffen gegen Zentraleuropa zu gebrauchen, iſt ſeit altersher der realpolitiſche Hintergrund des traditionellen Intereſſes Rußlands für dieſe Völker. In neuerer Zeit hat ſich hieraus die von Rußland ausgegangene, von Frankreich verſtändnisvoll aufgenommene Idee entwickelt, die Balkanſtaaten zu einem Balkanbund zu vereinigen, um auf dieſe Weiſe die militäriſche Superiorität des Dreibundes aus der Welt zu ſchaffen. Die erſte Vorbedingung dieſes Planes war, daß die Türkei aus den von den chriſtlichen Balkannationen bewohnten Gebieten verdrängt werde, damit die Kraft dieſer Staaten vermehrt und nach Weſten hin frei werde. Dieſe Vorbedingung iſt durch den letzten Krieg im großen und ganzen erfüllt worden. Dagegen iſt nach dem Ausgange der Kriſe eine Spaltung der Balkanſtaaten in zwei annähernd gleich ſtarke gegneriſche Gruppen, die Türkei und Bulgarien einerſeits, die beiden ſerbiſchen Staaten, Griechenland und Rumänien andererſeits eingetreten.

Dieſe Spaltung zu beſeitigen, um alle Balkanſtaaten oder doch die entſcheidende Mehrzahl zur Verſchiebung des europäiſchen Kräfteverhältniſſes verwenden zu können, bildete die nächſte Aufgabe, die ſich nach dem Abſchluß der Kriſe Rußland und mit ihm Frankreich ſtellte.

Da zwiſchen Serbien und Griechenland ein Bündnis bereits beſtand, und Rumänien ſich mit dieſen beiden Staaten wenigſtens hinſichtlich der Reſultate des Bukareſter Friedens ſolidariſch erklärt hatte, handelt es ſich für die Zweibund-Mächte im Weſen darum, den tiefen Gegenſatz Bulgariens zu Griechenland und vor allem zu Serbien in der mazedoniſchen Frage auszugleichen, ferner, eine Baſis zu finden, auf welcher Rumänien bereit wäre, ganz ins Lager des Zweibundes abzuſchwenken und ſelbſt mit dem mißtrauiſch beobachteten Bulgarien an einer politiſchen Kombination teilzunehmen; endlich, wenn möglich, eine friedliche Löſung der Inſelfrage herbeizuführen, um eine Annäherung oder den Anſchluß der Türkei an die Balkanſtaaten anzubahnen.

Über die Grundlage, auf welche ſich nach den Abſichten der ruſſiſchen und franzöſiſchen Diplomatie die Ausgleichung dieſer Gegenſätze und Rivalitäten vollziehen, und der neue Balkanbund aufbauen ſoll, kann kein Zweifel beſtehen. Ein Bündnis der Balkanſtaaten kann ſich unter den heutigen Verhältniſſen, da eine gemeinſame Aktion gegen die Türkei nicht mehr in Betracht kommt, nur gegen Öſterreich-Ungarn richten und nur auf der Baſis eines Programmes zuſtande gebracht werden, das in letzter Linie auf Koſten der territorialen Integrität der Monarchie allen Teilnehmern durch eine ſtaffelweiſe Verrückung der Grenze von Oſt nach Weſt Gebietserweiterungen in Ausſicht ſtellt. Eine Einigung der Balkanſtaaten auf einer anderen Grundlage iſt kaum denkbar, auf dieſer Baſis aber nicht nur nicht ausgeſchloſſen, ſondern auf beſtem Wege, zur Tatſache zu werden.

Daß Serbien unter ruſſiſchem Druck darauf eingehen würde, für den Eintritt Bulgariens in ein gegen die Monarchie gerichtetes, auf den Erwerb Bosniens und der angrenzenden Gebiete abzielendes Bündnis in Mazedonien einen angemeſſenen Preis zu bezahlen, iſt wohl nicht zu bezweifeln.

Größer ſind die Schwierigkeiten in Sofia.

Rußland hat Bulgarien Vorſchläge auf der eben erwähnten Baſis ſchon vor dem zweiten Balkankrieg gemacht und ſie nach dem Bukareſter Frieden wiederholt. Bulgarien, da es offenbar von Vereinbarungen mit Serbien gründlich abgeſchreckt war, hat es jedoch abgelehnt, auf die ruſſiſchen Pläne einzugehen, und verfolgt ſeither eine Politik, welche auf alles eher als auf eine friedliche Verſtändigung mit Serbien unter der Ägide Rußlands abzielt. Man hat in St. Petersburg das Spiel aber keineswegs verlorengegeben. Im Innern des Landes arbeiten ruſſiſche Agenten am Sturze des heutigen Regimes, und gleichzeitig iſt die Zweibund-Diplomatie eifrig bemüht, eine völlige Iſolierung Bulgariens herbeizuführen, um es hierdurch den ruſſiſchen Angeboten zugänglich zu machen.

Da Bulgarien nach dem Friedensſchluſſe bei der Türkei Anlehnung geſucht und gefunden und da ſich bei der Pforte andererſeits die Neigung gezeigt hatte, ein Bündnis mit Bulgarien einzugehen, und ſich dem Dreibunde zu nähern, ſo iſt ruſſiſch-franzöſiſcher Einfluß ſeit einiger Zeit am Bosporus eifrig am Werk, um dieſer Politik der Türkei entgegen zu arbeiten, letztere zum Zweibund hinüberzuziehen und auf dieſe Art Bulgarien entweder durch völlige Iſolierung oder durch Einwirkung der Türkei zu einer neuen Orientierung zu veranlaſſen. Meldungen aus Konſtantinopel, die durch die Reiſe Talaat Beys nach Livadia eine gewiſſe Beſtätigung erfahren haben, beſagen, daß dieſe Bemühungen, wenigſtens was die Türkei anbetrifft, nicht ohne Erfolg geblieben ſind. Es iſt Rußland gelungen, durch den Hinweis auf die angeblichen, den klein-aſiatiſchen Beſitzſtand bedrohenden Aufteilungspläne anderer Mächte das hiſtoriſche Mißtrauen der Türkei von ſich abzulenken und mit wirkſamer Unterſtützung Frankreichs, das die Finanznot der Türkei auszunützen verſtand, zu erreichen, daß anſtatt eines Zuſammengehens mit dem Dreibund der Gedanke einer Annäherung an die andere Mächtegruppe von den türkiſchen Staatsmännern in ernſte Erwägung gezogen wird.

Auf die Tätigkeit der ruſſiſchen und franzöſiſchen Diplomatie iſt auch die Reiſe Talaat Beys nach Bukareſt zurückzuführen, durch welche eine rumäniſche Vermittlung in der Inſelfrage herbeigeführt war; gleichzeitig aber auch durch die Anbahnung freundſchaftlicher Beziehungen zwiſchen Konſtantinopel und Bukareſt die Einkreiſung Bulgariens gefördert werden ſollte.

Einſtweilen hat ſich eine Wirkung dieſer Einkreiſungsbeſtrebungen auf die bulgariſche Politik noch nicht gezeigt, vielleicht deshalb, weil man in Sofia noch keinen Anlaß hatte, gegen die Abſichten der Türkei mißtrauiſch zu werden. Jedenfalls iſt aber die Erwartung Rußlands vollkommen gerechtfertigt, daß eine völlige Iſolierung am Balkan wie in Europa Bulgarien ſchließlich nötigen werde, ſeine bisherige Politik aufzugeben und auf die Bedingungen einzugehen, die ihm Rußland für die Wiederaufnahme in ſeinen Schutz und Schirm auferlegen würde.

Mazedonien ſpielt in der inneren und äußeren Politik Bulgariens eine prominente Rolle. Wenn es ſich für die dortigen Machthaber herausſtellen ſollte, daß der von Rußland proponierte friedliche Ausgleich und das Bündnis mit Serbien der einzige Weg iſt, wenigſtens Teile Mazedoniens für die bulgariſche Sache zu retten, wird trotz der erlittenen Enttäuſchungen keine bulgariſche Regierung es wagen können, dieſe Kombination zurückzuweiſen. Nur eine Aktion, die Bulgarien den ruſſiſchen Drohungen und Lockungen gegenüber das Rückgrat ſtärkt, und das Land vor Iſolierung bewahrt, könnte verhindern, daß Bulgarien ſchließlich auf die Balkanbundpläne eingeht.

Was nun Rumänien anbelangt, ſo hatte dort die ruſſiſch-franzöſiſche Aktion ſchon während der Balkankriſe mit voller Intenſität eingeſetzt. Sie hatte die öffentliche Meinung durch erſtaunliche Verdrehungskünſte und durch geſchickte Anfachung der unter der Oberfläche ſtets fortglimmenden großrumäniſchen Idee in eine feindſelige Stimmung gegen die Monarchie hineingetrieben und die auswärtige Politik Rumäniens zu einer mit ſeinen Bundespflichten gegenüber Öſterreich-Ungarn kaum in Einklang ſtehenden militäriſchen Kooperation mit Serbien veranlaßt.

Dieſe Aktion iſt ſeither keineswegs zum Stillſtand gekommen, ſie wurde und wird vielmehr mit allem Nachdruck und mit ſo eindrucksvollen und demonſtrativen Mitteln, wie dem Beſuche des Zaren am rumäniſchen Hofe, fortgeſetzt.

Parallel damit vollzog ſich ein immer tiefer gehender Umſchwung in der rumäniſchen öffentlichen Meinung, und es kann heute nicht daran gezweifelt werden, daß viele Kreiſe der Armee, der Intelligenz und des Volkes für eine neue Orientierung Rumäniens gewonnen ſind, die ſich die „Befreiung der Brüder jenſeits der Karpathen" zum Ziele zu ſetzen hätte. Es iſt klar, daß damit das Terrain für den Eintritt Rumäniens in einen etwaigen künftigen Balkanbund in der wirkſamſten Weiſe vorbereitet iſt.

Das offizielle Rumänien hat bisher dem Einfluſſe dieſer populären Strömungen und den ruſſiſch-franzöſiſchen Werbungen ſoweit widerſtanden, daß von einem offenen Übergang ins Lager des Zweibundes und zu einer ausgeſprochenen Politik gegen Öſterreich-Ungarn derzeit noch nicht geſprochen werden kann. Es iſt aber unleugbar, daß in der auswärtigen Politik Rumäniens eine bedeutſame Schwenkung eingetreten iſt, die — ganz abgeſehen von allen Perſpektiven auf eine künftige, in gleicher Richtung fortſchreitende Entwicklung — ſchon jetzt auf die politiſche und militäriſche Situation Öſterreich-Ungarns, ja des ganzen Dreibundes, in beträchtlichem Maße zurückwirkt.

Während nämlich früher, trotz der Geheimhaltung des Allianzverhältniſſes kein poſitiver Anhaltspunkt vorlag, an der Erfüllung der aus dem Akkord mit den Dreibundmächten entſpringenden Verpflichtung durch Rumänien zu zweifeln, haben kompetente rumäniſche Stellen in letzter Zeit mehrfach die öffentliche Erklärung abgegeben — wogegen die Dreibundmächte infolge der Geheimhaltungs-Klauſel des Bündnisvertrages keine Rekriminationen erheben konnten — daß der leitende Gedanke der rumäniſchen Politik das Prinzip der freien Hand ſei. Ebenſo hat König Carol mit der Offenheit, die ſeiner vornehmen Geſinnung entſpricht, dem k. u. k. Geſandten erklärt, ſolange er lebe, werde ſein Streben dahin gehen, daß die rumäniſche Armee gegen Öſterreich-Ungarn nicht ins Feld ziehe, allein gegen die öffentliche Meinung des heutigen Rumänien könne er nicht Politik machen, und es ſei daher im Falle eines Angriffes Rußlands gegen die Monarchie trotz des beſtehenden Bündniſſes an eine Aktion Rumäniens an der Seite Öſterreich-Ungarns nicht zu denken. Um einen Schritt weiter iſt — bezeichnenderweiſe unmittelbar nach dem Zarenbeſuche in Konſtanza — der rumäniſche Miniſter des Äußern gegangen, indem er in einem Interview unverblümt zugab, daß eine Annäherung Rumäniens an Rußland erfolgt ſei, und daß eine Intereſſengemeinſchaft zwiſchen den beiden Staaten beſteht.

Das Verhältnis Öſterreich-Ungarns zu Rumänien iſt ſomit gegenwärtig dadurch charakteriſiert, daß die Monarchie ganz auf dem Boden des Bündniſſes ſteht und nach wie vor bereit iſt, Rumänien, wenn der casus foederis eintreten ſollte, mit ganzer Macht zu unterſtützen, daß Rumänien ſich aber von den Bündnispflichten einſeitig losſagt und der Monarchie lediglich eine neutrale Haltung in Ausſicht ſtellt. Selbſt die bloße Neutralität Rumäniens iſt der Monarchie nur durch eine perſönliche Zuſage König Carols garantiert, die natürlich lediglich für die Dauer ſeiner Regierung von Wert iſt, deren Einhaltung aber überdies davon abhängt, daß der König die Leitung der auswärtigen Politik ſtets vollkommen in der Hand behält. Daß dies in Zeiten nationaler Erregung des ganzen Landes die Kraft des Monarchen überſteigen könnte, kann umſoweniger negiert werden, als König Carol ſich heute ſchon auf die Volksbeſtimmung beruft, um die Unmöglichkeit der vollen Erfüllung der Bundespflichten ſeitens Rumäniens zu begründen. Es darf ſchließlich auch nicht überſehen werden, daß Rumänien ſchon heute mit dem erbittertſten Gegner der Monarchie am Balkan, mit Serbien, durch Bande der Freundſchaft und Intereſſengemeinſchaft verknüpft iſt.

Die Monarchie hat ſich bisher darauf beſchränkt, die Schwenkung der rumäniſchen Politik in Bukareſt in freundſchaftlicher Weiſe zur Sprache zu bringen, ſich im übrigen aber nicht veranlaßt geſehen, aus dieſer immer deutlicheren Kursänderung Rumäniens ernſte Konſequenzen zu ziehen; das Wiener Kabinett hat ſich hierzu in erſter Linie dadurch beſtimmen laſſen, daß die deutſche Regierung die Auffaſſung vertrat, es handele ſich um vorübergehende Schwankungen, Folgeerſcheinungen gewiſſer Mißverſtändniſſe aus der Zeit der Kriſe, die ſich automatiſch zurückbilden würden, wenn man ihnen gegenüber Ruhe und Geduld bewahrt. Es hat ſich aber gezeigt, daß dieſe Taktik ruhigen Abwartens und freundſchaftlicher Vorſtellungen nicht die gewünſchte Wirkung hatte, daß ſich der Prozeß der *Entfremdung zwiſchen Öſterreich-Ungarn und Rumänien* nicht zurückbildet, ſondern im Gegenteil beſchleunigt hat. Daß von dieſer Taktik auch für die Zukunft eine Wendung im günſtigen Sinne nicht zu erwarten iſt, dafür ſpricht ſchon der Umſtand, daß die gegenwärtige Situation der „freien Hand" für Rumänien durchaus vorteilhaft und nur für die Monarchie nachteilig iſt.

Es drängt ſich nun die Frage auf, ob Öſterreich-Ungarn das Verhältnis zu Rumänien noch durch eine offene Auseinanderſetzung ſanieren könnte, indem es das Königreich vor die Wahl ſtellt, entweder alle Brücken zum Dreibund abzubrechen oder — etwa durch Bekanntgabe ſeiner Zugehörigkeit zum Dreibunde — ausreichende Bürgſchaften dafür zu geben, daß die aus der Allianz entſpringenden Verpflichtungen auch von ſeiner Seite voll und ganz erfüllt werden würden. Eine ſolche Löſung der Frage, die eine dreijährige Tradition wieder aufleben ließe, würde ſicherlich den Wünſchen Öſterreich-Ungarns am meiſten entſprechen. Unter den gegebenen Verhältniſſen iſt es aber wenig wahrſcheinlich, daß ſich König Carol oder irgendeine rumäniſche Regierung, ſelbſt gegen eine eventuelle Erweiterung des gegenwärtigen Bündnisvertrages, dazu bereit finden würde, der herrſchenden Volksſtimmung zum Trotz Rumänien öffentlich als Bundesgenoſſen des Dreibundes hinzuſtellen. Ein kategoriſches aut-aut ſeitens der Monarchie könnte daher zum offenen Bruch führen. Ob es dem deutſchen Kabinette durch ernſte und nachdrückliche Vorſtellungen, eventuell verbunden mit einem Anerbieten im obigen Sinne gelingen würde, Rumänien zu einer Stellungnahme zu veranlaſſen, die als eine verläßliche Garantie für ſeine dauernde und volle Bundestreue angeſehen werden könnte, läßt ſich von Wien aus nicht leicht beurteilen, erſcheint aber wohl gleichfalls als zweifelhaft.

Unter dieſen Umſtänden kann die Möglichkeit praktiſch als ausgeſchloſſen gelten, das Bündnis mit Rumänien wieder ſo verläßlich und tragfähig zu geſtalten, daß es für Öſterreich-Ungarn das Pivot ſeiner Balkanpolitik bilden könnte.

Es wäre nicht nur zwecklos, ſondern bei der politiſchen und militäriſchen Bedeutung Rumäniens eine nicht zu verantwortende Sorgloſigkeit, die wichtige Intereſſen der Reichsverteidigung aufs Spiel ſetzen würde, wenn ſich die Monarchie gegenüber den in Rumänien zutage getretenen Erſcheinungen weiterhin mehr oder weniger paſſiv verhalten und nicht ohne Aufſchub die erforderlichen militäriſchen Vorbereitungen und politiſchen Aktionen einleiten würde, um die Wirkungen der Neutralität und eventuellen Feindſeligkeit Rumäniens aufzuheben oder wenigſtens abzuſchwächen.

Der militäriſche Wert des Bündniſſes mit Rumänien beſtand für die Monarchie darin, daß ſie im Konfliktfalle mit Rußland gegen dieſes von der rumäniſchen Seite her militäriſch völlig freie Hand gehabt hätte, während ein anſehnlicher Teil der ruſſiſchen Heeresmacht durch den Angriff der flankierenden rumäniſchen Armee gebunden worden wäre. Das heutige Verhalten Rumäniens zur Monarchie hätte jedoch, würde jetzt zwiſchen ihr und Rußland ein bewaffneter Konflikt ausbrechen, ſo ziemlich das Gegenteil zur Folge.

Rußland hätte nun auf keinen Fall einen Angriff Rumäniens zu befürchten und würde gegen Rumänien kaum einen Mann aufſtellen müſſen, während Öſterreich-Ungarn, der rumäniſchen Neutralität nicht ganz ſicher und deshalb gezwungen wäre, ein entſprechendes Aufgebot an Truppen gegen das jetzt an ſeiner Flanke befindliche Rumänien zurückzubehalten.

Die bisherigen militäriſchen Vorkehrungen Öſterreich-Ungarns für den Fall eines Konfliktes mit Rußland baſierten auf der Vorausſetzung der Kooperation Rumäniens. Iſt dieſe Vorausſetzung hinfällig, ja nicht einmal eine abſolute Sicherheit vor einer rumäniſchen Aggreſſion gegeben, ſo muß die Monarchie für den Kriegsfall andere Diſpoſitionen treffen und auch die Anlage von Befeſtigungen gegen Rumänien in Betracht ziehen.

Politiſch handelt es ſich darum, Rumänien durch Taten zu beweiſen, daß wir in der Lage ſind, für die Balkanpolitik Öſterreich-Ungarns einen anderen Stützpunkt zu ſchaffen. Sachlich und zeitlich deckt ſich die zu dieſem Zwecke einzuleitende Aktion mit der Notwendigkeit, gegen die von den Zweibundmächten betriebene Errichtung eines neuen Balkanbundes neue Maßnahmen zu ergreifen. Das eine wie das andere kann bei der heutigen Lage am Balkan nur dadurch erreicht werden, daß die Monarchie auf die ſchon vor einem Jahre geſtellten und ſeither mehrfach wiederholten Anerbieten Bulgariens eingeht und mit dieſem in ein vertragsgemäßes Verhältnis tritt. Gleichzeitig müßte die Politik der Monarchie darnach trachten, ein Bündnis zwiſchen Bulgarien und der Türkei zuſtande zu bringen, wofür in beiden Staaten bis vor kurzem noch ſo günſtige Diſpoſitionen herrſchten, daß ein Vertragsinſtrument, wenn es auch ſpäter nicht unterzeichnet wurde, bereits ausgearbeitet war. Auch in dieſer Hinſicht könnte eine Fortſetzung der bisherigen abwartenden Haltung, zu welcher ſich die Monarchie durch eine viel weitergehende Rückſichtnahme auf das Bündnis, als ſie in Bukareſt an den Tag gelegt wurde, beſtimmen ließ, von nicht wieder gut zu machendem ſchwerem Nachteil ſein. Weiteres Zuwarten und namentlich das Unterbleiben einer Gegenaktion in Sofia würde den intenſiven und planmäßigen Beſtrebungen Rußlands und Frankreichs vollkommen freies Spiel laſſen. Die Haltung Rumäniens drängt die Monarchie geradezu mit Notwendigkeit dahin, Bulgarien jene Anlehnung, die es ſeit langem ſucht, zu gewähren, um den ſonſt kaum abzuwenden Erfolg der ruſſiſchen Einkreiſungspolitik zu vereiteln. Dies muß aber eben geſchehen, ſolange der Weg nach Sofia und auch nach Konſtantinopel noch offen ſteht.

Der Vertrag mit Bulgarien, deſſen nähere Beſtimmungen noch eingehender zu prüfen ſein werden, wird im allgemeinen natürlich ſo abzufaſſen ſein, daß er die Monarchie nicht in Widerſtreit mit ihren vertragsgemäßen Verpflichtungen Rumänien gegenüber zu bringen vermag. Auch wäre dieſer Schritt der Monarchie vor letzterem nicht geheim zu halten, da ja darin keine Feindſeligkeit gegen Rumänien gelegen iſt, wohl aber eine ernſte Warnung, durch die ſich die maßgebenden Faktoren in Bukareſt der ganzen Tragweite einer dauernden einſeitigen politiſchen Abhängigkeit von Rußland bewußt werden könnten.

Bevor Öſterreich-Ungarn aber an die in Rede ſtehende Aktion herantritt, legt es den größten Wert darauf, mit dem Deutſchen Reiche ein volles Einvernehmen herzuſtellen, und zwar nicht nur aus Rückſicht, die der Tradition und dem engen Bundesverhältnis entſpringen, ſondern vor allem deshalb, weil wichtige Intereſſen Deutſchlands und des Dreibundes überhaupt hier im Spiele ſind und weil eine erfolgreiche Wahrung dieſer in letzter Konſequenz gemeinſamen Intereſſen nur zu erwarten iſt, wenn der einheitlichen Aktion Rußlands und Frankreichs eine ebenſo einheitliche Aktion des Dreibundes, insbeſondere Öſterreich-Ungarns und des Deutſchen Reiches entgegen geſetzt wird.

Denn wenn Rußland, von Frankreich unterſtützt, die Balkanſtaaten gegen Öſterreich-Ungarn zu vereinigen trachtet, wenn es die bereits erreichte Trübung des Verhältniſſes zu Rumänien zu vertiefen beſtrebt iſt, ſo richtet ſich dieſe Feindſeligkeit nicht allein gegen den Bundesgenoſſen des Deutſchen Reiches, gegen den durch ſeine geographiſche Lage und innere Struktur exponierteſten, Angriffen am meiſten zugänglichen Teil des zentraleuropäiſchen Blocks, der Rußland den Weg zur Verwirklichung ſeiner weltpolitiſchen Pläne ſperrt.

Die militäriſche Superiorität der beiden Kaiſermächte durch Hilfstruppen vom Balkan her zu brechen, iſt das Ziel des Zweibundes, aber nicht das letzte Ziel Rußlands.

Während Frankreich die Schwächung der Monarchie anſtrebt, weil es hiervon eine Förderung ſeiner Revanche-Beſtrebungen erwartet, ſind die Abſichten des Zarenreiches noch weit umfaſſender.

Wenn man die Entwicklung Rußlands in den letzten zwei Jahrhunderten, die ſtetige Erweiterung ſeines Gebietes, das enorme, alle anderen europäiſchen Großmächte weit überflügelnde Anwachſen ſeiner Volkszahl und die gewaltigen Fortſchritte ſeiner wirtſchaftlichen Reſſourcen und militäriſchen Machtmittel überblickt und bedenkt, daß dieſes große Reich durch ſeine Lage und durch Verträge vom freien Meer noch immer ſo gut wie abgeſchnitten iſt, dann begreift man die Notwendigkeit des der ruſſiſchen Politik ſeit jeher immanenten aggreſſiven Charakters.

Man kann Rußland vernünftigerweiſe territoriale Eroberungspläne gegen das Deutſche Reich nicht zumuten. Trotzdem ſind die außergewöhnlichen Rüſtungen und kriegeriſchen Vorbereitungen, der Ausbau ſtrategiſcher Bahnen gegen Weſten uſw. in Rußland ſicherlich mehr noch gegen Deutſchland als gegen Öſterreich-Ungarn gerichtet.

Denn Rußland hat erkannt, daß die Verwirklichung ſeiner, einer inneren Notwendigkeit entſpringenden Pläne in Europa und Aſien in erſter Linie höchſt wichtige Intereſſen Deutſchlands verletzen und daher auf deſſen unausweichlichen Widerſtand ſtoßen müßte.

Die Politik Rußlands iſt durch unveränderliche Verhältniſſe bedingt und deshalb eine ſtetige und weitaus blickende.

Die manifeſten Einkreiſungstendenzen Rußlands gegen die Monarchie, die keine Weltpolitik treibt, haben den Endzweck, dem Deutſchen Reiche den Widerſtand gegen jene letzten Ziele Rußlands und gegen ſeine politiſche und wirtſchaftliche Suprematie unmöglich zu machen.

Aus dieſen Gründen iſt die Leitung der auswärtigen Politik Öſterreich-Ungarns auch davon überzeugt, daß es ein gemeinſames Intereſſe der Monarchie wie nicht minder Deutſchlands iſt, im jetzigen Stadium der Balkankriſe rechtzeitig und energiſch einer von Rußland planmäßig angeſtrebten und geförderten Entwicklung entgegenzutreten, die ſpäter vielleicht nicht mehr rückgängig zu machen wäre.

* * *

Die vorliegende Denkſchrift war eben fertiggeſtellt, als die furchtbaren Ereigniſſe von Serajewo eintraten.

Die ganze Tragweite der ruchloſen Mordtat läßt ſich heute kaum überblicken.

Jedenfalls iſt aber, wenn es deſſen noch bedurft hat, hierdurch der unzweifelhafte Beweis für die Unüberbrückbarkeit des Gegenſatzes zwiſchen der Monarchie und Serbien ſowie für die Gefährlichkeit und Intenſität der vor nichts zurückſchreckenden groß-ſerbiſchen Beſtrebungen erbracht worden.

Öſterreich-Ungarn hat es an gutem Willen und Entgegenkommen nicht fehlen laſſen, um ein erträgliches Verhältnis zu Serbien herbeizuführen. Es hat ſich aber neuerlich gezeigt, daß dieſe Bemühungen ganz vergeblich waren, und daß die Monarchie auch in Zukunft mit der hartnäckigen, unverſöhnlichen und aggreſſiven Feindſchaft Serbiens zu rechnen haben wird.

Um ſo gebieteriſcher tritt an die Monarchie die Notwendigkeit heran, mit entſchloſſener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netze über ihrem Haupte verdichten wollen.

Der ferne Oſten auf der Friedenskonferenz

Von Dr. W. Schrameier

Japan ſcheint die Früchte ſeiner geduldigen und geſchickten Diplomatie jetzt pflücken zu ſollen. Es hat den Krieg benutzt, um ſeine Vormachtſtellung in Oſtaſien zu befeſtigen. Neben dem blutigen Ringen auf den Schlachtfeldern Europas ging ein diplomatiſcher Kampf zwiſchen Großbritannien und Japan um den Vorrang in China einher, nicht minder erbittert als ſein Gegenſtück in Europa, deſſen Ausgang zugunſten des oſtaſiatiſchen Inſelvolkes entſchieden hat.

Als Vorwand zu ſeiner Beteiligung am Kriege diente das engliſch-japaniſche Bündnis, das am 30. Januar 1902 zum erſten Male geſchloſſen, nach dem ruſſiſch-japaniſchen Kriege am 15. Auguſt 1905 erneuert und am 13. Juli 1911 aus Rückſicht auf die Vereinigten Staaten Amerikas abgeändert wurde. Der erſte Vertrag, dem beizutreten Deutſchland bei den Londoner Verhandlungen offengeſtellt war, richtete ſeine Spitze gegen ruſſiſche Ausdehnungsverſuche im fernen Oſten. Mit engliſcher Unterſtützung trieb Japan den ruſſiſchen Störenfried vom chineſiſchen Meere zurück. Durch den zweiten, der wenige Tage vor dem Friedensſchluß in Portsmouth angenommen wurde, erhielt Japan ein beſonderes Mandat über Korea, die erſte Garantie für die japaniſche Annexionspolitik, die bald zur Einverleibung des Koreaniſchen Reiches als japaniſcher Provinz führte. War in dieſem zweiten Vertrage Waffenhilfe gegen jedermann abgemacht worden, ſo wurden in dem dritten von 1911 die Vereinigten Staaten ſeitens Großbritanniens ausgenommen, weil zwiſchen den beiden Ländern ein Schiedsvertrag angebahnt war. Nur der die Vereinigten Staaten ausnehmenden Klauſel halber wurde dieſer Vertrag erneuert. Es iſt das Verdienſt der in den Vereinigten Staaten lebenden Iren und Deutſchen, die wahre Bedeutung dieſes am 3. Auguſt 1911, alſo nur wenige Tage nach Abſchluß des engliſch-japaniſchen Bündniſſes vereinbarten Schiedsvertrages erkannt zu haben. Sir Edward Grey führte dieſe neue Politik am 1. März 1911 im Unterhauſe mit einer Rede, die ſich mit der Unmöglichkeit, den Flottenausbau gegen Deutſchland einzuſchränken, beſchäftigte, ein, indem er erklärte: „Wenn durch einen Schiedsvertrag zwei der größten Völker der ganzen Welt ihren Willen kundtäten, unter keinen Umſtänden ſich in einen Krieg einzulaſſen, ſo würde ein ſolches Beiſpiel die ſegensreichſten Folgen haben. Indes könnte eines der beiden Völker einen Angriff von einem Dritten erfahren, und in dieſem Falle würden ſich die beiden Völker gegen den Dritten zuſammentun". Die Bewegung, die ſich an die Verhandlungen knüpfte, iſt in Deutſchland nur wenig beachtet und als innere amerikaniſche Frage angeſehen worden. Und doch wurde damals ſchon offen erörtert, daß der Schiedsvertrag nur den Zweck verfolge, Amerika in die von England angeſtrebte Einkreiſung Deutſchlands hineinzuziehen. Einer der Senatoren wies während der Staatsverhandlungen nach, daß die Greyſche Rede nur die eine Deutung zulaſſe, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien ſich gegen Deutſchland, falls dieſes dem Schiedsvertrage nicht beiträte, verbänden. England wünſche den Vertrag als Grundlage für ein künftiges Bündnis mit den Vereinigten Staaten, was der amerikaniſchen Auffaſſung und den Überlieferungen der Vereinigten Staaten nicht entſpreche.

Zwar wurde der Schiedsvertrag nicht geſchloſſen, da der Senat durch einige Abänderungen ihm die gefährliche Spitze zu nehmen ſuchte; aber wenn ein Indizienbeweis zwingend ſein kann, ſo läßt ſich dartun, daß er als ſogenanntes gentlements agreement für die Regierungen bindend blieb. Bezeichnend ſind die Bemerkungen Prof. Uſhers von der Waſhington-Univerſität, St. Louis, eines Mannes, der als Berater vom Auswärtigen Amte zu Verhandlungen hinzugezogen zu werden pflegt und einen tiefen Einblick in die auswärtigen Beziehungen Amerikas beſitzt, in ſeinem Buche über Pan-Germanism, Alldeutſchland, 1913: „Zwiſchen Amerika, Frankreich und England beſteht ein Einverſtändnis, daß im Falle eines von Deutſchland oder Öſterreich angefangenen Krieges die Vereinigten Staaten ſich auf die Seite Englands und Frankreichs ſtellen. Die bloße Tatſache, daß es ſich um kein öffentlich bekanntgegebenes Abkommen handelt, ſchwächt ſeine Bedeutung nicht ab. Das Bündnis — denn in der Tat handelt es ſich um ein ſolches — hat eine unendlich viel tiefere Grundlage als geſchriebene Worte und Pergamentpapier, als die individuellen Zuſagen der im Amte befindlichen Staatsmänner, nämlich die geographiſche, wirtſchaftliche und politiſche Lage der Völker, den wechſelſeitigen Vorteil für alle Beteiligten.

Eins der Opfer, die Großbritannien für dieſen Preis brachte, um keine Maſche in ſeiner Einkreiſungspolitik gegen Deutſchland zu laſſen, beſtand in der Reviſion des engliſch-japaniſchen Bündnisvertrages; in dem einzigen vorauszuſehenden Konflikt Amerikas, nämlich mit Japan, verſagte es dem Bundesgenoſſen die Gefolgſchaft. Man würde die japaniſche Diplomatie falſch einſchätzen, wollte man annehmen, ſie habe die Sachlage nicht klar durchſchaut. Aber nur um ſo inniger hielt ſie an dem Abkommen feſt: nur wurde es ſeit der Zeit in ihrer Hand zum Mittel, den Bundesfreund in Oſtaſien lahmzulegen und zu ſchwächen. Der Ausbruch des europäiſchen Krieges bot die günſtige Gelegenheit, der *Verwirklichung der oſtaſiatiſchen Pläne Japans* näherzutreten. Ob England Japans Bündnisfall als gegeben angeſehen hat, als dieſes ſich unter grober Verletzung der chineſiſchen Neutralität auf Kiautſchou ſtürzte, iſt auch heute noch eine umſtrittene Frage; der Wortlaut des Vertrages, der die Sicherung des Handels in den oſtaſiatiſchen Gewäſſern in japaniſche Hände legte, bot unter der Behauptung, daß allein die Tatſache eines deutſchen Stützpunktes in Oſtaſien eine Bedrohung des Handels enthalte, den gewünſchten Anlaß.

Kiautſchou fiel, aber der Platz war für die wahren Abſichten Japans Nebenſache; die halbe Provinz Schantung wurde in den Eroberungszug hineingezogen. „Unter dem Vorwande der Unterdrückung der Deutſchen", ſo heißt es in einer Eingabe der Schantung-Abgeordneten an die Regierung vom 6. November 1918, „haben die Japaner ihre Polizeitruppen längs der Schantungbahn aufgeſtellt. Sie haben in Fangtſe und vielen anderen chineſiſchen Plätzen ihre Zivilverwaltung eingerichtet. Sie haben Zivilklagen angenommen und die Bewohner beläſtigt. Japaniſche Abenteurer haben im Bund mit Räubern die friedlichen Einwohner tyranniſiert. Sie haben ſich in den Beſitz der Bergwerke geſetzt und unſeren Handel geſchädigt. Japaniſche Truppen haben die Geſetze mißachtet und aller Art Verbrechen begangen. Die Einwohner durften ihnen keinen Widerſtand leiſten und ſind ihres Lebens und Eigentums nicht ſicher". *Die Verletzung der Neutralität Chinas* iſt wohl der dunkelſte Punkt in dem ganzen Kriege. „Obwohl England in den europäiſchen Krieg eingetreten war, weil Deutſchland die Neutralität Belgiens verletzt hatte", ſo bemerkt ein amerikaniſcher Schriftſteller, Jefferſon Jones, in ſeinem Buche: The Fall of Tſingtau, „ſo hielt es die britiſche Regierung für unnötig, während aller Augen in der Welt auf Europa gerichtet waren, lauten Einſpruch dagegen zu erheben, daß ſein Bundesgenoſſe in China ſich desſelben Unrechts ſchuldig machte, welches ſcheinbar in Belgien ſeine große Entrüſtung hervorgerufen hatte". Im Gegenteil, es beteiligte ſich an dem Verſtoß gegen das Völkerrecht in China, während es ſich in Europa als Schützer Belgiens aufwarf. Der Amerikaner Millard ſchleudert in ſeinem Werke Our

Eaſtern Queſtion am Schluſſe ſeiner Ausführungen Japan und Großbritannien die Anklage ins Geſicht: „Als unverhüllter gewiſſenloſer Überfall auf einen hilfloſen und befreundeten Nachbar ſteht Japans Vorgehen in China in dem Jahre 1914 einzig da“.

Nach dem Falle des deutſchen Stützpunktes ging Japan mit rückſichtsloſer Energie an die Verwirklichung ſeiner Pläne, unter Verdrängung Großbritanniens ſeine Vormachtſtellung in China zu begründen. Der erſte Vorſtoß waren die 21 Forderungen, die es am 18. Januar 1915 China vorlegte und ihm durch das Ultimatum vom 25. Mai 1915 aufzwang. Sie zerfielen in fünf Gruppen. Gruppe 1 gewährt den Japanern größere Rechte in Schantung als die Deutſchen je beſeſſen hatten; ausdrücklich wurde abgemacht, daß China unbeſehen und ohne eigene Mitwirkung alle ſpäteren Abmachungen Japans mit Deutſchland anerkennen ſolle. Gruppe 2 lief auf eine Abtretung der Mandſchurei an Japan hinaus. Gruppe 3 handelte von der Übernahme gewiſſer Kohlengruben und Eiſenwerke (Hanyehpeing) im Yangtſetal durch Japan. Gruppe 4 band Japan, keinen Hafen, keine Inſel oder Bucht an der chineſiſchen Küſte an eine dritte Macht zu verpachten. Gruppe 5 enthielt Beſtimmungen über Ausdehnung der japaniſchen Finanz-, Polizei- und Militärkontrolle in China, Aushändigung der Arſenale, Bezug von Waffen und Munition von japaniſchen Lieferanten, Eiſenbahnbauten in chineſiſchen Provinzen, bei denen auch England in Frage kam und anderes. Gruppe 5 wurde auf die Entrüſtung Großbritanniens und Amerikas vorläufig zurückgeſtellt; im Laufe der Jahre ſind aber auch dieſe Beſtimmungen wohl reſtlos durchgedrückt worden. Die chineſiſche Regierung mußte Japans Ultimatum weichen, ſie erklärte in einer Denkſchrift: „Indem ſie unter Zwang die Beſtimmungen annimmt, weiſt ſie den Gedanken von ſich, als erkläre ſie ſich einverſtanden mit einer daraus zu folgernden Reviſion der zwiſchen anderen Mächten getroffenen Abmachungen und Übereinkommen hinſichtlich der Aufrechterhaltung der territorialen Selbſtändigkeit und Unverletzlichkeit Chinas“.

Der Proteſt nützte China nichts; die befreundeten Mächte waren mit ihren eigenen Angelegenheiten zu ſehr beſchäftigt, als daß ſie hätten eingreifen können. Japan erreichte, was es zunächſt wollte; es richtete ſich häuslich in Schantung und der Mandſchurei ein, wodurch es die Abſchnürung von Nordchina in der Hand hat. Am 18. November 1915 ging es auf Großbritanniens Drängen ein, keinen Separatfrieden mit Deutſchland zu ſchließen; dieſe Zuſage mußte der Bundesfreund mit dem Opfer erkaufen, daß es ſich an dem Widerſpruch Japan gegen die von ihm ſelbſt erſtrebte und auffällig begünſtigte Wiederaufrichtung der Monarchie in China durch Yüan ſchi-kai beteiligte.

Englands ſchwaches Zurückweichen vor Japan rief heftige Anklagen im eigenen Lande hervor; durch einen großen Schlag ſollte das verlorengegangene Preſtige wiederhergeſtellt werden. Am 19. November 1915, alſo am Tage nach Japans Erklärung gegen den Sonderfrieden, erſchien in amerikaniſchen Blättern eine Nachricht, die Verbündeten hätten China den Vorſchlag gemacht, ſich der Entente anzuſchließen. Mehr noch als Deutſchland ſollte Japan hierdurch getroffen werden; denn, hatte China ſich einmal der Entente angeſchloſſen, ſo würde die Politik in und mit China durch die gemeinſamen Rückſichten der Entente beſtimmt und Japan gehindert worden ſein, ſich einſeitig vorzudrängen. Die Folge der Veröffentlichung war eine umgehende Anfrage Japans in den drei Hauptſtädten der Entente und die ſofortige Erklärung Sir Edward Greys vom 30. November 1915, daß Großbritannien nicht beabſichtige, ſich in Verhandlungen politiſcher Natur mit China einzulaſſen, ohne ſich vorher mit Japan verſtändigt zu haben. Damit hatte Großbritannien die Vorherrſchaft Japans in Oſtaſien öffentlich und feierlich anerkannt. Trotzdem verweigerte Japan ſeine Zuſtimmung zum Anſchluſſe Chinas an die Entente, zu der Yüan ſchi-kai ſich geneigt zeigte, da, wie es damals öffentlich beſprochen wurde, die Entente zugeſagt hatte, China nur unter der Bedingung des Anſchluſſes auf der Friedenskonferenz zuzulaſſen, dann aber ſeine Anſprüche wegen Schantungs zu unterſtützen.

Der britiſchen Anerkennung der Vormachtſtellung Japans in China folgte Rußland am 3. Juli 1916; außer der Anerkennung enthielt der Vertrag noch das Verſprechen der Waffenhilfe gegen jeden, der die Vorherrſchaft Japans ſtreitig machen ſollte. Sein Bekanntwerden infolge der Veröffentlichung durch die ruſſiſche Revolutionsregierung rief arge Verſtimmung in Großbritannien hervor.

Nachdem während der beiden erſten Kriegsjahre die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten genügend bearbeitet war, konnte Präſident Wilſon aus dem latenten Kriegszuſtande gegen Deutſchland, der von Anfang an geherrſcht hatte, heraustreten und offen Großbritannien die Hilfe angedeihen laſſen, die dieſes ſich mit dem dritten japaniſch-engliſchen Bündnis von 1911 erkauft hatte. Indem er den Krieg erklärte, hielt er es für ſeine heilige Pflicht, wo immer in der Welt noch Sympathien für Deutſchland beſtanden, dieſe zu zerſtören und die Neutralen in das blutige Ringen hineinzuziehen. Auch China ſollte gezwungen werden, im Kampf für Menſchlichkeit und Recht, wie es ſich anmutig im chineſiſchen Munde anhörte, ſeine Neutralität aufzugeben. Die Aufforderung Wilſons rief ganz wider Erwarten eine ungeheure Erregung der öffentlichen Meinung wach; das Land ſpaltete ſich in Süd und Nord, und wieder brach ein Bürgerkrieg aus, ſo daß der Staatsſekretär Lanſing ſich veranlaßt ſah, zurückzuweichen und den Chineſen den Rat zu erteilen, unter den beſtehenden Verhältniſſen eher an ihre eigene Einigung ſtatt an den Eintritt in den Krieg zu denken.

Dieſe Einmiſchung in chineſiſche Verhältniſſe überſtieg das Maß japaniſcher Duldung; es erblickte darin einen Eingriff in ſeine Vormachtſtellung. Nunmehr trat es ſelbſt für die Kriegserklärung Chinas an Deutſchland ein, wobei es Großbritannien und die übrige Entente auf ſeiner Seite hatte. Ehe es jedoch den entſcheidenden Schritt tat, ließ es ſich von Großbritannien, Frankreich, Rußland und Italien verbürgen, daß dieſelben Mächte, die zwei Jahre vorher China ihren Beiſtand gegen Japan im Falle einer Beteiligung am Kriege auf der Friedenskonferenz verſprochen hatten, im Gegenſatze dazu Japans Wünſche auf der Friedenskonferenz gegen China unterſtützen würden. Der damalige ruſſiſche Botſchafter in Tokio faßte in einem Geheimbericht vom 8. Februar 1917 die Wünſche dahin zuſammen, daß Japan alle Rechte und Privilegien erhalten möchte, die Deutſchland in Schantung und der Südſee beſaß. Dabei erwähnte der Botſchafter, daß der japaniſche Miniſter Motono ein poſitives Verſprechen der Kaiſerlichen Regierung verlange; es ſei wünſchenswert, daß dieſes Verſprechen gegeben werde, zumal da erkennbar ſei, daß die japaniſchen Wünſche auf keinen Widerſpruch ſeitens des Londoner Kabinetts geſtoßen ſeien.

Seit dem 14. Dezember 1917, an welchem Tage die Veröffentlichung des ruſſiſchen Geheimberichts erfolgte, ſind wir über dieſe Umtriebe unterrichtet. Seit dieſem Tage weiß die Welt, daß Chinas erzwungene Teilnahme am Kriege, der lediglich die ungeſtörte Vernichtung des deutſchen Handels in China durch England zulaſſen ſollte, ſeitens der Entente mit dem ſchmutzigſten Verrate an China erkauft wurde. Zwar beteiligten ſich die Vereinigten Staaten daran nicht — die ganze Aktion erfolgte gegen ihren direkten Wunſch —, aber auch ſie ſahen ſich, um vor Intrigen ſich zu ſchützen, gezwungen, Japan für ſeine Bereitwilligkeit, China gegen eigenen Willen in den Krieg hineinziehen zu laſſen, in einem Gentlemens agreement, dem Lanſing-Iſchii-Abkommen vom 3. November 1917, dadurch zu belohnen, daß ſie deſſen Vormachtſtellung in China ausdrücklich anerkannten.

Während der Friedensverhandlungen in Paris erſchienen auch die Chineſen vor dem Forum der Weltrichter und verlangten unter Berufung darauf, daß ihre Zugeſtändniſſe vom 25. Mai 1915 auf die 21 Forderungen durch Japans Ultimatum erpreßt ſeien, Gerechtigkeit. Kiautſchou und Schantung ſeien chineſiſcher Boden und niemals etwas anderes als chineſiſcher Boden geweſen; Japan habe durch den Einfall in neutrales Land ſich der ſchlimmſten Vergewaltigung ſchuldig gemacht; ſie beanſpruchten deshalb dasſelbe, was die Weltrichter Belgien ſo bereitwillig aufdrängten — Wiedergutmachung. Gegen den Gedanken, daß Japan geraubte Gebiete und Rechte zugeſprochen werden könnten, empöre ſich das Rechtsgefühl; nachdem die Verträge mit Deutſchland durch die Kriegserklärung annulliert ſeien, müßten die Gerechtſame Deutſchlands, des Pächters, dem Grundherrn zurückfallen. Zum Beweiſe, daß es ſich um Vergewaltigungen Chinas handele, verlangten ſie die Veröffentlichung der Geheimverträge.

Japan begann, als eine gewiſſe Zuneigung zu China ſich bemerkbar machte, ſein diplomatiſches Spiel. Auf den Gedanken der Friedenskonferenz, die alles Unrecht aus der Welt zu entfernen beſtimmt war, mit Wärme eingehend, verwandte es ſich für die Gleichſtellung aller Raſſen im Völkerbunde. Es wußte, daß es mit dem Beharren auf dieſer Forderung Wilſons Lieblingsidee zu Fall bringen würde, denn niemals hätte die amerikaniſche oder auſtraliſche Bevölkerung ſich mit den Folgen dieſer Forderung gutwillig abgefunden. Da ſich Widerſtand erhob, drohte es gelaſſen mit ſeinem Abzuge von der Konferenz, und zwar gerade in dem Augenblicke, als die Gemüter durch Italien in ein ernſtes Unbehagen verſetzt waren. Der Konferenz blieb nichts übrig, als die Anerkennung von Japans Alternative, nämlich Zubilligung ſeiner ſämtlichen Kriegsziele.

Armes China! Es hatte auf Unterſtützung der Schwachen und Wiedergutmachung unſäglicher Vergewaltigung durch die Konferenz gerechnet; es hatte in begeiſtertem Überſchwang des Glaubens an die hohen Ideale, die ihm ſtets aus amerikaniſchem Munde gepredigt waren, ſogar gewagt, für ſich ſelbſt die Anerkennung ſeiner nationalen Würde, Befreiung von der ſchmachvollen Konſularjurisdiktion der Fremden, Zollautonomie, des Verfügungsrechts über ſeine eigenen Finanzen und anderes zu erhoffen. Wie ſehr wurden ſeine Erwartungen getäuſcht! Der Friedensvertragsentwurf, der Deutſchland knebeln ſoll, ſieht faſt ebenſo ſchlimme Kränkungen für China vor. Deutſchland ſoll an Japan alle ſeine Rechte aus dem ſeit dem 14. Auguſt 1917 von China annullierten Kiautſchouvertrage abtreten und damit gewiſſermaßen den Einbruch Großbritanniens und Japans auf chineſiſches neutrales Gebiet als zwingende militäriſche Notwendigkeit ſanktionieren! Der Zuſtand des Beſtehens eines ausländiſch verwalteten, chineſiſcher Hoheit völlig entzogenen Geſandtſchaftsviertels in Peking, die Beſetzung der Bahnlinie nach Tientſin, die Stationierung von Geſandtſchaftswachen in Peking uſw. wird verewigt. Der beſtehende Wertzoll, gegen den China ankämpft, wird dauernd feſtgelegt; Deutſchland ſoll gehindert werden, andere Zollvorſchläge zu machen, wenn es auch ſelbſt von den Vorteilen dieſes Tarifs ausgeſchloſſen werden kann. Die internationale Flußkommiſſion wird beſtätigt und Chinas Abſicht, ſeine Flußregulierung allein durchzuführen, vereitelt. China iſt entrüſtet; aber es iſt anzunehmen, daß man, wie ſchon ſo oft in Fällen ſchwerer Demütigungen, auch jetzt ſich wieder bald beruhigen wird. Das einzige Mittel der Rettung für China, freundſchaftliche Verſtändigung mit Japan, erſcheint den Chineſen im Lichte engliſch-amerikaniſcher Verhetzungspolitik noch als zu gewagt.

Japans Diplomatie hat in den letzten Wochen einen ungeheuren Sieg errungen. Im Gefühl ihrer Ohnmacht gegenüber dem geſchickten Gegner haben die Alliierten nachgeben müſſen. Daß ſie es gern getan haben, läßt ſich wohl bezweifeln. Jedenfalls birgt die Löſung, wie ſie getroffen iſt, neue, ſchwere Verwicklungen in ſich.

„Briefe aus Deutſchland“ (1916)

Von Prof. Dr. Adolf Deißmann, Berlin

In der internationalen Ausſprache über das furchtbare Verbrechen der Hungerblockade iſt mir die Frage geſtellt worden, ob nicht darin etwa eine Entlaſtung unſerer Gegner liege, daß ihnen die entſetzlichen Wirkungen ihrer Maßnahme unbekannt geblieben ſein könnten. Ich beſtreite nicht, daß ſich in England, Frankreich, Nordamerika viele einzelne kein rechtes Bild dieſer Wirkungen gemacht haben. Aber viele haben das rechte Bild gehabt, und die eigentlich verantwortlichen Führer des feindlichen Vernichtungswillens haben dank ihres Nachrichtendienſtes ſchon 1916 alles noch viel klarer geſehen, als die meiſten von uns es damals ſchon in Deutſchland beobachten konnten. In lapidarer Härte hat auf der „Canterbury Convocation“ vom 17. Februar 1916 ein Führer der engliſchen Staatskirche, der Biſchof von Bangor in Wales, das öffentliche Bewußtſein ſeines Volkes in den Tafeln der Welt- und Kulturgeſchichte verewigt: „Wir führen jetzt einen Krieg gegen Frauen und Kinder durch unſere Blockade“ (vergl. „The Guardian“ vom 24. Februar 1916).

Ich bin aber in der Lage, urkundlich einen noch überraſchenderen Beweis dafür zu geben, daß der Entente die wirkliche Lage der ſeit 1916 verſchmachtenden deutſchen Zivilbevölkerung abſolut genau bekannt war. Vor mir liegt ein von der feindlichen Propaganda im Herbſt 1916 durch Flieger verbreitetes Blatt „Briefe aus Deutſchland“, das eine große Zahl von Briefen deutſcher Frauen an ihre gefangenen Männer uſw. fakſimiliert und in Umſchrift wiedergibt. Dieſe zweifellos echten Stimmen der Verhungernden ſelbſt ſtehen in einem erſchütternden Parallelismus zu den Urteilen der Ärzte. „Zum Wendepunkt in der Ernährung wurde die Mitte des Jahres 1916.“ Dieſer Satz eines unſerer erſten Hygieniker, des Profeſſors Rubner (Berlin) und viele ſonſtige in der „Berliner Kliniſchen Wochenſchrift“ Nr. 1 vom 6. Januar 1919 abgedruckten wiſſenſchaftlichen Urteile anderer Autoritäten empfangen hier im voraus ihre Beſtätigung durch ein Referendum der „auf lungenkrank“ ſterbenden Frauen ſelbſt. In Deutſchland haben wir in ſchwerer Verkennung der Abwehrnotwendigkeiten auf dieſes feindliche Flugblatt ſonderbar reagiert: unſere Geiſtlichen erhielten es da und dort mit der Bitte, doch darauf hinzuwirken, daß die Frauen ihren Männern keine ſolche Klagebriefe ſchreiben möchten. Man meinte wohl, Unterdrückung der Klagen ſei Beſeitigung des Hungers. Hunderttauſende deutſcher Frauen haben auch unterlaſſen, zu klagen; aber das Echo des Elends war doch nicht zu unterdrücken.

Zunächſt gebe ich hier die von der feindlichen Propaganda mit zyniſcher Schamloſigkeit den Briefen vorausgeſchickte Einleitung und dann eine Auswahl der Briefe ſelbſt. Ihre Orthographie iſt zum Teil verbeſſert. Im Fakſimile wirken ſie, mit allen Eigentümlichkeiten unſerer Armenleute-Mundarten noch ergreifender.

[1916].

„Zum Verſtändnis der jetzigen Ereigniſſe, zur Beurteilung der geſamten Lage, gehört vor allem ein klares Bild der Situation in Deutſchland. Die deutſche Zenſur unterbindet aber möglichſt jede Information, welche die innere Lage beleuchten könnte,*) und die offiziöſen optimiſtiſch gefärbten Situationsberichte, welche vom Berliner Preſſeamt in regelmäßigen Zeitabſtänden der Preſſe zugeſchickt werden, ſtehen mit gewiſſen nicht abzuleugnenden Symptomen allzuſehr in Widerſpruch, um als ernſte Unterlage zum Studium der ſozialen und ökonomiſchen Zuſtände Deutſchlands im dritten Kriegsjahr dienen zu können: Offene und ehrliche Auskunft geben uns die Briefe, welche aus dem Inneren Deutſchlands an die Kriegsgefangenen gerichtet werden. Zum Teil ſind dieſelben zenſiert worden, aber die deutſche Zenſur ſcheint gegenüber den maſſenhaften Klagen ohnmächtig zu ſein; zum Teil gelangen dieſelben auf die verſchiedenſten Arten, unter Umgehung jeder Zenſur, unabhängig von jedem äußeren Druck, an die Gefangenen. Die 26 Briefe, die hier zum Abdruck gelangen, ſind unter denen herausgegriffen, welche dem Arbeiterſtande, dem Proletariat entſtammen und in einem Zeitraum von 6 Wochen in einem einzigen Lager eingelaufen ſind; die Perſonennamen wurden, um den Abſendern polizeiliche Nachforſchungen zu erſparen, geſtrichen; die von der deutſchen Zenſur überdeckten Stellen wurden auf chemiſchem Wege möglichſt wieder ans Licht gebracht."

„Cöln, den 3. 8. 16.

. . . . . Ach könnteſt Du noch einmal hier ſein und ſehen uns armen Weiber hier an den Verkaufſtellen ſtehen! Siehſt, für ums liebe Geld bekommt man keine Ware. Ich bekomme für uns drei die Woche nur 3 Brote und jede Woche nur 4 Pfund Kartoffeln und wir haben hier wieder neue Brotbücher und Marken. Es iſt an noch keinen Frieden zu denken, wir ſind hier in Deutſchland am Hungern und es kommt noch ſchlimmer, keine Milch und nichts mehr kriegt man. Die armen Kleinen!"

„Jocketa, den 23. 7. 16.

. . . . . immer plagt einem der Hunger, kaum hat man gegeſſen, ſchon wieder meldet ſich Hunger, es geht aber nicht bloß mir ſo, jedem geht das ſo, manchmal bin ich ganz verdrießlich; Walters gehen alle drei in Steinbruch, da koche ich mit, die werden auch nicht ſatt. Ja, ſolange man überhaupt in der Stube iſt, immer quält der Hunger . . ."

„Anrath, den 6. 8. 1916.

. . . . . Teile Dir nun noch eben mit, daß A.... auch vergangene Woche geſtorben iſt. Man hört und ſieht nichts als Tod und Verderben, es ſollte mich gar nicht wundern, wenn die ganze Welt ausſtirbt. Von mir iſt auch nicht viel mehr da, ich wiege noch knapp hundert Pfund; Du würdeſt Dich wundern, wenn Du mich ſehen könnteſt, ebenſo meine Schweſter, ſie hat 40 Pfund abgenommen."

---

*) Dieſe Bemerkung des feindlichen Flugblattes iſt ganz richtig. Ich halte es freilich für den ſchwerſten Fehler unſerer geiſtigen Abwehrtaktik, daß unſere Zenſur verſucht hat, die Blockade als relativ wirkungslos hinzuſtellen. Hinausgeſchrieen werden mußte vielmehr das Elend in alle Welt; das hätte ebenſoſehr als Gegengewicht gegen die Greuelpropaganda der Gegner, wie als Stärkung der innerdeutſchen Entſchloſſenheit gedient.

„Oſterfeld, den 22. 7. 16.

Es ſterben viele Menſchen hier. Die Leute bekommen ja nicht mehr was ihnen zuſteht. In Eſſen haben ſie an der Verkaufsſtelle einen Schutzmann totgeſchlagen und zwei Frauen totgedrückt, eine Frau von acht Kindern und eine von zwei Kindern. Es wird alle Tage noch toller. Wenn Du was haben willſt jeden Tag für in Pot, dann mußt Du den ganzen Tag mit zwei Mann unterwegs ſein, ſonſt iſt es Abend und haſt noch nichts. Das kann überhaupt nicht mehr ſo gehen, hier ſich die Köppe kaput hauen, und die armen Männer im Schützengraben auch."

„Hindenburg, 29. 7. 16.

..... Mich dauern nur meine lieben Kinderchen, denn ſie können dann noch genug ohne Mama ſein; denn, Liebling, ich werde Dir die Wahrheit ſchreiben, ich fühle mich ſehr ungeſund, meine Schweſter Guſtel iſt lungenkrank, aber bitte ſchreibe nichts davon, die wird wohl auch nicht lange machen, jetzt ſterben alle Leute auf lungenkrank; das iſt alles von der Koſt, denn man bekommt alles ſehr knapp. Ach mein Gold, jetzt würde es mir ſehr leid tun ſterben ...."

* * *

Alles in allem: Worte de profundis! Die Unbekannten aber, deren kraftloſe Finger dieſe Notzeilen hinwarfen aufs ſchlechte Papier ihrer Heimatgrüße, werden als Zeuginnen und Richterinnen mitwirken, wenn, lange nach den Weltmächten, die Weltgeſchichte ihr Tribunal errichtet.

Die wirtſchaftlichen Forderungen unſerer Gegner

„Herr Lloyd George hat in ſeinen Wahlreden verſichert, England werde zu verhindern wiſſen, daß Deutſchland ſeine Waren in unbeſchränktem Maße auf dem britiſchen Markte werfe. Dieſer Erklärung liegt die Frage nahe, wer denn die deutſche Ausfuhr, mit der allein eine Kriegsentſchädigung bezahlt werden kann, aufnehmen ſoll, wenn nicht England, das doch als einziges Land Freihandel treibt und der Hauptgläubiger Deutſchlands ſein wird. Welche Länder wären bereit, dieſe Güter aufzunehmen, um England zu helfen, ſeinen Anteil an der Entſchädigung einzuziehen? Die Ausfuhr von Waren aus Deutſchland in dem für eine Kriegsentſchädigung nötigen Umfange — das iſt nicht wegzuleugnen — würden den geſamten Welthandel demoraliſieren, ſofern Deutſchland überhaupt in der Lage wäre, ſoviel Waren herzuſtellen. Der Welthandel beruht auf Gegenſeitigkeit. Es iſt etwas ſo Unnatürliches, für nichts etwas zu erhalten, daß dadurch der natürliche Gang der Dinge auf das Ernſteſte gefährdet wäre ...

Auf der Seite der Ententeſachverſtändigen iſt die Anregung erfolgt, Deutſchland müſſe ſeine Bahnen und ſeinen ſonſtigen Staatsbeſitz ſeinen Feinden aushändigen. Würde das geſchehen und würden die Betriebsüberſchüſſe dann wieder in Deutſchland angelegt werden, ſo würde Deutſchland davon keinen Schaden erleiden. Aber die Gläubiger würden ſolange *nichts gewinnen*, bis es ihnen gelänge, dieſes *in Deutſchland angelegte Kapital* ſo wieder aus dieſem Land *herauszuziehen*. Dieſes Herausziehen iſt aber nur denkbar, wenn das Guthaben in bewegliche Dinge umgewandelt würde; das aber würde dann ſofort wieder das ſoeben aufgerollte Problem aufs neue aufrollen. Es gibt eben kein Mittel, wirklich eine Entſchädigung zu zahlen, wenn nicht durch Schaffung eines Ausfuhrüberſchuſſes.

Helfferich hat das jährliche Nationaleinkommen Deutſchlands auf 6—7 Milliarden Mark geſchätzt. In dieſer Summe iſt alſo auch jede Verbeſſerung in der Landwirtſchaft uſw. eingeſchloſſen. 6—7 Milliarden alſo war darnach der ungefähre jährliche Vermögenszuwachs des alten deutſchen Reiches. Dieſe Kapitalmenge könnte für neue Anleihen, Verbeſſerungen und Betriebsmittel uſw. zur Verfügung geſtellt werden, kurzum für jene Zwecke, denen überall der Kapitalzuwachs dient. Wenn man nun annimmt, Deutſchland wäre auch heute noch in der Lage, dieſe Summe alljährlich zu erübrigen, (was ſelbſtverſtändlich irrig iſt), ſo würden jene 6—7 Milliarden reſtlos aufgezehrt werden, um einen ganz beſcheidenen Teil der Kriegslaſten der Entente zu verzinſen und es würde dann kein Pfennig für Verbeſſerungen und Neuanlagen verfügbar ſein. Nun leben wir aber in einem Zeitalter gewaltiger gewerblicher Veränderungen und ein Land, das nicht über Mittel verfügt, um ſeine Anlagen zu verbeſſern und ſeinen Handel zu finanzieren, kann unmöglich mit der Konkurrenz gleichen Schritt halten. Sehr bald müßte es ins Hintertreffen geraten, *konkurrenzunfähig* werden und dann überhaupt keinen Pfennig mehr an Entſchädigung zu zahlen vermögen. Schnell müßte der Handel zuſammenſchrumpfen und kaum könnte ſoviel ausgeführt werden, um auch nur die nötigen Rohwaren wieder einzuführen.

Man darf nicht vergeſſen: Eine *Steuer*, die *für die Kriegsentſchädigung* an das Ausland zu zahlen iſt, *bringt keinerlei Gegenwert* an das tributpflichtige Land. Dadurch unterſcheidet ſie ſich erheblich von einer Steuer, deren Ergebniſſe im eigenen Lande verbleiben, wie das bei inneren Schulden der Fall iſt. Bei dieſen inneren Schulden zirkuliert ja das Geld im Lande und bleibt ſomit für die heimiſche Wirtſchaft verfügbar. Ganz anders aber bei Zahlungen ins Ausland. Da fließt das Kapital über die Grenzen, ohne daß etwas dafür hereinkommt. Kein Pfennig neuen Kapitals wird freiwillig nach Deutſchland kommen, wenn es den ſchweren, für die Kriegsentſchädigung erforderlichen Steuern unterworfen wird. Aber ſelbſt wenn der jährliche Tribut auf die Hälfte des reinen Einkommens heruntergeſchraubt würde, — gleichgültig wie hoch dieſes iſt — wird man ſich über den verhängnisvollen Einfluß auf die perſönliche Initiative und den Unternehmungsgeiſt keiner Täuſchung hingeben dürfen. Denn einmal bleibt überhaupt zu wenig Kapital den neuen Unternehmungen verfügbar, dann aber wird die Gefahr für dieſe Neuunternehmungen zu groß, um genügenden Anreiz zu laſſen. Wie kann ſich die induſtrielle Zukunft eines Landes geſtalten, das in dieſer Beziehung unter erheblich ſchwereren Hemmungen zu leiden hat als ſeine Konkurrenten? Es iſt nicht nötig, dieſe Frage aus Beſorgnis um Deutſchland aufzuwerfen, ſondern man muß ſie erwägen im Hinblick auf Deutſchlands Fähigkeit, Waren im Weltmarkt für ſeine Entſchädigungspflicht zu verkaufen.

Jegliche Berechnung über die Zahlungsmöglichkeit Deutſchlands wird wertlos, wenn man dem Volke keinen genügenden Anreiz zur Arbeit und zu neuen Anlagen für die Zukunft bietet. Es gibt überhaupt kein wirkſameres Mittel, Menſchen zur Arbeit zu veranlaſſen als durch Lohnzahlung. Verſklavung hat ſich nie als ein gutes Geſchäft erwieſen. Man hat Maßnahmen getroffen, damit gewiſſe Beſitztitel nicht etwa aus Deutſchland verſchleppt werden. Das mag durchführbar ſein. Dagegen iſt es nicht möglich, die Menſchen dauernd von der Auswanderung aus Deutſchland abzuhalten. Und ſie werden auswandern, wenn die Ausſichten für ſie und ihre Kinder künftig anderswo beſſer ſind. Die Führer, welche die Fähigkeit haben, Geld zu verdienen, würden auswandern, was aber würden die Zurückgebliebenen in einer derartig troſtloſen Lage beginnen? Kurzum: Zwingen die Alliierten Deutſchland, in ſeiner induſtriellen Wirkſamkeit zurückzubleiben und den Ehrgeiz ſeiner Bevölkerung zu ertöten, ſo wird das Austrocknen aller Quellen des Landes die Folge ſein. In manchem Kopf mag der Gedanke ſpuken, das ſei zum Vorteil der übrigen Länder; außerdem wird man vielleicht meinen, verdienten die Deutſchen ja das Schickſal nach dem ſchrecklichen Elend, das ſie über die Welt gebracht haben.

Sehen wir uns dies einmal an: Würde die Welt wirklich wirtſchaftlich beſſer daſtehen, wenn eine der großen Nationen bedrückt und gelähmt würde? Gewiß, ein jeder ſehnt ſich darnach, ſeine Konkurrenz los zu werden. Aber die Welt wird nur dadurch reicher, daß ein jedes Land zu den gemeinſamen Kenntniſſen und Vermögen beiſteuert.

Würde es der Welt wohler ſein, wenn Deutſchland unbewohnt wäre, ein leeres Gebiet mit einer undurchdringlichen Einfriedigung?

Würde es der Welt wohler ſein, wenn Deutſchland zwar bewohnt, aber iſoliert wäre ohne einen auswärtigen Handel?

Würde die Welt etwas verlieren, wenn dieſe Iſolation etwas gemildert wäre, in der Weiſe, daß man Deutſchland erlaubt, für einige Millionen Mark Waren auszuführen gegen die Einfuhr der gleichen Menge ausländiſcher Waren, ſofern nur die Art dieſes Warenaustauſches auf beiden Seiten freiwillig wäre? Würde irgendwelcher Schaden entſtehen, wenn man zuließe, dieſen freiwilligen Warenaustauſch allmählich auf beiden Seiten von einigen Millionen auf einige Milliarden zu ſteigern, alſo auf die Höhe vor dem Kriege? Alles in allem: Deutſchlands Eigenſchaft als Konkurrent auf dem Weltmarkte dürfte doch wohl ausgeglichen werden durch ſeine gleichzeitige Eigenſchaft als Käufer. *Fällt* aber die *deutſche Ausfuhr weg*, ſo *muß auch* die *deutſche Einfuhr* verſchwinden. Jedes Land deckt nur ſeine eigenen Bedürfniſſe. Dafür gibt es nur zwei Wege: Entweder den geſchloſſenen Handelsſtaat, den koſtſpieligeren Weg, oder aber den Handelsverkehr mit anderen Völkern, den vorteilhafteren Weg. Es ſpricht ſchlechterdings alles dafür, daß beide Teile bie freiwilligem Warenaustauſch nur gewinnen; denn jedes Land hat ſeine beſondere Begabung und Mittel, um der ganzen Welt Dienſte zu leiſten. Wenn das nicht unwiderlegliche wirtſchaftliche Wahrheit iſt, ſo gibt es keine nationalökonomiſche Wiſſenſchaft. Zweifellos, die Verbündeten haben das Recht, Deutſchland zu verhindern, ſeine Abenteuerpolitik zu wiederholen. Niemand aber, der die wirtſchaftlichen Sorgen des heutigen Deutſchlands und die Veränderungen in Europa kennt, fürchtet im Ernſte eine derartige Wiederholung. Denn nie hat eine Nation eine ſolche reſtloſe Niederlage, einen ſolchen Schiffbruch erlitten . . . .

Deutſchland hat vor bald 50 Jahren den Franzoſen Elſaß-Lothringen genommen und dieſem Lande einen Tribut von fünf Milliarden Franken auferlegt. Von jenem Tage an lebte Deutſchland in Erwartung der franzöſiſchen Revanche. Die jährliche Erhöhung des deutſchen Militärbudgets, als Folge dieſer Politik, hat den ganzen Nutzen jener Unternehmung aufgezehrt. Keine noch ſo hohe Entſchädigung kann einen Vergleich aushalten mit der Politik, die zu einem wahren ſicheren Frieden führt; denn die wirklichen Kriegskoſten beſtehen nicht in Geld, ſondern in menſchlichen Leiden. Keine Kriegsentſchädigung kann die Toten zurückbringen oder die Schrecken des Krieges ausgleichen und die beſte Politik bei allen ſiegreichen Völkern muß ſein: in die Zukunft zu blicken, nicht aber in die Vergangenheit. . . .“

*

Der Leſer, der bis hierher gekommen iſt, mag vielleicht etwas ärgerlich darüber ſein, daß ein Deutſcher in einer deutſchen Wochenſchrift in dieſem Augenblick leidenſchaftslos und mit einer kaum zu überbietenden Objektivität über den Wahnſinn der Ententeforderungen ſchreibt. Ich muß dieſen begreiflichen Unwillen ſogar durch ein Bekenntnis noch verſtärken: Zu allem Überfluß habe ich mit obigen Zeilen noch ein *Plagiat* verübt; denn jene Gedanken ſind gar nicht mein geiſtiges Eigentum, ſondern ſie ſind Wort für Wort abgeſchrieben und überſetzt aus dem Januar-Zirkular des *größten amerikaniſchen Geldinſtituts*, der National City Bank in New York. Ich glaube aber, daß dieſes Plagiat verzeihlich und gerechtfertigt iſt. Was wird es im Ausland viel beſagen, wenn wir als Deutſche, als Partei, auch mit dem Bruſtton der Überzeugung mit allem uns zur Verfügung ſtehendem volkswirtſchaftlichem Material die abſolute Unmöglichkeit der Ententeforderungen beweiſen? Wir ſind und bleiben Partei und deshalb, ſo dachte ich, würden beſſer als eigene Ausführungen jene Argumente aus feindlichem Lager doppelt wirken, weil der Verfaſſer jener Berichte ein in der ganzen Welt anerkannter Nationalökonom iſt, der keinerlei einſeitige Vorliebe für die Deutſchen hat, wohl aber über einen geſunden Menſchenverſtand verfügt. Das, was er vor Monaten als unſinnig zu widerlegen verſuchte, das iſt in der Zwiſchenzeit eingetroffen. Ja noch mehr: Der Entwurf des Dreierkollegiums iſt noch ſchlimmer als das Unmögliche, was jener Amerikaner zu widerlegen verſuchte. In den Tageszeitungen iſt das ja alles des langen und des breiten dargelegt worden.

Es waren zwei Möglichkeiten, Deutſchland auf das Furchtbarſte zu ſtrafen: Die eine Methode war die Auferlegung eines ungeheuren Tributs. Das haben offenbar die Franzoſen in Paris verlangt. Die andere war die Vernichtung des deutſchen Handels. Das entſpricht den Wünſchen der engliſchen Chauviniſten. Jeden der beiden Pläne hätte man bis zu einem gewiſſen Grade durchführen können. Wenn man aber, wie es jetzt geſchieht, beides verſucht, ſo wird beides mißlingen. So viel auch in den Verträgen geſchrieben ſteht, ſo ſcheint uns doch eines zu fehlen: ein Fingerzeig darauf, wohin denn die ihrer Exiſtenzmöglichkeit beraubten Deutſchen auswandern ſollen. Es wäre ja entſchieden ehrlicher und beſſer geweſen, beſonders feſtzulegen, in welchen Betrieben der kapitaliſtiſchen Welt die verſklavten Deutſchen man künftig beſchäftigen will; denn in Deutſchland ſelbſt können ſie unter dieſen Umſtänden nur verhungern. Das aber wird kein langſames Dahinſterben ſein, ſondern das Hinunterſinken zum Lumpenproletariat wird begleitet ſein von Erſcheinungen, die auch den geſitteten Nachbarn etwas auf die Nerven gehen dürften; denn

„Etwas muß er ſein Eigen nennen,
Oder der Menſch wird morden und brennen.“

Severus Linter.

Zur gefälligen Beachtung!

Dieſer Nummer liegt ein Proſpekt der Verlagsbuchhandlung Gebr. Paetel in Berlin bei, über das Werk „Das europäiſche Verhängnis“, die Politik der Großmächte, ihr Weſen und ihre Folgen, von Philipp Hiltebrandt. Wir bitten höfl., dieſer Beilage Ihre Aufmerkſamkeit zuwenden zu wollen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 30. Mai 1919 * Heft 22

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Wilſon will Amerikas aktive Politik nun grundſätzlich verewigt wiſſen: Monroes Schutz-Lehre wird durch Wilſon poſitiv umgedeutet. Amerika will Partner der Weltpolitik ſein. Wilſon verkündet das in dem Augenblick, da Paris ſeine ſachliche diplomatiſche Ohnmacht dartut und die beiden Häuſer des amerikaniſchen Kongreſſes eine Mehrheit von Republikanern beiſammen ſehen. Es iſt die ſeltſamſte Situation, wie laute Worte, ſchöne Reden und ungeheure militäriſche, finanzielle, wirtſchaftliche Machtmittel in ein Faſt-Nichts von Bedeutung zerfließen. Einige der Mitarbeiter des Präſidenten ſcheinen unter den peinlichen Widerſprüchen auch zu leiden, daß ſie nichts anderes zu ſein haben, als die Kuliſſenſchieber eines kaum umgemodelten Imperialismus. Wilſon erſpart ſich Klarheit und marſchiert hinter Clemenceaus Diktat. Die Deutſchen appellieren an das Anſtandsgefühl der Amerikaner. Viel Erfolg wird das nicht haben; die Vorausſetzung jeglichen Erfolges aber iſt, daß wir ſelber anſtändig ſind.

*

Kleinaſien und ſeine Küſten — das iſt die andere Auflage von Balkan und Adria. Nur daß im Augenblick kein ſlawiſcher Ehrgeiz beteiligt iſt. Ehe die albaniſche Problematik aufgenommen iſt, meldet ſich um Smyrna der griechiſch-italieniſche Gegenſatz: beide wollen Erben werden und die Franzoſen überlegen ſich, ob ſie nicht mit Syrien allein die Dummen ſein werden. Die imperialiſtiſche Beſitzwut ſteigert ſich im freundſchaftlichen Konzern; auch Amerika ſchwankt in allerhand Plänen, bloß dämmert im Hintergrund der Zerreißungspläne die ungenaue Frage, was mit dem Kalifat geſchehen ſolle. Der Kalif aller Gläubigen als Mandatar der Wallſtreet von New York — die Märchen von Tauſend und eine Nacht müſſen neu geſchrieben werden! Da Edgar Allan Poe nicht mehr lebt, kann die Aufgabe an den Iren Bernard Shaw übertragen werden.

*

Nach der Ankunft der Hallerſchen Armee ſind die annektioniſtiſchen Appetite der Polen ſtark geſtiegen. Selbſt der Pariſer „Times“-Korreſpondent ſieht ſich gezwungen zu erklären, daß „die Wiederaufnahme der polniſchen Offenſive gegen die Ukrainer auf der Friedenskonferenz in Paris einen für die Polen höchſt ungünſtigen Eindruck gemacht habe.“ Die „Times“ melden weiter ſogar, daß jetzt „in Paris beraten werde, den Staaten die wirtſchaftliche Hilfe der Entente zu ſperren, die ihre militäriſche Operation nicht einſtellen“. Noch deutlicher wird ein amerikaniſcher Funkſpruch aus Lyon, worin rund heraus erklärt wird, daß es die heimliche Hoffnung Polens zu ſein ſcheine, daß „Deutſchland ſich der Ausführung der Friedensbedingungen für den Oſten widerſetzen möge, was den Polen die Möglichkeit gebe, dem verſtümmelten Preußen den endgültigen großen Schlag zu verſetzen.“ Der Rücktritt Paderewſkis wird in dieſer Mitteilung darauf hurückgeführt, daß er die Einſtellung des Kampfes gegen die Ukrainer gegenüber dem hochgeſtiegenen Chauvinismus der Polen nicht durchſetzen konnte. Paderewſki ſelbſt hat zugeben müſſen, daß vor zwei Monaten noch die Entente Polen in einem größeren Umfange als jetzt hat herſtellen wollen.

*

Es gewinnt immer mehr den Anſchein, als ob Admiral Koltſchak von der Entente dazu auserſehen ſei, den Bolſchewismus in ihrem Namen zu beſiegen. Damit würde die ruſſiſche Reaktion wieder ans Ruder kommen. Die gemäßigten Sozialiſten, die ſogenannten Menſchewiki unter Kerenſki proteſtieren denn auch bereits energiſch gegen dieſen Plan. Es iſt fraglich, ob ſie damit durchdringen werden, weil Koltſchak in Fürſt Lwow, dem erſten Miniſterpräſidenten der Republik, und Sſaſzonow eifrige Fürſprecher beſitzt. Selbſt England fängt die Gefahr einer ſolchen Ruſſenpolitik zu erkennen an. Wenigſtens wird dem Arbeiterblatt „Daily Herald“, vom 20. Mai, aus Paris geſchrieben: „Admiral Koltſchaks diplomatiſche Offenſive werde dort mit Kraft geführt. Es ſei ſicher, daß Koltſchak als einziger Nachfolger des Zaren anerkannt werde. Hinter dieſem ganzen Treiben ſteht Sſaſzonow, der die dunkelſte diplomatiſche Figur in Europa iſt und ein Mann, deſſen Komplotte mehr, als im allgemeinen angenommen wird, an der Entſtehung des Krieges ſchuld ſind, Sſaſzonow hat Edward Greys letzte Vorſchläge an Deutſchland gefälſcht und verſtümmelt und damit zum Kriege getrieben.“

Die Schwierigkeiten für Koltſchak werden freilich erſt beginnen, wenn es ihm gelungen ſein ſollte, den Bolſchewismus zu beſiegen. Dann wird er nämlich nicht nur den Kampf gegen die Randſtaaten aufnehmen müſſen, um ſein Programm des „unteilbaren einigen Rußland“ durchzuführen, ſondern auch die überaus heikle Aufgabe anpacken müſſen, die Bauern vom Gutsland zu vertreiben, denn er ſtützt ſich auf den Grundbeſitz. Das heißt Kampf gegen 80% des ruſſiſchen Volkes.

Vingt millions de trop!

Von Dr. Paul Rohrbach

den 25. Mai 1919.

Herr Clémenceau, Präſident der Friedenskonferenz, die den Völkerbund internationaler Gerechtigkeit und Menſchlichkeit für die kommende Welt ſtabilieren ſoll, hat neulich, als ihm ein vernünftiger Franzoſe entgegenhielt, man könne ein Volk von 60 Millionen nicht derartig verſklaven, wie der Friedensvertrag zwiſchen Herrn Wilſon und der Entente es vorſieht, die kalte Antwort gegeben: Vingt millions de trop! Es gibt zwanzig Millionen Deutſche zuviel!

Gut, daß wir dies Wort erfahren. Es beſtätigt ſcharf und kurz das Prinzip der ſataniſchen Politik, das wir nach engliſchen Quellen hier ſchon neulich gekennzeichnet haben. Was man aus den engliſchen Zeugniſſen erſchließen konnte, das hören wir jetzt auf eine klaſſiſche Formel gebracht von franzöſiſcher Seite: der ganze Frieden hat vor allen Dingen den Zweck, die Zahl der Deutſchen auf der Welt zu verringern; durch Abtretungen an die Nachbarn, und ſoweit das nicht hilft, durch Verſchwinden infolge Not und Hungers.

Die deutſche Friedensdelegation hat, wie bekannt, am 13. Mai der Entente eine Note übergeben, in der dargelegt iſt, daß die wirtſchaftlichen Beſtimmungen des Friedensentwurfs im Zuſammenhang mit der Abtrennung wichtiger Induſtrie- und Landwirtſchaftsgebiete die weitere Exiſtenz von 15 Millionen Deutſchen unmöglich machen und ſie zur Auswanderung oder zum Verhungern zwingen würden. Man kann ſich denken, mit welch einem Lächeln der Befriedigung die Ententevertreter dieſe Argumentation quittiert haben! In meinem Artikel über die ſataniſche Politik der Entente (7. März 1919) ſchrieb ich, es ſei Sorge dafür getragen worden, den feindlichen Mächten unanfechtbare Zeugniſſe über die Wirkungen der Blockade in die Hände zu legen. Ich will die Punkte, über die damals die Entente beweiskräftig und überzeugend angegangen wurde, nochmals aufzählen:

1. daß an den Wirkungen der Blockade täglich ungefähr 800 Menſchen in Deutſchland ſterben;
2. daß ſich unter den kleinen Kindern an manchen Zentren die Sterblichkeit nahezu verdoppelt hat;
3. daß unter Kindern und Halbwüchſigen die Todesernte der Tuberkuloſe in großen Städten doppelt ſo groß wie vor dem Kriege geworden iſt, die Sterblichkeit der Mütter am Kindbettfieber ſich für ganz Deutſchland um zwei Drittel vermehrt hat;
4. daß die Ärzte vielen heilbaren Krankheitsfällen ratlos gegenüberſtehen, weil ihnen die nötigen Arzneien und Nahrungsmittel zur Hilfeleiſtung fehlen;

5. daß infolge der Unterernährung das ganze Volk von einer nervöſen Erkrankung ergriffen iſt, welche die Initiative lahmlegt und die moraliſchen Hemmungen ſchwächt;
6. daß Hunderttauſende von Müttern nicht in der Lage ſind, ihre rekonvaleszenten Kinder vollends geſund zu pflegen, weil ſie ſie nicht auffüttern können, ſo daß vielfach Siechtum auf Lebenszeit zurückbleibt, daß mit einem Wort die Lebenskraft der heranwachſenden Generation an der Wurzel getroffen iſt.

Dazu ſchrieb ich: Auf die von der Northcliffepreſſe beeinflußte engliſche Politik und engliſche öffentliche Meinung werde mit ſolchen Darlegungen nur die Wirkung hervorgerufen, als daß es mit tiefer Befriedigung heißt: Vortrefflich, das gerade wollten wir ja haben, und ſo ſoll es ſein, nicht nur für dieſe, ſondern womöglich auch für die nächſte Generation!

Darf ich im Zuſammenhang hiermit auch an jenes Gutachten des Dr. Saleeby wieder erinnern, das (wie es heißt, auf Anregung des engliſchen Miniſters Baden-Powell) noch vor dem Waffenſtillſtand im „Sunday Weekly Diſpatch" veröffentlicht und in dem erwähnten Artikel in der „Deutſchen Politik" wiedergegeben wurde. Es ſollte dazu dienen, die Stimmung in England für die äußerſte Schärfe der Blockade feſt zu machen und die Erwartung zu ſtärken, daß die Blockade nicht nur den Krieg beendigen, ſondern den Feind auch auf lange hinaus zugrunde richten, die „deutſche Raſſe" ruinieren würde. Jene Worte, die man in Deutſchland nicht oft genug wiederholen kann, lauteten:

„Wenn deutſche Eltern heute ſchlecht ernährt oder unterernährt oder halb ausgehungert oder durch die tauſend und einen unheimlichen ſogenannten Nahrungs-„Erſatzmittel", mit denen ſie ſich jetzt erhalten, vergiftet werden, ſo wird ihre Nachkommenſchaft dementſprechend minderwertiges Erzeugnis ſein. Sie wird in weitem Maße *allen möglichen Varietäten erblicher Leiden unterworfen* ſein. Sie wird *in geringem Maße widerſtandsfähig ſein gegen die Anſteckung durch Tuberkuloſe*. Sie iſt möglicherweiſe *verkrüppelt, mißgebildet, oder im Wachstum unternormal*. Es iſt gewiß: daß kein noch ſo reichliches Hanteln, Keulenſchwingen oder preußiſcher Kaſernenhofdrill — kein noch ſo ausgiebiges Anwenden der Gymnaſtik in den ſo gerühmten deutſchen Turnvereinen die Arme und Beine von Kindern geraderecken kann, die von ſchlechternährten Eltern ſtammen, oder *gutes rotes Blut in ihre anämiſchen Adern zu pumpen* vermag, oder auf andere Weiſe die *dauernden Spuren* abändern kann, die die Natur ihren mangelhaften Konſtitutionen eingegraben hat . . . Man nennt in Deutſchland die Rhachitis „die Engliſche Krankheit". Nun wohl, es kann dazu kommen, daß ſie dieſe Bezeichnung in Zukunft noch beſſer als in der Vergangenheit verdient, denn die britiſche Blockade iſt an erſter Stelle verantwortlich für Deutſchlands jetzige fürchterliche Ernährungsnotlage und infolgedeſſen für die Dauerwirkungen, die deren Folge ſein werden.“

Engliſche Kritiker ſind es geweſen, von denen dieſe Worte nicht einem einzelnen beſonders rohen Journaliſten, ſondern einer ganzen politiſchen Richtung als Ausdruck ihres Willens zugeſchrieben wurden. Der Friedensentwurf zeigt, daß dieſe Richtung heute noch in England die herrſchende iſt, und ſie arbeitet in Übereinſtimmung mit der Politik, die in Frankreich durch Clémenceau vertreten wird. Wenn alſo die deutſche Note auf die 400 Würgeparagraphen des Friedensinſtruments erwidert, ſie koſteten noch über die Abtretungen hinaus 15 Millionen Deutſchen das Daſein, ſo iſt die Antwort, die Clémenceau-Frankreich und Northcliffe-England darauf bereit haben, ohne weiteres klar. Sie werden ſagen, und ſollten ſie ſich ſcheuen, es laut vor der Welt auszuſprechen, ſo wird ihre Antwort innerlich durch den Gedanken beſtimmt ſein: Aber das iſt ja gerade die Wirkung, die dieſer Friedensſchluß in unſerem Sinne haben ſoll; wie ſollten wir dazu kommen, etwas dafür zu tun, das von uns ſelbſt aufgeſtellte Ziel zu beeinträchtigen!

Man glaube doch ja nicht, daß bei jenem Typus engliſchen und franzöſiſchen Empfindens, dem der Friedensentwurf Ausdruck gibt, und dem auch Wilſon ſich gefügt hat, eine Spur von Menſchlichkeit dem Feinde gegenüber vorhanden iſt, und nur gar, wenn dieſer Feind Deutſchland iſt, vor dem man ſolange in Furcht und Sorge gelebt hat. Ein Blatt wie die Voſſiſche Zeitung gibt ſich in ſeinen Leitartikeln und in Korreſpondenzen aus Verſailles Mühe, ſeine Leſer zu überreden, nur England ſei der ſchlechthin unmenſchlich kalte, von reinem brutalen Vernichtungswillen erfüllte Gegner; mit Frankreich ſtände es anders; mit den Franzoſen werde es möglich ſein, zu einer Verſtändigung zu kommen, wenn ihnen nur ihre Sorge genommen wird, Deutſchland meine es nicht ehrlich mit dem Ende der Feindſchaft und denke heute ſchon an den Revanchekrieg. Daraufhin wird die deutſche Politik aufgefordert, Wege zu finden, um den Franzoſen dieſe Angſt zu nehmen. Es mag ja menſchlich zu verſtehen ſein, daß Politiker, die nach einem Ausweg und nach einer Hoffnung für Deutſchland in ſeiner furchtbaren Lage ſuchen, allerlei Brückenkonſtruktionen in eine erträgliche Zukunft hinüber aufzeichnen. Sieht man aber nüchtern zu, ſo merkt man alsbald die Tragunfähigkeit dieſer Gebilde. Sie ſind naiv gedacht, weil denen, die ſie entwerfen, die geſchichtlich-politiſche Anſchauung fehlt, die allein imſtande iſt, uns vor Trugideen zu bewahren.

Keine Macht der Welt wird die Franzoſen im ganzen durch irgendwelche Erläuterungen, Abmachungen, Verträge uſw. davon überzeugen können, daß

Deutſchland auf den Verſuch, ſich eines Tages wieder vom Franzoſenjoch zu befreien, verzichten wird, wenn die Zahl der Deutſchen anderthalbmal oder noch einmal ſo groß iſt, wie die der Franzoſen. Ein Volk von dem Temperament und dem uralten Gefühl des geſchichtlichen Gegenſatzes gegen ſeinen öſtlichen Nachbarn, wie das franzöſiſche, iſt außerſtande, zumal nach einem ſolchen Kriege und einem ſolchen Frieden, vom deutſchen Volke etwas anderes zu erwarten, als die Revanche. Bliebe der Friede für Deutſchland erträglich, ließe er die Einwohnerzahl Deutſchlands in der Hauptſache unverändert, geſtattete er gar die Vereinigung Deutſchöſterreichs mit einem nur wenig verſtümmelten Deutſchland, ließe er den Deutſchen Ausſicht, ſich in abſehbarer Friſt zu erholen, ihre bisherige natürliche Wachstumkraft gegenüber dem Stillſtand der Bevölkerung in Frankreich wieder zu gewinnen, ſo könnte ein Engel vom Himmel die Garantie für Deutſchlands friedliches Verhalten übernehmen — die Franzoſen würden nicht daran glauben. Das einzige, woran ſie glauben, iſt in Clémenceaus Wort enthalten: Zwanzig Millionen Deutſche zuviel! Auf dieſes Ziel, Deutſchlands Bevölkerung dauernd bis auf 40—50 Millionen Menſchen herabzudrücken, richtet ſich der ganze Friedensentwurf der Entente. Dieſer Gedanke bildet den in dem Schriftſtück ſelbſt unausgeſprochenen, von Clémenceau aber in ſeinem haßerfüllten Temperament unbeſonnen hervorgeſtoßenen Leitſatz, dem jeder Abſchnitt, jede Beſtimmung von Anfang bis zu Ende dienſtbar iſt.

Man verſteht ein ſolches Dokument erſt dann richtig, wenn man den Geheimſchlüſſel kennt, über den ſich die Teilhaber, die ſich ſeiner bedienen wollen, vorher verſtändigt haben. Dieſer Schlüſſel lautet eben: 20 Millionen Deutſche weniger! Was ſich abſchneiden läßt, ſchneidet man ab, und was nicht abgeſchnitten werden kann, mag verkommen und verhungern! Dies Ziel verfolgt der Friedensentwurf mit unerbittlicher Konſequenz, und man muß zugeben, daß er hierfür eine Meiſterleiſtung von wahrhaft ſataniſcher Vollkommenheit und Wirkſamkeit darſtellt. Die Geſichtspunkte, von denen Frankreich und England dabei ausgehen, ſind verſchieden. Die Engländer ſagen ſich: Wenn Deutſchland nicht mehr als 40 Millionen Einwohner hat, ſo kann es von dem Ertrag ſeiner Landwirtſchaft beſtehen, innerhalb ſeiner verkleinerten Grenzen zwar nur kümmerlich, aber das kann dem engliſchen Intereſſe ja gleichgültig ſein. Die Hauptſache iſt, daß der Deutſche induſtriell und handelspolitiſch nicht wieder ein Konkurrent des Engländers wird. Alſo muß der „engliſche" Friede für Deutſchland entſprechend zugeſchnitten werden. Der Franzoſen dagegen ſagt: Mit 40 Millionen wirtſchaftlich verkümmerter Deutſcher, die militäriſch entwaffnet, verkehrspolitiſch kontrolliert und des größten Teils ihrer Bodenſchätze beraubt ſind, können wir es im Ernſtfall allein aufnehmen, mehr Deutſche darf es aber nicht geben, wenn wir ſicher ſein ſollen! Man ſieht alſo, daß das engliſche und das franzöſiſche Ziel, wenn auch von verſchiedenen politiſchen Ausgangspunkten her, im Ergebnis dasſelbe iſt. Harmloſe Kritiker des Friedensentwurfs haben geſagt, er ſei unlogiſch, denn durch ihn werde ja die Henne geſchlachtet, die die goldenen Eier legen ſolle. Das iſt, wenn man will, richtig, bedeutet aber weder einen Einwand noch eine Schwierigkeit für das Verſtändnis, ſobald man den Schlüſſel kennt. Die entſcheidende Hauptſache iſt und bleibt, daß die gefährliche deutſche Volkszahl verringert werden muß. Man raubt Deutſchland aus, ſo weit es geht. Es wird immerhin etwas zu holen ſein, wenn nur mit der gehörigen Brutalität gedrückt wird. Verbleibt ſchließlich ein uneingebrachter Reſt, ſo kann der ja als Dauerforderung und ſtete Drohung formell aufrecht erhalten werden. Ob er ſchließlich gezahlt wird oder nicht, macht nicht ſoviel aus gegenüber der Erreichung des Fundamentalziels, daß es zukünftig nur noch 40 Millionen Deutſche gibt.

Ohne Zweifel werden in England und ſonſt in der Welt ſich auch menſchenfreundliche Stimmen finden, die dieſen Satanismus gegen Deutſchland verurteilen. Man war ja auch ſo freundlich, Deutſchland, ganze 300 000 Gummiſauger für ſeine Säuglinge zu ſchicken und gleichzeitig 140 000 Milchkühe zu fordern, die die Milch für dieſe Säuglinge liefern ſollen. Das iſt engliſch. Es beſagt gar nichts gegen die Humanität der Spenderinnen der 300 000 Gummiſauger, aber unabhängig davon ſteht die Tatſache feſt, daß die engliſche Politik von den Leuten gemacht wird, die beſchloſſen haben, jene Kühe zu fordern (natürlich nicht für England, ſondern für Frankreich und Belgien). Humane und gerechtigkeitsliebende Engländer haben auch gegen den Burenkrieg und gegen die Konzentrationslager proteſtiert, aber die anderen, die weder gerecht noch human waren, haben die Goldminen eingeſteckt und die 26 000 Frauen und Kinder in den Lagern umkommen laſſen. Hinterher haben ſich Humane und Inhumane, Gerechte und Ungerechte gemeinſam bei den Tatſachen beruhigt, die nun einmal geſchehen waren. Gerade ſo würde es auch gehen, wenn in zehn Jahren das, was zunächſt noch an Deutſchen hinter einem ſolchen Frieden über 40 Millionen hinaus verbliebe, verkommen iſt. Es wird etwas ſchwerer ſein, 10 oder 20 Millionen zu Grunde gegangene Deutſche moraliſch zu verdauen, als 26 000 Burenkinder und Frauen, aber warum ſind die Deutſchen ſo zahlreich! Vielleicht öffnet Herr Wilſon oder ſein Nachfolger die Vereinigten Staaten auch für deutſche Auswanderer oder erlaubt den Argentiniern oder ſonſt jemandem, es zu tun, wenn noch nicht mehr als die Hälfte ihrem Loſe erlegen iſt, und es gibt dann ein großes Loblied auf Amerika, auf den Völkerbund und die Menſchlichkeit.

Wenn alſo jetzt in Verſailles über den Frieden „verhandelt“ wird, ſo haben wir uns gegenwärtig zu halten, daß es nicht um irgendwelche Abſtriche und Milderungen im Sinne irgendeines unbeſtimmten Ergebniſſes geht, über deſſen

„Erträglichkeit" der Streit der Meinungen dann beginnen könnte, ſondern einfach darum, ob England und Frankreich den Mord von ſoviel Millionen Menſchen in Deutſchland, der ihnen für ihre Ziele erforderlich ſcheint, erreichen oder nicht. Herr Wilſon, ſeine 14 Punkte und ſein Völkerbund werden dabei wohl eine gleich unbeachtliche Rolle ſpielen. Herr Wilſon weiß, und er hat nichts dagegen, oder wenn er etwas dagegen hatte, ſo iſt man über ihn zur Tagesordnung übergegangen, daß die oberſte Bevölkerungsgrenze für Deutſchland 40 Millionen betragen und daß was darüber iſt, durch die abtötenden Wirkungen des Friedensmittels beſeitigt werden ſoll. Es wäre merkwürdig, wenn er hinterher, nachdem ihm dieſer Frieden diktiert worden iſt, noch beſondere Verſuche machte, ſich dagegen zu ſperren. Widerſtand leiſten können nur wir allein, und die einzig mögliche Methode des Widerſtandes für uns iſt diejenige, daß wir die Unterſchrift verweigern und dadurch die Gegner zwingen, entweder ihren Frevel noch weiter bis ins Ungeheure zu vergrößern oder vor den Schwierigkeiten politiſcher und moraliſcher Art zurückzuweichen, die ſich infolge der deutſchen Weigerung gegen ihren Plan erheben werden. Wenn ſie trotz allem bei ihm bleiben ſollten, ſo bleiben uns vielleicht Mittel übrig, deren Anwendung gegen den Feind uns weniger koſten würde, als der Untergang aller der Volksgenoſſen, die heute noch über jene Grenzzahl von 40 Millionen hinaus zu uns gehören.

Breſt-Litowſk und Verſailles

Von Axel Schmidt

In der Ententepreſſe iſt es beliebt, den Verſailler Friedensentwurf mit dem Breſt-Litowſker Frieden in Vergleich zu ſtellen. Zum großen Schaden der deutſchen Sache wird dieſes Wort gedankenlos von unſeren Ruſſenfreunden nachgeplappert. Das Charakteriſtiſche des Breſt-Litowſker Friedens beſtand in *der Selbſtändigmachung der bisher von Rußland unterjochten Randvölker*. Nach ihm ſollten Finnland, Baltenland, Litauen, Polen und Ukraine ſelbſtändige Staaten werden. In Verſailles dagegen ſollen rein deutſche Gebiete, wie Elſaß oder Saargebiet, Danzig oder Memel, Südtirol oder Nordböhmen, Mittelſchleswig oder Weſtpreußen, teils ohne Abſtimmung, teils verlockt durch materielle Vorteile, durch Abſtimmung von Deutſchland abgetrennt werden, wobei, wie in Weſtpreußen, das Reſultat durch Wahlkreisgeometrie gefälſcht werden ſoll. Wenn wirklich der Breſt-Litowſker Frieden ein Gewaltfrieden geweſen wäre, wären nach dem Zuſammenbruch Deutſchlands alle Randvölker ſchleunigſt wieder unter die ruſſiſchen Fittiche geflüchtet. Statt deſſen ringen ſie alle nicht nur energiſch mit dem Bolſchewismus, ſondern arbeiten bei der Entente für die Anerkennung der Unabhängigkeit ihrer Staatsweſen. Selbſt die Entente konnte nicht umhin, durch Empfang der Vertreter all dieſer in Breſt-Litowſk aus der Taufe gehobenen jungen Staaten die Berechtigung des Breſt-Litowſker Grundgedankens anzuerkennen. Finnlands Selbſtändigkeitsdrang war ſchon vor dem Kriege in Europa nicht unbekannt. Haben doch ſeit Anfang dieſes Jahrhunderts, wo die Ruſſifizierungsbeſtrebungen einſetzten, nur zu oft Gelehrte und Künſtler der geſamten Kulturwelt ſich für die Berechtigung des finnländiſchen Freiheitskampfes ausgeſprochen. Über Polen, das von den Mittelmächten befreit, jetzt zum verzogenen Liebling der Entente geworden, braucht gleichfalls kein Wort mehr verloren zu werden. Über das Ringen der Ukraine gegen das moskowitiſche Joch iſt in unſerer Zeitſchrift mehrfach berichtet worden. Die nationalbewußten Ukrainer unter Petljura kämpfen unermüdlich gegen den Bolſchewismus, welcher Kampf freilich ſehr erſchwert wird durch das polniſche Vordringen auf ukrainiſches Gebiet in Oſtgalizien. Aber auch Litauen und Weißruthenien, nicht weniger als das Eſtenland und Lettland arbeiten emſig bei der Entente für Anerkennung ihrer Selbſtſtändigkeit. Wie iſt es unter ſolchen Umſtänden möglich, den Breſt-Litowſker Frieden mit dem Verſailler auf eine Stufe zu ſtellen? Wie läßt ſich das Vorgehen der Entente in Südtirol und Nordböhmen, in Danzig und Weſtpreußen, in Oberſchleſien und Schleswig, im Elſaß und im Saargebiet mit unſerer Randſtaatenpolitik in Vergleich ſetzen. Das konnte nur geſchehen, weil leider während des vierjährigen Weltkrieges das deutſche Militär in all dieſen Gebieten das Wort geführt hat. Letzteres hat es aber nirgends verſtanden, den großen Gedanken der Völkerbefreiung in ſich aufzunehmen, geſchweige denn durchzuführen. Selbſt im engen Rahmen des Obrigkeitsſtaates eingeſpannt, haben wir, ſtatt die dortigen einheimiſchen Kräfte freizumachen, ſie gebunden gehalten. Es genügt das Regime des Fürſten Yſenburg in Litauen anzuführen oder die Erfindung des Hetmans Skoropadski in der Ukraine, um das ganze Ungeſchick dieſer von Ludendorff und Hoffmann inaugurierten Politik zu kennzeichnen. Trotzdem ſind alle Randſtaaten mit Ausnahme von Polen darauf bedacht, gute Beziehungen zu Deutſchland zu erhalten. Hierbei ſprechen nicht nur wirtſchaftliche Gründe der nahen Nachbarſchaft mit, ſondern ebenſo politiſche. Großrußland und Polen ſind und bleiben die Feinde all dieſer Randſtaaten von Finnland angefangen bis zur Ukraine herunter. Beide ſind aber auch Deutſchlands zukünftige Gegner.

Mag man daher die deutſche Methode der Verhandlung in Breſt-Litowſk als völlig verkehrt verurteilen, die zwiſchen Peitſche und Zuckerbrot hin und herſchwankte und ſtatt der zugkräftigen Parole „Selbſtbeſtimmung der Völker" nur zu oft die Brotlieferung als der Weisheit letzten Schluß anſah.

Die Ideen von Breſt-Litowſk und Verſailles ſind, wie Tag und Nacht, verſchieden. Hier wurden die im ruſſiſchen Kerker ſitzenden Völker von Finnland bis nach Armenien befreit, dort ſoll deutſches Land im Norden und Weſten, im Süden und Oſten an unſere Gegner verſchachert werden, um Deutſchland für ewige Zeiten ſchwach und elend zu machen. Am hinterhältigſten iſt es aber, daß die Entente bei *reindeutſchen Gebieten*, wie Südtirol, Nordböhmen, Danzig, von einer Abſtimmung nichts wiſſen will. Auch in Oberſchleſien, wo die Arbeiterſchaft durch einen Anfall an Polen ihre wertvolle ſoziale Geſetzgebung einbüßen würde, iſt eine ſolche nicht vorgeſehen. Wo aber eine ſolche platzgreifen ſoll, da wird ſie entweder wie im Saargebiet, auf eine ſpätere Zeit verſchoben, nachdem Frankreichs ſchwere Hand fünfzehn Jahre drauf gelaſtet haben wird. Oder man lockt die durch die Hungerblockade zermürbte Volksmenge, wie in Schleswig, durch materielle Vorteile (Befreiung von den deutſchen Kriegsſchulden) ins feindliche Garn. Selbſt Dänemark hat gegen die Fälſchung des Selbſtbeſtimmungsrechtes Proteſt eingelegt. Deutſche Blätter ſollten nicht durch gedankenloſes Nachplappern von Stichworten der Entente unſeren Gegnern Trümpfe in die Hand ſpielen, ſondern bei aller Verurteilung der ſchweren Fehler, die bei den Verhandlungen in Breſt-Litowſk und namentlich vorher in der Verwaltung der befreiten Gebiete gemacht worden ſind, zum Grundgedanken dieſes Friedens ſich bekennen. Iſt es nicht beſchämend, daß gerade jetzt, wo Deutſche dieſe Großtat deutſcher Waffen zu verkleinern beſtrebt ſind, die Finnländer am Jahrestage der Befreiung Helſingfors den Deutſchen öffentlich ihren Dank wiederholen. Wenn wir unſere Randſtaatenpolitik verleugnen, ſo verſperren wir uns noch den letzten Weg, wohin nicht nur unſer Handel und unſere Induſtrie mit Erfolg wird arbeiten können, ſondern auch das einzige Gebiet, wo deutſche Auswanderung nicht ſofort vom Angelſachſentum zum Lohnſklaven gemacht werden wird. Daß der *Befreiungscharakter des Breſt-Litowſker Friedens* nicht ſtärker ins Bewußtſein der Welt eingedrungen iſt, liegt darin, daß die ruſſiſche Revolution für ganz Rußland die Befreiung vom zariſchen Joch brachte und im erſten Augenblick mancherorts angenommen wurde, daß dabei auch die Wünſche der Fremdvölker in Erfüllung gehen würden. Der Bolſchewismus hat inzwiſchen dieſe Leichtgläubigen belehrt, daß nicht nur das Zarentum, ſondern ebenſo das geſamte großruſſiſche Volk ſeiner ganzen Veranlagung nach nur autokratiſch gegen andere Völker auftreten kann. Bei der ruſſiſchen Revolution rächte es ſich bitter, daß die deutſche Verwaltung nicht imſtande war, ihre Stellung zu den Randvölkern von Grund aus zu ändern. Wir arbeiteten nach wie vor mit den *veralteten Mitteln des engherzigen Obrigkeitsſtaates*, ſtatt ſofort beim Einmarſch in dieſe Gebiete die nach Betätigung ſich ſehnenden nationalen Kräfte an uns zu feſſeln.

Weil wir aber im eigenen Lande noch mit Zenſur und Bevormundung ſo reich geſegnet waren, waren wir auch nicht imſtande, bei den Randvölkern anders vorzugehen. Deswegen bleibt es beſtehen, daß in Breſt-Litowſk mit freilich untauglichen, ja oft verkehrten Mitteln ein Befreiungswerk vollführt worden iſt, in Verſailles aber eine Verſklavung Deutſchlands angeſtrebt wird.

Der nationale Kampf um Schleswig

Von Viktor Fabrizius

Paris hat geſprochen. Das Herzogtum Schleswig iſt, abgeſehen von einem Teil ſüdlich der Schlei und Treene, in 3 Gürtel zerlegt, von welchen der erſte en bloc abſtimmen ſoll, während die beiden andern, immer in einem zeitlichen Abſtande von einigen Wochen, gemeindeweiſe abſtimmen ſollen. Durch dieſe teufliſche Verzerrung des Abſtimmungsprinzips glauben die Leiter der Weltpolitik Dänemark zu einem augenblicklichen Vorteil gelangen zu laſſen, der es für ewige Zeiten mit Deutſchland verfeinden muß.

Dänemark ſelber hat den ganzen Krieg hindurch ſtrenge Neutralität gewahrt; das war weniger Verdienſt der däniſchen Geſellſchaft, welche von Anbeginn an von ſtarker Antipathie gegen Deutſchland erfüllt war, als des deutſchen Geſandten Rantzau, den dabei ein Umſtand ſtützte, auf den wir gleich zu ſprechen kommen. Dank der Neutralität aber hat es eine Milliarde Kronen Schulden abgetragen und eine Milliarde Kronen Guthaben im Auslande gewonnen. Dem ſteht gegenüber ein Tonnageverluſt durch den U-Bootkrieg im Werte von etwa 50 Millionen Kronen. Ohne einen Schuß gelöſt zu haben, ſoll es nun den größten Teil der Provinz Schleswig ſich aneignen. Darüber feiert das ganze Volk im Siegesrauſch und hat ſich dank der Preſſebearbeitung der Entente vollſtändig in den Wahn hineingelebt, berechtigter Teilhaber an dem Aufteilungs-Konſortium Deutſchlands zu ſein.

Daß Dänemark an dem Kriege nicht teilnahm, war unſer, in den bisherigen Landesgrenzen liegender Vorteil. Nordſchleswig bedeutete ein günſtiges Aufmarſchgebiet für Deutſchland, bedeutete die Lähmung jeder Aggreſſion des feſtländiſchen Dänemarks und damit die Garantie ſeiner Neutralität. Wiederholt hat die Entente Pläne geſchmiedet, uns den Kieler Kanal abzuſchneiden. Der Küſtenſchutz durch den Beſitz des Liſter-Tiefs im Weſten, der Beſitz Nordſchleswigs für das Heer und im Oſten der Beſitz des Kleinen Belts machten den Angriff zu einem ſo ſchwierigen Geſchäft, daß die Entente auf den Verſuch eines nordiſchen Gallipoli verzichtete.

Die allgemeine Nächſtenliebe der Entente für Dänemark erklärt ſich nur aus dieſen ſtrategiſchen Gründen. Es gilt die Wehrlosmachung Deutſchlands an ſeiner Nordfront, zu welchem Zweck man es mit ſeinem nördlichen Nachbar gründlich zu verfeinden beabſichtigt, damit dieſer dauernd in Abhängigkeit der Entente und zum getreuen Wächter und argwöhniſchen Spion jeder neuen deutſchen Kraftentfaltung eingeſetzt werde. Es iſt neben der Nordfront Deutſchlands in erſter Linie ſeine Flottenbaſis, welche dabei in Frage ſteht: Es gilt, den Kieler Kanal. Durch ſeinen Bau und ſpäteren Ausbau zur vollen Paſſierfähigkeit auch für die größten Kriegsſchiffe, hatte Deutſchland ſich einen ausgezeichneten Küſtenſchutz geſchaffen. Schon für die Handelsmarine bedeutet der Kanal die Unabhängigkeit von der engliſchen Überwachung des Kattegat und Skagerrak und von der däniſchen Beherrſchung der Belten und des Sundes. Für die Küſtenverteidigung und für die Marine ſelber iſt er jedoch der eigentliche Lebensnerv unſerer Selbſterhaltung geweſen. Der „Temps“ und ähnliche Aufteilungspolitiker ſchwärmen für die Errichtung eines den Kanal umfaſſenden Pufferſtaates quer durch Schleswig-Holſteins Fluren hindurch. Die führenden Politiker engliſcher Zunge dagegen haben klar erkannt, daß es deſſen nicht bedürfe, daß es vielmehr genüge, den Belt für Deutſchland zu verſchließen und ſeinen Freunden als Ausfalltor zu öffnen; daß es vor allem genüge, durch Zerſtückelung Schleswigs den Landſchutz des Kanals zu zerbrechen, und nunmehr Deutſchland unter die dauernde Bedrohung eines alliierten Aufmarſchgebietes bis vor die Tore Flensburgs oder gar bis in das Herz Mittelſchleswigs, hinein zu verſetzen.

Strategiſche Fragen geltend zu machen, iſt im Zeitalter der Demokratie und des Völkerbundes altmodiſch geworden. Die edlen ententiſtiſchen Befreier und das in ſich ſelber um Hochſinn und Rechtsſinn ringende Dänenvolk ſind angeblich von idealen, nationalen Momenten geleitet. Vorgeſchützt wird das Märchen von dem Unrecht, welches Dänemark 1864 geſchehen ſein ſoll, und die grobe Übertreibung von einer unter preußiſcher Knute ſchmachtenden und hinſiechenden däniſchen Bevölkerung Schleswigs, welcher nunmehr die Befreiungsſtunde ſchlagen ſoll. Die Bevölkerung Schleswigs iſt in den Kreiſen Hadersleben, Sonderburg und Apenrade und im nördlichen Drittel des Kreiſes Tondern unleugbar in ihrer größeren Kompaktheit däniſcher Nationalität. Soweit ſie es 1864 noch nicht war, iſt ſie es durch die völkerpſychologiſchen Torheiten der preußiſchen Landräte geworden. Dieſer Bevölkerungsteil wurde 1864 auf der Londoner Konferenz und wiederholt ſpäter durch Bismarck dem däniſchen Volke angeboten. Die däniſche Regierung aber lehnte ab; ſie gab die nationalen Intereſſen ihres Volkes an dynaſtiſche Preſtige-Forderungen, — Herrſchaft auch über das deutſche Schleswig — preis, ſo daß das Unrecht, welches 1864 den nördlichen Diſtrikten Schleswigs angetan wurde, voll und ganz auf das Konto der däniſchen Anmaßungen fällt.

Nun ſpielt die Entente mit denſelben Gelüſten nationaliſtiſch verhetzter Kreiſe Dänemarks, die 1864 eine reinliche Auseinanderſetzung verhinderten, und will dieſes Reich in dauernde Feindſchaft mit Deutſchland hineintreiben, indem es ſeiner Bevölkerung vorgaukelt, am Ziele aller nationalen Hoffnungen zu ſtehen.

In dem Wilſon-Programm war Nordſchleswig nirgend erwähnt. Die Rückſicht auf Skandinavien und der Gerechtigkeitsſinn des neuen revolutionären Deutſchlands hat ſeine Regierung veranlaßt, auch für dieſes Gebiet das Selbſtbeſtimmungsrecht anzubieten. Im Prinzip war das nur billig und für die künftige Friedenspolitik Deutſchlands vorteilhaft. Deutſchland iſt von ſeiner Stellung als Vormacht der Oſtſeeſtaatengemeinſchaft herabgedrückt worden auf einen bloßen Teilhaber dieſer Gemeinſchaft, und es beſteht für alle Oſtſeeſtaaten das Intereſſe des nachbarlichen friedlichen Zuſammenlebens. Kann dieſes Zuſammenleben durch Abtretung eines Bevölkerungsteiles, der „mit deutlich manifeſtiertem Willen kund tut, daß er dem deutſchen Reiche nicht angehören will", erzielt werden, ſo kann das nur eine Stärkung unſerer Reichseinheit bedeuten. Der Brief des Staatsſekretärs Dr. Solf an den Dänenführer Hanſſen, in welchem die Selbſtbeſtimmung für Schleswig anerkannt wurde, iſt ein Rechtsakt gegen die eigene Bevölkerung, nicht eine Einräumung an den Staat Dänemark; Dänemark gehört überhaupt nicht zu den verhandelnden Parteien der Weltfriedenskonferenz. Es kommt für den ganzen Vorgang nur ſoweit in Frage, als es ſich bereit erklären muß, den Bevölkerungsteil der Nordmark, der ſich von Deutſchland löſen will, in ſeine Reichseinheit mit allen Paſſiven aufzunehmen, mit denen er heute belaſtet iſt. Statt deſſen ſpielt ſich die däniſche gute Geſellſchaft mitſamt der Maſſe der Mitläufer, welche immer ein Opfer der nationalen Phraſen zu werden pflegen, als Mitglied des großen Siegerkonzernes auf und läßt ſich wie die übrigen Mitglieder der Entente in Paris hiſtoriſche, ſtrategiſche und wirtſchaftliche Vorteile in Ausſicht ſtellen, welche mit der nationalen Scheidung in Schleswig in keinem Zuſammenhange mehr ſtehen.

In dem in Frage ſtehenden Gebiet wohnen nach der Sprachſtatiſtik von 1910: 415 077 Einwohner, davon waren Deutſche und Frieſen insgeſamt 277 396 oder 66,81%, während nur 133 582 Dänen oder 32,17% ſich darunter befinden. Noch ungünſtiger ſtellt ſich der Vergleich der einzelnen Abſtimmungsgürtel. In dem nördlichen befinden ſich 54 062 Deutſche (29,88%) und 124 280 Dänen (68,70%), darunter aber eine Reihe deutſchgeſinnter Gemeinden, insbeſondere Tondern und Hoyer, welche zu Unrecht in dieſen Gürtel der en bloc-Abſtimmung eingezogen ſind, da ſie an der Südgrenze des Gürtels liegen. In dem 2. Abſtimmungsgürtel befinden ſich 83 553 Deutſche (89,73%) und nur 8 513 Dänen (oder 9,14%). Noch ungünſtiger ſtellt ſich dieſes Bild, wenn man bedenkt, daß die Stadt Flensburg mit 65 000 Einwohnern 57 000 Deutſche hat, welche von dieſem Gürtel abzuziehen ſind, um die Zahlen für die ländliche Bevölkerung zu gewinnen. In dem dritten Gürtel finden ſich überhaupt unter 139 781 Deutſchen und Frieſen nur 789 Dänen, das ſind 0,56% Dänen gegenüber 99,03% Deutſchen; das iſt die nationale Abſtimmung, welche die Entente betr. Schleswig vorſchlägt. Unter dieſen insgeſamt 133 582 Dänen ſind wenigſtens 30 000 ſogenannte „Heim-Deutſchen", das ſind Menſchen däniſcher Zunge, aber deutſcher Geſinnung, deutſcher Kirchen- und Schulſprache und deutſchen Familiencharakters. Denn bis in die deutſchen Reſerveoffiziere-, Beamten-, Landwirt- und Gewerbetreibenden-Familien hinein iſt die däniſche Mundart Schleswigs das häusliche Idiom geweſen. Nun haben däniſche Politiker dank der non chalance deutſcher politiſcher Überwachung eine häßliche Agitation in den überwiegend oder rein deutſchen Gemeinden dieſes Gebietes entfaltet, um mit dem Vorteil der Steuerflucht, der Entziehung von allen Kriegslaſten Deutſchlands, der ſofortigen reichlichen und billigen Lebensmittelverſorgung der armen Bevölkerung, der Gratisverteilung von Kleidern und Schuhen, der Heimbeförderung der aus den Gebieten entſtammenden und däniſch geſinnten deutſchen Kriegsgefangenen zu krebſen, ſo daß mit dem Abfall größerer deutſcher Bevölkerungsteile in Überläufertum gerechnet werden muß.

Trotz aller Spekulation auf die moraliſche Zermürbung der Deutſchen durch den Krieg fühlt ſich die Entente ihres Raubes nicht ganz ſicher. Um ein Lockmittel zum Abfall für die deutſchen Wähler zu haben, ſoll der abzutretende Bevölkerungsteil an den Kriegs-Schulden und Laſten des Reiches, an denen heute jeder Deutſche zu tragen hat, nicht teilnehmen, und ſoll für die Abſtimmung als Stichtag des Seßhaftſeins für die Stimmberechtigten der 1. Januar 1900 in Ausſicht genommen werden, weil durch die Beweglichkeit des Beſitzwechſels ſeit Einführung der agrariſchen Hochſchutzzölle die Ausſchließung eines großen Teiles der Schleswiger an der Abſtimmung bewirkt wird, und ſoll für den nördlichen, Dänemark einigermaßen ſicheren Teil, der vor allem die eigentliche ſtrategiſche Bedeutung hat, eine En bloc-Abſtimmung ſtattfinden, während für die ſüdlich der — durch das Liſter Tief, durch die frieſiſche Marſch ſüdlich Tonderns, nördlich Flensburgs in die Flensburger Föhrde gehenden — Abſtimmungslinie verbleibenden Bezirke die Abſtimmung gemeindeweiſe erfolgen ſoll, um ſo einer einheitlichen Kundgebung des deutſchen Volkstums vorzubeugen und die Intereſſen des Privatbeutels aufs Äußerſte anzuregen. Schließlich hat die däniſche Irredenta ſich durch gefälſchte Petitionen ein Recht zur Abhaltung der Abſtimmung auch in der Stadt Flensburg geben laſſen, in welcher unter 67 000 Einwohnern höchſtens 12 000 däniſch ſprechende oder wirtſchaftlich däniſch intereſſierte Einwohner ſich befinden.

Die Stadt Flensburg iſt diejenige, welche am ſchwerſten durch die ganze Abtretung getroffen wird. Das Ziehen einer neuen Grenze reißt ſowohl in das Familienleben als in das Wirtſchaftsleben tiefe Wunden. Der provinziellen Handelsmetropole aber ſchlägt es unheilbaren Schaden, ob Flensburg nun nördlich oder ſüdlich der Grenze bleibt. Es wird nur durch ein Syſtem der Protektion ſeines Handels und ſeiner Induſtrien vor dem völligen Ruin bewahrt werden können. Da aber die Induſtrien heute in Dänemark unter der bevorzugenden Gnade der Entente ſtehen werden, wird auf den Abfall deutſcher Wähler aus dieſem Intereſſe gerechnet, und es ſcheint, daß deutſches Großkapital dieſen däniſchen Umtrieben bereits Vorſpanndienſte leiſtet.

Das Auftreten des führenden politiſchen Deutſchtums war anfänglich von derſelben Hilfloſigkeit charakteriſiert, mit der das ganze intellektuelle Deutſchland die Revolution hinnahm. Seit Jahrzehnten war ſeitens der preußiſchen Regierung eine Illuſionspolitik geführt worden, welche mit einer Fülle äußerlicher Machtmittel die Bevölkerung über ſeine eigenen nationalen und kulturellen Schwächen hinwegtäuſchte. Durch die Revolution waren die ſchleswigſchen Führer der Deutſchen zunächſt anſcheinend kaltgeſtellt. Es brach für den deutſchen Schleswiger nicht nur der Glaube an die Unzerbrechlichkeit der deutſchen Reichskraft zuſammen, ſondern es öffneten ſich ihm die Augen zugleich für die Tatſache, wie ſchwach die Einwurzelung der Deutſchen in Schleswig tatſächlich war.

Zunächſt erhob ſich eine abſolute Proteſtſtimmung gegen jede Abtretung, eine Bewegung, die ohne Verſtändnis für die neuen Aufgaben war, welche die anbrechende Zeit ſtellte. Dieſe verſtändnisloſe Proteſtpolitik wurde geſtärkt durch die berechtigte Empörung über die ſchamloſe Ausnutzung der Notlage durch die däniſchen Agitatoren. Damit wurde durch das Verhalten der Deutſchen wie der Dänen pſychologiſch der Moment verpaßt, wo die Schleswiger untereinander zu einer friedlichen Verſtändigung und einem ſchiedlichen Ausgleich hätten kommen können. Entſetzen packte den treuen deutſchen Mann, als bald auch das ſchleichende Gift der Überläufergeſinnung ſich in den eigenen Reihen breit zu machen und offenbar zu werden anfing. Es galt jetzt auch den Kampf gegen das Verrätertum in den eigenen Reihen, das ſich immer unverhüllter kundtat und ſich nicht ſcheute, ſelbſt Vertreter nach Kopenhagen und nach Paris zu entſenden. Anfang März war die Situation bis zu der Kriſis eines völligen Zuſammenbruches des Deutſchtums gekommen. Da griffen mit Energie die ſozialdemokratiſchen Führer ein, insbeſondere das Mitglied der Nationalverſammlung Michelſen. Sein Ordnungsruf an die deutſche Solidarität brachte zunächſt wieder die ganze Arbeiterſchaft feſt zur Fahne der deutſchen Republik, und nach mancherlei Verhandlungen gelang es am 28. April 1918 die führenden Perſönlichkeiten des ſchleswigſchen Deutſchtums einſchließlich aller Abgeordneten der preußiſchen Landesverſammlung und deutſchen Nationalverſammlung auf ein einheitliches Programm in Neumünſter zu einigen.

Seitdem ſteht zu hoffen, daß der Tiefſtand des Zuſammenbruches überwunden iſt und alle deutſchen Schleswiger ſich auf ihre patriotiſche Pflicht bei der Abſtimmung beſinnen werden. Durch die Herſtellung dieſer Einheit iſt Preußens und des Reiches Regierung in der Unbeugſamkeit ihrer Forderungen unausſprechlich geſtärkt worden. Das deutſche Volk und die deutſchen Schleswiger ſind bereit, auf dem Boden der Gerechtigkeit und der vollen individuellen Freiheit der Abſtimmung auf rein nationaler Baſis die völkiſche Scheidung in Nordſchleswig zu vollziehen. Jede Löſung aber, welche einer unſauberen Ausnutzung der Notſtunde des Vaterlandes oder einer Einmiſchung der Entente durch Machtſpruch gleichkommt, mit Entſchiedenheit abzulehnen, einen ſolchen Frieden nur mit Proteſt zu unterzeichnen und dann mit der ganzen warmherzigen Unterſtützung der 65 Millionen Deutſchen, die wider unſeren Willen von uns abgetrennten und Dänemark inkorporierten deutſchen Brüder als Irredenta zu organiſieren, bis der imperialiſtiſche Terror unſerer Feinde überwunden iſt, und in dem kommenden Völkerbund ein wirkliches Schiedsgericht der gleichen Gerechtigkeit zum Durchbruch gekommen iſt.

So mag es angeſichts der ſeeliſchen Verwirrung der verantwortlichen Männer in Paris durchaus möglich ſein, daß vorübergehend auch eine Zahl deutſcher Gemeinden im Norden Deutſchlands von unſerem Volkskörper abgeriſſen werden wird, aber niemals mit Zuſtimmung des deutſchen Volkes. Dann werden wir ſie uns wiederholen und die Parole:

„Jungs, holt faſt! — Up ewig ungedeelt!“

wird ihr nationaler Kampfes- und Troſtruf bleiben, bis die Gerechtigkeit im Völkerbunde zum Grundgeſetz wird und die Stunde der Wiedervereinigung ſchlägt.

Das erſte Memoiren-Trio

von Jagow — Graf Pourtalès — Helfferich

Von Dr. Friedrich Thimme

Es iſt kein Zufall, daß jetzt mit einem Male die Memoirenwerke haufenweiſe zu erſcheinen beginnen. Die Entente verlangt kategoriſch von Deutſchland das Eingeſtändnis ſeiner Schuld und zwar ſeiner alleinigen Schuld am Weltkriege, um ſolchergeſtalt den ſchmählichen Gewaltfrieden vor dem Weltforum zu einem Rechtsfrieden ſtempeln zu können. Sie droht denen, die vor dem Ausbruch des Krieges und während des Krieges an der Spitze der deutſchen Staats- und Heeresleitung geſtanden haben, dem Kaiſer und dem Kronprinzen ſo gut wie Bethmann Hollweg, Ludendorff und Tirpitz, ſie vor ein Ententegericht zu ziehen, das ſelbſtverſtändlich nur eine Farce, nur ein Hohn auf die Gerechtigkeit ſein würde, da den Richtern das „Schuldig" im voraus feſtſteht. Da iſt es nur natürlich, wenn diejenigen, die in der deutſchen Regierung und im deutſchen Heere an maßgebender Stelle tätig geweſen ſind, das Wort ergreifen, um vor aller Welt das Maß der deutſchen und der eigenen Verantwortlichkeit feſtzuſtellen. Wir begrüßen es mit Freuden, daß einige dieſer Kronzeugen, neben dem Leiter der auswärtigen Politik Deutſchlands im Jahre 1914, Staatsſekretär von Jagow, und dem ehemaligen Botſchafter in St. Petersburg, Grafen Pourtalès, auch der frühere Leiter der deutſchen Bank, ſpätere Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich, ſo früh mit ihren Schriften herausgekommen ſind, daß ihr Zeugnis bei der Frage, ob wir in dem Friedensinſtrument unſer Schuldbekenntnis ablegen dürfen oder nicht, ins Gewicht fällt. Es ſteht zu erwarten, daß ihnen in wenigen Tagen, ebenfalls noch vor dem Friedensſchluß, der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg mit dem erſten Bande ſeiner „Betrachtungen" zum Weltkriege folgen wird, während die ebenfalls angekündigten Bücher der Ludendorff, Falkenhayn, Stein und Tirpitz wohl erſt in einigen Wochen folgen werden.

Den Hauptteil der Schriften von Jagow und Helfferich macht, während Graf Pourtalès ſich auf die ſchlichte Erzählung ſeiner letzten Verhandlungen in Petersburg während der Julikriſe 1914 beſchränkt, die Darlegung der allgemeinen politiſchen Lage vor dem Weltkriege aus. Beide holen ſie dabei bis zu der Verſchiebung der Mächtegruppierung ſeit Bismarcks Abgang aus. Denn mit Recht ſagen ſie ſich, daß für die richtige Beurteilung der Urſachen des großen Weltkrieges vielleicht weniger der letzte Anlaß maßgebend ſei, der zum Appell an die Waffen geführt habe, als die geſamte Weltlage, die politiſche Konſtellation vor Ausbruch des Krieges eine lange Reihe politiſcher Tendenzen und Handlungen in allen beteiligten Ländern, durch die ſeit vielen Jahren der Knoten der Tragödie geſchürzt wurde.

Die Darſtellung wird bei Jagow wie bei Helfferich durch vielfache perſönliche Reminiszenzen belebt. Mit beſonderem Intereſſe lieſt man bei Helfferich die Kapitel über die Verhandlungen mit England und Frankreich in Sachen der Bagdadbahn und über die Tätigkeit der 1913 in Paris niedergeſetzten Sonderkonferenz zur Regelung der mit dem Balkankrieg zuſammenhängenden finanziellen und wirtſchaftlichen Fragen. Hier erzählt der ehemalige Direktor der ſtark beteiligten Deutſchen Bank ja ganz aus ſeinem eigenen. Die unendlichen Schwierigkeiten der Verhandlungen namentlich mit England, das ſeinen Standpunkt überall mit einer nicht zu übertreffenden Zähigkeit feſthielt und Deutſchland jeden Vorteil, auch den kleinſten, ſolange wie möglich beſtritt, haben offenbar Helfferichs Urteil über England ſtark beeinflußt. Während Jagow, der in der Annäherung Deutſchlands an England den einzigen praktiſchen Ausweg ſah, um die nachgerade bedrohlich gewordene Weltkonſtellation von innen aus zu heilen, die Tatſache, daß ſchließlich doch mit dem Abkommen über die Bagdadbahn und die portugieſiſchen Kolonien kurz vor dem Weltkriege zwei weitgehende Verſtändigungen auf wirtſchaftlichem und kolonialem Gebiet zuſtande kamen, als einen Beweis für die wirkliche Bereitſchaft Englands, mit Deutſchland auf einen friedlichen Fuß zu kommen, nimmt, neigt Helfferich der Anſicht zu, daß die Verhandlungen auf engliſcher Seite nur ein Scheinmanöver geweſen ſeien, mit denen das Inſelreich uns einzuſchläfern und über ſeine wahren Abſichten zu täuſchen geſucht habe. Mit allem Nachdruck weiſt Helfferich immer wieder auf die allerdings ſchwerwiegende Tatſache hin, daß England trotz und während der jahrelangen Verſtändigungsverhandlungen mit Deutſchland die diplomatiſche und kriegeriſche Auseinanderſetzung mit dieſem unter allen Umſtänden und ganz unabhängig von der Vereinigung noch ſo wichtiger Einzelfragen als oberſtes Ziel ſeiner Politik feſtgehalten habe. In der Verſtärkung der für eine kriegeriſche Auseinanderſetzung mit Deutſchland geſchmiedeten Koalition durch England in der Zeit des Abſchluſſes der deutſch-engliſchen Verſtändigungsbeſtrebungen ſieht Helfferich geradezu den Schlüſſel zur politiſchen Weltlage, aus der heraus der große Krieg entſtanden ſei. Jagow möchte in England nicht ſo ſehr den Schiebenden als den Geſchobenen ſehen. Er gebraucht einmal den Ausdruck, Grey habe ſich von der Entente ohne Gegenwehr die Schlinge um den Hals legen laſſen. Mit einer halben Entſchuldigung für England bemerkt er, vielleicht ſei der Weg einer Intereſſenauseinanderſetzung eines Hand in Hand Gehens ſtatt Rivaliſierens Englands und Deutſchlands zu ſpät beſchritten worden. Tadelnd weiſt er auf die verabſäumten Gelegenheiten von 1898 und 1901 hin. Auch der allzu provokatoriſchen Art der deutſchen Flottenpropaganda gedenkt er in dieſem Zuſammenhange; im Gegenſatz zu Helfferich, der an der Frage, ob in dem ſyſtematiſchen Ausbau der deutſchen Flotte nicht auch ein innerer Grund für Englands Haltung gelegen habe, doch gar zu leicht mit den Worten vorübergeht, man habe es deutſcherſeits bedauern können, daß die Verſuche, durch Schaffung eines Riſikos für eine angreifende Flotte wenigſtens einen Schutz für Deutſchlands weltwirtſchaftliche Intereſſen aufzubauen, in England Unruhe, Verdacht und Erregung hervorriefen, aber man habe es ebenſowenig ohne Selbſtaufgabe vermeiden können, wie die aus unſeren wirtſchaftlichen Fortſchritten erzeugte Reibung.

Völlig einig ſind ſich Jagow und Helfferich, ſo weit ſie in der Frage, ob Rußland und Frankreich oder England in der bewußten Verſtärkung des Ententeſyſtems zum Zweck der diplomatiſchen und event. ſelbſt der kriegeriſchen Niederringung Deutſchlands die aktivere Rolle geſpielt haben, in der Betonung der abſoluten und fortwährenden Friedensliebe Deutſchlands. Als einen mitteleuropäiſchen Friedensblock ſtellt Jagow den Dreibund hin, dem jede aggreſſive Tendenz gefehlt habe. Helfferich eignet ſich das Bülowſche Wort an, daß der Dreibund eine Verſicherungsgeſellſchaft, keine Erwerbsgeſellſchaft geweſen ſei, gleichzeitig hinzufügend, daß die Tripel-Entente allerdings den Charakter einer ausgeſprochenen Erwerbsgeſellſchaft getragen und als ſolche auch eine weſentlich ſtärkere Anziehungskraft gezeigt habe. Mit großem Nachdruck treten Jagow und Helfferich auch für die unbedingte Friedensliebe des deutſchen Kaiſers und ſeiner Regierung, insbeſondere des Auswärtigen Amtes ein. „Die deutſche Regierung, die keinerlei Intereſſe am Krieg haben konnte," erklärt Jagow mit aller Entſchiedenheit, „und die keinerlei Offenſiv- oder Eroberungspläne verfolgte, ſuchte den europäiſchen Frieden ſolange und ſo weit als möglich zu wahren. Es muß betont werden, daß die Erhaltung des Friedens trotz gelegentlicher temperamentvoller Äußerungen, die anders gedeutet werden konnten, das beſtimmte Ziel der Politik Wilhelms II. war; der Kaiſer wollte der Friedenskaiſer ſein" (S. 17). „Vom Kaiſer herab bis zum letzten Beamten des Auswärtigen Amtes beſtand auch während der Julikriſe der Wunſch und die Hoffnung, dem Blutvergießen auszuweichen, wenn es ohne Gefährdung unſeres Bundesgenoſſen und unſerer ſelbſt geſchehen konnte" (S. 190). Auch Helfferich bezeugt in der feierlichen Form eines Bekenntniſſes: „Wilhelm II. hat kein höheres Ziel gekannt, als dem deutſchen Volk und der Welt den Frieden zu erhalten; er hat ſeinen Ruhm nur darin geſucht, Deutſchland in den Werken friedlicher Arbeit fortſchreiten zu ſehen. Niemand, der ihn näher kannte, wird ſich durch ſeine im Hohenzollernblut ſteckende Freude an ſoldatiſchem Weſen oder durch den Überſchwang des ihm leicht zur Verfügung ſtehenden Wortes über den Kern ſeines Weſens täuſchen laſſen" (S. 229).

Jagow und Helfferich begnügen ſich natürlich nicht mit ſolchen Zeugniſſen für die Friedensliebe des deutſchen Kaiſers und ſeiner Regierung, vielmehr ſind ſie beſtrebt, eine Fülle von Beweiſen für dieſe Friedensliebe zuſammenzutragen und überhaupt den falſchen Urteilen und Anklagen gegen die deutſche Politik der mannigfachen Legendenbildung und Schlagwortagitation wirkſam entgegenzutreten. Der temperamentvolle Helfferich ſchießt dabei gelegentlich wohl etwas über das Ziel hinaus. So wenn er als Beweis dafür, daß die deutſche Politik bis in die Julikriſe hinein von der friedlichen Löſung des Konflikts überzeugt war, anführt, daß weder militäriſch, noch diplomatiſch, noch wirtſchaftlich die im Hinblick auf die Möglichkeit des Krieges erforderlichen Vorbereitungen getroffen ſeien. Dagegen ließe ſich etwa einwenden, daß mindeſtens die militäriſche Leitung doch völlig davon überzeugt war, daß der Feldzug trotz ſeines gigantiſchen Ausmaßes nur von kurzer Dauer ſein werde. Grund genug, weshalb man Dinge, wie die Verproviantierungsfriſten der elſäſſiſchen Feſtungen, auf die leichte Achſel nahm. Durchſchlagender iſt der wiederholte Hinweis Helfferichs auf ein der deutſchen Öffentlichkeit ſo gut wie unbekannt gebliebenes Telegramm des Kaiſers an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg aus dem Herbſt 1912, in dem er ſich zwar bereit erklärte, nach wie vor für das öſterreichiſch-ungariſche Intereſſe zu marſchieren, nicht aber um einer Laune des Verbündeten willen einen Weltkrieg heraufzubeſchwören (S. 102, 181). Mit Recht weiſt Helfferich auf die große Ähnlichkeit der politiſchen Lage zu Ende 1912 und um die Mitte 1914 hin. Nachdrücklich bekämpfen ſowohl Jagow wie Helfferich, unter Hinweis darauf, daß Deutſchland ſich der von Öſterreich erſtrebten Reviſion des Bukareſter Vertrages zugunſten Bulgariens widerſetzt habe, die traditionelle Auffaſſung, als ob die deutſche Politik im nahen Oriente ſich, ſei es 1912 oder 1914, im Wiener Schlepptau befunden habe. Sie weiſen es auch beide übereinſtimmend zurück, daß Deutſchland nach dem Fürſtenmord von Serajewo der öſterreichiſch-ungariſchen Regierung carte blanche zu ihrem Vorgehen gegen Serbien gegeben habe. Zu den wertvollſten Aufſchlüſſen des Jagowſchen Buches gehören die Mitteilungen über die zwiſchen den verbündeten Regierungen in der ſerbiſchen Frage getroffenen Verabredungen, die ja inzwiſchen durch die Veröffentlichung der beiden Kaiſerbriefe zum Potsdamer „Kronrat“ vom 5. Juli in Nr. 20 der „Deutſchen Politik“ eine eklatante Beſtätigung und zugleich eine Ergänzung erfahren haben. Als neu erwähnen wir aus Jagows Darſtellung die Mitteilung, daß die deutſche Regierung der öſterreichiſch-ungariſchen auf der einen Seite riet, das belaſtende Material gegen Serbien zuſammenzuſtellen, um Europa von der Schuld Serbiens zu überzeugen und die fragliche Demarche möglichſt zu beſchleunigen, „weil anzunehmen war, daß unter dem noch friſchen Eindruck der Mordtat, die politiſchen Momente, die etwa da oder dort zu einer Parteinahme für Serbien verleiten konnten, hinter dem allſeitigen Abſcheu der öffentlichen Meinung über das Verbrechen zurücktreten mußten“ — eine Mahnung, die leider von Öſterreich nicht befolgt wurde! —, daß die deutſche Regierung aber auf der anderen Seite auch nachdrücklich zu wiſſen verlangte, „wohin die Reiſe ginge“. Für die weit verbreitete Auffaſſung, daß die deutſche Regierung die öſterreichiſche zu ihrem brutalen. ſowohl von Jagow wie Bethmann Hollweg ſofort als zu ſchroff bemängelten Vorgehen gegen Serbien angeſtiftet habe, läßt die Jagowſche Darſtellung, die durch den völlig mit ihm übereinſtimmenden Helfferich noch geſtützt wird, keinen Raum mehr. Der Vorwurf bleibt freilich beſtehen, daß die deutſche Politik ſich nicht hinreichend gegen die öſterreichiſchen Überraſchungen geſichert habe. Offenbar gingen die deutſchen Staatsmänner bei dieſer Unterlaſſung von der Vorausſetzung aus, daß die Lokaliſierung des öſterreichiſch-ſerbiſchen Konflikts, auf die ſie von Anfang losſteuerten, um ſo leichter zu erreichen ſein würde, je mehr ſie ſich ſelbſt aus dieſem Konflikt heraushielten.

Nicht ganz zu entkräften vermag Jagow den ebenfalls oft gegen die deutſche Politik erhobenen Vorwurf, daß man zuguterletzt die Dinge durch die formelle Kriegserklärung gegen Rußland überſtürzt habe. Auch Helfferich bekennt ſich zu der Auffaſſung, daß die förmlichen Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich ein überflüſſiger und ſchädlicher Ausfluß übertriebener formaliſtiſcher Gewiſſenhaftigkeit geweſen ſeien. Wozu hatten wir es nötig, durch eine förmliche Kriegserklärung uns auch nur rein formell in die ſchlechtere Poſition des Angreifers zu bringen? .... Durch unſeren formaliſtiſchen Eifer haben wir das Spiel der Gegner geſpielt und den äußeren Anſchein der tatſächlichen Vorgänge zu unſeren Ungunſten verſchoben. Leider ſagt Helfferich nur nicht, welchen anderen Weg denn Deutſchland hätte einſchlagen ſollen. Hätte es den Krieg ohne Kriegserklärung begonnen, wie Japan im Kriege gegen Rußland, ſo würde das Geſchrei über das Deutſchlands Perfidie nur noch größer geweſen ſein. Ein gleiches gilt von der Behandlung der belgiſchen Neutralitätsfrage, bei der wir uns nach Helfferich ebenfalls nicht hätten formal ins Unrecht ſetzen dürfen. Als ob es an dem Urteil der Welt etwas geändert hätte, wenn wir ohne die Erklärung unſeres Unrechts in Belgien einmarſchiert wären.

Völlig einmütig ſind Jagow und Helfferich wieder in der Auffaſſung, daß die ruſſiſche Mobiliſierung alle deutſchen Verſtändigungsbemühungen, die ſie ſcharf herausarbeiten, habe vereiteln müſſen. Ihre Darlegungen, deren Wirkung ſich kein unbefangener Leſer wird entziehen können, werden hier geſtützt von der Darſtellung des Grafen Pourtalès, aus der ſich beſonders wirkungsvoll die Erzählung von der letzten Audienz bei dem ruſſiſchen Zaren heraushebt. Nach der Darſtellung des Grafen Pourtalès kann es einem Zweifel wirklich nicht unterliegen, daß die maßgebenden ruſſiſchen Kreiſe zum Kiege getrieben und die allgemeine Mobilmachung des ruſſiſchen Heeres gerade in dem Augenblick ins Werk geſetzt haben, als ſich, dank Deutſchlands ernſtlichen Bemühungen, günſtige Ausſichten für eine friedliche Beilegung des Konflikts eröffneten. „Die allgemeine ruſſiſche Mobilmachung," ſo faßt Graf Pourtalès ſeine Auffaſſung zuſammen, „war eine bewußte und beabſichtigte Herausforderung Deutſchlands, welches den Krieg nicht wollte, um dieſen Krieg, der vielleicht ſonſt noch zu vermeiden geweſen wäre, herbeizuführen."

Die drei erſten deutſchen Memoirenwerke über Urſprung und Ausbruch des Krieges können als Ganzes betrachtet, auch wenn man ihren Darlegungen nicht überall volle Durchſchlagskraft beimißt, nur die unerſchütterliche Auffaſſung verſtärken, die Gott ſei Dank noch immer in den weiteſten Kreiſen des deutſchen Volkes lebt, daß in der Schuldfrage Deutſchland kein unparteiiſches Tribunal zu ſcheuen hat. Aber angeſichts des Verſuches unſerer Feinde, ein Bekenntnis unſerer Schuld in dem Friedensvertrage von uns zu erpreſſen, dürfen wir uns nicht an der Hoffnung und Zuverſicht genügen laſſen, die Jagow am Schluſſe ſeiner Vorrede ausſpricht, daß eine ſpätere Geſchichtſchreibung die Friedensliebe der deutſchen Politik und die Gerechtigkeit der deutſchen Sache bewahrheiten werde. Nein, wir müſſen uns mit aller Energie gegen die ſchnöde Zumutung zur Wehr ſetzen, daß wir unſere Schuld bekennen und in Verfolg davon den Kaiſer, für deſſen Friedensliebe unſer Memoiren-Trio ein ſo lautes Zeugnis ablegt, und die übrigen verantwortlichen Männer an die Entente ausliefern ſollen. Es wäre eine bewußte Lüge, wenn wir als Volk ein ſolches Bekenntnis ausſprächen, und es wäre eine Selbſtentehrung, wenn wir in die Folgen einer ſolchen Lüge einwilligten. Daß die Schriften von Jagow, Helfferich und Graf Pourtalès die Haltung, die wir angeſichts des ungeheuerlichen Verlangens unſerer Feinde, uns ſelbſt ſchuldig zu bekennen, als ehrliche und wahrhafte Deutſche einnehmen müſſen, in das hellſte Licht gerückt haben, darin vor allem beruht die Bedeutung ihres Erſcheinens in dieſem Momente.

Die Reinigung Bayerns

Von Dr. Georg Hohmann (München)
Mitglied des bayriſchen Landtags

Aus der verſchleierten Rätediktatur, die ſich die Mehrheitsſozialiſten am 7. März abzwingen ließen, baldigſt eine offene zu machen, war von vornherein das Ziel der revolutionären Literaten und Arbeiter, die von Eisner geführt oder ins Land gezogen, ſeit dem 8. November München beherrſchten. Dieſe Bewegung zog immer weitere Kreiſe. Sie ſetzte ſich teils aus Schwabingern, teils aus Arbeitern und Angeſtellten zuſammen. Vorgeſtern noch Stefan George, geſtern Ludendorff, heute Eisner und morgen wieder ein traumtanzendes Phänomen. Dies erklärt ſich aus Schwabings eigentümlichem ſeeliſchen Bedürfnis. Und die Arbeiter, ſie ſind vielleicht nicht viel anders als ſonſtwo. Sie mögen durch die eigentümlich aufreizende Agitation Eisners und ſeiner Gefährten beſonders wunſcherregt ſein. Sie ſind auch nicht mehr ganz das ſolide bodenſtändige Arbeiterelement, das einen Vollmar wählte, ſondern durch die in München beſonders hochgezüchtete Kriegsinduſtrie durch ſtarken Zuzug von überall her ihres einheitlichen urſprünglichen Charakters entkleidet. Ganz im Gegenſatz zu der bodenſtändigen vernünftigen Arbeiterſchaft Nürnbergs. Zudem iſt der Altbayer an ſich zu Gewalttätigkeiten leichter geneigt. und der Verlauf der Revolution hat ja in den Attentaten auf den Landtag und in dem Geiſelmord furchtbare Erſcheinungen gezeitigt. Auf der Baſis dieſer

Maſſen trieben die landfremden Literaten ihr Spiel. Mit ihnen Kompromiſſe zu ſchließen, war der Fehler der Mehrheitsſozialiſten, auf den die nichtſozialiſtiſchen Parteien ſeinerzeit aufmerkſam machten, der aber offenbar begangen werden mußte, um die Sozialdemokratie aus Schaden klüger werden zu laſſen. Der Schaden kam ſchneller als man dachte. Es wurde in Schwabing die Parole: dritte Revolution ausgegeben. Jedermann glaubte an ſie, wie an ein ſicher kommendes Ereignis. Die Regierung ſah mit gebundenen Händen zu. Man wußte, daß die Bolſchewiſten mit Levien an der Spitze ihre Zeit noch nicht gekommen ſahen. Sie wollten erſt unter dem Eindruck der Friedensbedingungen und der Verſchlechterung der Ernährung ihre Herrſchaft aufrichten. Um dem zuvorzukommen und Bayern einen möglichſt unblutigen, nichtruſſiſchen, etwas abgeſchwächten Kommunismus erleben zu laſſen, ſchwangen ſich die Studenten Toller, aus Samotſchin im Poſenſchen gebürtig, und Klingelhöfer, ſowie der Mehrheitsſozialdemokrat Niekiſch, ein 27jähriger Schullehrer aus Augsburg, an die Spitze der Bewegung und erklärten Landtag und Regierung für aufgelöſt. Die weitere Entwicklung iſt bekannt, das Feſtbleiben der Regierung, die Befreiung Münchens mit Hilfe von Reichstruppen, zu deren Verwendung ſich das Miniſterium und das partikulariſtiſche Zentrum anfangs nicht entſchließen konnten, der Umſchwung in München ſelbſt zur Herrſchaft der ruſſiſchen Bolſchewiſten nach einem mißglückten Gegenputſch und ſchließlich der klägliche Zuſammenbruch. Die Bilanz der Räterepublik weiſt ſchätzungsweiſe etwa 200 Millionen Mark Schaden aller Art auf, entſtanden durch ſinnloſe Experimente in Wirtſchaft, Bank- und Geldweſen, durch Plünderung und Beſchlagnahme und den Generalſtreik von 14 Tagen mit Behinderung von Arbeitswilligen durch Gewalt. Rückwärtsſchauend ſehen wir den grotesken Narrenzug noch einmal vorüberziehen, jener Wunderdoktoren, Irrenhäusler, Phantaſten und der noch ſchlimmeren Geſtalten, die nicht nur mit dem Ärmel das Zuchthaus ſtreiften, jener verantwortungsloſen Abenteurer und Fremdlinge, die ſich alle in München-Kapua ein Stelldichein gegeben und die blutige Veſper heraufbeſchworen haben.

Was ſoll nun werden? Die Ordnung iſt wieder hergeſtellt und Aufgabe der Regierung iſt es, die Sache feſt in der Hand zu behalten. Das iſt möglich und in Bayern mit ſeiner agrariſchen Struktur viel leichter als ſonſt wo, aber es iſt nur möglich, wenn eine Regierung weiß, was ſie will, und mit Energie und Weitblick die notwendigen Reformen durchführt. Die Revolution ſelbſt muß zum Abſchluß gebracht ſein. Was der Regierung wie ein Klotz am Bein hängt, das iſt ein ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen die ſogenannten Bürgerlichen. Dieſe engherzige Voreingenommenheit hindert ſie an einem wirklichen Aufbau des Staates. Es gibt nur zwei Möglichkeiten für die Mehrheitsſozialiſten in Bayern den Staat erfolgreich zu leiten, entweder in Gemeinſchaft mit den Unabhängigen, oder mit den anderen großen Parteien. Die erſte Möglichkeit hat die Regierung Hoffmann verſucht, obwohl es nach den Erfahrungen im Reich überflüſſig war, in dieſe Sackgaſſe noch einmal hineinzugehen. Die Unabhängigen haben die Mehrheitsſozialiſten betrogen. Bleibt nur der zweite Weg. Und der muß begangen werden, weil die Baſis, auf der die ſozialiſtiſche Regierung ſteht, zu ſchmal iſt. In einem Lande, in dem die Wahlen nur ein Drittel der Stimmen für die Sozialdemokratie gebracht haben, von denen jetzt ſicher ein Teil zu den Unabhängigen abmarſchiert iſt, muß eine Regierung ſich des vertrauens- und verantwortungsvollen Mitarbeitens der anderen Parteien verſichern, da ſie ſich ſonſt zwiſchen zwei Stühle ſetzt. Vor dieſer Gefahr ſteht jetzt die Regierung Hoffmann. Wenn ſie die Mitarbeit und Mitverantwortung der anderen großen Parteien will, muß ſie ſich klar ſein, daß es ein Ende haben muß mit dem Schielen nach den halben und ganzen Unabhängigen, die jetzt in allerhand Ämtern noch ſitzen, heute für Räteherrſchaft ſind und morgen, wenn der Wind umſchlägt, der Regierung Hoffmann wieder ihre Dienſte anbieten zu können meinen. Die Regierung muß wiſſen, daß auf dieſe Elemente, die vielfach bis zuletzt Militariſten waren und als Novemberſozialiſten ihre Auferſtehung feierten, kein Verlaß iſt. Das Programm, das von einem aus Sozialiſten und Nichtſozialiſten gebildeten Miniſterium durchgeführt werden muß, muß frei ſein von allen ſachlich nicht vertretbaren, nur aus Taktik geborenen Konzeſſionen und muß im übrigen ſo poſitiv demokratiſch und ſozialiſtiſch ſein, als es im Hinblick auf die Schwierigkeiten des wirtſchaftlichen Aufbaus möglich iſt. Die Mehrheitsſozialdemokratie in Bayern, die unter Führern, wie Vollmar, Adolf Müller, Auer und Timm innerhalb der deutſchen Sozialdemokratie immerhin eine nicht bedeutungsloſe Rolle geſpielt hat, ſteht in dieſen Tagen vor einer Entſcheidung. *Sie hat die Verpflichtung übernommen, das Staatsſchiff durch die erregten Wogen zu ſteuern. Sie wird die Verantwortung zu tragen haben, wenn ſie aus Mangel an ſtaatsmänniſcher Klugheit, oder aus Mangel an Mut, oder an ſachlicher Leiſtung ihrer Aufgabe nicht gerecht werden kann.* Wir glauben, daß alle dieſe Erwägungen die Regierung Hoffmann auf den richtigen Weg führen werden.

Die Großſtadtfinanzen und der Krieg

Von Stadtrat Dr. L. Landmann, Frankfurt a. M.

Der ſchwere Fehler des geſtürzten Regiments, daß es ohne einen auf eine lange Kriegsdauer berechneten wirtſchaftlichen und finanzpolitiſchen Mobilmachungsplan das Reich in einen Weltkrieg hineingleiten ließ, rächt ſich auch an den Finanzen der deutſchen Großſtädte. Sie alle rechneten in der erſten Zeit des Krieges mit einer kurzen Kriegsdauer und beſtritten den außerordentlichen, durch den Krieg hervorgerufenen Aufwand aus kurzfriſtig aufgenommenen Anleihen, anſtatt nach dem Beiſpiel der Finanzgebarung Englands die Deckung der Kriegsausgaben bis zur Grenze der Leiſtungsfähigkeit den ordentlichen Einnahmen zuzuweiſen. Allerdings muß den Großſtadtverwaltungen zugute gehalten werden, daß ſie noch weniger als das Reich in der Lage waren, die Höhe der auf ihrer Wirtſchaft laſtenden Kriegsausgaben im voraus zu überſchauen. Jedoch gingen ſie ſchon teilweiſe bei der Aufſtellung der Haushaltspläne für das Jahr 1916, in größerem Umfange aber im Jahre 1917, mehr oder minder dazu über, Kriegsaufwendungen von dauerndem Charakter oder vorausſichtlicher dauernder Nachwirkung dem laufenden Haushalt aufzubürden. Erleichtert wurde ihnen dieſe andere Behandlung des außerordentlichen Kriegsaufwandes durch die Erſtarkung des bei Kriegsbeginn erſchütterten Wirtſchaftslebens, insbeſondere durch die induſtrielle Hochkonjunktur, die im Gefolge des ſogenannten Hindenburg-Programms namentlich in den von der Entwicklung der Kriegsinduſtrie begünſtigten Großſtädten, aber auch in zahlreichen mittleren und kleineren Gemeinden eine weſentliche Steigerung des Arbeits- und Renteneinkommens und damit der bedeutſamſten großſtädtiſchen Einkommensquelle, der Einkommenſteuer, herbeiführte. Die ſchärfere Heranziehung der Einkommenſteuer war um ſo notwendiger und ihre größere Ergiebigkeit um ſo erwünſchter, als nicht nur die Verkehrsſteuern (Umſatz- und Wertzuwachsſteuer) infolge des Stillſtandes der Bautätigkeit und die indirekten Getränkeſteuern (Bierſteuer) wegen Rückgangs des Verbrauchs in ihrem Aufbringen verſagten, ſondern auch die Rentabilität der ſtädtiſchen Wirtſchaftsbetriebe (Gas-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen uſw.) unter der ſtändig wachſenden Teuerung der Materialien, und der anhaltenden Steigerung der Löhne und Teuerungszulagen, erhebliche Einbußen erfuhr, die mit der Zeit vielfach Überſchußbetriebe in Zuſchußbetriebe umwandelten.

Heute am Ende des Krieges ſtehen wohl alle Großſtädte vor einem enormen Anſchwellen ihrer laufenden Ausgaben und ihres Schuldenſtandes. So zeigt der Haushaltsentwurf von Berlin für das Jahr 1919 eine Abſchlußziffer von 719 Millionen gegenüber 438 Millionen in 1918 und 408 Millionen in 1914. In Mannheim betrugen die entſprechenden Zahlen für 1914: 22 858 223 Mark, für 1918: 43 326 321 Mark, für 1919: 61 241 598 Mark. Dieſe beiden Beiſpiele zeigen, daß die Steigerung der laufenden Ausgaben im letzten Jahre den größten Sprung gemacht hat. In dieſer Tatſache ſpricht ſich ſowohl die Fortwirkung des Krieges, wie die im Gefolge der Revolution und der Kriegsbeendigung neu hinzutretende weitere Ausgabeſteigerung aus; erſtere in Geſtalt der Vermehrung der Teuerung und der dadurch bedingten Aufwandserhöhung für Materialien, Löhne, Gehälter und Teuerungszulagen, letztere als Einwirkung der Schaffung von Notſtandsarbeiten, des achtſtündigen Arbeitsvertrages, des Abſchluſſes von Tarifverträgen mit den ſtädtiſchen Arbeitern, der beiſpielsweiſe für Berlin Mehrausgaben von faſt 15 Millionen, für Mannheim von nahezu 8 Millionen, für Frankfurt a. M. von 15,1 Millionen Mark im Gefolge hat, u. a. m.; als weitere Faktoren der Ausgabeerhöhung treten die Aufwendungen für Wiederaufnahme der während des Krieges unterlaſſenen oder eingeſchränkten Leiſtungen, ſowie diejenige für Verzinſung und Tilgung der enormen Kriegsſchulden der Städte hinzu.

Um die durch den Krieg bewirkte Verſchuldung der Großſtädte an Beiſpielen zu erläutern, mögen wieder Berlin, Frankfurt und Mannheim herangezogen werden. Die ſchwebende Schuld Berlins betrug kurz vor Kriegsbeginn rund 80 Millionen Mark, im April 1919: 775 Millionen Mark; allerdings ſcheinen in dieſer Summe erhebliche Poſten für den während des Krieges erfolgten Erwerb der Berliner Elektrizitätswerk-Aktien und der weſtfäliſchen Steinkohlenfelder enthalten zu ſein; immerhin ſteht feſt, daß für Kriegswirtſchaftsausgaben von der Stadt Berlin 210 Millionen Mark aufgewendet worden ſind. Die Nettoausgaben der Stadt Frankfurt am Main für Kriegszwecke betrugen Ende Dezember 1918 134 Millionen Mark, von denen vom Reich und Staat rund 49 Millionen Mark zurückerſtattet werden ſollten. Die Vermehrung der ſchwebenden Schulden der Stadt Mannheim betrug während des Krieges bis Anfang 1919 rund 75 Millionen Mark. Die Kriegsſchulden der Städte ſind in der Hauptſache aus Zuſchlägen, die die Städte wegen Unzulänglichkeit der Höhe der reichsgeſetzlichen Familienunterſtützung zu dieſer gewährt haben, aus ſonſtigen Kriegswohlfahrts- und Kriegsverwaltungsaufgaben, insbeſondere zur Verſorgung der ſtädtiſchen Bevölkerung mit Nahrung, Kleidung, Brennſtoffen uſw., erwachſen. Seit dem Waffenſtillſtand hat die Verſchuldung der Städte weitere Fortſchritte gemacht durch Übernahme der in die Millionen gehenden Gemeindeanteile an den Koſten der reichsgeſetzlichen Erwerbsloſenfürſorge und der Baukoſtenzuſchüſſe.

Heute iſt die endgültige Höhe der Dauerbelaſtung der Städte mit Schulden und laufenden Haushaltsaufgaben noch nicht abzuſehen. Es wird noch geraume Zeit dauern, bevor eine einen abſchließenden Überblick geſtattende Beruhigung der durch Krieg und Revolution erſchütterten Verhältniſſe der Großſtädte eingetreten iſt. In den Grundzügen aber iſt der ſchwere Druck, den auf Jahrzehnte hinaus der Krieg auf die Finanzen und die Entwicklung der Großſtädte ausüben wird, unverkennbar. Laſten werden auf den Städten die großen Schulden der Kriegs- und Revolutionszeit; an ihrer Verzinſung und Tilgung werden Generationen zu tragen haben. Sie ſind während des Krieges als ſchwebende Schulden aufgenommen worden; teilweiſe ſind ſie in den erſten Monaten dieſes Jahres unter der ſeltenen Gunſt einer abnormen Marktlage der feſtverzinslichen Wertpapiere in langfriſtige Anleihen umgewandelt worden; der Reſt wird bei paſſender Gelegenheit in der gleichen Weiſe untergebracht werden müſſen. Vor allem aber iſt auf einen baldigen Abſchluß der Schuldenwirtſchaft durch Ausräumung der mit Anleihemitteln arbeitenden Kriegskonten hinzuarbeiten. Die dauernd den Städten zur Laſt fallenden Ausgaben dürfen nicht länger aus Anleihen beſtritten werden, ſondern müſſen auf den Haushalt übernommen und aus laufenden Einnahmen beſtritten werden.

Die laufenden Ausgaben werden noch auf lange Zeit hinaus eine ſchwindelnde Höhe behalten. Zwar wird vorausſichtlich die Teuerung der Materialien zurückgehen und mit dem Abbau der Lebensmittelpreiſe auch ein ſolcher der Teuerungszulagen für Beamte, Arbeiter und Angeſtellte einhergehen. Aber die nach dem Kriege nicht zu umgehende Neuordnung der Gehälter und Löhne wird eine dauernde ſtarke Mehrbelaſtung bringen. Ob die allſeits geforderte Neuorganiſation der ſtädtiſchen Amterverwaltung zum Ausgleich die von ihr erhoffte Einſparung an Amts- und Arbeiterſtellen bringen wird, iſt eine mit großer Skepſis zu betrachtende Frage. Jedenfalls würden ſich die finanziellen Wirkungen dieſer organiſatoriſchen Umgeſtaltung erſt nach langer Zeit mit dem allmählichen Wegfall der überflüſſig gewordenen penſionsberechtigten Beamten und Arbeiter geltend machen. Käme es, den Tendenzen der ſozialiſtiſchen Republik entſprechend, zu einer ſtarken Kommunaliſierung, ſo könnte von einer Verminderung des Gehalts- und Lohnetats ſchon gar nicht die Rede ſein. Wenn auch der Zug äußerſter Sparſamkeit, der Beſchränkung auf das Notwendigſte ganz von ſelbſt die ſtädtiſche Finanzgebahrung durchdringen und manche der bisher gepflegten Verwaltungszweige in den Hintergrund drängen oder ganz eingehen laſſen wird, ſo werden doch neue Bedürfniſſe Befriedigung verlangen und neue Ausgaben mit ſich bringen. Es iſt dabei nicht einmal in erſter Linie an die Nachholung der während des Krieges zurückgeſtellten Arbeiten gedacht, obwohl auch ſie ſchon im Etat einen hübſchen Poſten ausmachen werden, ſondern an die unter dem Umſchwung der politiſchen Verhältniſſe an die Stadtverwaltung namentlich auf dem bevölkerungspolitiſchen, ſozialpolitiſchen und wirtſchaftlichen Gebiet herantretenden neuen Forderungen. Die Ausgaben für die Jugendpflege, das Erziehungsweſen, das Wohnungsweſen, Arbeitsbeſchaffung, Arbeitsloſenunterſtützung und zahlreiche andere Aufgaben werden weit höhere Summen verlangen als früher. Dazu tritt die Laſt der Verzinſung und Tilgung der Anlehens- und ſchwebenden Schulden.

Wie ſoll dieſe Hochflut dauernder Ausgaben Deckung finden? Das iſt die Kern- und Schickſalsfrage der zukünftigen Großſtadtentwicklung. Die Steuerkraft derjenigen Einwohner, die in der Vergangenheit die Stütze ihres

Steuerweſens waren, der Beſitzer des Rentenkapitals und der Induſtrie, iſt geſchwächt, und wird überdies vom Reich zur Deckung der Reichsausgaben, zu der ſie bis zum Kriege in der Hauptſache nur im Wege der indirekten Beſteuerung in ſchwachem Maße herangezogen waren, bis zur Grenze der Leiſtungsfähigkeit erfaßt. Die Entfaltung der Großſtädte beruhte auf der Blüte von Handel und Induſtrie. Damit dürfte es aller Wahrſcheinlichkeit nach auf lange Zeit vorbei ſein. Auf die Periode des Aufſchwunges in den letzten 30 Jahren dürfte eine ſolche des Stillſtandes, der Abwanderung und Auswanderung der Maſſen folgen. Mag damit auch eine gewiſſe Entlaſtung von Aufwendungen für die minderbemittelte Bevölkerung verbunden ſein, ſo iſt ſie doch nicht ausreichend, um den Druck der bleibenden Laſten bei geſchwächter Steuerkraft merklich zu mildern. Wie ſoll da geholfen werden? Die Frage iſt heute noch nicht ſpruchreif. Daß geſpart werden muß, am Pfennig geſpart werden muß, iſt eine Binſenwahrheit, mit der man nicht weit kommt. Die Frage iſt, wie können ſchwerwiegende Ausgabepoſten in Wegfall gebracht und neue Einnahmequellen erſchloſſen werden? Beantworten wird man ſie erſt können, wenn der Friedensſchluß und die Ordnung der Reichs- und Staatsfinanzen vorangegangen iſt. Dann erſt kann man an eine ſyſtematiſche Teilung der Steuerquellen herangehen. Hat man den Großſtädten ohne weiteres im Kriege die ſchweren Laſten zugeſchanzt, ſo muß man ihnen auch die Möglichkeit geben, ſie wieder abzubürden. Es fragt ſich, ob Steuern allein dazu ausreichen? Die Laſten, deren Tragung man den Großſtädten aufgeladen hat, ſind an mittleren und kleinen Gemeinden vielfach ſpurlos vorbeigegangen, ja vielfach ſind dieſe an ihnen, z. B. der Nahrungsmittelverſorgung der Großſtädte, reich geworden. Liegt da nicht der Gedanke nahe, daß man die Kriegslaſten der Großſtädte auf größere Verbände, die die wohlhabend gewordenen mittleren und kleinen Gemeinden umſchließen, überwälzt und ſie dort nach Maßgabe der Steuerkraft aufbringen läßt? Auch im übrigen wird man wohl in Zukunft nicht darum herumkommen, Laſten, namentlich ſolche ſozialpolitiſcher Art, die bisher die Großſtädte ausſchließlich getragen haben, größeren Körperſchaften oder Zweckverbänden zu übertragen und die bereits in der Geſetzgebung der Vergangenheit angebahnte Idee des Laſtenausgleichs breiter auszubauen. Die Einnahmeſteigerung der Großſtädte wird nach wie vor in erſter Linie auf ſteuerlichem Gebiet zu ſuchen ſein. Die Kommunaliſierung der Unternehmungen wird finanzpolitiſch nur dort zu Buch ſchlagen, wo es ſich um Gegenſtände des Maſſenverbrauchs handelt. Damit kommt man auf Umwegen zu der ſeit den neunziger Jahren des verfloſſenen Jahrhunderts verlaſſenen Politik der indirekten Beſteuerung der Gegenſtände des Maſſenbedarfs zurück und ſieht ſich politiſch den gleichen nur durch die Revolution vervielfachten Widerſtänden gegenüber, denen ſeinerzeit dieſe Beſteuerung zum Opfer fiel. Nur wird vielleicht heute die Sachlage inſofern eine andere ſein, als die Sozialdemokratie und die durch ſie repräſentierten Maſſen nicht mehr die Minderheit, ſondern die herrſchende Schicht im Staats- und Gemeindeleben darſtellen und damit auch die Verantwortung für eine erträgliche Beſteuerung des Maſſenverbrauchs übernehmen können. Der Hauptkampf wird ſich um die Einkommenſteuer in den Großſtädten abſpielen. Reich und Staat werden ſie ausſchließlich für ſich in Anſpruch nehmen wollen. Es iſt begreiflich, wenn dieſen Beſtrebungen gegenüber dieſer Tage der Kämmerer von Berlin bei ſeiner Etatrede es tief bedauert hat, daß die Republik mit der Kleinſtaaterei in Deutſchland nicht aufräumen konnte und die Bundesſtaaten nicht zu dem alten Eiſen geworfen hat, wohin ſie gehören. Denn die Einkommenbeſteuerung iſt nicht nur das Rückgrat des Steueraufkommens der Großſtädte, ſondern ihrer ganzen Einnahmen geworden. Sie iſt der ſtabilſte und ergiebigſte Einnahmepoſten der Großſtädte. Sie ihnen rauben, heißt ihnen den Lebensfaden abſchneiden. In irgendeiner Form, ſei es auch nur der der Zuſchläge, müſſen die Großſtädte auch künftighin an ihr beteiligt bleiben.

Im übrigen hat es wenig Wert, ſich heute in mehr oder minder gewagten Prophezeiungen über die kommende Geſtaltung der Großſtadtfinanzen zu ergehen. Die Dinge ſind im Fluß, feſtes Land iſt noch nicht zu erkennen. Aber wie auch die Entwicklung ſein möge: die Großſtädte werden auch fernerhin ein Kulturfaktor bleiben; ihr Recht muß ihnen auch auf finanziellem Gebiet werden. Nur werden ſie und die Öffentlichkeit ſich beizeiten rühren müſſen. Das aber können ſie nur, wenn auch innerhalb ihrer Mauern das eintritt, was die Sehnſucht und Hoffnung des ganzen Volkes iſt: Ruhe und Arbeit.

Wünſche der Chinadeutſchen

Von Fritz Secker

In der „Deutſchen Politik“ vom 2. Mai hat Leo Hempel Chuchul einen Aufſatz über Forderungen der Auslanddeutſchen veröffentlicht, der im Hinblick auf den hoffentlich bald wieder beginnenden wirtſchaftlichen Wiederaufbau Deutſchlands auf überſeeiſchen Märkten von grundſätzlicher Bedeutung iſt. Ich weiß nicht, in welchem überſeeiſchen Wirtſchaftsgebiet Hempel ſeine Erfahrungen geſammelt hat, jedenfalls treffen ſeine Beobachtungen und Forderungen zum großen Teil auch auf China zu. Das dortige Deutſchtum und mit ihm unſere geſamte wirtſchaftliche Stellung liegt zur Zeit, dank einer viereinhalbjährigen britiſchen Ränkepolitik, zertrümmert am Boden. Auf drei Transportdampfern haben die Briten die Träger unſeres geiſtigen und wirtſchaftlichen Lebens in China in die Heimat zurückbefördert, nach dem Grundſatz: „Ote toi que je m'y mette“. Sechzigjährige, beförderungsunfähige Kranke, im Dienſt der chineſiſchen Seezollverwaltung ergraute Beamte, einige Lehrer an chineſiſchen Schulen, ein paar Techniker und Ingenieure, ſowie einige Männer, deren Dienſte von den holländiſchen Behörden (die ſeit dem Abbruch der diplomatiſchen Beziehungen zwiſchen China und Deutſchland die deutſchen Intereſſen wahrnehmen) beanſprucht wurden, das iſt alles, was von unſerer, einſt ſtolzen Stellung in China übriggeblieben iſt. Schwer ſind die Wunden, die dem deutſchen Kaufmann ſeit Kriegsausbruch geſchlagen worden ſind. Die großen Handelshäuſer mit ihrem Heer von Angeſtellten lagen ſeit den Auguſttagen 1914 brach, und nur unter erſchwerenden Umſtänden konnten, ſolange Amerika noch nicht im Kriege war, vereinzelte Geſchäfte abgeſchloſſen werden. Infolge der verkehrstechniſchen Abgeſchloſſenheit, der ſpionenhaften Überwachung des deutſchen Kaufmanns durch den britiſchen Schnüfflerdienſt, dem Aufſtellen von ſchwarzen Liſten, die dem Neutralen als Schreckgeſpenſt vorſchwebten, drängten uns gleich nach Kriegsausbruch in eine verlorene Vorpoſtenſtellung, deren Behauptung infolge des Eintritts Chinas in den Krieg (Auguſt 1917) ſchließlich zur Unmöglichkeit wurde. Nachdem die Kunde von dem Zuſammenbruch an den Fronten und in der Heimat, ſowie der Abſchluß des Waffenſtillſtandes an die chineſiſche Küſte gedrungen war, holte England gegen uns, die wir, völlig abgeſchnitten von der Heimat und ohne Schutz des einſt ſtarken Armes unſerer Regierung, wehrlos zu Boden lagen, zum vernichtenden Schlage aus: es ſetzte durch ſeine zähe Diplomatie in Peking die Ausweiſung und Heimbeförderung faſt aller Deutſchen, ſowie die Sequeſtrierung ihres Eigentums durch. Das war der härteſte Schlag, der uns nach viereinhalbjährigem Ausharren zugefügt wurde. Aber: die meiſten von uns ſind nicht mit einer Chinamüdigkeit in die Heimat zurückgekehrt, und es zeugt von einem Optimismus des chineſiſchen Deutſchtums, daß auf dem britiſchen Transportſchiff, das uns der Heimat zuführte, neue Pläne für die Zukunft geſchmiedet wurden. Dieſer Optimismus iſt die Grundlage für den Wiederaufbau in China.

Daß an der konſulariſchen Vertretung in China manches reformbedürftig war, wurde ſchon in den Jahren vor dem Kriege eingeſehen. Als wichtige Neuerung wurde vor einigen Jahren feſtgelegt, daß die den Konſulaten angegliederten Dolmetſcher (Vorbedingung: Referendar) fürderhin auch zur Konſularlaufbahn zugelaſſen wurden, deren Träger bisher Beamte des auswärtigen Dienſtes waren, die in ihrem Aufenthalt in China ein Sprungbrett für ihre weitere diplomatiſche Laufbahn ſahen, wenn auch neuerdings auf größere Seßhaftigkeit geſehen wurde.

Im britiſchen Konſulardienſt iſt Seßhaftigkeit und Beweglichkeit klug abgemeſſen. Wer begabt iſt, vertrocknet nicht auf einem unbedeutenden Außenpoſten, ſondern er lernt faſt alle Konſularbezirke kennen und iſt infolgedeſſen in der Lage, ſich ein genaues Bild von den politiſchen und wirtſchaftlichen Verhältniſſen des gewaltigen Landes zu machen, das nach außen hin eine Einheit iſt, innerlich aber ſo viele Verſchiedenheiten aufweiſt, wie Europa; bürokratiſche Talente werden zur rechten Zeit abgeſchoben, um Männern mit Tatſachenaugen Platz zu machen. Darin beruht letzten Endes das Geheimnis der britiſchen diplomatiſchen und wirtſchaftlichen Erfolge in China. Das amerikaniſche Konſularſyſtem, das Hempel neben dem engliſchen als vorbildlich anführt, hat ſich in China nicht ſo ſehr bewährt. Es hat theoretiſch inſofern ein Gutes, als die Beförderung im amerikaniſchen Konſulardienſt nach dem Maßſtab erfolgen ſoll, wie ein Konſul für ſeinen Bezirk eine Steigerung des amerikaniſchen Handels nachzuweiſen imſtande iſt. Daraus geht hervor, daß der wirtſchaftlichen Tätigkeit eines Konſuls vom Staatsdepartement in Waſhington eine beſondere Bedeutung beigemeſſen wird. Im deutſchen Konſulardienſt ſcheint hingegen auf die politiſche Arbeit und Aufgaben der Verwaltung größeres Gewicht gelegt zu werden: über wirtſchaftliche Vorgänge zu berichten, bleibt beſonderen, dem Konſulardienſt angegliederten Handelsſachverſtändigen (2) überlaſſen. Das wichtigſte Arbeitsgebiet der Handelsſachverſtändigen iſt Schanghai, wo alle wirtſchaftlichen Fäden zuſammenlaufen. Ob in Schanghai der rechte Mann am rechten Platze war, darüber ſind die Meinungen geteilt. Eine langjährige Erfahrung im Platzgeſchäft und ein ſtatiſtiſcher Bienenfleiß war dem Schanghaier Sachverſtändigen nicht abzuſprechen. Es darf aber einem Handelsſachverſtändigen nicht genügen, nur zu berichten, was der deutſche Kaufmann und ſeine Wettbewerber wirtſchaftlich leiſten, ſondern er muß mit ſchöpferiſchen Gedanken auftreten und an Hand der aus allen Konſularbezirken eingehenden Informationen dem Kaufmann neue Bahnen zeigen; er muß ſelbſt die Beſchwerlichkeiten großer Überlandreiſen auf ſich nehmen, mit den eingeborenen Handelskreiſen in ſteter Fühlung ſein und muß — als Vorbedingung — die chineſiſche Sprache beherrſchen. In dieſer Hinſicht war der amerikaniſche Vertreter dem deutſchen zweifellos überlegen. Der Amerikaner Julean Arnold wirkte, wo ſich nur Gelegenheit bot, in der Öffentlichkeit. Heute hält er in der chineſiſchen Handelskammer einen Vortrag über die Ausdehnung der Handelsbeziehungen Chinas zu den Vereinigten Staaten, morgen lieſt man einen Artikel über amerikaniſch-chineſiſche Wirtſchaftsfragen in der Lokalpreſſe, dann lieſt man in chineſiſchen Zeitungen, daß angeſehene Kaufleute bei ihm zu Gaſte waren, inzwiſchen macht er wieder eine Studienreiſe in ein wenig bekanntes Wirtſchaftsgebiet, wo neues Material geſammelt wird, amerikaniſche Fachzeitſchriften veröffentlichen ſeine aufklärenden Artikel uſw. Man ſpürt: es wird gearbeitet, und die Arbeit drückt ſich im Anſchwellen der amerikaniſch-chineſiſchen Handelsziffern aus.

Hempel weiſt auf die nächſten Jahre der Geldknappheit hin, die unter Umſtänden eine Bezahlung tüchtiger Kräfte des Konſulardienſtes nicht möglich machen könnte. Das iſt allerdings ein Punkt, der Beachtung verdient. Die Bezahlung der Beamten erfolgt in Reichsmark. Wenn z. B. ein Dolmetſchereleve des deutſchen

Konſulardienſtes in China ein monatliches Gehalt von 500 Mark erhält, ſo ſind dies unter gewöhnlichen Kursverhältniſſen 250 mexikaniſche Dollar (der Münze, in der in China gerechnet wird). Bei dem heutigen anormalen Kurs ſind aber 500 Mark nur fünfzig mexikaniſche Dollar! Um den Gegenwert von 250 Dollar zu erreichen, müßten alſo im deutſchen Reichsetat 2500 Mark eingeſetzt werden. Bei einem Konſulgehalt von rund 1000 Dollar würde der Etat gar mit 25000 Mark monatlich belaſtet. Nun iſt ja anzunehmen, daß ſich die Kursverhältniſſe bis zur Wiederaufnahme unſerer diplomatiſchen Beziehungen ändern, aber immerhin ſollte die Frage nicht außer acht gelaſſen werden.

Sehr intereſſant iſt der Vorſchlag, den Hempel mit Bezug auf die Heranziehung der Auslandsdeutſchen zu den Friedensverhandlungen macht. Die ſtaatsrechtliche und wirtſchaftliche Stellung der Deutſchen in China wird in dem Friedensvertrag mit China zweifellos gewiſſe Änderungen erfahren. Im Auswärtigen Amt ſitzen Herren, die mit dem, was wir zu unſerem Wiederaufbau in wirtſchaftlicher und kultureller Beziehung nötig haben, vertraut ſind, ihnen fehlt aber die perſönliche Anſchauung von dem, was ſich ſeit ihrer Abreiſe (Herbſt 1917) in Verbindung mit den deutſchen Intereſſen in China ereignet hat. Inzwiſchen ſind führende Kaufleute, Ingenieure und Journaliſten aus China zurückgekehrt und dieſen ſollten ſich die maßgebenden Stellen in Verbindung mit den Deutſchland und China betreffenden Fragen nähern und ſich deren Dienſte ſichern.

Der Anregung Hempels, dem Auslanddeutſchen das Wahlrecht zur Nationalverſammlung zu geben, möchte ich zunächſt mit einem vorſichtigen „Ja" zuſtimmen. Für gewiſſe Auslandsgebiete könnten dagegen vielleicht ſtaatsrechtliche Bedenken beſtehen. Für gefährlich halte ich es, wenn der heimatliche Parteikampf ins Auslanddeutſchtum getragen wird. Die Deutſchen in China haben jahrzehntelang, ohne ſich um parteipolitiſche Intereſſenkämpfe in der Heimat zu kümmern (und das geſchah nicht aus politiſcher Gleichgültigkeit), gemeinſam zuſammen gearbeitet zum **Nutz und Frommen des Heimatlandes. Und dieſer Grundſatz muß aufrechterhalten bleiben. Im Ausland gibt es keine Parteien, ſondern nur Deutſche.**

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 6. Juni 1919 * Heft 23

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Sorge um die Pfalz, Sorge um das Rheinland, angebliche Verhandlungen ſüddeutſcher Staaten, inoffiziell, in der Schweiz über Milderung des Friedens — das ſind nicht nur Lockungen des Feindes, denen allein blöde Gläubigkeit folgt, ſondern Reflexbewegungen der ſchwungloſen und ängſtlich-partikulariſtiſchen Art, wie die *Verfaſſungs*frage bei uns amtlich behandelt wurde. Eisners ſinnloſe Politik der einzelſtaatlichen Selbſtherrlichkeit, die den wankenden Partikularismus erſt recht verfeſtigte, Hirſchs preußiſche Staatsbedächtigkeit tragen jetzt die eigentlichen Früchte. Hätte die Revolution fertig gebracht, den nationalſtaatlichen Gedanken mit der Fülle eines neuen, ſtaatsorganiſatoriſchen Willens zu durchpulſen, dann hätten wir die Richtung zur bewußten Einheit als Geiſtesbewegung bekommen. Aber man ließ im weſentlichen Deutſchlands obere Staatlichkeit als ein hiſtoriſches Nebeneinander, ohne mit Lockerung gegenüber der Geſchichte und Feſſel gegenüber der Zukunft die Möglichkeit des Kommenden zu ſichern. Wird die Nationalverſammlung und noch mehr die Häufung der deutſchen Regierungen jetzt begreifen, daß die *Verfaſſungs*arbeit auch ein Stück *auswärtiger Politik* iſt und nicht bloß Händelei über die Erbſchaft dynaſtiſcher Vergangenheit.

*

Den *Deutſch-Öſterreichern* war erzählt worden, der Verzicht auf den Anſchlußgedanken mache ſich in beſſerer Behandlung bezahlt. Einige glaubten es. Sie erleben jetzt, daß die Behandlung an Unwürdigkeit nichts zu wünſchen übrig läßt. Tſchechen, Polen, Jugoſlawen, Rumänen laſſen ſich von der Entente verſprechen, daß ſie an den Kriegskoſten der Habsburger Monarchie nicht mittragen ſollen; dieſe ſollen den Deutſchen und Magyaren allein aufgeladen werden. Der Gedanke iſt ſinnlos, ſeine Ausführung ein Sklaventum, das die Zumutungen an die Reichsdeutſchen faſt noch überſteigt. Man müßte annehmen, daß dies in Wien nun auch in der Preſſe begriffen wird.

*

Der Briefwechſel zwiſchen Franz Joſef und Wilhelm II., der Anfang Juli 1914 ſtattfand und kürzlich in der „Deutſchen Politik“ veröffentlicht wurde, hat dem „Temps“ Gelegenheit gegeben, wieder einmal die deutſche Schuld zu konſtruieren. Was iſt der Inhalt dieſer Briefe und der beigegebenen Denkſchrift? Wiens Abſicht, gegenüber der großſerbiſchen Propaganda, die als Vorpoſten des ruſſiſchen Panſlawismus zu gelten hat, eine Annäherung an Bulgarien, eine Verſtändigung Bulgariens mit der Türkei und Griechenland zu bewirken — ein ſtaatspolitiſches Programm, das nicht durch Serajewo geweckt, ſondern in ſeiner Zwangsläufigkeit (von Wien aus geſehen) nur beſtätigt wurde. Deutſchland ſoll in Sofia ſekundieren; iſt dazu, wenn auch zögernd, bereit. Davon redet der „Temps“ nicht. Den entſcheidenden, von Bethmann und Wilhelm II. unterſtrichenen Satz läßt ſein Kommentar weg: daß Berlin davon abſehen will, in der zwiſchen Wien und Belgrad ſchwebenden Frage Stellung zu nehmen. Man verſichert vom Reiche aus den Bundesgenoſſen der Treue, lehnt es aber ab, den vorhandenen Streitfall zum Ausgang einer abgegrenzten politiſchen Aktion zu machen. Das Bedürfnis der Lokaliſierung des Konflikts, bei klarer Erkenntnis der panſlawiſtiſchen Gefahr, kündet ſich an. Der „Temps“ treibt Verdrehung, indem er den entſcheidenden Gedankengang des Briefwechſels vernachläſſigt.

*

Der Fall Luxemburg beginnt ſich zu einem Fall Vogel auszuwachſen. Die „Freiheit“ hat ein Füllhorn von Enthüllungen ausgeſchüttet, die natürlich noch ſehr der Nachprüfung bedürfen. Eins ſteht aber ſchon heute feſt, rückt nicht der Teil des Offizierskorps, der ehrlich auf den Boden der neuen Verhältniſſe ſteht, energiſch von Vogel und ſeinen Helfershelfern ab, ſo wird ſich bald das Mißtrauen gegen das geſamte Offizierkorps ſehr verſtärken. Auch der des Mordes der Luxemburg angeſchuldigte Marineoffizier Suchong ſollte ſchleunigſt im Intereſſe des Standes eine Erklärung abgeben. Die Taktik des Schweigens hat bereits genug Unheil angerichtet.

Die deutſchen Friedensgrundlagen

Von Dr. Paul Rohrbach

1. Juni 1919.

Die Hauptfrage, die wir den deutſchen Friedensvorſchlägen gegenüber haben, iſt nicht die, ob die Regierung zuviel, mehr als wir etwa zu leiſten vermögen, zugeſtanden hat, oder ob ſie an anderer Stelle eine zu große Verzichtbereitſchaft erklärt hat, ſondern wir fragen: Iſt die Regierung entſchloſſen, wenn die Feinde unſere Vorſchläge zurückweiſen, wenn ſie ihre urſprünglichen Forderungen in den entſcheidenden Punkten nicht gründlich revidieren, die Unterzeichnung zu verweigern und jedes feindliche Ultimatum mit dem Non possumus, wir können nicht und wir dürfen nicht, zu beantworten? Man braucht nur die deutſche Preſſe zu leſen und beliebigen Unterhaltungen zuzuhören, um zu erkennen, was die vaterlandsſchwachen Elemente bei uns wollen. Die einen ſind ſchwach, weil ſie von nationaler Geſinnung überhaupt nichts wiſſen, die andern, weil ihr Seelenvermögen von Natur zu klein oder zu vertrocknet iſt, um ſittlichen Regungen auch auf die Gefahr hin zu folgen, daß ein großes Ethos, der Gehorſam gegen die ſittliche Idee, äußere Gefahren heraufzubeſchwören droht.

In der Tat, in der Lage ſind wir. Für uns gilt heute das Wort: wer da trachtet, ſein Leben zu behalten, der wird es verlieren, wer aber ſein Leben verliert um meinetwillen, der wird es gewinnen! Jeſus ſtellt dem Spruch das vergängliche und das unvergängliche Leben einander gegenüber. Das wahre Leben, für das allein es ſich verlohnt, alles einzuſetzen, iſt nicht das vergängliche, ſondern das unvergängliche. Was hier für die Religion im erhabenſten Sinne gilt, das gilt auch für das Völkerleben. Ein Volk lebt ſo wenig wie ein Menſch von Brot allein, ſondern die Völker wie die Menſchen leben am letzten Ende davon, wofür ſie zu ſterben bereit ſind: von dem, was ihnen mehr wert zu ſein ſcheint, als die Fortſetzung des bloßen materiellen Daſeins. Erſt wenn ſie dieſen idealen Lebenswillen bekräftigen, der die unbedingte Opferbereitſchaft in bezug auf das Phyſiſche und Greifbare fordert, werden ſie wahrhaft leben. Ein Leben, das nicht gelebt zu werden verdient, lebt man nicht. Das ſind hohe Forderungen, aber für unſer Volk handelt es ſich wirklich nicht mehr um Zahlungsbilanzen, Arbeitslöhne, Privat- oder Sozialwirtſchaft, Exiſtenzminimum und Bankguthaben, ſondern um ſeine Seele. Niemand gibt ſich einer Täuſchung darüber hin, daß eine große Maſſe unter uns vorhanden iſt, deren Angehörige ſich durch alle Stände und Schichten hindurch finden, und nicht zuletzt unter den materialiſtiſchen Genießern und Geſchäftemachern der Oberſchicht, die der Idee vom Opfern des Lebens um des Lebens willen blöde gegenüberſtehen. Das ſind die toten Seelen, die das moraliſche Konto einer jeder Nation auf der Paſſivſeite belaſten. Es fragt ſich nur, ob ſie imſtande ſind, es endgültig in den Zuſammenbruch des nationalen Ethos hinabzuziehen oder ob das Gewicht derer größer iſt, die bereit ſind, um des Lebens willen das Leben zu opfern.

Wie ſteht die Regierung, die ſich das deutſche Volk in der Revolution gegeben hat, zu dieſer moraliſchen Daſeinsfrage? Bleibt ſie feſt, ſo werden nicht nur die heutige Generation, ſondern auch die kommenden deutſchen Geſchlechter ihr danken. Zeigt ſie, daß die ſittliche Kraft wahren Nationalgefühls und die Fähigkeit, den Unterſchied des lebenswerten von nichtlebenswerten Daſein zu beurteilen, ihr fehlt, ſo iſt ſie gerichtet. Kein wahrer Deutſcher hat dann noch länger etwas mit dieſen Leuten zu tun. Sie mögen gehen oder bleiben, für Deutſchland und den deutſchen Volksgedanken ſind es Schädlinge, von denen Fermente der nationalen Verweſung ausgehen. Das Wort vom Verdorren der Hand wird dann Wirklichkeit werden, aber wer ſein Volk liebt, wird dann dafür zu arbeiten haben, daß auch wirklich verdorrt, was des Verdorrens wert iſt.

Indes wir wollen die Regierung nicht ſchelten, bevor ſie gezeigt hat, daß ſie das Schelten verdient. Wir hoffen immer noch, daß ſie ſich trotz ihres Urſprungs als eine Kraft, fähig, der nationalen Zukunft zu dienen, wird bewähren können. Nur wird ſie allein dann dazu imſtande ſein, wenn ſie den Stimmen der Feigheit, die ſie umtönen, ihr Ohr verſchließt und an das Gute und die Kraft glaubt, die immer noch im beſſeren Teil des deutſchen Volkes vorhanden ſind. Es iſt genug davon da. Wilhelm Heile ſchreibt in der „Hilfe“:

> Und dennoch: ich kann den Glauben an Deutſchland nicht verlieren, weil ich den Glauben an das deutſche Volk mir nicht aus dem Herzen reißen kann. Immer muß ich in dieſen Tagen an das Wort des Dichters denken: In Fährden und Nöten zeigt ſich ein Volk erſt echt. Tag für Tag habe ich, ſeit die Nationalverſammlung im Zuſammenklang mit der Reichsregierung einmütig als Antwort auf den Raubfriedensvorſchlag ihr Unannehmbar in die Welt hinausgerufen hat, in großen und kleinen Städten, meiſt unter freiem Himmel, da die Säle dem Andrang nicht gewachſen waren, zu vielen Tauſenden aus allen politiſchen Parteien geſprochen und dabei Gelegenheit gehabt, die Stimme des Volkes zu hören. Ich habe keineswegs bloß die Forderungen der Feinde in ihrer vernichtenden Wirkung den Hörern klargemacht, um dadurch ein möglichſt einhelliges Nein, einen möglichſt leidenſchaftlichen Proteſt zu erzielen; ich habe vielmehr mit ganz rückhaltloſer Offenheit die furchtbaren Folgen geſchildert, die ein Beharren im Nein wahrſcheinlich ſchon in der nächſten Zeit für uns bringen würde. Manches verzweifelte und vergrämte Geſicht habe ich geſehen, manchen Aufſchrei aus gequälten Herzen gehört, namentlich von Müttern, Frauen, Bräuten, deren Hoffnung, den kriegsgefangenen Gatten oder Sohn endlich wiederzubekommen, beim Nein noch weiter in die Ferne entſchwindet. Aber nicht einen hörte ich, nicht einen lernte ich kennen, der ſich aus Furcht vor den Folgen der Gewalt beugen und von der Regierung fordern wollte, daß ſie ihren

Namen unter ſolchen „Vertrag“ ſetzen und dadurch ſich und das deutſche Volk für immer entehren ſolle.

Das iſt auch unſere Meinung. Wir ſind an einen Punkt in unſerem nationalen Daſein gekommen, wo es ſich nur noch um Glauben, Glauben an die nationale Sache handelt, und um die Kraft des Handelns aus ſolchem Glauben. Sollen wir uns ſchämen vor dem Amerikaner Bullitt, dem Delegierten zur Friedenskommiſſion, der dem Präſidenten Wilſon in ſeinem Brief, den der Londoner „Daily Herald“ am 24. Mai veröffentlicht hat, der auch durch die deutſche Preſſe gegangen iſt, ſchrieb, er ſei einer von den Millionen geweſen, die da — vergeblich! — geglaubt hätten, der Präſident werde einen dauernden, uneigennützigen und gerechten Frieden zuſtandebringen; es ſei und bleibe Pflicht der Vereinigten Staaten gegenüber ihrem eigenen Volk und gegenüber der Menſchheit, dieſen Friedensvertrag zu verweigern. Bullitt redet dann zum Schluß den Präſidenten an:

> Daß Sie perſönlich Gegner der meiſten ungerechten Regelungen, und daß Sie ſie allein unter großem Druck angenommen haben, iſt wohlbekannt. Nichtsdeſtoweniger iſt es meine Überzeugung, daß Sie, wenn Sie Ihren Kampf in der Öffentlichkeit geführt hätten, anſtatt hinter geſchloſſenen Türen, die öffentliche Meinung der Welt, die auf Ihrer Seite war, mit ſich geriſſen hätten, daß Sie dem Druck hätten Widerſtand bieten können und eine neue Ordnung hätten feſtigen können, die baſiert iſt auf den breiten und allgemeinen Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit, von denen Sie zu ſprechen pflegten. Es tut mir leid, daß Sie unſeren Kampf nicht bis zum Ende gekämpft haben, und daß Sie ſo wenig Glauben gehabt haben in die Millionen Männer unter allen Nationen, die, wie ich, auf Sie vertraut hatten.“

Das iſt es: Der Glaube an die Kraft des Guten. Wilſon hat gezeigt, daß er von den Prinzipien der Gerechtigkeit eben nur, wie Bullitt ſagt, „zu ſprechen“ verſtand. Eine herbere Kritik, als dieſe amerikaniſche Stimme ſie enthält, kann an ihm nicht geübt werden. Er hat ſeine Sache noch weiter dadurch verſchlechtert, daß er (durch eine holländiſche Stimme) in der internationalen Öffentlichkeit ſelber eine Art von Entſchuldigung zettel für ſein Verhalten abgegeben hat. Der Grund dafür, ſagt er, daß der Frieden von ſeinem Ideal abweiche, ſei die Unmöglichkeit geweſen, die verſchiedenen Intereſſen zu vereinen. Die Opfer, die die Verbündeten gebracht hätten, müßten wieder gutgemacht werden, und die dadurch bedingte Belaſtung könne Deutſchland nur mit Machtmitteln auferlegt werden. Daraus erklärten ſich die militäriſchen und Gebietsbeſtimmungen. Er hätte abreiſen können, als er den „George Waſhington“ nach Frankreich kommen ließ, und er hätte damals die öffentliche Meinung für ſich gehabt. Dann aber hätte er auf den Frieden und auf den Völkerbund verzichten müſſen, „und Europa wäre dem Chaos anheimgefallen“. Um das zu vermeiden, habe er ſich dazu entſchloſſen, „einige ſeiner Überzeugungen zu opfern“, in der Hoffnung, daß der Völkerbund möglich machen werde, was der Friedensvertrag nicht zuſtandebringen konnte.

Alle dieſe ſophiſtiſchen Redereien werden abgefertigt durch das Wort Bullitts, um einen beſſeren Frieden zuſtandezubringen, wäre nur nötig geweſen, den Kampf für den Frieden, ſtatt hinter verſchloſſenen Türen, in der Öffentlichkeit zu führen. Der Mann, der das ſagt, glaubt daran, daß in einer ſo großen und furchtbaren Kriſis, wie die Welt ſie jetzt durchlebt, das einzige durchgreifende Rettungsmittel darin beſteht, daß man die Verantwortlichen dazu zwingt, alle Hüllen und allen Schein, alles Dunkel, mit dem ſie ihre wahren Abſichten zu verbergen ſuchen, fallen zu laſſen und ihre Ziele nackt vor der Welt zu zeigen.

Wilſon hat verſagt, und er hat ſein großes und ſtolzes Land, die „Neue Welt“, um den Ruhm und den Segen gebracht, die es davon gehabt hätte, dem zerfleiſchten Europa einen wahrhaften Frieden wiederzugeben. Es bleibt nun nichts weiter übrig, als daß Deutſchland dieſe Aufgabe übernimmt. Nur Deutſchland iſt noch fähig, ſie zu leiſten, wenn es ſich auf jede Gefahr hin der Bekräftigung eines Gewaltfriedens durch ſeine Unterſchrift widerſetzt. Unterſchreibt es, gleichviel ob mit oder ohne die Abſicht, den Frieden zu halten, ſo hat es moraliſch etwas ähnliches getan, was Wilſon getan hat, indem er aus Furcht vor den augenblicklichen politiſchen Folgen es nicht wagte, bei dem Prinzip des Rechts zu bleiben. Unterſchreiben wir, was die Feinde uns zumuten, ſo iſt unſere Würde vor uns ſelbſt und unſere Ehre vor den übrigen Völkern der Welt kläglich dahin. Unterſchreiben wir nicht, mag kommen, was da wolle, weigern wir uns, ein bloßes Pflaſter über die blutende und ſchwärende Wunde kleben zu laſſen, ſondern aus eigenem Entſchluß die Wunde offen, bis die Welt einſieht, daß, wenn ſie nicht mit an dem Anſteckungsſtoff zugrunde gehen will, ſie helfen muß, für eine wirkliche Heilung zu ſorgen, dann wird der Lohn der Standhaftigkeit für uns ſelbſt nicht ausbleiben, und wir werden es erleben, daß dieſe Tat Deutſchlands einmal als das befreiende und wiederherſtellende Opfer auch für die Welt im ganzen uns zugute geſchrieben werden wird.

Kleinlich und kurzſichtig iſt demgegenüber, was die Freunde der Unterzeichnung, vor allen Dingen die unabhängigen Sozialiſten, vorzubringen haben. Ihre Ideen beruhen in jeder Beziehung auf falſcher Grundlage.

1. Die Aufhebung der Blockade nach Zeichnung dieſes Friedens bedeutet nicht Aufhebung der Hungersnot, weil Deutſchland dann keine Wirtſchaftswerte mehr haben wird, um Nahrungsmittel und Rohſtoffe zu bezahlen. Es beſteht ja zwar ſeitens Amerikas die Abſicht, Kredite zu gewähren, aber dieſe werden

nicht mehr gewährt werden und können nicht mehr gewährt werden, ſobald die Baſis für dieſe Kredite aufhört. Und das wird nicht lange dauern.

2. Es iſt nicht daran zu denken, daß z. B. die Franzoſen die Kriegsgefangenen in abſehbarer Zeit herausgeben, wenn ſie nicht durch den Friedensvertrag in ganz anderer Weiſe dazu angehalten werden. Man begreift im Reich immer noch nicht annähernd den Haß, die Rachſucht und die Furcht vor Deutſchland. Die Franzoſen werden die Herausgabe der Gefangenen hinauszögern, um ein Druckmittel auf Deutſchland zu behalten und die deutſche Nichtausführung der unausführbaren Bedingungen als Rechtsgrund dafür heranziehen.

3. Die Vergleiche mit der Reviſion von Bukareſt und Breſt Litowſk ſind hinkend, weil die Reviſion nach Deutſchlands Niederlage geſchah, während Frankreich und England nicht beſiegt ſind.

4. Ebenſo unrichtig iſt der Hinweis auf die Wirkung der Proteſtaktion der Entente-Sozialiſten, die ſich nahezu alle dahin geäußert haben, daß eine Weltrevolution ausgeſchloſſen iſt.

5. Die Unabhängigen wollen alſo einen politiſchen Fehler begehen, der ebenſo unheilvoll iſt wie der, als ſie glaubten, daß die Revolution Deutſchland einen guten Frieden brächte. Das geſchah in voller Unkenntnis der außerdeutſchen Verhältniſſe. Dieſe Entſchuldigung fehlt jetzt.

Ebenſo fern von jeder moraliſch-politiſchen Einſicht iſt es, wenn die unabhängige Sozialdemokratie und allerlei „pazifiſtiſche" Mitläufer bei dem Geſchwätz von einer beſonderen Schuld Deutſchlands am Kriege bleiben. Selbſt ein Mann wie der Miniſterpräſident Scheidemann ſcheint nicht zu begreifen, daß durch nichts die Stellung Deutſchlands ſo entſcheidend gebeſſert werden kann, wie durch Verhandlung der Schuldfrage in voller Öffentlichkeit. In dieſer Beziehung iſt das Vorgehen des Grafen Brockdorff-Rantzau durchaus richtig, und es war überflüſſig, daß der Graf zu Anfang der Verhandlungen aus Rückſicht auf die ſozialdemokratiſchen Unabhängigen auch von der deutſchen Mitſchuld am Ausbruch des Krieges ſprach. Taktiſch wäre das richtig geweſen, wenn eine eigentliche deutſche Schuld, d. h. ein Verhalten der deutſchen maßgebenden Stellen, durch das fahrläſſig oder bewußt der Krieg herbeigezogen wurde, vorläge. Das iſt nicht der Fall. Wohl aber läßt es ſich für die Entente nachweiſen, und es iſt nur das hoffnungslos ſchlechte Gewiſſen der Entente, das ſie dazu veranlaßt, die öffentliche und unparteiiſche Unterſuchung der Schuldfrage zu verweigern.

An der Wiege der Rheiniſchen Republik

Von Paul Wentzcke (Düſſeldorf)

Die Sturmzeichen, die dem Kenner rheiniſcher Geſchichte und rheiniſchen Lebens ſeit Monaten ſchon das Nahen folgenſchwerer politiſcher Entſchlüſſe am linken Rheinufer ankündigten, ſind verflogen. Die neueſten Meldungen, die von Landau herab bis Köln über die „Befreiung" der Rheinländer vom bayeriſchen und vom preußiſchen „Joche" einlaufen, laſſen eine Entſcheidung ſchon für die nächſte Zukunft erwarten. Alle Zwangsmittel und Lockungen, die die franzöſiſche Politik ſeit den Tagen Ludwigs XIV. zur Erringung der Rheingrenze anwandte, hat der Entwurf der Friedensbedingungen Clémenceaus aufs neue in vollendeter Form zuſammengefaßt. Geiſt und Feder André Tardieus, des bedeutendſten Vorkämpfers für die Sicherung der franzöſiſchen Oſtmarken, ſind deutlich zu ſpüren. Zum militäriſchen, politiſchen und geiſtigen Doppeldruck, den das ancien régime von Metz und Straßburg einerſeits, von Belgien andrerſeits bereits im 17. und 18. Jahrhundert auf das linksrheiniſche Land ausübte, fügt heute die dritte Republik den Hunger nach Rohſtoffen und nach dem täglichen Brot. Was eine kurze Skizze im Anfang dieſes Jahres hier andeutete*), wird zu furchtbarer Wahrheit.

Wenn dort die Warnung von einem neuen „Rheinbund" unmittelbar an die moderne Intereſſenverbindung Lothringens mit dem niederrheiniſchen Induſtriegebiet anknüpfte, ſo hat in der Tat die „Lothringer Gruppe" dieſe Gedankengänge inzwiſchen offen in der Pariſer Deputiertenkammer aufgenommen. „Mit Bedauern" ſtellt ſie feſt, „daß entgegen allen Hoffnungen die deutſche Herrſchaft über die linksrheiniſchen Gebiete beibehalten werden ſoll. Sie empfindet es als Pflicht, mit allen Kräften darauf zu beſtehen, daß zum wenigſten Preußen und weiter Bayern, Heſſen und Oldenburg ausgeſchloſſen werden. Damit unſere Mitbürger von neuem Vertrauen zu ihren Nachbarn gewinnen können, wird es nötig ſein, daß die Rheinlande wenigſtens ſich ſelbſt übergeben werden und befreit werden vom Gängelband, mit dem ſie München und Berlin leiten."

Der vorſichtigen Werbung der franzöſiſchen Beſatzungsbehörden in der Pfalz und im Saargebiet iſt in der Tat bereits die offene Ermunterung zum Hoch- und Landesverrat gefolgt, nachdem ſich Landauer Bürger bereitwillig der Entente als Schleppträger zur Verfügung geſtellt haben. Führer des rheiniſchen Zentrums und der rheiniſchen Wirtſchaft begannen in Mainz Beſprechungen mit General Mangin, an denen auch ein angeblicher Vertreter der naſſauiſchen „Sonderintereſſen" teilnahm. Im ſelben Maße, wie die wirtſchaftliche

---

*) Heft 5 vom 31. Januar 1919.

Not der Gegenwart auch die Zukunft des Reiches umdüſtert, gelingt es ihrem Zureden, Mitläufer in allen Kreiſen der Bevölkerung zu finden. Einſchmeichelnd ertönt aufs neue der Sirenengeſang, der ſchon 1793 ebenfalls in Mainz den „rheiniſch-deutſchen Nationalkonvent“ des Weltumſeglers Georg Forſter auf Frankreichs Seite trieb. „Es ſollten alle Gebiete links des Rheins in alle Segnungen der Revolution eingeſetzt werden,“ ſo lockte damals ein Dekret der Pariſer Nationalverſammlung die deutſchen Vorkämpfer der Ideen von 1789. Ein Angebot der Verſailler Vier, das dieſe Sätze auf das Gebiet der Wirtſchaft übertragen wollte, fände heute faſt williger und freudiger noch Anklang und Gehör. Ungleich mehr als in der Zeit vor 130 Jahren hat ja der Kampf der deutſchen Parteien und eine weltbürgerliche Geſchichts- und Weltauffaſſung insbeſondere am Niederrhein dieſen Verſuchungen vorgearbeitet.

Von poſitiven Nachrichten über ihre Wirkung iſt in erſter Reihe die Anſprache hervorzuheben, mit der der Führer der Landauer Einundzwanzig den bayeriſchen Beamten den Umſchwung ankündigte:

> „Die Pfalz als neutrale ſelbſtändige Republik iſt bereits von der franzöſiſchen Beſatzungsbehörde und dem General Gerard anerkannt und wird als ſolche unterſtützt und beſchützt werden. Für Beamte, die nicht loyal dieſer neuen Regierung (mit dem Wortführer, dem Nahrungsmittelchemiker Dr. Haas, als Präſident) gegenüberſtehen, wird kein Platz mehr im Lande ſein.“

Trotz der lebhaften Unterſtützung, die ihr Frankreich angedeihen läßt, ſoll die Bewegung jedoch bisher, zum wenigſten nach den Meldungen der rechtsrheiniſchen Preſſe, weder hier noch im Saarbecken feſten Fuß faſſen und ſich auf breitere Schichten der Bevölkerung ausdehnen. Vor allem das Saarbrücker Land wehrt ſich aufs tatkräftigſte gegen die politiſche und wirtſchaftliche Verſklavung, die ihm die Friedensbedingungen androhen. Wiederum, wie ſchon 1815, als es ſich um die endgültige Befreiung der im erſten Pariſer Frieden vergeſſenen Saarſtädte handelte, erwacht hier ein Nationalgefühl, deſſen Stärke und Tiefe nur zu viele der mittel- und norddeutſchen Volksgenoſſen beſchämen müſſen. Mehr noch wie in der Pfalz iſt das Vierteljahrhundert franzöſiſcher Herrſchaft von 1790 bis 1815 an der Saar noch unvergeſſen. Um ſo gefährlicher aber iſt das Entgegenkommen, das ähnliche Anregungen der Entente bei der Bevölkerung des Niederrheins finden.

In einer ſeiner letzten Nummern erklärt das „Echo der Gegenwart“ in Aachen offen, daß die Entſcheidung über die politiſche und wirtſchaftliche Zukunft der Rheinlande in den nächſten Wochen bereits fallen müſſe:

> „In raſtloſer Arbeit hat der Aachener Ausſchuß zur Errichtung einer Rheiniſchen Republik den Gedanken einer Selbſtändigkeit der Rheinlande verfolgt. Er hat, nachdem ihm auch die Leitung der Kölner Intereſſen übertragen worden war, mit den Ausſchüſſen in Bonn, Koblenz, Trier und beſonders auch in Mainz, Wiesbaden und der Pfalz Fühlung genommen. Wir ſtehen nun da, daß wir endlich ſagen können:

Unſere Arbeit wird Erfolg haben. Nähere Einzelheiten zu bringen, verſagen wir uns heute noch. Nur das eine ſei hervorgehoben, daß das Rheinland wichtige Reſervate für ſich beanſprucht, um ſeine wirtſchaftliche Zukunft ſicherzuſtellen und Einfluß auf die Geſtaltung unſrer Beziehungen zum Auslande zu gewinnen.“

In welcher Richtung innerpolitiſch dieſe Hoffnungen gehen, beweiſt der gleichzeitig einſetzende, konzentriſche Angriff andrer Zentrumsblätter in Aachen, Bonn und Köln gegen die „Berliner Peitſche“ und die „ſtupiden Boruſſen“. Eifrig wird der Annäherung nach dem Weſten das Wort geredet, die allein „Friedensſicherung“ und „Gegenwartsvorteile“ zu bringen vermag. Auch die „Kölniſche Volkszeitung“ nimmt dieſe Beſtrebungen verſteckt wieder auf, nachdem ſie eine Zeitlang wohl, wie „altdeutſche“ und altkluge Politiker meinten, von den „Sonderbündlern“ abgerückt war. Nur die Zukunft der Länder am Rhein, ſo mahnt ſie, dürfen „unſere“ Volksvertreter im Auge behalten und die politiſche Vertretung der rheiniſchen Intereſſen wahren, „damit nicht Ergebniſſe zutagetreten, die für unſere Freiheit und unſer Wohl ein Unheil bedeuten.“ Das alte Sehnen nach Selbſtändigkeit der katholiſchen Rheinlande, das ſchon 1830 und 1848 im Rufe nach Ablöſung vom proteſtantiſchen Preußen, im Zuſammengehen mit Belgien und im Plan einer katholiſchen „Reichsprovinz“ unter einem habsburgiſchen Kaiſer zum Ausdruck kam, erwacht aufs neue im Gewand republikaniſcher Forderung nach Selbſtbeſtimmung.

Vergeblich rufen wir in dieſer Not nunmehr ſeit bald ſechs Monaten nach tatkräftigen Gegenmaßregeln im Reich und in Preußen. Wohl häuften ſich zeitweiſe die Einſpruchsverſammlungen, die in ganz Rheinland und Weſtfalen die politiſchen Parteien und die Handelskammern veranſtalteten. Insbeſondere Oberbürgermeiſter Luther in Eſſen und der Düſſeldorfer Syndikus Otto Brandt liefen in Rede und Schrift Sturm gegen den Hochverrat am Reich, der ſich nicht nur im Zentrum, ſondern auch in der linksrheiniſchen Induſtrie vorbereitete. In der Berliner und in der Weimarer Nationalverſammlung haben die Vertreter aller Fraktionen einmütig die Führer dieſer Bewegung von ſich abgeſchüttelt. Aber wie in der geſamten Innen- und Außenpolitik der deutſchen Republik blieb es im Grunde bei papierenen Proteſten. Das einzige Gegenmittel, das die Abbröckelung der linksrheiniſchen Gebiete aufhalten kann, die Verſtärkung der Reichsgewalt, die in allem und jedem die magnetiſche Kraft der preußiſchen Staatsperſönlichkeit erſetzen muß, iſt in Ausſchußverhandlungen vergraben worden. Nicht nur die revolutionären Zuckungen, die das Reich immer aufs neue erſchüttern, ſondern vor allem auch die politiſche Trägheit und die geſchichtliche Verſtändnisloſigkeit der deutſchen Parteien ſind die beſten Schrittmacher und Förderer der rheiniſchen Sonderbündelei. Teilnahmlos ſteht die deutſche Republik zu Gevatter, wenn die Entente ihr Sorgenkind, den Pufferſtaat der rheiniſchen Republik, aus der Taufe hebt.

Verfall

Von Prof. Dr. Arthur Salz, München

Seitdem die Weltgeſchichte nicht mehr von Menſchen für Menſchen gemacht wird, ſeitdem Führer und Vorbilder keinen Platz mehr finden, ſeit Gott ſelbſt ſich ſchlafen gelegt oder ſich ausgeſchaltet zu haben ſcheint — irrt der menſchliche Geiſt wie heimatlos durch die Wirbel des Geſchehens, wie ein aufgeſcheuchtes und umſtelltes Wild jagt er plan- und ziellos nach einem Ruhepunkt ſuchend und ſinkt ſchließlich ermattet irgendwo auf dem Wegrand nieder, ſeiner Häſcher gewärtig. Von allen Flüchtlingsbildern, die man ſah, das grauſigſte, von allen Heimatberaubten und Entwurzelten der am ſchwerſten Heimgeſuchte.

Seither, da die ungeſtalte, formloſe Kraft und Wucht der Maſſen Träger und verantwortlicher Leiter des Weltgeſchehens geworden, iſt die Geſchichte gänzlich unberechenbar, unverſtändlich und faſt intereſſelos. Denn alles Verſtändnis der Geſchichte iſt irgendwie an ein Menſchliches geknüpft, darin iſt es verankert. Die lichteſten und die dunkelſten Gewalten ſind wie durch ein geheimes Band noch mit uns verbunden, ſeitdem aber Geſchichte bloß abrollt wie ein Film im Zwielicht, mit Geknatter und aufregenden Effekten, iſt der Geiſt bloß müßiger Zuſchauer und gänzlich desorientiert über das Woher, Wohin, Warum. —

Jetzt tritt der Zuſtand ein, den die materialiſtiſche Geſchichtsdeutung, die ſich fälſchlich für eine zutreffende Interpretation der Vergangenheit hält, während ſie in Wirklichkeit eine fatale Prophetie iſt, die Apokalypſe des 20. Jahrhunderts, vorherſagt: daß alle Geſchichte ſich auflöſt in die Geſchichte und in den Kampf der widerſtreitenden ökonomiſchen Intereſſen. Dieſe materialiſtiſche Geſchichtsauffaſſung iſt Romantik mit negativem Vorzeichen, die der Menſchheit ganzen Gegenwartsjammer in die Vergangenheit (ſtatt in die Zukunft) projiziert. Sie erblickt das Vergangene im trüben Spiegel einer ſchon Gegenwart gewordenen Zukunft, ſtatt dieſe an den größten Maßſtäben der Vergangenheit geſtalten zu helfen. Sie muß das Vergangene gewaltſam reduzieren, um Platz für das maſſenhaft Kleine der Zukunft zu gewinnen.

Was iſt denn geſchehen, daß der Geiſt ſich wie verbannt, wie ausgetrieben aus ſeiner angeſtammten Heimat vorkommt? Nichts, als daß die Welt ſich unabhängig von ihm gemacht, daß ſie ihn entthront hat. Der geiſtige Menſch ſieht ſich zwiſchen zwei Zeitalter geſtellt und fühlt ſich in beiden gleich heimatlos: das bürgerliche, das nicht mehr Geiſt war, und das proletariſche, das noch nicht Geiſt iſt. Jenes hat ein ihm anvertrautes geiſtiges Erbe ſchlecht verwaltet, dieſes weigert ſich, die Erbſchaft des Geiſtes anzutreten. Der geiſtige Menſch ſieht eine bürgerliche Welt ruhm- und kampflos verenden, unſchön noch im letzten Kampf, und die ſchon ſeit langem ſehr gelockerten Bande, die ihn mit dieſem „penetranten" Mittelſtand verbanden, fühlt er völlig zerriſſen. Aber er fühlt ſich gleichermaßen abgeſtoßen von dem leviathanartigen Unweſen, das ſich da heraufwälzt aus dem Dunkel ſeines Daſeins, triefend von Schweiß und Gier, das Herz geſchwellt bis zum Berſten von Haß und Rachſucht.

Nur Kinder, Toren und Frivole bringen es fertig, ſich jedem Schaugepränge und Maſſenkundgebung, ob Maskenfeſt oder Leichenzug, anzuſchließen, unbekümmert darum, was Sinn und Ziel der Bewegung iſt. Der geiſtige Menſch, der einen Ruhepunkt in ſich hat und ihn nicht draußen zu ſuchen braucht, fühlt ſich von dem ſchamloſen Treiben angewidert und vereinſamt und hat, wie der Dichter, ſeinen Platz im finſterſten Winkel des Hauſes an der Kellerſtufe. — Doch wäre es ein Irrtum, zu glauben, daß der geiſtige Menſch, von dem wir ſprechen, ein ungeſelliges Weſen (was die Griechen einen „Idioten“ nennen), ein Eigenbrödler ſei von Natur, daß er nur leben und atmen könne in Macht und Wohlleben oder als gänzlich unintereſſierter Zuſchauer ſeiner Ruhe pflegen. Auch er würde gerne jubeln im Chor und ſich reſtlos hingeben einem Allgemeinen — aber ſeeliſche Wunden, die er zu ſchamhaft iſt vor der Menge protzend aufzuzeigen, wie andere mit ihren ſchwieligen Händen ſich rühmen, verbannen ihn und zwingen ihn zur Einſamkeit.

Was den *Menſchen* von heute von der bürgerlichen und proletariſchen Mit- und Um-*Welt* zu tiefſt ſcheidet, das iſt ſein lebendiges Gefühl und ſein Inſtinkt für und ſein Bedürfnis nach *Ehre*, was ihn — auch als politiſchen Menſchen — poſitiv charakteriſiert, iſt dies: daß ihm die Ehre höher ſteht als das Leben, daß ehrenhaft zu leben oder zu ſterben ihm mehr gilt, als gut zu leben. Er iſt die Ehre, die Atmoſphäre, in der allein er atmen kann, in jeder anderen muß er erſticken. Heute aber iſt es an dem, daß die bürgerliche Welt bald oder ſchon keine Ehre mehr hat, und die proletariſche noch keine hat. Was der Menſch in all dem Getriebe ringsum mit abſoluter Evidenz wie mit einem überwachen ſinnlichen Organ wahrnimmt, iſt der Verfall der Ehre und das heißt: des höheren Menſchtums, die Welt teilt ſich für ihn nicht mehr in die gewohnten und gewöhnlichen Kategorien von Klaſſen, Ständen, Berufen, Parteien uſw., ſondern einfach in Menſchen, d. h. Lebeweſen mit Ehre, und in — Leute, d. h. Scheinweſen, die der Ehre ermangeln. Die politiſch aktuellen Fragen ſind für ihn nicht: Diktatur oder Demokratie, Räteverfaſſung oder Parlamentarismus, Individualismus, Sozialismus oder Kommunismus, ſondern ganz einfach die Frage: wie retten wir uns noch den Reſt von Ehre, wie ſetzen wir die Ehre wieder in ihre Rechte ein?

„Ehre, was iſt Ehre, kann man Ehre eſſen?“ Dieſe Falſtaff-Frage (und Antwort) iſt die Frage aller materiell und „realpolitiſch“ orientierter Intereſſenpolitiker. Sie haben kein Organ für das, was Ehre erheiſcht oder verbietet, der kleinſte ‚Vorteil‘, ſei es auch auf Koſten der Ehre, iſt ihnen lieber, als „alles zu verlieren außer der Ehre“. Sie packen ihre Leute bei allem, nur nicht bei der

Ehre — wie oft würden ſie auch ins Leere greifen! — und ziehen jede lügenhafte Nützlichkeit einer ehrenvollen Wahrheit vor.

Ehre, ſagt man, ſei das Kennzeichen eines *Standes*. Ehre gäbe es nur in einer ſtändiſch gegliederten Geſellſchaft, und zwar ſovielmal verſchiedene, als es Stände gibt. Man ſagt ferner, Ehre ſei der Zaun, den ein Stand um ſich ſelbſt zu ſeinem eigenen Schutze und zu ſeiner Selbſterhaltung ziehe. Richtig iſt, daß die Standesehre immer das Kennzeichen einer Beſonderheit und Sonderung iſt, aber außer der Standesehre gibt es noch eine Ehre, die ſich auf alle Glieder eines Volkes, ohne Rückſicht auf ihre ſtändiſche Zugehörigkeit, erſtreckt und der ſie teilhaft ſind als Glieder ihres Volkes, die „nationale“ Ehre oder — wenn man dies Wort nicht gern hört — die Volksehre, und dieſe iſt nur die politiſche Seite einer noch allgemeineren Ehre: der perſönlichen oder menſchlichen Ehre, d. h. der Achtung vor der eigenen Perſon, die einen berühmten Staatsmann ſagen läßt: „Ich würde nach den Geſetzen der Ehre leben, wenn mich auch niemand ſähe, wenn ich mitten in einem Walde wohnte.“

Wir ſuchen uns begreiflich zu machen, was zu dieſer erſchreckenden Preisgabe und Verleugnung des Ehrgefühls, die wir überall wahrnehmen, geführt hat. Eigentlich müßte man annehmen, daß in einem Volksſtaate, beſonders in einem ſozialiſtiſchen, die Mehrheit des Volkes ſich entſchloſſen und freudig zum Träger der nationalen Ehre macht. Aber was wir ſehen, iſt gerade das Gegenteil: daß man zwar die politiſche Macht erringen, aber die Ehre nicht erobern kann, daß man zwar ein waſchechter und überzeugter Sozialdemokrat (auch dies übrigens mit Gradunterſchieden an Ehrlichkeit und Offenheit) ſein kann, aber deswegen noch lange nicht ein Menſch und vor allem kein Mann zu ſein braucht. Teilweiſe wird ſich dies alles als Reaktionserſcheinung auf die Kriegserlebniſſe erklären.

1. Der Krieg iſt für viele deswegen ſinnlos geweſen, weil ſie nicht wußten und nicht fühlten, daß er ſchließlich „nur“ um Ehre geführt und fortgeſetzt wurde, und viele gegen dieſe Forderung unempfindlich waren. Dem Bürgertum waren ſeine, den Proletariern ihre „Intereſſen“ das wichtigſte, nicht die Ehre. Das Bürgertum, Träger des nationalen Gedankens, hatte es in einer langen Friedenszeit fertiggebracht, die nationale Ehre zu verfälſchen zu einer lügenhaften Ideologie, in deren Schatten es ſich gut krämern ließ, aber war es bereit, für die Ehre Opfer zu bringen? Die „Arbeit“ aber iſt noch kein Stand, ſondern nur ein Beruf, der an ſeinem „Verdienſt“, und eine Klaſſe, die an ihrer „Lage“ intereſſiert war. Sie hatte eine ſpezifiſche Ehre, ſolange ſie ein *Amt*, ein freudig und bewußt an der Geſamtheit erfüllter Dienſt war, ein Können, eine Virtuoſität, ein Vorrecht, überſehbar in ihren Reſultaten und ein Auftrag der Geſamtheit. Der Produktionsfaktor „Arbeit“ war erſt im Begriffe, durch die Organiſation in eine ſpezifiſche Ehre hineinzuwachſen, ſich eine Ehre beizulegen, als er durch den Krieg und dann durch die Revolution in dieſem Entwicklungsſtadium überraſcht wurde.

2. Im alten Staat und in der alten Geſellſchaft galt die kriegeriſche Schicht, das Heer, freilich nicht bloß der Offizierſtand, ſondern der Soldat überhaupt, als Träger einer beſonderen, der Waffen- und Soldatenehre. Der Soldat nahm ja dieſe vornehmſte Pflicht auf ſich, mit ſeinem Leben einzutreten für die nationale Ehre, und im Heere wurde das Ehrgefühl beſonders kultiviert. Mit dem Waffenrock war ein erhöhtes Lebensgefühl verbunden, und der Soldat trug den Rock, trotz einer allgemeinen Dienſt*pflicht*, gern und ſtolz. — In dem Maße, als die Revolution dem alten Heere den Garaus machte und ſich ſeiner entledigte, entledigte ſie ſich auch all des Beſten, das im Heere eine Heimſtätte hatte: der Ehre und der Diſziplin. Die Diſziplin kann der Proletarier ja auch — wenn er will — in der Betriebsſtätte lernen, die Ehre aber iſt augenblicklich und wahrſcheinlich für lange hinaus heimatlos.

Man ſagt vielleicht, die Ehre ſei etwas Weſentliches nur im Klaſſen- und Zwangsſtaate und habe ausgeſpielt in einer künftigen Gemeinſchaft, die auf der Grundlage der Kameradſchaftlichkeit und des Solidarismus der arbeitenden Schichten beruhen werde. Die Ehre ſei, wie ſoviel anderes Gerümpel der alten Geſellſchaft, überflüſſig und unbrauchbar geworden. Sicherlich denken heute viele Revolutionsführer ſo, denn es iſt ſo bequem, ſich auf dieſe oder jene Weiſe ſelbſt zu belügen, und man muß alles vermeiden, was auf die hochgeſtimmte revolutionäre Begeiſterung abkühlend wirken könnte. Aber ſie täuſchen ſich. Denn keine irgendwie organiſierte menſchliche Gemeinſchaft zu höheren als bloß augenblicklichen Zwecken iſt ohne Ehre überhaupt möglich, die Einhaltung der Geſellſchaftsregeln ſelbſt bedingt Vertrauen und Ehre, wie ja ſelbſt die Banditen und Kokotten ihre Ehre und ihren „Stolz“ haben.

Warum wird heute alles gefliſſentlich über den Haufen geworfen, was einſtmals heilig und unverletzlich war? Man ſagt: wir ſeien betrogen und hinters Licht geführt worden, und wir übertragen das Mißtrauen, den Zweifel, die Abkehr von den politiſchen Dingen unſeres vorrevolutionären Staates auf die geiſtigen und ſittlichen Grundlagen der Geſellſchaft überhaupt. Das iſt ein verhängnisvoller Irrtum. Die Revolution gibt ein ſummariſches Urteil ab; ſie iſt ein ſummariſches Verfahren über alles Vergangene. Die Vergangenheit muß es ſich gefallen laſſen, von dem Tribunal der Revolution als abgetan und ausgelöſcht behandelt zu werden. Aber dieſes Urteil, das die Revolution iſt, iſt eine arge Oberflächlichkeit, wenn ſie, ſtatt das, was gut und dauerhaft iſt, wiederherzuſtellen und, von allen Entartungen befreit, in ſeine unverjährbaren Rechte wieder einzuſetzen, das Kind mit dem Bade ausſchüttend, alles Gute und Weſenhafte leugnet und ihm die Anerkennung weigert, ohne imſtande zu ſein, etwas Beſſeres an deren Stelle zu ſetzen. Wenn ſie den Geiſt expropriiert und vogelfrei erklärt, ſtatt gerade ihn ſich anzueignen, um ſelbſt Sinn und Richtung und Maß zu erhalten! Wenn die Revolution bloß darin ihre Aufgabe ſieht, den alten Staat zu zertrümmern, und mit der Macht, die ſie angeblich ſo verabſcheut, Wucher zu treiben, wenn es bloß darauf abgeſehen iſt, Penſionäre der Revolution zu ſchaffen, wie der alte Staat Schmarotzerexiſtenzen züchtete, ſo taugt dieſe Revolution nichts und bleibt in der Geſchichte ein ephemeres Ereignis, eine Farce. —

Wie nimmt denn die Revolution unſere Ehre als Volk wahr? Gar nicht. Haben wir ſchon erlebt, daß ſich das revolutionäre Gewiſſen aufbäumt gegen die unter dem ſtillen oder lauten Beifall der Welt erfolgende Degradierung des deutſchen Volkes? Nimmt man nicht gelaſſen und mit Schadenfreude das Verdammungsurteil der Feinde hin, das auf Ehrloſerklärung der deutſchen Nation hinausläuft? Iſt nicht die Sklaverei, zu der man uns beſtimmt, das Kennzeichen und Stigma der Ehrloſigkeit? Denn nur der freie Menſch hat Ehre, der Sklave kann ſich den Luxus, Ehre zu haben, nicht leiſten. Man macht uns zu Sklaven, weil man uns ehrlos erklären will, und man nimmt uns die Ehre, damit wir gefügige Sklaven ſeien.

Der Mangel an Gefühl und Bedürfnis für politiſche Freiheit, das für den Deutſchen vormals bezeichnend war, die Hineinverlegung des Freiheitsbewußtſeins ins Innerlichſte, Perſönliche, Metaphyſiſche, rächt ſich heute bitter durch den Mangel und die Unempfindlichkeit für Ehre, nicht nur „nationale", ſondern menſchliche Ehre überhaupt. Anders wäre es unverſtändlich — um aus der Fülle nur das Sichtbarſte hervorzuheben —, wie z. B. die Frage, ob man deutſch bleiben oder franzöſiſch werden will, davon abhängig gemacht wird, auf welche Weiſe man am beſten den hohen Steuern entgeht, oder der Anſchluß oder Nichtanſchluß von Deutſchöſterreich hüben und drüben von der Höhe der Wechſelkurſe und wo man im ganzen das beſſere „Geſchäft" macht. Und wenn wir demnächſt vor die ſchickſalsvolle, unvermeidliche Frage geſtellt ſein werden, ob wir mit dem Oſten oder mit dem Weſten, mit dem Bolſchewismus oder mit Europa gehen wollen, ſo fürchte ich, daß auch dieſe Entſcheidung uns nicht auf der Höhe der Situation finden, daß auch ſie nicht von dem einzig möglichen Standpunkt unſerer Ehre, ſondern von praktiſchen und realpolitiſchen Nützlichkeitserwägungen entſchieden werden wird, wobei wir vergeſſen, daß in unſerer Lage die einzig mögliche Realpoltik für uns darin beſteht, daß wir den Mut zu unſeren beſten und anſtändigſten Idealen haben und bekennen.

Um uns dies aber leiſten zu können, wäre nötig und die höchſte Zeit, daß wir nach innen wieder zuſammenwachſen zum Bewußtſein und Willen der Schickſalsgemeinſchaft, daß wir erſt wieder einmal ein „Volk" werden, was wir heute ganz offenbar nicht mehr ſind. Die Beſinnung auf dieſe Grundpflicht iſt wichtiger als alle Grundrechte, die wir verfaſſungsmäßig ſtatuieren. Wenn dieſes Bewußtſein abdorrt, wenn die Solidarität des Volkes halt macht und beſchränkt wird auf eine Klaſſe und dieſe Klaſſenſolidarität der numeriſch ſtärkſten Schicht nur beſteht in einem Vernichtungskampf gegen die übrigen Klaſſen, wenn das

„Ecrasez l'infame" der bürgerlichen Geſellſchaft das Ziel nicht nur in politiſcher, ſondern auch in geiſtiger Hinſicht bleibt — nach dem Grundſatz: des einen Tod iſt des andern Brot — ſo bedeutet dies die Auflöſung und den Zerfall der Nation, mit deren geſchichtlichen Rolle es endgültig vorbei iſt. Wenn man heute von einer Gefahr der Reaktion ſpricht, ſo kann dieſe nur darin beſtehen, daß immer mehr, und zwar die beſten Elemente der Geſellſchaft, innerlich ihren Austritt aus der Nation vollziehen und die Gemeinſchaft löſen, weil man auf ihre beſten und heiligſten Gefühle keine Rückſicht nimmt, weil die neuen Machthaber, anſtatt mit der Sozialiſierung der beſten Geſinnungen, die das Volk in jahrhundertelangen Nöten und Schickſalen ausgebildet hat, zu beginnen, dieſe Geſinnungen als kapitaliſtiſche Liſt und Ausbeutung ausſchreiend, dieſe Erbſchaft ausſchlagen, für wertlos erklären und das revolutionäre Pathos, das ſie brauchen, erkaufen um den Preis des Verzichts auf Ehre und alle „unſichtbaren Grundlagen" der Geſellſchaft.

Will die Revolution im Ernſt zum Range einer geſchichtlichen Tat emporwachſen, ſo muß ſie dieſe Gefahr — ſehr bald — erkennen und die Konſequenz daraus ziehen, ſich erinnernd an die alte Fabel, mit der Menenius Agrippa im alten Rom einſt die aus der ſtaatlichen Gemeinſchaft ſich löſenden Prebejer zur Rückkehr bewog, an die Fabel von der Verſchwörung der Glieder des Körpers gegen den Magen. Nur freilich iſt es heute an dem, daß es Sache der Plebejer iſt, die aus der Staats- und Volksgemeinſchaft auf den heiligen Berg Ausgewanderten in die Lebens- und Schickſalsgemeinſchaft wieder zurückzuholen.

Die Urſachen unſerer Finanznot

Von R. Kuczynski

Wie alle anderen Staaten, ſo haben auch wir die finanziellen Mittel zur Kriegführung im weſentlichen durch Steuern und durch Kredit beſchafft.

Im erſten Drittel des Krieges betrieb das Reich allerdings überhaupt keine Steuerpolitik. Die verbündeten Regierungen glaubten, „dem Lande das Tragen der ohnedies ſchweren Kriegslaſten nicht durch neue Steuern oder Steuererhöhungen noch ſchwerer machen zu ſollen".*) Die alten Zölle und Steuern aber brachten weniger, da der Außenhandel ſtockte und Verbrauch und Verkehr im Innern gelähmt waren. Infolgedeſſen ſanken die laufenden Einnahmen von 1693 Millionen im Rechnungsjahr 1913 auf 1114 Millionen im Rechnungsjahr 1915. Endlich, im Frühjahr 1916, wurden die erſten Kriegsſteuern dem Reichstag unterbreitet. Neben einer Kriegsgewinnſteuer, deren Ertrag nach Helfferich eine Milliarde „erheblich überſchreiten" ſollte, und die tatſächlich 4659 Millionen brachte, wurden an laufenden Steuern bewilligt: eine Erhöhung des Tabakzolls und der Tabakſteuer, der Kriegsaufſchlag auf die Zigarettenſteuer, der Warenumſatzſtempel, eine mit den Poſt- und Telegraphengebühren zu erhebende Reichsabgabe und eine Erhöhung des Frachturkundenſtempels. Insgeſamt erwartete Helfferich von dieſen neuen laufenden Steuern noch für das Rechnungsjahr 1916 etwa eine halbe Milliarde. Tatſächlich brachten ſie nur reichlich halb ſo viel. Für die ſpäteren Jahre erwartete Helfferich 650 Millionen, und dieſer Betrag dürfte wohl auch im Durchſchnitt der Jahre 1917 und 1918 erreicht worden ſein.

---

*) Helfferich, Reichstagsrede vom 10. März 1915; vgl. auch „Deutſche Politik" vom 17. Auguſt 1917, S. 1155 ff.

Im Frühjahr 1917 machte Graf v. Roedern dem Reichstag eine erheblich größere Vorlage. Neben einem einmaligen Zuſchlag zur Kriegsgewinnſteuer, der 450 Millionen bringen ſollte und 932 Millionen brachte, wurden eine Kohlenſteuer und eine Abgabe vom Perſonen- und Güterverkehr beſchloſſen. Die Kohlenſteuer brachte infolge der dauernden Steigerung der Kohlenpreiſe ſtatt der jährlich erwarteten 495 Millionen in den acht Monaten vom 1. Auguſt 1917 bis 31. März 1918: 413 Millionen und im Rechnungsjahr 1918 nicht weniger als 727 Millionen. Die Verkehrsſteuer dürfte 1918 annähernd den erwarteten Mehrertrag von 298 Millionen gebracht haben.

Noch viel umfangreicher war die Vorlage, die Graf v. Roedern im Frühjahr 1918 dem Reichstag machte. Beſchloſſen wurden eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1918, eine Erhöhung der Bierſteuer und des Bierzolles, eine Erhöhung der Schaumweinſteuer, die Weinſteuer, das Branntweinmonopol, die Steuer von Mineralwäſſern und künſtlich bereiteten Getränken, eine Erhöhung der Zölle auf Kaffee und Tee, eine Erhöhung der 1916 eingeführten Warenumſatzſteuer und der ebenfalls 1916 eingeführten Reichspoſtabgabe, eine Erhöhung des Wechſelſtempels und der Börſenſteuern. Die Kriegsabgabe ſoll 1800 Millionen bringen; der tatſächliche Ertrag wird ſicherlich viel geringer ſein. Die neuen laufenden Steuern ſollten jährlich 2581 Millionen bringen. Es iſt bezeichnend, daß ſie in den Etat von 1919 noch nicht einmal mit einem Drittel dieſes Betrages eingeſetzt ſind.

Im ganzen erbrachten die laufenden Steuern und Zölle im Rechnungsjahr 1913: 1693 Millionen, 1914: 1601 Millionen, 1915: 1114 Millionen, 1916: 1440 Millionen, 1917: 2291 Millionen, 1918 etwa 2950 Millionen. Dazu kamen aus dem Wehrbeitrag 977 Millionen und aus den Kriegsgewinnſteuern von 1916 und 1917 zuſammen 5591 Millionen. Die Geſamteinnahmen aus Steuern und Zöllen beliefen ſich ſomit für die fünf Jahre 1914—1918 auf 16 Milliarden. Unter Zugrundelegung der Einnahmen von 1913 wären (einſchließlich Wehrbeitrag) 9½ Milliarden zu erwarten geweſen. Das Mehr betrug alſo 6½ Milliarden.*) Das war der ganze Beitrag der Reichsſteuern zu den Kriegskoſten. Zum Vergleich ſei nur darauf hingewieſen, daß der entſprechende Beitrag in England 32 Milliarden Mark überſtieg.

---

*) Bei Einbeziehung der Steuern von Bundesſtaaten und Gemeinden erhöht ſich das Mehr auf etwa 8 Milliarden.

Im weſentlichen beſchafften wir uns alſo die Mittel zur Kriegführung durch den Kredit. Wie ſind wir dabei vorgegangen? In jener denkwürdigen Sitzung vom 4. Auguſt 1914 ermächtigte der Reichstag den Reichskanzler, die Summe von 5 Milliarden Mark flüſſig zu machen. Daraufhin borgte der Reichskanzler die für die erſten beiden Kriegsmonate erforderlichen Geldmittel von der Reichsbank gegen Hergabe kurzfriſtiger (unverzinslicher) Schatzanweiſungen. Dieſe Schuld des Reiches an die Reichsbank betrug am 30. September 1914: 2,6 Milliarden Mark. Inzwiſchen aber hatte man ſich ſchon entſchloſſen, den Weg der öffentlichen Anleihe zu beſchreiten. Am 9. September erging die Aufforderung zur Zeichnung an die Bevölkerung. Der Erfolg war über Erwarten groß. Es wurden insgeſamt 4,5 Milliarden gezeichnet. Aus dem Erlös konnten die kurzfriſtigen Verbindlichkeiten zurückgezahlt und die Kriegsausgaben bis in den November beſtritten werden. Dann griff man wieder zur Begebung von Schatzanweiſungen. Bei der zunehmenden Verteuerung der Kriegführung nahmen dieſe raſch zu, und ſchon am 26. Februar 1915 legte die Regierung eine zweite Kriegsanleihe auf. Die Geſamtſumme der Zeichnungen betrug nunmehr 9,1 Milliarden. Sie überſtieg beträchtlich den Umlauf an Schatzanweiſungen, der bis zum 31. März 1915 auf 7,2 Milliarden angewachſen war.

Bis in den Sommer 1916 hinein hatte unſere Anleihepolitik den gleichen Erfolg. Stets überſtiegen die Zeichnungen den Umlauf an Schatzanweiſungen. Am 23. September 1915 betrug dieſer Umlauf 9,7 Milliarden; die 3. Kriegsanleihe brachte 12,2 Milliarden. Am 23. März 1916 war der Umlauf an Schatzanweiſungen 10,4 Milliarden; die 4. Anleihe brachte 10,8 Milliarden. Am 23. September 1916 betrug der Umlauf an Schatzanweiſungen 12,8 Milliarden; die 5. Kriegsanleihe aber brachte nur 10,7 Milliarden. Zum erſten Male blieb ein Reſtbetrag an Schatzanweiſungen übrig, eine Tatſache, die um ſo bedenklicher war, als inzwiſchen das Hindenburgprogramm mit ſeiner ungeheuren Steigerung der Kriegskoſten eingeſetzt hatte. Der Monatsbedarf, der im 1. Kriegsjahr durchſchnittlich 1,7 und im 2. Kriegsjahr durchſchnittlich 2,0 Milliarden betragen hatte, ſtieg nun im 3. Kriegsjahr auf durchſchnittlich 3,0, im 4. Kriegsjahr auf durchſchnittlich 3,8 Milliarden und für die Zeit vom Auguſt bis Oktober 1918 auf durchſchnittlich 4,6 Milliarden. Damit vermochten die Anleihen nicht Schritt zu halten. Mit ihren Erträgen — 6. Anleihe: 13,1 Milliarden, 7. Anleihe: 12,6 Milliarden, 8. Anleihe: 15,0 Milliarden, 9. Anleihe: 10,4 Milliarden — blieben ſie immer mehr hinter den Erforderniſſen zurück. Der Umlauf an Schatzanweiſungen, der, wie gezeigt, vor der 5. Kriegsanleihe, am 23. September 1916, 12,8 Milliarden betragen hatte, betrug am 23. März 1917 vor der 6. Anleihe 19,9 Milliarden, am 23. September 1917 vor der 7. Anleihe 27,2 Milliarden, am 23. März 1918 vor der

8. Anleihe 39,0 Milliarden und am 23. September 1918 vor der 9. Anleihe 49,4 Milliarden. Durch den Erlös der 9. Anleihe ſank er natürlich, aber als die Revolution ausbrach, war der Betrag wieder auf rund 48 Milliarden geſtiegen.

Hand in Hand mit der Zunahme der Schatzanweiſungen ſtieg der Umlauf an Papiergeld. Allein der Umlauf an Banknoten wuchs von 1,9 Milliarden am 23. Juli 1914 auf 5,3 Milliarden am 23. Juli 1915, 6,8 Milliarden am 22. Juli 1916, 8,6 Milliarden am 23. Juli 1917, 12,4 Milliarden am 23. Juli 1918 und 17,0 Milliarden am 7. November 1918. Wie war das möglich? Hatte doch die Reichsbank nach dem Bankgeſetz nur das Recht, Noten in dreifacher Höhe ihres Beſtandes an Gold, Silber und Reichskaſſenſcheinen auszugeben. Danach hätte der Notenumlauf 8 Milliarden nie überſchreiten können. Wenn dies trotzdem geſchah, ſo deshalb, weil mit Kriegsausbruch die Darlehnskaſſenſcheine für die Notendeckung den Reichskaſſenſcheinen gleichgeſtellt wurden. Damit hat es folgende Bewandtnis. Die allgemeine Kopfloſigkeit, die bei Kriegsausbruch herrſchte und in beſonders hohem Maße die Banken ergriff, machte es notwendig, ſtaatliche Darlehnskaſſen einzurichten, die der Bevölkerung gegen ſichere Pfänder — Wertpapiere oder Waren — Darlehen in Banknoten gewährten. Dieſe Banknoten erhielten die Darlehnskaſſen von der Reichsbank, der ſie als Gegenwert Darlehnskaſſenſcheine gaben. Da nunmehr dieſe Darlehnskaſſenſcheine als Deckung bei der Reichsbank verwendet werden durften, konnte ſie faktiſch faſt unbegrenzt Noten ausgeben. Solange die Darlehnskaſſen nur ſichere Werte beliehen, ließ ſich dies eigenartige Verhältnis zwiſchen Darlehnskaſſen und Reichsbank bei maßvoller Ausnutzung allenfalls rechtfertigen, weil die neuen Banknoten zwar nicht durch Gold, aber doch durch andere ſichere Werte (zu mindeſtens einem Drittel) gedeckt waren. Je länger aber der Krieg dauerte, deſto ausgiebiger nahm die Reichsbank zu dieſem Mittel ihre Zuflucht, und deſto geringer wurde die Sicherheit der Pfänder, die von den Darlehnskaſſen beliehen wurden. Denn während es zunächſt, ganz im Sinne des Darlehnskaſſengeſetzes, faſt nur Einzelperſonen waren, die zur Befriedigung ihres Kredits die Darlehnskaſſen aufſuchten, machten ſchließlich faſt nur noch die Bundesſtaaten und die Gemeinden davon Gebrauch. Im Jahre 1917 entfielen bereits 75% aller Darlehnszinſen auf Staaten und Gemeinden, und inzwiſchen iſt der Anteil noch weiter geſtiegen. Von den 12,9 Milliarden Mark, die am 7. November 1918 von den Darlehnskaſſen ausgeliehen waren, dürften etwa 11 Milliarden von Staaten und Gemeinden geborgt worden ſein. Das Verfahren, das die Gemeinden dabei anwendeten, war ſehr einfach. Brauchte z. B. eine Stadt 7 Millionen Mark, ſo erbat ſie von der Regierung die Genehmigung zu einer Anleihe von 10 Millionen Mark. Dieſe Genehmigung wurde ihr erteilt mit der Maßgabe, daß die Schuldverſchreibungen im Hinblick auf den großen Anleihebedarf des Reiches lediglich verpfändet und nicht auf den Markt gebracht werden durften. Eine ſolche genehmigte Anleihe beleiht nun die Reichsdarlehnskaſſe bis zu 70%. Die Stadt erhielt alſo gegen die Verpfändung der Anleihe, die an ſich doch keinerlei Sicherheit bot, von der Kaſſe ein Darlehen von 7 Millionen Mark. Die Reichsbank aber lieferte der Darlehnskaſſe die 7 Millionen Mark in Banknoten, erhielt dafür von der Kaſſe 7 Millionen Mark in Darlehnskaſſenſcheinen und konnte dann auf dieſe 7 Millionen Mark Darlehnskaſſenſcheine 21 Millionen Mark neue Banknoten ausgeben. Von den insgeſamt 12,9 Milliarden Mark Darlehnskaſſenſcheinen befanden ſich ſo 3,2 Milliarden bei der Reichsbank; 9,5 Milliarden waren in Umlauf. Die geſamten vom Reich ausgegebenen papiernen Zahlungsmittel (Banknoten, Darlehnskaſſenſcheine, Reichskaſſenſcheine) betrugen bei Ausbruch der Revolution rund 27 Milliarden Mark.*)

Das alte Regime hat uns 89 Milliarden fundierter Kriegsſchulden (77,8 Milliarden 5%ige Reichsſchuldverſchreibungen, 2,3 Milliarden 5%ige Reichsſchatzanweiſungen und 8,9 Milliarden 4½%ige Reichsſchatzanweiſungen) und 48 Milliarden ſchwebender Kriegsſchulden (unverzinsliche Schatzanweiſungen), im ganzen alſo 137 Milliarden Kriegsſchulden hinterlaſſen. Darin ſind natürlich nicht enthalten die Koſten für die Demobilmachung und für die Wiederherſtellung des Heeres, ferner nicht 11½ Milliarden, die vorgeſehen waren für die Inanſpruchnahme von Grundſtücken auf Grund des Kriegsleiſtungsgeſetzes, für die Entſchädigung der durch den Krieg heimgeſuchten Gebiete des Deutſchen Reichs, für die Entſchädigung der deutſchen Reedereien und für die Erſtattung der von den Bundesſtaaten vorſchußweiſe übernommenen Familienunterſtützungen.

Wäre unſere Offenſive im Sommer 1918 geglückt, und hätten wir am 6. November unſere Unterhändler ſtatt zur Annahme furchtbarer Waffenſtillſtandsbedingungen zum Abſchluß eines Friedens ohne Annektionen und ohne Kriegsentſchädigungen entſenden können, ſo hätten die Kriegsſchulden des Reichs (einſchließlich der noch ausſtehenden Koſten für Demobilmachung uſw.) rund 160 Milliarden Mark betragen. Unſere finanzielle Lage wäre auch dann entſetzlich geweſen. Denn unſere Kriegführung war beſonders teuer und unſere Kriegsſteuerpolitik beſonders ſchlecht. Das ſind Dinge, über die man ſich klar ſein muß, wenn man unſere jetzige Finanznot verſtehen will. Und man muß dies um ſo nachdrücklicher betonen, als ſich ſchon jetzt eine üppige Legendenbildung breit macht, die unſere finanzielle Lage vor Ausbruch der Revolution zu verklären ſucht. So ſchreibt z. B. der Sonderberichterſtatter des „Berliner Tageblatt“ unter dem 3. Mai über eine Unterredung, die ihm einer unſerer „Sachverſtändigen“ in Verſailles, ein „Finanzmann von Ruf“, gewährt hat:

---

*) Dazu kamen noch die durch Bundesratsverordnung vom 22. Oktober 1918 zu geſetzlichen Zahlungsmitteln erklärten, am 2. Januar 1919 fälligen Zinsſcheine der Kriegsanleihen, die Noten der vier deutſchen Privatnotenbanken und das Notgeld der Städte und Induſtriebetriebe.

> „Wir haben in der Zeit des Waffenſtillſtandes durch die Streiks und die revolutionäre Bewegung mehr Geld verloren als im Kriege!" ruft er aus. „Noch im November hätte die Entente von uns verlangen können, was ſie nach den Andeutungen der Zeitungen jetzt fordert. Furchtbar ſchwer und hart wäre es geweſen, aber wir hätten es geleiſtet Wie wir nun ſo unerhörte Verpflichtungen übernehmen und einhalten ſollen, weiß ich nicht."

Gewiß haben zahlreiche Finanzmänner von Ruf und ohne Ruf durch die Streiks und die revolutionäre Bewegung mehr Geld verloren als im Kriege. Aber es iſt barer Unſinn daraus zu ſchließen, das gleiche gelte auch für die Allgemeinheit. Um was für Verluſte handelt es ſich denn bei den Streiks? Am 3. Mai berichtet das „Correſpondenzblatt der Generalkommiſſion der Gewerkſchaften Deutſchlands": „Durch die wilden Bergarbeiterſtreiks im Ruhrgebiet von November 1918 bis einſchließlich April 1919 ſind ausgefallen 7 009 431 Schichten, 98 772 966 Mark an Lohn und 4 601 030 Tonnen Kohlen. Für dieſe ausgefallenen Kohlen und Löhne hätten ſich viele viele Lebensmittel kaufen laſſen." Sind das nun wirklich Summen, die zu Buch ſchlagen? 4,6 Millionen Tonnen Kohlen, die einen Wert von 200 Millionen Mark darſtellen, und für die wir ganze 70 000 Tonnen Mehl hätten einführen können? Und der Geldverluſt durch die revolutionäre Bewegung? Da wird immer wieder behauptet, wir hätten infolge der Unruhen 5 Milliarden Mark an Heeresgut verloren. Das iſt nicht richtig. In der Denkſchrift des Reichsfinanzminiſters Schiffer von 12. März 1919*) heißt es inbezug auf die „Verwertung entbehrlich gewordenen Heeresguts": „Während zur Zeit des Waffenſtillſtandsangebots der Einnahmebetrag aus dieſen Verkäufen auf etwa 8 Milliarden Mark geſchätzt werden konnte, iſt heute nur noch mit einer Geſamteinnahme von etwa 3 Milliarden Mark zu rechnen." Unſer Waffenſtillſtandsangebot aber erfolgte am 5. Oktober. Will man etwa die ſpäteren Unruhen verantwortlich machen für alles, was auf dem Rückzuge vom 5. Oktober bis 9. November verloren gegangen iſt? Und will man alle Verluſte bei dem beſchleunigten Rückzug nach Abſchluß des Waffenſtillſtands auf die Unruhen ſchieben? Und endlich, will man behaupten, daß alles Heeresgut, was ſich Militärperſonen und Ziviliſten zu Unrecht angeeignet haben, der deutſchen Volkswirtſchaft verloren gegangen iſt? Wer die Tatſachen nüchtern prüft, wird finden, daß, was wir durch die Streiks und die revolutionäre Bewegung an Geld verloren haben, nur einen kleinen Bruchteil des Betrages bedeutet, den die kapitaliſierten Renten an unſere Kriegsbeſchädigten und Kriegshinterbliebenen ausmachen. Von den ſonſtigen Geldverluſten durch den Krieg ganz zu ſchweigen. Als wir um Waffenſtillſtand baten, waren wir auch finanziell ſo gut wie bankrott, und das gleiche galt für Frankreich. So töricht und ſo gefährlich es war, wenn man vielfach noch im vierten

---

*) Druckſachen der Verfaſſunggebenden deutſchen Nationalverſammlung Nr. 158 S. 16.

Kriegsjahr hoffte, Frankreich könne uns, wenn es beſiegt ſei, eine große Kriegsentſchädigung zahlen, ſo töricht und gefährlich iſt es, heute zu behaupten, noch im November hätte die Entente von uns verlangen können, was ſie jetzt fordert. Wir ſind finanziell leiſtungsunfähiger als vor 6 Monaten, aber der Unterſchied iſt nicht ſehr groß.

Wie haben ſich nun unſere Finanzen ſeit dem 9. November entwickelt? Von *Steuern* wird nur *geredet*. In ſeinem Vortrag in der Berliner Handelskammer vom 9. Dezember 1918 ſprach der Reichsſchatzſekretär *Schiffer* davon, eine neue Kriegsgewinnſteuer und eine Erhöhung der Zigarettenſteuer durch Verordnung noch vor Zuſammentritt der Nationalverſammlung einzuführen. Er hat das nicht getan, und er hat auch der Nationalverſammlung keine einzige Steuer vorgelegt. Dabei waren die Ausgaben namentlich infolge der ungeheuren Anſprüche des Freiwilligenheeres außerordentlich groß. Und da man nicht den Mut fand eine Anleihe herauszubringen, blieb als einzige Geldquelle die Notenpreſſe. Die unverzinslichen Schatzanweiſungen, die am 7. November 48 Milliarden ausmachten, ſtiegen in den ſechs Monaten bis zum 7. Mai auf 66 Milliarden. Gleichzeitig ſtieg der Umlauf an Banknoten von 17,0 auf 26,7 Milliarden, der Umlauf an Darlehnskaſſenſcheinen von 9,5 auf 11,1 Milliarden. Die Tatſache, daß die papiernen Zahlungsmittel auf etwa 40 Milliarden geſtiegen ſind, genügt vollſtändig, um den Sturz der Papiermark auf 37 Pfennig (7. Mai) zu begründen. Man braucht zur Erklärung nicht erſt den Einfuhrüberſchuß, der ja überdies in den letzten ſechs Monaten nicht höher war als vorher, heranzuziehen. Auch wenn bei uns gearbeitet worden wäre wie nie zuvor, der Kurs der Mark wäre geſunken, und die Koſten der Lebenshaltung wären geſtiegen, ſolange die zur Beſtreitung der öffentlichen Ausgaben erforderlichen Geldmittel faſt nur durch die Notenpreſſe und faſt gar nicht durch Steuern beſchafft wurden. Vielleicht auf keinem Gebiete tut uns Einkehr mehr not als in der Finanzpolitik. *Unſere Finanzpolitik war leichtſinnig, ſolange wir an den Sieg glaubten, ſie blieb leichtſinnig auch nach der Niederlage, ſie iſt leichtſinnig bis auf den heutigen Tag.*

Wie hat nun unſere Finanzpolitik auf die Größe des *Volksvermögens* gewirkt? Mancher iſt wohl geneigt zu ſagen: gar nicht. Denn was das Reich durch ſeinen Verzicht auf hohe Steuern ärmer geworden ſei, das ſeien die Volksgenoſſen reicher. Und in der Tat, das Volksvermögen beſteht ja aus der Summe der Vermögen der Privatwirtſchaften und der öffentlichen Gewalten. Vor Kriegsausbruch betrug das Privatvermögen etwa 260 Milliarden, das Vermögen von Reich, Staaten und Gemeinden (abzüglich Schulden) etwa 25 Milliarden, das geſamte deutſche Volksvermögen mithin 285 Milliarden. Heute iſt das Privatvermögen — bei ſtarker Geldentwertung — vielleicht um 50 Milliarden höher, alſo gleich 310 Milliarden. Das „Vermögen" von Reich, Staaten und

Gemeinden aber iſt infolge der Kriegsſchulden um etwa 185 Milliarden niedriger anzuſetzen, alſo auf minus 160 Milliarden. Das deutſche Volksvermögen wäre ſomit von 260 + 25 = 285 Milliarden auf 310 — 160 = 150 Milliarden geſunken. Und dies um faſt die Hälfte verringerte Volksvermögen iſt vorbelaſtet durch die Rentenanſprüche unſerer Kriegsbeſchädigten und Kriegshinterbliebenen und durch die Entſchädigungsanſprüche unſerer Gegner, ganz zu ſchweigen von der weiteren Verminderung durch die Abtretung wertvoller Gebiete.

Iſt es nun richtig zu ſagen, die Höhe unſeres Volksvermögens ſei durch unſere Finanzpolitik nicht beeinflußt worden: wenn wir, etwa wie England, noch 25 Milliarden mehr an Steuern erhoben hätten, ſo wären zwar die öffentlichen Schulden um 25 Milliarden geringer, aber auch das Vermögen der Privatwirtſchaften wäre um 25 Milliarden kleiner, das Volksvermögen mithin das gleiche wie heute? Es iſt nicht richtig. Wie in England, ſo wurden auch bei uns von vornherein für Heereslieferungen viel zu hohe Preiſe bewilligt. Hier wie dort ſtiegen die Einkommen zahlreicher Verbraucher. Da man ihnen aber bei uns das Gegengift einſchneidender Steuern vorenthielt, wuchs ihre Kaufkraft ins Unermeßliche. Infolgedeſſen wurden bei uns alle Waren weit mehr verteuert als in der Knappheit des Angebots begründet war. Das Reich aber mußte immer höhere Preiſe bewilligen, immer höhere Kriegsunterſtützungen gewähren, immer höhere Löhne und Gehälter zahlen. Hätte es 25 Milliarden mehr Steuern erhoben, ſo wären die öffentlichen Schulden nicht nur um 25, ſondern vielleicht um 40 bis 50 Milliarden geringer, und der Papiergeldumlauf wäre vielleicht noch nicht halb ſo groß wie jetzt. Das Vermögen der Privatwirtſchaften aber wäre zwar kleiner als heute; die Beſitzer wären jedoch nicht ſchlechter daran, weil ihr Geld mehr wert wäre.

Im Auguſt 1917 habe ich an dieſer Stelle unſere Kriegsſteuerpolitik aufs ſchärfſte verurteilt: „Es iſt höchſte Zeit, daß hier Wandel geſchaffen wird. Es muß unverzüglich ein Finanzprogramm aufgeſtellt werden, das dem Reiche eine jährliche Mehreinnahme von etwa 8 Milliarden Mark dauernd ſichert, und dies Programm muß noch in der gegenwärtigen Legislaturperiode Geſetz werden.“ Einer der wenigen, die damals in die gleiche Kerbe ſchlugen, war Bernhard Dernburg. Die anderen fanden unſere Finanzpolitik vortrefflich, das Geld bliebe ja im Lande, keinesfalls ſei die große Steuerreform eilig, aufgeſchoben ſei nicht aufgehoben. Nun, das Geld blieb nicht im Lande, aufgeſchoben war aufgehoben. Ein Teil der Kriegsgewinne iſt durch den militäriſchen und politiſchen Zuſammenbruch dem Steuerfiskus endgültig verloren gegangen; ein anderer Teil hat ſich inzwiſchen ins Ausland verflüchtigt; und das ſchlimmſte: viele Milliarden deutſchen Volksvermögens werden uns mit den Gebietsabtretungen entgleiten.

Wir können alſo das Verſäumte nicht mehr nachholen. Aber über eins ſollten wir uns klar ſein: wir haben Unterlaſſungsſünden nachgerade genug begangen, und wir müſſen unverzüglich die Neuordnung unſerer Finanzen in Angriff nehmen. Ein Weg dafür ſoll im nächſten Heft gezeigt werden.

Südafrika

Von R. Peycke

Am 31. Mai kann die ſüdafrikaniſche Union, eine Schöpfung Großbritanniens, auf ein 9jähriges Beſtehen zurückblicken. Dem Namen nach britiſcher Beſitz, verfügt dieſer junge Staatenbund über eine, vom britiſchen Parlament gewährleiſtete Selbſtregierung, die durch nichts beſchränkt iſt. Wohl weht die britiſche Flagge über Südafrika und ein britiſcher General-Gouverneur herrſcht dort an Stelle des engliſchen Königs, jedoch ſeine Vollmachten beſchränken ſich auf die Beſtätigung der vom ſüdafrikaniſchen Parlament erlaſſenen Geſetze, während derſelbe von dem ihm zuſtehenden Vetorecht kaum jemals Gebrauch machen wird, da er ſich in Gegenſatz der Bevölkerung, ob britiſcher Abkunft oder Buren, ſetzen würde, die eiferſüchtig darüber wachen, daß ihren Freiheiten kein Abbruch geſchieht.

Wenngleich Großbritannien weder Abgaben noch Zölle aus dieſem Gebiet bezieht, ſo hat es doch ungeheuren Vorteil durch dieſen Beſitz, denn da der Handel der Flagge folgt, ſo hat Großbritannien den Löwenanteil des ganzen Handels. Außerdem aber gewährt die ſüdafrikaniſche Union der britiſchen Induſtrie und ſeinem Handel einen Vorzugszoll von 5% und bei ſtaatlichen und ſtädtiſchen Lieferungen rechnet man mit einer weiteren Vergünſtigung von 5%, ſo daß bei Lieferungen von Eiſenbahnmaterial, elektriſchen Anlagen und Waſſerwerken die ausländiſche Konkurrenz ſo gut wie ausgeſchloſſen iſt. Ferner bewilligte das Parlament freiwillig einen jährlichen Zuſchuß von 500 000 Pfd. Sterling für die britiſche Flotte.

Die Wahlen für das erſte Unionsparlament ergaben eine ziemlich bedeutende Mehrzahl der ſüdafrikaniſchen Parteien gegenüber den Briten, die nunmehrige Partei der Unioniſten.

Demokratiſchem Gebrauche gemäß mußte die Regierung in die Hände der Mehrheitspartei gelegt werden und der General-Gouverneur ſah ſich veranlaßt, General Botha, der nur wenige Jahre zuvor als Führer der Buren den Engländern feindlich gegenüber geſtanden hatte, mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen, welches anfänglich aus 10 Perſonen beſtand, ſeitdem aber auf 7 verringert wurde.

Der Wunſch der Oppoſitionspartei, unter Führung von Dr. Jameſon, daß das erſte Kabinett ein Koalitionskabinett ſein müßte, konnte nicht verwirklicht werden.

Die beiden Burengenerale Smuts und Hertzog traten ebenfalls in das Kabinett ein, jedoch ſah ſich der letztere veranlaßt, wieder auszuſcheiden, nachdem er bemerkt, daß Botha und Smuts ſich allzuſehr den engliſchen Anſchauungen näherten und begründete die Nationaliſten-Partei, welcher ſich die Mehrzahl der Bewohner des Orange-Freiſtaates anſchloſſen, die der britiſchen Oberherrſchaft fremd gegenüberſtehen und die das Leid, das ihnen von den Engländern zugefügt worden iſt, nicht ſobald vergeſſen können, und deren Hauptziel die vollſtändige Loslöſung von Großbritannien iſt.

Bei Ausbruch des Krieges ſind die beiden Burengenerale Botha und Smuts, die nur wenige Jahre zuvor für ihr Vaterland gegen England gekämpft haben, willige Werkzeuge der britiſchen Regierung. Vergeſſen war der Freiheitskampf, vergeſſen das Blut, das gefloſſen und vergeſſen die 28 000 Frauen und Kinder der beiden Republiken, die in den Internierungslagern umkamen und denen man wenige Monate zuvor, nahe bei Bloemfontein, ein Denkmal geſetzt hatte.

Im Jahre 1910 verweigerten Botha und Smuts die Annahme eines engliſchen Titels und vier Jahre ſpäter führen die beiden Burengenerale engliſche Truppen um deutſche Kolonien zu rauben.

Um dem Feldzug nach Deutſch-Südweſt den Anſchein einer Berechtigung zu geben, ſcheute das Kabinett Botha nicht vor einer Fälſchung zurück, die ihresgleichen ſo leicht nicht finden wird.

Nakap ſollte von den Deutſchen angegriffen ſein und es galt Südafrika zu verteidigen, denn nur für dieſen Zweck war zwei Jahre zuvor die ſüdafrikaniſche Landeswehr geſchaffen worden. Nun ergab ſich aber, daß Nakap auf keiner britiſchen oder ſüdafrikaniſchen, wohl aber auf deutſchen Karten, als in deutſchem Gebiet liegend, verzeichnet war. Nakap, welches nunmehr eine Berühmtheit wurde, war weder ein Dorf noch ein Ort, ſondern nur, was der Südafrikaner als „Pleck“ oder „Plaats“ bezeichnet, auf deutſch ein Fleck oder Platz, ein vorgeſchobener Poſten oder ein alleinſtehendes Haus.

Bei dieſer Entdeckung war guter Rat teuer, doch engliſche Liſt überwindet alles. Auf den dem ſüdafrikaniſchen Parlament vorgelegten Karten war das deutſche Nakap verſchwunden und an ſeiner Stelle jenſeits der Grenze ein britiſches Nakap erſtanden, welches von Deutſchen beſchoſſen ſein ſollte und wodurch der Eintritt Südafrikas in den Krieg ſeine Berechtigung erhielt.

Die Fälſchung wurde von Mitgliedern der Nationaliſten entdeckt und ſcharf gegeißelt, jedoch die Mehrzahl beſchloß den Krieg und die Preſſe nahm von dieſem Vorkommnis keine Notiz.

Die Anwerbungen waren ſo wenig befriedigend, daß die Regierung ſich genötigt ſah, eine allgemeine Mobilmachung anzuordnen, welche unter den Buren in Transvaal, dem Orange-Freiſtaat und ſogar in der Kap-Kolonie auf ſtarken Widerſtand ſtieß, wodurch der Beſtand der Regierung Botha in Frage geſtellt wurde. Die Rebellenbewegung nahm immer größeren Umfang an, ſo daß die Regierung ſich gezwungen ſah, Krieg gegen die eigenen Bürger zu führen. Letztere, die nur mit wenigen Gewehren bewaffnet waren, ſcheinen gar nicht die Abſicht gehabt zu haben, einen Bürgerkrieg zu entfachen und nur durch gemeinſames Auftreten ihren Proteſt gegen den Krieg mit Deutſchland zu bezeigen. Bei einem Zuſammenſtoß mit den ſüdafrikaniſchen Truppen wurden eine Anzahl von Buren getötet und gefangen genommen. General Beyers, der kurz zuvor noch Kriegsminiſter geweſen war, wurde bei dieſer Gelegenheit erſchoſſen und General De Wet gefangen genommen. Etliche wurden ſpäter hingerichtet, doch hat man nicht gewagt, auch dieſes Urteil an den ſehr beliebten und berühmten General De Wet auszuführen. Anfang Oktober wurde eine ſüdafrikaniſche vaterländiſche Feier im Theater zu Pretoria abgehalten. Einige junge Engländer, die dieſes Feſt zu ſtören ſuchten, wurden ſtark verprügelt. Die Preſſe ſchwieg ſich über dieſen Vorfall gänzlich aus.

Die ſogenannte Rebellion wurde hiernach ziemlich ſchnell beendet und unter dem inzwiſchen veröffentlichten Kriegsrecht hatte die Regierung die Macht in den Händen, alle dienſtpflichtigen Männer zu zwingen, Kriegsdienſte zu leiſten. Wer ſich weigerte die Waffen aufzunehmen, der wurde gezwungen, an den ſtrategiſchen Bahnen, die nach Deutſch-Südweſt angelegt wurden, zu arbeiten. Es iſt dieſes in Afrika eine Arbeit, die nur von Schwarzen verrichtet wird und ehe ein Bur ſich derartig erniedrigt, ergreift er lieber die Waffe. Hierdurch erklärt es ſich auch, warum ſo viele junge Buren an dem Feldzuge nach Deutſch-Südweſt teilgenommen haben. Eine ſehr große Anzahl aber haben ſich geweigert und es vorgezogen, Polizeidienſte zu verrichten, weil ſie nicht gegen Deutſche kämpfen wollten. Man iſt in Deutſchland gar zu leicht geneigt, die Buren ob ihrer Haltung während dieſes Krieges zu tadeln, und überſieht dabei, daß das Volk der Buren nicht nur die Bewohner der früheren beiden ſüdafrikaniſchen Republiken, ſondern auch die Buren der Provinzen Natal und des alten Kaplandes umfaßt. Letztere ſind bereits ſeit über 100 Jahren britiſche Untertanen und durch engliſche Schulen ſtark beeinflußt, während erſtere die Leiden des Krieges um ihre Freiheit noch nicht verſchmerzt haben und den Briten feindlich geſinnt ſind, und dieſe waren es auch hauptſächlich, die bei Beginn des Weltkrieges der ſüdafrikaniſchen Regierung Schwierigkeiten bereiteten. Für die ihnen von uns erwieſenen Wohltaten haben ſich die Burenfrauen dankbar erwieſen durch Sammlung von Geldern für die in Not geratenen deutſchen Familien und viele der heimatlos gewordenen Frauen und

Kinder haben auf den Burenfarmen im Orange-Freiſtaat und dem Transvaal gaſtliche Aufnahme gefunden. Während in den großen Städten, die vorwiegend von Engländern bewohnt ſind, alles deutſche Eigentum vernichtet und die Familien vertrieben wurden, iſt nichts derartiges den kleineren Landſtädten und Dörfern geſchehen, ja es haben ſogar die „Rebellen" deutſches Eigentum gegen brandſtiftende Engländer geſchützt, deren grauſame Kriegführung gegen Frauen und Kindern den Buren noch allzuſehr in der Erinnerung lebt.

Die weitaus größte Mehrzahl der Buren ſind ausgeſprochene Republikaner, deren Ziel es iſt, Südafrika von der engliſchen Oberhoheit zu befreien. Soweit aus den ſpärlichen Nachrichten erſichtlich iſt, die während des Krieges zu uns gekommen ſind und meiſtens nur in unzuſammenhängender Weiſe in Briefen von Zivilinternierten, hat dieſe Bewegung in letzter Zeit bedeutende Fortſchritte gemacht und beſonders auf Grund der 14 Punkte Wilſons, die das Selbſtbeſtimmungsrecht der kleinen Völker in Ausſicht ſtellt. Überall im Lande wurden unter dem Feldgeſchrei: „Afrika für die Afrikander" Verſammlungen abgehalten, zu denen die Buren in großen Scharen aus meilenweiter Entfernung zuſammenſtrömten, um Südafrikas Freiheit zu verlangen. Im Gegenſatz hierzu wurden von der Bothapartei ebenfalls Verſammlungen inſzeniert, welche dem Anſcheine nach aber als ein vollſtändiger Mißerfolg zu betrachten ſind. Die bedeutende Summe von 10 000 Pfd. Sterl. wurde geſammelt, um eine Geſandtſchaft, unter Führung von General Hertzog nach nach Europa zu ſenden, um Wilſon die Wünſche der Buren zu unterbreiten, falls England die Unabhängigkeit verweigern ſollte. Anfangs verweigerte die ſüdafrikaniſche Regierung dieſer Geſandtſchaft Päſſe auszuſtellen, da aber General Hertzog vor kurzem in Europa eingetroffen iſt, ſo hat die Regierung dem Druck einer Mehrheit wohl nachgeben müſſen. Die Los von England-Beſtrebungen haben bereits einen derartigen Umfang angenommen, daß beide Häuſer des S. A. Parlaments es für notwendig hielten, dieſe Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Man beſchäftigte ſich bereits drei Tage lang damit und nahm General Hertzog noch am Tage vor ſeiner Abreiſe daran teil. Der Antrag der Unioniſten gegen dieſe Bewegung wurde mit großer Mehrheit verworfen, und wenn die Debatte auch ſachlich verlief, ſo läßt ſich feſtſtellen, daß das Verhältnis zwiſchen Bur und Briten keineswegs ein freundſchaftliches zu nennen iſt.

Reitz, der Vorſitzende des Senats, hatte ſich zu verantworten, weil er einer Unabhängigkeits-Verſammlung beigewohnt hatte und er erklärte, daß er als alter Präſident einer Republik, welche ihre Unabhängigkeit verloren und als Ex-Staatsſekretär einer anderen, er ſeiner früheren politiſchen Überzeugung treu geblieben und er in ſeinem Herzen immer noch ein Republikaner geblieben ſei, und er würde einer ſüdafrikaniſchen Republik zujauchzen, die auf konſtitutionellem Wege zuſtande gekommen ſei.

Die Gefolgſchaft von Botha und Smuts iſt ſehr gering und beſteht in der Hauptſache nur noch aus Engländern und Leuten engliſcher Abſtammung. Bereits zu Anfang des Krieges bezeichneten etliche, in holländiſcher Sprache erſcheinende Zeitungen Botha als „Landesverräter“.

Man darf natürlich nicht außer acht laſſen, daß Botha, ſowohl wie Smuts echte Südafrikaner ſind, die auf ihre Art ihrem Lande Dienſte leiſten wollten und da denſelben für die Hilfeleiſtung der Eroberung der deutſchen Kolonien im beſonderen Deutſch-Südweſt verſprochen wurde, ſo werden dieſelben auf den Handel beſtehen. Es iſt daher nicht ausgeſchloſſen, daß wenn die Beiden mit einem derartigen Erfolg zurückkehren, nicht nur die britiſchen Südafrikaner, ſondern auch ein Teil der Buren zujubeln wird. Die Nationaliſten aber werden auch fernerhin den Raub nicht gutheißen, würde derſelbe ſie doch noch mehr an England feſſeln und die angeſtrebte Freiheit in Frage ſtellen.

Vor wenigen Monaten hat ſich Miniſter Burton, der bereits ſeit Beginn der Union im Kabinett ſitzt, dahin geäußert, daß nur diejenigen Zivilinternierten nach Deutſchland geſandt werden ſollten, die ſolches beantragten. Ausgenommen hiervon ſeien läſtige und zweifelhafte Perſonen, welchen aber Gelegenheit gegeben würde, die Entſcheidung des höchſten Gerichtshofes in Anſpruch zu nehmen. Ferner erwähnte Miniſter Burton, daß Südafrika gewillt ſei, nach Friedensſchluß Handel mit Deutſchland zu treiben.

Dieſe Eröffnungen haben allerdings nicht den Beifall der ſüdafrikaniſchen britiſchen Preſſe gefunden, welche es für nötig hielt, nochmals zu einer großen Hetze gegen die Deutſchen auszuholen unter den Stichworten: Heraus mit den Hunden! Kein Handel für die nächſten 5—6 Jahre! Inzwiſchen aber haben die Nationaliſten eine Bewegung ins Leben gerufen, deren Bedeutung nicht zu unterſchätzen iſt, richtet ſich dieſelbe doch gegen die Beſtrebungen der engliſchen Jingoiſten und in allen Städten und Dörfern Südafrikas wurden Proteſtverſammlungen abgehalten gegen die Anordnung, die Deutſchen und die Nachkommen in Südafrika geborener Deutſchen aus dem Lande zu vertreiben und ſogar in Städten mit vorwiegend engliſcher Bevölkerung haben die Nationaliſten derartige Verſammlungen abgehalten.

Seit vierzig Jahren hat jeder britiſche Gouverneur bei Empfängen ſeitens der Deutſchen, in den verſchiedenſten Städten, dieſelben wegen ihres ruhigen Verhaltens gelobt und ihre Tätigkeit für die Entwickelung des Landes mit den zutreffenden Worten erwähnt: Die Deutſchen ſind ein wertvolles Haben für Südafrika! — Welchen Zweck Burton mit ſeiner Rede verfolgte, iſt ſchwer abzuſehen und mit dem erſten Angebot hat er keinen beſonderen Erfolg zu verzeichnen gehabt, haben ſich doch ſofort 1000 zur Rückwanderung gemeldet, unter denen ſich 300 mit Familie befinden. Anſcheinend aber hat Miniſter Burton nicht allzuviele Luſt ſich ganz in die Hände Englands zu geben, denn als Verkehrsminiſter hat derſelbe ganz eigenartige Erfahrungen mit den engliſchen Induſtriellen gemacht. Im Jahre 1913 hatte Burton ſich vor dem Parlament zu verantworten, weil er es gewagt hatte, einen Auftrag für Lokomotiven und Wagen nach Deutſchland zu geben. Es war der erſte derartige Auftrag, der ſeit dem Burenkriege nicht nach England ging, während bekanntlich vorher der Transvaal den Bedarf ſeines Eiſenbahnmaterials in Deutſchland deckte.

Bei ſeiner Rechtfertigung erwähnte er, daß die britiſchen Fabrikanten nicht nur hohe Verbandspreiſe geſtellt, ſondern ſich auch geweigert hätten, die gewünſchte Lieferzeit anzunehmen. Die deutſche Fabrik in Kaſſel aber hätte eine kürzere Lieferzeit in Ausſicht geſtellt und nicht nur jede Garantie betreffs der Ausführung nach den vorgelegten Plänen gegeben, ſondern dieſelbe wäre obendrein noch um 800 000 Mark billiger geweſen, wie die britiſchen Fabrikanten. Da Herr Burton vor allen Dingen die Intereſſen der ſüdafrikaniſchen Steuerzahler im Auge haben muß, ſo iſt es begreiflich, daß er ſich freie Hand behalten will. Das Eiſenbahnmaterial Südafrikas iſt nicht nur durch den Feldzug nach Deutſch-Südweſt ſtark mitgenommen, ſondern es hat während der ganzen Zeitdauer des Krieges auch nicht die geringſte Auffriſchung erfahren können, war doch England nicht einmal imſtande Erſatz an Röhrenkeſſel zu ſenden, geſchweige denn ſonſtiges Material. Und wenn ein Mitglied vom Kabinett Botha ſich bereits in günſtigem Sinne äußert, ſo geht man kaum fehl anzunehmen, daß eine von den Nationaliſten gebildete Regierung uns noch weit mehr Entgegenkommen zeigen wird. Eine Neuwahl für das Parlament muß binnen kurzem ſtattfinden und es iſt mehr wie fraglich, ob Botha oder Smuts die Regierenden ſein werden. Bereits etliche Jahre vor dem Kriege wurde in der ſehr einflußreichen engliſchen Preſſe ſehr eifrig gegen Deutſchland gehetzt und die Buren vor dem preußiſch-deutſchen Militarismus bange gemacht, und während des Krieges hat die Preſſe das Unglaublichſte darin geleiſtet Deutſchland und die Deutſchen ſchlecht zu machen, jedoch durfte man feſtſtellen, daß die in holländiſcher Sprache erſcheinenden Zeitungen nicht alles für bare Münze nahmen. Sogar Belgier wurden herausgeſandt, um als „Kronzeugen" die von den Deutſchen in Belgien verübten Greueltaten zu erzählen, doch hatten dieſe Leute die Erfahrung zu machen, daß der Bur nicht ganz ſo leichtgläubig iſt, wie das engliſche Publikum.

Jeder Kenner ſüdafrikaniſcher Verhältniſſe und der Buren wird mir beiſtimmen, daß der Bur viel lieber mit einem Deutſchen, wie mit einem Engländer

Handel treibt, der auf den Buren, wie auf alle übrigen Völker, als minderwertig herabſieht. In früheren Jahren war Südafrika ein Abladeraum für viel junge Briten, die ohne weiteres als Regierungsbeamte angeſtellt wurden, ſeitdem aber die Sprache der Buren der engliſchen Sprache gleichberechtigt iſt, muß ein Beamter beide Sprachen ſprechen können und infolgedeſſen werden nur noch geborene Südafrikaner angeſtellt und zwar meiſtens ſolche von buriſcher Abkunft, denn die andern fühlen ſich immer mehr als Briten, denn als Südafrikaner und halten es unter ihrer Würde, die Sprache der Buren zu erlernen.

Der deutſche Handel iſt zurzeit ausgeſchaltet, da man aber bereits den Wunſch geäußert hat, mit Deutſchland wieder in Handelsbeziehungen zu treten, ſo muß hier der Hebel angeſetzt werden, denn die engliſchen Großhandelshäuſer werden vor der Hand noch Schwierigkeiten machen. Schreiber dieſes Aufſatzes unterbreitete im Januar 1914 einem ſehr bedeutenden Farmer im Orange-Freiſtaat, der auch Mitglied des Oberhauſes iſt, einen Vorſchlag um den engliſchen Zwiſchenhandel auszuſchalten und bewies an Hand einer Reihe von marktgängigen Waren, daß durch die Gründung einer Einkaufszentrale für Farmer, jedes Mitglied, wo derſelbe auch ſeinen Wohnſitz haben möchte, 10—20% billiger kaufen könnte, wie zu jener Zeit vom Importhauſe. Gleichzeitig aber würde die Einkaufszentrale, nach Abzug aller Speſen noch einen guten Überſchuß aufweiſen. Dieſes iſt der Punkt, wo der deutſche Handel wird einſetzen müſſen. Die deutſche Regierung muß die ſüdafrikaniſche Regierung einladen, von Zeit zu Zeit aus Buren beſtehende Geſandtſchaften für Studienzwecke nach hier zu ſenden, um die deutſchen Induſtrien in Augenſchein zu nehmen, um ihren Landsleuten darüber Bericht zu erſtatten. Daß die Koſten der ganzen Reiſe vom Reich zu tragen ſind, iſt ſelbſtverſtändlich. Derartige Unternehmungen würden reiche Früchte tragen und ſollten auch auf andere Länder ausgedehnt werden.

Zur gefälligen Beachtung!

In dem Zeitfragen-Verlag Berlin-Zehlendorf-Weſt erſcheint unter dem Titel „Deutſchlands Wiederaufbau“ eine Sammlung kleiner Schriften, die ſich die Aufgabe geſtellt haben, weite Kreiſe unſeres Volkes über die wichtigen ſozialen und wirtſchaftlichen Gegenwartsfragen aufzuklären. Der heutigen Nummer unſeres Blattes iſt koſtenlos eine Abhandlung aus dieſer Sammlung beigefügt, die für unſere Leſer von ganz beſonderem Intereſſe ſein wird. Die Lektüre der kleinen Schrift ſei deshalb angelegentlichſt empfohlen.

Weitere Exemplare der kleinen Broſchüre können zum Preiſe von 25 Pfg. für das Stück von dem Verlag nachbezogen werden.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20. übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 13. Juni 1919 * Heft 24

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Das unerhörte Vorgehen der feindlichen Generäle, vor der Klärung der Friedensverhandlungen im linksrheiniſchen Gebiet die vollendete Tatſache eines ſelbſtändigen Pufferſtaates zu ſchaffen, kann nur dazu dienen, die Entſchloſſenheit unſerer Delegation in Verſailles zu ſtärken, den Gegnern die Unterſchrift zu weigern, ſolange ſie im Abc eines loyalen Willens nicht anſtändig zu buchſtabieren gewillt iſt. Die breite Maſſe der linksrheiniſchen Bevölkerung lehnt die Verſuchung zum Hochverrat ab, auch wo Regierungsinſtanzen mehr feig als politiſch ihre Pflichten vernachläſſigt haben; den Hochverrätern iſt in Speyer und Wiesbaden die Quittung ausgeſtellt worden. Mit verprügelten Knochen wird es ſchwer gelingen, ſich Autorität zu verſchaffen. Den unſicheren klerikalen Kreiſen des Rheinlandes aber müßte die Erinnerung an den großen deutſchen Patrioten Joſeph Görres ihre Schmach in der Seele brennen laſſen.

*

Paris und einige große Städte der franzöſiſchen Provinz werden durch ſtarke Streiks in ihrem wirtſchaftlichen und ſozialen Leben gelähmt. Man wird ſehr vorſichtig ſein müſſen in der geſamtpolitiſchen Bewertung dieſer Erſcheinungen, vor allem in ihrem Zuſammenhang mit den Vorgängen zu Verſailles. Sie ſind nur als Symptom wichtig, daß die Hinauszögerung des Friedens durch die gegenwärtigen Machthaber zu einer weiteren inneren Zerſetzung führen muß. Die Franzoſen ſtehen vor der Frage, ob ihrem Sieg über die Mittelmächte nun militäriſche Anſtrengungen im Oſten und Südoſten Europas folgen ſollen. Dagegen aber ſträubt ſich die breite Maſſe, die nicht eine imperialiſtiſche, ſondern eine ſoziale Politik als Abſchluß der unendlichen Leiden erwartet. Clemenceau aber hat für die innere Politik keine ſchöpferiſchen Gedanken zur Verfügung.

*

Prag hat von Paris gelernt: daß der Imperialismus ein Mittel iſt, über innere Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Man war deshalb bei den Tſchechen eifrig bemüht, die Volksphantaſie auf Koſten der Deutſchen und Magyaren mit wirtſchaftlichen, finanziellen und nationalpolitiſchen Erwartungen zu ſpannen und die Entſchloſſenheit, mit der die verhältnismäßig geſchonte Materie im letzten Spätjahr ihre künftigen künſtlichen Grenzen militäriſch wahrnahm, täuſchte Kraft vor. In der Slowakei iſt jetzt ein Zuſammenbruch eingetreten, der in Prag, das ſowieſo ſchon unter ſozialen Zuckungen litt, eine ſchwere Ernüchterung bringen muß. Die neue Situation muß in Verſailles die Hilfloſigkeit der bloßen Brutalität erneut ſteigern.

*

Englands Sorgen ſind im Wachſen. In Aegypten und Indien iſt nur nach hartem militäriſchen Zugriff äußere Ruhe eingekehrt. Dazu kommt Afghaniſtans Angriff an Indiens Grenze. Noch bedenklicher iſt, daß in Irland Sinn-Feiner und bolſchewiſtiſche Arbeiterſchaft zur Ausrufung von Sowjetverwaltungen übergegangen ſind. Auch in der engliſchen Arbeiterſchaft gärt es. Der mächtige „Dreibund" — Transport-, Kohlen- und Werftarbeiter — drängt ſtark vor und das Streikfieber hat ſogar die Polizeimannſchaft erfaßt, die mit Arbeitsniederlegung ſofort nach Friedensſchluß droht. Unzweifelhaft ſteht Lloyd George vor einer ſehr verzwickten innerpolitiſchen Lage. Wird auch im Weltkriege C. Schurzens Wort Recht behalten, daß für die Verwaltung des Alltags der Obrigkeitsſtaat zwar überlegen ſei, für die Regelung der Schickſalsfragen eines Volkes aber die Demokratie?

*

Der frühere ruſſiſche Miniſter des Außern Sſaſſonow, jetzt diplomatiſcher Vertreter Koltſchaks bei der Entente, hat kürzlich in London erklärt, daß „das Vorhandenſein eines ſelbſtändigen Polens mit dem jetzt wieder entſtehenden Rußland nicht vereinbar ſei." Dieſe Erklärung iſt für den ruſſiſchen Volksimperialismus ſehr bezeichnend. Noch ſind Koltſchaks Truppen nicht über die Wolgalinie vorgerückt und ſchon beginnt Rußland, nach alter Weiſe ſeine Fangarme überall hin auszuſtrecken. Den Polen würden wir es durchaus gönnen, vom ruſſiſchen Imperialismus wieder brutal angefaßt zu werden, aber wir dürfen nicht vergeſſen, daß ſich ein Rußland, das ſich an Polen, dem Bundesgenoſſen der Entente, vergreift, vorher ſchon Ukraine, Litauen, Weißrußland und Baltenland vergewaltigt haben müßte. Da Deutſchland, wie die bittere Erfahrung gezeigt, weder mit dem Bolſchewismus, noch mit der ruſſiſchen Reaktion unter Koltſchak verſtändigen kann, ſo ſteht und fällt Deutſchlands Oſtpolitik mit der Erhaltung der Randſtaaten, von Finnland angefangen bis hinunter zum Kaukaſus. Dieſe nationalen Staaten würden zudem im ſtande ſein, Moskowiens unerſättliche Gier und Polens Appetit nach fremden Ländern zu dämpfen und damit den Oſten Europas endlich ſeine natürliche Entwicklung zu verſchaffen.

*

Verantwortung und Friedensſchluß

Von Dr. Paul Rohrbach

den 7. Juni 1919

In der feindlichen Preſſe, am ausführlichſten in der „Times", iſt kürzlich der Inhalt jenes Berichts veröffentlicht worden, den die Unterſuchungskommiſſion der Alliierten und Aſſoziierten über die Schuld Deutſchlands am Ausbruch des Weltkrieges erſtattet hat. Die Mitteilungen der „Times" ſind offenbar ſoweit genau, daß man ſich nach ihnen in allen wichtigen Punkten ein Bild davon machen kann, wie der Bericht ſelber ausſieht: das Dokument, das die Grundlage bildet, um Deutſchland zum Tode durch wirtſchaftliche und nationale Erwürgung zu verurteilen. Die Behauptung, Deutſchland, und zwar Deutſchland allein, habe den Krieg verſchuldet, dient den Feinden in jedem einzelnen Punkt ihres Friedensinſtruments dazu, ihre Bedingungen zu rechtfertigen. Daß dabei kein Unterſchied zwiſchen dem früheren und dem jetzigen Deutſchland gemacht wird, mag für politiſche Dilettanten und Utopiſten überraſchend ſein; wer Verſtand hatte, hat nie daran gezweifelt, daß es ſo kommen würde. Jede einzelne feindliche Note geht davon aus, daß es ſelbſtverſtändlich iſt: erſtens, daß das demokratiſch umgemodelte Deutſchland genau ſo zu behandeln ſei, wie das frühere militäriſche, zweitens, daß die deutſche Regierung für den Krieg verantwortlich war.

Man ſollte meinen, daß Behauptungen und Forderungen von dieſem Gewicht nur auf Grund eines Beweismaterials aufgeſtellt werden können, das mindeſtens denen, die es vorbringen, abſolut eindrucksvoll und überzeugend erſcheinen muß. Lernt man aber den Bericht der feindlichen Unterſuchungskommiſſion kennen, ſo ſieht man: er iſt ſo oberflächlich und leichtfertig verfaßt, ſo voll von geradezu ungeheuerlichen, tatſächlichen und logiſchen Fehlern, mit derartigen Lücken und Auslaſſungen behaftet, daß, wenn man die feindlichen Diplomaten, die ihn verfaßt und zur Grundlage ihres Friedensdiktats gemacht haben, nicht für politiſche Kinder halten will, ihnen die Gutgläubigkeit abgeſprochen werden muß. Der Sachverhalt auf jener Seite iſt vollkommen klar. Der Plan der Entente, Deutſchland unſchädlich zu machen, iſt geglückt, durchgreifender, als den Teilhabern der Genoſſenſchaft vorher je träumte. Es muß nun dafür geſorgt werden, daß die Einſtreichung des Gewinns und die dauernde Feſſelung des Opfers moraliſch bemäntelt, nach ſpeziell angelſächſiſcher Methode womöglich zum moraliſchen Pflichtgebot erhoben werden. Dazu bedarf es des Beweiſes der deutſchen Schuld. Der Beweis iſt notwendig, alſo wird er beigebracht; was die Tatſachen dazu ſagen, iſt gleichgültig. Man läßt fort, wodurch Deutſchland entlaſtet wird, man unterſchlägt alles die Entente belaſtende Material, man ſchiebt, was gebraucht wird, in eine künſtlich zurechtgemachte Beleuchtung, deutet um, verrückt, verdreht und übertreibt den Reſt, und die „moraliſche" Urteilsbegründung iſt fertig.

müht, die Volksphantaſie auf Koſten der Deutſchen und Magyaren mit wirtſchaftlichen, finanziellen und nationalpolitiſchen Erwartungen zu ſpannen und die Entſchloſſenheit, mit der die verhältnismäßig geſchonte Materie im letzten Spätjahr ihre künftigen künſtlichen Grenzen militäriſch wahrnahm, täuſchte Kraft vor. In der Slowakei iſt jetzt ein Zuſammenbruch eingetreten, der in Prag, das ſowieſo ſchon unter ſozialen Zuckungen litt, eine ſchwere Ernüchterung bringen muß. Die neue Situation muß in Verſailles die Hilfloſigkeit der bloßen Brutalität erneut ſteigern.

*

Englands Sorgen ſind im Wachſen. In Aegypten und Indien iſt nur nach hartem militäriſchen Zugriff äußere Ruhe eingekehrt. Dazu kommt Afghaniſtans Angriff an Indiens Grenze. Noch bedenklicher iſt, daß in Irland Sinn-Feiner und bolſchewiſtiſche Arbeiterſchaft zur Ausrufung von Sowjetverwaltungen übergegangen ſind. Auch in der engliſchen Arbeiterſchaft gärt es. Der mächtige „Dreibund" — Transport-, Kohlen- und Werftarbeiter — drängt ſtark vor und das Streikfieber hat ſogar die Polizeimannſchaft erfaßt, die mit Arbeitsniederlegung ſofort nach Friedensſchluß droht. Unzweifelhaft ſteht Lloyd George vor einer ſehr verzwickten innerpolitiſchen Lage. Wird auch im Weltkriege C. Schurzens Wort Recht behalten, daß für die Verwaltung des Alltags der Obrigkeitsſtaat zwar überlegen ſei, für die Regelung der Schickſalsfragen eines Volkes aber die Demokratie?

*

Der frühere ruſſiſche Miniſter des Außern Saſſonow, jetzt diplomatiſcher Vertreter Koltſchaks bei der Entente, hat kürzlich in London erklärt, daß „das Vorhandenſein eines ſelbſtändigen Polens mit dem jetzt wieder entſtehenden Rußland nicht vereinbar ſei." Dieſe Erklärung iſt für den ruſſiſchen Volksimperialismus ſehr bezeichnend. Noch ſind Koltſchaks Truppen nicht über die Wolgalinie vorgerückt und ſchon beginnt Rußland, nach alter Weiſe ſeine Fangarme überall hin auszuſtrecken. Den Polen würden wir es durchaus gönnen, vom ruſſiſchen Imperialismus wieder brutal angefaßt zu werden, aber wir dürfen nicht vergeſſen, daß ſich ein Rußland, das ſich an Polen, dem Bundesgenoſſen der Entente, vergreift, vorher ſchon Ukraine, Litauen, Weißrußland und Baltenland vergewaltigt haben müßte. Da Deutſchland, wie die bittere Erfahrung gezeigt, weder mit dem Bolſchewismus, noch mit der ruſſiſchen Reaktion unter Koltſchak verſtändigen kann, ſo ſteht und fällt Deutſchlands Oſtpolitik mit der Erhaltung der Randſtaaten, von Finnland angefangen bis hinunter zum Kaukaſus. Dieſe nationalen Staaten würden zudem im ſtande ſein, Moskowiens unerſättliche Gier und Polens Appetit nach fremden Ländern zu dämpfen und damit den Oſten Europas endlich ſeine natürliche Entwicklung zu verſchaffen.

*

Verantwortung und Friedensſchluß

Von Dr. Paul Rohrbach

den 7. Juni 1919

In der feindlichen Preſſe, am ausführlichſten in der „Times“, iſt kürzlich der Inhalt jenes Berichts veröffentlicht worden, den die Unterſuchungskommiſſion der Alliierten und Aſſoziierten über die Schuld Deutſchlands am Ausbruch des Weltkrieges erſtattet hat. Die Mitteilungen der „Times“ ſind offenbar ſoweit genau, daß man ſich nach ihnen in allen wichtigen Punkten ein Bild davon machen kann, wie der Bericht ſelber ausſieht: das Dokument, das die Grundlage bildet, um Deutſchland zum Tode durch wirtſchaftliche und nationale Erwürgung zu verurteilen. Die Behauptung, Deutſchland, und zwar Deutſchland allein, habe den Krieg verſchuldet, dient den Feinden in jedem einzelnen Punkt ihres Friedensinſtruments dazu, ihre Bedingungen zu rechtfertigen. Daß dabei kein Unterſchied zwiſchen dem früheren und dem jetzigen Deutſchland gemacht wird, mag für politiſche Dilettanten und Utopiſten überraſchend ſein; wer Verſtand hatte, hat nie daran gezweifelt, daß es ſo kommen würde. Jede einzelne feindliche Note geht davon aus, daß es ſelbſtverſtändlich iſt: erſtens, daß das demokratiſch umgemodelte Deutſchland genau ſo zu behandeln ſei, wie das frühere militäriſche, zweitens, daß die deutſche Regierung für den Krieg verantwortlich war.

Man ſollte meinen, daß Behauptungen und Forderungen von dieſem Gewicht nur auf Grund eines Beweismaterials aufgeſtellt werden können, das mindeſtens denen, die es vorbringen, abſolut eindrucksvoll und überzeugend erſcheinen muß. Lernt man aber den Bericht der feindlichen Unterſuchungskommiſſion kennen, ſo ſieht man: er iſt ſo oberflächlich und leichtfertig verfaßt, ſo voll von geradezu ungeheuerlichen, tatſächlichen und logiſchen Fehlern, mit derartigen Lücken und Auslaſſungen behaftet, daß, wenn man die feindlichen Diplomaten, die ihn verfaßt und zur Grundlage ihres Friedensdiktats gemacht haben, nicht für politiſche Kinder halten will, ihnen die Gutgläubigkeit abgeſprochen werden muß. Der Sachverhalt auf jener Seite iſt vollkommen klar. Der Plan der Entente, Deutſchland unſchädlich zu machen, iſt geglückt, durchgreifender, als den Teilhabern der Genoſſenſchaft vorher je träumte. Es muß nun dafür geſorgt werden, daß die Einſtreichung des Gewinns und die dauernde Feſſelung des Opfers moraliſch bemäntelt, nach ſpeziell angelſächſiſcher Methode womöglich zum moraliſchen Pflichtgebot erhoben werden. Dazu bedarf es des Beweiſes der deutſchen Schuld. Der Beweis iſt notwendig, alſo wird er beigebracht; was die Tatſachen dazu ſagen, iſt gleichgültig. Man läßt fort, wodurch Deutſchland entlaſtet wird, man unterſchlägt alles die Entente belaſtende Material, man ſchiebt, was gebraucht wird, in eine künſtlich zurechtgemachte Beleuchtung, deutet um, verrückt, verdreht und übertreibt den Reſt, und die „moraliſche“ Urteilsbegründung iſt fertig.

Die deutſche Friedensdelegation hat bekanntlich vier Herren, Prof. Hans Delbrück, Prof. Albrecht Mendelsſohn-Bartholdy, General Graf Montgelas und Prof. Max Weber nach Verſailles berufen, und ſie erſucht, ſich zu dem feindlichen Kommiſſionsbericht zu äußern. Delbrück hat in ſeiner politiſchen Korreſpondenz im Juniheft der „Preußiſchen Jahrbücher" („Die Verantwortungs-Frage") einen wichtigen Kommentar zu dem von ihm mitverfaßten Gegenbericht der deutſchen Kommiſſion gegeben. Die deutſchen Ausführungen ſind teilweiſe ſchon in den Zeitungen veröffentlicht worden. Sie werden vorausſichtlich in aller Vollſtändigkeit erſchienen ſein, wenn dieſer Artikel unſern Leſern vorliegt. Delbrück hebt beſonders zwei Beiſpiele für die „ungeheuerlichen Fehler" des feindlichen Berichts hervor. In dieſem heißt es unter anderem:

> Seit dem 21. Juli hatte die deutſche Mobilmachung begonnen, zunächſt durch Einberufung einer gewiſſen Jahresklaſſe der Reſerve, dann von deutſchen Offizieren aus der Schweiz, endlich der Garniſon von Metz am 25. Juli. Am 26. Juli war die deutſche Flotte aus Norwegen zurückberufen worden . . . Am 1. Auguſt ſandte der Deutſche Kaiſer dem König von England ein Telegramm, in dem der Satz vorkam: „Die Truppen an meiner Grenze werden gerade telegraphiſch und telephoniſch abgehalten, die franzöſiſche Grenze zu überſchreiten . . ." Nun verſtrichen von dieſem Zeitpunkte noch zwei Tage bis zur Kriegserklärung, und da der deutſche Mobilmachungsbefehl von demſelben 1. Auguſt datiert iſt, geht daraus hervor, daß das deutſche Heer auf Grund früherer Befehle mobiliſiert und verſammelt worden war.

Wer das lieſt, kann nur ſagen, daß man entweder böswillig oder unzurechnungsfähig ſein muß, um ſolche Sätze zu ſchreiben und zu glauben. Wer an die Mobilmachungstage 1914 bei uns denkt, der wird ſich erinnern, in welch einen außerordentlichen Zuſtand das deutſche Leben damals verſetzt worden, wie das ganze Volk aus ſeinem Beruf und ſeiner täglichen Arbeit geriſſen war und alle öffentlichen Einrichtungen nur noch dem Aufmarſch der Truppen dienten. Wer einen Funken von Verſtand und Nachdenken hat, der weiß, auch ohne es geſehen zu haben, wie eine Mobilmachung in einem Volk wie das deutſche ausſieht. Die Möglichkeit einer heimlichen Mobilmachung vorauszuſetzen, iſt blödſinnig. Man kann ebenſogut von einem heimlichen Bombardement einer Feſtung ſprechen. Mit Recht ſagt die deutſche Denkſchrift:

> Es wird alſo behauptet, daß ein Heer von mehr als zwei Millionen Mann insgeheim mobilgemacht und an der Grenze verſammelt wurde, daß alle zur Erreichung der Kriegsſtärke nötigen Ergänzungsmannſchaften eingezogen, alle Pferde und Fahrzeuge ausgehoben, tage- und wochenlang Militärtransporte durchgeführt wurden, ohne daß die in Deutſchland befindlichen fremden Botſchafter, Geſandten, Konſuln, Militärattachees, Zeitungsberichterſtatter und ſonſtigen Agenten davon irgend etwas erfahren hätten.

Jener Satz in dem Telegramm des Kaiſers konnte ſich natürlich nur darauf beziehen, daß die an der Grenze ſtehenden Truppenkörper ſtrengen Befehl erhalten hatten, Grenzüberſchreitungen, aus denen ſich gefährliche „Zwiſchenfälle" ergeben konnten, zu vermeiden. Welche Vorſtellung haben die Verfaſſer des feindlichen

Kommiſſionsberichts und die Ententediplomaten in Verſailles von dem kritiſchen Vermögen und der Faſſungskraft der Völker, wenn ſie es wagen, einen derartigen Unſinn, wie die heimliche deutſche Mobilmachung vor dem 1. Auguſt 1914, aufzuſtellen! Welch eine verbrecheriſche Frivolität iſt es, auf ſolche Weiſe das Urteil zu begründen, Deutſchland ſei ſchuld am Weltkriege und verdiene zur Strafe verſtümmelt und bis aufs letzte Blut ausgepreßt zu werden! So ſieht das „poſitive“ Material für den Schuldbeweis aus. Jetzt begreift man allerdings, weshalb Clémenceau den Bericht uns nicht aushändigen wollte. Wie aber ſtehen die politiſchen und militäriſchen Oberhäupter der Entente, wie ſteht das verantwortliche Haupt der großen amerikaniſchen Republik da, nachdem man weiß, wie böswillig und unwiſſend das Aktenſtück zuſammengeſtoppelt iſt, auf das ſie den Anſpruch als moraliſche Richter über Deutſchland gründen!

Es wird genügen, noch ein Beiſpiel aus dem Ententebericht zu geben, das ihn, wenn es möglich wäre, noch vernichtender charakteriſiert, als die heimliche deutſche Mobilmachung. Es beſteht in der Tatſache, daß die ruſſiſche Mobilmachung in dem Schriftſtück überhaupt nicht erwähnt wird. Gegenübe dieſem Maß von Heuchelei und Zynismus iſt es ſchwer, den richtigen Ausdruck zu finden. Wer auch nur etwas Kenntnis von den Dingen hat, der weiß, daß die ruſſiſche Mobiliſation den Kernpunkt bildet, um den ſich das Urteil in der Frage des Weltkrieges zu bewegen hat. In einem Dokument, das nicht anders, als von dem Gefühl einer überwältigenden Verantwortlichkeit getragen ſein darf und das von der höchſten Genauigkeit zumal in den Grundfragen ſein muß, dieſen Zentralpunkt nicht einmal zu berühren, iſt nur für jemand möglich, der da weiß, daß er ein völlig unwiſſendes Publikum vor ſich hat, und der von Rückſichten objektiver Gewiſſenhaftigkeit unbeeinflußt iſt. So wie der Schuldbericht der Ententekommiſſion es tut, kann man nur ſprechen, wenn man Mitverſchworene, Trottel oder Ignoranten als Adreſſaten im Auge hat. Wir empfehlen ihn in Deutſchland zu allererſt denjenigen Leuten zur Lektüre, die bisher noch an eine Schuld Deutſchlands geglaubt haben und die nicht genug eilen konnten, mit ſolchen Bekenntniſſen ſich und ihr Vaterland vor der Welt wegzuwerfen!

Der Schuldbericht berückſichtigt ebenſo auch mit keinem Wort die umfaſſende und bedeutſame Literatur, die ſich ſeit Jahren um die Schuldfrage gebildet und die ſich ſeit Morels Nachweis der beſonderen Schuld Rußlands und Entlaſtung Deutſchlands vor mehr als zwei Jahren um wichtige Publikationen vermehrt hat. Alle dieſe Schriften ſind auf der feindlichen Seite natürlich genau bekannt und ſtudiert. Es gibt heute bei der Entente keine Propagandaſtelle und keine Kanzlei mehr, wo man das mehr als 700 Seiten ſtarke Buch von dem Schweizer Dr. Ernſt Sauerbeck in Baſel nicht kennen ſollte: Der Kriegsausbruch, eine Darſtellung von neutraler Seite an Hand des Akten-

materials, Deutſche Verlagsanſtalt, Stuttgart und Berlin 1919. In dieſer ungeheuren Arbeit, die alle offiziellen Dokumente, ſoweit ſie bisher veröffentlicht ſind, erſchöpfend vollſtändig beibringt und die einzelnen Stücke jedes durch das andere kritiſiert, iſt unparteilich und unwiderleglich der Nachweis geliefert, daß die Ententemächte, vor allen Dingen die ruſſiſche und die franzöſiſche Regierung, die vollkommen unter dem Einfluß des Kriegswillens ſtanden, den Krieg herbeigezogen haben, während England, das ihn mit Leichtigkeit hätte verhindern können, nichts Entſcheidendes unternahm, um den gefährdeten Frieden zu retten. *Die erſte Auflage von Sauerbecks Werk iſt bereits vergriffen.* In der Schweiz hat es außerordentliches Aufſehen gemacht. Von der Entente wird natürlich verſucht, dieſe Waffe, die vernichtend wirken muß, ſobald jemand von ihr erfährt, durch Totſchweigen unſchädlich zu machen. Zu widerlegen ſind die Darſtellung und die Kritik Sauerbecks nicht; ſie können nur noch durch weitere Aufdeckungen vervollſtändigt werden. Ein Beginn dazu iſt jetzt eben durch die Veröffentlichung wichtiger Stücke aus der ruſſiſchen diplomatiſchen Korreſpondenz der Vorkriegszeit gemacht worden, die in der Tagespreſſe geſchieht und die zeigt, daß ſogar Grey, der bisher als der Geſchobene erſchien, doch aktiver an der politiſchen Vorbereitung des Krieges teilgenommen zu haben ſcheint, als man bisher glaubte. Das Ende dieſer Publikationen wird noch abzuwarten ſein. Sie erſchienen zuerſt Mitte März in der Berliner 12-Uhr-Mittagszeitung, blieben aber damals merkwürdigerweiſe ganz ohne Aufmerkſamkeit. Es handelt ſich um Veröffentlichungen eines Beauftragten im ruſſiſchen Volkskommiſſariat für Auswärtige Angelegenheiten, Pokrowski, in der Moskauer Wochenſchrift „Prawda", Ende Februar und Anfang März: Briefe der ruſſiſchen Botſchafter in Paris und London an Sſaſſonow, einige Telegramme und vertrauliche Berichte Sſaſſonows an den Zaren. Das ganze Material iſt neuerdings der Preſſe nochmals mitgeteilt, aber immer noch nicht genügend beachtet worden. Am bedeutſamſten iſt ein Bericht Sſaſſonows über ſeinen Beſuch in England im September 1912, der ſowohl Grey als auch den König Georg von einer geradezu feindſeligen Stimmung gegen Deutſchland erfüllt und einem antideutſchen engliſch-ruſſiſchen Bündnis geneigt erſcheinen läßt.

Man kann ſagen, daß das Material zur Schuldfrage jetzt täglich wächſt. Was bis zum Mai vorlag, iſt in meiner Schrift: über das „Zeugnis der 13 Tage" (Hamburg, Dorendorf und Dräſel) geſammelt. Ich hebe daraus hervor den Brief von Jean Jaurès vom 29. Juli 1914, die Denkſchrift Morels, das Geſtändnis Miljukows über die ruſſiſche Schuld am Kriege, den ruſſiſchen Kronrat am 21. Februar 1914 und anderes. Die Beweiſe gegen die Ententemächte ſind derart erdrückend, und die Legende, die man dort über die deutſche Schuld am Kriege mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten ſucht, iſt ſo ſcham- und gewiſſenlos, daß man ſchon ein „Unabhängiger" oder ein deutſcher Pazifiſt ſein muß, um zu glauben, was kein einziger wiſſender Politiker auf der Ententeſeite glaubt: daß Deutſchland der ſchuldige Teil am Ausbruch des Krieges iſt. Wir müſſen feſt darauf beſtehen, daß es zur unparteiiſchen Unterſuchung kommt, und niemals darf ein Friedensvertrag, mag er ſonſt enthalten, was er wolle, unterſchrieben werden, der uns direkt oder indirekt ein ſchimpfliches und unwahrhaftiges Schuldbekenntnis auferlegt!

Die deutſche Kriegserklärung gegen Rußland 1914

Von Staatsminiſter G. von Jagow

Heft 22 dieſer Wochenſchrift vom 30. Mai brachte eine Beſprechung des „erſten Memoiren-Trios“ aus der Feder des Herrn Dr. Friedrich Thimme. Wie ich mit Freude erſehen habe, gelangt der Verfaſſer zu dem Ergebnis, daß die drei kürzlich erſchienenen Schriften von Helfferich, Pourtalès und mir die Auffaſſung von der Friedensliebe der deutſchen Politik und Kaiſer Wilhelms II. zu vertiefen geeignet ſind, und daß es angeſichts des Verſuchs unſerer Feinde, in dem Friedensvertrag ein Schuldbekenntnis zu erpreſſen, eine Selbſtentehrung wäre, wenn wir als Volk ein ſolches Bekenntnis ausſprächen und in die Folgen einer ſolchen Lüge einwilligten.

Ich kann dieſer Folgerung nur voll beiſtimmen. Selbſt in ſeiner dunkelſten Stunde darf ein Volk, das ſich noch eine Zukunft ſichern will, ſich nicht ſo weit erniedrigen, einen Frieden zu unterzeichnen, der ein Todesurteil bedeuten würde. Es wäre ein Verrat an ſich ſelbſt, ein Frevel an den Nachkommen, eine Schändung ſeiner Vergangenheit.

Der Verfaſſer des Artikels läßt es dahingeſtellt, ob die Darlegungen der drei Schriften überall volle Durchſchlagskraft beſitzen. Möglich, daß es nicht der Fall iſt. Vollſtändig ſchlüſſige Beweiſe werden ſich bei politiſchen Vorgängen nur dann erbringen laſſen, wenn die vollſtändigen Archive aller Regierungen und die Herzen aller feindlichen Staatslenker geöffnet werden könnten. Von welchem Geiſt die gegneriſchen Staatsmänner erfüllt ſind, welchen Zwecken für ſie der Ausgang des Weltkrieges dienen ſoll, darein gewähren die Friedensbedingungen einen vielſagenden Einblick.

Beſonders moniert der Verfaſſer, daß ich den gegen unſere Politik erhobenen Vorwurf, zuguterletzt die Dinge durch die formelle Kriegserklärung gegen Rußland überſtürzt zu haben in meiner Schrift *) auch nicht ganz zu entkräften vermocht hätte. Ich möchte hierzu noch nachträglich auf ein intereſſantes Dokument hinweiſen, das in der erſt kürzlich erſchienen Schrift: „Rußlands Vorbereitung zum Weltkrieg, auf Grund unveröffentlicher ruſſiſcher Urkunden“ von Robert Hoeniger (bei S. Mittler u. Sohn, Berlin 1919) behandelt iſt.

---

*) „Urſachen und Ausbruch des Weltkrieges“, Verlag von R. Hobbing, Berlin.

Es wird da das Protokoll über die Beratungen einer Militärkommiſſion, die im November 1912 in St. Petersburg tagte, wiedergegeben. Die damalige politiſche Lage erinnert in mancher Hinſicht an diejenige von 1914. Einer Zuſammenkunft des Zaren mit Kaiſer Wilhelm II. in Baltiſchport im Juli waren vier Wochen ſpäter anläßlich des Beſuches des franzöſiſchen Miniſterpräſidenten Poincaré in Petersburg und Moskau ruſſiſch-franzöſiſche Verbrüderungsfeiern gefolgt. (Auch im Frühjahr 1914 ſah man in Rußland dem angekündigten Beſuch Herrn Poincarés, jetzt Präſidenten der alliierten Republik, entgegen, der dann kurz vor Ausbruch des Krieges wirklich ſtattfand.) Im Herbſt 1912 brach mit dem Krieg des Balkanbundes gegen die Türkei ein neues Balkangewitter aus. Die Haltung der ruſſiſchen Politik war ſchwankend und unklar — man war noch nicht gerüſtet. Aber der Gegenſatz zu Öſterreich verſchärfte ſich von neuem. Man rechnete mit der Möglichkeit eines öſterreichiſch-ſerbiſchen Krieges, der Rußland dann auf Seiten Serbiens gegen Öſterreich-Ungarn führen und weiter das Eingreifen Deutſchlands auf der einen, des Frankreichs auf der anderen Seite zur Folge haben würde. Dieſen Eventualitäten galten die militäriſchen Beratungen; ſie beſchäftigten ſich mit der öſterreichiſchen und deutſchen Front. Die Truppen an letzterer dürfen nicht geſchwächt werden. Öſterreich-Ungarn würde gezwungen ſein, an zwei Fronten gleichzeitig Krieg zu führen. Trotzdem ſagt das Protokoll, iſt kaum anzunehmen, daß unſer Gegner, politiſch und militäriſch erwogen, von Handlungen agreſſiver Art Abſtand nehmen und ſich zur Verteidigung in ſeinen Grenzen entſchließen wird. Nur für den Fall, *daß Rußland den Augenblick verpaßt, gleichzeitig mit Serbien in den Kampf einzutreten*, kann Öſterreich erdrückende Kräfte nach Süden werfen." (Das erklärt die Mobilmachung von 14 ruſſiſchen Korps gegen Öſterreich im Juli 1914, als dieſes 8 Korps gegen Serben mobiliſiert hatte*). Die Kommiſſion hält es daher „für unumgänglich, 1. zur Verkündung der ruſſiſchen Mobilmachung den Moment nicht zu verpaſſen, 2. den Krieg mit ſolcher Berechnung zu führen, daß die ruſſiſchen Operationen zur vollen Entwicklung gelangen zu einer Zeit, wo Öſterreich den Krieg mit Serbien noch nicht beendet hat".

Ferner: Nach einer früheren Verordnung ſollte die Mobilmachung auch die Verkündung des Krieges ſein. Dieſe Verordnung iſt nach Anſicht der Kommiſſion aufzuheben, und zwar aus folgenden Jründen: „Es kann ſich als vorteilhaft erweiſen", ſagt das Protokoll, die Konzentrierung zu vollziehen, *ohne die Feindſeligkeiten zu beginnen, damit dem Gegner nicht unwiederbringlich die Hoffnung genommen wird, der Krieg könne noch vermieden werden. Unſere Maßnahmen müſſen hierbei durch diplomatiſche Scheinverhandlungen maskiert werden, um die Befürchtungen des Gegners möglichſt*

---

*) Notabene, nachdem Serbien *zuerſt* mobilgemacht hatte.

einzuſchläfern." Und weiter: „Dabei iſt anzuſtreben, *möglichſt viel Zeit zu gewinnen*, weshalb ohne Grund die Feindſeligkeiten nicht zu eröffnen ſind."

Alſo Zeit gewinnen wollten die Ruſſen zur Vollendung ihres Aufmarſches und zu dieſem Zweck unſere Befürchtungen durch diplomatiſche Scheinhandlungen einſchläfern! Genau das, was uns zwang, die Lage zu klären. Wir hatten das ruſſiſche „Einſchläferungs"-Spiel durchſchaut. Daß angeſichts der Übermacht unſerer Feinde unſer Heil nur in der Schnelligkeit lag, habe ich in meiner Schrift ausgeführt. Ebenſo, daß wir nach dem ſogenannten Schlieffenſchen Feldzugsplan — über deſſen Richtigkeit ich mir kein Urteil anmaße — verſuchen mußten, Frankreich zu ſchlagen, ehe Rußland mit ſeiner ganzen Streitmacht über uns herfallen konnte. Frankreich konnte mit dem Eingreifen in den Krieg warten bis formeller Kriegszuſtand zwiſchen Rußland und uns beſtand, alſo Rußlands Verzögerungstaktik ſecundieren. Eine erfolgreiche Offenſive gegen Frankreich erſchien nur auf dem Wege durch Belgien möglich. Der Durchmarſch durch letzteres wurde nur nötig und war nur zu rechtfertigen infolge des Krieges mit Frankreich. So bedingte eines das andere. Daß 2 mobiliſierte Armeen, wie Kaiſer Nicolaus nach dem Rezept ſeines Generalſtabs vorſchlug, ſich lange gegenüberſtehen werden, ohne daß es zu feindſeligen Handlungen der Truppen kommt, wird niemand annehmen. Dann beginnt der Krieg von ſelbſt, ohne beſondere Erklärung. Aber wie lange es dauert, iſt ſchwer vorauszuſehen. Das Protokoll ſagt ausdrücklich, daß die Feindſeligkeiten — um Zeit zu gewinnen — nicht ohne Grund zu eröffnen ſind. Und ſelbſt nach einem feindlichen Akt einzelner Truppenteile hätten „diplomatiſche Scheinverhandlungen", Entſchuldigungen etc., ſich noch fortſetzen laſſen, um wiederum Zeit zu gewinnen und ſchließlich uns doch das Odium der formellen Angreiferrolle aufzubürden. Es war die mißliche Aufgabe der Politik, die Situation für das Einſetzen der militäriſchen Aktion zu klären, für die jeder Tag zählte. Das Bedenken des diplomatiſchen Nachteils mußte hinter den militäriſchen Notwendigkeiten zurücktreten. Es war die Ungunſt unſerer geographiſchen Lage.

Die ruſſiſche Kriegsliſt iſt durch das angeführte Protokoll genügend enthüllt. Und wie es in Frankreich ſtand, zeigt ſchon der Umſtand, daß die franzöſiſche Mobilmachung in Paris zur gleichen Stunde wie die unſrige in Berlin, am 1. Auguſt nachmittags, verkündet worden.

Der Vorwurf einer Überſtürzung der Dinge kann bei dieſer Sachlage wohl nicht aufrecht erhalten werden. Es wäre ein unverzeihliches Unrecht gegen unſer Volk, gegen unſere Truppen geweſen, wenn wir um eines diplomatiſchen Scheins willen die ruſſiſche Abſicht, unſere „Befürchtungen einzuſchläfern", nicht durchkreuzt und auch nur einen Tag nach Ablehnung unſeres Ultimatums mit der Kriegserklärung gezögert hätten.

Sehr bemerkenswert und vielſagend iſt auch die Darlegung der Hoenigerſchen Schrift, daß aus den Berechnungen der 1912er Militärkommiſſion über die Munitionsſicherung der für die Fertigſtellung der Rüſtung und für den Kriegsbeginn damals ins Auge gefaßte Termin ſich etwa auf den September 1914 berechnen läßt.

Nachtrag: Inzwiſchen iſt, wie das Wolff Tel. Bur. aus Chriſtiania meldet, in der Perſon des ruſſiſchen Generals Gurko ein neuer Zeuge für die Richtigkeit unſeres Vorgehens erſtanden. Der General, der ſich zur Zeit in Chriſtiania aufhält, ſchreibt im dortigen „Morgenbladet“, vom deutſchen Standpunkt aus ſei die ruſſiſche Mobilmachung gleichbedeutend mit der Möglichkeit für Rußland geweſen, unverzüglich den Krieg zu beginnen. Die einzige Überlegenheit Deutſchlands habe in der Schnelligkeit ſeiner Mobiliſation gelegen. Hätte Deutſchland auf eine formelle Kriegserklärung Rußlands gewartet, ſo würde es dieſen Haupttrumpf preisgegeben haben. Folglich hätte die ruſſiſche Mobilmachung für Deutſchland die Notwendigkeit bedeutet, ohne einen Tag zu vergeuden, Rußland den Krieg zu erklären.

Kontinentalpolitik

Grundſätzliches

Von Dr. Leo Schwering, Köln

Deutſchland iſt ein einziges großes Verſuchsfeld geworden. Wir ſuchen nach neuen Wegen und zwar überall. Kein Wunder, wenn auch auf dem Gebiete der Außenpolitik, dieſes Stiefkindes unſerer Nation am alten gerüttelt wird und unbegangene Pfade locken. Wenn der alten Diplomatie der Vorwurf einer kraſſen Ideenarmut ſeit Bismarcks Abgang nicht erſpart werden kann, ſo ſchlagen unſere außenpolitiſchen Schwarmgeiſter vielfach heute ins Gegenteil, ſie überkugeln ſich förmlich in neuen ganz ungeahnten Vorſchlägen. Die meiſten ſind kaum ernſt zu nehmen. Leicht beieinander, ſo möchte man ihnen mit Wallenſtein zurufen, wohnen die Gedanken, doch hart im Raume ſtoßen ſich die Sachen! Ernſtere Beachtung vielleicht verdienen diejenigen, welche als politiſches Ziel gleichſam die Vereinigung von Feſtland-Europa zu einem wirtſchaftlich-politiſch wohlgeſchloſſenen Block erſtreben. Alſo Vereinigte Staaten von Europa! Sie ſchließen dabei Großbritannien aus, ſie wollen es ſogar auf das ſchärfſte bekämpfen. Und darin haben ſie recht, wenn ſie erklären, die Inſelmacht ſei gar kein europäiſcher Staat! Man wird auch nicht verkennen dürfen, daß in den Entwürfen dieſer „Kontinentalpolitiker“ etwas Verlockendes liegt. Wenn ſie im übrigen für eine deutſch-ruſſiſche Annäherung ſind, ſo ſagen ſie damit nichts Neues; denn ſie iſt altes Erbgut Bismarckſcher Traditionen*), neu iſt nur der Verſuch einer gleichzeitigen Verſtändigung nach Weſten und nach Oſten, alſo vor allem zwiſchen Deutſchland Frankreich und Rußland.

---

*) Wir ſind anderer Anſicht. Siehe Artikel „Bismarcks auslandspolitiſches Erbe“, Nr. 18. Die Redaktion.

Der geſchichtlich geſchulte Leſer wird zunächſt über dieſen Plan, ſoweit die weſtliche Republik in Frage kommt, betroffen ſein, da er eine 2000 jährige hiſtoriſche Erfahrung doch nicht ſo ohne weiteres verleugnen kann. Liegen in ihr zwiſchen den beiden großen Völkern nur „Mißverſtändniſſe", „Unklarheiten" vor, die bei genauerer Betrachtung ſich als überhaupt nicht beſtehend entpuppen, oder handelt es ſich hier um tiefer liegende Probleme, die ihren Urſprung in geographiſchen, raſſenpſychologiſchen, wirtſchaftlichen natürlichen Rivalitäten haben, die beide Völker von einander ſcheiden werden, ſo lange ſie „ſie ſelbſt" bleiben? Ich glaube nicht, daß eine nüchterne Beurteilung der Dinge hier eine andere Antwort finden kann als die, daß es gewiſſe hiſtoriſch-politiſche Lagerungsverhältniſſe gibt, die ſo unveränderlich und ſo alt ſind, wie gewiſſe geologiſche. Es ſind geſchichtliche Grundbegriffe, an die man nicht rühren kann, weil man ſonſt eben Dinge ändern müßte, die unveränderlich ihrer Natur nach ſind, wie der Charakter oder die Neigung des Menſchen zu gewiſſen Fehlern. Von dieſem Standpunkte aus wird man auch dem Einwurf der Kontinentalpolitiker leicht begegnen können, wenn ſie natürlich vor allem bezüglich Frankreich darauf aufmerkſam machen, ihre Tätigkeit ſolle und brauche auch nicht von heute auf morgen erfolgreich ſein; hier ſei eben lange Arbeit zu leiſten, die Zeit werde ihr beſter Bundesgenoſſe werden! Hegel hat irgendwo einmal geſagt, das einzige, was man aus der Geſchichte lerne, ſei dies, daß die Völker nichts daraus lernten! Das iſt boshaft, aber ſollten wir wirklich nichts aus der deutſch-franzöſiſchen Geſchichte gelernt haben? Vielleicht doch dies, daß die Illuſion im Kopfe des Deutſchen dann am lebendigſten geweſen ſei, wenn die realpolitiſchen Wirklichkeiten für die Erfüllung ſeiner Illuſionen am ausſichtsloſeſten waren.

Es iſt auch der Verſuch gemacht worden, in der jüngſten Geſchichte unſeres Nachbarn darauf hinzuweiſen, daß für die von den Kontinentalpolitikern vorgeſchlagenen Ziele ſich Anſätze gerade ſeit 1871 fänden; nur die Unfähigkeit der deutſchen Diplomatie habe ſie nicht zu nutzen verſtanden. Wir leugnen eine gewiſſe Annäherung damals nicht, aber was war ihr Grund? Nicht der Verſuch einer Annäherung an ſich, ſondern die gemeinſame deutſch-franzöſiſche Kampfſtellung gegen Großbritannien in kolonialen Fragen. Und nur ſolange, wie dieſe beſtand, gab es gewiſſe Linien der „Annäherung". Dieſer entſcheidende Punkt fällt heute weg; Frankreich iſt kolonial überſaturiert! Gegenſätze hat das auf allen Gebieten ſtagnierende Land mit Großbritannien kaum mehr ernſtliche. Die näheren Umſtände des höchſten Gegenſatzes zwiſchen Großbritannien und der Republik in der jüngſten Epoche, alſo während Faſchoda, aber ſind namentlich allen zu empfehlen, die der Fata morgana einer „Kontinentalpolitik" nachjagen. Faſchoda iſt der

Urſprung der entente cordial! Und wie zurückhaltend gegen uns war ſelbſt ein ſo gemäßigter und uns im Grunde nicht ungünſtig geſinnter Politiker wie der bekannte Hiſtoriker und Miniſterpräſident Gabriel Hannoteaux! Solange Deutſchland eine Macht iſt, wenn auch nur eine beſcheidene, iſt „Kontinentalpolitik“ gegenüber Frankreich unmöglich, trotz des neu gewonnenen Elſaß. Kein Volk iſt ſeiner Natur nach imperaliſtiſcher als das franzöſiſche. Das ſind Tatſachen, die wir nicht ändern können!

Doch laſſen wir die geſchichtlichen Erinnerungen, denen übrigens in den Erörterungen, die ſich mit den in Frage ſtehenden Problemen beſchäftigen, leider durchgängig viel zu kurz kommen, und prüfen wir die Dinge in der Gegenwart. Da ſcheinen ſich mir zwei Fragen von ausſchlaggebender Bedeutung zu erheben, nämlich: kann Frankreich den Weg gehen, den die Kontinentalpolitiker ventilierten, und dann: will es ihn gehen! Es iſt klar, daß, wenn Ausſicht da wäre, wir alles verſuchen müßten, Frankreich dazu zu bringen, denn der große Kontinentalblock würde in der Tat eine wirkliche Friedensgarantie bedeuten, und das zu erreichen, darf keine Arbeit und keine Anſtrengung als zu groß geachtet werden.

Kann Frankreich? Man sollte meinen die Frage ſei müßig; denn welche Großmacht könnte nicht, wie ſie wollte. Aber gerade der Weltkrieg hat uns bis zur Evidenz gezeigt, daß auch die Großmächte gewiſſe Grundlagen ihrer Exiſtenz nicht verlaſſen dürfen, ohne daß ſie dieſe auf Sand bauen. Damit konzentriert ſich die Frage enger auf die Erörterung: Wird Großbritannien geneigt ſein, einen Block, wie den vorgeſchlagenen, zu ermöglichen oder gar zu unterſtützen. Jeder, der die europäiſche Geſchichte ſeit den letzten Jahrhunderten kennt, wird darauf: nein antworten müſſen. Großbritannien würde eine ſeiner Grundlagen aufgeben, wenn es nicht alles daran ſetzte, die vorgeſchlagene Verbindung zu verhindern. Und es läßt ſich leider nicht leugnen, daß dieſe politiſche und moraliſche Macht Druckmittel genug beſitzt, um unſern weſtlichen Nachbarn feſt an der Hand zu behalten. Die Kontinentalpolitik, wie ſie vorgeſchlagen wird, iſt eben gar keine reine Angelegenheit der drei genannten Staaten, die nur zu wollen brauchen, um das heute ſcheinbar Unmögliche zu einer politiſchen Wirklichkeit zu machen. Großbritanniens Politik muß ſogar im Augenblick ſtärker denn je danach drängen, in Frankreich auf dem europäiſchen Kontinent einen Kontinentaldegen zu behalten, denn die Entwicklung der Dinge in Rußland iſt für die Entente d. i. vor allem England, nicht zufriedenſtellend. Und jeder Zug der neueſten britiſchen Politik beweiſt das. Man denke nur an die der Verwirklichung nahen Pläne eines Kanaltunnels; die umwälzenden Umſtände des U-Bootkrieges nötigen die Inſelmacht zu einer feſten und unzerſtörbaren Verbindung mit dem Feſtlande, um nur einen Punkt hervorzuheben. Wir würden daher bei unſeren Verſuchen den ſchärfſten Widerſpruch Großbritanniens finden, ſo ſcharf, daß Frankreich gar nicht kann, ſelbſt wenn es wollte. Und Frankreich iſt niemals weniger

Herr ſeiner eigenen Entſchlüſſe geweſen als ſeit dem Weltkriege; er hat die Abhängigkeit dieſes Landes nicht nur finanziell, ſondern auch politiſch von den Angelſachſen ins Ungemeſſene vergrößert. Der lebendige Ausdruck deſſen iſt das angelſächſiſch-franzöſiſche Einvernehmen in Verſailles, das bereits ſchriftlich fixiert ſcheint. Uns dünkt, daß das einzige, was wir hier für die nächſte Zukunft, wenn nicht entſcheidende Änderungen in der ganzen Weltlage eintreten, was ja immerhin möglich iſt, bezüglich Frankreich erreichen können, iſt, der Verſuch einer ehrlichen Verſtändigung und eines ſchiedlich friedlichen Nebeneinanders dieſer zwei ſeit einem Jahrtauſend eiferſüchtigen Rivalen, deren ſteter Gegenſatz ja eine der Quellen geweſen iſt, aus denen die Weltmacht Großbritannien emporkam.

Aber will Frankreich? Wir erblicken in der heutigen franzöſiſchen Preſſe keine Verſuche dazu. Im Gegenteil nie iſt die Sprache dort erbarmungsloſer gegen Deutſchland geweſen. Der Chauvinismus, der in Frankreich weit mächtiger iſt wie bei uns, berauſcht ſich bereits wieder an dem Gedanken eines den Kontinent leitenden Frankreich, was übrigens nach dem Zuſammenbruche Deutſchlands und Mitteleuropas ganz natürlich iſt. Die Politik Frankreichs in der öſterreichiſchen Frage iſt voll Mißwollen gegen das deutſche Volk! Frankreich vergißt nicht! Kein Volk tut es weniger wie dieſes, deſſen hochgeſpannter Nationalſtolz durch keine ſozialiſtiſche Agitation ganz ausgeräumt werden wird, das gehört zur franzöſiſchen Mentalität, die ihr ebenſo charakteriſtiſch iſt, wie uns der Wille zur Arbeit!

Wir fürchten daher aus hiſtoriſchen und völkerpſychologiſchen Gründen, daß die Anhänger der Kontinentalpolitik ſich bezüglich des Weſtens auf einem Wege befinden, der eine ſchöne Illuſion iſt! Bei ihren ſozialiſtiſchen Anhängern mag der Umſtand immerhin entſchuldigen, daß ſie der umgeſtaltenden Kraft des ſozialiſtiſchen Gedankens auch in Frankreich eine übertriebene Bedeutung zumeſſen. Frankreich iſt viel weniger Induſtrieland wie das Reich, und es wird es durch den Weltkrieg, der die Entvölkerung ins tragiſche vermehrt hat, nicht mehr werden. Aber auch auf bürgerlicher Seite ſollte man nicht in den Fehler fallen, dadurch die Mißgriffe des alten Regimes auszugleichen, daß man nun genau das Gegenteil von dem zu tun ſich anſchickt, das früher üblich war und der letzte Schluß der Weisheit kaiſerlicher Politik zu ſein ſchien. Zurückhaltung und Nüchternheit iſt namentlich in der Außenpolitik überall, wo nicht ganz klare Pfade daliegen, vorläufig ein Erfordernis, das wir trotz der Bekundung unſerer unbedingten Friedensliebe betonen müſſen. Unterdeſſen wird ſich die praktiſche Verwendbarkeit des neuen Völkerbundes von ſelbſt zeigen. Die Anhänger der Kontinentalpolitik ſcheinen von ihm ſelbſt nicht durchdrungen zu ſein. Das iſt verſtändlich. Die Grundlage des Völkerbundes iſt ein Friede der Gerechtigkeit und der Verſöhnung. Werden wir ihn erwarten dürfen? Die Verhandlungen werden es lehren!

Ein Weg zur Neuordnung unſerer Finanzen

Von R. Kuczynski

Vor dem Kriege betrugen die Schulden von Reich, Staaten und Gemeinden rund 25 Milliarden Mark. Nach dem Kriege werden ſie, falls ein Frieden nach den Grundſätzen Wilſons bald zuſtande kommt — einſchließlich 50 Milliarden Entſchädigung an unſere Gegner*) — rund 260 Milliarden betragen. Die Summe aller Privatvermögen wird man gegenwärtig auf etwa 310 Milliarden ſchätzen können. Nach Abzug des unentbehrlichen Hausrats uſw. und nach Verluſt Elſaß-Lothringens und der überwiegend polniſchen Landesteile wird man ſie auf nicht mehr als 260 Milliarden anſetzen dürfen. Günſtigſtenfalls werden alſo die öffentlichen Schulden ebenſo hoch ſein wie die Summe aller Privatvermögen. Für die öffentlichen Schulden aber haftet das ganze Volk. Würde mithin der Reichsfinanzminiſter jetzt jedem Deutſchen ſchreiben: „Du ſchuldeſt uns Dein ganzes Vermögen", ſo würde er dem Sachkenner nichts Neues mitteilen, ſondern lediglich eine Tatſache feſtſtellen.

Es wäre nun ſehr wohl denkbar, die letzte Konſequenz aus dieſem Tatbeſtand zu ziehen und das ganze Privatvermögen zugunſten des Reichs zu konfiszieren. Eine ſolche Maßnahme wäre auch techniſch ohne allzugroße Schwierigkeiten durchzuführen. Alle inländiſchen Schuldverpflichtungen (öffentliche Anleihen, private Obligationen, Hypotheken uſw.) würden annulliert, die heute gültigen Geldzeichen außer Kurs geſetzt, Grund und Boden, Fabriken, Häuſer in das Eigentum des Reiches übergeführt. Die Einnahmen des Reichs aus der Verpachtung der landwirtſchaftlichen Betriebe und der Vermietung der Wohnungen, Werkſtätten uſw. würden dann vorausſichtlich genügen, um die laufenden inneren Ausgaben zu decken. Steuern brauchten im weſentlichen nur mehr erhoben zu werden, um die Verpflichtungen an unſere Gegner zu erfüllen. Die öffentlichen Finanzen wären mit einem Schlage ſaniert. Der private Erwerbstrieb würde angeſpornt wie nie zuvor, und die deutſche Volkswirtſchaft könnte vielleicht einer neuen Blüte entgegengehen. Die aufreizende Ungleichmäßigkeit des Beſitzes, der Hauptgrund für die Unzufriedenheit der Maſſen, wäre fürs erſte beſeitigt. Trotzdem erſcheint die Konfiskation des geſamten Privatvermögens zurzeit aus innerpolitiſchen Gründen undurchführbar. Eine Wirtſchaftsverfaſſung, die alle Erwerbsfähigen zur Arbeit zwingt und zunächſt auf ihr Arbeitseinkommen beſchränkt und alle dauernd Erwerbsunfähigen auf öffentliche Unterſtützung verweiſt, iſt für zahlreiche einflußreiche Volksgenoſſen unvorſtellbar. Ein entſprechender Geſetzentwurf würde weder im Kabinett noch in der Nationalverſammlung eine Mehrheit finden. Der an ſich vielleicht zweckmäßigſte Weg zur Neuordnung unſerer Finanzen iſt damit verſperrt.

---

*) Der heutige (diskontierte) Wert der in unſeren Gegenvorſchlägen angebotenen 100 Milliarden läßt ſich erſt berechnen, wenn die Jahresraten feſtgelegt ſind.

Die Gegner jeder Vermögensabgabe ſchlagen den umgekehrten Weg vor. Die öffentlichen Schulden ſollen einſtweilen unvermindert beſtehen bleiben und die Schuldzinſen, wie alle anderen Ausgaben, aus den laufenden Einnahmen der Bevölkerung beſtritten werden. Nun beziffert *Dernburg* die künftigen Reichsſchuldzinſen auf jährlich 9248 Millionen, den ſonſtigen „lebensnotwendigen Bedarf des Reichs“ auf 8181 Millionen und den Bedarf der Bundesſtaaten und Gemeinden auf 5600 Millionen, den geſamten öffentlichen Jahresbedarf alſo auf 23 Milliarden. Durch Einſchränkung der Heeresausgaben, die Dernburg für die kommende Friedenszeit auf jährlich 2 Milliarden bemißt, durch Beſchleunigung der Finanzreform, aus der Dernburg vor dem 1. April 1920 keine Einnahmen erwartete, und durch Erſparniſſe infolge der Abtretung Elſaß-Lothringens und der überwiegend polniſchen Landesteile ließe ſich der Bedarf wohl auf 20 Milliarden ermäßigen. Anderſeits erhöht er ſich durch die Entſchädigungen an unſere Gegner auf mindeſtens 23 Milliarden. Nun wird man das Geſamteinkommen der Bevölkerung des Deutſchen Reichs nach der Gebietsabtretung auf nicht mehr als 40 Milliarden ſchätzen dürfen. Davon müßten auch nach Abbau der Preiſe und nach Abzug aller Zölle und Steuern auf Lebensmittel, ſelbſt bei ausſchließlicher Pflanzenkoſt und dürftigſter Bekleidung und Heizung, etwa 15 Milliarden (70 Pfennig auf den Kopf und Tag) nur zur Befriedigung dieſer notwendigſten Bedürfniſſe (ohne Wohnung) verwendet werden. Es iſt daher ganz unmöglich, 23 Milliarden durch laufende Steuern aufzubringen.

Unter dieſen Umſtänden bleibt nichts anderes übrig als einen Mittelweg zu ſuchen, d. h. einen Teil der Schulden durch eine teilweiſe Vermögenskonfiskation abzubürden und den dann noch verbleibenden öffentlichen Bedarf aus dem Einkommen der Bevölkerung zu decken.

1. Die bisherigen Vorſchläge für eine *einmalige Vermögensabgabe* krankten im allgemeinen daran, daß ſie eine Schätzung des Vermögens an einem Stichtage durch den Beſitzer vorſahen. Das führt zu großen Ungerechtigkeiten, weil der Wert an einem beſtimmten Tage, namentlich in erregten Zeiten, durch mannigfache Zufälle beeinflußt wird, und weil die Abgabe um ſo kleiner ausfällt, je unehrlicher der Beſitzer iſt. Eine weitere Schwäche beſteht darin, daß die ins Ausland gebrachten Vermögensteile freibleiben. Alle dieſe Fehlerquellen werden bei dem folgenden Vorſchlag nahezu ausgeſchaltet:

Mit dem . . . . 1919 geht die Hälfte aller Vermögen in das Eigentum des Deutſchen Reiches über.

Jeder Beſitzer von Reichsbanknoten, Reichskaſſenſcheinen, Darlehnskaſſenſcheinen und jeder Beſitzer von Reichsanleihen, Reichsſchatzanweiſungen hat dieſe Werte in der Zeit vom . . . bis . . . 1919 bei einer der im „Reichsanzeiger“ bekannt zu gebenden Umtauſchſtellen einzureichen. Er erhält die Hälfte des Nennwertes in neuen Stücken zurück. Das alte Papiergeld gilt vom . . . 1919 ab nicht mehr als geſetzliches Zahlungsmittel; auch werden von dieſem Tage ab alte Zinsſcheine nicht mehr eingelöſt.

Jeder Beſitzer von Anleihen der Bundesſtaaten, Provinzen, Kreiſe und Gemeinden, ſowie von Schuldverſchreibungen, Pfandbriefen, Obligationen, Aktien und Kuxen inländiſcher Unternehmungen hat dieſe Werte nebſt Zinsbogen bzw. Dividendenbogen in der Zeit vom . . . bis . . . 1919 bei einer der im „Reichsanzeiger“ bekannt zu gebenden Abſtempelungsſtellen einzureichen. Er erhält dann die abgeſtempelten, auf die Hälfte des bisherigen Nennwerts herabgeſetzten Stücke mit neuen, ebenfalls auf die Hälfte des bisherigen Wertes reduzierten, Zins- bzw. Dividendenbogen, während das Reich Doppelſtücke zurückbehält. Die alten Zins- bzw. Dividendenſcheine werden nicht mehr eingelöſt.

Den Beſitzern von Sparkaſſenguthaben und Bankguthaben wird die Hälfte ihrer Guthaben geſtrichen.

Die Inhaber von Landwirtſchafts-, Gewerbe- und Handelsbetrieben ſind berechtigt, die Geſchäftsanteile ſtiller Teilhaber uſw. auf die Hälfte herabzuſetzen.

Die Einlöſung zurzeit der Vermögensabgabe laufender Wechſelverbindlichkeiten und Rechnungen hat in neuem Geld und zwar nur zur Hälfte des Nennwerts des Wechſels bzw. des Betrags der Rechnung zu erfolgen.

Die Lebens- und Rentenverſicherungsgeſellſchaften ſind berechtigt, den Geſamtwert der zur Zeit der Vermögensabgabe laufenden Verſicherungen um die Hälfte ihres „Zeitwertes“ zu kürzen.

Die Hälfte aller Hypotheken, Grundſchulden und Rentenſchulden iſt an das Reich abzutreten. Das Reich wird Beſitzer von Teilhypotheken uſw., die mit den Stammhypotheken gleichen Rang haben.

Jeder Eigentümer eines inländiſchen Grundſtücks hat die Hälfte ſeines eigenen Guthabens an dem Grundſtück an das Reich abzutreten. Als Guthaben des Eigentümers gilt der „gemeine Wert“ des Grundſtücks zur Zeit der Vermögensabgabe, abzüglich der hypothekariſchen Belaſtung. Kann oder will der Eigentümer den Beſitzanteil des Reichs nicht in Geld oder Geldeswert ablöſen, ſo iſt in Abteilung III des Grundbuchs für das Reich eine den vorhandenen Eintragungen nachgeordnete Sicherungshypothek in Höhe ſeines Anſpruchs einzutragen. Dieſe Sicherungshypothek iſt dem Reich mit 5% zu verzinſen und mit mindeſtens 1½% jährlich zu tilgen. Die vollſtändige oder teilweiſe Ablöſung dieſer Sicherungshypothek kann ſeitens des Grundſtückseigentümers jederzeit erfolgen.

Jeder Inhaber eines Gewerbe- oder Handelsbetriebs hat die Hälfte der in ſeinem Beſitz befindlichen Waren (Rohſtoffe, Halb- und Fertigfabrikate) an das Reich abzutreten. Die Ablieferung erfolgt in natura. Ein Rückkauf der abgetretenen Waren durch den bisherigen Eigentümer iſt zuläſſig. Geſamtwarenbeſtände im Wert von weniger als 10 000 Mark werden nicht von der Abgabe betroffen, ebenſowenig im Betrieb benutzte Arbeitswerkzeuge und Maſchinen, ſoweit ſie den Beſtand vom 1. Januar 1919 nicht überſteigen.

Von der Abgabe befreit iſt das Vermögen der öffentlich-rechtlichen Körperſchaften (Staaten, Gemeinden, Kirchen, Handelskammern, Innungen uſw.), der Träger der Sozialverſicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Privatangeſtelltenverſicherung, Knappſchaftskaſſen), der Penſions- und Sterbekaſſen, der Aktiengeſellſchaften und Gewerkſchaften. Von der Abgabe können auf Antrag befreit werden Stiftungs- und Vereinsvermögen, inſoweit ſie nachweislich gemeinnützigen Zwecken dienen.

Beſitzern feſtverzinslicher Werte (Schuldverſchreibungen, Pfandbriefe, Obligationen, Sparkaſſenguthaben, Bankguthaben, Hypotheken uſw.), die am . . . 1919 das 45. Lebensjahr überſchritten haben oder dauernd erwerbsunfähig ſind und denen nach Entrichtung der Vermögensabgabe eine Jahresrente von weniger als 1000 Mark verbleibt, kann auf Antrag eine lebenslängliche Rente in doppelter Höhe der ihnen verbliebenen Rente gewährt werden, wenn ſie auch die andere Hälfte ihrer feſtverzinslichen Werte an das Reich abtreten.

2. Dem Reiche iſt der Pflichtteil eines Kindes einzuräumen, wenn ein Erblaſſer nicht wenigſtens drei Kinder oder Nachkommen von drei Kindern hinterläßt. Das Reich würde erhalten: die Hälfte des Nachlaſſes der ohne Hinterlaſſung von Eltern, Ehegatten oder Kindern Verſtorbenen; ein Viertel des Nachlaſſes der unter Hinterlaſſung von Eltern oder Ehegatten oder einem Kind Verſtorbenen; ein Sechſtel des Nachlaſſes der verheirateten unter Hinterlaſſung von Eltern oder einem Kind und der verwitweten unter Hinterlaſſung von zwei Kindern Verſtorbenen; ein Achtel des Nachlaſſes der verheiratet Verſtorbenen mit zwei Kindern. Nachläſſe bis zu 20 000 Mark, beim Vorhandenſein von zwei Kindern bis zu 30 000 Mark, wären vom Zugriff des Reiches auszuſchließen.*)

3. Die Reichserbſchaftsſteuer iſt unter Aufhebung der beſtehenden ſtaatlichen Zuſchläge, der beſonderen ſtaatlichen Erbſchaftsſteuern und der Beſitzzuwachsſteuer etwa in folgender Weiſe auszubauen: Die jetzt gültigen Normalſätze werden verdoppelt; der Erwerb von Todes wegen oder durch Schenkung an Ehegatten wird zu einem Normalſatz von 2%, an Kinder und Abkömmlinge

---

*) Vgl. Dr. Kuczynski und Dr. Mansfeld, Der Pflichtteil des Reiches, Berlin 1917.

von Kindern zu einem Normalſatz von 4% beſteuert. Steuerbeträge bis zu 20 Mark werden nicht erhoben. Die beſtehende Progreſſion, die je nach der Höhe des Erwerbs bis zum 2½fachen des Normalſatzes (bei über 1 Million) anſteigt, wird beibehalten, jedoch mit der Abänderung, daß für die Bemeſſung des Steuerſatzes Erbanfall und Vermögen zuſammengerechnet werden. Die Abſtufung erfolgt alſo nicht nach der Größe des Erbteils, ſondern nach dem nunmehrigen Geſamtvermögen des Erben. Der Millionär würde zu dem höchſten Erbſchaftsſteuerſatz herangezogen, gleichviel, ob ſein Erbanfall groß oder klein iſt; der Unbemittelte hingegen würde je nach der Höhe des Erbanfalls beſteuert. (Wer heute von ſeinem Bruder 250 000 Mark erbt, hat — abgeſehen von etwaigen ſtaatlichen Zuſchlägen — an Reichserbſchaftsſteuer zu zahlen: 1,7 × 4% = 6,8% = 17 000 Mark; wer künftig von ſeinem Bruder 250 000 Mark erbt, hätte, wenn ſein ſonſtiges Vermögen 50 000 Mark nicht überſteigt, insgeſamt zu zahlen: 1,7 × 8% = 13,6% = 34 000 Mark, wenn aber ſein ſonſtiges Vermögen 750 000 Mark überſteigt: 2,5 × 8% = 20% = 50 000 Mark.)

4. Die wichtigſte direkte Steuer muß nach wie vor die Einkommenſteuer ſein. Will man einen dem gewaltigen Bedarf entſprechenden Betrag, ſagen wir 4 Milliarden, daraus gewinnen, ſo müßte man, wenn man dabei die preußiſche Einkommenſteuer zum Vorbild wählen wollte, in der Progreſſion bei den höchſten Einkommen bis zu etwa 70% hinaufgehen. Eine derartige Einkommenſteuer nach einer 50 prozentigen Vermögensabgabe und neben einer ſcharfen Aufwand- und Vermögenszuwachsſteuer würde aber an die Steuermoral der Wohlhabenden Anforderungen ſtellen, die ſie kaum erfüllen würden. Überdies würde eine ſolche Steuer ſehr zahlreiche und ſachkundige, daher hoch zu beſoldende Steuerbeamte erfordern. All das ließe ſich ohne Einbuße für den Fiskus vermeiden, wenn man dazu überginge, die Einkommen vorzugsweiſe an der Quelle zu erfaſſen. Zu dieſem Zwecke wäre der Gedanke der im Entwurf vorliegenden Kapitalertragsſteuer dahin auszubauen, daß er auch auf alle Einkommen aus Gehalt Lohn, Penſion uſw. angewendet würde. Wie der Schuldner 10% der Kapitalerträge an das Reich zu zahlen hätte, ſo müßte der Arbeitgeber 10% der Gehälter, Löhne, Penſionen uſw. an den Reichsfiskus abführen. Die Einkommen aus Grundvermögen, Handel und Gewerbe und anderer ſelbſtändiger gewinnbringender Beſchäftigung wären dann von der Behörde zu veranlagen und mit 10% zu verſteuern. Zur Abgabe einer Steuererklärung wären nur mehr die Zenſiten verpflichtet, die ein Geſamteinkommen über 6000 Mark haben. Sie hätten zu zahlen bei einem Einkommen von nicht mehr als 9000 Mark 11% ihres Geſamteinkommens, bei mehr als 9000 Mark bis 12 000 Mark 12%, bei mehr als 12 000 Mark bis 15 000 Mark 13% uſw. und bei einem Einkommen von mehr als 78 000 Mark 35% ihres Geſamteinkommens. Dabei wären

ihnen die auf dem Wege der Kapitalertrag-, Lohn- uſw. Steuer bereits gezahlten Beträge, inſoweit ſie dieſe durch Quittung nachweiſen können, anzurechnen.

5. Die Einkommenſteuer zieht den Sparer und den Verſchwender mit den gleichen Sätzen heran. Die Beſitzzuwachsſteuer begünſtigt ſogar den Verſchwender. Das Intereſſe an dem Wiederaufbau unſerer Volkswirtſchaft gebietet aber die Bevorzugung des Sparers. Anderſeits kann auf eine ſtarke Beſitzzuwachsſteuer ſchon deshalb nicht verzichtet werden, weil die Vermögensabgabe nur die bei Friedensſchluß vorhandenen Vermögen, dieſe aber ſehr hart trifft und die nach Friedensſchluß entſtandenen Vermögen überhaupt nicht berührt. Zur Ergänzung der Einkommenſteuer ſollte daher unter Aufhebung der beſtehenden Beſitzzuwachsſteuer eine kombinierte *Aufwand- und Vermögenszuwachsſteuer* eingeführt werden. Dabei wäre etwa ſo zu verfahren: Aufwand und Vermögenszuwachs ſind alljährlich zu veranlagen und zuſammenzurechnen. (Die ſo errechnete Summe ſtellt den Betrag dar, den der Zenſit in dem betreffenden Jahre hätte ausgeben können, ohne ſein Vermögen zu vermindern.) Um nun das Sparen zu fördern, ſoll der Vermögenszuwachs zu zwei Dritteln ſteuerfrei bleiben. Außerdem ſoll ein Aufwand von 6000 Mark zuſätzlich je 2000 Mark für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen abgezogen werden dürfen. Von dem verbleibenden Betrag iſt eine Steuer von 15% zu entrichten. Bei der Veranlagung wäre zu beachten: Steuerpflichtige Schenkungen und Erbanfälle rechnen nicht als Vermögenszuwachs; Perſonalſteuern ſind vom Aufwand abzuſetzen. (Wenn ein Ehepaar mit zwei Kindern, bei einem Reineinkommen von 20 000 Mark abzüglich Perſonalſteuern, nichts geſpart und das gleiche Vermögen am Jahresſchluß wie am Jahresanfang hat, hätte es zu zahlen: 15 % von [20 000 Mark — 12 000 Mark] = 1200 Mark. Hat es unter den gleichen Vorausſetzungen 6000 Mark geſpart, ſo hätte es zu zahlen: 15% von [20 000 Mark — 4000 Mark — 12 000 Mark] = 600 Mark.)

6. Mit Rückſicht auf die ſcharfe Heranziehung der Vermögen durch die einmalige Vermögensabgabe, den Pflichtteil des Reiches und die Erbſchaftsſteuer, und der großen Einkommen durch die progreſſive Einkommenſteuer und die Aufwand- und Vermögenszuwachsſteuer dürfte es ſich rechtfertigen, die *Umſatzſteuer*, die zweifelsohne die kleinen Einkommen ſtärker belaſtet als die großen, zu erhöhen. Es würde ſich empfehlen, ſie zu verdoppeln, alſo den Satz von ½% auf 1% zu ſteigern.

Die vorgeſchlagene einmalige Vermögensabgabe dürfte mindeſtens 120 Milliarden erbringen. Dadurch würden 6 Milliarden Schuldzinſen geſpart. Die Verminderung der Reichsſchulden und des Papiergeldumlaufs würde aber zugleich eine Erhöhung des Wertes der Mark bewirken und einen Abbau der Preiſe und

Löhne im Gefolge haben. Das würde für den einzelnen die Vermögensabgabe weniger fühlbar machen. Reich, Staaten und Gemeinden aber würden Erſparniſſe haben, die man mit 1 Milliarde ſicher nicht zu hoch veranſchlagt. Der geſamte Jahresbedarf würde dann noch 16 Milliarden betragen. Davon könnten gedeckt werden durch

Pflichtteil des Reichs	400	Millionen
Erbſchaftsſteuer	500	„
Einkommenſteuer	4000	„
Aufwand- und Vermögenszuwachsſteuer	800	„
Umſatzſteuer	1800	„
Heutige Steuern des Reichs (einſchl. Branntweinmonopol, ausſchl. Erbſchaftsſteuer, Beſitzzuwachsſteuer, Umſatzſteuer)	3600	„
Heutige Steuern der Staaten und Gemeinden (ausſchl. Einkommen-, Vermögens- und Erbſchaftsſteuern)	1100	„
zuſammen	12200	„

Die fehlenden 3800 Millionen müßten durch den Ausbau der indirekten Steuern (auch Monopole) im Reich und der Gemeindeſteuern aufgebracht werden.

Von größter Bedeutung iſt nun die Verteilung der Steuererträge auf Reich, Staaten und Gemeinden. Die Staaten und Gemeinden haben nach der Gebietsabtretung und nach dem durch die Vermögensabgabe bewirkten Abbau der Preiſe und Löhne einen Jahresbedarf von vielleicht 4500 Millionen. Ihre bisherigen Steuern (ohne Einkommen-, Vermögens- und Erbſchaftsſteuern) erbringen etwa 1100 Millionen. Durch ſtärkere Ausnutzung der Grundſteuer in den ländlichen Bezirken u. ä. dürfte es gelingen, den Ertrag auf 1350 Millionen zu ſteigern. Der Reſt könnte aus der Vermögensabgabe, der Einkommenſteuer und der Umſatzſteuer gedeckt werden:

Durch die Vermögensabgabe wird das Reich in großem Umfange Gläubiger der Staaten und Gemeinden. Aus dieſen Schuldtiteln könnte das Reich 1. die von den Gemeinden geleiſteten Vorſchüſſe für Kriegsunterſtützungen, Erwerbsloſenfürſorge uſw. erſtatten; 2. den Staaten — zur Entſchädigung für den Verzicht auf ihren Anteil an der Reichserbſchaftsſteuer, die ſtaatlichen Zuſchläge auf die Reichserbſchaftsſteuer und die ſtaatlichen Erbſchaftsſteuern — ſoviel zahlen, wie ſie in den Jahren 1909 bis 1918 insgeſamt an Einnahmen aus Erbſchaften gehabt haben, das ſind vielleicht 250 Millionen; 3. den Staaten und Gemeinden — zur Entſchädigung für den Verzicht auf die ſelbſtändige Feſtſetzung von direkten

Perſonalſteuern (Einkommen- und Vermögensſteuern) — ſoviel zahlen, wie ſie im Durchſchnitt der Jahre 1913 und 1918 aus Einkommen- und Vermögensſteuern bezogen haben, zuzüglich 5 Mark auf den Kopf der Bevölkerung; das ſind vielleicht 5¾ Milliarden.

Wenn ſich ſo die Schulden der Staaten und Gemeinden — abgeſehen von den erſtatteten Vorſchüſſen — um 6 Milliarden vermindern, verringert ſich ihr Jahresbedarf um rund 300 Millionen (ganz abgeſehen von der Verbeſſerung ihres Kredits, der durch die Schuldenverminderung eintreten würde).

Für die Einkommenſteuer dürfte ſich etwa folgender Verteilungsſchlüſſel empfehlen: Von dem Ertrag verbleiben vorweg dem zuſtändigen Staat und der zuſtändigen Gemeinde je 10%; die übrigen 80% werden in der Weiſe verteilt, daß von dem Geſamtertrag 40% dem Reiche zufließen, 10% den Staaten und 15% den Gemeinden nach Maßgabe ihrer Einwohnerzahl bei der jeweils letzten Volkszählung und 5% den Staaten und 10% den Gemeinden nach Maßgabe ihrer Einkommen- und Ergänzungsſteuereinnahmen im Jahre 1913. Es würden alſo den Staaten 25% und den Gemeinden 35%, d. h. bei einem Geſamtertrag von 4000 Millionen 1000 bzw. 1400 Millionen zufließen.

Nach dem beſtehenden Geſetze erhalten die Staaten 10% des Ertrages der Umſatzſteuer, die Gemeinden gleichfalls 10% und außerdem für Lebensmittelverſorgungszwecke 5%, aber nicht mehr als 50 Millionen Mark. Würde man dieſe Beſtimmungen für die verdoppelte Umſatzſteuer aufrechterhalten, und zwar unter Aufhebung der Beſchränkung auf 50 Millionen, ſo würden von dem geſchätzten Geſamtertrag von 1800 Millionen 180 Millionen an die Staaten und 270 Millionen an die Gemeinden gehen.

Von dem Geſamtbedarf der Staaten und Gemeinden in Höhe von 4500 Millionen würden alſo gedeckt durch

eigene Steuern	1350	Millionen
Schuldenverringerung	300	„
Anteil an Einkommenſteuer	2400	„
Anteil an Umſatzſteuer	450	„
zuſammen	4500	Millionen.

Vorausſetzung für die hier vorgeſchlagene Finanzreform iſt ein Frieden nach den Grundſätzen Wilſons. Auch dann iſt in dem Plan noch ein Loch von 3800 Millionen, das vor allem durch den Ausbau der indirekten Steuern (auch Monopole) zu ſtopfen wäre. Werden uns durch den Friedensvertrag übermäßige finanzielle Opfer oder Bedingungen auferlegt, die unſere Wirtſchaft knebeln, ſo iſt eine Sanierung unſerer Finanzen ausgeſchloſſen, und wir können dann unſere

Verpflichtungen weder an unſere Volksgenoſſen noch an unſere Gegner erfüllen. Vorausſetzung iſt aber auch, daß wir die Reform unverzüglich in Angriff nehmen. Wir wirtſchaften jetzt mit einem Defizit, das ſich allein im Reich auf monatlich 2 Milliarden beläuft, alſo die *dauernden* Laſten allein für das Reich allmonatlich um 100 Millionen ſteigert. Der Pflichtteil des Reichs und die Erbſchaftsſteuer ſollten ſofort eingeführt werden. Jeder Tag des Aufſchubs bedeutet für den Fiskus einen Entgang von mehreren Millionen. Auch die Verdoppelung der Umſatzſteuer, eine Erhöhung der Zigarettenſteuer und vielleicht ſelbſt die einmalige Vermögensabgabe könnten noch vor Friedensſchluß in Wirkſamkeit treten. *In jedem Falle aber ſollten ſich Reichsregierung und Nationalverſammlung ſo zeitig über die geſamte Finanzreform einigen, daß ſie am Tage nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages Geſetzeskraft erlangen kann.*

Die ärztliche Verſorgung des zukünftigen deutſchen Heeres

Von Dr. Bruno Glaſerfeld, Berlin-Schöneberg

I.

Die Nationalverſammlung in Weimar hat kürzlich die vorübergehende Bildung der Reichswehr beſchloſſen. Über die Beſchaffenheit unſeres zukünftigen Heeres iſt noch nicht geſprochen worden; wir kennen bisher weder die Stärke noch ſeine Zuſammenſetzung. Erſt der Friedensvertrag wird uns ein Bild geben, und dann muß die Nationalverſammlung das neue Heeresgeſetz beſchließen. Monate werden mithin vergehen, ehe an die Einzelheiten des deutſchen Zukunftsheeres wird gedacht werden können.

Wenn ich ſchon heute meine Anſichten über die Organiſation der ärztlichen Verſorgung im Heere niederſchreibe, ſo tue ich es nicht etwa, um eine fertige Materie der Öffentlichkeit zu übergeben, ſondern um die Diskuſſion, welche nicht früh genug darüber eröffnet werden kann, in Fluß zu bringen. Nur eine längere, freie Ausſprache, das Anhören aller Meinungen, können dazu führen, daß wir für das Zukunftsheer die beſte ärztliche Verſorgung bekommen. Die Nationalverſammlung hat nur wenig Arzte in ihren Reihen: Es iſt daher notwendig, daß ſie für die Materie Beiträge von fachkundiger Seite vorfindet.

Eine ernſthafte Sachkritik der beſtehenden Staatseinrichtungen war in Deutſchland bisher ſelten. Nimmt man ſich unſere politiſchen und fachwiſſenſchaftlichen Zeitſchriften zur Hand, ſo findet man nirgends eine eingehende Kritik des Heeres-Sanitätsweſens. Überall nur Artikel über die vorzüglichen Einrichtungen des militäriſchen Geſundheitsdienſtes und die hervorragenden Leiſtungen des aktiven Sanitätsoffizierkorps. Jetzt iſt es an der Zeit, freimütig vor der Öffentlichkeit alle die Schäden zu beſprechen, welche dem bisherigen Syſtem unſeres Sanitätsweſens anhafteten.

Ich bemerke gleich am Anfang meiner Ausführungen, daß ich nicht gewillt bin, Beiſpiele aus meiner langjährigen Erfahrung oder derjenigen vieler mir bekannten Fachgenoſſen anzuführen: denn ich will in keiner Weiſe Perſonen zu nahe treten, die nach meiner Anſicht nichts für die von ihnen begangenen Fehler können, ſondern nur Opfer des Syſtems ſind.

Am Syſtem krankte der geſamte Sanitätsoffiziersapparat. Die Fehler begannen in dem Beſtehen einer Sonderſchule für die zukünftigen Heeresärzte. Das Sanitätsoffizierkorps ergänzte ſich zum größten Teil aus den Studierenden der Kaiſer-Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungsweſen. Dieſe trug viel Schuld an dem, was am aktiven Sanitätsoffizier zu verurteilen war. Man komme bei dieſer Gelegenheit nur nicht mit Schlagworten und Beweiſen für all das Gute und Große, was die Akademie in den Jahrhunderten ihres Beſtehens geleiſtet hat; ich weiß auch, welche bedeutenden Kliniker früher Schüler der Akademie geweſen ſind, wie die Akademie bemüht war, in hygieniſchen und militärärztlichen Fragen maßgebend Stellung zu nehmen. In unſere Zeit paßt die Akademie nicht mehr hinein; ſie hat ſich ſchon ſeit Jahrzehnten überlebt, da ſie die Vertreterin des ſchlimmſten Kaſtengeiſtes, den man ſich denken kann, war. Dem jungen Abiturienten, der in die Akademie eintrat, wurde, bewußt oder unbewußt, eingeimpft, daß er etwas anderes, als die übrigen jungen Leute, welche Medizin ſtudieren, ſei. Dadurch, daß er tagein, tagaus mit den Kameraden der Akademie zuſammenlebte, hatte der junge Student es nicht nötig, Verkehr mit den Zivilkollegen zu ſuchen. Die Abgeſchloſſenheit, in der beide Studentenkategorien nebeneinander lebten, war faſt abſolut. Die Akademie ſchickte ihre Zöglinge nur zu den Vorleſungen der Berliner Univerſität, ſie belegte nur ganz beſtimmte Collegs; dem Studenten war es nicht erlaubt oder aus Zeitmangel unmöglich, nach freier Wahl Dozenten zu hören, für die er ſich intereſſierte. Dies alles erzog ihn zur Einſeitigkeit. Dann kam das praktiſche Jahr, das er als zukünftiger Militärarzt vor dem Staatsexamen ablegte, während der Zivilſtudent es nach demſelben abſolvieren mußte. Alle dieſe Einrichtungen führten zu einer Kluft zwiſchen Zivil- und Militärſtudenten, welche für letzteren unabſehbaren Schaden ſtiftete. Der junge Staatsexaminand zog nun Uniform an, erhielt militäriſch eine gehobene Stellung als Vorgeſetzter; was war da natürlicher, als daß dieſer junge Menſch von einigen zwanzig Jahren annahm, kraft ſeines Studiums auf der Akademie, kraft der anderen vermeintlichen Vorzüge, kraft der zukünftigen Zugehörigkeit zu dem Offiziersſtand nehme er eine Ausnahme-, d. i. eine gehobene Stellung in der Medizin ein!

Wir müſſen zugeben, daß der fertige Aſſiſtenzarzt im großen und ganzen über ein genügendes Wiſſen dank der ihm zuteil gewordenen ſtaatlichen Ausbildung verfügte, um ſich praktiſch betätigen zu können. Jetzt fing für die Mehrzahl der Sanitätsoffizere die Berufstätigkeit bei der Truppe und in den vielen kleinen Lazaretten an. Selbſt der mit dem beſten Wiſſen ausgeſtattete Arzt mußte bald einſehen, daß er hier infolge des Mangels an geeigneter Tätigkeit vieles, wenn nicht alles verlernte. Der Truppenarzt blieb nicht im Konnex mit der ärztlichen Wiſſenſchaft; nur ſehr wenig Garniſonſtädte hatten Vereinigungen von Sanitätsoffizieren zur Pflege der ärztlichen Kunſt und Wiſſenſchaft, in den kleinen Garniſonen dachte der Sanitätsoffizier nur ſelten daran, an den wiſſenſchaftlichen Vereinen der Zivilärzte teilzunehmen.

Die geſamten bei der Truppe beſchäftigten Militärärzte litten an einem erſchreckenden Grade von Untätigkeit. Neben dem geringen Revierdienſt, der Schreibtätigkeit, waren in der Mehrzahl der Garniſonen 1—1½ Stunden Lazarettdienſt die ganze Tagestätigkeit. Jedermann wußte, daß der Militärarzt bei dieſer Tätigkeit ärztlich verſauern mußte, zumal glücklicherweiſe dank des guten Geſundheitszuſtandes unſerer damals kerngeſunden Soldaten der Zugang im Revier und Lazarett ſehr gering war.

Die Unteroffiziere und Mannſchaften hatten in den allerſeltenſten Fällen ärztliches Vertrauen zu dem aktiven Sanitätsoffizier. Sie ſahen in ihm den Vorgeſetzten, dem ſie nicht widerſprechen durften, und konnten ihm nicht gegenübertreten, wie es das Verhältnis zwiſchen Arzt und Patient verlangt. Wenn der Kranke trotz ſeiner Beſchwerden zunächſt auf die militäriſchen Gepflogenheiten achten mußte, wenn er Furcht haben mußte, bei geringfügigem Irrtum in der Anrede des Dienſtgrades einen Verweis zu erhalten, konnte er in dem Arzt nicht ſeinen Helfer und Berater ſehen. Dazu kam, daß die Schematiſierung der militäriſchen Pharmakopöe es dem Sanitätsoffizier verbot, in ſeinen Medikationen viel Veränderungen eintreten zu laſſen, ſo daß der Kranke meiſt ſchon vorher wußte, was auf die vorgetragenen Beſchwerden ihm verordnet werden würde: auch das erhöhte nicht das Vertrauen. Drittens wußte der Patient, daß er zunächſt faſt von jedem Sanitätsoffizier für einen Simulanten gehalten wurde, zumal wenn er nicht Fieber oder ein weit ſichtbares Leiden darbot.

Der einzelne Nichtskönner ſchadete bei der Truppe dem Rufe der Sanitätsoffiziere viel mehr, als ein ſchlechter Zivilarzt dem Rufe der Allgemeinärzte. Das Publikum meidet den nichtsverſtehenden Zivilarzt. Der Soldat aber mußte in der Behandlung ſeines Truppenarztes bleiben, ob er wollte oder nicht: Da war nicht Kaſſenarztſyſtem mit beſchränkter Arztwahl, ſondern mit ein und demſelben Arzt, den zu wechſeln für den Kranken unmöglich war. Kann man ſich da über das mangelnde Vertrauen der Mannſchaften wundern?

Den *Offizieren* fehlte ebenfalls das Vertrauen zum Sanitätsoffizier, welcher für ſie geſellſchaftlich zum Kameraden zweiter Klaſſe gehörte. Sie hatten bald erkannt, daß der Sanitätsoffizier infolge des Mangels an ärztlicher Tätigkeit nicht auf der Höhe ſeiner Wiſſenſchaft war, und entzogen ſelbſt demjenigen Arzt ihr Vertrauen, der, als er zum Regiment kam, es noch beſaß. Die Sanitätsoffiziere haben es überdies nicht verſtanden, mit den Offizieren umzugehen. Teils um es mit ihren militäriſchen Vorgeſetzten nicht zu verderben, teils um die Offiziere jederzeit in ihren Wünſchen zu befriedigen, bildete es ſich aus, daß der Sanitätsoffizier häufig eine ſervile Haltung dem Offizier, ſelbſt dem jüngſten, gegenüber einnahm. Bekanntlich iſt nichts ſchädlicher beim Verhältnis zwiſchen Arzt und Kranken, als ein ſolches Weſen des Arztes.

Die Klagen von Offizier und Mann nahmen mit dem zunehmenden Alter der Sanitätsoffiziere begreiflicherweiſe zu. Regimentsärzte und Oberſtabsärzte in analogen Stellungen hatten durch die jahrelange geringe ärztliche Tätigkeit ſchon ſelbſt ſo wenig Vertrauen zu ihrem Können, daß ſie gar nicht mehr gern behandelten. Ihre Hauptbeſchäftigung bildeten der militäriſche Schreibkram und die Atteſte: Bei dieſer Tätigkeit wurde ſchließlich recht wenig ärztliches Wiſſen verlangt.

Gewiß, viele der Übelſtände waren bekannt, und man ſah in den letzten Jahren vor dem Kriege ein, daß die Sanitätsoffiziere zur Auffriſchung ihrer Kenntniſſe zu *Kurſen* abkommandiert werden mußten. Was halfen aber die beſten Kurſe, wenn nachher die Praxis zur Verwertung des Erlernten fehlt? Die Kurſe konnten die Fehler des Syſtems nicht wettmachen.

Andererſeits glaubte der frühere Staat, die Ausbildung der Sanitätsoffiziere auf eine ſehr gediegene Höhe durch die vielen Gelegenheiten der Ausbildung gebracht zu haben, welche er ihnen durch *jahrelange Kommandierung* an Univerſitätsinſtitute und Krankenhäuſer zuteil werden ließ. Hierin lag der gröbſte Fehler der früheren Verwaltung, da die ſpezialiſtiſch ausgebildeten Militärärzte meiſt dem Militär verlorengingen. Ein großer Teil zog bald nach der Ausbildung den bunten Rock aus und ſchuf ſich eine gute Praxis, nachdem Zulaſſung zur Privatdozentur oder Krankenhausanſtellung vorangegangen waren. Ein anderer Teil hatte wenig Gelegenheit, die ſpezialiſtiſch erworbenen Kenntniſſe am Krankenbett des Soldaten zu verwerten, da er nach der Ausbildung bald die vorbereitenden theoretiſchen Stellungen für die höheren Dienſtgrade erhielt. Nur ein ganz kleiner Teil der Ausgebildeten blieb dem eigentlichen Heer erhalten, ſo daß dies wirklich Nutzen aus der jahrelangen Ausbildung ziehen konnte.

II.

Wie haben ſich die aktiven Sanitätsoffiziere *im Kriege* bewährt? Wir müſſen einen Unterſchied zwiſchen jüngeren und älteren Ärzten machen. Aktive

Aſſiſtenz- und Oberärzte waren im Front- und Etappenheer bei der Ausführung ärztlicher Arbeit nicht ſichtbar; warum ſie nicht zum Truppen- und Lazarettdienſt herangezogen wurden, gehört nicht zu unſerem Thema. Jedenfalls hat die Militärverwaltung hierdurch eigens bewieſen, daß der ärztliche Dienſt beim geſamten Heer ohne die niederen Stufen der aktiven Sanitätsoffiziere gut zu beſtellen iſt.

Die älteren Sanitätsoffiziere nahmen die Stellungen von Chefärzten der Sanitätskompagnien, Feld- und Kriegslazarette, von Diviſions- und Korpsärzten, Kriegslazarettdirektoren ein. An der Hand der Kriegsſanitätsordnung, welche dieſe Ärzte beherrſchten, haben ſie manches gut hygieniſch angeordnet und durchgeführt. Der Weltkrieg zeigte aber, daß das Feſthalten an den ſtarren Paragraphen der Kriegsſanitätsordnung nur von Übel für Verwundete und Kranke ſein konnte. Die aktiven Sanitätsoffiziere haben in ihrer dem Fortſchritt abgeneigten, für den Augenblick nicht eingeſtellten Art ſich nicht von den alten Zöpfen trennen können. Das alte Syſtem ſchaltete verſtändiges Selbſthandeln, Selbſtdisponieren in den mannigfachen Zufällen des Krieges, beſ. des Bewegungskrieges, aus und wurde daher ein furchtbarer Hemmſchuh. Der aktive Sanitätsoffizier verſagte am meiſten auf Kriegsſchauplätzen, deren Naturcharakter dem An- und Abtransport viele Schwierigkeiten bot, welche in der für den ſiegreichen Offenſivkampf zugeſchnittenen Kriegsſanitätsordnung nicht vorgeſehen waren. Wieviel Befehle wurden zum Nichtabtransport von Kranken und Verwundeten gegeben, nur weil nach irgendwelchen Beſtimmungen, die für den ſpeziellen Fall garnicht brauchbar waren, gehandelt werden mußte; wieviel unſerer Patienten haben unter dieſen vermoderten Paragraphen zu leiden gehabt! Daß trotzdem noch überall halbwegs die ärztliche Verſorgung funktionierte, lag nur daran, daß die ordinierenden Ärzte, welche ja durchweg dem Zivilſtande angehörten, nach ihrem eigenem Kopf das Richtige im richtigen Augenblick wählten.

Führte dieſes Kleben am Paragraphen ſchon zu Unzuträglichkeiten bei der Krankenverſorgung, ſo waren andrerſeits das Meldungsweſen und die immerwährenden Berichte, die Hauptbeſchäftigung der höheren aktiven Sanitätsoffiziere im Kriege, direkt von Schaden für die Kranken. Durch die Drangſalierung mit den Meldungen, an denen ſinn- und zwecklos feſtgehalten wurde, lenkte man die ordinierenden Ärzte und die Chefärzte der unteren Sanitätsformationen von der Krankenverſorgung viel zu viel ab, da ein guter Teil des Tages, welcher beſſer zur genauen ärztlichen Behandlung der Kranken hätte verwandt werden ſollen, zur Aufſtellung der Meldung benötigt wurde.

Die aktiven Sanitätsoffiziere lernte man am beſten bei Beſichtigungen der Sanitätsformationen kennen. Lazarettbeſichtigungen! . . . Diffile est, satiram non scribere. Jeder, welcher als Patient oder Arzt dieſes Theater nur einmal mitgemacht hat, wird mir Recht geben, wenn ich behaupte, das ganze Syſtem iſt morſch und muß moderner Zeit weichen. Worum bekümmerte ſich der aktive Arzt? Die Zentimeterzahl des Abſtandes zwiſchen Bett und Wand, das Spinngewebe, die Krankheitsnummer an der Kopftafel waren die Hauptſorgen. Der Kranke intereſſierte nicht, der Verwundete bildete manchmal eine Ausnahme. Erzählte der ordinierende Arzt etwas rein Mediziniſches, ſo fand er taube Ohren. Man hatte ſtets das Gefühl, dem ganzen Stand der aktiven Sanitätsoffiziere mangelt es an Intereſſe für die Wiſſenſchaft und die Kranken, weil die Erziehung im Heeresſanitätsweſen ſie davon entwöhnt hatte.

In allen dieſen Punkten erhebe ich, wie ich oben ſchon ſagte, keinen perſönlichen Vorwurf gegen den einzelnen. *Ich klage das Syſtem an*, welches den Sanitätsoffizier zu einem Buchſtabenmenſchen, zu einem Schreibbeamten, degradierte. Die obere Behörde verlangte den Schreibkram, der untergebene Sanitätsoffizier mußte, um nicht dem Vorgeſetzten Anlaß zu Klagen zu geben, den Hauptwert auf die Meldungen, die ſtrenge Ausführung der Kriegsſanitätsordnung legen. Dabei bleibt es eine Frage, ob nicht einfache Beamte oder tüchtige Sanitätsfeldwebel die Schreibarbeit der aktiven Sanitätsoffiziere hätten ebenſo gut allein erledigen können. Jedenfalls fiel der aktive Sanitätsoffizier bei der Behandlung von Krankheiten und Heilung von Wunden abſolut aus. Dieſe Haupttätigkeit, auf die es ſchließlich dem deutſchen Volk und Heer ankam, lag ganz in den Händen der Zivilärzte.

Zu dieſen gehörten die Sanitätsoffiziere des Beurlaubtenſtandes und die große Zahl der vor dem Kriege nicht gedienten Ärzte, die ſog. *Feldärzte*. Unter Letzteren befanden ſich unſere beſten deutſchen Ärzte, welche Ruf und Anſehen bei Publikum und Fachgenoſſen genießen. Trotzdem vermochte das aktive Sanitätsoffizierkorps, insbeſondere die Spitzen, ſich nicht freizumachen von Vorurteilen gegen dieſe Ärzte in militäriſcher Hinſicht. Während im Veterinärſanitätsweſen vom Anfang des Krieges an der ungediente Tierarzt wie der Veterinäroffizier verwandt und befördert wurde, war die Stellung des Feldarztes bis zum Schluß des Feldzuges eine heiß umſtrittene. Lange Kämpfe mußten wegen der Abzeichen der Feldärzte, wegen ihrer Stellung zu den Sanitätsoffizieren geführt werden; trotzdem gelang es nicht, ihnen volle Gleichberechtigung mit den aktiven Ärzten und denen des Beurlaubtenſtandes zu verſchaffen. Die Verärgerung war daher bei den Feldärzten eine große und minderte ihre Arbeitsfreudigkeit. Der Schaden, der dadurch für das Heer entſtand, belaſtet das Schuldkonto der aktiven Sanitätsoffiziere ſehr.

Wir haben ſomit nachgewieſen, daß im Frieden der aktive Sanitätsoffizier nicht in der Lage war, dem kranken Soldaten die beſtmögliche Behandlung angedeihen zu laſſen, daß im Kriege er in den jüngeren Rangſtufen ſich bei der

Krankenbehandlung ſelbſt ausſchaltete und der ältere ſich gar nicht mit der Behandlung abgab und die Arbeit der behandelnden Ärzte hemmte.

III

Um dieſe Mängel abzuſtellen, muß der neue Geſetzgeber das Übel bei der Wurzel faſſen. Der Militärarzt muß von dem engen Kaſtengeiſt befreit werden, durch den ihm die Fühlung mit der übrigen Medizin verloren ging. Da zwiſchen dem ärztlichen Können bei der Behandlung kranker Soldaten und anderer kranken Menſchen kein Unterſchied beſteht, kann die Ausbildung der Ärzte für Soldaten und Zivil abſolut die gleiche ſein. Der Student ſoll auf der Univerſität nicht für eine Spezialität in der Medizin ausgebildet werden, ſondern zunächſt mal allgemein mediziniſch gebildet werden. Ebenſo wie der zukünftige Knappſchaftsarzt, Berufsgenoſſenſchaftsarzt keine Extraausbildung während der Studienjahre gebraucht, ſo auch nicht der Militärarzt. **Ich ſchlage daher die Schließung der Kaiſer-Wilhelm-Akademie vor.***) Der wundervolle Bau der Akademie kann für wiſſenſchaftliche Univerſitätszwecke verwandt werden, die einzig daſtehende Bibliothek muß der Geſamtheit voll und ganz erſchloſſen werden.

Die für das Heer notwendigen Ärzte werden der allgemeinen Ärzteſchaft entnommen. Für jedes Bataillon oder eine gleichwertige militäriſche Formation wird ein Arzt von der Regierung gewählt. Die Wahl kann nur Kollegen berückſichtigen, welche 10 Jahre nach dem Staatsexamen ſind, wiſſenſchaftlich und praktiſch das gehörige Anſehen beim Publikum und bei ihren Fachkollegen genießen. *Dieſer Bataillons-, pp. Arzt*, welcher in der Nähe ſeines Truppenteils zu wohnen hat, hat das Recht ſeiner Privatpraxis nachzugehen; er ſchließt mit dem Militär einen Vertrag ab, in dem er ſich zur Ausführung der bisherigen Dienſtobliegenheiten des Truppenſanitätsoffiziers verpflichtet. Er erhält einen angemeſſenen Lohn. Heer ſowie Bataillonsarzt haben das Recht vierteljähriger Kündigung. Der Bataillonsarzt trägt keine Uniform, ihm kommt nur die Anrede: Herr Doktor zu — keine nebenſächliche, ſondern ſehr wichtige Anordnung! Rangunterſchiede gibt es unter den Bataillonsärzten, die ſich alle koordiniert ſind, nicht.

Der kranke Soldat hat die Pflicht, ſich zunächſt bei ſeinem Bataillonsarzt unterſuchen zu laſſen. Behagt ihm die Behandlung nicht, ſo ſteht ihm das Recht zu, einen anderen Bataillonsarzt derſelben Stadt zu Rate zu ziehen.

---

*) In der Wochenſchrift: Die Glocke (3. 5. 1919, 5. Heft) ſchlägt *Bigieg* vor, die Akademie in ein Internat für Medizinſtudierende umzuwandeln.

In der Kaſerne kommen nun aber eilige Fälle vor, die Truppe muß öfters auf Übungen ärztlich verſorgt oder auf Manövern begleitet werden. Hierzu müſſen junge Kollegen, welche eben ihr praktiſches Jahr abgelegt haben, zur Verfügung ſtehen. Die paar Handreichungen, die hierbei in Betracht kommen, als da ſind Notverbände, Injektionen, Lazarettüberführungen, kann der friſchgebackene Arzt ſelbſtändig jederzeit ausführen. Damit jedes Regiment ſtändig eine junge Hilfskraft zur Verfügung hat, genügen drei Ärzte, von denen jeder am Tage 8 Stunden Dienſt tut. Dieſe *Unterärzte* erhalten ein den Krankenhausaſſiſtenzärzten analoges Gehalt, freie Verpflegung und Wohnung; ſie müſſen ſich für ein Jahr verpflichten, dürfen nicht länger beim Heer bleiben, da ſonſt ihre praktiſche Ausbildung leiden würde. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß die Unterärzte unter der Kontrolle des Bataillonsarztes, der ihr Vorgeſetzter iſt, ſtehen.

Sollen die *Militärlazarette* beſtehen bleiben? Einem eigenen Militärlazarett ſpreche ich die Exiſtenzberechtigung ab, wenn es nicht täglich einen Krankenſtand von 100 Kranken hat. Für eine geringere Anzahl von Kranken lohnen ſich nicht die koſtſpielig zu unterhaltenden Lazarettanlagen. In Städten mit kleineren Garniſonen — und das wird ja nach dem Heeresgeſetz die überwiegende Mehrzahl ſein — werden die der kliniſchen Behandlung bedürftigen Soldaten in die allerorts vorhandenen ſtädtiſchen Krankenhäuſer gelegt; dieſe bringen ſie in einer Extrabaracke unter, die ärztliche Verſorgung verſehen gegen ein jährliches Pauſchale die von der Stadt angeſtellten Krankenhausärzte. Berlin und ähnliche größere Garniſonſtädte behalten ihre Militärlazarette; die dort tätigen Abteilungsärzte und Aſſiſtenten werden von der Regierung aus freier Bewerbung ſämtlicher deutſcher Ärzte gewählt. Ein Chefarzt iſt unnötig und bedeutet Vergeudung ärztlicher Kraft; die Funktionen desſelben führt ein Beamter aus, welcher etwa die Stellung eines Verwaltungsdirektors unſerer ſtädtiſchen Krankenhäuſer erhält. Und entſprechend übernimmt der älteſte Abteilungsarzt die Funktionen eines ärztlichen Direktors.

Die Regelung des geſamten ärztlichen Truppen- und Lazarettdienſtes unterſteht einer *oberen Sanitätsbehörde* im Kriegsminiſterium. Dieſe muß ſich aus den erfahrenſten Ärzten zuſammenſetzen, welche feſt angeſtellt ſind und keine Nebenbeſchäftigung haben dürfen. Die Ärzte, für die man am Anfang einige der bisherigen, im Miniſterium tätigen aktiven Sanitätsoffiziere wegen ihrer Verwaltungskenntnis verwenden könnte, werden nach Vorſchlag der wiſſenſchaftlichen Deputation für das Geſundheitsweſen vom Kriegsminiſter gewählt. Um aber eine Gewähr dafür zu haben, daß dieſe Behörde ſtets das wiſſenſchaftlich Beſte und praktiſch Richtigſte anordnet, ſteht ihr ein *Fachbeirat* zur Seite, welcher ſich zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der mediziniſchen Fakultäten Deutſchlands und des Verbandes der Ärzte Deutſchlands zuſammenſetzt. Die Verbindung der Behörde mit den Truppenärzten wird für jeden Korpsbezirk durch einen Korpsarzt aufrecht erhalten, welcher Truppen- und Lazarettdienſt beaufſichtigt. Dieſer wird von der Sanitätsbehörde aus der Zahl der Bataillonsärzte gewählt und hat das Recht, konſultative Praxis zu treiben; ein Adjutant ſteht ihm nicht zur Seite. Alle übrigen Inſtanzen zwiſchen Korps- und Bataillonsärzten fallen als überflüſſig fort.

Ich bin mir voll bewußt, daß bei Ausführung eines ſolchen Planes die meiſten bisherigen Sanitätsoffiziere exiſtenzlos werden würden. Über die Art der Abfindung und eventuellen Entſchädigung, welche recht und billig wäre, ſpreche ich hier nicht. Jedenfalls dürfen ſie kein Hinderungsgrund ſein, um zeitgemäße Reformen einzuführen.

Notizen

Rückwandererhilfe. Im Unglück zeigt ſich die wahre Geſinnung der Menſchen, und nicht nur der Menſchen als ſolcher, ſondern auch als Volksgenoſſen. Hätte dieſer Krieg erfolgreich für uns geendet, ſo hätte auch das Auslandsdeutſchtum fortan noch weit größeres für den deutſchen Gedanken und die deutſchen Intereſſen in der Welt leiſten können, als bisher. Es hat draußen redlich gearbeitet; auf ſeine Arbeit ging nicht wenig von dem Aufſchwung zurück, den wir auch zu Hauſe ſpürten. Wer viel im Auslande geweſen iſt, der hat davon eine ſtarke Vorſtellung erhalten.

Nun iſt es anders gekommen, und nun hat ſich unſere Geſinnung im Unglück zu bewähren. Es geht uns in der Heimat ſicher ſchlecht genug, und niemand von uns weiß, was ihm bevorſteht. Sollen wir daraus den Schluß ziehen, daß auch innerhalb der deutſchen Volksgemeinſchaft jeder ſich jetzt ſelber der Nächſte iſt, und daß von niemandem verlangt werden kann, daß er noch Opfer für andere bringen ſoll, ſeien es ſelbſt die deutſchen Brüder, die jetzt als Rückwanderer aus dem Auslande vertrieben, an die Tür der Heimat klopfen? Gewaltſam, ohne Rückſicht auf ihre Wünſche und Intereſſen, werden ſie von den Feinden heimgeſandt, bevor der Friede geſchloſſen iſt. Nicht alle von ihnen ſind mittellos; manche haben noch ihre Beziehungen in der Heimat und brauchen nicht zu fragen, wohin ſie ihren Stab ſetzen ſollen, ſobald ſie innerhalb der deutſchen Grenzen ſind. Viele aber haben zu Hauſe keine Wurzeln mehr und haben draußen alles verloren. Sie kommen ohne Hilfsmittel und wiſſen buchſtäblich nicht, was anfangen und wohin ſich wenden.

Hier iſt es, wo unſere Geſinnung im Unglück ſich zu zeigen hat. Die tiefſte nationale Sittlichkeit beſteht doch in der naturhaft wirkenden Kraft des Gefühls: ich muß dem helfen, der vom Blut meines Volkes iſt! Wer ſo empfindet, der rechnet nicht erſt, wie gut oder wie ſchlecht es ihm ſelbſt geht, was er ſelbſt zu fürchten hat, was für Sorgen ihm bevorſtehen, ſondern wenn er überhaupt noch helfen kann, ſo hilft er: mit viel oder mit wenig, mit Geldmitteln oder mit ſeiner Perſönlichkeit, mit Gewährung von Unterkunft, mit Werbearbeit oder mit irgend etwas anderem — nur daß er nicht anders kann, als auf irgend eine Weiſe zu helfen.

Die Zahl der Vertriebenen, zu denen auch die Deutſchſtämmigen aus den Grenzen des einſtigen Rußland und vielleicht bald genug die Ausgewieſenen aus den deutſchen Kolonien gerechnet werden müſſen, beträgt viele Zehntauſende. Es kann ſein, daß es Hunderttauſende werden: aus Amerika, Afrika, China, England, Indien, Auſtralien, Frankreich, Italien, Portugal, Siam, den deutſchen Koloniſtengebieten in Oſteuropa und dem Baltenlande. Ein großer Teil von dieſen Vertriebenen und Rückwanderern iſt ganz hilflos; einem anderen muß die erſte Handreichung gewährt werden, irgendwo eine vorläufige Wurzel zu faſſen.

Der Rückwandererhilfe ſteht kein amtlicher Apparat zur Verfügung. Nur Ermunterungsworte der Beſten unſeres Volkes und die moraliſche Werbekraft ihrer Gründer: Reichswanderungsſtelle, Vereinigung für deutſche Siedlung und Wanderung, Deutſches Auslandmuſeum, Fürſorgeverein für deutſche Rückwanderer, Vereinigte Ausſchüſſe der Reichsdeutſchen aus Feindesland, Verein für das Deutſchtum im Ausland und andere. Es handelt ſich um eine ſchwere, längere Zeit erfordernde und für die Zukunft des Vaterlandes überaus wichtige Aufgabe. die großer Mittel bedarf. Die gemeinſam geſchaffene Organiſation heißt:

Rückwandererhilfe, E. V. Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 21.
Poſtſcheckkonto: Berlin 49 023; Bankkonto: Reichsbank, Berlin.

Die Rückwandererhilfe bittet um Spendung von Geldmitteln und ſie ſucht für die Organiſation ihrer Tätigkeit in Berlin und im Reiche die ehrenamtliche Mitarbeit einflußreicher, im öffentlichen Leben ſtehender Perſonen.

Sie bezweckt werktätige Hilfe für die aus Feindesland heimkehrenden Auslanddeutſchen. Sie will ihnen neue Lebensgrundlagen ſchaffen, ſie der produktiven Arbeit in der Heimat und dem Pionierdienſt im Ausland erhalten. Dr. P. Rohrbach.

Die „Nationaliſierung“ der Induſtrie. Die Nationaliſierung der Induſtrie wird in den Nationalſtaaten von Geſichtspunkten aus beabſichtigt, die auch bei uns in Deutſchland Aufmerkſamkeit verdienen. Wenn es ſich auch vorderhand nur um Aſpirationen handelt, die von tſchechiſch-ſlowakiſcher Seite ausgehen, ſo darf man dennoch nicht überſehen, daß die Intereſſengemeinſchaft mit Jugoſlawien und Polen eine weitgehende iſt. Selbſt wenn die drei Staaten keine Zollgemeinſchaft ſchließen, ſind doch die gegenſeitigen Intereſſen ſo ineinandergewebt und verſtrickt, daß angenommen werden kann, es würde den tſchechiſchen Regierungsmännern wohl gelingen, ihre Ideen durchzuſetzen.

Der Gedanke der Nationaliſierung der Induſtrie wird nämlich tſchechiſcherſeits ſo aufgefaßt, daß die wichtigſten, im Tſchechenlande hervorgebrachten Induſtrieartikel von den andern ſlawiſchen Staaten *vorzugsweiſe* gekauft werden ſollten. Die Anregung zu dieſem Programm hat die Tſchechiſierung der Skodawerke gegeben. Es handelt ſich vor allem darum, die Öſterreichiſche Kreditanſtalt in Wien aus dieſem Konzern herauszubringen. Es hat ſich eine tſchechiſche Bankengruppe unter Führung der Zivnoſtenska Banca gebildet, welche in Gemeinſchaft mit einem Ententevertreter die Verwaltung der Skodawerke übernimmt. Der Ententevertreter hat natürlich die Aufgabe eines Kontrollorgans, namentlich mit der Beſtimmung, zu prüfen, an wen die Geſchütze und Munition abgegeben werden. Denn die Skodawerke ſollen ihre Abteilung „Geſchütze und Munition“ beibehalten.

Ganz beſondere Entwicklung will man der Lokomotivabteilung geben. Man hat die Abſicht, in Gemeinſchaft mit den Daneg-Werken, nicht nur den geſamten Lokomotivbedarf der tſchecho-ſlowakiſchen Republik zu decken, ſondern auch den der „benachbarten und befreundeten“ Staaten. Das zielt darauf hin, daß eventuell nicht nur Polen und Jugoſlawien ſeine Lokomotiven und Waggons in Pilſen und Prag kaufen ſoll, ſondern daß man auch Mittel haben werde, dem benachbarten Deutſchöſterreich ſeine Fabrikate aufzuzwingen, obgleich in der Nähe von Wien große Lokomotiv- und Waggonbauanſtalten arbeiten.

Die Nationaliſierung der Induſtrie ſoll alſo ſo aufgefaßt werden, daß die tſchechiſchen Werke richtunggebend bleiben müſſen für den Bedarf nicht nur der ſlawiſchen Staaten, ſondern auch Ungarns, Rumäniens, uſw. Auf dieſe Weiſe will ſich die Leitung der Skodawerke und der Danegwerke im voraus die Sicherheit verſchaffen, ſelbſt eine forcierte Produktion mit Leichtigkeit abſetzen zu können.

Auslanddeutſche. Zu dem Aufſatz von Leo Hempel-Chuchul, der mehrfach zuſtimmende und ergänzende Äußerungen hervorgerufen hat, macht uns das Deutſche Ausland-Inſtitut in Stuttgart darauf aufmerkſam, daß es bereits vor längerer Zeit ein Preisſchreiben erlaſſen hat, über deſſen Zweck folgende Mitteilung die nötige Aufklärung gibt. „Es ſoll die Frage der Wahlfähigkeit von Auslanddeutſchen, die im Beſitze einer deutſchen Staatsangehörigkeit ſind, und zwar auch ſolcher, die vielleicht auch noch eine zweite Staatsangehörigkeit beſitzen, ſowohl nach ihrer völkerrechtlichen wie auch nach ihrer ſtaatsrechtlichen Seite unterſucht werden. Dabei werden poſitive Vorſchläge über die praktiſche Durchführung, insbeſondere die Aufſtellung von Kandidatenliſten und das Wahlverfahren, ſowie eine rechtsvergleichende Darſtellung erwartet.“ Die Arbeiten müſſen bis zum 1. Juli abgeliefert ſein. Nähere Mitteilungen über das Preisausſchreiben ſind durch die Geſchäftſtelle des Ausland-Inſtituts in Stuttgart zu beziehen.

In dieſem Heft erſcheint eine Anzeige des Reichsbank-Direktoriums, um deren Beachtung wir bitten.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 20. Juni 1919 * Heft 25

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Der ſozialdemokratiſche Parteitag in Weimar hat ſeine politiſche Note durch Bernſteins Iſolierung und die Abfuhr von Cohen-Reuß erfahren. Die offiziellen Parteireden, auch die von Scheidemann, haben keine beſondere Geiſtigkeit gezeigt; ſie waren taktiſch angelegt und ſie haben ihr Ziel erreicht, die übergroße Mehrheit der Vertreter hinter die Männer in der Regierung zu bekommen. Wäre Bernſtein nicht aufgetreten, um in pazifiſtiſcher Monomanie das deutſche Schuldbekenntnis herunterzubeten, ſo wäre die Tagung wohl ohne ſtarken politiſchen Einſchlag geblieben; denn Cohen-Reuß wiegt, trotz aller publiziſtiſchen Betriebſamkeit, innerhalb ſeiner Partei lange nicht ſo viel, als die Außenwelt glaubt, ſeine Hinrichtung durch Scheidemann wäre ein innerer Parteivorgang geblieben. Aber Bernſtein hat etwas wie einen internationalen Namen; und ſeine politiſche Taprigkeit, eine Miſchung von profeſſoraler Pedanterie und weichmütiger Eitelkeit, iſt nur in Deutſchland bereits Legende, während das Ausland ihn noch als Mann alter Tradition bewertet. Daß der ſozialdemokratiſche Parteitag, daß vor allem neben den Miniſtern Leute wie Adolf Braun und Keil mit höchſtem Nachdruck das unſagbar törichte und zweckloſe Sekundieren des fremden Imperialismus mit höchſter Entſchiedenheit ablehnten, bedeutet eine Feſtigung der Geſinnung der nationalen Verantwortlichkeit. Das iſt das Poſitive und Gute dieſes Parteitags.

*

Herr Emil Barth, ehemals unabhängiger „Volksbeauftragter“, hat zwar manchmal den Eindruck eines wichtigtueriſchen Hyſterikers gemacht, fühlt aber den Beruf des ſchöpferiſchen Staatsmanns in ſich. Er hält ſich, wie er es vor dem 9. November geweſen, als den unabhängigen Kommiſſar für militäriſche Machtgewinnung; wie er ehedem für Waffen und Munition der Revolution beſorgt war, ſo lag ihm auch daran, für den neugeplanten Umſturz ſich der kriegeriſchen Macht zu verſichern. Die Regierungstruppen ſollten verſprechen, daß ſie jeder Regierung, auch einer unabhängigen, loyal zur Verfügung ſtehen; es ſollte ihnen gelohnt werden. Die Überlegung war ganz logiſch. Jede Regierung braucht ihre Stütze. Aber die Logik findet ihre Grenze an den Geboten des Anſtands. Kein Tag vergeht, wo nicht die Radikalen allen Schimpf auf die Freiwilligen häufen; aber einer ihrer Führer nimmt keinen Anſtand, die täglich Beſudelten als Stütze des eigenen Machtſtrebens zu umſchmeicheln. Höher geht es nicht gut. „Abfallprodukt eines Zerſetzungsprozeſſes" wurden die Unabhängigen einmal von Clara Zetkin getauft; die Zerſetzung ſchreitet fort.

*

„Wenn wir den Kampf ums Recht abbrechen, ſo werden andere ihn nicht für uns weiter führen. Wenn aber Deutſchland nur noch kurze Zeit die Entſchloſſenheit zeigt, lieber neue Leiden auf ſich zu nehmen, als den Vertragsbruch von Verſailles zu zeichnen, ſo werden der Sache des Rechts in allen Ländern Bundesgenoſſen von ungeahnter Stärke erſtehen. Wir würden die verlorene Weltachtung wiedergewinnen. Es gibt nur dieſen einen Weg zur Rettung und wir müſſen ihn gehen." — Mit dieſen Worten ſchließt Prinz Max von Baden im „Berl. Tgbl." einen Artikel über Deutſchlands „Kampf ums Recht".

*

Die Prager Regierung hat über das geſamte tſchechiſche Staatsgebiet das Standrecht verhängt. Das heißt: ſie fürchtet, daß der Zuſammenbruch der ſlowakiſchen Front zu inneren Erſchütterungen führen kann. Die Nachrichten ſtehen unter ſtrenger Zenſur; niemand kann den augenblicklichen Stand der dortigen Dinge völlig überſehen. Grund genug für uns, den gequälten Deutſchböhmen zu ſagen und zu zeigen, daß ihr Schickſal unſer Schickſal iſt.

*

Wilſon erleidet eine Niederlage nach der anderen in Amerika. Im Senat, der eine ſtarke republikaniſche Mehrheit beſitzt, hat Wilſon durch den Beſchluß, den Verſailler Friedensvertrag zu veröffentlichen, eine perſönliche Niederlage erlitten. Jetzt hat auch Hearſt, der demokratiſche Zeitungsmagnat, dem Präſidenten die Freundſchaft gekündigt, weil er den Bau einer amerikaniſchen Flotte vernachläſſige. Es wäre gänzlich verkehrt, dieſe Oppoſition gegen Wilſon als deutſchfreundlich hinzuſtellen. Die Republikaner haben nämlich ſtets eine reſervierte Haltung gegenüber Deutſchland eingenommen. Ihre Oppoſition iſt auf parteitaktiſche Beweggründe zurückzuführen, indem ſie hoffen, für die nächſte Präſidentenwahl alle mit Wilſons Verſailler Tätigkeit unzufriedenen Elemente vor ihren Parteiwagen ſpannen zu können.

Eine politiſche Alternative

Von Dr. Paul Rohrbach

Es iſt mehr als wahrſcheinlich, daß die Antwort in Verſailles auf unſern Gegenvorſchlag zum Frieden auf die eine oder die andere Weiſe für uns unannehmbar ſein wird. Natürlich werden ſogenannte Deutſche es trotzdem fertig bekommen, drapiert in eine zu knapp geratene ſtaatsmänniſche Badehoſe, oder einfach heulend und zähneklappernd, die Annahme zu empfehlen. Das tun ja ſchon heute nicht nur unabhängig-ſozialdemokratiſche, ſondern auch „demokratiſche" Organe, z. B. die „Voſſiſche Zeitung". Wer Sympathie für unſere demokratiſche Entwicklung hat, muß das bedauern, denn eine kräftigere Keule, um zukünftig die Demokratie moraliſch totzuſchlagen, als die jetzigen Artikel des Herausgebers und der Korreſpondenten dieſes demokratiſchen Blattes, wird ſchwer zu finden ſein. Wem umgekehrt daran liegt, daß die Demokraten ſich um ihren politiſch-nationalen Kredit bringen, wird ſich freuen und gern darauf verzichten, hervorzuheben, daß die Mehrzahl der demokratiſchen Organe ſich tapfer und national verhält. Der Artikel des badiſchen Miniſters Haas kürzlich zu Pfingſten im „Berliner Tageblatt" gehört zum beſten, was über die Friedensfrage, Annehmen oder Nichtannehmen, geſchrieben worden iſt; er war eine moraliſche Erquickung.

Es fragt ſich, wie die Regierung denkt und empfindet. In ihrer großen Mehrheit, wie es ſcheint, feſt. Die Behauptungen, die man hört, es gebe in ihr auch eine oder die andere weich-faulige Stelle, möchten wir bis auf weiteres ablehnen. Die wirkliche Rückgratloſigkeit ſitzt wo anders, und zu ihr können wir nur ſagen, daß für Schlaffheit gegenüber dem feindlichen Verlangen, die Abwürgung Deutſchlands ſolle von uns ſelbſt als Urteil anerkannt werden, es nur eine mögliche Erklärung gäbe: moraliſche Empfindungsloſigkeit in nationalen Fragen. Die kann im übrigen mit routinierter Klugheit und jeder möglichen Poſe verbunden ſein, aber ſie wird das einfachſte Gemüt, das ſittlich-national auf feſtem Boden ſteht, nicht täuſchen. Wir hören ja ſchon im voraus das jetzt noch verhaltene Hohngelächter der Feinde, wenn der Raubfriede unterzeichnet wird und ſie dann ſagen können: das wußten wir ja von vornherein, daß der deutſche Hund ſich zu mehr als etwas heiſerem Gebell nicht aufraffen wird! Und die Neutralen, die ſich noch einen Reſt von Wohlwollen und Teilnahme für Deutſchland bewahrt haben, werden uns mit achſelzuckendem Bedauern den letzten moraliſchen Kredit entziehen, den ſie uns daraufhin noch zu gewähren bereit waren, daß ſie unſer Feſtbleiben beim „Unnannehmbar" für glaubhaft hielten. Die Blamage, erſt „niemals" geſagt zu haben, und dann doch umzufallen, fehlt uns nach allem was geſchehen iſt, gerade noch!

Für eine deutſche Politik, die tapfer handeln und die Möglichkeit innerer ſittlicher Wiedergeſundung für Deutſchland retten will, gibt es zwei Wege. Beide erfordern Mut, Nerven und geſunden vaterländiſchen Inſtinkt, und der eine noch mehr als der andere. Auf unſer Nein wird der Feind vorausſichtlich damit antworten, daß er den Waffenſtillſtand für aufgehoben und den Kriegszuſtand für wiederhergeſtellt erklärt. Der nächſte Schritt wäre dann das Einrücken in das bisher unbeſetzte deutſche Gebiet. Bekommen wir ſo von neuem den Krieg, dann könnten wir reagieren, indem wir alles rollende Material abfahren, alle Eiſenbahnbrücken im Weſten ſprengen, die Bahnlinien gründlich zerſtören und mit den noch vorhandenen Kriegsvorräten und den Truppen hinter die Elbe zurückgehen. Die Elblinie iſt nach dem Rhein der erſte große Verteidigungsabſchnitt. Man braucht nicht zu verkünden, daß wir an der Elbe ſiegreiche Schlachten ſchlagen und die Franzoſen wieder aus Deutſchland hinauswerfen werden. Auch wenn wir ſtark genug zu ſolchen Hoffnungen wären, ſo würde es doch zu keinen wirklichen Kämpfen kommen, denn der bloße Eindruck, daß Deutſchland Widerſtand leiſtet, daß ein neuer Feldzug im großen Stil nötig iſt mit mühſeligen Wiederherſtellungsarbeiten von monatelanger Dauer und mit Hunderttauſenden von Soldaten, im Verein mit der offenkundigen Tatſache, daß eine Nation zertreten werden ſoll, die ſich aufgerafft hat, ihren letzten Hauch an die Verteidigung ihrer Ehre zu ſetzen, wird den Vormarſch der Entente-Truppen lähmen. Es wird ſogar weit mehr geſchehen als eine bloße Lähmung. Die franzöſiſchen Soldaten werden einfach die Demobiliſierung erzwingen, und auch die engliſchen werden ſich nicht dazu gebrauchen laſſen, in Hamburg und Stettin zu landen und in das Innere von Oſtdeutſchland zu marſchieren. Dafür ſind die vorhandenen Anzeichen deutlich genug. Vom deutſchen Standpunkte aus ſpräche alſo vieles dafür, eine ſolche Politik zu verſuchen. Der Schaden, der dabei angerichtet würde, wäre natürlich groß; aber was würde er bedeuten gegenüber der vollſtändigen Ausſaugung unſeres Lebensblutes und der Verwandlung aller Deutſchen in eine Nation von Sklaven und Bettlern, wenn der feindliche „Friede“ Wirklichkeit werden ſollte!

Trotzdem kann ein Bedenken gegen den Plan erhoben werden. Er würde wahrſcheinlich nicht nur die Weigerung der feindlichen Soldaten, Deutſchland zu beſetzen (dazu gehörten in jedem Falle mehr als eine halbe Million Mann) und die ſelbſttätige Demobiliſierung in Frankreich, ſondern darüber hinaus die franzöſiſche, vielleicht auch die italieniſche und engliſche Revolution zur Folge haben. Das würde Deutſchland im Augenblick entlaſten, und für unſere unabhängige Sozialdemokratie würde es auch abgeſehen davon den Plan ſicher empfehlen, aber für unſere Zukunft und für die der Menſchheit im ganzen könnten ſchwere Gefahren entſtehen. Man könnte nicht wiſſen, ob nicht Folgen eintreten, durch welche die Kultur des Abendlandes überhaupt dem Untergange anheimfällt. Auch auf dieſe Gefahr hin könnten und müßten wir jenes Mittel ergreifen, wenn es kein anderes gäbe, um den verhängnisvollen Tropfen, das Gift der feigen Unterwerfung, das auch die ganze Nachkommenſchaft moraliſch ruiniert, aus unſerm Blute fernzuhalten. Gibt es aber wirklich kein zweites?

Es gibt eins, einen Weg, etwas weniger heroiſch, aber dafür auch weniger gefährlich für die menſchliche Kultur, den wir einſchlagen können, um uns lebensfähig und lebenswürdig zu erhalten, wenn Wilſon und die Entente uns den Frieden verweigern. Wir können antworten: Eure Bedingungen heben das oberſte Lebenserfordernis eines großen Volkes, die Souveränität, auf; es hat keinen Zweck und es iſt unſerer unwürdig, im bloßen Schein eigener Staatlichkeit weiter zu leben — alſo übernehmt ſelber die Regierung von Deutſchland und organiſiert die Knebelung und Ausſaugung, auf die es euch ankommt, offen unter eurer eigenen Verantwortlichkeit!

Es wird erzählt, unter den Miniſtern und Parteiführern ſeien erſt mehrere geweſen, denen es nicht ganz undenkbar ſchien, die — nach ihrer Natur noch nicht recht erkannten — feindlichen Bedingungen anzunehmen. Als ſie aber erſt begriffen hatten, daß es ſich tatſächlich um nichts anderes handelte, als ein lückenlos geſchmiedetes Syſtem des Völkermordes an Deutſchland, wurde ihnen die Unmöglichkeit klar, und für die Sitzung der Nationalverſammlung, die nach der Übergabe der Bedingungen einberufen wurde, wurde das „Unannehmbar" feſt. So würde ſich auch das ungeſchickte Vorkommnis erklären, daß eine Wiedergabe der Scheidemannſchen Rede, die für die Vertreter fremder Blätter im voraus fertiggeſtellt war, dieſen ohne das „Unannehmbar" zugeſtellt werden konnte. Im Auslande, und beſonders bei der Entente, iſt daraus Kapital in dem Sinne geſchlagen worden, daß doch keine Feſtigkeit in bezug auf Ablehnung des Unmöglichen in Deutſchland beſtände. Man kann aber zum Glück ſagen, daß, je mehr die Bedingungen in Deutſchland diskutiert worden ſind (und auch je mehr ſich die Unwahrhaftigkeit des Vorwurfs erweiſt, Deutſchland trage die Hauptſchuld am Kriege), deſto feſter die Stimmung wird. Auch auf dem ſozialdemokratiſchen Parteitag hat die Erkenntnis geſiegt, daß die Bedingungen ein Todesurteil ſind (und ſein ſollen), und daß man nichts ähnliches annehmen kann. Hans Delbrück charakteriſiert ſie im Juniheft der Preußiſchen Jahrbücher:

> „Jedes einzelne Glied des wirtſchaftlichen Körpers iſt mit feinen Drähten unterbunden und abgeſchnürt, ſo daß die natürliche Blutzirkulation allenthalben aufgehoben iſt; gleichzeitig ſind die Adern zwiſchen den Drähten angeſchlagen, um uns das Lebensblut abzuzapfen. Die finanziellen Laſten, die uns auferlegt werden, ſind nicht nur höher, als wir ſie bei noch ſo großer Anſtrengung tragen könnten, ſondern ſie ſind überhaupt nicht begrenzt. Die Feinde haben das Recht, ſie nach ihrem Ermeſſen immer noch weiter zu erhöhen. Ehe nicht die geſamte Summe abgezahlt iſt, üben unſere Feinde eine Zwangsverwaltung über uns aus. Sie kontrollieren unſere Ausfuhr, ſie kontrollieren unſere Einfuhr. Sie kontrollieren unſere Fabriken, ſo daß ſie auch der Handelsſpionage offenſtehen

> und die geiſtige Arbeit unſerer Techniker ungeſchützt iſt gegen Diebſtahl. Sie kontrollieren unſere Einnahmen und Ausgaben. Sie ſind Herren über unſer Steuerweſen. Eine commission des réparations ſitzt in Paris und übt Regierungsbefugniſſe über Deutſchland aus, die weit über das hinausgehen, was ehemals dem Kaiſer und König von Preußen und dem Bundesrat bei uns verfaſſungsmäßig zuſtand... Unſere Feinde behalten ſich jetzt das Recht dauernder Eingriffe in die Gerichtshoheit Deutſchlands vor, und freie Deutſche können vor fremde Militärgerichte geſtellt werden. Millionen von Deutſchen werden ungefragt dieſer oder jener Fremdherrſchaft ausgeliefert..."

Dieſe Kennzeichnung iſt ſo richtig wie möglich. Sie zeigt, daß uns nichts von Souveränität übrigbleibt. Sie zeigt auch, daß oberflächliche Teilmilderungen nicht imſtande ſind und auch nie vom Feinde darauf angelegt ſein werden, uns die nationale Souveränität und die wirtſchaftliche Lebensmöglichkeit wiederzugeben. Soll das geſchehen, ſo muß der Friedensvertrag von Grund auf neugebaut werden. Das zu erreichen aber haben wir kein direktes Mittel. Wir müſſen die Konſequenz aus der Lage ziehen, in die man uns hineinzwingen will und entſchloſſen auch die ganze äußere Laſt und Verantwortung für die Ausführung des Todesurteils auf die Feinde legen. Mögen ſie ſehen, wie ſie damit fertig werden. An dem materiellen Ertrage ihrer Politik werden ſie wenigſtens keine Freude haben, wenn ſie die commission des réparations von Paris nach Berlin ſetzen und Deutſchland von ihr regieren laſſen müſſen.

Die gebotene Form iſt dann für uns, daß die Nationalverſammlung ſich auflöſt und die Regierung zurücktritt, indem ſie die Behörden anweiſt, den Weiſungen der feindlichen Kommiſſion, die die Gewalt übernimmt, zu folgen. Im allgemeinen wird das ohne äußere Erſchütterung geſchehen, ausgenommen eine Stelle, den Oſten. Oberſchleſien, die noch freien Teile von Poſen, Weſt- und Oſtpreußen werden in keinem Fall dazu gebracht werden können, ſich den Polen zu unterwerfen. Hier würde die Regierungsgewalt einfach aufhören. Aber ſie würde ganz ebenſo aufhören, wenn eine deutſche Staatsgewalt ſich fände, die es verſuchen wollte, nach Unterzeichnung des Ententefriedens jene Gebiete ſelber den Polen auszuliefern. Was unter ſolchen Umſtänden im Oſten würde, vermag niemand klar zu ſehen. Vermutlich würden die Polen, deren Streitkräfte innerlich ſchlecht zuſammenhalten ſollen, geſchlagen werden.

Natürlich beſteht auch noch die formelle Möglichkeit, daß die gegenwärtige Regierung zurücktritt und eine neue ſich findet, die den Vertrag nach dem Willen Clémenceaus und Northcliffes unterſchreibt. Einer ſolchen Regierung aber wäre kein Deutſcher mehr Gehorſam in dem Sinne ſchuldig, daß er ihre Entſcheidung als für ſich ſelbſt und die Nation moraliſch bindend anerkennt. Was Feiglinge, Verräter und ſchuftige Intriguanten unterzeichnen mögen, das bindet in Gegenwart und Zukunft kein Volk, und der moraliſche Galgen für ſie wäre ſchon gerichtet. Vielleicht eines Tages auch der hölzerne.

Der tſchechoſlowakiſche Staat und das Angebot von St. Germain

Von Dr. Hermann Ullmann

„Vyborně, Clemenceau!" Bravo, Clemenceau! So überſchreiben tſchechiſche Zeitungen ihre Berichte über Verſailles und Saint Germain. In der Tat profitiert kaum ein Volk ſo herrlich von der Ahnungsloſigkeit der weiſen Vier in bezug auf die mitteleuropäiſchen Fragen wie das durch den klugen und fanatiſchen Dr. Kramarſch vertretene. Was dem tſchechoſlowakiſchen Staat zum Fraß vorgeworfen wird, das geht weit über die kühnſten Erwartungen der tſchechiſchen Patrioten, die 1913 die öſterreichiſche Regierung regierten, 1914 die Kriegsanleihe obſtruierten und die Spionage organiſierten, 1915 ſich hinter Loyalitätskundgebungen verſchanzten, 1916 ihre Agenten und Überläufer im Auslande teils verleugneten, teils unterſtützten, 1917 „im Rahmen der Monarchie" eine weitgehende Selbſtändigkeit anſtrebten und das Bündnis mit Deutſchland bekämpften, im Januar 1918 das Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker zur Grundlage ihrer Politik machten und im November 1918 dieſes ſelbe Selbſtbeſtimmungsrecht als „eine Phraſe" erklärten. Sie haben verhältnismäßig ſpät den Weg zur Entente gefunden und es war lange zweifelhaft, ob dort ihre Verdienſte voll anerkannt würden. Ihre Unterhändler haben es aber vorzüglich verſtanden, namentlich die Angſt Frankreichs auszunützen und ſich als den berufenſten Torhüter und Gefängniswächter für das politiſch und wirtſchaftlich eingekerkerte Deutſchland zu empfehlen; nebenbei als mitteleuropäiſchen Hort gegen den Bolſchewismus und als Träger eines brauchbaren Militarismus, ſowie als Führer einer deutſchfeindlichen Donauföderation in irgendeiner Geſtalt. Man muß geſtehen: Der junge Staat traut ſich einiges zu. Und wenn er ſich bei ſeiner hübſchen Beute (ein einziger Bezirk in Deutſchböhmen, Gablonz, trug im alten Öſterreich ſoviel Steuern wie Dalmatien) allerlei geſtatten kann, ſo muß dennoch die Ausgabe für Landesverteidigung (gegen wen?), die der letzte Voranſchlag des jetzt mit ſeiner Demiſſion drohenden Raſchin enthielt, als etwas hoch gelten: 674 Millionen Kronen, ſechsmal ſoviel, wie für Unterrichtszwecke. Dabei werden jetzt ſchon von den nationaliſtiſchen Blättern Raſchin bittere Vorwürfe gemacht, daß er dem Landesverteidigungsminiſter, dem ehemaligen großen Antimilitariſten Klofatſch, gegenüber knauſere: Das ſei an der erheblichen Niederlage in der Slowakei ſchuld. Das ſagt man einem Raſchin, den am meiſten chauviniſtiſchen unter den Prager Machthabern, der von den Agenturen der tſchechoſlowakiſchen Republik in Holland und der Schweiz, im Finanzteil gekaufter Blätter als der Arzt der tſchechiſchen Finanzen gefeiert wurde. Daß die Kritik an ſeinen Finanzmaßnahmen den deutſchböhmiſchen, aber auch radikalen tſchechiſch-ſozialiſtiſchen Blättern bei Strafe der Einſtellung verboten war, daß überhaupt die deutſchböhmiſche Preſſe bis auf das dienſtwillige, von keinerlei Geſinnung gehemmte, nur geſchäftlichen Rückſichten folgende „PragerTagblatt“ mundtot gemacht iſt, das gehört mit zum Bilde dieſer jungen, im Namen der Weltdemokratie gegründeten Republik.

Augenblicklich iſt die Vorzenſur eingeführt, da man allzu deutliche Berichte über die Niederlagen in der Slowakei fürchtet. Sokoln müſſen eingezogen, franzöſiſche ſchwarze Hilfstruppen benutzt werden, die Deutſchböhmen (!) werden zum Heeresdienſt gepreßt, und die Spitäler im Innern Böhmens ſind überfüllt. Freilich iſt aus den Berichten nicht klar erſichtlich, ob die ungariſchen Bolſchewiſten ihre Erfolge mehr ihren Waffen oder der geringen Kampfbegierde auf der anderen Seite verdanken. Jedenfalls hat das Regiment 28 bereits in ähnlicher Weiſe ſich ausgezeichnet wie auf den ruſſiſchen und italieniſchen Kriegsſchauplätzen, nachdem es einige Monate lang zur Belohnung für ſeine Leiſtungen ſich hatte in Deutſchböhmen beluſtigen dürfen. Vor etwa zwei Monaten hat Miniſter Klofatſch kleine Meutereien im tſchechoſlowakiſchen Heere geſchickt unterdrückt und die Preſſe hat von ihnen nicht viel erfahren. Jetzt, da dieſes Heer ſeine erſte wirkliche Probe beſtehen ſoll, muß die tſchechiſche Regierung verzweifelte Hilferufe an die Entente richten. So „volkstümlich“ der „Feldzug“ gegen das wehrloſe Deutſchböhmen war, ſo wenig volkstümlich iſt der gegen die ungariſchen Bolſchewiſten. Nicht minder unbeliebt iſt die italieniſche Führung, der geradezu etwas ähnliches vorgeworfen wird wie das, was tſchechiſche Offiziere im alten öſterreichiſchen Heere verübten, und auch der franzöſiſche Oberbefehl muß ſich ſchärfſte heimliche Kritik gefallen laſſen. Der unnatürlich überſpannte Militarismus des kleinen Staates vermehrt natürlich ſeine inneren Spannungen und wenn auch die jüngſten ſehr ernſten Lebensmittelkrawalle in Prag und in vielen Provinzſtädten zunächſt keinen politiſchen Anläſſen entſprungen zu ſein ſcheinen, ſo haben ſie doch zuſammen mit verſchiedenen anderen Urſachen politiſche Folgen gehabt. Die ausgeſprochene Cliquenwirtſchaft der herrſchenden Kreiſe, die tief herabreichende Korruption wird nach der Methode „Haltet den Dieb!“ gerade in dem Blatt, das dem Finanzminiſter Raſchin naheſteht, „Narodni Liſty“, am ſchärfſten gerügt. Raſchin hat ſeine Demiſſion angeboten, ſeine Partei, die national-demokratiſche, der auch Kramarſch angehört, ihren Austritt aus dem Kabinett angedroht. Die übrigbleibende agrariſch-ſozialdemokratiſche Regierung will die Verantwortung nicht übernehmen, und ſo hat ſich allmählich die innere Kriſe zu einer regelrechten politiſchen ausgewachſen, die inzwiſchen mit Rückſicht auf St. Germain verſchleppt wird.

Gleichzeitig macht man die heftigſten Anſtrengungen, durch die Tat zu beweiſen, daß es ein geſchloſſenes deutſchböhmiſches Siedlungsgebiet nicht gibt. Ohne die Mitwirkung irgendwelcher deutſcher Vertreter kam, wie die wichtigſten anderen

Geſetze, ein Geſetz über die Gemeindewahlen zuſtande, das allerlei Möglichkeiten für die ſchamloſeſte Wahlgeometrie offen läßt. Zu Städten mit deutſcher Mehrheit werden tſchechiſche Landbezirke hinzugeſchlagen, die tſchechiſche Beſatzung ſoll in rein deutſchen Gebieten mit ſtimmberechtigt ſein, die Minderheiten werden künſtlich durch Beamte vermehrt und was dergleichen im alten Öſterreich eingeübte Kunſtſtückchen mehr ſind. Gemeindevertretungen, die ſich nicht demütig fügen, werden aufgelöſt und die Verhaftungen, namentlich deutſcher Sozialdemokraten, nehmen in letzter Zeit wieder erſtaunlich überhand. Gleichzeitig iſt man mit allen Mitteln bemüht, die Deutſchen durch Lockungen zu gewinnen, das im Dienſte mehrerer Regierungen ergraute „Prager Abendblatt" und das „Prager Tagblatt" malen eine „tſchechoſlowakiſche Schweiz" in den holdeſten Farben an den Horizont, ohne das die deutſchen Parteien einſtweilen von ihren bisherigen Wegen und von der Forderung einer Volksabſtimmung ſich abdrängen ließen. Für den 18. Juni iſt ein eintägiger Generalſtreik angeſetzt. Vor allem die Sozialdemokraten haben mit Beſtimmtheit erklärt, daß ſie eine Entſcheidung über die Köpfe der Bevölkerung hinweg nicht anerkennen würden, und heute ſchon iſt die *deutſchböhmiſche Irredenta* ein Tatſache, mit der die Tſchechen ſicher rechnen müſſen.

Unter dieſen Umſtänden iſt es auch kein Wunder, daß ſie einſtweilen nach einem gewiſſen Einvernehmen mit Deutſchland ſtreben. Die einſichtigeren unter ihren Wirtſchaftspolitikern ſehen natürlich recht wohl ein, daß ſie das deutſche Wirtſchaftsgebiet und die deutſchen Verkehrswege brauchen. Von Deutſchland aus arbeiten ihnen wiederum mancherlei rein kapitaliſtiſche Rückſichten in die Hände, gerade ſo wie die Intereſſen der großen Wiener Banken und eines Teiles der Großinduſtrie einer Abtrennung Deutſchböhmens vom tſchechoſlowakiſchen Staat entgegenwirken. Vor allem ſchädlich wirken hier die Intereſſen ſolcher Unternehmungen, die in Deutſchböhmen Filialen errichtet haben und nun oft in der kurzſichtigſten Weiſe mit der tſchechiſchen Regierung paktieren oder ihren deutſchböhmiſchen Beſitz kurzerhond an tſchechiſche Kriegsgewinner losſchlagen, wie z. B. kürzlich die Berliner Bergmann-Werke mit ihrer Bodenbacher Zweigniederlaſſung taten. Wenn man ſchon den Direktoren und Aktionären ſolcher Unternehmungen jene ſelbſtverſtändliche nationale Moral nicht zumutet, die keinem Engländer gepredigt zu werden braucht, ſo kann man doch vielleicht die reine Zweckmäßigkeitserwägung anſtellen, ob das Kapital nicht gerade jetzt beſſer daran täte, ſich weniger moralfrei zu gebärden. Die *Empörung unter der deutſchböhmiſchen Arbeiterſchaft* über Fälle dieſer Art iſt nicht gering. Ferner kommt auf deutſcher Seite dem tſchechiſchen Bemühen um eine möglichſt koſtenloſe „Verſtändigung" auf wirtſchaftlichem Gebiete die merkwürdige reichsdeutſche Vorſtellung zugute, als herrſche zwiſchen Tſchechen und Deutſchen gleichſam nur eine Art Mißverſtändnis, als ſei der Gegenſatz jedenfalls weniger tief und ernſthaft, als der zwiſchen Deutſchen und Polen. Dabei ſpielt natürlich jene Reichsborniertheit keine geringe Rolle, der „das Hemd näher ſitzt als der Rock“, wobei dieſer Vergleich den Wertunterſchied zwiſchen den Deutſchböhmen unmittelbar an den Grenzen des Reiches und denen innerhalb ſeiner bisherigen Grenzen bezeichnen ſoll. Man könnte angeſichts der letzten Entwicklungen fragen, welche Art von Deutſchtum enger zum Reiche gehöre: jenes, das trotz der ſchwerſten Hemmungen aus früherer Abſonderung zu ihm hinſtrebt oder jenes, das immerhin auch Hochverräter aus ſeinen eigenen Reihen hervorbringt. Jedenfalls wäre es die höchſte Zeit, daß das reichsdeutſche Bewußtſein endlich einmal lerne: deutſche Menſchen ſind das wichtigſte Beſitztum, Kohlen und Exportmöglichkeiten erſt das zweitwichtigſte. Es ſieht ſehr nach veralteten und nicht beſonders bewährten Methoden aus, wenn reichsdeutſche Bevollmächtigte in dem Augenblick, da die tſchechiſche Preſſe in allen Tonarten über Deutſchlands Demütigung frohlockt und ſpottet, die „moraliſche Kraft“ des tſchechiſchen Präſidenten bewundern, ohne ein Wort darüber, daß dieſe „moraliſche Kraft“ 3½ Millionen Deutſche mit Füßen tritt.

Die Zwieſpältigkeit der tſchechoſlowakiſchen Politik, ihre unüberbrückbaren inneren Widerſprüche werden von den Klügeren unter ihnen längſt empfunden. Der ganze maßlos überſpannte Imperialismus der Tſchechen entſpringt aus Schwäche. Aus Furcht überfrißt ſich die tſchechiſche Friedensdelegation mit rein deutſchen Gebieten, zu denen ſolche hinzukommen ſollen, die bisher nicht einmal gefordert worden ſind, wie Gmünd, und aus Furcht letzten Endes entſpringen die Pläne einer von den Tſchechen geführten Donauföderation. Vor kurzem erklärte Nemec, der als Führer der tſchechoſlowakiſchen Sozialdemokratie in Paris weilt, alle Völker des früheren Öſterreich-Ungarn müßten dahinſiechen, wenn dieſe Donauföderation nicht zuſammenkomme. Er vergaß, daß Deutſchöſterreich ſolcher Iſolierung nicht ausgeſetzt wäre, weil es ſich an Deutſchland anſchließen kann. Seit es zum geſchichtlichen Leben erwacht iſt, will das tſchechiſche Volk über ſeinem eigenen Schatten ſpringen. Jener krankhafte Deutſchenhaß, aus dem jede politiſche Regung des tſchechiſchen Volkes quillt, widerſpricht in allen ſeinen Forderungen der geographiſchen Lage dieſes Volkes. Dieſer altererbte Haß, die Furcht vor der „Germaniſation“ treibt es immer wieder an, gegen ſeinen eigenen Vorteil zu handeln, ſeine Kräfte übermäßig anzuſpannen und zu vergeuden, macht ſie zu Trabanten fremder Intereſſen. Der Maſarykſche Plan eines Bündniſſes zwiſchen Polen, Tſchechoſlowakei, Rumänien, Jugoſlawien, Bulgarien und Griechenland, alſo eines Oſtbundes, der ſich wie ein großer Block dem „deutſchen Drang nach dem Oſten“ angeblich entgegenſtellen ſoll, richtet ſich in ſeinen letzten Folgerungen nicht gegen Deutſchland allein, ſondern verſucht auch gegen den Stachel der Weſtmächte zu löken, die durch dieſen Oſtbund vom Oſten abgeſperrt würden. England iſt denn auch dieſem Plan nicht beſonders hold und wünſcht auch die Vereinigung der Nord- und Südſlawen nicht gerade ſehnlich. Es braucht ein Gegengewicht gegen die Tſchechoſlowakei und begünſtigt den zweiten tſchechiſchen Plan, den eines polniſch-tſchechoſlowakiſch-deutſchöſterreichiſchen Bundesſtaates, der durch einen ſüdſlawiſchen-magyariſch-rumäniſchen Block ergänzt würde. Für die Deutſchen im ehemaligen Öſterreich bedeutet der eine wie der andere Plan wirtſchaftliche und politiſche Hörigkeit, für die Deutſchen im Reiche aber eine Verewigung der Drohung im Oſten. Von beiden Plänen iſt ſicher, daß ſie dem innerſten Willen der daran beteiligten Völker zuwiderlaufen und daß ſie namentlich über die Kräfte des tſchechoſlowakiſchen und ſüdſlawiſchen Staates gehen, denen die Führung zugedacht wäre. Von beiden Plänen iſt ſicher, daß ſie nur vorübergehend durchgeführt werden könnten und daß ſie, wie einſtweilen überall im Südoſten, doch nur zerſtören, nicht dauernd aufbauen würden.

Der Weltimperialismus muß ſich offenbar bis in die letzte Folgerichtigkeit der Karikatur hinein ausraſen. Die Schule, die er bei den „Siegern" im Südoſten, bei den Kriegsgewinnern unter den kleinen Völkern gemacht hat, zeigt, wie eine gute Karikatur ſeine innerſten Schwächen. Wenn der Vertrag, den man Deutſchland zugemutet hat, vor allem Brutalität, Grauſamkeit, geſchäftlichen Zynismus zeigte, ſo beweiſt der Deutſchöſterreich vorgelegte vor allem ein Übermaß von Borniertheit und Verſtändnisloſigkeit. Die engliſche und amerikaniſche Kommiſſion in Wien ſcheint von den weiſen Vier in Paris überhaupt nicht gehört worden zu ſein. Man hat einfach den neu entſtandenen Staaten wie im Märchen alle Wünſche erfüllt, und dieſe haben mit der Verantwortungsloſigkeit, mit der ſie bereits im alten Öſterreich Raubbau getrieben, ſich genommen, was ihnen ſchmeckt. Gegenüber der Art, wie dieſe neuen Staaten aufgebaut werden, kann man ſich mitten in der unſäglichen Demütigung, die wir alle und jeder einzelne erleben, eines Gefühls der Überlegenheit nicht erwehren. Der Leidende ſieht immer ſchärfer. Offenbar müſſen auch erſt die einſtweilen ſiegreichen Völker Schiffbruch leiden, ehe ſie ihr Heil erkennen. Der Linksſozialiſt Modracek hat kürzlich als weißer Rabe vor der Knechtung Deutſchböhmens gewarnt. Man wird ihn erſt hören, wenn es für beide Teile reichlich ſpät iſt. Das tſchechiſche Volk, daß ſo viel wirkliche Begabung für Kulturarbeit im eigenen Sinne des Wortes hätte, könnte ſeine Kräfte reichlich ausleben in der Heilung der Kriegsſchäden und mit dem Aufbau eines wahrhaft demokratiſchen Staates von ungewöhnlicher nationaler Geſchloſſenheit und, ein gutes Einvernehmen mit den Nachbarn vorausgeſetzt, auch wirtſchaftlicher Freiheit. Da es dieſes

Einvernehmen vor allem mit Deutſchen ſuchen müßte, legt es ſich lieber die Laſt einer unbeſieglichen Irredenta, eines unerträglichen Militarismus und ſchärfſter innerer Spannung, endlich die Herrſchaft der Entente auf. Es wird unter dieſer Laſt zuſammenbrechen und ohne Freund ſein in Lagen, in denen es des Freundes bedarf.

Rußlands Vorbereitungen für den großen Krieg

Von G. Frantz, Major im Generalſtabe

Mit dem Jahre 1909 ſetzten in Rußland eine Reihe von Heeresreformen ein. Sie begannen in engen Grenzen und bedeuteten zunächſt kaum mehr als eine Beſeitigung organiſatoriſcher Mängel. Allmählich nahmen ſie jedoch einen immer größeren Umfang an und richteten ihre Spitze offenkundig gegen Weſten.

Nach geringfügigen Verbeſſerungen 1909 brachte die Heeresreform 1910/12 zwar nur eine unweſentliche Vermehrung der Friedensſtärke (ſie betrug damals etwa 48 000 Offiziere und 1 300 000 Mann), dafür aber eine bedeutende Steigerung der Schlagfertigkeit und Vervollkommnung im inneren Ausbau des Heeres. Bisher als Cadres für Reſerveformationen dienende Truppenteile wurden in aktive umgewandelt, die leichten Feldhaubitzbatterien und techniſchen Truppen vermehrt; eine ſchwere Artillerie des Feldheeres wurde neu gebildet.

So konnten neue Truppenverbände gebildet werden:

in Europa: 4 Armeekorps, 5 Infanterie-Diviſionen, eine finnländiſche Schützenbrigade;
in Sibirien: 2 Armeekorps, 2 Schützendiviſionen, 33 ſelbſtändige Schützen-Bataillone.

Die Durchführung territorialer Ergänzung ermöglichte es, den Übergang von der Friedens- auf die Kriegsſtärke jederzeit ſchnell zu vollziehen.

Von 1912 an wurde die Erhöhung des Friedensetats beſchleunigt. Die ſibiriſchen Truppen hatten ſeit dem japaniſchen Kriege eine ſo hohe Etatsſtärke behalten, daß ſie jederzeit für den Abtransport zu kriegeriſcher Tätigkeit bereit waren. An der Weſtgrenze wurde der ſchon 1909 auf 158 Mann heraufgeſetzte Etat der Infanterie-Kompagnie weiter geſteigert. Die Kavallerie- und Koſaken-Diviſionen erhielten im Herbſt 1913 und Frühjahr 1914 die noch fehlenden Maſchinengewehr-, Sappeur- und Nachrichtenabteilungen ſowie die vollzählige Beſpannung ihrer Bagagen. Soweit ſie an der Weſtgrenze ſtanden (12 Diviſionen), waren ſie ſomit zum Einfall in das feindliche Gebiet jederzeit innerhalb weniger Stunden marſchfertig. Auch die Gefechtsbatterien der fahrenden Artillerie wurden im Weſtgebiet voll beſpannt.

Von welchem Umfange die durchgeführten Etatserhöhungen waren, beweiſt die 1913 vorgeſehene Vermehrung des Rekrutenkontingents um 130 000 Mann und Erhöhung der Geſamtfriedensſtärke auf 2 320 000 Mann (gegen 880 000 Mann in Deutſchland). Eine weitere vorübergehende Verſtärkung des Mannſchaftsbeſtandes wurde ſeit 1912/13 im Winter durch Zurückbehaltung des ausgedienten Jahrganges bis zum April, im Sommer durch Vermehrung der zu Übungen des Beurlaubtenſtandes eingezogenen Mannſchaften erreicht. Dank erſterer Maßnahme blieben in der für die Schlagfertigkeit der Armee ſo kritiſchen Rekrutenausbildungsperiode bei der Infanterie drei, bei der Kavallerie vier voll ausgebildete Jahrgänge unter den Fahnen. Die Iſtſtärke der Armee erhöhte ſich dadurch um annähernd eine halbe Million Mann; die Zahl der erforderlichen Mobilmachungs-Ergänzungsmannſchaften war nunmehr Sommer und Winter die gleiche, ohne daß man die noch nicht vollkommen ausgebildeten Rekruten mit ins Feld zu nehmen brauchte. Dies bedeutete eine erhebliche Vereinfachung der Mobilmachungsarbeiten.

Die Zahl der im Sommer eingezogenen Übungsmannſchaften und die Übungsdauer des einzelnen wurden von Jahr zu Jahr geſteigert. Im Jahre 1914 übten 890 000 Mann gegen 456 000 im Jahre 1911. Durch Gefangenenausſagen iſt beſtätigt, daß in den Monaten April bis Juni 1914 eingezogene Reſerviſten und Reichswehrleute bis zum Kriegsausbruch bei der Fahne zurückbehalten wurden. Die Kriegsbereitſchaft Rußlands war alſo in dieſem Sommer weit über das gewöhnliche Maß hinaus erhöht!

Man hatte in Rußland die Bedeutung und Überlegenheit von Deutſchlands ſchneller Mobilmachung wohl erkannt. Man war ſich klar darüber, daß demgegenüber der Vorteil großer zahlenmäßiger Überlegenheit auf ruſſiſcher Seite nur dann voll ausgenutzt werden konnte, wenn es gelang, im Aufmarſch an der Grenze mit dem Feinde mindeſtens gleichen Schritt zu halten, wenn möglich ihn zu überholen. Die Schwierigkeit der geographiſchen Verhältniſſe mußte durch Beſchleunigung in der Mobilmachung nach Möglichkeit ausgeglichen, der durch die kürzeren und beſſeren Verbindungen Deutſchland gegebene Vorſprung nachgeholt werden. Rußland rechnete mit einem Beginn der deutſchen Operationen am 10. Mobilmachungstage. Dem trug die ruſſiſche Mobilmachungsvorſchrift von 1911 Rechnung, indem ſie die Mobilmachung um einen Tag verkürzte, ſo daß die Marſchbereitſchaft der Feldtruppenteile im allgemeinen auf den 5. Mobilmachungstag feſtgeſetzt werden konnte.

Durch Probemobilmachungen in größerem oder kleinerem Umfange bei den aktiven Truppenteilen ſollten die Mobilmachungsvorarbeiten praktiſch nachgeprüft werden; die erforderlichen Mannſchaften und Pferde wurden von anderen Truppenteilen abgegeben. Dies war alſo eine reine Übung, wie wir ſie in Deutſchland auch kannten, bei der eine gleichzeitige Steigerung der Schlagfertigkeit zwar nicht unmittelbar ſtattfand, deren Wert aber trotzdem nicht verkannt werden darf. Die für Probemobilmachungen ausgeworfenen Mittel wurden 1913 auf mehr als das Doppelte gegen 1912 erhöht!

Erheblich weiter gingen die Kontrollmobilmachungen, eine in Deutſchland nicht angewendete Maßnahme. Sie ordneten faſt vollſtändige Mobilmachung beſtimmter Truppenteile mit Hilfe aus dem Lande ausgehobener Mannſchaften, Pferde und Fahrzeuge an. Für den nicht Eingeweihten war äußerlich alſo ein Unterſchied gegen die tatſächliche Mobilmachung kaum zu erkennen, und es beſtand die Möglichkeit, vor dem künftigen Gegner die regelrechte Mobilmachung durch ſolche Kontrollmobilmachungen zu maskieren.

Am deutlichſten kommt das Beſtreben Rußlands, durch entſprechende Maßnahmen den Zentralmächten bei Überführung des Heeres auf den Kriegsfuß einen Vorſprung abzugewinnen, in der im Frühjahr 1913 erlaſſenen „Verordnung über die Kriegsvorbereitungsperiode“ zum Ausdruck. Nach ihrer Beſtimmung wurden in die „der Eröffnung der Feindſeligkeiten vorausgehende Periode diplomatiſcher Verwicklungen und politiſcher Spannung für die Vorbereitung und Sicherſtellung des Erfolges bei der Mobilmachung und für den Aufmarſch“ eine Fülle von Mobilmachungsmaßnahmen vorausgenommen, die bei uns erſt in die Mobilmachungszeit fielen.

In der Verordnung waren die zu treffenden Mobilmachungsarbeiten in zwei Kategorien geteilt; für die der 1. Kategorie waren laufende Kredite, für die bei erhöhter Spannung anzuordnende 2. Kategorie die außerordentlichen Kredite in Anſpruch zu nehmen. Bei planmäßiger Durchführung der Kriegsvorbereitungsperiode blieb für die eigentliche Mobilmachung kaum noch etwas zu tun übrig, da während der Vorbereitungsperiode auch die Einziehung noch fehlender Ergänzungsmannſchaften zu „Übungen“ erfolgte. Rußland hatte alsdann bereits einen gewaltigen Vorſprung, während es ſeinerſeits mit gutem Gewiſſen ſagen konnte, daß der „Mobilmachungsbefehl“ noch nicht erlaſſen ſei. Tatſächlich wurde 1914 die Kriegsvorbereitungsperiode am 26. Juli erklärt; aber ſchon im Frühjahr war mit einer Reihe von Maßnahmen begonnen worden, die eigentlich erſt in der erſten Kategorie hätten durchgeführt werden ſollen: Vermehrte Übungen der Ergänzungsmannſchaften (vergl. oben), Pferdeankäufe, Pferdeausfuhrverbot, Pferdemuſterungen, Ankäufe von Kriegsmaterial, Auffüllung der Verpflegungsbeſtände, Produktionsſteigerung bei der Kriegsinduſtrie, Einſtellung der Getreideausfuhr. So war bei Beginn der offiziellen Mobilmachungsarbeiten tatſächlich die Mobilmachung faſt abgeſchloſſen und der Abtransport der Truppen nach dem Kriegsſchauplatz konnte alsbald beginnen.

Beachtenswert waren auch die Beſchleunigungen in der Übernahme des polniſchen Bahnnetzes in fiskaliſche Verwaltung und der doppelgleiſige

Ausbau der ſibiriſchen Bahn, ſowie der forcierte Ausbau der Feſtungen Nowogeorgiewſk, Kowno und Grodno.

Etwas verſpätet ſetzten die Marinerüſtungen ein; mit dem Flottenprogramm von 1912 und der Grundſteinlegung zum Hafen von Reval begann auch auf dieſem Gebiete fieberhafte Tätigkeit.

Die für alle dieſe umfangreichen Kriegsrüſtungen erforderlichen gewaltigen Geldmittel ſtanden zur Verfügung aus den reichen finanziellen Überſchüſſen der außerordentlich günſtigen Erntejahre 1910—13 und aus der franzöſiſchen 17 Milliardenanleihe, dank der Opferwilligkeit der Duma und dem Entgegenkommen der Verbündeten. Außerdem wurde der „freie Barbeſtand der Reichsrentei" in Höhe von 1,1 Milliarden Rubel, bisher „Kriegsdispoſitionsfonds" und „unverſehrbarer Schatz für den Kriegsfall", Anfang 1914 für Heereszwecke zur Verfügung geſtellt.

Es entſprach dem auf der Petersburger Verſammlung der Generalſtabs-Chefs der Militärbezirke im November 1912 vertretenen Grundſatz: „Die Mobilmachungsmaßnahmen durch diplomatiſche Scheinverhandlungen zu maskieren, um die Befürchtungen des Gegners möglichſt einzuſchläfern und ihm nicht unwiederbringlich die Hoffnung zu nehmen, der Krieg könne noch vermieden werden", wenn alle die oben erwähnten Kriegsrüſtungen nach Möglichkeit geheim gehalten wurden. Frachten mit Heeresgut wurden falſch deklariert, die Zenſurbeſtimmungen für die Preſſe verſchärft, die Spionageabwehr außerordentlich ſcharf gehandhabt; Truppentransporte aus Sibirien nach dem Weſten fuhren angeblich zu großen Manövern; die Erhöhung des Rekrutenkontingents wurde im Heeresbudget verſchleiert.

Daß dieſe Kraftanſtrengungen Rußlands auf einen Krieg gegen die Zentralmächte, Deutſchland und Öſterreich-Ungarn, gerichtet waren, lag in der geſamten politiſchen Lage begründet. Auch zahlreiche Hetzartikel der ruſſiſchen und franzöſiſchen Preſſe laſſen darüber keinen Zweifel. Wie tief der Gedanke eines baldigen Krieges gegen Deutſchland in der Armee wurzelte, verriet deutlich genug die ſehr verbreitete Militärzeitſchrift „Raswjedſchik": Sie forderte in einem Artikel Anfang Januar 1914, daß bei Kriegslagen eine der beiden Parteien immer die „Deutſche" heißen müſſe.

Ein Segen für das Land waren dieſe Kriegsrüſtungen Rußlands ſchon im Frieden nicht. Kulturelle Aufgaben, die zum Wohle des Volkes dringend notwendig waren und im Intereſſe ſeiner wirtſchaftlichen Entwicklung lagen, mußten aus Mangel an Mitteln immer wieder zurücktreten. Es ſei nur erinnert an die Hebung der Volksbildung, Verbeſſerung der Verkehrsverhältniſſe, die ſo notwendige Weiterentwicklung des Bahn- und Kanalnetzes, ſoweit ſie nicht durch ſtrategiſche Rückſichten bedingt wurden, Regulierung der Flüſſe! Die hohen Anſprüche des Kriegs- und Marineminiſteriums ließen für ſolche Aufgaben nur geringe Summen verfügbar. Sie ſtützten ſich auch auf die von dem Verbündeten an der Seine erhobenen Forderungen. Frankreich präſentierte ſeinen Wechſel auf die von ihm gewährte 17 Milliardenanleihe. Aufmerkſam verfolgte es die Verwendung des Geldes und den Gang der Kriegsrüſtungen in Rußland. Die franzöſiſche Preſſe war reich an drängenden Ermahnungen, die den ſtarken Einfluß auf Rußlands Kriegsrüſtungen gegen den gemeinſamen Feind erkennen laſſen. Deutlich wird der Sorge Ausdruck gegeben, Rußland könne ſich durch ein „aſiatiſches Abenteuer" verleiten laſſen, ſeine Bündnispflichten und „Aufgaben als europäiſche Macht" zu vergeſſen.

Wie viel wirkſamer noch mag der offizielle, aber nicht öffentliche Druck geweſen ſein, der von den amtlichen Stellen auf die ruſſiſche Regierung ausgeübt wurde! Die gegenſeitigen Beſuche führender Perſönlichkeiten müſſen unter dieſen Geſichtspunkten an Bedeutung gewinnen, ſie waren mehr als nur Höflichkeiten. In das Jahr 1912 fallen die wechſelſeitigen Beſuche Poincarés, des Großfürſten Nicolai Nicolajewitſch, Fürſten Lieven (Chef des ruſſiſchen Admiralſtabes) und Shilinskis (ruſſiſcher Generalſtabschef). An Beſprechungen in Paris nahmen Admiral Grigorowitſch (Marineminiſter), Saſſonow (Außenminiſter) und Suchomlinow (Kriegsminiſter) teil. 1913 waren Miniſterpräſident Kokowzow und General Danilow (Oberquartiermeiſter im Großen Generalſtabe) in Frankreich, der franzöſiſche Admiralſtabschef Lebris in Rußland. Die ruſſiſchen Manöver ſahen Joffre mit einer Abordnung von fünf Generalen und ſieben Stabsoffizieren als Gaſt. Kurz vor Ausbruch des Krieges beſuchte Poincaré noch Petersburg.

Im Sommer 1914 waren die geplanten Kriegsrüſtungen in der Armee noch nicht durchgehends beendet, die Flottenausrüſtungen noch bedeutend im Rückſtande. Im Vertrauen auf die Mitwirkung Frankreichs und Englands glaubte man in Rußland trotzdem ſtark genug zu ſein, um die günſtige politiſche Lage zum Kriege mit Deutſchland ausnutzen zu können. Der Suchomlinowprozeß hat gezeigt, welche Mittel die Kriegspartei Rußlands ſelbſt dem Zaren gegenüber wählte, um ihr langerſehntes Ziel zu erreichen.

Engliſche Eingeborenenbehandlung in Deutſch-Südweſt-Afrika

Von Bezirksamtmann von Zaſtrow

Unter allem engliſchen Lügengewebe, die der Krieg hervorgebracht hat, nimmt das Blaubuch über die deutſche Eingeborenenbehandlung in Südweſt eine der erſten Stellen ein. Wohlweislich hat man es in Südweſt nicht veröffentlicht und eine nur dürftige Zeitungsnotiz ließ nicht erkennen, was der Welt vorgelegt wurde, um zu „beweiſen", daß Deutſchland keine Kolonien haben dürfe.

Wer die ganze Zeit der Okkupation in Südweſt mitgemacht hat, hat es nicht ſchwer, die Behauptungen des Blaubuchs durch eigene Handlungen der Engländer zu widerlegen. Das Material, das mir hauptſächlich vom Norden des Schutzgebietes hierfür zur Verfügung ſteht, iſt derart umfangreich, daß es leicht Bände ausfüllen könnte. Es ſoll hier deshalb nur ein kurzer Überblick gegeben werden. Selbſtverſtändlich werden nur Ereigniſſe mitgeteilt werden, die ich ſelbſt erlebt habe, für die ich mich alſo verbürgen kann, oder ſolche, für die ich einwandsfreien Beweis liefern kann.

Die beſten Beurteiler, ob die Eingeborenen lieber deutſche oder engliſche Verwaltung haben, ſind die Eingeborenen ſelbſt. Ihre Anſicht iſt jedem, der die Verhältniſſe kennt, nicht zweifelhaft. Als kurz nach Beendigung der Feindſeligkeiten in Südweſt die Engländer, beſonders die Herero, große Verſprechungen machten, ihnen unter anderem auch ihr altes Land am Waterberg und anderswo zurückzugeben verſprachen, war natürlich die Freude groß. Die Hoffnung war aber nur kurz. Es blieb bei Worten, nur einige Waſſerſtellen wurden den Herero überlaſſen, und für jedes Stück Vieh, das ſie dorthin ſtellen, mußten ſie eine hohe Gebühr bezahlen. Die Enttäuſchung war natürlich groß.

Bald erfuhren die Eingeborenen auch bei anderen Gelegenheiten, wie wenig man ſich auf die Engländer verlaſſen konnte. In Grootfontein und Tſumeb waren bei der Beſatzung viele Sachen verſchwunden, ſo viele, daß der engliſche Kapitän der Polizei, ein Bur, mir ſagte, ſie hätten ſo gut wie überhaupt keine Beſtände mehr. Der Verdacht lenkte ſich auf die Eingeborenen, und Hausſuchungen wurden auf den Werften vorgenommen. Hiergegen ließ ſich natürlich nichts einwenden, auch nicht, daß das, was geſtohlen war, weggenommen wurde. Dabei blieb es aber nicht. In Tſumeb wurden alle Eingeborenen bei der Hausſuchung aus der Werft herausgetrieben. Dann gingen die Soldaten von einem Pontok zum anderen. Als die Unterſuchung beendet war und die Eingeborenen zurückgehen durften, ſtellten ſie feſt, daß aus vielen ihrer Koffer das bare Geld verſchwunden war. Sie wandten ſich Beſchwerde führend an den Magiſtrat. Dieſer gab die Antwort, ſie ſollten angeben, wer das Geld geſtohlen habe. Hierauf antworteten die Eingeborenen: „Das können wir doch nicht, wir waren ja bei der Unterſuchung nicht auf der Werft, ſondern wurden draußen feſtgehalten. Wir können daher nicht wiſſen, wer es geſtohlen hat!” Mit einem Achſelzucken entließ darauf der Beamte die Leute und die Sache war erledigt.

Etwas anders ging es in Grootfontein zu. Hier wurde alles, was den unterſuchenden Soldaten auch nur einigermaßen brauchbar erſchien, weggenommen und auf das Bureau gebracht. Hier ſollten die Eingeborenen die Berechtigung zum Beſitz nachweiſen. Ein Teil der Sachen war bereits auf dem Wege von der Werft nach dem Bureau verſchwunden und wurde bei den im engliſchen Dienſte ſtehenden Eingeborenen oder den Soldaten geſehen. Sie wieder zu bekommen, war nicht möglich. Aber auch von den anderen Sachen behielt man das, was man brauchen konnte. So hatte der Herero Jeremias, der über 20 Jahre im Dienſte des Bezirksamts geſtanden hatte, einige Zeltbahnen, die er ſich teils ſelbſt gekauft, teils von mir geſchenkt erhalten hatte, damit er in der Regenzeit beim Übernachten im Freien nicht durchnäßt werde. Auch dieſe waren weggenommen. Ich gab die Erklärung ab, daß ſie Eigentum der Eingeborenen ſeien und erhielt die übliche Antwort: „Matter is under consideration“. Nach einigen Tagen frug ich den Eingeborenen, ob er die Zeltbahnen zurückerhalten habe. Seine Antwort war: „Nein, laß nur. Armer Engländer muß Eingeborene ſeine ſchmutzigen Sachen klauen, ſoll ſie behalten.“

Eine ungeheure Verachtung ſpricht aus dieſen Worten. Und das war das Charakteriſtiſche in dem Verhalten der Eingeborenen zu den Deutſchen und Engländern, daß ſie vor den Deutſchen ſtets Reſpekt zeigten, vor den Engländern nicht. Das kann nicht Wunder nehmen, wenn man bedenkt, daß Engländer und Eingeborene zuſammen geſtohlenen Schnaps trinken, wie ich es genau weiß, daß ſie zuſammen auf Diebſtahl ausgehen, wie ich ſie ſelbſt überraſcht habe, als ſie meinen Kühlſchrank nachts erbrechen wollten. So erklärt es ſich auch, daß Handlungen der Eingeborenen vorkamen, die zur deutſchen Zeit unmöglich geweſen wären. Nicht des Humors entbehrt die Tatſache, daß man auf einem Bezirksamt lange Zeit Patronen von den dort bei den Engländern arbeitenden Eingeborenen kaufen konnte. In jeder Menge wurden ſie abgegeben. Ein großer Karton koſtet 6 Pfd. Sterl. 15 Schilling.

Natürlich iſt dieſe Haltung und Geſinnung der Eingeborenen denjenigen engliſchen Beamten, die ſich ein klares Urteil bewahrt haben, nicht unbekannt geblieben. Sie ſehen das Verfehlte ihrer Beſtimmungen ein. Und es dürfte keine beſſere und kürzere Widerlegung des ganzen engliſchen Blaubuches geben, als die Äußerung des Magiſtrats von Grootfontein, Major Brownlee, die er zu mir tat: „Ihre Eingeborenenbehandlung war richtiger, als die unſere iſt.“ Dies Urteil iſt deshalb von beſonderem Werte, als es von einem Manne ſtammt, der, wie er ſagte, faſt ſeine ganze Dienſtzeit in Eingeborenenreſervaten in der Union geweſen iſt oder ſich ſonſt ſtets mit ihnen hat beſchäftigen müſſen.

Derſelben Anſicht wie er ſind durchgehend die Buren. Aus dieſer Meinungsverſchiedenheit zwiſchen Buren und Engländern entſtanden die unglaublichſten Mißſtände. Es war verpönt den Eingeborenen zu ſchlagen, ſo etwas taten ja nur die grauſamen Deutſchen. Irgend etwas mußte aber geſchehen. Einen Ausweg zu finden war recht ſchwer. Stand ſich ein Farmer gut mit der Polizei und hatte über einen Eingeborenen zu klagen, ſo lud er den Poliziſten zu einer Flaſche Schnaps oder Whisky ein. Während dieſe vertilgt wurde, verließ der Farmer die Stube und der in Frage kommende Eingeborene trat herein. Unter 4 Augen hatte dieſer mit dem Poliziſten alsdann eine Zwieſprache, die niemand mit anhörte. Nur lautes Wehgeſchrei des unglücklichen Opfers verkündete, was drinnen vorging. Dem Poliziſten konnte nichts geſchehen, ein Zeuge war bei der Tat nicht dabei geweſen, und nach den ſo glänzenden engliſchen Rechtsgrundſätzen kann niemand verurteilt werden, wenn nicht ein Zeuge die ſtrafbare Handlung eidlich nachweiſen kann.

Daneben gab es auch andere Mittel. Wiederholt konnte man beobachten, wie Eingeborene ſtehen und ein großes ſchweres Buch ſo lange feſthalten mußten, bis ſie zuſammenbrachen. Dies war eine beſonders bei den Frauen beliebte Strafe. Sie wurde in ſo grauſamer Weiſe vollzogen, daß Deutſche ſich darüber beſchwerten, weil ſie den Anblick nicht ertragen konnten. Ferner war es beliebt widerſpenſtige Eingeborene vor einem großen Aſt zu ſpannen und ihn ſo lange im Trabe hin und herziehen zu laſſen, bis der Gequälte nicht mehr konnte. Ein anderer Eingeborener ſtand mit einem Schambok bewaffnet ſtets in der Nähe, um ihn anzutreiben.

Aus Lüderitzbucht liegen von den Diamantfeldern einwandsfreie eidliche Erklärungen vor, nach denen Eingeborene von engliſchen Poliziſten geſchlagen und mißhandelt worden ſind. Eine eidliche Erklärung lautet:

> „Die Poliziſten bedienten ſich dabei nicht nur des Schamboks, ſondern ſchlugen mit demjenigen Gegenſtande zu, der ihnen gerade zur Hand war. So habe ich z. B. geſehen, daß ſie die Steigbügelriemen abſchnallen und damit auf die Eingeborenen einſchlugen. Einmal mißhandelte ein Poliziſt einen Hottentotten in meiner Gegenwart mit einem Riemen. Derartige Feſtſtellungen haben außer mir viele Sortierer und Angeſtellte auf den Feldern getroffen."

Andere beſagen:

> Anfang März 1919 ſind der Pomona Diamantgeſellſchaft viele Ovambo entlaufen, weil ſie nicht entlaſſen worden waren. Nachdem es dem engliſchen Beamten der Station Pomona nicht gelungen war, dieſe Eingeborenen weiterhin in Pomona zurückzuhalten, ritt eine Abteilung Poliziſten unter Führung des Sergeanten van Heerden von Lüderitzbucht ab, um die Ovambo zur Rückkehr zu zwingen. Als die letzteren der Aufforderung der Patrouille nicht Folge leiſteten, ſchlugen die Poliziſten mit Schamboks auf ſie ein. Der Ovambo Inngathi Nr. 1402/2031 wurde derart mit dem Gewehr auf den Kopf geſchlagen, daß er zu Boden fiel und mit der Karre in das Lazarett transportiert werden mußte. Die übrigen Eingeborenen ließ das Eingeborenenkommiſſariat zur Strafe nicht abfahren. Sie erhielten keinerlei Verpflegung mehr und mußten deshalb ihr mühſam erſpartes Geld hier für ihren Unterhalt verausgaben. Außerdem müſſen dieſe Ovambo hin und wieder hier für die Engländer arbeiten, ohne daß ſie Bezahlung erhalten. Dieſer Zuſtand währt jetzt ſchon 5 Wochen.
>
> Bei der Kolmanskop Diamond Mines Ltd. müſſen mit Ausnahme eines Sonntages im Monat die Eingeborenen jeden Sonntag bis Mittag arbeiten. Die engliſche Behörde, die davon unterrichtet iſt, tut nichts zum Schutze der Eingeborenen, die natürlich einen Ruhetag in der Woche haben möchten.

In Swakopmund ging eines Abends ein engliſcher Poliziſt, wahrſcheinlich angetrunken, auf die Werft, um ſich ein Weib zum Geſchlechtsverkehr zu holen. Er ſtieß auf Widerſtand bei den Männern. Da ließ er den Pfiff aus ſeiner Polizeipfeiſe ertönen. Andere Soldaten kamen herzu und ohne jede Veranlaſſung begannen dieſe zu ſchießen. Erfolg 1 Herero tot, mehrere verwundet. Natürlich war die Aufregung unter den Eingeborenen groß, alle wollten Swakopmund verlaſſen, viele ſchickten ihre Frauen fort. Daß eine Beſtrafung der Soldaten eingetreten iſt, iſt nicht bekannt geworden. Ein ähnlicher Vorfall ſpielte ſich Weihnachten 1917 in Grootfontein ab, wo die betrunkenen Soldaten eine Reihe von Eingeborenen, Männer und Weiber, verprügelten. Der Fall wurde zwar unterſucht, der Haupttäter aber, Sergeant Hattingh, erhielt kurz darauf einen Vertrauenspoſten, ſo daß die Strafe nicht beſonders geweſen ſein kann.

Dieſe Fälle mögen genügen. Sie laſſen ſich aus jedem Orte des Schutzgebiets beliebig vermehren. Es handelt ſich nicht um Ausnahmen, ſondern es iſt ein Syſtem.

Wir Deutſche haben die Prügelſtrafe zugelaſſen gehabt. Sie durfte von dem Bezirksamtmann als Richter und in ganz beſcheidenem Umfange von beſonderen namentlich dazu ernannten Beamten ausgeführt werden. über jede Verurteilung mußte ein Protokoll aufgenommen werden und die Strafe, wenn es ſich um mehr als 15 Schläge handelte, ſchriftlich begründet werden. Alle dieſe Urteile unterlagen der Reviſion des Gouvernements, die ſie ſtets, die Lokalbeamten wiſſen das alle, ſehr genau und peinlich ausführte. Ich glaube, es iſt kein Zweifel, welche Art der Beſtrafung beſſer iſt. Wir Deutſchen ſind ehrlich und ſagen, was wir tun, der Engländer behauptet etwas, was ſich wunderſchön anhört, das ſich aber in Wirklichkeit ganz anders verhält.

Einen ſchlagenden Beweis für die engliſche Heuchelei im Blaubuch bietet die Ovambofrage. Das Blaubuch behauptet, einer deutſchen Beſetzung des Ambolandes würde gleich ein Blutbad gefolgt ſein und Beſuche Deutſcher wären ſtets unfreundlich aufgenommen worden. Schon die Entgegnungsſchrift des Kolonialamtes weiſt auf die Unrichtigkeit dieſer Behauptungen hin. Wir Deutſchen haben ſtets den Nutzen vom Ambolande gehabt, den man aus ihm ziehen konnte und haben es fertig gebracht, in Frieden mit ihm zu leben.

Wie aber die Engländer? Kaum, daß ſie ſich dort niederließen, kam es zu Streitigkeiten mit den Kapitänen. Nicht ein Jahr verging und Waffengewalt mußte angewandt werden, um das verloren gegangene Preſtige wieder herzuſtellen. Mit großen Opfern auf beiden Seiten gelang es, den Kapitän Mandume und ſeinen Stamm unſchädlich zu machen. Das waren dieſelben Ovambo, die 2 Jahre vorher Oberſtleutnant Franke auf ſeinem Zuge gegen die Portugieſen ihre Unterſtützung angeboten hatten. Ganz ſo ſchlecht ſcheint danach das Verhältnis zwiſchen Deutſchen und Ovambo nicht geweſen zu ſein.

Auch die Engländer ſelbſt in Südweſt haben die Auffaſſung des Blaubuchs nicht geteilt. Warum haben ſie es nötig gehabt, bei dem ſtellvertretenden Bezirksamtmann von Outjo, Schäfer und bei mir, Hausſuchungen zu halten, mir zu verbieten den Ort Grootfontein zu verlaſſen, bloß weil ich im Verdacht ſtand, geheime Beziehungen mit Mandume zu unterhalten? Mit Menſchen, die ſo wie wir Deutſchen geſchildert werden, hält doch kein Ovambo Beziehungen aufrecht. Mit dem tiefen Mißtrauen, das ſie gegen uns gehabt haben ſollen, iſt es vielleicht doch nicht ſo weit her geweſen. Und weshalb war es denn notwendig, alle deutſchen Miſſionare ſofort aus dem Ambolande auszuweiſen, wenn ſie gegen die Deutſchen Mißtrauen hatten?

Wie in der Denkſchrift des Kolonialamtes ſchon nachgewieſen, hat die deutſche Regierung bei Hungersnöten im Ambolande ſtets helfend eingegriffen und, z. B. 1909, große Mengen Nahrungsmittel den Ovambo geſchenkt. Dieſelbe Frage trat im Jahre 1916 an die Engländer heran, da wieder der Regen ausgeblieben und eine völlige Mißernte eingetreten war. Nichts geſchah. Obwohl ſeines Amtes enthoben, wendete ſich Gouverneur Seitz an die Verwaltung, wies auf die in Okakuejo an der Grenze des Ambolandes liegenden großen Vorräte hin und bat die Engländer, ſie ins Amboland zu ſchicken. Nichts geſchah. Inzwiſchen hatte die Hungersnot einen ungeheuren Umfang angenommen. Viele Tauſende waren ſchon tot, andere Tauſende lagen im Sterben. Wer ſich noch bewegen konnte, machte ſich nach Tſumeb auf den Weg in der Hoffnung, von der dortigen deutſchen Minenverwaltung Nahrungsmittel zu erhalten. Der Weg von Namutoni nach Tſumeb war mit Leichen beſät. Jetzt endlich fingen die Engländer an ſich zu regen. Die Leichen auf dem Wege nach Tſumeb wurden an Ort und Stelle verbrannt. Dies geſchah aber ſo liederlich, daß überall halb verbrannte Glieder liegen blieben. Dieſe haben die nachfolgenden Ovambo, von Hunger getrieben, genommen und abgenagt. Was würde der Verfaſſer des Blaubuchs geſagt haben, wenn dies unter deutſcher Herrſchaft geſchehen wäre?

Ferner wurde in Tſumeb von der Regierung für die Verhungerten Maismehl als Nahrung gekocht. Zweifellos ſehr anerkennenswert, wenn es nur richtig durchgeführt worden wäre. Das Mehl wurde aber ſo lüderlich zubereitet, trotz der ſogenannten Liebe zu den Eingeborenen, daß es nur halb durchgekocht war. So mußte es von den armen Verhungerten gegeſſen werden. Die Folge war, daß ſehr viele, die ſich bis Tſumeb gerettet hatten, an akuter Dyſenterie erkrankten und ſtarben.

Nicht viel anders war es mit der dritten Maßnahme. Wie in deutſcher Zeit, wurde endlich auch von Okakuejo aus Koſt den Ovambo gegeben. Es war aber ein Unterſchied. Wir Deutſchen hatten ſie umſonſt gegeben, die Engländer ließen ſie ſich bezahlen, und zwar recht gut. Ein Sack Maismehl z. B. ſoll 1 Kuh wert geweſen ſein. Ob das Urteil des Ovambo über den Engländer, er ſei habſüchtig, ſo ganz falſch iſt?

Im ganzen ſind bei dieſer Hungersnot nach einwandsfreien Schätzungen mehr als 25 000 Menſchen umgekommen. Das Blaubuch ſagt: „Die Rückgabe Deutſch-Südweſt-Afrikas an Deutſchland würde den Ovambo früher oder ſpäter das Schickſal der Herero bringen.“

Nirgends in Südweſt-Afrika haben es die Engländer verſtanden, ſich mit den Eingeborenen zu ſtellen. Das kann nicht wundernehmen, denn unſere Eingeborenen ſind in Charakter und Veranlagung von denen der ſüdafrikaniſchen Union gänzlich verſchieden. Wie oft hat nicht jeder, der draußen war, von den Engländern gehört, dieſe Eingeborenen ſeien die ſchlechteſten und faulſten, die es gäbe. Vier Mann leiſteten nicht das, was einer in der Union leiſte. Dabei ſeien ſie noch anmaßend und frech.

Schon dieſe Anſchauung mußte auf das gegenſeitige Verhältnis von Bedeutung ſein. Dazu kam aber noch, daß die engliſche Verwaltung auch ſonſt auf ihre Eigentümlichkeiten und Bedürfniſſe wenig Rückſicht nahm. So wurden z. B. die Werften der Eingeborenen in Grootfontein verlegt, da ſie zu nahe am Ort liegen ſollten. An ſich war dagegen nichts zu ſagen, denn eine Werft iſt ſchnell abgeriſſen und wieder aufgebaut. Während des Krieges war es ſchon ſchwieriger, da alles ſo teuer geworden iſt und jedes Stück Wellblech, das ein Eingeborener zum Dach brauchte, ſehr teuer bezahlt werden mußte. Aber auch dies wäre noch zu ertragen geweſen. Auf den Plätzen jedoch, wohin die Werften verlegt wurden, gab es im Jahre 1916 und auch 1919, als ich wegging, noch kein Waſſer. Die Weiber und Männer mußten ſich jeden Tropfen Waſſer über 1 Kilometer weit herantragen. Kann man ſich da wundern, daß der Eingeborene, der an ſich ſchon kein großer Freund der Reinlichkeit iſt, ſich überhaupt nicht mehr wäſcht und daß die ſanitären Verhältniſſe darunter leiden?

Wie dies der Fall war, konnte man beſonders zur Zeit der Grippe-Epidemie, ſpaniſche Influenza nannte man ſie draußen, ſehen. Faſt alle Eingeborenen lagen krank mit hohem Fieber und kein Waſſer war auf der Werft. Da wollten Kranke mit über 40 Grad Fieber nach dem weiten Brunnen gehen, um ſich Waſſer zu holen.

Auf dieſe Grippe-Epidemie muß überhaupt jetzt kurz eingegangen werden, da ſie für deutſch und engliſch ſehr charakteriſtiſch iſt und auf die Stimmung der Eingeborenen großen Einfluß ausgeübt hat.

Obwohl die Epidemie in Südafrika auf das furchtbarſte wütete und hunderttauſende von Opfern forderte, obwohl ihre Ausbreitung über das Schutzgebiet abſolut ſicher kommen mußte, traf die Verwaltung keinerlei Vorkehrungen und Vorbereitungen, um gegen ſie anzukämpfen. Man wurde von ihr völlig überraſcht und die Folge iſt geweſen, daß neben dem leicht zu vermeidenden Tode von mehreren hundert Weißen, Tauſende von Eingeborenen unnötig haben ſterben müſſen. Die genaue Zahl der Todesfälle iſt nicht bekannt. Es ſind aber auf einzelnen Betrieben bis ein Drittel ſämtlicher Leute geſtorben. Und die Verheerung wäre noch größer geweſen, wenn nicht die Deutſchen eingegriffen und ſich der armen Eingeborenen angenommen hätten. In Grootfontein z. B. haben die Deutſchen faſt alles ganz allein gemacht. Kein Engländer tat etwas, mit Ausnahme des Magiſtrats, perſönlich. Er ſtand aber machtlos da, weil keiner ſeiner Untergebenen ihm gehorchte und ſeine Anordnungen ausführte. An anderen Orten war es ebenſo, z. B. in Lüderitzbucht, Keetmanshoop, Windhuk, Tſumeb, wo Eingeborene verhungert wären, wenn die Deutſchen ſich nicht um ſie gekümmert hätten. Und die Fürſorge für Eingeborene ſoll den Engländern am Herzen liegen! Natürlicherweiſe haben die Eingeborenen dieſe Tätigkeit der Deutſchen ſehr dankbar anerkannt. Auch hier haben ſie geſehen, wer ihre wahren Freunde waren.

Stets war es naturgemäßes Beſtreben der deutſchen Regierung, die Eingeborenen zufrieden zu ſtellen. Dies iſt ihr, wie aus dem bisher Geſagten klar hervorgeht, auch gelungen. Natürlich ſpielte dabei die Frage des Viehhaltens der Eingeborenen eine große Rolle, und beſonders die Herero legten ſtets großen Wert auf Beſitz von Vieh. Wenn nun auch die geſetzliche Beſtimmung beſtand, daß ohne Genehmigung des Gouverneurs kein Großvieh gehalten werden durfte, ſo wurde doch ſtets auf die Bedürfniſſe der Eingeborenen Rückſicht genommen. Dies beweiſt allein ſchon der Umſtand, daß die Eingeborenen des Bezirks Grootfontein im Juli 1915, als die Engländer die Verwaltung übernahmen, über 750 Stück Großvieh neben über 9000 Stück Kleinvieh beſaßen. Dieſe Zahlen zeigen, wie auskömmlich und gut die Eingeborenen leben konnten. Denn all dies Vieh haben ſie in den wenigen Jahren nach dem Aufſtande erworben. 1907 waren im Beſitz von Eingeborenen im Bezirk nur 445 Stück Kleinvieh und wenig Großvieh.

Nicht nur materiell, auch geiſtig war ein erfreulicher Aufſchwung der Eingeborenen zu beobachten. Die Strafen gegen Herero zeigten eine erfreuliche Abnahme, ſie bekamen Ehrgefühl und auch ohne Strafe konnte man ſie zur Ordnung weiſen. Einen großen Anteil an dieſer Beſſerung hatte die Miſſion, die beſonders in den Jahren vor dem Kriege auf ſehr gute Erfolge zurückblicken konnte. Faſt jeder Eingeborene ließ ſich taufen. Leider ſind aber all dieſe Erfolge durch die engliſche Okkupation ſehr ſtark erſchüttert worden. Dies kann nicht verwundern, wenn man berückſichtigt, daß die dauernden Lügen und Beſtechlichkeiten der Engländer dem Eingeborenen nicht verborgen blieben, daß ſie gegen Belohnung als Zeugen gegen Deutſche angeworben wurden und daß die Verwaltung nichts unterließ, um die Deutſchen in ihren Augen herabzuſetzen.

Die Folge davon war, daß die moraliſchen und ſittlichen Begriffe der Eingeborenen ins Wanken gerieten. Sie ſtahlen viel mehr als zur deutſchen Zeit, die Unſittlichkeit nahm erſchreckend zu und das Heidentum machte ſich wieder rege.

Mit aufrichtiger Trauer bedauern alle Freunde der Eingeborenen dieſe Entwicklung, für die die unglücklichen Opfer am wenigſten zu beſchuldigen ſind.

Ein Beiſpiel ſolcher Verwahrloſung bietet die Ausſage des Baſtards Jan Cloete. Jeder in Grootfontein hat den alten „Aujan“, den Botendiener des Bezirksamts gekannt. Hier im Blaubuch erſcheint er als großer Haſſer der Deutſchen. Als ich im April d. Js. aus Grootfontein weg mußte, kam er, um Abſchied zu nehmen. Folgendes waren ſeine Abſchiedsworte: Mein Herz iſt ſo traurig, daß mein lieber, lieber Herr weg muß. Was ſoll aus uns werden? Ich werde meinen lieben Herrn nicht vergeſſen. Wir rohen Menſchen (ons rooi menshers, d. h. Baſtards und Hottentotten) ſind deutſch und werden immer deutſch bleiben. Wir können mit den Engländern nicht leben.“ Das ſagte er, in Hoffnung auf ein Abſchiedsgeſchenk, das am liebſten in Schnaps beſtehen ſollte, ebenſo überzeugt zu mir, wie er dem Verfaſſer des Blaubuchs ſeine Märchen über die deutſchen Soldaten aufgebunden hat. Der alte ehrliche Gauner Aujan war und iſt Nützlichkeitsmenſch.

Zum Schluß ſei noch eine perſönliche Bemerkung geſtattet. Ich habe den zweifelhaften Vorzug genoſſen, in mehreren engliſchen Blaubüchern erwähnt zu werden. Im vorliegenden heißt es, ich ſei wegen meiner gerechten Eingeborenenbehandlung bei den Anſiedlern verhaßt. Ob dies zutrifft, kann ich nicht entſcheiden. Aus den Worten und Taten der Anſiedler habe ich es nicht gemerkt. In einem anderen, dem über Verurteilungen von Deutſchen vor dem Obergericht, heißt es unter Nennung meines Namens, daß ich die Buſchleute den Farmern zum Abſchießen überliefert hätte.

So werden engliſche Blaubücher gemacht.

Korrektheit

Von Axel Schmidt

Äußere Korrektheit, nicht innere Vornehmheit drückten dem Zeitalter Wilhelms II. den Stempel auf. Während der Revolution, wo die alten Bindungen ſich löſten, zeigte ſich der Mangel an Perſönlichkeiten in erſchreckender Weiſe. Es fehlt überall an Männern, die die Sache über die Form ſtellen. Überall in der Beamtenſchaft kommt noch immer der alte Korpsſtudent zum Vorſchein, der nur zu oft äußere Sicherheit markiert, um ſeine innere Haltloſigkeit zu verdecken. Steifer Nacken, Überzeugungstreue und Charakterfeſtigkeit waren und ſind bei Beamten nicht beliebt, weil ſie einen Hemmſchuh zum Vorwärtskommen bilden. Die höheren Beamten in der Provinz, die noch heutzutage bei den Volksſchullehrern die ſozialdemokratiſche Geſinnung verketzern, beweiſen, daß ſie trotz Weltkrieg und Rvolution nichts zugelernt und nichts vergeſſen haben. Damit wollen wir natürlich nicht denjenigen jungen Beamten das Wort reden, die ſofort nach dem 9. November ihr ſozialdemokratiſches Herz entdeckten, um möglichſt ſchnell Anſchluß an die neue Regierungspartei zu finden.

Wie das Ideal der Korrektheit bei uns in Deutſchland ſelbſt das Nationalgefühl überwuchert hat, dafür bietet der Fall des Regierungspräſidenten in Wiesbaden, von Meiſter, ein erſchreckendes Beiſpiel. Als der Hochverräter Doorten ſeinen Putſchverſuch unternahm, reichte dieſer Regierungspräſident ſchleunigſt ſein Abſchiedsgeſuch ein, weil er einerſeits von dieſem Hochverräter nicht Befehle erhalten wollte, andererſeits aber die Anſicht vertrat, nichts gegen ihn vornehmen zu können, weil er dem franzöſiſchen Befehlshaber die Zuſicherung gegeben hatte, ſeinen Anweiſungen zu folgen und Doorten offenſichtlich General Mangins Schutz genoß. Der höchſte preußiſche Beamte am Platze zog es alſo vor, in der Stunde der höchſten Gefahr für das deutſche Vaterland „korrekt" zu bleiben. Er „deſertierte" vor dem Feinde, ſtatt den Konflikt ſeiner Pflichten zu durchkämpfen. Die ſchlichten deutſchen Bürger, die mit Stöcken und Fäuſten die Anmaßung des Herrn Doorten und Konſorten herausprügelten, haben zwar nicht korrekt gehandelt, aber den Dank Deutſchlands verdient. Und unſerer Meinung nach hätte der Regierungspräſident von Meiſter an ihre Spitze gehört, indem er von ſeinem Hausrecht hätte Gebrauch machen müſſen. In Zeiten des Alltags mag die Beamtenſchaft mit Korrektheit auskommen, in Zeiten der Volksnot aber gehört mehr dazu als ein gut ſitzender Rock, gehört ein Herz auf dem rechten Fleck, das die Not des Volkes als ſeine eigene fühlt. Wir brauchen Tellgeiſt. Damit hapert es aber noch ſehr im deutſchen Vaterlande. Die einſt als „vaterlandsloſe Geſellen" verſchrieenen deutſchen Arbeiter haben auf dem Parteitag in Weimar ein kräftiges Bekenntnis zum deutſchen Volk und zum deutſchen Staat abgelegt. Ja noch mehr, in Oberſchleſien und im Rheinlande wollen ſelbſt die Unabhängigen nichts von Sonderbündelei wiſſen. Leider kann man das nicht überall von der Oberſchicht ſagen. Dort ſchleicht manch ſelbſtſüchtiger Gedanke durch die Reihen. Hier ſpekuliert man bei einer Abtrennung auf geringere Steuern. Dort hofft man dadurch von der Sozialiſierung frei zu kommen. Hier glaubt man beſſere Geſchäfte machen und dort vermeint man ein ſtrammes Kirchenregiment aufrichten zu können. Auch in Deutſchöſterreich ſind die Sozialdemokraten die energiſchſten Vertreter Großdeutſchlands, während auch dort die Chriſtlich-Sozialen (das öſterreichiſche Zentrum) den Anſchluß mit allerlei Bedenken ſo ſtark belaſten, daß er zuſammenzubrechen droht.

Über die Notwendigkeit, der deutſchen Republik eine Wehrmacht zu ſchaffen, braucht in der „Deutſchen Politik" kein Wort verloren zu werden. Umſomehr muß vor Gefahren gewarnt werden, die je länger, je mehr nicht unbeſprochen bleiben können. Daß Blut fließt, wo geſchoſſen wird, iſt ebenſo ſelbſtverſtändlich, wie daß Späne fliegen, wo gehobelt wird. Wo es ſich aber um Bürgerblut handelt, muß doppelt vorſichtig umgegangen werden. *Es iſt einfach unerträglich*, daß die Militärgerichte gegen Offiziere, wie im Falle Roſa Luxemburg und Liebknecht, ſo milde und ſchleppend verhandeln, wenn ſich zu gleicher Zeit die Hinrichtungen der Ziviliſten nach den Standgerichten ſo überſtürzen, daß nicht einmal der telegraphiſche Einſpruch des bayeriſchen Miniſterpräſident die Exekution aufhalten konnte. Noch ſchlimmer iſt es, daß der Verlauf des Prozeſſes Vogel und der Unterſuchung gegen Marloh derartige Lücken aufwies, daß beide ganz gemütlich entfliehen konnten, während Leviné und Toller in Ketten zum Richter geführt wurden. Dieſe Fälle laſſen einfach die *Aufhebung der militäriſchen Gerichtsbarkeit* als dringendſte Notwendigkeit erſcheinen, weil es ſich mit erſchreckender Deutlichkeit erwieſen hat, daß in Zeiten der Erregung die beiden gegneriſchen Parteien völlig außerſtande ſind, ſich in die Gedankenwelt der anderen hinein zu verſetzen. Dem *Vorwurf* von *Klaſſenjuſtiz* dürfte durch dieſe Urteilsfällungen wieder kräftige Nahrung zugeführt worden ſein. Gerade diejenigen, die die Notwendigkeit von Todesurteilen anerkennen, ſollten daher mit aller Energie darauf drängen, daß die höchſte Strafe nicht durch ſolche Mißgriffe entwertet werde. Ganz abgeſehen davon werden durch das ſcheinbare Meſſen mit zweierlei Maß Tauſende von Sozialdemokraten in die Reihen der Kommuniſten getrieben. Durch dieſe Ausführungen ſoll keine Kritik an den Perſonen des Kriegsgerichts gefällt werden, ſondern einem Syſtem, das Todesurteil geſprochen werden, das in die deutſche Republik aus dem Obrigkeitsſtaat hineinragt. Die Regierung Scheidemann ſollte daher mit aller Energie für eine *Abſchaffung der Kriegsgerichte* eintreten, weil nichts ſo ſehr zu einer Beruhigung der Gemüter beitragen würde.

Gewiß hat niemand ein Recht zu verlangen, daß mit einem Schlage aus allen Offizieren überzeugte Republikaner werden. Gott ſei Dank, wenn es noch aufrechte Männer gibt, die ihre Überzeugung nicht nach ihrem jeweiligen Vorgeſetzten wechſeln. Aber wie verlangt werden muß, daß ein alter Beamter ſeinen Abſchied nimmt, wenn er ſozialiſtiſche Geſinnung als ehrenrührig anſieht, ſo muß auch verlangt werden, daß die Offiziere, die im Dienſte bleiben, ſich ehrlich auf dem Boden der Republik ſtellen. Leider mehren ſich immer mehr die Stimmen, die darüber klagen, daß der alte *Geiſt des Obrigkeitſtaates* im Offizierkorps wieder mehr die Oberhand gewinnt.

Wir haben anfänglich den *Rebellengeiſt Tells* dem Korrektheitsideal Meiſters gegenübergeſtellt. Jetzt, wo wir von der Stellung der Offiziere ſprechen, ſei ein Fall aus der neueren Zeit angeführt. Der Finnländer *Schaumann* erſchoß im Anfang dieſes Jahrhunderts den Würger ſeines Vaterlandes General Bobrikow und gleich darauf ſich ſelbſt in der richtigen Erkenntnis, daß er damit ſeinem Vaterlande den größten Dienſt leiſte. Er iſt ſeitdem zum Tell Finnlands geworden, deſſen Grab das ganze Jahr hindurch friſche Blumen ſchmücken. Wie jämmerlich erſcheint dagegen die Tat von Runge und Vogel, wie feig und hinterliſtig eine gefangene wehrloſe Frau zu erſchlagen und dann noch um der „Diviſionsehre" willen die Leiche in den Kanal zu werfen. Soweit wir entfernt ſind, aus dieſen Verfehlungen zweier Soldaten einen generellen Vorwurf zu machen, ſo nimmt es doch wunder, daß ſich unter den deutſchen Offizieren kein öffentlicher Proteſt erhoben hat und dieſe Verwunderung ſteigt noch nach dem Fall Marloh. Wird kein Trennungsſtrich zwiſchen Vogel, Marloh und Konſorten gezogen, ſo kann ſich das Offizierskorps nicht wundern, wenn ſich das Verhältnis zwiſchen dem deutſchen Volk und Offizierskorps immer mehr zuſpitzt. Nicht nur die deutſche Arbeiterſchaft, ſondern auch weite Kreiſe der Bürgerſchaft werden über das Offizierskorps das Urteil fällen, daß äußere Korrektheit über innere Wahrhaftigkeit geſiegt habe. Gerade jetzt, wo der Reichswehrminiſter Noske auf dem ſozialiſtiſchen Parteitag die Freiwilligentruppen ſo energiſch vor ungerechten Angriffen verteidigt hat, wäre es einfache Anſtandspflicht des Offizierkorps, alles daran zu ſetzen, um dieſe Eiterbeule aufzuſtechen. Nicht Meiſter, Vogel und Marloh dürfen die Wahrzeichen Neu-Deutſchlands ſein, ſondern der alte Tellgeiſt.

Drei Monate Preußiſche Landesverſammlung

Von Prof. Dr. Martin Rade in Marburg, M. d. Pr. L. V.

Die Preußiſche Landesverſammlung, am 26. Januar gewählt, am 13. März zum erſtenmal zuſammengetreten, ſieht nun auf drei Monate ihres Beſtandes zurück. Die erſte ihres Zeichens, trägt ſie offiziell und andauernd den ſtolzen Namen: „Verfaſſunggebende". In der Tat hat ſie am 20. März dem Lande Preußen eine Notverfaſſung gegeben, indem ſie ein Geſetz von acht Paragraphen „zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen" verabſchiedete. Die endgültige Verfaſſung zu unternehmen hat ſie auch noch nicht den leiſeſten Schritt getan. Aus gutem Grunde. Man wird erſt die Verfaſſung des Reiches abwarten, ehe man die des Gliedſtaates in den ſo geſtalteten Körper hineingeſtaltet. Das kann ſich bis in den Herbſt hinziehen.

Was hat inzwiſchen die Landesverſammlung geleiſtet? Sie hat 30 Vollſitzungen abgehalten (gegen 39 Sitzungen der am 6. Februar eröffneten Deutſchen Nationalverſammlung). Sie währten durchſchnittlich fünf Stunden. Dazu täglich Kommiſſions- und Fraktionsſitzungen. Über vierhundert Anträge, Anfragen u. dgl. füllten ihre Akten. Es iſt fleißig gearbeitet worden. Oft ging man früh um 10 Uhr ins Haus und verließ es erſt bei Nacht, rechtſchaffen müde. Mehr noch, es iſt eifrig gearbeitet worden. Von 401 Abgeordneten ſind 329 neue Leute. Wie ſollte es anders ſein, als daß ihre große Mehrzahl mit viel Erwartung und Liebe ans Werk ging!

Eifer und Arbeit iſt noch nicht Leiſtung. Aber Vorausſetzung dazu. Viel kleine Gegenſtände wurden erledigt. Auch einige Geſetze verabſchiedet.*) Und nichts iſt unwichtig. Dennoch befriedigend iſt das Ergebnis nicht. Wir haben unter großen Hemmungen gelitten.

Vor allem natürlich unter der Zeitlage. Unter dem Schickſal unſeres Vaterlandes. Nicht nur innerlich. Das trug inſofern nichts aus, als es weder unſeren Arbeitseifer gelähmt, noch — von wenigen Tagen abgeſehen — den Ausfall von Sitzungen veranlaßt hat. Vielmehr ſo: unſer Arbeitsprogramm wurde dadurch verrückt. Wir haben durch die Beſchäftigung mit der Friedensnot viel Zeit und Kraft verloren. Zum Teil iſt die Nationalverſammlung daran ſchuld. Dadurch, daß ſie in Weimar tagte, wir in Berlin, und dadurch, daß ſie in Zeiten der Spannung überhaupt nicht zuſammen war, wir aber unſere Sitzungen hielten. Damit kam eine Art Beruf über uns, Sachen zu treiben, die uns eigentlich nichts angingen. Denn Krieg und Friede iſt jedenfalls nicht Landes-, ſondern Reichs-Angelegenheit. Das zeigte ſich auch, als beide, National- und Landesverſammlung, ſich mit dem Friedensvorſchlag der Entente befaßten. Die Nationalverſammlung diesmal in Berlin, hatte am 12. Mai einen großen Tag. Wer ihn miterlebte, wird ihn nicht vergeſſen. Das Duplikat, das am 13. Mai die Landesverſammlung lieferte, war — trotz der feinen Rede Friedbergs — kläglich. Nicht nur, daß ſich ein einmal gelungener Akt nicht wiederholen läßt, es rächte ſich hier die naive Selbſtverſtändlichkeit, mit der die Landesverſammlung in die auswärtigen Dinge hineinging. Begreiflich zwar. Denn Preußen wurde durch die territorialen Abſichten der Feinde vornehmlich betroffen. Und die Abgeordneten der gefährdeten Gebiete befanden ſich in einer Aufregung, die berechtigt war. Man ſtand auch unter dem natürlichen Zwang, den geängſteten Bewohnern dieſer Landesteile zu beweiſen, daß man für ihre Not ein Herz habe. Aber das alles nahm viel Zeit und hätte — kürzer — wirkſamer ausfallen können. Eins aber ſei doch noch nachdrücklich unterſtrichen: alles Nationalverſammlungſpielen der Landesverſammlung iſt vom Übel. Die Dublikate ſollten ſtreng und weiſe vermieden werden. Auch wenn die Verſuchung groß iſt. Der Älteſten-Ausſchuß hat darüber zu wachen.

Viel Zeit koſteten uns auch die innerdeutſchen Sondergelüſte, vornehmlich des Rheinlandes. Und dafür waren wir ja gewiß kompetent. Es fragt ſich nur, ob da immer die politiſche Klugheit regierte. Ich denke an den 28. Mai. Das Zentrum hatte ſchon am Tage vorher (mitten in Verhandlungen über die Ortsſchulinſpektion) ſeine loyale Erklärung zu der rheiniſchen Separation abgegeben, es wiederholte ſie, als der Gegenſtand nunmehr auf der Tagesordnung ſtand. Statt, daß nun alle Parteien mit Genugtuung davon Kenntnis genommen hätten und ſo dem Auslande das Bild einer geſchloſſenen Einigkeit geboten worden wäre, kam es zu einem ziemlich wüſten *) Ausbruch des Mißtrauens wider das Zentrum. Das war menſchlich und ehrlich, aber ermangelte jeder politiſchen Diſziplin.

---

*) Zum Staatshaushalt, zur Gemeinde-Einkommenſteuer, über Landeskulturbehörden, Schaffung eines Wohlfahrtsminiſteriums, Umlegung von Grundſtücken in Köln, Magiſtratswahlen in Schleswig-Holſtein, Aufhebung der Ortsſchulinſpektionen.

Es war auch politiſch intereſſant inſofern, als die ſozialdemokratiſchen Parteien (beide!) ſich wohl noch niemals ſo energiſch für die Einheit des Reiches und Preußens eingeſetzt haben. Das war ein Ausdruck von Empfindungen, mit denen man für die Zukunft zuverſichtlich rechnen darf. Aber wie viel ſiegreicher wäre der Eindruck geweſen, wenn man die Selbſtzucht beſeſſen hätte, das Zentrum nach ſeinen Erklärungen mit in das Ganze dieſer Geſinnung des Hauſes hereinzuziehen.

Vorausſicht und Selbſtbeherrſchung ſind überhaupt nicht die Tugenden dieſes Parlaments. Man läßt ſich gehen. Die Mitglieder der zu einer Regierung verbundenen Parteien mißhandeln ſich gelegentlich recht ungeniert. Das beliebte Mittel dazu ſind die Zwiſchenrufe. Zum Teil ſind ſie ja nur der Ausfluß der Langenweile, und die ſie am lauteſten pflegen, ſind nicht immer die berufenen Sprecher ihrer Fraktion. Aber Gewicht und Wirkung dieſer Ergüſſe ſoll man doch nicht unterſchätzen. (Wobei ich freilich nicht umhin kann zu bemerken, daß die Wichtigkeit, welche uns ſchon ſeit undenklichen Zeiten die offiziellen Drucke der Verhandlungen den Zwiſchenrufen angedeihen laſſen, im Grunde ein Skandal iſt. Ignorieren kann ſie ja der Bericht nicht, ſchon weil und ſoweit die Redner ſie oft und gern auffangen und verwerten. Aber wie ſie im Druck hervorgehoben und muſterhaft auch unnötig regiſtriert ſind — ſelbſt in dieſer papierarmen Zeit immer eine oder mehrere Zeilen für ſich einnehmen —, das geht über den Anſpruch und wider den Geſchmack. Auch hier ſollte der Älteſtenausſchuß Wandel ſchaffen.) Meiſter in Zwiſchenrufen iſt anerkanntermaßen Adolph Hoffmann. Aber man ſollte ſich ſeltener den Luxus leiſten, mit ihm darin zu wetteifern. Es iſt zuweilen, wie nach Verabredung, gerade ihm gegenüber, auf Zwiſchenrufe ganz verzichtet worden: der Erfolg für die Würde der Verhandlung und ihre ſchnelle ſachliche Abwicklung war erquickend.

Ich nannte ſoeben Adolph Hoffmann. Er iſt die markanteſte Perſönlichkeit

---

*) So wüſt, wie die Zeitungen ſchrieben, geht es im Hauſe niemals her. Man iſt immer erſtaunt, wenn man dabei war, was die Zeitungsberichte aus lebhaften Momenten und leidenſchaftlichen Szenen für ihre Leſer an Senſationen zu machen wiſſen.

in der Landesverſammlung und beherrſcht ſie gelegentlich. Das gilt auch von ſeiner Partei. Die Fraktion der Unabhängigen iſt 24 Mitglieder ſtark. Aber ganz abgeſehen von dem, was ſie Kraft dieſer Stärke an Stimmen und Rednern einſetzen kann, hat ihr Daſein allein durch den Widerſpruch, den es weckte, immer wieder die Auseinanderſetzungen beſtimmt. Weit über Gebühr. Die Männer der Regierung ſind mit Vorliebe gegen ſie losgegangen; Sprecher der Rechten haben ſie oft ganz unnötig gereizt. Im Grunde haben ſie damit dieſer Partei nur guten Dienſt getan. Größerer Erfolg als Beachtung kann ihr im Parlament nicht beſchieden ſein. Ganze Sitzungen, die wahrlich durch ihre Tagesordnung dies Los nicht verdienten, ſind über dem Gezänk mit den Unabhängigen fruchtlos hingegangen.

Den Neuling mochte ſolches Aufeinanderprallen der Leidenſchaften willkommen ſein. Denn insgemein gehen die Stunden in grauſamer Monotonie dahin. Die Vollverſammlungen ſind in der Regel eine unerlaubte Sammlung langweiliger Mitteilungen und langer Reden. *) Der Zuſchauer von der Tribüne iſt nach wie vor entſetzt über das Bild, daß unten im Sitzungsſaal ſich ihm darbietet; aber nach aller Pſychologie kann es nicht anders ſein. Alles Wichtige iſt in Fraktion und Kommiſſion ſchon vorher doppelt und dreifach beraten. Nichts Neues darf man erwarten. Kommt es doch, ſo gleicht es den ſpärlichen Roſinen in Kriegskuchen. Den Reden fehlt grundſätzlich das Ziel, die Anweſenden zu überreden. Sie ſind grundſätzlich nur Bericht von dem, was die Fraktion zur Sache meint und was — etwa vom Zentrum abgeſehen — im voraus jedermann weiß. Sie ſind außerdem faktiſch für den Redner die Gelegenheit, ſeine Wähler wiſſen zu laſſen, daß er leibhaftig in der Landesverſammlung vorhanden iſt; im beſſern Fall auch noch, ſachliche Kenntniſſe und Erwägungen, wie er ſie beſitzt, vor dem Zeitung leſenden Publikum auszukramen. Wer die Bedeutung des Parlaments von heute nach dieſen Vollverſammlungen beurteilen würde, könnte nur zu einem ſehr abſchätzigen — und ungerechten — Urteil kommen.

Der Wechſel der Redner iſt ſicher ein weit größerer als in früheren Land- oder Reichstagen. Abgeſehen von Adolph Hoffmann und den übrigen Unabhängigen, die bei ihrer geringeren Zahl und ihrem größeren Trotz — der offenſichtlich zuweilen bloß darauf ausgeht, den Parlamentarismus zu diskreditieren — recht häufig die Rednerbühne in Anſpruch nehmen! Große Redner gibt es in dieſer

---

*) Dem Abgeordneten, dem es gar zu langweilig wird, daß er anfängt, ſich darüber Gedanken zu machen, ob er nicht ſeine Zeit daheim nützlicher zubringen kann, bietet das jetzt giltige Wahlſyſtem die Beruhigung, daß keine Rückſicht auf Wähler und Partei ihn an der Niederlegung ſeines Mandats zu hindern braucht, da ſich durch die Nachfolge ſeines Liſten-Nachbars die Lücke alſobald automatiſch wieder ſchließen würde.

Verſammlung überhaupt nicht. Am beſten ſpricht der Finanzminiſter Südekum. Führende Männer gibt es natürlich in jeder Fraktion, aber auch da nur mehr durch die ſtille Geltendmachung altparlamentariſcher oder ſonſtiger Vorzüge, führend in den Verhandlungen des Hauſes nach dem Muſter früherer berühmter Reichs- oder Landtagsmänner iſt bisher auch nicht einer aufgetreten.

Aber das liegt im Weſen dieſer ganz anders zuſtande gekommenen Verſammlung. Die Menge der neuen Leute läßt Autoritäten nicht ſo leicht aufkommen. Und auch die Männer der Regierung unterliegen an ihrem Teil dieſer Situation.

Wir haben ein Koalitionsminiſterium von (Mehrheits-) Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten. Es iſt verfaſſungsmäßig nur ein Ausfluß der Landesverſammlung. Die Perſonalfragen der Regierungsbildung und Amterbeſetzung haben uns daher von Anfang an und bis jetzt andauernd beſchäftigt. Nur die Mehrheitsparteien kamen dafür in Betracht. Aber gerade dieſe entbehrten der Regierungsgewohnheit und damit der ererbten Regierungsweisheit. Schlichte Talente mußten ſich in die Bewältigung ungeheurer Aufgaben hineinbegeben. Wer das berückſichtigt, wird finden, daß die Verantwortlichen im Preußenparlament und in dem aus ihm herausgeborenen Preußenminiſterium gar nicht wenig geleiſtet haben.

Das Fraktionsleben kennt jeder nur von ſeiner eigenen Fraktion. Die beiden Rechtsparteien ſind durch ihr Beiſeiteſtehen vieler Sorgen ledig. Die Hauptlaſt der Geſchäfte trägt die Mehrheitsſozialdemokratie; und ſo wohl es ihr offenbar tut, endlich einmal über Macht und Amter im Staat zu verfügen, ſo wird es ihr offenbar nicht leicht, alle die Stellen, die ſie meint beanſpruchen zu können, auch zu beſetzen. Sie zehrt dabei vom Kapital ihrer Organiſation. Zentrum und Demokratie werden dadurch, daß ſie vieles bei dieſer Koalitionsregierung nicht durchſetzen können, immer wieder an die Grenzen ihrer Bedeutung erinnert. Aber ſie genießen das ebenſo intereſſante wie heikle Los von Mittelparteien: alle Probleme, die dem Ganzen des Hauſes ſich aufdrängen, wollen in ihrem Schoße in konzentrierter Form genoſſen und bewältigt ſein. Das gibt der Mitwirkung einen kleineren beſonderen Reiz. Freie Wirtſchaft und Sozialiſierung, Selbſtbeſtimmung der Landesteile und Einheitsſtaat, Schulideal und Rückſicht auf die dank unſerer Geſchichte in unſerm Schulweſen mächtigen Faktoren — dieſe und andere Gegenſätze wollen fürs einheitliche Handeln verarbeitet ſein. Das gibt den Fraktionsſitzungen eine Lebendigkeit und Wichtigkeit, die für die Schwierigkeit der politiſchen Aufgabe reichlich entſchädigt. Es mag ſchon ſein, daß Parteien, die an dieſer verantwortlichen und vermittelnden Lage keinen Anteil nehmen, es leichter haben, den Beifall ihres Anhangs zu ſuchen und zu finden: aber dieſe Arbeit für das Ganze muß im engeren Kreiſe geleiſtet werden, und wer ihren

Werk erkannt hat, wird ihren Vorzug empfinden. Es iſt in der Demokratiſchen Fraktion in dieſem Sinne redlich geſchafft worden, und nur das eine muß man beklagen, daß über der Fülle der politiſchen Einzelfragen, die uns beſchäftigt haben, das Grundſätzliche viel zu kurz gekommen iſt. Trotz aller dieſer Sitzungen, trotz allen Eifers mangelte es dazu immer wieder an Zeit.

Billigerweiſe wird man dieſe drei Monate als eine Probezeit anſehen dürfen, in der ſich die Landesverſammlung auf ihre eigentliche Aufgabe eingeſtellt und eingeübt hat. Sie heißt die „Verfaſſunggebende“. Wenn nicht unberechenbare Ereigniſſe ihr dies Werk unmöglich machen — morgen ſchon oder in fernerer Zeit —, wird ſie mit demſelben Eifer, mit dem ſie bisher alles mögliche erledigte, auch dieſes anfaſſen. Großzügig kaum, aber redlich.

Man ertappt ſich aber beim Gedanken an dieſe kommende Arbeit immer wieder bei dem für ein Landtagsmitglied ketzeriſchen Gedanken: warum noch eine Verfaſſung neben der deutſchen? Weshalb noch die vielen Landesverſammlungen? Landesregierungen? Dem berechtigten Verlangen nach lebenskräftigen Organen der Gliedſtämme und Gliedländer am Reichskörper könnte wohl anders Genüge geſchehen als durch derlei Konſequenzen einer halben und zweifelhaften Souveränität. Der 9. November hätte reinere Wirtſchaft machen ſollen im Vaterlande. Da er das nicht getan hat, wird man die weitere Entwickelung nach Kräften in die rechten Bahnen leiten müſſen. Das Ziel heißt: ein deutſcher Staat mit ſo viel Selbſtverwaltung ſeiner Glieder, als die von ihm gehegten Güter fordern und vertragen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei
Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

4. Jahrgang * 27. Juni 1919 * Heft 26

Deutſche Politik

Wochenſchrift für deutſche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernſt Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politiſche Gloſſen

Das Kabinett Bauer iſt eine Schöpfung Erzbergers; dieſer wird als ſtellvertretender Chef des Miniſteriums zweifellos den entſcheidenden Einfluß ausüben, zumal er ſeinen Kollegen an Betriebsmeiertum und Skrupelloſigkeit weit überlegen iſt. Daß er ſelber die Reichsfinanzen in Ordnung bringen ſoll, iſt nur eine Dekoration ſeiner politiſchen Zielſetzung, und das iſt vielleicht nicht das ſchlimmſte, denn eine ſchöpferiſche Kraft, wie ſie die deutſche Finanzlage verlangt, iſt von dieſem unheilvollen Mann noch nie ausgegangen. Im übrigen trägt das Miniſterium faſt in allen ſeinen Beſetzungen die Züge des Proviſoriſchen; Hermann Müller als Auslandsminiſter bedeutet das Eingeſtändnis der ſubalternen Wurſtelei. Denn ſo vortrefflich dieſer Mann als Charakter iſt, ſo brauchbar er als zuverläſſiger Parteiſekretär war — daß er jetzt der Gegenſpieler von Balfour, Tardieu, Lanſing ſein ſoll, das iſt mehr als Deutſchland in dieſer dunkelſten Stunde verdient.

*

Die Verſenkung der deutſchen Flotte iſt ein heroiſches Abenteuer und darum, zwiſchen dem vielen Kleinen, Angſtlichen, Zweckgebundenen eine Erfriſchung. Die deutſchen Matroſen haben dafür geſorgt, daß die deutſchen Schiffe nicht zu dauernden Zeugniſſen der deutſchen Erniedrigung werden. Den Engländern haben ſie damit bis zu einem gewiſſen Grade freilich auch eine Laſt abgenommen; deren Sinn war es nicht, daß ihre Freunde im Verband durch Zuteilung des ausgezeichneten deutſchen Schiffsmaterials eine maritime Stärkung erfahren. Die Enttäuſchung in Paris wird die engliſche Bewachung mittreffen. Nun, dies mag der andern Sorge ſein. Wir freuen uns, daß es noch deutſche

Seeleute gab, die durch eine letzte Tat das Kiel des November 1918 etwas ausgleichen.

*

„Mit dem Glauben an das deutſche Volk ſteige ich ins Grab". Dieſen Troſtſpruch hat Hindenburg dem deutſchen Volke in ſeiner ſchwerſten Stunde mitgegeben. Schon lange iſt dieſer Heerführer über all ſeine Streitgenoſſen hinausgewachſen und zum treuen Eckart des deutſchen Volkes geworden.

*

Graf Montgelas, Schücking, Quidde — lauter Männer, die auch dem Ausland als Vertreter des Pazifismus bekannt ſind, bleiben bei ihrer Ablehnung der Friedensunterzeichnung. Sie wiſſen, daß dieſer Frieden den Friedensgedanken tötet. Nicht weil er den Chauvinismus der dumpfen Verzweiflung gebären wird, ſondern weil er in ſich unlauter und unſittlich iſt und damit den Rechtsgedanken niederſchlägt. Es iſt merkwürdig, wie in dieſen Tagen die Temperamente ſich ſcheiden. Unter hohen Offizieren finden ſich die leidenſchaftlichſten Anhänger der Unterzeichnung. In den Fraktionen der Mehrheit ſind plötzlich faſt durchweg die Männer, die durch vier Jahre die national ſchärfere Tonart gepflegt haben wollten, zum Einſchwenken bereit. Die dem deutſchen Volk die größten Schmeicheleien ſagten, ſind jetzt dabei, am geringſten von ihm zu denken. Nicht zu viele ſind tapfer genug, die Entſcheidung unter weltgeſchichtliche Verantwortung zu ſtellen; ſie machen Politik aus Angſt vor den nächſten acht Wochen. Es iſt notwendig anzuerkennen, daß führende deutſche Pazifiſten (neben dem Typ der Nicolai und Gerlach) heute um der Reinheit ihrer Idee willen dieſe Tapferkeit zeigen.

*

Auf der Höhe des Siegerruhms ſtürzt Italien in die Wirrnis der Kabinettskriſis. Orlando hat weder die Nationaliſten befriedigen noch die inneren Nöte abwehren können; Sonninos auswärtige Politik kommt nicht weiter und der Drei-Männer-Rat in Paris ſteht vor den peinlichſten Aufgaben. Denn gleichviel wie Weimar ſich entſcheidet, die Balkanfrage bleibt für die Entente noch ungelöſt und das bedeutet, daß ſie ſelber noch in verwirrter Problematik ſtecken bleibt. Paris hat allen Grund, unruhig zu werden; denn der Mann, der Orlandos Kabinett geſtürzt hat, Nitti, ſteht nicht ohne Grund im Verdacht, über Frankreichs Freundſchaft ſkeptiſch zu denken. Die franzöſiſche Preſſe fürchtet, daß der römiſche Imperialismus abgebaut werde und daß Giolitti in irgendeiner Form wieder zum Einfluß komme. Das kann wegen der Regelung der Beziehungen zu Deutſch-Öſterreich von Bedeutung werden; denn Italien ſieht ſich heute am meiſten von den durch Frankreich verhätſchelten Slaven bedrängt.

Belogen — betrogen — entehrt

Von Dr. Paul Rohrbach

den 22. Juni 1919.

Vor einigen Monaten ſprach ich mit einem unſrer leitenden Staatsmänner über die vorausſichtliche Bedeutung der Schuldfrage für den Friedensſchluß und fragte ihn, ob er es nicht für zweckmäßig hielte, daß alles erreichbare Material hierüber im voraus objektiv und populär zur Verteidigung Deutſchlands zuſammengefaßt würde? Darauf erhielt ich zur Antwort: „Das lohnt nicht, die Welt iſt des Themas überdrüſſig und bei den Friedensverhandlungen wird von der Schuldfrage überhaupt nicht mehr die Rede ſein!“ Hier haben wir ein Beiſpiel für das ſchlechte Urteil unſerer Diplomatie. Dieſelbe Unfähigkeit zur richtigen Beurteilung des Gegners finden wir aber auch bei den neuen Regierungskräften in Deutſchland und ebenſo bei der großen Mehrzahl der Wortführer in den Parteien und in der Preſſe. In Deutſchland ſind von Beginn des Krieges an alle wichtigen Entſcheidungen getroffen worden entweder in falſcher Beurteilung der Feinde oder überhaupt ohne Nachdenken über die feindliche Pſychologie. So wurde der Krieg geführt, ſo wurde der Zuſammenbruch herbeigezogen, ſo iſt über den Waffenſtillſtand verhandelt worden, und ſo wird jetzt der Friedensſchluß unterzeichnet.

Mit dieſem Frieden verfolgen die Feinde ein doppeltes Ziel: 1. Deutſchland moraliſch zu entrechten, und 2. es materiell zu ruinieren. Mit dem zweiten Punkt ſind ſie zugleich beſtrebt, die Kriegskoſten von ihren Völkern auf uns abzuwälzen. Das „moraliſche“ Ziel iſt ſo wichtig wie das materielle. Man könnte die Behandlung Deutſchlands den Völkern nicht plauſibel machen, wenn nicht das Schuldurteil, das die Alliierten und Aſſoziierten gefällt haben, allgemein von der Welt bekräftigt würde. Deutſchlands Schuld muß feſtſtehen, ſonſt iſt ein ſolcher Friede unmöglich. Die politiſchen Führer von Wilſon bis Clémenceau wiſſen ſehr gut, daß es eine Lüge iſt, von unſrer Schuld in dem Sinne zu ſprechen, wie ſie es tun. Das Beweismaterial dafür, daß die ruſſiſche und die franzöſiſche Regierung den Krieg gewollt haben und daß die engliſche ſie nicht daran gehindert hat, iſt überwältigend. In der Ententeantwort wird wieder geſagt, wir hätten den Krieg erklärt und ihn bewußt verfolgt. Kein Ententepolitiker iſt wirklich ſo dumm, daß er nicht begriffe: für Deutſchland wurde das Hinauszögern der Entſcheidung über Krieg oder nicht Krieg mit jedem Tag lebensgefährlicher. England brauchte nur den Finger ernſthaft aufzuheben, ſo hielt es Rußland in Ruhe, und der Friede war gerettet. Aber das alles iſt gleichgültig; Deutſchland ſoll nicht nur ſchuldig ſein, ſondern auch das Schuldurteil unterſchreiben und ſich das Brandmal der Schande für die Jahrhunderte ſelber aufdrücken. Man kann reden, was man will — allein ſchon die Auslieferung des Kaiſers, gleichviel, ob mit oder ohne Proteſt, iſt eine ſolche Selbſtſchändung, die ſich *nie* verwiſchen wird, auch wenn es uns nach Menſchenaltern wieder gelingen ſollte, die Exportziffern und die Sparkaſſeneinlagen bergehoch aufzutürmen.

Mußte das alles ſein? *Mußten* wir unterſchreiben? Wir *mußten* nicht und wir *durften* nicht. Da wird geſagt, wenn wir nicht unterſchreiben, ſo bricht das Reich auseinander, und Aufruhr und Plünderung erheben ſich von einem Ende bis zum andern. Möglich, daß es dazu gekommen wäre, wenigſtens zum Letzteren. Robert Boſch, einer der größten ſüddeutſchen Induſtriellen, hat geſagt:

> Den vorgelegten Friedensvertrag kann kein Deutſcher durchführen, *alſo kann ihn auch kein Deutſcher unterſchreiben*. Unſere Gegner mögen die ganze Verantwortung tragen und ſelbſt auch noch die Regierung Deutſchlands übernehmen, *die Not kann dadurch nicht größer werden*. Die Folgen fallen aber unſern Gegnern zur Laſt, ohne daß ein Deutſcher ſich eine weitere Verantwortung auferlegt.

Das iſt nach der einen Seite hin das Entſcheidende: was man nicht halten kann, ſoll man nicht unterſchreiben. Wer die Sinnesverfaſſung unſrer Feinde kennt, der weiß auch, daß es mit zu ihrem Syſtem gehört, gleichzeitig das Unerfüllbare zu verlangen, und ſich jede Maßnahme vorzubehalten, ſobald die ſicher vorauszuſehende Nichterfüllung da iſt. Die neue Regierung weiß, daß Erfüllung undenkbar iſt. Sie unterſchreibt trotzdem und muß ſich, wenn ſie nicht aus Narren beſteht, ſagen: in vierzehn Tagen oder drei Monaten oder ſobald es irgend gewünſcht wird, kann es beim Feinde heißen: ihr haltet der Vertrag nicht, alſo treten die angekündigten Folgen ein; wir beſetzen, was uns paßt, und halten uns ſchadlos, wie es uns gefällt. Dann kommt das doch, dem man jetzt entgehen will. Natürlich heißt es: das werden die Feinde nicht tun. So hieß es auch vor dem Waffenſtillſtand und vor der Übergabe des Friedensdiktats von Verſailles. Sehen denn die Leute, die den Schandfrieden unterſchreiben wollen, nicht, daß jetzt wieder die ſataniſche Richtung auf der Gegenſeite geſiegt hat, die Deutſchland mit Bewußtſein abwürgen, die zwanzig Millionen Deutſche verkommen und verhungern laſſen will? Was könnte denn die herrſchenden Vertreter dieſer Denkart in Frankreich und England daran hindern, den erſten Vorwand (wir müſſen ihnen ja Vorwände bieten wie Sand am Meer) zu benutzen, um Nord- und Süddeutſchland durch eine Beſatzungszone von Frankfurt bis Eger zu trennen, das rheiniſch-weſtfäliſche Induſtriegebiet oder die Nordſeehäfen zu beſetzen, mit der Erneuerung der Hungerblockade und dergleichen zu drohen? Nichts iſt zweifelhafter, als ob in einigen Monaten oder Jahren in den Ententeländern ſoviel Vernunft und Gerechtigkeit wieder aufgekommen ſein wird, oder ob die Intereſſengegenſätze bei unſern heutigen Feinden dann ſchon ſo ſtark ſein werden, daß wir der Vollendung des nationalen Abtötungsprozeſſes entgehen, dem wir uns jetzt durch Unterſchrift ausliefern. Es iſt ein großer Irrtum zu glauben, mit der Zeit werde das Urteil der Welt über den Frieden ſich ſchon zurechtſtellen. Vielmehr wird es umgekehrt heißen: die Deutſchen haben unterſchrieben, und wer unterſchreibt, erkennt an. Wir können uns verklauſulieren und proteſtieren ſoviel wir wollen — scripta manent, Geſchriebenes bleibt, und was wir geſchrieben haben, geht gegen unſere Ehre.

Wir ſind von Wilſon und von der Entente belogen und betrogen worden. In der „Daily News" (Pariſer Korreſpondenz vom 11. Juni) heißt es unter der Überſchrift „*Der Bruch der Bürgſchaften*":

> Man muß daran erinnern, daß den Deutſchen am 5. November endgültig ein Friede auf der Baſis der 14 Punkte verſprochen wurde. Gleichzeitig wurde ihnen weiter mitgeteilt, daß die von ihnen geforderte Wiedergutmachung gemäß der dort gegebenen Definition zu verſtehen ſei... Mit andern Worten: Die Alliierten haben jetzt den Deutſchen einen Vertrag vorgelegt, der in wichtigen Punkten einen definitiven Bruch der Bürgſchaften bedeutet, die man Deutſchland freiwillig im November gab. Das ſpricht für die Reviſion der Friedensbedingungen in ihrem gegenwärtigen Stande, ſoweit die Gerechtigkeit in Frage kommt. Ebenſo beſtimmt liegt der Fall vom Standpunkte der Ratſamkeit aus. Deutſchland iſt außer Stande, die auferlegten Bedingungen zu halten, und wenn es nicht den Frieden auf einer Lüge aufbauen will, indem es Leiſtungen verſpricht, von denen es weiß, daß es ſie nicht erfüllen kann, *ſo hat es keine andere Wahl, als die Unterzeichnung abzulehnen.* Was dieſe Entſcheidung bedeuten würde, kann angeſichts der gegenwärtigen Lage in Europa jeder vorherſehen, der auch nur die oberflächlichſte Kenntnis der Dinge in Rußland, Ungarn, Rumänien, Italien, Öſterreich, Frankreich, Tſchecho-Slovakien, Polen und dem Baltiſchen Gebiet beſitzt.

Hier ſagt uns ein anſtändiger Engländer mit klaren Worten: *wenn ihr nicht lügen wollt, ſo dürft ihr nicht unterſchreiben.* Als Mann von praktiſchem politiſchen Verſtand fügt er auch gleich die Warnung an ſeine eigene politiſche Seite hinzu: zwingt die Deutſchen nicht zu dieſer Wahl, denn es werden die gefährlichſten Folgen für ganz Europa daraus entſtehen. Was aber haben wir in Deutſchland ſtatt deſſen erlebt? Wir wollen das einmal mit den Worten des „Berliner Tageblatts" (vom 22. Juni) wiedergeben; ſchärfer brauchten wir es ſelbſt auch nicht zu ſagen:

> Diejenigen, die verſucht haben, der deutſchen Politik eine andere Richtung zu geben, haben ſich ſeit langem nicht mehr über das Endergebnis getäuſcht. Sie ſind überzeugt und dürfen überzeugt ſein, daß die Entente *uns niemals ſolche oder ähnliche Friedensbedingungen angeboten hätte, wenn ſie gewußt hätte, das ganze deutſche Volk ſei einig in einem feſten, unerſchütterlichen Nein.* Durch ihre zahlloſen Agenten hat die Entente alle ihre Sprünge und Riſſe in der Mauer zählen laſſen, und ſie konnte die Haltloſigkeit, die ſich noch obenein als politiſche Klugheit gebärdete, auch aus der Ferne ſehen. Die „Freiheit", ehemalige, jetzt an anderer Hyſterie krankende Kriegsmacher und journaliſtiſche Narren rieſen ihr die beruhigende Kunde, daß wir jeden Vertrag annehmen müßten, in allen Spielarten zu. Wenn man den Vertretern der Entente, die hier in Weimar weilen, und die ſeit Wochen und Monaten in Berlin die geeigneten Perſonen ausgehorcht und bearbeitet hatten, jetzt ſagt: „Sie haben ungemein geſchickt operiert, *aber Sie haben ſoviel Dummköpfe gefunden, daß Ihnen Ihre Tätigkeit erleichtert*

wurde”, dann lächeln ſie fein. Lächelnd geben ſie zu, daß die Naivität in dieſem Lande Gretchens noch immer in Blüte ſei. Als dann der Geiſt Erzbergers auch über die Sozialdemokratie kam, ſchwand von allen Widerſtandsmöglichkeiten der letzte Reſt.

Das iſt für den praktiſchen Politiker das Furchtbarſte an der Beſiegelung unſrer nationalen Kataſtrophe durch die Unterſchrift, daß dieſe Schande nicht nötig geweſen wäre. Man kennt die Hyſteriker und Heroſtraten, die einſtigen Kriegstreiber und jetzigen Kotaumacher vor der Entente, die uns zuſammen mit ein paar verzagten Schwachköpfen und der unabhängigen Sozialdemokratie in dies Unglück hineingetrieben haben. Einige und feſte Haltung — mehr war nicht nötig, um die Feinde zu einem Frieden zu nötigen, den wir hätten ertragen können. Das Bild eines moraliſch entſchloſſenen Deutſchland wäre imſtande geweſen, die Sataniſten drüben zurückzuſcheuchen. Auch Prinz Max von Baden hat richtig den Kern der Lage charakteriſiert, als er ſchrieb:

> Die Stärke der (engliſchen) Oppoſition gegen den Friedensvertrag hängt weſentlich von Deutſchland ab. Heute arbeitet die Oppoſition gegen den Friedensvertrag wie unter einer Lähmung: Es werden täglich in England falſche Nachrichten ausgeſtreut über Meinungsverſchiedenheiten in der deutſchen Delegation, zwiſchen der Delegation und der Regierung, über dieſen oder jenen Miniſter, der bereit wäre, ein neues Kabinett zur Unterzeichnung zu bilden. Die Korreſpondenten fühlen täglich den Puls der deutſchen öffentlichen Meinung und melden jedes Schwanken und Nachlaſſen....
>
> Erſt wenn es gelungen iſt, in der öffentlichen Meinung der Welt den Eindruck feſtzuſetzen, daß Deutſchland die Kraft finden wird, die Unterzeichnung zu verweigern und die Konſequenzen auf ſich zu nehmen, erſt dann wird es in England zur politiſchen Kraftprobe zwiſchen Gegnern und Anhängern des Vertrages kommen.

Auch unter denen, die das Unterzeichnen befürwortet haben, gibt es Männer, die nicht rein aus Schwäche oder Vaterlandsloſigkeit handeln, ſondern die glauben, eine unvermeidliche Notwendigkeit zu erfüllen. Sie ſtehen dabei vor allem unter der Wirkung der Furcht, daß, wenn nicht unterzeichnet wird, der Feind unter Kriegsrecht das Land überzieht, der Süden abfällt, Gewalt und Plünderung in den großen Städten ausbrechen. Wohl möglich, daß es dazu gekommen wäre — aber doch nur darum, weil wir nicht von Anfang an darauf ausgegangen ſind, die Welt zu überzeugen, daß wir die moraliſche Kraft zur Weigerung, komme was da wolle, finden würden. *Den* Mut allerdings mußten wir haben, die Feinde äußerſtenfalls zu zwingen, *die letzte unmenſchliche Konſequenz aus ihrer Geſinnung zu ziehen.* Das hätte vielleicht eine ſchwere Kriſis und weitere große materielle Verluſte für Deutſchland im ganzen und für einen Jeden von uns bedeutet, aber zugleich unſern moraliſchen Triumph und für die Gegner, wenn ſie es wirklich darauf ankommen ließen, die moraliſche Vernichtung. Was kommt in unſrer Lage auf „moraliſchen“ Triumph an? könnte jemand fragen. *Alles*!, denn bevor man lebt, muß das Leben wert ſein, gelebt zu werden. Das iſt zugleich auch das tiefſte Fundament für den Wiederaufbau der äußeren Kräfte der Nation. Und dies Fundament rauben uns die Unterzeichner des Friedens.

Die Reichseinheit in Gefahr?

Von Dr. Theodor Heuß

den 21. Juni 1919.

Es iſt ganz unverkennbar, daß diejenigen, die für die Unterzeichnung des Friedens eintreten, ſich von Tag zu Tag mehr des Arguments bedienen: nur mit ihr könne die Einheit des Reiches gerettet werden. Die „Frankfurter Zeitung" hat dieſen Ton angeſchlagen und die „Voſſiſche Zeitung" hat ihn verſtärkt; ſie will ſeit langem wiſſen, daß im Süden der Wille zum Separatismus vorhanden iſt und daß er ſich im gegebenen Fall, Einmarſch, Sonderverhandlungen durch die Entente, bereit zeigen wird, ein oder mehrere ſelbſtändige Staatsweſen herzuſtellen. Man zitiert den Rheinbund, was ſo viel heißt: daß dieſe Staaten dann bei Frankreich ihre Anlehnung finden werden.

Nun kann ſchlechterdings kein Wort der Beſchönigung verſucht werden für die Notlage, in die der Süden durch einen Einmarſch der Feinde kommen wird; aber was nicht geduldet werden kann, iſt dies, daß mit dieſer hochpolitiſchen Maskierung eine Entſcheidung ſich zu begründen ſucht, ohne daß die ſachlichen und ſeeliſchen Vorausſetzungen gegeben ſind. Sie iſt wegen ihrer Fernwirkung in die Zukunft geradezu *gefährlich* und *vergiftend*; denn aus ihr wird die Formel und Legende der norddeutſchen Anhänger der Unterzeichnung emporwachſen: man mußte nachgeben, weil die „ſchlappen Brüder" im Süden nicht durchgehalten hätten. Daß dieſe Loſung, *Ausrede der Bequemlichkeit*, in die Kleinmünze reſignierender Wohlweisheit ausgegeben werden wird, ſteht heute ſchon feſt. Als Süddeutſcher halte ich mich für verpflichtet, dagegen einiges zu ſagen. Die Unterzeichner mögen ſich ihre Gründe zurechtlegen — ſie können ſo achtbar ſein wie nur immer — ſie ſollen aber die gemeindeutſche Zukunft, an der ihnen ſoviel liegt, nicht von vornherein mit dieſer Lesart vom moraliſchen Zwang der Süddeutſchen belaſten. Man wird ſonſt in Zukunft die treueſten Männer und Frauen des Südens verantwortlich machen für den Verluſt von Danzig und Weſtpreußen und man wird damit im deutſchen Bewußtſein eine *böſe Lüge* verewigen.

Daß es natürlich auch im Süden Leute gibt, die eine Unterwerfung unter den Willen von Verſailles wünſchen, iſt ſelbſtverſtändlich; auch wir ſind mit unſeren Unabhängigen geſegnet. Daß die Furcht vor dem Einmarſch viele Gemüter ſchwer bedrückt, darf nicht wundernehmen. Aber daß irgendwie ernſthafte Kreiſe auf die Annehmlichkeiten eines Sonderfriedens mit dem Feind ſpekulieren, iſt für Baden und Württemberg eine Erfindung; auch München wird ernüchtert ſein, nachdem Eisner ſeiner Zeit mit ſeinen unſeligen Anbiederungsverſuchen eine ſo derbe Abfuhr durch Clemenceau erfahren hat.

Den Franzoſen iſt eine Zerſtückelung Deutſchlands zweifellos erwünſcht. Aber ihre tatſächliche Macht, ſie durchzuſetzen, iſt durch ihre eigene Begehrlichkeit gefeſſelt. Ihre Ausſichten auf „Wiedergutmachung" verringern ſich in dem Maße, als ſie einzelnen deutſchen Landesteilen Erleichterungen verſprechen, um ſie dem Reſt weiterhin aufzubürden. Sie werden mit ihren Lockungen ſelber ſparſam ſein. In der Lebenshaltung iſt der Süden nicht in derſelben Notlage wie der Norden, und daß er von den Franzoſen mit Kohle verſorgt werde, iſt bei deren eigenen Nöten höchſt problematiſch. Die Entente wird mit allerhand Geſten und mit antipreußiſchen Redensarten freigebiger ſein als das in der letzten Zeit Gewohnheit geweſen — ihre letzte Denkſchrift weiſt ja ſchon dieſe Richtung —, aber auf die wirtſchaftliche Verſklavung auch des Südens wird ſie keinen Deut verzichten. Im übrigen: Boche bleibt Boche, und der Bayer war eine Zeitlang für den franzöſiſchen Bürger, unterſtützt von der blauweißen Koketterie, die höchſte Steigerung des deutſchen Kriegsbarbarentums.

Wir haben während des Krieges, aus der Praxis der Verteilungswirtſchaft, verſtärkten Partikularismus erfahren — zugeſtanden. Die Revolution, an ſtaatspolitiſcher Phantaſie armſelig, hat dieſen nicht zu überwinden verſtanden, ſondern ihn unter Eisners Führung befeſtigt. Die Verfaſſungsarbeit, die den großgedachten Entwurf von Dr. Preuß verballhornte, hat das ihrige dazu getan, dem bundesſtaatlichen Bau des Reiches ſeine winklige Enge zu belaſſen; hätte er großen ſtaatsmänniſchen Wurf gezeigt, dann wäre uns dieſe ganze leidige Auseinanderſetzung vielleicht erſpart geblieben. Aber wir ſtehen offenbar erſt im Elementarunterricht der Erkenntnis, daß innere und äußere Politik ſich bedingen.

Das ſind nun verpaßte Gelegenheiten.

Doch wir müſſen einen Schritt weiter wagen. Wir ſetzen das Schlimmſte als gegeben, wofür heute die Unterlagen Konjektur des Bedürfniſſes nach Gründen ſind, ſetzen die Möglichkeit ein, der Süden ſondere ſich durch eigene Abkommen vom Reich. Das wäre ſchmerzlich, aber es wäre nur eine Epiſode.

Gewiß, wir ſtehen alle unter dem Eindruck, daß das Gefühl für nationale Würde, daß der eingeborene nationale Sinn durch den Zuſammenbruch furchtbar gelitten haben. Aber ſo billig und ekelhaft es iſt, jetzt darum das eigene Volk in einem fort zu beſchimpfen, ſo kurzſichtig und frivol, auf dieſem gegenwärtigen Zuſtand die verantwortliche Politik aufzubauen. Haben wir, weil das in Verſailles und St. Germain ſo beſchloſſen wurde, auf die Vereinigung mit Deutſchöſterreich verzichtet? Nur der hoffnungsloſe Tagespolitiker oder der modiſche Verräter am nationalſtaatlichen Gedanken hat dieſes Ziel „abgeſchrieben", das der nächſte Inhalt unſeres politiſchen Arbeitens bleiben muß. So wenig dieſes Diktat der Feinde von uns als endgiltig angenommen wird, ſo wenig würden Verabredungen ſüddeutſcher Regierungen lange Dauer haben.

Denn erſtens gibt es ein ſüddeutſches Wirtſchaftsleben für ſich gar nicht; die

Verflechtung des Austauſches und der Finanzen iſt ſo innig geworden, daß beide Teile, und künftig noch mehr als früher, nur von ihrer Ergänzung und Durchdringung leben können. Zum andern aber: Deutſchland wird ſeine nationale Erneuerung von ſeiner Jugend erhalten und die Demokratie wird ſich in der deutſchen Geſchichte dadurch rechtfertigen und feſtigen, daß ſie den nationalen Gedanken, von allem Dynaſtiſchen gelöſt, in ſeiner urtümlichen Bedeutung und Wucht herſtellt und zum Träger geſchichtlicher Verantwortung macht. Das bedeutet aber, daß ſie durch ihre innere Kraft taktiſche Züge verzweifelter Situationen, wenn ſie gemacht werden würden, überwinden müßte.

Der Moral unſeres Volkes kann man nichts mehr zumuten. Das läßt ſich hören, und die ſo argumentieren, glauben vielleicht, daß es nichts weiter verſchlage, wenn dieſes gequälte Volk ſich ſelber noch den Stempel freiwilliger Entehrung aufdrückt. Aber wie denn? Wird nicht die Fremdherrſchaft des Feindes die Rute der Erziehung werden, und wird ſie nicht fruchtbarer wirken, wenn ſie offen, brutal wirkt? Die Moral iſt von einer Beſetzung weniger bedroht als von der Reſignation der Selbſterniedrigung, die aus der Geſchichte nicht mehr auszulöſchen.

Das Schickſal ſcheint entſchieden. In der Nationalverſammlung wird eine Mehrheit zuſammengeſucht für die Unterzeichnung. Die Sozialdemokraten ſollen dann ehrlich ſagen, daß es die Angſt vor der „unabhängigen" Hetze iſt, die ſie beſtimmte, ſo raſch umzulernen. Das Zentrum ſoll bekennen, daß es Erzbergers reſtloſen Bereitwilligkeiten keine in ſich ruhende Feſtigkeit entgegenzuſetzen wußte. Aber niemand, auch die Publiziſten nicht, ſollen damit hauſieren, daß die Sorge um Süddeutſchland ein Zwang geweſen ſei. Denn nichts wird die Einheitsmoral ſo vergiften wie dieſes Gerede.

Das Femgericht

Von ſehr geſchätzter Seite wird uns geſchrieben:

Deutſchland hat den Friedensentwurf ſeiner Gegner mit einer Denkſchrift beantwortet, in der es zwar die Stellung des Beſiegten einnimmt, der an den Sieger eine Entſchädigung zu zahlen hat, aber die Stellung des Schuldigen ablehnt, der ſich von ſeinen Richtern ſtrafen läßt. Gerade dies aber iſt es, was die Gegner von ihm verlangen. Die feindlichen Regierungen haben durch ihre Preſſe ihren eigenen Bevölkerungen das ganze deutſche Volk ſo lange als verbrecheriſch dargeſtellt, daß ſie jetzt in die Zwangslage verſetzt ſind, von ihm eine Buße im Sünderhemd verlangen müſſen, bevor ſie mit einigem Anſtand zulaſſen können, daß Deutſchland in den Bund der Völker aufgenommen wird.

Vergebens hat demgegenüber die neue Deutſche Regierung eine unparteiiſche Unterſuchung beantragt, um die Schuld am Kriege feſtzuſtellen. Die alliierten und aſſoziierten Regierungen haben wiederholt erklärt, die Schuld ſei längſt feſtgeſtellt. Sie haben aus dem Schweigen Deutſchlands auf eine zweideutige Auslegung, die die Entente dem Vorvertrag über die Friedensgrundlagen gab, ein Anerkenntnis der Schuld konſtruieren wollen. Niemals haben ſie geſagt, was dem deutſchen Volke vorgeworfen wird; nicht einmal das ſteht feſt, was ſeinen früheren Leitern, von denen es ſich losgeſagt hat, zur Laſt gelegt wird. Ein geheimes Gericht wie die mittelalterliche Feme hat über das deutſche Volk den Stab gebrochen, und die Heere und Flotten der Alliierten ſind die Henker, die den Spruch vollziehen ſollen.

Es iſt ſeltſam, daß gerade die Mächte, die unter dem Schlachtruf einer wahrhaften und offenen Politik gegen die Geheimdiplomatie des deutſchen Imperialismus zu Felde gezogen ſind, ſich jetzt auf einen geheimen Urteilsſpruch berufen. Es iſt ſeltſam, daß die Staatsmänner, die dem deutſchen Volke empfahlen, ſich von ſeinen autokratiſchen Machthabern zu befreien, es jetzt mit dieſen für ſolidariſch erklären. Und es iſt mehr als ſeltſam, daß die Politiker, die jetzt ihre eigene Bevölkerung durch eine Geheimdiplomatie ſondergleichen im Unklaren über den Gang der Friedensverhandlungen, ja über ihren eigenen Friedensentwurf laſſen und ihnen dadurch mit der Kenntnis auch die Verantwortung für ihre künftigen Geſchicke abnehmen, die das deutſche Volk für Geſchicke verantwortlich machen, die unter ähnlicher Nichtachtung des Volkswillens zuſtande gekommen ſind.

Die Preſſe der Entente weiſt, wie nach einem amtlichen Stichwort, immer wieder darauf hin, daß die Bevölkerung Deutſchlands und Deutſchöſterreichs dem Kriege zugejubelt habe. Sie unterſchlägt dabei die Tatſache, daß ſowohl die deutſche wie die öſterreichiſche Bevölkerung, unbekannt mit den Einzelheiten des diplomatiſchen Vorſpiels der Welttragödie von 1914, des guten Glaubens lebte, von einem tückiſchen Feinde nach lange vorbedachtem Plane in vollem Frieden überfallen worden zu ſein, daß beide überzeugt waren und überzeugt ſein konnten, einen Verteidigungskampf gegen die Machtgelüſte der Nachbarn zu kämpfen.

Wenn die autokratiſche Regierung, die man in den alliierten und aſſoziierten Ländern den Kaiſerreichen Mitteleuropas zum Vorwurf machte, eine rückſtändige Herrſchaftsform war, ein Verbrechen gegen den Geiſt der Demokratie — warum führen „die großen Vier“ die Friedensverhandlungen in ſo autokratiſcher Weiſe? Wenn es richtig iſt, den Völkern in ſo entſcheidenden politiſchen Verhandlungen, die das Schickſal der Welt geſtalten, kein Mitbeſtimmungsrecht zu geben, wie kann man dann das deutſche Volk dafür verantwortlich machen, was in den Kabinetten der Mächte im Juli 1914 verſäumt wurde, um den Weltfrieden zu bewahren, was in dieſen Kabinetten geſchah, um die kriegeriſche Entladung herbeizuführen?

Es iſt ein altes Wort: Den Wahnſinn der Könige haben die Völker zu büßen. Auch der Verſuch, auf dem Wege des ſchriftlichen Verfahrens und unter Ausſchluß der Öffentlichkeit aus dem Zuſammenbruche Europas einen internationalen Neubau aufzurichten, iſt Wahnſinn. Deutſchland würde die Völker, deren leitende Staatsmänner dieſen Wahnſinn begehen, nicht dafür verantwortlich machen, auch wenn es die Macht dazu hätte; es hat der Gewalt aus voller Überzeugung entſagt. Aber büßen werden ſie ihn, dafür ſorgt die Weltgeſchichte, wenn ſie nicht ſelbſt zum Rechten ſehen. Es gibt keine Verantwortlichkeit ganzer Völker vor den Staatsmännern anderer Völker; wohl aber gibt es eine Verantwortlichkeit der Staatsmänner vor ihren eigenen Völkern. Noch jedes freie Volk hat das Recht geltend gemacht, ſeine Führer zur Rechenſchaft zu ziehen, wenn ſie ſich als Verführer erwieſen hatten. Auch das deutſche Volk nimmt jetzt dieſes Recht in Anſpruch. Vielleicht kommt die Zeit, wo die Brüdervölker, die heute ſeine Feinde ſind, ſich wieder auf dieſes Recht beſinnen.

Bethmann Hollwegs „Betrachtungen zum Weltkriege“

Von Dr. Friedrich Thimme

Den Kriegsbüchern Jagows, Helfferichs und des Grafen Pourtalès iſt nun der erſte Band der Betrachtungen Herrn von Bethmann Hollwegs zum Weltkriege gefolgt. Es iſt ſehr beklagenswert, daß das Buch des fünften Kanzlers, das ähnlich ſeinen Vorläufern in großen Linien eine Schilderung der Zuſtände vor dem Kriege und der Ereigniſſe bis zur Kriegserklärung gibt, und das ohne alle Frage nicht bloß durch die Perſönlichkeit ſeines Autors, ſondern auch in ſich die beſte und wichtigſte der bisher von deutſcher Seite erſchienenen Verteidigungsſchriften iſt, nicht ein halbes Jahr früher erſcheinen konnte. Das öffentliche Urteil der Welt würde ſich dann nicht ſo ſehr in dem Sinne der vorwiegenden oder gar der alleinigen Schuld der Mittelmächte am Kriege verhärtet haben. Freilich ob das Buch Herrn von Bethmann Hollwegs imſtande geweſen wäre, den mit ſo erſtaunlicher Oberflächlichkeit und Leichfertigkeit abgefaßten Bericht der von der Entente für die Feſtſtellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges niedergeſetzten Kommiſſion zu beeinfluſſen oder gar die Antwort der Entente hintanzuhalten, die noch einmal in einer bisher nicht erhörten Weiſe alle und jede Verantwortung auf Deutſchland allein und zwar nicht nur auf die deutſche Regierung, ſondern auch auf das deutſche Volk häuft, das muß bezweifelt werden. Gegen vorſätzlich böſen Willen und gegen abſolute Herzenshärtigkeit kämpfen, wie gegen Dummheit die Götter ſelbſt vergebens. Eine um ſo wichtigere und entſcheidendere Rolle aber wird das Zeugnis Herrn von Bethmann Hollwegs für das Wiederaufnahmeverfahren vor dem Richterſtuhl des Weltgewiſſens haben, das das deutſche Volk von Stund an mit aller Energie betreiben muß und wird.

Nicht als ob Herr von Bethmann Hollweg für die Einleitung eines ſolchen Wiederaufnahmeverfahrens ganz neue, bisher unbekannte Tatſachen beibrächte. Senſationelle Enthüllungen wird in dem Buche niemand ſuchen, der die vornehme, jede Indiskretion weit von ſich weiſende Zurückhaltung des fünften Kanzlers kennt. In der Hauptſache operiert Herr von Bethmann Hollweg, wie vor ihm ſchon Jagow, mit den bekannten, durch die neuerlichen Veröffentlichungen aus den ruſſiſchen Archiven vermehrten Materialen, die freilich hier und da durch neue Einzelzüge bereichert werden. Neu iſt z. B. der bezeichnende Umſtand, daß Rußland ſich einer ſchriftlichen Fixierung des bekannten Potsdamer Abkommens vom November 1910 mit der Ausflucht entzogen hat, daß das Wort des Zaren genüge; neu, was über die Vorgeſchichte der mit beſonderer Klarheit und Durchſichtigkeit dargeſtellten Miſſion Haldanes im Jahre 1912 erzählt wird; neu mancherlei Einzelheiten über die ruſſiſche Orient- und Meerengenpolitik, über die Erneuerung des Dreibundes im Jahre 1913 uſw. Auch unſere Kenntniſſe über die Vorgänge während der Julikriſe 1914 werden vielfach vertieft, richtiger vielleicht geſagt, befeſtigt. Völlig hinweggeräumt wird die Legende vom Potsdamer Kronrat vom 5. Juli, die ſelbſtverſtändlich auch durch Hardens hartnäckigen Verſuch, ſie durch einen angeblich am 6. ſtattgefundenen Kriegsrat zu erſetzen, nicht galvaniſiert werden kann. Neu und wichtig ſind Herrn von Bethmann Hollwegs Mitteilungen über die Geneſis der Kriegserklärung an Rußland, bei der die Auffaſſung des Generalſtabschefs von Moltke (gegenüber der des Kriegsminiſters von Falkenhayn, der von der Kriegserklärung ſchädliche politiſche Folgen befürchtete) durchdrang. Neu ſind endlich auch eine ganze Anzahl von Zeugniſſen für die Friedensliebe des Kaiſers. Wir hören, daß der Kaiſer ſeine Tangerfahrt im Jahre 1904, von der er wohl wußte, daß ſie uns in gefährliche Engagements verwickeln könne, ſehr gegen eigenes Wollen und nur auf das Drängen ſeiner politiſchen Ratgeber unternommen hat, wie ſich denn auch ſein perſönlicher Einfluß auf friedliche Erledigung der Marokkokriſis des Jahres 1905 ſehr ſtark geltend gemacht habe. Wir erfahren, daß Wilhelm II. auch in den Jahren 1911 und 1912 ſorgſam auf die Bewahrung des Friedens bedacht geweſen iſt und in ſeinem unbedingten Friedenswillen keineswegs erlahmte, ſeit er, etwa von 1912 an, ſich immer mehr von der Koalition überzeugte, die ſich, ähnlich der Kaunitz'ſchen, gegen Deutſchland bilde, und die über uns herfallen werde. Ausdrücklich und in ergreifenden Worten bezeugt es Herr von Bethmann Hollweg dem Kaiſer auf Grund jahrelangen, vertrauensvollſten Gedankenaustauſches, daß er mit ſeinem tief und leidenſchaftlich gefühlten Friedenswillen auch in dem unheilvollen Sommer 1914 das äußerſte getan habe, um einen friedlichen Ausweg zu finden. Darf man hoffen, daß dieſes Zeugnis, das ſich ganz mit denjenigen Jagows, Helfferichs und vieler anderer Vertrauter des Kaiſers deckt, das haßerfüllte Zerrbild eines nach Weltherrſchaft, Krieg und Blut lechzenden Tyrannen zerreißen wird, auf Grund deſſen unſere Gegner den Kaiſer vor ihren Richterſtuhl ziehen möchten? In Deutſchland wenigſtens ſollte das Buch Herrn von Bethmann Hollwegs auch den letzten Zweifel beſeitigen, daß deutſche Ehre nie in eine Auslieferung und Verurteilung des Kaiſers willigen darf und kann.

Aber nicht auf den neuen Mitteilungen, ſei es über die Politik, ſei es über Perſönlichkeiten, beruht die Hauptwirkung des Bethmannſchen Buches. Noch weniger beſtrickt es durch äußere Vorzüge der Darſtellung, die vielmehr in Aufbau und Ausdrucksweiſe ein wenig ſchwerfällig anmutet. Kein größerer Gegenſatz iſt denkbar als zwiſchen der glatten und flüſſigen Erzählungskunſt des Fürſten Bülow und der ſchweren, oft etwas ungelenken Schreibweiſe Herrn von Bethmann Hollwegs, die ſich oft in Wiederholungen ergeht, freilich ungewollt gerade dadurch ſtarke Wirkungen auslöſt, daß ſie den Blick des Leſers immer wieder auf dieſelben Hauptgeſichtspunkte lenkt: auf den ſteinharten Kriegswillen Rußlands, auf die ſchweren Unterlaſſungsſünden Frankreichs und namentlich Englands, die nichts, gar nichts getan haben, um dieſen Kriegswillen zu erweichen.

Mit der Herrn von Bethmann Hollweg eigenen Schwerflüſſigkeit aber hängt eine andere Eigenſchaft zuſammen, die das eigentliche Geheimnis der ſeinem Buche innewohnenden Durchſchlagskraft ausmacht. Das iſt, neben der Nüchternheit und Sachlichkeit, die immer nur überzeugen, nie beſtechen will, die abſolute Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, von der jedes ſeiner Worte gleichſam durchtränkt iſt. Das ſittliche Ethos, von dem ſchon die Kriegsreden Herrn von Bethmann Hollwegs erfüllt waren, und das ihnen ſo ſtarke Wirkung bis tief in das Ausland hinein verliehen hat, verleugnet ſich auch in dem Buche nicht. Mit dieſem Ethos iſt wieder — auch das trägt viel zur Wirkung der Bethmannſchen Darſtellung bei — ein Maß von Unbefangenheit und Objektivität des Urteils verknüpft, das bisher von keinem anderen der mithandelnden Staatsmänner auch nur annähernd erreicht worden iſt. Weit entfernt, ſeinen Betrachtungen den Charakter einer Apologie Deutſchlands oder gar einer Selbſtapologie aufzudrücken, iſt Herr von Bethmann vielmehr beſtrebt, ſie zur Höhe einer leidenſchaftsloſen, welthiſtoriſchen Anſchauungsweiſe zu erheben. Es iſt ihm keineswegs darum zu tun, Deutſchland von jeder Mitſchuld am Kriege rein zu waſchen; nein, er erkennt ruhig das bibliſche Wort an: wir ſind allzumal Sünder. Er ſpricht einmal von der Geſamtſchuld aller am Kriege beteiligten Nationen, die er in dem allgemeinen Irrglauben aller Mächte, auch Deutſchlands ſucht, mit den Mitteln der Koalitionen und Rüſtungen, die tatſächlich doch überall der Verwirklichung eigenen Machtbegehrens galten, den Menſchheitsaufgaben der Politik gerecht werden zu können. Er räumt ein, daß in den deutſchen Zuſtänden und dem deutſchen Verhalten vor dem Kriege Elemente der Unruhe vorhanden geweſen ſeien, die der immer wieder betonten Friedensliebe Deutſchlands zu widerſprechen ſchienen: die geräuſchvolle Flottenpropaganda, der nationale Überſchwang der alldeutſchen Bewegung, die aber, wie Bethmann Hollweg mit Recht hervorhebt, ihr Gegenſtück in dem weit ſchlimmeren Chauvinismus der Ententeländer fand, gelegentliche temperamentvolle, die deutſche Kriegsmacht ſtark herausſtreichende Äußerungen des Kaiſers, die ihren eigentlichen, doch auch auf die Bewahrung des Friedens gerichteten Zweck verfehlten. Er geſteht bereitwillig zu, daß in Deutſchland, wo freilich der Führung der auswärtigen Geſchäfte in den unklaren, jeder Stabilität entbehrenden Parteiverhältniſſen ganz beſondere Schwierigkeiten erwuchſen, ſo wenig wie in England die Staatskunſt ſtark genug geweſen ſei, die Welt durch eine große Tat vor einem Schickſal zu bewahren, das nicht erſt ſeit den Julitagen 1914 als gewaltiges Unwetter am Himmel ſtand. Ganz offen ſpricht Herr von Bethmann Hollweg auch von den Mängeln ſeines eigenen Handelns. Freimütig bekennt er, daß er nicht der Mann der geſchickten Regie ſei, daß er bei der Miſſion Haldane 1912 in beſter Abſicht vielleicht den Fehler begangen habe, den vor allem auf die Herſtellung eines politiſchen Verſtändniſſes gerichteten Verhandlungen eine zu breite Ausgangsbaſis gegeben zu haben, daß er bei dem Beginn der Julikriſe 1914 zu ſehr des Glaubens geweſen ſei, daß ſelbſt ruſſiſches Denken davor zurückſchrecken werde, ohne äußerſte Not den furchtbaren letzten Schritt zu tun, und daß jedenfalls England, vor die allerletzte Entſcheidung geſtellt, die Erhaltung des Weltfriedens höher ſchätzen werde als ſeine Freundſchaften mit Frankreich und Rußland. Auch das gibt Herr von Bethmann Hollweg, auf die Gefahr hin, damit ſeinen deutſchen Gegnern einen Vorteil wider ſich einzuräumen, rundweg zu, daß der Krieg nicht bloß politiſch nicht geſchickt in Szene geſetzt, ſondern auch wirtſchaftlich und finanziell nicht vorbereitet geweſen ſei: ein Zugeſtändnis, das übrigens aufs ſtärkſte für unſere Nichtſchuld am Kriege zeugt. Daß Herr von Bethmann Hollweg ſich auch heute noch zu dem Unrecht an Belgien bekennt, bedarf nicht erſt der Erwähnung. Freilich leugnet er, und das mit Recht, daß unſer Einmarſch in Belgien beſtimmende Bedeutung für den Gang der Weltkataſtrophe gehabt habe.

Von welch hoher Warte aus Herrn von Bethmanns Buch geſchrieben iſt, erkennt man am beſten, wenn man verfolgt, wie er auch unſeren Gegnern gerecht zu werden verſucht. Wiederholt nimmt er namentlich die engliſche Politik dagegen in Schutz, daß ſie von langer Hand her einen kriegeriſchen Überfall auf Deutſchland geplant habe. Er warnt davor, aus den draſtiſchen Enunziationen der engliſchen Kriegshetzerpartei auf kriegstreibende Tendenzen des engliſchen

Volkes in ſeiner Geſamtheit zu ſchließen. Er glaubt nicht wie Helfferich daran, daß es England bei den Verſtändigungsbeſtrebungen, etwa bei der Miſſion Haldane, lediglich um hinterhältige Scheinverhandlungen zu tun geweſen ſei, ſondern er billigt vor allem einem Grey die bona fides zu. Freilich den Vorwurf vermag er der engliſchen Politik nicht zu erſparen, daß ſie, während Deutſchland in der Julikriſe doch mindeſtens ſeit dem 28. Juli, das Äußerſte aufgeboten hat, um auf Öſterreich im Sinne einer direkten Verſtändigung mit Rußland einzuwirken, nichts Entſcheidendes getan habe, um dem Kriegswillen der ruſſiſchen Machthaber entgegenzutreten. Ausdrücklich nimmt Herr von Bethmann Hollweg, und das will bei ihm viel ſagen, die Äußerung des erſten deutſchen Weißbuchs, England habe „Schulter an Schulter" mit Deutſchland für den Frieden gearbeitet, zurück: „Den eigenen amtlichen Veröffentlichungen unſerer Gegner, die Licht genug auch über den Londoner Anteil an der diplomatiſchen Unterbauung des Krieges verbreiten, widerſpräche es, wollten wir noch heute an dieſer Anſicht feſthalten."

Auch Frankreich ſucht Herr von Bethmann Hollweg durchaus gerecht zu werden. Inſofern allerdings iſt ſein Urteil über die franzöſiſche Regierung ſchärfer als über einen Grey, als er ihr vorwirft, durch wohlberechnete Unwahrhaftigkeit in der Darſtellung der tatſächlichen Vorgänge das franzöſiſche Volk in den Glauben verſetzt zu haben, daß wir die heimtückiſchen Angreifer ſeien. Aber immerhin läßt Herr von Bethmann gelten: „Die leidenſchaftlich Vorſtoßenden waren die ruſſiſchen Machthaber, die franzöſiſchen warteten ſympathiſch zu." Der Friedensliebe des franzöſiſchen Volkes läßt der ehemalige Kanzler volle Gerechtigkeit widerfahren. Mit großer Achtung ſpricht er auch von der Ertüchtigung des franzöſiſchen Volkes ſeit 1870, der franzöſiſchen Renaiſſance, die man in Deutſchland über gewiſſen geſchmackwidrigen und kraſſen Boulevarderſcheinungen nicht genügend gewürdigt habe. Rückhaltlos gibt er die wunderbare Energie zu, mit der Frankreich die grauſigen Kriegsjahre durchgefochten habe.

Den eigentlichen Kriegsſchuldigen, das ergibt ſich ſchon aus ſeinen obigen Worten, ſieht Herr von Bethmann Hollweg in dem zariſtiſchen Rußland. Mit großem Nachdruck weiſt er u. a. auf das Protokoll der ruſſiſchen Regierung vom 21. Februar 1914 hin, worin es mit aller nur wünſchenswerten Deutlichkeit hieß, daß es „gegenwärtig die Aufgabe der zielbewußten Arbeit des Miniſteriums des Äußeren ſei", die erwartete Kriſis — den künftigen Krieg, herbeizuführen. Mit ſchärferem Nachdruck noch hebt er als das entſcheidende Moment für den Krieg, das alle Friedensbemühungen zum Scheitern gebracht habe, die ruſſiſche Mobilmachung, heraus. Eingehend unterſucht Herr von Bethmann Hollweg die verſchiedenen Gründe, die für die ruſſiſche Generalmobilmachung in Betracht kommen konnten, um zu dem Schluß zu gelangen: Rußland hat mobil gemacht, weil es den Krieg wollte. In der abſoluten Gewißheit, die die deutſche Regierung ſchon am 31. Juli zu haben glaubte, daß Rußland unter allen Umſtänden den Krieg wollte, und die er durch die inzwiſchen erfolgten Enthüllungen über die allgemeinen Pläne Saſſonows ſowie über die Hergänge bei der ruſſiſchen Mobiliſation noch doppelt und dreifach bewieſen zu ſehen glaubt, erblickt Herr von Bethmann Hollweg auch eine volle Rechtfertigung für die Kriegserklärung an Rußland.

Ob Herr von Bethmann Hollweg in dieſem wichtigen Punkte, ob er auch in dem anderen, warum die deutſche Regierung zugelaſſen hat, daß Öſterreich das ſerbiſche Ultimatum ohne die vorherige Kenntnis der deutſchen Regierung und ohne Billigung ſeines Wortlauts hat erlaſſen dürfen, die Welt überzeugen wird, das ſteht dahin. Es iſt bezeichnend, daß der Bericht der feindlichen Schuldkommiſſion die Tatſache der ruſſiſchen Mobiliſierung gar nicht erwähnt; man iſt einfach entſchloſſen, dieſe Maßregel nicht einmal als ein Accedens gelten zu laſſen. Stat pro ratione voluntas. Es wird ſich empfehlen, die beiden „ſchwachen Punkte", die die Haltung der deutſchen Regierung während der Julikriſe nach einer weitverbreiteten Meinung aufzuweiſen hat, die Stellung zum öſterreichiſchen Ultimatum und die „überſtürzte" Kriegserklärung an Rußland, an der Hand der Bethmannſchen Betrachtungen einer tiefer eindringenden Unterſuchung zu unterziehen. So viel aber darf doch ſchon jetzt gehofft werden, daß die eingehenden Darlegungen Herrn von Bethmanns, mögen ſie die Welt im einzelnen überzeugen oder nicht, der „ſummariſchen und phariſäerhaften Schuldſprechung" des Gegners, wie ſie in der Antwortnote der Entente auf den Gipfel getrieben iſt, den Boden entziehen werden. Möge doch die Menſchheit, deren Urteil nach einem Worte Wilſons die letzte Inſtanz in all dieſen Dingen bildet, einmal die Darlegungen Bethmann Hollwegs mit dem Bericht der feindlichen Schuldkommiſſion und mit der Antwort der Entente konfrontieren. Wir ſind überzeugt, daß kein Neutraler, ja, keiner unſerer Gegner, der irgend guten Willens iſt, aus einer ſolchen Vergleichung Schlüſſe zugunſten der feindlichen Sache und ihrer Gerechtigkeit ziehen kann. Bei Bethmann Hollweg eine bereitwillige Anerkennung der eigenen Schwächen und Fehler, eine unbefangene und vornehme Würdigung der feindlichen Völker, ſichtliches Beſtreben, gerecht und objektiv zu urteilen. Bei unſeren Gegnern eine Selbſtüberhebung und eine Selbſtgerechtigkeit ohnegleichen, ein wütender Haß, der nicht einmal an dem deutſchen Volk ein gutes Haar läßt, ein blindes und rachſüchtiges Anathema, wie es die Weltgeſchichte noch nicht geſehen hat. Wir ſind völlig ſicher, daß der Menſchheit einmal, wenn auch erſt in vielleicht ſpäter Zeit, die Augen aufgehen werden über die Wahrheit, die ſchon in einem ſolchen Vergleich zutage tritt.

Dem deutſchen Volke aber möge das Buch Herrn von Bethmann Hollwegs eine letzte eindringliche Mahnung ſein, ein „eigenes unwahres und würdeloſes Schuldbekenntnis" ſtandhaft abzuweiſen. Wir brauchen nicht abzuſtreiten, daß wir eine

Mitverantwortung an dem Kriege tragen. Wir brauchen uns nicht einmal vollkommen auf den Standpunkt Herrn von Bethmann Hollwegs zu ſtellen, wenn er ſeine Auffaſſung dahin zuſammenfaßt: „Aufgerichtet iſt der Holzſtoß zum Weltbrande von Mächten der Entente, Deutſchland hat die Scheite nicht zugetragen.“ Aber uns als die allein Schuldigen, die allein Verantwortlichen am Kriege zu bekennen, dazu hat in Deutſchland nach den gehäuften Zeugniſſen der letzten Zeit, zu denen noch die Bekundung des letzten deutſchen Weißbuches treten, nach dem Kardinalzeugnis vor allem Herrn von Bethmann Hollwegs, den nicht ohne Grund ein neutrales Blatt einmal den wahrhaftigſten unter allen am Kriege beteiligten Staatsmännern nannte, kein Deutſcher, wer es auch ſei, noch das Recht.

Die elſaß-lothringiſchen Parteien und die Autonomiefrage

Von Fr. Koenig.

Die Vorkämpfer der „République une et indivisible“, wie ſich das republikaniſche Frankreich ſeit der großen Revolution mit Vorliebe zu nennen pflegt, fühlen ſich allem Anſchein nach den politiſchen Problemen, welche die „elſaß-lothringiſche Frage“ in ihrer neuen Form für Frankreich aufwirft, gegenüber recht hilflos. Sie hatten gedacht, daß Elſaß-Lothringen ſich im erſten Affekt glühender Liebe zur „mère-patrie“ vorbehaltlos in den Verband des franzöſiſchen Staates einfügen ließe; nunmehr aber machen ſie die betrübende Erfahrung, daß nicht nur gewiſſe „bochiſierte“ Individuen ſich gegen die Segnungen des franzöſiſchen Zentralismus und Nationalismus ſperren, daß ſogar für völlig zuverläſſig erachtete Kreiſe *ſich in erſter Linie als Elſäſſer und Lothringer fühlen* und mit denjenigen gemeinſame Sache machen, die zum Schutz ihrer Heimat gegen die Flut von Weſten Dämme aufzuwerfen für nötig erachten.

Zuerſt erſchien die „*Republikaniſche Volkspartei*, die Erbin des elſäſſiſchen Zentrums, auf dem Plan; naturgemäß haben in ihr, wenigſtens äußerlich, die nationaliſtiſchen Elemente von ehedem Oberwaſſer erhalten, ſo daß es nicht Wunder nehmen kann, daß jeder Akt öffentlicher Betätigung mit der Beteuerung unverbrüchlicher Liebe zu Frankreich beginnt. So ſehr aber auch der Mund von Floskeln der Verehrung für Frankreich überſtrömt, das Programm der Partei iſt ſo „regionaliſtiſch“, daß man es geradezu autonomiſtiſch nennen kann. Nichts vom Eigenweſen ihrer Heimat, nichts von den wertvollen Errungenſchaften der deutſchen Zeit will die „Republikaniſche Volkspartei“ aufgeben; ſie will vor allem kein Quentchen von dem Einfluß, den die Kirche im Land beſitzt, auf dem Altar des antiklerikalen „Mutterlandes“ opfern; dabei iſt es ihr völlig gleichgültig, ob Frankreich durch dieſe ihre Haltung Schwierigkeiten außen- und innerpolitiſcher Art, aus denen kaum ein Ausweg zu erſehen iſt, bereitet werden oder nicht.

Die franzöſiſche Republik von heute ſteht und fällt mit der Trennung von Kirche und Staat. **Die Republikaniſche Volkspartei aber erklärt kaltblütig,** daß ſie dieſe Trennung nicht dulden könne, daß ſie vielmehr Freiheit und Achtung vor jeder religiöſen Überzeugung und darum die konfeſſionelle Volksſchule verlangen müſſe.

Die franzöſiſche Republik iſt ausgeſprochen zentraliſtiſch; ſie iſt nicht imſtande, Partikularismen zu ertragen, die der Nation nur bedingten Gehorſam erweiſen, oder ſich der Nation kulturpolitiſch bis zu einem gewiſſen Grade zu entziehen ſuchen. Die „Republikaniſche Volkspartei" aber beanſprucht für Elſaß-Lothringen nicht nur wirtſchaftlichen Regionalismus, ſondern auch adminiſtrativen, ſo daß der elſaß-lothringiſche Staat in ſeinen Grundzügen erhalten bliebe; ſie verlangt auch kulturpolitiſchen Regionalismus, inſofern als die Sprachenfrage in Schule und öffentlichem Leben den Bedürfniſſen der alemanniſch-fränkiſchen Bevölkerung Elſaß-Lothringens entſprechend geregelt werden müſſe und nicht den nationaliſtiſchen Wünſchen Frankreichs gemäß.

Die franzöſiſche Republik hat naturgemäß das Beſtreben, ſich einen aus innerfranzöſiſchen Elementen beſtehenden national-zuverläſſigen Beamtenapparat im Lande zu ſchaffen, um die Franzöſierung möglichſt beſchleunigen zu können. Die „Republikaniſche Volkspartei" aber erklärt, daß die Beamtenſtellen in Elſaß-Lothringen in erſter Linie den Elſäſſern und Lothringern gehören und gibt den Franzoſen zu verſtehen, daß ſie als Landfremde empfunden werden und ſich daher zu Beamten in Elſaß-Lothringen nicht recht eignen.

Mit am bezeichnendſten aber iſt, daß die „Republikaniſche Volkspartei" ihren regionaliſtiſchen Charakter dadurch in ſchärfſter Weiſe zum Ausdruck brachte, daß ſie ſich entſchloß, ſich keiner der beſtehenden franzöſiſchen Parteien anzuſchließen: „Es wäre für uns ein großer Vorteil geweſen," ſo erklärte ihr Vorſitzender Pfleger am 10. Mai in einer öffentlichen Verſammlung zu Straßburg, „wenn wir uns an eine große Partei in Frankreich hätten anſchließen können, aber das war nicht möglich, da es eine ſolche Partei nicht gibt, in der wir reſtlos hätten aufgehen können." (Lothr. Volkszeitung Nr. 114 vom 17. Mai.)

Trotz allem aber, ſo ſagt Herr Pfleger, Separatiſten ſind die Männer der Republikaniſchen Volkspartei nicht. Eins aber ſind ſie gewiß, wie die Elſäſſer überhaupt: ausgezeichnete politiſche Taktiker! Ein bedeutender franzöſiſcher

Politiker, es war wohl Maurice Barrès, ſagte einſt: „Die elſaß-lothringiſchen Abgeordneten ſind Heuchler, Ehre dieſen braven Männern!“ Er wollte damit ſeine franzöſiſchen Landsleute beruhigen, denen der Opportunismus ihrer elſäſſiſchen Freunde zu weit ging; wir wollen das häßliche Wort nicht aufnehmen, wollen uns vielmehr damit begnügen, feſtzuſtellen, daß ſie auch den Franzoſen gegenüber die politiſche Taktik nicht verlernt haben.

Wie einſt zur deutſchen Zeit die Schwenkung des elſäſſiſchen Zentrums zur nationaliſtiſchen Bewegung die anderen Parteien nach ſich zog, ſo iſt es auch jetzt wieder; ſie alle: Demokraten und Sozialiſten folgten mit der einen Ausnahme des Einſpänners Blumenthal automatiſch dem Zentrum, da ſie ſich der Erkenntnis nicht verſchließen konnnten, daß ſie ſo wie die Volksſtimmung augenblicklich iſt, bei anderer Einſtellung unweigerlich unter die Räder kämen. Und ſo erklärt auch die Erbin der liberal-demokratiſchen Partei von einſt, die „demokratiſch-republikaniſche Partei“, daß der Leitgedanke ihres Programms der „Regionalismus“ ſei. Zwar verlangt ſie in der Frage des Verhältniſſes von Kirche und Staat die Anwendung der franzöſiſchen Trennungsgeſetze, ſtellt ſich aber wirtſchaftlich, ſozialpolitiſch und adminiſtrativ auf denſelben Boden, wie ihr einflußreicherer Rivale. Und ebenſo erklärt ſie: „Ein Anſchluß an eine beſtehende franzöſiſche Partei iſt aus Rückſicht auf die beſonderen Verhältniſſe und Bedürfniſſe des Elſaß und Lothringens auf der andern Seite nicht ins Auge gefaßt.“ Aus „taktiſchen“ Rückſichten wird die Parteigründung Blumentals und ſein Anſchluß „an die völlig abgewirtſchaftete radikale Partei Frankreichs,“ die der Träger des Gedankens der „république une et indivisible“ iſt, verurteilt (Elſäſſer Nr. 118 vom 6. Mai über die Tagung der Demokratiſch-Republikaniſchen Partei vom 4. Mai). Der „Elſäſſer“, das Hauptblatt der Republikaniſchen Volkspartei, ſpricht ironiſch von einem „Regionalismus mit Hinderniſſen“, „der aber ſchon einen Fortſchritt gegenüber dem erſten Echo ihrer regionaliſtiſchen Forderungen bedeute.“

Dieſe Entwicklung geht natürlich den Pariſern ſtark auf die Nerven; vor allem die radikale Partei, die Trägerin der alten zentraliſtiſch-republikaniſchen Tradition, fühlt ein gelindes Grauſen im Hinblick auf dieſes Elſaß-Lothringen, das nicht nur für ſich eine Sonderſtellung im Rahmen Frankreichs verlangt, ſondern es ſogar wagt, von Frankreich zu fordern, daß es ſich ſeinerſeits grundlegend ändere, wenn es auf die ſeeliſche Eingliederung der „wiedergewonnenen Brüder“ rechnen wolle. Bezeichnend iſt, daß einer ihrer Sachverſtändigen für elſäſſiſche Fragen, Herr Oeſinger, im Pariſer „Radical“ der Demokratiſch-Republikaniſchen Partei den Vorwurf macht, „germaniſtiſch“ zu ſein.

Das aber wird naturgemäß unter den augenblicklichen Verhältniſſen von den

Führern dieſer Partei als böswillige Anrempelung empfunden und ſo bleibt ihr Organ: „Die Neue Zeitung“, die Antwort nicht ſchuldig. Ihr Chefredakteur Charles Frey, der zugleich Vizepräſident der neuen Partei iſt, ſetzt ſich in Nr. 143 ſeiner Zeitung vom 25. Mai in einem polemiſchen Artikel: „Die politiſche Frage im Elſaß“ mit Herrn Oeſinger in einer Weiſe auseinander, die demjenigen, der zwiſchen den Zeilen zu leſen verſteht, tiefe Einblicke in die augenblickliche Geiſtesverfaſſung des Landes geſtatten.

Charles Frey ſieht ſich genötigt, im Namen der Demokratiſch-Republikaniſchen Partei des Elſaſſes den Pariſer Radikalen zu erklären: „Wir ſehen keine Möglichkeit der Verſtändigung, wenn die radikale Partei nicht Methode und Leute ändert.“ Und ähnlich lieſt das Journal d'Alſace-Lorraine Herrn Oeſinger den Text:

> „Die jungen Parteiführer, von denen Sie mit ſo viel Überhebung ſprechen, werden trotzdem ihre Rolle ſpielen, und wahrſcheinlich viel beſſer, als Sie es erwarten. Wenn das Elſaß Sie wirklich intereſſiert, hätten Sie allen Anlaß, ſie vorſichtiger zu behandeln, denn hinter ihnen ſteht eine ganze Bevölkerung, bereit, ihnen recht zu geben.“

Und Charles Frey ſagt weiter:

> „Wir ſind durch eine gute politiſche Schule gegangen und haben vor allem gelernt mißtrauiſch zu ſein. Wir kaufen keine Katz im Sack. Und wenn wir eine Sache nicht kennen, ſtudieren wir ſie, ehe wir uns entſcheiden. Wir werden daher — ſo Herr Oeſinger, verſtehen wir die Politik — uns zunächſt darüber klar zu werden verſuchen, was uns im Lande nottut, was wir brauchen und was wir wollen. Dann wollen wir verſuchen, dieſen unſeren politiſchen Willen durchzuſetzen. Wir werden dabei die politiſchen Parteien Frankreichs an der Arbeit zu beobachten haben und uns, unbeeinflußt durch ſchöne Namen und Programme, für die entſcheiden, die uns geeignet und gewillt erſcheinen, unſere Intereſſen zu vertreten. Gewiß, wir wiſſen und haben es zur Genüge gehört, daß die franzöſiſchen Intereſſen jetzt die unſeren ſind. Aber wir haben unſere eigene politiſche Schule, und jetzt bereits eine politiſche franzöſiſche Erfahrung, die uns lehrt, den Spieß umzudrehen, und mit Nachdruck zu betonen, daß unſere Intereſſen die franzöſiſchen ſind, daß es zunächſt gilt, unſere Intereſſen zu wahren, wenn man den Intereſſen Frankreichs dienen will. Deshalb, gerade weil wir die Vertretung der elſäſſiſchen Intereſſen an die Spitze ſtellen, ſind wir eine national-franzöſiſche Partei, und darin machen uns weder die inhaltloſen Schlagworte, noch die lächerlichen, altjüngferlichen Verdächtigungen der Ladenhüter der Pariſer Politik irre.“

Mit der Gewandtheit eines journaliſtiſchen Akrobaten verſucht ſich der in allen Sätteln politiſcher Taktik gerechte Chefredakteur der „Neuen Zeitung“ an dem Kunſtſtück, den Pariſern klarzumachen, daß auch die elſäſſiſche Demokratie die Autonomie des politiſchen Willens für ſich in Anſpruch nehme, ohne ſich eine Sünde wider den heiligen Geiſt der „idée française“ zu ſchulden kommen zu laſſen. Ob die Syntheſe überhaupt möglich iſt, darüber mit ihm zu rechten, iſt nicht unſere

Sache, die wir dem Elſaß aus innerer Überzeugung den Weg frei geben, dahin zu gehen, wohin Neigung und Intereſſe es treiben. Vielleicht verſieht Herr Ch. Frey ſelber im ſtillen ſeine Theſe mit einem großen Fragezeichen; wichtig aber iſt, auch für uns, die wir die Entwicklung der elſäſſiſchen Dinge mit innerer Anteilnahme verfolgen, den eigenen Worten dieſes vor kurzem noch nationaliſtiſchen Heißſporns zu entnehmen, daß auch er ſich genötigt ſieht, *Frankreich gegenüber den Primat der elſäſſiſchen Intereſſen für die elſäſſiſche Politik zu betonen.*

Der Hintergrund aber für dieſe ſcharfe politiſche Wendung gegen Paris iſt der *geradezu allgemeine politiſche Katzenjammer* im Lande, der ſich infolge der franzöſiſchen Rückſtändigkeit, der franzöſiſchen Willkür und des franzöſiſchen Eigendünkels weiteſter Kreiſe der Bevölkerung bemächtigt hat. Die elſäſſiſchen Politiker ſind von jeher gewohnt, ſich von den Wellen der inſtinktiven Gefühlsregungen der Bevölkerung tragen zu laſſen und aus ihnen Kapital für ihre partei-politiſchen Beſtrebungen zu ſchlagen. So bequemen ſie ſich denn auch jetzt der im Volke gärenden Unzufriedenheit an, verſuchen aber gleichzeitig mit Seiltänzergewandtheit die Brücken nach Weſten hin gangbar zu erhalten. Ob es ihnen auf die Dauer gelingt, den Anſprüchen ihres Frankreich gegenüber immer kritiſcher und ſelbſtbewußter werdenden Volkes auf Durchſetzung ſeiner partikulariſtiſchen Belange gerecht zu werden, ohne Frankreich vor den Kopf zu ſtoßen, das wird die Zukunft lehren.

Das eine ſteht jedenfalls feſt: *Gelöſt iſt die elſaß-lothringiſche Frage nicht.* Sie beſteht zum mindeſten zunächſt als innerfranzöſiſche fort und ſtellt den franzöſiſchen Staat vor geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten. Jederzeit aber kann ſie wieder je nach der Weltlage zu einer internationalen werden; latent iſt ſie es dauernd; ſo lange wenigſtens, als der deutſchen Forderung, Elſaß-Lothringen das Selbſtbeſtimmungsrecht zu gewähren, nicht genug getan iſt. Wenn Frankreichs Ententegenoſſen Augen hätten zu ſehen und Ohren zu hören, es müßte ſie heute ſchon ein gelindes Grauſen erfaſſen vor dem Unheil, das ſie durch ihre kurzſichtigen Beſchlüſſe anzurichten auf beſtem Wege ſind; ſie erwieſen Frankreich den größten Dienſt, wenn ſie ihre Beſchlüſſe hinſichtlich Elſaß-Lothringens einer Reviſion unterzögen, ehe es zu ſpät iſt.

Der alte Schlendrian

Von Univerſitätsprofeſſor Dr. L. *Bergſträſſer*

Der Kriegsausbruch traf unſere amtliche auswärtige Politik in ihrer Sünden Maienblüte; das Urteil ſteht feſt und trifft zu; doch geht man fehl, wenn man meint, es habe daran, oder nur daran gelegen, daß die amtlichen Stellen über die Vorgänge in den anderen Ländern nicht genügend unterrichtet geweſen ſeien. Wir wiſſen, daß ſie die diplomatiſchen Vorgänge im engſten Sinne, die Verhandlungen der Gegner, recht gut zu verfolgen verſtand. Sehr viel weniger die in den breiteren Maſſen des Volkes ſich abſpielenden. Doch wäre man einſeitig, wenn man den alten Regierenden allein da die Schuld gäbe. Es ſtand bei uns ganz allgemein ſo; auch die Regierten hatten von den Verhältniſſen anderer Länder im großen und ganzen keine Ahnung. Konnten ſie auch nicht haben, denn dazu gehörte ein genaues eigenes Studium und unendlich viel Zeit. Über ſehr viele Dinge konnte man ſich von Deutſchland aus überhaupt nicht orientieren, wenn man nicht fremdländiſche Zeitungen zur Hand nahm; und zwar nicht etwa Zeitungen des betreffenden Landes, die der Sprache wegen bei den kleineren Gebieten oft Schwierigkeiten machten, ſondern große Zeitungen der führenden Weltmächte.

Das ſchlimme war, daß unſere Auslandsberichterſtattung vielfach, man kann auch ſagen, zumeiſt ganz unzulänglich geweſen iſt. Und am meiſten gilt das für das amtliche Büro, für Wolff. Man müßte doch annehmen, daß dies wenigſtens überall zuverläſſige und politiſch geſchulte Berichterſtatter gehabt hätte; aber dem war leider nicht ſo, ſchon aus dem einfachen Grunde, weil Wolff in der Regel viel zu wenig bezahlte, als daß er erſtklaſſige Kräfte bekommen hätte.

Und dieſe Verhältniſſe haben leider, wie ſo vieles, die Revolution überdauert. Trotzdem jetzt die Berichterſtattung der größten deutſchen Nachrichtenagentur von einer noch ganz anderen Bedeutung iſt als ſie vorher je geweſen. Denn heute wird auch die auswärtige Politik nicht mehr vom Auswärtigen Amte in ſouveräner Unabhängigkeit gemacht, ſondern verantwortlich iſt letzten Endes die deutſche Nationalverſammlung, oder ihre Mehrheit, die ja die leitenden Männer beſtellt hat und ſie jederzeit abberufen kann. Daraus erwächſt ihr die Pflicht, die Fragen der auswärtigen Politik ganz anders und viel gründlicher, viel mehr ins Einzelne hinein zu behandeln als vorher.

Nun ſagt man aber leider nicht zu viel, wenn man behauptet, daß dies unter den augenblicklichen Verhältniſſen ſelbſt für den kaum möglich iſt, der ſich allein auf das Studium dieſer Fragen konzentriert; für das Gros der Abgeordneten und der ſonſtigen Politiker iſt es einfach ausgeſchloſſen, denn es fehlt ſo gut wie jegliches Material.

Sehen wir uns einmal die Verhältniſſe an, wie ſie wirklich liegen. Einer der wichtigſten und uns für Gegenwart wie Zukunft am meiſten angehenden Folgen des Zuſammenbruches der Mittelmächte beſtand darin, daß ſich auf dem Boden Öſterreich-Ungarns eine ganze Anzahl ſelbſtändiger Staaten bildete; ebenſo in Weſtrußland. Alle dieſe Staaten berühren ſich mit Deutſchland, oder mit Deutſchöſterreich. Ihre Verhältniſſe, ihr Ausmaß ihre Zukunft, die Richtung ihrer Politik, die ganzen Fragen ihres inneren Aufbaues ſind noch völlig ungeklärt, ſind für uns politiſch, kulturell, wegen der vielen Deutſchen innerhalb dieſer Staaten, ſind ebenſo wirtſchaftlich von größter Bedeutung. Trotzdem erfahren wir über ſie ſo gut wie nichts. Über Polen kommen ab und an unzuſammenhängende Nachrichten; ein Bild von der Lage ſelbſt nur in der Provinz Poſen kann ſich der nicht machen, der nicht beſondere private Quellen hat. Über Lettland unterrichtet der Preſſebeirat des Geſandten Winnig wenigſtens einigermaßen. Über Litauen ſchweigt ſich männiglich aus. Über die Tſchecho-Slowakei dringt dieſe oder jene Stimme zu uns, ein Interview, ein paar magere tatſächliche Nachrichten. Über den jugoſlawiſchen Staat nicht ein Sterbenswörtchen. In den ganzen Monaten haben wir über ihn, trotz der wichtigen Auseinanderſetzungen mit Italien nie anders als durch die ausländiſche, italieniſche oder engliſche Preſſe erfahren; das meiſte noch aus den Berichten, die die Vertreter einzelner großer Zeitungen in Lugano ihren Blättern aus den italieniſchen Zeitungen ſchickten. Das Wolffſche Büro hat hier vollkommen verſagt.

Am tollſten ſteht es eigentlich mit Deutſchöſterreich. Da ſprechen Schwierigkeiten der Sprache nicht mit; da ſind die alten Berichterſtatter; man ſollte meinen eingearbeitete Leute; aber der Vertreter von Wolff mag wohl alt ſein, journaliſtiſch eingearbeitet iſt er gewiß nicht. Was tiſcht er uns auf? Immer wieder Auszüge aus den Wiener Zeitungen aus der Neuen Freien Preſſe, der Zeit, aus den ihnen naheſtehenden Neugründungen, die alle des gleichen Charakters ſind und unter dem Einfluſſe der Hochfinanz ſtehen; ſie ſind überdies anſchlußfeindlich und ſie werden zwar viel als Inſertionsorgane benutzt, geben aber weder die Stimmung Wiens wieder (man vergleiche die Wahlen!!) noch die ſonſtiger politiſch ernſt zu nehmender Kreiſe. Aus der „Republik“, dem nationaldemokratiſchen Blatte, erfahren wir rein gar nichts; die einflußreichen, gut geleiteten Provinzzeitungen, wie das Granzer Tageblatt, die Innsbrucker Nachrichten, werden einfach totgeſchwiegen. Ob ſie der Wiener Berichterſtatter nicht kennt? Und ſie geben doch die Meinung und Stimmung ſehr wichtiger Teile des deutſchen Volkes in Deutſchöſterreich wieder. Das nur als einige Beiſpiele.

Man verſtehe ſie nicht falſch. Man ſchließe aus ihnen beileibe nicht, wir wollten darauf hinaus, daß uns nun Wolff mit maſſenhaften Auszügen anſchlußfreundlicher Zeitungen überſchütte. Im Gegenteil; die Aufgabe des Berichterſtatters müßte ſein in gut gewählten Auszügen ein vollſtändiges und unparteiiſches Bild der Vorgänge im fremden Staate zu geben. Das kann man, wenn man politiſch geſchult und techniſch verſiert iſt, vor allem, wenn man einmal gelernt hat, Haupt- und Nebenſachen zu unterſcheiden, was aller geiſtigen Arbeit Anfang iſt. Man ſehe ſich etwa die Berichte an, die die Frankfurter Zeitung aus Genf über die franzöſiſche Preſſe erhält; ſie ſind in dem, was wir wünſchen, muſterhaft. Das auch nur als Beiſpiel. Ein Berichterſtatter darf ſich nicht mit einer Gruppe oder Richtung identifizieren, er ſoll keine Tendenzpolitik machen in der Auswahl der Nachrichten. Seine eigene Auffaſſung kann er in eigenen Artikeln mitteilen, gewiß, das iſt ſogar dankenswert, da er das Material gut kennt und deshalb etwas zu ſagen haben wird; aber er ſoll Nachrichten und Kritik trennen.

Seine Berichterſtatterarbeit hat darin zu beſtehen, das nötige Material zur Beurteilung herbeizuſchaffen; eine entſagungsvolle aber auch eine fruchtbare Tätigkeit. Es iſt ein großer Fehler unſerer Berichterſtattung vor dem Kriege geweſen, darauf nicht genügend wert gelegt zu haben. Und während der Militärherrſchaft im Kriege wurde es damit nur ſchlimmer; die Tätigkeit des Kriegspreſſeamts war ja überhaupt nicht mehr zu überbieten, war unbedingt ſchädlich, während ſie durch ſachliche Informationen gerade in damaliger Zeit ſehr viel hätte wirken können.

Die neuen Verhältniſſe ſtellen uns neue Aufgaben; es iſt höchſte Zeit, daß an ihre Löſung herangegangen werde, ehe unwiederbringlicher Schaden angerichtet iſt, ſoweit das nicht heute ſchon der Fall ſein dürfte. Die einſchlägigen Stellen müſſen ſich dazu vereinigen, Wandel zu ſchaffen. Der Friedensausſchuß des Reichstages wäre dazu ebenſo berechtigt und verpflichtet wie das Auswärtige Amt; denn ohne einen feſten Rückhalt in der öffentlichen Meinung, ohne ſachliche Unterſtützung durch ſie, wird es ſeiner Aufgabe in Zukunft noch weniger gerecht werden können als bisher.

Man wende nicht ein, das verurſache zu große Koſten. Wir haben vor dem Kriege immer am falſchen Orte geſpart, wir ſollen es nicht jetzt auch noch tun. Kann das W.T.B. derartiges nicht ohne finanzielle Unterſtützung durchführen, ſo muß ſie ihm eben gewährt werden. Wenn dann die zahlende Stelle auf Auswahl und Beſoldung der Mitarbeiter einen gewiſſen Einfluß ausübt, ſo kann das, wie die Dinge liegen nichts ſchaden; nur vor einem ſoll man ſich hüten, auch in dieſe Fragen parteipolitiſche Geſichtspunkte hineinzutragen, die doch nichts mit ihnen zu ſchaffen haben. Aber handeln, handeln, aufräumen mit dem alten Schlendrian, friſche Luft hereinlaſſen in die dumpfen Stuben ausgeleierter Trägheiten; das iſt dringende Aufgabe.

Der Wirtſchaftsimperialismus der Vereinigten Staaten

Von Dr. Walter Treuherz

Die Union iſt zum ökonomiſchen Zentrum der Weltwirtſchaft geworden. Nord- und Südamerika haben ſich genähert, ſtreben zur wirtſchaftlichen **Ergänzung.** Die Vereinigten Staaten ſind vom Schuldner- zum Gläubigerſtaat geworden. über einer umfangreichen Flotte weht heute das Sternenbanner. Auf eigenen Werften entſtehen in ſchneller Folge neue Schiffe. Noch zu Beginn des Krieges war die Union vorwiegend Rohſtoffexporteur; jetzt iſt ſie der erſte Induſtrieſtaat der Welt, angewieſen auf die Ausfuhr von Fertigfabrikaten. Ein aufſtrebender Organismus. Hundert Millionen Einwohner auf einem Raume, der Siedlungs- und Ernährungsmöglichkeiten für mindeſtens 400 Millionen hätte.

Dagegen: Hilfsbedürftig, erſchöpft durch vierjährigen Krieg zuckt Europa. Weite Strecken des alten Kontinents ſind verwüſtet. Die fieberhafte Arbeit von vier Jahren wurde dem Moloch der Unfruchtbarkeit hingeworfen: Maſchine und werktätige Hand durften nur Güter erzeugen, deren Beſtimmung Vernichtung war. So ſchmolz der Vorrat an Waren, der Grundſtock an Produktionsmitteln ſchnell zuſammen. Aber der Geldbedarf wuchs und geriet in Mißverhältnis zur Produktivität der Arbeit. Schulden mußten gehäuft, Hypotheken dem Kommenden aufgehalſt werden. Von 140 bis auf mehr als 1000 Milliarden Mark iſt die Staatslaſt der Kriegführenden gewachſen. Und ſie wird weiter trotz Waffenſtillſtand und Friedensſchluß ſteigen.

Der dräuenden Wucht dieſer Verpflichtungen ſteht ein überall im Werte gemindertes Vermögen an unbeweglichem, nicht mobiliſierbarem Beſitztum gegenüber. Mehr noch: in Zahlen unfaßbar iſt die Vernichtung von etwa 10 Millionen werktätiger Männer, der Verluſt an Arbeitskraft von vielen Millionen Kriegsbeſchädigter. Der Reſt iſt ſchwach, werkentwöhnt, arbeitsunfroh. Da aber nur ein durch feſten Willen zur Tat geſtraffter Arm den ſachlichen Produktionsmitteln Werte entreißen kann, wirkt die pſychiſche Schwäche der heimkehrenden Krieger weiter wertmindernd, ſinkt die zeugende Arbeitsfähigkeit der europäiſchen Männerſchaft.

Die Wirtſchaftsſtarre greift über die Grenzen des alten Kontinents hinaus. Nicht nur Kurland, Litauen und Polen ſind verwüſtet; auch das aſiatiſche ſibiriſche Fruchtland liegt vernachläſſigt, unbeackert, wenig gepflegt. Kleinaſien iſt entvölkert. In Anatolien vegetiert eine männerarme, dem Hungertode nahe Einwohnerſchaft. Perſien und der Kaukaſus blieben nicht unberührt. Indien zittert unter den Nachwehen der Weltkataſtrophe. —

Auf dem alten europäiſchen Kulturboden ordnen die Völkerſchaften ſich zu neuen Staatsgebilden. Sie beginnen auf den Ruinen ſich einzurichten. Aber es fehlt an allem: an Nahrung, Rohſtoff und Geld. Kaum befreit, rufen ſie nach Hilfe. Sie bezeugen ihren Arbeitswillen und bitten um Kredit, ohne den ſie beſſer unbefreit blieben.

Nur Einer kann ihn gewähren, nur ein Staat die Welt neu organiſieren: die wirtſchaftlich und politiſch mächtig gewordene Union.

Die Monroedoktrin, die splendid isolation dieſes Erdteils, iſt nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Union muß unter den Streichen der kapitaliſtiſchen Zauberrute, tief verflochten in die Weltwirtſchaft, dem allmächtigen Verwendungsſtreben des Kapitals folgen und die brennende Aufgabe löſen, das müde Europa nach neuem Geſetz zu koloniſieren. Dieſer Zwang iſt ſtärker als die für den Tag geprägten Äußerungen amerikaniſcher Staatsmänner glauben machen.

Schon ſchließt ſich der Ring um Europa. Frankreich, Italien und England ſind Schuldner der Vereinigten Staaten. Mit ihrem politiſchen Ehrgeiz hat die Union als einem Gegner zu rechnen. Sie wird ihn langſam, Schritt um Schritt, durch die Eroberung wirtſchaftlicher Konzeſſionen zurückdrängen, ſofern die alliierten Mächte vor dem Finanzgewaltigen um des äußeren Friedens willen ſich beugen. Wenn nicht — wird es zum offenen Kampf kommen. Erſtaunlich, wie ſchnell bereits jetzt (noch während der Pariſer Verhandlungen) der Wettbewerb zwiſchen den beiden angelſächſiſchen Mächten ſcharfe Formen angenommen hat. Die Erklärung geht dahin: Amerika hat unverzüglich nach Abſchluß des Waffenſtillſtands ſeine Wirtſchaftspläne ausgeführt und, den Zeitumſtänden entſprechend, zunächſt die Bearbeitung der europäiſchen Randſtaaten in Angriff genommen. In Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark und der Schweiz ſchließt die Union langfriſtige Verträge auf Lieferung von Kohlen zu Preiſen ab, die erheblich unter den engliſchen und deutſchen Sätzen liegen. Das Erſcheinen amerikaniſcher Kohle, dem Eiſen- und Stahlerzeugniſſe in großer Menge folgen ſollen, iſt nicht nur durch die ſonſt mit Ballaſt nach Europa zurückkehrenden Transportdampfer für die Überführung der amerikaniſchen Armee zu erklären. Dieſe Lieferungen ſind nicht vorübergehender Natur. Den ſchwediſchen Staatsbahnen wird z. B. der Abſchluß eines langjährigen Vertrages auf Belieferung mit Kohle angeboten. Italien hat bereits Abſchlüſſe auf lange Zeit mit der Union getätigt. In Dänemark iſt ſogar die Errichtung großer Fabriken geplant, in denen amerikaniſche Maſchinen zuſammengeſtellt werden ſollen, um von dort billig die Märkte zu überfluten. Kopenhagen ſoll Ausgangspunkt für den Handel mit Skandinavien und dem europäiſchen Rußland werden. Voreilig fürchtet Dänemark bereits die Konkurrenz von Gotenburg, das ſchwediſche Intereſſenten gleichzeitig zielbewußt zu einem großen nördlichen Hafen auszubauen beabſichtigen. Amerika will exportieren. Charakteriſtiſch für ſeine Pläne iſt — auch nach Abzug der üblichen Yankeeübertreibungen — ein Interview, das „Berlinske Tidende" anfang Mai veröffentlichte. Der Vertreter eines ſehr großen amerikaniſchen Handelshauſes erklärt darin mit großer Beſtimmtheit und friſcher Offenheit: „Wir können nicht nur dasſelbe leiſten, was andere Länder bisher geleiſtet haben, ſondern wir können in größeren

Mengen exportieren, als es jemals bisher erlebt worden iſt. Wir haben aus dem Export eine Spezialität gemacht. Wir wollen den Markt erobern, und wir können die Konkurrenz mit allen Gegnern aufnehmen, weil die amerikaniſchen Behörden uns unterſtützen. Wir haben ein beſonderes Geſetz, das den Exportfabrikanten erlaubt, ſich zuſammenzuſchließen, um die Preiſe bei den Einkäufen zu drücken und dadurch den Exportmarkt auf dem Preisniveau zu halten, das je nach der Zeit notwendig iſt." Das beſondere Geſetz, auf das hier angeſpielt wird, iſt die Webb Pomerene Export Trade Act vom 10. April 1918, welche die Truſtbildung für Firmen, die ſich dem Außenhandel widmen wollen, geſtattet. —

Es iſt anzunehmen, — und die Zurückhaltung der amerikaniſchen Bankhäuſer beweiſt dies bereits — daß der Entente künftig keine großen Kredite mehr eingeräumt werden. Die Union beginnt ihre wirtſchaftlichen Reſerven vielmehr für die Finanzierung der neu entſtandenen europäiſchen Staaten, vielleicht auch (doch wird dies noch ſorgſam geleugnet und hinter undurchſichtigen Schleiern geborgen) für die Eroberung der deutſchen Induſtrie bereitzuhalten. Als Frankreich und England auf die Emiſſion einer interalliierten Anleihe, die auch Amerika garantieren ſollte, drängten, lehnten die Vereinigten Staaten daher jede Gemeinſamkeit kurz ab. Die Erkenntnis, daß ein Bankerott Deutſchlands ganz Europa in den Abgrund reißen müßte, begann ſich in den Köpfen klardenkender Wirtſchaftspolitiker der Entente durchzuringen. Ein Ausweg aber ſchien ſich nur zu bieten, wenn die Union veranlaßt wurde, eine internationale Anleihe für Deutſchland zu übernehmen und aus ihrem Erlös die erſten Raten der Kriegsentſchädigung in bar England und Frankreich auszuhändigen. Die finanziellen Berater Wilſons haben indeſſen mit einer Deutlichkeit, die kaum zu wünſchen übrig ließ, erklärt, daß ſie zwar gewillt ſeien, Europa mit Handelskrediten behilflich zu ſein, nicht aber geneigt ſind, für die deutſchen Verpflichtungen Bürgſchaft zu leiſten; denn, ſo hieß es mit Recht, der Kongreß würde niemals einen Antrag von dieſer Tendenz genehmigen. Vom amerikaniſchen Standpunkt war dieſe Ablehnung ſehr klug. Freilich kann nicht geleugnet werden, daß die unſinnigen Wirtſchaftsklauſeln der Verſailler Bedingungen durch dieſe Ablehnung eine beſondere Verſchärfung erfahren haben; denn die Entente war nun vor die Wahl geſtellt, entweder auf einen Teil ihrer Forderungen gänzlich zu verzichten, oder ſich rückſichtslos — ungeachtet der für die Weltwirtſchaft durch eine Erdroſſelung Deutſchlands gefährlichen Folgen — an der deutſchen Konkursmaſſe ſchadlos zu halten.

Der Proteſt der Neutralen gegen die Deutſchland zugemuteten Bedingungen hat aber die Entente mittlerweile um eine weitere Hoffnung betrogen. Auch die Neutralen wären nicht mehr bereit, die Finanzierung Deutſchlands nach Annahme des urſprünglichen Friedensentwurfes zu übernehmen. Der Kursſturz der deutſchen Mark im neutralen Ausland war in dieſer Hinſicht eine treffliche Antwort an die Entente, die ihr ebenſo unwillkommen wie uns geweſen ſein dürfte.

Das Ziel Amerikas iſt weiter geſteckt als den Alliierten bequem iſt. Die Ausfuhrarbeit nach den neutralen Staaten iſt bereits im Gange. Nun handelt es ſich darum, den kleinen, befreiten Völkern „Hilfe" zu bringen. Dabei ſoll durchaus methodiſch vorgegangen werden. Ein Syſtem der Einkreiſung Europas wird befolgt. Die von dem Meer leicht zu erreichenden Küſtenſtaaten werden zuerſt in Angriff genommen. Daraus erklärt ſich u. a. auch das Intereſſe der Amerikaner für Fiume und den ſüdſlawiſchen Staat. Die Frage eines nördlichen Hafens für Polen, das Problem Danzig, gewinnt für die Union in dieſem Zuſammenhang eine beſondere wirtſchaftliche Bedeutung. Wird Kopenhagen amerikaniſcher Umſchlagshafen in der Oſtſee, ſo iſt die Einbeziehung Danzigs in die wirtſchaftliche Intereſſenſphäre der Union nicht mehr ſchwierig. Danzig, Fiume und Trieſt heißen die Endpunkte der neuen Wirtſchaftsſtraße, die Europa in der Nord-Süd-Richtung durchlaufen ſoll. An ihren Borden ſtehen die Grenzpfähle der gehätſchelten befreiten Völker: Polen, Tſchecho-Slowaken und Südſlawen. Dem weſt-öſtlich rauſchenden Donauſtrom, der uralten Wegrichtung der in Mitteleuropa ſiedelnden Völker ſoll durch Weichſel und nord-ſüdlichen Eiſenbahnſtrang die alte Kraft abgeſchnürt werden. Sollte aber die ſtolze Gewalt der Donau allen Hinderniſſen zum Trotz dennoch der alte Handelsweg kraft eines inneren natürlich wirkenden Wirtſchaftsgeſetzes bleiben, ſo iſt Vorſorge getroffen, daß der Stoß aufgefangen wird, denn am Ausgang des Schwarzen Meeres, in Byzanz, wird die Union als Mandatar des Völkerbundes walten und (wenn auch politiſch neutral) ein Sammelbecken expanſiver Wirtſchaftskräfte bilden. Überall erhebt ſich das Sternenbanner. Eine mächtige Handelsgeſellſchaft, die „American Trade Corporation", iſt mit einem Kapital von 20 Millionen Dollar vor kurzem in Konſtantinopel gegründet worden. Wenn die Entente ſich anſchicken wird, den Levantehandel wieder großzügig aufzunehmen, wird ſie hier einen wohlorganiſierten, kampfbereiten Gegner vorfinden.

Der amerikaniſche Plan der wirtſchaftlichen Durchdringung Europas geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß niemand anders als die Union den kleinen Völkern durch umfangreiche Anleihen helfen kann ihren Staatsbau zu errichten. Für dieſe Unterſtützung müſſen natürlich Sicherheiten, will ſagen wirtſchaftliche Konzeſſionen, Teilnahme an der Ausbeutung natürlicher Hilfsquellen gewährt werden. Die Vereinigten Staaten hoffen in den neuen Staatsgebilden für ihren Warenabſatz einen gefügigen und aufnahmefähigen Abſatzmarkt zu finden. Das Bedürfnis nach Induſtriegütern iſt erfahrungsgemäß in jungen, ehrgeizigen Staaten beſonders groß. Wie die Zollgeſetzgebung einſt auch geſtaltet werden mag, der Gläubigerſtaat wird ſtets allen Wettbewerbern voraus Vorteile haben. Um dies zu begünſtigen, wird von amerikaniſchen Finanzleuten immer wieder mit einer gewiſſen Wärme von den „kleinen Völkern" geſprochen. Aus dem gleichen Grunde iſt offenbar dem franzöſiſchen Plan, die Kriegsſchuld der zerſchlagenen Donaumonarchie zwiſchen Ungarn und Deutſchöſterreich zur Hälfte und den Reſt zwiſchen Tſchecho-Slowaken und Südſlawen aufzuteilen, ein amerikaniſches Projekt entgegengeſtellt worden, demzufolge die Tſchecho-Slowaken nur 10%, und die Südſlawen nur 5% zu übernehmen hätten. Die Union will damit erreichen, daß die Zinszahlung auf die Schuldſummen, die letzten Endes nicht in Geld ſondern im Warenaustauſch entrichtet werden, nicht zu einer ſtarken Verkoppelung mit den Empfangsberechtigten, das iſt die Entente, führt. Ihr Ehrgeiz iſt vielmehr, ſelbſt die Finanzierung der kleinen Staaten zu übernehmen und damit entſcheidenden Einfluß auf die Wirtſchaftsentwicklung zu gewinnen.

Zwei große Landgebiete in Europa können die Vereinigten Staaten heute noch nicht aus politiſchen Gründen in ihre Pläne einbeziehen. Das eine Gebiet heißt Deutſchland; es iſt aber von amerikaniſchem Kapital bereits blockiert durch die Bearbeitung der nordiſchen Staaten und die Kette Polen, Tſchecho-Slowakien, das ſlawiſche Königreich und in gewiſſem Sinne Deutſchöſtererich. Das andere Gebiet heißt Rußland. Und auch um dies Land haben die Vereinigten Staaten bereits ihre Zirkel geſponnen. Vielſeitiger Angriff ſoll hier den Erfolg bringen. Als weſtliches Ausfallstor iſt Polen zu betrachten. Von Norden ſind Einfälle über Petersburg, auf der Linie Kopenhagen—Finniſcher Meerbuſen geplant. Von Oſten endlich ſoll Rußland durch Sibirien abgeriegelt werden. In dieſer Gegend hat die Union, wie überall an der Weſtküſte des Stillen Ozeans, eine langjährige, zähe Pionierarbeit geleiſtet. Ihr kommt jetzt zugute, daß der wirtſchaftliche Niedergang von Sowjetrußland den Schwerpunkt der induſtriellen Entwicklung mehr nach Oſten verſchoben hat. Seitdem aber auch die Ukraine von der bolſchewiſtiſchen Invaſion erfaßt iſt, findet eine immer ſtärkere Abwanderung nach Sibirien ſtatt, deſſen politiſches und induſtrielles Zentrum Omſk zu werden verſpricht. Die Eiſenbahnen im fernen Oſten ſcheinen allmählich ganz unter nordamerikaniſchen Einfluß zu gelangen. Eine techniſche amerikaniſche Kommiſſion hat der „Times" zufolge ihren Hauptſitz in Wladiwoſtok bereits aufgeſchlagen und Nebenſtellen im Ural errichtet. Der Handels- und Induſtrietag für Sibirien, die Organiſation aller ſibiriſchen Verbände hat, Zeitungsnachrichten zufolge, kürzlich Pläne für die Induſtrialiſierung des Landes, den Bau von Eiſenbahnen, die Ausbeutung der reichen nordſibiriſchen Waldgebiete fertiggeſtellt. Das Inventar für die Einrichtung aller maſchinellen Anlagen ſoll gegen langfriſtige Kredite aus den Vereinigten Staaten bezogen werden.

Beiſpiele dieſer Art laſſen ſich beliebig vermehren. Will man aber die ruſſiſch-amerikaniſche Politik verſtehen, ſo muß man ſich dieſe wirtſchaftlichen Momente vergegenwärtigen. Der Widerwille Wilſons gegen eine militäriſche Aktion zum Sturze der Bolſchewiki, ſein Plan, der wirtſchaftlichen Aushungerung Sowjet-Rußlands durch Stützung der Randſtaaten, findet in den großzügigen kommerziellen Plänen der Vereinigten Staaten eine Erklärung. Großrußland iſt arm; wirtſchaftlich reich ſind nur die Randſtaaten. Deshalb ſollen dieſe erſt durch amerikaniſches Kapital erſchloſſen werden. Sowjetrußland iſt der Union dann ohnehin ausgeliefert. Wie weit auch die bevorſtehende Anerkennung des Admirals Koltſchak durch wirtſchaftliche Erwägungen veranlaßt iſt, läßt ſich z. Zt. noch nicht klar überſehen. Indeſſen ſteht feſt, daß die Union von der Verwirklichung ihrer wirtſchaftsimperialiſtiſchen Pläne auch im Oſten nicht mehr weit entfernt ſein dürfte.

Notizen

Bündnis der Polen mit den Bolſchewiſten. Der in Berlin erſcheinende „Golos Roſſiji", der ſich zwar „Organ des ruſſiſchen demokratiſchen Gedankens" nennt, aber Koltſchaks reaktionäre Politik vertritt, bringt in ſeiner Nummer 89 folgende intereſſante Mitteilung: „*Die gewiſſe Beſſerung in der militäriſchen Lage des Bolſchewismus* iſt, wie uns aus ſicherer Quelle gemeldet wird, das Reſultat einer *Vereinbarung des Bolſchewismus mit den Polen.* Wie bekannt, wurden die Beziehungen zwiſchen beiden Staaten nach der Einnahme Wilnas durch die polniſchen Truppen abgebrochen; der polniſche Vertreter Wenkowski in Moskau kehrte ſogar nach Warſchau zurück. Wie es ſich aber jetzt erweiſt, ſind die Verhandlungen bald darauf wieder erneuert worden, zuerſt in Lodz und dann in Kurſk, wo eine Reihe von Sitzungen unter Leitung von Rakowſki für die Bolſchewiſten einerſeits und Slominſki für die Polen andererſeits geführt wurden. Es wurde dort eine Vereinbarung getroffen, als deren Reſultat die Bolſchewiſten die volle Möglichkeit erhielten, von der Weſtfront ihre Truppen zurückzuziehen. Das Aufhören jeglicher feindlicher Zuſammenſtöße iſt jetzt die Folge dieſer Abmachung. Für die Bolſchewiſten iſt es nicht leicht, gleichzeitig gegen Koltſchak, die Nordtruppen, die Ukrainer und ſo weiter zu kämpfen. Durch ihre Vereinbarungen mit den Polen iſt es ihnen möglich geworden, *von der Weſtfront all ihre Reſerven fortzunehmen* und ſie nach der Oſtfront zu werfen. Auch *von der Südfront* haben ſie nicht nur Infanterie, ſondern auch Artillerie und Kavallerie zurückgezogen, weil dorthin die Hauptkräfte der Polen geworfen worden ſind, die gut ausgerüſtet die Möglichkeit haben, energiſch die ukrainiſchen Truppen anzugreifen. Auf dieſe Weiſe haben die Bolſchewiſten durch ihre Vereinbarung mit den Polen nicht nur an der polniſchen, ſondern auch an der ukrainiſchen Front eine Verbeſſerung ihrer Lage erfahren. In gut orientierten Kreiſen iſt die Mitteilung eingetroffen, daß die Bolſchewiſten den Polen den Beſitz Wilnas und einer Reihe anderer Städte im Weſtgebiete garantieren. Im Hinblick auf dieſe Vereinbarung ſind die letzten bolſchewiſtiſchen Veröffentlichungen voller Hoffnung und halten ihre Lage in den den Ukrainern fortgenommenen Gebieten für geſichert. Die „Isweſtija" (offizielles Organ der Räterepublik) weiſt in einer ihrer letzten Nummern darauf hin, daß das Rußland der Räterepublik keinerlei Eroberungstendenzen gegenüber Polen hat; das letzteres aber durch Koltſchak bedroht wäre. Worin dieſe Drohung beſtehen ſoll, iſt nicht bekannt,*) aber es bleibt ein Faktum, daß ein Teil der nationalen polniſchen Preſſe den Gedanken vertritt, daß eine Wiederherſtellung Rußlands nicht im polniſchen Intereſſe läge und daß daher eine Vereinbarung mit den Bolſchewiſten in militäriſcher Beziehung durchaus vorzuziehen wäre. In der bolſchewiſtiſchen Politik iſt gleichfalls eine nicht unbeträchtliche Hinneigung für die Notwendigkeit einer Verbeſſerung der Beziehungen zu Polen durchaus bemerkbar.

Sehr bezeichnend iſt in dieſer Beziehung eine Erklärung des „Proletarſkij Echo" vom 5. Juni. Der militäriſche Mitarbeiter der Zeitung N. Tumanow ſchreibt: „Polniſcherſeits droht Räterußland keinerlei Gefahr. Polen iſt augenblicklich gar zu ſehr mit der militäriſchen Aufgabe der Befeſtigung des neuen Groß-Polens beſchäftigt, deſſen Grenzen ſich mit jedem Tage ausdehnen und das noch mit der Ukraine und Litauen Krieg führen muß. Bei den polniſchen Führern iſt deswegen keine Geneigtheit vorhanden, eine konterrevolutionäre Politik in bezug auf Räterußland zu betreiben und an dieſer Front ſind die Bolſchewiſten vor Verwickelungen geſichert."

Dieſe Mitteilung von Abmachungen zwiſchen Polen und den Bolſchewiſten bildet eine vortreffliche Ergänzung zu den Proteſten der Deutſchen Regierung gegen die Verwendung der Hallerſchen Truppen im deutſchen Oſten. Die Entente ſtellte bekanntlich das Verlangen, die Hallerſchen Truppen durch Deutſchland paſſieren zu laſſen, weil ſie dazu beſtimmt ſeien, in den Kampf der Entente gegen den Bolſchewismus einzugreifen. Statt deſſen hat die polniſche Regierung bei Eintreffen der Hallerſchen Armee ſich ſchleunigſt mit den Bolſchewiſten verſtändigt, um dieſe Truppen vertragswidrig gegen Deutſchland und die Ukraine verwenden zu können. Die Bolſchewiſten und Polen ſcheinen ſich auf hiſtoriſcher und kirchlicher Grundlage in die durch den Weltkrieg entſtandenen Randſtaaten teilen zu wollen, wie es im Jahre 1667 die Vorgänger dieſer beiden Reiche in bezug auf die Ukraine taten, indem ſie das Reich unter ſich aufteilten. Der Dnjepr bildete damals die Grenze, indem die weſtlich von ihm gelegenen Gebiete Polen, die öſtlichen Moskowien zufielen. Wie es damals nur eine Atempauſe war, um die letzte Entſcheidung zwiſchen den beiden Rivalen herbeizuführen, ſo wird auch dieſes Mal die Ländergier beider Völker auf die Dauer keine Ruhe im Oſten geben, bis ſie ihre Kräfte gemeſſen haben werden.

Revolution und Marine. In dem Artikel „Der Friede der Revolution" in Heft 21 iſt durch einen Fehler in der telefoniſchen Übermittlung gleich am Eingang von „Feigheit der Marine" ſtatt „Feigheit in der Marine" die Rede. Gegen dieſe Wendung, die durch ein unangenehmes Verſehen den Eindruck eines höchſt ungerechten Vorwurfs macht, wird in einer Zuſchrift von Marineſeite mit Recht Widerſpruch erhoben. Es iſt ausgeſchloſſen, den Vorwurf der Feigheit gegen die Marine als Ganzes zu erheben. Wir möchten bei dieſer Gelegenheit auf einen bereits am 3. April d. Js. erſchienenen Aufſatz von Korvettenkapitän Scheibe im „Deutſchen Offizierblatt" hinweiſen. Der Verfaſſer gibt wichtiges Material über die Pſychologie der Revolution, insbeſondere der Marinemeuterei, die den Anfang machte. Zwei Hauptführer in Kiel, Lothar Popp und Karl Appelt, haben in einer Broſchüre ſelbſt darüber geſagt, der Losbruch bei der Flotte ſei nicht zufällig, ſondern wohlbegründet geweſen, denn es „waren bei der Marine immer dieſelben Leute zuſammen und dadurch die Möglichkeiten zur Bildung revolutionärer Gruppen als Ausgangspunkte einer zielbewußten und großzügigen Bewegung von vornherein am eheſten gegeben." Dazu kam die ſtete Fühlung der Mannſchaften mit der Werftarbeiterſchaft in Kiel und Wilhelmshaven und die unmittelbare Verbindung mit den revolutionären Agitationszentren der unabhängigen Sozialdemokratie dortſelbſt.

---

*) Das Erſtaunen des „Golos Roſſiji" über die Behauptung, daß Koltſchak eine Bedrohung der polniſchen Staatlichkeit bilde, iſt verwunderlich, weil Sſaſſonow, der diplomatiſche Vertreter Koltſchaks, wie wir in Nr. 24 mitgeteilt haben, offen erklärt hat, daß das „Vorhandenſein eines ſelbſtändigen Polens mit dem jetzt entſtehenden Rußland nicht vereinbar ſei".

Auch Richard Müller hat auf dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte geſagt: „Der Flottenvorſtoß — einerlei, ob er nun wirklich beabſichtigt war oder nicht — war nur der letzte Anſtoß, der die Bewegung auslöſte." Dem widerſprechen aber die Zeugniſſe aus der Mitte der Meuterer ſelbſt. Es war urſprünglich keine Revolution, ſondern eine Meuterei, weil ein Teil der Marinemannſchaften, größtenteils Heizerperſonal, nicht in die Schlacht ausfahren wollte. Auch einer ihrer Wortführer in der bürgerlichen Preſſe, Kapitän Perſius, hat beſtätigt, die Leute hätten nicht in den Tod wollen (und ſie dafür gelobt!). Die Leute ſagten wörtlich: wenn die Offiziere ſterben wollen, ſo mögen ſie das allein beſorgen; uns fällt es nicht ein. Daß eine Seeſchlacht keine Lebensverſicherung iſt, weiß jedermann; das Gerede aber, die Flotte ſolle zielbewußt in den Untergang geführt werden, war Unſinn. Der Schlachtplan hätte einen ſchöneren Sieg bringen können, als ſelbſt die Skagerrakſchlacht! Die U-Boote, denen eine wichtige Aufgabe zugedacht war und die ſchon lange draußen waren, dachten auch nicht an Meuterei, ſondern mit entſchloſſenem Mut an die Schlacht. An die Revolution dachten die Agitatoren, die auf den großen Schiffen das Gerede von der „Todesfahrt" ausſprengten. Sie wußten, woran ſie die Leute zu packen hatten: bei der Todesfurcht, anders ausgedrückt, bei der Feigheit. Feige in dieſem Sinne ſind von Natur die meiſten Menſchen, aber Diſziplin und gutes Beiſpiel ſind ſtarke Gegenkräfte. Das eigentliche Werk der Revolutionsprediger war es daher, den natürlichen moraliſchen Schweinehund loszubinden; das übrige beſorgte dann dieſer Bundesgenoſſe von ſelber. Jetzt hat die Flotte in Scapa Flow gezeigt, daß wenigſtens bei einem Teil der alten Beſatzung auch der alte Ehrbegriff noch lebt. Wir danken ihr dafür.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen F. W. Kiel, Berlin-Schöneberg. Verlag Deutſche Verlagsanſtalt, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 99. Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Poſtanſtalt M. 6.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland, Oeſterreich-Ungarn und Luxemburg M. 7.20, übriges Ausland M. 7.50. Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Buchdruckerei Hermann Bergmann, Berlin SW 48.

3 0000 116 452 065

Heinrich Bö
Buchbinde
Papierhandl
MANNHE